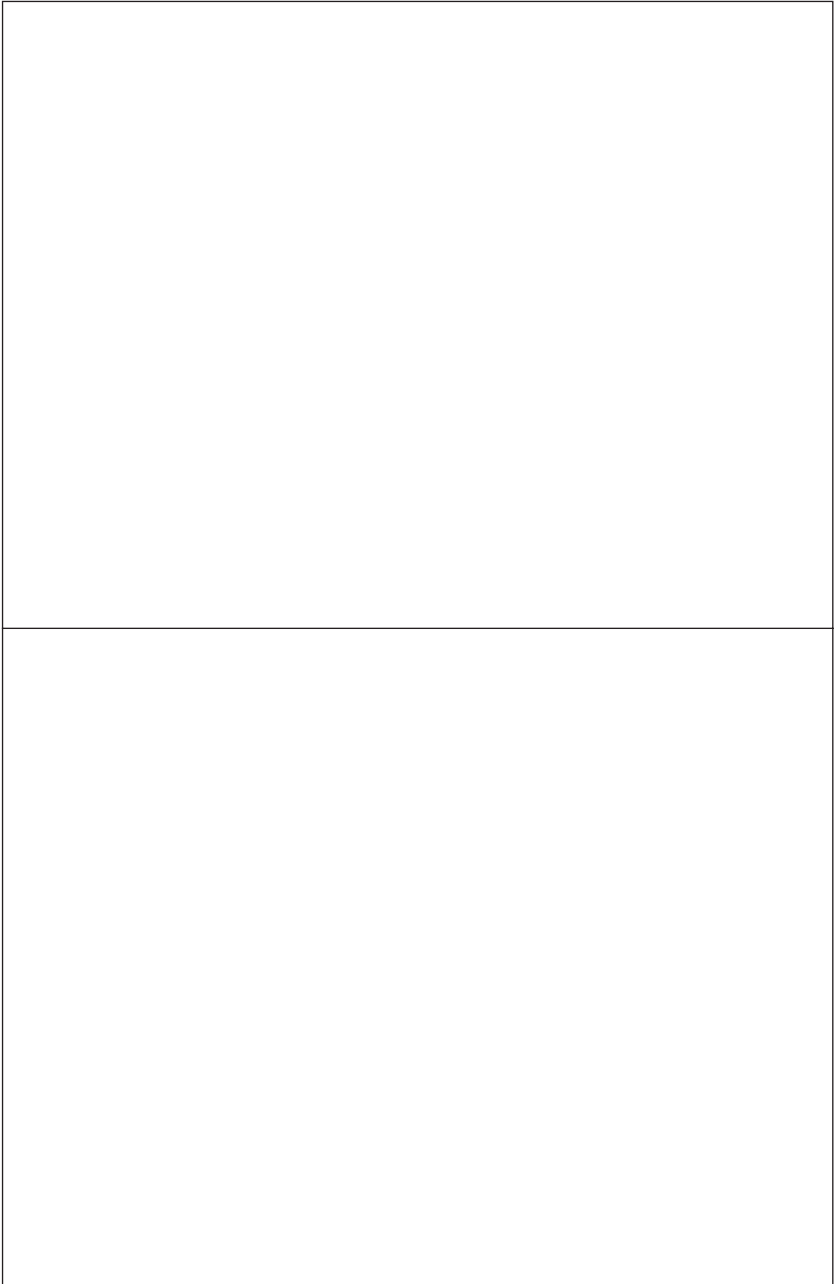


Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.)

Extremismus & Demokratie

NOMOS



Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

19. Jahrgang 2007



Nomos

Herausgeberschaft und Redaktion: apl. Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (03 51) 46 33 28 02; Prof. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (03 71) 53 12 77 20.

Redaktionsassistent: Dr. Florian Hartleb, Madeleine Petschke.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim.

Internet:

http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/jahrbuch_extremismus_&_demokratie.html

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-3168-1

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt	Band 19 (2007)
Editorial	7
Analysen	
Eckhard Jesse, Verfassungsschutzberichte der Bundesländer	13
Lazaros Miliopoulos, Verneinung des atlantischen Zivilisationszusammenhangs	35
Evelyn Völkel, Totalitarismus als politische Religion	66
Reinhard Höhne, Vom MSI zur Alleanza Nazionale	89
Forum: Bedeutung und Bedrohungspotential des islamischen Extremismus	
Fragen	115
Antworten	116
Albrecht Metzger	116
Herbert L. Müller	119
Werner Schiffauer	126
Mustafa Yeneroglu	132
Antworten zu den Antworten	137
Daten, Dokumente, Dossiers	
Eckhard Jesse, Wahlen 2006	141
Uwe Backes, Organisationen 2006	161
Uwe Backes, Dokumentation 2006	176
Elmar Vieregge, Die NPD und die Immobilien	182
Eckhard Jesse, Das neue Parteiprogramm der DKP	199
Christian Menhorn, „Autonome Nationalisten“	213
Karsten Goll, Biographisches Porträt: Holger Apfel	226
Miroslav Mareš, Länderporträt: Slowakei	237
Sebastian Dittrich, Zeitschriftenporträt: Criticón	263
Literatur	
<i>Literaturbericht:</i>	
Ilko-Sascha Kowalczyk, Revolution gegen den Kommunismus – das Krisenjahr 1956	291
<i>Sammelrezension:</i>	
Thomas Grumke, Rechtsextremismus in Deutschland und Europa.	325
<i>»Kontrovers besprochen«:</i>	
Klaus Schroeder, Die veränderte Republik (Lothar Bisky und Konstanze Kriese, Franziska Brech, Siegmund Faust, Kristina Köhler, Werner J. Patzelt, Fritz Vilmar)	337

Inhalt

Rezensionssessay:

Walter Mülhhausen, Friedrich Ebert 1871 bis 1925 (Peter März) 355

»Wieder gelesen«:

Otto Büsch/Peter Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland
(Henning Hansen) 363

Literatur aus der „Szene“:

Guillaume Faye, Wofür wir kämpfen (Armin Pfahl-Traugher) 368

Hauptbesprechungen:

Boris Barth, Völkermord im 20. Jahrhundert (Hans Fenske) 373

Babett Bauer, Kontrolle und Repression (Werner Müller) 376

Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen (Arnd Bauerkämper) 379

Frank Decker (Hrsg.), Populismus (Steffen Schoon) 383

Niall Ferguson, Krieg der Welt (Wilfried von Bredow) 386

Alexander Gallus (Hrsg.), Deutsche Zäsuren (Aurel Croissant) 389

Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind
(Christoph Strünck) 393

Árpád von Klimó/Malte Rolf (Hrsg.), Rausch und Diktatur (Gerhard Besier) . . . 396

Sandrine Kott/Emanuel Droit (Hrsg.), Die ostdeutsche Gesellschaft
(Klaus Schroeder) 400

Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus
(Alfons Söllner) 403

Götz Kubitschek, 20 Jahre Junge Freiheit (Elmar Vieregge) 407

Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches (Barbara Zehnpfennig) 410

Bettina Röhl, Meinhof und die Akte KONKRET (Eckhard Jesse) 413

Axel Rüdiger/Eva-Maria Seng (Hrsg.), Dimensionen der Politik
(Sigrid Mratschek) 416

Johannes Urban, Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen
Terrorismus (Michael Blume) 420

Verfassungsschutzbericht 2005 (Lazaros Miliopoulos) 423

Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.),
Terrorismus in der Bundesrepublik (Alexander Straßner) 427

Kurzbesprechungen 431

Kommentierte Bibliographie 483

Zeitschriftenauslese 501

Verzeichnis der besprochenen Bücher 503

Mitteilungen und Hinweise 510

Personenverzeichnis 513

Autorenverzeichnis 531

Editorial

Das neue Jahrtausend hat eine merkliche Verstärkung der zentrifugalen Kräfte des deutschen Parteiensystems gebracht. Die Folgeprobleme der Transformation im östlichen Deutschland sind dafür nicht die einzige, aber eine wesentliche Ursache. Die rechtsextremistische NPD verbuchte zwar, wie dem *Dossier* von Eckhard Jesse („Wahlen 2006“) zu entnehmen ist, auch in westlichen Bundesländern Stimmengewinne, im östlichen Deutschland erreichte sie jedoch ein höheres Niveau und konnte bislang in zwei Landesparlamente einziehen – zuletzt (2006) in Mecklenburg-Vorpommern. Angesichts hoher Arbeitslosenquoten, der Abwanderung gut ausgebildeter junger Leute und eines verbreiteten Pessimismus übt ein Programm-Mix aus Nationalismus, Xenophobie und Sozialprotektionismus – auf dem „flachen Land“ mehr als in den großen Städten – Anziehungskraft auf Teile der Bevölkerung aus. Am anderen Flügel des politischen Spektrums hat die nicht selten fundamentaloppositionell auftretende Linkspartei.PDS, wie das *Dossier* von Uwe Backes belegt („Organisationen 2006“), den Konflikt mit widerstrebenden Kräften der WASG gemeistert und sich 2007 mit dieser zur Partei „Die Linke“ zusammengeschlossen.

Während „Die Linke“ zwischen Systemopposition und -loyalität laviert, vermochte mit der NPD ein politischer Akteur zu reüssieren, der eine „harte“ Form des Rechtsextremismus verkörpert, ein symbiotisches Verhältnis zu militanten Subkulturen unterhält und deutliche Affinitäten zum historischen Nationalsozialismus erkennen läßt. Wie der Dresdner Politikwissenschaftler Karsten Goll in seinem *biographischen Porträt* über den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Holger Apfel nachweist, wurde der strategische Kurswechsel der Partei bereits Mitte der neunziger Jahre in der Jugendorganisation vorbereitet und mit der Öffnung zu der unter starkem Repressionsdruck stehenden militanten „Szene“ der Neonationalsozialisten und Skinheads vollzogen. Vor allem in den östlichen Ländern konnte sich die Partei mancherorts sozial verankern. Inzwischen ist die „Kameradschaftsszene“ in erheblichem Maße in die Partei eingebunden, während die subkulturellen Jugendmilieus ihr Erscheinungsbild verändern und im „Outfit“ kaum noch von ihren linksextremen Kontrahenten vom „schwarzen Block“ zu unterscheiden sind. Dies gilt in besonderer Weise für die – allerdings eher marginalen – Zirkel der „Autonomen Nationalisten“, die Christian Menhorn in seinem *Dossier* beschreibt und zu denen die NPD neuerdings klar auf Distanz gegangen ist. Die Abwehrreaktionen der Mehrheitskultur sind beträchtlich, auch in den östlichen Ländern, in denen die Bürgergesellschaft weniger vital entwickelt ist als in den westlichen. Dies zeigen u.a. die Schwierigkeiten der NPD, wo immer deren Repräsentanten – ernsthaft oder womöglich nur mit vorgetäuschter Absicht – den Erwerb von Immobilien anstreben. Mit den inzwischen bekannt gewordenen Fällen setzt sich der Kölner Politikwissenschaftler Elmar Vieregge in seinem *Dossier* auseinander.

Drei Literaturblöcke sind dem Rechtsextremismus gewidmet. Der beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz tätige Politikwissenschaftler Thomas Grumke würdigt in seiner *Sammelrezension* einschlägige Neuerscheinungen und kommt dabei nicht immer zu einem positiven Urteil. Besser fällt das des Münchner Historikers Henning Hansen über das vor 50 Jahren erschienene Werk von Otto Büsch und Peter Furth zur rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei aus. Hansen, selber Autor eines soeben veröffentlichten Buches über die SRP, bestätigt in der Rubrik »*Wieder gelesen*« die grundlegenden Erkenntnisse von Büsch/Furth, kommt jedoch nicht umhin, deren pädagogische Lesart anzusprechen, die mitunter so wirkt, als handle es sich um eine Auftragsarbeit der Bundesregierung. Fundamental ist die Kritik des Kölner Politikwissenschaftlers Armin Pfahl-Traugher (*Literatur aus der „Szene“*) an dem Werk eines französischen Rechtsintellektuellen. Dieser erteilt dem vom „Jüdochristentum“ geprägten Verfassungsstaat des Westens eine Absage und plädiert statt dessen für eine ethnisch homogene, von starken Führernaturen angeleitete „organische Demokratie“. Der Berliner Politikwissenschaftler Sebastian Dittrich präsentiert ein *Zeitschriftenporträt* zu „*Criticón*“, einem vom Publizisten und Privatgelehrten Caspar von Schrenck-Notzing 1970 ins Leben gerufenen Unternehmen. Die empirische Auswertung des rechts-konservativen, mitunter auch rechtsextremistischen Organs kommt zu einer differenzierten Einschätzung. „*Criticón*“ war zu keiner Zeit seines Bestehens eine Einheit.

Wie das *Länderporträt* des Brünner Politikwissenschaftlers Miroslav Mareš über die Slowakei zeigt, gibt es auch dort Kräfte am rechten und linken Rand des Parteiensystems, die grundlegende Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates negieren. Anders als in den neunziger Jahren scheinen sie jedoch heute keine akute Gefahr für die junge slowakische Demokratie mehr darzustellen, obwohl die sozialdemokratische Partei „*Smer*“ nicht davor zurückgeschreckt ist, sich im Bündnis mit Nationalpopulisten eine Mehrheit zu sichern. Bescheidener als die extreme Rechte schnitt bei den letzten Parlamentswahlen die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) ab. Die 3,0 Prozent der Stimmen, die sie mit einer Mischung aus Marxismus-Leninismus und Sozialpopulismus erzielte, erscheinen allerdings wiederum viel im Vergleich zu den Ergebnissen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Die ehemals von der SED-Diktatur ideologisch, organisatorisch und finanziell abhängige Kraft hat im Jahre 2006 ihr zweites Parteiprogramm vorgelegt (nach dem ersten von 1978). Der Verabschiedung gingen lange Auseinandersetzungen voraus. Eckhard Jesse macht in seinem *Dossier* deutlich: Das wenig kohärente Programm zieht zwar gewisse Konsequenzen aus der Niederlage des „realen Sozialismus“, hält aber nach wie vor an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus fest. Das erklärt wesentlich die existentielle Krise der Partei. 30 Jahre nach dem „deutschen Herbst“ ist der Terrorismus der „Roten Armee Fraktion“ Vergangenheit, obwohl er kräftig nachhallt. Im August 2007 sind mehrere mutmaßliche Mitglieder einer links-extremistischen „*militanten gruppe*“ festgenommen worden. Die Ermittlungsbehörden werfen ihnen vor, für mehr als zwei Dutzend Anschläge gegen öffentliche Ein-

richtungen in den Jahren seit 2001 verantwortlich zu sein. Uwe Backes präsentiert in einem *Dossier* („Dokumentation 2006“) ein erhellendes Selbstbeziehungsschreiben.

Gleich sechs Autoren setzen sich in der Rubrik »*Kontrovers besprochen*« mit der „veränderten Republik“ von Klaus Schroeder auseinander. Der Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat hat eine umfassende Studie zum vereinigten Deutschland vorgelegt. Daß Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei „Die Linke“, mit seiner Mitarbeiterin Konstanze Kriese sowie der dezidiert linke Politikwissenschaftler Fritz Vilmar zu ebenso negativen Urteilen kommen wie die CDU-Abgeordnete Kristina Köhler und der eher konservative Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt zu positiven, muß nicht überraschen. Wie Franziska Brech und Siegmund Faust zeigen, gibt es neben dem politischen „Frontenverlauf“ einen Ost-West-Konflikt. Mit „Veränderung“ ist ein Begriff gefunden, der auch die beiden folgenden Beiträge charakterisiert, wiewohl im umgekehrten Sinne. Der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der „Birthler-Behörde“, analysiert in seinem umfassenden *Literaturbericht* das Bestreben der sowjetischen Kommunisten, den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt um jeden Preis zu verhindern. Sogar eine Intervention, für die Sowjetunion von verheerender öffentlicher Wirkung, wurde nicht gescheut. Und Peter März, als Historiker Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, weist bei seinem *Rezensionsskizze* über Walter Mülhaußens Friedrich Ebert-Biographie nach, wie der erste Präsident der Weimarer Republik, der ersten deutschen Demokratie, ständig bemüht war, Veränderungen im rechts- oder linksextremistischen Sinne zu unterbinden. Kommunisten und Nationalsozialisten waren Todfeinde der ungefestigten Demokratie.

Die *Analysen* in diesem Jahrbuch sind breit gefächert. Eckhard Jesse untersucht die in der Wissenschaft kaum herangezogenen Verfassungsschutzberichte der Länder (z.B. mit Blick auf mögliche Abweichungen). Solche Berichte erscheinen mittlerweile in jedem Bundesland, bis auf das Saarland. Neben Stärken kommen Schwächen zur Sprache. Sofern sie den Inhalt des Verfassungsschutzberichtes für den Bund mehr oder weniger wiederholen, ist dies kritikwürdig. Der Vergleich zweier extremismustheoretisch ähnlicher Parteien (der Linkspartei.PDS auf der einen und den „Republikanern“ auf der anderen Seite) anhand der Einordnung in den Verfassungsschutzberichten liefert augenfällige Befunde. Der Bonner Politikwissenschaftler Lazaros Miliopoulos beleuchtet den kulturhistorischen und intellektuellen Hintergrund des Antiamerikanismus, der mit unterschiedlichen Akzentuierungen bei Sozialisten, Nationalisten und Islamisten gleichermaßen anzutreffen ist. Er geht nicht selten mit politisch-religiösen Ansätzen einher. Deren Bedeutung für das Verständnis des NS-Regimes spürt die Chemnitzer Politikwissenschaftlerin Evelyn Völkel nach, wobei sie sich vor allem mit den Deutungskonzepten Raymond Arons, Eric Voegelins und Frederick Voigts auseinandersetzt. Dem italienischen Neofaschismus ist der Beitrag des Kasseler Politikwissenschaftlers und Romanisten Roland Höhne gewidmet. Er zeichnet den Wandel des Movimento Sociale Italiano (MSI) nach und zeigt, unter welchen

Bedingungen es der moderateren Nachfolgeorganisation/Neugründung Alleanza Nazionale (AN) gelang, sich in den Verfassungsbogen zu integrieren.

Wie in den Jahrbüchern 2, 7, 10, 12 und 15 findet diesmal wieder ein *Forum* Aufnahme. Das Thema „Islamismus“ ist voller Brisanz und Aktualität. Vier Autoren beantworten Fragen der Herausgeber: ein offizieller Vertreter der Internationalen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), Mustafa Yeneroglu, ein Angehöriger der Sicherheitsbehörden, Herbert L. Müller vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, der Anthropologe und IGMG-Kenner Werner Schiffauer (Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) sowie der Islamwissenschaftler und Journalist Albrecht Metzger. Alle Autoren halten die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus für akut, differieren aber in Diagnosen wie Therapien. Auch mit Blick auf die gewaltfrei agierende IGMG ergibt sich ein breites Meinungsspektrum. Veränderungsprozesse innerhalb der Organisation kommen ebenso zur Sprache wie weiterhin bestehende Anhaltspunkte für Einstellungen und Bestrebungen, die mit den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind.

Das Jahrbuch bietet wie immer neben den bereits erwähnten eine Vielzahl an Rezensionen deutschsprachiger Publikationen, vereinzelt auch fremdsprachiger, jeweils aus dem Jahr 2006: *Hauptbesprechungen*, *Kurzbesprechungen*, *Kommentierte Bibliographie* und *Zeitschriftenauslese*. In der Rubrik *Mitteilungen und Hinweise* stellen sich zwei Periodika vor: „Gerbergasse 18“ und „Freiheit und Recht“.

U.B./E.J.

Analysen

Die Verfassungsschutzberichte der Bundesländer. Deskription, Analyse, Vergleich

Von Eckhard Jesse

1. Einführung

Der Verfassungsschutzbericht des Bundes, den der jeweilige Bundesminister des Innern jährlich auf einer Pressekonferenz vorstellt, ist in der Öffentlichkeit recht gut bekannt. Er sorgt zuweilen für Aufsehen, sei es, daß manche ihr Urteil über eine bestimmte Variante des Extremismus bestätigt finden, sei es, daß andere von Dämonisierung oder Verharmlosung bei der Berichterstattung sprechen. Die Entstehung der Verfassungsschutzberichte ist eine Reaktion auf die Last der Vergangenheit. Nach den antisemitischen Schmierereien 1959/60 in der Bundesrepublik Deutschland wurde die Notwendigkeit erkannt, die in- und ausländische Öffentlichkeit über einschlägige Aktivitäten zu informieren. Nach einer in englischer Sprache verfaßten Schrift aus dem Jahre 1960 über die Vorfälle erschien das erste Mal für den Berichtszeitraum 1961 ein „Bericht nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden“ über den „Rechtsradikalismus“.¹ Dies war der Beginn der heutigen Verfassungsschutzberichte. Auch die Berichte zum „Rechtsradikalismus“ für die Jahre 1962 und 1963 wurden in der „Beilage zum Parlament“ abgedruckt, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung.² Vom Berichtszeitraum 1964 an wurde die Berichterstattung für die linke Variante des Extremismus am gleichen Publikationsort ergänzt.³ Für den Berichtszeitraum 1968 kam zum ersten Mal eigenständig eine Broschüre des Bundesministeriums des Innern heraus,⁴ für den Berichtszeitraum 1969 und 1970 wurden die Ergebnisse zum ersten und zum letzten

1 Vgl. Bericht nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Ein Erfahrungsbericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte [künftig: APuZ] (1962) B 20, S. 241-252.

2 Vgl. Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1962, in: APuZ (1963) B 14, S. 3-21; Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1963, in: APuZ (1964) B 26, S. 3-21.

3 Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1964, in: APuZ (1965) B 11, S. 3-23; Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1965. Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1962, in: APuZ (1966) B 11, S. 3-38; Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1966, in: APuZ (1967) B 24, S. 3-38; Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967. Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1967, in: APuZ (1968) B 15, S. 3-40; Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1964, in: APuZ (1965) B 33, S. 3-36; Die kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1965, in: APuZ (1966) B 20, S. 3-30; Die kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1966, in: APuZ (1967) 28, S. 3-32; Die kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1967, in: APuZ (1968) 30, S. 3-32.

4 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz 1968, Bonn o.J. (1969).

Mal in einem Bericht zusammengefaßt.⁵ Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen nahm in den Folgejahren nicht nur an Umfang zu, sondern auch an Professionalität und moderner Aufmachung.⁶

Die Verfassungsschutzberichte in der Bundesrepublik haben für andere Staaten eine gewisse Vorreiterrolle gespielt, etwa für die Niederlande, Österreich, die Schweiz und Tschechien. Allerdings führen diese Staaten in ihren „Staatsschutzberichten“ (die Terminologie ist unterschiedlich) vor allem Bestrebungen auf, die Gewalt anwenden oder propagieren, weil sie nicht auf den Prinzipien der streitbaren Demokratie fußen.⁷ Die meisten Staaten machen ihre Erkenntnisse nicht publik, hantieren aber mit ihnen.

Was wenig bekannt ist: Die Verfassungsschutzberichte des Bundes haben nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland Nachfolger gefunden. Die Bundesländer geben ebenso Verfassungsschutzberichte heraus, zum Teil schon seit drei Jahrzehnten. Die neuen Bundesländer haben sich dem nicht entziehen können. Nur das kleine Saarland verzichtet auf die Erstellung eines solchen Berichtes. Die Länderberichte stoßen nicht annähernd auf das Interesse wie die des Bundes, auf die dieser Beitrag nicht näher eingeht.

Er will im einzelnen prüfen, wo es Gemeinsamkeiten und wo es Unterschiede zwischen den Berichten der Länder gibt, z.B. mit Blick auf die Schwerpunktsetzung. Im Vordergrund stehen rechts- und linksextremistische Bestrebungen. Haben die Berichte der einzelnen Länder jeweils einen gravierenden Wandel erfahren? Wie ist es mit der Einordnung der Linkspartei.PDS und der Partei der Republikaner (REP)? Es handelt sich um zwei Parteien, die aufgrund unterschiedlicher Strömungen in einer Art „Grauzone“ angesiedelt sind: nicht mehr extremistisch, noch nicht demokratisch. Die Auffassung in der Wissenschaft zu beiden Parteien geht weit auseinander. Gilt dies auch für die Verfassungsschutzberichte? Woran liegt das?

Nach einem Überblick über die Verfassungskonzeption der streitbaren Demokratie im Zusammenhang mit den Verfassungsschutzberichten folgt eine chronologisch angelegte Auflistung zu den Berichten der alten und der neuen Länder. Dabei bezieht sich die Abhandlung wesentlich auf die Bereiche des Rechtsextremismus und des Linksextremismus, vernachlässigt also andere, zum Teil nicht weniger umstrittene Felder, über die der Verfassungsschutz ebenso (mit unterschiedlicher Intensität) unterrichtet, etwa „Ausländerextremismus“⁸, Scientology, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz. Nach einem Vergleich der Verfassungsschutzberichte bieten die abschließenden Ausführungen einige Reformvorschläge.

5 Vgl. dass. (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz 1969/70, Bonn o.J. (1971).

6 Vgl. Eckhard Jesse, Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder im Vergleich, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2006, S. 379-396.

7 Vgl. Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006, S. 200-202.

8 Dieser nach wie vor oft verwendete Terminus ist höchst ungenau: Zum einen liegen Rechts- und Linksextremismus auf einer anderen Ebene als der „Ausländerextremismus“, zum anderen kann der religiös ausgerichtete Fundamentalismus (etwa der Islamismus) auch auf Deutsche zurückgehen.

2. Verfassungsschutzberichte als Ausdruck der streitbaren Demokratie

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht zuletzt als Reaktion auf die Last der Vergangenheit eine streitbare Demokratie. Zwar besteht in der Akzeptanz dieser Demokratieform ein hohes Maß an Übereinstimmung, doch gibt es in der Art der Gestaltung des Demokratieschutzes einen beträchtlichen Dissens. Das gilt für Theorie und Praxis gleichermaßen. Jeweils zwei Positionen stehen sich gegenüber – bezogen auf die Vorgehensweise des Staates und auf die jeweilige antidemokratische Richtung (wobei die eine oder andere Verschränkung vernachlässigt wird). Was die Art der Auseinandersetzung betrifft, so gilt: Eine „weiche“ Position will die streitbare Demokratie weniger in einem repressiven Sinne angewendet wissen, während eine „harte“ Version auch Verbote einbezieht und sich nicht auf die geistig-politische Ebene beschränkt. Was das „Feindbild“⁹ angeht, so sucht eine antifaschistische Richtung lediglich auf der rechten Seite des politischen Spektrums die Feinde, eine antiextremistische hingegen ebenso im Linksaußenspektrum sowie beim religiös geprägten Extremismus, dem Fundamentalismus.

Wer diese Aufschlüsselung goutiert, kommt zu vier Varianten: (1) scharfes Vorgehen gegen jede Form des Extremismus; (2) scharfes Vorgehen gegen jede Form des Rechtsextremismus; (3) zurückhaltendes Vorgehen gegen jede Form des Extremismus; (4) zurückhaltendes Vorgehen gegen jede Form des Rechtsextremismus. Für den Verfasser besitzen nur die Varianten (2) und (4) keine Plausibilität: Extremismus kann nicht auf eine spezifische Form reduziert werden. Bei den Varianten (1) und (3) ist die jeweilige Gefährdungslage zu berücksichtigen. Ein abgestuftes Instrumentarium der streitbaren Demokratie ist sinnvoll, eine Extremform dagegen nicht. Wer generell jede verfassungsfeindliche Organisation zu verbieten sucht, leistet einer autoritären Ordnung Vorschub. Und wer es nur bei allgemeinen Appellen für die freiheitliche Ordnung läßt, unterminiert letztlich die Streitbarkeit der Demokratie. Mit den Verfassungsschutzberichten ist eine Möglichkeit gegeben, die einerseits klar die verfassungsfeindlichen Bestrebungen beim Namen nennt, diese andererseits aber nicht aus dem politischen Leben bannt. Gleichwohl ist eine dort aufgeführte Organisation oder eine Person „beschädigt“. Insofern ist die Bedeutung der Verfassungsschutzberichte für den Demokratieschutz keineswegs gering zu schätzen, und die Verfasser müssen sich der Konsequenzen ihres Tuns bewußt sein. Eine Berichterstattung, die mehr auf Verdachtsmomenten basiert als auf konkreten Anhaltspunkten, verbietet sich. Schließ-

9 Der Terminus ist unscharf: nicht wegen des Begriffs „Feind“ (auch Demokratien haben Feinde und müssen diese beim Namen nennen), sondern deshalb, weil „Feindbild“ pejorativ konnotiert ist (Extremisten haben solche ideologisch geprägten Bilder). Demokratien sollten angemessene Bilder von Feinden zeichnen, aber keine „Feindbilder“ produzieren. Vgl. Eckhard Jesse, Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, 2. Aufl., Berlin 2005, S. 5-22.

lich wohnen solchen „Würdigungen“ negative Konsequenzen inne: „Bei der Publikation von Werturteilen über politische Parteien, wie z.B. die Bezeichnung ‚Verfassungsfeindlichkeit‘, handelt es sich nicht lediglich um einen politischen Meinungskampf. Dadurch entstehen Parteien mittelbar Nachteile, die eine Beeinträchtigung ihrer Chancengleichheit in rechtlich relevanter Weise darstellen. Ebenso sind hier getroffene Beurteilungen auch Gegenstand gerichtlicher oder behördlicher Würdigungen, die zum Teil auch rechtserheblich ihre Statusrechte beeinträchtigen.“¹⁰

Die streitbare Demokratie der Bundesrepublik¹¹ ist durch den Dreiklang von Wertgebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung des Demokratieschutzes gekennzeichnet.¹² Die drei Elemente stehen in einem untrennbaren Zusammenhang. Wertgebundenheit stellt auf die für unverbrüchlich geltenden Prinzipien ab. In Art. 79 Abs. 3 GG heißt es: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“ In Art. 1 ist von der Unantastbarkeit der Menschenwürde die Rede, in Art. 20 von den Staatsstrukturprinzipien Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, Bundesstaat und Republik. Selbstverständlich kommt auch dem Art. 79 Abs. 3 eine „Ewigkeitsgarantie“ zu, denn es wäre ein Verstoß gegen den Geist der Verfassung, eine Bestimmung aufheben zu wollen, die eben gerade zum Schutz der genannten Werte dient, auch wenn nicht eigens ihre Unantastbarkeit festgelegt ist.

Die Abwehrbereitschaft zeigt sich in einer Reihe von Bestimmungen, die dafür Sorge tragen sollen, daß solche Richtungen aus dem politischen Wettbewerb ausgeschaltet werden können, die die freiheitliche demokratische Grundordnung in Frage stellen. Das Grundgesetz sieht u.a. die Möglichkeit von Vereinigungsverboten (Art. 9, Abs. 2), Parteiverboten (Art. 21, Abs. 2), und die Verwirkung von Grundrechten vor (Art. 18). Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist nicht im Grundgesetz definiert, sondern durch das Bundesverfassungsgericht im SRP-Urteil (in Anlehnung an eine Formulierung im Strafgesetzbuch und später um das Sozialstaatsgebot erweitert im KPD-Urteil von 1956): „So läßt sich die freiheitliche demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Men-

10 Lars Oliver Michaelis, Politische Parteien unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die Streitbare Demokratie zwischen Toleranz und Abwehrbereitschaft, Baden-Baden 2000, S. 199.

11 Vgl. u.a. Markus Thiel, Wehrhafte Demokratie. Beiträge über die Regelungen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, Tübingen 2003.

12 Vgl. Eckhard Jesse, Demokratieschutz, in: Ders./Roland Sturm (Hrsg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 449-474.

schenrechten, vor allem vor dem Schutz der Persönlichkeit, auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“¹³

Die Prinzipien der Wertgebundenheit und der Abwehrbereitschaft müssen in einem engen Zusammenhang stehen. Wertgebundenheit ohne Abwehrbereitschaft verliert ebenso ihren Sinn wie Abwehrbereitschaft ohne Wertgebundenheit. Die Prinzipien, die die Wertgebundenheit ausmachen, müssen mit den Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung deckungsgleich sein. Zwei Bestandteile der Wertgebundenheit (das Republik- und das Bundesstaatsprinzip) fehlen aber bei der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, völlig zu Recht. Denn Anhänger einer parlamentarischen Monarchie (wie in Großbritannien) und eines Einheitsstaates (wie in Frankreich) verstoßen nicht gegen freiheitliche Werte. Der Schönheitsfehler liegt darin, daß zur Wertgebundenheit das Republik- und das Bundesstaatsprinzip an sich nicht gehören. Das ist nur vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen des Parlamentarischen Rates erklärbar.

Mit der Vorverlagerung des Demokratieschutzes ist gemeint, daß der demokratische Staat nicht erst beim Übertreten von Gesetzen reagiert, sondern schon im Vorfeld. Es gibt keineswegs nur verfassungsfeindliche Mittel, sondern auch verfassungsfeindliche Ziele. Auf diese Weise soll die Legalitätstaktik extremistischer Strömungen unterlaufen werden. Dieser präventive Demokratieschutz ist insofern heikel, weil sich Legalität und Legitimität nicht decken. Legales Handeln kann bereits illegitimes Handeln sein.¹⁴ Die streitbare Demokratie soll eine Schutzvorkehrung gegenüber gewaltlosem Extremismus bedeuten.

Für Kritiker der streitbaren Demokratie ist diese eine Provokation. Autoren wie Claus Leggewie und Horst Meier lassen das Argument, wonach es extremistische Ziele gibt, nicht gelten. „Erst wenn Gewalt gegen Personen oder Sachen angewendet wird, darf (und muß) der Staat eingreifen – erst dann also, wenn konkrete Gefahren drohen. Damit markiert das Gewaltkriterium die Grenze, deren Überschreitung Eingriffe in die politische Freiheit rechtfertigt. Diese Grenze stellt eine hohe Eingriffsschwelle dar, weil sie weit gezogen ist; sie ist aber auch rigide, denn niemand überschreitet sie, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden.“¹⁵ So kehren die Autoren zu dem relativistischen Demokratieverständnis der Weimarer Zeit zurück. Sie können nur für die Offenheit der Gesellschaft plädieren, ohne aber inhaltliche Prinzipien fest-

13 BVerfGE 2, 12 f.

14 Damit ist die Konzeption der streitbaren Demokratie in gewisser Weise die Umkehrung der Konzeption des zivilen Ungehorsams. Denn diese zeichnet sich dadurch aus, daß illegales Handeln legitimes Handeln sein kann.

15 So Claus Leggewie/Horst Meier, Republikschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie, Reinbek 1995, S. 249 f.

zuschreiben. Wer die Anwendung von Gewalt als Eingriffsgrenze festlegt, hat zwar ein klares formales Kriterium, doch kommt er der gefährlichsten Form des Extremismus nicht bei: dem gewaltlosen. Die Möglichkeit von Parteiverboten scheidet für ihn prinzipiell aus.¹⁶

Ein Befürworter des Konzepts der streitbaren Demokratie muß Verfassungsschutzberichte prinzipiell bejahen, ein Gegner sie verneinen. Solche Berichte haben darzulegen, welche extremistischen Bestrebungen es gibt – vor allem im Bereich des organisierten Extremismus, aber nicht nur hier. Vom organisierten Extremismus geht naturgemäß die größte Gefahr für die freiheitliche Demokratie aus. Angesichts der Konsequenzen für die Betroffenen haben solche Berichte das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

3. Verfassungsschutzberichte in den alten Bundesländern

Der Verfassungsschutz ist in der Bundesrepublik föderativ organisiert. Es gibt neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz Landesämter für Verfassungsschutz oder entsprechende Verfassungsschutzbehörden in den Innenressorts. Die Verfassungsschutzberichte der Bundesländer sind vor allem eine Folge der von der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder am 9. September 1974 beschlossenen Konzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung“. Zum einen sollte Aufklärung über extremistische Organisationen und Strategien geboten werden, zum anderen Information über die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben des Verfassungsschutzes. In den Vordergrund rückte die geistig-politische Auseinandersetzung, weniger die repressive Seite. Damit ging oft eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit einher und die Einrichtung entsprechender Stellen. Die Verfassungsschutzbehörden wollten einerseits die Transparenz erhöhen, andererseits sich besser legitimieren. Sie standen seinerzeit unter hohem Legitimationsdruck eines Teils der Öffentlichkeit. Man denke nur an die oft mit Schlagworten („Gesinnungsschnüffelei“ ist eines, „Duckmäusertum“ ein anderes) geführte Diskussion um die Regelanfrage bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst.

Das Land Niedersachsen machte den Anfang. Im Jahr 1976 wurde der Verfassungsschutzbericht für 1975 im Umfang von 103 Seiten vorgelegt. Innenminister Wilfried Hasselmann begründete die Notwendigkeit eines solchen Berichts u.a. mit den folgenden Worten: „Der nachrichtendienstliche Verfassungsschutz darf nicht als die zwar notwendige, aber anrühige und deshalb ungeliebte ‚Kehrseite‘ unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung angesehen werden. Er ist vielmehr der legitime Ausdruck des Selbstbehauptungswillens unseres freiheitlichen Rechtsstaates.“¹⁷ Der Bericht erschien anfangs mit Unterbrechungen oder faßte zwei Jahre zusammen (etwa

¹⁶ Vgl. Horst Meier, Parteiverbote und demokratische Republik, Baden-Baden 1993.

¹⁷ Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 1975, Hannover 1976, S. 3 f.

1983 und 1984). Seit dem Berichtsjahr 1985 kommt er regelmäßig heraus, mittlerweile in einem Umfang von über 200 Seiten. Die Verfassungsschutzberichte für die Jahre 1990 bis 1993 waren „abgespeckt“ (jeweils unter 100 Seiten). Die in den ersten Jahren starke Konzentration auf das Bundesland ließ später nach. So kamen vielfach rechtsextremistische Aktivitäten ohne jeden Bezug auf Niedersachsen zur Sprache.¹⁸ Lautete anfangs die Reihenfolge Linksextremismus, Rechtsextremismus, extremistische Ausländerorganisationen, so änderte sich das mit dem Berichtsjahr 1990 unter der neuen rot-grünen Regierung, hatte doch der sozialdemokratische Innenminister Gerhard Glogowski im Vorwort zum Berichtsjahr 1989 geschrieben: „Der Bericht umfaßt dabei einen Zeitraum, der noch voll in die Amtszeit der früheren Landesregierung fiel, so daß auch die Entstehung und Schwerpunktsetzung des Berichts in der Verantwortung dieser früheren Landesregierung lagen.“¹⁹ Der Rechtsextremismus rangierte vor dem Linksextremismus, ebenso im Umfang. Das blieb bis heute unverändert, über den Regierungswechsel im Jahre 2003 hinaus. Im Verfassungsschutzbericht von 2003, also nach dem Regierungswechsel zur CDU und zur FDP, steht ein Abschnitt zur PDS insgesamt, nicht bloß zu deren „Kommunistischer Plattform“.²⁰ Die Vorworte der SPD-Minister legten ein eindeutiges Schwergewicht auf den Rechtsextremismus, bei den CDU-Ministern kamen ebenso Islamismus und (gewalttätiger) Linksextremismus zur Geltung. Seit dem Berichtsjahr 1995 hat der Verfassungsschutzbericht des Landes einen Fußnotenapparat, der offenbar den wissenschaftlichen Anspruch der Ausführungen unterstreichen soll.

Bayern folgte Niedersachsen ein Jahr später. Umfaßte der erste Verfassungsschutzbericht 1976 nur 72 Seiten, so verdoppelte sich die Seitenzahl des nächsten (144 Seiten). Dieser Umfang wurde nie mehr unterschritten. In den letzten zehn Jahren lag er fast immer bei über 200 Seiten. Die anfängliche Reihenfolge (Linksextremismus, Rechtsextremismus, Ausländerextremismus) wurde mit dem Berichtsjahr 1992 verändert. In dem seinerzeitigen Vorwort von Günther Beckstein und seinem Staatssekretär Hermann Regensburger heißt es: „Er [der Verfassungsschutzbericht] erscheint dieses Jahr vor dem bedrückenden Hintergrund einer bislang nicht dagewesenen Welle ausländerfeindlicher Gewalt in Deutschland“.²¹ Es kann folglich keine Rede von einer Bagatellisierung der fremdenfeindlichen Taten sein. Der Rechtsextremismus stand seither an erster Stelle. Seit 2005 hat der Ausländerextremismus den ersten Platz eingenommen, insbesondere der islamistische Extremismus und Terrorismus. Gleich im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1990 wird die PDS erwähnt – bis heute. Dabei ist nicht bloß von einzelnen „Plattformen“ die Rede, sondern von der PDS insgesamt. Mit der Umfangserweiterung der Berichte hebt auch Bayern stark auf den Extremis-

18 Vgl. beispielsweise: Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 1997, Hannover 1998, S. 61-63 („Neonazikreis um Ernst Zündel“).

19 Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 1989, Hannover 1990, S. 3.

20 Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2003, Hannover 2004, S. 85-88.

21 Verfassungsschutzbericht Bayern 1992, München 1993, S. 3.

mus in der gesamten Bundesrepublik ab, ohne aber den regionalen Schwerpunkt zu vernachlässigen.

Rheinland-Pfalz' erster Verfassungsschutzbericht betraf ebenfalls das Berichtsjahr 1976, der zweite 1979, der dritte 1982. Erst von da an erschienen regelmäßig Verfassungsschutzberichte (im Umfang von ca. 100 Seiten). Anfangs und später (1991 bis 2004; größtenteils als „Tätigkeitsberichte“ deklariert²²) kamen die Verfassungsschutzberichte in hektographierter Form im DIN A4-Format heraus. Die Reihenfolge lautete zunächst: Linksextremismus, Rechtsextremismus²³, Ausländerextremismus; seit dem Bericht von 1991 rangiert der Rechtsextremismus vor dem Linksextremismus (auch im Umfang). In den ersten Jahren (und auch wieder in den neunziger Jahren) stand deutlich der Bezug zum Land im Vordergrund. Dies ließ später nach. Im Verfassungsschutzbericht 2003 steht ein intellektuell mageres, an den Verfassungsschutzbericht des Bundes angelehntes Kapitel „Intelktualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus“. Die einzigen spezifischen Aussagen über Rheinland-Pfalz lauten wie folgt: „In Rheinland-Pfalz verfügt die ‚Deutsche Akademie‘ über eine eigene Postfachadresse in Kaiserslautern. Dem Führungs- und Organisationsstab gehört auch der rheinland-pfälzische NPD-Landesvorsitzende Martin Laus an.“²⁴

Auch Schleswig-Holsteins erster Verfassungsschutzbericht betraf das Berichtsjahr 1977. Überraschend offensiv heißt es im Vorwort des Innenministers Rudolf Titzck: „Wir müssen heute leider feststellen, daß heute in manchen Teilen der jüngeren Generation ein zunehmend gleichgültiges, ablehnendes oder gar feindseliges Verhältnis zum Staat besteht. Dies sollte allen, die für das politische Geschehen in unserem Staat und für die Erziehung junger Menschen verantwortlich sind, Anlaß sein, noch entschlossener für den Fortbestand unserer freiheitlichen Ordnung einzutreten.“²⁵ Die Berichte, die kleinere Lücken aufweisen und zuweilen zwei Jahre zusammenfassen,²⁶ sind durch große Sachlichkeit gekennzeichnet. Im Gegensatz zu früher ist nicht von „Neonazis“, sondern von „Neonationalsozialisten“ die Rede. Bald nach dem ersten Bericht rückte der Rechtsextremismus vor den Linksextremismus. Lag der Umfang die ersten Jahre unter 50 Seiten, so ist er in den letzten Jahren auf über 100 Seiten angewachsen. Obwohl eine Vorbemerkung den Eindruck erweckt, als stünde Schleswig-Holstein im Vordergrund („Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes er-

- 22 Damit sollte offenbar zum Ausdruck kommen, daß es sich um eine „abgespeckte“ Form des Verfassungsschutzberichtes handelt. Dabei zog Rheinland-Pfalz aus dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ eine andere Konsequenz als Hessen, das ein Jahrzehnt lang keine Verfassungsschutzberichte präsentierte. Besonders der „Tätigkeitsbericht“ für das Jahr 1991 fiel dürftig aus.
- 23 Im Bericht für das Jahr 1982 findet der Rechtsextremismus deshalb praktisch keine Berücksichtigung, weil das Ministerium des Innern und für Sport kurz zuvor eine Schrift mit dem Titel „Rechtsextremismus“ (Mainz 1982) veröffentlicht hat.
- 24 Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2003, Mainz 2004, S. 41.
- 25 Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 1977, Kiel 1978, S. 1.
- 26 Vgl. etwa Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 1985/1986, Kiel 1987.

forderlich sind“²⁷), so ist das nicht ganz richtig, wenngleich die Verfasser sich um eine gewisse Konzentration auf Schleswig-Holstein bemühen.

Hessen informiert ebenso seit dem Berichtsjahr 1977. Allerdings wurde für die Berichtsjahre 1991 bis 1999 nichts dokumentiert. Dies änderte sich erst mit der neuen unionsgeführten Regierung. „Die Landesregierung hält die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über extremistische Bestrebungen – sei es von links, von rechts oder aus dem Ausland – für einen wesentlichen Bestandteil praktizierter wehrhafter Demokratie.“²⁸ Mit dem Jahr 2000 kommt der Verfassungsschutzbericht in einem Großformat heraus, im Gegensatz zu früher. Trotzdem hat sich die Zahl der Seiten mit ca. 150 verdoppelt, bedingt auch durch Bebilderung. Seit dem Berichtsjahr 2001 rangieren die „sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Ausländern“ vor dem Rechts- und Linksextremismus – eine Reaktion auf die spektakulären Anschläge am 11. September 2001 in New York und Washington. In den siebziger und achtziger Jahren war der Fokus stärker auf Hessen gerichtet als später.

Das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen dokumentiert verfassungsfeindliche Bestrebungen seit dem Berichtsjahr 1978. Zum Teil legt das Innenministerium in gedruckter Form sogar „Zwischenberichte“ vor, die die Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte nachzeichnen.²⁹ Viel Sinn ergibt eine derart kurzatmige Präsentation jedenfalls für die Öffentlichkeit nicht. Die Verfassungsschutzberichte beginnen bis heute mit dem Rechtsextremismus, es folgen Linksextremismus und Ausländerextremismus.³⁰ „Islamismus“ ist seit dem Berichtsjahr 2003, im Anschluß an den „Ausländerextremismus“, eine gesonderte Kategorie. Der Umfang der professionell gemachten Berichte wächst zuweilen auf über 300 Seiten an. Daß dabei nicht nur auf verfassungsfeindliche Bestrebungen im Bundesland eingegangen wird, versteht sich. Die seit einigen Jahren vorgenommene Differenzierung zwischen „aktuellen Anhaltspunkten für den Verdacht extremistischer Bestrebungen“ und „Anhaltspunkten für extremistische Bestrebungen“ ist sinnvoll, wird jedoch uneinheitlich gehandhabt, so daß daraus nicht der Unterschied zwischen einer „weichen“ und einer „harten“ Variante des Extremismus abgeleitet werden kann.³¹ Die Berichte haben vor allem Schlagzeilen durch ihre Fokussierung auf die „Neue Rechte“ im allgemeinen und die organisationsunabhängige „Junge Freiheit“ im besonderen gemacht. Die Verfassungsbeschwerde der „Jungen Freiheit“ beim Bundesverfassungsgericht entschied dieses mit

27 Zum Beispiel im Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holsteins 2005, Kiel 2006, S. 4.

28 Verfassungsschutzbericht Hessen 2002, Wiesbaden 2001, S. 6.

29 Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen, Zwischenbericht 1997, Düsseldorf 1997.

30 Seit dem Berichtsjahr 2001 ist ein Kapitel vorgeschaltet, in dem ein aktuelles Thema auf hohem Niveau abgehandelt wird. Die Texte sind ein Beispiel für die Verwissenschaftlichung der Verfassungsschutzberichte. Vgl. etwa den Text „Die Ideologie der Muslimbruderschaft“, in: Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2005, Düsseldorf 2006, S. 29-39.

31 Beispielsweise heißt es vorsichtig, bei der NPD bestünden „aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“, als gäbe es daran Zweifel. Vgl. Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2004, Düsseldorf 2005, S. 65.

einer Zurückverweisung an das Verwaltungsgericht in Düsseldorf. Die Streitparteien verzichteten auf eine Klärung der Frage, ob die Erwähnung der „Jungen Freiheit“ 1994 und 1995 im Verfassungsschutzbericht rechtens sei.³² Aufgrund der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Kriterien (u.a. Orientierung am Prinzip der Verhältnismäßigkeit) verzichtete der Verfassungsschutzbericht fortan darauf, die „Junge Freiheit“ weiter zu nennen. Insgesamt war die Art und Weise der Berichterstattung kein Ruhmesblatt für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz.³³

Wie Nordrhein-Westfalen gibt Baden-Württemberg Verfassungsschutzberichte seit dem Berichtsjahr 1978 heraus. Die ursprüngliche Reihenfolge (Links-, Rechts- und Ausländerextremismus) wurde mit dem Berichtsjahr 1991 geändert: Der Rechtsextremismus kam an die erste Stelle. Seit dem Berichtsjahr 2003 rangieren „sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern“ an der ersten Stelle. Das Vorwort von Innenminister Thomas Schäuble ist prinzipiell angelegt. „Die Verfassungsschutzberichte der letzten 25 Jahre spiegeln ein kleines Stück der deutschen Nachkriegsgeschichte wider. [...] Standen 1978 [...] noch die Aktivitäten von Linksextremisten [...] im Vordergrund, richtet sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA das Hauptaugenmerk des Landesamtes für Verfassungsschutz auf die Behandlung der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern.“³⁴ Im Verfassungsschutzbericht 2006 ist ein bisheriges Unterkapitel ausgegliedert und als gesonderter Abschnitt ganz nach vorn gerückt worden. Die Reihenfolge lautet nun: „Islamistischer Islamismus und Terrorismus“, „Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Scientology-Organisation“, „Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz“. In den letzten Jahren gibt es unter der Überschrift „Aktionsfelder“ zum Thema Rechtsextremismus einzelne Beiträge, die in der herkömmlichen Berichterstattung des Verfassungsschutzes sonst keine Berücksichtigung finden. So ging es 2006 um das Verhältnis von Rechtsextremisten zur Patriotismusdebatte und zum „Kampf der Kulturen“.³⁵ Das sind kurze wissenschaftliche Abhandlungen, allerdings fast ohne jeden Bezug zu Baden-Württemberg. Im Vergleich zum ersten Bericht ist der letzte mit fast 300 Seiten etwa viermal so umfangreich ausgefallen. Die Berichte Baden-Württembergs informieren sehr breit über rechts- wie linksextremistische Bestrebungen. Auf der einen Seite ist von den REP und der „Theorie- und Strategiebildung im deutschen Rechtsextremismus“ ebenso die

32 Der Verfassungsschutzbericht informierte nur gewunden über das Urteil. Vgl. Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2005, Düsseldorf 2006, S. 35-38.

33 Siehe zur Kontroverse: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeifer (Hrsg.), Die neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004; Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf 2005; Dieter Stein, Phantom „Neue Rechte“. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Mißbrauch durch den Verfassungsschutz, Berlin 2005.

34 Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2003, Stuttgart 2004, S. 3 f.

35 Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006, Stuttgart 2007, S. 183-197.

Rede wie von der PDS und der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“.

Das Bundesland Berlin wartet seit dem Berichtsjahr 1990 auch mit einer Dokumentation der verfassungsfeindlichen Kräfte auf. Der Innensenator Heckelmann begründet dies so, daß mit dem Wegfall der alliierten Vorbehaltsrechte nach der Wiedervereinigung „die Gewährleistung der inneren Sicherheit in der alleinigen Verantwortung des Senats [liegt]. Dies gibt mir die Möglichkeit, für das Jahr 1990 erstmals einen Jahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz der Öffentlichkeit vorzustellen.“³⁶ Die Reihenfolge (Linksextremismus, Rechtsextremismus, Ausländerextremismus) wurde mit dem Verfassungsschutzbericht 1994 geändert (der Rechtsextremismus rückte vor den Linksextremismus), dann aber rückgängig gemacht. 1997 geriet der Ausländerextremismus an die erste, die rechte Variante des Extremismus an die zweite, die linke an die dritte Stelle. Seit dem Berichtsjahr 2000 ist die Reihenfolge wieder wie zuvor. Erklärungen für den Wechsel der Reihenfolge sucht der Leser vergeblich. Hatte der Verfassungsschutzbericht beim ersten Erscheinen bereits 200 Seiten, so sind es in den letzten Jahren deutlich über 300 Seiten geworden. Im Zuge einer personellen Umstrukturierung des Berliner Verfassungsschutzes (er war aufgrund zahlreicher Affären in die Schlagzeilen geraten) erfuhr der Bericht für das Jahr 2001 auch eine Veränderung der Struktur. Rechts-, Links- und Ausländerextremismus tauchen je zweimal auf: in einem Kapitel über Themenschwerpunkte im Jahr, in einem anderen vornehmlich über Organisationen, das unglücklich mit „Hintergrundinformationen“ umschrieben ist. Die Zweiteilung verläuft nicht immer trennscharf. Hingegen überzeugt die starke Konzentration auf Berlin, das offenbar viel Stoff zur Berichterstattung bietet. Die Verwissenschaftlichung der Berliner Verfassungsschutzberichte ist unübersehbar. Die Unterscheidung zwischen dem parlaments-, dem aktions- und dem diskursorientierten Rechtsextremismus (seit 2003) wirft zwei Fragen auf: Wieso fehlt beim Linksextremismus die diskursorientierte Ausrichtung, wo dieser bekanntlich viel intellektuelle Kapazität aufzubieten hat? Ist die Trennung sinnvoll, beansprucht doch die NPD mit ihrem Dreisäulenmodell (Kampf um den Wähler, Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe) alle drei Ebenen zusammenzuführen?

Die Freie und Hansestadt Hamburg gibt seit dem Berichtsjahr 1993 Verfassungsschutzberichte heraus, offenbar veranlaßt durch das gute Abschneiden der Rechtsaußenparteien REP (4,8 Prozent) und DVU (2,8 Prozent) bei der Bürgerschaftswahl 1993. Die Reihenfolge der Beobachtungsobjekte (Rechtsextremismus, Linksextremismus, sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern) wurde im Bericht 2001 (wohl infolge der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA, bei denen Spuren der Täter auch nach Hamburg geführt hatten) insofern geändert, als die extremistischen Bestrebungen von Ausländern an die erste Stelle rückten. Ronald Schill erwähnte in seinem Vorwort zum Bericht: „Jedem Hamburger Bürger

36 Verfassungsschutzbericht Berlin 1990, Berlin 1991, S. 3.

wurde drastisch vor Augen geführt, welchen *hohen Stellenwert die Innere Sicherheit haben muß* und wie wichtig es ist, daß die Sicherheitsbehörden für ein effektives Arbeiten personell ausreichend und qualifiziert ausgestattet sind.“³⁷ Bei der Reihenfolge ist es bis heute geblieben. Allerdings rangiert seit dem Verfassungsschutzbericht 2002 der Linksextremismus vor dem Rechtsextremismus. Im Vorwort hatte Schill geschrieben, der Staat dürfe nicht versäumen, andere extremistische Bestrebungen zu beobachten. „Hierzu zählt insbesondere der Linksextremismus.“³⁸ Vom Rechtsextremismus war nicht die Rede. Der Hamburger Verfassungsschutzbericht hatte bei seinem erstmaligen Erscheinen bereits fast 200 Seiten; der neueste für das Jahr 2006 umfaßt 322 Seiten. An den Berichten fällt die Konzentration auf Hamburg positiv auf. Allerdings sind manche Passagen deplaziert, weil sie partout keinen Zusammenhang zu Hamburg aufweisen. Was soll etwa der Hinweis im neuesten Bericht, wonach „Revisionisten“ wie Robert Faurisson und David Irving, der sogar mit einem Photo Aufnahme findet, sich wegen der Holocaustleugnung vor Gerichten in Paris und Wien zu verantworten hätten?³⁹

Als letztes Bundesland (bis auf das Saarland) hat der Stadtstaat Bremen sich veranlaßt gesehen, solche Berichte zu veröffentlichen, erstmals für das Jahr 2003. Das auslösende Moment waren die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA.⁴⁰ Der Umfang der konventionell gehaltenen Berichte überschreitet nie die Seitenzahl von 100. Die Reihenfolge hat sich seither nicht geändert: Rechtsextremismus, Linksextremismus, sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern. Alle drei Extremismen kommen in etwa gleich umfassend vor. Der Anteil der Informationen, die den Bund betreffen, ließe sich reduzieren. Die Linkspartei.PDS taucht in allen vier bisher vorliegenden Berichten auf.⁴¹

4. Verfassungsschutzberichte in den neuen Bundesländern

Die neuen Bundesländer geben ebenfalls solche Berichte heraus. Zum einen wollten die neu gegründeten Landesämter die Öffentlichkeit über ihre Arbeit informieren, zum anderen wurde dies angesichts der fremdenfeindlichen Ausschreitungen, über die die Medien viel zu berichten wußten, auch erwartet. Die Befürchtung, nicht zuletzt wegen der Machenschaften der Staatssicherheit werde der Verfassungsschutz in den neuen Ländern einen schweren Stand haben, traf so nicht zu.

Im ersten Verfassungsschutzbericht Thüringens für das Berichtsjahr 1992 äußert Innenminister Franz Schuster wenig überzeugend, es sei „nicht zuletzt auch der Infor-

37 Verfassungsschutzbericht Hamburg 2001, Hamburg 2002, S. 3 (Hervorhebung im Original).

38 Verfassungsschutzbericht Hamburg 2002, Hamburg 2003, S. 4.

39 Verfassungsschutzbericht Hamburg 2006, Hamburg 2007, S. 191.

40 Vgl. Verfassungsschutzbericht Bremen 2002, Bremen 2003, S. 3.

41 Es ist ein Armutszeugnis, daß es bis Ende August 2007 nicht gelungen war, den nicht mit heiklen Punkten aufwartenden Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2006 fertigzustellen.

mationssammlung und Berichterstattung des Verfassungsschutzes zu danken, daß in Thüringen – im Vergleich mit anderen Bundesländern – die Gewalttaten der extremistischen Szene auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau begrenzt werden konnten.⁴² Nur in diesem Bericht stand der Linksextremismus vor dem Rechtsextremismus. Unter der Überschrift „Sonderthema: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ wird unter Berufung auf Wissenschaftler der Eindruck nahegelegt, bei ihr handle es sich um eine verfassungsfeindliche Kraft. In den folgenden Jahren, bis heute, gerät jeweils nur die „Kommunistische Plattform“ der Partei ins Visier. Damit zählen lediglich 50 Personen aus der Linkspartei.PDS zu den Extremisten.⁴³ Dem subkulturell geprägten oder dem parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus wird klar das größte Gewicht eingeräumt. Allerdings ließe sich der Umfang des Berichts durch eine stärkere Konzentration auf das Bundesland „entschlacken“. Hatten die ersten fünf Verfassungsschutzberichte jeweils noch einen Umfang von unter 100 Seiten, so weisen die letzten einen solchen von fast 300 auf. Die Informationen seit dem Berichtszeitraum 2003 über den „intellektuellen“ Rechtsextremismus“ fallen dürftig aus, schon deshalb, weil der Begriff der „Neuen Rechten“ wenig sinnvoll eingeordnet wird.⁴⁴ Die Rede ist vor allem vom „Deutschen Kolleg“. In den Verfassungsschutzberichten von 2004 bis 2006 findet sich die folgende treffende Aussage: „Thüringer Rechtsextremisten führen weder Gesprächszirkel durch noch geben sie Schriften heraus, um die Vorstellungen der ‚Neuen Rechten‘ zu verbreiten.“⁴⁵ Warum ist dann aber von einem „intellektuellen“ Rechtsextremismus die Rede? Und wieso steht das Wörtchen „intellektuell“ in Anführungszeichen?

Im ersten Verfassungsschutzbericht für Mecklenburg-Vorpommern von 1992 lehnte Innenminister Rudi Geil, der in den achtziger Jahren Vorworte zum rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzbericht beigezeichnet hatte, die Auffassung ab, der Verfassungsschutz sei ein Produkt des Kalten Krieges und habe sich überlebt.⁴⁶ Die ersten drei Berichte waren konventioneller Natur; zwischen 1995 und 2002 kam ein 16- bis 24-seitiger „Jahresbericht“ bzw. „Extremismusbericht“ heraus, der einem „Verfassungsschutz Journal“ beigelegt war. Dieser knappe Bericht nahm stark auf das Land Bezug. Mit dem Berichtszeitraum 2003 kehrte Mecklenburg-Vorpommern wieder zum herkömmlichen und deutlich ausführlicheren „Verfassungsschutzbericht“ zurück.⁴⁷ Die Reihenfolge Rechtsextremismus, Linksextremismus, Ausländerextremis-

42 Verfassungsschutzbericht Thüringen 1992, Erfurt 1993, S. 1.

43 Vgl. Verfassungsschutzbericht Thüringen 2006, S. 127-129.

44 Verfassungsschutzbericht Thüringen 2003, Erfurt 2004, S. 92.

45 Verfassungsschutzbericht Thüringen 2004, Erfurt 2005, S. 122; Verfassungsschutzbericht Thüringen 2004, Erfurt 2005, S. 120; Verfassungsschutzbericht Thüringen 2006, Erfurt 2007, S. 117. Im Verfassungsschutzbericht von 2003 lautet der Satz sinngemäß gleich.

46 Vgl. Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 1992, Schwerin 1993, S. 10.

47 Die Begründung klingt einigermaßen sibyllinisch: „Damit wird dem Gedanken Rechnung getragen, daß neben dem nach wie vor zentralen Thema des politischen Extremismus und Terrorismus auch andere Aufgabenfelder des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern für die Öffentlichkeit

mus blieb bis 2003. Seither rangiert der Ausländerextremismus an der ersten Stelle. Beim Rechtsextremismus wurden von Anfang an alle einschlägigen Organisationen (wie u.a. die REP) aufgeführt, beim Linksextremismus fehlte zunächst jeder Hinweis auf die PDS. Erst im Verfassungsschutzbericht von 1994 gab es ein Kapitel über „Linksextremistische Bestrebungen innerhalb der ‚Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)‘“. Neben der „Kommunistischen Plattform“ finden andere, als linksextremistisch geltenden Strömungen innerhalb der PDS Erwähnung. Das Urteil lautet klar: „In der fehlenden Distanzierung der ‚Gesamtpartei PDS‘ von der KPF liegen Anhaltspunkte für mögliche Bestrebungen auch der Gesamtpartei gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.“⁴⁸ Solche Formulierungen tauchen fortan nicht wieder auf. 1996, noch unter einem CDU-Innenminister, fand zwar weiterhin die „Kommunistische Plattform“ Erwähnung, aber über die „AG Junge GenossInnen Schwerin“ hieß es, der Prüffall werde wegen mangelnder Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen eingestellt.⁴⁹ Nach der Regierungsbeteiligung der PDS (1998-2006) war klar, daß auch jeder Hinweis auf die „Kommunistische Plattform“ entfällt. So hieß es im Extremismusbericht 2002 lakonisch, ohne jede Begründung: „Die Beobachtung der ‚Kommunistischen Plattform‘ (KPF) der PDS wurde eingestellt.“⁵⁰ Seither steht kein einziger Satz mehr über diese Partei im Verfassungsschutzbericht. Im letzten sind die Ausführungen über den Rechtsextremismus etwa viermal so umfangreich wie über den Linksextremismus.

Der erste Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalts firmiert für die Zeit 1992/93, der nächste für das Jahr 1993 allein. Die Reihenfolge – Rechtsextremismus, Linksextremismus, sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern – hat sich bis jetzt nicht geändert. In den ersten zwei Berichten tauchten die REP in einer gesonderten Kategorie auf, ehe sie ab dem Berichtszeitraum 1995 dem Rechtsextremismus zugeschlagen wurden. Die „Kommunistische Plattform“ in der PDS kommt das erste Mal im Verfassungsschutzbericht 1994 vor – in jenem Jahr, in dem die Tolerierung der rot-grünen Landesregierung durch die PDS begann. Die knappe Information über die „Plattform“ hielt bis zum Jahre 2005 an, wobei die Berichte in der Regierungszeit der SPD vor allem die Kritik der „Kommunistischen Plattform“ an der Mutterpartei hervorhoben und ihre Versuche, die Zusammenarbeit mit der DKP zu stärken.⁵¹ Im jüngsten Bericht fehlt – ohne Begründung – jeder Hinweis auf diese Plattform. Die Berichte dieses Bundeslandes weisen die größte Kontinuität auf. Das gilt für die Aufmachung, den Umfang (ca. 100 Seiten), die Fokussierung auf Sachsen-Anhalt, die Schwerpunktsetzung, die Namen der einschlägigen Organisationen. Das

transparent gemacht werden sollen.“ Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2003, Schwerin 2004, S. 6.

48 Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 1994, Schwerin 1995, S. 61.

49 Jahresbericht Mecklenburg-Vorpommern 1996, Schwerin o.J. (1997), 12.

50 Extremismusbericht 2002, Schwerin o.J. (2001), S. 9.

51 Vgl. beispielsweise: Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 1997, Halle 1998, S. 72.

muß überraschen, denn in Sachsen-Anhalt hat die Zusammensetzung der Landesregierung nach jeder Wahl gewechselt: von der CDU-FDP-Koalition (1990-1994) zur rot-grünen Minderheitsregierung (1994-1998) und dann zur SPD-Minderheitsregierung (1998-2002), jeweils toleriert durch die PDS, über eine bürgerliche Regierung von CDU und FDP (2002-2006) bis hin zu einer Koalition aus CDU und SPD (seit 2006).

Den ersten Verfassungsschutzbericht im Freistaat Sachsen gibt es für den Berichtszeitraum 1993. Wie in Sachsen-Anhalt blieb die Reihenfolge der Beobachtungsobjekte dieselbe: Rechts-, Links- und Ausländerextremismus. Galten die REP im ersten Verfassungsbericht zunächst als Partei, bei der Anhaltspunkte auf eine verfassungsfeindliche Zielsetzung hindeuten, so heißt es im zweiten, eine Prüfung habe „eindeutig deren Verfassungsfeindlichkeit“⁵² ergeben. Die „Kommunistische Plattform“ der PDS wird wie bereits im ersten Bericht nach wie vor⁵³ als linksextremistische Bestrebung eingestuft (neben weiteren Zusammenschlüssen wie dem „Marxistischen Forum“ und der „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen“). Der sächsische Verfassungsschutzbericht weist von Anfang an eine Besonderheit auf: Unter der Überschrift „Hintergründe“ kommen organisationsübergreifende Entwicklungen auf den Gebieten des Rechtsextremismus (vor allem), des Links- und des Ausländerextremismus zur Sprache, etwa zu den Reaktionen extremistischer Gruppierungen auf die kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak oder zur Nutzung des Internets durch Extremisten.⁵⁴ Das Bemühen ist erkennbar, die extremistischen Bestrebungen im Land anhand vieler Beispiele wiederzugeben. Die meisten Bildmotive auf dem Titel der großformatigen Verfassungsschutzberichte signalisieren die zu bekämpfende Hauptrichtung: die rechtsextremistische Szene.

Der Verfassungsschutzbericht im Land Brandenburg hat von Anfang an den Rechtsextremismus an die erste Stelle gerückt (vor den Linksextremismus und die extremistischen Bestrebungen von Ausländern). Reihenfolge bedeutete zugleich Rangfolge, wie etwa die Vorworte von Alwin Ziel (SPD) zeigten. Wurde der Linksextremismus bei ihm meistens nur mit einem Satz erwähnt (im Sinne einer als unvermeidbar empfundenen Pflichtbekundung), so ist dies mit den Vorworten von Jörg Schönbohm (CDU) anders geworden. Allerdings verliert der Verfassungsschutzbericht auch unter seiner Ägide kein einziges Wort über irgendeine Strömung innerhalb der PDS, geschweige denn über die Partei in toto. Das ist ungewöhnlich. Über die drei kommunistischen Parteien DKP, KPD und MLPD hieß es im ersten Verfassungsschutzbericht: „Zwar verfolgen die in Brandenburg tätigen linksextremistischen Parteien programmatische Ziele, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen, es gibt hier aber keine Anhaltspunkte

52 Verfassungsschutzbericht Sachsen 1994, Dresden 1995, S. 41.

53 Bis Ende August lag der Verfassungsschutzbericht für 2006 noch nicht vor, wohl aber eine Kurzfassung: Entwicklungstendenzen im Extremismus im Freistaat Sachsen, Dresden 2007.

54 Zum Teil sind diese Beiträge anderen Periodika entnommen.

te dafür, daß sie in aggressiv-kämpferischer Weise oder gar mit Gewalt gegen die bestehenden Rechtsordnung vorgehen oder in nächster Zukunft vorzugehen gedenken.“⁵⁵ Seit dem Berichtsjahr 2004 wird zwischen dem Islamismus und den extremistischen Bestrebungen von Ausländern unterschieden. War der Verfassungsschutzbericht bis zum Berichtsjahr 2003 auf 300 Seiten angewachsen, ist er nun verschlankt worden, was seinen Informationswert keineswegs mindert, zumal er verstärkt Vorgänge im Lande beleuchtet. Die Begriffserläuterungen, die seit 1996 Aufnahme finden, sind informativ. Im jüngsten Bericht scheint das Innenministerium neue Wege zu gehen: Die herkömmliche Untergliederung in Rechts- und Linksextremismus wird durch eine andere Einteilung zum Teil unterlaufen: Nach einem Kapitel über die NPD folgen Kapitel über „Neonazis“ (der Begriff steht nicht in Anführungszeichen) in Brandenburg, über „Musik als gemeinsames Erkennungsmerkmal“ (nur auf den Rechtsextremismus bezogen), „Geschichtsrevisionismus“ (der Begriff ist ebenso nicht in Anführungszeichen gesetzt), „Extremisten online“, „Autonome Antifa und Anti-Antifa“, „Fortschreitende Auszehrung: Linksextremistische Parteien und Organisationen“. Mit der Materie vertraute Leser profitieren davon, zumal die Texte gut aufbereitet sind, wiewohl Übersichtlichkeit und Systematik etwas zu kurz kommen.⁵⁶

5. Vergleich der Berichte

Die Berichte für die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen fallen besonders umfassend aus, die für Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz eher knapp. Ein Teil des Umfangs ist der Tatsache geschuldet, daß auch ausführlich die gesamte Entwicklung der jeweiligen Organisation geschildert wird. Ein Vergleich ist sinnvoll, ja notwendig, um die Besonderheiten zu erfassen, aber wer diese vernachlässigt, untergräbt den Sinn einer solchen Dokumentation. Die Maxime könnte lauten: Weniger wäre mehr! Es erscheint nicht angezeigt, ausführlich die extremistischen Tendenzen einer Organisation im gesamten Bundesgebiet nachzuzeichnen.

Brandenburg und Bayern sind Extreme. Das gilt nicht für die Einschätzung der REP, wohl aber für die der PDS. Wurde diese in jedem Verfassungsschutzbericht Bayerns erwähnt, so fehlte sie jedes Mal in dem von Brandenburg. Während Brandenburg noch nie auch nur eine Strömung der PDS in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit gerückt hat, betrachtet Bayern Jahr für Jahr die PDS in toto als extremistisch. Detailliert wird deren verfassungsfeindliche Orientierung aufgelistet.⁵⁷ Zuletzt lautete die Einschätzung folgendermaßen eindeutig: „Die Linkspartei.PDS, die nach dem

⁵⁵ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 1993, Potsdam 1994, S. 71.

⁵⁶ Am Ende sind Übersichten zu „Personenpotenzialen“ sowie zu „extremistischen Parteien“ angefügt.

⁵⁷ Vgl. beispielsweise: Verfassungsschutzbericht Bayern 2005, München 2006, S. 165-180.

Zusammenbruch des SED-Unrechtregimes einen neuen Weg des ‚demokratischen Sozialismus‘ zu beschreiten vorgibt, versucht, Linksextremisten aller Richtungen zu integrieren.“⁵⁸ Man kann dem bayerischen Verfassungsschutzbericht vorwerfen, offenkundige Wandlungen bei Teilen der Partei zu unterschlagen, aber die Tatsache, daß der Bericht für Brandenburg es noch nie für notwendig erachtet hat, einzelne innerparteiliche Zusammenschlüsse wie die „Kommunistische Plattform“ auch nur als „Prüffall“ zu berücksichtigen, ist ein weit größerer Mißstand. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit der Berichte auch in den Punkten geschwächt, in denen sie korrekt informieren. Innenministerien geben den Verfassungsschutzbehörden Anweisungen. Dieser heikle Vorgang macht aus den Berichten bis zu einem gewissen Grad ein Instrument politischer Einflußnahme.

Was die REP betrifft, so hat der brandenburgische Verfassungsschutzbericht sie das letzte Mal 2004 erwähnt. Damals hieß es differenziert: „Nicht alle Republikaner können als Rechtsextremisten behandelt werden. Da die Partei aber durch eine gewichtige, demokratiefeindliche Strömung gekennzeichnet ist, wird sie vom Verfassungsschutz beobachtet. [...] Ausländerpolitik und eine lautstarke Protesthaltung bestimmen das Auftreten der Partei in der Öffentlichkeit.“⁵⁹ Leider mangelt es an einer Begründung für das Fehlen der Partei in den Berichten von 2005 und 2006. Hingegen taucht diese Partei in den beiden letzten von Bayern auf, 2005 ausführlich, 2006 eher knapp. „Hinweise auf eine gegen die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot gerichtete Zielsetzung der REP finden sich insbesondere in der zum Standardrepertoire gehörenden fremdenfeindlichen Agitation.“⁶⁰ Außerdem wird die von Teilen der Partei unterlaufene Aushöhlung des offiziellen Abgrenzungskurses genannt. 2006 steht zwar dieselbe Formulierung, aber ohne anreichernde Belege. Es wird ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg wiedergegeben, wonach die Aufnahme der Partei in den Berliner Verfassungsschutzbericht des Jahres 1997 rechtswidrig gewesen sei. Insgesamt ist in diesem Fall der Verfassungsschutzbericht von Brandenburg differenzierter als der von Bayern.

In der Tat ist die Einordnung von Parteien wie den REP und der PDS, die in einer „Grauzone“ angesiedelt sind, besonders aufschlußreich. Hatten die Verfassungsschutzberichte von Nordrhein-Westfalen und Hamburg, seinerzeit von der SPD regiert, die Partei der REP schon länger im Visier (die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalens beobachtete die Partei vom 30. September 1989 an ebenso mit nachrichtendienstlichen Mitteln wie die Hamburgs vom 4. Januar 1990 an)⁶¹, so faßten die Innenministerien der Länder im Dezember 1992 den Beschluß, diese Partei nachrich-

58 Verfassungsschutzbericht Bayern, München 2007, S. 149. Die Aussage findet sich auch in früheren Berichten.

59 Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2004, Potsdam 2005, S. 78.

60 Verfassungsschutzbericht Bayern 2005, München 2006, S. 105.

61 Vgl. Verfassungsschutzbericht Hamburg 1993, Hamburg 1994, S. 72.

tendenzmäßig zu beobachten⁶² und hinfort in den Verfassungsschutzberichten über sie zu informieren. Das wurde durchgehend praktiziert, überwiegend argumentativ, zum Teil aber auch unsubstantiiert. So hieß es 1993 im rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzbericht ohne jeden Beleg: „Öffentlich trat[en] die REP durch Info-Stände und Flugblattaktionen in Erscheinung. In den verteilten Flugblättern fanden sich immer wieder Aussagen, die eine extremistische Grundhaltung erkennen lassen.“⁶³ Die Partei hatte mit ihren Klagen bei den Verwaltungsgerichten wenig Erfolg. In den letzten Jahren fiel die Beweislast mit Blick auf verfassungsfeindliche Bestrebungen wegen des strikten, freilich nicht von allen unterstützten Abgrenzungskurses Rolf Schlierers gegenüber rechtsextremistischen Anwendungen allerdings immer dünner aus.

Wer die Berichte der Länder fortlaufend liest, kann den Zusammenhang nicht immer nachvollziehen: So schrieb beispielsweise der thüringische Verfassungsschutzbericht von 2005 über die REP bedeutungsschwer, deren Landesverband zog „in zahlreichen Beiträgen nicht nur die Legitimität des Grundgesetzes in Zweifel. Er stellte auch den deutschen Rechtsstaat und dessen Vertreter in Frage, griff das politische System der Bundesrepublik im Ganzen an und bediente sich fremdenfeindlicher Argumentationsmuster.“⁶⁴ Ein Jahr später hieß es lakonisch: „Die Anhaltspunkte, die auf rechtsextremistische Bestrebungen der ‚Republikaner‘ hindeuten, sind im Jahr 2006 weiter zurückgegangen.“⁶⁵ Einerseits taucht die Partei in der Statistik bei den „Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen“ auf, andererseits nicht aber bei der Charakterisierung der rechtsextremistischen Parteien. Offensichtlich weiß der Verfassungsschutz selber nicht so genau, wie er die REP nun einzuschätzen hat. Das gilt auch für andere Verfassungsschutzberichte. „Der im Dezember 1992 von den Innenministern gefaßte Beschluß, diese Partei in toto als extremistisch zu klassifizieren und sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten (nicht zuletzt als eine Reaktion auf die fremdenfeindlichen Exzesse mit ihrer verheerenden Wirkung im In- und Ausland), bedürfte der Überprüfung.“⁶⁶ Angesichts der verwirrenden Einordnung in den Verfassungsberichten der jüngsten Zeit ist diese Empfehlung ein Gebot.

Über die PDS war ein gleichlautender Beschluß ausgeblieben. Er scheiterte an politischen Differenzen wie an der Interessenlage der anderen Parteien. Die REP waren, im Gegensatz zur PDS, niemals eine „koalitionswürdige“ Partei. So begnügten sich die meisten Berichte damit, einzelne Zusammenschlüsse innerhalb der PDS als links-extremistisch einzustufen, ohne daß aber hinreichend auf den folgenden Umstand verwiesen wurde: Die Gesamtpartei muß sich solche Strömungen zurechnen lassen, da

62 In einigen Bundesländern wurde die Partei nur mit öffentlich zugänglichem Material beobachtet, von einer nachrichtendienstlichen Beobachtung daher abgesehen.

63 Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 1993, Mainz 1994, S. 25.

64 Verfassungsschutzbericht Thüringen 2005, Erfurt 2006, S. 110.

65 Verfassungsschutzbericht Thüringen 2006, Erfurt 2007, S. 19.

66 Jesse (FN 6), S. 385.

sie diese eigens unterstützt und keine Versuche unternimmt, sie auszuschließen. Manchmal fällt die veränderte Einschätzung der Verfassungsschutzberichte unangenehm auf.

Ein Beispiel: Wurde noch im Berliner Verfassungsschutzbericht 2000 ausführlich über linksextremistische Gruppierungen in der PDS informiert (mit Blick auf die „Kommunistische Plattform“ und das „Marxistische Forum“), so entfiel 2001 die Beobachtung des „Marxistischen Forums“. Hieß es im Verfassungsschutzbericht 2002 relativierend, einige Repräsentanten der „Kommunistischen Plattform“ würden „auch legitimatorische und demokratische Defizite als Teilerklärung für das Scheitern der DDR“⁶⁷ heranziehen, so taucht diese Gruppierung seither nicht mehr auf, ohne den Versuch einer Begründung. Die Ursache liegt auf der Hand: Seit dem Januar 2002 bildet die SPD mit der PDS eine Koalition. Immerhin findet sich im Verfassungsschutzbericht 2006 ein Unterkapitel über die „Linksextremistische Unterwanderung der WASG“⁶⁸, ohne aber die PDS zu erwähnen.

Bei einem Vergleich zwischen den Berichten in den alten und neuen Bundesländern fällt die vorsichtigere „Behandlung“ der PDS auf, unabhängig davon, wer in dem jeweiligen Bundesland regiert. Das dürfte auf zwei Gründe zurückgehen: Zum einen ist es gesellschaftlich ohne größere Proteste kaum durchsetzbar, eine Partei mit einem Stimmenanteil von 20 bis 25 Prozent in den Verfassungsschutzbericht aufzunehmen; zum andern ist die PDS in den neuen Bundesländern, in denen sie häufig politische Mitverantwortung trägt (und sei es nur auf kommunaler Ebene), eher pragmatisch ausgerichtet als anderswo. Dort schlägt Sektierertum stärker zu Buche.

Was der Verfasser für den Verfassungsschutzbericht des Bundes festgestellt hat,⁶⁹ gilt cum grano salis für die Berichte der Länder ebenso: Die rechtsextremistischen Bestrebungen werden insgesamt stärker aufgefährt und detaillierter behandelt als die von linksaußen. Eine gegenläufige Entwicklung fällt auf: Während ein Teil der Verfassungsschutzberichte seinen Blick auf unorganisierte Intellektuelle am rechten Rand wirft, fallen antifaschistische Gruppierungen, sofern sie nicht zu den „Autonomen“ gehören, selbst dann heraus, wenn die DKP-nahe Linie dominiert. Nur wenige Berichte, wie etwa die aus Baden-Württemberg, richten ihr Augenmerk auf die weiterhin von kommunistischer Orthodoxie geprägte „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“. Dies ist ein Zeichen für einen gewissen Wandel des gesamtgesellschaftlichen Koordinatensystems.⁷⁰

Ausdruck mangelnder Äquidistanz ist auch der folgende Sachverhalt: So finden in vielen Verfassungsschutzberichten Formen des „diskursorientierten“ Rechtsextremismus Aufnahme (die Bezeichnungen schwanken), Formen des „diskursorientierten“ Linksextremismus fehlen jedoch. Das kann nicht an dessen Nichtexistenz liegen. Hat

67 Verfassungsschutzbericht Berlin 2002, Berlin 2003, S. 164.

68 Vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 2006, Berlin 2007, S. 80-82.

69 Vgl. Jesse (FN 6), insbes. S. 381-385.

70 Auch der Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt diese Gruppierung seit 2006 nicht mehr.

es damit etwas zu tun, daß Teile der „kritischen Öffentlichkeit“ dem Verfassungsschutz solche Erwähnungen verargen? Immerhin finden in einigen Verfassungsschutzberichten die linksextremistischen „Antideutschen“ Aufnahme. Diese orientieren sich um jeden Preis an Israel, bekämpfen aber entschieden die freiheitliche Ordnung Deutschlands. Zuweilen kommt es, wie vermerkt wird, zu Konflikten mit anderen Linksextremisten, die Partei für Palästina ergreifen.

Bei aller Kritik an den Verfassungsschutzberichten der Länder und den ihnen innewohnenden Vorgaben, die nicht immer nur den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates verpflichtet sind: Der „alternative Verfassungsschutzbericht“ der VVN/BdA⁷¹ ist ebenso keine sinnvolle Alternative wie der „alternative Verfassungsschutzbericht“, den Josef Schüßlburner von rechtsaußen anbietet.⁷² Solche „Berichte“ prangern (tatsächliche oder vermeintliche) Einseitigkeiten an und wollen doch nur neue zementieren.

6. Schlußfolgerungen

Die Konzeption der streitbaren Demokratie ist eine angemessene Reaktion auf diejenige Form des Extremismus, die den demokratischen Verfassungsstaat auf gewaltfreie Weise zu bekämpfen sucht. Wer diese Demokratieschutzkonzeption bejaht, muß auch die Beobachtung von Organisationen ins Auge fassen, die grundlegende Prinzipien der freiheitlichen Demokratie negieren.⁷³ Eine weitere logische Konsequenz besteht darin, Verfassungsschutzberichte vorzusehen. Denn sie informieren die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen, sind eine der Maßnahmen der streitbaren Demokratie, die auf einer Reihe abgestufter Mechanismen basiert. Da derartige Verlautbarungen für die betroffenen Organisationen und Personen in der Regel negative Folgen nach sich ziehen, ist besondere Sorgfalt geboten. Fakten müssen ausgebreitet werden, nicht bloße Verdächtigungen.

Wer vor dem Hintergrund des Vergleichs der Verfassungsschutzberichte in den Ländern die Ergebnisse prüft, kommt zu einem ambivalenten Urteil. Einerseits informieren die Berichte sachkundig und ausführlich die Öffentlichkeit, andererseits ist nicht jedes Urteil hinreichend nachvollziehbar und immer gut abgesichert. Offenbar

71 Vgl. Anne Rieger/Ulrich Sander (Hrsg.), SchwarzBraunBuch. Ein alternativer Verfassungsschutzbericht, Bonn 1995.

72 Vgl. Josef Schüßlburner/Hans-Helmuth Knütter (Hrsg.), Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz, Schnellroda 2007. Allein neun der 16 Beiträge stammen von Schüßlburner. Siehe auch ders., Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik. Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland, Künzell 2004.

73 Der Verfasser teilt damit also nicht die Position von Lars Oliver Michaelis, für den nur eine solche Partei beobachtet werden darf, gegen die die Verfassungsorgane ein Verbotverfahren anstreben. Vgl. Michaelis (FN 10), S. 231-246.

spielen politische Rücksichtnahmen eine gewisse Rolle. Anders sind die unterschiedlichen Einschätzungen schwer erklärbar.

„Während linker Extremismus im Bewußtsein der Bevölkerung an Bedeutung verloren hat, wird die Bedrohung durch den Rechtsextremismus von den Bürgern als real erkannt.“⁷⁴ Wie nicht nur dieser Satz aus einem sächsischen Verfassungsschutzbericht zeigt, ist eine offenbar unterschiedliche Wahrnehmung der beiden Extremismen augenfällig. *Cum grano salis* gilt: Der Extremismus von rechts wird insgesamt schärfer wahrgenommen als der von links.⁷⁵ Dieses verbreitete Muster wirkt auch auf den Inhalt von Verfassungsschutzberichten zurück, wenngleich in gedämpfter Form. Deren Verfasser müssen aufpassen, daß sie nicht dem Zeitgeist huldigen und dabei rechtsstaatliche Prinzipien vernachlässigen. Sollen die Verfassungsschutzberichte der Länder eine für die streitbare Form förderliche Wirkung zeigen, sind verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten sinnvoll, die nur zum Teil etwas mit dem Äquidistanzgebot gegenüber jedweder Form des Extremismus zu tun haben.

Erstens: Die Verfassungsschutzberichte sollten zwischen klar und schwächer ausgeprägten verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterscheiden. Diese Differenzierung trägt der Realität Rechnung. Hier sind die nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichte auf dem richtigen Weg. Neben belastenden Faktoren müssen ebenso entlastende Faktoren ins Feld geführt werden.⁷⁶ Gilt eine Gruppierung nicht mehr als verfassungsfeindlich, so sollte dies mit der entsprechenden Begründung zur Sprache kommen.

Zweitens: Die beiden großen Kategorien „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“ sollten die Verfassungsschutzberichte beibehalten. Die dritte Kategorie könnte als „religiöser Fundamentalismus“ (oder: „Islamismus“) bezeichnet werden, der eine eigene Form des Extremismus umspannt.⁷⁷ Alle entsprechenden Gruppierungen fallen in diese Rubrik, unabhängig davon, ob die Bestrebungen auf Deutsche oder Ausländer zurückgehen. Andere verfassungsfeindliche Bestrebungen von Ausländern ließen sich dem herkömmlichen Links- oder Rechtsextremismus zuordnen. Möglichst einheitliche Kategorien im Zeitablauf sind für den Vergleich von großer Bedeutung.

Drittens: Das Äquidistanzgebot verlangt eine umfassende Berichterstattung nach denselben Maßstäben, unabhängig von Einschätzungen, wie sie in der öffentlichen Meinung kursieren. Es ist nicht angängig, von „Intellektualisierung“ auf dem einen Spektrum zu berichten, aber die Augen vor der „Intellektualisierung“ auf dem anderen Spektrum zu schließen. Mit Äquidistanz ist nicht gemeint, über jede Form des

⁷⁴ Verfassungsschutzbericht Sachsen 1994, Dresden 1995, S. 82.

⁷⁵ Vgl. Eckhard Jesse, Die unterschiedliche Wahrnehmung von Rechts- und Linksextremismus, in: Politische Studien 58 (2007), Themenheft 1, S. 8-17.

⁷⁶ Vgl. Uwe Backes, Probleme der Beobachtung und Berichtspraxis der Verfassungsschutzämter – am Beispiel von REP und PDS, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 50 Jahre Verfassungsschutz in Deutschland, Köln 2000, S. 213-231.

⁷⁷ Vgl. etwa Uwe Backes/Eckhard Jesse, Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus. Herausforderung der demokratischen Verfassungsstaaten, in: Backes/Jesse (FN 6), S. 201-214.

Extremismus gleich ausführlich zu berichten. Entscheidend für den Umfang sind dessen Stärke und die konkrete Gefahrenlage.

Viertens: Verfassungsschutzberichte haben in erster Linie über verfassungsfeindliche Organisationen Auskunft zu geben. Denn vornehmlich von ihnen gehen Gefahren für die freiheitliche Ordnung aus. Daher sollten Verfassungsschutzberichte organisationsunabhängige Periodika nur dann aufnehmen, wenn deren verfassungsfeindliche Zielrichtung erwiesen ist. Ansonsten laufen sie Gefahr, jene Erscheinungen zu begünstigen, die sie zu bekämpfen suchen. Mit den Prinzipien der streitbaren Demokratie ist eine Information über Periodika eines „harten“ Extremismus durchaus vereinbar.

Fünftens: Die Verwissenschaftlichung der Verfassungsschutzberichte, die sich etwa in (größer werdenden) Fußnotenapparaten zeigt, sollte nicht um jeden Preis weiter forciert werden. Einerseits ist deren bessere Qualität zu begrüßen, andererseits nicht der Zweck der Berichte aus dem Auge zu verlieren: die angemessene Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen. Im Vordergrund steht die Gefahrenanalyse, nicht die Ursachenanalyse. Die Verfassungsschutzberichte stellen der Wissenschaft Informationen zur Verfügung, machen dieser aber keine Konkurrenz.

Sechstens: Zwar ist eine völlige Vereinheitlichung der Verfassungsschutzberichte weder wünschenswert noch überhaupt möglich, doch ist eine prinzipielle Koordination für einen Minimalkonsensus sinnvoll. Auf diese Weise würden sich politische Einflußnahmen in den Ländern weniger niederschlagen. Daß in Brandenburg keine Strömung der PDS jemals Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes war, ist offenkundig eine Vorgabe, die an der Unabhängigkeit der Verfassungsschutzbehörden zweifeln läßt.

Siebtens: Die Umfangserweiterung der Verfassungsschutzberichte der Länder im letzten Jahrzehnt ist nicht nur von Vorteil. Zum einen sind dadurch zwar teilweise mehr länderspezifische Details zu einzelnen Extremismen bekannt geworden, zum anderen beruht die Umfangserweiterung auf Ausführungen, die sich sinngemäß im Verfassungsschutzbericht des Bundes finden. Die Legitimität der Länderverfassungsschutzberichte erhöht sich mit der Konzentration auf das jeweilige Land. Daher ist die Entwicklung der extremistischen Organisationen im Bund soweit zu berücksichtigen, wie sie für das Verständnis im Land notwendig erscheint.⁷⁸

Verfassungsschutzberichte werden niemals unumstritten sein, allein schon deshalb, weil mit ihnen Fragen der politischen Deutungshoheit verbunden sind. Ihre konsensstiftende Funktion ist für das Gedeihen der offenen Gesellschaft von Relevanz. Es wäre viel gewonnen, käme die Fundamentalkritik an ihnen vor allem aus einer Richtung, die den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates wenig abgewinnen kann.

⁷⁸ Um jährlich wiederkehrende Wiederholungen zu vermeiden, wäre auch die Überlegung bedenkenswert, alle fünf Jahre einen substantiierten Bericht zu liefern, der auf Tendenzen im Zeitablauf abstellt.

Die Verneinung des atlantischen Zivilisationszusammenhangs und der Extremismus – ideengeschichtliche Topoi einer Wirklichkeitsverkennung

Von Lazaros Miliopoulos

1. Einleitung

Angefacht durch internationale und transnationale Entwicklungen im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 haben Selbstvergewisserungsprozesse in Amerika und Europa in den vergangenen Jahren zunehmend an synchronem Gleichklang verloren. Die amerikanische Irakpolitik unter US-Präsident George W. Bush seit 2003, Folterskandale, uneinheitliche Aktions-Reaktionsmuster auf kulturevolutionär induzierte Wertewandlungsprozesse in der gesamten westlichen Hemisphäre und demographische Krisenphänomene in Europa haben das ihrige zu dieser Entwicklung beigetragen. Neben der weltpolitischen Strategie geraten auch gesellschaftspolitische und kulturelle Aspekte in das Kreuzfeuer der inneratlantischen Auseinandersetzungen, so z.B. die Frage des Patriotismus, des Heroismus, der Religiosität, des Rechts und der politischen Kultur. Die zivilisatorische Einheit des Westens wird im Rahmen dieser Disparitäten z.T. in projektiver Form, z.T. aber auch ganz allgemein in Abrede gestellt. Der Aufsatz versucht die ideengeschichtlichen Grundlagen dieser letzten Variante, also der aggressiven Verneinung eines atlantischen Zivilisationszusammenhangs und des damit einhergehenden Phänomens des sogenannten „Antiamerikanismus“ zu ergründen und den extremistischen Gehalt des entsprechenden Denkens abzumessen. Der „Antiamerikanismus“ wäre in diesem Kontext zu definieren als die bewußte, pauschale Verallgemeinerung amerikakritischer Einzelbeobachtungen – bezogen auf das ganze Phänomen „Amerika“ und „Amerikaner“.

Da sich der Extremismus aufgrund seines absoluten Nicht-Ortes nicht nur in geistig-philosophischer, sondern auch in materieller Hinsicht durch eine ideologische Wirklichkeitsverkennung auszeichnet, also stets mit dem Versuch einhergehen muß, die Wirklichkeit der Ideologie zwanghaft anzupassen, muß das Phänomen, das mit dem Begriff „Antiamerikanismus“ beschrieben werden soll, zugleich zur Wirklichkeitsverkennung, wie eben auch zur Verkennung einer aristotelisch deduzierten normativen Mitte, essentiell beitragen, um es als Bestandteil einer extremistischen Weltanschauung einzugrenzen. Der Begriff des „Antiamerikanismus“ ist indes nicht problemfrei, da er suggeriert, daß der „Antiamerikaner“ nicht auch gegen „die europäischen geistigen und politischen Wurzeln der USA“ opponiert, wie das aus einer unbefangenen Perspektive heraus zu konstatieren wäre.¹ Dennoch bietet es sich

1 Vgl. Friedrich Mielke, US-Präsident Bush und der Antiamerikanismus, in: Die Politische Meinung 47 (2002) 392, S. 71-77, hier S. 77.

an, einen Ansatz, der im Rahmen einer explizit als empirische „Antiamerikanismus-Studie“ ausgewiesenen Untersuchung von Gesine Schwan herausgearbeitet wurde,² zur Eingrenzung eines extremistisch motivierten „Antiamerikanismus“ als Grundlage heranzuziehen und in folgendem Sinne anzuwenden: Eine extremistische Motivation liegt vor, wenn der „Antiamerikanismus“

- 1) *inhaltlich* aus einer revolutionären Zielsetzung abzuleiten ist, welche mit Blick auf die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates zwingend die Systemüberwindung zum Ziel hat und
- 2) sich *genetisch* erklärt aus dem Bewußtsein, daß die Prinzipien *und* Realitäten, für welche die USA zivilisationshistorisch stehen, den revolutionären Zielsetzungen dieser Systemüberwindung entgegenstehen bzw. die Unwirklichkeit der revolutionären Zielsetzungen vor Augen führen, und
- 3) die *Funktion* einnimmt, eine islamistische, antikapitalistische und/oder eine faschistische/neonationalsozialistische/nationalrevolutionäre Systemüberwindung zu erleichtern oder zu ermöglichen.

Ausgehend vom dritten Punkt ist in der Frage der ideologischen Aufladung des Extremismus zwischen einer links- und einer rechtsextremen Variante zu unterscheiden: Der linksextreme Antiamerikanismus ist somit zugleich mit Antikapitalismus gleichzusetzen, der rechtsextreme Antiamerikanismus mit der faschistisch-nationalsozialistischen Verbindung von radikaler Transzendenzverneinung, Nihilismus und Antimodernismus und beide treffen sich mit dem Islamismus in der Verneinung der menschenirdisch unaufhebbaren Trennung von theoretischer Transzendenz und physischer Immanenz. Im Endeffekt treffen sich alle diese Extremismen zudem in ihrer geschlossenen Gegnerschaft zu den USA, welche sie als ideologisches Feindbild klassifizieren. So kommt es, daß Rechts- und Linksextreme sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart nicht nur in ihrer faktischen Position zu den Vereinigten Staaten, sondern auch ganz allgemein in der Polemik gegen Amerika übereinstimmen: in der Vergangenheit z.B. in den Losungen der Nationalsozialisten und Kommunisten der Weimarer Republik gegen den „Dollarimperialismus“ der USA und deren „Vasallen“ (SPD und DNVP mit eingeschlossen).³ In der Gegenwart finden sich z.B. frappante Deckungsgleichheiten und Kreuzungen in den polemischen Aussagen der Extremisten gegen die USA im Rahmen der Antiglobalisierungsbewegung.⁴

2 Vgl. Gesine Schwan, Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945, Baden-Baden 1999, S. 68.

3 Vgl. Peter Berg, Deutschland und Amerika 1918-1929, Lübeck/Hamburg 1963, S. 83 ff.

4 Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 30-51.

Selbstverständlich sind demnach nicht alle Phänomene auch ungerechtfertigter und überzogener Amerikakritik, wie sie auch in Amerika selbst vorkommen (Michael Moore u.ä.), ein Ausweis einer extremistischen Verirrung. Es mag also gute Gründe geben, den imperialen Gestus der Populärkultur (von „rechts“) oder die transnationalen Überseekonzerne mit ihren Schlagwörtern wie „mergers“ oder „unfriendly takeovers“ (von „links“) skeptisch zu betrachten. Daß aber die amerikanische Verfassung vielen in Europa kein Begriff mehr zu sein scheint, hängt entweder mit einer „Oberflächlichkeit“ zusammen, wie es einmal Altbundeskanzler Helmut Schmidt treffend formuliert hatte⁵, oder eben doch mit einer extremen Weltsicht der Dinge. Für deren Existenz ist die Amerikakritik demnach nur dann relevant, wenn sie in eine grundlegende Verneinung eines westlichen, atlantischen Zivilisationszusammenhangs eingereiht werden kann, aus welcher wiederum die Amerikakritik abgeleitet wird, ein *extremistischer Zirkelschluß*. Daß die gemeinsamen Wurzeln Amerikas und Europas demnach *erstens* existieren und *zweitens* „ebenso in den Vereinigten Staaten wie in Europa“⁶ zu lokalisieren sind, wird aus der extremistischen Perspektive stets vollständig ausgeblendet. Amerikakritische Ressentiments treten infolgedessen zum Zwecke der Formierung einer sowohl politisch als auch wirtschaftlich und kulturell „geschlossenen Gegnerschaft“ zu den USA auf, so daß von einem extremismustheoretisch relevanten Phänomen ausgegangen werden kann.⁷ Der „Antiamerikanismus“ (nach der genannten Definition in Anlehnung an Klaus Schwabe⁸) leitet sich demnach ab aus dem extremistischen Leitbild.

Nicht jegliche Kritik des Westens ist also zugleich mit der grundlegenden Verneinung des atlantischen Zivilisationszusammenhangs gleichzusetzen, erst recht nicht bei einer grundsätzlichen Kritik der in der Tat spezifisch westlichen „Moderne“, die ihren Kern in der Trennung zwischen Wissen und herkömmlichen Glauben hat. Auch die „Moderne“ ist aus ideengeschichtlichen und zivilisationshistorischen Gründen keineswegs mit dem „Westen“ identisch.⁹ Es ist nicht nur eine Frage des Auseinanderklaffens von Anspruch und Wirklichkeit, sondern auch einer historisch bedingten Paradoxie, daß „Erscheinungsformen von ‚Amerikanismus‘ und ‚Westlertum‘ [existieren], die im Widerspruch zu [einem normativen oder ideologischen] Selbstver-

5 Vgl. „Transatlantische Beziehungen. Traditionen und Herausforderung – Ein Gespräch mit Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt“, in: Sebastian Lorenz/Marcel Machill (Hrsg.), Transatlantik. Transfer von Politik, Wirtschaft und Kultur, Wiesbaden 1999, S. 24-31, hier S. 26.

6 Klaus Schwabe, Antiamerikanismus gestern und heute. Geschichte der Zerrbilder deutscher Kulturkritik an den USA, in: Die Politische Meinung 48 (2003) 405, S. 57-64, hier S. 64. Vgl. ders., Antiamerikanismus. Wandlungen eines Feindbildes, München 2003, S. 224.

7 Die Kriterien und der Ausdruck der „geschlossenen Gegnerschaft“ sind dem Band von Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, S. 137, entnommen.

8 Vgl. Schwabe (FN 6), S. 57-64, hier S. 57 f.

9 In diesem Sinne argumentieren z.B. Richard Herzinger/Hannes Stein, Endzeit-Propheten oder die Offensive der Antiwestler. Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte, Reinbek 1995. In der Tendenz ebenso eher reduktionistisch: Dan Diner, Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland – Ein historischer Essay, Frankfurt a.M. 1993.

ständnis stehen“.¹⁰ Eine grundsätzliche Kritik der Moderne, die sich in typisch westlichen Philosophiekontexten in ganz unterschiedlicher Form zeigt, etwa bei Hannah Arendt, Eric Voegelin, aber auch bei Theodor W. Adorno, entspricht sowohl den normativen als auch den realen Maßstäben westlicher Existenz, sie bringt gar den Totalitarismus, der mit guten Gründen als ein genuines Phänomen der westlichen Moderne interpretiert wird, auf einen brauchbaren politikphilosophischen Nenner. Die auf diesen Nenner gebrachte phänomenologische Realität, so die Hypothese des Aufsatzes, geht stets mit der aggressiven Verkennung oder Verneinung des atlantischen Zivilisationszusammenhangs einher. Letzterer ist also nicht, wie oft behauptet, mit dem historischen Phänomen der „westlichen Moderne“ allein zu identifizieren¹¹, genauso wenig wie mit der Figur eines rein individualistischen Anti- oder Posttheroismus¹², wie dies aus dem Blickwinkel typisch (west-)deutscher Befindlichkeiten den Anschein haben kann.¹³

In diesem Aufsatz soll zunächst die für den „Westler“ notwendigerweise selbstkritische Hypothese der Ambivalenz „westlicher Zivilisation“ und „Moderne“ als grundlegende Untersuchungsmatrix vorgestellt werden (Abschnitt 2), um daran anschließend die wichtigsten ideengeschichtlichen Topoi der den Extremismus begünstigenden oder gar verursachenden Wirklichkeitsverkennung bzw. -verneinung herauszuarbeiten: Zunächst wird der Topos der „verratenen Revolution“ vorgestellt, wie er in verabsolutierter Form bei linken Revolutionären anzutreffen ist. Dessen Ursprung liegt in der amerikanisch-französischen Entfremdung an der Schwelle zum 18. Jahrhundert, deren Bedeutung kurz skizziert werden soll (Abschnitt 3.1), um anschließend auf die Nachwirkungen des Topos in heutiger Zeit einzugehen (Abschnitt 3.2). Anschließend wird als weiterer Topos die Vorstellung der kulturellen Degeneration durch die „Revolution einer sekundären Welt“ vorgestellt, die mit Amerika voll und ganz identifiziert wird (Abschnitt 4) oder gar zum Zwecke der Propagierung einer extremistischen Weltanschauung ausgenutzt wird, so wie es im Falle des Nationalsozialismus geschehen ist; womit der letzte Topos, der nationalsozialistische Gegenmythos und die rassistische Degenerationsthese, erwähnt ist (Abschnitt 5). Anschließend werden noch einmal zusammenfassend die Zusammenhänge zwischen der

10 Armin Pfahl-Traugher, „Antiamerikanismus“ und „Antiwestlertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus*, München 1997, S. 193-217, hier S. 195.

11 Vgl. Lazaros Miliopoulos, *Atlantische Zivilisation und transatlantisches Verhältnis. Politische Idee und Wirklichkeit*, Wiesbaden 2007, S. 233-346.

12 Vgl. ebd., S. 379-383.

13 Dazu tendiert z.B. Christian Schwaabe, *Antiamerikanismus. Wandlungen eines Feindbildes*, München 2003, S. 217-226. Er gibt sogar zu bedenken, ob man nicht „durchaus nach dem positiven Beitrag des ‚linken‘ Antiamerikanismus für die deutsche Verwestlichung“ fragen könne (vgl. ebd., S. 219). Andererseits räumt er im Kampf für die Freiheit gegen ihre Feinde die Notwendigkeit eines „pragmatischen Dezisionismus“ ein (vgl. ebd., S. 215).

radikalkulturalistischen Amerikakritik und den gegenwärtigen Formen des Extremismus unter Berücksichtigung des revolutionären Islamismus herausgearbeitet (Abschnitt 6). Am Ende soll im Sinne einer Schlußbetrachtung kursorisch auf die Nachwirkungen des kulturalistischen Topos und auf die Frage seiner Instrumentalisierung in den heutigen Amerikabetrachtungen eingegangen werden (Abschnitt 7).

2. Der atlantische Zivilisationszusammenhang in historischer Perspektive

Im Falle der Kriege des 20. Jahrhunderts handelte es sich, aufgrund ihres ideologischen Gehalts im nachrevolutionären Zeitalter, um „Weltbürgerkriege“: Die Derivate der Ideen von 1789 im 20. Jahrhundert bestanden aus der faschistischen, nationalsozialistischen und marxistisch-leninistischen Ideologie, welche sich dem Bündel gemäßigter („liberaler“) Ideen des westlichen Zivilisationszusammenhangs entgegensetzten. Das 19. Jahrhundert bot indes den Vorlauf des Kriegausbruchs zwischen den Ideologien.

Das kaiserliche Deutschland und ein noch spezifisch angelsächsisches „atlantisches System“ entwickelten sich im Verlaufe der fortschreitenden internationalen Ideologisierung im 20. Jahrhundert gegenseitig zu erklärten Totalfeinden, gewiß auch aus geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Gründen. Die damals bestehenden kulturellen und machtpolitischen Unterschiede¹⁴ wurden von beiden Seiten zu zivilisatorischen Unterschieden erhoben, so daß grundsätzlich – der Natur des damaligen Zeitgeistes entsprechend – eine politische und zivilisatorische Existenz des „Westens“ aus nationalistischen oder imperialistischen Gründen ad absurdum geführt wurde. Zur gleichen Zeit erhob im Osten der bolschewistische Neojakobinismus sein Haupt. Das kontinentaleuropäische Resultat einer „zivilisatorischen Selbstzerstörung“¹⁵ artikulierte sich schließlich im Totalitarismus, dessen Wesenskern darin bestand, daß jegliches erkenntnistheoretische „menschliche Fragen“ in allen Lebensbereichen sozialwirksam zum Stillstand gezwungen wurde.¹⁶ Der kontinentaleuropäische Abfall aus den eigenen zivilisatorischen, westlichen Voraussetzungen, äußerte sich darin, daß die bösen Triebe der „verkraupften, zwiespältigen Natur“ des kaltblü-

14 Vgl. exemplarisch für die deutsche Seite den Gründungsauftritt des Allgemeinen Deutschen Verbandes (später Alldeutscher Verband), abgedruckt in: Otto Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig/Berlin 1920, S. 248 f.; vgl. exemplarisch für eine im damaligen angelsächsischen Bereich weit verbreitete rassenideologische Linie: Josiah Strong, Our Country. Its Possible Future and Its Present Crisis, New York 1885, S. 213 f. und S. 222. Im Unterschied zu Großbritannien gesellten sich in den USA zu dieser rassistisch begründeten Form des Imperialismus auch nüchterne machtpolitische Seemachtserwägungen oder ebenso nüchterne finanzpolitische Argumentation hinzu (vgl. Alfred Th. Mahan, The Interest of America in Sea Power. Present and Future, Boston 1898; Charles A. Conant, The United States in the Orient. The Nature of the Economic Problem, Boston/New York 1900, S. 29 ff.).

15 Manfred Henningsen, Der Fall Amerika. Zur Sozial- und Bewußtseinsgeschichte einer Verdrängung, München 1974, S. 216.

16 Vgl. Eric Voegelin, Wissenschaft, Politik und Gnosis, München 1959, S. 29 ff.

tigen „Leopardenmenschen“ als Sinnbild der roten und braunen Totalitarismen „durch keinerlei Überlieferung religiös-humanitärer Art ausgeglichen wurden“.¹⁷

Aus dieser Perspektive bietet die „zivilisatorische Umwelt“ der westlichen Moderne, d.h. hier zugleich die „zivilisatorische Umwelt“ eines ideologisierten Raumes, die letzte Gewähr für die Mischformen zwischen den Grundsätzen der reinen Ideologien. Die Ideologien waren durch Tradition, klassische Philosophie, Ethik und christlichen Glauben gebrochen. Erst die so ermöglichten Mischformen machten den Platz frei für den Fortbestand der „zivilisatorischen Umwelt“, ein *gegenextremistischer Zirkelschluß*. „Wir können von einem Bereich der Sekundärideologien sprechen“¹⁸, so die Interpretation Voegelins. „Denn man darf nicht vergessen, daß die westliche Gesellschaft nicht durch und durch modern ist, sondern daß die Modernität etwas in ihr Gewachsenes, [in] ihrer klassischen und christlichen Tradition Entgegengesetztes ist.“¹⁹ Und in zeitgenössischeren Worten hat dies Tilo Schabert so formuliert: „Wir leben [...] im Zeitalter einer fortdauernden Verzögerung der Moderne.“²⁰ Er nennt diese Phase der unendlichen Brechung zutreffend „Paramoderne“, verlängerte, gebrochene Moderne also, oder wie er es formuliert: „Das moderne Bewußtsein ist blockiert.“²¹ Wie soll es auch anders sein? Die Moderne überdeckt „ein ausgedehntes Gewebe, das aus vormodernen Kulturen, jahrtausendalten Lebensweisen, prämodernen Überlieferungen, altgeschichtlichen Zivilisationsformen, von der Modernität unberührten Sozialgebilden besteht“.²² Sogar der angeblich so religionsfeindliche Vernunftidealismus konnte sich als „Idealismus“ nur in den Bahnen einer religiös vorgegebenen Gottesidee – gleichsam als Religionersatz – durchsetzen.²³ „Geschichte II“ überlagert „Geschichte I“, wird aber letztere nie substituieren können; die Moderne ist eine „unendliche Weltsuche“.²⁴ Die gebrochenen Ideologien bilden dabei einen merkwürdigen „Zwitterbereich des Ordnungsdenkens [...], der als Phänomen der Zeit ebenso charakteristisch“ sei, „wie die Ideologien selber, zu denen er in Opposition steht“.²⁵

Amerika wurde nun in diesem Kontext „zum Repräsentanten einer Tradition, von der europäische Philosophen es bisher ausdrücklich ausgeschlossen hatten“.²⁶ Amerika machte den kulturellen Verfall eben nicht zu seinem politischen Schicksal (wie

17 So treffend Pieter Jan Bouman, *Verschönerung der Einsamen. Weltgeschichte unseres Jahrhunderts*, Innsbruck 1954, S. 355.

18 Eric Voegelin, *Anamnesis*, München 1966, S. 328 f.

19 Ders., *Die neue Wissenschaft der Politik. Eine Einführung*, München 2004, S. 183.

20 Tilo Schabert, *Modernität und Geschichte. Das Experiment der modernen Zivilisation*, Würzburg 1990, S. 70.

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Vgl. z.B. Carl Becker, *The Declaration of Independence. A Study in the History of Political Ideas*, New York 1922, S. 278.

24 Vgl. Schabert (FN 20), S. 71 ff. und S. 108.

25 Voegelin (FN 18), S. 329.

26 Henningsen (FN 15), S. 219.

z.B. Deutschland), sondern setzte diesem Verfall das Politische (im neoaristotelisch-klassischen Sinne) entgegen. Die amerikanische Nationalstaatlichkeit bringt das „Erfahrungs- und Bewußtseinerbe des Westens“ auf den Punkt und bewahrt es vor dem „Absinken auf das Niveau einer unverbindlichen Tradition [...] indem sie die Möglichkeit des existentiellen Nachvollzugs“ betont.²⁷ „Diese Ortsbestimmung in der Weltgeschichte des Geistes ist die endgültige Aufhebung“ der europäischen „Verdrängung“ Amerikas.²⁸

Daß die Vereinigten Staaten „eine der höchsten und elementarsten Errungenschaften des rationalen Strebens“ nach dem „guten Leben“ repräsentieren²⁹ hat in den sozioökonomischen Grundlagen der amerikanischen Revolution eine sozialhistorische Ursache: die Abwesenheit des Mittelalters, der Religionskriege und der Nationentradi-³⁰ tion³⁰ sowie des Feudalismus³¹, die vormodernen Züge, die Radikalität der Reformation und der aus all diesem resultierende „Amerikanismus“³² in Amerika hebelten den sozioökonomischen Ansatz des Marxismus und den völkischen Nationalismus aus.³³ Im Zeitalter der Industriellen Revolution trat in den USA keine Proletarisierung ein. Die amerikanische „Kulturstufe“, so ein Ausdruck aus dem „Kapital“ von Karl Marx, kehrte „das europäische Modell eines sozialhistorischen Phasenablaufs“ um.³⁴ Demnach erklärt sich die sozioökonomische Situation in den USA folgendermaßen: „Weil Amerika – um die europäische Modellanleihe einmal bis zu ihrer absurden Grenze zu treiben – sozialhistorisch zurückschreitet, nämlich Arbeiter zu Bauern werden und damit das Kapital bedrohen, ist der amerikanische Lebensstandard so hoch.“³⁵ So wurden „die englischer Tradition entsprechenden Mindestbesitzklauseln in den Wahlrechtsgesetzen der Einzelstaaten“ bis 1830, insbesondere unter Andrew Jackson und seiner Demokratischen Partei, abgeschafft, weil die Reformer „im Unterschied zu den Gründervätern keine Tyrannei besitzloser Wählermehrheiten“ mehr fürchteten.³⁶

27 Ebd.

28 Ebd., S. 220.

29 Vgl. Allan Bloom, Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur, New York 1987, S. 46.

30 Vgl. kurz zu den Folgen in Europa im Unterschied zu den USA: David Calleo, The Atlantic Fantasy: The U.S., NATO and Europe, Maryland 1970, S. 104.

31 Vgl. Dietrich Gerhard, Die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft als ein Problem vergleichender Geschichtsbetrachtung, in: Ders., Alte und Neue Welt in vergleichender Geschichtsbetrachtung, Göttingen 1962, S. 159-172, hier S. 162-166.

32 Vgl. Seymour Martin Lipset, The first New Nation. The United States in Historical and Comparative Perspective, New York 1963.

33 Vgl. Hans Vorländer, „American Creed“, liberale Tradition und politische Kultur der USA, in: Franz Greß/Hans Vorländer (Hrsg.), Liberale Demokratie in Europa und den USA. Festschrift für Kurt L. Shell, Frankfurt a.M./New York 1990, S. 11-33, hier S. 18.

34 Vgl. Henningsen (FN 15), S. 115.

35 Ebd. Vgl. auch Michel Guillaume Jean de Crèvecoeur, Lettres d'un cultivateur américain (1785), hrsg. v. Guillaume de Bertier de Sauvigny, Paris u.a. 1979.

36 Willi Paul Adams, Die USA vor 1900, München 1999, S. 8 f.

Nach Manfred Henningsen habe Marx diese Aporien zeitweise erahnt, aber letztlich nicht überwunden, sondern in Anlehnung an Hegel verdrängt.³⁷

Doch nicht das fehlende Mittelalter allein ist relevant für das Ausbleiben des Extremismus in Amerika, sondern mindestens genauso das antiabsolutistische nationale Selbstverständnis und die lange Tradition der Selbstverwaltung, die eine revolutionäre „Emanzipation“ des „beherrschten Volkes“ von einer Herrschschicht und der mit ihr identifizierten Staatsräson unnötig machte; beides erfolgte auf der Basis einer moralischen und sittlichen oder religiösen Selbstverständnisgrundlage, die ihre Wurzeln in der klassischen und christlichen Tradition hatte. Diese Elemente haben den „Geist der maßvollen Demokratie“ als nationales Leitprinzip in einer Form geschaffen, die sich jeder gewaltideologischen Anfechtung letztlich entziehen konnte.³⁸

In dieser Tradition erscheint der Marxismus als fehlendes Element in der amerikanischen Geschichte nur konsequent zu sein. Der Marxismus konnte in den USA nur als linker Antidemokratismus und damit zugleich als Antiamerikanismus verstanden werden.³⁹ Doch nicht nur die Lehre von Marx und Lenin vermochte sich in den USA nicht durchzusetzen, sondern ebenso wenig auch revolutionäre Strömungen einer nominalistisch und nihilistisch gewendeten politischen Rechten, „von der Art eines Nietzsche und Spengler, eines Pareto, Mosca oder Sorel“⁴⁰ bzw. eines Paul de Lagarde, Julius Langbehn oder Moeller van den Bruck. Ohne Marxismus gab es nicht die „nominalistische Wende“ der politischen Rechten, die sich darin äußerte, daß sie revolutionär wurde und im Faschismus und Nationalsozialismus kulminieren konnte, daß es also zur radikalen Verneinung jeglicher praktischen und theoretischen Transzendenz kam. Die Verdammung Amerikas im Nationalsozialismus erfolgte in diesem Kontext in einer gewissermaßen analogen Weise zum marxistischen Motiv der „verratenen Revolution“. Amerika galt nicht nur als Inbegriff der „Degeneration“ in einem ultrakonservativen Kontext, sondern vielmehr noch als die Verkörperung der volks- und rassenfremden, kapitalistisch-liberalen und traditionell christlichen Brechung des „neuen Menschen“. „Amerika“ stand dem *uomo novo* und dem rassistischen Weltordnungsprinzip der Faschisten und Nationalsozialisten genauso entgegen, wie dem *uomo novo* der Kommunisten.

In Europa indes war trotz immer wiederkehrender Pendelschläge zurück „der Schritt nach links nicht aufzuhalten“ und die Zerstörung der „Traditionen der westlichen Gesellschaft“ insofern immer ein wichtiges Anliegen der äußersten Linken.⁴¹ Am Anfang stand die in jakobinischer Tradition stehende Radikalisierung der „Emanzipation“, nun vermittelt des neuen Postulats, daß Idealität und Materialität in einem geschichtsdeterministischen Rahmen voneinander zu scheiden seien (in einem Sinne

37 Vgl. auch Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S. 99 f.

38 Vgl. Otto Vossler, Geist und Geschichte. Von der Reformation bis zur Gegenwart, München 1964, S. 70 ff.

39 Vgl. ebd., S. 66 f.

40 Ebd., S. 67.

41 Vgl. Voegelin (FN 19), S. 183 f.

also, der Hegels ebenfalls vorhandenen Geschichts determinismus auf den Kopf stellte.⁴² Auch ohne die Entdeckung Amerikas konnten jedoch die revolutionären Prognosen des historischen Materialismus solange nicht greifen, wie die unsittliche Evidenz der „sozialen Frage“ in Europa die Sozialreform mit aller Mühe, allem Leid und aller Not „aus sich selbst“ gebar und die Europäer (insbesondere die Sozialdemokraten unter ihnen) sich an die idealistische Tradition des Sittengesetzes, gerade in Abgrenzung zu Marx, hielten, und somit die Tradition des „Wohlfahrtsstaates“ begründeten, der schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg institutionalisiert werden konnte und zur Weiterführung bzw. „Vergesellschaftung“ des liberalen Staatsbegriffs führte: von den klassischen Ordnungsleistungen des Staates hin zur gesellschaftlichen Infrastruktur (Verkehr, Wissenschaft und Bildung „für alle“) und Daseinsvorsorge der Bevölkerungen. Die ideologischen Uneinsichtigkeiten des 20. Jahrhunderts in Europa sind insofern auch direkt mit der sittlichen Verfehlung des Marxismus-Leninismus selbst in Verbindung zu bringen. Eine Verfehlung, die von Anfang an gegeben war und auch keine zwingende Antwort auf die soziale Frage darstellte. Diese Antwort war nämlich mit einem nicht ins Eschatologische gesteigerten, zugleich sozialen Liberalismus durchaus vereinbar, und zwar in praktischer und theoretischer Frontstellung gegen die als Utopien gekennzeichneten und damit gleichgesetzten Theorien sowohl der marxistischen Eschatologie als auch des klassischen Manchesterliberalismus.⁴³ Die durch die Politik der Sozialdemokratie und des gemäßigten Sozialismus eintretende Beeinflussung des Wertes der Arbeitskraft zugunsten des Arbeiters wurde in diesem Sinne von den Marxisten auf der Basis einer objektiven Wertlehre, und damit auf der Basis der Unterschätzung der Funktionsabhängigkeit des Arbeitskraftwertes, nicht vorausgesehen. Die 1917 in Rußland an die Macht gekommenen Leninisten interpretierten das sozialdemokratische Prinzip sogleich als „Ausverkauf“ der Arbeiter und verwendeten den diffamierenden Begriff des „Sozialfaschismus“.

Das Jahr 1917 der leninistisch-bolschewistischen Machtergreifung war jedoch zugleich das Jahr der erstmaligen Rückbindung der USA an ihre europäische Bestimmung. Amerikanische Rekruten wurden auf ihren Fronteinsatz in Frankreich vorbereitet, „indem man ihnen jene kulturellen Traditionen näher zu bringen suchte, für deren Verteidigung sie ihr Leben aufs Spiel setzen sollten“.⁴⁴ Es begann die allmähliche Ausreifung eines konzeptionellen Bewußtseins einer anfangs noch sehr stark küstenatlantisch ausgerichteten „Western Civilization“, die mit der Tatsache korrespondierte, daß die „Finanzierung des Ersten Weltkrieges [...] die amerikanische Wirtschaft noch enger mit der europäischen“⁴⁵ verband, indem die USA zum „Gläubiger

42 Vgl. Walter Theimer, *Der Marxismus. Lehre – Wirkung – Kritik*, 8. Aufl., Tübingen 1985, S. 33-67; Manfred Henningsen (FN 15), S. 162; Vgl. ferner Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Hegel und die Folgen*, Freiburg 1970.

43 Vgl. Douglas E. Ashford, *The Emergence of the Welfare States*, New York 1986, S. 5 f.

44 Hagen Schulze, *Die Wiederkehr Europas*, Berlin 1990, S. 17.

45 Willi Paul Adams, *Die USA im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 52.

Europas“⁴⁶ avancierten, auch mit der Folge des Ausgreifens der amerikanischen Depression 1929-1932 auf die gesamte Weltwirtschaft.⁴⁷ Der Zweite Weltkrieg zwang schließlich die beiden angelsächsischen Führer Churchill und Roosevelt dazu, derart eng zusammenzuarbeiten, daß zum ersten Mal in der Geschichte die Traditionen der westlichen Zivilisation eine politische, ja militärische Aufladung bekamen, wenn auch, wie bei Churchill, Fragen der Kriegsrhetorik im Vordergrund gestanden haben sollten oder, wie bei Roosevelt, eine allzu optimistische, der sowjetischen Gefahr gegenüber vielleicht allzu naive Identifizierung mit der Vision einer „Weltzivilisation“ erfolgte. Die „Atlantik-Charta“ war jedenfalls geboren.⁴⁸ Sie kann als „das wirkliche Gründungsdokument eines atlantisch erweiterten *politischen* Werte-Okzidentalismus gelten“⁴⁹, wenn dieser auch erst im Verlaufe des Kalten Krieges, also außeninduziert (über die sowjetisch-kommunistische Bedrohung), ins Bewußtsein der freien Nationen des Westens rücken sollte.⁵⁰ Der tragende Gedanke der „Atlantik-Charta“ war der Begriff der *Freiheit*:

- die Freiheit des Gedankens, der Rede, der Äußerung, die jedermann zusteht,
- die Freiheit eines jeden, Gott auf seine Weise zu dienen,
- die Freiheit von Not und die Freiheit vor Furcht, die sowohl Einzelnen als auch den Völkern im Ganzen zustanden, letztlich also die Freiheit und das Recht eines jeden Einzelnen und eines jeden Volkes, sich gegen jedwede Form der geistigen oder physischen Versklavung, Demontage oder Vernichtung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren.
- die Vorstellung, daß die „Völker“ ihre „Regierungsformen“ selber wählen dürften.

Erst nach 1945 erweiterte sich der politische Radius des Atlantizismus um Deutschland, das für den Aufbau einer atlantischen Gemeinschaft einen sehr aktiven Beitrag leisten konnte.⁵¹ 1989 schließlich wurde das Denken in den Kategorien des Westens mindestens um Mittel- und Ost-, wenn nicht gar um Gesamteuropa erweitert.

46 Ebd.

47 Vgl. zusammenfassend ebd., S. 55 f.

48 Vgl. Charles A. Beard/Mary R. Beard, *The American Spirit. A Study of the Idea of Civilization in the United States*, Nachdruck/2. Aufl., New York 1971, S. 568-573.

49 Jürgen Osterhammel, *Sklaverei und die Zivilisation des Westens*, München 2000, S. 21 f.

50 Darauf verweist Jacques Freymond, *Die Atlantische Welt*, in: Golo Mann/Alfred Heuß/August Nitschke (Hrsg.), *Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte*, Bd. 10, Berlin/Frankfurt a.M. 1986, S. 223-299, hier S. 226-247.

51 Der eigenständige deutsche Beitrag zum Aufbau dieser politischen Gemeinschaft ist nur selten richtig gewürdigt worden. Er bestand nicht nur in der von Adenauer und noch mehr von Erhard grundsätzlich gewollten sicherheitspolitischen Verankerung Deutschlands im atlantischen Westen, sondern zudem in der „Beharrlichkeit, mit der Deutschland den Liberalisierungsversuchen nachging“ und damit in der wirtschaftspolitischen Umkehr des europäischen Denkens, welche zwischen 1948 und 1960 den Weg in Deutschland und Europa dafür ebnete, am Nutzen sozialistischer Losungen, Lösungen und Methoden oder eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus immer mehr zu zweifeln. Vgl. Freymond (FN 50), S. 295.

3. Der Topos der „verratenen Revolution“

3.1. Die französisch-amerikanische Entfremdung im 18. Jahrhundert und der Marxismus

Schon die radikalen Demokraten Frankreichs mußten relativ früh einsehen, daß das Amerikanische ihrem eigenen Revolutionsverständnis nicht entsprach. Der Moment, indem sie sich damit zu helfen versuchten, Amerika zugleich für das Diagnostizierte verantwortlich zu machen, war die Geburtsstunde des Bildes der „verratenen Revolution“, die sich zu einem Grundtopos des linken Amerikakomplexes entwickeln sollte. Es ist kein Zufall, daß ein französischer Antiamerikanismus dieses Typs sogar unter einem beträchtlichen Teil der nach Amerika emigrierten liberalen Aristokraten um 1794 grasierte.⁵² Die Enttäuschung des Aristokraten im amerikanischen Exil, der sich als Schul-lehrer, Kleinhändler, Farmer oder Musiker verdingen mußte, und das zudem in einer – aus französischer Warte – primitiv anmutenden Alltags- und Umgangskultur, mit der er nicht gerechnet hatte⁵³, mischte sich mit der Konfrontation des damals „liberal“ Gesinnten mit einer ernüchternden, und eben nicht, wie von Crèvecoeur einst ausgemalt, bukolischen amerikanischen Realität. Die endgültig antifranzösische Wendung der amerikanischen Föderalisten unter Alexander Hamilton in der Außenpolitik seit 1794/95⁵⁴ verkörperte für diese enttäuschten Geister der Revolution den Abfall und Verrat Amerikas an den Werten der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“.

„The de-europeization of America had begun in the French mind“⁵⁵ – also nach jenem unbeschreiblichen Schisma zwischen denjenigen Franzosen, welche in den Amerikanern das „Volk der Philosophen“ sehen wollten, und dem realen Amerika. Die Folgen des Verfalls der französisch-amerikanischen Bruderschaft im Geiste wirkten sich indes in den 1790er Jahren rasch auf das gesamte europäische Denken aus.⁵⁶ Die wichtigste Folge des „Verfalls“ zwischen Amerika und Frankreich kann auf folgenden Nenner gebracht werden: „Die amerikanische Revolution war mit den neuformulierten Grundsätzen des Konservatismus vereinbar, die französische nicht.“⁵⁷ Friedrich Gentz betonte etwa, die Revolution in Europa habe im Gegensatz zum „con-

52 Vgl. Durand Echeverria, *Mirage in the West. A History of the French Image of American Society to 1815*, 2. Aufl., Princeton, N.J. 1968, S. 180 und S. 182 f.

53 Daß das freilich auch eine Rolle spielte, betont Echeverria, in: Ebd., S. 184 ff. und S. 188.

54 Vgl. ebd., S. 187 und S. 207 ff.

55 Echeverria (FN 52), S. 207.

56 Vgl. Volker Depkat, *Amerikabilder in politischen Diskursen. Deutsche Zeitschriften von 1789 bis 1830*, Stuttgart 1998, S. 224 f.

57 Klaus von Beyme, *Vorbild Amerika? Der Einfluß der amerikanischen Demokratie in der Welt*, München 1986, S. 21. Vgl. auch Depkat (FN 56), S. 351; Margarita Mathiopoulos, *Amerika: Das Experiment des Fortschritts. Ein Vergleich des politischen Denkens in Amerika und Europa*, Paderborn/München u.a. 1987, S. 125 f.; Daniel J. Boorstin, *The Genius of American Politics*, Chicago/London 1953, S. 80-94.

stitutionsmäßigen Widerstand“ gegen „constitutionswidrige Beschlüsse“ des britischen Parlaments in den USA nicht rechtmäßig sein können, gestand aber zugleich damit indirekt ein, daß der Konservatismus in den USA auf eine neue Basis gestellt wurde.⁵⁸

Wie schon gezeigt, erscheint in diesem Kontext der späterhin den Jakobinismus beerbende Marxismus als fehlendes Element in der amerikanischen Geschichte nur konsequent zu sein. Im Gegensatz dazu stand die Position der Marxisten in Europa, daß das angeblich historisch-strukturell bedingte Auseinanderklaffen von „objektivem Wert der Arbeit“ und „Wert der Arbeit als austauschbare Ware“ im Rahmen einer Verelendungstheorie auf ein angeblich unvermeidliches revolutionäres Prinzip in den kapitalistischen Gesellschaften hinführen mußte. Hinter diesem revolutionären Prinzip verbarg sich weiterhin die ursprünglich jakobinische Vorstellung vom Übergang in einen andersartigen, besseren Zustand der Geschichte, sogar in ein „Jenseits der Geschichte“ in Form einer kommunistischen Endgesellschaft. Beim revolutionären Marxismus handelte es sich um die sozialistische Neuauflage des „metastatischen Glaubens“ der Jakobiner. Die USA repräsentieren aus dieser Sichtweise weiterhin die „verratene Revolution“, weil sie die zentrale Instanz der Brechung dieser neuen, alten Emanzipationsideologie verkörperten.⁵⁹

Die antikommunistische Ausrichtung der USA mündete im 20. Jahrhundert schließlich, wie wir wissen, in die nordatlantisch-westeuropäische Antwort auf die kasernensozialistische Bedrohung aus dem Osten, was in Westeuropa spätestens seit den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zur Herausbildung des „Wohlfahrtsstaates“ beitrug – anders ausgedrückt: zur „klassenlosen Gesellschaft auf der Basis der Überwindung der Güterknappheit“ statt auf der Basis des Gemeineigentums.⁶⁰

3.2. *Nachwirkungen*

„Amerika“ steht auch heute noch den diversen revolutionären Vorstellungen der politischen Linken auf eine Weise entgegen, welche die Revolutionäre als ursächlich mißverstehen. In Wirklichkeit repräsentieren die USA zwar eine nach menschlichen Möglichkeiten unüberwindbare, ethisch irrationale politische Wirklichkeit, doch werden sie aus revolutionärer Perspektive als gegenrevolutionäre Kraft verstanden, die sich positioniere:

58 Vgl. Friedrich von Gentz, Der Ursprung und die Grundsätze der Amerikanischen Revolution, verglichen mit dem Ursprunge und den Grundsätzen der Französischen, in: Historisches Journal 2 (1800), S. 101-128.

59 Vgl. Schwabe (FN 6), S. 57-64, hier S. 59.

60 Vgl. Panajotis Kondylis, Utopie und geschichtliches Handeln, in: Volker Beismann/Markus Josef Klein (Hrsg.), Politische Lageanalyse. Festschrift für Hans-Joachim Arndt zum 70. Geburtstag am 15. Januar 1993, S. 163-175, hier S. 174.

Die Verneinung des atlantischen Zivilisationszusammenhangs und der Extremismus

- gegen die Abschüttelung der negativen Folgen des Kapitalismus (*antikapitalistisches Amerikaessentiment*);
- gegen die Vorstellung internationalistischer Kommunisten, „deutschisolationistischer“⁶¹ wie revolutionärer Pazifisten, alle Konflikte auf der Welt gewaltfrei lösen zu können oder lösen zu müssen, woraus das *pazifistische und antiheroische Amerikaessentiment* erwächst;
- gegen die Vorstellung radikal-egalitärer, anarchistischer, trotzkistischer oder andersartig revolutionär gestimmter Internationalisten, Menschenrechte und Distributionsgerechtigkeit universal, vorbehaltlos und umgehend gegen alle natürlichen, traditionellen, politischen und ökonomischen Widrigkeiten durchsetzen zu dürfen, zu können oder zu müssen, woraus das *menschenrechtsuniversalistische und antinationalstaatliche Amerikaessentiment* erwächst, das am stärksten in die normative Mitte hineinwirkt, da die Menschenrechtsgleichheit zugleich als ein Bestandteil unter vielen zum gesinnungsmoralischen Fundament des liberalen und damit neuzeitlichen, westlichen Ordnungsmodells gehört;
- gegen die Vorstellung räte- und direktdemokratischer Sozialisten der Wünschbarkeit und Möglichkeit reiner demokratischer Verhältnisse in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, woraus das *rousseauistische Amerikaessentiment* erwächst;
- gegen die Vorstellung atheistisch, gnostisch oder nietzscheanisch gestimmter Überwinder des religiösen oder christlichen Glaubens, woraus das *atheistische und antichristliche Amerikaessentiment* entsteht.

Das *antikapitalistische Amerikaessentiment* ist von zentraler Bedeutung, da es in extremistischer Ausprägung zugleich den Kern aller linksextremen Bewegungen abdeckt, i.e. die Verneinung der Eigenlegitimität des Privateigentums und das Ziel der Abschüttelung der freien Marktwirtschaft resp. Kapitalismus. Das Ressentiment im extremistischen Kontext bedient sich mit Vorliebe der Infragestellung der menschlichen Natur und sittlichen Würde des „plutokratischen“ Klassenfeindes. Exemplarisch für dieses Vorgehen sind insbesondere Tier- und Parasitenvergleiche, wie sie z.B. im Mai 2005 auf das gemäßigte linke Spektrum in Deutschland überspringen konnten, als der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der bestenfalls eine ernst gemeinte Kritik eines etwaig „enthetgen“ Kapitalismus im Sinn hatte, das Wirken „angloamerikanischer Finanzkapitalisten“ als Heuschreckenplage darstellte, nachdem die IG Metall auf dem Titelblatt ihres Monatsmagazins „Metall“ unter dem Titel „Die Plünderer sind da“ eine Mücke abbilden ließ, die einen Zylinder in den Farben der US-Flagge trug und eine Fabrik dabei aussaugte.

61 Der deutschisolationistische Pazifismus ist z.T. historisch aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges heraus zu verstehen. „Die präziseste Definition der deutschen ‚Ohne-mich‘-Attitüde stammt vom Neutralisten Ulrich Noack. Er sagte im Jahr 1948: ‚Wenn die anderen unbedingt schießen wollen, dann machen wir uns klein und lassen sie über uns hinwegschießen.‘“ Michael Mertes, Schein und Sein. Das Schlagwort des deutschen Antiamerikanismus, in: Internationale Politik (2004), 2, S. 78-84.

Das *pazifistische Amerikaessentiment*: Die Sentenz, daß Gewaltlosigkeit den Krieg bloß auf die nachwachsende Generation verschleppt, ist für den Pazifisten, der sich nicht mit der realpolitischen Unmöglichkeit der Einbindung Amerikas oder sonst einer Weltmacht in ein pazifistisches Weltordnungsmodell abfindet, unerträglich. Doch genau auch dafür steht „Amerika“ bis heute. Oswald Spengler, selbst nicht gerade ein großer Sympathisant Amerikas, hat es klirrender, martialischer, konkreter ausgedrückt: Der „Weltfriede“ enthalte demnach „den privaten Verzicht der ungeheuren Mehrzahl auf Krieg, damit aber auch die uneingeschränkte Bereitschaft, die Beute der anderen zu werden, die *nicht* verzichten. Es beginnt mit dem staatenzerstörenden Wunsch einer allgemeinen Versöhnung und endet damit, daß niemand die Hand rührt, sobald das Unglück nur den Nachbarn trifft“. ⁶² In der Tat: Das ist keine revolutionäre Ansicht.

Das pazifistische Amerikaessentiment ist sozialpsychologisch nicht von einem Minderwertigkeitskomplex zu trennen. Der Antiamerikanismus ist das „Ventil“ des Schwächeren, denn was sollte man denn sonst wollen außer den vorbehaltlosen Frieden, wenn man weder Macht noch Mittel besitzt, in gleicher Weise wie die USA Krieg zu führen. ⁶³ In Deutschland tritt neben einem pazifistischen Nationalneutralismus in der Tradition des Dritten Weges zwischen „Ost und West“ (vom „Nauheimer Kreis“ Ulrich Noacks 1948, über Herbert Ammon, Peter Brandt, Rolf Stolz bis hin zum rechtsnationalen Alfred Mechttersheimer) ein ebenso spezifischer Antiheroismus hinzu, der durchaus auch seine Wurzeln hat in postheroischen Formen eines bestimmten individualistischen Menschenbildes, wie es in der westlichen Zivilisation anzutreffen ist und im Gefolge kulturevolutionärer Veränderungen an Boden gewann. Im spezifisch deutschen, inzwischen nicht nur die politische Linke erfassenden Bedürfnis nach einer ganz allgemeinen „Abkehr von der eigenen Vergangenheit“ hat sich dieses neuartige Wertesyndrom relativ stark festsetzen können. In der antiheroischen Weiterentwicklung des pazifistischen Amerikaessentiments der achtziger Jahre sehen die Vertreter des neuen, weitgehend „vergangenheitslosen Deutschlands“ eine Möglichkeit, für sich selbst zu demonstrieren, daß man sich von der eigenen Vergangenheit abgewandt habe. ⁶⁴ Zum Teil wird dieses Selbstverständnis zu nationalistischen Zwecken genutzt und die USA pauschal als „gewalttätig, habituell friedensunfähig, beständig auf dem Kreuzzug befindlich“ dargestellt sowie als Feind Deutschlands stilisiert. ⁶⁵ Zudem scheint in diesem Kontext noch eine spezifisch sozialpsychologische Aufladung des negativen Amerikabildes in bestimmten Teilen des Volkes in den neuen Bundesländern hinzuzukommen, nämlich das Bedürfnis, sich über eine Abgren-

62 Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, 15. Aufl., München 2000, S. 1106.

63 Vgl. Arnulf Baring, *Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West*, 2. Aufl., Stuttgart 1989, S. 135.

64 In ein positives, angeblich prowestliches Licht setzt diese Entwicklung Schwaabe (FN 13), S. 219.

65 Vgl. Rolf Winter, *Ami go home. Plädoyer für den Abschied von einem gewalttätigen Land*, Hamburg 1989, S. 32.

zung von den USA als dem „Hauptlehrmeister der Westdeutschen“ ein positives Selbstbild moralischer Überlegenheit gegenüber einem „kalten, egoistischen und aggressiven“, da amerikanisch beeinflussen Westdeutschland zu geben.⁶⁶

Das *menschenrechtsorthodoxe Amerikaessentiment*: Der individuelle ethisch orthodoxe Menschenrechtsuniversalismus, der sich als solcher gegen den Nationalstaat definiert, leidet an einem fundamentalen Selbstwiderspruch, welchen die USA exemplarisch verkörpern: „Daß wir Menschenrechte haben, wüßten wir nicht, wenn sie nicht in nationalstaatlichen Menschenrechtserklärungen stünden.“⁶⁷ Und mit Daniel J. Boorstin als selbstbewußten, sich stark als Nicht-Europäer definierenden⁶⁸ Amerikaner gesprochen: „Our national birth certificate is a Declaration of Independence and not a Declaration of the Rights of Men.“⁶⁹ Sind aber Partikularismen nicht als ein Verrat des revolutionären „Fortschritts“ universalen Zuschnitts⁷⁰ anzusehen? Die ethische Irrationalität der Welt ist nicht die Sache des revolutionären Moralisten. Der Revolutionär kann die Paradoxie nicht ertragen, daß es angesichts der partikularen Festreibungen der Menschenrechte Menschen diese Rechte erst haben sollen, wenn sie als „positivierte“ Rechte artikuliert werden.⁷¹ Und wie paradox ist es erst, daß in einer partikularen Kultur wie derjenigen der USA der Universalismus zugleich „traditionell“ ist?⁷² Aus dieser Sicht vermag man „das Politische nur dann zutreffend zu erfassen, wenn man sich seines phänomenalen Charakters bewußt ist, wenn man die daraus resultierende Partikularität nicht als defizitären Modus einer anzustrebenden Totalität erkennt, sondern gerade umgekehrt als Quelle bürgerlicher Freiheit.“⁷³ Der revolutionäre Moralist kann das nicht anerkennen und baut das Ressentiment gegen genau diejenige Instanz auf, welche das politisch, erst recht historisch partikulare Zentrum dessen abbildet, was wir als „universale Menschenrechte“ beschreiben: die Vereinigten Staaten von Amerika. Jede Blöße, welche sich diese Weltordnungsmacht in der Frage der Menschenrechte gibt – ob zwangsläufig oder aufgrund sicher zahl-

66 So jedenfalls die Interpretation der demoskopisch ermittelten, relativ niedrigen Sympathiewerte für die USA im Osten der Republik bei Mertes (FN 61), S. 81.

67 Lothar R. Waas, „Natürliches“ Recht in „positivierter“ Gestalt, das sich aus Pflichten herleitet? Von der Paradoxie der Menschenrechte, in: Karl Graf Ballestrem/Volker Gerhardt/Henning Ottmann/Martyn T. Thompson (Hrsg.), Politisches Denken. Jahrbuch 2004, Berlin 2004, S. 107-123, hier S. 109. Vgl. ferner Karl Dietrich Bracher, Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 1981, S. 38-43.

68 Vgl. Daniel J. Boorstin, America and the Image of Europe. Reflections on American Thought, ND Gloucester, Mass. 1976.

69 Boorstin (FN 57), S. 70.

70 In diesem Sinne Mark Terkessidis, Kulturkampf. Volk, Nation der Westen und die Neue Rechte, Köln 1995, S. 117-120.

71 Vgl. Waas (FN 67), S. 109 f.

72 Vgl. Sibylle Tönnies, Der westliche Universalismus. Eine Verteidigung klassischer Positionen, Opladen 1995, S. 248.

73 Hans-Gerd Schmitz, Zum Tode von Ernst Vollraths, in: Ballestrem/Gerhardt/Ottmann/Thompson (FN 67), S. 197-199, hier S. 199.

reich vorhandener, falscher politischer Weichenstellungen – wird aus einer grundsätzlichen Verirrung dieses Landes erklärt, die sich darin äußere, daß die USA doch nie wirklich ernst machen würden mit einer universalen und ethisch orthodoxen Menschenrechtspolitik. Der Vorwurf, die Amerikaner würden ihren Idealen nicht gerecht werden, läßt nicht lange auf sich warten: Sie verrieten erneut die Ideale, welche doch seit der Revolution des 18. Jahrhunderts auf ihre volle Realisierung warteten. Die universalistische Menschenrechtsrhetorik der USA wird zum absoluten Nennwert erhoben und völlig ausgeblendet, daß es sich auch bei den USA um einen nationalstaatlichen Akteur mit nationalstaatlichen Interessen handelt, denen in den USA ebenso symbolischer und politischer Eigenwert beigemessen wird. Die für jeden freiheitlich organisierten Nationalstaat typische Interessenkollision im Spannungsfeld zwischen materiellen Interessen und ideellen Ansprüchen wird einseitig und ohne Abstriche als bewußte und gezielte Heuchelei und Scheinheiligkeit dargestellt. Interessenpolitische Sachzwänge spielen bei der Beurteilung genauso wenig eine Rolle wie die nicht ins Weltbild passenden Verhaltensweisen externer Akteure. In den Augen eines Revolutionärs, der sich dadurch definiert, daß er daran glaubt, die Revolution sei realisierbar, die ethische Irrationalität der Welt vollständig überwindbar, wird jedes Symptom einer unüberwindbaren Wirklichkeit zur Ursache gemacht. Da diese bekämpft werden muß, wird das Symptom zum Symbol des Hasses. Für Anarchisten, Kommunisten und Trotzlisten aller Couleur sind die USA somit im Sinne Clara Zetkins ein Grundübel.

Auch die Zielsetzung der gemäßigten europäischen Linken (Habermas u.a.⁷⁴), die aus historisch-strukturellen und militärischen Gründen innereuropäisch zum Tragen gekommene, segensreiche „Methode des Friedens“ und des supranationalen Zusammenschlusses von Nationalstaaten⁷⁵ in die ganze Welt zu exportieren, wirkt sich in ähnlich negativer Weise auf ein realistisches Bild des transatlantischen Zivilisationszusammenhangs und Amerikas im Einzelnen aus. Doch historisch oder realpolitisch wohlbegründeten Einwänden gegenüber unbeeindruckt lautet das Credo des neuen „europäischen Sendungsbewußtseins“ nicht nur innerstaatliche, sondern auch zwischenstaatliche Beziehungen definitiv unter die Herrschaft des Rechts zu stellen.⁷⁶ So besteht nach Jürgen Habermas und Jeremy Rifkin⁷⁷ Europas Aufgabe nach dem Kalten Krieg in der zivilisatorischen Emanzipation von den Fängen der angeblich zurückgebliebenen und ihren eigenen Ursprung verratenden USA. „Europa“ wird dem-

74 Jürgen Habermas, Adolf Muschg, Umberto Eco, Gianni Vattimo, Fernando Salvater, Jacques Derrida, Richard Rorty.

75 Vgl. Jeremy Rifkin, *Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*, Frankfurt a.M./New York 2004.

76 Vgl. Jürgen Habermas, Was bedeutet der Denkmalsturz? Verschließen wir nicht die Augen vor der Revolution der Weltordnung: Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. April 2003, S. 33.

77 Vgl. Rifkin (FN 75).

nach nicht mehr als allein politisches, sondern zugleich als zivilisatorisches Projekt⁷⁸ im Sinne eines ganz eigenständigen kulturellen Ensembles verstanden. Der Topos der „verratenen Revolution“ kehrt in gemäßigter Fassade wieder in das Denken eines Teils der euroamerikanischen Hochintelligenz der politischen Linken ein.⁷⁹ Daß die europäistische Abgrenzung zu den USA vergangenheitspolitisch der „Bewältigung“ eines spezifisch europäischen Kolonialismus oder Totalitarismus in die Hände spielt, wird dabei nicht ernsthaft reflektiert.

Das mit dem menschenrechtsuniversalistischen Amerikaessentiment einhergehende Antinationalstaatliche seiner Art sitzt dem Irrtum auf, die Philosophie der Anti-Federalists und den „amerikanischen Exzeptionalismus“ mit dem amerikanischen Nationsverständnis in toto gleichzusetzen, während die nationalistische Rechte einen absoluten Kulturneutralismus des amerikanischen Nationalstaatskonzepts postuliert, den es so nie gegeben hat, was aber an dieser Stelle nicht vertieft werden kann.⁸⁰

In extremismustheoretischer Hinsicht, und somit von den gemäßigten Varianten der inneratlantischen Wirklichkeitsverkennung zu unterscheiden, ist hier insbesondere der unter extremen Gruppen verbreitete Versuch einzuordnen, die USA ohne stichhaltige Beweise als gesamt einheitliches konspiratives System im Sinne eines „Katalysators“⁸¹ der Terroranschläge vom 11. September 2001 darzustellen, zum Boykott aller amerikanischen Produkte aufzurufen oder das politische System und die politische Kultur der USA in toto mit dem Nationalsozialismus zu identifizieren, gemäß dem alten Motto, wie ihn die militante Linke gerne während des Vietnamkrieges skandierte: „USA-SA-SS“.⁸²

Das *direkt demokratische Ressentiment* nimmt sich die amerikanische Verfassung zur Zielscheibe und erkennt ihr jegliche demokratische Würde ab. In diesem Kontext ist vom „Märchen von der demokratischen Verfassung“ die Rede.⁸³ In der Tat erteilt das amerikanische Republikverständnis jeglichen partizipationstheoretischen Anreicherungen normativer oder ideologischer Bauart eine Absage: Demnach kommt es – auf der Basis einer demokratischen Legitimationskette – immer darauf an, ob eine

78 Vgl. Ulrike Guerot, Europa und Amerika: business as usual? Die Zeit ist reif für einen US-EU-Vertrag, in: Internationale Politik (2005), 1, S. 54-60, hier S. 56.

79 Die Amerikakritik von Habermas wird auf eine antiamerikanische Grundeinstellung zurückgeführt bei Gerd Langguth, Alte, neue Ressentiments. Habermas, die deutschen Intellektuellen und der Antiamerikanismus, in: Internationale Politik (2004), 2, S. 67-77. Vgl. auch Axel Birkenkämper, Gegen Bush oder Amerika? Die transatlantischen Beziehungen und das deutsche Amerikabild, Bonn 2006.

80 Es sei an dieser Stelle verwiesen auf Miliopoulos (FN 11), S. 317-331.

81 Hartleb (FN 7), S. 276.

82 Vgl. Mielke (FN 1), S. 71; Werner Link, Demokratische Staatsordnung und außenpolitische Orientierung. Die Einstellung der USA als Problem der deutschen Politik im 20. Jahrhundert, in: Lothar Albertin/Werner Link, Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981, S. 63-89, hier S. 85; Vgl. als exemplarischen Fall aus den siebziger Jahren: Reinhard Lettau, Täglicher Faschismus. Amerikanische Evidenz aus sechs Monaten, München 1971.

83 So Leo L. Matthias, Die Kehrseite der USA, Reinbek 1964, S. 20.

„Machtzuweisung in regelmäßigen Abständen in freien, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen erfolgt“⁸⁴ – egal ob es nun direktdemokratische oder umgekehrt indirekte Elemente in einem System gibt oder nicht (bei den indirekten Elementen denke man an den amerikanischen Wahlmännermechanismus und dessen Bedeutung bei der juristischen Absegnung der Ergebnisse der US-Präsidentenwahlen 2000 vor dem Obersten Gerichtshof). Sobald das gewährleistet wird, ist dem autokratischen Prinzip, d.h. der Machtentfaltung von „oben nach unten“, ein Gegengewicht gegeben, was wiederum Freiheit ermöglicht. Jedenfalls machen direkt-demokratische Elemente im Kontext dieses restriktiven Demokratiebegriffes ein System nicht „demokratischer“ bzw. die elektorale Vorherrschaft einer bestimmten Partei macht ein System, solange freie Wahlen stattfinden, nicht „undemokratischer“. Die amerikanische Demokratie auf Bundesstaatsebene beschränkt sich in der Tat auf das, was Norberto Bobbio „politische Demokratie im engen Sinn“ nannte. Sie ist immerzu repräsentativ⁸⁵ und mag insofern „vor dem Hintergrund komplexer Demokratietheorien fast als trivial erscheinen“⁸⁶, schafft aber große und diffuse Theorieprobleme aus der Welt, die für die Frage der prinzipiellen Gemeinsamkeit westlicher Demokratien ohnehin nicht relevant erscheinen. Aus liberaler Sicht muß eine solche Existenzform demokratischer Mehrheitsherrschaft nicht einmal schlecht sein, weil es gar nicht auf die Mitbestimmung ankommt, sondern allein darauf, ob das politische System in der Frage des Schutzes individueller und personaler Freiheit funktionsfähig ist oder nicht.⁸⁷

Das antichristliche und atheistische Amerikaessentiment: Die Religion wird in einem orthodox marxistischen Zusammenhang zum Objekt einer ideologiekritisch motivierten Überbaudefinition. Viele Amerikaner sind aber – in Vereinbarung mit der Natur ihrer zivilisatorischen und zivilisationshistorischen Bestimmung – zutiefst religiös, zum Teil bis hin zu fragwürdig oberflächlichen Spiritualisierungsformen. Insgesamt kann von einer „religiösen Tönung des öffentlichen Lebens“ und von einer religiösen (christlichen) – aber nicht kirchlichen – „Unterbauung der Demokratie“ in Amerika⁸⁸ gesprochen werden. Es handelt sich generell um eine opulent zu Tage tretende Zivilreligion unter Einschluß des realreligiösen Moments, wie zum Beispiel in *The Pledge of Allegiance to the United States of America*: „Ich gelobe Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika, auf die Republik, die eine Nation *unter Gott* ist, vereinigt durch Freiheit und Gerechtigkeit für alle.“ Zum anderen gibt es die

84 Werner Kaltefleiter, Die freien Gesellschaften – eine kleine radikale Minderheit?, in: Max Kaase (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungssysteme, Opladen 1986, S. 70-80, hier S. 71.

85 Vgl. Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin 1988, S. 50.

86 Kaltefleiter (FN 84), S. 73.

87 Vgl. Erich Weede, Selbstgefährdungstendenzen von freiheitlichen Demokratien, in: Max Kaase (FN 84), S. 83-96, hier S. 87 f.

88 Hier immer noch aktuell Golo Mann, Vom Geist Amerikas. Eine Einführung in amerikanisches Denken und Handeln im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart 1954, S. 27. Vgl. auch Boorstin (FN 57), S. 133-160.

Anrufungen Gottes in den Inauguraladressen amerikanischer Präsidenten. Und schließlich sei auf Art. 16 der Virginia Bill of Rights verwiesen: „Religion oder die Ergebenheit, die wir unserem Schöpfer schuldig sind, und die Art, wie wir sie erfüllen, kann lediglich durch Vernunft oder Überzeugung bestimmt werden, nicht durch Zwang oder Gewalt, und deshalb haben alle Menschen einen gleichen Anspruch auf freie Ausübung der Religion nach den Geboten ihres Gewissens. Und alle haben die Pflicht, christliche Vergebung, Liebe oder Barmherzigkeit untereinander zu üben.“

Die rhetorische Trias von Versprechen (promise), Dekadenz (declension) und Erfüllungsaufwurf in der politischen Sprache der USA hat der Religionshistoriker Sacvan Bercovitch als Tradition der „amerikanischen Jeremiade“ bezeichnet.⁸⁹ Das wichtigste religiös-politische Versprechen, die Idee der „city upon a hill“, entfaltet sich entlang des Vergleichs des Exodus der europäischen Puritaner nach Amerika mit dem Exodus der Juden aus Ägypten.⁹⁰ Auch Washingtons Abschiedsrede vom 17. September 1796 ist in dieser Hinsicht bezeichnend: „Religion und Moral sind unentbehrliche Stützen für alle die Anlagen und Gewohnheiten, die politisches Wohlergehen zur Folge haben. Vergebens wird der Mann einen Anspruch auf Patriotismus erheben können, der daran arbeitet, diese großen Säulen menschlichen Glückes, diese festesten Stützen der Menschen- und der Bürgerpflichten umzustürzen. Der Nurpolitiker muß sie genauso wie der gottesfürchtige Mann achten und hochhalten [...] Seid vorsichtig gegen die Meinung, daß Moral ohne Religion erhalten werden könnte [...]. Sorgt also (dies ist eine Sache von allergrößter Wichtigkeit!) für Einrichtungen zur weitesten Verbreitung von Kenntnissen.“⁹¹

Die amerikanischen Kirchen sind jedoch radikal staatsfrei und der Staat kirchenfrei.⁹² Die Bandbreite der anerkannten Religionsgemeinschaften ist dabei unheimlich groß. Für die Situation in den USA spielt es in diesem Zusammenhang eine sehr erhebliche Rolle, daß es in der gesamten amerikanischen Geschichte keine Tradition der Religionskriege und der Inquisition gegeben hat. Das führte zu einem in der modernen Geschichte einmaligen Grad an Immunität der christlichen Religiosität als auch des religiösen Konservatismus gegenüber den Anfeindungen der „gnostischen“ oder materialistischen Seite, die bis zum heutigen Tage anhält. Auch die Sache der atheistischen oder nietzscheanisch gestimmten Revolutionäre scheitert somit an der Wirklichkeit, verkörpert durch die USA, so daß die gläubigen Nichtgläubigen das Symptom auch in diesem Zusammenhang zur hassenswerten Ursache machen. Dies führt zu extremismusrelevanten Leitbildern, wie z.B. demjenigen, daß die USA in toto nichts anderes als den „christlichen Kreuzzug“ im Sinn hätten oder daß George W.

89 Vgl. Sacvan Bercovitch, *The American Jeremiad*, Madison 1978.

90 Vgl. ebd., S. 162.

91 Zitiert nach Fritz Wagner, *USA. Geburt und Aufstieg der Neuen Welt – Geschichte in Zeitdokumenten 1607-1865*, München 1947, S. 162.

92 Die Wendung stammt von Ernst Fraenkel, *Das amerikanische Regierungssystem*, 4. Aufl., Opladen 1981, S. 30. Vgl. auch ebd., S. 33.

Bushs Grundansichten mit den Grundvorstellungen des islamistischen Schariatentums eines Osama bin Laden in toto identifiziert werden mußten.

4. Die Angst vor der „Revolution einer sekundären Welt“ und die kulturalistische Degenerationsthese

Nachdem der für die politische Linke typische Topos der „verratenen Revolution“ und der politisch zwischen den Fronten changierende Topos der Verkenning des amerikanischen Nationalstaatsprinzips vorgestellt wurde, stellt sich nun die Frage, wie sich die politische Rechte Europas zum transatlantischen Zivilisationszusammenhang verhielt. Der europäische Konservatismus eines De Maistre, Bonald oder Adam Müller klinkte sich aufgrund des radikal umstürzenden Charakters der sich jakobinisch artikulierenden Revolution in Frankreich 1789 aus der britischen Formulierung des Konservatismus in einem proparlamentarischen Sinne weitgehend aus, wie er sich schließlich auch bei einem klugen politischen Beobachter wie Friedrich Gentz niederschlug, erst recht natürlich aus einer Formulierung des Konservatismus in einem prorepublikanischen Kontext. Demokratische Strukturen, wie sie sich in den USA ausgebildet hatten, wurden in ihrer Geltung räumlich auf Nordamerika, das „Land ohne Geschichte“, wie man nunmehr zu sagen pflegte, eingeschränkt.⁹³ „Der Prozeß der Verräumlichung politischer Strukturen stand in unmittelbarer Wechselwirkung zur postulierten Geschichtslosigkeit Amerikas.“⁹⁴ Den amerikanischen Konservativen wurde von dieser Seite allerdings deren Liberalismus gelassen, nur hatte dieser im „constitutionsmäßigen“ Europa nichts verloren. Die liberalkonservativen USA als Modell zu verdammen war dennoch die Sache eines weiteren Teils des europäischen Konservatismus, der ein amerikafeindliches Gefühl zum Ausdruck brachte. Diese Interpretationslinie sah in den Prinzipien der amerikanischen Revolution nur die Zerstörung des authentischen Europas: „Es ist eigentlich wohl eine Ungerechtigkeit, wenn man diese Revolution immer nur die französische nennt, oder ausschließlich als solche betrachtet; es war eine politische Krankheit, ein epidemisches Völker-Übel des ganzen Zeitalters [...]. Die eigentliche Pflanzschule aller dieser zerstörerischen Principien [sic!], die revolutionäre Erziehungs-Anstalt für Frankreich und das übrige Europa war Nord-Amerika gewesen.“⁹⁵

Französische Monarchisten wie z.B. Simon Linguet⁹⁶ reihten sich in ähnliche Sichtweisen ein. Kritikern dieser Gattung „muß zugestanden werden, daß sie mit klarem Blick die Gegensätzlichkeit und Gefährlichkeit des anderen Systems für ihr eige-

93 Vgl. Depkat (FN 56), S. 319-342, S. 341 f.; Ernst Fraenkel, Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens. Äußerungen deutscher Staatsmänner und Staatsdenker über Staat und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, Köln/Opladen 1959, S. 28.

94 Depkat (FN 56), S. 342.

95 Friedrich Schlegel, Sämtliche Werke, Bd. 14: Philosophie der Geschichte, Wien 1846, S. 226.

96 Vgl. Echeverria (FN 52), S. 62 ff.

nes erkannten und aus einer entsprechenden Abwehrhaltung zur negativen Einschätzung gelangten.“ Die linke Kritik „war hingegen oft inkonsequent, ressentimentbestimmt, emotional“⁹⁷, man denke da in Deutschland nur an Ferdinand Kürnbergers Bestseller-Roman „Der Amerika-Müde“ (1855) oder die derben Sentenzen von Heinrich Heine, der Amerika als „ungeheures Freiheitsgefängnis“ bezeichnete, wo der „widerwärtigste aller Tyrannen, der Pöbel, seine rohe Herrschaft ausübe“ und alle Menschen in Gleichheit „Flegel“ seien.⁹⁸ Der Gegensatz zwischen europäischen und amerikanischen Staatsprinzipien war im Falle der politischen Rechten allzu evident, das Freund-Feind-Verhältnis allzu rational, als daß es durch ideologisch-verwandtschaftlich aufgeladene Erwartungen und Ansprüche emotionalisiert werden konnte.

Erst mit der Entgegensetzung von „Kultur“ und „Zivilisation“ und dem Aufkommen der „Ideen von 1914“ in Deutschland sowie der rechtsnationalen und faschistischen Bewegungen in Europa sollte die monarchistische Aversion des 19. Jahrhunderts gegenüber Amerika in eine allgemeine Verkenntung des transatlantischen Zivilisationszusammenhangs und der gemeinsamen kulturellen Grundlagen zwischen Amerika und Europa ausgreifen. Die Prämisse dieser Entgegensetzung war die These vom absoluten Gegensatz „oberflächlicher Zivilisation“ und „tiefer Kultur“⁹⁹, wie sie sich insbesondere zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert – auf der Grundlage vorhergehender „innerlicher“ Kulturströmungen seit dem 18. Jahrhundert – in Deutschland herausgebildet hat. Hier sei nur kurz auf die kulturalistischen Strömungen in den Kulturtheorien von Friedrich Nietzsche, Georg Simmel, Alfred Weber, Oswald Spengler und später Hans Freyer hingewiesen.¹⁰⁰ Das normative Denkgerüst, das hinter dieser Entgegensetzung eines als „angelsächsisch“ und französisch definierten Zivilisationsmodells und dem deutschem Kulturalismus steht, bildete sich auf deutscher Seite im Kontext der Definition der „Kultur“ als „Nicht-Zivilisation“ endgültig im Vorfeld des Ersten Weltkrieges 1914 aus. Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und Werner Sombarts „Händler und Helden“ können hier als symbolische Höhepunkte dieser Entwicklung genannt werden.¹⁰¹

Der historische Ursachenhintergrund ist an der tragischen Unausgeglichenheit zwischen deutscher Reichsidee und Nationalstaatlichkeit im Verlaufe des 20. Jahrhun-

97 Günter Moltmann, Deutscher Anti-Amerikanismus heute und früher, in: Otmar Franz (Hrsg.), Vom Sinn der Geschichte, Stuttgart 1976, S. 85–105, hier S. 97.

98 Vgl. Fraenkel (FN 93), S. 106 f.

99 Diese Unterscheidung wurde auch immer wieder innerhalb des angelsächsischen Raumes vorgenommen: Vgl. eindrücklich Beard/Beard (FN 48), S. 22 f.

100 Vgl. Friedrich Nietzsche, Jenseits von Gut und Böse, hrsg. von Volker Gerhardt, Stuttgart 1988; Georg Simmel, Philosophie des Geldes, in: Ders., Gesammelte Schriften, hrsg. v. Otthein Rammstedt, Frankfurt a.M. 1989; Alfred Weber, Kulturgeschichte als Kultursoziologie, München 1950; Spengler (FN 62); Hans Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart/Zürich 1955; ders., Schwelle der Zeiten. Beiträge zur Soziologie der Kultur, Stuttgart 1965; zusammenfassend Thomas Jung, Geschichte der modernen Kulturtheorie, Darmstadt 1999.

101 Vgl. Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, Berlin 1918; Werner Sombart, Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München u.a. 1915.

derts und an der zeitlichen Koinzidenz zwischen Gründung des deutschen Nationalstaates und der fortgeschrittenen Humanismusskepsis am Ende des 19. Jahrhunderts festzumachen. Diese beiden historischen Merkmale vergönnten es Deutschland nicht, all seine Vielfalt an humanistisch orientierten Traditionen, die es insbesondere seit der preußischen Kulturblüte, der Weimarer Klassik und süddeutschen Romantik seit dem 18. und 19. Jahrhundert zur Fülle gab, nationalstaatlich zu bündeln.¹⁰² Deutschlands Kampf „gegen den Westen, sein äußerliches Anderssein“ war letztlich „nur der Widerschein des Anderen in ihm selbst“¹⁰³ oder, in den Worten Plessners, ein Protest „in Wahrheit gegen sein eigenes Geschick“.¹⁰⁴

Mit dem Aufkommen der materialistischen und psychoanalytischen Lehren in den zwanziger Jahren war aber auch – in der Tat im Gegenlauf zum Auftrieb eines nach dem Versailler Vertragsschluß zunehmend ideologisierten deutschen Radikalkulturalismus – das konservative Amerika eine Zeitlang stark an den Rand gedrückt und radikalisierte sich dementsprechend.¹⁰⁵ So brachte es große Köpfe wie Irving Babbitt, Paul Elmer Moore und George Santayana hervor.¹⁰⁶ Obwohl die psychoanalytische Avantgarde zunächst nur begrenzten Einfluß auf die soziale und politische Umwelt ausüben konnte,¹⁰⁷ waren die sozialstrukturellen Umwälzungen im demokratischen und kapitalistischen, vormals ländlich geprägten Amerika in den zwanziger Jahren ganz besondere: Auf geradezu verstörende Weise gibt die klassenkämpferische Trilogie „U.S.A.“ von John Dos Passos, Mann der sogenannten „verlorenen Generation“ (Hemingway, Fitzgerald, Anderson, Cummings), einen fulminanten Einblick in diesen Ursprung eines „amerikanischen Sündenpfahls“, einer Welt des 20. Jahrhunderts. Die Wahrnehmung Amerikas von außen bezog sich daher stark auf jene Umwälzungen, so daß der deutsche, aber auch der europäische Kulturalismus einen stark anti-amerikanischen Charakter bekam. Die Großstadtslums und riesigen Mietshauskasernen („tenements“) in den USA, vor allem von zumeist gerade eingewanderten, also soziokulturell entwurzelten Europäern bewohnt, wurden zum großen Schreckgespenst zahlreicher Europäer.¹⁰⁸ Auch sozialkonservative und sozialistische Strömungen spielten nunmehr stark in europäische Antiamerikanismen hinein. Daß die USA die

102 Vgl. Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart u.a. 1969, S. 79.

103 Kai Hauke, *Zukunft durch Verspätung. Helmuth Plessners Vision eines deutschen Beitrages zum politischen Humanismus Westeuropas*, in: Ballestrem/Gerhardt/Ottmann/Thompson (FN 67), S. 147-166, hier S. 152.

104 Plessner (FN 102), S. 40.

105 Vgl. Erich Angermann, *Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917*, 6. Aufl., München 1978, S. 111-122.

106 Vgl. Russell Kirk, *Lebendiges Politisches Erbe. Freiheitliches Gedankengut von Burke bis Santayana 1790-1958*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1958, S. 405-441.

107 Vgl. Henry Steele Commager, *Der Geist Amerikas. Eine Deutung amerikanischen Denkens und Wesens von 1880 bis zur Gegenwart*, Zürich u.a. 1952, S. 522 ff. und S. 552-559.

108 Vgl. Alexander Schmidt, *Reisen in die Moderne, Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich*, Berlin 1994, S. 263 f. und S. 296.

gefährliche Entwicklung seit den dreißiger Jahren politisch wieder – mit einem Pathos („New Deal“), das amerikanischer nicht sein konnte – einzudämmen vermochten, wurde nicht mehr ausreichend registriert: Die Front gegen den „Sündenpfuhl“ Amerika hatte sich im konservativen Denken Europas stark verfestigt und an Eigendynamik gewonnen.

Doch aus welchem Grund wurden die amerikanischen Prinzipien auf der Seite der politischen Rechten in Europa zunehmend als geradezu krankhaft eingebildet, was schließlich 1927 in Adolf Halfelds „Amerika und der Amerikanismus“¹⁰⁹ kulminierte? Schon beim anfangs angeführten Zitat von Schlegel ist zu erkennen, daß die Radikalisierung des Feindbildes „Amerika“ von Seiten eines Teils der politischen Rechten mit der augenscheinlichen *Unabwendbarkeit* des revolutionären Prinzips individueller Freiheit und politischer Gleichheit und der damit, wenn auch nur partiell, einhergehenden, realen Durchsetzung der „praktischen Transzendenz“ in der Geschichte zusammenhing. Da sich indes der reaktionär gestimmte Teil des europäischen Konservatismus immer wieder aufgrund dieser realen Durchsetzung der „praktischen Transzendenz“ von seinen Leitvorstellungen lösen mußte, verdichtete sich die konservative Position auf ein historisches „Dilemma“, das z.B. in Deutschland nach 1918 wie in einem Laboratorium, im Lichte einer unmittelbar als umwälzende Amerikanisierung wahrgenommenen Modernisierung im Kulturleben der Weimarer Republik und auf der Basis eines ganzen Konglomerats von konstellations- und strukturabhängigen Gründen,¹¹⁰ im Sinne einer „Konservativen Revolution“ abgeschüttelt werden sollte,¹¹¹ was jedoch scheiterte bzw. nicht zum Zuge kam oder kommen konnte. Erst nach dem Nationalsozialismus verband sich auch in Deutschland der Konservatismus, solange er nicht an den Rand gedrängt wurde, mit dem liberalen Rechtsstaat, der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft sowie der zwischenstaatlichen Kooperation und Öffnung. Im antikommunistischen Kontext, auf der Basis der totalitären Erfahrung und im Zuge deutschkonservativer Vorausentwicklungen im Rahmen der „Konservativen Revolution“¹¹² nahm dabei – neben einer stabilitätsori-

109 Adolf Halfeld, *Amerika und der Amerikanismus*, Jena 1927.

110 Kriegserfahrungen in Verbindung mit einem Monarchiesturz von außen, einer revolutionären Bedrohung im Inneren und einer unmittelbaren Bedrohung in geographischer Nachbarschaft, Kriegsschuldfrage und nationale Demütigung, sozialhistorische und ideengeschichtliche Strukturen, geographische Lage.

111 Die Zielsetzungen bestanden demnach in der Aristokratisierung der Masse, der korporativen Verflechtung von Staat, Industrie, Bauerntum und Handwerk, der gesellschaftlichen Etablierung soldatischer Werte und in Denkfiguren des Partikularismus, Nationalismus und Kulturalismus.

112 Damit sind die nietzscheanischen, technozentrierten und massenbejahenden Bestandteile der „Konservativen Revolution“ gemeint, wie sie z.B. bei Oswald Spengler, Moeller van den Bruck, Hans Freyer, Ernst Jünger und dem jungen Gottfried Benn vorzufinden sind. Vgl. Christoph H. Werth, *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1986; zu Benn: Jürgen Schröder, *Gottfried Benn und die Deutschen*, Tübingen 1986. Nicht zu diesen Vorläufern gehören indes die naturzentrierten (ökologischen), klassisch-ästhetischen, religiös beeinflussten, nostalgischen und reaktionären Richtungen, wie z.B. der George-Kreis (Stefan George, Ludwig Klages, Rudolf

entierten, neo-ontologischen und neo-organologischen Institutionenlehre – die Marktwirtschaft und der „Ordoliberalismus“ den wichtigsten Platz ein, so daß ein „technokratischer Konservatismus“ begründet werden konnte.¹¹³

5. Der nationalsozialistische Gegenmythos und die rassentheoretische Degenerationsthese

Von der konservativen Rechten Deutschlands und Europas vor 1945 ist, trotz aller tragischen historischen Verstrickungen, in programmatischer Hinsicht der Faschismus und Nationalsozialismus vom Konservativismus – auch in Bezug auf den Antiamerikanismus – zu scheiden. Der Faschismus und der Nationalsozialismus lassen sich als maximale Gegenpositionen zu allen Maximalpositionen der praktischen Transzendenz definieren. Der Faschismus unterschied sich insofern vom antiliberalen und antisozialistischen (Alt)Konservativismus, als er sowohl die praktische als auch die theoretische Transzendenz negierte und einer absoluten Immanenz („Nation und Imperium“) anhing. Der Nationalsozialismus ist zumindest in dieser Hinsicht als „Radikalfaschismus“ („Rasse“ statt „Nation und Imperium“) anzusehen und nicht vom Faschismus zu trennen.¹¹⁴

Die Zielsetzung des Nationalsozialismus in Bezug auf Amerika und den Westen beschränkte sich folgerichtig nicht darauf, Amerika zu verdammen, sondern einen Okkultismus zu propagieren, der jegliche Verbindung einer „atlantischen“ Vision mit den ideengeschichtlichen Prinzipien Amerikas voll und ganz in eine Verbindung mit einem ganz anders gearteten, eigenen „germanisch-nordischen“ Entfesselungsmythos umkehren sollte. Massenfaszinierende, schillernde „Entfesselungsmythen“ okkultistischen Charakters hatten in diesem Kontext die Funktion der intellektuellen Interpenetration einer unterwiesenen Masse von Menschen zum Zwecke der Durchsetzung eines reinen Machtmaterialismus, so wie ihn einmal Julius Evola auf jenen kaltblütigen, misanthropischen Nenner gebracht hat: „Der Herrscher muß Herr der [...] Mythen

Borchardt, Friedrich Gundolf), Hugo von Hoffmannsthal, der konservativ-russophile junge Thomas Mann, Friedrich Georg Jünger und auch Rudolf Pannwitz, der trotz seines nietzscheanischen Eigenverständnisses versuchte, Christentum, Orientalistik und Nietzscheanismus miteinander zu vereinbaren. Die historische Linie der zweiten Gruppe brachte im Kreuzschatten des Nationalsozialismus Männer wie Wolfskehl, Kantorowicz und Stauffenberg hervor. Vgl. Manfred Riedel, Stefan George und die Brüder Stauffenberg, Köln u.a. 2006; Eberhard Zeller, Oberst Claus Graf Stauffenberg. Ein Lebensbild, Paderborn u.a. 1994; Karlhans Kluncker, „Das geheime Deutschland“. Über Stefan George und seinen Kreis, Bonn 1985; Jan Aler, Symbol und Verkündung. Studien um Stefan George, Düsseldorf u.a. 1976.

113 Zur theoretischen Problematik des letzteren vgl. Michael Großheim, Ökologie oder Technokratie? Der Konservatismus in der Moderne, Berlin 1995.

114 Vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, 5. Aufl., München 2000, S. 511. Anders Karl Dietrich Bracher, der im Faschismus eine italienische Sonderform des autoritären Nationalimperialismus erkennt.

bleiben, er darf nicht, an sie glaubend, selbst den Illusionen unterliegen und ein Bessener werden.[...]; er darf ihnen keinerlei absoluten Wert beimessen, er muß sie kaltblütig als Mittel benutzen, als faszinierende Instrumente, mit denen er – bei genauer Kenntnis der Massenpsychologie – die beabsichtigten Einflüsse ausüben kann [...]. Die Idee hat Wert, so lange und so weit sie wirkt: nicht weil sie ‚gut‘, ‚richtig‘, ‚wahr‘ usw. ist; das alles ist nur Dunst gegenüber ihrer Realität als Ideen-Kraft. Die ‚suggestiven Potentiale‘ mit denen die verschiedenen Ideen geladen sind, zu überprüfen, abzuwägen, zusammenzustellen, zu gebrauchen, zu entladen oder zu unterbinden, das ist die höhere, unsichtbare und gefährliche Kunst der Herrschaft, die, mit Bewußtsein geübt, man ansprechen kann als mit der ‚Magie‘ im höheren Sinne kommunizierend.“¹¹⁵

Die Nationalsozialisten versuchten in diesem Sinne einen atlantischen Okkultismus zu propagieren, der letztlich als Gegenbild zum atlantischen Amerikamythos zu verstehen ist. Sie knüpften dabei an die seit Anfang des frühen 20. Jahrhunderts in Deutschland vorhandene „Idolatrie des Nordens“¹¹⁶ an, die mit der Gleichsetzung von Thule und Atlantis auf der Basis der seit dem Frühhellenismus einsetzenden volks- und geschichtsmythischen Überlieferung Atlantis’ als Heimat der sogenannten Hyperboreer – der Bewohner „jenseits des Nordpols“ – einherging. Es entwickelten sich äußerst obskure Atlantislehren, in dessen Zentrum die Atlantisvorstellung des nationalsozialistischen Chefideologen Alfred Rosenberg rückte, der sich mit der Idee von „Atlantis“ als „nordischem Mittelpunkt der Schöpfung“ klar in der Tradition des rechtsokkultistischen Strangs des „atlantischen Mythos“ bewegte.¹¹⁷ Der Pseudomythos basierte auf der Amalgamierung diverser Rassentheorien mit einem wörtlichen Verständnis der platonischen Überlieferung von der göttlichen Abstammung der Atlantier und der platonischen Begründung des Untergangs von Atlantis mit der Vermischung der Atlantier mit Sterblichen, die als „Rassenvermischung“ uninterpretiert wurde.¹¹⁸

Indem die Nationalsozialisten ihren mythischen Ansatz als die alleinige vor der „sekundären Welt“ bewahrende Form der authentischen Harmonie mit dem natürlichen Ursprung des eigenen Seins inszenierten, versuchten sie zugleich die kulturkritische Perzeption Amerikas von ihren politisch-gesellschaftlichen, grundsätzlich anti-revolutionären Voraussetzungen zu lösen; zum zweiten versuchten sie die aus dem Nicht-Ort des europäischen Konservativismus sich entwickelnde Degenerationsthese ins Pathologische zu steigern; und schließlich wirkten sie tatkräftig daran mit, die mit der

115 Julius Evola, *Heidnischer Imperialismus*, Leipzig 1933.

116 Karl Heinz Bohrer, *Der Mythos vom Norden. Studien zur romantischen Geschichtsprophetie*, Köln 1961, S. 2.

117 Vgl. Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltungskämpfe unserer Zeit*, 12. Aufl., München 1943, S. 25.

118 Vgl. Franz Wegener, *Das atlantische Weltbild. Nationalsozialismus und Neue Rechte auf der Suche nach der versunkenen Atlantis*, Gladbeck 2001, S. 68.

Radikalisierung des Konservatismus und dem Heraufkommen der amerikanischen Psychoanalyse einhergehende Umwandlung der kulturkritischen Interpretation in eine beißende Amerikaverneinung zu verstetigen.

6. Zusammenfassung: Kulturalistische Amerikakritik, Extremismus und Islamismus

Die radikalkulturalistische Amerikakritik kann vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen auf zweierlei Weise erklärt werden: Entweder sie ist ideologisches Instrument¹¹⁹ oder sie ist ernst gemeint, beruht aber auf einer verzerrten Perzeption der USA als Ganzes. Die Fehlperzeption ist dabei kein Ausweis einer extremistischen Weltanschauung, auch wenn sie theoretisch zur Herausbildung extremistischer Ansichten beitragen bzw. in diesem Kontext von interessierter Seite immer wieder instrumentalisiert werden kann. Sie erfolgt heute nicht mehr nur seitens des europäischen Konservatismus. Seit der ernsthaften Kulturkritik von Theodor W. Adorno, die aber eben nicht primär auf „Amerika“, sondern auf die „Schattenseiten der Aufklärung“ und der „modernen Kultur im Allgemeinen“ gemünzt war, hat sie auch in bestimmten Teilen der politischen Linken ihre Wurzeln geschlagen. Im Gegenzug meint ein Teil der Post-68er-Linken sich mit der „Amerikanisierung“ im Sinne der „kulturellen Modernisierung“ vollständig identifizieren zu müssen, so daß sich ihr positives und zugleich antikulturneutral überzeichnetes Amerikabild wiederum radikalisiert auf die Amerikakritik sowohl der kulturkritischen Rechten als auch einer ähnlich gelagerten Linken auswirkt. Zum Teil ist in diesem Kontext sogar der Begriff des „Antiamerikanismus“ selbst zu einer zentralen Kampfvokabel linksextremer, sogenannter „antideutscher“ Gruppierungen, verkommen.¹²⁰

In den Reihen der europäischen Kulturkritik tragen schließlich noch mehrere geschichts- und politikpsychologische Antriebsfaktoren unterbewußt zur Perpetuierung der radikalkulturalistischen Amerikaessentiments bei, als da wären:¹²¹

- a) Europas Irritation und Selbsterschütterung durch die universalhistorisch sehr spät entdeckte Existenz einer Neuen Welt,
- b) die Geschichtstheologie Hegels und die damit einhergehende Vorstellung vom völlig abgeschnittenen sowie kulturell und politisch rückständigen Amerika,
- c) die manifeste, real existierende ideologische Feindschaft zwischen dem republikanischen Amerika und dem monarchisch strukturierten Europa im 19. Jahrhundert,

¹¹⁹ Vgl. bezogen auf den Nationalsozialismus Schwan (FN 2), S. 56 f.

¹²⁰ Vgl. die entsprechenden Ausführungen in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 152; Vgl. ferner Claus Leggewie, Häßliche Feindbilder gesucht. Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antikapitalismus in der Globalisierungskritik, in: Internationale Politik (2005), 7, S. 96-104, hier S. 104.

¹²¹ Vgl. im folgenden: Thomas Fröschl, Antiamerikanismus in Europa und Lateinamerika. Sieben historische Dimensionen, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit (2003) 2, S. 82-97.

- d) der spezifische Wunsch nach Gleichberechtigung trotz der eigenen machtpolitischen (militärischen und politischen) Unterlegenheit,
- e) die Verdrängung europäischer Kulturwerte durch den insbesondere in den USA auch kulturell codierten technischen Fortschritt,
- f) das schlechte Gewissen mit Blick auf die eigene Kolonialgeschichte, was wohl erst recht als relevantes Motiv denkbar ist, wenn sich Europäer allzu aggressiv über den weißamerikanischen Rassismus ereifern.

Für die Grundfrage der *extremistischen* Verkennung des atlantischen Zivilisationszusammenhangs ist nun aber entscheidend, in welchen Zusammenhängen die Kulturkritik zu politischen Zwecken genutzt wird. Entscheidend ist hier nicht die Kulturkritik, sondern die gezielte Lenkung dieser in eine gegen die USA gerichtete Zuspitzung bzw. die Instrumentalisierung kulturkritischer Topoi zur Schwächung des „Standings“ der Vereinigten Staaten als auch des Systems, gegen das opponiert wird.¹²² Die Motivation bei den linken Extremisten liegt dabei im beschriebenen Verständnis der USA als Speerspitze einer aus eigener Sichtweise für möglich gehaltenen, aber stets von den USA allein verhinderten und „verratenen Revolution“. Bei den rechten Extremisten ist die Vorstellung kennzeichnend, dem angeblich radikal revolutionären Prinzip der USA müßte eine Gegenrevolution entgegengesetzt werden, wobei zugleich die Sichtweise, die USA seien in toto mit Gang und Verlauf der revolutionären Prinzipien nach 1789 in Einklang zu bringen, aus der eigenen revolutionären Sichtweise einer angeblichen notwendigen „nominalistischen Wende“ der politischen Rechten resultiert. Für die USA bleibt konsequenterweise nur Haß übrig, wie in den folgenden Textauszügen veranschaulicht werden kann:

„[In den USA] hat es nie eine Volksgemeinschaft und Kulturnation [gegeben], sondern nur eine durchraßte Staats- und Einzelwillennation von haltlosen Sozialatomen, wo der ethnokulturell kastrierte Einheitsmensch ohne Identität und Heimat wie Unkraut gedeiht.“¹²³

„Die [niederländische] NVU [Nederlandse Volks Unie] führte am 1. Juli in Den Haag (Niederlande) eine Demonstration unter dem Motto ‚Zusammen gegen US-Imperialismus und Zionismus – Solidarität mit Iran‘ durch. An der Veranstaltung nahmen etwa 100 Rechtsextremisten teil, die Hälfte davon aus Deutschland. Die Teilnehmer führten iranische Flaggen und Porträts des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad mit sich und skandierten ‚Iran OK, Amerika weg ermee‘ (Iran ok, weg mit Amerika).“¹²⁴

Wie besonders deutlich im letzten Beispiel erkennbar wird, äußert sich die mit den Konzepten der Extremisten per definitionem einhergehende Existenzverkennung

¹²² Vgl. Link (FN 82), S. 72.

¹²³ Broschüre des NPD-Parteivorstands: „Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“, 2. Aufl., Berlin 2006, S. 9.

¹²⁴ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 121.

schließlich in der wirklichkeitsverkenndenden Feindbestimmung: Das Amerikaressentiment der gegen Amerika gerichteten Akteure deckt sich also mit dem Amerikaressentiment der „wahren Feinde“. Da die Irregularität und Grenzenlosigkeit jeglicher Gewaltanwendung gegen „Amerikaner“ und deren „Alliierte“ bei den revolutionären Islamisten als eine religiöse Pflicht aller Muslime verkauft wird und da es um alle Amerikaner geht, ist das Schlachtfeld konsequenterweise die ganze Welt. In einer Welt, wie sie heute als „globales Dorf“ existiert und deren Mittel sich die Islamisten ohne Skrupel gerne bedienen, sind die Amerikaner die globale Weltmacht. Und das Ziel der radikalen Islamisten, alle „Ungläubigen“ aus „ihrem“ Jerusalem zu vertreiben, beinhaltet schlußendlich und de facto Weltvernichtung. Die islamistischen Terroristen sind sich darüber im Klaren, denn ansonsten könnten sie nicht jene suizidale Kraft bei ihren Aktionen aufbringen: sie sind religiös verkappte Religionsfeinde mit weltpolitischen Anspruch.¹²⁵ Was sie indes sehr gut kaschieren können, ist die Tatsache, daß in ihren Augen das Verbrechen des „keuzzüglischen Westens“ nicht darin liegt, was er, wie sie vorgeben, tut, sondern was er ist.¹²⁶ So geht mit der extremistischen Existenzverknennung bei Rechts- und Linksextremisten konsequenterweise die wirklichkeitsverkenndende Feindbestimmung einher: Statt der Wirklichkeit einer islamistischen Bedrohung zu begegnen, suchen sich die Extremisten die Feinde dort, wo sie auch die Islamisten orten. Der Antiamerikanismus wird als universaler extremistischer Standort zum gemeinsamen Nenner sowohl des traditionellen Rechts- und Linksextremismus als auch des neuartigen revolutionären Islamismus.¹²⁷

7. Epilog: Nachwirkungen des ideologischen Kulturalismus in europäischen Amerikabetrachtungen

Die insbesondere von den Rechtsextremen instrumentalisierten Grundaussagen der kulturalistischen Degenerationsthese finden sich heute auf der politischen Rechten bei Alain de Benoist und dessen Mitstreitern wieder. Deren revolutionär-kulturalistische Variante betont, daß Europa nichts mit Amerika zu tun habe, da sich Amerika ganz und gar als Anti-Europa gegründet habe.¹²⁸ Die bewußte Ausgrenzung aller Elemente des

125 Vgl. zum weltpolitischen Anspruch: Bassam Tibi, *Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit*, Darmstadt 2004; ders., *Die Revolte gegen den Westen in der neuen internationalen Umwelt: Das Beispiel der islamischen Zivilisation*, in: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.), *Deutschlands neue Außenpolitik. Band 2: Herausforderungen*, München 1995, S. 61-80, 61 f. und 70; John Kelsay, *Islam and War*, Kentucky 1993, S. 115 ff.

126 So Daniel S. Hamilton, *Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage*, Stuttgart 2002, S. 38.

127 Vgl. Pfahl-Thraughber (FN 10), S. 193-217, hier S. 217.

128 Vgl. Alain de Benoist, *Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung*, Tübingen 2001, S. 89 f. Vgl. ferner Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik (Hrsg.), *Die neue Achse – Europas Chancen gegen Amerika*, Oberboihingen 2004, insbesondere den Beitrag von Robert Steukkers („Europa der Völker statt US-Globalisierung“).

atlantischen Zivilisationszusammenhangs aus dem eigenen Weltbild ist ein ganz elementarer Bestandteil der entsprechenden Weltanschauung. Wenn de Benoist mit Blick auf Europa auf eine völkische Föderalisierung zu setzen gedenkt statt auf eine eurasische Großraumbildung, so deckt sich der Leitsatz seines rechtsrevolutionären Atlantizismusverständnisses in der Antiposition voll und ganz mit dem Atlantizismusfeindbild der russischen „Eurasier“ um Alexander Dugin und kulminiert in den beiden Sätzen: „Der Atlantismus war gestern unhaltbar. Heute ist er unerträglich.“¹²⁹

Das dahinter liegende Bild vom „degenerierten Amerika“ ist indes genauso übertrieben wie die Vorstellung Amerikas als pures „Neues Europa“ oder gar als pure „europäische Exklave“¹³⁰, wie das z.B. bei Hegel der Fall war. Der Begriff des „Westens“ wird aus dieser Perspektive ganz grundsätzlich schon als historische Wirklichkeit bestritten, nicht nur als normatives Leitbild. Entspricht diese Wahrnehmung bezogen auf die Verhältnisse im 19. Jahrhundert sicherlich bestimmten Realitäten, so ist das für die Gegenwart eine sonderbare Position. Dabei kann aus einem ernsthaften Wirklichkeitssinn heraus auch für das 19. Jahrhundert geschichtsphilosophisch die Gegenthese vertreten werden, wie wir sie z.B. bei Ernst Nolte vorfinden mit dessen Deutungen der Begriffe „Liberales System“, Atlantische Revolution, Industrielle Revolution, Modernisierung oder Imperialismus.¹³¹

Die vom rechten Radikalkulturalismus beklagten Zustände der „Degeneration“ indes sind „bloß eine Station in dem kulturellen Auflösungsprozeß, der lange zuvor in Europa begonnen hatte und sich nach dem Krieg unabdingbar generalisieren sollte“.¹³² Die zahlreichen Paradoxien Amerikas sind nicht durch eine antiamerikanisch zugespitzte, kulturkritische Vereinheitlichung auflösbar. Man muß zudem „das Ephemäre nicht mit dem Dauernden, das Partielle nicht mit dem Ganzen verwechseln“.¹³³ Völlig illegitim erscheint schließlich gar eine zivilisationstheoretische Scheidung zwischen einer exzeptionellen „amerikanischen Zivilisation“ und einer angeblich ganz anders gearteten „europäischen Zivilisation“, erst recht im Vergleich zu „nicht-westlichen“ Kulturräumen, ob nun der Ruhetagscharakter des Sonntags, die kulinarischen Präferenzen, die alltäglichen Verhaltensweisen (z.B. am Tisch), der Kleidungsstil oder ähnliche ethnographische Muster betrachtet werden.

Der Unterschied zwischen „ephemären“ und „dauernden“ Lebens- und Denkformen macht indes deutlich, daß der bis heute als „Amerikanismus“ eingebildete Ver-

129 Benoist (FN 128), S. 104.

130 So z.B. Kaltefleiter (FN 84), S. 71.

131 Vgl. Ernst Nolte, *Historische Existenz. Zwischen Anfang und Ende der Geschichte?*, München 1998, S. 497 f., aber insbesondere S. 534. Die „philosophische Dimension“ könne „als Durchbruch der praktischen Transzendenz gekennzeichnet werden“, also als Durchbruch der Auffassung, „in einem System von ‚Kulturstaaten‘ zu leben oder Teil einer Zivilisation zu sein, die den Übergang in einen andersartigen Zustand der Geschichte, aber nicht in ein ‚Jenseits der Geschichte‘ darstellte.“

132 Vgl. Guillaume Paoli, *Amerika als Verzweiflungsmaschine*. Nach Adorno (2), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. September 2003, S. 44.

133 Mann (FN 88), S. 11.

fallskomplex einen letztlich generell westlichen darstellt¹³⁴: „Alle diese Aspekte des ‚Modernismus‘ sind autochthon in Europa, und der Einfluß der Vereinigten Staaten ist Einbildung. Sie sind ganz einfach Produkte der Massendemokratie und des Wohlfahrtsstaates.“¹³⁵ Und das „ökonomische, quantitative und auf Nützlichkeit bezogene Denken ist kein Merkmal des Amerikanismus, sondern ein Merkmal unserer Zeit.“¹³⁶

Die Legitimität der Kulturkritik bleibt von der Abwehr ihrer ideologischen Vereinnahmung von allen erdenklichen Seiten durch das Wörtchen „Amerikanisierung“¹³⁷ natürlich unberührt: Genauso wenig wie die z.T. abergläubischen, unreifen Abarten religiöser Formen in den USA¹³⁸ im Stile eines Elmer Gantry¹³⁹ oder eines fanatischen Verfechters einer theokratischen Republik wie bei Margaret Atwood,¹⁴⁰ stellt es eben auch keine menschlich fruchtbare Symbiose dar, wenn sich Europa und Amerika zu einer gängigen medialen Zerstreuungs- und Bedürfnisweckungs-Unkultur vereinigen. Das „Amerikanisierungsetikett“ ist aber ein Problem: Die Amerikaner müssen doch sehr „oft erstaunt sein, welche Züge der amerikanischen Kultur die Europäer am meisten beeindruckt.“¹⁴¹ Im Gegensatz zu vielen Europäern sehen zahlreiche Amerikaner die amerikanische „Republik“ oder „Demokratie“ als einen ihrer zivilisatorischen Hauptbeiträge an.¹⁴² Es ist doch wohl sogar so, daß der Tendenz in westlichen Gesellschaften, den Utilitarismus und Individualismus bis hin zum Narzißmus und Hedonismus zum Allwert zu erheben, gerade in den USA eine z.T. verheißungsvolle, z.T. irritierende Gegenbewegung entgegenzustehen scheint.¹⁴³ Zugleich ist es die

134 Vgl. A. N. J. den Hollander, Europäisches Kulturbewußtsein und Anti-Amerikanismus, in: Friedrich A. Lutz (Hrsg.), *Amerika – Europa*. Freund und Rivale, Zürich/Stuttgart 1970, S. 33-52, hier S. 46 f.

135 Ebd., S. 47.

136 Raymond Aron, Plädoyer für das dekadente Europa, Frankfurt a.M. 1978, S. 368. Das übersieht z.B. Jeremy Rifkin, der die Idee „Amerika“ mit dem „american dream“ gleichsetzt. Vgl. Rifkin (FN 75).

137 Vgl. Philipp Gassert, Was meint Amerikanisierung? Über den Begriff des Jahrhunderts, in: Merkur 2000, 617/618, S. 785-796. Vgl. ferner Ralf Dahrendorf, *Die angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika*, München 1963, S. 223 f. Der Begriff der „Amerikanisierung“ geht zurück auf William Thomas Stead, *The Americanization of the World, or the Trend of the Twentieth Century*, London/New York 1902. Der Begriff bei Stead (im übrigen eines der über 1500 „Titanic“-Opfer 1912) bezog sich damals auch auf das sich durch Einwanderung „multinationalisierende“ Amerika selbst.

138 Vgl. das ironisch bis negativ zugespitzte, aber sehr eindrucksvolle Bild, daß z.B. der sehr „amerikakritische“ Jörg von Uthmann zeichnet: Jörg von Uthmann, *Volk ohne Eigenschaften. Amerika und seine Widersprüche*, Stuttgart 1989, S. 73-90.

139 Vgl. Sinclair Lewis, *Elmer Gantry*, Berlin 1928.

140 Vgl. Margaret Atwood, *Der Report der Magd*, Düsseldorf 1987.

141 Hollander (FN 134), S. 39.

142 Vgl. ebd.

143 Vgl. als tiefergehende, intellektuelle und kulturkritische Schlüsselquellen der „Gegenbewegung“ u.a. Christopher Lasch, *Das Zeitalter des Narzissmus*, München 1982 (kulturkritisch und diagnostisch); Robert N. Bellah/Richard Mansen/William M. Sullivan/Ann Swidler/Steven M. Tipton, *Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft*, Köln 1987 (republikanisch, diskursiv und empirisch); und Bloom (FN 29) (kulturkritisch und programmatisch). Vgl. eher kritisch, nicht nur bezogen auf Lasch und Reagan, sondern auch auf die kapitalismuskritische

symbolische Inszenierung amerikanischen Patriotismus und die Verehrung von Verfassung und Gründungsvätern, die, solange sie nicht zu einer Frage allein des Rituals verkommt, dasjenige, was die USA eben genau zum „Gegenteil einer permissiven Gesellschaft“¹⁴⁴ macht. Ihre griffigste Ausprägung findet die angesprochene geistige Verbindung in der amerikanischen Verfassung, in der institutionellen Ausgestaltung amerikanischer Staatlichkeit und in der Frage nach den emotional bindenden Bedingungen dieser institutionellen Ausgestaltung, also in der Frage der normativ wertvollen Verfassungsprinzipien. Die dem amerikanischen Staat zugrunde liegende politische Einheit basiert in diesem Kontext auf bestimmten europäischen Kulturwerten der Aufklärung, der Renaissance und der antiken und christlichen Philosophie. Gerade mit dieser kulturellen Implikation konnte innerlich eine „Neue Nation“ überhaupt entstehen. Die USA selbst sind in der Politischen Philosophie ihrer Gründungszeit insofern ein lebendes Beispiel dafür, daß es möglich ist, klassischen Republikanismus, modernen Individualismus, aber auch kulturellen Traditionalismus, so aufeinander abzustimmen, daß eine qualitative Freiheit dabei entsteht. Die gewohnten Einwände gegen die Verknüpfung von liberalem Individualismus und traditionellem Konservatismus übersehen dabei, daß menschliche Individualität ja letztlich „auf eine kulturelle Matrix traditioneller Praktiken angewiesen“ ist, „die die moralischen und intellektuellen Fähigkeiten des Individuums formen und durchdringen“.¹⁴⁵ Menschliche Individualität selbst ist „eine Frucht der Tradition“.¹⁴⁶

Kulturkritik Daniel Bells: Günter H. Lenz, *The Politics of American Culture: Kulturelles Selbstverständnis und öffentlicher Diskurs im Amerika der achtziger Jahre*, in: Franz Greß/Hans Vorländer (Hrsg.), *Liberale Demokratie in Europa und den USA. Festschrift für Kurt L. Shell*, Frankfurt a.M./New York 1990, S. 49-70. Vgl. ferner mit Blick auf entsprechende Bewegungen in den fünfziger Jahren: Raymond Cartier, *Fünfzig mal Amerika*, München 1951, S. 451-469. Ob es sich bei diesen Bewegungen um einen „Illusionismus“ handelt, wie es Baudrillard (etwas halbherzig) in seinem Amerika-buch behauptete, ist noch nicht ausgemacht – in einem Buch, in dem der französische Intellektuelle das „kulturlose Amerika der Indifferenz und Oberfläche“ als postmoderne Errungenschaft feierte. Vgl. Jean Baudrillard, *Amerika*, München 1987, S. 153 f.

144 Michael Rutz, *Das Sagen hat Amerika. Die USA dominieren die Welt*, in: *Rheinischer Merkur* vom 3. April 2003.

145 John N. Gray, *Freiheit im Denken Hayeks*, Tübingen 1995, S. 129.

146 Ebd. Vgl. ferner auch Michael Oakeshott, *On Human Conduct* (1975), Oxford 1991; in philosophischer Perspektive Thomas Buchheim/Rolf Schönberger/Walter Schweidler (Hrsg.), *Die Normativität des Wirklichen. Über die Grenze zwischen Sein und Sollen*, Stuttgart 2002; Robert Spaemann/Reinhard Löw, *Natürliche Ziele. Geschichte und Wiederentdeckung des teleologischen Denkens*, Stuttgart 2005.

Das „Dritte Reich“ als Produkt einer säkularen/ politischen Religion? Die frühen Schriften von Frederick A. Voigt, Eric Voegelin und Raymond Aron

Von Evelyn Völkel

1. Einleitung

Sind totalitäre Ideologien *politische/säkulare Religionen*? Diese Frage beschäftigt die Wissenschaft nicht erst seit den vergangenen Jahren.¹ Das Konzept ist vielmehr so alt wie die Totalitarismusforschung selbst und behandelt einen Teilaspekt: die ideologischen Grundlagen totalitärer Staaten. Bereits in der Zwischenkriegszeit analysierten Zeitgenossen die neuen politischen Systeme und deren ideologische Ansprüche. Sie verfolgten die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der Sowjetunion und in Deutschland und bemühten sich um eine Klassifizierung dieser neuen Staatsformen mit ihrer Allgemeingültigkeit beanspruchenden Weltanschauung. Dabei meinten sie Ideologien zu erkennen, die in ihren Erscheinungsformen Religionen glichen. Insbesondere ihr Anspruch auf Universalität sowie die gläubige Anhängerschaft, die bereit ist, ihr Leben für diese Ideologien zu opfern, ähnelten Phänomenen, die von Religionen bekannt zu sein schienen.

Im Folgenden sollen knapp die ersten drei Denker vorgestellt werden, die eine vergleichende Perspektive einnahmen und den Marxismus-Leninismus mit dem Nationalsozialismus konfrontierten: der britische Journalist und Publizist Frederick A. Voigt (1892-1957), der deutsch-amerikanische Philosoph Eric Voegelin (1901-1985) und der französische Philosoph Raymond Aron (1905-1983). Obgleich sie nicht die ersten waren, die den Begriff der „politischen Religion“ bzw. „säkularen Religion“ verwandten² – was lange angenommen wurde – ist ihre komparatistische Sichtweise außergewöhnlich. Den Kommunismus mit dem Nationalsozialismus religionsphänomenologisch zu vergleichen, war 1938/39 aufsehenerregend. Beide Ideologien betrachteten sich doch als größte Gegner im Kampf um die Seelen der Bevölkerung und schienen unter-

1 Vgl. statt vieler die drei Sammelbände: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Paderborn 1996; Hans Maier/Michael Schäfer (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Band II*, Paderborn 1997; Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen, Band III: Deutungsgeschichte und Theorie*, Paderborn 2003.

2 Vgl. Emilio Gentile, *The Sacralisation of Politics: Definitions, Interpretations and Reflections on the Question of Secular Religion and Totalitarianism*, in: *Totalitarian Movements and Political Religions I* (2000) 1, S. 18-55, hier S. 34.

schiedliche Ziele zu verfolgen. Dennoch gab es nach Ansicht von Voigt, Voegelin und Aron gewisse Parallelen in ihrer Ausdrucksform. Die drei Theoretiker erfaßten bereits Ende der dreißiger Jahre, daß beide Weltanschauungen nicht ausschließlich auf Terror und Schrecken aufbauten. Vielmehr suchten sie ihren Anhängern auch etwas Sinnstiftendes und Faszinierendes zu vermitteln. Glichen sie darin nicht Religionen?

Die Werke der drei Vordenker sollen hier vorgestellt und in ihren Stärken und Schwächen verglichen werden. Die Kürze der Präsentation komplexer Gedanken und Konzepte geht zwangsläufig mit einer Reduktion einher. Der Beitrag erhebt daher keineswegs den Anspruch, ein vollständiges Bild der betreffenden Theorien zu bieten.

2. Frederick A. Voigt: „Unto Caesar“ 1938

2.1. Darstellung

Im Jahr 1937 veröffentlicht der deutschstämmige Brite Voigt sein publizistisches Werk „Unto Caesar“.³ In der damaligen angespannten politischen Lage bemüht sich der Journalist und Deutschland-Experte, die britische Öffentlichkeit für die totalitären Ideologien Nationalsozialismus und Marxismus⁴ zu sensibilisieren. In einer vergleichenden Perspektive bezeichnet er beide als Produkte derselben ideengeschichtlichen Entgleisung seit der Aufklärung. Unter diesen Gesichtspunkten verkörperten sowohl Nationalsozialismus als auch Kommunismus säkulare Religionen. Ihr Ziel sei es, ein Paradies auf Erden zu errichten.⁵ Bereits anhand des Begriffes *säkulare Religion* wird deutlich, wie paradox diese Ideologien auf Voigt gewirkt haben müssen. Nach allgemeinem Verständnis ist es der Jenseitsbezug zu Gott, eben der Glaube an etwas Transzendentes, der eine Religion auszeichnet und den eine Religion zur Bedingung hat. Durch das Adjektiv „säkular“, d.h. „dem Diesseits, dieser Welt angehörend“, wird dieser Jenseitsbezug von Voigt negiert. Der Aspekt der Diesseitigkeit des Glaubens, der an sich auf eine „Nicht-Religion“ verweisen müßte, wird zum ausschlaggebenden Charakteristikum für diese Religionsform. Um so interessanter ist daher die Frage, wie Voigt – und auch später Aron – diesen Begriff rechtfertigt, besonders im Hinblick auf seine eigene, dezidiert christliche Perspektive. Sie sollte ihn für Glaubensformen sensibilisieren, die sich von der eigenen transzendenten Religion wesentlich unterscheiden.

3 Frederick A. Voigt, *Unto Caesar*, London 1938. Vgl. ausführlich Markus Huttner, *Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien*, Bonn 1999; ders., *Totalitarismus und säkulare Religionen. Die Anfänge der Totalitarismuskritik in England*, in: Günther Heydemann/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis*, Berlin 1998, S. 41-73.

4 Im Folgenden wird für den Marxismus-Leninismus der Begriff Marxismus von Voigt übernommen.

5 Vgl. Voigt (FN 3), S. 37.

Voigt deutet die existentielle Krise Europas seiner Zeit als ein im Kern religiös-spirituell Phänomen. Es könne nur unter Zuhilfenahme religiöser Kriterien angemessen beschrieben und erfaßt werden. Voigts Ansatz zeichnet für viele Leser eine bisweilen eigenwillig anmutende Argumentationsstruktur aus, denn er verquickt eine fundierte politische Analyse mit einer religiös-theologischen Gegenwartsdeutung.⁶ Doch genau das ist es, was den Wert seiner Analyse auszeichnet und interessant macht.

Die Gemeinsamkeiten, die Voigt zwischen Nationalsozialismus und Marxismus ausmacht, sind sowohl phänomenologischer und struktureller als auch genetischer Art. Phänomenologisch bewege sich der Kommunismus als Religion des Verstandes in der Tradition der Aufklärung, obgleich sein Kerngehalt unkritisch-hyperrational sei und den Geboten der reinen Vernunft zuwiderlaufe. Er richte sich daher primär an die Ratio.⁷ Seine Anhänger erhoben den Verstand und die Wissenschaft zu Anbetungsobjekten einer als gottlos empfundenen Welt. Ein Gott könne daher nicht (mehr) existieren. Der Nationalsozialismus, der dem Marxismus zeitlich und gedanklich nachfolge, sei hingegen irrational. Er wirke über Emotionen und rohe Instinkte. Nicht der Verstand stehe bei ihm im Vordergrund, sondern das Gefühl.⁸ Genau dies sei sein Vorteil, den er besonders zur affektiven Bindung seiner Gläubigen nutzen könne. Er gleiche damit Religionen, die ebenfalls mit diesem gefühlsbeladenen Moment spielten. Beiden Ideologien sei gemeinsam, daß sie etwas Transzendentes negierten. Statt auf ein Paradies im Jenseits zu hoffen, suchten sie das Heil für den Menschen in ihren vermeintlichen diesseitigen paradiesischen Gesellschaften. „Ihre“ Paradiese sollten ohne die Hilfe eines Gottes mittels der eigenen Schaffenskraft verwirklicht werden.

Dieser Anspruch, durch eine Politik der „letzten Dinge“ das Menschheitsheil herbeiführen zu können, markiert für Voigt den Bruch mit der christlichen Kultur. Das Christentum fordere, die Bereiche Staat und Kirche zu trennen. Verankert sei dies im Zinsgroschengleichnis. Jesus bezieht dort Stellung zum Staat und verkündet: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“⁹ Auf diese Aussage führt die christliche Lehre die Trennung der Gewalten zurück und schützt den Gläubigen vor staatlichen, diesseitigen Anforderungen, die das Heil des Einzelnen im Diesseits betreffen. Die Aufhebung der christlichen Trennung von Kirche und Staat durch die totalitären Ideologien stellt für Voigt die größte Gefahr für den Menschen dar. Sie erhöhen den Anspruch, das Heil der Menschheit hier und jetzt herbeiführen zu können. Voigt nimmt daher die Forderung nach einer institutionellen Autonomie der beiden Bereiche in seinen Titel auf: „Unto Caesar“ ist der englischen Übersetzung des Zins-

6 Vgl. Huttner, Totalitarismus (FN 3), S. 111.

7 Vgl. Voigt (FN 3), S.1-50, vor allem S. 39.

8 Vgl. ebd., S. 40.

9 Mt. 22, 21 (bzw. Mk 12, 17; Lk 20, 25).

groschengleichnis' entnommen.¹⁰ Es weist darauf hin, daß dem Staat nur die Dinge unterstellt werden dürften, die in seinem weltlichen Bereich liegen. Eine Politik der „letzten Dinge“ dürfe er niemals für sich in Anspruch nehmen. Doch wie die Geschichte zeige, haben immer wieder Menschen danach gestrebt, ihre eigene Unvollkommenheit im Diesseits zu überwinden. Für Voigt folgt dieses Streben einem prometheisch-faustischen Urmotiv, das den Menschen in den Weltmittelpunkt rückt. Diese Hybris hat jedoch ein unbedingtes Scheitern zur Folge.

Marxismus wie Nationalsozialismus instrumentalisierten die bekannte jüdisch-christliche Metaphorik und Symbolik. Hieraus folge eine pseudochristlich-teleologische Bestimmung der säkularen Religionen. Das von ihnen versprochene Himmelreich auf Erden könne allein durch den Sieg über das Böse dieser Welt erreicht werden. Im Kommunismus verkörpere der Kapitalist das Böse,¹¹ im Nationalsozialismus der Jude. Erstaunlicherweise antizipierte Voigt bereits 1938 den Vernichtungsversuch an den Juden durch die Nationalsozialisten.¹² Die Konzentrationslager zur „Eliminierung“ der ‚jüdischen Rasse‘ sind für ihn die logische Konsequenz aus dem gnostischen NS-Weltbild. Es spalte die Wirklichkeit in Gut und Böse, schaffe einen unüberwindbaren Freund-Feind-Dualismus. Die ursprünglich manichäische Sichtweise sei vollständig immanentisiert, das heißt verweltlicht worden. Etwas Transzendentes, dem Menschen nicht greifbar Außerweltliches sei nicht mehr vorhanden. Die Sprache, der sich Kommunismus wie Nationalsozialismus bedienten, spiegle daher eine zutiefst religiöse Form ohne transzendente Inhalte wider. Sie sei zugleich antireligiös bzw. antichristlich, da sie den Proletarier bzw. Arier zum höchsten Wesen erhebe und den Kapitalisten als Klasse bzw. den Juden als Rasse des Bösen definiere. Die Existenz eines Gottes negierten beide. Der Dualismus Gut/Böse entfalte sich nicht mehr dialektisch im Menschen selbst (so das klassisch-christliche Verständnis), sondern in den Kollektiven Klasse/Rasse. Das Erbe des absolut Guten trete der Proletarier bzw. der Arier an. Die Kraft des absolut Bösen trage der Kapitalist bzw. der Jude in sich.

Neben der phänomenologischen Dimension zeichneten sich die säkularen Religionen auch durch die Ähnlichkeiten ihrer Führungspersonlichkeiten Hitler und Lenin aus.¹³ Beide prägten maßgeblich die politische Erscheinungsform und wurden daher in ihrer Persönlichkeitsstruktur ausführlich von Voigt beleuchtet. Lenin erschien ihm als kühler, von Hass zerfressener Analytiker. Hitler hingegen sei ein brutaler, von Selbsthaß getriebener, gefährlicher Demagoge. Er verstehe es, die Menschen emotional zu erreichen. Aus den Einstellungen Hitlers und Lenins zur Religion resultiere ihr

10 In der englischen Bibelübersetzung der ‚King James Version‘ von 1611 wird das Zinsgroschengleichnis in Mt. 22, 21 (bzw. Mk 12, 17; Lk 20, 25) wie folgt wiedergegeben: „Render unto Caesar the things that are Caesar's, and to God the things that are God's.“

11 Vgl. Voigt (FN 3), S. 49.

12 Vgl. ebd., S. 72.

13 Vgl. ebd., S. 76-114.

Verhältnis zur Kirche. Entsprechend wählten sie die Mittel, um gegen die christlichen Institutionen vorzugehen. Der nationalsozialistische Kirchenkampf wird von Voigt als bedrohlicher eingeschätzt, denn er finde verdeckt statt. Er bemühe sich, die kirchlichen Strukturen subtil zu unterwandern und so zu korrumpieren. Der Kommunismus hingegen bekämpfe die Kirche offen und sei daher besser als kirchlicher Gegner erkennbar.

Was die Herkunft anbelangt, seien Kommunismus wie Nationalsozialismus Kinder der Aufklärung. Die Verstandesgläubigkeit dieser Zeit habe zu einer vollständigen Säkularisierung transzendenter Inhalte geführt. Der Nationalsozialismus betrete die historische Weltbühne in Gestalt eines verspäteten Zwillingsbruders des Kommunismus.¹⁴ Für Voigt erklärt dies die genetische Verwandtschaft. Der Nationalsozialismus sei ein Reflex, ein „counter-myth“ auf den ideengeschichtlich älteren Marxismus. Unterschiede existierten zwar, aber sie lägen nicht in den essentiellen Merkmalen,¹⁵ vor allem nicht in ihren religionsähnlichen Ansprüchen auf die Seelen der Menschen.

Für die Zukunft erkennt Voigt im Nationalsozialismus die größere Gefahr. Er wirke mittels Emotionen und Affekten, für die Menschen stets anfällig seien.¹⁶ Der Marxismus hingegen hatte sich in seinen Augen vor aller Welt völlig disqualifiziert. Rußland könne keine Gefahr mehr für Großbritannien darstellen.¹⁷ Alle marxistischen „wissenschaftlichen“ Prognosen hätten sich als falsch erwiesen und könnten somit keinen Reiz mehr entfalten.¹⁸ Dies müßten die Zeitgenossen erkennen und ihre Konsequenzen daraus ziehen.

2.2. Kritik

Voigts Werk hat große Verdienste, weist aber auch gravierende Argumentationsmängel auf. Der Zynismus und der apodiktische Stil, gepaart mit logischen Unschärfen und Brüchen sowie einer gewissen Strukturlosigkeit, relativieren den Wert des Werkes. Mal sind die totalitären Ideologien Produkte der Moderne und ihrer Entgleisungen, mal sind sie das ständig wiederkehrende Motiv des menschlichen Prometheus, der sich gegen seine eigenen Grenzen auflehnt. Das ewig faustische Motiv, mit der eigenen Unvollkommenheit zu hadern und diese überwinden zu wollen, spiegelt sich nach Voigt in den totalitären Ideologien wider. Wie sind sie daher einzuschätzen: neu oder in ihren Ansprüchen so alt wie die Menschheit?

Die analytischen Unzulänglichkeiten mögen in Voigts journalistischem Hintergrund begründet sein. Möglicherweise hatte er die breite Erreichbarkeit der Leser als wichtigstes Ziel vor Augen. Dennoch oder gerade deshalb sind Voigts Erkenntnisse

14 Vgl. ebd., S. 38.

15 Vgl. ebd., S. 171.

16 Vgl. ebd., u.a. S. 39.

17 Vgl. ebd., S. 262.

18 Vgl. ebd., Kap. I.

wertvoll und luzide – insbesondere wegen seiner christlichen Perspektive. Sie läßt ihn die jüdisch-christlich-religiösen Elemente sowie die qualitativen und quantitativen Abweichungen der totalitären Ideologien vom Christentum erkennen. Mit Voigt ergreift ein Denker das Wort, der um die emotionale und spirituelle Erregbarkeit vieler menschlicher Seelen und um ihre Bedürfnisse weiß. Sein christlich geschultes Auge fokussiert er auf die Ähnlichkeiten beider Ideologien. Beide Weltanschauungen sind in der Auseinandersetzung mit dem Christentum/Judentum und dessen Kulturraum entstanden. Voigt identifiziert daher den religionsähnlichen Fanatismus, den diese neuen „Glaubensformen“ mit sich bringen. Er erkennt den Anspruch ihrer Anhänger auf Letztgültigkeit sowie ihren gnadenlosen Hass, der sich gegen jene richtet, die diese Heilsutopie nicht mit Feuer und Schwert unterstützten, sich ihr gar in den Weg stellen, oder einfach nach der zugrunde liegenden Theorie nicht „zu den Guten gehören“. Das bereits in der totalitären Theorie verankerte konstitutive Merkmal des Hasses auf den Feind in beiden Ideologien begründet daher für Voigt den qualitativen Unterschied zum Christentum. Die christliche Botschaft verkündet ausdrücklich die Liebe und schließt vor allem die unbedingte Feindesliebe mit ein – wie viele Menschen auch immer in der christlichen Geschichte an dieser Botschaft gescheitert sein mögen. In Kommunismus wie Nationalsozialismus können die per Ideologie definierten Feind-„Objekte“ weder mit Milde noch mit Gnade und schon gar nicht mit Liebe rechnen. Voigt arbeitet diesen qualitativen Unterschied – wenn auch nicht strukturiert, so doch inhaltlich – klar heraus. Weniger betont er hingegen die religionsphänomenologischen Ähnlichkeiten zwischen den pathologischen Erscheinungsformen christlicher Fanatiker und den Anhängern totalitärer Ideologien. Die Ursache scheint evident. Es ist die Überzeugung, die universelle Wahrheit zu verkünden und unbedingt durchsetzen zu wollen. Von Christentum kann dann aber insofern nicht mehr die Rede sein, als Fanatiker ihr tragendes Fundament, die unbedingte Feindesliebe und das 5. Gebot (Du sollst nicht töten!) zerstören.

Voigts politische Kurzzeitprognose sagt neben der Zerschlagung Polens auch die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Sowjetunion und Deutschland voraus – eine außergewöhnliche Vorschau im Jahre 1938. Der Holocaust ergibt sich in den Augen des britischen Journalisten ebenso zwingend wie die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen den beide Totalitarismen Deutschland und Sowjetunion. Auslöser für diese Außenpolitik seien die ideologischen Überzeugungen. Voigt hat den Ernst der fundamentalen Bedrohung für die europäische Kultur als einer der wenigen Zeitgenossen in seiner Tiefe erfaßt. Dies spricht für die Stärke seines Deutungsansatzes.

Begrifflich drängt sich bei Voigt eine weitere entscheidende Frage auf. Der Nationalsozialismus sei eine säkulare Religion, weil er das Himmelreich auf Erden verkünde. Versprechen Hitler und die anderen Nationalsozialisten aber tatsächlich ein erlösendes Paradies auf Erden? Voigt belegt diese These mit keiner Aussage. War es nicht vielmehr Hitlers Ziel, den deutschen Arier einfach nur körperlich stark zu machen für einen ewig währenden Kampf in dieser Welt? Sollte sein „genetisches Material“ nicht einfach nur hochgezüchtet werden? Wo und wann spricht Hitler konkret von Heil und

Erlösung und nicht nur von einem glorreichen, heroischen Zeitalter starker und gesunder Menschen? Verkündet er nicht sogar: „Wenn man dem deutschen Volk etwas Gutes wünschen will, dann wäre es, alle fünfzehn bis zwanzig Jahre einen Krieg zu haben?“¹⁹ Dies deutet nicht auf ein heilsbringendes Paradies hin, sondern auf eine Menschenleben verachtende, kriegerische neue Gesellschaft.

Der Marxismus-Leninismus mag eine paradiesische, kommunistische Gesellschaft versprechen. Der Nationalsozialismus hingegen kennt dieses Ziel nicht. Es wird daher schwierig, seine Ideologie als Religion zu bezeichnen, liegt doch jeder Religion der Wunsch nach Heil, Vollkommenheit und Erlösung zugrunde – gleich, ob im Diesseits oder im Jenseits. Ohne diese Vorgabe kann wohl schwerlich von einer Religion gesprochen werden.

Voigts Annahme, der Marxismus-Leninismus werde untergehen, ist zu widersprechen. Sicher, die pseudowissenschaftlichen Prognosen dieser Ideologie wurden fast alle von der Geschichte widerlegt, wie Voigt bereits 1938 konstatierte: keine proletarische Revolution, soziale Erleichterungen und essentielle Verbesserungen für die Arbeiter ohne deren blutige Erhebung etc. Doch die Pseudowissenschaftlichkeit der Prognosen begründet nicht die Strahlkraft dieser Heilsutopie. Es ist ihr utopischer Kerngehalt, der unsterblich scheint. Immer wieder vermag er in die Vision einer vollkommenen Zukunft zu entweichen, die ihren Gläubigen in der Gegenwart ein „Noch nicht!“ zuruft.

Auch nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Weltreiches 1989/90 und zu Beginn des 3. Jahrtausends gibt es Formen des Kommunismus, die auf seinem besonderen Menschen- und Geschichtsbild aufbauen. Seine utopischen, heilsversprechenden Aussagen werden in einer immer komplexer werdenden globalisierten Welt, die weiterhin mit Ungerechtigkeiten, Leid, Kriegen und Unglück zu kämpfen hat, nicht an Attraktivität verlieren. Wer möchte sich nicht angesichts dieser Herausforderungen in die politisch-soziale Vision einer besseren, gar gerechten und vollkommenen Welt flüchten? Eine Welt, die nur noch Frieden und kein Leid mehr kennt, weil das Böse dieser Welt endlich besiegt ist? Das erlösungsutopische Derivat des Kommunismus wird daher wohl nie an Attraktivität verlieren. Untrennbar mit ihm ist der Terror gegen diejenigen verbunden, die sich der Erlösung in dieser Welt widersetzen und die Heilspolitik ablehnen. Es handelt sich schließlich um eine religiös aufgeladene Politik „der letzten Dinge“, bei der der Zweck die Mittel heiligt.

Ebenso kann die nationalsozialistische, menschenverachtende Anthropologie wieder an Einfluß gewinnen. Voigt weist zu Recht – über die damalige politische Bedrohungssituation hinaus – auf diese Gefahr hin. Es sind die nationalsozialistischen Denkmuster, die bleiben: Ist nicht alles Leben nur Kampf? Zeige nicht die Natur, daß es

19 Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Aufgezeichnet von Heinrich Heim, München 2000, S. 58. Dieser Satz war Voigt selbstverständlich unbekannt, weshalb er daran auch nicht gemessen werden kann.

allein um Überleben und bedingungsloses Durchsetzen der eigenen Interessen in dieser Welt geht? Ist behindertes Leben wirklich lebenswertes Leben, denkt denn keiner an die Kosten, die Behinderte für die Gemeinschaft verursachen? Sollten erbgeschädigte Embryonen deshalb nicht besser gleich abgetrieben werden? Gibt es nicht tatsächlich höher entwickelte Rassen/Nationen/Kulturen, die einen größeren Anspruch auf Leben haben als andere, die weiterhin an verschrobene Mythen glauben? Verfügt der Mensch überhaupt über einen freien Willen, oder ist er nicht gar nur den biologischen Gesetzen einer kompromißlosen Natur ausgeliefert? Diese Reihe ließe sich noch lange fortsetzen, ohne daß viele Fragen als nationalsozialistisches Surrogat wahrgenommen würden. Doch sie sind es, denn ihnen liegt ein bestimmtes Menschenbild und Naturverständnis zugrunde, das die Würde des Einzelnen und seine Einzigartigkeit nicht mehr im Mittelpunkt hat. Die Degradierung der Person vom Subjekt zum verfügbaren Objekt innerhalb eines sakralisierten Kollektivs ist der entscheidende Schritt in Richtung totalitärer Ideologie. Egal, ob er von „rechts“ oder von „links“ kommt.

3. Eric Voegelin: „Die politischen Religionen“ 1938

3.1. Darstellung

Krise, Erkenntnis, Erneuerung – so kann der Entstehungshintergrund von Voegelins Werk „Die politischen Religionen“²⁰ aus dem Jahr 1938 prägnant wiedergegeben werden. Es stellt den Versuch dar, aus einem Krisenbewußtsein heraus die Fehlentwicklungen „der Moderne“ grundsätzlich zu analysieren. Nur mit dem Wissen um die ursächliche Herkunft, so Voegelin, könnten in der Gegenwart diese Entgleisungen und ihre totalitären Folgeprodukte bekämpft werden.

Der kritische Inhalt des Buches entfaltet sich in mehreren Dimensionen. Zunächst wendet sich Voegelin gegen die Aussage seiner Zeitgenossen, der Nationalsozialismus sei ein Rückfall in die Barbarei.²¹ Vielmehr handele es sich um das Ergebnis eines langen Zerfallsprozesses, dessen Anfänge weit in das Mittelalter zurückreichen. Zu Beginn des Werkes entrollt Voegelin seine Argumentation mit seiner Anthropologie, um seiner These ein Fundament zu geben. Ihr Kerngehalt besteht aus der Annahme, daß Politik wie Religion konstitutive Merkmale der gesellschaftspolitischen

20 Eric Voegelin, *Die politischen Religionen*, 2. Aufl., München 1996 (1938).

21 Die Kritik an der Aussage, es handele sich nicht um einen Rückfall in die Barbarei, richtet sich wohl auch gegen den protestantischen Theologen Paul Tillich. Dieser bezeichnete 1932 in seiner programmatischen Schrift „Die sozialistische Entscheidung“ die neuen totalitären Regime als Barbareien. Vgl. zu Tillich: Hella Mandt, *Das klassische Verständnis: Tyrannis und Despotie*, in: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religion*. Band 3 (FN 1), S. 29-106, hier S. 83.

Ordnung sind, da in ihnen Menschen wirken.²² Politische Religionen habe es daher immer dann gegeben, wenn diese Bereiche nicht scharf getrennt wurden oder gar zusammenfielen. Um dies zu belegen, beginnt er seinen Tour d'horizon im Alten Ägypten. Um das Jahr 1340 v. Chr. habe der Pharao Echnaton mit seinem religiösen Personenkult die erste politische Religion geschaffen. Sie verfügte noch über einen – zwar schwachen – Transzendenzbezug und kann daher als außerweltlich begriffen werden.²³ Doch hier zeige sich das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, was passiere, wenn die politische und die religiöse Sphäre konvergierten. Es entstünden politische Religionen, die der Herrschaftslegitimation dienten und politische Inhalte sakralisierten. Entscheidend sind für Voegelin die Folgen dieses neuen und radikalen ägyptischen Herrschaftskultes für die Bevölkerung. Schließlich brach Echnaton mit der alten Religion. Sein Aton-Kult vermochte jedoch nicht, das religiöse Bedürfnis der Ägypter zu befriedigen. In ihren religiös erregten Seelen ließ er ein Glaubensvakuum zurück.²⁴ Die neuen Inhalte stillten die bisherigen spirituellen Bedürfnisse der Bevölkerung nicht. Der Kult war daher nach dem Tod Echnatons zum Scheitern verurteilt. So schnell, wie er geschaffen worden war, so schnell verschwand er wieder. Seine Spuren konnte er nur in der Kunst und den historischen Quellen hinterlassen.

Dem Ausflug in die Antike folgt ein zeitlicher Sprung. Voegelin widmet sich der Herkunft der neuen innerweltlichen politischen Religionen. Im christlichen Abendland begannen die Menschen seit dem Mittelalter, das Transzendente ihres Gottesglaubens in Inhalte dieser Welt zu verwandeln. Sie degradierten das Göttliche, indem sie das Jenseitige in die diesseitige Welt herunterzogen. Die Wurzeln dieses Prozesses reichten bis ins Hohe Mittelalter zurück. Im 13. Jahrhundert versuchten Joachim von Flores (1131-1202) und seine Nachfolger, die Joachiten, die Rückkehr Jesu Christi zu berechnen. Sie wollten das Anbrechen des Reiches Gottes zu einem festen Zeitpunkt definieren. Joachim teilte dafür die Menschheitsgeschichte in drei Zeitalter auf. Diese ordnete er den drei göttlichen Personen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes zu. Im dritten Zeitalter des Heiligen Geistes stünde der Beginn des Reiches Gottes. Das Revolutionäre bei Joachim besteht darin, daß dieses Dritte Reich diesseitig ist, wenn auch ganz anders als alles Bisherige. In dieser Heilsvision war nach Voegelin nur noch ein geringer Transzendenzbezug vorhanden.²⁵ Sie sei eine Mischung diesseitiger und jenseitiger Elemente und offenbare bereits stark diesseitige Züge. Das Paradies erschien nicht mehr als rein jenseitige Größe, fern dieser Welt. Es wurde den Menschen in dieser Welt zum Greifen nah. Dennoch existierte Gott weiterhin für den Menschen als oberste transzendente Instanz. Sie wollten noch nicht auf ihn verzichten. Im Laufe der Jahrhunderte sollte sich dies bei vielen Denkern ändern.

22 Vgl. Voegelin (FN 20), S. 12-18. Auf S. 63 heißt es: „In der politischen Gemeinschaft lebt der Mensch mit allen Zügen seines Wesens von den leiblichen bis zu den geistigen und religiösen.“

23 Vgl. ebd., S. 23.

24 Vgl. ebd., S. 27.

25 Vgl. ebd., S. 40 f.

Mit dem Humanismus setzte sich der begonnene Prozeß der Verweltlichung göttlicher Inhalte in einem christlichen Kontext fort. Die Neuzeit stieß Gott von der Spitze ihrer hierarchischen (Gesellschafts-)Pyramide (ein Teil christlicher Metaphorik). Sie katapultierte ihn aus dem Weltbild des Menschen als oberste Instanz heraus.²⁶ Die christliche Symbolik, die sich über die Jahrhunderte entwickelt hatte, behielt sie bei: die Hierarchie, die kirchliche Ekklesia, das Verhältnis Spirituale/Temporale und die Apokalypse. Aus dieser Symbolik habe sie die ursprünglichen Inhalte entfernt und das Gerüst mit neuen innerweltlichen Glaubensinhalten ausgefüllt. Die Entwicklung hin zur Moderne erscheint bei Voegelin als linearer Geschichtsverlauf. An ihrem vorläufigen Ende stehe die menschliche Hybris der Aufklärung. Ihre Denker beteten nun die innerweltliche Gemeinschaft an Gottes Statt an.²⁷ Etwas Höheres als sie gäbe es nicht, ja könne es nicht geben, schon gar kein Jenseits, in dem ein transzendentes Wesen existiere. Das Gerüst der Symbolik sei hingegen gleich geblieben.

Diese Vision allein genüge dem Menschen jedoch nicht. Er werde sich als Kreatur immer insuffizient und erlösungsbedürftig erfahren.²⁸ Dies sei eine Grundkonstante menschlichen Denkens und der existentielle Ursprung allen religiösen Fühlens und Suchens.²⁹ Um Antworten auf existentielle Fragen zu finden, schaffe sich der moderne Mensch in dieser säkularisierten Welt neue Religionen. Diese seien rein innerweltlicher Natur, so wie der Nationalsozialismus und der Kommunismus. Einen transzenten Gott könnten diese Ideologien nicht mehr tragen und ertragen. Ihre Gläubigen fänden die ersohnte Erlösung in diesseitigen Weltinhalten wie der Rasse oder der Klasse.³⁰ Sie würden ihnen zu sakral aufgeladenen Größen. Voegelin bezeichnet sie daher als *Realissima*, denn an sie hänge der Gläubige sein Herz. Sie erhoben sich zu den entscheidenden sakralen Größen im Diesseits. Darin bestünde die inhaltliche Ähnlichkeit der Ideologien – und genau in diesen innerweltlichen Inhalten liege ihre Gefahr. In den innerweltlichen politischen Religionen beteten die Gläubigen zu einem Fetisch, der weder erlösen könne noch Erfüllung bringe. Alles, was in dieser Welt geborgen liegt, sei zur Unvollkommenheit verurteilt. Die Anbetung innerweltlicher Größen muß für Voegelin zwangsläufig katastrophale Folgen haben, weil der unvollkommene Mensch sich selber zum Schöpfer und Richter über die Menschheit erhebt. Seine Erlösung versuche er durch diese innerweltlichen politischen Religionen in einer diesseitigen politischen Gemeinschaft zu erreichen.

Um die entwicklungsgeschichtlichen Entgleisungen der westlichen Welt zu überwinden, fordert Voegelin eine Rückbesinnung auf die christlichen Werte. Nur wenn der Mensch sich wieder als unvollkommenes Wesen in Demut vor einem jenseitigen Gott erkenne, könne er in dessen Liebe Erlösung finden. Diese Erlösung werde nie-

26 Vgl. ebd., S. 49 und S. 55.

27 Vgl. ebd., S. 56.

28 Vgl. ebd., S. 50.

29 Vgl. ebd., S. 15 ff.

30 Vgl. ebd., S. 16 f.

mals von dieser Welt sein. Der Mensch müsse sich daher wieder seiner Grenzen bewußt werden. Überschreite er sie, folge der tiefe Fall. Den Sturz in den Abgrund hat Voegelin bereits 1938 vorausgesehen: der fanatische Mord an Millionen von Menschen, die qua Ideologie zum Tode verurteilt wurden.

3.2. Kritik

Die Stärke von Voegelins Konzept liegt in dem Ansatz, Politik und Religion zusammen zu denken. In der Politik handeln Menschen, die von bestimmten Wertvorstellungen, Normen und Idealen geprägt sind. Wie geht eine Gesellschaft mit den Schwächsten um, sieht sie in Behinderten gleichwertige Existenzen oder nur Fehlchargen der Natur? Sind Männer und Frauen, obwohl sie verschiedenen Geschlechtern angehören, gleichwertig? Es ist entscheidend für die Analyse einer politischen Gesellschaft und ihrer Kultur, das ihr zugrunde liegende Menschenbild zu untersuchen. Dieses Menschenbild ist stark an religiöse Vorstellungen gekoppelt, sogar wenn die Menschen meinen, keiner Religion anzuhängen. Es sind die Wertvorstellungen, die sich in einer Gesellschaft entwickeln, die mindestens aus Religionsderivaten bestehen. Denn Religionen setzten sich mit Vorstellungen von Ethik und Moral, ja grundsätzlich mit den „letzten Dingen“ für den Menschen auseinander. Die westliche Vernunft ist eine jüdisch-christlich-humanistisch sozialisierte Vernunft, wenn sie die Würde und die Freiheit jeder Person in den Mittelpunkt rückt. Religiös-ethische Vorstellungen, die bestimmte Werte zur Folge haben, können daher nicht auf den privaten Bereich beschränkt wahrgenommen werden. Sie bestimmen die Kultur und die Politik einer Nation. Um sich mit dem Phänomen totalitärer Ideologien hinreichend auseinandersetzen zu können, müssen diese gesamtgesellschaftlichen Grundkonstanten reflektiert werden. Das heißt, die Bedeutung der Religion für den Einzelnen und ihre Auswirkungen auf sein politisches Handeln. Dieses Handeln muß von der Wissenschaft untersucht und bewertet werden – vor allem, wenn es zu einem gezielten Massenmord an Millionen von Menschen führt. Es handelt sich daher um einen normbeladenen und nicht wertfreien Diskurs. Politik und Religion/ethisches Handeln beeinflussen sich reziprok und können nicht isoliert voneinander wahrgenommen oder gar beurteilt werden. Voegelins Reflexionen hierzu sind von grundsätzlicher Natur, und dieses Grundsätzliche macht seine Analyse so wertvoll.

Die wechselseitigen Einflüsse von Religion und Politik zu erkennen ist Voegelins Stärke. Es sind die beiden Bereiche, die sich in der menschlichen Existenz vereinen und nicht auseinanderdividiert werden können, ohne das Wesen des Menschen in seiner Ganzheit zu beschädigen und zu entstellen. Bei Voegelins Begründung der innerweltlichen, politischen Religionen zeigen sich jedoch seine Schwächen. Sein historisch-genealogischer Ansatz suggeriert einen linearen Verlauf der Geschichte, der mit Notwendigkeit in der Moderne endet. Auch wenn er dies nicht apodiktisch gemeint haben mag, vermittelt Voegelin den Eindruck einer Schwarz-Weiß-Historie. Jürgen Gebhardt faßt diesen weiten kausalen Nexus zusammen: „Ihr Quellgrund [jener der innerweltlichen politischen Glaubensgemeinschaften] ist die seit dem Spätmittelalter

wachsende neue Innerweltlichkeit.“³¹ Die totalitären Ideologien als Kinder spätmittelalterlicher Sekten – das klingt ein wenig skurril.

Was gewinnt Voegelin überhaupt, wenn er diese mittelalterlichen Bewegungen, die angeblich bestimmte Symbole generierten, in einen unmittelbaren kausalen Zusammenhang mit innerweltlichen politischen Gemeinschaften der Moderne stellt? Sie können doch schwerlich als Hauptgründe bemüht werden, um die Moderne und ihre Geschichtsphilosophie zu erklären. Anstatt mit monokausalen Verkürzungen des historischen Verlaufs zu argumentieren, hätte sich Voegelin auf einen vertretbaren sowie rekonstruierbaren historischen Rückblick beschränken sollen. Eine Auseinandersetzung mit der Ideengeschichte seit der industriellen Revolution im unmittelbaren Zusammenhang mit der Französischen Revolution liefert genügend Anhaltspunkte für mögliche Erklärungen der totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts. Diese stellten ebenfalls Begründungen bereit, um die These der inneren Einheit von Politik und Religion zu untermauern.

Der forschende Historiker muß sich stets bewußt sein, daß alle Erklärungen die geschichtlichen Entwicklungen nur unvollständig rekonstruieren können. Wenn er sich Vergangenem zuwendet, um Gegenwärtiges zu deuten, muß dies immer in dem vollen Bewußtsein geschehen, daß vieles in der Retrospektive mit dem Wissen um den weiteren Verlauf der Geschichte als zwangsläufig erscheint. Zum Zeitpunkt der Entscheidung standen jedoch noch viele Handlungsmöglichkeiten zur Disposition.³² Eine umfassend zufriedenstellende Antwort auf die Frage nach dem „So“ oder dem „Warum“ des Geschichtsverlaufs wird es folglich niemals geben.³³ Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß Voegelin diesem Trugschluß verfallen zu sein scheint. Durch die Zwangsläufigkeit, die er in die Geschichte seit dem Mittelalter hineininterpretiert, wendet er eine ähnliche Methode an wie der historische Materialismus – eine Ideologie, die er aufgrund ihres Determinismus angriff. Voegelin kann nicht Phänomene des 20. Jahrhunderts auf einzelne europäische Denker wie Joachim von Floris, Thomas Morus und Thomas Hobbes zurückführen. Diese monokausale Sichtweise erweckt den Eindruck, als ob die Historie unter den jeweiligen Bedingungen zwangsläufig linear in eine Richtung steuern müsse. Das hingegen käme einem Fatalismus gleich. Es unterschlägt die Möglichkeit eines anderen Weges und erfährt nicht die Herausforderung der menschlichen Entscheidungskompetenz. Was ist mit der Dialektik der Geschichte, den zahlreichen Gegenbewegungen und -konzepten zu Joachim von Floris, Thomas Hobbes und den oben erwähnten Geistesströmungen des 19. Jahrhunderts? „Voegelin

31 Jürgen Gebhardt, Wie vor-politisch ist ‚Religion‘? Anmerkungen zu Eric Voegelins Studie „Die politischen Religionen“, in: Herfried Münkler (Hrsg.), Bürgerreligion und Bürgertugend: Debatten über die vopolitischen Grundlagen politischer Ordnung, Baden-Baden 1996, S. 81-102, hier S. 92.

32 Vgl. Raymond Aron, Introduction à la philosophie de l'histoire, Paris 1938 (zweiter Teil der Habilitation, der sich gegen einen determinierten Geschichtsverlauf ausspricht).

33 Vgl. auch Rudolf Bultmann, Das Verständnis der Geschichte im Griechentum und im Christentum, in: Alois Dempf/Hannah Arendt/Friedrich Engel-Janosi (Hrsg.), Politische Ordnung und menschliche Existenz. Festgabe für Eric Voegelin zum 60. Geburtstag, München 1962, S. 59-70, hier S. 65 f.

legt zwar die Wurzel vieler Phänomene der Geistesgeschichte frei, seine Entwicklungsgeschichte hingegen ist oft eine Verkürzung.³⁴ Seine Darstellung geht nicht ein auf Entwicklungen wie zum Beispiel Reformation und Gegenreformation als christlich-religiöser Neuanfang, die Dissidentenbewegung im 16. und 17. Jahrhundert und ihren Einfluß auf die Entstehung der Menschenrechte und des Toleranzgedankens in der Aufklärung. All dies findet keinerlei Berücksichtigung.

In keiner Weise bedenkt er die Auswirkungen des wissenschaftlichen Fortschritts auf die Selbstbetrachtung des Menschen, der zunehmend beginnt, sich als Schöpfer seiner eigenen Welt zu erfahren. Über die Jahrhunderte hinweg vermag er kontinuierlich die Natur und ihre Geheimnisse zu erschließen. Das Gefühl von Omnipotenz des Menschen in dieser Welt nimmt in seinen Augen fast zwangsläufig zu. Der Eindruck einer scheinbar unumschränkten Gestaltungsfähigkeit, vor allem seit der Französischen Revolution und der Industrialisierung, wirkte sich auf das neue menschliche Selbstbild und sein bisheriges Gottesverständnis aus. Diese Entwicklungen, vor allem im 19. Jahrhundert, scheinen mir rekonstruierbarer und für das 20. Jahrhundert prägender als Joachim von Flores' Geschichtsphilosophie aus dem 13. Jahrhundert – so sehr sie auch das Geschichtsverständnis geprägt haben mag.

Ein weiterer Kritikpunkt drängt sich auf. Voegelins gesamte Ausführungen beziehen sich auf das westlich-abendländische Europa, die Wiege der kommunistischen und der nationalsozialistischen Ideologie. Doch was ist mit Rußland, dem Land, in dem der marxistisch-leninistische Kommunismus als erstes seinen realpolitischen Durchbruch erlangen konnte? Werden dessen Kultur, Geschichte und Politik durch dieselben Parameter bestimmt wie im „aufgeklärten“ Westen? Wie schwer eine ideen- und kulturgeschichtliche Positionierung Rußlands fällt, zeigen bereits die philosophischen Diskurse zwischen Westlern und Slavophilen im Rußland des 19. Jahrhunderts.³⁵ Eine bisweilen getrennte kulturelle Entwicklung, die russisch-orthodoxe Kirche mit ihrem eigenen Wesen sowie das riesige russische Territorium, das sich bis an den Stillen Ozean erstreckt, machen eine Definition der russischen politischen Kultur schwierig. Sie deuten auf gravierende Unterschiede zum Westen hin. Die daraus entstandenen Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Intelligenzija haben die Authentizität Rußlands zum Gegenstand: Ist Rußland Teil Europas, Teil europäischer Geschichte? Eine abschließende Antwort konnte bis heute nicht gefunden werden. Die Diskussionen dauern an und sind dabei seit 1989/90 aktueller denn je. Die Stationen der Neuzeit – der Humanismus, die Aufklärung sowie die Moderne –, die Voegelin als Begründung für die Entstehung totalitärer Ideologien und konsekutiv für die

34 Dietmar Herz, Die politischen Religionen im Werk Eric Voegelins, in: Maier 1996 (FN 1), S. 191-209, hier S. 209.

35 Vgl. statt vieler Helmut Dahm, Grundzüge russischen Denkens. Persönlichkeiten und Zeugnisse des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1979. Wer eine gehaltvolle, authentisch russische literarische Herangehensweise bevorzugt, sei unbedingt auf F. M. Dostojewski verwiesen, der in seinen Werken diese Auseinandersetzung zum Thema hat. (Der Idiot; Die Brüder Karamazow sowie Die Dämonen).

Das „Dritte Reich“ als Produkt einer säkularen/politischen Religion?

totalitärer Staaten anführt, sind Eckpunkte europäischer Geschichte. Gelten sie aber auch in Bezug auf Rußlands Historie? Bereits Ivan Vasil'evic Kireevskij (1806-1856), der Begründer der slavophilen Philosophie, hob Zeit seines Lebens die eigene russischen Kultur hervor. Er führte sie auf die russisch-orthodoxe Kirche zurück, die *nicht* den Weg der europäischen Neuzeit und Moderne eingeschlagen habe.³⁶ Wenn seine Analyse sowie die weiterer Slavophiler zutrifft, würde sie das gesamte voegelinsche Erklärungsmodell für die totalitären Entgleisungen der Neuzeit in Bezug auf Rußland untergraben. Voegelin setzt seine westlich-europäische Brille niemals ab. Seine Aussagen über die Rezeption des Kommunismus in der Sowjetunion und dessen politischen Durchbruch hängen daher in der Luft – so vertretbar sie im Ergebnis sein mögen.

Dennoch muß Voegelin als einer der ersten gewürdigt werden, die sich bemühten, eine ideengeschichtliche Erklärung für die totalitären Entwicklungen zu geben. Er prägte das Konzept der politischen Religion entscheidend mit. Dabei kommt ihm das Verdienst zu, massive Kritik- und Schwachpunkte der Moderne schonungslos aufgedeckt und kritisiert zu haben – und das in einem Zeitalter, das durch Säkularisierung, Positivismus, Szientismus und totalitäre Ideologien gekennzeichnet ist. Der Preis dafür war ein Dasein als politischer Außenseiter: „Die These Voegelins, daß dem Aufstieg der ideologischen Massenbewegungen sehr wesentlich *religiöse* Bedürfnisse breiter Teile der Bevölkerung zugrunde lagen, die von jenen Ideologien befriedigt wurden, ist gültig.“³⁷

4. Raymond Aron: Sein Konzept der politischen bzw. säkularen Religionen 1939 bis 1944

4.1. Darstellung

Der dritte Intellektuelle, der das vergleichende Konzept der politischen bzw. säkularen Religionen auf die Sowjetunion und den Nationalsozialismus anwandte, ist der französische Philosoph Raymond Aron (1905-1983). Sein Konzept entwickelt er in drei Zeitungsartikeln in den Jahren 1939 bis 1944. In ihnen bezeichnet er die totalitären Ideologien zunächst als politische, dann als säkulare Religionen. Die Begriffsänderung erläutert er nicht. Dies mag auch daran liegen, daß die Artikel in keinem unmittelbaren kausalen Zusammenhang verfaßt wurden. Jeder Artikel steht für sich. Sie bilden das Fundament von Arons späterer Totalitarismustheorie.

36 Vgl. Ivan Vasil'evic Kireevskij, Otryvki (Bruchstücke), zum ersten Mal veröffentlicht in „Russkaja Beseda“, Moskau 1857, Buch V wiedergegeben in: Helmut Dahm, Grundzüge russischen Denkens. Persönlichkeiten und Zeugnisse des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1979.

37 Nachwort von Peter J. Opitz zu Eric Voegelin, in: Voegelin (FN 20), S. 71.

Aron verfügt zunächst über kein ausformuliertes Konzept der politischen/säkularen Religionen. Er reflektierte vielmehr die damaligen aktuellen politischen Entwicklungen. In Arons erstem Kommentar, einer Rezension zu Elie Halévys³⁸ Buch „L'ère des tyrannies“ von 1939, führt er den Begriff der politischen Religionen ein,³⁹ ohne ihn indes genau zu definieren. Auch in seinem zweiten Beitrag „Le machiavélisme, doctrine des tyrannies modernes“⁴⁰ von 1940 bleibt der Terminus vage. Erst im letzten Artikel von 1944, „L'avenir des religions séculières“⁴¹, befaßt er sich ausführlicher mit dem Begriff und begründet ihn knapp.

Seine besondere Perspektive, Herrscher und Beherrschte voneinander zu trennen, referiert Aron erstmals im zweiten Artikel. Entscheidend ist für ihn, daß sich die politische Elite der totalitären Ideologien säkularer Religionen bedient. Mit ihrer Hilfe suchte sie ihre Herrschaft zu konstituieren und zu legitimieren. Der Franzose vergleicht die Rolle der Ideologien daher mit jener einst von Niccolò Machiavelli (1469-1527) beschriebenen Staatsreligion.⁴² Die beherrschten Massen folgten den Führern gläubig nach. Betört wie die Kinder vom Flötenspiel des Rattenfängers von Hameln hingen sie ihr Herz an die Verheißungen der verkündeten säkularen Religionen. Die neuen Herrscher, politische Abenteurer und Machiavellisten, mißbrauchten so die Massen zur Herrschaftssicherung. Massen, die aus einer demokratischen, industrialisierten, atomisierten sowie säkularisierten Gesellschaft hervorgegangen seien und in moralischen sowie ethischen Fragen orientierungslos nach neuen Antworten suchten. Die neuen Ideologien dienten ihnen als geistige und spirituelle Nahrung. Gleichzeitig sei die politische Elite zur Machtsicherung auf eine Unterstützung durch das Volk angewiesen gewesen⁴³ – eine Situation, die Aron paradox und zynisch erschien. Einerseits mißbrauche die politische Elite die Bevölkerung, andererseits sei sie in ihrer Machtausübung von ihr abhängig.

Der dritte Artikel, „L'avenir des religions séculières“ von 1944, ist die bis dahin umfassendste Auseinandersetzung Arons mit den totalitären Ideologien. Er konkretisiert seine bisherigen Gedanken. Seine wissenschaftlichen Analysen auf der Grundlage seiner Artikel bis 1944 folgen erst in den späteren Jahren.⁴⁴ Zu dieser Zeit war das Konzept der politischen Religionen bereits von mehreren Wissenschaftlern intensiver

38 Einen kurzen Überblick zu Elie Halévy bietet Mandt (FN 21), S. 92 f.

39 Vgl. Raymond Aron, *Le socialisme et la guerre* (1939), in: Ders., *Machiavel et les tyrannies modernes, texte établi, présenté et annoté par Remy Freymond*, Paris 1993, S. 309-331.

40 Raymond Aron, *Le machiavélisme, doctrine des tyrannies modernes*, in: Ders. (FN 39), S. 184-194.

41 Ders., *L'avenir des religions séculières*, erstmals erschienen in: *La France Libre*, XIII, 45 (1944), S. 210-217 (Teil 1) und in: *La France Libre*, XIII, 46 (1944), S. 269-277 (Teil 2), hier zitiert nach *Commentaire*, Hiver 1985, Vol. 8/1, 28-29, S. 369-383.

42 Aron (FN 40), S. 184-194, hier S. 191.

43 Ebd., S. 193.

44 Vgl. besonders Raymond Aron, *Die heiligen Familien des Marxismus*, Hamburg 1970; ders., *Demokratie und Totalitarismus*, Hamburg 1970.

diskutiert worden.⁴⁵ Aron hatte sie wohl auch rezipiert. Bestimmend ist bei Arons Denkansatz sein geschichtsphilosophisches Konzept. Die „religions séculières“ zehrten seiner Ansicht nach vom substantiellen Kern der universalen Geschichtsphilosophien von Marx, Spengler oder Toynbee.⁴⁶ Im Gegensatz zu anderen politischen Ideologien hätten sie metaphysisch-spirituelle Komponenten in sich aufgesogen. Sie übernahmen die geschichtsphilosophischen Elemente zur Fixierung historischer Wahrheiten und adaptierten sie für ihre politischen Bedürfnisse. Arons religiöse Deutung der totalitären Ideologien steht systematisch in der Nähe seines Ideologiebegriffs. Ideologien bedeuten ihm eine Philosophie, die den Anspruch erhebe, universale Geltung zu haben – auch und gerade im Bereich des Politischen. Die politischen/weltlichen Religionen verkörperten eine Extremform der politischen Ideologien. Sie gäben vor, Gesetzmäßigkeiten der Geschichte zu erkennen und so um die Zukunft der Menschheit zu wissen. Vor allem versprächen sie, die Menschheit in einem Paradies auf Erden zu erlösen. Durch diese universellen Doktrinen verschafften sich die machiavellistischen Eliten Zugang zur Macht. Ihr Handeln orientierten sie allein an der Frage nach Machteffizienz und -erhalt. Die eigene Lehre werde in Glaubenssätze für die Beherrschten umformuliert. Sie beanspruche die ganze Wahrheit und schaffe ein manichäisches Weltbild. Dies führe zu einem strikten Freund-Feind-Dualismus, in dem der Feind alles verkörpere, was der eigenen, „guten“ Lehre zuwiderlaufe.⁴⁷ Die politische Neuordnung, die von diesen neuen Regimen geschaffen werden solle, überschreite die Tiefendimension bisheriger Ideologien. Die säkularen Religionen stützten das herrschende totalitäre System, indem sie die Menschen in ihrem religiösen Empfinden sowie in ihren spirituellen Bedürfnissen ansprächen.⁴⁸ Die Herrscher sicherten sich so zusätzliche Legitimation. Der Kommunismus verkörpere die hyperrationale Variante der säkularen Religionen.⁴⁹ Der Nationalsozialismus hingegen sei eine irrationale Spielart. Sie sei zeitlich verzögert entstanden und habe sich in Deutschland durchsetzen können.⁵⁰

Aron sieht die Hauptgefahr für die freiheitlich-demokratischen Gesellschaften in den verführerischen Ideologien und ihren Propheten. Sie böten ihren Gläubigen eine abschließende Versöhnung *in* und *mit* dieser Welt an. Sie entwickelten daher größere

45 Man denke nicht nur an Eric Voegelin, sondern auch an Waldemar Gurian, Jacob Taubes, Albert Camus, Jacob L. Talmon, Norman Cohn und Leszek Kolakowski, um nur die bedeutendsten Theoretiker zu nennen. Eine Rezeption F. A. Voigts ist ebenfalls nicht ausgeschlossen, da Aron in London während des Zweiten Weltkrieges im Exil lebte. Besonders intensive Diskussionen führte Aron auch mit Hannah Arendt, unter anderem über ihr Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“.

46 Es sei hier ein kurzer Rückgriff auf Arons Habilitation „Introduction à la philosophie de l’histoire“ aus dem Jahre 1938 gestattet. Sie hilft zum besseren Verständnis von Arons Denkansatz. Vgl. hierzu Brigitte Gess, *Liberales Denken und intellektuelles Engagement. Die Grundzüge der philosophisch-politischen Reflexionen Raymond Arons*, München 1988, S. 15-69.

47 Vgl. Aron (FN 41), S. 373.

48 Vgl. ebd., u.a. S. 376.

49 Vgl. ebd., S. 370.

50 Vgl. ebd., S. 373.

Attraktivität als die nüchtern wirkenden westlichen Demokratien, deren Existenz sie mit ihren universalen Konzepten bedrohten. Dies mache den demokratischen Kampf gegen sie so schwer.

4.2. Kritik

Arons Analyse des Marxismus-Leninismus ist luzide. Für diese frühe Zeit ungewöhnlich scharf und überzeugend beschreibt er das historizistische Fundament dieser Ideologie und ihren unbedingten Wahrheitsanspruch. Der Leser begegnet einem guten Kenner der kommunistischen Anthropologie. Aufgrund seiner geschichtsphilosophischen Kenntnisse⁵¹ vermag der französische Philosoph den Ursachen linkstotalitärer (Heils-) Ansprüche auf die Erlösung des Menschen im Diesseits nachzuspüren. Er erkennt die Degradierung des Menschen zum Objekt angeblicher historischer Gesetzmäßigkeiten. Seinem eigenen freiheitlichen Ansatz, der die Würde des Individuums im Mittelpunkt sieht, läuft diese Ideologie zuwider. Für Aron ist die Person Träger eines freien Willens, der die Geschichte gestalten könne. Zufälle und Unerklärliches bestimmten zusätzlich ihren Verlauf, weshalb sie niemals berechenbar sein wird.

Ebenso erkennt der Philosoph die Abhängigkeiten der politischen Eliten von der Gunst der Bevölkerung. Gegen ihren Willen ließe sich eine totalitäre Herrschaft nicht alleine mit Hilfe von Terror aufrechterhalten. Dieser Zusammenhang erklärt sich aus dem Wesen totalitärer Systeme als Verfallsprodukte des demokratischen Systems und seiner politischen Kultur, in der Macht von Zustimmung abhängig ist. Überzeugend beschreibt Aron diese Interdependenzen, die die spätere Forschung bestätigt.⁵²

Arons Argumentation orientiert sich bei seiner Ideologie-Kritik stets an der klassischen Leitdifferenz Demokratie versus Totalitarismus. Dabei entwickelt Aron jedoch keine eigenen Theorien, sondern rekonstruiert in seiner Totalitarismuskritik klassische Ansätze.⁵³ An diesem Mangel wird deutlich, daß Arons unbestreitbare Stärke zwar in seiner Deskription der jeweiligen Erscheinungsformen der totalitären Religionen liegt. Sein Konzept weist jedoch entscheidende Unzulänglichkeiten im systematischen Bereich auf. Dies ändert sich, so Harald Seubert⁵⁴, auch nicht in seinen späteren Analysen. Der Franzose geht als Begleiter der aktuellen Politik intensiv auf die jeweiligen politischen Umstände ein. Er versäumt es aber, sie in ein angemessenes globales

51 Schließlich habilitierte sich Aron mit einer Arbeit über die Geschichtsphilosophie: Aron (FN 32).

52 Vgl. für den Nationalsozialismus in ideengeschichtlicher Hinsicht statt vieler Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, München 2002; in materieller Hinsicht statt vieler Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Bonn 2005; Aly bezeichnet den Nationalsozialismus gar als „Gefälligkeitsdiktatur“.

53 Vgl. David Bosshart, *Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik*, Berlin 1992, S. 189.

54 Vgl. hierzu Harald Seubert, *Erinnerungen an den ‚Engagierten Beobachter‘ in veränderter Zeit. Raymond Aron als Theoretiker des Totalitarismus und der nuklearen Weltlage*, in: Maier/Schäfer (FN 1), S. 311-361, hier S. 332. Vgl. auch ebd., S. 336-341.

System zu integrieren. Aron ist deshalb dazu gezwungen, seinen Ansatz stetig den politischen Entwicklungen anzupassen. Nach dem Anschluß Österreichs, dem Hitler-Stalin-Pakt sowie dem Überfall der Deutschen auf Polen und die Sowjetunion muß er sein Konzept immer wieder neu überdenken.⁵⁵

Möglicherweise liegt Arons systematische Schwäche aber auch in einer seiner Grundannahmen begründet. Sein Machiavellismus-Artikel aus dem Jahre 1940 erkennt in den Herrschern ausschließlich Machtbesessene.⁵⁶ In seinem folgenden Beitrag von 1944 wird die klare Trennung von Herrschern und Beherrschten nicht mehr deutlich. Arons These der nihilistischen, machiavellistischen Herrscher überrascht vor allem im Hinblick auf seine Analyse der marxistisch-leninistischen Geschichtsphilosophie. Verurteilt er nicht ihren überzeugten Glauben an die Erkenntnis von historischen Gesetzmäßigkeiten? Vertreten ihre Anhänger nicht eine Ideologie, die den Anspruch auf eine universale Wahrheit erhebt? Andererseits sollen sie nur Machiavellisten sein, die ihre Ideologien als Staatsreligionen mißbrauchten, um die Massen hinter sich zu scharen? Ein Widerspruch scheint sich abzuzeichnen. Das Verhalten der politischen Elite und ihr Motivationshintergrund lohnen eine nähere Untersuchung. Glaubte der „Führer“ Hitler tatsächlich nicht an seine Ideologie? War der Nationalsozialismus wirklich nur nihilistisch?⁵⁷ Erklärt sich sein Fanatismus allein aus den Dimensionen Machtgewinnung und Machterhalt?

Ein weiterer Kritikpunkt schließt sich an Arons Machiavellismus-These an. Er vergleicht in seinem zweiten Artikel aus dem Jahre 1940 die politische Ausgangslage der Zwischenkriegszeit mit derjenigen zu Machiavellis Lebzeiten. Ebenso deutet er auf eine Kontinuität machiavellistischen Denkens hin, die sich in den neuen, säkularen Ideologien abzeichne. Diese Interpretation läuft einer Singularitätsthese totalitärer Verbrechen zuwider. Ihr entspricht Arons phänomenologische Analogisierung von säkularen Religionen und bestimmten Erscheinungsformen der christlichen Religion in der Geschichte.⁵⁸ Die von Aron beschriebene Phänomenologie totalitärer Ideologien bringt für ihn keine neuen Erscheinungsformen, sondern allein neue Inhalte. Ist das haltbar?

55 Vgl. Joachim Stark, Raymond Aron und der Gestaltenwandel des Totalitarismus, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 195-207, hier S. 204. Stark macht auf diese Wandlungen des Konzepts besonders aufmerksam. Ansonsten genügt ein Blick auf den Zeitpunkt Arons weiterer Veröffentlichungen. Insbesondere seine anfängliche Einschätzung des Nationalsozialismus und Faschismus als gleiche Systeme und die angebliche außenpolitische Friedfertigkeit der Sowjetunion mußte Aron revidieren.

56 Vgl. Aron (FN 40), S. 184-194.

57 Arons Annahme liegt wahrscheinlich die Übernahme von Hermann Rauschnings Thesen zugrunde. Rauschnig, ein gefallener Nationalsozialist, veröffentlichte 1938 sein Buch „Revolution des Nihilismus“. Es ist eine abrechnende Darstellung mit dem Nationalsozialismus, in dem Rauschnig nichts mehr als eine nihilistische Ideologie zur Macht erkennt. Sein Buch wurde vor allem im europäischen Ausland intensiv rezipiert.

58 „Il serait absurde de reprocher aux religions séculières d'organiser l'intolérance et de répandre la guerre. Après tout, les religions de salut [...] ne montraient pas moins d'intolérance.“ Aron (FN 32), S. 383.

An keiner Stelle geht Aron auf den gezielten Völkermord an den Juden sowie an den Sinti und Roma, auf die Vernichtung von „lebensunwertem“ (sprich behindertem) Leben, auf die Ermordung bestimmter Klassen oder auf die Beseitigung anderer ideologisch definierter Feindgruppen ein. Er kannte wohl die Verbrechen nicht und vermochte nicht die Dimension des ideologischen Verbrechens zu ermessen. Als er nach Kriegsende von dem Holocaust hört, ist er zutiefst überrascht und entsetzt.⁵⁹ In seiner Ideologie-Interpretation hält er diese Verbrechen nicht für möglich. Machiavelli hätte wohl auch niemals aus strategischen Gründen empfohlen, sechs Millionen Juden zu vergasen, weil sie einem rassistisch definierten Kollektiv angehörten. Dieses moderne Denken ist Machiavellis Zeiten fremd. Im Menschen nur noch Objekte einer (pseudo-) wissenschaftlich definierten Rasse oder Klasse zu erkennen, ist ein Produkt der Moderne. Arons Analogie zwischen dem 16. und dem 20. Jahrhundert wirft daher die Frage auf, ob er tatsächlich die Tiefendimension und die Neuartigkeit der totalitären Entgleisungen erfaßt hat. Können die unsystematische Hexenverfolgung einerseits und der gezielte Massenmord an entpersonalisierten „Kollektiven“ andererseits ernsthaft gleichgesetzt werden? Ja, ist der Hexenmord überhaupt Teil des christlichen Dogmas, so wie die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ fester Bestandteil des nationalsozialistischen Dogmas ist?

Neben der politischen Elite analysiert Aron die Bevölkerung totalitärer Gesellschaften. Er identifiziert sie als Gläubige einer neuen, säkularen Religion. Durch die Säkularisierungsprozesse der Moderne und die Heilsversprechungen neuer, falscher Propheten würden ihre orientierungslosen Seelen von den totalitären Ideologien verführt. Schließlich glaubten sie an die Versprechungen wie an neue, säkulare Religionen. Das Christentum sowie den Humanismus und ihr kulturelles Erbe schienen sie durch die Säkularisierung hinter sich gelassen zu haben.

Zwei Fragen zum religiösen Aspekt des Nationalsozialismus sind entscheidend. Erstens: Versprachen Hitler und seine Entourage tatsächlich die Erlösung und das Heil in einem Paradies auf Erden? Aron geht wie Fredrick Voigt davon aus, doch belegt er seine Annahme ebenso wenig wie der Brite mit einer konkreten Aussage. Die Einwände gegen Aron entsprechen denen, die bei der Kritik an Voigt angebracht wurden. Sie sollen daher nicht erneut referiert werden. Der Zweifel an dem Begriff „säkulare Religion“ im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus gleich welcher Lesart bleibt.

Zweitens: Erkannte die deutsche Bevölkerung im Nationalsozialismus tatsächlich eine neue, säkulare Religion ohne Transzendenzbezug? Füge sie die ideologischen Postulate nicht vielmehr in ihre alten, traditionellen christlichen Glaubensvorstellungen ein, die sie pervertierten? Eine Abkehr von den Kirchen bedeutet nicht zwangsläufig, sich von einer Gottesvorstellung loszulösen. Alte Gottesbilder können durch Neuinterpretationen pervertiert und entstellt für ein neues Gottesbild mißbraucht wer-

⁵⁹ Vgl. Stark (FN 55), S. 202.

den. So entstehen Häresien und Irrlehren, die versuchen, im Namen der alten Religion eine neue Botschaft zu postulieren.

Es lohnt in diesem Zusammenhang ein Blick auf Umfragen im Nachkriegsdeutschland. 1949 bekannten sich 78 Prozent der Deutschen zu einem Glauben an Gott.⁶⁰ Das deutet nicht auf einen Transzendenzverlust in der deutschen Gesellschaft hin. Hitler bemühte inflationär christliche Metaphern in seinen Reden. Ein Transzendenzbezug ist daher sogar bei Hitler, entgegen Arons These, durchaus vorhanden. „Der Führer“ spricht von der Vorsehung, von Gott (an welchen Gott auch immer er denken mag) und den heiligen Naturgesetzen.⁶¹ Wozu dies alles, wenn er nicht auch erwartet hätte, die Seelen der Deutschen auf dieser Frequenz zu erreichen? Entwurzelt, atomisiert, orientierungslos und verzweifelt mögen viele Deutsche gewesen sein. Doch es existiert kein Beleg dafür, daß die Deutschen tatsächlich in Hitler einen (neuen) Gott gesehen hätten, wie Aron unterstellt.⁶² Und es bedeutet auch nicht, daß sie nicht bereit waren, im Namen der alten, pervertierten Traditionen ihre Gesellschaft zu revolutionieren. Dies könnte die paradoxe Erscheinung des Nationalsozialismus erklären: Er war reaktionär und gleichermaßen revolutionär.

Arons Blick auf das Wesen des Nationalsozialismus bleibt verstellt. So klarsichtig und scharf er den Marxismus-Leninismus zu erkennen und zu analysieren vermag, so mangelhaft ist seine Interpretation des Nationalsozialismus. Außerdem läßt ihn seine ungenügende Auseinandersetzung mit dem Christentum die Zusammenhänge und frappierenden Unterschiede zu den totalitären Ideologien nicht erkennen. Der Agnostiker Aron weist daher im Bezug auf sein theoretisches Konzept der säkularen Religionen weitere Unzulänglichkeiten auf. Mit seinem religionssoziologischen Ansatz versucht er den Kern der totalitären Ideologien zu deuten. Ausdrücklich verwendet er den Begriff der Religion, um sich dem Phänomen zu nähern. Er vermeidet es aber bewußt oder unbewußt, sich mit dem Phänomen klassischer, transzendenter Religion intensiver zu befassen. Vor allem scheut er eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Glauben an sich und mit seinen möglichen Erscheinungsformen im Vergleich zu den totalitären Ideologien. Aron entfaltet so sein eigenes Konzept der politischen/säkularen Religionen nicht vollständig, gleichwohl er die konstitutive Bedeutung der säkularen Religionen für die totalitären Staaten als solche erkannt und beschrieben hat. Er erörtert weder eine religionshistorische Konfrontation zwischen den politischen/säkularen Religionen und dem Christentum, noch leistet er eine religionsphilosophischen Kontrastierung. Sein Religionskonzept bleibt großflächig an der Oberfläche totalitärer Phänomenologie haften. Die Beschreibung des Marxismus-Leninismus meistert es, sein Wesen hingegen vermag es nicht völlig zu erfassen. Am Nationalsozialismus zielt es in weiten Teilen sogar vorbei.

60 Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach am Bodensee 1956, S. 123.

61 Vgl. statt vieler Michael Reißmann, Hitlers Gott. Vorsehungsglaube und Sendungsbewußtsein des deutschen Diktators, Zürich 2001.

62 Vgl. Aron (FN 41), S. 377.

Die Ursache für Arons Vorsicht liegt eventuell in seiner Einschätzung der grundsätzlichen sozialen Stellung der Religion begründet. Er betrachtet das religiöse Phänomen eher in seiner politischen und sozialen Relevanz und nicht in persönlicher Hinsicht, das heißt mit Blick auf die Bedeutung der Religion für das Individuum.⁶³ Schon gar nicht evaluiert er ausreichend die klassischen Religionen im Vergleich zu den totalitären Ideologien. Dies mag an der Verpflichtung zur Werturteilsfreiheit nach seinem großen Vorbild Max Weber liegen. Ob ihm dieser Ansatz in einem normbeladenen Diskurs nützt, in dem es darum geht, Werte und freiheitliches Menschenbild zu verteidigen, erscheint mehr als zweifelhaft. Um so mehr, als sich Aron im systemischen Bereich durchaus normativ äußert. Stets verteidigt er die Demokratie und ihre Institutionen. Allein auf ideeller Ebene scheint er einer Stellungnahme ausweichen zu wollen. In seinen Erinnerungen meint der reife Aron selbst, daß seine methodische Selbstbeschränkung wesentliche Fragen für den Menschen offen gelassen haben könnte.⁶⁴

Ein wesentliches Ziel hat Aron dennoch erreicht. Er wünschte, als „spectateur engagé de l'histoire“, auf die Gefahren der totalitären Ideologien aufmerksam zu machen. Stets wollte er die Zerbrechlichkeit der Demokratien hervorheben und sie stark machen gegen ihre Feinde. Den größten Gegner der Demokratie, seinen Antipoden, den Totalitarismus, hat er niemals aus den Augen verloren.⁶⁵ Seine Leistung ist um so beachtlicher, als er innerhalb Frankreichs mit seiner kommunistuskritischen Perspektive eine Außenseiterposition einnahm. Er sah sich scharfem Gegenwind ausgesetzt, der im linksintellektuellen Klima Frankreichs wehte, und hielt doch stand. Der Franzose erfüllte daher folgenden Leitgedanken: „Il n'y a pas de bonheur sans liberté, ni de liberté sans vaillance.“⁶⁶

5. Vergleich

Voigt, Voegelin sowie Aron entwickeln jeweils ihr eigenes Konzept der politischen/säkularen Religionen. Denn obschon sie dieselben Begriffe verwenden, wurde in der Darstellung deutlich, daß sie im Konkreten unterschiedliche Erklärungen und Deutungsperspektiven vertreten. In Bezug auf die Herkunft totalitärer Ideologien verfißt Voegelin

63 Emile Durkheim ist der Ansicht, daß jede Gesellschaft religiös ist, und argumentiert aus einer religions-soziologischen Perspektive. In erster Linie interessiert ihn die soziale Relevanz des religiösen Phänomens und nicht das Spezifische der Religion im Bezug des Menschen auf einen übernatürlichen Bereich/Gott. Insofern ähnelt Arons Perspektive der Durkheims, den er intensiv rezipierte. Vgl. Seubert (FN 54), S. 187. Siehe zu Durkheim Mathias Behrens, „Politische Religion“ – eine Religion? Bemerkungen zum Religionsbegriff, in: Maier/Schäfer (FN 1), S. 249-269, hier S. 258.

64 Raymond Aron, Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen, München 1985, S. 62.

65 Vgl. Bosshart (FN 53), S. 108. Bosshart macht darauf aufmerksam, daß es nicht Arons größtes Anliegen war, Kritiker des Totalitarismus zu sein. Er wollte vielmehr die politische Freiheit rechtfertigen und verteidigen.

66 Unter dieses Motto stellte Aron auch die Zeitschrift „Commentaire“, die er herausgegeben hat.

Das „Dritte Reich“ als Produkt einer säkularen/politischen Religion?

eine anthropologisch-bewußtseinspsychologische These. Die Religion und die Politik einer Gemeinschaft müßten zwingend zusammengedacht werden, da beide Bereiche ihre Herkunft im Menschen als Akteur in der Geschichte finden. Bei ungünstiger Konstellation fallen sie vollständig zusammen und würden zu politischen Religionen, in der Moderne gar zu innerweltlichen politischen Religionen mit Erlösungsanspruch, allerdings ohne Transzendenzbezug. Der Weg in den totalitären Staat des 20. Jahrhunderts scheint bei Voegelin linear und das Ende eines langen ideengeschichtlichen Prozesses.

Für Aron stellt sich die Entstehungsursache der totalitären Ideologien völlig anders dar. Aron geht ebenfalls von einem Transzendenzverlust in der Moderne aus, doch für ihn stellen die totalitären Bewegungen einen Rückfall in die Barbarei, sprich in die Vergangenheit, dar. Er dreht den historischen Prozeß eines Voegelins um. Dem liberalen Aron sind die totalitären Ideologien der unverdaute Rest einer aufgeklärten Moderne, in der der Mensch mit der Beschränkung der Religion auf den privaten Bereich nicht zu Recht komme und doch zu Recht kommen müßte. Nur so vermöge er in Freiheit zu leben. Nach Voegelin ist diese Trennung unmöglich, entspreche dieses politisch liberale Postulat doch nicht der menschlichen Natur und somit der politischen Wirklichkeit.

Für Voigt spielt der Transzendenzverlust der Moderne, den auch er zu erkennen meint, ebenfalls eine entscheidende Rolle für die Erklärung totalitärer Entgleisungen. Doch als Realpolitiker ist er an dieser Frage nicht weiter wissenschaftlich interessiert. Er ist kein Theoretiker, sondern Praktiker. Bezogen auf Aron und Voegelin positioniert er sich durch seine dezidiert christliche Deutungsperspektive in der Nähe Voegelins.

Die Zukunft bewerten die drei Denker ebenfalls unterschiedlich. Ihre Schlußfolgerungen zu Zeiten der akuten Bedrohungssituation Ende der 30er Jahre differieren daher erheblich. Für Voigt gehört die Zukunft dem Nationalsozialismus, der Marxismus habe sich überlebt und vor der Geschichte widerlegt. Für Voegelin, der keinen Unterschied macht zwischen rechter und linker totalitärer Ideologie, kann nur eine grundsätzliche geistig-moralische Wende den Menschen eine glücklichere Zukunft bieten. Er müsse sich auf sein wahres Wesen besinnen: ein leib-geistig-transzendentes unvollkommenes Geschöpf, das sich wieder in Demut vor seinem Schöpfer erfährt. Nur so vermöge der Mensch den totalitären Bedrohungen mit ihren totalen Ansprüchen an den Menschen zu widerstehen. Für Aron kann Voegelins Postulat nicht die Lösung für die Zukunft einer liberalen Demokratie und ihrer universellen Menschenrechte sein. Vielmehr müsse sich die Einsicht durchsetzen, daß die Bereiche Religion und Politik wieder zu trennen sind, um der liberalen Demokratie endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Die drei Antworten auf die Frage nach dem Glauben an den Nationalsozialismus und nach seinem möglichen Zweck weichen ebenso voneinander ab. Voigt, der eigentlich nur die NS-Politiker im Blick hat, erkennt in ihnen gläubige Fanatiker, die von ihrer Ideologie zutiefst überzeugt sind. Deshalb treffe die Bezeichnung Religion den Kern des totalitären Phänomens. Voegelin unterstellt ebenfalls eine Gläubigkeit

bei den Anhängern, sei es auf Seiten der Bevölkerung, sei es auf Seiten der Herrscher. Aron hingegen vermutet nur innerhalb der Bevölkerung eine gläubige Gefolgschaft. Die Herrscher nimmt er davon explizit aus. Für ihn sind Hitler und seine Entourage machversessene, machiavellistische Zyniker, die sich lediglich ihrer Ideologie als Mittel zum Zweck bedienen: eine nihilistische, totalitäre Diktatur zu etablieren.

Voigt und Voegelin antizipieren die Möglichkeit zu Verbrechen wie dem Holocaust. Aron bleibt erschrocken und entsetzt zurück, als er 1945 davon erfährt. Die Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen vermag sein Konzept nicht zu erfassen. Voigt und Voegelin lagen daher mit ihrem Ansatz, die Herrscher als gläubige Fanatiker zu identifizieren näher an der Wirklichkeit. Hinsichtlich der Fragen nach der Motivation der Herrscher, den Beweggründen einer totalitären Politik und der Möglichkeit zur Verhinderung neuer, ähnlicher Verbrechen halten sie wohl die besseren Antworten parat.

Trotz der Unterschiede im Konkreten verfolgen Voigt, Voegelin und Aron einen gemeinsamen intellektuellen Weg, den totalitären Ideologien wachsam und furchtlos zu begegnen. Jeder von ihnen hat dabei einen eigenen, wertvollen Beitrag zu der inhaltlichen Auseinandersetzung geleistet. Und doch weisen sie eine entscheidende Gemeinsamkeit auf: Sie erkennen, daß die totalitären Systeme nicht ausschließlich auf Terror aufbauten, sondern durchaus etwas Sinnstiftendes für die Anhänger vermittelten. Die Forschung der letzten Jahre stützt diese These und untersucht sie genauer.⁶⁷ Dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, weshalb die drei Beiträge noch nach knapp 70 Jahren wertvoll sind. Die Fragen an die Geschichte des Dritten Reiches bleiben im Kern weiterhin dieselben: Wie konnte es dazu kommen, daß Millionen Menschen im Namen einer Ideologie systematisch ermordet wurden?

67 Vgl. für einen schnellen Überblick über den Forschungsstand inklusive einer knappen Literaturliste zu aktuellen Veröffentlichungen: Gerhard Besier, Totalitarismus – Konzepte, Denkformen, Herrschaftspraktiken, in: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 155-159.

Der Sieg der Demokratie. Die Transformation der neofaschistischen italienischen Sozial- bewegung MSI in die rechtsnationale Alleanza Nazionale

Von Roland Höhne

1. Einleitung

Die 1946 gegründete neofaschistische Partei *Movimento Sociale Italiano* (MSI) stand bis 1994 außerhalb des demokratischen Parteienspektrums.¹ Sie beteiligte sich zwar seit 1948 regelmäßig an Wahlen auf allen politisch-administrativen Ebenen und hielt sich strikt an die Regeln des demokratischen Verfassungsstaates, lehnte jedoch den antifaschistischen Verfassungskonsens ab, auf dem die I. Republik² beruhte und bekämpfte die ihn tragenden Verfassungsparteien. Sie war daher im Parteiensystem isoliert.³ Dies änderte sich erst während dessen Transformationskrise in den Jahren 1991/96. Der MSI gab seine systemoppositionelle Haltung auf, änderte seinen Namen, verbündete sich bei den Parlamentswahlen von 1994 mit der wirtschaftsliberalen Forza Italia und trat anschließend in die Mitte-Rechtsregierung Berlusconi ein. Seither ist er als Alleanza Nazionale fest in das italienische Parteiensystem integriert. Es handelt sich dabei um einen einmaligen Vorgang der europäischen Parteiengeschichte seit 1945. Zwar haben sich in anderen europäischen Ländern rechte Antisystemparteien zu Systemparteien entwickelt, so etwa in Frankreich 1958 das gaullistische Rassemblement du Peuple Français RPF in die Union pour la Nouvelle République UNR, aber diese stellten die Demokratie nicht grundsätzlich in Frage, sondern nur ihre jeweilige spezifische Ausformung.⁴ Die Transformation des MSI bildet daher einen Sonderfall des

1 Der vorliegende Beitrag ist eine Fortschreibung früherer Arbeiten des Autors über die Alleanza Nazionale: Roland Höhne, *Alleanza Nazionale – Eine demokratische Rechtspartei?*, in: Luigi Vittorio Graf Ferraris/Günter Trautmann/Hartmut Ullrich (Hrsg.), *Italien auf dem Weg zur „Zweiten Republik“? Die politische Entwicklung Italiens seit 1992*, Frankfurt a.M. u.a. 1995, S. 179-201; ders., *Alleanza Nazionale – Zwischen Neofaschismus und nationalem Konservativismus*, in: Bernd Rill (Hrsg.), *Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz*, München 2003, S. 99-112; ders., *L'Alliance Nationale. Entre néofascisme et conservatisme national*, in: Pierre Blaise/Patrick Moreau (Hrsg.), *Extrême Droite et National-Populisme en Europe de l'Ouest*, Brüssel 2004, S. 279-310.

2 Mit „I. Republik“ wird das politische System Italiens der Jahre 1948-1996 bezeichnet. Dieser Begriff ist jedoch fragwürdig, da sich in den Jahren 1992-1996 lediglich das Parteiensystem grundlegend änderte, nicht jedoch die Verfassungsordnung.

3 Piero Ignazi bezeichnet ihn daher auch in seinem Standardwerk über den MSI als den „ausgeschlossenen Pol“ des Parteiensystems. Vgl. Piero Ignazi, *Il polo escluso. Profilo storico del Movimento Sociale Italiano*, 2. Aufl., Bologna 1998.

4 Lediglich die Entwicklung der postfrankistischen Alianza Popular zur liberal-konservativen Partido Popular nach dem Ende der Franco-Diktatur in Spanien weist gewisse Parallelen mit der Entwicklung

Parteienwandels. Eine zentrale Rolle spielte bei ihr zweifellos die grundlegende Veränderung des internationalen und inneritalienischen Handlungskontextes zu Beginn der neunziger Jahre.

Die vorliegende Untersuchung stützt sich daher methodologisch auf die Annahme der neo-institutionalistischen Schule, wonach Parteien die Fähigkeit zur Anpassung an sich verändernde Handlungsbedingungen besitzen.⁵ Diese Annahme beruht auf der Prämisse, daß es einen eigenen Raum des Politischen gibt, der nicht von historischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen determiniert wird. Entscheidend für den Positionswandel von Parteien ist nach dieser Sichtweise die Anpassungsleistung politischer Kräfte an sich verändernde Handlungsbedingungen. Dabei kommt den organisatorischen Ressourcen und strategischen Entscheidungen der Parteien eine zentrale Bedeutung zu. Untersucht werden daher die Veränderungen des italienischen Parteiensystems und die Reaktionen des MSI auf diese Veränderungen in den Jahren 1990-1996. Es geht somit im weiteren Sinne um den Wirkungszusammenhang zwischen Systemwandel und Parteienwandel. Im engeren Sinn aber geht es um die Frage, weshalb der MSI auf die Umbruchssituation der Jahre 1990-1996 nicht mit einer Radikalisierung seiner Antisystemopposition, sondern mit Systemintegration und Parteientransformation reagiert hat. Verständlich wird diese Reaktion nur auf dem Hintergrund seiner fast fünfzigjährigen Geschichte, in der sich seine Handlungsmuster herausgebildet haben. Der Untersuchung seiner Transformation in den Jahren 1993/95 wird daher ein Überblick über seine Entwicklung in den Jahren 1946-1992 vorangestellt.

2. Der MSI – eine neofaschistische Antisystempartei

2.1. Entstehung

Der MSI wurde 1946 von Veteranen der Repubblica Sociale Italiana (RSI) sowie von ehemaligen Funktionären des faschistischen Regimes gegründet.⁶ Er orientierte sich an

des MSI zur AN auf. Allerdings waren die historischen Voraussetzungen von AP und MSI sehr verschieden. Vgl. Richard Gunther/Giacomi Sani/Goldie Shabad, *Spain after Franco. The Making of a Competitive Party System*, Berkeley/Los Angeles/London 1986, S. 170 ff.; Sebastian Mahner, *Vom rechten Rand in die politische Mitte? Die Alleanza Nazionale zehn Jahre nach ihrer Gründung im europäischen Vergleich*, Münster 2005, S. 95 ff.

- 5 Vgl. James G. March/Johan P. Olsen, *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, New York 1989; Thomas A. Koelble, *The New Institutionalism on Political Science and Sociology*, in: *Comparative Politics* 27 (1995), S. 231-243.
- 6 Die Repubblica Sociale Italiana wurde nach dem Allianzwechsel des Königreichs Italien im September 1943 unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht von Mussolini und seinen Anhängern mit Regierungssitz in Salò gegründet. Sie orientierte sich am republikanischen Bewegungsfaschismus der Jahre 1919-1922 und versuchte, durch die Wiederbelebung von dessen nationalsyndikalistischer und sozialrevolutionärer Programmatik die Arbeiterschaft zu gewinnen. Dies ist ihr jedoch nicht gelungen. Als die deutsche Wehrmacht Ende April in Norditalien kapitulierte, brach sie zusammen. Vgl. Lutz Klink-

den radikalfaschistischen Prinzipien der RSI und bekämpfte die antifaschistische, demokratische Nachkriegsordnung. In ihm sammelten sich sowohl nationalrevolutionäre als auch konservativ-nationalistische Ex-Faschisten. Die ideologisch-programmatischen sowie strategischen und bündnispolitischen Gegensätze beider Richtungen prägten die innerparteilichen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe der Partei bis zu ihrer Transformation 1993/95.⁷ Sie wurden demokratisch ausgetragen und förderten so die innerparteiliche Demokratie. Durch diese unterschied sich der MSI grundlegend von den autoritären Staatsparteien der faschistischen Regime.⁸

In der Gründungsphase dominierten die Radikalen unter der Führung des Parteigründers Pino Romualdi⁹ und des ersten Generalsekretärs der Partei, Giorgio Almirante.¹⁰ Sie hatten ihre Basis im industrialisierten Norden, in dem nach dem 1. Weltkrieg der Faschismus entstanden war und wo in den Jahren 1943/45 ein erbitterter Bürgerkrieg zwischen faschistischen Milizen und antifaschistischen Partisanen tobte. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung war gering. 1950 verloren sie die Führung an die Gemäßigten unter Augusto De Marsanich.¹¹ Deren Machtbasis lag im Süden, der politisch, kulturell und sozial noch stark traditionell geprägt war. Hier konnten sich diese zu einer relevanten politischen Kraft auf kommunaler Ebene entwickeln. Dank ihrer Verankerung in der süditalienischen Wählerschaft führten sie die Partei bis Ende der sechziger Jahre.

2.2. Zielsetzung

Der MSI war bei seiner Gründung eindeutig eine neofaschistische Partei. Angesichts der Dominanz der antifaschistischen Kräfte im politischen System strebte er jedoch nicht offen die Restauration des faschistischen Regimes an, sondern beschränkte sich auf die Pflege seines Erbes und die Propagierung seiner Werte. Er wollte so die kulturellen Voraussetzungen für eine spätere politische Machteroberung schaffen. Seinen Ausdruck fand diese Zielsetzung auf dem 1. Parteitag vom April 1948 in der Formel „Non rinnegare e non restaurare“.¹²

hammer, Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943-1945, Tübingen 1993, S. 334-354.

7 Vgl. Ignazi (FN 3); Marco Tarchi, *Dal MSI ad AN*, Bologna 1997.

8 Partito Nazionale Fascista (PNF) 1922-1943, Partito fascista repubblicano (PFR) 1943/1945.

9 Pino Romualdi war 1944/45 stellvertretender Sekretär der faschistischen Staatspartei PFR der RSI und Leiter des neofaschistischen Kampfbundes Farc (Fasci di azione rivoluzionaria) nach dem Krieg. Vgl. Adalberto Baldoni, *La Destra in Italia 1945-1969*, 2. Aufl., Rom 2000, S. 92, Anm. 8.

10 Giorgio Almirante war ein faschistischer Journalist und gehörte dem Regierungsapparat der RSI an. Vgl. ebd., S. 130, Anm. 10.

11 Augusto De Marsanich war revolutionärer Syndikalist und Faschist der ersten Stunde, Funktionär des faschistischen Regimes und danach Parteigänger der RSI. Vgl. ebd., S. 321, Anm. 8.

12 Nicht verleugnen und nicht restaurieren. Vgl. ebd., S. 264 f.

Im Interesse dieser Zielsetzung bemühte er sich aber auch von Anfang an um die Gewinnung von Macht- und Einflußchancen im politischen System und beteiligte sich deshalb an Wahlen. Dabei ließ er sich jedoch stets von seinen weltanschaulichen Vorstellungen leiten. Er war daher eine Weltanschauungspartei im Sinne Max Webers. Erst in der Transformationsphase 1993/95 trat an die Stelle der Propagierung neofaschistischer Ideen die Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen und damit die Wandlung zu einer Interessenpartei.

2.3. Ideologie

Die geistige Grundlage des MSI bildete eine elitäre, voluntaristische, traditionalistische, heroische Weltansicht, die sich vor allem auf die Ideen Evolas, Gentiles, des katholischen Traditionalismus, des französischen und spanischen Faschismus sowie der Konservativen Revolution stützte.¹³ Sie verstand sich als Antithese zum Individualismus des Liberalismus, zum Egalitarismus der Demokratie und zum Materialismus des Kommunismus.¹⁴ Sie wurde im Laufe der Zeit zwar modifiziert, aber nicht grundlegend revidiert. Der MSI blieb daher bis zu seiner Transformation in die AN ideologisch eine neofaschistische Partei.¹⁵

Der zentrale Bezugspunkt des MSI bildete die Nation. Darunter verstand er die sprachlich-kulturelle und staatlich-politische Gemeinschaft der Italiener, die sich seit der Antike herausgebildet habe. Ihre zentrale Organisation bilde der Staat. Dieser sei eine organische Totalität, in der die politischen Werte über wirtschaftliche und soziale Strukturen dominieren.¹⁶ Er habe vor allem die Aufgabe, die Existenz der Nation zu sichern, die öffentliche Ordnung zu garantieren und als „nationaler Staat der Arbeit“ das soziale Zusammenleben zu organisieren. Damit er diese Aufgaben wahrnehmen könne, sei ein Gleichgewicht zwischen individueller Freiheit und staatlicher Autorität notwendig. Als institutionelle Form des Staates bekannte sich der MSI wie die PFR der RSI zur Republik und unterschied sich in diesem Punkt vom Regimefaschismus der Jahre 1922-1943.¹⁷

13 Vgl. ebd., S. 101-135.

14 Vgl. ebd., S. 260-264.

15 Vgl. Francesco Germinario, *Da Salò al governo. Immaginario e cultura politica della destra italiana*, Turin 2005. Neu am Neofaschismus des MSI war daher nicht seine Ideologie, sondern der Verzicht auf Gewaltanwendung als Mittel des politischen Machtkampfes und die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie als Methode des Machterwerbs.

16 Vgl. u.a. Pino Romualdo auf dem VIII. Parteitag des MSI in Rom 1965, in: Baldoni (FN 9), S. 575. Ferner sein Sohn Adriano Romualdi, *Una cultura per l'Europa*, hrsg. von Gennaro Malgieri, Rom 1986.

17 Besonders die Radikalen betonten die republikanische Identität des MSI, um sich von den Monarchisten abzugrenzen. Siehe die Auseinandersetzungen auf dem III. Parteitag des MSI 1952, in: Baldoni (FN 9), S. 418.

Aus der nationalen Grundorientierung des MSI ergaben sich seine gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konzeptionen. Diese waren als Alternative sowohl zum „liberalen Kapitalismus“ als auch zum „kommunistischen Kollektivismus“ gedacht. Wirtschaft und Gesellschaft sollten weder durch das Kapital noch durch den Staat organisiert werden. Die Radikalen propagierten in der Tradition der RSI ein gemischtes Wirtschaftssystem auf der Grundlage von gesellschaftlichem und privatem Eigentum. Die Großunternehmen sollten verstaatlicht werden, um das Gemeinwohl zu wahren und die Kleinunternehmen zu schützen (*socializzazione*). Die Gemäßigteren wollten dagegen den Gegensatz von Kapital und Arbeit mit Hilfe des Korporatismus überwinden. Beide Strömungen aber forderten die soziale Solidarität als Mittel des sozialen Ausgleichs.¹⁸

Die Ideologie des MSI entsprach vor allem den Interessen der traditionellen Bevölkerungsgruppen des Südens sowie der kleinen Selbständigen des Nordens. Die nationale Solidarität garantierte einen permanenten Ressourcentransfer aus dem reichen Norden in den armen Süden und der staatliche Zentralismus bot vielen Südtalienern landesweit Stellen im öffentlichen Dienst. Der Korporatismus konnte die kleinen Selbständigen in Handwerk, Dienstleistung und Landwirtschaft vor der Konkurrenz der Großunternehmen und dem Machtanspruch der Gewerkschaften schützen. Der MSI fand daher seinen stärksten Rückhalt vor allem in den unteren Mittelschichten des Südens.

2.4. Programmatik

Die MSI-Programmatik spiegelte nur teilweise die neofaschistische Ideologie wider, da sie sich primär nach den rechtlichen und politischen Erfordernissen des Parteienwettbewerbs richtete. Neofaschistische Aktivitäten waren verboten und konnten zum Verbot der Partei führen. Der MSI beschränkte sich daher in seinem programmatischen Diskurs auf Themen, die rechtlich mit der Verfassungsordnung vereinbar waren. In seinem Zehn-Punkte-Programm von 1946 forderte er die Wahrung der Einheit, der territorialen Integrität und Unabhängigkeit Italiens, die Bildung einer europäischen Union auf der Grundlage der Gleichheit und Gerechtigkeit, die Restauration der Autorität des Staates und die Teilnahme des Volkes an der Wahl seiner Führer, die Trennung von Staat und Kirche entsprechend den Lateranverträgen von 1929 und die Schaffung eines nationalen Staates der Arbeit.¹⁹ Entsprechend diesem Programm lehnte der MSI den Friedensvertrag von 1947 ab, verlangte die Rückgabe aller verlorenen Gebiete (Istrien, Fiume, Zara) und der Kolonien, die Rückgliederung Triests und die internationale Gleichberechtigung Italiens.²⁰ Noch 1975 stimmte er als einzige Partei gegen die Rati-

18 Die Idee der nationalen Solidarität wurde zum zentralen Mobilisationsthema der Partei in der Gründungsphase. Das erste Presseorgan der Partei hieß denn auch „L'Ordine Sociale“.

19 Vgl. Baldoni (FN 9), S. 140 f.

20 So Generalsekretär De Marsanich auf dem III. Parteitag 1952. Vgl. ebd., S. 414 f.

fizierung des Vertrages von Osimo, in dem Italien die Nachkriegsgrenze mit Jugoslawien endgültig anerkannte.²¹

In dem sich 1946/47 abzeichnenden Ost-West-Konflikt befürwortete der MSI eine strikte außenpolitische Neutralität und lehnte einen Beitritt zur Atlantischen Allianz ab.²² Als Alternative zu den politisch-militärischen Blöcken forderte er die Schaffung eines Vereinten Europas unter Einschluß Deutschlands mit Afrika als Ergänzungsraum und der arabischen Welt als Partner.²³ Es sollte ein „Europa der Nationen“ sein – im Gegensatz zum supranationalen Europa der Christdemokraten und Sozialisten.²⁴ Er verurteilte die Teilung des europäischen Kontinents in eine östliche und westliche Hälfte durch die Siegermächte des II. Weltkrieges und wandte sich während des Ungarnaufstandes von 1956 scharf gegen die „Logik von Jalta“, d.h. die Respektierung des sowjetischen Herrschaftsbereichs durch den Westen.²⁵

Aber schon im Oktober 1951 bekannte sich die Parteiführung unter De Marsanich offiziell zur westlichen Allianz. Sie begründete diesen außenpolitischen Positionswandel vor allem mit der veränderten sicherheitspolitischen Interessenlage Italiens durch den Kalten Krieg.²⁶ Damit hatte die Partei bereits in ihrer Frühphase einen zentralen Punkt ihrer Programmatik unter dem Druck der internationalen Entwicklung revidiert und sich den Positionen der demokratischen Parteien angenähert. Gegenüber den Vereinigten Staaten wahrte sie jedoch kritische Distanz. Noch 1984 feierte sie den vierzigsten Jahrestag des deutsch-italienischen Abwehrerfolges von Anzio im Januar/Februar 1944 gegenüber amerikanischen Landungstruppen.²⁷

Gesellschaftspolitisch forderte der MSI unter dem Druck des radikalen Flügels bis in die siebziger Jahre eine korporatistische Wirtschaftsordnung sowie die Sozialisierung der öffentlichen Unternehmen durch eine Beteiligung der Betriebsangehörigen an deren Leitung und Ergebnissen.²⁸ Der rechte Parteiflügel bekannte sich dagegen zur Marktwirtschaft und lehnte eine staatliche Lenkung der Wirtschaft prinzipiell ab. Der Staat dürfe nur dann wirtschaftlich aktiv werden, wenn die Privatwirtschaft versage.²⁹

21 Vgl. ebd., S. 425-433.

22 Im Herbst 1949 befürworteten die MSI-Parlamentarier zwar die Aufnahme von Verhandlungen über einen eventuellen Beitritt zur Atlantischen Allianz, stimmten dann aber gegen diesen. Vgl. Giorgio Almirante, *Processo al Parlamento*, Rom 1968, Bd. I, S. 281.

23 Zur Europakonzeption des MSI vgl. Filippo Anfuso, Botschafter der RSI in Berlin in den Jahren 1943/1944, auf dem III. Parteitag des MSI 1952, in: Baldoni (FN 9), S. 416 f.

24 An dieser Idee hielt der MSI bis zu seiner Transformation fest. Siehe die Debatten auf dem VIII. Parteitag des MSI 1965 in Pescara, in: Ebd., S. 573.

25 Vgl. *Il Secolo d'Italia* vom 1. November 1956.

26 Vgl. Baldoni (FN 9), S. 321, Anm. 4.

27 Diese Manifestation war eine Gegenveranstaltung zu den alliierten Feierlichkeiten zum vierzigsten Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie.

28 So in der programmatischen Erklärung des VIII. Parteitages von Rom 1965. Vgl. Baldoni (FN 5), S. 577.

29 So A. Michelini auf dem VII. Parteitag des MSI von 1963 in Rom, in: Ebd., S. 566.

Aufgrund seiner Ideologie und Programmatik stand der MSI im Gegensatz zu allen relevanten Kräften des Parteiensystems. Gewisse ideologische Gemeinsamkeiten gab es lediglich mit den Monarchisten. Auch diese orientierten sich an korporatistischen, paternalistischen Vorstellungen. Sie lehnten jedoch im Gegensatz zu den Neofaschisten grundsätzlich die Republik als Staatsform ab.³⁰

2.5. Strategie

Der MSI schwankte zur Durchsetzung seiner Zielsetzungen zwischen einer Opposition zum System und einer Opposition im System. Die Radikalen befürworteten eine konsequente Antisystemstrategie, weil sie das demokratische System grundsätzlich ablehnten. Nur aus opportunistischen Gründen befürworteten sie die Beachtung der republikanischen Legalität, um ein Parteiverbot zu vermeiden, sowie die Teilnahme an Wahlen, um die Einflußchancen der Institutionen zu nutzen.³¹ Bündnisse mit demokratischen Parteien lehnten sie strikt ab, weil sie einen Verlust der „revolutionären Energien“ fürchteten. Statt dessen pflegten sie Kontakte zu nationalrevolutionären Geheimbünden und Zirkeln. Die Gemäßigten befürworteten dagegen ab 1950 eine Integration in das System sowie Bündnisse mit antikommunistischen Parteien einschließlich der Democrazia Cristiana (DC). Allerdings betrachteten auch sie die parlamentarische Demokratie nicht als Wertesystem, sondern lediglich als Methode zur Auswahl und Legitimation des politischen Führungspersonals.³²

Die operativen Strategien des MSI wurden in hohem Maße von den Handlungsbedingungen des Parteiensystems bestimmt. Diese ergaben sich vor allem aus dessen normativen Grundlagen, aus dem Ost-West-Konflikt, den Institutionen sowie aus den zentralen Konflikten und den dominierenden Weltanschauungen der italienischen Gesellschaft.³³

Normative Grundlage des italienischen Parteiensystems bildete ein antifaschistischer Verfassungskonsens, der von allen politischen Kräften getragen wurde, die den Faschismus bekämpften und sich 1946/47 am Verfassungsgebungsprozeß beteiligt hatten.³⁴ Er beruhte auf den Werten der pluralistischen Demokratie, des Rechtsstaats und

30 Vgl. Roberto Chiarini, *Destra italiana dall'unità d'Italia a Alleanza Nazionale*, Venedig 1995, S. 76 f.

31 Diese legalistische Strategie war zunächst heftig umstritten. Viele Radikale befürworteten trotz der Niederlage im Bürgerkrieg 1943/45 weiterhin die Anwendung von Gewalt als Mittel der Machteroberung. Vgl. Piero Ignazi, *Postfascisti? Dal Movimento sociale italiano ad Alleanza nazionale*, Bologna 1994, S. 13 f.

32 Vgl. De Marsanich auf dem II. Parteitag des MSI, Juli 1949, in Rom, in: Baldoni (FN 9), S. 304.

33 Vgl. Stefan Köppl, *Das politische System Italiens*, Wiesbaden 2007, S. 52-57; Elisabeth Fix, *Italiens Parteiensystem im Wandel. Von der Ersten zur Zweiten Republik*, Frankfurt a.M./New York 1997, S. 51 ff.

34 Es handelte sich dabei um Liberale, Katholiken, Sozialisten und Kommunisten. Die Monarchisten bekämpften seit dem Allianzwechsel des Königreichs Italien vom September 1943 zwar auch den Radikalfaschismus der RSI, gehörten jedoch nicht zum „Verfassungsbogen“, da sie die 1946 eingeführte Republik ablehnten.

des Antifaschismus.³⁵ Da der MSI ihn nicht teilte, wurde er von den Verfassungsparteien aus dem demokratischen Leben ausgegrenzt. Er war daher im Parteiensystem weitgehend isoliert. Lediglich die Monarchisten, die ebenfalls den republikanischen Verfassungskonsens nicht teilten, kooperierten punktuell mit ihm. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung war jedoch gering. Ihre Kooperation befreite daher die Neofaschistischen nicht aus ihrer Isolierung.

Der Kalte Krieg spaltete ab Mai 1947 den „Verfassungsbogen“, d.h. das Ensemble der Verfassungsparteien in ein kommunistisch-sozialistisches und ein antikommunistisches Lager. Ihr Gegensatz beherrschte nun bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes 1990 den Parteienwettbewerb.³⁶ Trotz seiner Heftigkeit zerstörte dieser Systemkonflikt jedoch nicht den antifaschistischen Grundkonsens der Verfassungsparteien, sondern überlagerte ihn lediglich. Der Regimekonflikt zwischen Neofaschisten und den Verfassungsparteien blieb daher auch nach Ausbruch des Kalten Krieges erhalten und damit der MSI weiterhin vom demokratischen Leben ausgeschlossen.

Die Überlagerung des Regimekonflikts durch den Systemkonflikt spaltete das Parteiensystem in eine neofaschistisch-monarchistische, antikommunistische Rechte, ein sowohl antifaschistisches als auch antikommunistisches Zentrum sowie eine antifaschistische, sozialistisch-kommunistische Linke.³⁷ Das Zentrum besaß unter der Führung der Democrazia Cristiana mit einem Wähleranteil von 55 bis 60 Prozent bis 1994 eine pivotale Stellung und hielt sowohl die Kommunisten als auch die Neofaschisten von der Macht fern. Es verhinderte dadurch einen demokratischen Machtwechsel. Die 1. Republik bildete daher eine „blockierte Demokratie“.³⁸ Die zentrale Stellung des Parlaments im italienischen Verfassungssystem und die labilen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nötigten jedoch die Christdemokraten bis Anfang der sechziger Jahre, die Neofaschisten bei wichtigen parlamentarischen Entscheidungen zu konsultieren und gelegentlich auch informell mit ihnen zu kooperieren. Ab 1963 koalitierten sie dann mit den Sozialisten und kooperierten informell auch mit den Kommunisten, da diese aufgrund ihrer starken Stellung auf der subnationalen Ebene

35 Vgl. Ugo De Siervo, *Le scelte fondamentali dell'Assemblea Costituente*, in: Hartmut Ullrich (Hrsg.), *Verfassungsgebung, partitocrazia und Verfassungswandel in Italien vom Ende des II. Weltkrieges bis heute*, Frankfurt a.M. u.a. 2001, S. 57-68.

36 Es handelte sich dabei sowohl um einen außenpolitischen Orientierungs- als auch um einen innenpolitischen Systemkonflikt. Dieser überlagerte die traditionellen inneritalienischen Konflikte (Kapital – Arbeit, Laizisten – Katholiken, Stadt – Land, Norden – Süden, Zentrum – Peripherie) und ermöglichte so die Bildung antikommunistischer Regierungskoalitionen aus Christdemokraten, Liberalen, Republikanern und Sozialdemokraten, an denen sich seit 1963 auch die Sozialisten beteiligten. Vgl. Reimut Zohlnhöfer, *Das Parteiensystem Italiens*, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 275-298.

37 Die Sozialisten lösten sich Ende der fünfziger Jahre von den Kommunisten und schlossen sich 1963 dem Zentrum an. Die Linke bestand von da ab nur noch aus Kommunisten und marxistischen Gruppierungen. Vgl. ebd., S. 282.

38 Vgl. ebd., S. 275.

für die Implementierung der nationalen Politik nicht zu umgehen waren. Dies begünstigte deren parlamentarische Integration.

Wenngleich die Grundstruktur des Parteiensystems bis zum Ende der „Ersten Republik“ 1994 stabil blieb, so veränderten sich doch dessen Koalitionsstrukturen. Es lassen sich bei deren Entwicklung vier Phasen unterscheiden:

- 1) 1947 bis Anfang der sechziger Jahre die Phase der Mitte-Rechts-Koalitionen,
- 2) 1963 bis 1976 die Phase der Mitte-Links-Koalitionen (Centrosinistra),
- 3) 1976 bis 1979 die Phase des „historischen Kompromisses“ zwischen den Christdemokraten und Kommunisten und
- 4) 1979-1994 die Phase der großen Zentrumskoalitionen des Pentopartito.³⁹

In der ersten Phase boten sich dem MSI beschränkte Kooperationsmöglichkeiten mit den Monarchisten und den Christlichen Demokraten, da letztere in bestimmten parlamentarischen Abstimmungssituationen auf die Stimmen der MSI-Parlamentarier angewiesen waren. Unter der Führung des Radikalen Almirante verfolgte der MSI zunächst eine Antisystemstrategie. Deren Mißerfolg⁴⁰ veranlaßte ihn 1950 zu einem grundlegenden Führungs- und Strategiewechsel. Alimirante mußte zurücktreten und der Gemäßigte Augusto De Marsanich übernahm die Parteiführung. Dieser strebte nun die Sammlung der gesamten Rechten an. Monarchisten, Neofaschisten und Liberale sollten gemeinsam eine rechte Alternative zum Zentrum innerhalb des Systems bilden.⁴¹ Die Monarchisten waren zur Zusammenarbeit bereit, die Liberalen nicht. Das Projekt eines Rechtsblocks, einer „Grande Destra“ scheiterte daher.

Arturo Michelini,⁴² der vom Oktober 1954 bis zum Dezember 1969 die Partei führte, strebte deshalb eine Teilintegration (Inserimento) in das parlamentarische System durch eine Zusammenarbeit mit den Christdemokraten an. Er hoffte, auf diese Weise die Partei aus ihrer Isolation zu befreien und als demokratischer Akteur zu legitimieren. Damit zog er die strategischen Konsequenzen aus dem Ost-West-Konflikt, der den Systemkonflikt zum Zentralkonflikt der italienischen Politik machte. Als Voraussetzung einer Zusammenarbeit mit der DC betrachtete er die Transformation des MSI in eine nationale, soziale und populäre Rechtspartei. Statt an der RSI sollte sich diese an der Nation, der abendländischen Zivilisation und dem westlich-pluralistischen Staats- und Gesellschaftsmodell orientieren. Seine Transformationsbemühungen scheiterten jedoch am erbitterten Widerstand der Radikalen. Der MSI blieb daher eine neofaschistische Partei, auch wenn er seine Programmatik und Rhetorik den Hand-

³⁹ Vgl. ebd., S. 281.

⁴⁰ Bei den Parlamentswahlen von 1948 erhielt der MSI nur 2 Prozent der Stimmen.

⁴¹ Vgl. Baldoni (FN 9), S. 412; Ignazi (FN 3), S. 53 ff.

⁴² Arturo Michelini war Nationalist und Katholik. Er kämpfte als Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Frankisten und im II. Weltkrieg als Soldat des italienischen Expeditionskorps (ARMIR) in Rußland, war aber nicht Mitglied der faschistischen Partei PNF und schloß sich 1943 auch nicht der RSI an. Vgl. ebd., S. 388, Anm. 35.

lungsbedingungen des Parteiensystems anpaßte. Dies verhinderte einen Erfolg seiner Insertionsstrategie. Die MSI-Parlamentarier stimmten zwar bei den Präsidentschaftswahlen von 1955 (Gronchi) und 1962 (Segni) und bei der Bildung der Regierungen Zoli, Segni und Tambroni für Christdemokraten, diese lehnten jedoch trotzdem formelle Absprachen oder gar Regierungsbündnisse ab. Statt dessen bildeten sie ab 1963 Mitte-Links-Koalitionen mit den Sozialisten (centro sinistra). Diese entzogen der MSI-Integrationsstrategie die Grundlage, da die DC nun nicht mehr die MSI-Stimmen für die Bildung parlamentarischer Mehrheiten brauchte. Der MSI bekämpfte daher nun auch wieder heftig die DC, um sich so konservativen Wählern als einzig zuverlässiges Bollwerk gegen die Linke zu empfehlen. Auftrieb erhielt seine Konfrontationsstrategie Ende der sechziger Jahre durch die Verschärfung der sozialen Konflikte in der Arbeitswelt, den wachsenden Einfluß marxistischer Gruppen an den Universitäten und den heftigen Auseinandersetzungen über den amerikanischen Vietnamkrieg. Der MSI verfolgte nun eine „Strategie der Spannung“. Dadurch konnte er neue Anhänger in den antikommunistischen Mittelschichten gewinnen. Gleichzeitig verlor er jedoch Wähler im Süden infolge der Lockerung traditioneller Parteibindungen durch die sozioökonomische und soziokulturelle Modernisierung des Landes. Bei den Parlamentswahlen von 1968 sank sein Stimmenanteil auf 4,4 (Kammer) bzw. 4,8 (Senat) Prozent. In der Partei wuchs nun das Verlangen nach einem strategischen Kurswechsel sowie nach einer grundlegenden personellen, organisatorischen und programmatischen Erneuerung.⁴³

2.6. Das Experiment der „nationalen Rechten“ 1969-1977

Nach dem Tod von Micheline 1969 vollzog sich ein tiefgreifender personeller, strategischer und programmatischer Wandel der Partei. Ihre Führung übernahm nun erneut der Repräsentant des nationalsozialen Flügels, Giorgio Almirante. Er führte weiterhin einen nationalrevolutionären Diskurs und stützte sich innerparteilich vor allem auf die Parteiaktivisten, verstand es jedoch, auch die konservativen Honoratioren einzubinden. Er zentralisierte den Parteiapparat, schärfte das programmatische Profil und transformierte den MSI in eine Massenpartei mit einer ausdifferenzierten Organisationsstruktur. Dadurch stärkte er die Position der Parteiführung und der Funktionsträger.⁴⁴

Strategisch verfolgte Almirante zwei Ziele. Einerseits wollte er die gesamte Rechte einschließlich ihrer außerparlamentarischen und antidemokratischen Gruppierungen außerhalb des Systems sammeln, um diese neben dem Zentrum und der Linken zu einem zentralen Akteur der italienischen Politik zu machen. Andererseits strebte er erneut die Bildung eines Rechtsblocks, einer „Großen Rechten“ (Grande Destra) aus Neofaschisten, Monarchisten, Liberalen und konservativen Christdemokraten inner-

⁴³ Vgl. Baldoni (FN 9), S. 629-640; Ignazi (FN 3), S. 101 ff.

⁴⁴ Vgl. Ignazi (FN 3), S. 133 ff.

halb des Parteiensystems an, um so an der Macht beteiligt zu werden. Im Interesse dieser doppelten Zielsetzung erklärte er den Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus historisch für überholt und bekannte sich zur Demokratie, zum Verfassungsstaat und zum Parteienwettbewerb, attackierte jedoch gleichzeitig die „Parteiherrschaft“ (partitocrazia), d.h. die Dominanz der Verfassungsparteien, den Klientelismus, die Lottizzazione und die Instabilität des parlamentarischen Systems, das Vordringen von Materialismus und Utilitarismus, von Marxismus und Linksextremismus sowie die Reformbestrebungen innerhalb des Katholizismus.⁴⁵ Mit dieser Doppelstrategie gelang es dem MSI, sowohl Teile der außerparlamentarischen Rechten als auch die Mehrheit der Monarchisten an sich zu binden.⁴⁶

Im November 1969 schloß sich ihm der nationalrevolutionäre Ordine Nuovo an, der 1956 von MSI-Dissidenten aus Protest gegen die Integrationsstrategie Michelinis gegründet worden war, und 1972 fusionierte die monarchistische Sammelpartei PDIUM⁴⁷ mit ihm zum MSI- Destra Nazionale.⁴⁸ Diese gab sich nach außen gemäßigt und demokratisch, in ihr dominierten jedoch eindeutig die Systemgegner. Bei den Parlamentswahlen von 1972 erzielte sie mit 8,7 Prozent der Wählerstimmen das bis dahin beste Wahlergebnis der Rechten. Sie verfehlte jedoch ihr strategisches Ziel, die Bildung einer großen Rechtskoalition unter Einschluß der DC, da diese auch jetzt nicht zu einer Zusammenarbeit mit ihr bereit war. Damit war der zweite Integrationsversuch gescheitert. Entscheidend für sein Scheitern waren die ungünstigen Rahmenbedingungen sowie das Festhalten der MSI-Kader an antidemokratischen Vorstellungen. Der Antifaschismus bildete noch immer die geistig-moralische Grundlage der politischen Ordnung, die subkulturellen Milieus waren noch weitgehend intakt und die Bindungen der Wähler an die Verfassungsparteien weiterhin stark. Das demokratische Zentrum verfügte daher noch immer über eine breite parlamentarische Mehrheit und war deshalb nicht auf die Unterstützung der nationalen Rechten angewiesen.

Der MSI gab nach dem Wahlen seine vorübergehende Mäßigung wieder auf und kehrte zur Antiparteienopposition zurück. Daraufhin verließen viele ehemalige Monarchisten die Partei und gründeten die Democrazia Nazionale.⁴⁹ Damit war das Experiment der Destra Nazionale gescheitert. Entscheidend für seinen Mißerfolg waren die nach wie vor bestehenden ideologischen und programmatischen Unterschiede zwischen Monarchisten und Neofaschisten. Während die Monarchisten weitgehend die Werte und Ziele der konservativen Christdemokraten teilten und daher zu einer dauerhaften Zusammenarbeit mit ihnen bereit waren, hielten die Neofaschisten an ihren antidemokratischen Grundüberzeugungen fest und betrachteten daher die Zusammenarbeit mit demokratischen Parteien lediglich als zeitlich begrenzte Zweckbündnisse.

45 Vgl. Marco Tarchi, Cinquant'anni di nostalgia. Intervista di Antonio Carioti, Mailand 1995, S. 81.

46 Vgl. Ignazi (FN 3), S. 143 ff.

47 Partito Democratico Italiano di Unità Monarchica.

48 Vgl. Marco Revelli, La Destra Nazionale, Mailand 1996.

49 Vgl. Raffaele Delfino, Prima di Fini. Intervista a cura di Marco Bertoncini, Foggia 2004.

2.7. Radikalisierung und Erneuerung 1977-1987

Der Fehlschlag der Föderations- und Integrationsstrategie Almirantes stärkte die radikalen Kräfte. Deren Führung übernahm nun Pino Rauti, der 1969 mit dem Ordine Nuovo in die Partei zurückgekehrt war. Er propagierte einen antikapitalistischen, antiameikanischen, antiliberalen Kurs, um traditionelle Linkswähler für die Partei zu gewinnen. Innerparteilich wurde er vor allem von der Jugendorganisation der Partei, der Fronte della Gioventù (FdG) unterstützt. Obwohl seine Anhänger eine wichtige Rolle in den innerparteilichen Auseinandersetzungen spielten, wurde der Kurs der Partei weiterhin von den konservativen Kräften bestimmt. Diese bekämpften in den Jahren des „historischen Kompromisses“ zwischen Christdemokraten und Kommunisten (1976-1979) erbittert die Verfassungsparteien und propagierten eine national-konservative Alternative. Damit konnten sie bei den Parlamentswahlen von 1997 jedoch nur leichte Stimmengewinne erzielen.⁵⁰ Trotz der günstigen Koalitionsstrukturen der Jahre 1976-1979 hatte sich die Rückkehr zur Antiparteienstrategie elektoral nicht ausgezahlt. Trotzdem hielt der MSI an ihr fest.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verstärkten sich politische, soziale und kulturelle Entwicklungen, die dem MSI neue Handlungsperspektiven eröffneten. Zu diesen Entwicklungen gehörten die Historisierung des Faschismus, das Verblassen des Resistenza-Mythos, die Erosion der subkulturellen Milieus, die zunehmende Volatilität des Wählerverhaltens und der fortschreitende Akzeptanzverlust der Verfassungsparteien. Sie schwächten die Position des Zentrums, insbesondere der DC, und werteten den MSI auf. Dieser wurde nun von Teilen der politischen Klasse als dialogfähig betrachtet.⁵¹ Der MSI wußte jedoch nicht die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen, da er an seiner Antisystemopposition festhielt.⁵² Daher blieb er weiterhin von der Macht ausgeschlossen. Infolge der Erosion der Subkulturen und den Akzeptanzverlust der Großparteien veränderte sich jedoch seine Wählerbasis. Bei den Parlamentswahlen von 1987 gewann er zwar Wähler im Norden, verlor aber traditionellen Anhänger im Süden. Insgesamt war die Wählerbilanz negativ.⁵³ Er behauptete sich damit zwar als viertstärkste Partei, hatte aber seine strategischen Ziele nicht erreicht. Vierzig Jahre nach seiner Gründung waren ihm weder die Eroberung der kulturellen Hegemonie noch die Integration in das Parteiensystem gelungen. Allerdings

50 5,3 Prozent in der Kammer und 5,7 Prozent im Senat. Damit wurde der MSI wieder zur viertstärksten Partei hinter DC, PCI und PSI. Vgl. Mario Corte (Hrsg.), 1946-2006. Sessant'anni di elezioni in Italia, Rom 2006, S. 65 ff.

51 So konsultierte 1984 Staatspräsident Pertini, eine Ikone des antifaschistischen Widerstandes, auch den MSI-Vorsitzenden Almirante bei der Regierungsbildung, und der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi nahm Kontakte zu MSI-Politikern auf. Vgl. Ignazi (FN 3), S. 219 ff.; Höhne (FN 1), S. 183 f.

52 Vgl. Roberto Chiarini, L'integrazione passiva, in: Ders./Marco Maraffi (Hrsg.), La destra allo specchio. La cultura politica di Alleanza Nazionale, Venedig 2001, S. 13-42.

53 Gegenüber 1983 sank sein nationaler Stimmenanteil bei den Wahlen zur Kammer von 6,8 auf 5,9 Prozent, bei den Wahlen zum Senat von 7,3 auf 6,5 Prozent. Vgl. Corte (FN 50), S. 74-89.

war er zu einer festen Größe der italienischen Politik geworden. Seine Teilnahme an Wahlen, seine Mitarbeit in den Parlamenten, seine Präsenz in öffentlichen Institutionen führten zu seiner Banalisierung in der öffentlichen Wahrnehmung. Die demokratischen Parteien hatten sich an seine Existenz gewöhnt und akzeptierten ihn als politischen Akteur, gelegentlich auch als Gesprächspartner.

Zeitlich parallel zur Veränderung der externen Handlungsbedingungen veränderten sich auch die internen Verhältnisse der Partei. Aus Altersgründen zogen sich viele Angehörige der Gründergeneration, die durch den Faschismus und den Bürgerkrieg der Jahre 1943-1945 geprägt worden waren, aus dem aktiven Parteileben zurück. An ihre Stelle traten Angehörige der jüngeren Generation, die in den sechziger und siebziger Jahren vor allem durch die Auseinandersetzungen mit der Linken politisch sozialisiert worden waren. Sie teilten zwar weitgehend noch die (neo-)faschistischen Ideen, besaßen aber keine emotionale Bindung mehr an die RSI und betrachteten daher den MSI vor allem als einen antikommunistischen Kampfbund. Zu ihnen gehörte u.a. Gianfranco Fini, der spätere Architekt des Transformationsprozesses.

Trotz der Entideologisierung der italienischen Politik und des Generationswechsels im Führungspersonal wurde das Selbstverständnis des MSI weiterhin von neofaschistischen Vorstellungen geprägt. Diese dienten in den innerparteilichen Auseinandersetzungen als moralische Legitimation und konservierten so den Charakter des MSI als neofaschistische Weltanschauungspartei.⁵⁴ In seiner öffentlichen Darstellung paßte sich der MSI jedoch weiterhin kontinuierlich der Verfassungskultur an. So verstärkte sich die Diskrepanz zwischen dem internen und dem öffentlichen Parteidiskurs.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Partei wurde der Ausgang der innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Gemäßigten.⁵⁵ In diesen konnten sich die Konservativen durchsetzen. Als im Dezember 1987 Almirante zurücktrat, wurde ein Exponent des konservativen Flügels, Gianfranco Fini, zu seinem Nachfolger gewählt.⁵⁶ Damit übernahm zum erstenmal ein Repräsentant der Nachkriegsgeneration die Parteiführung. Der 1955 in einer istrischen Flüchtlingsfamilie geborene Fini wuchs in Bologna in einem kleinbürgerlichen Milieu auf und studierte dort Pädagogik. Sein Weltbild wurde entscheidend vom Nationalismus und Antikommunismus des Elternhauses geprägt. Als Student schloß er sich dem MSI an und machte dort als Schützling Almirantes rasch Karriere. 1977 übernahm er die Leitung der MSI-Jugendorganisation.

Als neugewählter Parteivorsitzender bekannte er sich zum faschistischen Erbe, bemühte sich jedoch um eine programmatische Modernisierung der Partei. Diese war erforderlich, da sich das öffentliche Meinungsklima grundlegend geändert hatte. Na-

54 Vgl. Tarchi (FN 7), S. 401.

55 Vgl. ebd., S. 95 ff.

56 Vgl. Ignazi (FN 3), S. 244 f.; ferner Alessandro Caprettini, *La Nuova Destra*, Palermo 1995, S. 80 ff. Zur Person des neuen Parteivorsitzenden siehe Goffredo Locatelli/Daniele Martini, *Duce Addio. La biografia di Gianfranco Fini*, Mailand 1994.

tionalismus und Antikommunismus hatten weitgehend ihre Mobilisationskraft eingebüßt. Dafür beherrschten wirtschaftliche und soziale Themen die politische Debatte. Bei seinen Modernisierungsbestrebungen stieß Fini auf den heftigen Widerstand des nationalrevolutionären Flügels. Dessen Führer, Pino Rauti, propagierte eine antikapitalistische Alternative zum bestehenden System, um so vor allem desorientierte Wähler der kommunistischen Partei PCI zu gewinnen. Im Januar 1990 konnte er Fini von der Parteispitze verdrängen. Seine antikapitalistische Strategie führte jedoch bei den Regionalwahlen von 1990 und 1991 zu erheblichen Stimmenverlusten. Die konservativen Kräfte zwangen ihn deshalb im Juni 1991 zum Rücktritt und wählten Fini erneut zum Generalsekretär.⁵⁷ Während der Krise des Parteiensystems 1992/96 wurde somit der MSI erneut von konservativen Kräften geführt.

Fini kehrte zur Doppelstrategie *Almirantes* zurück, machte aber die Verteidigung der nationalen Identität gegen den Zustrom nichteuropäischer Einwanderer zum zentralen Mobilisationsthema und suchte international die Zusammenarbeit mit dem französischen *Front national*.⁵⁸ Seine einwanderungsfeindliche Haltung wurde jedoch von beiden Parteiflügeln abgelehnt.⁵⁹ Fini gab daher 1992 das Einwanderungsthema wieder auf und distanzierte sich von den französischen Nationalisten. Diese Episode zeigte bereits, wie stark sein Handeln von strategischen Überlegungen bestimmt wurde.⁶⁰

2.8. Die Krise des italienischen Parteiensystems und der Positionswechsel des MSI

Anfang der neunziger Jahre veränderte sich grundlegend die Wettbewerbssituation des Parteiensystems. Das Ende des Ost-West-Konflikts 1990 entzog dem inneritalienischen Systemkonflikt zwischen Kommunisten und Antikommunisten seine internationale Grundlage. Er nahm dem Antikommunismus seine systemstabilisierende Funktion und befreite dadurch die PCI aus ihrer Isolation, in der sie sich seit 1948 befand. Diese transformierte sich in die linkssozialistische PDS⁶¹ und wurde so für demokratische Systemparteien koalitionsfähig. Dies ermöglichte erneut die Bildung von Mitte-Linkskoalitionen unter Einschluß der Ex-Kommunisten und machte dadurch einen demokratischen Machtwechsel zwischen der Rechten und der Linken denkbar.⁶² Ferner erhöhte sich die politische Bedeutung der gesellschaftlichen Konflikte, die bis dahin vom Systemkonflikt überlagert worden waren: Arbeit-Kapital, Laizismus-Katholizismus, Zentrum-Peripherie, Nord-Süd. Koalitionen zwischen Katholiken und Laizisten, zwischen Zentralisten und Regionalisten, zwischen Wirtschaftsliberalen und Sozialpro-

⁵⁷ Vgl. Ignazi (FN 3), S. 248.

⁵⁸ Vgl. Roberto Chiarini, *La tentazione della protesta anti-immigrati*, in: Chiarini/Maraffi (FN 52), S. 165 ff.

⁵⁹ Die Konservativen sahen in ihr eine Gefahr für die mühsam errungene Akzeptanz der Partei, die Radikalen betrachteten sie als unvereinbar mit ihrer antiimperialistischen, d.h. antiamerikanischen Strategie.

⁶⁰ Vgl. Tarchi (FN 45), S. 173.

⁶¹ Partito democratico della Sinistra.

⁶² Vgl. Zohnhöfer (FN 36), S. 286 ff.

tektionisten wurden dadurch erheblich schwieriger als in der Zeit des Systemkonflikts. Dies schwächte erheblich das Zentrum, das Italien seit 1948 regierte. Die Verschärfung des Nord-Südkonflikts begünstigte den Aufstieg der regionalistischen Lega Nord zur viertstärksten politischen Kraft des Landes. Wirtschafts- und sozialpolitisch stand sie den Parteien der rechten Mitte nahe, aufgrund ihrer regionalistischen Zielsetzung bildete sie jedoch einen eigenen Pol im Parteiensystem.⁶³

Entscheidend für die Transformation des italienischen Parteiensystems wurden jedoch die Ermittlungen der Mailänder Staatsanwaltschaft gegen führende Politiker des Regierungslagers wegen illegaler Parteifinanzierung (Mani pulite) ab Februar 1992. Deren Verwicklung in Korruptionsaffären diskreditierte die Parteien des Zentrums, insbesondere die DC und die PSI und delegitierte ihre Herrschaft. Bei den Parlamentswahlen von 1992 konnten sie zwar ihre Positionen noch weitgehend behaupten, verloren danach aber rapide an Ansehen. 1993 zerfiel die DC in mehrere Nachfolgeparteien; die PSI und die laizistischen Parteien verschwanden in der Versenkung. Dadurch entstand im Zentrum des Parteiensystems ein Vakuum, das dem MSI unerwartet neue Handlungsmöglichkeiten bot. Da er als permanente Oppositionspartei nicht in Bestechungsaffären verwickelt war, konnte er hoffen, die desorientierten Wähler des Zentrums zu gewinnen und so zur Führungspartei des bürgerlichen Lagers aufzusteigen. Die Einführung eines neuen Wahlrechts im April 1993 drohte jedoch diese Hoffnung zu zerstören. Die Ablösung des bis dahin geltenden Verhältniswahlrechts durch eine komplizierte Mischung von Elementen der Mehrheits- und der Verhältniswahl begünstigte Wahlkoalitionen unter Führung von Großparteien.⁶⁴ Da der MSI noch immer im Parteiensystem isoliert war, drohte ihm trotz des zu erwartenden Stimmengewinns die parlamentarische Marginalisierung.

3. Die Alleanza Nazionale

3.1. Die Transformation des MSI

Die Veränderungen seiner Handlungsbedingungen stellten den MSI anfang der neunziger Jahre vor die Wahl zwischen einer Radikalisierung seiner Antisystemopposition und einer Integration in das neuentstehende Parteiensystem. Durch eine Radikalisie-

⁶³ Vgl. Fix (FN 33), S. 115 ff.

⁶⁴ Bei nationalen Wahlen wurden nun 75 Prozent der Mandate nach dem Mehrheitswahlrecht und nur noch 25 Prozent der Mandate nach dem Verhältniswahlrecht vergeben, bei Kommunalwahlen wurden die Bürgermeister direkt nach dem Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen gewählt, die Mandate jedoch weiterhin nach dem Verhältniswahlrecht verteilt. Das neue Wahlrecht begünstigte Großparteien und Wahlkoalitionen, da diese unter den Bedingungen der Mehrheitswahl die besten Erfolgsaussichten in den Wahlkreisen besaßen. Vgl. Hartmut Ullrich, Reform des italienischen Wahlsystems – Die Fata Morgana des Ein-Mann-Wahlkreises als Regenerationsinstrument der Demokratie, in: Ferraris/Trautmann/Ullrich (FN 1), S.123-149.

rung konnte er hoffen, alle Gegner der „Parteiherrschaft“ zu gewinnen, riskierte aber eine Verstärkung seiner Isolation, durch eine Integration bot sich ihm dagegen die Möglichkeit der demokratischen Legitimation. Der MSI entschied sich für beides. Er attackierte heftig die regierenden Parteien als korrupt und inkompetent, präsentierte sich aber als demokratische Alternative zu ihnen im System. Er hoffte so, die enttäuschten Wähler der Mitte zu gewinnen, ohne seine traditionellen Wähler zu verlieren. Um den traditionellen Zentrumswählern das Votum für den MSI psychologisch zu erleichtern, schuf Fini im Juni 1993 gemeinsam mit einigen Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft ein Wahlkartell unter dem Namen Alleanza Nazionale (AN).⁶⁵ Diese besaß keine eigene Rechtspersönlichkeit und keine eigene Organisation. Sie war lediglich ein neues Firmenschild, welches das Erscheinungsbild des MSI in der Öffentlichkeit aufbessern sollte. Diese nahm jedoch kaum Notiz von ihr. Der erwartete Zustrom aus der zerfallenden Mitte blieb daher aus.

Die erste Bewährungsprobe der Alleanza Nazionale bildeten die Bürgermeister- und Kommunalwahlen vom Herbst 1993. Diese fanden zum ersten Mal unter den Bedingungen des neuen Wahlrechts statt. Der MSI präsentierte sich unter dem Signum MSI/AN im Wahlkampf als „saubere“ Alternative zur korrupten „Parteiherrschaft“, d.h. zu allen seit 1946 regierenden Parteien des Zentrums sowie als zuverlässiges Bollwerk gegen die Linke. Dadurch förderte er die Polarisierung des Parteienwettbewerbs. In vielen Gemeinden kam es so zu Duellen mit Mitte-Linksbündnissen unter Führung der PDS. Bei diesen war der MSI/AN in 19 Städten des Südens erfolgreich.⁶⁶ In den beiden größten Städten des Landes, Neapel und Rom, erlitt er jedoch eine Niederlage. Im ersten Wahlgang konnten zwar in Rom Gianfranco Fini, der Parteivorsitzende und in Neapel Alessandra Mussolini, die Enkelin des Diktators, die Konkurrenten des Zentrums schlagen, im zweiten Wahlgang unterlagen sie jedoch mit 46,9 Prozent bzw. 44,4 Prozent der Wählerstimmen den Kandidaten von Mitte-Linksbündnissen. Trotz der für ihn extrem günstigen Wahlsituation war es ihm somit in beiden Großstädten nicht gelungen, die Mehrheit zu gewinnen.

Die Ergebnisse der Bürgermeister- und Kommunalwahlen vom Herbst 1993 zeigten deutlich die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der neuen Konfrontationsstrategie auf. Mit ihrer Hilfe hatte der MSI erhebliche Stimmengewinne auf der kommunalen Ebene erzielt und war in vielen Kommunen, unter ihnen Rom und Neapel, zur stärksten nichtkommunistischen Kraft aufgestiegen. Infolge seines neofaschistischen Images und seiner Isolation im Parteiensystem war es ihm aber in den beiden größten Städten des Landes nicht gelungen, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Wenn er die politische Krise auch unter den Bedingungen des neuen Wahlrechts nutzen wollte, dann mußte er sein neofaschistisches Image und seine politische Isolierung überwinden.

65 Zu den Mitbegründern gehörte der Politologe Domenico Fisichella, von dem die Idee der AN stammte. Vgl. Massimo Crosti, Domenico Fisichella. *Il primato della politica*, Troina 2005.

66 Vgl. Ignazi (FN 31), S. 94.

Fini strebte daher ab Herbst 1993 einen Imagewandel der Partei sowie ihre Transformation in eine nationale Sammlungsbewegung an. Am 11. Dezember 1993 legte er an den Fosse Ardeatine, in denen im März 1944 italienische Geiseln von der SS erschossen worden waren, einen Kranz nieder und erwies so den Opfern der nazistischen Repression seine Referenz. Dies war eine Geste von hoher Symbolkraft, denn die Fosse Ardeatine bildeten eine zentrale Gedenkstätte der antifaschistischen Traditionspflege. Es war jedoch gleichzeitig ein geschickter Schachzug, denn die Täter waren Deutsche und die Opfer Italiener. Damit wurde der Gegensatz zwischen Faschismus-Antifaschismus, der den Bürgerkrieg der Jahre 1943/45 bestimmte, ausgeklammert. Fini erklärte denn auch, er habe durch seine Geste die „Rechte vom Haß des Bürgerkrieges“ befreien und so den Gegensatz zwischen Faschismus und Antifaschismus überwinden wollen.⁶⁷ Der MSI übernahm somit Ende 1993 nicht die antifaschistische Erinnerungskultur, die auf dem Gegensatz Faschismus-Antifaschismus beruhte, sondern propagierte eine nationale Erinnerungskultur, welche beide Bürgerkriegsparteien einschloß und damit auch die Neofaschisten moralisch in die Nation integrierte.

Als Rahmen für die neue Sammelpartei diente die bereits im Juni 1993 als Wahlkartell gegründete Alleanza Nazionale. Sie wurde am 22. Januar 1994 durch ausgewählte Parteiaktivisten sowie ehemalige Christdemokraten und Rechtsliberale in eine eigenständige Rechtspersonlichkeit umgewandelt. Ihr Vorsitzender wurde Fini, sein Stellvertreter ein anderes führendes MSI-Mitglied, Adolfo Urso. Die Organisation übernahmen MSI-Funktionäre. Die AN war daher personell und organisatorisch weitgehend mit dem MSI identisch.⁶⁸

Mit Rücksicht auf die Parteibasis blieb der MSI zunächst als Partei bestehen, bildete jedoch bei den Parlamentswahlen vom März und den Europawahlen vom Juni 1994 gemeinsame Listen mit der AN unter einem gemeinsamen Logo.⁶⁹ De facto handelte es sich bei diesen Gemeinschaftslisten aber nur um offene Listen des MSI, auf denen auch einige unabhängige Persönlichkeiten sowie ehemalige Aktivisten anderer Parteien kandidierten. Die AN bildete „Zirkel“, um ihre Ideen in der Wählerschaft zu verbreiten und Sympathisanten an die Partei heranzuführen. Sie wurden von MSI-Mitgliedern geführt und dienten vor allem der Meinungsbildung. Nach offiziellen Angaben belief sich ihre Zahl im Herbst 1994 auf etwa 2.000. Fini benutzte sie zur Rechtfertigung seiner Transformationsstrategie, bot ihnen jedoch kaum Einfluß auf den Transformationsprozeß.⁷⁰

Unter den Zwängen des neuen Wahlrechts schloß der MSI/AN ein Wahlbündnis mit der Ende 1993 gegründeten wirtschaftsliberalen Forza Italia (FI) unter dem Na-

67 Vgl. Gianfranco Fini, Interview, in: *Ideazione* 2 (1995) 1, S. 76.

68 Vgl. Piero Ignazi, *Alleanza nazionale*, in: Ilvo Diamanti/Renato Mannheimer, *Milano a Roma. Guida all'Italia elettorale del 1994*, Rom 1994, S. 38-54, hier S. 44.

69 Am 29. Januar 1994 billigten die Delegierten des MSI-Parteikongresses von Rom diese enge Verbindung. Vgl. Tarchi (FN 7), S. 129 f.

70 Vgl. Höhne (FN 1), S. 189 f.

men Pol del Buon Governo. Die FI war eine demokratische Partei, gehörte als Neugründung jedoch nicht zum „Verfassungsbogen“ der I. Republik. Sie besaß daher gegenüber dem MSI keine Berührungängste bzw. politisch-moralische Vorbehalte.⁷¹ Beide Parteien stellten aber nur im Süden und im Zentrum gemeinsame Kandidaten auf. Im Norden verbündete sich die FI mit der Lega Nord, da sie deren Wählerpotential dort wesentlich höher einschätzte als das des MSI. Ein landesweites Wahlbündnis aller drei Parteien war wegen der staatspolitischen Gegensätze zwischen dem unitarischen MSI und der regionalistischen Lega Nord 1994 noch nicht möglich. Der MSI trat daher im Norden unter dem Logo MSI/AN alleine an.

Durch die Wahlkoalition mit der FI optimierte der MSI/AN nicht nur seine Wahlchancen nach dem Mehrheitswahlssystem, sondern verstärkte auch seine demokratische Legitimation. Im Wahlkampf vertrat er in der Wirtschaftspolitik neoliberale, in der Sozialpolitik sozialstaatliche, in der Debatte um die Staatsreform unitarische, in der Europapolitik integrationsfreundliche, in der Außenpolitik proamerikanische und in kulturellen Fragen konservative Positionen. Vor allem aber profilierte er sich als Antikorruptionspartei.⁷² Dies zahlte sich bei den Wahlen aus. Er erhielt 13,5 Prozent der Stimmen nach dem Verhältniswahlssystem, dank des Wahlbündnisses mit der Forza Italia aber 84 Mandate in der Kammer und 43 Mandate im Senat nach dem Mehrheitswahlssystem. Gegenüber den Parlamentswahlen von 1992 konnte er so seinen Stimmenanteil mehr als verdoppeln und seine parlamentarische Repräsentation verdreifachen.⁷³ Mit insgesamt 107 Abgeordneten und 47 Senatoren wurde er hinter der Forza Italia und der PDS zur drittstärksten parlamentarischen Kraft.⁷⁴

Gekrönt wurde die neue Integrations- und Bündnisstrategie durch den Eintritt in die Mitte-Rechts-Regierung Berlusconi.⁷⁵ Damit war der MSI als AN innerhalb eines Jahres von einem isolierten Außenseiter zur Regierungspartei geworden. Dies stärkte Finis Position gegenüber seinen innerparteilichen Gegnern. Er konnte nun den Transformationsprozeß des MSI weiter vorantreiben.

Auf seinem 17. Parteitag in Fiuggi am 25./29. Januar 1995 fusionierte der MSI mit der AN und hörte damit nach fast fünfzig Jahren rechtlich auf zu existieren. Organisatorisch bestand er jedoch unter dem neuen Namen weiter. Seine Mitglieder wurden in die AN übernommen und dominierten diese. Neu hinzu kamen lediglich die etwa

71 Ihr Gründer, Silvio Berlusconi, hatte bereits während der Bürgermeisterwahlen von Rom die Kandidatur Finis unterstützt und so erheblich zu ihrer demokratischen Legitimation beigetragen. Vgl. Fix (FN 33), S. 190 ff.

72 Vgl. Roberto Philipp Lalli: Lega Nord, Forza Italia und Movimento Sociale Italiano-Alleanza nazionale. Eine instrumentelle Koalition ohne programmatisch-ideologische Kongruenz?, Universität Stuttgart, 1998, Online-Dokument, unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2000/618/pdf/lalli.pdf>, S. 121.

73 Vgl. Corte (FN 50), S. 103 ff.

74 Vgl. Günter Trautmann, Wahlen und Referenden 1994 bis 1995, in: Ferraris/Trautmann/Ullrich (FN 1), S. 417-430.

75 In dieser stellte die AN fünf Minister. Nur einer von ihnen, Giuseppe Tartarella, gehörte als ehemaliger Vizeregernalsekretär des MSI zu den Altkadern der Partei. Fini trat nicht in das Kabinett ein.

2.000 Mitglieder der AN-Zirkel sowie Einzelpersonlichkeiten aus der Zivilgesellschaft. Die alte Partielite sicherte sich über die Organisationsstrukturen die Parteiführung. Die AN übernahm das MSI-Statut, fügte ihm aber einige Artikel hinzu, die dem Vorsitzenden weitreichende Machtbefugnisse gaben.⁷⁶ Rechtlich trat sie die Nachfolge des MSI an und sicherte sich so dessen Besitzstände. Organisatorisch und rechtlich bildet sie daher dessen Nachfolgepartei.

Die Transformation des MSI wurde von den Parteitagsdelegierten mit großer Mehrheit gebilligt.⁷⁷ Nur der Wortführer des sozialnationalen Flügels, Pino Rauti und einige seiner Anhänger lehnten sie ab und verließen die Partei.⁷⁸ Ihr Austritt stärkte die Position Finis. Möglich wurde dessen Erfolg durch einen innerparteilichen Kompromiß mit Mirko Tremaglia. Dieser gehörte der Gründergeneration des MSI an und vertrat nationalistisch-populistische Positionen.⁷⁹ Als Preis für den Kompromiß mußte Fini diese bei der programmatischen Ausrichtung der AN berücksichtigen.

3.2. Ideologie und Programmatik der AN

Die politisch-strategische Anpassung des MSI an die sich wandelnden Handlungsbedingungen des politischen Systems wurde begleitet von einer zögerlichen ideologischen und programmatischen Anpassung des offiziellen Parteidiskurses an den demokratischen Verfassungskonsens. Nur so war es dem MSI/AN möglich, sich als demokratische Partei zu legitimieren und in das politische System zu integrieren. Dabei stand er vor einer doppelten Aufgabe. Einerseits mußte er den demokratischen Kräften im In- und Ausland, insbesondere in den USA und in Israel, beweisen, daß er sich auch inhaltlich gewandelt hatte, andererseits mußte er auf die Parteibasis und die Stammwähler Rücksicht nehmen, die einen grundlegenden Wandel ablehnten. Diese doppelte Aufgabe erforderte die Revision bisheriger Positionen, sie begrenzte aber auch gleichzeitig die Reichweite dieser Revision. Der ideologische und programmatische Positionswandel erfolgte daher langsamer als der politisch-strategische und ist bis heute noch nicht abgeschlossen.

In ihren programmatischen Thesen von 1994⁸⁰ und von 1995⁸¹ distanzierte sich die AN nicht offiziell vom Faschismus, sondern historisierte ihn wie bereits vorher der

76 So ernennt er den Generalsekretär (Koordinator) und die Provinzsekretäre der Partei und kann sie auch jederzeit wieder abberufen. Damit kontrolliert er die Parteiorganisation.

77 An dem Parteitag nahmen 1.580 Delegierte des MSI und 800 Delegierte der AN-Zirkel teil.

78 Sie gründeten den "Movimento Sociale – Fiamma Tricolore" (MST). Dieser vertrat weiterhin sozial-nationale Positionen, entwickelte sich aber zu keiner ernsthaften Konkurrenz für den MSI. Sein Wähleranteil bei Parlamentswahlen sank nach dem Verhältniswahlrecht von 0,9 Prozent im Jahre 1996 auf 0,6 Prozent im Jahre 2006.

79 Vgl. http://www.alleanzanazionale.it/an_ti_segna/1_ministri_di_an.htm (13. Juni 2003).

80 Vgl. Carta dei Valori di Alleanza Nazionale, Rom 1994.

81 Vgl. *Pensiamo l'Italia, il domani c'è già – Valori, idee e progetti per l'Alleanza Nazionale. Tesi politiche approvate dal Congresso di Fiuggi, Gennaio 1995*; Bruno Zoratto (Hrsg.), *Erdenken wir uns Italien. Die Zukunft ist schon angebrochen. Politische Werte, Ideen und Projekte für die Alleanza Nazionale, Beilage zu Nuovo Oltreconfine 1 (1996)* (im folgenden zitiert als AN, Programm von Fiuggi).

MSI in den siebziger Jahren. Er sei das Produkt spezifischer historischer Umstände gewesen und sei mit dem Verschwinden dieser Umstände ebenfalls verschwunden.⁸² Diese Historisierung des Faschismus ersparte der AN eine Auseinandersetzung mit ihrem geistigen Erbe und erlaubte es ihr, sich zu den traditionellen Werten der Rechten zu bekennen. Diese hätten bereits vor dem Faschismus existiert, seien durch diesen hindurchgegangen und hätten ihn überlebt. Sie seien daher auch heute noch gültig.⁸³

Die AN historisierte allerdings auch den Antifaschismus und erklärte damit den Gegensatz von Faschismus-Antifaschismus als geschichtlich überholt.⁸⁴ Sie vermochte sich so ohne Bekenntnis zum antifaschistischen Verfassungskonsens in das Parteiensystem zu integrieren. Fini verurteilte allerdings bereits 1995 den Rassismus, Antisemitismus und Totalitarismus des faschistischen Regimes.⁸⁵ Mit Rücksicht auf die Parteibasis bezeichnete er jedoch noch 1995 Mussolini als den größten Staatsmann des 20. Jahrhunderts.⁸⁶ Erst bei seinem Besuch der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem für die ermordeten Juden Europas in Jerusalem im November 2003 nannte er den Faschismus Teil des „absolut Bösen“ (male assoluto).⁸⁷

Statt zum Faschismus bekannte sich die AN zu den Werten der abendländischen Zivilisation und des Katholizismus, zur Freiheit und zur Demokratie. Zur theoretischen Begründung dieses Bekenntnisses berief sich Fini in Fiuggi auf eine Vielzahl von Denkern des 19. und 20. Jahrhunderts, die nur geringe Gemeinsamkeiten besaßen. Der Spannungsbogen reichte von den Theoretikern des französischen Traditionalismus (de Maistre, de Bonald, Maurras) über Vertreter der Konservativen Revolution (Carl Schmitt, Spengler), des Futurismus (Marinetti), des Nationalismus (d'Annunzio), des Elitismus (Pareto), des Faschismus (Gentile) sowie Neofaschismus (Evola) bis hin zu Vordenkern des Liberalismus (Croce) und Marxismus (Gramsci).⁸⁸ Er rechtfertigte diesen Eklektizismus mit dem Argument, all diese Denker hätten die italienische Kultur des 20. Jahrhunderts beeinflusst und gehörten damit zum geistigen Erbe der Nation. In der AN könne sich jeder auf denjenigen Denker berufen, dem er sich nahe fühle. Er müsse lediglich die Demokratie sowohl als Methode als auch als Wertssystem bejahen.⁸⁹

82 Vgl. Pensiamo l'Italia (FN 81), S. 14. Ferner Gianfranco Fini, Vi presento AN. Partito democratico di destra, in: Ideazione 2 (1995) 1, S. 74-84, hier S. 81.

83 Vgl. Programm von Fiuggi (FN 81), S. 14.

84 Vgl. ebd.

85 Vgl. ebd.

86 Vgl. Gerhard Feldbauer, Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien, Berlin 1996, S. 180 ff.

87 Vgl. Il Secolo d'Italia vom 24. November 2003. Aus Protest gegen seine moralische Verurteilung des Faschismus bildete sich eine innerparteiliche Opposition um Francesco Storace, dem damaligen Präsidenten der Region Latium, und Alessandra Mussolini, die Enkelin des Diktators, verließ die Partei. Vgl. La Repubblica vom 3. und 8. Dezember 2003.

88 Vgl. Fini (FN 82), S. 82. Ferner ders. auf dem Parteitag von Fiuggi, in: Zoratto (FN 81), S. 15.

89 Vgl. Fini (FN 82), S. 82.

Finis ideologischer Eklektizismus ergab sich aus dem Bestreben, einerseits die verschiedenen Strömungen der Partei zu integrieren, andererseits die Partei für neue Mitglieder aus anderen politischen Traditionen zu öffnen. Jede präzise ideologische Aussage, jede ideologische Festlegung hätte die Verwirklichung dieser doppelten Zielsetzung behindert. Eine Inhaltsanalyse des Parteidiskurses zeigt jedoch, daß die zentralen Werte der AN die gleichen waren wie die des MSI: Nation, Staat, Ordnung, Autorität, Familie, Tradition, Solidarität. Die AN gab ihnen aber unter Rückgriff auf konservative, katholische und nationale Vorstellungen einen neuen Inhalt und machte sie so mit der Demokratie kompatibel. Das gleiche geschah mit den (neo-)faschistischen Ideologien.

So reduzierte die AN den Nationalismus auf die Verteidigung der nationalen Traditionen und Interessen, den Machtstaat auf den Rechts- und Ordnungsstaat, den Zentralismus auf den Unitarismus, den Antikommunismus auf den Antiegalitarismus, den Militarismus auf die Pflege militärischer Tugenden, den Totenkult auf christlich-patriotische Bestattungsriten. Andere ideologische Elemente des Faschismus wie Kolonialismus, Imperialismus und Heroismus verschwanden völlig aus dem offiziellen Parteidiskurs. Die ideologische Anpassung an den demokratischen Konsens der italienischen Gesellschaft erfolgte jedoch nicht systematisch, sondern pragmatisch. Die AN führte keine normative Grundsatzdebatte, sondern formulierte ihre Positionen entsprechend den tagespolitischen Anforderungen jeweils neu. So ersetzte sie den Korporatismus auf ihren programmatischen Kongressen von Verona (1989) und Neapel (2001) zunächst durch einen sozialstaatlich abgemilderten Wirtschaftsliberalismus, korrigierte diesen dann aber auf ihrem 2. Parteitag von Bologna 2002 durch dirigistische Elemente.⁹⁰

Trotz des Fehlens einer systematischen Anpassung der weltanschaulichen Grundlagen an demokratische Werte vertritt die AN heute Positionen, die weitgehend denen konservativer Parteien Westeuropas entsprechen.⁹¹ Sie ist deshalb aber noch keine konservative Partei, denn ihre Politik ergab sich im hohen Maße aus strategischen Überlegungen. So bekämpfte sie zunächst den Föderalismus der Lega Nord⁹² und forderte wiederholt die Einschränkung der Südtiroler Provinzautonomie.⁹³ Im Interesse eines Wahlbündnisses mit der Lega Nord bejahte sie aber ab 1998 die Aufnahme föderalistischer Elemente in die Staatsverfassung und stimmte im Frühjahr 2005 für die „Devolution“, d.h. für die Übertragung von staatlichen Kompetenzen im Bereich des Gesundheitswesens, der Bildung und der Polizei auf die Regionen sowie für die Umwandlung des Senats in eine quasiföderale Kammer. Als Gegengewicht zur Kompetenzerweiterung der Regionen beharrte sie jedoch auf einer Stärkung des Präsidenten

90 Vgl. Piattaforma politico-programmatica del secondo Congresso Nazionale, Bologna 2002, S. 10.

91 Vgl. Mahner (FN 4), 95 ff.

92 So zeigt ein Wahlplakat von 1996 eine große Trikolore mit den Worten: 8.103 Gemeinden – Ein einziges Vaterland.

93 Vgl. Riccardo Migliori, *Il federalismo della destra*. Intervista a cura di Enrico Nistri, Florenz 1996.

als Garant und Symbol der staatlichen Einheit, um ihre unitarisch gesonnenen Wähler nicht zu verlieren.⁹⁴

Außenpolitisch bekannte sich die AN wie bereits der MSI zur Atlantischen Allianz und zur Kooperation mit den Vereinigten Staaten als die Grundlagen der italienischen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Kosovokonflikt befürwortete sie 1999 die NATO-Intervention in Serbien und im zweiten Irakkrieg 2003 unterstützte sie vorbehaltlos die proamerikanische Politik der Regierung Berlusconi sowie die Beteiligung italienischer Truppen an der Besetzung des Landes. Sie erhoffte sich davon die amerikanische Unterstützung bei dem Streben Italiens nach einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat in Konkurrenz zu Deutschland. Aufgrund ihrer proamerikanischen Grundhaltung befürwortet sie auch eine enge Partnerschaft der EU mit den USA.⁹⁵

Europapolitisch plädierte die AN in ihrem Programm von Bologna 2002 für die Weiterentwicklung der EU zu einer Konföderation von Nationalstaaten.⁹⁶ Sie bejahte nun die Wirtschafts- und Währungsunion⁹⁷, die Fini noch 1994 kritisiert hatte⁹⁸, und unterstützte in den Jahren 2002/2004 auch aktiv den europäischen Verfassungsprozeß.⁹⁹ Im Europäischen Parlament trat die AN der Union für das Europa der Nationen bei, die das Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität verteidigte. Sie strebt jedoch die Mitgliedschaft in der Fraktion der Europäischen Volkspartei an.

Der ideologische und programmatische Revisionismus der AN wurde im hohen Maße auch von elektoralen Motiven bestimmt. So war z.B. die Zustimmung zur „Devolution“ ein Versuch, das Interesse der süditalienischen Wählerklientel am Zentralismus mit dem der norditalienischen Wählerklientel am Regionalismus zu vereinbaren. Die Hinwendung zum Wirtschaftsliberalismus und ihre spätere Korrektur sollten die Interessen der kleinen Gewerbetreibenden schützen. Der Sozialprotektionismus diente vor allem den Interessen der öffentlichen Bediensteten. Je stärker sich die AN in das politische System integrierte, um so stärker wurde ihre Ideologie und Programmatik interessenbezogen. Dies förderte ihre Transformation von einer Weltanschauungszu einer professionalisierten Wählerpartei.

94 Vgl. Piattaforma (FN 90), S. 26. Ferner Roland Höhne, Italien: Verfassungsänderung als Modernisierungsstrategie, in: Bernd Rill (Hrsg.), Reformfähigkeit und Reformstau. Ein europäischer Vergleich, München 2005, S. 41-54.

95 Vgl. Gianfranco Fini, L'Europa che verrà, Rom 2003, S. 33.

96 Vgl. Piattaforma (FN 90), S. 6.

97 Vgl. Franz Turchi, Perché l'Euro. Alleanza Nazionale, Delegazione di Alleanza Nazionale al Parlamento Europeo, Rom 2004.

98 Gianfranco Fini, Tranquilla, alla fine vincerà Fini. Interview von A. Padellaro mit Fini, in: L'Espresso vom 15. April 1994, S. 22-28.

99 Als Vertreter der italienischen Regierung verfolgte Fini im Europäischen Verfassungskonvent eine integrationspolitische Linie, hielt jedoch am nationalen Souveränitätsprinzip fest. Vgl. Cristiana Muscardini, La Convenzione. L'intervento in plenaria del Vicepresidente del Consiglio on. Gianfranco Fini, Brüssel 2002.

3.3. Wählerschaft

Der MSI wurde vor allem von konservativ-katholisch orientierten Wählern des Südens und nationalistisch-etatistisch orientierten Wählern des Nordens gewählt. Seine Wählerhochburgen lagen im Süden südlich von Umbrien sowie in den Grenzregionen des Nordens (Alto Adige) und des Nord-Ostens (Friaul). In den „roten Regionen“ des Zentrums (Emilia-Romagna) und des industrialisierten Nordens (Lombardei, Ligurien, Piemont) sowie in den „weißen“, d.h. katholischen Regionen des Nordens (Trient) und des Nordostens (Venetien) lagen seine Wahlergebnisse dagegen weit unter dem nationalen Durchschnitt.¹⁰⁰ Wahlsoziologisch war der MSI so vor allem eine süditalienische Milieu- und Protestpartei, obwohl er stets den Anspruch erhob, eine gesamtstaatliche Partei zu sein.

Die geographische Struktur der Wählerschaft verändert sich seit 1994 erheblich. Die AN gewann nicht nur absolut sondern auch relativ an Stimmen im Norden und im Zentrum. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte sie 2006 vor allem in Friaul-Julisch Venetien, Umbrien, Marken, Latium, Abruzzen, Kampanien und Sardinien, unterdurchschnittlich vor allem in Hochburgen der Forza Italia (Trient, Venetien, Sizilien), der Lega Nord (Lombardei) und der Linken (Ligurien, Emilia-Romagna). Sie war somit wahlgeographisch zu einer gesamtstaatlichen Partei geworden.¹⁰¹

Das Gros der MSI-Wählerschaft bestand aus Traditionswählern, die sich aus sozialen und kulturellen Gründen mit dem MSI identifizierten. Die zweitgrößte Wählergruppe des MSI wurde von Protestwählern gebildet, welche die „Parteiherrschaft“ ablehnten. Nur wenige MSI-Wähler gaben der Partei aus klientelistischen Motiven ihre Stimme¹⁰², da diese als Antisystempartei kaum Interessen durchsetzen oder staatliche Ressourcen verteilen konnte.

Diese Wählertypologie hat sich seit 1994 erheblich verändert. Die Gruppe der Protestwähler ist verschwunden, da die AN nun Regierungs- bzw. Systempartei ist. An ihre Stelle sind häufig Opportunitäts- und Situationswähler getreten, die aufgrund der jeweiligen Wahlsituation für die AN votieren. Die Gruppe der klientelistischen Wähler hat dagegen stark zugenommen, denn als Regierungs- und Systempartei kann die AN nun auf allen politisch-administrativen Ebenen Interessen durchsetzen und staatliche Ressourcen verteilen. Geschrumpft ist die Gruppe der Traditions- und Meinungswähler, die aus weltanschaulichen Gründen für die AN stimmen. Ihre Zusammensetzung hat sich außerdem geändert. Heute überwiegend unter ihnen national-konservativ sowie katholisch-traditionalistisch orientierte Wähler, die früher meistens für die DC stimmten. Dieser Wandel der Wählertypologie festigte den Positionswechsel der Partei, denn eine Rückkehr zu systemoppositionellen oder gar demokra-

¹⁰⁰ Vgl. Ignazi (FN 3), S. 365 f.

¹⁰¹ Vgl. Corte (FN 50), S. 207 ff.

¹⁰² Vgl. Ignazi (FN 3), S. 397 f.

tiefeindlichen Positionen würde zum Verlust eines großen Teils der seit 1994 gewonnenen Wähler führen.¹⁰³

Die soziale Heterogenität ihrer Wählerschaft zwingt die AN, verstärkt partikulare Interessen zu vertreten. Dadurch verliert ihre Programmatik an Geschlossenheit. Der offizielle Diskurs der AN besitzt daher nicht mehr die gleiche Eindeutigkeit wie die des MSI. Besonders die öffentlichen Äußerungen des Parteivorsitzenden Fini sind häufig so allgemein gehalten, daß sie von sehr unterschiedlichen Wählergruppen akzeptiert werden können. Die Veränderung der Wählertypologie hat somit ebenfalls die ideologische und programmatische Transformation gefördert.

3.4. Die Entwicklung der Parteiorganisation

Der MSI war zunächst ein Kampfbund von RSI-Veteranen. Ab 1950 entwickelte er sich jedoch rasch zu einer Mitgliederpartei. Seine Mitglieder kamen überwiegend aus den unterprivilegierten gesellschaftlichen Gruppen des Südens sowie aus dem gehobenen Bürgertum des Nordens. Verbunden wurden beide Gruppen durch ihren gemeinsamen Bezug zum Faschismus sowie ihre gemeinsame Gegnerschaft gegen die Verfassungsparteien. Bis Ende der sechziger Jahre lag seine Führung in den Händen von Parteiführern, die sich auf regionale Netzwerke stützten. Ab 1969 wuchs der Einfluß von Parteiaktivisten und Parteifunktionären, die ihre Position ihrer Militanz oder ihren Ämtern verdankten. Die Isolation des MSI im politischen System verhinderte jedoch seine Entwicklung zu einer Volkspartei.¹⁰⁴

Die AN übernahm die Organisationsstruktur des MSI. Sie war daher zunächst ebenfalls eine Mitgliederpartei mit einem (für italienische Verhältnisse) effizienten Parteiapparat. Sie entwickelte sich aber unter der Führung Finis mehr und mehr zu einer professionalisierten Wählerpartei, die sich vor allem an den Erfordernissen des Machterwerbs und des Machterhalts orientiert. Dies führt tendenziell zu einem Bedeutungsverlust der Ideologie und damit der faschistischen Nostalgie, zu einer weiteren Professionalisierung und Akademisierung der Parteielite, einer Einflußminderung der Mitglieder und Aktivisten, einem Bedeutungsgewinn medialer Vermittlungsmethoden und der gouvernementalen Funktionen (Elitenrekrutierung, Regierungsbildung, Politikdurchsetzung). Die Entwicklung zur professionalisierten Wählerpartei ist jedoch noch keineswegs abgeschlossen. Der Einfluß der Mitglieder auf den innerparteilichen Meinungs- und Willensbildungsprozeß ist insbesondere auf der mittleren Funktionärebene nach wie vor erheblich. Da sich die alten Ideen und Ansichten noch an der Basis behaupten, bremst dies den ideologischen und programmatischen Wandel.¹⁰⁵

¹⁰³ Vgl. Marco Maraffi, *Il partito, i militanti, gli elettori*, in: Chiarini/Maraffi (FN 52), S. 118-137.

¹⁰⁴ Vgl. Tarchi (FN 7), S. 25-157. Tarchi bezeichnet den MSI als eine „leichte Integrationspartei“, S. 156 f.

¹⁰⁵ Vgl. ebd., S. 161 ff.

Als Regierungspartei auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems konnte die AN nun auch Wähler über die Durchsetzung von Interessen und die Verteilung staatlicher Ressourcen gewinnen. Dadurch gewann die Mobilisation von Wählern als Voraussetzung von Ämtergewinn und Politikdurchsetzung gegenüber der Rekrutierung von Parteiaktivisten an Bedeutung. Die Parteiführung ist aber nach wie vor auf ihre aktiven Mitglieder angewiesen und muß sie deshalb am innerparteilichen Meinungs- und Willensbildungsprozeß beteiligen. Die neofaschistischen Ideen verlieren daher an der Basis nur langsam an Bedeutung.

Die staatliche Orientierung der AN veränderte aber auch das Denken und Handeln ihrer Elite. Konsensfähige Aussagen verdrängten im offiziellen Parteidiskurs ideologische Kampfthemen, neofaschistische Geschichtsbilder verschwanden fast völlig aus der Parteizeitung „Il Secolo d’Italia“. Die ideologische Diskussion verlagerte sich aus der Partei in das parteinahe Umfeld.¹⁰⁶ Die Parteiführer, vor allem Fini, kümmerten sich wesentlich mehr um parlamentarische und gouvernementale Aufgaben und ihre mediale Vermittlung. Dies vergrößerte die Distanz zwischen Mitgliedern, Funktionsträgern und Führung. Im Juli 2005 kam es zum offenen Konflikt zwischen dem Parteivorsitzenden Fini und dem Generalsekretär (Coordinate) Ignazio La Russa über den Parteikurs.¹⁰⁷ In diesem konnte sich jedoch Fini durchsetzen.¹⁰⁸

3.5. Stellung im politischen System

Die AN ist im Gegensatz zum MSI fest in das politische System integriert. Als System- und Regierungspartei besitzt sie wie die übrigen Systemparteien ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung, da diese ihr Macht- und Einflußchancen und damit den Zugriff auf staatliche Ressourcen sichert. Die Polarisierung der Wettbewerbsstruktur und das Mehrheitswahlrecht der Jahre 1993 bis 2005 zwangen sie zur Kooperation mit den Parteien der rechten Mitte und damit zur Rücksichtnahme auf deren Interessen. Die Folge ist eine Abschwächung der Konkurrenzsituation im rechten Lager. Wichtigster Partner, aber auch wichtigster Konkurrent ist hier die FI. Um die koalitionspolitische Abhängigkeit von dieser etwas zu verringern, kooperierte die AN in der Mitte-Rechts-Regierung der Jahre 2001 bis 2006 besonders eng mit der christlich-demokratischen UDC, einer Nachfolgepartei der DC.

106 Vgl. Marco Ferrazzoli (Hrsg.), *Cos’è La Destra. Colloqui con diciotto protagonisti della cultura italiana non conformista*, Rom 2001. Ferner Gennaro Malgieri, *Una certa idea della Destra*, Rom 2004; Marcello Veneziani, *La cultura della destra*, Rom 2002.

107 Vgl. *La Repubblica* vom 25. Juli 2005, S. 14.

108 Fini ernannte einen neuen Generalsekretär, sah sich jedoch nach der Sommerpause gezwungen, sich mit La Russa zu arrangieren, nachdem dieser öffentlich Abbitte geleistet hatte. Nur Francesco Storace, bis 2005 Präsident der Region Latium und Exponent des nationalkonservativen Flügels, kritisierte weiterhin den Kurs Finis. Da er sich innerparteilich nicht durchsetzen konnte, verließ er im Juli 2007 die Partei. Vgl. *La Repubblica* vom 4. Juli 2007, S. 14 f.

Als System- und Regierungspartei hat die AN heute sogar ein Interesse an der Verteidigung der demokratischen Ordnung gegen rechtsextreme Systemgegner. So wehrte sie sich gegen eine Kooperation der Casa delle Libertà mit der rechtsextremen Alternativa Sociale bei den Parlamentswahlen 2006.¹⁰⁹

4. Fazit

Die Transformation des neofaschistischen MSI in die demokratische AN war das Ergebnis eines fast fünfzigjährigen Anpassungs- und Integrationsprozesses, in dessen Verlauf sich die Partei zunächst nur rein formal der demokratischen Ordnung anpaßte, dann passiv in diese integrierte und schließlich in den Jahren 1993/96 zu einem ihrer aktiven Träger mutierte.¹¹⁰ Motor dieses Anpassungs- und Integrationsprozesses war die Einsicht der Parteiführung, daß der MSI nur Macht- und Einflußchancen gewinnen konnte, wenn er auf die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichtete und sich an die Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates hielt. So wurde eine allmähliche Einübung in demokratische Verhaltensweisen möglich. Koalitions- und regierungsfähig wurde der MSI aber erst, als er seine Antisystemopposition aufgab und sich in eine demokratische Partei transformierte. Die Teilhabe der Partei am politischen Leben bei gleichzeitigem Ausschluß von der staatlichen Macht bildeten somit die Voraussetzung für seine erfolgreiche Transformation und Integration. Möglich wurde diese aber erst durch die Bereitschaft und Fähigkeit der Partei, sich den grundlegenden Veränderungen ihrer Handlungsbedingungen Anfang der neunziger Jahre anzupassen. Die Entwicklung des MSI von einer neofaschistischen Bewegung in eine demokratische Partei ist daher in erster Linie ein Beweis für die Integrationskraft parlamentarischer Demokratien, sie zeigt aber auch die Wandlungsfähigkeit selbst ursprünglich antidemokratischer Parteien.

¹⁰⁹ Die Alternativa Sociale war ein Wahlkartell von drei rechtsextremen Splitterparteien unter der Führung von Alessandra Mussolini, die aus Protest gegen die moralische Verurteilung des Faschismus durch Fini in Jerusalem im November 2003 die Partei verlassen hatte. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von Juni 2004 erhielt sie ein Prozent der Stimmen und damit ein Mandat; bei den Parlamentswahlen von 2006 ging sie mit 0,67 Prozent der Stimmen leer aus. Vgl. für die EU-Wahlen *La Repubblica* vom 14. Juni 2007, S. 1; für die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 2006 Corte (FN 50), S. 207.

¹¹⁰ Vgl. Tarchi (FN 45).

Forum:

Bedeutung und Bedrohungspotential des islamischen Extremismus

1. Fragen

Militante Formen des (politisch-religiösen) Fundamentalismus in seinen islamischen Ausprägungen bilden nach Einschätzung der Behörden das größte Bedrohungspotential für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Rolle gewaltfrei agierender islamistischer Gruppierungen wird dabei kontrovers eingeschätzt. Die größte der in Verfassungsschutzberichten aufgeführten islamistischen Organisationen, die türkisch-islamische, europaweit aktive *Islamische Gemeinschaft Milli Görüs* (IGMG), begünstigt nach Auffassung der Verfassungsschutzbehörden Entstehung und Ausbreitung islamistischer Milieus in Deutschland. Die Organisation selbst erhebt dagegen den Anspruch, zu einer „positiven Integration“ der in Deutschland lebenden Muslime beizutragen. Wissenschaftliche Kritiker der Einstufung der IGMG als extremistische Organisation warnen davor, eine derartige Stigmatisierung könne politische und soziale Akkulturationsprozesse unterbinden, wie sie auch bei der IGMG feststellbar seien.

Drei Experten aus den Bereichen Wissenschaft und Sicherheitsbehörden sowie einem Vertreter der IGMG wurde ein Fragenkatalog vorgelegt. Es handelt sich um den Islamwissenschaftler und Journalisten Albrecht Metzger, den Abteilungsleiter Islamismus im baden-württembergischen Landesamt für Verfassungsschutz Herbert L. Müller, den IGMG-Kenner und Anthropologen an der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder Werner Schiffauer und den Stellvertretenden Generalsekretär der IGMG Mustafa Yeneroglu.

Die Fragen gliedern sich in vier Blöcke:

- 1) Wie beurteilen Sie das derzeitige Ausmaß der Bedrohung der inneren Sicherheit in Deutschland durch gewaltsam operierende islamistische Gruppierungen? Welche Faktoren tragen zur Erhöhung des Sicherheitsrisikos bei? In welcher Weise können die Sicherheitsbehörden Risikobegrenzung betreiben?
- 2) Tragen gewaltfrei tätige islamische Organisationen gewollt oder ungewollt zur Herausbildung und Verfestigung islamistischer Milieus bei? Lassen sich soziale und politische Akkulturationsprozesse feststellen, die von gewaltfrei tätigen islamischen Organisationen gefördert werden und zu einer umfassenden Integration in die demokratisch-rechtsstaatliche Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland beitragen könnten?
- 3) Wie beurteilen Sie die Einordnung und Bewertung der IGMG als islamistische Ausprägung des „Ausländerextremismus“ in Verfassungsschutzberichten? Wie stark

sind die Verbindungen der IGMG zum türkischen Islamismus? Trägt die IGMG zur Integration ihrer Gemeindemitglieder in die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bei? In welchen Punkten ergeben sich Konflikt- und Reibungsflächen mit den Prinzipien von Rechtsstaat und Pluralismus?

- 4) Was trägt zur Integration der in Deutschland lebenden Muslime bei? Welche Faktoren könnten eine Desintegration begünstigen? Welche Bedeutung kommt dem Instrumentarium der streitbaren Demokratie bei der Bekämpfung des extremistischen Islamismus zu?

U.B./E.J.

2. Antworten

Albrecht Metzger, Islamwissenschaftler und Journalist

Fragenblock 1

Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch gewaltsam operierende Islamisten ist zweifellos gegeben. Die gescheiterten Anschläge der so genannten „Kofferbomber“ im Juli 2006 sowie die verhinderten Anschläge im September 2007 sind Belege dafür. Ob islamistische Terroristen allerdings in der Lage sind, die Grundfesten der Republik ins Schwanken zu bringen, ist fraglich. Terror in einer gefestigten Demokratie wie der Bundesrepublik ist meist ein temporäres Problem, das einige Jahre anhält und danach abebbt oder verschwindet. Was den islamistischen Terrorismus im Vergleich zur Roten Armee Fraktion bedrohlicher macht, ist die Bereitschaft und der Wille der Täter, möglichst viele zivile Opfer zu verursachen. Diese Bereitschaft hängt zum einen mit den Motiven der Täter zusammen, zum anderen mit ihrer ideologischen Indoktrinierung. Gewaltsam operierende Islamisten identifizieren sich mit den Konflikten im Vorderen Orient und den zivilen Opfern, die diese verursachen. Sie verstehen sich selbst als Teil der islamischen Weltgemeinschaft, die sie als einen Körper sehen: „Wenn dem Zeh Schmerz zugeführt wird, schmerzt das auch den Kopf“, wie es sinngemäß ein britischer Muslim, der in Afghanistan ein Ausbildungs-Camp besuchte, formulierte. Die Anschläge gegen Ziele im Westen sehen islamistische Terroristen u.a. als Vergeltung für die zivilen Opfer, die die Konflikte in Afghanistan oder dem Irak verursachen. Hinzu kommt das ideologische Weltbild, das islamistische Terroristen verinnerlichen. Dazu gehört verkürzt gesagt die Überzeugung, sich in einem Konflikt mit „Afften und Schweinen“ zu befinden (sprich Christen und Juden), der den Einsatz jeglicher Mittel erlaubt. Insofern läßt sich sagen, daß das Sicherheitsrisiko in Deutschland zunimmt, je mehr sich die Bundesrepublik in Kriegen engagiert, die islamistische Terroristen als Teil des „christlichen Kreuzzuges“ gegen die islamische Welt betrachten.

Fragenblock 2

Prinzipiell hat jede Religion das Potential, abgrenzend zu wirken, das gilt um so mehr für monotheistische Religionen wie das Christentum, den Islam und das Judentum, bei denen die Idee des einen wahren Gottes im Mittelpunkt steht, dem keine anderen Götzen zur Seite gestellt werden dürfen. Dieses abgrenzende Potential erhöht sich, wenn die genannten Religionen für politische Zwecke genutzt werden, und zwar deshalb, weil im politischen Wettstreit die Abgrenzung zum Gegner oder Feind bzw. die eigene moralische Überlegenheit gegenüber diesem noch einmal betont wird. Um so problematischer wird es, wenn sich Mitglieder einer derart politisierten Religion in der Minderheit befinden bzw. das Gefühl haben, einem mächtigeren Gegner schutzlos ausgesetzt zu sein. Das Bedürfnis, sich der eigenen moralischen Überlegenheit zu vergewissern, erhöht sich dann noch einmal, und es besteht die Gefahr, die Welt anhand von Verschwörungstheorien zu erklären, bei denen geheime Mächte die Strippen ziehen, gegen die man sich zur Wehr setzen muß. Da sich aber weite Teile der islamischen Welt seit mittlerweile Jahrzehnten in einer Position der Unterlegenheit gegenüber dem vermeintlich mächtigen Westen empfinden (und es de facto auch sind), fallen derartige Erklärungsmuster in diesem Teil auf fruchtbaren Boden.

Jede islamistische Organisation, auch wenn sie gewaltfrei operiert, spiegelt dieses Weltbild wider und trägt zur Verfestigung desselben bei. Das gilt auch für die IGMG. Einer der problematischsten Aspekte der IGMG ist der Antisemitismus, der bei ihren Anhängern offensichtlich noch weit verbreitet ist. So lassen sich bis heute Videos im Internet herunterladen, auf denen Necmetin Erbakan, der Gründer und Spiritus Rector der Bewegung, vor dem Einfluß des „Weltjudentums“ auf die amerikanische Politik warnt. Auch erfreute sich im vergangenen Jahr der antisemitische Film „Saras blaue Augen“ (eine iranische Produktion) großer Beliebtheit bei IGMG-Anhängern (allerdings nicht nur dort. Der Antisemitismus ist ein in der Türkei weit verbreitetes Phänomen, wie die Führung der IGMG zu Recht betont).

Auf der anderen Seite läßt sich nicht bestreiten, daß die IGMG in den vergangenen Jahren bewußt den Kontakt zu politischen und gesellschaftlichen Vertretern in der Bundesrepublik gesucht hat. Ob das aus strategischen Gründen passiert, um langfristig die eigenen Ziele, nämlich die Durchsetzung von Teilen des islamischen Rechts in der Bundesrepublik, auf legalem Weg zu erreichen, ist zunächst unerheblich. Wenn eine gewaltfrei operierende Organisation wie die IGMG offen auf Teile der Gesellschaft zugeht und in einen Dialog tritt, dürfte das in jedem Fall einen positiven Effekt haben. Jemand, der mit dem „Feind“ in ständigem Kontakt steht, wird es schwer haben, sein möglicherweise vorhandenes Feindbild dauerhaft aufrecht zu erhalten. Ausserdem sollte man nicht vergessen, daß die IGMG aus der türkischen Gesellschaft heraus geboren wurde, und die Türkei hat mit der derzeit regierenden AKP gezeigt, daß der Übergang von einer islamistischen zu einer konservativ-islamischen Partei, die sich zur Demokratie bekennt und sie auch praktiziert, gelingen kann.

Fragenblock 3

Die IGMG taucht seit Jahrzehnten in den Berichten der Verfassungsschutzämter auf. Da immer mehr Mitglieder der Gemeinschaft deutsche Staatsbürger werden oder schon sind, handelt es sich mittlerweile genauso um ein inländisches wie ein ausländisches Phänomen. Ungeachtet dessen bestehen weiter enge Beziehungen zur Milli-Görüs-Bewegung weltweit, allen voran in die Türkei. Wie international die Bewegung ist, läßt sich an Treffen wie dem jährlichen Tag der „Solidarität und Brüderlichkeit“ ablesen, an dem Mitglieder aus allen Kontinenten teilnehmen. Diese Treffen sind für jeden offen zugänglich; auffallend ist auch, daß bei diesen Gelegenheiten nicht selten junge Frauen ohne Schleier anzutreffen sind. Das spricht zumindest für eine gewisse Offenheit gegenüber Musliminnen mit einem Lebensentwurf, der nicht unbedingt dem eigenen entspricht. Bei derartigen Treffen tritt dann früher oder später Necmettin Erbakan auf, der häufig live aus der Türkei zugeschaltet wird. Die Begrüßung des Gründers der Bewegung fällt meist überschwenglich aus. Da Erbakan für die „alte“ Milli-Görüs-Bewegung steht, deren Interessenschwerpunkt in der Türkei liegt und nicht in Deutschland, gelten diese Auftritte Kritikern der IGMG als Beweis dafür, daß sich bei der Gemeinschaft prinzipiell nichts verändert habe. Die junge Führung in Deutschland um Generalsekretär Oguz Ücuncü hingegen behauptet, sie habe kein Interesse mehr daran, die von Erbakan entworfene „Gerechte Ordnung“ umzusetzen, die laut Verfassungsschutz Wertevorstellungen propagiert, die nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik vereinbar seien. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist schwierig zu erkennen, welche der beiden Richtungen bei der IGMG die Oberhand behalten wird, sofern es den Konflikt zwischen „alter“ und „neuer“ Führung überhaupt gibt. Festzustellen bleibt, daß neben der jungen Führung um Oguz Ücuncü im Hintergrund weiter Funktionäre tätig sind, die zumindest von ihrer kulturellen Sozialisierung her die „alte“ Milli-Görüs-Bewegung repräsentieren. Dazu gehört zum Beispiel der Vorsitzende Yavuz Celik Karahan, der nach über 20 Jahren in Deutschland noch immer kein Deutsch spricht.

Fragenblock 4

Damit eine Integration der Muslime in Deutschland gelingt, müssen zunächst einmal die gleichen Voraussetzungen erfüllt sein wie bei Migranten aus anderen Kulturkreisen: Sie müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden und die Möglichkeit erhalten, am öffentlichen Leben als gleichberechtigte Bürger teilzunehmen. Wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, aus welchem Grund auch immer, kommt es zwangsläufig zu sozialen Spannungen, egal ob es sich um Muslime, Rußlanddeutsche oder andere Migranten handelt. Nichtsdestotrotz kommt bei Muslimen ihre Religionszugehörigkeit als weiterer problematischer Faktor hinzu. Das liegt u.a. an der historischen Rivalität zwischen Islam und Christentum, die sich bereits im Koran niederschlägt. In Zeiten der Krise besteht die Gefahr, daß sich Muslime – und Christen auch, davon abgesehen – auf

die negativen Aspekte der christlich-islamischen Beziehungen konzentrieren, um sich somit von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen bzw. um die eigene Schwäche in eine vermeintliche Stärke, nämlich die eigene religiöse Überlegenheit umzuwandeln. Bei Migranten mit christlichem Hintergrund ist das in dieser Form nicht möglich. Je mehr jedoch Muslime ostentativ hervorheben, im Besitz der wahren Religion zu sein, und darauf bestehen, ihre eigenen, zum Teil von der Mehrheitsgesellschaft abweichenden sozialen Normen zu praktizieren, desto mehr Mißtrauen erregen sie wiederum in der Mehrheitsgesellschaft. Verstärkt werden diese Prozesse des gegenseitigen Mißtrauens durch die gegenwärtige weltpolitische Großwetterlage, die geprägt ist von den Kriegen im Irak und in Afghanistan, die im Bewußtsein vieler Muslime, aber auch mancher Nicht-Muslime, mittlerweile den Charakter von religiösen Konflikten angenommen haben und sich negativ auf das Verhältnis zwischen europäischen Mehrheitsgesellschaften und muslimischen Migranten auswirken. Abschließend sei jedoch festgestellt, daß trotz der hier beschriebenen Problematik die überwiegende Mehrheit der Muslime in Europa kein Interesse daran hat, mit dem Koran in der Hand gegen den „christlichen“ Westen zu Felde zu ziehen, sondern sich systemkonform verhält und ihre Religion weitgehend als Privatangelegenheit versteht.

Dr. Herbert L. Müller, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg,
Stuttgart

Fragenblock 1

Die Frage ist meines Ermessens irreführend gestellt, sie stellt aber dankenswerterweise mit der Eingrenzung auf „innere Sicherheit in Deutschland“ die im Land vorherrschende Binnenperspektive bloß; dabei sollte eine verantwortungsvolle Reflexion sich an den Fakten orientieren. Muß man immer wieder an die Blutspur von New York über Casablanca, Bali, Istanbul, Riad usw. erinnern? Deutschland ist hierbei nicht außen vor, ganz im Gegenteil.

Was die Erhöhung des Sicherheitsrisikos angeht, so sind die Involvierung deutscher Streitkräfte, die Einflußnahme deutscher Politik – man denke an den Konflikt zwischen Palästinensern und dem Staat Israel – Gründe unter anderen. Die sogenannten „Kofferbomber“ reagierten affektiv auf eine für sie nicht hinnehmbare Demütigung des Islam, durch die Veröffentlichung der „Muhammad-Karikaturen“. Unter diesem Aspekt kann auch der Versuch eines pakistanischen Studenten, sich im Juni 2006 mit einem Messer in der Hand den Zutritt in die Redaktion der Zeitung „Die Welt“ zu erzwingen, mit dem Ziel, diese Waffe gegen den verantwortlichen Redakteur zu richten, gesehen werden – gewiß kein Vorfall, der mit versuchten Bombenattentaten zu vergleichen ist, aber zeigt, daß eine Bedrohung auf unterschiedlichem Niveau stattfinden kann.

Und bedenkenswert ist die Verve, mit der an der „affektiven Empörung“ gearbeitet wird, um zu zeigen, daß wieder einmal Fälle nachhaltiger „Islamophobie“ in der westlichen Gesellschaft nachzuweisen sind. Es soll hier gar nicht der Eindruck entstehen, daß islamophobe Einstellungen bestritten werden, ganz im Gegenteil. Aber inzwischen wird das Argument durch Muslime gegen jede Kritik von außen instrumentalisiert, so daß ein freier Meinungs austausch, der auch unangenehme Feststellungen beinhalten kann, gar nicht mehr zustande kommen kann. Es hat sich als bequem für Funktionäre der islamistischen Bewegung herausgestellt, „die Muslime“ insgesamt und jederzeit als „Opfer“, am besten der Machenschaften „des Westens“, darzustellen. Die Frage problembehafteten, sprich gewaltfördernden Denkens oder Handelns in den eigenen Reihen stellte sich so keineswegs ein; wie könnte es auch, wenn selbst bei terroristischen Anschlägen Islamisten zufrieden feststellen konnten, daß „einfühlsame“ westliche Journalisten – und wohl auch empathisch forschende Experten – die Ursache der Gewalt einzig in der „Außenpolitik des Westens“ ausmachten. Hassan Butt bringt es auf den Punkt: „Indem sie ihren Regierungen die Schuld für unser Handeln zuschoben, nahmen uns diese Kommentatoren gleich die Propagandaarbeit ab. Und wichtiger noch, sie lenkten die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Triebfeder unseres Handelns ab – der islamistischen Theologie.“

Durchaus können die Sicherheitsbehörden dazu beitragen, die ideologischen Triebfedern solcher Bewegungen darzustellen. Diese Analyse der ideologischen Beweggründe islamistischer Terroristen dient nicht allein einer möglichst frühzeitigen Erkennung des Entstehens oder Agierens entsprechender Strukturen, sondern auch der Aufklärung der Bevölkerung, „Migranten“ ebenso wie „Einheimische“. Die Konsequenzen aus dieser sicherheitsspezifischen Aufklärung zu ziehen obliegt allerdings den gesellschaftlichen Kräften, seien sie muslimisch oder nichtmuslimisch.

Fragenblock 2

Hierzu zunächst einige allgemeine Überlegungen, ausgehend vom 11. September 2001. Dieses Datum wird von muslimischer, aber zum Teil auch islamistischer Seite in ambivalenter Weise als Desaster betrachtet. Das Paradox, daß einerseits immer noch bezweifelt wird, daß Muslime die Täter sein konnten, andererseits auch ein Stolz zu bemerken ist, daß Muslime den Krieg endlich zu den verhaßten Amerikanern getragen haben, erleichtert die Einschätzung nicht unbedingt. Auch spielt der Umstand einer apologetischen Haltung eine Rolle, die völlig in Abrede stellt, daß die Täter sich als „wahre“ Muslime begriffen haben und als solche zu handeln in Anspruch nahmen.

Im ehemaligen christlichen Abendland müßte man wissen, daß Friedensschalmeien und das konkrete Handeln von Christen sich grundsätzlich widersprachen; im islamischen Kontext ist es völlig inakzeptabel, die religiösen Grundlagen der djihadistischen Doktrin negiert zu sehen. Von islamischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Bücher z.B. von Abu l-Ala al-Mawdudi, von Sayyid Qutb oder auch die Send-

schreiben von Al-Banna inzwischen zur „klassischen“ Literatur zu rechnen seien und man sich doch damit auseinandersetzen könne.

Gegen eine Auseinandersetzung, gegen ein reflektiertes Studieren solcher Schriften ist sicher nichts einzuwenden, doch müssen wir zunächst einmal fragen, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang dem Begriff „klassisch“ zugeordnet wird. In üblicher Weise verbindet man mit diesem Begriff etwas zeitlos gültiges, eine überragende Sache mit entsprechend nachwirkender Vorbildhaftigkeit. Ein solches Vorbild erblickt gerade der auf viele Podien gebetene Tariq Ramadhan in Hasan al-Banna; seine Dissertation zum Thema besticht weniger durch die darin zu findenden Thesen als durch die Problemfelder, welche nicht diskutiert werden. Von einer anti-urbanen Haltung abgesehen wäre insbesondere ein Bezug auf Mussolini zu nennen, d.h. den Anspruch auf ein *mare nostrum* mit sehr viel mehr Berechtigung stellen zu können als der faschistische *duce*.

An solcher Stelle wird sehr oft eingewandt, man müsse den Gründer der Muslimbrüder in seinem historischen Kontext sehen. Das mag für den in historischen Kategorien Bewanderten zutreffend sein, doch haben wir es hier nicht mit Vertretern einer Bewegung zu tun, die nicht nur (westliche) historische Methoden gerade bei ihren theologischen und juristischen Quellen kategorisch ablehnen, sondern eben auf die zeitunabhängige Gültigkeit ihrer Vorbilder bestehen. Dies beginnt mit der aus den „theologischen“ Vorstellungen erwachsenen Reinheit und Unversehrtheit des Quellenmaterials, einer Unversehrtheit, die allen andern vergleichbaren religiösen Schriften abgeht – was z.B. von Muslimen bei der Bibel mit Verweis auf die historisch-kritische Forschung „westlicher“ Gelehrter gerne betont wird. Zurück jedoch zu Banna und seinem Apologeten: Hier wäre zu erwähnen, daß bei diesem Reformator eine Dji-had-Konzeption vorliegt, die keineswegs friedensauglich erscheint. Sein Konzept gerechtfertigter Gewalt kann nicht losgelöst von seiner übrigen Programmatik gesehen werden, denn sein Begriff von Islam war umfassend, total und alle Bereiche menschlichen Daseins in Anspruch nehmend.

Ein Vertreter islamischer Verbände wie Dr. Axel Ayyub Köhler unterstreicht gerne, daß „der Islam“ auch ein „way of life“ sei. Ist es verwunderlich, daß gerade bei den organisierten Muslimen die Schrift „Weltanschauung und Leben im Islam“ verbreitet wird, das Werk eines Mannes, der in der Politik des auf einer Ideologie fußenden Staates Pakistan eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte?

In dieser „Fibel des Islam“ finden sich auch Sentenzen zum „vollkommenen“ oder „makellosen“ Muslim, die in unserer Zeit vielfach benutzte Vokabel „Identität“ ist seinem Wortschatz noch fern; allerdings finden wir bei ihm schon die Schilderung des ganz „Anderen“, eben das Gegenstück zum „vollkommenen Muslim“, notwendig zur Selbstdefinition und vor allem, um das Niveau der Vollkommenheit der eigenen Gemeinschaft zu betonen. Dieser Gegenpol wird unter dem Stichwort „Kufir“ abgehandelt, was allerdings nicht nur die Gottesferne schlechthin meint, sondern eine „schlimmste Art der Tyrannei“: „Gott hat dem Menschen Macht über alle Dinge gegeben, doch es liegt in der menschlichen Natur beschlossen, daß sie einzig und allein

zur Erfüllung *Seines* Willens verwendet werden und nicht anders. Doch ein Kafir, ein Mensch also, der Gott verneint, begeht zwangsläufig die größte Ungerechtigkeit, denn er vergewaltigt alle materiellen und geistigen Kräfte dazu, sich gegen den Lauf der Natur aufzulehnen und zu einem widerwilligen Instrument im Drama seines Ungehorsams zu werden. [...] Doch Kufr ist nicht nur gewissenlose Tyrannei, es ist außerdem auch offene Auflehnung, Undankbarkeit und Treulosigkeit.“ Solcher Vergehen unverdächtig ist nur der „makellose Muslim“, und der seiner eigentlichen Bestimmung, seiner Identität verlustige Mensch wird im Diesseits zur Herausforderung, zur Plage und Friedensstörung, für die spätestens im Jenseits ihn die Vergeltung ereilt.

In dieser dualistischen Weltsicht gibt es kein Drittes, und nur im Gehorsam der gesamten Schöpfung gegenüber dem Gesetz Gottes erfüllt sich Islam: Wer aus freien Stücken ungehorsam ist, gegen den einzigen Souverän rebelliert, stellt sich außerhalb der vorgegebenen Ordnung. Hier findet sich keine „abrahamitische“ Verbindung der Offenbarungsreligionen: Wenn selbst der „unvollkommene“ Muslim außerhalb der Ordnung steht, was ist unter diesen Vorgaben vom Jesus „vergöttlichenden“ Christen, vom „widerstrebenden“ Juden oder gar vom gottverleugnenden Atheisten zu halten? An anderer Stelle hatte sich der genannte Autor schon über das Christentum als „diese offensichtlich verfälschte und ‚israelitisierte‘ Religion“ ausgelassen, die ursprünglich nichts anderes als *Islam* [sic!] gewesen sei, bevor sie durch ihre Anhänger selbst „zu einem Mischmasch, genannt Christentum“, erniedrigt worden sei. Der Hinweis auf die „Israelisierung“ deutet in diesem Kontext kaum auf Respekt vor dem Judentum hin, die Parallelstellung zum „Verfälschen“ weist klar auf eine negative Charakterisierung der Juden an sich hin.

Ganz problematisch wird die Desavouierung der weltlichen Gesetzgebung an anderer Stelle: „Muslim sein (werden [sic!]) bedeutet, alle materiellen, weltlichen und nichtgöttlichen Maßstäbe abzulehnen und sich selbst und den anderen nur noch mit dem einzig gültigen göttlichen Maßstab zu messen. [...] Muslim sein [werden] bedeutet auch, Gott als die einzige Quelle aller Gesetze anzuerkennen. Auch die von 90 Prozent der Bevölkerung gewählte Regierung hat nie das Recht, auch nicht mit absoluter oder Zweidrittelmehrheit, etwas zu verbieten, was Gott erlaubt hat, bzw. etwas zu erlauben, was Gott verboten hat. Jeder Herrscher, jede Regierung, jeder Einzelne ist immer nur ausführende Gewalt, denn Gesetze zu geben steht allein Gott zu.“ Ohne Frage wird hier die säkulare Legislative delegitimiert, denn was soll ein entsprechend „wahrer Muslim“ von einer gesetzgebenden Körperschaft halten, die keinerlei Bezug zu den ihm wichtigen Quellen des Rechts hat bzw. den Rekurs darauf ablehnt? Überdies wird auch die Menschenwürde in Frage gestellt, selbst wenn rassistische, nationale oder andere Begriffe als irrelevant für den bewußten Gläubigen erklärt werden. Träger wahrer Würde und Respekt heischend wird ihm nur der wahre Gläubige; Zweifelnde und solche, die eines unlauteren Monotheismus verdächtig sind, Gottesverleugner rangieren unter diesem, sind Wesen „schlimmer als das Vieh“. Ob diese Enthumanisierung hinzunehmen ist, weil sie nach dem Dogma Teil der Offenbarung sein soll, ist mit guten Gründen zu bezweifeln.

Eine sehr einseitige Konstruktion von Identität, die den Einwanderer durch seine Verankerung in politisch-religiöse Bewegungen seiner Herkunftsländer auf lange Dauer von der einheimischen Gesellschaft separiert, wird durch nichts deutlicher als durch eine Empfehlung des bekannten Yusuf al-Qaradawi an seine „Brüder im Ausland“: „Versucht, eine kleine Gesellschaft innerhalb der großen Gesellschaft zu bilden, sonst werdet ihr in ihr aufgehen wie Salz in Wasser. Was den jüdischen Charakter über die vergangenen Jahrhunderte bewahrt hat, war ihre kleine Gemeinschaft, die einig war in ihren Vorstellungen und Ritualen und die als ‚das jüdische Ghetto‘ bekannt war. Versucht, euer eigenes ‚Muslim Ghetto‘ zu haben.“ Al-Qaradawi meint, damit einen „Konservatismus ohne Isolation und eine Offenheit ohne Verschmelzung“ zu propagieren, unter völliger Verkenntung des Zwangscharakters des Ghettos, in welches jüdische Gemeinschaften in Europa gepreßt worden sind.

Emel Abidin-Algan ist Recht zu geben: „Sichtbare und ausschließliche Religionszugehörigkeit [wie sie von den Verbänden vertreten wird] ist einseitig und stigmatisierend und risikoreich, weil sie isolieren und geistige Gettos bilden kann.“ Solange Verbände Integration und Akkulturation als Assimilation verpönten und darauf hinarbeiten, daß ihre Gemeinschaften vermittels religiöser Regeln die „reine Abstammung“ (Qaradawi) garantieren, kann das Ergebnis des Einwanderungsprozesses nur aus einem prekären Nebeneinander bestehen. Auch der Hinweis, es handele sich im Falle der Verbände nur um die Anspruchnahme eines „Rechtes auf Differenz“, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es in diesem Fall mit einer Sonderform des „Ethnopluralismus“ zu tun haben, der entsprechend seinem rechtsextremen europäischen Pendant mit dem Beharren auf partikularen Moral- und Rechtsvorstellungen auch die Universalität der Menschenrechte negiert.

Fragenblock 3

Wenn es nach der IGMG und ihren Apologeten ginge, so wäre diese Einordnung schon lange obsolet. Die IGMG stellt sich als Glaubensgemeinschaft dar, deren Verbindung zur politischen Bewegung Milli Görüs und deren Parteien in der Türkei für die Verhältnisse in Europa unerheblich seien, bzw. nicht mehr die frühere Relevanz besäßen.

Es ist durchaus zu konstatieren, daß Bemühungen um eine wie auch immer geartete Autonomie der Verbandsführung bestehen und diese dem interessierten Publikum auch immer wieder dargelegt wird, doch scheinen diese Bemühungen von Spitzenfunktionären innerhalb der Organisation keineswegs mehrheitsfähig zu sein, noch die Basis nachhaltig zu erreichen. Gewiß kann eingeräumt werden, daß ein vollständiges Abrücken von der Ideologie des charismatischen „Führers“ (lider) der Milli-Görüs-Bewegung Erbakan für die Organisation auf eine Zerreißprobe hinauslaufen würde. Denn es sind keineswegs nur die älteren Mitglieder der IGMG, die in Erbakan ihr geistiges Vorbild und ihren politischen Führer sehen. Bei einer Studentenversammlung der IGMG im Frühjahr 2007 in Hagen wurde Professor Erbakan nicht nur per Telefonschaltung direkt zugeschaltet. Der empathischen Ankündigung des Modera-

tors folgten stürmische Sprechchöre „Müdjahid Erbakan“. Daß der „Glaubenskämpfer“ eine herausragende Vorbildfunktion bei der Jugend haben soll, wurde auch bei einer Diplomfeier für Teilnehmerinnen an einem der Jugendbildungskurse 2006/2007 des Frauenverbands der IGMG-Region Baden-Württemberg deutlich. Wiederum wurde Erbakan live zu der Veranstaltung zugeschaltet und das Publikum soll erfahren haben, warum die Welt der Milli Görüs bedürfe.

Nun wäre es an sich kein Problem, wenn Politiker aus fernen Ländern Grußadressen an Menschen in Deutschland richten. Mit Herrn Professor Erbakan hat man es jedoch nicht mit einem beliebigen Politiker zu tun, sondern auch mit einem Vordenker, dessen Ordnungsvorstellungen auf ganz bestimmten Prinzipien beruhen. Sicherlich mag dem Herrn zuzustimmen sein, wenn er auf die in der Welt zu findende Ungerechtigkeit hinweist. Allerdings hört schon bei seiner Ursachenforschung der Konsens auf. Wie er in seinem programmatischen Werk „Milli Görüs“ oder auch in der in deutscher Sprache erschienen „Gerechten Wirtschaftsordnung“ darlegt, können nur „die Juden“ für alles Übel verantwortlich sein. Für Erbakan beherrschen „die Zionisten“ mit Hilfe „der Imperialisten“ die Welt, denn diese „haben alle Macht auf dieser Welt an sich gerissen. Das Geld dieser Welt ist in ihrem Besitz. Die Fabriken sind in ihrem Besitz. Die Zeitungen sind in ihrem Besitz. Die Fernsehanstalten sind in ihrem Besitz. Die Führung vieler Länder sind in ihrem Besitz.“ Unschwer läßt sich erkennen, daß er Verschwörungstheorien anhängt, die ihre Abhängigkeit von einem antisemitischen Machwerk wie den sogenannten „Protokollen der Weisen von Zion“ deutlich erkennen lassen. Der Westen an sich habe seine Wurzeln in der „pharaonischen“ Kultur, einer „tyrannischen Sklavenhaltergesellschaft“, deren falsches Verständnis von Recht und Gerechtigkeit noch heute prägend seien.

Wie prägend Erbakan für seine Anhänger in Europa ist, ließ sich in diversen Portalen und Foren im Internet nachvollziehen, welche nicht zum offiziellen Auftritt der Organisation gehörten. Die Teilnehmer nahmen aber für sich in Anspruch, zur Organisation zu gehören und äußerten sich auch zu ihrer jeweiligen Funktion oder Zugehörigkeit zu einem Regional- oder Ortsverband. Ohne Zweifel hat dieser Teil der Basis die ideologischen Grundpositionen Erbakans übernommen und ist bereit, sie auch weiterzutragen. Deutlich wird auch ein Bezug zum bewaffneten „Kampf auf dem Wege Gottes“ (d jihad), Logos mit Feuerwaffen lassen keinen Zweifel an der Affinität zu martialischen Vorstellungen. Auch die Legitimierung durch islamische Quellen wird nicht vergessen, z.B. mit einem Hadith, einer Prophetentradition, nach der „das Paradies im Schatten der Waffen“ liege. Grundlagen zum D jihad hoffen die Teilnehmer in den Schriften Hasan al-Bannas zu finden.

Das Thema „da'wa“, also „Ruf, Einladung“ zum Islam findet sich ebenfalls, aber keinesfalls unter spirituellen Vorzeichen: „Denn damit Milli Görüs in Deutschland zur Herrschaft gelangen kann, muß zunächst die Bevölkerung muslimisch werden. In einem Land, dessen Bevölkerung nicht muslimisch ist, kann man keinen islamischen Staat erwarten [...] also, Verkündigung betreiben. Milli Görüs ist nicht nur eine politische Organisation. Die Saadet Partisi [SP] ist der politische Arm der Milli Görüs. Das

heißt, sie ist die politische Bewegung, die für die Vorherrschaft der Milli Görüs tätig ist.“ Angesichts dieser Stellungnahmen ist es kein Wunder, wenn bei Seminaren der IGMG-Ortsverbände Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Arif Ersoy, Mitglied des SP-Vorstandes und maßgeblicher Denker bei der Entwicklung der „Gerechten Ordnung“, oder der stellvertretende Vorsitzende der SP, Yasin Hatipoglu, erscheinen. „Positive Integration“ bedeutet für Ersoy eher „Unversehrtheit“ oder „Unberührtheit“ der eigenen Weltanschauung; die Frage, wie ein Einwanderer islamischen Glaubens türkischer Nationalität sich als Bürger in einen anderen Staatsverband eingliedern kann, stellt sich bei der Konzentration auf Gemeinschaftswerte nicht.

Insgesamt gesehen, auch unter Berücksichtigung der „Legalitätsschwüre“ bei Verantwortlichen der IGMG ist zur Zeit zu konstatieren, daß eine prinzipielle Distanz zur Demokratie festzustellen bleibt. Gerade die moralische, religiös fundierte Kritik an den Freiheitsrechten ist nicht zu unterschätzen; sie macht deutlich, daß eine an sich politische Bewegung ihre Interpretation von religiösen Texten über die Grundsätze säkularer demokratischer Ordnungen stellt.

Fragenblock 4

Seit einiger Zeit hat sich als Mehrheitsmeinung durchgesetzt, daß vor allem der Spracherwerb wichtig für die Integration von Menschen aus anderen Kulturen ist. Dies gilt nicht für Muslime allein, und es wäre dringend notwendig, zu erkennen, daß eine Integration vermittelt religiös fundierter Anschauungen, bzw. von diesen beeinflussten kulturalistischen Codes in einer offenen Gesellschaft nicht gelingen kann. Denn erstens steht diesem die Pluralität „islamischer“ Tendenzen entgegen – eine Zusammenarbeit z.B. sunnitischer und schiitischer Verbände wird dort enden, wo es um den Religionsunterricht und die Deutung der eigenen geschichtlichen Entwicklung gehen wird. Ein Einwanderungsland wird auch den Einwanderern seine Grundlagen, d.h. vor allem seine rechtlichen, aber auch die aus dem historischen Erbe erwachsenen, vermitteln müssen, ohne daß die kulturell-religiösen Teilidentitäten davon Schaden nehmen müßten.

Dabei dürfte die Vorstellung eines ausschließlichen Dialoges der Konfessionen nicht zweckdienlich sein, denn wo der Verdacht wechselseitigen Proselytismus im Raum steht, kann Vertrauen nur schwer entwickelt werden. Überdies leben in den Ländern Europas viele Menschen, die entweder keiner Offenbarungsreligion oder überhaupt keiner Denomination angehören – sie zu übergehen kann nur dem Ganzen abträglich sein. Die Hoffnung, daß mit einem institutionalisierten „Dialog“ alles gerichtet werden könne, ist ein Trugschluß, denn erfahrungsgemäß bleibt er die Angelegenheit von sich unersetzbar machenden Funktionären und hat mit den Menschen in der Gesellschaft nichts zu tun. Die Summe veritabler sozialer Kontakte wird letztlich zeigen, ob und wie weit Integration stattgefunden hat.

Es ist zu bedauern, daß innerhalb der islamischen Organisationen immer noch dualistische Denkweisen befördert werden – selbst wo über „Muslimsein in Europa“ reflektiert wird, bleibt das Denken im „Wir“ und „die Anderen“ befangen. Diese „Eng-

führung“ der Identität läßt die Erkenntnis nicht zu, daß eine Einwanderung notgedrungen Nähe und gemeinsame Verantwortung mit dem „Andern“ bringt, abseits des Ritualen, mitten in den Bereichen des profanen Alltags, wo jeder zunächst als Mensch und Bürger wahrgenommen werden sollte und nicht als mögliche Bedrohung der Identität. Diese Forderung gilt allerdings auch für Nichtmuslime der „Mehrheitsgesellschaft“, die hinsichtlich der Erkenntnis der Heterogenität der Umma, der islamischen Gemeinschaft, ja selbst der islamistischen Bewegung, einiges nachzuholen hat. Hilfreich wäre dabei, wenn „Repräsentanten des Islam“ sich dahin bewegen könnten, nicht ausschließlich vom „Islam“ als Monolithen vor europäischem Publikum zu sprechen.

Die streitbare Demokratie kann nicht ausschließlich Sache bestimmter Institutionen sein, jeder Bürger ungeachtet seiner Weltanschauung sollte sich angesprochen fühlen. Muslimische Aktivisten verstehen es sehr gut, Kritik an gesellschaftlichen Zuständen, welche die westliche Gesellschaft als Korrektiv betrachtet, gegen diese selbst zu richten. Diesen Maßstab aber bei sich selbst anzuwenden, wird weithin abgelehnt. Dies wäre aber dringend erforderlich, besonders auch um die Frage des Stellenwertes der Gewalt im Islam anzugehen. Das Mantra von der „Religion des Friedens“, das jeden Bezug zu der Vielzahl an Anschlägen in Abrede stellt, trägt nicht, wenn Minderheiten Gewaltpotentiale mit religiösen Argumenten freisetzen können.

Prof. Dr. Werner Schiffauer, Universität Viadrina Frankfurt/Oder

Fragenblock 1

Es gibt eine Bedrohung der inneren Sicherheit durch Terroranschläge. Die entscheidende Gefahr geht offenbar von weitgehend autonomen Zellen aus, die ihr Weltbild und ihr Know-how aus dem Internet ziehen und die unabhängig von den etablierten Gemeinden operieren. Dabei ist eine vergleichsweise hohe Präsenz von Studenten an diesen Gruppen deutlich. Dies gilt ebenso für die Attentäter des 11. September wie für die Kofferbombentäter oder die Bomber von London. Deutlich ist ebenfalls ein relativ hoher Anteil von Personen, die, nachdem sie sich säkular orientiert hatten, eine Konversion zum Islam erlebt haben.¹

Junge muslimische Akademiker der zweiten und dritten Generation scheinen ebenso – und möglicherweise in einer vergleichbaren Größenordnung – „terrorismusgefährdet“ zu sein, wie es junge deutsche Akademiker zu Beginn der siebziger Jahre in Berlin oder Frankfurt waren. Sie teilen mit ihnen zahlreiche Züge. Zu nennen sind: 1.

1 Siehe die Beschreibungen der britischen U-Bahn Bomber bei Michael Hanfeld/Souad Mekhennet/Claudia Sautter, *Die Kinder des Dschihad. Die neue Generation des islamistischen Terrors in Europa*, München 2006, S. 61 und Abd Samad Moussaoui, Zacarias Moussaoui. Mein Bruder, Zürich 2002.

Ein zugespitztes Empfinden über globales Unrecht – das sich damals am Vietnamkrieg, heute am Unrecht an Muslimen im Irak, Gujarat, Palästina, Tschetschenien oder Bosnien festmacht, wobei es dahingestellt bleiben kann, ob dies objektiv zutrifft oder nur subjektiv empfunden wird. 2. Eine insbesondere für studentische Jugendbewegungen in der Moderne kennzeichnende Neigung zu utopischem Denken und – damit einhergehend – eine revolutionäre Hoffnung auf einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. 3. Ein Unbehagen angesichts einer eigenen relativ privilegierten Situation im Vergleich zu Personen in der dritten Welt und ein damit zusammenhängendes Gefühl, eine Verpflichtung gegenüber den Unterprivilegierten zu haben. Bei den jungen Muslimen in Europa tritt im Unterschied zu den Bürgerkindern der siebziger Jahre allerdings noch die Erfahrung von Diskriminierung hinzu – eine Erfahrung, die gerade auch von Akademikern leidvoll empfunden wird. Sie erleben die Versagung des an diese Stellung geknüpften Anerkennungsversprechens oft besonders intensiv – nicht zuletzt auch deshalb, weil viele die akademische Ausbildung als Ausweg aus der allgemeinen Diskriminierung sehen. All dies führt nicht selten zum Zorn auf die „westliche“ Mehrheitsgesellschaft. Diese Disposition kann sich in einer Vielzahl von Formen artikulieren – im Rückzug, in allgemeiner Gesellschaftskritik, in revolutionärem Engagement bis hin zu Gewaltbereitschaft. Welche dieser Ausdrucksformen des Zorns nun gefunden wird, hängt wesentlich von den Gemeinschaften ab, in denen sich der junge Muslim bewegt.²

Für die Sicherheitsbehörden ergibt sich damit das Problem, daß die Täterschicht sehr schwierig erkennbar ist. Es sind oft Studenten – also die am Besten integrierten Migranten der zweiten Generation –, die für islamistische Radikalisierung bis hin zu politischer Gewalt empfänglich sind. Die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Meinung, „parallelgesellschaftliche Strukturen“ seien für die politische Gewalt verantwortlich, läßt sich auf dem Hintergrund biographischer Analysen nicht halten.

Fragenblock 2

Die Beantwortung dieser Frage hängt natürlich von der Definition des Islamismus ab. Faßt man den Begriff des Islamismus, wie es die Verfassungsschutzämtern tun, sehr weit und definiert ihn als „politischen Islam“, dann wird man wohl diese Frage bejahen. Das Problem dieser weiten Definition des Islamismus ist, daß damit jede Art von *public religion* – also auch religiös motivierte gesellschaftspolitische Stellungnahmen, die sich eindeutig im Rahmen der Verfassung bewegen – als islamistisch kategorisiert und damit als problematisch gewertet werden. Dies gilt dann auch für den Post-Islamismus, auf den ich unten zu sprechen komme.

Eine wesentlich präzisere Definition des Islamismus sieht in der Radikalopposition zum Westen das entscheidende Merkmal. Islamistisch sind damit diejenigen Positio-

2 Siehe auch Hanfeld/Mekhenet/Sautter (FN 1), S. 58 und S. 74.

nen, die davon ausgehen, daß ein würde- und sinnvolles islamisches Leben nur innerhalb einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung möglich ist. Daraus leitet sich die Position ab, daß Islam und Westen unvereinbar seien und der politische Auftrag, für die Re-Islamisierung der islamischen Kernländer zu kämpfen bzw. eine islamische Revolution voranzutreiben. Mit dieser Position ist eine Reinheitsideologie wahlverwandt: Jedes Einlassen auf den Westen birgt die Gefahr der Pollution.

Betrachtet man die Tätigkeit der gewaltfrei operierenden Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Hintergrund, so ist deutlich, daß sie in zwei Lager zerfallen. Die – mittlerweile verbotenen aber gleichwohl im Untergrund nach wie vor aktiven – Gemeinden *Hizb-ut Tahrir* und *Kalifatsstaat* sind gewaltfrei, vertreten aber eine islamistische Ideologie im oben skizzierten Sinn. Die anderen, größeren, im Koordinationsrat zusammengeschlossenen Verbände versuchen dagegen den Islam als Minderheitenreligion in einem demokratischen Rechtsstaat zu etablieren. Dies umfaßt auch das Eintreten für Minderheitenrechte. Die damit verbundene Absage an die Opposition von Islam und Westen wird in islamistischen Kreisen zum Teil heftig kritisiert. Den Verbänden wird vorgeworfen, zentrale Positionen des Islam zu opfern, nur um in Europa anzukommen. Nach den Beobachtungen, die ich während meiner Feldforschung zum *Kalifatsstaat* machen konnte, meiden konservative und islamistische Gemeinden den Kontakt zueinander.³

Die im Koordinationsrat zusammengeschlossenen Organisationen können – was auch von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes konzidiert wird⁴ – in Anspruch nehmen, die zweite Generation gegenüber revolutionärem oder gewaltbereitem Islamismus zu immunisieren, indem sie ihnen Möglichkeiten aufweisen, einen Recht-geleiteten (also an der Scharia orientierten) Islam innerhalb der europäischen Gesellschaften zu leben und ihnen Perspektiven aufweisen, sich innergesellschaftlich zu engagieren. Die Attraktivität dieses Angebots für eine zweite Generation liegt sicher auch darin begründet, daß sie einen Weg der Integration in die Gesellschaft über Opposition aufzeigen. Dies ist deswegen wichtig, weil für viele Migranten der zweiten Generation, angesichts starker islamophober und ausländerfeindlicher Tendenzen in dieser Gesellschaft, einfache Identifikation wie Konformismus bzw. Unterwerfung unter einen Aggressor erscheint. Eine derartige Form der Identifikation über Opposition ist nachhaltiger als bloße Konformität.⁵ Wer sich aktiv für die Rechte seiner Re-

3 Vgl. Werner Schiffauer, *Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland. Eine Studie zur Herstellung religiöser Evidenz*, Frankfurt a.M. 2000.

4 Vgl. Tania Puschnerat, *Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen – eine Skizze*, in: Uwe Kemmesies (Hrsg.), *Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur*, München 2006, S. 217-237. Puschnerat fährt allerdings fort, indem sie behauptet, die anti-integrativen Identitätspolitik beförderten auch eine Sozialisation in den politischen Extremismus/Islamismus hinein. Für diese These werden keine Belege angeführt. Sie ist m.E. soziologisch falsch, weil sie die Wechselwirkung von Opposition und Integration nicht berücksichtigt.

5 Identifikation über Opposition ist eher die Regel als die Ausnahme bei der Integration von Immigranten. In den siebziger Jahren war es die Linke, die dies erlaubte; heute nimmt der Islam an vielen

ligion in der Gesellschaft einsetzt, wird sich intensiver mit der Gesellschaft auseinandersetzen (und sich auf sie einlassen) als jemand, der seine privaten Ziele verfolgt. Darüber wächst die Einbindung in gesellschaftliche Zusammenhänge. Mit der Zeit werden sich die realpolitischen Züge ausprägen und die utopisch-gesinnungsethischen Positionen an Einfluß verlieren.

Paradoxerweise kann dies zu einer Radikalisierung der gewaltsamen Zellen führen. Es ist ein häufig beobachtbares Phänomen, daß ein revolutionärer Flügel sich gerade dann auf die Tagesordnung zurückbombt, wenn die Gefahr besteht, daß seine Positionen bei der Mehrheit der Gläubigen obsolet werden. Die gegenwärtigen Aktivitäten der ETA sind dafür ein Beispiel. Analog kann argumentiert werden, daß die Angriffe des 11. September zu einem Zeitpunkt erfolgten, in dem der politische Islam von Innen überwunden schien. Die Reaktionen des Westens haben dazu geführt, daß dieser Prozeß gestoppt wurde und der revolutionäre Islam heute so stark ist wie noch nie in seiner Geschichte. Es ist auch für Deutschland nicht ausgeschlossen, daß Attentate mit dem Ziel stattfinden, die „allzu lauen“ Muslime „aufzuwecken“.

Fragenblock 3

Der Verfassungsschutz führt Organisationen auf, bei denen es „tatsachengestützte Hinweise“ – also einen Verdacht – darauf gibt, daß sie verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Zu diesem Zweck sammelt der Verfassungsschutz Indizien, auf die in den Verfassungsschutzberichten Bezug genommen wird. Eine derartige Sicht auf eine Organisation hat mehrere Eigenheiten: (1) Es ist eine kategoriale Perspektive, bei der es um die Einordnung einer Organisation als Ganzer in die Kategorie verfassungsfeindlich bzw. verfassungskonform geht – Prozesse aber, auch innere Heterogenität werden nicht berücksichtigt. Dies führt gerade bei Organisationen, die – wie die IGMG – sich in einer dramatischen Entwicklung befinden und in denen verschiedene Flügel einander gegenüberstehen – zu Verzerrungen in der Darstellung. (2) Die Sicht ist selektiv – Indizien auf Verfassungsfeindlichkeit werden aufgeführt; entlastende Perspektiven dagegen nicht. (3) Besonders problematisch ist, daß die Kategorie verfassungskonform bzw. verfassungsfeindlich vom Verfassungsschutz – zumindest von einigen Landesämtern – nicht im Einklang mit der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts gezogen wird. So wird etwa vom baden-württembergischen Verfassungsschutz die Tätigkeit des Missionierens als islamistisch – und damit verfassungsfeindlich – gewertet, auch wenn sie nicht dem Ergreifen der politischen Macht dient.⁶

Stellen diese Rolle ein. Vgl. François Dubet/Didier Lapeyronnie, Im Aus der Vorstädte, Stuttgart 1994; Werner Schiffäuer, Opposition und Identifikation – zur Dynamik des „Fußfassens“, in: Jan Motte/Rainer Ohliger, Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 89-98.

6 Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Verfassungsschutzbericht 2005, Stuttgart 2006, S. 6.

In Bezug auf die IGMG sieht der Verfassungsschutz Indizien für Verfassungsfeindlichkeit im Wesentlichen durch die Bindung an die *Saadet Partisi* des Necmettin Erbakan. Die Argumentation in den Verfassungsschutzberichten bezieht sich fast ausschließlich auf Zitate aus der im Umkreis von Necmettin Erbakan erscheinenden Tageszeitung *Milli Gazete* – in der Tat ein Forum für antisemitische und antiwestliche Stimmen. Die Entwicklungen der IGMG in Europa finden dagegen kaum Niederschlag in den Verfassungsschutzberichten oder halten kaum der Überprüfung stand.⁷ Dies ist problematisch, weil die IGMG Europa in entscheidenden Punkten von der Position der *Saadet Partisi* abweicht. Differenzen existieren in Bezug auf islamische Schulen (die *Saadet Partisi* ist dafür, die IGMG dagegen) und den EU-Beitritt der Türkei (die *Saadet Partisi* ist dagegen, die IGMG dafür). Erhebliche Auseinandersetzungen gibt es auch über die *Milli Gazete*. Auf Grund der Zerwürfnisse kam es 2005 zu einem Versuch Necmettin Erbakans, die Führung in Europa zu stürzen und die IGMG direkt der *Saadet Partisi* zu unterstellen.⁸ In diesem Fall setzte sich die Führungsspitze in Europa durch. Die IGMG vermeidet nach ihren Angaben trotz Differenzen mit der *Saadet Partisi* einen offenen Bruch, weil dies unweigerlich die Spaltung und damit das Ende der Gemeinde bedeuten würde.⁹

Entscheidend für die Einschätzung der IGMG ist, daß in dieser Gemeinde – stärker als in anderen – sich eine Denkrichtung entfaltet, die man als postislamistisch bezeichnen könnte. Damit meine ich eine besondere Art des Neudenkens der öffentlich-politischen Rolle des Islam seitens intellektueller Muslime der zweiten Generation mit islamistischem Hintergrund. Dabei fällt insbesondere ein starker Frauenflügel auf. Diese Intellektuellen sind sowohl vom Aufwachsen in ihren Gemeinden wie vom deutschen Schulsystem geprägt. Sie versuchen die islamistische Entgegensetzung von Westen und Islam – und damit den klassischen Islamismus, wie sie ihn in ihrer Sozialisation kennengelernt haben, zu überwinden. Sie definieren sich als Muslime im Westen und erarbeiten auf dieser Grundlage ein neues Verständnis ihrer Rolle als Muslime. Dies impliziert eine gesellschaftliche und politische Verantwortung für die islamischen Gemeinden in Europa und für die Umma insgesamt. In Bezug auf Europa treten sie für das Recht auf Differenz im Rahmen des säkularen Rechtsstaats ein. In

7 Siehe die Zusammenstellung von Fällen bei Werner Schiffauer, Das Recht, anders zu sein, in: Die Zeit vom 18. November 2004, S. 8. In diesem Zusammenhang sind auch die Gerichtsentscheidungen wichtig, in denen die Verfassungsschutzämter gezwungen wurden, Aussagen zurückzunehmen: Landgericht Hamburg vom 25. Februar 2003 (Geschäftszeichen 324 O 20/03); bestätigt vom Oberlandesgericht Hamburg am 7. Oktober 2003 (Geschäftszeichen 7 U 46/03); Verwaltungsgericht Baden-Württemberg vom 24. November 2006 (Geschäftszeichen 1 S 2321/05); Bayerisches Verwaltungsgericht München vom 22. Mai 2006 (Geschäftszeichen M 7 K 05.5).

8 Vgl. Elif Çakır, Saadet Partisi'nde neler oluyor („Was passiert in der Saadet Partei“?), in: Tempo, Nr. 1005 vom 8. März 2007, S. 75, auch unter: http://www.tempodergisi.com.tr/kose/elif_cakir/13472.

9 Ausführlich zur Geschichte der IGMG: Werner Schiffauer, Die islamische Gemeinschaft Milli Görüs – Ein Lehrstück zum verwickelten Zusammenhang von Migration, Religion und sozialer Integration, in: Klaus J. Bade/Michael Bommes/Rainer Münz (Hrsg.), Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt a.M. 2004, S. 67-96.

dieser Lokalisierung distanzieren sie sich sowohl von assimilationistischen Tendenzen wie auch vom klassischen und revolutionären Islamismus. Letzteren kritisieren sie wegen seiner Befangenheit in einer Anti-Haltung (anti-westlich, anti-jüdisch, anti-amerikanisch). Diese erlaube es nicht, eine soziologisch/politikwissenschaftlich fundierte Perspektive für den Islam in der gegenwärtigen Gesellschaft zu entwickeln, die der Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt und sich einfachen Antworten versperrt. Bezeichnend für den Post-Islamismus ist die geistige Auseinandersetzung mit den Sozial- und Geisteswissenschaften (während die intellektuellen Vertreter des „klassischen Islamismus“ primär Naturwissenschaftler, Ärzte und Ingenieure waren).

Die Bedeutung postislamistischen Denkens in der IGMG hängt auch damit zusammen, daß in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre aus verschiedenen Gründen der Generationenwechsel auf der Führungsebene radikaler durchgeführt wurde als in den anderen Gemeinden. Der Postislamismus birgt die Chance einer nachhaltigen Überwindung des Islamismus, die nach übereinstimmender Meinung von Fachleuten nur von Innen erfolgen kann.

Fragenblock 4

Die Integration der Muslime in Deutschland kann im Prinzip an sehr guten Voraussetzungen anknüpfen. Die Mehrzahl der Muslime in Deutschland ist türkisch-stämmig. Dies bedeutet insofern eine Chance, als Deutschland und die Türkei keine kolonialistische Vergangenheit haben und die Konflikte im arabischen Raum weniger stark durchschlagen als bei arabischen Gemeinden. Wer, wie ich, die islamischen Gemeinden türkischer Migranten seit den achtziger Jahren beobachtet, sieht eine erhebliche Dynamik – etwa in Bezug auf die Stellung der Frau oder auch im Hinblick auf die oben geschilderten intellektuellen Entwicklungen. Eine integrationsorientierte Politik würde (1) diesen Entwicklungen Raum lassen, (2) dem legitimen Bedürfnis nach Differenz Raum lassen, (3) in Bezug auf Sicherheitspolitik zu einer Politik der Verhältnismäßigkeit zurückfinden.

Der Begriff der streitbaren Demokratie hatte seinen guten Sinn in der Frühgeschichte der Bundesrepublik. In einer noch wenig gefestigten demokratischen Situation galt es, die Konsequenzen aus der Erfahrung der Weimarer Republik zu ziehen, in der die Demokratie zwischen rechts und links zermahlen wurde. Das Problem des Begriffs liegt darin, daß er letztlich postuliert, der Schutz der Grundordnung gelte für diejenigen nur eingeschränkt, die sie abschaffen wollen. Damit ist sicherlich ein Grenzproblem angesprochen. Problematisch – und repressiv – wird der Begriff jedoch, wenn er – wie es bei der jetzigen Präventionspolitik immer üblicher wird – auch auf diejenigen bezogen wird, die unter dem Verdacht stehen, sie die Grundordnung abschaffen zu wollen, ohne daß eindeutige Aussagen oder diesbezügliche Beweise vorliegen.

Inzwischen gibt es keine ernstzunehmende gesellschaftliche Kraft, die die Grundordnung der Bundesrepublik in Frage stellen könnte. In diesem Zusammenhang scheint es wesentlich angemessener zu sein, die Frage der Auseinandersetzung mit den gewaltfreien (einschließlich der radikalen) Flügeln des Islamismus mit zivilgesellschaftlichen Mitteln als mit dem staatlichen Instrumentarium einer streitbaren Demokratie (also durch Verbote, Überwachungen, Ausweisungen) zu führen. Dies ist nicht nur einer gefestigten und selbstbewußten Demokratie angemessener, es trägt auch der Einsicht Rechnung, daß nur eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung zu einer Überwindung des Islamismus von innen führen kann. Umgekehrt können die Maßnahmen, die unter Berufung auf den Begriff der wehrhaften Demokratie ergriffen werden, zur Radikalisierung von Muslimen beitragen. Dies ist besonders deutlich bei Moscheerazzien. Regelmäßig müssen ältere Gemeindemitglieder versuchen, jüngere davon abzuhalten, in die Konfrontation mit der Polizei zu gehen.¹⁰

Mustafa Yeneroglu, Stellvertretender Generalsekretär der IGMG

Fragenblock 1

Die Sicherheitswarnungen stellen zumeist abstrakte Warnungen vor einer abstrakten Bedrohung dar. Doch die Anschlagversuche in Deutschland haben gezeigt, daß auch unsere Gesellschaft bedroht ist. Eine besondere Schwierigkeit liegt darin, daß ein klares Täterprofil nicht ausgemacht werden kann. Deshalb stehen die Sicherheitsbehörden vor sehr schwierigen Aufgaben. Unrealistische Erwartungen führen zu Frustration und tragen zur Instrumentalisierung der Bedrohungslage bei. Denn oftmals fällt es den politisch Verantwortlichen schwer, den Bürgern im gesellschaftlichen Diskurs zu vermitteln, daß der Wunsch nach absoluter Sicherheit eine Illusion darstellt und dazu verleitet, freiheitliche Fundamente unserer Gesellschaftsordnung aufzuweichen, ohne dadurch die erwünschte absolute Sicherheit vor der Bedrohung zu erhalten.

Der Erwartungsdruck führt dazu, daß die Unterscheidung zwischen unverdächtigen Bürgern, Störern, Gefährdern und Tatverdächtigen mit dem Ergebnis, jeden und jede als potentielle Verdächtige ständig überwachen zu können, verwischt wird. So werden Muslime, die dem Anschein nach zum potentiellen Kreis der Verdächtigen gehören, Objekte politischer und rechtlicher Sonderbehandlungen. Das Risiko, dabei Vorurteile zu reproduzieren und Unschuldige zu stigmatisieren, wird in Kauf genommen. Unausgesprochen setzt sich wohl die „Erkenntnis“ durch, daß eine Diskriminierung einzelner Bevölkerungsteile praktisch unvermeidbar ist.

10 Vgl. Werner Schiffauer, *Verwaltete Sicherheit – Präventionspolitik und Migration*, in: Michael Bommes/ders. (Hrsg.), *Migrationsreport 2006. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt a.M. 2006, S. 113-164.

Der religiöse Extremismus, den der Qur'an ablehnt (4:171) – die Muslime gelten als „Gemeinschaft des mittleren Wegs“ (2:143) –, kann nur bedingt eine zusätzliche Motivation für Terrorismus durch „Muslime“ darstellen. Einen spezifischen Bezug zwischen dem Islam und Extremismus oder sogar Terrorismus gibt es nicht. Unerlässlich ist die Auseinandersetzung mit den zur Erhöhung des Sicherheitsrisikos möglicherweise beitragenden soziologischen Faktoren des Terrorismus. Wichtige Aspekte dabei sind sicherlich Armut, Ausbeutung, das weltweite Wohlstandsgefälle, Unterdrückung, Chancen- und Perspektivlosigkeit etc. Das Gefühl, Opfer von Ungerechtigkeit und Demütigung zu sein, führt oft zur Verzweiflung. Gewaltbereitschaft kann mitunter eine Folge dieser Verzweiflung sein.

Unter den Muslimen ist keinesfalls ein größeres Gefahrenpotential auszumachen. Doch sehen wir erhebliche Probleme bei den angewendeten Mitteln zur Risikobegrenzung. Mögen die Sicherheitsbehörden noch so oft von einer „islamistischen“ Gefahr sprechen. Die Allgemeinheit kann mit dieser Unterscheidung nichts anfangen und versteht sie als „islamische“ Gefahr. Durch ihre Unbestimmtheit und ihre fehlende Greifbarkeit werden diese Warnungen – wenn auch unbeabsichtigt – zum Mitteln der Diffamierung und Ausgrenzung gegenüber dem Islam und den Muslimen. Grundsätzlich muß es darum gehen, Ausgrenzungsmechanismen zu erkennen und diesen entgegenzuwirken.

Fragenblock 2

Verfassungsschutzämter verweisen immer wieder darauf, daß „nicht die Religion ‚Islam‘ an sich und ihre Anhänger pauschal“ beobachtet werden, sondern nur „islamistische“ Gruppierungen.¹ Der Begriff des Islamismus wird als „die aktive Befürwortung und Durchsetzung von Glaubensinhalten, Vorschriften, Gesetzen, und Politikinhalten, die als islamisch betrachtet werden“² definiert. Diese Definition läßt kaum eine Abgrenzung zu verfassungsgemäß handelnden islamischen Religionsgemeinschaften zu, deren Zweck darin liegt, Muslime im religiösen Leben umfassend zu betreuen. Die weiteren Kriterien, nämlich „der universelle und unteilbare Geltungsanspruch, der Rückgriff auf als authentisch betrachtete Quellen sowie die Vision eines in der Vergangenheit einmal da gewesenen Idealzustands, der sich maßgeblich an der überlieferten Glaubenspraxis des Propheten Muhammad und der früheren Muslime orientiert“³, sind so vage formuliert, daß eine Abgrenzung objektiv willkürlich erscheint. Ein „universeller und unteilbarer Geltungsanspruch“ ist eine Eigenschaft, die alle monotheistischen Religionen auszeichnet. Das Erkennungsmerkmal der Orientierung an der „Glaubenspraxis des Propheten Muhammad“ und die Bezeichnung dieser als „kompromißlose[r],

1 Anstatt weiterer Beispiele aus den Verfassungsschutzberichten siehe: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), *Islamischer Extremismus und Terrorismus*, Stuttgart 2006, S. 8.

2 Ebd., S. 10.

3 Ebd., S. 6.

Neuerungen ablehnende[r] und sehr puristische[r]“⁴ Islam verträgt sich nicht mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach jeder das Recht hat, „sein gesamtes Verhalten an den Lehren seines Glaubens auszurichten und seiner inneren Glaubensüberzeugung gemäß zu handeln“.⁵ Als Unterscheidungsmerkmal ist dies auch insoweit unbrauchbar, da solch ein Verhalten alle Muslime charakterisiert.

So wird auch die Mission – als eine wesentliche Form des Bekenntnisses und damit als Akt der Religionsausübung von der Religionsfreiheit des Art. 4 GG geschützt⁶ – als „islamistisch“ und demzufolge als verfassungsfeindlich bewertet. Die Mission sei eine „Erscheinungsform des Islamismus, dessen zentrales Tätigkeitsfeld der Erhalt der muslimischen Identität und die Verbreitung des islamischen Glaubens“⁷ ist.

Schon diese exemplarische Darstellung zeigt, daß der Begriff des „Islamismus“ unbestimmt ist und den Behörden große, verfassungsrechtlich bedenkliche Interpretationsspielräumen eröffnet. Auch muß sich die Problematisierung des islamischen Gemeindelebens und die Beurteilung des religiösen Extremismus an den durch das Bundesverfassungsgericht konkretisierten Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung⁸ halten.

Alle gesellschaftlich relevanten islamischen Organisationen – auch die vom Verfassungsschutz beobachteten – identifizieren sich mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und tragen diese durch ihr Wirken mit. Die Rechtsfragen, die im Zusammenhang der muslimischen Präsenz auftreten, können mit den vorhandenen Möglichkeiten der Verfassungsordnung zu ausgewogenen Ergebnissen geführt werden.

Das Bemühen der islamischen Organisationen, den Islam in einen öffentlich sichtbaren Raum zu führen, ist eine – in der Öffentlichkeit oft nicht gewürdigte – erhebliche Integrationsleistung der Muslime. Der Wille zu einer umfassenden Integration setzt auch ein Heimatgefühl voraus. So wären Muslime ohne diese Reflexion nicht an repräsentativen Moscheen in Stadtzentren interessiert. Die damit einhergehende Einbindung in den kommunalen politischen Prozeß ist eine enorme politische Integrationsleistung. Die in den meisten Moscheegemeinden angebotenen Nachhilfekurse zur Begleitung des Schulunterrichts, Deutschkurse, aber auch die religiöse Arbeit und die seelsorgerische Betreuung sind Leistungen, die durch die Erfüllung von religiösen Bedürfnissen den Gemeindemitgliedern ein Heimatgefühl vermitteln und damit zu ihrer Integration in diese Gesellschaft beitragen. Das Entstehen mancher Konflikte, seien es die Moscheebaukonflikte, der Gebetsruf, das Schächten usw., ist die Folge verstärkter Integrationsbemühungen. Diese Auseinandersetzung mit der Rechts- und Gesellschaftsordnung unterstützt wiederum eine bewußte Integration.

4 Ebd., S. 39.

5 Vgl. BVerfGE 32, S. 98, 106 f.

6 Vgl. BVerfGE 12, S. 1, 4.

7 Landesamt (FN 1), S. 6.

8 Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung siehe BVerfGE 2, S. 1 ff.

Fragenblock 3

Bei der Darstellung der IGMG in den Berichten fällt auf, daß anstelle der konkreten Darlegung tatsächlicher Bestrebungen gegen die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ vielmehr abstrakte Ausführungen vorgenommen werden, die auf eine mangelnde Integrationsfähigkeit hinweisen sollen.⁹ Der Begriff der „Gefahr der Schaffung einer Parallelgesellschaft“¹⁰ schwebt oft im Raum, genauso wie die Rede von der „Abkapselung innerhalb einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft“¹¹ bzw. „die bewußte Abgrenzung von westlichen Lebensgewohnheiten“¹², wobei diese Zuschreibungen ohne konkrete Belege auskommen müssen. Selbst wenn Quellen genannt werden, fällt eine Häufung von Übersetzungs- und Wiedergabefehlern, sinnentstellenden Zitaten, merkwürdigen Zuschreibungen oder eine bemerkenswert kreative Auslegung auf, die das vorgefaßte Bild einer verfassungsfeindlichen Organisation untermauern soll.¹³ So hat die IGMG mehrere Prozesse gegen die Verfassungsschutzämter (NRW¹⁴, Baden Württemberg¹⁵ und Bayern¹⁶) geführt, in denen den Behörden untersagt wurde, falsche Behauptungen und verleumderische Unwahrheiten sowie diffamierende, diskriminierende oder verfälschende Darstellungen über die IGMG zu verbreiten.¹⁷ Weiterhin ist zu beobachten, daß in den aktuellen Verfassungsschutzberichten konkrete Tatsachenbehauptungen über die IGMG möglichst vermieden und durch wertende Wiedergaben ersetzt werden, um diese einer gerichtlichen Kontrolle zu entziehen.

Eine wichtige Änderung in der Darstellung ist, daß die IGMG in allen Berichten unreflektiert als Teil der „Milli Görüs-Bewegung“ wiedergegeben wird, um ihr auch solche Inhalte zuzurechnen, die von ihr nachweislich nicht verantwortet werden.¹⁸ Offensichtlich steckt die Absicht dahinter, auf diesem Wege Gerichtsurteile umgehen zu können. So wird der IGMG die programmatische Schrift „Adil Düzen – Gerechte Ordnung“ von Prof. Dr. Necmettin Erbakan aus dem Jahre 1991¹⁹ zugerechnet, da die IGMG Teil der „Milli Görüs-Bewegung“ sei, die „der weltweiten Durchsetzung einer auf dem Islam basierenden ‚göttlichen Ordnung‘ alle übrigen bestehenden, als ‚nichtig‘ erachteten Staats- und Gesellschaftsordnungen zu überwinden bestrebt ist“. Daß

9 Vgl. Landesamt (FN 1), S. 8; Verfassungsschutzbericht Bayern 2006, S. 33.

10 Landesamt (FN 1), S. 8. Siehe auch Verfassungsschutzbericht 2006, S. 231.

11 Landesamt (FN 1), S. 9.

12 Verfassungsschutzbericht Bayern 2006, S. 33.

13 Siehe auch Werner Schiffauer, Das Recht, anders zu sein, in: Die Zeit vom 18. Nov. 2004, S. 8.

14 Beschluß des VG Düsseldorf vom 18. Okt. 2004, Az. 1 K 4791/03.

15 Urteil des VGH BW vom 24. Nov. 2006, Az. 1 S 2321/05.

16 Urteil des VG München vom 18. Sept. 2003, Az. M 17 K 02.5696; Urteil des VG München vom 22. Mai 2006, Az. M 7 K 05.5; Urteil des Bayerischen VGH vom 6. Juni 2007, Az. 24 ZB 06.2048.

17 Nach dem Verbot durch das VG München (siehe FN 16), ein Bild von Bin Laden neben dem Text zur IGMG in einem Faltblatt zu verteilen, hat das IM das Bild von Bin Laden durch das Logo einer Terrororganisation ersetzt; siehe auch Landesamt (FN 1) und Stellungnahme der IGMG dazu unter www.igmg.de.

18 Siehe anstelle weiterer Nachweise VSB Bayern 2006, S. 57; hier sogar explizit unter dieser Rubrik.

19 Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006, S. 58.

die IGMG sich zu keinem Zeitpunkt die Inhalte dieser Schrift zueigen gemacht hat und sogar viele Aussagen ausdrücklich ablehnt²⁰, wird geflissentlich unterdrückt.

Im Ergebnis fehlt in allen Verfassungsschutzberichten eine am Maßstab der Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung angelegte Prüfung, in der der IGMG durch Benennung der konkreten Tätigkeit vorgeworfen wird, daß sie sich dadurch gegen die Verfassungsordnung richte. Folglich ist die auf der Grundlage der in den Verfassungsschutzberichten aufgeführten vermeintlich „tatsächlichen Anhaltspunkte“ begründete Aufnahme der IGMG in die Berichte im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht gerechtfertigt. Denn danach müssen die tatsächlichen Anhaltspunkte „hinreichend gewichtig“²¹ sein und der Verdacht konkret begründet werden.²² Dabei ist sogar die „Kritik an der Verfassung [...] ebenso erlaubt [...] wie die Äußerung der Forderung, tragende Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu ändern“²³, ohne daß dies als Anlaß genügt, um eine „verfassungsfeindliche Bestrebung [...] zu bejahen oder allein deshalb die negative Sanktion einer Veröffentlichung in den Verfassungsschutzberichten zu ergreifen“.²⁴ Der IGMG wird nicht einmal Kritik an der Verfassung vorgeworfen.

Die IGMG hat zweifellos ihre Wurzeln in der Heimat der türkischen Migranten, die diese Gemeinschaft aufgebaut haben. Doch soziologisch haben die Migrationserfahrung und die Sozialisation der folgenden Generationen im europäischen Kontext dazu geführt, daß mit ihren Anhängern auch die Organisation mehr und mehr hier heimisch wurde und sich als islamische Religionsgemeinschaft orientiert hat.

Die Einrichtungen und Aktivitäten stehen nicht für eine Abschottung von der Gesellschaft, sondern für eine selbstverständliche Religions- und Brauchtumpflege, die die Gläubigen in der Zivilgesellschaft selbst organisieren. Dabei lehnt die IGMG die Ghettoisierung der Muslime ab und unterstützt diese darin, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Schon dadurch, daß sich die IGMG in der Mitte der Gesellschaft verortet und sich für repräsentative Moscheen, den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen, die Einbürgerung, die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften und die dadurch einhergehende Partizipation und positive Mitgestaltung einsetzt, setzt sie sich für die Identifikation mit der Verfassungsordnung ein.

Jedoch muß darauf hingewiesen werden, daß gerade Verfassungsschutzämter diese Bemühungen diskreditieren und die Absichten ins Gegenteil verkehren, um sie als verfassungsfeindlich bezeichnen zu können. So wird der Bau von Moscheen im militärischen Sinn als Bau von „Stützpunkten“ bezeichnet²⁵, die Bemühung um Einführung

20 taz vom 7. Mai 2004: Interview mit IGMG-Vertretern.

21 BVerfG, 1 BvR 1072/01, Absatz-Nr. 68.

22 Vgl. Dietrich Murswiek, Neue Maßstäbe für den Verfassungsschutzbericht – Konsequenzen aus dem JF-Beschluß des BVerfG, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 25 (2006), S. 121-128, hier S. 121, 123.

23 BVerfG, 1 BvR 1072/01, Absatz-Nr. 72.

24 BVerfG, 1 BvR 1072/01, Absatz-Nr. 73.

25 Landesamt (FN 1), S. 48.

von Religionsunterricht, die Ausbildung islamischer Religionslehrer, der Bau innerstädtischer Moscheen, die Einrichtung islamischer Friedhöfe usw. – also alles Maßnahmen, die zur Integration der Muslime beitragen und von der Verfassungsordnung geschützt sind – als Ziele des Islamismus dargestellt²⁶, die Religionsausübung – wie das Tragen des Kopftuchs – als bewußte Abgrenzung von westlichen Lebensgewohnheiten²⁷ bzw. wiederum als Ziele des Islamismus²⁸ beurteilt, die Unterstützung der Einbürgerung als eine Maßnahme bewertet, die islamisch-extremistische Positionen im politischen Spektrum dauerhaft verankern soll.²⁹

Aus Sicht der IGMG ergeben sich nicht die geringsten Konflikt- und Reibungsflächen mit den Prinzipien von Rechtsstaat und Pluralismus.

Fragenkatalog 4

Das Wichtigste ist – so einfach sich das auch anhören mag – die Einhaltung von rechtsstaatlichen Grundsätzen und vor allem die Gleichbehandlung der Muslime gerade im Bereich der Exekutive. Die Verfassungsordnung hat ein großes Integrationspotential, das jedoch oftmals durch eine von der Verfassung nicht gedeckte kulturalistische Lesart relativiert wird. Die meisten Muslime sind sich bewußt, daß das hiesige Modell des Zusammenlebens verschiedener Religionen in einer Gesellschaft Vorbildcharakter hat. Dies ist ein wichtiger Grund für ihre positive Identifikation mit Deutschland. Dieses Modell erwartet jedoch von ihren Akteuren eine gewisse Lernbereitschaft und besonders auch den Mut, es im Alltag umzusetzen.

3. Antworten zu den Antworten

Die Antworten der Autoren weisen manche Gemeinsamkeiten, aber auch bemerkenswerte Unterschiede auf. Alle sehen eine reale und akute Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Doch werden unterschiedliche Ursachen dieser Entwicklung benannt. Während der Vertreter des Verfassungsschutzes den ideologischen Motivationshintergrund in Gestalt von extremen Lesarten des Islam hervorhebt und von gewaltfrei agierenden islamischen Vereinigungen eine kritische Auseinandersetzung mit deren geistigen Ansatzpunkten fordert, neigt der IGMG-Vertreter zu einer Soziologisierung des Problems, das in erster Linie eine Folge von Armut, Ausbeutung, Unterdrückung und Perspektivlosigkeit sei. In einem gewissen Kontrast dazu steht der Hinweis Werner

26 Homepage der Landesregierung Schleswig-Holstein, Innenministerium, Verfassungsschutz, Information Islam und Islamismus.

27 VSB Bayern 2006, S. 33.

28 Vgl. FN 26, unter vorläufigen Zielen des Islamismus/politischen Islams in der Diaspora: Respektierung islamischer Kleiderordnung.

29 Faltblatt Nr. 7 „Schützt unsere Demokratie“, hrsg. vom bayerischen Innenministerium, 10/2003.

Schiffauers, bei den in Deutschland rekrutierten Tätern handle es sich überwiegend nicht um soziale Problemfälle, sondern um besonders gut integrierte Migranten, deren politische Radikalisierungsprozesse auffallende Parallelen zu denen der 68er-Generation aufwiesen. Albrecht Metzger hebt demgegenüber vor allem das militärische Engagement Deutschlands in Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens hervor. Das Sicherheitsrisiko erhöhe sich, je mehr Deutschland in den Augen militanter Islamisten als Teil des „Kreuzzeuges“ gegen die islamische Welt erscheine.

Es kann nicht verwundern, daß der IGMG-Vertreter seine Organisation wortreich gegen den Vorwurf des Extremismus verteidigt. Vor allem verwahrt er sich gegen die in Verfassungsschutzberichten vorgenommene Gleichsetzung mit den Lehren des türkischen Politikers Necmettin Erbakan, die zum Teil ausdrücklich abgelehnt würden. Auch Werner Schiffauer betont, den Auseinandersetzungen im Inneren der IGMG müsse stärkere Beachtung geschenkt werden, wolle man zu einer realistischen Lagebeurteilung gelangen. Eine „postislamische“ Denkrichtung, die auf eine Überwindung der islamistischen Entgegensetzung von Westen und Islam hinarbeite, habe an Boden gewonnen. Albrecht Metzger weist ebenfalls auf Divergenzen innerhalb der IGMG hin, hält es aber für ungewiß, welche Richtung sich durchsetzen werde. Er trübt das IGMG-Bild mit dem Hinweis auf den Antisemitismus, der bei den Anhängern der IGMG offenbar noch weit verbreitet sei. So erfreue sich der antisemitische iranische Film „Saras blaue Augen“ im Umfeld der IGMG großer Beliebtheit. Wie Herbert L. Müller benennt er die antisemitischen Züge der Lehren Erbakans. Der Verfassungsschützer sieht dessen Einfluß innerhalb der Organisation keineswegs schwinden. So sei der Politiker auf einer IGMG-Studentenversammlung im Frühjahr 2007 in Hagen vom Moderator emphatisch vorgestellt und von den Teilnehmern mit stürmischen Sprechchören „Müdjahid Erbakan“ (Glaubenskämpfer Erbakan) begrüßt worden.

Was die Frage der Zurückdrängung des (militanten) Islamismus angeht, pocht der IGMG-Vertreter auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, die insbesondere die Verfassungsschutzbehörden nicht ausreichend beachteten. Der Verfassungsschützer hält dagegen die Überwindung manichäischer Weltbilder auch bei gemäßigt-islamischen Organisationen für notwendig, um Fortschritte auf dem Weg der Integration der Muslime zu erreichen. Allerdings räumt er ein, auch das Islam-Bild von Nichtmuslimen sei hierzulande differenzierungsbedürftig. Albrecht Metzger mahnt Gleichberechtigung von muslimischen wie nicht-muslimischen Migranten an, weist aber zugleich auf das Problem hin, daß Muslime in der überwiegend christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft Mißtrauen erregten, wenn sie ostentativ hervorhoben, „im Besitz der wahren Religion zu sein, und darauf bestehen, ihre eigenen, zum Teil von der Mehrheitsgesellschaft abweichenden sozialen Normen zu praktizieren“. Angesichts des hohen Konsolidierungsgrades der deutschen Demokratie hält Werner Schiffauer das Instrumentarium der streitbaren Demokratie für überholt und setzt auf die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem gewaltfreien Flügel des Islamismus.

U.B./E.J.

Daten, Dokumente, Dossiers

Wahlen 2006

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

Die vorzeitig angesetzte Bundestagswahl 2005 hatte einen halben Sieg für die Union und eine halbe Niederlage der SPD gebracht. Ein Sieg war es für die Union, weil Angela Merkel Kanzlerin wurde – allerdings nur ein halber, da sie lediglich knapp vor der Konkurrenz lag und diese weiterhin an der Regierung blieb. Was kaum für möglich galt: Der „Oppositionswahlkampf“ von Kanzler Schröder führte nicht in die Opposition. Zuvor hatte die SPD nach den Landtagswahlen 2005¹ in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen das Amt des Ministerpräsidenten abgeben müssen. Eine Große Koalition im Bund wurde unvermeidlich, weil weder schwarz-gelb noch rot-grün eine Mehrheit besaß. Die *Linkspartei*, die auf Wunsch der WASG umbenannte PDS, steigerte sich nicht zuletzt aufgrund der Proteste gegen die unpopuläre Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ von 4,0 Prozent auf 8,7 Prozent. Dieser große Erfolg war verbunden mit einem überproportional guten Abschneiden bei der Arbeiterschaft und den Arbeitslosen.² Auf der anderen Seite des politischen Spektrums legte die NPD zwar auch zu, doch mit einem Ergebnis von 1,6 Prozent (2002: 0,4 Prozent) scheiterte sie entgegen ihrer vollmundigen Propaganda klar an der Fünfprozenthürde.³ Die Partei der *Republikaner* (REP) kam nur auf 0,6 Prozent.

Durch die Bildung der Großen Koalition und die Existenz von drei weiteren Parteien mit über acht Prozent veränderte sich das Parteiengefüge. Würde sich das „fluide Fünfparteiensystem“⁴ festigen, könnten die beiden großen Regierungsparteien bei den Landtagswahlen wegen einschneidender Reformpolitik weiter Stimmen verlieren. Vor allem war das Abschneiden der Linkspartei von großem Interesse – gerade im Hinblick auf das Zusammengehen mit der (westdeutschen) Wahlalternative Arbeit und soziale

1 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2004, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18, Baden-Baden 2006, S. 113-127.

2 Vgl. Oskar Niedermayer, Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005. Sozialstruktureller Wandel bei gleichbleibender politischer Positionierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 523-538.

3 Zum Abschneiden von Linkspartei und NPD vgl. Uwe Backes, Polarisierung aus dem Osten? Linke und rechte Flügelparteien bei der Bundestagswahl 2005, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen, Wiesbaden 2006, S. 21-41.

4 So Oskar Niedermayer, Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 131. Siehe bereits ders., Nach der Vereinigung: Der Trend zum fluiden Fünfparteiensystem, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden 2001, S. 107-128.

Gerechtigkeit (WASG).⁵ In welchem Maße würde dieser Zusammenschluß von der Politik der Großen Koalition profitieren? Könnte Ähnliches für die NPD gelten? Das Wahljahr 2006 war deshalb von besonderem Interesse, weil Landtagswahlen in zwei Serien (Frühjahr und Herbst) stattfanden, jeweils in den Ländern des Ostens und des Westens zusammen.

2. Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Die SPD konnte bei der Landtagswahl im Rheinland-Pfalz am 26. März 2006 ihre Vorrangstellung ausbauen. Da die Grünen an der Fünfprozenthürde scheiterten, gewann die Partei sogar die absolute Mehrheit der Mandate – zum ersten Mal in diesem Bundesland. Das war in gewisser Weise ein Pyrrhussieg, konnte sie doch so das strategisch im Hinblick auf die Bundesebene unter Umständen wichtige Bündnis mit den Liberalen nicht fortsetzen. Die CDU erzielte das für sie schlechteste Ergebnis in Rheinland-Pfalz. Die Große Koalition im Bund ließ im gemeinhin als langweilig empfundenen Wahlkampf keine Polarisierung aufkommen.⁶

Tabelle 1: Landtagswahl Rheinland-Pfalz (Stimmen in Prozent)*

SPD	45,6	(+ 0,9)
CDU	32,8	(– 2,5)
FDP	8,0	(+ 0,2)
Bündnis 90/Die Grünen	4,6	(– 0,6)
WASG	2,6	(–)
REP	1,7	(– 0,7)
FWG Rheinland-Pfalz	1,6	(– 0,9)
NPD	1,2	(+ 0,7)
Die Tierschutzpartei	0,7	(– 0,2)
GRAUE	0,3	(–)
PBC	0,3	(0,0)
DSP	0,2	(–)
ÖPD	0,2	(– 0,1)
AGFG	0,1	(–)
AUFBRUCH	0,1	(–)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2001.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

⁵ Vgl. dazu den Beitrag von Uwe Backes, Organisationen 2006, in diesem Band.

⁶ Vgl. Heiko Gothe, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 26. März 2006: „König Kurt“ erringt die absolute Mehrheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), S. 34-51.

Die NPD, von der DVU unterstützt, hielt im Wahlkampf nur drei größere Veranstaltungen ab. Ihr Spitzenkandidat war die „Allzweckwaffe“ Peter Marx („Unser Mann für Mainz!“ – „Der traut sich was“). Auf Platz zwei der Landesliste kandidierte Safet Babic, der sich als „Abgeordneter im Studentenparlament der Universität Trier a.D.“ bezeichnete. Er konzentrierte sich im Wahlkampf auf seine Trierer Heimat: „In Trier gibt es 4.500 Arbeitslose, fast 100 Obdachlose und verwahrloste Straßen, wie etwa der Beutelweg in Trier-Nord oder die Gneisenaustraße in Trier-West, an der Treviris-Passage und im Nells Park treiben Drogenhändler und andere Kriminelle ihr Unwesen. Angesichts dieser beschämenden Zustände sehe ich es als 24-jähriger Jurastudent nicht ein, daß in den letzten acht Jahren in Rheinland-Pfalz für Scheinasylanten über 500 Milliarden Euro sowie allein letztes Jahr für die EU ‚netto‘ über sieben Milliarden Euro verschleudert wurden.“ Auf der Rückseite der Werbung war ein Comic abgebildet: „Kurt weg!!!“⁷

In einer Wahlkampfzeitung der NPD („Es reicht!“) hieß die Überschrift eines Kommentars von Udo Voigt: „Den Protest wählen!“ Zwar sprach sich Voigt dafür aus, „deutschen Interessen“ Vorrang zu geben, doch im Kommentar überwog die Anti-Haltung: „Wahltag ist Zahltag, heißt es. Zur Kasse gebeten werden die Mitbürger auch in Rheinland-Pfalz schon seit geraumer Zeit, und in Zukunft dürfte es noch krasser werden. Denn seitdem in Berlin die Große Koalition regiert, sitzen die bisherigen Versagerparteien Union und SPD an einem Tisch und können gemeinsam durchpauken, was sie Otto Normalverbraucher in den letzten Legislaturperioden getrennt zugemutet haben.“⁸ Auch wenn die Hauptüberschrift in dieser Wahlkampfzeitung „Kriminelle Ausländer raus!“ lautete (und keinen Bezug zum Land aufwies), so bemühte sich die Partei in anderen Artikeln um eine spezifische Nähe zu Rheinland-Pfalz, wenn sie etwa einheimischen Weinbauern beipflichtete. Insgesamt trat die NPD in Rheinland-Pfalz weniger antikapitalistisch auf als in den neuen Bundesländern. Auf der zwölf Personen umfassenden Landesliste befanden sich nach Angaben des Verfassungsschutzes vier Aktivisten aus der neonationalsozialistischen Szene.⁹

Die Partei der REP, die nicht bereit war, ein Bündnis mit der NPD einzugehen, argumentierte weniger grobschlächtig. In einem „BürgerREPort für Rheinland-Pfalz“ an alle Haushalte des Landes stellte die Partei ihr eher sachlich gehaltenes Aktionsprogramm vor: „Sicherheit herstellen“ – „Bildung ausbauen“ – „Steuergeldverschwendung stoppen“ – „Heimat erhalten“ – „Familien nachhaltig fördern“ – „Heimische Wirtschaft unterstützen“ – „Mehr Demokratie wagen“. Jede dieser Forderungen wurde mit konkreten Punkten präzisiert, die dann deutlicher ausfielen. Unter der Überschrift „Bildung ausbauen“ etwa hieß es: „Begrenzung des Ausländeranteils in Schulklassen, Lehrmittelfreiheit für alle Schüler, einheitliche Schulbekleidung, um dem Konsumdruck entge-

7 Safet Babic, National ist normal – am 26. März NPD wählen!, Trier 2006.

8 So Udo Voigt, Den Protest wählen!, in: Es reicht! Sonderveröffentlichung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), o.O. o.J. (2006).

9 Vgl. den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzbericht von 2006, S. 40.

genzuwirken, Einstellung zusätzlicher Lehrer, Kopftuchverbot in Schulen und Kindergärten, außerdem kein Islamunterricht“.¹⁰ In einem Faltblatt („Es gibt am 26. März eine *demokratische Alternative* zur schwarz-rot-gelb-grünen Einheitspartei der Altparteien!“) nannte die Partei fünf „gute Gründe“ für die Wahl der REP: „Kampf der Kriminalität – Arbeitsplätze zuerst für Deutsche – Förderung von Familien – Bildung verbessern – Multikulti und Islamisierung stoppen“.¹¹ Die von der Germersheimerin Christel Schmidt geführte Partei war im Wahlkampf so gut wie nicht zu sehen. Daran änderte auch die „Republikanische Jugend“ nichts. Ihr Faltblatt mit dem Titel „Deutsch ist GEIL“ stellte neben den Komplexen Schule und Ausbildung, innere Sicherheit und Zuwanderung, Tier- und Umweltschutz „mehr Mitbestimmung!!!“ heraus. Die einzige Forderung hierzu lautete überraschenderweise: „Wahlrecht ab 16!!!“¹²

Die Ergebnisse für die beiden Parteien, die sich im Wahlkampf ignorierten, blieben bescheiden. Immerhin konnten beide die für die staatliche Teilfinanzierung wichtige Einprozenthürde überwinden. Die REP verloren den Stimmenanteil, den die NPD gewann (0,7 Punkte). Gleichwohl lagen die REP (1,7 Prozent) vor der NPD (1,2 Prozent). Die NPD zeigte sich vom Ergebnis enttäuscht, machte dafür aber andere verantwortlich: „Es ist verdammt schwer, gegen die vereinte Medienmacht der Antideutschen zu bestehen. Dort, wo wir nicht totgeschwiegen wurden, zog man mit erbärmlicher Hetze über uns her.“¹³

Die Linkspartei verzichtete zugunsten der WASG auf eine Kandidatur. Sie hoffte darauf, den Erfolg der Bundestagswahl von 2005 fortsetzen zu können. Trat seinerzeit nur die Linkspartei an, so suchte diesmal die WASG ihr Glück. Auf ihrer Liste kandidierten ebenso Mitglieder der PDS, auf Listenplatz 20 stand ein Bewerber der DKP. Spitzenkandidat war mit Norbert Kepp eine Person, die über dreißig Jahre lang der SPD angehört hatte. Die WASG setzte vor allem auf Oskar Lafontaine, der mehr als 100 Wahlveranstaltungen absolvierte und mit seiner Formulierung von der „Schweinebande“ – gemünzt auf die anderen Bundestagsparteien nach der Auffassung eines anwesenden Journalisten; gemäß der Lesart Lafontaines bezogen ausschließlich auf „Großkapitalisten“ – für Aufsehen gesorgt hatte.¹⁴ Im Vordergrund des Landtagswahlprogramms stand der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für soziale Gerechtigkeit.

Hatte die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 5,6 Prozent der Stimmen erreicht, so kam die WASG mit 2,6 Prozent nicht einmal auf die Hälfte des damaligen Anteils. Ein wesentlicher Grund: Der Unmut bei der Bundestagswahl 2005 war größer

10 BürgerREPort für Rheinland-Pfalz, S. 3.

11 Die Republikaner, Faltblatt (Hervorhebung im Original).

12 Republikanische Jugend, Deutsch ist GEIL, Faltblatt.

13 Peter Marx, Zur Landtagswahl, unter: <http://www.npd-rlp.de/seiten/archivauswahl.php?ah=Archiv&ID=240> (3. April 2006).

14 Vgl. Florian Hartleb, Ein schlafender Riese? Die „erweiterte PDS“ in den Landtagswahlkämpfen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, in: Josef Schmid/Udo Zolleis (Hrsg.), Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Berlin 2007, S. 157.

als bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl gut ein halbes Jahr später. Die Annahme, die weitaus geringere Polarisierung bei der Landtagswahl werde der WASG nutzen, traf nicht zu. WASG und Linkspartei zeigten sich mit dem Ergebnis recht zufrieden, obwohl vor der Wahl die Auffassung vertreten wurde, ein Einzug in das Landesparlament sei möglich. Drei Gründe wurden für das Scheitern an der Fünfprozenthürde genannt: geringe öffentliche Wahrnehmung der WASG; mangelnde Bedeutung der Bundespolitik im Wahlkampf; dominierende Rolle von Kurt Beck.¹⁵

Die repräsentative Wahlstatistik ergab folgendes Bild: Die WASG schnitt bei den Männern (3,6 Prozent) doppelt so gut ab wie bei den Frauen (1,8 Prozent).¹⁶ Was die Verteilung nach dem Alter betrifft, so votierten die jüngeren (18-24 Jahre: 2,3 Prozent; 25-34 Jahre: 2,2 Prozent) Wähler ebenso unterdurchschnittlich für die WASG wie die über 60jährigen (2,0 Prozent). Bei den 35- bis 44jährigen blieb die Partei knapp (2,9 Prozent), bei den 45- bis 59jährigen klar über ihrem Durchschnittsergebnis (3,8 Prozent). Nur in der Gruppe der 45- bis 59jährigen Männer kam die Partei auf 5,0 Prozent der Stimmen.¹⁷ Für die Wählerschaft der REP und der NPD ließen sich aufgrund der niedrigen Stimmenanteile keine zusätzlichen Aussagen in Baden-Württemberg treffen. „Die Protestparteien am linken und rechten Rand waren besonders bei Arbeitslosen und Arbeitern erfolgreich [...]. Die WASG erreichte bei den Arbeitslosen aus dem Stand einen Stimmenanteil von zehn Prozent und ist damit in dieser Wählergruppe stärker als FDP und Grüne zusammen. Bei den Arbeitern votierte fast jeder Zehnte für REP und NPD.“¹⁸

3. Landtagswahl in Baden-Württemberg

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg fand am gleichen Tag statt wie die in Rheinland-Pfalz. Die CDU verlor zwar gegenüber der letzten Wahl knapp (0,6 Punkte), doch vermochte sie sich insofern zu verbessern, als die SPD Verluste in Höhe von über acht Punkten hinnehmen mußte. Der Abstand zwischen den Parteien vergrößerte sich damit auf fast 20 Prozentpunkte. Die CDU unter Günther Oettinger konnte damit die Koalition mit den Liberalen fortsetzen, nachdem zunächst – zumal mit Blick auf Berlin – auch an ein Bündnis mit den Grünen gedacht war.¹⁹ An diesen wäre die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene nicht gescheitert.

15 Vgl. Alexander Ulrich, Kommentar, in: Linksrheinische. Landeszeitung der Linkspartei.PDS-Rheinland-Pfalz 1/2006, S. 2 f.

16 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 26. März 2006, Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik, Bad Ems 2006, S. 20.

17 Vgl. ebd., S. 22.

18 Gothe (FN 6), S. 43 f.

19 Vgl. Oscar W. Gabriel/Kerstin Völkel, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 26. März 2006: Schwarzes Land mit bunten Tupfern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), S. 16-33.

Tabelle 2: Landtagswahl Baden-Württemberg (Stimmen in Prozent)*

CDU	44,2	(– 0,6)
SPD	25,2	(– 8,1)
Bündnis 90/Die Grünen	11,7	(+ 4,0)
FDP	10,7	(+ 2,6)
WASG	3,1	(–)
REP	2,5	(– 1,9)
NPD	0,7	(+ 0,5)
PBC	0,7	(+ 0,2)
ÖDP	0,5	(– 0,2)
Die Tierschutzpartei	0,2	(0,0)
ADM	0,2	(–)
Die Grauen	0,1	(+ 0,1)
Einzelbewerber	0,1	(0,0)
AGFG	0,0	(–)
Deutschland	0,0	(–)
DDP	0,0	(–)
Zentrum	0,0	(–)
Die PARTEI	0,0	(–)
RSB	0,0	(0,0)
Unabhängige	0,0	(–)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2001.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Im rechten Spektrum traten mit der NPD und den REP zwei Gruppierungen an, die nicht sonderlich viele Gemeinsamkeiten aufwiesen. Die NPD, in Baden-Württemberg zerstritten, stellte nur in 52 von 70 Wahlkreisen Kandidaten auf. Der Kommentar von Udo Voigt in der Wahlkampfzeitung zur Landtagswahl „Es reicht!“ unterschied sich von seinem in der für Rheinland-Pfalz bestimmten Zeitung nur durch den Austausch von „Rheinland-Pfalz“ durch „Baden-Württemberg“. Auf die Frage nach den drei wichtigsten Zielen erklärte die NPD („Heimat statt EU-Diktat! – Kein Halbmond über'm Ländle!“): „1. Deutschland und somit auch Baden-Württemberg als ein Land erhalten, in dem die Deutschen das Sagen haben und nicht zu einer rechtlosen Minderheit werden. 2. Abbau der Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung für alle Deutschen. 3. Sicherheit durch Recht und Ordnung.“²⁰ Offenkundig trug der baden-württembergische Landesverband die nationalrevolutionäre Linie der Bundespartei nur widerwillig mit.

20 Landesverband Baden-Württemberg NPD, unter: http://www.jetzt-npd.info/unsere_themen_thesenkatalog.html (16. Februar 2006).

Die REP, die bei den Wahlen 1992 und 1996 in den Landtag eingezogen und 2001 mit 4,4 Prozent relativ knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert waren, firmierten als „Ihre Heimatpartei, die Patrioten für Baden-Württemberg“. Die Partei stellte vier Bereiche heraus: Gesundheitspolitik („Lebensmittel mehr kontrollieren, Tiertransporte verhindern“), Sicherheitspolitik („Heimat bewahren, Eigentum schützen, Renten sichern!“), Wirtschaftspolitik („Mittelstand fördern, Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern!“), Sozialpolitik („Familien stärken, ‚Homo-Ehe‘ verhindern“).²¹ Verfassungsfeindliche Tendenzen fanden sich bei der Partei des Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und des Landesvorsitzenden Ulrich Deuschle im Wahlkampf nicht.

Das Wahlergebnis für die beiden Parteien, die im Wahlkampf kaum Aufmerksamkeit erregt hatten, fiel ernüchternd aus. Die REP verloren 1,9 Punkte (mehr als in Rheinland-Pfalz), die NPD gewann 0,5 Punkte (weniger als in Rheinland-Pfalz). Gleichwohl lagen die REP in ihrer Hochburg mit 2,5 Prozent deutlich vor der NPD (0,7 Prozent). Jürgen Schützinger, der NPD-Landesvorsitzende Baden-Württembergs, mußte nach der Wahl die „innerparteiliche Problemlage“²² einräumen. Und die REP erklärten frank und frei: „Wahlziel verfehlt“.²³ Sie machten dafür u.a. die „Medienblockade“ sowie die WASG, die Protestwähler zu gewinnen vermochte, verantwortlich.

Die NPD (Ende der sechziger Jahre) und die REP (in den neunziger Jahren) haben in Baden-Württemberg (in Württemberg mehr als in Baden) gut abgeschnitten, zumal in den protestantischen Gebieten. „Vielleicht vermag im strengen Pietismus tatsächlich eine Versuchung liegen, vor dem Hintergrund hochstehender moralisch-ethischer Ansprüche und eines klaren Weltbildes gelegentlich über pragmatisches parteipolitisches Durchwursteln verdrossen und einfachen Lösungen zugeneigt zu sein.“²⁴

Wie in Rheinland-Pfalz kandidierte in Baden-Württemberg die WASG, freilich mit offenen Listen, auf denen auch PDS-Kandidaten vertreten waren (und zwei der DKP). Der Wahlkampf stand unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg“. Die Partei trat ohne einen Spitzenkandidaten an, war daher eher ein „namenloses Korrektiv“.²⁵ Wie in Rheinland-Pfalz (anders als in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern) gab es bei der Zusammenarbeit zwischen WASG und Linkspartei kaum Probleme.

Die WASG kam mit ihren 3,1 Prozent fast an das Ergebnis der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 heran (3,8 Prozent), anders als in Rheinland-Pfalz.²⁶ Offenbar hatte Ulrich Maurer, früher führender Kopf der baden-württembergischen SPD und seit

21 Die Republikaner, Ihre Heimatpartei, die Patrioten für Baden-Württemberg, Faltblatt.

22 Jürgen Schützinger, Wahlkommentar zum Wahlergebnis der NPD durch den Landesvorsitzenden, unter: <http://www.jetzt-ndp/> (31. März 2006).

23 Baden-Württemberg: Wahlziel verfehlt, in: Zeit für Protest 4-5/2006.

24 So Michael Eilfort, die Parteienlandschaften in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, in: Schmid/Zolleis (FN 14), S. 42.

25 Hartleb (FN 14), S. 155.

26 Die repräsentative Wahlstatistik schlüsselte wegen der geringen Stimmenanteile weder die Ergebnisse für die WASG noch für die Rechtsparteien auf.

der Bundestagswahl 2005 Parlamentarischer Geschäftsführer der Linkspartei im Bundestag, die Partei besser im Griff, als dies in Rheinland-Pfalz bei der dortigen Führung der Fall war. Die Landesvorsitzende Elke Lison und der Landessprecher Bernhard Strasdeit bedauerten das Scheitern an der Fünfprozenthürde. „Dennoch ist dieses Landtagswahlergebnis aus dem Stand heraus ein respektables Ergebnis und ein gutes Ergebnis auf dem Weg zu einer gemeinsamen Linken. Wir haben begonnen, linke Landespolitik zu formulieren. Der Wahlkampf wurde gemeinsam geführt. Es gab gute und solidarische Zusammenarbeit.“²⁷

4. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt ist ein strukturschwaches Land mit großen wirtschaftlichen Problemen. In der Vergangenheit hatte es nach Wahlen gravierende Verschiebungen gegeben. So war der Anteil der SPD 1998 von 35,9 auf 20,0 Prozent gesunken, jener der CDU von 22,0 auf 37,3 Prozent gestiegen. Bei der Wahl 2006 legten die beiden demokratischen Linksparteien zu, CDU und vor allem FDP verloren. Da die Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition nicht mehr möglich war, kam es nach den Landtagswahlen am 26. März 2006 zu einer Regierung der CDU mit der SPD, die trotz rechnerischer Mehrheit nicht bereit war, mit der Linkspartei eine Koalition einzugehen.²⁸ Dies wurde durch die bundespolitische Konstellation erleichtert.

NPD und DVU hatten sich in ihrem „Deutschlandpakt“ darauf geeinigt, nicht gegeneinander anzutreten. In Sachsen-Anhalt, wo die DVU bei der Landtagswahl 1998 auf Anhieb einen Anteil von 12,9 Prozent der Stimmen erreicht hatte, kandidierte diese „Phantompartei“. Auf ihrer Liste standen drei Bewerber der NPD. Der Spitzenkandidat der DVU, Rechtsanwalt Ingmar Knop aus Dessau (Jahrgang 1975), stellte stark auf Protest ab: „Uns reicht’s jetzt: Abkassiert werden noch und noch, asozialer Sozialabbau („Sparen“), Steuergeldverschwendung z.B. an die EU, Arbeitsplätze und Sozialhilfe für Abzocker aus der Fremde statt für Deutsche, Hartz IV – all die Frechheiten, die viele ‚da oben‘ in der Politik uns zumuten.“²⁹ Die Slogans der Partei lauteten u.a.: „Deutsch soll Deutschland sein!“ – „Die *deutsche* Kraft in Sachsen-Anhalt“ – „Mit Gewalt geht nix! Doch bei der Wahl geht was: Schnauze voll?“ – „Weg mit der Sauerei Hartz IV“ – „Kriminelle Ausländer raus“. Anders als 1998 spielte die Person des Bundesvorsitzenden Gerhard Frey eine weitaus geringere Rolle. Das Niveau der Kandidaten war im

27 Zitiert nach dem Artikel: Ansporn für das Zusammengehen, in: Informationsdienst des Parteivorstandes Die Linkspartei.PDS vom 31. März 2006, S. 3.

28 Vgl. Everhard Holtmann, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), S. 51-67.

29 Brief des Spitzenkandidaten der Deutschen Volksunion zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt v. 1. März 2006.

Tabelle 3: Landtagswahl Sachsen-Anhalt (Stimmen in Prozent)*

CDU	36,2	(– 1,1)
Die Linke	24,1	(+ 3,7)
SPD	21,4	(+ 1,4)
FDP	6,7	(– 6,6)
Bündnis 90/Grüne	3,6	(+ 1,6)
DVU	3,0	(–)
Eltern	1,6	(–)
GUT	0,8	(+ 0,7)
REP	0,5	(–)
BBW	0,5	(–)
AGFG	0,4	(–)
future!	0,4	(–)
MLPD	0,4	(+ 0,2)
Off D-STATT-DSU	0,3	(– 4,2)
B – DKP/KPD	0,1	(0,0)
FP Deutschlands	0,1	(–)
Pro DM	0,1	(– 0,3)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2002.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Schnitt höher als 1998.³⁰ Das „125-Punkte-Wahlprogramm“ der Partei, deren Wahlkampf sich fast ausschließlich auf Plakatierung und Postwurfsendungen beschränkte³¹, fand keine große Resonanz. Hingegen erregte ein Wahlspot der DVU Aufmerksamkeit, der mit Porträts und Aussagen toter Sozialdemokraten warb (August Bebel, Friedrich Ebert, Kurt Schumacher und Willy Brandt).³² Die in Sachsen-Anhalt besonders schwache Partei der REP ließ sich nicht auf eine Wahlabsprache mit der DVU ein und trat gesondert an. Ihre Wahlplakate lauteten u.a.: „Rentenraub stoppen“ – „Kinderschänder wegsperren! Für IMMER“ – „Deutsch ist GEIL“ – „Taschen leer, Schnauze voll. Diesmal richtig wählen.“ Ihre Slogans zeichneten sich insgesamt durch eine größere Aggressivität als bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am gleichen Tage aus. Irgendwelche Wahlaktivitäten, über das Aufstellen von Wahlplakaten hinaus, waren nicht zu registrieren.

30 Vgl. Eberhard Löblich, Nicht mehr die Gurkentruppe, in: blick nach rechts vom 3. Februar 2006, S. 3.

31 Allerdings hatten manche Gemeinden beschlossen, den Parteien keine Einwohnermeldelisten zur Verfügung zu stellen. Auch die Zahl der Plakate war zuweilen beschränkt worden. Vgl. ders., Gebremste Materialschlacht, in: blick nach rechts vom 3. März 2006, S. 5 f.

32 Vgl. Bernhard Honnigfort, Rechte werben mit Bebel und Brandt, in: Frankfurter Rundschau vom 23. Februar 2006.

Der Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt stellte fest: „Der DVU-Landesverband Sachsen-Anhalt kann als so gut wie nicht mehr existent bezeichnet werden. [...] Weder ist der Landesverband dazu in der Lage, eigenständig Mitgliederversammlungen durchzuführen, noch haben die Mitglieder ein Interesse daran, aus eigener Kraft Informationsveranstaltungen für die Öffentlichkeit durchzuführen.“³³ Angesichts dieser desolaten organisatorischen Situation fiel das Wahlergebnis von 3,0 Prozent für die DVU keinesfalls katastrophal aus, obwohl vielfach ein höherer Stimmenanteil vorhergesagt wurde – von Anhängern wie von Gegnern. Die REP kamen nur auf 0,5 Prozent. Dabei betrug die Wahlbeteiligung bloß 44,4 Prozent, so niedrig wie noch bei keiner Landtagswahl. Sowohl die NPD als auch die DVU erklärte nach der Wahl, den „Deutschlandpakt“ fortzusetzen. Ein Kritiker aus den Reihen der NPD stellte allerdings realistisch fest: „Doch hat uns Sachsen-Anhalt gezeigt, daß man mit großen Summen und viel Material nicht so einfach einen Landtag nehmen kann. Man kann nicht das ganze Land zuplakatieren, einen halbwegs vorzeigbaren Spitzenkandidaten aufstellen und einige Briefe versenden, und schon ist man im Landtag. Die DVU hat es nicht geschafft, ihr Versagen von 1998 vergessen zu machen und konnte nicht durch ein Konzept und ein festes Weltbild überzeugen.“³⁴ Hingegen war die Ursachenanalyse des REP-Landesvorsitzenden Peter Walde für die eklatante Wahlniederlage weniger realistisch, wenn sie u.a. auf „kleinliche und systematische Schikanen vieler Ordnungsämter“³⁵ abhob – unabhängig von der Richtigkeit des Sachverhalts.

Die Linkspartei hatte im Gegensatz zu Berlin und Mecklenburg-Vorpommern keine Konkurrenz von der WASG zu gewärtigen. Die sachsen-anhaltische WASG-Vorsitzende Dolores Rente kandidierte auf der Liste der Linkspartei. Allerdings gab es bei der WASG nicht nur vereinzelt Unzufriedenheit über die Linkspartei, doch stellte sie sich nicht zur Wahl. Die Linkspartei prangerte im Wahlkampf die als gravierend empfundene soziale Ungerechtigkeit an. Als Oppositionspartei im Land und im Bund war sie in einer vorteilhaften Position. Sie verlangte hier wie da einen grundlegenden Richtungswechsel. Sie richtete Avancen an die SPD, doch ließ sich diese nicht darauf ein – anders als in den neunziger Jahren. Damals (1994 und 1998) hatte sich die SPD von der PDS tolerieren lassen. Wulf Gallert trat als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten an, erreichte aber nicht annähernd die Popularität des Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer.

Die Linkspartei hatte ihren Stimmenanteil abermals gesteigert – und zwar um 3,7 Punkte auf 24,1 Prozent. Damit lag sie erneut vor der SPD. Sie gewann sogar drei Direktmandate. Die SPD ging auf das Angebot der Linkspartei zu Sondierungsgesprächen nicht ein, wie sich das bereits im Wahlkampf abgezeichnet hatte. Dies veranlaßte Matthias Höhn, den Landesvorsitzenden der Partei, zu der folgenden Bemerkung: „Es

33 Verfassungsschutzbericht 2006 Sachsen-Anhalt, S. 50 f.

34 <http://wernigerode.nationaler-beobachter.de/?navigation=1&seite=artikel&artikelId=471> (26. Juli 2007).

35 Vgl. den Artikel: Sachsen-Anhalt: Aufrechte Einzelkämpfer, in: Zeit für Protest 4-5/2006.

zeugt von schlechtem politischen Stil, auf ein solches Schreiben überhaupt nicht zu reagieren. Offensichtlich ist der SPD zusammen mit den Wählerstimmen auch der politische Anstand verloren gegangen. Sie hat die Chance für einen wirklichen Politikwechsel in Sachsen-Anhalt ungenutzt verstreichen lassen.“³⁶

Profitierte die DVU vor allem von Nichtwählern, so kam der PDS ihr hohes Maß an (Ost-)Kompetenz zugute, das die Wähler der Partei zuschrieben. Die PDS steigerte vor allem bei Arbeitern und Arbeitslosen ihren Stimmenanteil, wie das bereits bei der Bundestagswahl 2005 der Fall gewesen war. Dies hat Viola Neu zur These von der „Proletarisierung der Wählerschaft“³⁷ veranlaßt. DVU und Linkspartei schneiden bei Männern besser als bei Frauen ab, wobei die Unterschiede bei der DVU (Männer: 4,5 Prozent; Frauen: 1,5 Prozent) krasser ausfallen als bei der Linkspartei (Männer: 26,4 Prozent; Frauen: 22,1 Prozent).³⁸ Während die PDS tendenziell bei den jüngeren Wählern schlechter wegkam (18 bis 24 Jahre: 18,4 Prozent; 25 bis 34 Jahre: 17,1 Prozent) als bei den älteren (45 bis 59 Jahre: 27,3 Prozent; ab 60 Jahre: 25,2 Prozent), galt dies für die DVU ganz und gar nicht: Votierten 7,1 Prozent der 18- bis 24jährigen für die Partei, so waren es von den über 60jährigen nur 1,2 Prozent.³⁹

5. Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Fanden die Landtagswahlen 1994, 1998 und 2002 am Tag der Bundestagswahl statt, so war die Wahl am 17. September 2006 (wie die erste 1990) eine „echte“ Landtagswahl. Zogen 1994, 1998 und 2002 nur drei Parteien in das Landesparlament ein, schafften es diesmal fünf. Die SPD verlor zwar 10,4 Prozentpunkte, blieb mit 30,2 Prozent gleichwohl stärkste Partei, wenn auch nur knapp. Sie setzte das erstmals 1998 gebildete Bündnis mit der PDS nicht mehr fort und ging mit der CDU eine Koalition ein.⁴⁰ Eine Große Koalition hatte es bereits zwischen 1994 und 1998 gegeben, seinerzeit freilich mit der SPD als Juniorpartner.

36 Zitiert nach dem Artikel: Die SPD ohne politischen Anstand, in: Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes Die Linkspartei.PDS vom 7. April 2006, S. 12.

37 Viola Neu, Die Wahl extremistischer Parteien, in: Politische Studien, Themenheft 1 (2007), S. 69.

38 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006. Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik, Halle 2006, o. S.

39 Vgl. ebd.

40 Vgl. Nikolaus Werz/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), S. 67-83.

Tabelle 4: Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern (Stimmen in Prozent)*

SPD	30,2	(–10,4)
CDU	28,8	(– 2,6)
Die Linke	16,8	(+ 0,4)
FDP	9,6	(+ 4,9)
NPD	7,3	(+ 6,5)
Bündnis 90/Grüne	3,4	(+ 0,8)
FAMILIE	1,2	(–)
Die Grauen	0,7	(+ 0,5)
WASG	0,5	(–)
Deutschland	0,4	(–)
Bündnis für M-V	0,4	(–)
PBC	0,2	(+ 0,1)
AGFG	0,2	(–)
AB	0,1	(–)
Offensive D	0,1	(–)
APD	0,1	(–)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2002.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

In Mecklenburg-Vorpommern trat aus dem rechten Parteienspektrum die NPD als einzige rechtsextremistische Kraft an.⁴¹ Sie betrieb hier eine „gezielte Ansiedlungsstrategie von NPD-Kadern aus dem Westen in einigen Regionen“.⁴² Die NPD war in diesem Bundesland mit großer Perspektivlosigkeit zumal jüngerer Menschen in einer recht komfortablen Situation: Im Bund gab es eine große Koalition, im Land eine rot-rote Koalition. Die günstigste bundespolitische „Großwetterlage“ kann aber nicht der einzige Faktor für das gute Abschneiden der Partei gewesen sein, denn in Berlin vermochte sie unter derselben Konstellation – am gleichen Tag – nicht zu reüssieren. Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch eine große Strukturschwäche aus. So ziehen junge Leute weg, mehr Frauen als Männer.

Nach dem guten Abschneiden im Land bei der Bundestagswahl 2005 (3,5 Prozent) setzte sich die NPD folgendes Wahlkampfziel: sieben Prozent + X. Die vor allem sozialpopulistisch argumentierende Partei, tatkräftig von „Freien Kameradschaften“ unterstützt, mied im Wahlkampf gleichwohl weitgehend Anklänge an – abschreckende –

41 Die REP stellten keine Landesliste, verteilten aber Flugblätter des folgenden Inhalts: „Keine Stimme den Extremisten von NPD und PDS“.

42 Nikolaus Werz, Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Steffen Schoon/ders. (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 8.

neonationalsozialistische Parolen, machte statt dessen mit einem populistischen Antikapitalismus gegen „die da oben“ mobil.⁴³ Die NPD rückte den Protest gegen Hartz IV in den Vordergrund und appellierte besonders an Jung- und Protestwähler. Zu ihren Slogans zählten: „Den Bonzen auf die Finger hauen“ – „Was lange gärt, wird endlich Glut: Deshalb NPD!“ – „Asylbetrüger raus. Touristen willkommen“ – „Wehrt Euch“ – „Kopf hoch – nicht in den Sand“. Allerdings suchte die NPD zuweilen auch auf konkrete Mißstände abzuheben (etwa in ihrem Aktionsprogramm). Sie bemühte sich darum, „Gesicht“ zu zeigen, unterschied sich damit kraß von der Strategie der DVU. Die NPD „kleckerte“ nicht; sie „klotzte“. „Nach hier vorliegenden Informationen wurden im Lande 45.000 Themenplakate, in der Endphase 15.800 Personenplakate und 300 Großplakate, aufgehängt. Darüber hinaus kamen Flugblätter, ein eigenes Aktionsprogramm sowie weit über 100.000 Wahlzeitungen (in zwei verschiedenen Ausfertigungen) zur Verbreitung. Die Partei selbst nennt eine Zahl von 1,4 Mio. Exemplaren. Begleitet wurden die Wahlkampfaktivitäten durch eine Wahlplattform auf der Homepage, Fernseh- und Radiospots sowie eine Vielzahl von Informationsständen.“⁴⁴ Offenbar hatte sich die NPD den Wahlkampf der Partei in Sachsen zum Vorbild genommen. Ihre Wahlkampfshelfer verteilten eine „Schulhof-CD“ wie in Sachsen, allerdings nicht annähernd in der von der Partei behaupteten Größenordnung von 25.000. Die Landesliste umfaßte 15 Kandidaten (mit einem deutlich niedrigeren Durchschnittsalter als die der anderen Parteien). Es gelang der NPD, in allen 36 Wahlkreisen Direktkandidaten aufzustellen. Unter ihnen soll etwa ein Drittel Anhänger neonationalsozialistischen Gedankenguts gewesen sein.⁴⁵ Nicht nur der Spitzenkandidat Udo Pastörs (Jahrgang 1952), ehemaliger Bundeswehroffizier und Inhaber eines Juweliergeschäfts, kam aus den alten Bundesländern. Der Landesvorsitzende Stefan Köster wies eine Vorstrafe auf und sollte daher nicht ganz „vorne“ stehen.

Als sich der Einzug der Partei in den Landtag abzuzeichnen schien, forderten vor allem SPD-Politiker im Land und im Bund die Prüfung eines erneuten Verbotsverfahrens. Gudrun Heinrich und Arne Lehmann sprechen in diesem Zusammenhang von einer „allgemeinen Medienhysterie“.⁴⁶ Andere, Regionalzeitungen etwa, starteten Aufrufe, sich an der Wahl zu beteiligen. Eine hohe Wahlbeteiligung könnte den Stimmenanteil für die NPD reduzieren. Obwohl sie immerhin bei 59,1 Prozent lag (und damit 15 Prozentpunkte über jener in Sachsen-Anhalt vom März 2006), zog die Partei mit sechs Abgeordneten, darunter zwei Angehörigen der „Freien Kameradschaften“, in den Landtag ein. Mit einem Stimmenanteil von 7,3 Prozent erreichte sie ihr Wahlziel (2002: 0,8 Prozent). Sogar bei den Erststimmen kam sie auf 7,0 Prozent. Offenbar war ihre Strategie aufgegangen, „sich als Anwalt der ‚kleinen Leute‘ darzustellen und landesspezi-

43 Vgl. für Einzelheiten Gudrun Heinrich/Arne Lehmann, Zwischen Provokation und Systemfeindschaft. Die NPD, in: Schoon/Werz (FN 42), S. 67-77.

44 Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2006, S. 76.

45 Vgl. ebd. S. 81.

46 Heinrich/Lehmann (FN 42), S. 69.

fische Themen wie die Folgen der Abwanderung und des demographischen Wandels populistisch aufzunehmen und bei ihrem potentiellen Wählerklientel damit zu punkten.“⁴⁷ Die PDS wurde zu den „etablierten“ Kräften gerechnet – eine angesichts ihrer Regierungsbeteiligung nicht ganz falsche Einschätzung.

Die NPD schnitt im ländlich geprägten Vorpommern (9,4 Prozent) deutlich besser ab als in Mecklenburg (6,8 Prozent). Ungeachtet des Erfolgs ist die Partei mit 200 (Ende 2005) bzw. 300 Mitgliedern (Ende 2006)⁴⁸ in einer strukturell schwachen Position. Davon zeugen auch Fallstudien zur Rolle der NPD in den Kommunalparlamenten des Landes.⁴⁹ Sie war 2004 mit insgesamt zehn Mandaten bei den Kommunalwahlen erfolgreich. Erfolgreich? Ob die Angaben von Infratest dimap stimmen, wonach 23 Prozent der 18- bis 24jährigen Männer NPD gewählt haben sollen⁵⁰, ist höchst zweifelhaft; dies läßt sich jedoch wegen des Fehlens der repräsentativen Wahlstatistik (aus finanziellen Gründen) nicht mit Sicherheit widerlegen. Bei der sächsischen Landtagswahl erreichte die NPD „nur“ 20,0 Prozent der männlichen 18- bis 24jährigen Wähler, obwohl die Partei mit insgesamt 9,2 Prozent ein besseres Ergebnis als in Mecklenburg-Vorpommern erzielt hatte. Hingegen besitzt die Aussage Plausibilität, daß die Partei bei Arbeitslosen und Arbeitern stark überrepräsentiert war. Sie soll bei den Arbeitern auf einen Stimmenanteil von 12 Prozent gekommen sein, bei den Arbeitslosen gar auf 17 Prozent.⁵¹

Nach dem NPD-Erfolg herrschte große Aufregung – weit über Mecklenburg-Vorpommern hinaus. Für manche Kritiker war die NPD damit in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Mit Blick auf die demographischen Gegebenheiten (Abwanderung junger Frauen in den Westen und damit Männerüberschuß im Osten) kommt Frank Schirmmacher, Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, zu einem wenig optimistischen Fazit: „Der Traum der alten Bundesrepublik, daß wir heilen können, was politisch-extremistisch entsteht, ist ausgeträumt. Wir können nicht heilen.“⁵² Die großsprecherische Diagnose von Holger Apfel lautet wie folgt: „So wie in den letzten Tagen der DDR viele Menschen ihrem Widerstandswillen mit den Worten ‚Wir bleiben hier‘ Ausdruck verliehen, so stark warb die NPD mit der Losung ‚Wir bleiben hier – wir packen an‘, um jene Wähler im strukturschwachen, ländlichen Raum zu gewinnen, die ihrer Heimat jenseits leerer Standortrhetorik die Treue halten wollen. Die Menschen haben gemerkt, daß es der NPD ernst ist mit ihrem Ansinnen, die ländlichen Regionen vor dem Ausbluten und als lebendige Lebensräume zu bewahren. Schließlich leisten Nationalisten hier seit Jahren politische Graswurzelarbeit.“⁵³ Graswurzelarbeit?

47 Ebd., S. 72.

48 Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern (FN 44), S. 70.

49 Vgl. Katharina Beier u.a., Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.

50 Vgl. Werz/Schoon (FN 40), S. 79.

51 Vgl. ebd., S. 80.

52 Frank Schirmmacher, Nackte Äste, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. September 2006.

53 Holger Apfel, Politischer Herbststurm im Nordosten, unter: http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=961 (26. September 2006).

Die Linkspartei mußte als Regierungspartei in den Wahlkampf ziehen.⁵⁴ Die mecklenburg-vorpommerische WASG kandidierte gesondert, ohne daß dies die Linkspartei groß beeinflusste. Das Hauptmotto der Partei lautete: „Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit“, das Wahlkampfziel: „20 Prozent plus X“. Die Partei mied unter ihren Spitzenkandidaten Wolfgang Methling, dem Umweltminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD – eingedenk der Wahlniederlage im Jahre 2002, als die Partei für eine Fortsetzung der Koalition optiert hatte. „Wohl mit Blick auf die Wahlplakate der NPD hatten die Sozialisten auf den traditionellen roten Hintergrund verzichtet und wählten statt dessen ein staatstragendes Blau“⁵⁵ – vermutlich auch in Abgrenzung vom Orange der WASG. Die Linkspartei stellte den Wahlkampf stark auf die Person ihres Spitzenkandidaten Methling ab, der im Lande bekannter war als der CDU-Parteivorsitzende Jürgen Seidel. Ein verbreiteter Slogan lautete: „Für die Schwachen machen wir uns stark.“ Die Partei wußte nicht so recht, ob sie einen Regierungs- oder einen Oppositionswahlkampf führen sollte. Sie war sich nur einig darin, die NPD frontal anzugehen: „Sozial gerecht schreibt sich ohne N, P, D!“⁵⁶

Der Wahlausgang war für die Partei nicht befriedigend. Sie blieb mit 16,8 Prozent zwar hauchdünn über dem letzten Resultat, doch hatte die PDS seinerzeit jeden dritten Wähler verloren und war von 24,4 auf 16,4 Prozent gefallen. Offenbar bekommt der Linkspartei die Regierungsbeteiligung nicht. Methling sah für die Stagnation zwei Gründe: die Orientierung auf den Ministerpräsidenten Harald Ringstorff, die mangelnde Erschließung des Protestwählerpotentials.⁵⁷ Für Katina Schubert von der Linkspartei ist ein Teil der PDS-Wählerschaft zur NPD gewandert.⁵⁸

Da sich die SPD entschloß, die Koalition mit der Linkspartei nicht mehr fortzusetzen und eine Große Koalition wie im Bund zu bilden, ging das „Schweriner Modell“ nach acht Jahren zu Ende. Die Haltung der WASG, die nur 0,5 Prozent der Stimmen erreicht hatte, kann weder für die Strategie der Linkspartei noch für den Wandel der SPD verantwortlich gemacht werden. Diese Partei wurde mehr ignoriert als kritisiert.

6. Abgeordnetenhauswahl in Berlin

Im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern setzte die SPD nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. September 2006 die Koalition mit der Linkspartei fort, obwohl diese mit einem Verlust von 9,2 Prozentpunkten ein Desaster erlebt hatte. Für

54 Vgl. Frithjof Reimers/Christopher Scheele, Aus der Regierung zurück in die Opposition. Die Linkspartei.PDS, in: Schoon/Werz (FN 42), S 43-53.

55 Werz/Schoon (FN 40), S. 72.

56 Zitiert nach Reimers/Scheele (FN 53), S. 50.

57 Vgl. den Artikel: B. Ho./S. I., Ohne jede Schönfärberei und mit vielen Fragen zum Wahlausgang, in: Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes der PDS vom 22. September 2006, S. 3.

58 Vgl. ebd.

den Berliner Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, dem die SPD ihren knappen Zuwachs verdankte, schien die Linkspartei im Vergleich zu den gestärkten Grünen der bequemere Koalitionspartner zu sein. Die bürgerlichen Oppositionsparteien CDU und FDP hatten jeweils 2,5 bzw. 2,3 Punkte verloren. Auf die übrigen Parteien entfielen 13,6 Prozent der Stimmen.⁵⁹ Das signalisiert eine beträchtliche Parteienverdrossenheit, auch wenn bei Wahlen in Stadtstaaten die Stimmen für die „Sonstigen“ oft überdurchschnittlich hoch sind.

Tabelle 5: Abgeordnetenhauswahl Berlin (Stimmen in Prozent)*

SPD	30,8	(+ 1,1)
CDU	21,3	(– 2,5)
Die Linke	13,4	(– 9,2)
Bündnis 90/Die Grünen	13,1	(+ 4,0)
FDP	7,6	(– 2,3)
Die Grauen	3,8	(+ 2,4)
WASG	2,9	(–)
NPD	2,6	(+ 1,7)
REP	0,9	(– 0,4)
Tierschutzpartei	0,8	(–)
Eltern	0,7	(–)
APPD	0,3	(–)
Bildung	0,3	(–)
DIE FRAUEN	0,3	(–)
BüSo	0,2	(+ 0,1)
AGFG	0,2	(–)
PASS	0,2	(–)
ÖDP	0,1	(– 0,1)
Offensive D	0,1	(–)
DPA	0,1	(–)
HUMANWIRTSCHAFT	0,1	(–)
FORUM	0,0	(–)
PSG	0,0	(–)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2001.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

59 Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss, Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 17. September 2006: Ein „Weiter so“ trotz herber Verluste des Koalitionspartners, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), S. 84-100.

Die von der DVU unterstützte NPD – auf ihrer Landesliste standen drei Kandidaten der DVU – betrieb einen aufwendigen Wahlkampf gegen die „Systemparteien“. „Im Wesentlichen warb die NPD mit den Themen ‚Sozialprotest‘ und ‚Überfremdung‘ um Wählerstimmen.⁶⁰ Die Partei nannte „10 gute Gründe, NPD zu wählen“. Der erste Grund: Nur die NPD verfüge über „ein modernes Ausländerrückführungsprogramm“. Der letzte Grund: Die NPD werde als „echte Volksbewegung“ nicht von „abgehobenen Polit-Bonzen“ geführt.⁶¹ Der Linkspartei galt der Vorwurf, sie opfere „deutsche Interessen dem internationalen Kapital“. ⁶² Sie wurde als der Hauptgegner ausgemacht. „Diese Systempartei spielt wie keine sonst mit den wirtschaftlichen Nöten und sozialen Abstiegsängsten unserer deutschen Landsleute.“⁶³ Die NPD trat im Wahlkampf zum Teil offensiv auf und wurde beschuldigt, Veranstaltungen anderer Parteien gestört zu haben. Die REP agierten im Wahlkampf unter ihrem Spitzenkandidaten gegen die „Altparteien“ weitaus gemäßigter. Zwar befeißigte auch sie sich einer Anti-Haltung („Uns reicht! Ihnen auch?“), doch gab sie sich in ihrem „Aktionsprogramm für Berlin“ relativ sachlich: „Sicherheit herstellen“ – „Bildung“ – „Mobilität für Berlin“ – „Heimat bewahren“ – „Familie und Soziales“ – „Arbeit und Wirtschaft“. Auf einem Wahlplakat der Partei hieß es: „Wir lassen die Kirche im Dorf ... und die Moschee in Istanbul!“⁶⁴ Die NPD kam auf 2,6 Prozent der Zweitstimmen, im Osten auf 4,0 Prozent, im Westen auf 1,7 Prozent. Das Ost-West-Gefälle ist damit beträchtlich. Es gelang der Partei bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen elf Sitze zu erringen (bei einer Sperrklausel von drei Prozent). Die NPD ließ es sich nicht nehmen, den Einzug von Udo Voigt, einem früheren Hauptmann, in das Bezirksparlament Treptow-Köpenick in Verbindung mit Wilhelm Voigt zu bringen, dem „Hauptmann von Köpenick“, der die Obrigkeit im Kaiserreich blamiert hatte. Die REP erreichten 0,9 Prozent und scheiterten so an der für die staatliche Teilfinanzierung wichtigen Einprozenthürde. Die NPD zeigte sich über das eigene Abschneiden recht zufrieden. Der Stimmenverlust der Linkspartei zeigte, „daß die sozial entrechteten Deutschen mehr und mehr der Sozialpolitik der NPD ihr Vertrauen geben.“⁶⁵ Das schlechte Abschneiden der REP sei eine „schallende Ohrfeige für die Verweigerungshaltung der Parteiführung“. ⁶⁶ Die REP räumten ihre Niederlage unumwunden ein. Rolf Schlierer erklärte, die Partei müsse sozialpolitische Alternativen anbieten und die Fixierung auf Zuwanderungsprobleme beenden.⁶⁷ Das Angebot, sich der NPD anzuschließen, wies er weit von sich: „Die Republikaner stehen

60 Verfassungsschutzbericht 2006 des Landes Berlin, S. 14.

61 10 gute Gründe, NPD zu wählen, in: Weiterdenken. Sonderveröffentlichung der NPD, S. 1.

62 Warnung!, in: Ebd., S. 2.

63 So Jürgen Gansel, Kampf der Systempartei PDS!, September 2006.

64 Vgl. Berlin-REPort für die Hauptstadt. Sie haben die Wahl.

65 Stella Palau, Deutliche Stärkung der NPD-Positionen, unter: http://berlin.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=221 (19. September 2006).

66 Holger Apfel (FN 52).

67 Vgl. Pressemitteilung der REP v. 18. September 2006.

nicht für eine Volksbewegung zur Abwicklung der angeblich undeutschen Demokratie, sondern für eine demokratische Staats- und Verfassungsordnung.“⁶⁸

Das im Vergleich zum Ergebnis von 2001 bescheidene Wahlziel der Linkspartei lautete: 17 Prozent + X. Ihr Wahlkampf stand unter dem Motto „Berlin bewegt“. Die Partei hatte den rigorosen Sparkurs der SPD im Kern mitgetragen. Es war klar, daß ein beträchtlicher Teil der PDS-Wählerschaft „die Partei für ihren pragmatischen Regierungskurs als handzahmer Sparpartner der SPD abstrafen würde.“⁶⁹ Die Linkspartei warnte immer wieder vor einem „Einzug der Nazis in die Parlamente“.⁷⁰ Die Linkspartei, die bei der letzten Wahl aufgrund spezifischer Konstellationen mit 22,6 Prozent sensationell gut abgeschnitten hatte (im Ostteil: 47,6 Prozent), sah sich der Konkurrenz der WASG ausgesetzt, deren Berliner Landesverband den Regierungskurs der Linkspartei heftig ablehnte. Die von den trotzkistischen Organisationen *Linksruck* und *Sozialistische Alternative Voran* (SAV) dominierte Organisation unter ihrer Spitzenkandidatin Lucy Redler traten im Wahlkampf fundamentalistisch auf und bezichtigten die Linkspartei des Verrats an sozialistischen Prinzipien. Der Berliner Verfassungsschutzbericht stellte fest: „Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen ermöglichten die offenen Wahllisten der WASG, daß auch Extremisten für diese kandidieren konnten. Vertreten waren in der Folge neben Aktivisten der SAV auch Mitglieder der linksextremistischen ‚Gruppe Arbeitermacht‘ (GAM), der ‚Deutschen Kommunistischen Partei‘ (DKP) – u.a. deren Landesvorsitzender – sowie Mitglieder des militanten autonomen Spektrums.“⁷¹

Der Wahlausgang war für die Linkspartei ein Schock. Mit Verlusten hatte sie angesichts des hohen Ausgangsniveaus gerechnet, aber nicht in dieser Höhe. Sie zeigte sich überwiegend ratlos. Der Landesvorsitzende stellte fest: „Kopf hoch und nicht die Hände!“⁷² Die WASG verfehlte mit 3,0 Prozent der Stimmen ebenso ihr Ziel. Gleichwohl zog sie in mehrere Bezirksparlamente ein. Die repräsentative Wahlstatistik liefert für die Linkspartei, die WASG, die NPD und die Partei der REP detaillierte Daten.⁷³ Alle vier Parteien schnitten bei den Männern besser ab als bei den Frauen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Bei den linken Parteien (Linkspartei: 14,2:11,9 Prozent; WASG: 3,5:2,5 Prozent) fielen die Abweichungen deutlich geringer aus als bei den rechten (NPD: 3,8:1,2 Prozent; REP: 1,1:0,5 Prozent). Hingegen ist die Unterscheidung nach dem Alter weniger augenfällig. Erweist sich die NPD als eine klare „Jungwähler-

68 Rolf Schlierer, „Wir gehen unseren eigenen Weg“, in: Zeit für Protest 10/2006, S. 1.

69 So Niedermayer/Stöss (FN 60), S. 90.

70 Vgl. etwa den Artikel: Am Sonntag: Einzug der Nazis in die Parlamente verhindern, in: Presse- und Informationsdienst des Parteivorsitzenden der Linkspartei.PDS vom 15. September 2006, S. 1.

71 Verfassungsschutzbericht 2006 von Berlin, S. 81.

72 Klaus Lederer, Nach der Wahl, in: Presse- und Informationsdienst der Linkspartei vom 22. September 2006, S. 3.

73 Vgl. Statistisches Landesamt (Hrsg.), Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Berlin 2006, S. 15.

partei“ (18 bis 24 Jahre: 5,1 Prozent; ab 60 Jahre: 1,3 Prozent)⁷⁴, so ist die Wählerschaft der PDS eher überaltert (18 bis 24 Jahre: 11,6 Prozent; ab 60 Jahre: 13,7 Prozent). Bei der WASG und den REP gibt es keine signifikanten Abweichungen – mit der Ausnahme, daß die Wählerschaft der WASG bei den über 60-Jährigen (1,3 Prozent) stark unterrepräsentiert ist.

Die Fortsetzung der rot-roten Koalition war bei den Partnern nicht unumstritten. Klaus Wowereit wurde erst im zweiten Wahlgang wieder zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Fehlten ihm im ersten Wahlgang zwei Stimmen, reichte es für ihn im zweiten Wahlgang, obwohl er auch dann eine Stimme aus den Reihen des Regierungslagers entbehren mußte. So blieb ihm das Schicksal Heide Simonis' erspart.

7. Fazit und Ausblick

Die beiden großen Parteien erlitten bei den Wahlen des Jahres 2006 zwar zum Teil deutliche Stimmenverluste (das galt nicht für die SPD in Rheinland-Pfalz, in Sachsen-Anhalt und in Berlin), aber auf der Regierungsebene wirkte sich dies nicht nachteilig aus, im Gegenteil. In Rheinland-Pfalz wurde aus der sozial-liberalen Koalition eine Alleinregierung der SPD⁷⁵, in Sachsen-Anhalt aus dem schwarz-gelben Bündnis ein schwarz-rotes und in Mecklenburg-Vorpommern aus der rot-roten Koalition eine rot-schwarze. Damit verbesserten die Regierungsparteien im Bund ihre Position im Bundesrat beträchtlich.

Auf dem linken Flügel des Parteiensystems zeigte sich: Die WASG konnte weder in Rheinland-Pfalz noch in Baden-Württemberg die Ergebnisse der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 erreichen. Allerdings war die PDS in den beiden Bundesländern 2001 wegen großer Chancenlosigkeit nicht einmal angetreten. Insofern machte sich die veränderte Konstellation für das linke Spektrum positiv bemerkbar. Die Linkspartei gewann in Mecklenburg-Vorpommern knapp und in Sachsen-Anhalt deutlich dazu, während sie in Berlin eine Erdrutschniederlage zu verzeichnen hatte (und mehr als 40 Prozent ihrer Wähler verlor). Diese Ergebnisse begünstigten (durch das Scheitern der WASG an der Fünfprozenthürde) das Projekt einer Vereinigung von Linkspartei und WASG. Die NPD legte überall zu, besonders stark im wirtschaftlich prekären Mecklenburg-Vorpommern. Damit ist die Partei, die einen harten Rechtsextremismus verkörpert⁷⁶, nun im Parlament eines zweiten ostdeutschen Bundeslandes vertreten. Die DVU

74 Die Extremwerte lauteten wie folgt: Die 18- bis 24jährigen männlichen Wähler votierten im Ostteil der Stadt zu 9,8 Prozent für die NPD, die über 60jährigen Frauen im Westteil der Stadt nur zu 0,6 Prozent.

75 Allerdings verlor dadurch der SPD-Ministerpräsident und -Parteivorsitzende das Alleinstellungsmerkmal einer Koalition mit den Liberalen, der bundespolitisch Bedeutung zukommen könnte, ergänzt um die Kooperation mit den Grünen.

76 Vgl. Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007; kurz zusammenfassend Eckhard Jesse, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), in: Decker/Neu (FN 4), S. 336-344.

hingegen konnte ihren Wahlerfolg von Sachsen-Anhalt 1998 mit 3,0 Prozent nicht annähernd wiederholen.

Die Perspektiven stellten sich für das wahlarme Jahr 2007 (nur in Bremen, dem kleinsten Bundesland, standen Wahlen an) wie folgt dar: Für die Linkspartei und die WASG ist es ein glücklicher Umstand, daß die letzten Wahlen vor der Vereinigung der beiden Parteien ausgerechnet in jenem westlichen Bundesland stattfinden, in dem die Aussichten am größten erscheinen, zum ersten Mal die Fünfprozenthürde zu überwinden.⁷⁷ Allerdings wäre ein Erfolg in Bremen keineswegs ein Beleg für die These, die neue (und im Kern die alte) Partei sei im Westen „angekommen“. Die DVU durfte darauf hoffen, wieder zumindest mit einem Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten zu sein. Die NPD vermochte dem Ausgang der Wahl in Bremen gelassen entgegenzusehen. Der Einzug der DVU in die Bremische Bürgerschaft könnte als ein Erfolg der „Volksfront von rechts“ verkauft werden, ein Mißerfolg der DVU als Indiz dafür, daß ohne die NPD im „nationalen Lager“ nichts „läuft“. Aber alle Parteien wissen: Das Bremer Wahlergebnis sagt wenig über die künftigen Konturen des deutschen Parteiensystems aus. Bremen ist kein Modell für den Bund.

77 In Bremen kommt eine wahlrechtliche Eigenart hinzu, die schon mehrfach der DVU genutzt hat: Für einen Einzug in das Parlament genügt es, entweder im Wahlgebiet Bremen oder im Wahlgebiet Bremerhaven fünf Prozent der Stimmen zu erreichen.

Organisationen 2006

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Im Jahr 2005 hatte sich der bereits im Vorjahr zu bemerkende Trend in Richtung auf eine Repolarisierung des deutschen Parteiensystems fortgesetzt. Das galt besonders für den linken Flügel des politischen Spektrums, wo die *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) – unter dem (in den Landesverbänden zum Teil variierenden) Namen *Die Linkspartei.PDS* (Die Linke.PDS) auf Vereinigungskurs mit der im Sommer 2004 entstandenen *Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit* (WASG) gegangen und durch das Rekordergebnis bei der vorgezogenen Bundestagswahl zur Fortsetzung dieses Weges ermutigt worden war. Auf diese Weise hatte sie ihre dominierende Stellung im politischen Raum links von der SPD behauptet und in einigen westlichen Bundesländern Fuß gefaßt. Die Szene *radikaler Globalisierungskritiker* war demgegenüber nicht zu einer gefährlichen Konkurrenz herangewachsen.

Am rechten Flügel hatte sich die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) – auf weit bescheidenerem Niveau und im Bunde mit der *Deutschen Volksunion* (DVU) – vor allem im östlichen Deutschland zum bei Wahlen aussichtsreichsten Akteur entwickelt. Sie profitierte weiterhin von ihrer symbiotischen Beziehung zu Teilen der militanten rechtsextremen Subkulturen, deren Personenpotential keinen Rückgang erkennen ließ. Die verstärkte öffentliche Präsenz von NPD und „Freien Kameradschaften“ mit fließenden Übergängen zu rechtsextremen „Skinheads“ stimulierte die „Aktionen“ einer „autonomen Antifa“, deren Gewaltstatistik nicht weit hinter der militanter Fremdenfeinde und Rechtsextremisten zurückblieb.

Zu Beginn des Berichtsjahres 2006 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde sich der Vereinigungsprozeß von PDS und WASG fortsetzen und zur Etablierung der Linkspartei auch im westlichen Deutschland führen? Oder mußte man mit schweren Konflikten innerhalb des heterogenen Bündnisses rechnen? Würde dies womöglich auch die Stellung der PDS im östlichen Deutschland schwächen? Könnte die NPD ihre Erfolgsbilanz auf regionaler Ebene fortsetzen und sich zumindest im östlichen Deutschland zu einem ernstzunehmenden Akteur entwickeln? Oder waren Enttäuschungen im NPD-Lager programmiert, so daß unter Umständen das Ausmaß subkultureller Militanz zunehmen würde? Auch wer nicht zu einer Unterschätzung der Gefahren des Rechts- oder Linksextremismus neigte, mußte mit Blick auf die internationale Lage (Afghanistan, Irak, Libanon, Palästina) die Hauptbedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands unverändert im islamistischen Terrorismus sehen.

2. Linksextremismus

Die *Linkspartei.PDS* konnte unter ihrem Parteivorsitzenden Lothar Bisky, auf der 1. Tagung des 10. Parteitages am 30. April 2006 in Halle mit 88,5 Prozent der Stimmen wiedergewählt, trotz ihrer politischen Terraingewinne auch 2006 den im Vorjahr nur kurze Zeit unterbrochenen Rückgang ihres Mitgliederpotentials nicht stoppen. Zum Jahresende erreichte sie mit rund 60.200 Mitgliedern einen neuen Tiefstand. Allerdings stieg die Zahl der Mitglieder in den Westverbänden deutlich an (von knapp 6.000 Ende 2005 auf gut 7.200 Ende 2006).¹ Der Rückgang im Osten war vor allem Folge hochgradiger Überalterung und eines unzureichenden Zugewinns junger Aktiver. Dennoch verfügte die Partei in den östlichen Ländern (Ende 2006 rund 52.900 Mitglieder) über einen arbeitsfähigen Parteiapparat, professionell arbeitende Landtagsfraktionen, öffentlichkeitswirksame Medien und intellektuell versierte „Think Tanks“.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS – Mitgliederentwicklung, 1989-2006

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 1998	94.600
Jan. 1990	700.000	Dez. 1999	88.600
Dez. 1990	281.000	Dez. 2000	83.500
Dez. 1991	172.600	Dez. 2001	77.800
Dez. 1992	146.700	Dez. 2002	70.800
Dez. 1993	131.400	Dez. 2003	65.800
Dez. 1994	123.800	Dez. 2004	61.400
Dez. 1995	114.900	Dez. 2005	61.300
Dez. 1996	105.000	Dez. 2006	60.200
Dez. 1997	98.600		

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

Konsequent wurde der Weg in Richtung auf eine Fusion mit der WASG fortgesetzt. Eine gemeinsame Programmkommission beider Parteien legte im Februar „Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ vor, die in beiden Parteien lebhaft diskutiert wurden und eine Reihe von Stellungnahmen und programmatischen Erklärungen nach sich zog. Unter Berücksichtigung der vorgetragenen Argumente entstand ein zweiter Entwurf, der Gegenstand eines „Programmkonvents“ in Hannover (30. September/1. Oktober) war. Nach weiteren Diskussionen wurde am 22. Oktober und 10. Dezember schließlich eine dritte Version mit Vorschlägen für die künftige Bundessatzung und Bundesfinanzordnung präsentiert.

¹ Vgl. „Mitgliederzahlen (Stand: 31. Dezember 2006)“, unter: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/daten/statistiken/mitglieder.htm> (23. Mai 2007).

Die innerparteilichen „Traditionalisten“, die an der Parteibasis nach wie vor erheblichen Rückhalt genossen², verfolgten den Vereinigungsprozeß kritisch. In einer abgestimmten Antwort auf den ersten Entwurf der „Eckpunkte“ bemängelten *Marxistisches Forum, Kommunistische Plattform* (KPF) und *Geraer Dialog* im März ein verschwommenes „Sozialismusbild“, das auf der Illusion beruhe, eine „friedliche, gerechte und demokratische Gesellschaft“ könne „bei grundsätzlicher Beibehaltung der heutigen Eigentumsverhältnisse“³ geschaffen werden. In Abkehr von den Leitlinien des Chemnitzer Programms trage man den Erfahrungen des DDR-Sozialismus nicht in angemessener Weise Rechnung und schiele mit halbherziger Kapitalismuskritik und einer konzilianten friedenspolitischen Haltung auf Regierungsbeteiligungen auf Bundesebene. Diese Kritik kehrte in den folgenden Monaten leitmotivisch wieder. Auf dem Parteitag in Halle etwa lobte Ellen Brombacher von der KPF die Rede des Vorsitzenden der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, die „frei von antikommunistischen Tönen“ und reich an friedens- und sozialpolitischer Kompetenz gewesen sei. Gregor Gysi zog hingegen heftigen Tadel auf sich. Dieser habe zwar „warmherzige Worte für die kubanische Revolution und ihre Errungenschaften“ gefunden, die „Hauptvoraussetzung hierfür“ aber beklagt: die „dominierende Rolle der Kommunistischen Partei Kubas“. Zudem habe Gysi die DDR lächerlich gemacht, das „klare antifaschistische und friedenspolitische Profil“ und die „nachhaltige humanistische Erziehung“ nicht gewürdigt; nur so erkläre sich aber, warum das MfS im November 1989 keinen Schuß abgegeben habe. Zum Geschichtsbild stünden schwere Auseinandersetzungen bevor, zumal viele die Fusion befürworteten, damit aber diametral verschiedene Erwartungen verbänden: „Maßgebliche Protagonisten des Fusionsprozesses, so Gysi oder auch Ramelow, wollen eine neue linke Partei, die ihre DDR-Herkunft verleugnet und zum Mitregieren – unter mehr oder weniger allen Bedingungen – bereit ist. Wir wollen eine neue linke Partei mit sozialistischem Ziel und antikapitalistischem Profil, die unter den gegebenen Verhältnissen vor allem für Widerstand gegen Sozialabbau, Krieg und Rechtsentwicklung steht.“⁴

Die KPF war in den folgenden Monaten bemüht, ihre eigenen Positionen wirksam in den Vereinigungsprozeß einzubringen. Inhaltliche Schwerpunkte vereinbarte man auf der 1. Tagung der 13. Bundeskonferenz Anfang Oktober: die Sicherung der innerparteilichen Mitwirkungsrechte, die Solidarität mit den Führungen Kubas und Venezuelas,

2 Für nicht nennenswert hält diesen Einfluß: Michael Koß, *Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen*, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden 2007, S. 117-153, hier S. 152. Anderer Auffassung ist etwa: Jürgen P. Lang, *Die Fusion von PDS und WASG aus extremismustheoretischer Sicht*, in: *Politische Studien* 58 (2007), Themenheft 1, S. 54-63.

3 Eine Antwort auf die Programmatischen Eckpunkte für eine neue Linke (19. März 2006), unter: http://archiv2007.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/diskussion_programmatik (17. Juli 2007).

4 Ellen Brombacher, *Der Hallenser Parteitag – erste Überlegungen*, in: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS*, Mai 2006, unter: <http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/kpf-mitteilungen> (10. August 2006).

die Verknüpfung des „Antifaschismus“ „mit dem Kampf gegen die Totalitarismuskonzeption [...], welche die Nazidiktatur verniedlicht und den gewesenen Sozialismus denunziert“, sowie die Unterstützung von Organisationen, „die sich für die Rehabilitierung von Repräsentanten der DDR, der Angehörigen ihrer Schutz-, Sicherheits- und Staatsorgane einsetzen“. Angestrebt wurde die verstärkte Zusammenarbeit „mit dem Marxistischen Forum, dem Geraer Dialog und anderen marxistisch orientierten Kräften innerhalb und außerhalb von Linkspartei.PDS und WASG, insbesondere mit der DKP und dem Rotfuchsverein“.⁵

Als KPF-Bündnispartner erschienen solche Kräfte, die sich dem Vorhaben der PDS-„Reformer“ nach Bildung einer koalitionsfähigen Partei links von der SPD widersetzen. Bei der überaus heterogenen WASG suchte man den Kontakt zu jenen, die eine dezidiert „sozialistische“ Zielorientierung mit koalitions- und friedenspolitischer Kompromißlosigkeit verbanden. Indes waren die Frontverläufe kompliziert. So traf sich die Haltung der Berliner WASG-Mehrheit, die in der Frage einer eigenständigen, gegen die Regierungspartei PDS gerichteten Kandidatur bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen einen wochenlangen Konflikt mit der Bundespartei austrug,⁶ zwar mit der bei der KPF verbreiteten Kritik an „Sozialabbau“ betreibenden rot-roten Koalitionen. Doch die WASG-Trotzkisten um die Landesvorsitzende Lucy Redler, Vertreterin der mit rund 400 Mitgliedern größten der nicht weniger als 20 in Deutschland aktiven trotzkistischen Sektionen (mit insgesamt rund 1.800 Aktiven), der *Sozialistischen Alternative* (SAV), Ablegerin des in London residierenden *Committee for a Workers International* (CWI), übten zugleich in rätekommunistischer Tradition scharfe Kritik an Realsozialismus und Stalinismus.⁷ Ein bequemer KPF-Bündnispartner war demgegenüber der *Rotfuchsverein*: Die um die Zeitschrift *RotFuchs. Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland* (nach eigenen Angaben verfügte sie über ca. 14.000 Leser im In- und Ausland) entstandene Organisation würdigte nicht nur die Werke von Marx, Engels und Lenin (das tun Trotzkisten ebenso), sondern darüber hinaus auch den „Leuchtturm unserer Geschichte“, den Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED 1946, der den „Siege des Sozialismus in der DDR“⁸ begründete.

5 Die Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform in Vorbereitung der 2. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS im März 2007. Beschluß der 1. Tagung der 13. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS (1. Oktober 2006), unter: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente> (10. März 2007).

6 Siehe etwa Aron Amm, 52.000 Stimmen gegen sozialen Kahlschlag (18. September 2006); Lucy Redler, L.PDS in Berlin: War was? (8. Dezember 2006), beide unter: <http://www.sozialismus.info/index> (17. März 2007). Siehe zur Abgeordnetenhauswahl auch: Eckhard Jesse, Wahlen 2006, in diesem Band.

7 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 178 f.; Verfassungsschutzbericht Berlin 2006, S. 80-82.

8 So Götz Dieckmann, Vor sechzig Jahren: „Als die Arbeitereinheit vollzogen wurde“. Festliche Veranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 22. April 1946 in Berlin, Veranstalter: Zeitschrift RotFuchs, Tageszeitung „junge Welt“, RotFuchs-Förderverein e.V./Regionalgruppe Berlin, DKP/Bezirksorganisation Berlin, Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS, KPD, Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewe-

Politisch wichtiger, wenn auch in die Jahre gekommen und etwas gebrechlich, war demgegenüber die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP), die erneut an Mitgliedern verlor (Ende 2006: 4.200) und infolgedessen von Sorgen um den Erhalt der verbliebenen Infrastruktur geplagt wurde. In ihrem neuen Parteiprogramm, verabschiedet auf der zweiten Tagung des 17. Parteitages in Duisburg-Rheinhausen am 8. April 2006, forderte sie – wenig überraschend – den „revolutionäre[n] Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen“ und erneuerte ihr Bekenntnis zu den „von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse[n] des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie.“⁹

Tabelle 2: Linksextreme Organisationen, 2004-2006

	2004		2005		2006	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten						
Kern- und Nebenorganisationen	49	25.700	43	25.400	40	25.000
hiervon						
DKP		4.500		4.500		4.200
MLPD		2.000		2.300		2.300
RH		4.600		4.300		4.300
Beeinflusste Organisationen	30		19		17	
Gewaltbereite Linksextremisten	61	5.500	67	5.500	69	6.000

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2004 und 2005.

Im Gegensatz zur DKP konnte die maoistisch orientierte *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) ihr Mitgliederpotential behaupten (Ende 2006: 2.300). Stolz verkündete sie ihre Präsenz in 450 Städten. Ihr Vorsitzender, Stefan Engel, sah in der „systematische[n] Kleinarbeit unter den Massen“ in Betrieben und Wohngebieten die wichtigste Grundlage für die weitere Parteientwicklung. Die Streiks in deutschen Großbetrieben wertete er als Symptom für den „Aufschwung des internationalen Klassenkampfes“.¹⁰

Zu den mitgliederstärkeren Formationen des linksextremen Spektrums zählte auch die *Rote Hilfe* (RH; Ende 2006 unverändert 4.300 Mitglieder). Sie definierte sich als

gung bei der Linkspartei.PDS, unter: <http://www.rotfuchs.net/Dok/Standpunkte/02/Start.htm> (14. April 2007). Prof. Dr. Götz Dieckmann war von 1968 bis 1990 Mitarbeiter und zuletzt Rektor der Parteihochschule beim Zentralkomitee der SED und ist stellvertretender Vorsitzender des RotFuchs-Fördervereins.

- 9 DKP, Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Essen 2006, Präambel. Siehe auch den Beitrag von Eckhard Jesse in diesem Band.
- 10 „Für eine neue Offensive der revolutionären Kleinarbeit!“. Interview mit dem Vorsitzenden der MLPD, Stefan Engel, vom 20. Dez. 2006, unter: <http://www.mlpd.de/themen/erklarungen/erklarungen-von-2006> (18. April 2007).

„Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt“¹¹, und machte dabei die Auswahl der zu Unterstützenden in erster Linie von der Motivation der Handelnden, nicht von der Art ihres Tuns, abhängig. So kamen wie in den Vorjahren auch inhaftierte Gewalttäter in den Genuß von Hilfeleistungen.

Das Bundeskriminalamt erfaßte im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ für das Jahr 2006 insgesamt 2.369 (2005: 2.305) Straftaten mit „extremistischem Hintergrund“. Davon waren 862 (2005: 896) Gewalttaten.¹² Fast die Hälfte der Delikte entfiel auf das Themenfeld „Gewalttaten gegen (vermeintliche) Rechtsextremisten“. Der starke Anstieg bei den Körperverletzungsdelikten (von 226 im Jahr 2004 auf 444 2006) deutete auf den Bedeutungszuwachs tätlicher Auseinandersetzungen mit politischen Kontrahenten hin (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2004-2006

	2004	2005	2006
Tötungsdelikte	0	1	1
Sprengstoffanschläge	0	0	1
Brandanschläge	31	29	42
Körperverletzungen	226	391	444
Raubüberfälle	12	13	22
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	232	408	310
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	19	53	41
Freiheitsberaubung	0	0	0
Erpressung	1	1	1
Gewalttaten insgesamt	521	896	862

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2005 und 2006.

Das Gros der Gewalttaten entfiel wie in den Vorjahren auf Täter aus der *Autonomen*-Szene, die mit annähernd 5.500 Aktiven (Ende 2006) den Löwenanteil der vom Verfassungsschutz als gewaltbereit eingestuften Linksextremisten (ca. 6.000 bundesweit) stellten.¹³ Die in vielen Groß- und Universitätsstädten präsente Szene agierte meist dezentral. Wichtigstes verbindendes Element stellten Internet-Plattformen (wie *nadir.org*) und Zeitschriften wie *Interim* dar. Versuche überregionaler organisatorischer Bündelung wa-

11 „Wer ist die Rote Hilfe“, unter: http://www.rote-hilfe.de/ueber_uns (5. Dezember 2006).

12 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 33 f. Siehe zu Definitionsproblemen und Gewaltentwicklung: Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006, S. 134 ff.

13 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 141.

ren wenig erfolgreich. Die im April 2004 aus der *Göttinger Autonome Antifa (M)* hervorgegangenen Vereinigungen *Antifaschistische Linke International*, *Antifa/Aktion und Kritik* und *Redical M* traten überwiegend selbständig in Erscheinung. Auch ideologisch bildete die Szene – in Göttingen wie in anderen Schwerpunktregionen – keine Einheit; dies zeigten „Militantendebatten“ ebenso wie die anhaltenden Auseinandersetzungen um das Verhältnis zur Antikriegsbewegung und zum Nahost-Konflikt (bedingungslos proisraelische „antideutsche“ gegen israelkritische bis -feindliche Positionen).

Der militante Antifaschismus bildete im Jahr 2006 wiederum einen Schwerpunkt der Szene-Aktivitäten. Punktuell kooperierten autonome Gruppierungen auf diesem Gebiet – wie bei den Protesten gegen eine Rechtsextremisten-Kundgebung in Göttingen am 13. Mai, an der sich u.a. die Ende 2005 gegründete *Linke Aktion Göttingen (L.A.G.)* beteiligte.¹⁴ Proteste gegen öffentliche Aufmärsche von Rechtsextremisten bildeten auch in anderen Städten ein willkommenes Aktionsfeld. Während der „Revolutionäre 1. Mai“ in Berlin ruhiger als in den Vorjahren verlief, mischten sich in Leipzig anlässlich zweier angemeldeter Demonstrationen der Neonationalsozialisten Christian Worch und Steffen Hupka nahezu 1.500 *Autonome* unter die meist friedlichen Gegendemonstranten: „Es flogen Steine und Flaschen. Brennende Müllcontainer wurden als Barrikaden genutzt und Feuerwerkskörper gezündet. Zeitweise kam es zu direkten Konfrontationen zwischen Rechten und Linken. Die Polizei drängte die Gruppen auseinander und setzte Pfefferspray ein. Es gab Verletzte.“¹⁵

Neben dem militanten Antifaschismus stand im Berichtsjahr die Kampagne gegen das Gipfeltreffen der G8-Staaten im mecklenburgischen Heiligendamm (Juni 2007) im Mittelpunkt der Szene-Aktivitäten. Eine der besonders aktiven Strukturen, die sich um eine „linksradikale“ Vernetzung innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung bemühten, war das anlässlich des Gipfelprotests im schottischen Gleneagles (2005) entstandene *Dissent!/-Spektrum*. Bei den Aktionsvorbereitungen ging es u.a. darum, die Grenzen zwischen verschiedenen Strömungen und „Widerstandsformen“ zu durchbrechen: „Die Spaltung in gute und dialogbereite KritikerInnen auf der einen und gewaltbereite Spinner, Außenseiter und Chaoten auf der anderen Seite ist nichts anderes als eine Strategie zur Stärkung des neoliberalen Projektes. [...] Deshalb gilt es in den kommenden Monaten zu zeigen, daß es nicht entweder linksradikalen Protest auf der einen oder Hegemonie-stützende Massenaktionen auf der anderen Seite gibt. Wir sind gut beraten, die uns zugeschriebene Rolle der Marginalisierten nicht anzunehmen und stattdessen dafür zu kämpfen, daß keine große NGO-Allianz, keine Linkspartei, keine Regierung und schon gar nicht die G8 vereinnahmen können oder wollen.“¹⁶

14 Vgl. Verfassungsschutzbericht Niedersachsen, S. 140.

15 „Krawalle bei Demonstration in Leipzig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 2006. Siehe auch VSB 2006, S. 145.

16 „Selber machen, damit nicht andere das Bild bestimmen!“, in: Einblicke in das Innenleben einer Mobilisierung. Reflexionen und Diskussionen aus dem DISSENT!/-Spektrum, o.O., Juli 2006, S. 18 f. Der in dem Beitrag formulierte Standpunkt dürfte von der Mehrheit des Spektrums geteilt werden.

Im Rahmen der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel begingen Täter aus der *Autonomen-Szene* teils ohne, teils mit Gruppenbezeichnung (wie *Militante Antimilitaristische Initiative*, *fight 4 revolution crews*, *Unheilige Allianz Dambruch*, *AG Kolonialismus und Krieg in der militanten Anti-G8-Kampagne*, *autonome Gruppe/militant people*) zahlreiche Anschläge gegen Behörden und Niederlassungen international tätiger Firmen.¹⁷ Die seit 2001 unter dieser Bezeichnung auftretende *militante gruppe* (mg) bekannte im Laufe des Jahres in Selbstbeichtigungsschreiben ihre Täterschaft bei acht Anschlägen im Berlin-Magdeburger Raum. In einem Positionspapier in der Juli-Nummer (2006) des Berliner Szene-Blatts „Interim“ mahnte sie, Brandanschläge im Rahmen der G8-Kampagne dürften kein ereignisfixiertes „Aufflackern einer unkoordinierten militanten Praxis“ sein, sondern sollten als „Übungsfeld einer zu konkretisierenden militanten Politik im Rahmen eines organisatorisch umfassenderen revolutionären Aufbauprozesses“ dienen. Das zentrale Ziel bestehe darin, „die militante Option in den Anti-G8-Mobilisierungen als integralen Bestandteil einzubringen und zu verankern.“¹⁸

3. Rechtsextremismus

Die NPD festigte im Jahr 2006 ihre Stellung als bei Wahlen aussichtsreichste Kraft des „nationalen Lagers“. Während sie bei den Landtagswahlen überall Stimmenzuwächse verbuchen und in Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen in ein zweites Landesparlament einziehen konnte, mißlang der DVU in Sachsen-Anhalt trotz eines aufwendig geführten Wahlkampfes der Wiedereinzug.¹⁹ Dennoch bestätigte DVU-Bundesvorsitzender Gerhard Frey auf dem NPD-Bundesparteitag in Berlin (11. November) den im Januar 2005 förmlich besiegelten „Deutschlandpakt“.²⁰ Die NPD-Führung war zugleich bestrebt, die „freien Kräfte“ der neonationalsozialistischen Szene noch fester in die Partei zu integrieren.²¹ So wählten die Delegierten mit 157 Stimmen (61 Prozent; neben Holger Apfel und Peter Marx) Sascha Roßmüller, ehemals Mitglied des 1993 verbotenen „Nationalen Blocks“, zu einem der drei stellvertretenden Parteivorsitzenden. Eine ähnliche Signalwirkung hatte die Wahl des Hamburger Rechtsanwalts Jürgen Rieger in den Bundesvorstand. Rieger propagierte als Vorsitzender der „Artgemeinschaft“ und Schriftleiter der „Nordischen Zeitung“ die Überlegenheit der altgermanischen Religion und Weltanschauung.

17 Vgl. Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung 10/2007 (9. Mai; „Durchsuchungen in mehreren Bundesländern“).

18 Abdruck des Positionspapiers in diesem Band: Uwe Backes, Dokumentation 2006.

19 Siehe dazu den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2006, in diesem Band.

20 Vgl. Hauke Naninga, Aus der Mitte des Volkes. NPD hielt 31. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin ab, in: Deutsche Stimme 12/2006, S. 1.

21 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus, Köln 2006.

Die NPD blieb auch im Jahr 2006 an nomineller Mitgliederstärke hinter der DVU zurück. Allerdings verringerte sich der Abstand weiter, da die Partei die Zahl ihre Mitglieder zum Jahresende auf rund 7.000 steigern konnte, während die DVU rund 500 Personen einbüßte.²² Sachsen war mit etwa 1.000 Mitgliedern weiterhin der stärkste NPD-Landesverband. Hier verfügte sie über eine differenzierte, flächendeckende Parteistruktur, eine Reihe sozial integrierter Funktionäre und um Bürgernähe bemühte Kommunalvertretungen.²³ Die Dresdner Landtagsfraktion mit ihrem geschulten Personal bestimmte inhaltlich weithin das Tagesgeschäft. Sie legte – im Vergleich etwa zur früheren DVU-Fraktion in Magdeburg – ein hohes Maß an Professionalität an den Tag. Allerdings setzte sich der Ende 2005 mit dem Fortgang dreier Abgeordneter begonnene personelle Auszehrungsprozeß fort, teilweise unter Begleitumständen, die der um Seriosität bemühten Imagepflege abträglich waren. Im November 2006 wurde das altgediente Parteimitglied Klaus-Jürgen Menzel wegen „unsauberen Finanzgebarens“ aus der Fraktion ausgeschlossen. Kurz zuvor hatte er sich in der Fernsehsendung „MDR aktuell“ zu Adolf Hitler bekannt („Zum Führer stehe ich nach wie vor“). Wenige Wochen später legte der Pressesprecher des sächsischen Landesverbandes, Matthias Paul, sein Mandat und alle Parteiämter nieder, nachdem die Dresdner Staatsanwaltschaft das Landtagsbüro und die Privatwohnung wegen des Verdachts des Erwerbs, des Besitzes und der Verbreitung kinderpornographischer Schriften durchsucht hatte.

Ein besonders herber Verlust war der tödliche Verkehrsunfall des Königsteiner Fahrlehrers Uwe Leichenring (August 2006). Der Parlamentarische Geschäftsführer war in der Sächsischen Schweiz sozial verankert und hatte sein Mandat mit Umtriebigkeit und rhetorischem Geschick wahrgenommen. Die Partei konnte diesen Verlust kaum kompensieren. Wie dünn die Personaldecke war, bewies der Umstand, daß in Dresden bewährte Kräfte (angeführt von Multifunktionär Peter Marx) nach Schwerin entsandt wurden, um den dortigen Landtagswahlkampf zu unterstützen. Der Einzug in das mecklenburg-vorpommersche Landesparlament zeigte, daß soziale Verankerung vor Ort (zumindest beim „ersten Anlauf“) nicht zu den notwendigen Bedingungen für das Überwinden der Fünfprozenthürde im Transformationsgebiet des östlichen Deutschland zählte. Die Serie von – teils bescheidenen, teils beachtlichen – Wahlerfolgen bescherte der NPD erhebliche Mittelzuwendungen im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung, verbesserte die angespannte Finanzlage jedoch nicht nachhaltig, da die NPD kostenintensive Wahlkämpfe vorfinanziert hatte und aufgrund unsauberer Finanztransaktionen im thüringischen Landesverband (ein Fall aus den 90er Jahren) mit beträchtlichen Mittelrückforderungen des Deutschen Bundestages konfrontiert war.²⁴ Im

22 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 51.

23 Vgl. Sven Braune u.a., Die NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 175-207; Reiner Burger, Die NPD und ihr Umfeld in Sachsen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14 (2005), S. 73-88.

24 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 81 f.

übrigen geriet die Partei in den Verdacht, sich durch die Androhung des Erwerbs von Immobilien zu politischen Zwecken finanzielle Vorteile zu verschaffen.²⁵

Tabelle 4: Rechtsextreme Organisationen, 2004-2006

	2004		2005		2006	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Gewaltbereite	2	10.000	2	10.400	2	10.400
Neonationalsozialisten	87	3.800	105	4.100	108	4.200
NPD		5.300		6.000		7.000
DVU		11.000		9.000		8.500
Sonstige	76	4.300	73	4.000	69	3.800

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2005 und 2006.

Die NPD versuchte auch im Jahr 2006 vergeblich, die bei Wahlen erfolglose Partei der *Republikaner* (REP) für eine politische Zusammenarbeit zu gewinnen. Bundesvorsitzender Rolf Schlierer hielt am „klaren Abgrenzungskurs gegen NPD und Neonazis“²⁶ fest. Auf dem Bundesparteitag im mittelfränkischen Höchstadt (9. Dezember) wurde er mit 135 von 206 Stimmen im Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat, der Jurist Björn Clemens, der als Spitzenkandidat bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus fungiert und für den Eintritt der REP in den „Deutschlandpakt“ von NPD und DVU plädiert hatte, erhielt 71 Stimmen. Parteiübertritte zur NPD nach dem Bundesparteitag wertete die REP-Führung als „notwendigen Klärungsprozeß“.²⁷ Die Zahl der Mitglieder sank weiter – auf rund 6.000 Ende 2006.

Tabelle 5: REP – Mitgliederentwicklung, 1989-2006

1989	25.000	1995	16.000	2001	11.500
1990	20.000	1996	15.000	2002	9.000
1991	17.000	1997	15.500	2003	8.000
1992	20.000	1998	15.500	2004	7.500
1993	23.000	1999	14.000	2005	6.500
1994	20.000	2000	13.000	2006	6.000

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzberichte.

25 Siehe dazu ausführlich den Beitrag von Elmar Vieregge, Die NPD und die Immobilien, in diesem Band.

26 REP-Pressemitteilung Nr. 46 vom 10. Dezember 2006.

27 REP-Pressemitteilung Nr. 1 vom 12. Januar 2007.

Nicht nur bei Wahlen, auch auf der Straße trat die NPD weit stärker als ihre Konkurrenten in Erscheinung. Die Zahl der von der Partei oder ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) organisierten Demonstrationen stieg von rund 60 (2005) auf etwa 70 (2006).²⁸ Nicht selten nahmen an NPD-Demonstrationen auch Aktivisten der neonationalsozialistischen Szene Teil – wie etwa anlässlich einer von dem Berliner NPD-Landesvorsitzenden Eckart Bräuniger angemeldeten Demonstration für die Freilassung eines inhaftierten Mitglieds der rechtsextremen Skinhead-Band *Landser* am 21. Oktober. „Freie Nationalisten“ aus ehemals verbotenen Vereinigungen traten der NPD bei. Prominente Beispiele boten der im Mai neugewählte hessische Landesvorsitzende Marcel Wöll und Norman Bordin (vormals „Kameradschaft München“), der im April den bayerischen JN-Landesvorsitz übernahm.²⁹ Das Personenpotential der Neonationalsozialisten stieg bis Ende 2006 nochmals auf etwa 4.200 Aktivisten, organisiert überwiegend in rund 160 „Kameradschaften“. Wo festere Organisationsstrukturen sichtbar wurden, griffen die Behörden auf das Instrument des Vereinigungsverbots zurück. So löste der brandenburgische Innenminister im Juni den *Schutzbund Deutschland* auf, dessen rassistische und antisemitische Hetzschriften während der Fußballweltmeisterschaft für Medienschlagzeilen gesorgt hatten.³⁰ Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Koblenz ging erneut gegen Mitglieder der *Kameradschaft Westerwald* (Rheinland-Pfalz) wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung vor.³¹ In Sachsen führte die Polizei im Juli Durchsuchungen bei Mitgliedern der Kameradschaft *Sturm 34* durch.³² Stärker entwickelte Organisationsstrukturen wies die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* (HNG; Ende 2006: rund 600 Mitglieder) auf, die in der „Szene“ eine wichtige integrierende Funktion erfüllte, sich aber im wesentlichen auf die Betreuung mit dem Strafrecht in Konflikt getratener Rechtsextremisten beschränkte.³³

Im Rahmen des Definitionssystems „Politisch Motivierte Kriminalität“ erfaßte das Bundeskriminalamt für das Jahr 2006 insgesamt 17.597 (2005: 17.361) Straftaten im Phänomenbereich „rechts“ mit extremistischem Hintergrund. Ganz überwiegend handelte es sich um Propagandadelikte. Die Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation belief sich auf 1.047, was einen deutlichen Anstieg gegenüber den Zahlen des Vorjahres (958) bedeutete. Der hohe Anteil der Körperverletzungen (siehe Tabelle 6) verwies auf die herausragende Bedeutung tätlicher Auseinandersetzungen.

28 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 82.

29 Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 2006, S. 109; Verfassungsschutzbericht Hessen 2006, S. 73.

30 Vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2006, S. 33.

31 Vgl. Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2006, S. 28.

32 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 63.

33 Vgl. ebd., S. 46 f.

Tabelle 6: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2004-2006

	2004	2005	2006
Tötungsdelikte	6	2	0
Sprengstoffanschläge	2	3	1
Brandanschläge	37	14	18
Körperverletzungen	640	816	919
Raubüberfälle	9	23	13
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	69	85	83
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	6	9	6
Freiheitsberaubung	2	0	0
Erpressung	5	6	7
Gewalttaten insgesamt	776	958	1.047

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2005 und 2006.

Wie in den Vorjahren entfiel das Gros der rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten auf jugendliche Täter aus der *Skinhead*-Subkultur. Diese handelten zumeist spontan, ohne planerischen Vorlauf, oft unter Alkoholeinfluß. Musikveranstaltungen kam eine unverändert hohe Bedeutung für den Szene-Zusammenhalt zu, auch wenn ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr etwas zurückging.³⁴ Die bevorzugten Musikstile änderten sich ebenso wie das Erscheinungsbild der Anhänger. Zudem waren die Grenzen zur rechtsextremen Kameradschaftsszene fließend. Ein extremes Beispiel boten die *Autonomen Nationalisten*, deren „Outfit“ sich dem des linksextremen „schwarzen Blocks“ anglich.³⁵ Mit der Rekrutierung von Skinhead-Bands für Parteiveranstaltungen gewann die NPD an Anziehungskraft auf Teile der Szene.

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Im Bereich des politisch-religiösen Fundamentalismus richtete sich die Aufmerksamkeit auch im Jahr 2006 in erster Linie auf die Aktivitäten gewalttätiger islamistischer Gruppierungen. Aufsehen erregte der Fund zweier nicht-detonierter Kofferbomben in Regionalzügen in Dortmund und Koblenz. Indizien deuteten auf einen terroristischen Hintergrund und eine Verbindung zum Nahost-Konflikt hin.³⁶ Im Oktober ließ die Bundesanwaltschaft in der Nähe von Osnabrück einen irakischen Staatsangehörigen fest-

³⁴ Vgl. ebd., S. 59.

³⁵ Vgl. den Beitrag von Christian Menhorn, „Autonome Nationalisten“ – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager?, in diesem Band.

³⁶ Vgl. BKA-Pressemeldung vom 18. August 2006.

nehmen, der im Verdacht stand, „seit dem 24. September 2005 von seinem Wohnsitz aus in zahlreichen Fällen Audio und Videobotschaften der Rädelsführer der ausländischen terroristischen Vereinigungen Al Qaeda und Al Qaeda im Zweistromland, nämlich von Usama Bin Laden, Ayman Al Zawahiri und Abu Musab Al Zarqawi, über das Internet weltweit weiterverbreitet und dadurch diese Vereinigungen in ihren terroristischen Aktivitäten und Zielsetzungen unterstützt zu haben“.³⁷

Auch wenn die Öffentlichkeit vor allem von terroristischen Formen des Islamismus aufgeschreckt wurde, rechneten die Verfassungsschutzbehörden die überwältigende Mehrzahl der in Deutschland lebenden Islamisten (Ende 2006: 32.150) gewaltfrei agierenden Vereinigungen zu. Unter den Muslimen bildeten sie eine kleine Minderheit. Manche Gruppierungen verhielten sich überwiegend passiv, fungierten ausschließlich als Dependancen und Operationsbasen von Konfliktparteien ihrer Heimatländer, andere sahen sich als Interessengruppen von Teilen der hiesigen muslimischen Bevölkerung. Mit über 27.000 Mitgliedern dominierten Islamisten türkischen Ursprungs.³⁸

Unter den gewaltfreien islamistischen Vereinigungen nahm die *Islamische Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG) wegen der großen Zahl ihrer Moscheevereine und einer Vielzahl angegliederter Organisationen im In- und Ausland weiterhin eine hervorgehobene Stellung ein. In welchem Maße die von Osman Döring geleitete IGMG mit ihren rund 26.500 Mitgliedern (Ende 2006) auch unter dem Druck der Ereignisse vom 11. September 2001 einen Prozeß der Mäßigung durchlaufen hatte und wie umfangreich das extremistische Potential noch war, wurde unterschiedlich beurteilt. Der Verfassungsschutz ging in seinen Analysen, die sich insbesondere auf eine Auswertung der türkischen, in Deutschland verbreiteten Tageszeitung *Millî Gazete* und deren Herstellungsweise stützen, vom unverändert dominierenden Einfluß der *Saadet Partisi* des türkischen Politikers Necmettin Erbakan und der von diesem verfolgten großtürkisch-islamistischen Ziele aus.³⁹ Der Anthropologe Werner Schiffauer, der die Organisation in ihrer inneren Entwicklung intensiv erforscht hat, hielt eine solche Einordnung für einseitig, wies auf die innerorganisatorischen Konflikte und den Bedeutungszuwachs einer „postislamischen“ Denkrichtung hin. Diese Strömung werde von der zweiten Generation intellektueller Muslime mit islamistischem Hintergrund getragen, sei vom Aufwachsen in den Gemeinden wie vom deutschen Schulsystem geprägt und versuche, die „islamistische Entgegensetzung von Westen und Islam – und damit den klassischen Islamismus, wie sie ihn in ihrer Sozialisation kennengelernt haben, zu überwinden.“⁴⁰

37 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 41 vom 10. Oktober 2006.

38 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 197.

39 Vgl. ebd., S. 221-232.

40 Werner Schiffauer, Forum-Antworten, in diesem Band.

Tabelle 7: Islamistische Organisationen, 2004-2006

	2004	2005	2006
IGMG	26.500	26.500	26.500
Kalifatsstaat	750	750	750
MB	1.300	1.300	1.300
Hizb Allah	850	900	900
HAMAS	300	300	300
Gesamtmitgliederzahl	31.800	32.100	32.150

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2005 und 2006.

Keine Meinungsverschiedenheiten gab es mit Blick auf die 2001 verbotene Vereinigung *Kalifatsstaat*, die für die Wiedererrichtung eines nach den Geboten der „Scharia“ geordneten Kalifats auch mit gewaltsamen Mitteln vorgegangen war. Der Verfassungsschutz bezifferte die Zahl der Anhänger Ende 2006 – gegenüber 2005 unverändert – auf 750. Die Abschiebung Kaplans in die Türkei und dessen Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe hatten einen Richtungsstreit und eine Spaltung der Anhängerschaft zur Folge.⁴¹

Die mitgliederstärkste islamistische Gruppierung nach der IGMG bildeten die in Deutschland lebenden, ca. 1.300 Anhänger (*Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.*, IGD) der *Muslimbruderschaft* (MB) mit Zentren in mehreren deutschen Großstädten. Der Schwerpunkt der Aktivitäten ging wie in den Vorjahren vom „Islamischen Zentrum München“ aus.⁴²

Die 1988 aus der MB hervorgegangene palästinensische *HAMAS* („Islamische Widerstandsbewegung“) stand wegen ihres Sieges bei den Wahlen zum Legislativrat der palästinensischen Autonomiegebiete (Januar) und der folgenden Regierungsübernahme im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Die Aktivitäten ihres terroristischen Zweigs gingen nach israelischen Informationen u.a. wegen der heftigen innerpalästinensischen Auseinandersetzungen und der Antiterrormaßnahmen der israelischen Sicherheitskräfte im Gaza-Streifen merklich zurück.⁴³ Die rund 300 in Deutschland lebenden *HAMAS*-Anhänger, deren Spendensammeltätigkeit in den Vorjahren durch repressive Maßnahmen beschränkt worden war, nahmen nur sporadisch an Kundgebungen zum Nahost-Konflikt teil.⁴⁴

Ein Angriff des militärischen Arms der vom Iran und Syrien unterstützten schiitisch-islamistischen *Hizb Allah* auf eine israelische Militärpatrouille an der libanesischen Grenze (acht israelische Soldaten wurden getötet und zwei als Geiseln genommen) löste im Juli den 33tägigen zweiten Libanonkrieg aus. Als Antwort auf die militärische

41 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 232 f.

42 Vgl. ebd., S. 219.

43 Vgl. Intelligence and Terrorism Information Center at the Israel Intelligence Heritage & Commemoration Center (Hrsg.), *Anti-Israeli Terrorism 2006: Data, Analysis, and Trends*, o.O., März 2007, S. 11.

44 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 219 f.

Intervention der israelischen Armee beschossen *Hizb Allah*-Einheiten nordisraelische Siedlungen und Städte mit Raketen und versuchten, den Terrorismus in den palästinensischen Autonomiegebieten anzustacheln („zweite Front“).⁴⁵ Die in Deutschland lebenden rund 900 Anhänger nahmen an zahlreichen Antikriegsdemonstrationen teil⁴⁶ – an der Seite von Anhängern anderer, in der Vergangenheit in Erscheinung getretener Gruppierungen aus Ländern wie Algerien und Jordanien, die angesichts der öffentlichen Sensibilität für islamistische Gefahren ansonsten eher um Unauffälligkeit bemüht waren.

5. Vergleich und Ausblick

Islamistische ebenso wie rechts- und linksextreme Gewalttäter bedrohten im Jahr 2006 die innere Sicherheit Deutschlands, stellten im politischen Kräftefeld jedoch nur marginale Größen dar. Die wahlpolitisch-legalistischen Formationen übten an beiden Flügeln des politischen Spektrums den weitaus größeren Einfluß aus. Die in den Jahren 2004/05 eingetretene Stärkung des linken Flügels wirkte fort. Die PDS betrieb den Fusionsprozeß mit der WASG konsequent und wurde in diesem Kurs nicht zuletzt durch demoskopische Daten und Wahlergebnisse bestätigt. Die sich abzeichnende Vereinigung stand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und festigte die Stellung der Linkspartei im politischen Spektrum jenseits von SPD und Bündnisgrünen. Die Konflikte, die quer durch beide Parteien verliefen, gefährdeten das Vereinigungsziel nicht. Am entgegengesetzten politischen Flügel verteidigte die NPD ihre Stellung als aussichtsreichster wahlpolitischer Akteur und lief der bündniswilligen DVU ebenso den Rang ab wie den bündnisunwilligen REP, die weiter an Bedeutung einbüßten.

Mit Blick auf das Jahr 2007 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde der Fusionsprozeß von *Linkspartei*, PDS und WASG ohne größere Verwerfungen weiterschreiten? Oder war in einigen Landesverbänden mit einer Konflikteskalation zu rechnen? Brächte die NPD weiterhin die nötige Integrationskraft auf, um die DVU ebenso an sich zu binden wie das Potential der jugendlich-militanten Subkulturen? Welche Auswirkungen würde dies auf die gewaltorientierten „Szenen“ – am rechten wie linken Rand – haben? Überwögen eskalative oder deeskalative Effekte? Und schließlich: Stünde Deutschland wie andere europäische Staaten weiterhin im Fadenkreuz des internationalen islamistischen Terrorismus?

⁴⁵ Vgl. Intelligence and Terrorism Information Center (FN 43), S. 109-122.

⁴⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 213.

Dokumentation 2006

Von Uwe Backes

1. Präsentation

Im Sommer 2006 feierte die *militante gruppe* (mg) auf einer eigenen Plattform im „autonomen“ Szene-Periodikum *Interim* (mg-express, no. 3, „Infos zu klandestiner Politik“) ihr fünfjähriges Bestehen.¹ Im Juni 2001 war sie erstmals unter diesem Namen in Erscheinung getreten. Der Regierungsbeauftragte für die Entschädigung der Zwangsarbeiter, Otto Graf Lambsdorff, und zwei Vertreter der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Manfred Gentz und Wolfgang Gibowski, hatten in Briefen jeweils eine scharfe Kleinkaliberpatrone und ein Drohschreiben erhalten. In einer Erklärung kündigte sie eine „Debatte um den Einsatz von weitergehenden Mitteln“ an und dokumentierte ihre Handlungsbereitschaft in der Folgezeit durch eine Serie von Anschlägen im Raum Berlin.² Die Anschläge minimierten das Täterisiko und richteten sich in erster Linie gegen öffentliche und private Objekte mit symbolischer Bedeutung wie Bezirks-, Finanz-, Arbeits- und Sozialämter, Polizei- und Justizeinrichtungen sowie international tätige Unternehmen und deren Vertretungen. Dabei nahm die Gruppe die Gefährdung von Personen offensichtlich in Kauf. So hielten sich bei einem Anschlag auf das Polizeipräsidium in Berlin-Tempelhof am 9. April 2006 zur Tatzeit Menschen im Gebäude auf.³

Die Serie der Anschläge riß bis in die jüngste Zeit nicht ab.⁴ Allein im Jahr 2006 erklärte die Gruppe in Selbstbeziehungsschreiben ihre Urheberschaft bei acht Attentaten – gegen ein Renault-Autohaus in Berlin Reinickendorf (17. Februar), den Fuhrpark des Ordnungsamtes Berlin Treptow-Köpenick (20. März), das Polizeipräsidium in Berlin-Tempelhof (9. April), zwei Dienstfahrzeuge des Polizeiabschnitts 47 in Berlin-Lichtenrade (5. Mai), das Sozialgericht Berlin in Berlin-Mitte (24. Mai), zwei Dienstfahrzeuge der Bundespolizei am Bahnhof Berlin-Lichtenberg (4. September), Fahrzeuge des Ordnungsamtes Berlin-Reinickendorf (11. November), zwei Doppelgaragen auf dem Grundstück eines Arztes sowie ein von einem Polizeibeamten bewohntes Mehrfamilienhaus in Wolfen-Thalheim (beide 20. Dezember). Auch im Jahr 2007 wur-

1 Interim, Nr. 639 vom 20. Juli 2006, S. 28 f.

2 Vgl. Uwe Backes, Dokumentation 2002, in: Ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2003, S. 148-158.

3 Vgl. Presseerklärung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof 10/2007 vom 9. Mai 2007, unter: <http://www.generalbundesanwalt.de> (9. Mai 2007).

4 Vgl. die Informationen des Bundeskriminalamts zu den „Offenen Tatkomplexen“, unter: http://www.bka.de/fahndung/personen/tatkomplexe/militante_gruppe (10. Juli 2007).

den mehrere Anschläge verübt. So erklärte die Gruppe ihre Täterschaft bei Brandanschlägen auf zwei Dienstfahrzeuge der Bundespolizei am Bahnhof Oranienburg (15. Januar), auf einen Bürokomplex des Verbandes Türkischer Industrieller und Unternehmen der Italienischen Handelskammer für Deutschland e.V. (16. März) sowie auf zwei Einsatzfahrzeuge der Berliner Polizei in Berlin-Spandau (18. Mai). In einem Schreiben an Berliner Tageszeitungen wurde das zuletzt genannte Attentat u.a. mit den Exekutivmaßnahmen der Bundesanwaltschaft vom 9. Mai 2007 begründet. U.a waren Hausdurchsuchungen bei drei namentlich bekannten Beschuldigten nach § 129a Abs. 2 StGB durchgeführt worden.

Am 1. August 2007 erging Haftbefehl gegen drei in Berlin wohnhafte Tatverdächtige mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter zwischen 35 und 46 Jahren. Drei der wenig später Verhafteten, einer von ihnen Inhaber eines Antiquariats⁵, wurden dringend verdächtig, „in den frühen Morgenstunden des 31. Juli 2007 in Brandenburg/Havel als Mitglieder der linksextremistischen ‚militanten gruppe (mg)‘ versucht zu haben, drei Lastkraftwagen der Bundeswehr in Brand zu setzen. Sie wurden vorläufig festgenommen, nachdem sie mehrere Brandsätze unter drei Bundeswehrfahrzeugen abgelegt und gezündet hatten. Die Brandsätze konnten von Polizeibeamten noch so rechtzeitig entfernt werden, daß es zu keinem Übergreifen des Feuers auf die Fahrzeuge selbst kam. Der versuchte Brandanschlag vom 31. Juli 2007 weist hinsichtlich des Anschlagsziels, der Tatzeit und der konkreten Tatausführung eine Vielzahl von Parallelen zu Anschlägen der terroristischen Vereinigung ‚militante gruppe (mg)‘ in der Vergangenheit auf.“⁶ Der vierte Festgenommene hatte mit einem der Beschuldigten umfassende konspirative Kontakte unterhalten und wurde so ebenfalls der mg-Mitgliedschaft verdächtig.

Die Gruppe definierte ihre „militanten Aktionen“ 2006/07 als Teil der globalisierungskritischen Kampagne gegen den Weltwirtschaftsgipfel der G8-Staaten im mecklenburgischen Seeheilbad Heiligendamm (Juni 2007). Der nachfolgend dokumentierte Text spiegelt das Selbstverständnis der Gruppe als „militantes Standbein“ der globalisierungskritischen Bewegung. Die Anti-G8-Mobilisierung solle dazu dienen, „die militante Option im Rahmen eines komplexen revolutionären Aufbauprozesses zu forcieren“, die Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft innerhalb der (revolutionären) Linken zu erhöhen. Dies gilt vor allem für andere „klandestine Zusammenhänge“, die für eine kontinuierliche Zusammenarbeit gewonnen werden sollen. So heben die Verfasser die Initiativen der „Hamburger GenossInnen mit ihrem Brandanschlag auf das Fahrzeug des Vorstandschefs der Norddeutschen Affinerie“ lobend hervor. In einem Informations-Kasten im Anschluß an das dokumentierte Schreiben werden „militante Aktionen im Rahmen der Anti-G8-Mobilisierung“ anderer Gruppen („autonome gruppen/

5 Vgl. Sigrid Aversch, Haftbefehle gegen „Feierabendterroristen“. Bundesanwaltschaft nimmt vier mutmaßliche Mitglieder der linksextremen Militanten Gruppe fest, in: Berliner Zeitung vom 3. August 2007, S. 5.

6 „Haftbefehle gegen vier mutmaßliche Mitglieder der ‚militanten gruppe (mg)‘“, Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 18 vom 2. August 2007.

militant people“ [mp], „Militante Antimilitaristische Initiative“ [M.A.M.I.], „Internationalistische Zellen“, „fight 4 revolution crews“) anerkennend erwähnt.

Die mg versteht sich als revolutionäre Avantgarde, will den Protest stimulieren, seine Dynamik erhöhen, um den Status quo zu destabilisieren, auf längere Sicht eine Revolution herbeizuführen. Die Gruppe zitiert aus dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels, nennt als Ziel eine „ausbeutungs- und unterdrückungsfreie sowie letztlich klassen- und staatenlose Assoziation aller Gesellschaftsmitglieder“. Sie knüpft nicht nahtlos an die leninistische Tradition an, beruft sich vielmehr auf „linkskommunistische und rätekommunistische Fraktionen und Gruppierungen“ und distanziert sich von den „staatsbürokratischen Tendenzen und der stalinistischen Degeneration“ des Marxismus-Leninismus. In den zum Teil heftig ausgetragenen ideologisch-strategischen Auseinandersetzungen der linksrevolutionären, „autonomen“ Szene will sie zwischen den – stärker auf das revolutionäre Potential des „Trikont“ orientierten – Positionen der „Antiimperialisten“ und den „Sozialrevolutionären“ – mit ihrer Orientierung auf die sozialen Auseinandersetzungen in den „kapitalistischen“ Hauptländern – eine Brücke schlagen. Vor allem aber geht es, wie schon in den Jahren zuvor („Militanzdebatte“), um eine Vernetzung jener Gruppierungen, die einer „militanten Option“ als Bestandteil revolutionärer Strategie hohe Priorität beimessen. Die systematische Anwendung von Gewalt, einschließlich der potentiellen „Aufnahme einer bewaffneten Propaganda in der organisatorischen Form einer Miliz oder Guerilla“, soll „integraler Bestandteil“ der Anti-G8-Mobilisierung und Teil eines „revolutionären Aufbauprozesses“ werden, bei dem sich ein „widerstandsfelderübergreifendes Netzwerk“ mit kommunistischer Grundorientierung formiert.

Die so beschriebene „militante Option“ findet in Deutschland derzeit nur bei einer kleinen Minderheit innerhalb des linksrevolutionär-autonomen Spektrums Anklang.⁷ Der elitäre Anspruch und der kommunistische „Theoriefetischismus“ ist in der Szene heftig kritisiert worden.⁸ Die mg scheint demgegenüber sehr bemüht, die eigene Schwäche zu bemänteln. Zwischen den Personenkreisen der unter wechselnden Namen auftretenden gewaltorientierten Gruppierungen dürfte es zumindest Überschneidungen geben. Die Vision der mg entspricht weithin politischem Wunschenken, und es wird abzuwarten sein, welche Option ihre Aktiven ergreifen, wenn sich die strategischen Pläne als undurchführbar erweisen.

7 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 148-150.

8 Vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 2006, S. 66-69.

2. Dokumentation

Interim Nr. 639 vom 20. Juli 2006.

Militante Politik und die Anti-G8-Mobilisierung

Der G8-Gipfel wirft seine langen Schatten voraus, der Tagungsort eines Kempinski-Hotels ist bereits jetzt eine privatisierte No-Go-Area. Bush schaut in den nächsten Tagen schon einmal im dünnbesiedeltsten Bundesland der BRD auf eine Stippvisite vorbei. Ab Frühsommer 2007 wird eine ganze Region mit einem, wie sie hoffen werden, lückenlosen Sperrgürtel vom *wirklichen* Leben abgetrennt. Innerhalb dieses Sperrgürtels wird der Belagerungszustand permanent.

Und was machen die Spektren der (revolutionären) Linken? Einiges. Es ist doch eine Menge Betriebsamkeit festzustellen, die recht optimistisch stimmt. Die verschiedenen Bündnisstrukturen nehmen mehr und mehr Konturen an, ein solidarischer und kooperativer Umgang untereinander wird als Anspruch allseits formuliert. Darüber hinaus haben einige klandestine Zusammenhänge öffentlich erklärt, „Heiligendamm 07“ zu einem zwischenzeitlichen, kampagnenartigen Schwerpunkt ihrer militanten Aktivitäten zu machen.

Uns kommt es darauf an, in den kommenden Monaten nach und nach unsere Standpunkte im Kontext der Anti-G8-Mobilisierung zu präzisieren und vor allem die militante Option im Rahmen eines komplexen revolutionären Aufbauprozesses zu forcieren. Damit haben wir uns viel vorgenommen ...

Die Rolle militanter Politik im Rahmen der Anti-G8-Mobilisierung

Wir finden die Initiative, die von Hamburger GenossInnen mit ihrem Brandanschlag auf das Fahrzeug des Vorstandschefs der Norddeutschen Affinerie, Werner Marnette, im letzten Hochsommer ergriffen wurde, als Kampagnenanstoß wichtig und richtig. Sie schreiben als Begründung für diesen Schritt, „[...] nicht erst Anfang 2007 in einer Art Feuerwehrpolitik in die Mobilisierung der Antiglobalisierungsbewegung einzusteigen, sondern die nächsten zwei Jahre zu nutzen, an konkreten praktischen Initiativen darüber zu diskutieren, wo und wie wir Strukturen kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung angreifen können und müssen.“ (Interim 622, 5.8.05)

Allerdings halten wir die Kritik, die von den GenossInnen „FÜR EINEN REVOLUTIONÄREN AUFBAUPROZESS!“ formuliert wurde, für sehr angemessen (vgl. Interim 625, 27.10.05). Es ist das altbekannte Manko, daß zuwenig eine gegenseitige Bezugnahme stattfindet und ein präziser Austausch oftmals in den Anfängen stecken bleibt. Das betrifft leider auch und gerade diejenigen GenossInnen, die in regelmäßigen Abständen spezifische Initiativen starten und den damit zusammenhängenden kontinuierlichen Aufwand eventuell unterschätzen und somit nicht der erforderlichen Verantwortungsübernahme gerecht werden können. Deshalb ist es unerlässlich, daß sich selbst

vergewissert wird, ob das, was man an Aufrufen und Forderungen in Strukturen der revolutionären Linken hineinträgt, auch selbst eingelöst werden kann.

Wir wollen nicht falsch verstanden werden; wir gehen weiterhin davon aus, daß in einer militanten Kampagne im Rahmen der Anti-G8-Mobilisierungen eine Menge Potential drinstecken kann, wenn wir uns als klandestine Zusammenhänge über einige Essentials verständigen, die nach einem zeitlich überschaubaren und quantitativ machbaren Prozeß fixiert werden können. Dazu müßten allerdings in Bälde von denen, die richtigerweise die Initiative beim Schopfe gepackt haben, weitere Wortmeldungen erfolgen, damit wir uns gemeinsam weitergehend orientieren können. Denn von den zwei Jahren Vorbereitungszeit ist bereits eines verstrichen.

Das ist aus unserer Sicht auch deshalb notwendig, da es bereits einige weitere militante Aktionen gegeben hat, die sich ausdrücklich auf die InitiatorInnen beziehen und zum Teil eigene, ergänzende Vorschläge eingebracht haben. Daran muß unbedingt angeknüpft werden, wenn wir dem militanten Standbein innerhalb der Anti-G8-Mobilisierung weitere Stabilität geben wollen – und wir gehen davon aus, daß wir das alle wollen.

Wir denken, daß im Zuge der mehrjährigen Militanzdebatte sehr konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen, die unnötigerweise einzustauben drohen, wenn sie dort als geduldiges Papier verharren. Ein tendenzielles Zusammenwirken militanter Gruppenstrukturen, die auf der zu koordinierenden Basis von Aktion & Diskussion einen Abstimmungsmodus finden, ist existentiell, wenn wir nicht nur hie und da durch unzusammenhängende *Brennpunkte* den Anti-G8-Trubel „flankieren“, sondern versuchen, selbst Akzente zu setzen. D.h. aber, daß wir so langsam aber sicher in die Puschen kommen und mit der gegenseitigen inhaltlich-praktischen Bezugnahme konkret werden müssen, damit sich Handlungslinien und thematische Interventionsfelder abzeichnen, die wir dann mit kollektivem Nachdruck verfolgen können.

*Sozialrevolutionärer & antiimperialistischer Widerstand
= Kampf für den Kommunismus!*

Wir sehen in dem Mobilisierungsprozeß gegen den Gipfel der G8-Staaten eine gute Gelegenheit, einen inhaltlich-praktischen Bogen zwischen sozialrevolutionären und antiimperialistischen Themensträngen zu schlagen. Die Stichworte dazu sind schon häufig gefallen, eine Militarisierung nach innen korrespondiert mit einer Militarisierung nach außen und umgekehrt; eine sozialtechnokratische Offensive fällt folgerichtig mit der Ausarbeitung von „Neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien“ zusammen. Summa summarum ist es kein Zufall, daß sich die Kahlschlagspolitik gegen die erkämpften sowie blutig errungenen sozialen Standards und Rechte mit einem sich immer aggressiver gebärdenden neuen deutschen Imperialismus, der Auslandseinsätze als Vehikel sieht, um beim Chor der Militaristen wieder in der ersten Reihe zu stehen, paart.

Wir haben es immer für falsch gehalten, diese beiden wechselwirkenden Entwicklungen auseinander zu reißen und gegeneinander ideologisch auszuspielen. Die Trenn-

linie zwischen SozialrevolutionärInnen auf der einen Seite und AntiimperialistInnen auf der anderen Seite wurde innerhalb der revolutionären Linken jahrzehntelang eingeübt, ohne daß damit unsere gesellschaftsanalytische Prägnanz gestiegen bzw. unsere Ausgangsbedingung für politische Interventionen definierter geworden wäre.

Wir sehen in dieser organisatorischen Klammer eines sozialrevolutionären und antiimperialistischen Widerstands eine Grundvoraussetzung für den Kampf für den Kommunismus, in diesem wir bestrebt sind, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Marx) Als *Kommunismus* verstehen wir das Sinnbild für eine ausbeutungs- und unterdrückungsfreie sowie letztlich klassen- und staatenlose Assoziation aller Gesellschaftsmitglieder.

Dabei setzen wir auf linkskommunistische und rätekommunistische Fraktionen und Gruppierungen, die – in sich durchaus widersprüchlich und z.T. gegensätzlich – als erste versuchten, den staatsbürokratischen Tendenzen und der stalinistischen Degeneration entgegenzuwirken.

- Die grundsätzliche Zielsetzung besteht darin, die militante Option in den Anti-G8-Mobilisierungen als integralen Bestandteil einzubringen und zu verankern. Dazu müssen die Diskussionen und Auseinandersetzungen, die als Folge der fünfjährigen Militanzdebatte entwickelt wurden/werden (einschließlich der Fragen um die potentielle Aufnahme einer bewaffneten Propaganda in der organisatorischen Form einer Miliz oder Guerilla) im Anti-G8-Mobilisierungsprozess ihren praktischen Niederschlag finden. Die Präsenz angewandter Militanz als Ausdruck der Bandbreite der zur Verfügung stehenden Aktionsmittel revolutionärer Politik ist unser praktischer Ausgangspunkt.
- Diese militante Kampagne soll keinen Kulminationspunkt, sondern einen Anstoß der Organisation militanter Politik darstellen. Dieses Projekt kann kein punktuelles, autistisches, auf ein großes Event fixiertes Aufflackern einer unkoordinierten militanten Praxis sein. Der G8-Gipfel sollte statt dessen als *Testballon* und *Übungsfeld* einer zu konkretisierenden militanten Politik im Rahmen eines organisatorisch umfassenderen *revolutionären Aufbauprozesses* verstanden werden. Die Integration militanter Politik innerhalb eines *widerstandsfelderübergreifenden Netzwerkes* verstehen wir als unseren organisatorischen Ausgangspunkt.
- Wir setzen auf eine Verbindung eines sozialrevolutionären und antiimperialistischen Widerstands auf kommunistischer Grundlage. Wir wollen nicht seine künstliche Trennung kultivieren, sondern sein dialektisches Zusammenspiel hervorheben. Dieser Ansatz, der alle antagonistischen Widersprüche in den Kampf für den Kommunismus mit einbezieht, ist unser inhaltlicher Ausgangspunkt.

Die NPD und die Immobilien – Ausbau rechtsextremistischer Strukturen oder Scheingeschäfte?

Von Elmar Vieregge

1. Einleitung

In den letzten Jahren erregte eine Reihe von Fällen das Interesse der Medien, in denen die Gefahr zu bestehen schien, daß es der rechtsextremistischen Szene gelingen könnte, ihre Strukturen durch den Erwerb oder zumindest die langfristige Anmietung von Immobilien zu festigen. Als Akteure traten dabei Funktionäre der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) auf, die eine Sammlungspolitik im rechtsextremistischen Lager betreibt und sich nach ihren Einzügen in die Landtage Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns verstärkt bemüht, als eine sich dynamisch entwickelnde Alternative zu den demokratischen Parteien zu erscheinen. Nachdem die Presse über mögliche Immobiliengeschäfte berichtet hatte, kam es regelmäßig zu Gegenreaktionen bürgerlich-demokratischer Kreise in den betroffenen Orten. Anhand der Gründung von Bürgerinitiativen und der Organisation von Demonstrationen zeigten viele Einwohner ihre ablehnende Haltung und waren sich mit ihren Lokalpolitikern und Kommunalverwaltungen darin einig, ein rechtsextremistisches Engagement verhindern zu wollen. Die sich vor diesem Hintergrund entwickelnden Debatten führten nicht nur zu einer intensiven Presseberichterstattung, sondern auch zu Reaktionen linksextremistischer Vereinigungen. Die Motivation für sämtliche gegen die NPD gerichteten Aktivitäten war die Befürchtung, diese werde ihre Strukturen ausweiten. Dabei stellt sich die Frage, wie ernsthaft sich die Partei um den Erwerb von Stützpunkten bemühte. Als hinderlich für die Klärung dieser Frage erweist sich die mangelnde Informationspolitik der Partei, denn obwohl regional erscheinende Zeitungen verstärkt über sich vermeintlich anbahnende Käufe berichteten, beschränkten sich Vertreter der NPD in der Regel auf allgemeine Ankündigungen und verzichteten darauf, die Öffentlichkeit genauer zu unterrichten.

2. Immobilienbedarf

Um den Charakter der Geschäfte vor dem Hintergrund der spärlichen Quellenlage einzuschätzen, ist zunächst zu erörtern, inwieweit es überhaupt einen Bedarf an Gebäuden gab. Die NPD ist seit ihrer Gründung eine auf nationaler Ebene aktive Partei, die sich an Wahlen beteiligt. Trotz eines organisatorischen Schwerpunktes in Sachsen und des aufgrund einer Absprache mit der *Deutschen Volksunion* (DVU) vollzogenen Verzichts auf die Teilnahme an mehreren Landtagswahlen, bemüht sich die mittlerweile 7.000

Mitglieder umfassende Partei¹ in sämtlichen Bundesländern um den Ausbau ihrer Anhängerschaft. Dazu hält sie regelmäßige Mitgliederversammlungen auf lokaler Ebene sowie Landes- und Bundesparteitage ab. Gleichzeitig bemüht sie sich um die Weiterbildung ihrer Mitglieder durch Schulungsveranstaltungen und die Werbung neuer Anhänger durch Konzerte und Parteifeste. Für jede dieser Veranstaltungen benötigt sie einen Veranstaltungsort, sei es eine Gaststätte, einen Versammlungssaal oder ein Festgelände. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Randlage, öffentlicher Proteste, aber auch linksextremistischer Angriffe gestaltet es sich für sie allerdings regelmäßig äußerst mühsam, geeignete Lokalitäten anzumieten – sofern dies überhaupt gelingt.

Welche Möglichkeiten der NPD offen stehen, sofern sie über Veranstaltungsorte verfügt, belegen die von mehreren Tausend Personen besuchten Pressefesten, wie etwa die am 5. August 2006 in Dresden-Pappritz durchgeführte Veranstaltung.² Der sich im Bereich des Konzertwesens ergebende Handlungsspielraum zeigte sich am 2. April 2005, als die NPD ihren Landesparteitag im thüringischen Pöbneck abhielt und sich zu dem anschließenden Konzert des als Sänger der Band „Landser“ bekannt gewordenen Michael „Lunikoff“ Regener über 1000 Gäste einfanden.³

Andererseits ergeben sich für die Partei in solchen Fällen erhebliche Probleme, in denen sie keinen sicheren Zugriff auf geeignete Lokalitäten hat. Sie stößt bei Versuchen, in öffentlicher Hand befindliche Einrichtungen für Parteiveranstaltungen anzumieten, regelmäßig auf Widerstand. So mußte sie den Saal für ihren im November 2006 in Berlin abgehaltenen Bundesparteitag erst gerichtlich gegen das Land Berlin einklagen,⁴ was das zuständige Bezirksparlament nicht davon abhielt, das Bezirksamt aufzufordern, sämtliche Nutzungsanträge der Partei grundsätzlich abzulehnen.⁵ Welche negativen Auswirkungen der Mangel an Veranstaltungsorten für die NPD haben kann, zeigte sich bei dem am 12. März 2007 gescheiterten Versuch, einen Landesparteitag im niedersächsischen Burghave abzuhalten. Dort hatte der Wirt des vorgesehenen Versammlungslokals der Partei kurzfristig den Saal gekündigt. Zuvor hatte bereits die Stadt Oldenburg die Überlassung einer Versammlungsstätte verweigert. Als sich die Delegierten daraufhin in die Oldenburger Innenstadt begaben, kam es zu Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten und zu Verhaftungen durch die Polizei.⁶ Der stellvertretende Chefredakteur der Parteizeitung *Deutsche Stimme* (DS) sah unter anderem in dem

1 Vgl. Ulrich Eigenfeld, NPD wächst „besorgniserregend“, in: *Deutsche Stimme* 3/2007, S. 11.

2 Vgl. Ohne Autorennennung, Breitgefächertes Spektrum nationalen Wollens, unter: www.deutsche-stimme.de/Ausgaben2006/Sites/Pressefest.html (10. März 2007).

3 Vgl. Verfassungsschutz Thüringen, Verfassungsschutzbericht 2005, unpaginierte Pressefassung, unter: www.verfassungsschutz.thueringen.de/vsberichte/2005/rechtsextremismus.htm (13. März 2007).

4 Vgl. Klaus Beier, NPD-Bundesparteitag findet in Berlin-Reinickendorf statt, 10. November 2006, unter: www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id7&cmsint_id=27&cmsint_id=1&detail=580 (24. April 2007).

5 Vgl. u.a. Bezirk vermietet nicht an die NPD, in: *Berliner Zeitung* vom 24. April 2007, S. 21.

6 Vgl. Andreas Förster, Polizei nimmt NPD-Chef Voigt auf Demonstration fest, in: *Berliner Zeitung* vom 13. März 2007, S. 5.

Umstand, daß „keine Räume“ zur Verfügung standen, eine „Eskalation im politischen Kampf“.⁷

Aufgrund derartiger Schwierigkeiten besteht bei der NPD ein großer Bedarf an Versammlungsstätten in verschiedenen Landesteilen. Mit diesem Thema hatte sich bereits 2002 der damals als Parteiideologe tätige Jürgen Schwab in einem DS-Artikel beschäftigt, in dem er die Notwendigkeit sah, „eigene Schutzräume zu schaffen“, da „nationale Konzerte nicht mehr stattfinden dürfen“ und „die ‚Antifa‘ nationale Bürger angreifen soll.“⁸ Somit besteht die sicherste Art zur Schaffung derartiger Räume tatsächlich darin, geeignete Immobilien zu erwerben.

3. Immobiliengeschäfte

Es fällt schwer, einen Überblick über die Immobiliengeschäfte von Rechtsextremisten zu erhalten, da sich tatsächliche oder vermeintliche Käufer um die Verdeckung der Hintergründe bemühten, die Interessenten keine Finanzierungspläne veröffentlichten und die zu Gegenmaßnahmen entschlossenen Kommunen kaum Angaben über die Kosten ihres Engagements machten.⁹ Der Bundesregierung waren 2006 rund 20 als Veranstaltungsstätten genutzte Immobilien mit Besitzern aus der gesamten rechtsextremistischen Szene bekannt.¹⁰ Die NPD besaß 2004 lediglich zwei Immobilien – ein Zweifamilienhaus im rheinland-pfälzischen Derschen sowie ein Bürogebäude in Berlin-Köpenick¹¹, das sie als Parteizentrale nutzte. Vor diesem Hintergrund traten einige ihrer Funktionäre auf dem Immobilienmarkt in Erscheinung.

Bereits 2001 hatte der bayerische NPD-Funktionär Uwe Meenen als Treuhänder für seinen Parteifreund Steffen Hupka im sachsen-anhaltinischen Trebnitz ein Schloß erworben,¹² das sie zu einem „Nationalen Zentrum Mitteldeutschland“ ausbauen

7 Andreas Molau, Neue Eskalationsstufe in der politischen Auseinandersetzung, 13. März 2007, unter: www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=1&detail=723 (10. März 2007).

8 Jürgen Schwab, Warum nationalbefreite Zonen?, in: Deutsche Stimme 4/2002, S. 7.

9 Der Mangel an veröffentlichten Stellungnahmen der involvierten Parteien bedingt, daß neben offiziellen Verlautbarungen der NPD und vereinzelt Bekanntmachungen von Kommunen vor allem Presseberichte als Informationsquelle zur Verfügung stehen, wobei sich insbesondere die regional erscheinenden Zeitungen in der Berichterstattung engagierten, sobald sich ein möglicher Immobilienkauf in ihrem Verbreitungsgebiet anbahnte. Die nachfolgende Betrachtung dieser Geschäfte ist nicht abschließend. Da Funktionäre bundesweit als Interessenten auftraten, findet eine Beschränkung auf Immobiliengeschäfte statt, die eine gesteigerte öffentliche Wahrnehmung bewirkten.

10 Vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/3706, 1. Dezember 2006, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Jan Korte und der Fraktion Die Linke, S. 2.

11 Vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1271, 28. April 2006, Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Jahr 2004 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien), S. 19-21.

12 Vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/3706 (FN 10), S. 2.

wollten. Dieser Ankündigung folgten zwar einige bauliche Maßnahmen, doch diese wurden bereits nach einigen Monaten eingestellt, unter anderem nachdem Verstöße gegen Denkmalschutzbestimmungen bekannt geworden waren. Obwohl sich Hupka darum bemühte, finanzielle Unterstützer innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu finden¹³ und er das Anwesen drei Jahre später von Meenen erwarb, konnte er die ambitionierten Ankündigungen nicht verwirklichen und bot den ehemaligen Adelssitz schließlich über das Internet zum Kauf an.¹⁴ Während dieser Versuch der Einrichtung eines Veranstaltungszentrums zu einem Mißerfolg wurde, sensibilisierte er die Medien.

Deren Interesse wurde einige Jahre später noch weitaus stärker durch Meenen ange-regt. Obwohl dieser sein Monatseinkommen laut Pressemeldungen in einem Prozeß mit lediglich 600 Euro angegeben hatte¹⁵, trat er erneut auf dem Immobilienmarkt auf und kündigte in mehreren Fällen den Ankauf von Gebäuden sowie den damit verbundenen Aufbau von Veranstaltungszentren an. Im April 2005 gab der NPD-Bezirksverband Unterfranken den Abschluß eines Kaufvertrages für eine ehemalige Tennishalle in Grafenwöhr bekannt, einer bayerischen Kleinstadt mit einer US-amerikanischen Militärliege-rung. Es folgte die Ankündigung eines gegen die US-amerikanische Präsenz ge-richteten „Kulturfestes“. Zudem gab der Bezirksverband Unterfranken an, daß größere Veranstaltungen geplant seien, die den Ort zur „Stadt der Landesparteitage“ machen würden.¹⁶ Als Verkäufer wurde der Unternehmer Wolfgang Jürgens bekannt, der die seit Jahren leer stehende Halle in den neunziger Jahren erworben hatte.¹⁷ Er gab gegen-über der Presse an, die Partei habe 545.000 Euro auf ein Treuhandkonto eingezahlt.¹⁸

Die Stadt Grafenwöhr stand, wie andere Kommunen nach ihr, vor einem Dilemma. Sie konnte einerseits ein ihr zustehendes Vorkaufsrecht wahrnehmen und bei den be-schränkten Möglichkeiten einer Kleinstadt die ohnehin angespannten öffentlichen Fi-nanzen belasten oder hätte andererseits ein tatsächliches Engagement der NPD riskieren müssen, was sowohl das Ansehen der Stadt beschädigt als auch das Klima innerhalb ihrer Einwohnerschaft beeinträchtigt hätte. Für die Stadt bestand aber auch die Gefahr, daß die Partei mit dem Verkäufer dahingehend übereingekommen war, ein Kaufinter-esse lediglich vorzutäuschen, um die Kommune zu einem Ankauf der Immobilie zu be-gewen. Das Risiko lag bei den kommunalen Entscheidungsträgern, auf denen ein ge-

13 Vgl. Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Magdeburg 2002, S. 31.

14 Vgl. Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Magdeburg 2005, S. 34 f.

15 Vgl. Patrick Gensing, „Die NPD kann da Radieschen ziehen“, 28. März 2007, in: www.tagesschau.de/aktuell/meldungen (8. Mai 2007).

16 Vgl. rgr, Grafenwöhr: NPD-Funktionär kauft Tennishalle, 7. April 2005, unter: www.oberpfalznetz.de/onetz/699796-102,1,0.html (7. März 2007). Die Internetpräsenz ist eine elektronische Plattform des Medienhauses Der Neue Tag, auf der es Beiträge einer gleichnamigen Zeitung sowie weiterer Regionalzeitungen verbreitet.

17 Ebd.

18 Vgl. rgr, Gerangel um die Tennishalle geht weiter, 4. Mai 2005, unter: www.oberpfalznetz.de/zeitung/711679-126,1,0.html (7. März 2007).

steigerter medialer und politischer Druck lastete. In dieser Notlage entschieden sie sich dafür, ein befürchtetes Engagement der NPD zu verhindern und nutzten ihr Vorkaufsrecht. Die regionale Presse bezifferte die für den Ankauf und für Sanierungsmaßnahmen fällige Summe auf rund 700.000 Euro.¹⁹

Bei der Bewertung dieses Sachverhaltes stellt sich die Frage, ob die Kommune mit dem Ankauf eine tatsächlich geplante Niederlassung verhinderte oder einer Täuschung erlag, die der Partei sowie dem vermeintlichen Verkäufer ein Geschäft auf Kosten der Steuerzahler ermöglichte. Obwohl wegen des Mangels an veröffentlichten Informationen über die Details der Verhandlungen eine eindeutige Antwort schwer fällt, sprechen zwei Aspekte für das Vorliegen einer Täuschung. So wurde nicht deutlich, wie die NPD den Kauf finanzieren wollte, und mit Meenen wurde ein Funktionär tätig, der bislang nicht als finanzkräftiger Akteur in Erscheinung getreten war. Darüber hinaus deuteten die Ankündigungen des Bezirksverbandes darauf hin, daß ein tatsächliches Engagement nicht geplant war, denn in einem solchen Fall wäre es unabdingbar gewesen, die Absichten zu verbergen, um die Stadt nicht zur Nutzung ihres Vorkaufsrechts zu drängen. Statt dessen stellte der Bezirksverband nicht nur Veranstaltungen in allgemeiner Form in Aussicht, sondern bezeichnete Grafenwöhr als zukünftige „Stadt der Landesparteitage“, womit er auf die einstige Rolle Nürnbergs als „Stadt der Reichsparteitage“ anspielte.

Über die Bewertung der Ernsthaftigkeit des Kaufversuches kam es zu politischen Irritationen, als der Sprecher des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz erst nach der Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes die Einschätzung verbreitete, daß die NPD die Halle „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ nicht habe kaufen wollen, wobei er sich auf deren schwierige Finanzlage bezog.²⁰ Während diese Bewertung der Sicherheitsbehörde zu spät erfolgte, um den kommunalen Verantwortlichen bei ihrer Entscheidungsfindung zu dienen, entgegnete der Bayerische Innenminister auf Kritik mit der Erklärung, nach seiner Auffassung habe es sich nicht um ein Scheingeschäft gehandelt.²¹

Die in Presseberichten bekannt gewordenen Sorgen kommunaler Entscheidungsträger motivierten NPD-Funktionäre im Juli 2005 in einer anderen deutschen Region. Die NPD in Jena bot auf ihrer Internetseite einen „Service“ für verkaufswillige Immobilienbesitzer an. Sie stelle „gegen Zahlung einer Parteispende“ in Aussicht, „schriftlich [...] ein gesteigertes Interesse“ zu erklären und eine „Pressemitteilung an die örtliche Lokalpresse“ abzugeben.²² Unabhängig davon, ob es sich um ein ernst gemeintes Angebot eines thüringischen Kreisverbandes oder lediglich um eine Provokation handelte, belegt dieser Vorgang, daß Parteiangehörige sich nicht nur über das gesteigerte Medieninter-

19 Vgl. mor, Finanzieller Kraftakt, in: Der Neue Tag vom 15. September 2005.

20 Zitiert nach upl, Der NPD-Flop, in: Der Neue Tag vom 4./5. Juni 2005.

21 Vgl. mor, „Kein Scheingeschäft“, in: Der Neue Tag vom 25. Juli 2005.

22 NPD-Kreisverband Jena, Neues vom Immobilienmarkt, 23. Juli 2005, unter: www.npd-jena.de/index.php?ID=28&anfang=50&jena=aktuelles (10. Mai 2007).

se an Immobiliengeschäften bewußt waren, sondern dieses auch zur Erregung von Aufmerksamkeit einsetzten.

Im Frühjahr 2006 trat die NPD in einem weiteren bayerischen Ort als Immobilieninteressent auf. Erneut wurde Uwe Meenen aktiv; diesmal als Käufer einer ehemals als Supermarkt und Diskothek genutzten Liegenschaft in der oberpfälzischen Stadt Cham,²³ deren Wert auf 860.000 Euro begutachtet worden war.²⁴ Er schloß einen Kaufvertrag, dessen Höhe in den Medien mit rund 1,2 Millionen Euro benannt wurde.²⁵ Meenen erklärte, daß er als Treuhänder der NPD agiere, kündete den Aufbau eines Veranstaltungs- und Schulungszentrums an und meldete die Ausrichtung des „NPD-Bayerntages“ auf dem Gelände an. Dazu sollte es allerdings nicht kommen, da die Stadt Cham ein Vorkaufsrecht wahrnahm und es erwarb.²⁶ Die regionale Presse veröffentlichte in diesem Zusammenhang einen Kommentar der städtischen Verwaltungschefin, nach dem der Verkäufer Josef Jäger „nicht das (bekommt), was er von der NPD erhalten sollte, aber mehr als früher von uns geboten wurde“.²⁷

Die NPD war auch im Westen Deutschlands aktiv, denn 2006 traten ihre Funktionäre in Rheinland-Pfalz als Kaufinteressenten auf. Der dortige Landesverband gab zunächst den Ankauf der „Alten gräflichen Leininger Mühle“ in Kirchheim bekannt und verkündete euphorisch: „Der Traum [...], ein Schulungs- und Freizeitzentrum für national gesinnte Menschen jeden Alters zu errichten, ist nun Wirklichkeit.“²⁸ Auch bei diesem vermeintlichen Geschäft lagen einige bereits zuvor aufgetretene Umstände vor, denn erneut trat Uwe Meenen als Interessent für eine zuvor zu den Bedingungen des Besitzers nicht verkaufbare Immobilie in Erscheinung und erneut gab es ein kommunales Vorkaufsrecht.²⁹ Obwohl auch in diesem Fall der Kauf noch nicht endgültig abgeschlossen war und die Gefahr eines Einschreitens der Gemeinde bestand, verkündeten NPD-Vertreter freimütig, daß „behördliche Schikanen und Auflagen“ sie nicht stoppen könnten.³⁰ Somit wurde offensichtlich erneut versucht, eine Gemeinde zur Ausübung

23 Ulrich Wittenbrink, Cham wehrt sich gegen NPD, Die Tageszeitung, 18. April 2006, unter: www.taz.de/et/2006/04/18/a0046.1/textdruck (7. März 2007).

24 Vgl. Ohne Autorennennung, NPD-Masche? Stadt Cham verteidigt Immobilien-Kauf, Mittelbayerische Zeitung vom 23. August 2006, unter: www.mittelbayerische.de/_misc/print/article_print.cfm?pk=26782 (12. Mai 2007).

25 Vgl. ebd.; Matthias Bartsch/Michael Fröhlingsdorf/Marc Widmann, „Eine Art Erpressung“, in: Der Spiegel 34/2006, S. 38-39, hier S. 39.

26 Vgl. Christina Hainzinger, Stadt gibt der NPD keine Chance, Mittelbayerische Zeitung vom 22. Mai 2006, unter: www.mittelbayerische.de/SID_21200bef0144aafdf409160 (8. September 2006).

27 Zitiert nach: Ohne Autorennennung, NPD hat keine Rechtsmittel gegen städtischen Bescheid eingelegt, Mittelbayerische Zeitung vom 3. Juli 2006, unter: www.mittelbayerische.de/_misc/print/article_print.cfm?pk=27521 (12. Mai 2007).

28 Vgl. NPD Rheinland-Pfalz, Kaufabschluß: Das Anwesen „Alte gräflich Leininger Mühle“ in Kirchheim endlich im Besitz der NPD, 11. Juli 2006, unter: www.npd-rlp.de/seiten/druckfenster.php?ID=242 (23. März 2007). Fehler wie im Original.

29 Vgl. Bartsch/Fröhlingsdorf/Widman (FN 25), S. 38.

30 NPD Rheinland-Pfalz (FN 28).

ihres Vorkaufsrechts zu bewegen, um dadurch der NPD sowie dem Verkäufer eventuell finanzielle Gewinne zu ermöglichen. In Kirchheim blieb der Versuch allerdings erfolglos, denn die Stadt verzichtete auf diese Möglichkeit. Dabei war sie vom Landesinnenministerium unterstützt worden, das die Einschätzung vertreten hatte, die NPD verfüge nicht über die nötigen finanziellen Mittel.³¹ Zudem hatte der den Sicherheitsbehörden des Bundeslandes vorstehende Innenminister davor gewarnt, Liegenschaften zu überhöhten Preisen zu erwerben, da die „NPD [...] Immobiliengeschäfte mit notleidenden Geschäftsleuten vor[täuscht], um auf diese Weise Geld zu schöpfen“.³² Obwohl den NPD-Vertretern nun der Weg zum endgültigen Erwerb der Mühle offenstand, traten sie von dem Geschäft zurück, trugen die Notarkosten³³ und bestätigten dadurch die Einschätzung, daß ein Scheingeschäft vorgelegen hatte.

2006 engagierte sich ein bekannter Rechtsextremist auf dem norddeutschen Immobilienmarkt. Es war der Anwalt Jürgen Rieger, ein seit Jahrzehnten aktiver Neonazi, der mit Delmenhorst nun eine niedersächsische Stadt zum Schauplatz eines Immobiliengeschäfts machte. Der innerhalb der rechtsextremistischen Szene als finanzkräftig geltende Anwalt war zwar langjährig in neonazistischen Vereinen aktiv, hatte sich aber der NPD zugewandt, die ihn 2005 zunächst als Direktkandidaten für den Wahlkreis Rostock aufstellte³⁴ und im folgenden Jahr in den Parteivorstand berief.³⁵ 2007 wurde er Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg.³⁶ Rieger hatte bereits in der Vergangenheit mehrere Immobilien erworben, um diese für politische Zwecke zu nutzen. So gehörte ihm ein Gelände im niedersächsischen Hetendorf, auf dem er in den neunziger Jahren mit Unterstützung eines von Gesinnungsgenossen gebildeten Vereins jährlich die „Hetendorfer Tagungswochen“ organisierte, bis ein Vereinsverbot diese Aktivitäten 1998 unterband. Für weitere Projekte hatte er 1995 ein Landgut in Schweden sowie 1999 ein Kino im niedersächsischen Hameln erworben.³⁷ Obwohl sich das erstgenannte Vorhaben nicht im erhofften Maß entwickelte und das zweite zu einer Fehlinvestition wurde, erwarb Rieger weitere Immobilien. 2003 kaufte er im thüringischen Pößneck das „Schützenhaus“, das der NPD daraufhin als Veranstaltungsstätte diente. Zur Verschleierung des geschäftlichen Hintergrundes handelte er als Bevollmächtigter der in England eingetragenen Briefkastenfirma „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation

31 Vgl. Klaus Wümpfer, „Pokerrunde“ um Immobilie der NPD, Wormser Zeitung vom 27. Juli 2006, unter: www.wormser-zeitung.de/rhein-main/objekt.php3?artikel_id=2466586 (23. März 2007).

32 Zitiert nach Astrid Geisler, NPD als Verkaufshilfe, Die Tageszeitung vom 10. August 2006, unter: www.taz.de/pt/2006/08/10/a0082.1/textdruck (23. März 2007).

33 Vgl. Nikolai Fichtner, Tatort Bruchbude, Financial Times Deutschland online vom 14. März 2007, unter: www.ftd.de/politik/deutschland/173016.html (8. Mai 2007).

34 Vgl. Dirk Arendt, NPD-Landesparteitag im Stralsunder Rathaus! vom 6. Juli 2005, unter: www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=50&cmsint_id=1&detail=509 (9. März 2007).

35 Vgl. NPD, Parteivorstand, unter: www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=14&seite_id=16&vid=745 (15. Mai 2007).

36 Vgl. NPD-Landesverband Hamburg, 25.02.2007 – Jürgen Rieger neuer Landesvorsitzender, undatiert, unter: www.npd-hamburg.de/cms1/cms/website.php?id=/de/news/data5077.htm (7. März 2007).

37 Vgl. Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 300 f.

Ltd.“ 2004 erwarb er, ebenfalls im Namen der angeblichen Stiftung, den „Heisenhof“, eine im niedersächsischen Dörverden gelegene ehemalige Bundeswehreinrichtung. Diese versuchte er zum rechtsextremistischen Anlaufpunkt auszubauen, stieß aber auf den Widerstand der Behörden, die seine Pläne unter Berufung auf baurechtliche Vorschriften behinderten.³⁸ Vergleichbares tat auch die Gemeinde Pöbneck, indem sie die Nutzung des „Schützenhauses“ einschränkte.³⁹ Zu beachten ist allerdings, daß diese Käufe Riegers nicht im Auftrag der NPD geschahen, sondern primär im Rahmen der eigenen Interessen. Nach seiner Entwicklung zum herausgehobenen Funktionär der NPD überschritten sich jedoch Riegers Interessen mit denen der Partei.

Während sich Rieger bis 2004 in mehreren Fällen um den Aufbau von Veranstaltungsstätten bemüht hatte, waren bei dem sich 2006 in Delmenhorst anbahnenden Geschäft erhebliche Zweifel angebracht. Es ging um ein leer stehendes Hotel aus den siebziger Jahren, dessen Inhaber, Günter Mergel, sich erfolglos um einen Verkauf bemüht hatte und dessen begutachteter Wert laut Pressemeldungen bei 1,3 Mio. Euro lag.⁴⁰ Auch in diesem Fall hatte die Kommune ein Vorkaufsrecht⁴¹, und als Rieger im Namen der „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.“ ein Kaufangebot über 3,4 Mio. Euro unterbreitete, formierte sich breiter Widerstand. So forderten etwa die Landtagsfraktion der Partei Bündnis90/Die Grünen Gegenmaßnahmen,⁴² und in einer Initiative „Forum gegen rechts. Keine Nazischule in Delmenhorst“ organisierten sich unterschiedliche Gruppen vom FDP- bis zum DKP-Kreisverband.⁴³ Zudem bildete sich die Bürgerinitiative „Für Delmenhorst“, die diverse Veranstaltungen organisierte, Unterschriftenlisten erstellte und Spenden für den Ankauf des Hotels sammelte.⁴⁴ Um der „Gefahr eines rechtsextremen ‚Schulungszentrums‘“ entgegenzuwirken, entschloß sich die Stadt zum „Abwehrkauf“ und erwarb das Gebäude für 3 Mio. Euro, wobei die Bür-

38 Vgl. Ohne Autorennennung, Aus für Neo-Nazis vom Heisenhof, undatiert, unter: www.radiobremen.de/druck/version.php3 (8. Mai 2007).

39 Die Stadt Pöbneck wurde zudem aktiv, nachdem die Briefkastenfirma aus dem britischen Handelsregister gestrichen wurde, da sie zuvor keinen erforderlichen Geschäftsbericht vorgelegt hatte. Daraufhin erwirkte die Gemeinde einen Beschluß des Amtsgerichts Jena und setzte einen Nachtragsliquidator ein, um die sich im Besitz der erloschenen Firma befindlichen Gebäude „Schützenhaus“ und „Heisenhof“ abzuwickeln. Vgl. Astrid Geisler, Neonazis ausgetrickst, in: Die Tageszeitung vom 19. März 2007, S. 3. Rieger bestritt jedoch den Rechtsweg und erwirkte zunächst eine Entscheidung des Landgerichts Gera, daß sie Angelegenheit ans das Amtsgericht zurück verwies. Vgl. Astrid Geisler, Neues Urteil zu Rieger-Immobilien, in: Die Tageszeitung vom 8. Mai 2007, S. 7. Der Rechtsstreit war zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Textes nicht abgeschlossen.

40 Vgl. Armin Simon, Delmenhorst verteidigt Hotelkauf, Die Tageszeitung vom 22. Dezember 2006, unter: www.taz.de/pt/2006/12/22/a0078.1/textdruck (7. März 2007).

41 Vgl. Ohne Autorennennung, Rieger glaubt an Zuschlag für Hotel in Delmenhorst, Die Welt vom 22. August 2006, unter: www.welt.de/hamburg/article147270.html (11. Mai 2007).

42 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag, Rechtsradikales Schulungszentrum in Delmenhorst mit allen politischen Mitteln verhindern, Pressemitteilung Nr. 189 vom 1. August 2006, unter: www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/presse (23. Januar 2007).

43 Vgl. www.keine-nazischule-in-delmenhorst.de (7. März 2007).

44 Vgl. www.fuer-delmenhorst.de/index.php?id=aktionen (7. März 2007).

gerinitiative rund ein Drittel durch Spenden aufbrachte.⁴⁵ Der Bürgermeister begründete den Einsatz einer derart hohen Geldsumme damit, man habe einen „politische(n) Preis“ gezahlt und „keine andere Chance“ gehabt.⁴⁶

Berücksichtigt man Riegers langjährige Versuche, ein Veranstaltungszentrum im norddeutschen Raum aufzubauen, waren die Sorgen der Stadt nachvollziehbar. Andererseits lagen aber auch Indizien dafür vor, daß der Anwalt in diesem Fall eine andere Absicht verfolgte. Vor seinem Engagement in Delmenhorst hatte er sich stets bemüht, seine Geschäfte konspirativ zu tätigen, wozu auch die Nutzung der englischen Briefkastenfirma diene. In Delmenhorst hingegen schritt er nicht ein, als sein angeblicher Geschäftspartner sich vor Pressevertretern präsentierte.⁴⁷ Verwunderlich ist vor allem, daß er 3,4 Millionen Euro geboten hat und damit angeblich bereit war, einen äußerst hohen Geldbetrag für ein architektonisch unattraktives, wirtschaftlich nicht erfolgreiches Gebäude auszugeben. Dies begründet den Verdacht, daß die Stadt Delmenhorst mit der Drohkulisse eines zukünftigen rechtsextremistischen Stützpunktes zum Kauf der Immobilie für einen überhöhten Preis bewegt worden ist, der nicht den Marktbedingungen entsprach, sondern sich auf politische Überlegungen gründete.

Rieger wurde nicht nur in Niedersachsen aktiv, sondern erregte 2007 auch in einem Bundesland öffentliche Aufmerksamkeit, das bereits Erfahrungen mit rechtsextremistischen Kaufinteressenten hatte machen müssen. Nach Grafenwöhr und Cham wurde mit Wunsiedel erneut eine bayerische Kleinstadt Schauplatz eines Immobiliengeschäftes. Dort trat Rieger als potentieller Käufer der leer stehenden Hotelgaststätte „Waldlust“ auf. Er stellte den Aufbau eines Schulungszentrums in Aussicht, und ein „Kameradschaftsbund Hochfranken“ kündigte die Errichtung eines „Rudolf Heß Gedächtniszentrums“ an.⁴⁸ Zudem fotografierte ein Journalist einen auf den bundesweit bekannten Neonazi und Angehörigen des NPD-Parteivorstandes⁴⁹ Thomas „Steiner“ Wulff zugelassenen, in Tarnfarben lackierten Pritschenwagen vor dem Gebäude.⁵⁰ Wie in den vergleichbaren Fällen ging es um eine zum Zeitpunkt des angekündigten Geschäftes bereits nicht mehr genutzte Immobilie, auf der gleichzeitig ein kommunales Vorkaufsrecht lag. Somit konnte Rieger vor dem Hintergrund der Ereignisse in Grafenwöhr und Cham durchaus damit rechnen, daß sein vermeintliches Engagement die Stadt Wunsiedel zum Kauf des Gebäudes verleiten würde.

45 Stadt Delmenhorst, Delmenhorst kauft „Hotel am Stadtpark“ für drei Millionen, Presseerklärung Nr. 456/06 vom 20. Dezember 2006.

46 Vgl. Simon (FN 40).

47 Vgl. Malte Arnspenger, Delmenhorst bremst Nazi-Anwalt aus, 16. August 2006, unter: www.stern.de/politik/deutschland/567822.html?nv=pr&pr=1 (12. Mai 2007).

48 Vgl. Joachim Dankbar, Setzen sich Neonazis in Wunsiedel fest?, Frankenpost online vom 9. Februar 2007, unter: www.frankenpost.de/nachrichten/regional/resyart.phtml?id=1084577 (13. März 2007).

49 Vgl. NPD, Parteivorstand (FN 35).

50 Vgl. Dankbar (FN 48).

Für die Gemeinde ergab sich dadurch das schon in den vorhergehenden Fällen aufgetretene Dilemma, wobei diesmal nicht Uwe Meenen, sondern ein als finanzstark bekannter Rechtsextremist aktiv wurde. Außerdem hat Wunsiedel für die rechtsextremistische Szene eine besondere Bedeutung, da Rudolf Heß dort begraben wurde und die Szene wiederholt Gedenkdemonstrationen organisierte. In dieser Lage entschied sich die Kommune, das Anwesen zu kaufen, ohne den Kaufpreis zu verkünden.⁵¹ In einer Presseerklärung begründete sie ihr Handeln unter anderem damit, einen befürchteten Schaden für die touristische Anziehungskraft abgewendet und eine dauerhafte „braune Brandmarkung Wunsiedels“ verhindert zu haben.⁵² Bei ihrer Entscheidungsfindung stützten sich die Verantwortlichen auf eine Einschätzung des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, das nicht – wie zuvor im Fall Grafenwöhr – erst nachträglich Stellung bezog, sondern nach Angaben der Kommune erklärt hatte, daß es Riegers Interesse als „absolut hoch“ und seine Offerte als „absolut realistisch“ einschätzte.⁵³ Für eine derartige Beurteilung sprechen Riegers wiederholte Versuche, ein festes Zentrum aufzubauen, seine Kenntnisse und finanziellen Möglichkeiten in Verbindung mit der großen Bedeutung Wunsiedels für die rechtsextremistische Szene sowie sein Einsatz bei der Vorbereitung der „Rudolf Heß Gedenkmärsche“.⁵⁴

Andererseits deuten gerade seine Erfahrungen mit behördlichem Widerstand, seine Kenntnisse um das vertrauliche Einfädeln von Geschäften sowie der Umstand, daß er sich für ein mit einem Vorkaufsrecht belegtes Gebäude interessierte und dies vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangte, eher darauf hin, daß keine wirkliche Erwerbsabsicht bestand. Dabei mußte er aufgrund der Reaktionen in Grafenwöhr und Cham davon ausgehen, daß in einer weiteren bayerischen Stadt ebenfalls ein Wille zur Verhinderung eines rechtsextremistischen Zentrums bestehen würde. So dürfte dann auch die vor dem endgültigen Kauf erfolgte Ankündigung, ausgerechnet in Wunsiedel solle ein „Rudolf Heß Gedächtniszentrum“ entstehen, dazu gedient haben, den Druck auf die Kommune zu erhöhen, um sie zur Wahrnehmung ihres Vorkaufsrechts zu drängen. Den gleichen Hintergrund wird auch die Präsentation des in Tarnfarben gestrichenen Fahrzeuges gehabt haben, denn es mußte Rieger klar gewesen sein, daß ein derart auffälliges, zudem auf einen der bekanntesten Neonazis zugelassenes Auto das Interesse der Öffentlichkeit erregen würde.⁵⁵ Somit dürfte Rieger ein Scheingeschäft auf Kosten der Stadt gelungen

51 Vgl. Joachim Dankbar, Wunsiedel bremsst die Rechten aus, Frankenpost online vom 21. Februar 2007, unter: www.frankenpost.de/nachrichten/regional/resyart.phtml?id=108923 (13. März 2007).

52 Vgl. Stadt Wunsiedel, Pressemitteilung. Kauf der Gaststätte Waldlust auf der Luisenburg durch die Stadt Wunsiedel, undatiert, S. 2 f.

53 Zitiert nach: Ebd., S. 2.

54 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 70.

55 Eine andere Erklärung für das Auftauchen des Fahrzeuges liegt in einer möglichen Nachlässigkeit Riegers, denn falls ein tatsächliches Kaufinteresse bestanden hätte, wäre es unerläßlich gewesen, seine Absicht geheim zu halten. Da Wulffs unmittelbar vor dem Gebäude geparkter Wagen jegliches Bestreben nach Vertraulichkeit zerstörte, ist eine solche Erklärung vor dem Hintergrund der Erfahrung Riegers eher unwahrscheinlich.

sein. Dennoch ist das Handeln der kommunalen Entscheidungsträger nachvollziehbar, da sie eine Risikoabwägung vornehmen mußten und sich auf den Rat der zuständigen Sicherheitsbehörde berufen konnten.

Im Frühjahr 2007 trat erneut Uwe Meenen in Erscheinung. Es ging um ein Objekt in Dresden-Pappritz, das sich im Besitz des bereits in Grafenwöhr aufgetretenen Unternehmers Wolfgang Jürgens befand und bei dem es sich wiederum um eine Tennisanlage handelte. Diese stand nach dem erfolglosen Versuch des Aufbaus einer Hotel- und Freizeitanlage leer, da sich die örtlichen Behörden geweigert hatten, den Bebauungsplan für das in einem Landschaftsschutzgebiet gelegene Gelände zu ändern.⁵⁶ Zudem verfügte die Liegenschaft unter anderem aufgrund erheblicher baulicher Mängel lediglich über eine eingeschränkte Nutzungserlaubnis.⁵⁷ In dieser Situation verkündete der NPD-Pressesprecher, sein Parteifreund Meenen habe die Liegenschaft gekauft, doch sei es noch nicht zu einem Grundbucheintrag gekommen.⁵⁸ Meenen wiederum bestätigte den Kauf gegenüber der „Tagesschau“ und nannte einen Kaufpreis von 3 Mio. Euro.⁵⁹ Die Umstände glichen somit denen in Grafenwöhr in einer Weise, daß die Entwicklung wie eine Wiederholung erschien. Allerdings gab es einen entscheidenden Unterschied, denn im Gegensatz zur bayerischen Kommune verzichtete die sächsische Landeshauptstadt auf einen Aufkauf. Dabei wäre der Aufbau eines Veranstaltungszentrums in Dresden für die Partei sinnvoller als in Grafenwöhr oder Cham, da sie ihre organisatorische Hochburg in Sachsen hat, mit Abgeordneten im Landtag vertreten ist sowie mehrfach Großveranstaltungen organisiert und das Gelände bereits für ein Pressefest benutzt hatte. Andererseits müßte sie dieses Vorhaben finanzieren können und mit baurechtlichen Behinderungen rechnen.⁶⁰

Auf welcher unsicherer Basis NPD-Funktionäre teilweise handelten, zeigte sich im Frühjahr 2007 in einem weiteren rheinland-pfälzischen Ort. In Gonzerath gelang zunächst die Anmietung eines ehemaligen Schulgebäudes, das – nach einem historischen Räuber benannt – zu einem „Schinderhannes-Zentrum“ ausgebaut werden sollte. Während der Pressesprecher des NPD-Landesverbandes zunächst für das gesamte Bundesland „den Ausbau nationaler Zentren und die planvolle Schulung der Mitglieder“ ankündigte⁶¹, kam es zu den bekannten Gegenreaktionen – die regionale Presse berichtete

56 Vgl. André Paul, ... sonst hole ich die NPD, Die Zeit vom 18. August 2005, unter: www.zeus.zeit.de/text/2005/34/Lsp_NPD (13. März 2007).

57 Vgl. Gensing (FN 15).

58 Vgl. Ohne Autorennennung, Geländeverkauf in Dresden an NPD-Funktionär noch nicht perfekt, Süddeutsche Zeitung online vom 15. Februar 2007, unter: www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=1408849&newesfeed=rss (13. März 2007).

59 Vgl. Gensing (FN 15).

60 Zur Zeit der Abfassung dieses Textes zeichnete sich noch keine abschließende Regelung ab.

61 Safet Babic, NPD-Zentren ausbauen – Scheindemokratie entlarven!, undatiert, unter: www.npd-rlp.de/seiten/archivauswahl.php?ah=Archiv&&ID=282 (13. März 2007).

über das Vorhaben, und Demonstrationen wurden organisiert.⁶² In diesem Zusammenhang gelangten schließlich auch Hintergrundinformationen über den Vermieter, Peter Landwehrmann, an die Öffentlichkeit. Bei diesem handelte es sich um einen Geschäftsmann, der das Haus 2001 von der Gemeinde erworben hatte und es zur Vermietung anbot. Da er aufgrund der Wegnahme seiner bissigen Hündin mit der Kommune in Streit geraten war, vermietete er das Gebäude dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD, Sascha Wagner, um die Gemeinde nach eigenen Angaben zu „schikanieren“.⁶³ Dieser gelang jedoch die Unterbindung des Vorhabens, als deren Mitarbeiter bei einer Besichtigung dermaßen starke Baumängel vorfanden, daß sie sich befugt sahen, eine Nutzungsverfügung mit Sofortvollzug auszusprechen. Die Gemeinde bezog sich zudem auf einen im Veräußerungsvertrag von 2001 enthaltenen Passus, der ihr den Rückkauf für den Fall ermöglichte, daß es nicht zu Instandsetzungsmaßnahmen kommen würde.⁶⁴ Während die Kommune zudem bekannt gab, eine Wertminderung geltend machen zu wollen und dem Vermieter dadurch die Hoffnung auf einen Gewinn nahm, kündigte die NPD rechtliche Schritte an.⁶⁵

Der Ort hat es dadurch vermieden, auf Kosten der öffentlichen Hand ein Geschäft mit dem Gebäudebesitzer abzuschließen, und konnte dennoch unter Ausnutzung ordnungsrechtlicher Möglichkeiten den Aufbau eines Parteizentrums, vorbehaltlich einer gerichtlichen Regelung, verhindern. Bezüglich der NPD ergab sich eine Kluft zwischen ihrem öffentlichen Auftreten und ihren tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten. Sie begründete sich aus dem Widerspruch zwischen der selbstbewußten Ankündigung des Pressesprechers und der schwachen Position als Geschäftspartner eines Vermieters, dessen Motivation darin bestand, seine Gemeinde aufgrund eines Streitfalles zu schikanieren. Die Partei nahm damit die Gefahr in Kauf, im Falle einer Einigung der Konfliktparteien unter Druck zu geraten. Dies deutet darauf hin, daß die rheinland-pfälzischen Funktionäre entgegen ihrer Ankündigung nicht in der Lage waren, den planmäßigen Ausbau ihrer Infrastruktur zu betreiben, sondern lediglich auf eine sich ihnen bietende Gelegenheit reagierten und sich somit in einer Position der Schwäche befanden. Während es sich bei der Mühle in Kirchheim offenbar um den Versuch gehandelt hat, Gelder zu erwirtschaften, deutet nichts auf einen vergleichbaren Hintergrund im Fall der ehemaligen Schule in Gonzerath hin. Aufgrund mangelnder Ressourcen war der Landesverband jedoch nur in der Lage, sich um eine Immobilie zu bemühen, die zwar preisgünstig war, aber aus rechtlichen Gründen nicht zur freien Verfügung stand, was der Kommune dadurch die Möglichkeit zu Gegenmaßnahmen gab.

62 Vgl. Rolf Seydewitz, NPD-Zentrum im Hunsrück geplant, in: Rhein-Zeitung vom 22. Februar 2007, S. 17; ders., Dorf macht gegen die NPD mobil, 5. März 2007, unter: www.rhein-zeitung.de/on/07/03/05/rlp/r/regio-1.html?a (13. März 2007).

63 Vgl. Freia Peters, Schinderhannes' Schatten, in: Die Welt vom 12. März 2007, S. 8.

64 Vgl. Rolf Seydewitz, Alles wegen „Anne“, in: Trierischer Volksfreund vom 20 April 2007, S. 3.

65 Vgl. Gisela Kirschstein, Bürgermeister wirft NPD aus neuem Schulungszentrum, in: Die Welt vom 3. Mai 2007, S. 4.

4. Parteifinancen

Der zentrale Aspekt bei der Beurteilung der Ernsthaftigkeit möglicher Immobilienkäufe ist die Frage, ob die Partei überhaupt in der Lage war, derartige Projekte zu finanzieren. Obwohl sie eine äußerst restriktive Informationspolitik hinsichtlich ihrer Finanzen betreibt, ist sie gezwungen, diese in einem Rechenschaftsbericht darzulegen, sofern sie öffentliche Zahlungen zur Parteienfinanzierung beantragt. Für die Beurteilung der ab 2005 möglicherweise angestrebten Geschäfte ist die Ende 2004 bestehende Kassenlage von Bedeutung. Die Partei gab für dieses Jahr Einkünfte in Höhe von 2.000.412 Euro an, darunter staatliche Zahlungen von 666.040 Euro. Dem standen Ausgaben von 2.173.813 Euro entgegen, so daß die Parteikasse für das Geschäftsjahr 2004 ein Defizit von 164.401 aufwies.⁶⁶ Gleichzeitig betrug das Parteivermögen 1.369.137 Euro, dem aber Verbindlichkeiten in Höhe von 1.005.502 gegenüberstanden. Somit verfügte die NPD bei einem laufenden Defizit von 164.401 Euro lediglich über ein Reinvermögen von 363.634 Euro. Doch sogar diese Werte standen nicht zur freien Verfügung, denn der Parteibesitz schloß mit der Liegenschaft in Derschen und der eingerichteten Parteizentrale in Berlin-Köpenick auch immobile Werte ein.⁶⁷ 2005 konnte die NPD ihre Einnahmen erhöhen und einen Überschuss von 89.243 Euro verzeichnen.⁶⁸ Dennoch machten die staatlichen Mittel mit einem Anteil von 41,80% den größten Posten bei den Einnahmen aus und der bedeutendste Teil des auf 452.878 Euro angestiegenen Reinvermögens beruhte weiterhin auf immobilien Werten.⁶⁹ Die NPD befand sich also in einer angespannten Finanzlage, für die zudem die staatlichen Mittel von größter Bedeutung waren. Allein auf dieser Basis ergab sich für die Partei kaum ein Spielraum für die Finanzierung eines größeren Immobilienprojektes.

2006 kam es außerdem zu einer erheblichen Belastung der Parteikasse aufgrund eines Finanzskandals, der sich bereits in den neunziger Jahren ereignet hatte. Damals hatte der thüringische Landesvorsitzende Frank Golkowski fingierte Spendenquittungen ausgestellt und dadurch die Finanzbehörden betrogen. Da diese Gelder auch in Rechenschaftsberichten aufgeführt worden waren, forderte die Bundestagsverwaltung rund 869.000 Euro zurück. Dadurch gelangte die NPD in eine finanzielle Schieflage, die ihre Aktivitäten ernsthaft behinderte. Die Schwere des Schadens zeigte sich in den Reaktionen der Partei. Ihre Führung verbreitete Ende 2006 einen Aufruf, in dem Udo Voigt mit dramatischen Worten auf die „finanzielle Notlage“ hinwies, an die nach seiner Sicht „oftmals revolutionäre Opferbereitschaft“ der Mitglieder appellierte und sie um ein

66 Deutscher Bundestag (FN 11), S. 3.

67 Ebd., S. 4.

68 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Jahr 2005 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien), Drucksache 16/5230, 3. Mai 2007, S. 3.

69 Ebd., S. 3 f.

„Notopfer“ zur Sicherung der „Arbeitsfähigkeit“ der Partei bat.⁷⁰ Die Spendenkampagne brachte lediglich 100.000 Euro ein,⁷¹ worauf Voigt in der DS angab, daß noch „schwierige Zeiten bevor (stehen)“ und noch weitere Unterstützung benötigt werde.⁷² Die von ihm gelieferte Erklärung für die Affäre, nach der die „Herrschenden“ angeblich versuchten, die NPD „finanziell auszutrocknen“ und möglicherweise der Verfassungsschutz Thüringens aktiv geworden sei,⁷³ läßt Rückschlüsse darauf zu, daß er aufgrund der starken Belastung gegenüber der Parteibasis in Erklärungsnot geraten war. Den gleichen Tenor hatte auch ein Artikel Jürgen Riegers, der sich auf eine weitere Belastung bezog, denn der Bundestag hatte im Dezember 2006 die vierteljährliche Abschlagszahlung von einer grundbuchlichen Absicherung abhängig gemacht. Dies bewertete der Rechtsanwalt als „gezielte Aktion“ und als Versuch einer Beseitigung der Partei über das Zudrehen des „Geldhahns“.⁷⁴ Die heftigen Reaktionen der führenden Funktionäre belegen den starken Grad der Abhängigkeit der NPD von öffentlichen Zahlungen des von der Partei bekämpften „Systems“, was auf ein ansonsten nur begrenzt tragfähiges Fundament der Parteifinanzen hindeutet.

Die NPD war aufgrund dieser mehr als angespannten Finanzsituation nicht in der Lage, Liegenschaften im Wert von mehreren hunderttausend Euro, geschweige denn im Millionenbereich aus eigenen Mitteln zu finanzieren, zumal mit dem Kauf zusätzliche Kosten für Grunderwerbssteuer und Notariat aufgelaufen wären. Da es sich zudem um renovierungsbedürftige Gebäude handelte, hätte die NPD weitere Investitionen tätigen müssen.

5. Öffentlichkeit und Instrumentalisierung der Medien

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um mögliche Immobilienkäufe wurde ein Problem sichtbar, das nur wenig Beachtung fand, für die NPD aber von größter Bedeutung ist: die Medienpräsenz. Aufgrund der in der Regel ablehnenden Haltung von Journalisten und Fernsehprogrammgestaltern zur NPD vertreten deren Führungskräfte traditionell die Auffassung, ihre Partei werde von der Presse durch eine einseitig negative Berichterstattung in Kombination mit einem systematischen Verschweigen der Parteiarbeit benachteiligt. Im Bewußtsein um die Bedeutung der Journalisten im Medienzeitalter bemühen sie sich mit diversen Mitteln um Aufmerksamkeit – darunter auch Provokationen.⁷⁵

70 Vgl. NPD, Sonderrundschreiben November 2006. Aktion 100, veröffentlicht auf der rechtsextremistischen Internet-Plattform Störtebeker-Netz, unter: www.stoertebeker.net/blo/pivot/entry.php?id=969#body (2. Dezember 2006).

71 Vgl. Udo Voigt, „Hoch lebe die nationale Solidarität!“, in: Deutsche Stimme 2/2007, S. 2.

72 Vgl. ebd.

73 Vgl. ebd.

74 Vgl. Jürgen Rieger, Geldhahn zu?, in: Deutsche Stimme 2/2007, S. 7.

75 Beispielhaft für den Einsatz von Provokationen war die im Frühjahr 2007 erhobene Forderung nach einem Mindestlohn in Höhe von 8,80 Euro. Die NPD versuchte damit auf eine zuvor von Gewerk-

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, daß die Parteiführung ausgerechnet dem unter Rechtsextremisten verhaßten Journalisten und Ex-Funktionär des Zentralrats des Juden in Deutschland, Michel Friedman, im Frühjahr 2007 ein Interview gewährte.⁷⁶ In einer Stellungnahme auf das daraufhin von einigen Gesinnungsgenossen geäußerte Unverständnis erklärte Udo Voigt, er habe sich an dem Interview beteiligt, um die von ihm ausgemachte „Schweigeblockade“ der „Systemmedien“ zu durchbrechen.⁷⁷ Aufgrund mangelnder Möglichkeiten zur medialen Präsentation sah er sich demnach gezwungen, jede Chance zu ergreifen, um die NPD zum Objekt der Berichterstattung zu machen.

Und dazu wurde sie durch die möglichen Immobilienankäufe ermutigt. Unabhängig von der Entwicklung der sich scheinbar oder tatsächlich anbahnenden Käufe sorgten auch die dagegen gerichteten Demonstrationen und sonstigen Aktivitäten für eine erhöhte Medienpräsenz. Dabei dürfte die ablehnende Haltung der Presse für die NPD unerheblich gewesen sein, solange nur über sie berichtet wurde und es damit zu einem Aufbrechen der empfundenen „Schweigeblockade“ kam. Für die Partei war eine negative Berichterstattung vorteilhafter als überhaupt keine Berichterstattung. Somit kann die NPD, unabhängig davon, ob sie nach dem kommunalen Aufkauf von Objekten Zahlungen von den Verkäufern erhalten hat, eine gesteigerte Medienpräsenz als Gewinn verbuchen.

Zudem können es ihre Funktionäre als Erfolg bewerten, die Medien für eigene Zwecke instrumentalisiert zu haben. Dies geschah, indem sie noch nicht rechtskräftig geschlossene Geschäfte durch vollmundige Ankündigungen begleiteten, obwohl sie wußten, daß der NPD eine grundsätzlich ablehnende Haltung der Presse entgegenschlagen würde, die den Druck auf politische Entscheidungsträger verstärken würde, etwas gegen die Partei zu unternehmen. Die NPD-Aktivisten hätten demzufolge, insbesondere im Wissen um kommunale Vorkaufsrechte, bestrebt sein müssen, die Geschäfte unbedingt vertraulich zu behandeln. Dennoch erfolgten geradezu provokante Äußerungen, indem man in Grafenwöhr erklärte, die Gemeinde zur „Stadt der Landesparteitage“ zu machen, Cham zum Austragungsort des „NPD-Bayerntages“ ernannte, für Wunsiedel den Aufbau eines „Rudolf Heß Gedächtniszentrums“ in Aussicht stellte und in Kirchheim die Realisierung eines „Traums“ verkündete.

Wahrscheinlich sind Entscheidungsträger der NPD nach dem Scheitern in Trebnitz zu der Erkenntnis gelangt, daß die bislang für deren Ambitionen schädliche Berichterstattung der Medien aufgrund ihrer Berechenbarkeit dahingehend instrumentalisiert werden könnte, daß sie der Partei ungewollt gute Dienst erweisen würde. Das geschah

schaftern und Sozialpolitikern der etablierten Parteien geführte Debatte aufzusatteln und spielte gleichzeitig auf die unter Rechtsextremisten als Statthalter für den Gruß „Heil Hitler!“ gebräuchliche Zahl 88 an. Vgl. Arne Schimmer, Wer verdient, was er verdient?, in: Deutsche Stimme 5/2007, S. 10.

76 Vgl. Michel Friedman, Braun – bürgerlich – unter uns, in: Vanity Fair 7/2007, S. 170-174. Eine Reaktion der NPD erfolgte durch: Andreas Molau, Die Bewegung im Nacken, in: Deutsche Stimme 3/2007, S. 19.

77 Vgl. Udo Voigt, Schweigeblockade durchbrechen, in: Deutsche Stimme 3/2007, S. 2.

ab 2005, denn beginnend mit Grafenwöhr zielten NPD-Funktionäre in mehreren Fällen nicht mehr auf den erfolgreichen Erwerb von Immobilien, sondern auf den Kauf durch die Kommunen.⁷⁸

6. Fazit

Bei den seit 2005 bekannt gewordenen Aktivitäten der NPD-Funktionäre auf dem Immobilienmarkt handelte es sich überwiegend um Scheingeschäfte von Angehörigen einer Partei, die finanziell nicht in der Lage war, Eigentum zu erwerben und längerfristig zu unterhalten. Anhand der bekannt gewordenen Informationen kann nicht eingeschätzt werden, ob dies ein von der Parteiführung initiiertes, planmäßiges Vorgehen war oder ob ihre Angehörigen in mehreren Fällen unabhängig aktiv geworden waren und die NPD-Leitung dies dann duldete. Eine Sonderrolle hatte dabei Jürgen Rieger, der sein persönliches Interesse mit seiner Stellung in der Partei verquickte, wobei unklar blieb, inwieweit er dabei zum Nutzen der NPD agierte.

Vor allem Rieger und der als Treuhänder der NPD aufgetretene Uwe Meenen bekundeten mehrfach Interesse an Liegenschaften, deren bisherige Besitzer sie nicht erfolgreich bewirtschaftet hatten, auf denen aber gleichzeitig kommunale Vorkaufsrechte lagen. Um die entsprechenden Gemeinden zu einem Ankauf zu bewegen, instrumentalisierten die Parteiverantwortlichen die Medien, wodurch sie Druck auf die kommunalen Entscheidungsträger ausübten. Diese waren teilweise bereit, „politische Preise“ für die Objekte zu zahlen, die ihre Besitzer sonst nicht erzielt hätten. Daß Verkäufer höhere Erlöse erzielten, begründet den Verdacht, die vermeintlichen Interessenten seien möglicherweise für ihre Dienste entlohnt worden. Auf diese Weise gelangen Meenen in den bayerischen Kleinstädten Grafenwöhr und Cham erfolgreiche Scheingeschäfte. Nachdem dann die Behörden in Rheinland-Pfalz auf diese Gefahr hingewiesen hatten, scheiterten weitere Versuche Meenens. Der finanzstarke Rieger erzielte durch das Kopieren des von Meenen gezeigten Vorgehens in Delmenhorst und in Wunsiedel Erfolge. Besonders im Fall Delmenhorst könnten die Stadt und ihre Bürgern mit der aufgebrachten Kaufsumme möglicherweise ungewollt zur Finanzierung weiterer Aktivitäten Riegers beigetragen haben.

Die Kommunen mußten sich jeweils mit der Zwangslage auseinandersetzen, entweder als Käufer aufzutreten oder den Aufbau eines rechtsextremistischen Zentrums zu

⁷⁸ Obwohl ab 2006 auch Artikel in bundesweit erscheinenden Zeitungen erschienen, die vor möglichen Scheingeschäften warnten, überwog ein mediales Stimmungsbild, das von der Sorge über tatsächliche Immobilienaufkäufe geprägt war. Vgl. André Paul, ... sonst hole ich die NPD, Die Zeit online vom 18. August 2005, unter: www.zeus.zeit.de/text/2005/34/Lsp_NPD (13. März 2007); tso/afp, Rechtsextremismus. Die Immobilien-Masche der Neonazis, Die Zeit online vom 20. August 2006, unter: www.zeus.zeit.de/text/news/artikel/2006/8/20/71337.xml (7. März 2007); Sven Röbel/Andreas Wassermann, Bar auf die Hand, in: Der Spiegel vom 11. Dezember 2006, S. 44; Jörg Schindler, Die freundlichen Häusle-Käufer von der NPD, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Januar 2007, S. 1.

riskieren. Dabei wurden sie nicht nur durch das mediale Klima zum Kauf gedrängt, sondern auch durch Politiker. So behauptete etwa die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei.PDS, Ulla Jelpke, daß „die rechtsextreme Szene [...] sich dauerhaft in der Fläche [verankert]“⁷⁹, und ihre Parteigenossin Gesine Löttsch empfahl den Kommunen, ihre Vorkaufrechte zu nutzen, wobei sie auf Grafenwöhr, Cham und Wunsiedel verwies.⁸⁰ Letztlich waren derartige Äußerungen in Sinne der NPD-Funktionäre, die erst scheiterten als die rheinland-pfälzische Stadt Kirchheim deren Absicht mit einem Kaufverzicht durchkreuzte. In Gonzerath könnte hingegen der Aufbau eines Zentrums beabsichtigt gewesen sein. Das Engagement erfolgte jedoch aus einer schwachen Position heraus, und die Gemeinde war mit einer Gegenstrategie erfolgreich. Sie vereitelte das Geschäft unter Ausnutzung der ihr durch einen Vertrag zukommenden Rechte sowie der sich aus dem kommunalen Ordnungsrecht ergebenden Möglichkeiten. In beiden Fällen kam es weder zu einem Handel auf Kosten der Gemeinde noch zur Errichtung eines Parteizentrums.

Demnach schadet ein ordnungsrechtliches Vorgehen der Kommunen den Interessen der NPD offenbar weit mehr als der Ankauf von Liegenschaften, da letztere die Partei im ungünstigsten Fall lediglich zur Suche nach alternativen Objekten zwingen und ihr im günstigsten Fall finanzielle Gewinne aus Scheingeschäften bescheren können. Weil aber jeder Fall einzeln betrachtet werden muß, werden sich kommunale Entscheidungsträger auch zukünftig bei der Anbahnung von Immobiliengeschäften in einer schwierigen Lage befinden.

79 Zitiert nach Matthias Schlegel, Rechtsextreme Szene besitzt bundesweit 20 Immobilien, in: Der Tagesspiegel vom 3. Dezember 2006, unter: www.tagesspiegel.de/politik/archiv/03.12.2006/2941541.asp (23. Januar 2007). Die Bundesregierung hingegen bewertete das Bemühen um den Aufbau einer dauerhaften Infrastruktur als „weitgehend erfolglos“. Vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4675, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, 14. März 2007, S. 40.

80 Gesine Löttsch, Was tun gegen Rechtsextremisten? Ein Taschen-Buch, Berlin, o.J., S. 42 f.

Das neue Parteiprogramm der DKP

Von Eckhard Jesse

1. Einführende Bemerkungen

Stellte die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP), die sklavisch die Politik der SED vertreten hatte, schon gegenüber der 1956 verbotenen KPD¹ eine marginale Größe dar, ist sie nach dem Ende der SED-Diktatur, von der sie ideologisch, finanziell und organisatorisch abhängig war, erst recht eine politisch einflußlose Kraft. Fast auf ein Zehntel ihrer Mitglieder geschrumpft, spielt sie in den einschlägigen linken Debatten so gut wie keine Rolle mehr. Manche einstigen DKP-Kader sind heute in der PDS bzw. der *Linkspartei* und der *Linken* aktiv, so Eva Bulling-Schröter (1974-1990), Wolfgang Gehrcke (1968-1990, von 1961 bis 1968 Mitglied der verbotenen KPD), Heidi Knake-Werner (1981-1989), immerhin Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in der Berliner Regierung. Der Partei gehörte eine Reihe Prominenter an. Um einige Namen aus dem künstlerisch-literarischen Leben zu nennen: Franz Josef Degenhardt, Gisela Elsner, Gerd Fuchs, Günter Herburger, Franz Xaver Kroetz, Karin Struck, Dieter Süverkrüp, Uwe Timm, Hannes Wader. Kaum einer der Ex-Mitglieder legt(e) Rechenschaft darüber ab, wieso er in einer offenen Gesellschaft einer Partei beitrug, die eben diese Offenheit zu vernichten suchte.² Dies von dem langjährigen Vorsitzenden Herbert Mies zu erwarten wäre zu viel verlangt.³

Seit längerem kandidiert die Partei kaum mehr eigenständig bei Wahlen. Sie empfiehlt in der Regel, der (einstigen) PDS die Stimme zu geben. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 war dies allerdings anders: „Wir können bei diesen Wahlen unmöglich eine PDS-Kandidatur unterstützen. Wir lehnen die Regierungspolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ab. Von der DKP wird es keinerlei Toleranz für Sozial- und Demokratieabbau geben.“⁴ Der flammende Protest wirkte nicht: Sie erreichte gerade 0,1 Prozent der Stimmen.

Programme sind Aushängeschilder einer Partei. Sie dienen der Selbstvergewisserung und der Orientierung, mitunter auch als Handlungsanleitung. Die DKP gab am 25. September 1968 eine „Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ ab,

1 Vgl. Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf 2005; Georg Fülberth, KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990.

2 Zu den wenigen Ausnahmen gehört neben Peter Schütt Wilfred Reckert, Kommunismus-Erfahrung. Zwanzig Jahre als DKP-Funktionär. Analytische Reflexionen, Berlin 2006.

3 Vgl. Herbert Mies, Fremdbestimmt? Abhängigkeit und Unabhängigkeit der DKP, Großsachsen 1995.

4 Heinz Stehr, Keine Zeit für Ausgrenzungen. Rolle und Verantwortung der DKP als eigenständige kommunistische Partei und als Teil der Linken, in: unsere zeit vom 30. Januar 2004.

ein Jahr später eine „Grundsatzserklärung“ (auf ihrem Essener Parteitag) und präsentierte 1972 (auf ihrem Düsseldorf Parteitag) ihre These: „DKP kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus“. Erst 1978 verabschiedete sie ihr erstes Parteiprogramm (auf dem Mannheimer Parteitag). Im Jahre 2006, fast 17 Jahre nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur, beschloß sie ein neues.

Der Beitrag fragt u.a. danach, worin sich das neue von dem alten Programm unterscheidet. Wo gibt es Parallelen zu früher, wo Wandlungen? Welche Lehren hat die DKP aus dem Ende des „realen Sozialismus“ gezogen? Ist dieser nach Meinung der Partei vor allem an inneren Schwächen und Fehlleistungen gescheitert oder an den Stärken und den Repressalien des Kapitalismus? War der „reale Sozialismus“ zu dogmatisch oder zu revisionistisch? Welche Perspektiven sieht die Partei? Einem kurzen Abriss der DKP-Geschichte folgt ein Überblick zur Vorgeschichte des neuen DKP-Programms, danach eine Analyse der einzelnen Kapitel. Die abschließenden Bemerkungen beziehen sich u.a. auf Unterschiede und Parallelen zur PDS und ihrem Programm. Um dem Vorwurf einer verzerrenden Wiedergabe zu entgehen, gibt der Verfasser viele Aussagen in Zitatform wieder.

2. Die Geschichte einer Partei im Niedergang

Da eine „Wiederzulassung“ der KPD rechtlich nicht möglich war, konstituierte sich 1968 die DKP als marxistisch-leninistische Partei neu.⁵ Die der SED treu ergebene Organisation, die den „Eurokommunismus“ strikt verworfen hatte, verfügte in den siebziger wie noch in den achtziger Jahren dank geschickter Bündnispolitik und eines festen Apparates in der außerparlamentarischen Bewegung über einen gewissen, z.T. getarnten Einfluß⁶ (z.B. in der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung oder bei den Kampagnen gegen „Berufsverbote“), von den demokratischen Parteien mehr ignoriert als bekämpft.⁷

5 Vgl. u.a. Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 248-265; Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990; Patrick Moreau/Hermann Gleumes, Die Deutsche Kommunistische Partei: Ergänzung oder Konkurrenz?, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, Landsberg am Lech 1998, S. 333-374; Siegfried Heimann, Deutsche Kommunistische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Opladen 1983, S. 901-981; Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Köln 2007; auf dem neuesten Stand kurz zusammenfassend: Eckhard Jesse, Deutsche Kommunistische Partei (DKP), in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 242-244.

6 Vgl. z.B. Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluß der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei ‚Die Grünen‘, Münster u.a. 2003; siehe schon früher: Ossip K. Flechtheim/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjet-marxistische Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt a.M. 1980.

7 Vgl. Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984, Paderborn u.a. 2006.

Der Einfluß ließ in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nach, ehe er mit der friedlichen Herbstrevolution des Jahres 1989 in der DDR gänzlich schwand. Sie geriet 1989/90 in eine existentielle Krise, nachdem bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre aufgrund der Politik Gorbatschows Konflikte in der einstmals geschlossenen Partei zwischen „Traditionalisten“ und „Erneuerern“ aufgetreten waren. Obwohl die Unterstützung durch die SED (abrupt) aufhörte, brach die Partei nicht auseinander. Die DKP, in den Verfassungsschutzberichten bis auf den heutigen Tag stets als „verfassungsfeindlich“ genannt,⁸ orientiert sich als kommunistische Partei weiterhin an den Lehren von Marx, Engels und Lenin.

Heute besitzen lediglich 4.200 Personen das Parteibuch der sich als revolutionäre Kraft verstehenden Partei, davon rund 500 in den neuen Bundesländern. Einige gingen zur PDS, viele zogen sich aus dem politischen Leben zurück. Wie sich nach der friedlichen Revolution 1989/90 herausstellte, erfuhren ausgewählte DKP-Mitglieder in den siebziger und achtziger Jahren eine paramilitärische Ausbildung in der DDR. Die DKP hatte unter Anleitung der Staatssicherheit eine geheime Militärorganisation aufgebaut („Gruppe Ralf Forster“). Ewa 200 Kader der Partei nahmen an der militärischen Schulung teil.⁹

Der erste Parteivorsitzende Kurt Bachmann (1969-1973) wurde von Herbert Mies abgelöst (1973-1990). Diesem folgte auf dem 10. Parteitag in Dortmund im März 1990 Heinz Stehr, zunächst als Mitglied eines vierköpfigen Sprecherrates. Kurswechsel sind mit diesen Personen nicht verbunden gewesen. Davon legt die Programmatik Zeugnis ab. Gegenüber der Zeit vor 1990 sind die zentralistischen Prinzipien gelockert worden, wie nicht nur die Programmdiskussion zeigte. Die Partei hat seit Anfang 2005 einen „Beobachterstatus“ bei der *Europäischen Linkspartei*, einem Zusammenschluß vornehmlich kommunistischer und linkssozialistischer Parteien, dem die PDS angehört. Zu den Jugendorganisationen der Partei zählen die *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend* und die *Assoziation Marxistischer StudentInnen*. In der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten*, die durch „Antifaschismus“ um öffentliche Anerkennung buhlt, wirken Kräfte der DKP an vorderer Stelle.¹⁰ Die *Marx-Engels-Stiftung* ist die Kaderschmiede der Partei, der *Bundesausschuß Friedensratschlag* eine kommunistische Kraft zur Beeinflussung unabhängiger Initiativen der Friedensbewegung. Die Parteizeitung *unsere zeit* (uz), die früher täglich erschien,

8 Zuletzt: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 184-187.

9 Vgl. Udo Baron, „Gruppe Ralf Forster“. Die geheime Militärorganisation von DKP und SED in der Bündnispolitik, in: Deutschland Archiv 38 (2005), S. 1009-1015; Hermann Weber, Wer war „Ralf Forster“? Der Leiter der DKP-Militärorganisation im Spiegel der Erinnerung und der MfS-Akte, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2006, S. 297-310. Eini-germaßen verharmlosend: Klaus Jansen, Friedfertige Revolverschnauzen, in: die tageszeitung vom 28. März 2007.

10 Vgl. dazu den Beitrag von Bettina Blank, Die „antifaschistische Republik“ – ein „Vermächtnis“ der Kommunisten?, in: Hirscher/Pfahl-Traughber (FN 5), S. 56-84.

kommt nun wöchentlich heraus, das Theorieorgan *Marxistische Blätter* weiterhin in einem zweimonatlichen Rhythmus.

Die Wahlergebnisse der Partei spiegelten bis zum Herbst 1989 nicht annähernd den gesellschaftlichen Einfluß der Partei wider. Sie lagen fast stets im Promillebereich. Bei der Bundestagswahl 1983 (0,2 Prozent) kamen auf zwei Mitglieder ca. drei Wähler. Die besten Resultate erzielte die Partei 1971 (3,1 Prozent) und 1975 (2,1 Prozent) im Stadtstaat Bremen. Seit den neunziger Jahren nimmt sie nur noch sporadisch an Landtagswahlen teil. Von 1995 an erreichte sie dabei dreimal ein Ergebnis von 0,2 Prozent (Niedersachsen 1998, Hessen 2003, Brandenburg 2004), ansonsten weniger. Bei den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen propagiert die Partei, wie erwähnt, ansonsten die Wahl der Linkspartei.PDS, auf deren Listen sie zuweilen Kandidaten unterbringt, wenn gleich keineswegs an aussichtsreicher Stelle.¹¹

In einem Grundsatzbeitrag nahm sich der Vorsitzende Heinz Stehr auf der 6. Tagung des Parteivorstands am 5. Februar 2006 der Frage an, wie sich die DKP zum Zusammengehen von PDS und WASG zu positionieren habe. „Meiner Meinung nach muß linke antikapitalistische Politik heute vor allem auch umfassende Opposition zur tatsächlichen neoliberalen Koalition von CDU über SPD, Grünen bis zur FDP sein. Eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern schadet dem politischen Ziel, einen Politikwechsel durchzusetzen.“¹² Was das Verhältnis zur PDS seit 1990 betraf, stellte Stehr vier Punkte heraus: Ein normales Verhältnis zwischen beiden Parteien sei trotz mancher Ansätze nicht entstanden, die PDS von einer marxistisch-leninistischen zu einer „ideologisch-pluralistischen“ Partei mutiert; die PDS habe ihren Standort zur DKP nicht bekannt, wohl aber die DKP zur PDS.¹³ Stehrs Aussage, die PDS sei eine „ideologisch-pluralistische“ Partei geworden, offenbart sein mangelndes Pluralismusverständnis. Ebenso ist seiner Behauptung, der große Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 gehe auch auf die DKP zurück, fehlender Realismus zu entnehmen. Diese spielte bei der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG keinerlei Rolle. Obwohl das „linksreformistische Parteiprojekt“ als „Fortschritt“ gilt, stellte Stehr fest: „Die DKP will keine Plattform in einer Linkspartei sein.“¹⁴ Sie ist ohne strategische Option, steht daher schlechter denn je da.

3. Die Entstehung des Programms von 2006

Das auf dem Mannheimer Parteitag 1978 beschlossene Programm wurde erst am 8. April 2006 auf der 2. Tagung des 17. Parteitages in Duisburg nach jahrelanger Pro-

11 Vgl. dazu ausführlicher Eckhard Jesse, Die Deutsche Kommunistische Partei und ihr Verhältnis zur PDS, in: Ebd., S. 49-55.

12 Heinz Stehr, Sozialismus als realistische Möglichkeit, in: Junge Welt vom 16. Februar 2006.

13 Vgl. ebd.

14 Ebd.

grammdiskussion durch ein neues abgelöst – mit 115 Stimmen gegen 34 Nein-Voten und zehn Enthaltungen.¹⁵ Der stellvertretende Parteivorsitzende Rolf Priemer räumt ein: „Wir haben uns schwer getan mit der Erarbeitung dieses Programms. Als Heinz Stehr im Dezember 1989 im Parteivorstand über die Notwendigkeit zur programmatischen Erneuerung der DKP sprach, haben wohl die wenigsten unter uns sich vorstellen können, welch mühsamer, langwieriger, strittiger Prozeß vor uns liegen würde. Aber die Erschütterungen, die sich aus dem für uns zunächst nicht vorstellbaren Zusammenbruch des Sozialismus in den osteuropäischen Ländern – ja selbst in der Sowjetunion – ergaben, waren erheblich. Und das, was sich daraus für die fast uneingeschränkte Herrschaft des Imperialismus auf dem Globus sowie für eine Gegenstrategie der Arbeiter- und kommunistisch-sozialistischen Bewegung ergab, mußte gründlich analysiert und ausgestritten werden.“¹⁶ Die DKP war schon vor dem Ende des realen Sozialismus infolge der kontrovers geführten Diskussion über die Politik Gorbatschows keine geschlossene Partei mehr. Die „Erneuerer“ (und andere) verließen nach dem Zusammenbruch der DDR die Partei, doch setzte nun unter den „Orthodoxen“ ein Streit darüber ein, ob die Niederlage des „realen Sozialismus“ durch zu viel oder zu wenig Reformbereitschaft bedingt gewesen sei.

Die „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ auf dem Mannheimer Parteitag 1993 bildeten den Startschuß für eine Programmdebatte. 1996 wurde ein „Aktionsprogramm“ verabschiedet, im Juni 2000 das Positionspapier „Die DKP – Partei der Arbeiterklasse“ auf dem 15. Parteitag. Es ergab sich eine „lange und zuweilen mit scharfer Polemik geführte innerparteiliche Debatte“¹⁷ – etwa über die Einschätzung des Imperialismus, über die Art der Fehler des „realen Sozialismus“ oder über die künftigen Perspektiven. Der Parteivorstand beauftragte, nachdem sich eine Programmkommission nicht einigen konnte, im Juni 2004 vier Autoren damit, einen Programmentwurf auszuarbeiten: Willi Gerns, Hans Heinz Holz, Nina Hager, Leo Mayer. Diese Gruppe war heterogen zusammengesetzt. Neben dem „orthodoxen“ Holz gehörte ihr mit Mayer, der bei der Bundestagswahl 2005 auf der sächsischen Landesliste der Linkspartei kandidiert hatte,¹⁸ ein Theoretiker an, der in punkto Globalisierung neue Wege zu beschreiten gewillt war. An die Stelle der imperialistischen Mächte würden transnationale Konzerne treten.¹⁹ Der im März 2005 vorgelegte Text – auf der 1. Tagung des 17. Par-

15 Vgl. Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Beschlossen auf der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP, Essen o.J. (2006), S. 1-15. Die Seitenangaben im Text des Beitrages beziehen sich auf dieses Dokument.

16 So Rolf Priemer, Das neue Parteiprogramm der DKP. Auszüge aus dem Referat auf der 7. Parteivorstandssitzung der DKP, 14. Mai 2006, in: Marxistische Blätter 44 (2006) 3, S. 5.

17 Hans Heinz Holz, Das neue Programm der DKP, in: offen-siv, 9/2006, S. 56.

18 Vgl. Leo Mayer, Zehn Thesen zur Bundestagswahl, in: Marxistische Blätter 43 (2005) 4, S. 67-71.

19 Vgl. ders., Ein Beitrag zur Analyse des heutigen Imperialismus, in: unsere zeit v. 16. März 2001; ders., Globalisierung und Krieg, in: Marxistische Blätter 41 (2003) 5, S. 25-33. Die Rolle Mayers wird (überbetont in dem Beitrag von Manfred Wilke/Udo Baron, Die Deutsche Kommunistische Partei in europäischer Perspektive, in: Politische Studien 56 (2005) 6, S. 57-66.

teitages der DKP – wurde in unveränderter Form als Diskussionsgrundlage für die Partei verabschiedet. Änderungsanträge sollten bis spätestens Anfang 2006 den Autoren zugehen. Willi Gerns und Nina Hager, die beiden „Zentristen“ innerhalb der Vierer-Gruppe, erläuterten in einem Grundsatzbeitrag für die „Marxistischen Blätter“ die Notwendigkeit des neuen Programms, seine Gegenstände und Adressaten sowie das Verhältnis von Kontinuität und Erneuerung.²⁰ Nicht zuletzt die Niederlage des „realen Sozialismus“ verlange ein neues Programm, da sich „die Kampfbedingungen grundlegend verändert haben“.²¹ Das Programm richte sich zum einen an die Mitglieder der Partei, zum andern an gewerkschaftlich orientierte Arbeiter (noch) ohne Bindung an die DKP. Mit Blick auf Kontinuität und Erneuerung heißt es diplomatisch, die Partei habe einerseits auf bewährte programmatische Grundlagen zurückgreifen können und andererseits Neuerungen vornehmen müssen.

Im Laufe des Jahres 2005 beschloß der Parteivorstand, auf dem Parteitag im April 2006 nicht, wie vorgesehen, den Entwurf, sondern die Endfassung zu verabschieden. Die Diskussion in der Partei wie in ihrer Zeitung *uz* hielt sich gleichwohl in Grenzen, nachdem es zuvor heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte. „Bis zum Endtermin zu Jahresanfang waren dennoch 270 Anträge eingelaufen, die – soweit sie freilich ins Grundkonzept paßten – von der Autorengruppe bis Anfang Februar in die Diskussionsgrundlage eingearbeitet wurden. Zu diesem erneuerten Text nun konnte die Parteibasis Änderungsanträge an den Parteitag stellen, die auf diesem abgestimmt werden sollten, um das Ganze dann als fertiges Programm zu verabschieden. Insgesamt gingen – bei recht knapper Frist – 345 Anträge ein: Zum Abschluß kam also doch noch Bewegung in die Partei.“²² An dem Entwurf änderte sich Gravierendes freilich nicht mehr. Vor allem die orthodox-kommunistische Richtung, wie sie etwa im „antirevisionistischen“ Theorieorgan „offen-siv“ zu Worte kommt, zeigte sich unzufrieden²³ – keineswegs nur wegen des Zeitdrucks.²⁴

Die stellvertretende Vorsitzende Nina Hager kehrte in ihrem Einleitungsreferat am 8. April – vor der siebenstündigen Abschlußberatung und anschließenden Abstimmung – die unterschiedlichen Positionen noch einmal heraus: „Die inhaltlichen Debatten in unserer Partei machten in den vergangenen Jahren aber zunehmend auch deutlicher, daß es im Zusammenhang mit den neuen Entwicklungen im Monopolkapitalismus unter-

20 Vgl. Willi Gerns/Nina Hager, Kontinuität und Erneuerung im Programmentwurf der DKP, in: *Marxistische Blätter* 43 (2005) 3, S. 5-11.

21 Ebd., S. 5.

22 Arne Taube, Zur letzten Etappe der Programmdiskussion und zum Verlauf des Parteitags der DKP, in: *offen-siv*, 9/2006, S. 38.

23 Vgl. etwa das Heft 9/2006 mit dem Titel: „Analysen zum neuen DKP-Programm. Protokollband der außerordentlichen Sitzung des Herausbergremiums von „offen-siv“ zum Thema: „Das neue Programm der DKP“. Die Zeitschrift wurde 1993 von Mitgliedern der Kommunistischen Plattform der PDS ins Leben gerufen. Siehe auch: *offen-siv* (Hrsg.), *Niedergangsanalyse. Die Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Europa*. Reprint der besten *offen-siv*-Artikel, Hannover 2007.

24 Vgl. etwa Andreas Grünwald, Schwierige Programmsuche, in: *Junge Welt* vom 6. April 2006.

schiedliche Meinungen über die Gewichtung von Widersprüchen und Gemeinsamkeiten, der Rolle der Transnationalen Konzerne, der Einschätzung des deutschen Imperialismus und der EU sowie über Veränderungen in der Rolle der Nationalstaaten gibt. Diskussionen gibt es über die Einschätzung der Gewerkschaften und unsere Haltung zu ihnen, über die Bündnispolitik der DKP und natürlich auch darüber, was für eine kommunistische Partei wir unter den grundlegend veränderten Kampfbedingungen brauchen.²⁵ Sie warnte vor einer als demoralisierend empfundenen Vertagung und plädierte für eine Verabschiedung des als Kompromiß charakterisierten Programms. So geschah es dann auch. Hans Heinz Holz, einer der vier Programmautoren, versuchte eine gewisse Unentschiedenheit des Programms mit der Unabdingbarkeit des Erhalts der Einheit der Partei dialektisch zu rechtfertigen: „Wenn von Kritikern eingewandt wird, daß dies Widersprüche beinhalte, so muß man dem entgegen: Für den Dialektiker ist die Wirklichkeit durch Widersprüche bestimmt, und aufgelöste Widersprüche als solche stehen zu lassen, ist realistisch.“²⁶

War das erste Programm in einer Phase abgefaßt, als der Kommunismus sowjetischer Prägung stabil erschien, so ist das neue in einer Zeit konzipiert, in der das Sozialismusverständnis der DKP im Weltmaßstab keine Rolle mehr spielt. Das neue Programm besteht aus sechs Kapiteln, die wiederum durch einzelne Abschnitte voneinander getrennt sind, weist damit also eine ganz ähnliche Struktur auf wie das alte. Im Vorspann, der faktisch eine Kurzfassung bietet, macht die Partei die „Kapitalverwertung“ für Hunger und Elend in der Welt verantwortlich. „Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt“ (S. 1). Auch wenn die „Zerstörung des Sozialismus in Osteuropa“ die „bisher tiefste, bis heute nicht überwundene Niederlage für die internationale Arbeiterbewegung, für alle progressiven Kräfte, ja sogar für die bürgerliche Aufklärung“ (S. 1) gewesen sei, gehöre nicht dem Kapitalismus die Zukunft. Historizistische Denkmuster sind also erkennbar. Die Partei behauptet, in ihr vereinigen sich u.a. die Erfahrungen des Kampfes gegen die „Spaltung Deutschlands“ (S. 2). „Fundament und politischer Kompaß der Politik der DKP sind die von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie. Die DKP wendet diese Lehren des Marxismus auf die Bedingungen des Klassenkampfes in unserer Zeit an und trägt zu ihrer Weiterentwicklung bei“ (S. 2). Ganz ähnlich lautete eine Formulierung im Vorspann des Mannheimer Parteiprogramms von 1978.²⁷

25 Nina Hager, Unser Programm – Was wir wollen und wofür wir kämpfen, in: unsere zeit vom 14. April 2006.

26 Holz (FN 17), S. 57.

27 Vgl. Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Düsseldorf 1978, S. 7.

4. „Imperialismus heute“

Die Überschrift des ersten Kapitels, des längsten, unterscheidet sich gravierend von der des ersten Kapitels im alten Programm („Unser Epoche ist die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab“). Jetzt fallen die Aussagen der DKP angesichts der Niederlage des „realen Sozialismus“ viel skeptischer aus. Seinerzeit hieß es vollmundig: „Nachdem durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution die Alleinherrschaft des Imperialismus über die Welt gebrochen wurde, hat dieser inzwischen auch die Vorherrschaft in der internationalen Arena unwiderruflich verloren. [...] Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus schränkt den politischen und ökonomischen Handlungsspielraum des Imperialismus ein und verringert seine Möglichkeiten, den gesellschaftlichen Fortschritt mit Gewalt aufzuhalten.“²⁸ Die „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab“ taucht wohlweislich nicht mehr auf.

Die Einschätzung des Kapitalismus fällt etwas widersprüchlich aus. Einerseits ist von der „neue[n] Expansionsdynamik des Kapitalismus“ die Rede, andererseits „mehrten sich die Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern“ (S. 1). Überhaupt ist bei der Interpretation des heutigen Kapitalismus eine gewisse Unsicherheit erkennbar. Das Programm kann sich nicht entscheiden, ob Lenins Imperialismustheorie weiterhin gilt oder ob die u.a. von Leo Mayer verfochtene These stimmt, wonach die Konkurrenz transnationaler Konzerne die Konkurrenz zwischen den Staaten abgelöst hat. Für beide Positionen gibt es im Programm Anhaltspunkte.²⁹ Scharf wird die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Gestalt kritisiert, nicht aber die EU an sich: „Nur ein Europa, das gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, würde das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern“ (S. 5).

5. „Der deutsche Imperialismus“

Diese Überschrift ist eine Kurzfassung von Mannheim: „Der deutsche Imperialismus – Die Bundesrepublik Deutschland und die Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems“. Die „Monopolbourgeoisie“ streite sich zwar über die angemessene Verwirklichung der außenpolitischen, außenwirtschaftlichen und militärpolitischen Interessen, aber es herrsche Konsens „über die Unverzichtbarkeit des Bündnisses mit dem US-Imperialismus. Dies gerät jedoch in Kollision mit der Tatsache, daß sich die US-Regierung über wichtige deutsche und westeuropäische Interessen hinwegsetzt. Das führt zu Widersprüchen bis in das Lager der Regierung und der Monopolbourgeoisie“ (S. 6).

²⁸ Ebd., S. 13 f.

²⁹ Ein orthodoxer Kommunist wie Kurt Gossweiler geißelt solche Unentschiedenheit. Vgl. ders., Analyse der Teile I „Imperialismus heute“ und II „Der deutsche Imperialismus“ des Programms der DKP, in: offen-siv, 9/2006, insbes. S. 9 f.

Der Wegfall der Systemkonkurrenz habe friedensfeindliche und unsoziale Politik ermöglicht, zumal gegenüber den neuen Bundesländern. Die politische Wirklichkeit wird mit der folgenden Aussage auf den Kopf gestellt: „Dies ist das Resultat eines beispiellosen Rückgewinnungs-, Ausplünderungs- und Restaurationsprozesses, der nach der Konterrevolution 1989/90 mit der Wirtschafts- und Währungsunion Anfang Juli 1990 unter der Regie des westdeutschen Kapitals offen einsetzte“ (S. 6).

Auch den Ausführungen in diesem Kapitel wohnt nicht der Optimismus des Programms von 1978 inne. Es sei „nach einigen Jahrzehnten relativer Sicherheit“ eine Situation zurückgekehrt, „in der jeder plötzlich ein Verlierer, keiner sich seiner Sache mehr sicher sein kann“ (S. 6). Soziale Kämpfe führten nicht mehr nahezu gesetzmäßig zu einer Stärkung der sozialen Rechte. Durch wachsende Armut werde dem Reformismus die soziale Basis entzogen. „Die SPD ist von einer tiefen Krise erfaßt und zu einer neoliberalen Partei geworden“ (S. 6). Das klang 1978 mit Blick auf die SPD ganz anders, mit Blick auf die Gefährdung des Lebensstandards aber ähnlich. Das neue Parteiprogramm verklärt die Vergangenheit, gemessen an den eigenen Behauptungen von früher.

6. „Der Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus“

Dieses Kapitel, früher das vierte („Unser sozialistisches Ziel“), präsentiert das Sozialismusverständnis der Partei, geht aber auch auf die Rückschläge ein. In dem ersten Unterkapitel („Das sozialistische Ziel“), das viele Gemeinsamkeiten zu den einschlägigen Passagen im Programm von 1978 aufweist, kommt am Ende Historizismus zur Geltung, der Glaube an Gesetzmäßigkeiten: „Der Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab wird sich daher mit Notwendigkeit in einem langen geschichtlichen Prozeß vollziehen“ (S. 8). Anders als früher heißt es jetzt, eine sozialistische Gesellschaft werde sich wahrscheinlich nur im Rahmen einer Umwälzung in verschiedenen Ländern zugleich bilden. Die spezifische Ausformung des Sozialismus lasse sich nicht vorhersagen. Das Mannheimer Programm war da weitaus konkreter. Offenbar hat der Zusammenbruch des Sozialismus die Autoren zu größerer Vorsicht veranlaßt, zumal nun ein Vorbild, das Orientierung böte, fehlt, von einem Land wie Kuba abgesehen.

Bei dem Unterabschnitt über „Die Erfahrungen des Sozialismus“ kommen die „Leistungen des Sozialismus“ (eher knapp) ebenso zur Sprache wie (ausführlicher) die „Ursachen der Niederlage“. Das ist auf den ersten Blick überraschend und für orthodoxe Kommunisten wohl eine Provokation. Zu den zum Teil in pathetischer Form beschriebenen Leistungen zählen u.a. die Beseitigung des Profitprinzips und die Durchsetzung sozialer Errungenschaften. Auch die DDR bedenkt das Programm mit viel Lob: „Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der SED der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. Vier Jahrzehnte lang war in einem Teil Deutschlands die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt“ (S. 8). Fehler des „realen Sozialismus“ finden durchaus Berücksichtigung, wenn auch nur vage: Die füh-

rende Rolle der Arbeiterklasse sei aufgrund der Herausforderungen durch den Kapitalismus „zunächst weitgehend stellvertretend durch die führende Rolle der kommunistischen Partei ersetzt“ (S. 8) worden. Die Partei der Arbeiterklasse habe an Glaubwürdigkeit verloren, innerparteiliche Demokratie sei zu kurz gekommen. „Vor dem Hintergrund eines fehlenden Vorlaufs bürgerlich-demokratischer Rechtsformen wurden, im Widerspruch zum humanistischen Wesen des Sozialismus, die Prinzipien sozialistischer Demokratie durch Mißachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit, durch Repression, durch Massenverfolgung und Verbrechen massiv verletzt. Zahllose Menschen, auch Mitglieder der KPdSU, der Roten Armee und der Kommunistischen Internationale fielen dem zum Opfer. Das hat dem Sozialismus und seinem Ansehen schwer geschadet“ (S. 8 f.). Dies ist starker Tobak für das Programm einer marxistisch-leninistischen Partei, ebenso die (allerdings vage) Aussage, Kommunisten in der Bundesrepublik hätten „fehlerhafte Einschätzungen“ (S. 9) mitgetragen. Als innere Hauptursache der Niederlage des „realen Sozialismus“ gilt die Erstarrung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Aber warum „erstarrten“ sie? Darauf gibt es keine klare Antwort.

Die Niederlage des Sozialismus ist zugleich das Ergebnis „der äußeren und inneren Konterrevolution“ (S. 9). Als Folge der sich zuspitzenden Probleme gewannen „revisionistische Kräfte die Überhand“ (S. 9). Auf einmal sind „revisionistische Kräfte“, von denen zuvor nicht die Rede war, für die Niederlage verantwortlich. In derartigen Formulierungen spiegeln sich unterschiedliche Positionen innerhalb der Partei wider. Weder der Name Stalins noch der Gorbatschows fällt. Aus einem Guß ist das Programm nicht. Die DKP nimmt keine klare Position bei der Frage ein, ob die Verantwortung für die Niederlage dem Breschnew-Kurs oder dem Gorbatschow-Kurs obliegt. Die folgende Formulierung zeigt prototypisch die Hilflosigkeit der DKP-Programmatik: „Die DKP stellt sich der Aufgabe, die Ursachen für die Niederlage aufzudecken und daraus Schlußfolgerungen für künftige sozialistische Entwicklungen zu ziehen“ (S. 9). Gleiches gilt für das Diktum zu den Ursachen für den Untergang des kommunistischen Weltsystems, wofür „wir bisher noch keine abschließenden Erklärungen [haben]; die Diskussion dazu findet in der DKP statt“ (S. 8).

7. „Unser Weg zum Sozialismus“

Der vierte Abschnitt war 1978 der dritte („Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt – Für Frieden und Völkerfreundschaft“). Bereits die Formulierung zeigt die neue Akzentsetzung. Seinerzeit fiel das entsprechende Kapitel weit detaillierter aus. Allerdings überwiegt in diesem Kapitel mit der Anknüpfung an die Notwendigkeit „für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ (so die Zwischenüberschrift; S. 9) Kontinuität. Das Kapitel fängt mit einem Paukenschlag an: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tiefgreifende Umgestaltung und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden. Voraussetzung dafür ist eine grundlegende Verände-

rung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Kräfte“ (S. 9). Allerdings gehe es heute zunächst nur um „Abwehrkämpfe“. Spielräume für Reformen seien eng geworden. Um den „neoliberalen Umbau der Gesellschaft“ (S. 10) zu stoppen, sei ein breiter gesellschaftlicher Widerstand nötig, bei der die Arbeiterklasse (also die DKP als deren Vorhut) die entscheidende Kraft sein müsse. Liegt hier ein Widerspruch vor? Einerseits wird für die Revolution plädiert, andererseits Reformen das Wort geredet. Der Widerspruch ließe sich dann auflösen, wenn Reformen nur den Zweck haben, das kapitalistische System „sturmreif“ zu schießen.

Im Mannheimer Programm von 1978 stand die Propagierung einer „antimonopolistischen Demokratie“ im Vordergrund. So hieß es: „Die DKP erachtet es als möglich und im Interesse der Arbeiterklasse erstrebenswert, daß der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in eine antimonopolistische Demokratie einmündet. Unter einer antimonopolistischen Demokratie versteht die DKP eine Periode grundlegender Umgestaltungen, in der die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte über so viel politische Kraft und parlamentarischen Einfluß verfügen, daß sie eine ihre gemeinsamen Interessen vertretende Koalitionsregierung bilden können“.³⁰ Solche Aussagen fehlen nun – offenkundig deshalb, weil eine solche „antimonopolistische Demokratie“ bei realistischer Betrachtung nicht auf der Tagesordnung steht. Statt dessen wird – zurückhaltender – von einer „antimonopolistischen Umwälzung“ gesprochen, in der „noch Elemente des Kapitalismus und schon Keimformen des Sozialismus vorhanden sind“ (S. 10). Der „Weg zum Sozialismus“, wenngleich Überschrift des Kapitels, bleibt weithin undefiniert, anders als im alten Programm. Obwohl die DKP für „soziale und demokratische Reformen“ (S. 9) plädiert, macht sie klar: Diese sind bloß Mittel zum Zweck der Revolution.

8. „Die Kräfte des Widerstands und des Fortschritts“

Diese Überschrift unterscheidet sich durch eine zurückhaltendere Formulierung von der analogen des alten Programms: „Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein breites Bündnis der demokratischen Kräfte“. Zu den Kräften des Fortschritts zählt Kuba, das sich gegen Angriffe behauptet habe. Die DKP setzt nach wie vor auf die „Arbeiterklasse“ und die Einheitsgewerkschaften. Auch in diesem Kapitel taucht die Notwendigkeit auf, den Kampf gegen „transnationale Konzerne“ zu führen. Eine internationale Vernetzung sei deswegen erforderlich. Propagierte die Partei 1978 die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“³¹, so ist diese Formulierung wohl wegen des schwachen Einflusses der DKP innerhalb der „Arbeiterklasse“ fallengelassen worden. Seinerzeit hieß es: „Im Ringen um die Aktionseinheit mißt die DKP dem gemeinsamen Handeln

³⁰ Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (FN 27), S. 66.

³¹ Ebd., S. 72.

von Kommunisten und Sozialdemokraten entscheidende Bedeutung bei.“³² Die als neoliberal geltende SPD scheidet nun für eine Kooperation aus. Nur in vager Form propagiert die DKP die Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien, etwa bei der Bekämpfung der Kriegspolitik oder der kapitalistischen Globalisierung. Der Name der PDS fällt nicht. Offenkundig ist die Furcht vor dieser als übermächtig angesehenen Konkurrenz groß. Einerseits hätten Aktivitäten linker Kräfte zugenommen, andererseits „neofaschistische“. Was ist richtig?

Ausführlich zollt die Partei dem Antifaschismus Tribut, stärker als 1978. Die DKP spricht nicht von Rechtsextremisten, sondern in alter kommunistischer Tradition von „neofaschistischen Kräften“. Das Grundgesetz firmiert als antifaschistisch. „Wir fordern gemeinsam mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten das Verbot sowie die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen“ (S. 13). Die DKP setzt offenkundig deshalb so stark auf den Antifaschismuskampf, weil sie glaubt, damit ihrer Isolierung entgegen zu können. Im übrigen sind die Grenzen zu dem vorherigen Kapitel fließend. Strategie und Taktik der Partei vermengen sich. Es fehlt an Trennschärfe.

9. „DKP – Partei der Arbeiterklasse“

Die Überschrift dieses letzten Kapitels ist nüchterner als die frühere: „Die Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse – Für die Stärkung der DKP und die Erweiterung ihres Masseneinflusses“. Dies entspricht eher der politischen „Großwetterlage“. Das Kapitel beschreibt, ähnlich wie früher, den historischen Weg der Kommunisten, ihre weltanschaulichen Grundlagen, die Prinzipien des innerparteilichen Lebens sowie den Grundsatz des „proletarischen Internationalismus“. Stolz wird verkündet, sie stehe in der Tradition der kommunistischen Bewegung. „Sie kämpft im Geiste und im Sinne von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Max Reimann“ (S. 14). Diese Namensgalerie tauchte bereits 1978 auf. Immerhin findet sich auch ein Satz wie der folgende: „Der DKP geht es um die kritische Überprüfung ihrer Geschichte, um Denkweisen und Strukturen zu überwinden, die dem humanistischen Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen“ (S. 14). Solch eine Formulierung wäre 1978 als deplaziert empfunden worden. Sie ist eine Reaktion auf die weltweite Niederlage des „realen Sozialismus“.

Auch sonst fällt das neue Parteiprogramm weniger vollmundig aus. Noch 1978 lautete in diesem Kapitel ein Satz wie folgt: „Die Entwicklung der DKP zu einer Massenpartei ist unerlässlich für die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, für die Erkämpfung einer antimonopolistischen Demokratie, für die

32 Ebd., S. 73.

Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik.“³³ Da eine solche Aussage nicht mehr auftaucht, läßt sich im Umkehrschluß behaupten, die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik sei nicht möglich. Oder die DKP räumt ein, das Diktum von 1978 entbehrte der Richtigkeit. Tertium non datur. Die Prinzipien des demokratischen Zentralismus für das innerparteiliche Leben haben insoweit eine Veränderung erfahren, als der folgende Satz aus dem Programm von 1978 fehlt: „Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei.“³⁴ – Das Programm endet mit den groß, fett und kursiv gedruckten Worten aus dem „Kommunistischen Manifest“: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ (S. 15).

10. Abschließende Bemerkungen

Überzeugt von der Unumkehrbarkeit der Entwicklungen in der Sowjetunion und in der DDR, mußte die DKP miterleben, wie die Menschen das kommunistische Joch abschüttelten. Gewiß, Parteiprogramme sind fast nie ein Lesegenuß, aber das der DKP ist besonders steril geschrieben. In Programmen anderer Parteien greifen Leerformeln ebenfalls um sich, doch bei der DKP wimmelt es zusätzlich an doktrinären Lehrformeln. Die Partei, heute kein Anhängsel einer starken Macht mehr, wartet in ihrem neuen, keineswegs kohärenten Programm mit der alten Kunde auf, daß sie das System der DDR befürwortet und das der Bundesrepublik Deutschland ablehnt. Auch wenn eine grundlegende Neuerung ausblieb,³⁵ sind gleichwohl manche Töne für eine kommunistische Partei durchaus selbstkritisch, allerdings nicht schonungslos. Die orthodoxe Richtung innerhalb der DKP kann mit diesem in mancher Hinsicht nüchterneren Programm kaum zufrieden sein. Doch die Parteiführung sah sich vermutlich deswegen zu gewissen Konzessionen an die Realität gezwungen, weil sie ansonsten im stark abgeschmolzenen Sympathisantenumfeld noch stärker in die Isolation geraten wäre.

Die Partei, bis zur friedlichen Revolution in der DDR der Interventionsapparat der SED-Westarbeit, spielt nach dem Untergang des „realen Sozialismus“ keine Rolle mehr. Sie konnte keinesfalls von dem Vorteil profitieren, nicht mehr mit den antidemokratischen Verhältnissen in einem Land konfrontiert zu werden, das sie als eines ihrer Vorbilder ansieht (Kuba ausgenommen). In der DKP versammeln sich jene linksextremistischen Kräfte, die dem Sozialismus sowjetischer Prägung nachtrauern. Das bestätigt weithin das neue Parteiprogramm, das allerdings insgesamt etwas weniger dogmatisch wirkt als das frühere.

33 Ebd., S. 84.

34 Ebd., S. 87.

35 Vgl. auch Armin Pfahl-Traugher, Treuteutsch fest im alten Dogma. Ein analytischer Blick in das neue DKP-Programm, in: Freiheit und Recht, 1/2007, S. 9 f.

Wer das Programm der DKP mit dem der PDS von 2003³⁶ vergleicht, kommt zum Ergebnis, daß viele Parallelen vorliegen.³⁷ Beide sind mehr oder weniger stark an Marx und Engels ausgerichtet, beide sprechen beständig von den „Kapitalverwertungsinteressen“, beide fordern die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Gleichwohl gibt es Unterschiede: Die PDS³⁸ meidet ein Bekenntnis zu Lenin (ohne sich aber von ihm zu distanzieren), ihr Sozialismusverständnis ist weniger grobschlächtig, und das DDR-Bild fällt differenzierter aus (jedoch keinesfalls differenziert). Die Grenzen sind fließend. Denn in der PDS sind auch jene (wie die Mitglieder der „Kommunistischen Plattform“) zu Hause, die ebenso gut in der DKP sein könnten. Zwischen der DKP und der PDS gibt es folglich Übereinstimmungen (etwa im Kampf gegen „Faschismus“ oder „Neoliberalismus“) und Unterschiede (etwa durch die starke Betonung zentralistischer Organisationsformen bei der DKP). Diese repräsentiert mit ihrer „reinen Lehre“ einen „harten“ Extremismus, jene einen „weichen“. Die PDS kommt den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates damit näher als die DKP.

Das Verhältnis der DKP zur PDS gilt als solidarisch, ist jedoch zunehmend gespannt. Die DKP macht der PDS gleichwohl Avancen, weil sie weiß, daß sie nur so gewisse Anerkennung im öffentlichen Raum finden kann. Sie steht mit dem Rücken zur Wand. Die PDS geht indirekt auf Distanz zur DKP, teils aus inhaltlichen, teils aus strategischen Erwägungen. Sie hat es als erfolgreiche Kraft nicht nötig, eine Partei zu hofieren, deren Unterstützung ihr nicht sonderlich nützt, zumal sich durch den Zusammenschluß mit der WASG die Diaspora-Situation im Westen ändern könnte. Die gelegentlichen Kandidaturen der DKP auf den Listen der PDS sind kein Indiz für eine Liberalisierung, sondern eher ein Indiz für die unter extremismustheoretischen Gesichtspunkten höchst problematische Haltung der PDS.

Die DKP überschätzt, wie dies für viele Parteien gilt, den Stellenwert ihres Programms. „Unser Programm wird Auswirkung auf andere linke Kräfte haben, die ebenfalls Diskussionen über ihre zukünftigen Grundlagen führen. Die von uns kontinuierlich vorgetragene Gesellschaftskritik und die Propagierung von Alternativen, die über das kapitalistische Gesellschaftssystem hinausgehen, hat andere Kräfte längst – wenn auch immer noch in bescheidenem Umfang – erfaßt.“³⁹ Sie ist eine Partei linksextremistischer Sektierer.

36 Vgl. Viola Neu, Das neue PDS-Programm aus dem Jahr 2003, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 16, Baden-Baden 2004, S. 155-168; aus DKP-Sicht: Eckhard Lieberam, Karl Marx und das Chemnitzer Programm der PDS, in: Marxistische Blätter 41 (2003) 6, S. 11-15. Generell zur Programmatik der Partei: Jürgen Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003, insbes. S. 56-76.

37 Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Das DKP- und PDS-Parteiprogramm. Eine vergleichende Analyse in extremismustheoretischer Perspektive, in: Hirscher/Pfahl-Traugher (FN 5), S. 39-48.

38 Es ist stets von der PDS die Rede, auch wenn sie von 2005 an „Die Linkspartei“ hieß. Nach dem Zusammenschluß von Linkspartei und WASG lautet der Name: „Die Linke“.

39 Priemer (FN 16), S. 7.

„Autonome Nationalisten“ – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager?

Von Christian Menhorn

1. Einleitung

Seit dem Jahr 2003 zeigen sich in der Öffentlichkeit vermehrt Angehörige einer neuen Strömung innerhalb des Neonazi-Spektrums, deren Erscheinungsbild dem der „klassischen“ Neonationalsozialisten derart konträr gegenübersteht, daß selbst Presseartikel bereits von „Maskierung“ oder „Verkleidung“¹ dieses Personenkreises sprachen. Denn die mit diesen Begriffen beschriebenen *Autonomen Nationalisten* (AN) ähneln in Habitus und Erscheinungsbild tatsächlich teilweise ihren linksextremistischen Pendanten aus der gewaltbereiten autonomen Szene. Sie legen eine aggressiv-militante Grundhaltung an den Tag und gebärden sich revolutionär. Nicht zuletzt treten AN in schwarzer Kleidung und teilweise verumumt bei Demonstrationen in Form von „Schwarzen Blöcken“ in Erscheinung. Um diese neuen Erscheinungs- und Aktionsformen des rechtsextremistischen Spektrums hat sich in den letzten Jahren eine Diskussion entzündet, die vor allem innerhalb der Szene geführt wird. Die Feststellung des Hamburger Neonationalsozialisten Christian Worch, demzufolge die AN einen „Paradigmen- und möglicherweise auch ein(en) Generationswechsel“² im Lager des bundesdeutschen Neonationalsozialismus darstellten, wird sowohl seitens der Sicherheitsbehörden als auch der Szene selbst unterschiedlich bewertet. Dieser Beitrag zeichnet daher zunächst die Entstehung des Phänomens nach, untersucht Selbstverständnis und ideologische Grundlagen der AN und versucht eine Prognose der weiteren Entwicklungstendenzen.

2. Entstehung und Begrifflichkeit

Nachdem zu Beginn der neunziger Jahre durch eine Vielzahl von Vereinsverböten die Organisationsstruktur der neonationalsozialistischen Szene nahezu zerschlagen worden war, begann gegen Mitte desselben Jahrzehnts ein Diskussionsprozeß innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums über dessen zukünftige organisatorische Ausrichtung. In den Jahren von 1994 bis 1996 legte eine Reihe führender Aktivisten Papiere mit weitgehend ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung vor, die darauf zielten, die Szene

1 Beispielsweise Axel Lier, Die Maske der Neonazis, in: Berliner Morgenpost vom 26. Mai 2006, unter: <http://www.morgenpost.de/content/2006/05/26/berlin/831446.html>; Andreas Kopietz, Neonazis verkleiden sich als Autonome, in: Berliner Zeitung vom 18. Februar 2004, S. 17.

2 Christian Worch, Gedanken über freien und autonomen Nationalismus, unter: <http://stoerti.atspace.com/260105.html> (26. Januar 2005).

durch die Bildung kleiner, lose organisierter lokaler – und damit von Verboten nicht mehr zu treffender – Gruppen wieder handlungsfähig zu machen. Das sogenannte Kameradschaftsmodell wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in der Szene implementiert, wobei die Vernetzung der einzelnen lokalen „Kameradschaften“ durch die zunehmende Nutzung moderner Kommunikationsmittel wie Mailboxen und später das Internet erleichtert wurde. Gleichzeitig waren allerdings auch seit 1996 die früher von beiden Seiten strikt beachteten Barrieren zwischen Neonazis und NPD aufgebrochen; immer stärker brachten sich beide Spektren in gemeinsame Aktivitäten unter dem Mantel des „Nationalen Widerstandes“ ein, dessen Führung freilich sowohl Neonazis als auch NPD zunehmend jeweils für sich beanspruchten. Daher war für die Akzeptanz des Kameradschaftsmodells innerhalb der Szene die Schaffung einer allgemein anerkannten Selbstbezeichnung für die in den Kameradschaften organisierten Neonationalsozialisten von großer Bedeutung. Mit dem Begriff der „Freien Nationalisten“, der von dem Hamburger Aktivisten Thomas Wulff 1998 proklamiert wurde,³ stellte die Szene ihre weitgehende Eigenständigkeit gegenüber Parteikräften als unumstößliche Prämisse heraus. Die neue Begrifflichkeit gewann im Verlauf der nächsten Jahre so sehr an Bedeutung, daß sie als Bezeichnung für den nationalsozialistischen Teil des rechtsextremistischen Spektrums sowohl für die Szene selbst als auch für die Medien und die Sicherheitsbehörden Allgemeingültigkeit erlangte.

Inhaltlich standen die Begriffe der „Freien Nationalisten“ bzw. „Freien Kräfte“ für zwei wichtige Aspekte. Einerseits war dies eine ideologische Freiheit, die sich die Neonazi-Szene fernab (wahl-)taktischer Zwänge einer Partei zumaß, andererseits aber auch eine organisatorische Unabhängigkeit, die meist in Form einer Abgrenzung vom hierarchischen Parteiapparat der NPD definiert wurde. Die zunehmende Orientierung führender „Freier Nationalisten“ in Richtung NPD seit 2003, die sich mit dem Eintritt der Führungsaktivisten Thomas Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff in die NPD im September 2004 öffentlich manifestierte, rüttelte daher an den beiden tragenden Säulen des Verständnisses der „Freien Kräfte“, zumal sich die drei Protagonisten auch weiterhin als „Freie Nationalisten“ innerhalb der Partei verstanden.⁴ Christian Worch kritisierte als wichtigster sceneinterner Skeptiker des Annäherungsprozesses zwischen Neonazis an NPD diesen Widerspruch Anfang 2005 wie folgt: „Womit man, wenn man es genau nimmt, zwischen ‚Freien Nationalisten‘ im engeren und im weiteren Sinne unterscheiden muß; oder, anders ausgedrückt: zwischen völlig (partei-)freien Nationalisten und parteigebundenen freien Nationalisten. [...] Eine hübsche Verwirrung im sprachlichen wie auch im politischen Sinne. So was kann zu Irritationen führen. Es ist jedenfalls mit dem [...] von Thomas Wulff unter ‚Freie Nationalisten‘ proklamierten Konzept allenfalls noch teil-identisch.“⁵

3 Vgl. Zentralorgan 1 (1998).

4 Thomas Wulff/Thorsten Heise/Ralph Tegethoff, Erklärung zum Eintritt in die NPD, unter: <http://www.eine-bewegung-werden.de> (17. September 2004).

5 Worch (FN 2).

Auch wenn sich nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen im September 2004 eine Reihe wichtiger Aktivisten der von der NPD proklamierten „Volksfront von rechts“ anschloß, teilte ein nicht unerheblicher Teil der Neonazi-Szene Worchs Kritik. Hierbei handelte es sich teilweise um eine neue, jüngere Generation. Deren Vertreter standen der Einbindung in die starren und legalistisch agierenden Strukturen einer Partei skeptisch bis ablehnend gegenüber und legten statt dessen eine aggressiv-militante Aktionsorientierung an den Tag. Sie lehnten sich an das Erscheinungsbild der linksextremistischen *autonomen Szene* an, deren struktureller Vorbildcharakter bereits gegen Mitte der neunziger Jahre von führenden Neonazis diskutiert worden war. Neu war innerhalb dieses Personenkreises damit nicht die taktische Analogie zur linksextremistischen Szene – die etwa Worch als im Vergleich zur rechtsextremistischen Szene der frühen neunziger Jahre „erheblich operationsfähiger“⁶ bezeichnet hatte –, sondern allenfalls die Übernahme linksextremistischer Insignien in punkto Kleidung und Habitus.

Seit 2004 drückte sich die Herausbildung des Phänomens der „Autonomen Nationalisten“ auch begrifflich aus. Christian Worch hatte zwar in einem Anfang 2005 erschienenen Diskussionspapier zum Thema behauptet, er habe mit der Bezeichnung „Rechte Autonome“ bzw. „Autonome Rechte“ bereits in den frühen neunziger Jahren einen ähnlichen Begriff geprägt, der durch die Veröffentlichung des Konzepts der „Freien Nationalisten“ in den Hintergrund gedrängt worden sei.⁷ Szeneinterne Verbreitung fand die Bezeichnung „Autonome Nationalisten“ aber erst seit etwa 2004, als sich erste lokale Gruppen als „autonom“ bezeichneten. Bundesweiten Bekanntheitsgrad erlangte die neue Strömung mit dem Aufruf von AN zur Bildung eines „nationalrevolutionären schwarzen Blockes“ anläßlich einer Demonstration der NPD am 1. Mai in Berlin.⁸ Dabei stellte der Terminus AN keine Bezeichnung für eine festgefügte Gruppierung oder Organisation dar, sondern wurde – analog zu dem der „Freien Nationalisten“ – als Oberbegriff für die neue Strömung verwendet. Lokale Gruppierungen wurden mit dem Zusatz der Stadt bzw. der Region (z.B. „Autonome Nationalisten Berlin“, „Autonome Nationalisten Westliches Ruhrgebiet“) unterscheidbar. Der Begriff des „Schwarzen Blocks“ diente als Ausdruck einer Aktions- oder Erscheinungsform insbesondere bei Demonstrationen, keineswegs als konkrete Organisationsbezeichnung.

3. Ideologie und Aktionsformen

Das Selbstverständnis der AN kann in Teilen als gewollte Abgrenzung zu den klassischen „Freien Nationalisten“ verstanden werden. Dies beginnt schon bei der Begrifflichkeit, erinnert das Attribut „autonom“ doch zunächst an den politischen Gegner. Worch verteidigte die „Autonomen Nationalisten“ gegen Kritik an deren Selbstbezeich-

6 Ebd.

7 Ebd.

8 Homepage „Black Block At Berlin“, unter: <http://autonom.biz> (Januar 2004).

nung ausdrücklich: „Weil einige nun mehr nicht mehr ganz freie (= parteifreie) Nationalisten weiterhin für sich in Anspruch nehmen, im gleichen Maße als Freie Nationalisten angesehen zu werden wie früher, darf sich niemand wundern, wenn der Begriff ‚Freie Nationalisten‘ damit verwässert wird, wenn er aufgeweicht wird. Und wenn die, die sich davon dann abgrenzen wollen, gerade ihrer eigenen Freiheit wegen den Begriff ‚frei‘ durch den ein wenig links klingenden Begriff ‚autonom‘ ersetzen.“⁹

Die Abgrenzung zu den traditionellen Neonationalsozialisten erfolgt nicht über eine eigenständige ideologische Position. Die positiv formulierten Zielvorstellungen der „Autonomen Nationalisten“ sind dürftig; das eigene Profil leitet sich demgegenüber überwiegend aus einer Anti-Haltungen ab. So ist es nicht verwunderlich, daß aus dem Bereich der neuen Strömung keinerlei Positionspapiere vorliegen, die sich tiefergehend mit ideologischen Fragestellungen auseinandersetzen. Die einzigen beiden Ausarbeitungen über AN stammen bezeichnenderweise aus den Reihen der „Freien Kräfte“ – ein eher ideologisch geprägtes von Christian Worch mit dem Titel „Gedanken über freien und autonomen Nationalismus“ von Januar 2005,¹⁰ und ein eher strategisch-aktionistisch ausgerichtetes des „Aktionsbüros Mittelhessen“ vom Mai 2004 mit der Überschrift „Der schwarze Block – Eine notwendige Klarstellung“.¹¹ Auch die Vielzahl von Beiträgen „Autonomer Nationalisten“ in virtuellen Internet-Diskussionen läßt eine eher schwache ideologische Ausprägung erkennen. Die Eigenbehauptung, die Strömung der „Autonomen Nationalisten“ fuße auf nationalrevolutionären Ideologemen, wie sie in dem oben bezeichneten Aufruf zur Bildung eines „nationalrevolutionären schwarzen Blocks“ zum 1. Mai 2004 erschien, läßt sich bei näherer Untersuchung nicht aufrechterhalten. Zwar ist eine Übernahme einzelner Wesenszüge der nationalrevolutionären Bewegung der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts – etwa nationalistisch-völkische, antibürgerliche und antiwestliche Elemente – zu erkennen; doch negieren AN im gleichen Atemzug die Gegnerschaft der Nationalrevolutionäre zum historischen Nationalsozialismus, wenn sie den zitierten Aufruf mit der Parole „Support your local ns black block!“ beschließen.¹² Mit der Forderung nach einer Abschaffung des „Systems“ und dessen Ersetzung durch eine „neue, freie, gerechte und NATIONAL UND SOZIALE Gesellschaftsform“¹³ scheinen die „Autonomen Nationalisten“ daher eher auf den sozialistischen Flügel des historischen Nationalsozialismus zu rekurrieren. Eine grundsätzlich nationalsozialistische Ideologiebasis belegt auch die Antwort einer den „Autonomen Nationalisten“ zuzurechnenden Gruppierung „Nationale Sozialisten – Bundesweite Aktion“ auf die Kritik „Freier Kräfte“ an der Übernahme von Stilmerkmalen aus dem linken Spektrum: „Glaubt es einfach, hier [auf dem Logo der ‚Nationalen Sozia-

9 Worch (FN 2). Fehler im Original.

10 Ebd.

11 Aktionsbündnis Mittelhessen, Schwarzer Block – Eine notwendige Klarstellung, S. 5 (6. Mai 2004).

12 Homepage „Black Block At Berlin“ (FN 8).

13 Ebd. Hervorhebung und Fehler im Original.

listen – Bundesweite Aktion’] steht nicht nur ‚Nationale Sozialisten’ drauf, hier sind auch nationale Sozialisten drinne.“¹⁴

Ablehnend stehen AN vor allem der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der Bundesrepublik gegenüber. Antikapitalistische und globalisierungsfeindliche Rhetorik nimmt einen breiten Raum in den Verlautbarungen ein. Damit wird auch die Forderung nach Abschaffung des „Systems“ verbunden. Pseudorevolutionäre Parolen („Kapitalismus zerschlagen – autonomen Widerstand organisieren“) werden regelmäßig auf Transparenten bei Demonstrationen zur Schau gestellt. Trotz dieser aggressiv-kämpferischen Haltung agitieren AN dabei im Kern ihrer Aussagen nicht divergierend zu den „Freien Nationalisten“ oder Kräften der NPD, die beide ihrerseits seit einigen Jahren verstärkt versuchen, soziale Themen mit der Forderung nach einem Systemwechsel zu verbinden.¹⁵

Die Bruchlinien zwischen „Autonomen“ und „Freien Nationalisten“ liegen daher eher in der Wahl neuer, aggressiverer Erscheinungs- und Aktionsformen begründet, die von traditionell orientierten Neonazis abgelehnt oder gar als kontraproduktiv beurteilt werden. Der Forderung der „Freien Kräfte“ nach den „drei Eckpfeiler(n) Arbeit – Ehrlichkeit – Sauberkeit“¹⁶ setzen die „Autonome Nationalisten“ eine nahezu ungehemmte Bereitschaft zur Übernahme „linker“ Elemente in punkto Kleidung und Diktion entgegen. So sind Angehörige dieses Spektrums bei rechtsextremistischen Demonstrationen mit schwarzer Kleidung, Sonnenbrillen, Kapuzenpullovern, Baseball-Mützen und Palästinenserschals zuweilen kaum mehr von Gegendemonstranten zu unterscheiden. Den Vorwurf der „Freien Kräfte“, eine nationalistische Einstellung müsse sich auch in einem entsprechenden Kleidungsstil äußern, kontern sie mit dem Verweis, bei einer Beschränkung auf das traditionelle äußere Bild gehe dem rechtsextremistischen Spektrum eine Vielzahl potentieller Sympathisanten verloren, und greifen das bürgerlich orientierte rechtsextremistische Lager mit dem Vorwurf des „Ultrakonservatismus“ an: „Das heißt, daß wir uns dafür einsetzen, alle relevanten Teile der Jugend und der Gesellschaft zu unterwandern und für unsere Zwecke zu instrumentalisieren. Es spielt keine Rolle, welche Musik man hört, wie lang man seine Haare trägt oder welche Klamotten man anzieht. Es geht um Deutschland und um nichts anderes. Ultrakonservatives Gerede können wir nicht mehr hören.“¹⁷

Kritik macht sich auch an der Diktion der „Autonomen Nationalisten“ fest. Die üblicherweise dogmatische Ablehnung von Anglizismen im Bereich des traditionellen Neonazi-Lagers wird durch von „Autonomen Nationalisten“ auch öffentlich verwendete

14 Freier Widerstand vom 1. März 2005, zitiert nach Altermedia, Vermummen oder Gesicht zeigen? – Diskussion um „Autonome Nationalisten“ und „Schwarze Blöcke“, unter: <http://de/altermedia.info/date/2005/03/02> (2. März 2005).

15 In diesem Sinne hatten „Freie Kräfte“ seit April 2004 eine Demonstrationskampagne vor allem in Ostdeutschland initiiert, die unter dem Motto „Nein zur Agenda 2010 – Ein neues System bietet neue Möglichkeiten“ stand; vgl. <http://www.keine-agenda2010.de/Berichte.php>.

16 Aktionsbüro Süddeutschland, Stellungnahme zum Thema „Autonome Nationalisten“ (27. Juni 2005), in: Skadi-Forum, unter: <http://forum.skadi.net/archive/index.php/t-36015.html>.

17 „Autonome Nationalisten Wuppertal/Mettmann“, unter: <http://anwm.public-ns.net/wir.php>.

te Parolen („Fight the system – Fuck the law“, „Support your local ns black block“) konterkariert. Damit einher geht unterschwellig auch der Vorwurf einer kritiklosen Übernahme typischer linker Diktion und – daraus resultierend – mangelnder ideologischer Festigkeit.

Strittig ist zwischen beiden Lagern auch die Anwendung von Gewalt. Während die „Freien Nationalisten“ in ihrer Mehrheit aus taktischen Gründen Gewalt – insbesondere im öffentlichen Raum, wo man zur Werbung von Sympathisanten aus der Bevölkerung um ein besonders gesetzeskonformes Verhalten bemüht ist – ablehnen, verhehlen „Autonome Nationalisten“ ihre Bereitschaft zur Militanz nicht. Etliche öffentliche Aufrufe durchzieht zudem eine pseudorevolutionäre Diktion. Allerdings wird Gewalt nur reaktiv und zur Durchsetzung vermeintlich zustehender Rechte (etwa im Zusammenhang mit Demonstrationen) propagiert. So stellen die „Autonomen Nationalisten Wuppertal/Mettmann“ fest: „Wir wollen friedlich und gewaltfrei unsere Meinung in das Volk tragen. Wer aber meint, er müßte uns mit Gewalt davon abhalten, der wird sehr schnell die passende Antwort erhalten.“¹⁸

Anders als beim überwiegenden Teil der „Freien Nationalisten“ oder der NPD, bei denen auch fremdenfeindliche Inhalte eine zentrale Rolle spielen, sind Hauptangriffsziele der „Autonomen Nationalisten“ insbesondere die Polizei und der politische Gegner: die „Antifa“. So führten die „Autonomen Nationalisten München“ (ANM) am 14. Januar 2006 eine Demonstration in München unter dem Motto „Beckstein auf die Pelle rücken – Polizeiwillkür stoppen“ durch, in deren Verlauf ein führendes ANM-Mitglied per Lautsprecher die Parole „Deutschland – Bullenstaat – Wir haben dich zum Kotzen satt“ skandierte.¹⁹ Mit diesen beiden Feindbildern der Polizei und des politischen Gegners konzentrieren sich die „Autonomen Nationalisten“ letztlich auf im alltäglichen Leben konkret erlebbare Feindbilder, was sich – ungeachtet aller pseudorevolutionären Systemkritik – im Endergebnis in einem Mangel an weitreichenderen strategisch-konzeptionellen Überlegungen ausdrückt.

Auch beim „Schwarzen Block“, einer zentralen Aktionsform der „Autonomen Nationalisten“, die deren Selbstverständnis prägt, ist die Fixierung auf die beiden Hauptangriffsziele Polizei und politischer Gegner offensichtlich. Der „Schwarze Block“ wurde dem Auftreten linksextremistischer gewaltbereiter Autonome bei Demonstrationen entlehnt und soll eine größere Zahl „Autonomer Nationalisten“ zusammenfassen, die – einheitlich in schwarz gekleidet und teilweise verumumt – dadurch ein gewisses Drohpotential gegenüber Polizei und Gegendemonstranten aufzubauen versuchen. Im Aufruf zur Demonstration am 1. Mai 2004 in Berlin hieß es zur Funktion des „Schwarzen Blocks“: „Die schwarze Kleidung ermöglicht uns, daß wir von ANTIFAS, Bullen und anderen nicht mehr auseinandergehalten und erkannt werden können. [...] Der nationalrevolutionäre schwarze Block unterscheidet sich nicht hauptsächlich durch sein

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, München 2007, S. 123.

Äußeres von den anderen DemonstrantInnen, sondern durch die revolutionären Inhalte und seine Aktionen (Blockaden, Besetzungen, Verweigerungen etc.).²⁰

Zumindest in den Anfangszeiten der sceneinternen Diskussion um den „Schwarzen Block“ hatte es noch Versuche gegeben, eine Abgrenzung zu den „Schwarzen Blöcken“ der gewaltbereiten linksextremistischen *Autonomen* zu ziehen. So hieß es in einem Strategiepapier des „Aktionsbüros Mittelhessen“ aus dem Jahr 2004: „Der Block der Linken sollte und wird nicht kopiert werden. Der Linke Block zeigt sein Auftreten in Vermummung und durch einheitliche schwarze Kleidung und durch Nutzung und Duldung von Straftaten. Sie provozieren gewalttätige Ausschreitungen mit dem Gegner und propagieren dies öffentlich. Ihre Entschlossenheit wird durch diese Mittel unterstrichen. Dies ist der kleine, aber feine Unterschied zu unserem Block: Wir distanzieren uns ausdrücklich von der Gewalt und lehnen die einheitliche Kleidung und Vermummung kategorisch ab! Allein das Auftreten eines Blockes, der ebenfalls durch Transparente eingeschlagen ist,²¹ soll unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringen. Notfalls kann das energische Durchsetzen der Ziele auch mit anderen Formen umgesetzt werden als mit Gewalt oder deren Drohungen.“²²

Die ursprüngliche Distanzierung von Vermummung und uniformer Kleidung hat sich mittlerweile relativiert. Allerdings scheint es weiterhin Konsens unter „Autonomen Nationalisten“ zu sein, als „Block“ nur dann in Erscheinung zu treten, wenn der Ablauf einer Versammlung durch das Verhalten der Polizei oder von Gegendemonstranten ernsthaft gestört wird. Das erwähnte Strategiepapier definiert die Funktion des „Schwarzen Blockes“ so: „Der Block ist kein Ordnerdienst, der für die Ordnung der Versammlung zuständig ist, sondern zur Unterstützung und ‚Hilfsmittel‘, um dem Ziel der Versammlung nachzukommen und nötigenfalls Nachdruck zu verleihen. Er sollte nicht als Druckmittel vereinnahmt werden, aber auch nicht unterschätzt werden. [...] Wo Willkür gegen Nationalisten zur Praxis wird, sollte die Polizei und der politische Gegner mit Widerstand und Gegenwehr rechnen müssen. [...] Ein nationaler schwarzer Block ist einer von vielen Formen, den Widerstand effektiv auf die Straße zu tragen.“²³

4. Struktur, regionale Schwerpunkte und Aktivitäten

Das Potential der AN in Deutschland bewegt sich zwischen etwa 150 bis 200 Personen, die in losen Gruppen – vor allem in Ballungsräumen und Großstädten – angesiedelt sind. Die informationellen Verbindungen zwischen den einzelnen Gruppierungen sind lose, eine übergeordnete Leitung existiert nicht. Die Mobilisierungsfähigkeit ist dessen

20 Homepage „Black Block At Berlin“ (FN 8).

21 An anderer Stelle wird dies damit erläutert, daß die Form des „Blocks“ ausschließlich durch die Seitentransparente gehalten werden solle.

22 Aktionsbündnis Mittelhessen, Schwarzer Block (FN 10), S. 5.

23 Ebd., S. 7 f.

ungeachtet hoch; bei etlichen überregionalen Demonstrationen von Rechtsextremisten in den letzten Jahren stellten AN in „Schwarzen Blöcken“ eine öffentlich wahrnehmbare Teilnehmergruppe. So hatte die NPD am 1. Mai 2004 in Berlin-Lichtenberg eine Demonstration durchgeführt, die von Gegendemonstranten massiv gestört worden war. AN, die sich erstmals in größerer Anzahl zu einem „Schwarzen Block“ formiert hatten, hatten – wenn auch letztlich erfolglos – versucht, die Polizeiketten zwischen den Kundgebungsteilnehmern und Gegendemonstranten zu durchbrechen. Ein ähnliches Verhalten zeigten AN auch bei einer NPD-Demonstration zum 60. Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 2005 am Alexanderplatz in Berlin, nachdem die Polizei die Blockade der Veranstaltung durch Gegendemonstranten so nachgiebig geduldet hatte, daß die NPD letztlich gezwungen war, eine Standkundgebung abzuhalten. Dutzende in einem „Schwarzen Block“ auftretende AN-Angehörige hatten daraufhin wiederholt versucht, die polizeilichen Absperrungen zu überwinden und waren nur durch das beschwichtigende Eingreifen des NPD-Bundesvorsitzenden sowie des „Freien Nationalisten“ Thomas Wulff daran gehindert worden.

Die Angehörigen der AN-Gruppen sind überwiegend im Jugend- oder Jungerwachsenenalter, die meisten Führungsaktivisten zwischen 18 und 25 Jahre alt. Damit verfügen die AN über ein etwas jüngeres Potential als die „Freien Nationalisten“, deren Protagonisten teilweise deutlich über 30 oder 40, zuweilen – Christian Worch etwa – sogar bereits über 50 Jahre alt sind. Damit ist zumindest die Feststellung Worchs, demzufolge die AN einen Generationswechsel im neonationalsozialistischen Lager darstellten, nicht unzutreffend. Allerdings hat es die neue Strömung bislang nicht geschafft, zu einem Massenphänomen zu avancieren; von den rund 4.100 Neonationalsozialisten in Deutschland²⁴ stellen AN maximal einen Anteil von fünf Prozent. In den letzten Jahren ist in Deutschland eine Reihe von lokalen AN-Gruppierungen in Erscheinung getreten. Sie konzentrieren sich vor allem auf das Ruhrgebiet, Berlin und München; allerdings sind auch in kleineren Städten wie Rostock entsprechende Gruppen zumindest zeitweilig aufgetreten.

In Berlin wurden Ende 2003 die ersten Angehörigen der AN im öffentlichen Raum festgestellt. Bei einer Demonstration am 6. Dezember 2003, bei der die später verbotene Neonazi-Organisation „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) die Errichtung eines nationalen Jugendzentrums gefordert hatte, waren die ersten Neonazis in „linkem“ Kleidungsstil und mit einem Transparent „Kapitalismus zerschlagen – Autonomen Widerstand organisieren“ erschienen.²⁵ Ende 2005 bezifferte die Landesbehörde für Verfassungsschutz Berlin das Potential der in sogenannten „autonomen Aktionsgemeinschaften“ beheimateten Neonationalsozialisten auf rund 100.²⁶ Damit dürfte die Region Berlin im bundesweiten Vergleich die stärkste Bastion von AN darstellen.

24 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 55.

25 Kopietz (FN 1).

26 Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 23.

In Nordrhein-Westfalen sind in der Vergangenheit sieben lokale Gruppen bekanntgeworden. Die beiden einflussreichsten stellen die „Autonomen Nationalisten Westliches Ruhrgebiet“ (ANWR) im Raum Duisburg sowie die „Autonomen Nationalisten Östliches Ruhrgebiet“ (ANÖR) in der Region um Dortmund dar. Zwei führende Aktivisten der ANÖR waren Betreiber des Internet-Portals „Freier Widerstand“²⁷, in dessen Forum in den Jahren 2004 und 2005 eine kontroverse Diskussion über das Phänomen stattgefunden hatte und das hierdurch eine wichtige ideologiebildende Funktion erlangt hatte. Weitgehend virtuellen Charakter haben dagegen die Gruppen „Autonomer Nationalisten“ in Wuppertal/Mettmann, Neuss, Marl, Dinslaken und Ahlen. Zumindest die beiden ersten Gruppierungen sind in das überregional agierende Netzwerk des „Aktionsbüro Westdeutschland“²⁸ eingebunden. Trotz der in Zahlen relativ großen rechtsextremistischen Szene im Ballungsraum des Ruhrgebietes dürften die „Autonomen Nationalisten“ hier nur einige Dutzend Mitglieder stellen.

In München existieren seit Juni 2005 die „Autonomen Nationalisten München“. Die 10 bis 15 Personen umfassende Gruppe hatte sich im Sommer 2005 von der „Kameradschaft München“ abgespalten, deren Leiter sie einen zu legalistisch ausgerichteten Kurs vorgeworfen hatten, nachdem es zuvor zu Übergriffen von Linksextremisten auf Kameradschaftsmitglieder gekommen war.²⁹ Zumindest temporär trat auch eine Gruppierung mit der Bezeichnung „Autonome Nationalisten Rostock“ im Jahr 2005 in Erscheinung. Sie legten auf einer Reihe von Demonstrationen in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2003 bis 2005 das typische „autonome“ Erscheinungsbild an den Tag.³⁰

5. Differenzen zwischen „Freien“ und „Autonomen Nationalisten“

Christian Worch hatte in seiner Abhandlung über die AN vorsichtige Kritik an Auftreten und Aktionsformen geübt; „viele am ‚Block‘“ sei „diskussionswürdig“.³¹ Sehr viel eindeutiger fällt die Kritik von Protagonisten des Lagers der „Freien Nationalisten“ aus, die vor allem auf zwei Hauptpunkte abhebt: die Übernahme von Stilelementen aus dem Spektrums des politischen Gegners und das martialische Auftreten des „Schwarzen Blockes“ in der Öffentlichkeit. Eine heftige sceneinterne Diskussion entzündete sich nach der Veröffentlichung des Worch-Papiers zwischen Januar 2005 und dem 1. Mai 2005, dem Datum einer von Worch in Leipzig angemeldeten Demonstration zum „Tag der deutschen Arbeit“. Dieser Streit wurde vor allem über das Internet auf diversen

27 Jan Spreuk, Der Ober-„Autonome“, in: Lotta, 22/2006, S. 23.

28 Vgl. <http://www.ab-west.tk>.

29 Bayerisches Staatsministerium des Innern (FN 19), S. 123.

30 Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Schwerin 2006, S. 37.

31 Worch (FN 2).

einschlägigen Homepages und in Szene-Foren geführt. So kommentierte der Betreiber des „Störtebeker-Netzes“ Anfang 2005 im Hinblick auf die Öffentlichkeitswirkung des „Schwarzen Blocks“: „Nach unserem Dafürhalten sind schwarze Blöcke, welcher Art auch immer, letztendlich schädlich und kontraproduktiv. Uns ist nicht ganz klar, was oder wen man damit erreichen will. Leute, die weniger zu politischer Exzentrík oder Fanatismus neigen, bestimmt nicht. Dummerweise sind aber gerade sie es, die die Masse darstellen und die letztlich darüber entscheiden, ob man ins Parlament kommt oder nicht. [...] Besser, man verzichtet auf einige Schaufensterveranstaltungen dieser Art und leistet dafür weniger auffällige, dafür aber kontinuierliche Basisarbeit, als daß man sich von den Leuten sagen lassen muß, daß sie einen weder optisch noch inhaltlich von gewöhnlichen Linksautonomen unterscheiden können. [...] Es ist durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn man dazu aufruft, vom politischen Gegner zu lernen, doch sollte dies darin geschehen, indem man seine Inhalte und Methoden überdenkt, nicht aber bestimmte Äußerlichkeiten lediglich kopiert.“³²

Ähnlich argumentierte das „Freie Infotelefon Norddeutschland“ in einem Kommentar zum 1. Mai 2005, wo es – im Anschluß an die Ankündigung von AN, bei der Maidemonstration in Leipzig einen „Schwarzen Block“ stellen zu wollen – hieß: „Sollte dennoch dieser Fall eintreten, ist der 1. Mai von einigen mißbraucht bzw. zweckentfremdet worden! Und dieses wird mit Sicherheit nicht so ohne weiteres hingenommen werden von den sogenannten ‚Altnazis‘ oder ‚Ewiggestrigen‘. [...] Der 1. Mai ist seit 1933 ein Ehrentag der nationalen Arbeiterbewegung und wurde am 10. April 1933 auf Antrag von Reichsminister Dr. Joseph Goebbels zum Staatsfeiertag erklärt. [...] Es handelt sich daher beim 1. Mai nicht um einen ‚Maskenball‘, sondern um den Ehrentag des deutschen Arbeiters!“³³

Insbesondere im „Freien Forum“, der Diskussionsseite der Homepage „Freier Widerstand“, das in den Jahren 2004/05 eines der bedeutendsten deutschsprachigen Foren mit rechtsextremistischem Hintergrund darstellte, ging die Diskussion hin und her. In einem Diskussionsstrang mit dem Titel „Der Schwarze Block & militantes Denken“, initiiert von einem Moderator des „Freien Widerstands“ mit dem Pseudonym „Freiheit“³⁴, überwogen die kritischen Stimmen. Zum einen zielten die Argumente der Kritiker auf die (negative) Öffentlichkeitswirkung eines militanten und verummten Blocks, zum anderen wurden Bedenken hinsichtlich einer Eskalation der staatlichen Reaktionen gegen die rechtsextremistische Szene geltend gemacht. Exemplarisch hier-

32 Störtebeker-Netz vom 26. Januar 2005, unter: <http://stoerti.atspace.com/260105.html>.

33 FIT Norddeutschland, Kommentar zum diesjährigen 1. Mai, zitiert nach: Altermedia, Vermummen (FN 14).

34 Nach Antifa-Informationen soll es sich hierbei um einen Führungsaktivisten der „Autonomen Nationalisten Östliches Ruhrgebiet“ gehandelt haben. Vgl. Spreuk (FN 27); der „Freie Widerstand“ stellte sich durch Postings der FW-Betreiber insbesondere im Jahr 2004 derart exponiert auf die Seite der AN, daß sich die Moderatoren am 21. Januar 2005 veranlaßt sahen, in einer Stellungnahme die Verantwortung für das Phänomen von sich zu weisen. Vgl. Störtebeker-Netz vom 24. Januar 2005: „Eine unnötige Klarstellung und eine nötige Klarstellung“, unter: <http://stoerti.atspace.com/2420105.html>.

für stand das Posting eines Nutzers „Darkzone“: „Nennt mich reaktionär, aber das Volk steht nicht auf Leute, die gekleidet wie Schlümpfe sind. Und genauso wird man dann von den Bullen behandelt. In weißem Hemd und Krawatte aufgetreten, und die Bullen werden euch ganz anders gegenüberreten. [...] Und wenn die deutschen Spießbürger sehen, daß jemand von uns, weil er oder sie für sein Volk und seine Heimat einsteht, grundlos von den Systemknechten verhaftet wird, die fangen an nachzudenken. Sie werden sich natürlich nur dann mit jemandem solidarisieren und identifizieren können, der zumindest vom Aussehen wie einer von ihnen wirkt. Ihr müßt auch bedenken, daß in diesem Staat links und rechts von der Polizei nicht gleich behandelt werden. Wenn ein nationaler schwarzer Block sich mit der Polizei anlegt, wird er die totale Eskalation des Staates erfahren (anders als bei Linken, die man noch freundlich bittet, doch mit dem Randalieren aufzuhören), und man läuft Gefahr, daß Antifa und Bullen gemeinsam auf uns eindreschen, und ich bezweifle, ob wir da als Sieger hervorgehen. Die Leute, die da sinnlos verheizt werden und im Krankenhaus landen, werden dann sagen: Zu Euren Veranstaltungen komme ich nie wieder.“³⁵

Scharfe Kritik am Auftreten der AN wurde im März 2005 auch vom „Nationalen Beobachter“, einer rechtsextremistischen Regionalpublikation für Sachsen-Anhalt und Sachsen, geäußert. Dort machten sich die Autoren Gedanken über die Wirkung des militanten Auftretens des „Schwarzen Blocks“ auf das bürgerliche Spektrum insbesondere im Umfeld von Demonstrationen und ließen keinen Zweifel an einer weiterhin strikten Abgrenzung der regionalen „Freien Kräfte“ zu den AN: „Wir demonstrieren, um politische Themen und dazugehörige Alternativen, verbunden mit unserer Weltanschauung ins Volk zu tragen, um somit die Herzen und Köpfe unserer Volksgenossen zu gewinnen. [...] Wenn wir das gute, wenn wir Alternativen darstellen wollen, dann müssen wir anders sein als unsere Feinde. [...] Wir werden es nie schaffen, Bürger zum mitmarschieren und Gesicht zeigen zu bewegen, wenn sie sich permanent der Gefahr aussetzen, in die Fronten militanter Links- und Rechtsradikaler zu geraten. [...] Wir wollen der Gegenpol zur perspektivlosen und fehlgeleiteten Antifa sein. Bei unserem Anblick müssen sich die Frauen der Erlebnisgeneration an ihre wunderbaren, ehrenvollen Männer erinnern. Das alles gelingt nicht, wenn wir verummmt zu Hip-Hop-Musik auf den Straßen tanzen. Das alles gelingt nicht, wenn wir uns mit Antifa und Polizei Straßenschlachten liefern. [...] Wenn nicht wir der Garant für Ordnung und Sicherheit sind, wer dann? Die Linke? [...] Um uns in großen Teilen Sachsens und Sachsen-Anhalts die Straßen und politischen Plattformen zu sichern, brauchten wir keine ‚Autonomen Nationalisten‘ und keine ‚Black Blocks‘. [...] Wir werden auch verhindern, daß die Autonomen Formen in unserer Region Demonstrationen als Abenteuerspielplatz und Denunzierung unseres Kampfes des Geistes benutzen. Organisierter und systematischer Druck ja, Krawalle nein.“³⁶

35 Eintrag vom 12. Januar 2004, 6:53 Uhr, unter: <http://freies-forum.net/board/thread.php?threadid=931>.

36 Nationaler Beobachter Delitzsch: „Autonome Nationalisten?? Mit uns nicht – Wir zeigen Gesicht!!“, unter: <http://delitzsch.nationaler-beobachter.de/?nav=1&seite=artikel&artikelId=224> (21. März 2005).

Auch das „Aktionsbüro Süddeutschland“ warf den AN eine begrenzte Sichtweise vor, die sich nur auf den punktuellen Erlebniswert des physischen Kampfes beziehe und deren Ausformung sich als reine Modeerscheinung darstelle: „Ist an dem einen Tag die ‚Alte Deutsche Welle‘ Dauergast im Abspielgerät, ist es am anderen Tag Oi!-Musik – und am Tag, als man sich entschloß, ‚autonomer Nationalist‘ zu werden, dann plötzlich ein aus Übersee importierter Sprechgesang ... Man geht als ‚autonomer Nationalist‘ also ‚mit der Mode‘, ist festzustellen. Man zieht es also vor, als ‚autonomer Nationalist‘ dem Zeitgeist entsprechend irgendwelchen vorgegebenen Moden zu entsprechen, irgendwelche Stereotypen nachzuäffen, anstatt durch eigenes Profil Akzente zu setzen und ‚zeitgemäße Antworten‘ auf zukunftsweisende Fragen zu finden. Dies zeigt auf, als wes Geistes Kind sich der ‚AN‘ erweist: als ‚Kind der Zeit‘ ... Ja, ‚AN‘ sind insofern ‚modern‘, als daß sie – wie ihre Vorbilder der anderen ‚Feldpostnummer‘ – subkulturellen Moden folgen, ohne dabei jedoch die Fragen der Zeit zu beantworten, geschweige denn hinter ihrer Fassade zu stellen in der Lage sind. [...] Bleibt [...] nur noch festzustellen, daß die einzige mögliche ‚politische Botschaft‘, der einzige ‚Inhalt‘ der ‚AN‘ sich auf hooliganhaftes Verhalten – der puren Gewaltanwendung gegen Personen oder Sachen – reduzieren läßt. [...] Ich räume ein, daß die Initiatoren ‚autonom-nationaler‘ Bestrebungen sich der Tragweite ihres Handelns nicht unbedingt bewußt sein müssen, daß sie vielleicht nicht in die Lage versetzt sind, ganzheitlich zu denken und den Nationalen Widerstand als eine Bewegung sehen, in der alle ein Ziel haben und an diesem auch ihr Handeln auszurichten haben.“³⁷

Auffallend an der von Stimmen aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten“ geäußerten Kritik ist vor allem die Betrachtung einer potentiell negativen Reaktion der bürgerlichen Öffentlichkeit auf AN und „Schwarze Blöcke“. Dies gilt um so mehr für ostdeutsche Neonazis – die NPD hat sich mit der Kommentierung des Phänomens bislang bedeckt gehalten –, die auf eine in ihren Augen erhöhte Akzeptanz für rechtsextremistische Positionen in der dortigen Gesellschaft abstellen. In ihren Augen zerstörten AN mit ihrem „linken“ und militanten Auftreten diese Akzeptanz und damit die Möglichkeit einer Vermittlung neonationalsozialistischer Ideologie an breitere gesellschaftliche Schichten. Demgegenüber stellt die Kritik westdeutscher „Freier Nationalisten“ hauptsächlich auf die Übernahme von Stilelementen aus dem „linken“ Lager bzw. stark von ausländischen Zuwanderern geprägten Jugendsubkulturen wie dem Bereich des Hip-Hop oder der Rapper-Szene ab; verbunden hiermit ist der Vorwurf einer wertneutralen, lediglich aktionistisch begründeten Ausrichtung ohne eine ideologisch gefestigte Basis.

37 Aktionsbüro Süddeutschland (FN 16). Autor des Beitrages war aller Wahrscheinlichkeit nach der Leiter der „Kameradschaft München“, mit dem die im Sommer 2005 gegründeten AN München seitdem eine heftige, auch persönlich motivierte Fehde austragen.

6. Bewertung

Die Verteilung des AN-Potentials läßt auf einen gewissen Ost-West-Gegensatz schließen. Außer im Großraum Berlin sind wesentliche Gruppen nur in Westdeutschland zu finden. Demgegenüber sind in Ostdeutschland „Freie Nationalisten“, die sich in ihrem Erscheinungsbild deutlich bürgerlicher geben als noch einige Jahre zuvor, in der deutlichen Mehrheit. Diese Feststellung spräche für die These, daß sich AN dort zusammenfinden, wo einerseits die Akzeptanz der bürgerlichen Mehrheit für rechtsextremistische Positionen marginal ist und andererseits ein hoher Grad von Gegenaktivitäten von Polizei und politischem Gegner feststellbar ist. Beides trifft eher auf die alten Bundesländer und dort insbesondere auf Ballungsräume und Großstädte zu; zumindest letzteres gilt angesichts einer starken Präsenz von Polizei, Antifa und ausländischen Jugendgangs auch für Berlin. Die geschilderte Fixierung der AN auf zwei Hauptfeindbilder – eben Polizei und „Antifa“ – untermauert eine derartige Argumentation.

Die von AN zur Schau gestellte Militanz ist ein ernstzunehmendes Phänomen; dennoch darf diese Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Angehörigen dieser Strömung innerhalb der Neonazi-Szene in ein selbstgeschaffenes subkulturelles Ghetto zurückgezogen haben, aus dem heraus kaum mehr die Möglichkeit besteht, mit ideologischen Positionen auf die Mehrheitsgesellschaft einzuwirken. Diese politische Sackgasse haben die „Freien Nationalisten“ allem Anschein nach erkannt; fordern sie doch von ihren Anhängern ein möglichst gesellschaftskonformes Verhalten und Erscheinungsbild. Nicht umsonst gerät aus diesem Grund die Kritik der „Freien“ an den AN derart harsch, hat sich doch in ihren Augen mit den Wahlerfolgen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – an denen Neonationalsozialisten einen bedeutenden Anteil hatten – gezeigt, daß Teilen der Bevölkerung durch entsprechende Basisarbeit rechtsextremistische Positionen vermittelbar sind.

Der Zulauf zu den AN scheint in den letzten beiden Jahren etwas nachgelassen zu haben. Die szeneeinternen Diskussionen zwischen den verschiedenen Lagern, wie sie noch 2004 und 2005 mit Vehemenz und Schärfe geführt wurden, sind abgeebbt. Dies könnte auch damit zusammenhängen, daß das Phänomen eine weitgehende Jugendererscheinung ist. Die meisten Angehörigen dieses Spektrums sind zu einer weitreichenden politisch-strategischen Analyse kaum in der Lage; ihre Motivation speist sich überwiegend aus einem aktionsorientierten Impetus. Mit zunehmender politischer Reife dürfte eine Reihe von AN-Aktivisten in das Lager der „Freien Kräfte“ oder gar der NPD abwandern. Dies könnte vor allem dann der Fall sein, wenn das Konzept der „Volksfront“ zwischen „Freien Kräften“ und der NPD auch in Zukunft zumindest punktuelle Wahlerfolge hervorbringen sollte. Selbst wenn man somit dem von Worch konstatierten „Generationswechsel“ zustimmen könnte, hat sich mit dem Aufkommen des Phänomens der AN keinesfalls ein „Paradigmenwechsel“ im Lager des Neonationalsozialismus in der Bundesrepublik ergeben; allem Anschein nach wird dies auch zukünftig nicht der Fall sein.

Biographisches Porträt: Holger Apfel

Von Karsten Goll

1. Lebenslauf

Holger Apfel wurde am 29. Dezember 1970 in Hildesheim geboren. Großmutter und Mutter stammen aus dem oberschlesischen Oppeln an der Oder, wo sie 1945 Flucht und Vertreibung erlebten. Ihr Weg führte die beiden nach Hildesheim in Niedersachsen, wo später Holger Apfel zusammen mit seiner Schwester aufwuchs. Die Großmutter versuchte gegenüber ihren Enkeln die Erinnerung an die alte Heimat wach zu halten, indem sie über Schlesien erzählte, mit Hausmannskost die schlesische Küche pflegte und auch über Flucht und Vertreibung berichtete. Für Holger Apfel sind dies alles „nette Erinnerungen“¹, die ihn in Kindheit und Jugendzeit prägten.

Er war so sehr interessiert an der Herkunft seiner Eltern und Großeltern, daß er bereits in seiner Schülerzeit im *Studentenbund Schlesien* (SBS) aktiv wurde: „Ich hielt und halte es nach wie vor für wichtig, daß man die Erinnerung an einstmalige deutsche Lande wach hält, daß man das Leid der Vertriebenen in Erinnerung ruft und [...] auch der nachwachsenden Generation vermittelt!“ Der SBS fungierte als eine Art Vorfeld-Organisation der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) und ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN). Auch für Holger Apfel ergaben sich über die Arbeit im SBS die ersten Kontakte zu JN-Mitgliedern.

Mitte der achtziger Jahre sah der fünfzehnjährige Apfel einen Wahlwerbespot der NPD, der sein Interesse an der Partei weckte. Er forderte Informationsmaterial bei der Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart an und nahm Kontakt zum örtlichen Kreisverband auf. So lernte er den damaligen NPD-Kreisvorsitzenden Hans-Michael Fiedler kennen. Dieser war auch gleichzeitig SBS-Studienleiter. Über ihn wurde er noch vor seinem Eintritt in NPD und JN zunächst SBS-Mitglied. Hier lernte Apfel eine Reihe junger Leute aus der JN in Niedersachsen kennen; er wurde so nach und nach an die Partei herangeführt.

Zu seinem Eintritt in JN und NPD entschloß er sich 1989 und wurde bereits 1990 Vorsitzender des JN-Landesverbandes Niedersachsen. Bundesvorsitzender des Verbandes war damals Andreas Storr. Gemeinsam leiteten sie einen „Dynamisierungsprozeß der JN“² ein. Damit ist nichts anderes gemeint als die Öffnung der JN für die Szene

1 Diese und alle nicht anders nachgewiesenen Zitate beruhen auf Interviews, die ich am 29. Juni sowie am 2. Juli 2007 mit Holger Apfel im Sächsischen Landtag führte.

2 Vgl. Udo Voigt, Der Bundesorganisationsleiter Holger Apfel, in: Holger Apfel (Hrsg.), *Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei*, Stuttgart 1999, S. 330.

der „freien Kameradschaften“ und eine Stärkung ihrer Position innerhalb der NPD. Bereits 1992 wurde Apfel Stellvertreter Storrs.

1993 besuchte er auf Vorschlag des damaligen Kreisvorsitzenden Hans-Michael Fiedler eine Schulung im Nationaldemokratischen Bildungszentrum in Oberitalien. Es sollte der vorletzte Lehrgang sein, bevor man das Bildungszentrum in Italien aufgab. Nicht jeder konnte diese Schulung besuchen; Apfel spricht von einem „gewissen elitären Rahmen“, wonach ein Vorschlagsrecht zur Teilnahme erst ab der Landesvorstandsebene aufwärts bestand. Sinn und Zweck sei es gewesen, junge Kräfte an die Partei, insbesondere an Leitungsaufgaben, heranzuführen. In dem einwöchigen Lehrgang fand eine intensive Auseinandersetzung mit dem Parteiprogramm statt: „Die wesentlichen Eckpunkte unseres weltanschaulichen Denkens wurden dort noch mal intensiviert, also nachgearbeitet und verinnerlicht.“ Des Weiteren fand eine Unterweisung in viele Bereiche politischer Führung statt, etwa Rhetorikübungen und Basisgruppenschulung. Den Teilnehmern wurde beispielsweise vermittelt, wie man einen Informationsstand ausrichtet oder eine Demonstration anmeldet. Die Schulung wurde mit einem Abschlußtest beendet, den Apfel als Lehrgangsbester abschloß.³

Apfel beschreibt den typischen Tagesablauf als „ein hartes Arbeitsprogramm mit acht bis zehn Stunden intensiver Lehrgangsvermittlung“, ähnlich wie in der Schule, teilweise in kleinen Arbeitsgruppen. Ein Lehrgang umfaßte etwa fünfzehn Teilnehmer, was eine besonders intensive Betreuung eines jeden Lehrgangsteilnehmers ermöglichte. Apfel schwärmt von der Gruppendynamik und von der Möglichkeit, die in der Parteiführung angesiedelten Lehrkräfte als Parteifreunde näher kennenzulernen. Die Möglichkeit, in persönlichen Gesprächen Themen zu hinterfragen, die ihm zum damaligen Zeitpunkt „noch nicht in dem Maße klar waren“ und das abendliche gesellige Zusammensitzen bei „Gemeinschaftsliedern“ hätten das „Gemeinschaftsbewußtsein der Truppe, die dort die Ehre hatte, [...] an diesem Lehrgang teilnehmen zu dürfen, [...] zusammengeschweißßt“. Der einwöchige Kurs habe bewirkt, daß sein emotionales Empfinden noch einmal durch den entsprechenden weltanschaulichen Hintergrund untermauert wurde.

1994 gab Apfel den Landesvorsitz in Niedersachsen auf und wurde JN-Bundesvorsitzender. Damals habe es sich nur noch um eine kleine Restgruppe gehandelt. Am Ende der Ära Deckert sei die NPD zwischen den aufsteigenden Republikanern (REP) und der finanzstarken Deutschen Volksunion (DVU) „zerrieben“ worden. NPD und JN seien kaum noch wahrgenommen worden. Als im Jugendbereich Aktiver mußte Apfel registrieren, daß es immer mehr Gruppierungen und freie Parteien gab, die teilweise später verboten wurden. Mit seiner Amtsübernahme habe er das Ziel verfolgt, aus der JN eine „sozialrevolutionäre, aktionistisch orientierte Gruppierung“ zu machen. Zusammen mit anderen habe er versucht, den aktionistischen Teil der jungen Kräfte einzubinden. Dabei sei der Konflikt zur Mutterpartei gesucht und ein Verhältnis kritischer

3 Vgl. ebd.

Loyalität entwickelt worden. Die JN habe sich einen größeren Handlungsspielraum erkämpft und nicht alles mittragen müssen, was die Bundespartei vorgab. Zu dieser Zeit gab es noch Unvereinbarkeitsbeschlüsse der NPD gegenüber aktionsorientierten Gruppierungen. Diese habe die JN ganz bewußt unterlaufen. Damit sei der Kurs, den Udo Voigt mit der Amtsübernahme als NPD-Bundesvorsitzender einschlug, vorgeprägt worden.

Einschneidend war die erste offizielle Beteiligung der JN am Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Fulda 1993. Apfel war maßgeblich an der Organisation beteiligt und trat auch als Redner auf. Dies löste eine innerparteiliche Diskussion aus, und der NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert, der sich von den JN-Aktivitäten wenig begeistert zeigte, versuchte die Verantwortlichen Apfel und Storr wegen des Verstoßes gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der Partei auszuschließen. Er konnte sich damit jedoch nicht durchsetzen. Für Apfel, Storr und Voigt war dies ein Triumph. Sie führten ihren Kurs unbeirrt fort. Nach der Amtsübernahme Voigts 1996 wurden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse außer Kraft gesetzt. Apfel heftet sich diese Entwicklung auf sein Revers.

Apfel setzte „aktionistische Akzente“ – von Protestaktionen bei Vertriebenentreffen bis zu Zechenbesetzungen. Mit der JN wollte er die NPD von ihrem Image einer Altherrenpartei, „die sich nur in irgendwelchen Hinterzimmern trifft“, befreien. 1994 sei die Partei am 1. Mai erstmals wieder auf die Straße gegangen, um sich inhaltlich zu positionieren: Die NPD sei Anfang der neunziger Jahre, wenn überhaupt, nur als Ein-Punkt-Partei wahrgenommen worden. Nur Deckert war – wegen „revisionistischer“ Aktivitäten – häufiger in den Medien präsent. Apfel und Storr wollten andere Akzente setzen und versuchten, der JN ein antikapitalistisches Profil zu verleihen. Sie zeichneten damit einen Weg vor, den die NPD in der Folgezeit energisch beschritt. Voigt war für die JN der wichtigste Bündnispartner im NPD-Parteivorstand, „den also dieser rückwärtsgewandte Kurs Günter Deckerts ähnlich angekotzt hat“.

Nach dem Abitur hatte Apfel in Hildesheim 1991 seinen Wehrdienst abgeleistet und eine Lehre als Verlagskaufmann absolviert. Für sein politisches Wirken war das Jahr 1996 einschneidend, als Udo Voigts zum NPD-Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Nach Absprache mit der NPD-Bundesführung kündigte Apfel seinen Job, um sich fortan ganz der Parteiarbeit zu widmen – „wohlwissend, daß, wenn man einmal [...] irgendwo in der Biographie für eine doch diskreditierte Partei wie die NPD [hauptamtlich tätig ist], es dann schwer würde, den Weg zurück ins normale Berufsleben zu finden“.

Die Zukunft war höchst ungewiß: Die Partei war faktisch pleite und mit 2.800 Mitgliedern in der Nach-Deckert-Ära an einem Tiefpunkt angelangt. Ein Zeugnis innerer Zerstrittenheit war das knappe Wahlergebnis von 51 zu 49 Prozent, mit dem Voigt sich gegen Deckert durchsetzen konnte. Deckert gab den Kampf nicht auf und versuchte noch Jahre später, seine innerparteilichen Anhänger gegen Voigt zu mobilisieren.

Apfel ging mit seinem Parteifreund Jürgen Distler nach Stuttgart, wo sie in einem Kabuff die Zeitung und mit kleinstem Sortiment den Verlag aufbauten. Distler kümmernte sich schwerpunktmäßig um die Redaktion (er war von 1996 bis 2000 Chefredak-

teur des Parteiorgans *Deutsche Stimme* [DS]), Apfel betrieb den Aufbau des Verlagsgeschäfts, arbeitete aber auch redaktionell mit, wenngleich er eher für den kaufmännischen Bereich zuständig war. Distler schied 2000 auf eigenen Wunsch aus, woraufhin Apfel die Redaktion übernahm. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten bereits fünf Mitarbeiter im Verlag; die positiven Umsatzzahlen ließen dies zu. Apfel delegierte die kaufmännischen Tätigkeiten fortan und konzentrierte sich auf die politisch-redaktionelle Arbeit. Welche Themen er dabei unter Pseudonym behandelte, ist nicht mit Sicherheit zu rekonstruieren. Unter eigenem Namen widmete er sich häufig dem „Heldengedenken“, etwa im Zusammenhang mit Rudolf-Hess-Veranstaltungen oder den Taten deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Scharf geißelte er die Wehrmachtsausstellung („Die antideutsche Ausstellung paßte eben ausgezeichnet zu der politischen Kultur im Nachkriegsdeutschland, in der die über 50 Jahre praktizierte Vergangenheitsbewältigung die maßgebliche Schlüsselfunktion für die Unterdrückung nationaler Souveränitätsbestrebungen sowie der Bewahrung von nationaler Identität besitzt“⁴) und zeigte sich stolz über die Taten der „Väter und Großväter [...], die in den beiden Weltkriegen des letzten Jahrhunderts als Soldaten der Wehrmacht und Waffen-SS auf allen Kriegsschauplätzen der Welt ihr Vaterland unter Einsatz ihres Lebens verteidigten“.⁵

Schwierigkeiten bereitete dem Verlag die Ungewißheit während des NPD-Verbotsverfahrens. Langfristige Projekte konnten in dieser Phase nicht angegangen werden. Kunden wie Buchautoren und Bands hielten sich mit Veröffentlichungen von Büchern und Tonträgern zurück, da ungewiß war, ob der Verlag ein Jahr später noch existieren würde.

Betriebswirtschaftlich war die DS erfolgreich. Laut Verfassungsschutzbericht belief sich die monatliche Auflage 2001 auf ca. 10.000 Exemplare.⁶ Das Parteiorgan sei Anfang der 90er Jahre ein „Wurstblatt“ gewesen, das über die Parteimitglieder hinaus lediglich 500 Abonnenten gehabt habe. Inzwischen habe die DS weit über die Kreise der NPD hinaus Akzeptanz gefunden. Sie habe sich der politischen Debatte geöffnet, sei inzwischen nicht mehr das Zentral-Verkündungsorgan des Parteivorstandes. Dadurch sei der Zuspruch im gesamten nationalen Lager gewachsen. Apfel übertreibt ein wenig, wenn er meint, der Deutsche Stimme Verlag mit seinen zehn Mitarbeitern sei „binnen kürzester Zeit eben doch [...] ein kleines nationales Verlagsimperium“ geworden. Ohne Zweifel handelt es sich um ein Wirtschaftsunternehmen, das mit einem Umsatz von über einer Millionen Euro und einem respektablen Verlagsgebäude in Riesa zur Verankerung der Partei in Sachsen beigetragen hat.

4 Holger Apfel, Anti-Wehrmachtsausstellung: Nationaler Widerstand ist Ehrensache. Protestaktion am 1. Dezember gegen die Wiedereröffnung, in: *Deutsche Stimme*, November 2001, unter: <http://www.deutsche-stimme.de/Sites/11-01-Korrespondenz.html>.

5 Ders., Nationaler Widerstand: Ruhm und Ehre unseren Wehrmachtssoldaten. 5.000 Nationalisten protestieren in Berlin gegen antideutsche Schandausstellung, in: *Deutsche Stimme*, 12/2001, unter: <http://www.deutsche-stimme.de/Sites/12-01-Korrespondenz.html>.

6 Vgl. VSB 2006, S. 62.

Apfels Wirken für die DS begann 1996 in Stuttgart, wo die NPD für Partei und Verlag über eine 6-Zimmer-Eigentumswohnung verfügte. Als 1998 die Kapazitäten aufgrund weiterer Angestellter nicht mehr ausreichten, verlegte man den Verlagssitz zunächst nach Neuburg an der Donau. Aus den dortigen Mietsräumen zog der Verlag 2000 in ein günstig erworbenes Gebäude in Riesa um, wohin nun auch Apfel seinen Wohnsitz verlegte.

Apfel hat seit den neunziger Jahren zahlreiche Parteiämter bekleidet. Er war von 1990 bis 1997 Mitglied des NPD-Landesvorstandes in Niedersachsen und wirkte in den Jahren 1992 bis 1997 als Kreisvorsitzender in Hildesheim. Seit 1994 gehört er dem Bundespartei Vorstand an, seit 1995 dem Bundespräsidium, wo er für Organisation und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Er war kurze Zeit Mitglied des bayerischen Landesvorstandes und fungiert seit 2000 als stellvertretender Bundesvorsitzender. Apfel gilt als Parteisoldat, doch legt er Wert auf die Feststellung, Parteien seien Mittel zum Zweck. Zwar engagiere er sich mit Leib und Seele für die NPD, betrachte sie aber lediglich „als die derzeit geeignetste Organisationsform für unsere politische Arbeit zur Vervollkommenung, also zur Verwirklichung politischer Ideale“.

Unter Günter Deckert war Apfel lediglich als JN-Bundesvorsitzender ohne zusätzliche Aufgaben im Parteivorstand tätig. Mit der Amtsübernahme Voigts änderte sich dies. So leitete er 1998 den Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern. Die NPD trat gegen DVU und REP an und erzielte immerhin 1,1 Prozent der Stimmen, so daß man in den Genuß der staatlichen Parteienfinanzierung kam. Für das Jahr 1998 erhielt die NPD Mittel im Umfang von 587.116,54 DM.⁷ 1999 waren es sogar 1.163.726,71 DM.⁸ Apfel bewertet diese finanzielle Förderung als entscheidend „für den Aufstieg der NPD in den Folgejahren“. Im übrigen werde die Partei – anders als die Etablierten – vom Idealismus ihrer Mitglieder getragen.

Im April 2003 fanden sich NPD-Mitglieder im Regierungsbezirk Dresden mit Anhängern der REP, der DVU und von „Kameradschaften“ zusammen, um Möglichkeiten einer „Bündelung der nationalen Kräfte“ zu erörtern. Auf der Gründungsversammlung des *Nationalen Bündnisses Dresden* (NBD) wurde Apfel zum Vorsitzenden gewählt. Bei den Kommunalwahlen von 2004 errang das NBD drei Sitze im Dresdner Stadtrat. Unter Apfels Führung wurde damit ein Signal für die Überwindung der Zersplitterung im „nationalen Lager“ gesetzt.⁹ Für Apfel war die Tätigkeit als Stadtrat eine kurze Episode: Nach dem Einzug in den Sächsischen Landtag am 19. September 2004 kündigte er die Niederlegung seines Mandats wegen Arbeitsüberlastung und zeitlichen Über-

7 Siehe die Angaben in: Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3535, 29. Mai 2000, Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten der politischen Parteien für das Kalenderjahr 1998 (2. Teil – Sonstige Parteien), unter: <http://dip.bundestag.de/btd/14/035/1403535.pdf>, S. 180.

8 Siehe die Angaben in: Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5725, 30. März 2001, Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten der politischen Parteien für das Kalenderjahr 1999 (2. Teil – Sonstige Parteien), unter: <http://dip.bundestag.de/btd/14/057/1405725.pdf>, S. 190.

9 Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005, S. 103.

schneidungen mit den Landtagssitzungen an. Da dies im Stadtrat auf Kritik stieß, verlegte er seinen offiziellen Hauptwohnsitz von Dresden nach Riesa, wodurch er die Wählbarkeit für Dresden verlor. Am 24. August 2006 machte das Gremium schließlich den Weg für Apfels Rückzug frei. Apfels Nachfolgerin wurde die Rentnerin Brigitte Lauterbach.¹⁰

Apfel hatte den Landtagswahlkampf geleitet und übernahm nach dem Einzug das Amt des Fraktionsvorsitzenden. Apfel sieht sich selbst als integrative Persönlichkeit. Dagegen sprechen die Aussagen der Aussteiger aus der sächsischen NPD-Fraktion, die sich hintergangen fühlten und ihm einen autoritären Führungsstil nachsagten.¹¹ Die Wahlkampfleitung habe er nur unter der Bedingung übernommen, als Spitzenkandidat antreten zu können. Apfel erklärt dagegen, er habe sich immer bemüht, nicht als der „Besserwessi“ aufzutreten, sondern alle, die sich aktiv in die Arbeit einbringen wollten, in Entscheidungsprozesse einzubinden. Durch seine vielfältigen Aufgaben auf Bundesebene habe er die meisten Erfahrungen besessen. Der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Jürgen Schön, der später aus der NPD-Fraktion austrat, habe Apfel angesprochen und gefragt, ob er sich eine Spitzenkandidatur vorstellen könne. Man sei sich auch mit dem sächsischen Landesvorsitzenden Winfried Petzold schnell einig gewesen. Petzold kandidierte daraufhin auf Platz 2 der Landesliste.

Das überraschend hohe Landtagswahlergebnis vom September 2004 (9,2 Prozent der Stimmen) brachte die NPD und Apfel ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Als Apfel in der üblichen Interviewrunde im Fernsehen das Wort erhielt, kommentierte er das Ergebnis mit der Feststellung: „Das war ein großartiger Tag für alle Deutschen, die noch deutsch sein wollen.“ Daraufhin verließen Milbradt (CDU), Jurk (SPD), Porsch (PDS), Hermenau (B90/GRÜNE) und Zastrow (FDP) das Studio. Die Moderatorin und die Vertreter der anderen Parteien wurden für ihr Verhalten anschließend heftig in den Medien kritisiert. In einem DS-Interview bemerkte Apfel auf die Frage nach den Ursachen des Wahlerfolgs: „Die Menschen wollen keine im Soziologendeutsch formulierten Phrasen! Sie wollen durchaus radikale Lösungen, aber bitteschön in einer klaren und für sie auch verständlichen Sprache. Die NPD hat schon zur Europawahl den richtigen Ton gefunden, und bei den Wahlen im Saarland und in Sachsen daran angeknüpft.“¹²

Als Spitzendkandidat seiner Partei wurde Apfel in der konstituierenden Fraktionssitzung zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. In der ersten Phase nach der Wahl hatte die NPD-Fraktion mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Landtagsverwaltung hatte anfangs Probleme, genügend Räumlichkeiten für die nunmehr sechs Fraktionen

¹⁰ Vgl. Sächsische Zeitung vom 25. August 2006.

¹¹ Schon im sächsischen Landtagswahlkampf 2004 habe die überwiegende Zahl der Wahlplakate auch in den Wahlkreisen anderer Kandidaten Apfel-Fotos gezeigt, berichtete ein ehemaliger NPD-Abgeordneter. Obwohl die örtlichen Kandidaten dies bemängelten, habe man fast nur „Apfel-Plakate“ geliefert.

¹² Klaus Beier, Nächstes Ziel ist Einzug in den Reichstag. Wahlsieger Holger Apfel über Medienerfahrungen, Fundamentalopposition und die Zukunft der NPD, unter: <http://www.deutsche-stimme.de/Ausgaben/2004/Sites/10-04-Gespraech.html>.

zur Verfügung zu stellen. Die NPD-Fraktion konnte nur mit Mühe und einiger Verzögerung ein Konto eröffnen, weil sich dazu zunächst kein Kreditinstitut bereit fand. Personell hatte Apfel jedoch vorgesorgt: Zusammen mit Leichsenring hatte er bereits im Vorfeld potentielle Mitarbeiter angesprochen und für eine Arbeit in der Fraktion gewinnen können. Es handelt sich vorwiegend um Vertreter der Parteiführung und um Mitarbeiter des Deutsche Stimme-Verlages. Zur Überraschung vieler Beobachter konnte die Arbeit daher ohne Verzögerung aufgenommen werden. Es fand in dieser Zeit auch ein intensiver Erfahrungsaustausch mit der DVU-Fraktion in Brandenburg statt.

Apfel wurde Mitglied im Innenausschuß und im Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten. Als Fraktionsvorsitzendem gelang es ihm nicht, die Fraktion in der ursprünglichen Stärke von zwölf Mandatsträgern zusammenzuhalten. Begehrlichkeiten entstanden auf Seiten einiger Abgeordneter bei der Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes. Auch die Beauftragung eines sehr jungen Abgeordneten (Matthias Paul) mit dem einzigen Ausschußvorsitz, welcher der NPD-Fraktion aufgrund ihrer Mitgliederstärke zunächst zustand, sorgte für Unmut. Die Ursachen für das Schrumpfen der Fraktion dürften jedoch vielfältig sein: unzureichende Kommunikation, schlechte Kandidatenauswahl, unzureichende Kompromißfähigkeit, mangelnde Diskussionskultur etc. auf Seiten der Abgeordneten wie auch des Fraktionsvorsitzenden. Allerdings konnte Apfel den weiteren Zerfall der Fraktion stoppen.

Ein halbes Jahr nach dem Landtageinzug machte die bis dahin von den Medien noch stark beachtete NPD-Fraktion mit einem inszenierten Skandal auf sich aufmerksam. Als Landtagspräsident Erich Iltgen am 21. Januar 2005 die Abgeordneten bat, sich zu einer Schweigeminute zu erheben, um der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft zu gedenken, verließen die NPD-Abgeordneten den Plenarsaal. In der anschließenden, von der NPD beantragten Aktuellen Debatte bemerkte Apfel: „Da wird pedantisch darüber gewacht, daß der Landtag hier in Sachsen zur gedenkfreien Zone ernannt wird, und gleichzeitig darf ein britischer Historiker im Stadthaus von Dresden auftreten, um die Opfer des angloamerikanischen Bombenterrors zu verhöhnen und zu behaupten, daß die Luftangriffe auf Dresden legitim und rechtens gewesen seien. [...] Doch für die Opfer des alliierten Bombenterrors bleibt offensichtlich im dicht gefüllten Terminkalender der Sühnekultur in Deutschland kein Platz mehr übrig. Das alles, meine Damen und Herren, ist jämmerlich, ist würdelos bis zum Erbrechen.“¹³ Die Bombardierung Dresdens sei ein „kaltblütig geplanter industrieller Massenmord an der Zivilbevölkerung“¹⁴ gewesen. Im Schlußwort griff Apfel zustimmend das von seinem Kollegen Jürgen W. Gansel benutzte Wort vom „Bomben-Holocaust“¹⁵ auf und erreichte damit die gewünschte Medienwirkung. Die Staatsanwaltschaft Dresden leitete

13 Plenarprotokoll 4/8, Sächsischer Landtag, 8. Sitzung, 4. Wahlperiode, Dresden, 21. Januar 2005, S. 460.

14 Ebd., S. 461.

15 Ebd., S. 464.

Vorermittlungen gegen Apfel und Gansel wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein. Die Untersuchung wurde später mit Berufung auf die für Mitglieder eines Landtags geltende Meinungs- und Abstimmungsfreiheit eingestellt.

Am 26. September 2006 beschloß der Immunitätsausschuß die Aufhebung der Immunität Apfels und Petzolds. In einer Neujahrsbotschaft ihrer Fraktion hatten Apfel und Petzold die Aussteiger aus der rechtsextremen Szene Jörg Fischer und Matthias Adrian als „Talkshow- und Vortragsnutten“ beschimpft. Beide Ex-NPD-Mitglieder engagieren sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus und stellten nun Strafanzeige wegen Beleidigung.

Apfel führte die Strategie der Erzielung medialer Aufmerksamkeit durch sprachliche Tabubrüche fort. Durch inflationäre Anwendung und Lerneffekte bei den Medienvertretern trat jedoch bald Desinteresse an die Stelle von Empörung und heftigem Widerspruch. Der vorerst letzte Versuch dieser Art, bei dem Apfel ein Zitat Joschka Fischers aufgriff („Herr Innenminister: Was einst der heutige grüne Außenminister dem Bundestagspräsidenten entgegenschleuderte. Mit Verlaub: Sie sind für mich ein Arschloch!“), verhallte bereits ohne nennenswertes Medienecho. Eine erneute Auflage der Skandalreden mit sprachlichen Tabubrüchen startete Apfel in der Plenarsitzung vom 9. Mai 2007. Holger Apfel sprach von „Wohlstandsnegern“ und nannte die anderen Fraktionen „schwarz-rot-gelb-grüne Volksabwickler“, die für „überfremdungspolitische Ungeheuerlichkeiten“ die Verantwortung trügen. Ihr Ziel sei es, eine „entwurzelte Masse ethno-kultureller Kastraten zu schaffen“. Es müsse den Verantwortlichen klar gewesen sein, „daß man Neger und Tatarenstämme nicht einfach in Deutschland integrieren“ könne: „Meine Damen und Herren! Für wen das alles unterschiedslos Menschen sind, der vermag das schreiende Unrecht aus der Bunten Republik Deutschland nicht mehr zu erkennen.“¹⁶ Dieses menschenverachtende Zitat erregte wiederum große Aufmerksamkeit. Doch folgte Landtagspräsident Erich Iltgen (CDU) der Rede offensichtlich nicht aufmerksam. Erst am späten Nachmittag erteilte er einen Ordnungsruf für die gesamte Rede und erntete heftige Kritik sowie Rücktrittsforderungen.

2006 leitete Apfel den Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern. Diesmal ging es vor allem um die „Volksfront von rechts“, die Fortführung der Kooperation mit der DVU und militanten Neonazi-Kameradschaften. Die Wahlkampfzentrale wurde „aus praktischen Gründen“ nicht in der Landeshauptstadt, sondern in der Kleinstadt Anklam eingerichtet. Apfel wollte ohne lästige Störungen der Presse oder gegnerischer Gruppen arbeiten. In Anklam konnte man auch leichter ein Büro anmieten. Apfel freute sich über die Anerkennung seitens der Presse über die Professionalität des NPD-Wahlkampfes, die wesentlich auf dem Idealismus der Aktiven beruht habe: „Wenn ich mir angucke, bei den bürgerlichen Kräften, wo ja selbst also Landesvorstandsmitglieder teilweise hauptamtlich angestellt sind, wo man Werbefirmen beauftragt, Werbeagen-

16 Plenarprotokoll 4/76, Sächsischer Landtag, 76. Sitzung, 4. Wahlperiode, Dresden, 9. Mai 2007, S. 6298.

turen, um überhaupt erstmal irgendwelche Konzepte auszuarbeiten, die ja sowieso Schall und Rauch sind. Das alles ist ja bei uns nicht der Fall, sondern wir haben mit ehrenamtlichen Mitstreitern aus dem ganzen Bundesgebiet agiert. Wir haben eine ganze Reihe von Leuten hier in Sachsen gehabt, die sich teilweise ihren Jahresurlaub genommen haben, um oben in Mecklenburg-Vorpommern dabei sein zu dürfen“. Der NPD-Wahlkampf sei lediglich mit 400.000 Euro bestritten worden. Der NPD sei es dabei gelungen, „wirklich eine Propagandamaschinerie [in Gang zu] setzen“. Den Erfolg von Mecklenburg-Vorpommern bewertete Apfel höher als den sächsischen, weil das Thema „Hartz IV“ nicht im Zentrum gestanden habe und die NPD in Mecklenburg-Vorpommern nur schwach verankert gewesen sei.

Holger Apfel hat den größten Teil seines Lebens der NPD gewidmet. Über private Dinge schweigt er, nicht zuletzt wegen der schlechten Erfahrungen mit Medienvertretern. Daher ist über das Privatleben wenig bekannt. Er ist Vater einer Tochter und heiratete Ende Juli 2007 seine langjährige Partnerin Jasmin Langer, die seit 2006 Geschäftsführerin des *Rings Nationaler Frauen*, der neuen NPD-Frauenorganisation, sowie Aktivistin in der NPD-Frauengruppe Hannover ist.

2. Würdigung

Unter Apfels Vorsitz stieg der Einfluß der JN innerhalb der NPD kontinuierlich an. Aktionsorientierung und sozialrevolutionäre Programmatik gewannen an Gewicht. Noch Ende der neunziger Jahre gehörte Apfel zu den vehementesten Kritikern des Bündnisses mit der DVU Gerhard Freys, dem im NPD-Jubiläumsband „Alles Große steht im Sturm“ keine wohlwollende politischen Bewertung zuteil wurde. Heute zählt Apfel zu den maßgeblichen Befürwortern des „Deutschlandpaktes“. Diese Entwicklung resultiert sicher aus den in vielen Wahlkämpfen gesammelten Erfahrungen.

Nach wichtigen Vorbildern und Weggefährten gefragt, nennt Apfel für die Anfangsphase seines politischen Engagements seinen ehemaligen Kreisvorsitzenden und Mitglied des NPD-Landesvorstandes in Niedersachsen Hans-Michael Fiedler. Fiedler war lange Geschäftsführer SBS. Über ihn liefen die Kontakte zwischen SBS und NPD. Fiedler war auch „Studienleiter der nationalen Jugend- und Bildungsarbeit“ im *Ostpolitischen Deutschen Studentenverband e. V.* (ODS) und „Referent für politische Bildung“ im NPD-Landesverband Niedersachsen. Seit 1975 schrieb er in „Nation und Europa“, einem der führenden Publikationsforen des Rechtsextremismus. Fiedler habe vor allem seine publizistischen Ambitionen gefördert und Interessenschwerpunkte geweckt. Über ihn habe er den Weg zur Partei gefunden.

Für die Phase Mitte der neunziger Jahre spielte Udo Voigt eine zentrale Rolle, da er den Kurs der JN unterstützte. In der Phase des drohenden Parteiausschlusses nach der Öffnung gegenüber freien Kameradschaften habe Voigt ihm und Andreas Storr innerhalb der Parteiführung den Rücken gestärkt. Die JN wiederum leistete Überzeugungsarbeit bei Voigt und bewegte ihn 1996 zur Kampfkandidatur gegen Deckert. In der

Folgezeit stieg eine Reihe von JN-Aktivist*innen in die NPD-Parteiführung auf. Das inhaltliche Profil der NPD veränderte sich entsprechend.

Für die jüngere Generation nennt Apfel Jens Pühse, Sascha Roßmüller, Jürgen Distler, Steffen Hupka, Klaus Beier und Axel Michaelis als wichtige Weggefährten. Mit ihnen sei er groß geworden und politisch gewachsen. Sie alle hätten sich gegenseitig befruchtet, gemeinsame Erfahrungen gesammelt und seien in höchste NPD-Führungspositionen aufgestiegen. Das dünne Personaltableau der Partei und der Strategiewechsel gaben freie Bahn für junge Aktive.

Holger Apfel ist kein großer Rhetoriker. Seine Reden wirken selbst auf Vertreter des eigenen politischen Lagers eher unsympathisch und grob. Er bevorzugt eine drastische Ausdrucksweise, um den Mangel an Charisma zu kompensieren. Als Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag fallen ihm – anders als bei anderen Fraktionen – keineswegs die meisten Redebeiträge zu.¹⁷ Auch ein Jahr nach dem Tod seines Fraktionskollegen Uwe Leichenring hat er dessen (absolute) Redehäufigkeit im Plenum nicht erreicht und steht bis heute noch innerfraktionell an dritter Stelle. Apfels Stärken liegen im organisatorischen Bereich. Er ist sehr aktiv – ein ausgesprochener „Macher“. Unter seiner Führung wurden die JN stärker, und auch der Deutsche Stimme-Verlag konnte sich wirtschaftlich konsolidieren und später erheblich expandieren. Vor allem aber verdankt die NPD ihm ihre größten Wahlerfolge.

3. Literatur

Holger Apfel trat bisher nur einmal als Herausgeber eines Sammelbandes in Erscheinung. Es handelt sich um die Jubiläumsschrift zu 35 Jahren NPD bzw. 30 Jahren JN, die 1999 im Deutsche Stimme Verlag erschien. In dem großformatigen Hochglanzband hat er das Vorwort, einen Aufsatz über die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)¹⁸ und alle nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge verfaßt. Publizistisch ist Apfel jedoch schon seit frühester Jugend tätig. Er schrieb zahlreiche Beiträge für die JN-Zeitschriften „Einheit & Kampf“ und „Der Aktivist“, die in den 90er Jahren in unregelmäßigen Abständen etwa drei- bis viermal im Jahr erschienen. In der DS veröffentlichte Apfel zahlreiche Beiträge. Anfangs schulterte er nahezu die gesamte Berichterstattung und schrieb viel unter Pseudonym, „weil der Eindruck [...] in der damaligen Übergangsphase nicht entstehen sollte, daß die Zeitung von ein- und derselben Person geschrieben wird.“ Später verbesserte sich die Personalsituation durch die Einstellung von weiteren redaktionellen Mitarbeitern.

17 Gesamtzahl der Redebeiträge: Dr. Müller: 141, Leichenring († 30. August 2006): 131, Apfel: 108, Gansel: 94, Paul (Rücktritt am 27. November 2006): 82, Delle: 72, Petzold: 59, Schüller: 58, Despang: 12, Schön: 8 (+0 als fraktionsloser Abg.), Schmidt: 6 (+20 als fraktionsloser Abg.), Baier: 6 (+5 als fraktionsloser Abg.), Menzel: 2 (+1 als fraktionsloser Abg.). Stand: 1. August 2007.

18 Holger Apfel, Die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), in: Ders. (FN 2), S. 34-59.

Apfel steuerte bisher 108 Redebeiträge zu den Plenardebatten des Sächsischen Landtages bei. Er verfaßt seine Reden nach eigener Aussage selbst. Inhaltliche Schwerpunkte ergeben sich aus der Mitgliedschaft im Innenausschuß und aus seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender, der in der parlamentarischen Praxis das (ungeschriebene) Recht hat, Redebeiträge von besonderer Bedeutung an sich zu ziehen. Dies hängt meist von der erwarteten Beachtung des Themas in den Medien ab. Aber auch wenn es um die Grundlinie der Fraktion geht, kann ein Fraktionsvorsitzender Themen an sich ziehen, ohne daß der zuständige Fachabgeordnete ein Einspruchsrecht hätte. Die meisten Redebeiträge nahm Apfel in seinem eigenen Fachgebiet, der Innenpolitik (inklusive Sport), wahr. Er ergriff dazu 32-mal das Wort. Im Bereich Soziales und Arbeit steuerte er 26 Redebeiträge bei, zehn im Bereich Finanzen und immerhin neun Sprechbeiträge im Themenfeld Ausländerpolitik und Asylrecht, das ebenso ein Schlüsselthema der NPD ist wie Europafragen und Europäische Union, zu denen Holger Apfel siebenmal das Wort ergriff.

Inhaltlich setzt Apfel – mit Ausnahme der Skandalreden – keineswegs eigene Akzente, sondern arbeitet sich systematisch am Parteiprogramm der NPD ab. Dabei wird größtenteils grundsätzliche Kritik geübt, ohne sich auf eine konstruktive Mitwirkung zur Problemlösung einzulassen. Dies liegt aber in der Funktionslogik des parlamentarischen Systems begründet und ist keineswegs untypisch für Oppositionsfraktionen, zu deren Funktionskatalog das Aufzeigen von Alternativen gehört. Eine in bundesdeutschen Landesparlamenten neue Dimension ist allerdings die offene und gleichzeitig aggressive Artikulation rassistischer und menschenverachtender Überzeugungen im Plenarsaal.

Länderporträt: Slowakei

Von Miroslav Mareš

1. Darstellung

1.1. Einführung

Der Extremismus in der Slowakei stellt ein interessantes Forschungsfeld dar, weil in diesem ostmitteleuropäischen Staat die verschiedensten – oft kuriosen – extremistischen Varianten existieren und manche extremistischen Gruppierungen innerhalb der slowakischen politischen Szene oder des europäischen extremistischen Spektrums einflußreich sind. Es ist auch wichtig, antiextremistische Instrumente und Strategien zu erforschen, u.a. aus der Sicht der Transformation, der Sicherheitspolitik, der Zivilgesellschaft in den postkommunistischen Staaten und des gegenwärtigen Prozesses der „Europäisierung“ antiextremistischer Politik.

In diesem Beitrag werden zuerst die nicht-demokratischen Traditionen der slowakischen Politik dargestellt. Sie stellen wichtige Quellen für den Extremismus der Gegenwart dar. Natürlich besitzt die slowakische Politik auch sehr starke demokratische Traditionen, die heute die Grundlagen der slowakischen Demokratie bilden. Anschließend seien die wichtigsten Varianten des slowakischen Extremismus nach 1989 analysiert.

1.2. Traditionen nicht-demokratischer Politik in der Slowakei

Die moderne slowakische Politik hat ihre Wurzeln in der nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts. Damals mußten die Slowaken, die im ungarischen Teil der Habsburger Monarchie lebten, ihre nationale Identität gegen den Druck der Ungarisierung behaupten. Diese „nationale Wiedergeburt“ war mit verschiedenen nationalistischen Ausprägungen verbunden, die aber im damaligen europäischen Kontext keineswegs als extremistisch galten. Die wichtigste politische Organisation der Slowaken war die 1871 gegründete *Slowakische Nationalpartei* (SNS).

Neue Bedingungen für die Entwicklung der slowakischen Identität schuf die Niederlage der Zentralmächte im Ersten Weltkrieg. Die meist demokratischen Kräfte, die sich besonders im Exil in Frankreich und in den Vereinigten Staaten, aber auch auf slowakischem Gebiet befanden, entschieden sich am Ende des Ersten Weltkrieges zur Bildung eines gemeinsamen Staates mit den Ländern der tschechischen Krone und der Karpaten-Ukraine: die Tschechoslowakei. Diese Entscheidung führte aber zum Krieg mit Ungarn 1918/19. In dessen Folge entstand unter dem Einfluß der Ungarischen Räterepublik in der Ost-Slowakei die kommunistische Slowakische Räterepublik. Diese

wurde nach nur einem Monat militärisch besiegt. Die tschechoslowakische Grenze zu Ungarn wurde durch den Vertrag von Trianon 1920 festgelegt. Diesen Vertrag halten viele ungarische Nationalisten bis heute nicht für akzeptabel.

Die Existenz der multinationalen Tschechoslowakei war einerseits mit der des relativ demokratischen politischen Regimes verbunden (was im damaligen mitteleuropäischen Kontext eine Ausnahme war). Dieses Regime hatte zuerst auch starke Unterstützung unter den Slowaken. Andererseits sollten jedoch ethnische Spannungen die erste tschechoslowakische Republik (1918-1938) prägen.¹ Um den nationalstaatlichen Charakter des tschechoslowakischen Staates zu demonstrieren, wurde die künstliche Konzeption der einheitlichen tschechoslowakischen Nation entwickelt („Tschechoslowakismus“), besonders von den maßgeblichen tschechischen politischen Kräften in Prag. In der Slowakei fand der „Tschechoslowakismus“ indes ein sehr geringes Echo. Die meisten Slowaken hofften, die Slowakei werde nach den Intentionen der gemeinsamen Vereinbarungen des tschechischen und slowakischen Exils (1918) nach der Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse Autonomie erlangen. Doch dazu kam es nicht, und viele slowakische Politiker waren mit dieser Situation unzufrieden. In den 20er und 30er Jahren entstand eine starke slowakisch-autonomistische und später auch separatistische Bewegung.

Wegen der politischen Konstellation in der Tschechoslowakei sowie in Europa wurde ein Teil dieser politischen Strömung stark von rechts-autoritären oder faschistischen Tendenzen beeinflusst.² Die hervorgehobene politische Position des Katholizismus in der Slowakei, der in Opposition zum tschechischen Antiklerikalismus stand, führte zur Vernetzung des slowakischen Rechtsextremismus mit katholischen Strukturen und Ideen. Diese Variante des Extremismus wird oft als Klerikalfaschismus bezeichnet.

Die wichtigste Vertretung fand diese Strömung nach und nach in *Hlinkas Slowakischer Volkspartei* (*Hlinkova slovenská ľudová strana* – HSLS) unter der Führung Andrej Hlinkas, besonders in deren 1923 gegründeter paramilitärischer Organisation *Rodobrana* („Heimwehr“). Die Anhänger dieser Strömung bezeichnete man als *Ludaken* („Lud“ – slowakisch „das Volk“). Die HSLS erhielt in den Parlamentswahlen 1925 34,3 Prozent in der Slowakei (das waren 6,9 Prozent bezogen auf die ganze Tschechoslowakei), 1929 28 Prozent (5,7 Prozent) und 1935 30,1 Prozent (6,9 Prozent). Mit der HSLS arbeitete im Rahmen des sogenannten *Autonomistischen Blocks* (*Autonomistický blok* – AB) teilweise auch die *Slowakische Nationalpartei* zusammen, die damals eine kleine evangelische Partei war.

Unter den Slowaken hatten auch die tschechoslowakischen faschistischen Organisationen einen kleinen Anhänger-Kreis; die Hochburgen der Mitgliedschaft und Wähler-

1 In der Tschechoslowakei wurde damals eine diskriminierende Politik gegen die Roma-Bevölkerung betrieben.

2 Es existierten aber auch demokratische slowakische Autonomisten. Die Radikalisierung und Extremisierung war oft Folge der Nichtbeachtung slowakischer Forderungen auf tschechischer Seite.

schaft lagen in Böhmen und Mähren. Die größte tschechoslowakische faschistische Partei – die *Nationale Faschistische Gemeinde* (*Národná obec fašistická* – NOF) – unterstützte die slowakische Autonomie.³ Die tschechischen und slowakischen Rechtsextremisten der Zwischenkriegszeit pflegten auch enge Beziehungen zum polnischen autoritären Regime und den entsprechenden politischen Gruppierungen.

Die rechtsautoritären oder faschistischen Tendenzen waren aber auch unter den ungarischen Irredentisten in der Slowakei deutlich bemerkbar. Sie kämpften in Verbindung mit dem ungarischen Horthy-Regime gegen die Tschechoslowakei. 1938 wurde die ungarische irredentistische Guerilla-Organisation *Szabadcsapatok* gebildet. Außerdem gab es unter den Karpatendeutschen in der Slowakei Ende der 30er Jahre nationalsozialistische Tendenzen, besonders in der *Karpatendeutschen Partei* (KDP).⁴

Der Linksextremismus hatte seine multiethnische Vertretung in der *Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei* (*Komunistická strana Československa* – KSČ), doch auch innerhalb dieser Partei strebten die Slowaken nach Selbstständigkeit.⁵ Die KSČ nutzte die schweren sozialen Bedingungen in vielen slowakischen Regionen zur Subversion gegen das demokratische Regime.

Nach dem Münchener Abkommen 1938 erfuhr die tschechoslowakische Republik eine rechtsautoritäre Transformation. Die Slowakei wurde autonom, doch große Teile der Südslowakei gingen infolge der Wiener Arbitrage vom 2. November 1939 an Ungarn. Das ungarische Horthy-Regime unterdrückte die slowakische Bevölkerung in den annektierten Gebieten.

In der Slowakei waren nur drei politische Parteien zugelassen: die HSĽS, die *Deutsche Partei* (DP) und die *Vereinigte Ungarische Partei* (*Zjednotená maďarská strana* – ZMS). Schon von Juli 1938 an wurde (als Nachfolgerin der *Rodobrana*) die paramilitärische Einheit der HSĽS namens *Hlinkova Garda* (*Hlinka-Garde*) gebildet, die im Oktober 1938 offizielle Anerkennung erfuhr. Die HG spielte vom 9. bis 12. März 1939 eine wichtige Rolle im Kampf gegen die tschechoslowakische Armee während des Versuchs der Prager Regierung, in der Slowakei ein Militärregime zu etablieren. Dieser Versuch sollte die geplante slowakische Unabhängigkeit verhindern (der sogenannte „Homola-Putsch“, genannt nach dem General der tschechoslowakischen Armee Bedřich Homola, der die militärische Operation in der Mittelslowakei führte).

Doch nach den Handlungen des Vorsitzenden der autonomen slowakischen Regierung, Josef Tiso, mit Adolf Hitler in Berlin wurde am 14. März 1939 die Unabhängigkeit der Slowakei ausgerufen. Es entstand ein slowakischer Staat, dessen autoritäres Regime zumeist als klerikalfaschistisch bezeichnet wird. An der Spitze stand als Präsi-

3 Milan Nekonečný, *Český fašismus*, Praha 2006, S. 77-78.

4 Vgl. Ondrej Pöss, *Politické strany karpatských Nemcov*, in: Jiří Malý/Petr Marek (Hrsg.), *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a na Slovensku 1861-2004*. I. Díl. období 1861-1938, Brno 2001, S. 913-924, hier S. 920.

5 Vgl. Igor Jašurek, *Self-Determination and the Communism in Czechoslovakia 1921-1936*, *Středoevropské politické studie* 7 (2005) 2-30, unter: <http://www.cepsr.com/clanek.php?ID=245>.

dent der katholische Priester Josef Tiso; weitere einflußreiche (und radikalere) Politiker waren Ministerpräsident Vojtech Tuka und der Führer der HG und spätere Ministerpräsident Alexander Mach.

Die Ideologie des Staates „war geprägt von einem extremen Nationalismus, einer im Katholizismus gegründeten Gesellschaftsordnung, der Bejahung autoritärer Herrschaft und einem extremen Antikommunismus“.⁶ In der Slowakei wurden zuerst nur zwei Parteien zugelassen: die slowakische HSLS mit der paramilitärischen HG und die karpatische DP mit der paramilitärischen Organisation *Freiwillige Schutzstaffeln* (FS); erst 1941 wurde auch die *Ungarische Partei (Magyar Part – MP)* registriert.

Die Regierung kooperierte mit dem nationalsozialistischen Deutschland, und die Slowakei stellte einen Satellitenstaat des Großdeutschen Reiches innerhalb der geplanten neuen europäischen Ordnung. Doch verlor die Slowakei noch 1939 weitere Gebiete im Südosten, die Ungarn nach dem kurzen slowakisch-ungarischen Krieg annektierte. Die Slowakei ihrerseits versuchte 1939, mit Hilfe der Mährischen Iredentisten aus der Organisation *Völkerrundliches Mähren (Národopisná Morava)* einen Teil Südmährens zu annektieren, doch die Deutschen stoppten die Operation.⁷

Die slowakische Armee beteiligte sich am Feldzug gegen Polen, besonders aber am Feldzug gegen die Sowjetunion, sowie an weiteren Militäroperationen der Achsenmächte. Das Regime unterdrückte die politische Opposition, doch im Vergleich mit Deutschland oder dem Protektorat Böhmen und Mähren war der Terror gegen politische Opponenten in den ersten Jahren zurückhaltender. Für viele Bürger des Slowakischen Staates waren die Jahre 1939 bis 1943 eine in sozialer, patriotischer und privater Sicht vergleichsweise günstige Zeit.

Doch das galt keineswegs für die slowakischen Juden. Diese Gruppe wurde terrorisiert und in Zusammenarbeit mit den deutschen Nationalsozialisten liquidiert. Die Juden aus der Slowakei wurden in Konzentrationslager deportiert, ihre Besitzstände „ariisiert“. Die Opferzahl unter den slowakischen Juden wird auf 100.000 Menschen geschätzt; nur rund 25-30.000 überlebten den Krieg.⁸ Repressive Maßnahmen trafen darüber hinaus auch die Roma.

Die demokratischen Repräsentanten der Slowakei wirkten während des Zweiten Weltkriegs im Exil in Großbritannien und den Vereinigten Staaten sowie in der Illegalität auf slowakischem Gebiet. Die slowakischen Kommunisten gründeten 1939 die organisatorisch selbständige *Kommunistische Partei der Slowakei (Komunistická strana Slovenska – KSS)*, die illegal auf slowakischem Gebiet sowie im Moskauer Exil wirkte. Allerdings war sie eng mit der KP der Tschechoslowakei verbunden.

Am 28. August 1944 brach der Slowakische Nationalaufstand aus, der wegen schwieriger politischer sowie militärischer Bedingungen nach zwei Monaten von deut-

6 Vgl. Israel Gutman u.a., Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Band III, München/Zürich 1999, S. 1322-1326.

7 František Mezihorák, Hry o Moravu. Separatisté, iredentisté a kolaboranti 1938-1945, Praha 1997.

8 Vgl. Gutman (FN 6), S. 1326.

schen und slowakischen Einheiten niedergeschlagen wurde. Das slowakische klerikal-faschistische Regime existierte auf einem immer kleineren Gebiet (wegen des Vormarschs der Roten Armee und deren Verbündeten) unter deutscher Kontrolle und mit immer härteren Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung.⁹ Am Ende des Krieges führte die HG in der Slowakei sowie in Mähren einen harten Antipartisanenkrieg mit terroristischen Methoden gegen die Zivilbevölkerung. Die letzten HG-Einheiten kapitulierten im Mai 1945 auf tschechischem Gebiet.¹⁰

1945 entstand der tschechoslowakische Staat auf dem slowakischen Territorium neu. Die strafrechtlichen Normen der sog. Beneš-Dekrete wurden auf verschiedene ehemalige Exponenten des Slowakischen Staates sowie pauschal auf die slowakischen Ungarn (Konfiskation des Vermögens, „Umsiedlung“) angewendet.¹¹ Tiso und andere Führungspersonen des Slowakischen Staates wurden 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Viele *Ludaken* emigrierten nach Westeuropa und besonders nach Nordamerika. In den Nachkriegsjahren existierte ein kleiner klerikalfaschistischer Untergrund in der Slowakei, der mit Einheiten der *Ukrainischen Aufstandsarmee* (UPA) auf slowakischem Gebiet kooperierte.

Während der Ära der sogenannten dritten tschechoslowakischen Republik (1945-1948), die als beschränkte Demokratie oder „Kartell-Hybrid-Regime“ zwischen Demokratie und Autoritarismus¹² in der neueren Literatur eingeordnet wird, hatte die Slowakei eine begrenzte Autonomie. Nur vier Parteien waren (als Teile der „Nationalen Front“) zugelassen: die KP der Slowakei, die *Demokratische Partei* (*Demokratická strana* – DS), die 1944 die demokratischen slowakischen Kräfte gebündelt hatte, die kleine sozialdemokratisch orientierte *Partei der Arbeit* (*Strana práce* – SP) und die christlichdemokratische *Partei der Freiheit* (*Strana slobody* – SS).

In den Wahlen von 1946 gewann die DS in der Slowakei 62 Prozent der Stimmen, die KSS wurde mit 30 Prozent zweitstärkste Partei. Das war ein gravierender Unterschied zu Tschechien, wo die Kommunisten mit mehr als 40 Prozent der Stimmen siegten. Die tschechoslowakischen Kommunisten, deren Vorsitzender Klement Gottwald Ministerpräsident wurde, kritisierten die slowakische demokratische Verwaltung heftig und suchten sie durch manipulierte Affären zu diskreditieren, u.a. wegen angeblicher Tätigkeit von Ludaken in der DS (schon damals kontrollierten die Kommunisten die militärischen Geheimdienste).

Nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 wurden die slowakische demokratische Opposition und die Kirchen verfolgt und liquidiert. Doch auch

9 Der tschechische Politologe Lubomír Kopeček spricht in diesen Zusammenhang von der „Slowakischen Republik von Saló“ – wegen die Ähnlichkeit mit Mussolinis Regime am Garda-See. Vgl. Lubomír Kopeček, *Demokracie, diktatury a politické stranictví na Slovensku*, Brno 2006, S. 101.

10 Tomáš Jakl, *May 1945 in the Czech Lands. Ground Operations of the Axis and Allied Forces*, Praha 2004, S. 107.

11 Vgl. Eva Imranová, *Maďarská menšina na Slovensku a její místo v zahraniční politice Slovenska a Maďarska po roce 1989*, Ústí nad Labem 2005, S. 228-232.

12 Vgl. Kopecek (FN 9), S. 129.

viele früher und später mächtige slowakische Kommunisten (einschließlich der Führungsperson des kommunistischen Widerstandes gegen das Tiso-Regime, des späteren Generalsekretärs der KSČ und tschechoslowakischen Präsidenten Gustáv Husák) waren während der totalitären Säuberungen in den 50er Jahren im Gefängnis. Sie galten laut Propaganda als slowakische „bourgeoise Nationalisten“.

In der kommunistischen Ära von 1948 bis 1989 bestand in der Tschechoslowakei zuerst ein totalitäres, seit Beginn der 60er Jahre ein posttotalitäres autoritäres Regime. Die KSS ging am 29. Oktober 1948 in der KSČ (als Landesorganisation der KSČ in der Slowakei, wobei kein Pendant in Tschechien entstand) auf. Darüber hinaus waren innerhalb der „Nationalen Front“ in der Slowakei zwei weitere Parteien zugelassen: die *Partei der Freiheit (Strana Slobody – SS)* und die *Partei der Slowakischen Wiedergeburt (Strana slovenskej obrody – SSO)*. Doch diese Parteien besaßen keinen realen Einfluß.

Die kommunistische Ära in der Slowakei war einerseits durch politische und religiöse Unterdrückung geprägt, andererseits brachte sie aber auch Industrialisierung und relatives wirtschaftlich-soziales Wachstum. Deswegen verfügte das kommunistische Regime über eine starke Unterstützung in der Bevölkerung. Die schrittweise Demokratisierung in den 60er Jahren, an deren Spitze der damalige Generalsekretär der KSČ, der Slowake Alexander Dubček, stand, war in der Slowakei eng mit Bestrebungen nach einer Föderalisierung der Tschechoslowakei verbunden.

Am 21. August 1968 begann die Okkupation der Tschechoslowakei durch die Truppen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Am 28. Oktober wurde das Gesetz über die tschechoslowakische Föderation angenommen und am 1. Januar 1969 in Kraft gesetzt. Doch die reale Macht besaßen die Kommunisten, nicht die staatlichen föderalen oder nationalen Organe. Der Slowake Gustav Husák wurde 1971 zum Generalsekretär der KSČ und 1975 zum ersten slowakischen Präsidenten der Tschechoslowakei gewählt. Die Präsenz der tschechisch-slowakischen Spannung innerhalb der KSČ war dennoch unübersehbar.

Die slowakische antikommunistische Opposition war auf slowakischem Gebiet mit Ausnahme der frühen 50er Jahre relativ schwach. Am schwächsten war sie in den 70er und 80er Jahren. Starke slowakische antikommunistische Strukturen existierten aber im Exil. Teile des Exils sowie der heimlichen Opposition bewerteten die Ära des Slowakischen Staates der Jahre 1939 bis 1945 positiv; auch kleine neofaschistische Strömungen waren identifizierbar.¹³

Die meisten Kräfte in der Slowakei – auch Kommunisten – unterstützten am Ende der 80er Jahre die Perestrojka. Den ideologischen Hintergrund der Reformisten bildete besonders eine Gruppe innerhalb des Instituts für Marxismus-Leninismus des Zentralkomitees der KSS (*Ústav marxizmu-leninizmu Ústredného výboru Komunistickej stra-*

13 Im Exil hatten die ehemaligen „Ludaken“ auch Einfluß im Weltkongreß der Slowaken (Svetový kongres Slovákov – SKS). Vgl. Jan Rychlík, *Rozpad Československa. Česko-slovenské vzťahy 1989-1992*, Bratislava 2002, S. 54 f.

ny Slovenska) in Bratislava. Auch die Antikommunisten – besonders katholisch orientierte – engagierten sich in dieser Zeit zunehmend.

Der Sturz des Regimes begann mit der brutalen Unterdrückung der Studentendemonstration vom 17. November 1989 in Prag; ähnliche Proteste äußerten sich kurz danach auch in der Slowakei. Die Slowakische antikommunistische Opposition sammelte sich in der *Bewegung Öffentlichkeit gegen Gewalt* (*Verejnost proti násiliu* – VPN), die eng mit dem *Bürgerlichen Forum* (OF) in Tschechien kooperierte. Nach dem Wahlsieg von 1990 zerfiel die VPN in mehrere Gruppierungen. Die stärkste Position erhielt die *Bewegung für eine Demokratische Slowakei* (*Hnutie za demokratické Slovensko* – HZDS) unter der Führung von Vladimír Mečiar. Mit anderen slowakischen Parteien trat sie mit zunehmender Vehemenz für eine Stärkung der slowakischen Position innerhalb der tschechoslowakischen Föderation ein, was manchen tschechischen politischen Kräften untragbar erschien. Die Teilung der Tschechoslowakei wurde so zur politischen Forderung auch jener Kräfte, die auf das Erbe des Slowakischen Staates schon von 1990 an rekurrten.

Der Sieg der populistischen HZDS in der Slowakei und der liberalkonservativen *Bürgerlichen Demokratischen Partei* (ODS) in Tschechien 1992 mündete in Verhandlungen über die Auflösung der Tschechoslowakei. Das Ergebnis war die Entstehung zweier unabhängiger Staaten, der Tschechischen Republik und der Slowakei am 1. Januar 1993. Dieser friedliche¹⁴ und demokratische Prozeß stellt einen Ausnahmefall im Kontext ethnischer Kriege im postkommunistischen Raum dar.

Nach dem Zerfall der Tschechoslowakei war die politische Situation in der Slowakei von politischen Turbulenzen geprägt, die 1994 zu vorgezogenen Wahlen führten. Aus ihnen ging eine Regierungskoalition aus der HZDS, der extrem rechten *Slowakischen Nationalpartei* und der linkspopulistischen *Versammlung der Arbeiter der Slowakei* (*Združenie robotníkov Slovenska* – ZRS) unter Ministerpräsident Vladimír Mečiar hervor. Unter Mečiar entwickelte das slowakische Regime nicht-demokratische Tendenzen (u.a. Ausnützung der Geheimdienste zur Diskreditierung und Unterdrückung der politischen Opposition, ökonomische Gängelung der Oppositionsmedien, Manipulation des Wahlsystems, Nicht-Respektierung der Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes etc.). Diese Ära wird als „Mečiarismus“ bezeichnet. Die damaligen Probleme komplizierten die Aufnahme der Slowakei in die NATO. Doch viele demokratische Instrumente und Mechanismen blieben erhalten. Der Politologe Lubomír Kopeček spricht in diesem Zusammenhang von einem nicht-vollendeten kompetitiven Autoritarismus¹⁵ in der Slowakei zwischen 1994 und 1998.

Den Wahlen von 1998 folgte eine Regierungsumbildung und Demokratisierung. Die Slowakei wurde 2004 in EU und NATO aufgenommen. Doch nach den Wahlen von 2006 kam es erneut zum Regierungswechsel. Die neue Koalition besteht zum einen aus

14 Die friedliche Auflösung der Tschechoslowakei wurde nur durch einzelne Vorfälle gestört. Vgl. Miroslav Mareš, *Terrorismus v ČR*, Brno 2005, S. 210–213.

15 Vgl. Kopeček (FN 9), S. 197.

der Partei *Smer* (Richtung), die zunächst eine diffuse linkspopulistische Orientierung aufwies, sich später (nach der Fusion mit den Sozialdemokraten und der demokratischen Linken) in die sozialdemokratische Parteienfamilie einfügte und den neuen Ministerpräsidenten stellt (Robert Fico). Zum anderen gehören ihr Mečiar's *Volkspartei – Bewegung für die demokratische Slowakei* (*Ludová strana – Hnutie za demokratické Slovensko* – LS-HZDS) und der SNS an.

Das Bündnis einer sozialdemokratischen Partei mit der rechteextremen SNS wurde in der *Sozialdemokratischen Partei Europas* heftig kritisiert, die Mitgliedschaft von *Smer* suspendiert. Doch bis heute sind keine antidemokratischen Regelübertretungen feststellbar, wie sie für die Ära des „Mečiarismus“ charakteristisch waren. Allerdings hat sich die Regierung mit außenpolitischen Stellungnahmen – wie der Unterstützung des Gaddafi-Regimes in Libyen im Falle der zum Tode verurteilten bulgarischen Krankenschwestern, ins politische Abseits gestellt.

1.3. Rechteextremismus in der Slowakei nach 1989

Die gegenwärtige rechtsextremistische Szene ist eng mit der Entstehung des sogenannten nationalen Lagers (die slowakische Politikwissenschaftlerin Darina Malová spricht von einer „nationalen Bewegung“) ¹⁶ ab 1990 verbunden. Andere rechtsextreme Tendenzen blieben demgegenüber unbedeutend. ¹⁷ Dieses Lager forderte schon kurz nach dem Zerfall des kommunistischen Regimes eine grundsätzliche Neugestaltung der slowakischen Staatlichkeit, entweder auf konföderativer Basis oder durch Erlangung der Unabhängigkeit. Viele Vertreter und Organisationen dieser Strömung knüpften an die „positiven“ Traditionen des slowakischen Staates der Kriegszeit an. ¹⁸ Damit eng verknüpft ist eine antiungarische Haltung.

Die „nationalistischen Bewegung“ setzte sich aus drei Gruppen zusammen. Zur ersten zählten jene, die in der Slowakei bereits während der kommunistischen Ära aus persönlicher Überzeugung oder aufgrund familiärer Traditionen zum radikalen Nationalismus neigten. Die zweite Gruppe bildeten die Emigranten und Remigranten, die

16 Dana Malová, *The Slovak National Movement*, in: Petr Kopecký/Cas Mudde, *Uncivil Society? Contentious politics in post-communist Europe*, London/New York 2003, S. 55-73.

17 In der Slowakei nach 1990 war aber auch die rechtsextremistische „Versammlung für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei“ („Združenie pre republiku – Republikánska strana Česko-Slovenska“) aktiv (slowakische Abkürzung ZPR-RSČ, tschechische SPR-RSČ). Die Partei des Tschechen Miroslav Sládeks hatte ihre Basis in Tschechien, befürwortete die tschechoslowakische Einheit, verfügte aber in der Slowakei nur über sehr wenige Mitglieder und Wähler. Nach dem Zerfall der Föderation existierte von 1994 bis 2000 die Nachfolgerpartei „Versammlung für die Republik – Die Republikaner“ („Združenie pre republiku – Republikáni“ – ZPR-REP) – eine gänzlich unbedeutende Gruppierung.

18 Ein Teil der Aktiven äußerte sich offen antisemitisch. Bereits in den frühen 90er Jahren erschienen in Bratislava im Verlag Agres verschiedene antisemitische Schriften (in Zusammenarbeit mit tschechischen Gesinnungsgenossen), u.a. die berühmt-berüchtigten „Protokolle der Weisen von Zion“. Vgl. Miroslav Mareš, *Pravicový extremismus a radikalismus v ČR*, Brno 2003, S. 383.

diese Traditionen während des Kalten Krieges im Ausland gepflegt hatten. Die dritte Gruppe schließlich bildeten die Angehörigen der neuen Jugendsubkulturen mit rechts-extremen Elementen, besonders der Skinheads, die Ende der 80er Jahre in der Slowakei unter westlichem Einfluß entstanden und zu Beginn der 90er Jahre Auftrieb erhielten.

Diese nationalistische Strömung, die allerdings nicht pauschal als „extremistisch“ bezeichnet werden kann, hatte ihre Stützpunkte in Institutionen und Kulturorganisationen wie dem *Slowakischen Stiftungsfonds (Matica Slovenská)*, der nach der Wende eine wichtige politische Rolle spielte, in Medien wie den Zeitungen *Slowakische Nation (Slovenský národ)*, *Slowakische Nationalzeitung (Slovenské národné noviny)* und *Der Neue Slowake (Nový Slovák)*, in Vereinen wie der *Unabhängigen Vereinigung der Ökonomen der Slowakei (Nezávislé združenie ekonómov Slovenska – NEZES)*, der *Štúr-Gesellschaft (Štúrova spoločnosť)* oder der *Assoziation der Slowakischen Soldaten (Asociácia slovenských vojakov – ASV)*.¹⁹

Wichtiger noch waren politische Parteien wie die *Slowakische Nationalpartei (Slovenská národná strana – SNS)*, deren Identität und Organisationsstruktur sich aber erheblich von der der SNS der Vorkriegszeit unterschied.²⁰ Jedoch teilte sie den extremen Nationalismus der slowakischen Nationalisten des 19. Jahrhunderts sowie der ersten Hälfte der 20. Jahrhunderts. Zunächst war ein Teil der SNS nicht separatistisch orientiert, zielte vielmehr auf die Verbesserung der slowakischen Position innerhalb der Föderation.²¹

Enger waren die historischen Bande bei kleineren Parteien wie der *Slowakischen Volkspartei (Slovenská ľudová strana – SĽS)*, die zuerst den Namen *Hlinkas Slowakische Volkspartei* wählte, aber wegen der Ähnlichkeit mit dem Namen der nach dem Krieg verbotenen HSL'S nicht offiziell registriert wurde. Andere kleine nationalistische Organisationen der frühen 90er Jahre waren der *Slowakische Nationale Kongress – Partei der christlichen Demokratie (Slovenský národný kongres – Strana kresťanskej demokracie – SNK-SD)*, die *Unabhängige Partei der Slowaken (Nezávislá strana Slovákov – NSS)*, die *Slowakische Nationaldemokratische Bewegung (Slovenské národnodemokratické hnutie – SNDH)* oder die *Bewegung für eine unabhängige Slowakei (Hnutie za nezávislé Slovensko – HZSS)*. Zudem gab es Abspaltungen von der SNS.

Die Gründungsmitglieder der SNS trafen sich Ende 1989 in Bratislava und beteiligten sich am 1. März 1990 an einer Demonstration gegen das neue tschechoslowakische Wappen. Die SNS wurde am 7. März 1990 registriert, und am 19. Mai 1990 fand der erste Parteitag statt. Zum Vorsitzenden wählte man Viťazoslav Moritz. In den ersten freien Wahlen erhielt die Partei in der Slowakei 13,9 Prozent (22 Mandate) der Stimmen im Slowakischen Nationalrat, 11 Prozent in der Volkskammer und 11,4 Prozent in der Nationalkammer der Föderalversammlung.

¹⁹ Vgl. Malová (FN 16), S. 63-64.

²⁰ Lubomír Kopeček, *Politické strany na Slovensku 1989 až 2006*, Brno 2007, S. 414.

²¹ Karel Zetocha/Miroslav Konečný, *Slovenská národná strana – druhá šanca*, in: *Středoevropské politické studie* 6 (2005) 2-3, S. 241-262, hier S. 242.

Nach den Wahlen begannen heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen. Die erste bedeutendere Abspaltung von der SNS war 1990 die rechtsextreme *Slowakische Nationaleinheit* (*Slovenská národná jednota* – SNJ) des damaligen Abgeordneten Panis, der u.a. die technische Möglichkeit der Ermordung der Juden in Gaskammern bezweifelte. Innerhalb der Partei entstand Ende 1990 die sogenannte *Demokratische Plattform*, die den Populismus der SNS ablehnte.²² 1991 bekam die SNS einen neuen Vorsitzenden, Josef Prokeš. Unter seiner Führung erzielte sie in den Wahlen von 1992 7,9 Prozent der Stimmen im Slowakischen Nationalrat und 9,4 Prozent in den beiden Kammern der Föderalversammlung.

Nach den Wahlen unterstützte die Partei die Bestrebungen des damaligen Ministerpräsidenten Mečiar (HZDS), die auf die Teilung der tschechoslowakischen Föderation zielten. Am 1. Januar 1993 errang die Partei ihr wichtigstes Ziel – die slowakische Unabhängigkeit. Doch dieser Sieg wurde für die Partei zum Problem, weil sie nun eine neue Identität innerhalb des slowakischen Parteiensystems entwickeln mußte.

Mit dem neuen Vorsitzenden Ludovít Černák, der schon seit Oktober 1992 in dieser Funktion war, versuchte die neue Parteiführung, sich ein „konservativ-liberales“ Profil zu geben. Doch Černáks Position in der Partei sowie in Mečiar's Regierung, wo die SNS ohne Koalitionsvertrag saß, wurde immer schwieriger. Im November 1993 wurde der Vertrag endlich unterzeichnet, doch waren die Regierungsparteien innerlich zerstritten, so daß es 1994 zu vorgezogenen Neuwahlen kam.

In Januar 1994 wurde der neue Vorsitzende der SNS Jan Slota (Bürgermeister der Stadt Zilina) gewählt.²³ Er bestimmt den Charakter der Partei bis heute. Die SNS nahm im slowakischen Parteiensystem die Position der extremen Rechten ein. In den Wahlen von 1994 erhielt sie 5,4 Prozent der Stimmen. Sie bildete eine Koalition mit der populistischen HZDS Mečiar's und der linksradikalen ZRS. Diese – sogar für die postkommunistischen Staaten nicht typische – ultralinks-populistisch-ultrarechte Koalition verstieß vielfach gegen die Regeln des demokratischen Verfassungsstaates.

Noch vor den Wahlen von 1998 fusionierten die *Christlich-soziale Union der Slowakei* (*Kresťansko-sociálna únia Slovenska* – KSÚ) und die national-ökologische *Slowakische Grüne Alternative* (*Slovenská zelená alternatíva* – SZA) mit der SNS. Diese erzielte 9,0 Prozent der Stimmen (14 Mandate) und mußte auf den Bänken der Opposition Platz nehmen. Dadurch verstärkten sich wiederum die innerparteilichen Spannungen. Die neue Oppositionsfraktion unter der Führung der stellvertretenden Parteivorsitzenden Anna Malíková kritisierte Slotas Kurs. Im Jahre 1999 wurde Malíková zur Vorsitzenden gewählt. Der Streit setzte sich fort, und 2001 spaltete sich die Gruppe des ehemaligen Vorsitzenden Ján Slota ab und gründete die *Rechte Slowakische Nationalpartei* (*Pravá²⁴ Slovenská národná strana* – PSNS). Beide Parteien erzielten bei den

²² Ebd., S. 243.

²³ Černák gründete dann die konservativ orientierte „Nationaldemokratische Partei – Neue Alternative“ („Národnodemokratická strana – Nová alternatíva“ – NDS-NA).

²⁴ Das Wort „Pravá“ im Parteinamen bedeutet auf Slowakisch „echte“ wie auch „rechte“.

Wahlen von 2002 nur magere Ergebnisse; die PSNS kam auf 3,7 Prozent, die SNS auf 3,3 Prozent.

In der Folgezeit konnten die gegenseitigen Animositäten überwunden werden, so daß Slotas Fraktion im Jahre 2003 wieder der SNS beitrug. Slota wurde erneut zum Vorsitzenden, Anna Malíková zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Doch eine kleine Gruppe der PSNS-Mitglieder entzog sich der Wiedervereinigung mit der SNS. So entstand die Splitterpartei *Vereinigte Slowakische Nationalpartei* (*Zjednotená Slovenská národná strana* – ZSNS).

Vor der Europawahlen 2004 begann ein Rechtsstreit um den Namen. Zur Teilnahme wurde nur die kleine Splittergruppe unter dem Namen PSNS zugelassen (sie erhielt 2 Prozent der Stimmen). Slotas und Malíkovás Fraktion, die nicht kandidieren durfte, nutzte für kurze Zeit den Namen *Slotas Vereinigte Slowakische Nationalpartei* (*Slotova zjednotená Slovenská národná strana* – SZSNS). Doch später erkannte das Oberste Gericht die rechtlichen Ansprüche Belousovová (Malíkovás neuer Familienname nach dem Tod des Ehemannes), und die wiedervereinigte SNS konnte nach der offiziellen Registrierung einen neuen Aufstieg starten.²⁵ Die SNS nutzte die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit der konservativen Regierung, der auch die *Partei der Ungarischen Koalition* angehörte, zu massiver Kritik am „Establishment“ mit sozialpopulistischen und antiungarischen Forderungen.²⁶

Bei den vorgezogenen Wahlen von 2006 erzielte die SNS 11,7 Prozent der Stimmen (20 Mandate). Sie trat wieder in eine Regierungskoalition mit der dominierenden Partei *Smer* und Mečiar LS-HZDS ein. In der Regierung bemühte sie sich um ein seriöses Auftreten, um die Situation des Ministerpräsidenten Fico nicht zu erschweren.²⁷ So wurde die SNS eine der erfolgreichsten rechtsextremen Parteien Europas. Ihre Programmatik verbindet sozialen Populismus und Law and Order-Parolen mit Ultranationalismus und Antiamerikanismus. Sie schürt Ressentiments gegen Ungarn, Roma und Sinti. Sie übt heftige Kritik an NATO- und EU-Haltungen, sprach sich aber nicht kategorisch gegen einen EU-Beitritt aus. Der Vorsitzende Slota ist wegen zahlreicher Skandale bekannt.²⁸ Die Partei verfügt über eine Jugendorganisation, die *Jugend der Slo-*

25 Schon 2003 wurden ihre Fraktionen Mitglieder der Konföderation der Nationalkräfte („Konfederácia národných síl“ – KNS) mit kleineren Gruppierungen, die aber wegen interner Streitigkeiten nur kurze Zeit existierten. Der Präsidentschaftskandidat dieser Koalition, Ivan Gašparovič, aus der „Bewegung für Demokratie“ („Hnutie za demokraciu“ – HZD) gewann 2004 die Präsidentschaftswahlen.

26 Vgl. Kopeček (FN 20), S. 436-439.

27 Die SNS unterzeichnete im April 2007 sogar einen Kooperationsvertrag mit der Roma-Nichtregierungsorganisation „Parlament der Roma“.

28 Slota war manchmal in der Öffentlichkeit betrunken, urinierte angeblich von einem Balkon eines Hotels in Bratislava, forderte auf einer Demonstration einen „Panzerangriff auf Budapest“, bezeichnete Ungarn als „Krebsgeschwür im Leib der slowakischen Nation“ und propagierte die Sterilisierung der Roma. Vgl. Kopeček (FN 20), S. 429; Lubomír Palata, Ján Slota – der König von Žilina, in: Prager Zeitung vom 19. Juli 2006, unter: http://www.pragerzeitung.cz/?c_id=8257.

wakischen Nationalpartei (*Mládež Slovenskej národnej strany* – MSNS).²⁹ Einzelne Mitglieder unterhalten Kontakte zu militanten rechteextremen Subkulturen.

Auf internationaler Ebene knüpfte die SNS zu Beginn der 90er Jahre Kontakte mit der *Europäischen Freien Allianz* (EFA), die eine Anzahl ethnischer und regionalistischer Parteien vereint.³⁰ Doch nach der Erlangung der slowakischen Unabhängigkeit verlor die SNS das Interesse an der EFA und fand einen ganz anderen politischen Partner. Die SNS wurde 1997 Mitglied des vom Front national und Jean-Marie Le Pen organisierten transnationalen Netzwerks *Euronat*. Nach dem Wechsel an der Spitze der Partei (1999) führte Anna Malíková die Partei an die vor allem von Gianfranco Fini und der *Alleanza Nazionale* dominierte *Union für das Europa der Nationen* (UEN) heran. Diese Anbindung behielt die SNS bei, wenngleich sie weder offizielles Mitglied der UEN-Fraktion im Europaparlament noch der Europapartei *Allianz für das Europa der Nationen* (AEN) ist.³¹ Eine erneute Radikalisierung der SNS ist nach der Gründung der Fraktion ITS im Januar 2007 nicht ausgeschlossen.

Wie bereit erwähnt, ist die SNS nicht die einzige parteipolitische Repräsentantin des slowakischen Nationalismus. Bei den (oft härteren) Konkurrenzformationen handelt es sich zumeist um Splitterparteien. Bei den Parlamentswahlen von 2006 bildeten einige diese Parteien die *Slowakische Nationalkoalition – Slowakische Gegenseitigkeit* (*Slovenská národná koalícia - Slovenská vzájomnosť* – SLNKO). Sie erzielte lediglich 0,2 Prozent der Stimmen. Die Mitgliedparteien der SLNKO waren die PSNS, die ZSNS, die SNJ³² und weitere Kleinstorganisationen.

Andere nationalistische Gruppierungen bilden nicht-parteiliche Vereinigungen. Die bekannteste ist die *Slowakische Gemeinsamkeit* (*Slovenská pospolitost'* – SP). Sie ging 1996 aus der *Slowakischen Nationalfront* (*Slovenský národný front* – SNF), die 1994 von ehemaligen Skinheads gegründet wurde.³³ Sie wird von dem Informatik-Gymnasiallehrer Marian Kotleba geführt und orientiert sich an der Ideologie des slowakischen Klerikalfaschismus. Die SP-Uniformen ähneln denen der Hlinka-Garde aus dem Zweiten Weltkrieg.

Mitglieder der SP gründeten 2005 auch die *Slowakische Gemeinsamkeit – Nationalpartei* (*Slovenská pospolitost' – Národná strana*, NS-SP), doch wurde sie im folgenden

29 Früher stand auch die „Slowakische Nationaljugend“ (*Slovenská národná mládež* – SNM) den Parteien SNS/PSNS nahe. Vgl. Daniel Miľo, Slovakia, in: Cas Mudde (Hrsg.), *Racist Extremism in Central and Eastern Europe*, London/New York 2005, S. 210-242, hier S. 218.

30 Petr Fiala/Miroslav Mareš/Petr Sokol, *Eurostrany. Politické strany na evropské úrovni*, Brno 2007, S. 135.

31 Mitglied der AEN aus der Slowakei ist die kleine konservativ-nationalpopulistische „Bewegung für Demokratie“ (HZD), die den gegenwärtigen slowakischen Präsidenten Gašparovič nominierte. Vgl. ebd., S. 69.

32 Die schon erwähnte SNJ mit ihrem Vorsitzende Stanislav Panis versucht auch, Einfluß auf die slowakischen Minderheiten in Ungarn, Polen und Tschechien zu gewinnen.

33 Als parteipolitische Nachfolgerorganisation des SNF sollte die 1995 gegründete „Volkspartei“ („*Ludová strana*“ – LS) dienen, die aber völlig unbedeutend blieb.

Jahr vom slowakischen Verfassungsgericht wegen ihrer antidemokratischen Ziele verboten. Bei den Parlamentswahlen von 2006 kandidierten die Mitglieder der SP auf der SLNKO-Liste. Die SP pflegte enge internationale Kontakte mit der *Nationalen Wiedergeburt Polens* (NOP) und der mährisch-tschechischen *Bewegung der Nationalen Wiederereinigung* (HNS). Seit Ende der 90er Jahre unterhält sie auch Beziehungen mit der neofaschistischen *International Third Position*, die von italienischen und britischen Rechtsextremisten gegründet wurde.

Als europäisches Projekt der ITP entstand 2003 die *Europäische Nationalfront* (ENF). Diese unterzeichnete 2004 auf Initiative der polnischen NOP die „Central East European Declaration of Cooperation“.³⁴ Innerhalb der ENF kam es vor allem zwischen der polnischen NOP und der deutschen NPD zu Kontroversen. Einzelne frühere Mitgliedsorganisationen aus slawischen Ländern, darunter auch die slowakischen Gruppierungen, sind seit 2006 nicht mehr Mitglieder der ENF. Allerdings nahm ein SP-Vertreter, Michal Laššák, in den Jahren 2005 und 2006 am Fest der Völker in Jena teil, einer von NPD-nahen Kreisen organisierten Veranstaltung.³⁵ 2005 bildete die SP gemeinsam mit der rumänischen Neuen Rechten (ND) und der serbischen *Obraz* eine antiungarische Koalition.

Weitere rechtsextreme nationalistische Vereinigungen sind die *Einheit der Slowakischen Jugend* (*Jednota slovenskej Mládeže* – JSM), die *Neue Freie Slowakei* (*Nové slobodné Slovensko* – NSS) und die *Slowakische Bewegung der Erneuerung* (*Slovenské hnutie obrody* – SHO). Eine wichtige Rolle spielen die medialen Internet-Projekte *Gegen den Strom* (*Proti Prúdu*, prop.sk), *Aktualitäten Nummer 1* (*Aktuality číslo 1*, aktualitycislo1.sk) und *Unabhängiger Beobachter* (*Nezávislý Pozorovateľ* – Pozorovateľ.sk).

In der Slowakei gibt es eine relativ starke subkulturelle Szene, die mehr oder weniger stark zum Neonationalsozialismus tendiert. Neonazistische Orientierungen lassen sich mit dem slowakischen Ultranationalismus wegen des gemeinsamen Kampfes von Slowaken und Deutschen „gegen den Bolschewismus“ gut vereinen. Die slowakische Skinheads-Subkultur entwickelte sich Ende der achtziger Jahre aus dem rassistisch orientierten Teil der „Punker“.³⁶ Die erste einflußreiche Musikgruppe war *Krátký proces* (Kurzer Prozeß). Ihre Liedtexte waren oft antisemitisch, antiziganistisch und dem Erbe des slowakischen Klerikalfaschismus verpflichtet. Die in den 90er Jahren entstandene *White Power* Musikszene hat unverminderten Zulauf. Die bekanntesten Musikgruppen sind *D. M. S.*, *Biely Odpor*, *Front 18*, *Hammer 88*, *Edelweiss*, *Rýchly Nápor*, *Nástup*, *Posledná výstraha*, *Otčina*, *Ancestors*, *Blesková narkóza*, *Slovenská liga*, *Biela Garda*,

34 Miroslav Mareš, Transnational Networks of the Extreme Right Parties in East Central Europe. Stimuli and Limits of Cross-Border Cooperation, paper prepared for the 20th IPSA World Congress, Fukuoka, 9-13 July 2006, unter: <http://ispo.fss.muni.cz/uploads/2download/fukuoka/Mares.pdf>, S. 17 f.

35 Verfassungsschutzbericht des Freistaates Thüringen 2005, Erfurt 2006, S. 98.

36 Auch die bekannteste slowakische Punk-Musik-Gruppe „Zona A“ sang das rassistische Lied „Zigeuner-Problem“. Wegen dieses Liedes aus den 80er Jahren, das später auch die neonazistische Gruppe „Judenmord“ spielte, verhinderte die tschechische „Antifaschistische Aktion“ (AFA) 2004 die Teilnahme von „Zona A“ auf einem antifaschistischen Konzert in Prag.

N. S. Band, *Memorandum, Justícia, Judenmord* (Nachfolger der Gruppe *Krátky Proces*). Manche sind international tätig. Die *White Power*-Musik stimulierte die Entwicklung der neonazistischen Szene. In den neunziger Jahren spielte sie in den Skinhead-Fanzins eine wichtige integrative Rolle.³⁷ Inzwischen ist sie von der Internet-Propaganda überflügelt worden.

Aus der neonazistischen Skinhead-Subkultur³⁸ gingen verschiedene Organisationen hervor. Wahrscheinlich die erste war die *Nationalsozialistische Bewegung Europas* (*Národno socialistické hnutie Európy* – NSHE), die 1992 in Kosice gegründet wurde und eine Zeitlang Sektionen in Tschechien, Polen und Serbien unterhielt. Die Tätigkeit weiterer Organisationen Mitte der 90er Jahre war auf slowakisches Gebiet begrenzt; sie verbanden ein rassistisches Skinhead-Weltbild mit dem ideologischen Erbe des Slowakischen Staates der Jahre 1939 bis 1945. Es handelte sich um die *Slowakische Nationalliga* (*Slovenská národná liga* – SNL), die *Slowakische Nationalfront* (*Slovenský národný front* – SNF), den *Slowakischen Tagesaufbruch* (*Slovenský Úsvit* – SÚ) und die *Slowakische Patriotische Organisation – Garda* (*Slovenská vlastenecká organizácia* – Garda) mit der Jugendorganisation *Hlinkas Jugend* (*Hlinkova mládež* – HM).³⁹

Mitte der 90er Jahre wurden auch slowakische Sektionen der verschiedenen transnationalen rassistischen und internationalen Organisationen gegründet. Die wichtigste Position nahmen die *Slovakia Hammer Skins* und die *Blood & Honour Division Slovakia* ein. B&H unterhält bis heute lokale Sektionen wie *B&H Engerau*, *B&H Nitra*, *B&H Cassovia*. Es entstand auch eine *Combat 18 Division Slovakia*.

Weitere kleine neonazistische Organisationen in der Slowakei waren der *Klan der Slowakischen Ritter* (*Klan Slovenských Rytierov* – KSR), der 1995 als slowakische Sektion des *Ku Klux Klan* in 1995 entstand, die *White Slovakian Unity*, auf deren Basis auch die slowakischen Sektionen der *Aryan Nation* und später der *World Church of Creator* gegründet wurden, die *SS Actions Groups*, die *Kämpfer des Keltischen Kreuzes* (*Bojovníci keltského kríža*), *Celtic Tradition*, *Christian Separatist Church Slovakia*, auf deren Basis auch die Organisation *White Front* (mit slowakischen wie tschechischen Mitgliedern) entstand, die *Engerau Crew* und die Frauenorganisation *Women for Aryan Unity Slovakia*, die später durch die Organisation *Arische Frauen* (*Árijské ženy* – AŽ) ersetzt wurde.

37 Rassistische Skinhead-Fanzines aus der Slowakei der 90er Jahre hießen: Naše správy N. S., Gardista, Edelweiss, Naš hlas, Elita, Svastika, Biela Mysel, Biely Boj, Biely Hnev, Biela Ruža, Cobweb, Divizia Wiking, Das Reich, Pochodeň, Aryan Law, 1939, Ostara, Otčina, Génius, Rodobrana, Súmer Bohov, Generácia 88, For white only, Právo bielych, Zjednotení v pravici, Blok, Tatranská stráž, Radikálny blok, Zárok, Revenge, Volanie Valkýr, White Victory, White Rider, Final Holocaust.

38 In der Slowakei entstanden Mitte der 90er Jahre auch die SHARP-Skins und eine traditionelle Skinhead-Subkultur. Diese Subkultur ist lebensfähig. Zu ihr gehören verschiedene Bands, Fanzines und Web-Seiten. In den letzten Jahren ist aber auch in der Slowakei ein Trend nach westlichen Vorbildern bemerkbar: die Verhüllung der rechtsextremen Aktivitäten durch quasi-unpolitischen Skinhead-Oi-Rock.

39 Daniel Miľo, *Rasistický extrémizmus v Slovenskej Republike*, Bratislava 2004, S. 23 f.

In den letzten Jahren verstärkte sich in der Slowakei die Tendenz, die neonazistische Szene nach dem Konzept der „freien Nationalisten“ umzustrukturieren. Nach tschechischem und deutschem Vorbild wurden die ersten lokalen Zellen des *Nationalen Widerstandes* (*Národný odpor*) gebildet, die insbesondere nach Tschechien Kontakte unterhalten. Es wurden auch Szene-Läden mit einem entsprechenden Angebot an Kleidung aufgemacht; die zugleich als Stützpunkte dienen. Neben den westlichen Marken (u.a. Thor Steinar, Masterrace etc.) ist die heimische slowakische Marke *Eighty Eight* beliebt.

Die slowakische *White Power*-Szene nimmt innerhalb des europäischen Neonazismus einen wichtigen Platz ein. Freundliche Beziehungen bestehen vor allem zwischen slowakischen und tschechischen Neonazis.⁴⁰ Die Kontakte zur NS-Szene in der Ukraine und Rußland haben sich verstärkt. Mitunter gewaltsame Streitigkeiten wurden zwischen slowakischen und ungarischen Neonazis ausgetragen, doch hinderte dies andere Aktivisten der beiden Länder nicht daran, miteinander zu kooperieren.

Die slowakischen *White Power*-Musikgruppen spielen oft im Ausland. Seit Mitte der 90er Jahre fanden viele Konzerte mit großer internationaler Beteiligung in der Slowakei statt. Auch Nazi-CDs für die westlichen Märkte wurden in der Slowakei hergestellt. Doch in den letzten fünf Jahren verminderten sich die Szene-Aktivitäten und Kundgebungen wegen des verstärkten Verfolgungsdrucks der Sicherheitsbehörden.

Der slowakische Neonazismus beeinflusst auch die Szene der Fußball-Hooligans. Am bekanntesten sind die Hool-Gangs von Slovan Bratislava, die eng mit den lokalen Neonazi-Cliquen verflochten sind. Die slowakischen Nazi-Hooligans unterhalten auch sehr gute Kontakte in die Tschechische Republik, besonders in die mährischen Hauptstadt Brno (wo sie auch an verschiedenen Gewaltaktionen beteiligt waren).

Neo-NS-Ideen haben in jüngster Zeit auch Eingang in die *Pagan Metal*-Szene und in die *National Socialist Black Metal*-Szene gefunden. Obwohl es sich lediglich um kleine Gruppierungen handelt, spielen sie eine wichtige Rolle auf europäischer Ebene. Die slowakische NSBM-Musikgruppe *Aryan Triumph* (früher *Blitzkrieg*, *Stribog*) unterstützt die transnationale Organisation *The Pagan Front*.⁴¹ Manche slowakischen *Pagan Metal*-Aktivisten sind in die Strömung *Slavonic Power* integriert, die slawisch-heidnische Traditionen glorifiziert und außerhalb der Slowakei vor allem in Rußland, der Ukraine, Belarus, Lettland, Polen und Tschechien zu finden ist (allerdings ist nur ein Teil als extremistisch zu qualifizieren).

40 Die slowakische rassistische Skinhead-Szene (damals noch nicht ideologisch gefestigt) unterstützte die Entstehung der unabhängigen Slowakei (auch wegen des Vorbildes des Slowakischen Staates der Jahre 1939 bis 1945). Die tschechischen Skinheads nehmen keinen klaren und gemeinsamen Standpunkt ein, doch akzeptierten sie die Teilung der Tschechoslowakei problemlos. Die Kooperation der Neonazis beider Staaten ist sehr eng. Nur selten kam es zu Auseinandersetzungen. Vgl. Michal Mazel, *Oponenti systému. Priebeh radikálnych a extrémistických organizáci v Českej republike*, in: Petr Fiala (Hrsg.), *Politický extremismus a radikalismus v Českej republike*, Brno 1998, S. 117-277, hier S. 252.

41 Vgl. *Encyclopedia Metallum* 2007, unter: <http://www.metal-archives.com/band.php?id=16010>.

Die slowakischen militanten Nationalisten und Neonazis sind überaus gewalttätig. Die Szene umfaßt ca. 1.000 Aktivisten mit 3.000 Sympathisanten.⁴² Gewalttätige Übergriffe richteten sich vorzugsweise gegen Roma, Ungarn, Juden, linke „Antifaschisten“. Nach Angaben von NGOs töteten Rechtsextremisten seit 1993 sieben Menschen, meist Roma. Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte der Mord an dem 16-Jährigen Roma Marian Goral in Žiar nad Hronom (1995); er wurde von einer rassistischen Skinhead-Gruppe verbrannt. Gleiches gilt für den Fall der Roma-Frau Anastazia Balážová, einer 50-Jährige Mutter von acht Kindern, die 2000 in ihrer Wohnung von einer Skinhead-Gruppe mit Baseball-Schlägern erschlagen wurde, während sie ihre Kinder verteidigte. Zu großen öffentlichen Protesten und zur Verschärfung der antiextremistischen Maßnahmen kam es nach dem Mord an einem Nicht-Roma – des 21-jährigen Studenten aus Bratislava Daniel Tupý (2005). Er wurde wahrscheinlich von einer Neonazi-Gruppe aus Bratislava wegen seines „alternativen Aussehens“ erstochen. Doch ist der Fall bislang nicht aufgeklärt.

Die Gewalttaten wurden in der Regel ohne planerischen Vorlauf verübt, auch wenn einzelne Täter T-Shirts mit der Aufschrift *Combat 18* trugen. Doch entdeckte die slowakische Polizei auch Hinweise auf die Vorbereitung terroristischer Gewalttaten. So wurde im Jahre 2005 bei einem führenden Neonazi, der als Soldat gedient hatte und *Combat 18*-Material aufbewahrte, Sprengstoff entdeckt.⁴³ Rechtsextremisten verübten auch verschiedene Brandanschläge, u.a. gegen den Sitz der antirassistischen Organisation *Menschen gegen Rassismus* (*Ludia proti rasizmu*) in Bratislava (2004). Bislang sind in der Slowakei jedoch keine stärkeren Tendenzen eines ultrarechten Terrorismus erkennbar.

1.4. Linksextremismus in der Slowakei nach 1989

Die Bedeutung des Linksextremismus im slowakischen politischen System wurde stark von der relativ schnellen Transformation der Kommunistischen Partei der Slowakei beeinflusst. Die Reformkräfte innerhalb der KSS waren 1989/90 stärker als in Tschechien, was zum Streit innerhalb der KSČ führte. Unter der Führung des neuen Vorsitzenden Peter Weiss leiteten die slowakischen Kommunisten einen Prozeß der „Sozialdemokratisierung“ ein. Als gemeinsame föderale Partei war die KSČ in den ersten Wahlen relativ erfolgreich; sie erhielt 13,3 Prozent der Mandate im Slowakischen Nationalrat.

Die KSS wurde am 28. September 1990 als eigenständige Partei registriert. Im Oktober änderte sie ihren Namen in *Kommunistische Partei der Slowakei – Partei der Demokratischen Linke* (*Komunistická Strana Slovenska – Strana demokratickej ľavice*

42 Vgl. Ministerstvo vnútra, Odhad počtu extrémistov, Bratislava 2004, unter: <http://www.minv.sk/extremizmus>.

43 Braňo Ondrášik, Ako sa širila neonacistická rakovina, 13. Nov. 2005, Nový čas, unter: http://www.bratislava.sk/vismo5/dokumenty2.asp?u=700000&id_org=700000&id=75991&p1=51437.

KSS-SDL). Im November 1990 wurde aus der KSČ das Bündnis der *Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens* (im März 1990 neu gegründet) und der KSS-SDL (unter der geänderten Bezeichnung KSČS). Doch bereits im Januar 1991 nannte sich die slowakische Partei in *Partei der Demokratischen Linken* (*Strana demokratickej ľavice* – SDL) um. Das Bündnis mit der tschechischen Schwesterpartei wurde 1992 aufgelöst.

Die SDL entwickelte sich zu einem bestimmenden Element des slowakischen Parteiensystems der 90er Jahre und war 1994 und von 1998 bis 2002 an Regierungskoalitionen beteiligt. Doch zu Beginn des neuen Jahrtausends verlor die Partei ihre Wähler und vereinte sich am 1. Januar 2005 mit der Partei *Richtung* (*Smer*).⁴⁴ Diese zuerst linkspopulistisch orientierte Partei war 1999 von Robert Fico gegründet worden, der seit 1987 Mitglied der KSČ/KSS und seit 1992 Abgeordneter der SDL gewesen war. Der Partei *Smer* schlossen sich auch die slowakischen Sozialdemokraten an. Seit dem Jahr 2005 trägt sie den Namen *Smer – Sozialdemokratie* (*Smer – sociálna demokracia*, SMER). Sie versteht sich als Bestandteil der sozialistischen/sozialdemokratischen Parteienfamilie, auch wenn sie nach der Bildung der Koalition mit der rechtsextremen SNS (2006) aus der *Europäischen Sozialdemokratischen Partei* ausgeschlossen wurde.

Die dogmatischen Kommunisten hatten zu Beginn der 90er Jahre eine Sozialdemokratisierung der KSS abgelehnt und die Partei verlassen. 1991 entstanden zwei Splitterparteien: die *Kommunistische Partei der Slowakei 91* (*Komunistická strana Slovenska 91* – KSS 91) und der *Bund der Slowakischen Kommunisten* (*Zväz slovenských komunistov* – ZSK). 1992 kandidierten Mitglieder beider Parteien auf der Liste der KSS 91, doch das Wahlergebnis fiel mit nur 0,8 Prozent der Stimmen sehr enttäuschend aus. Nach den Wahlen schlossen sich beide Parteien am 29. August 1992 zur *Kommunistischen Partei der Slowakei* (*Komunistická strana Slovenska* – KSS) zusammen, ohne dabei allerdings die Nachfolge der KSS aus kommunistischer Zeit anzutreten. Die neue KSS blieb während der 90er Jahre an der Peripherie der slowakischen Politik. Bei den Parlamentswahlen von 1994 erzielte sie 2,7 Prozent, vier Jahre später 2,8 Prozent der Stimmen.

2002 änderte sich diese Situation. Wahrscheinlich wegen des Untergangs der SDL⁴⁵ und der Zersplitterung der SNS zog die KSS bei den Wahlen mit 6,3 Prozent der Stimmen ins Parlament ein. Doch innerhalb der Partei brachen bald darauf persönliche und regionale Konflikte aus. 2005 spaltete sich eine Gruppe ab und gründete den vor allem in der Ostslowakei beheimateten *Tagesanbruch* (*Úsvit*). Diese Partei blieb unbedeutend. Auch die KSS konnte den Wahlerfolg von 2002 vier Jahre später (mit 3,0 Prozent der Stimmen) nicht wiederholen.

44 Eine kleine Gruppe, die die Fusion mit Smer abgelehnt hat, hat 2005 die neue SDL gegründet, die allerdings unbedeutend blieb.

45 Tim Haughton, „We’ll Finish What We’ve Started: The 2002 Slovak Parliamentary Elections, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 19 (2003) 4, S. 65-90, hier S. 79-81.

Die KSS-Programmatik mischt dogmatischen Marxismus-Leninismus⁴⁶ mit Sozialpopulismus. Die Partei hat Beobachterstatus in der *Partei der Europäischen Linke* (PEL), deren Reformismus sie aber kritisiert. Dogmatismus kennzeichnet auch die Jugendorganisation *Sozialistischer Jugendverband* (*Socialistický sváz mladých* – SZM).

In der Slowakei existierten auch dogmatische nicht-parteiliche Gruppierungen, besonders die *Revolutionäre Sozialistische Bewegung* (*Revolučné socialistické hnutie* – RSH), die *Gesellschaft des wissenschaftlichen Kommunismus* (*Spoločnosť vedeckého komunizmu* – SKM), die Zeitschrift *Avantgarda* und das Internet-Portal *Komunisti.sk*. Die slowakischen dogmatischen Marxisten-Leninisten arbeiten eng mit tschechischen Gleichgesinnten zusammen.

Die Trotzisten sind in der Slowakei schwach. Von Beginn der 90er Jahren an nahmen einzelne Slowaken an internationalen trotzkistischen Aktionen teil. Später versuchte die *Entente internationale des travailleurs et des peuples – Alliance européenne des travailleurs* (EIT-AET) mit Sitz in Frankreich, Einfluß auf die linkspopulistische *Versammlung der Arbeiter der Slowakei* (*Sdruženie robotníkov Slovenska* – ZRS) zu gewinnen.⁴⁷ Doch die Kontakte wurden um das Jahr 1997 wegen der Zusammenarbeit der ZRS mit der rechtsextremen SNS und Meciar's HZDS sowie des ideologisch nicht gefestigten Charakters der ZRS eingestellt.

Die wichtigste slowakische trotzkistische Vereinigung war der *Bund der Revolutionären Sozialisten* (*Sváz revolučných socialistov* – ZRS). Er wirkte als slowakische Sektion der *Liga für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale* (LRKI), die 2003 in *Liga für die Fünfte Internationale* (L5I) umbenannt wurde. Doch wegen der sehr kleinen Mitgliederbasis wurde die Tätigkeit der ZRS 2004 eingestellt. Die Aktiven schlossen sich der tschechischen Sektion der L5I, der *Sozialistischen Arbeiterorganisation* (*Socialistická organizace pracujících* – SOP) an. Der Versuch, im Jahre 2003 eine slowakische Organisation *Revo* als Sektion der *World Revolution* (Jugendprojekt der L5I) zu etablieren, war erfolglos (*Revo* organisierte nur eine kleine Demonstration gegen die Tagung der Nordatlantischen Versammlung in Bratislava im Mai 2004). Die Slowaken schlossen sich der tschechischen Sektion der *Revo* an. In slowakischer Sprache agiert auch die trotzkistische *Arbeitsgruppe Marxismus* in Österreich.

Trotz der schwachen Position des Trotzkismus hat ein slowakisches Element die trotzkistische Politik der letzten Jahren in Europa merklich beeinflusst: die Kampagne für Mario Bango. Bango ist ein junger Roma, der zuerst der marxistisch-leninistischen SZM und später der trotzkistischen L5I angehörte. Am 10. März 2001 erstach er in Bratislava einen Mann. Später erklärte er, er habe sich, seinen Bruder Eduard und seine Mutter gegen einen rassistischen Angriff verteidigt. Das Gericht erkannte dies nicht an und verurteilte Bango 2004 zu zehn Jahren Haft. Die trotzkistischen Organisationen,

46 Kopeček (FN 20), S. 252-254.

47 1995 fand in Banská Bystrica, einer der ZRS-Hochburgen, der Weltkongreß der EIT-AET statt. Vgl. Pavel Pečinka, *Pod rudou vlajkou proti KSČ. Osudy radikální levice v Československu*, Brno 1999, S. 101-103.

besonders jene, die mit der LSI verflochten sind, und manche marxistisch-leninistischen Organisationen (besonders der tschechische *Kommunistische Jugendverband* – KSM) starteten nach Bangos Festnahme die internationale Kampagne „Free Mario“. ⁴⁸ Für Bango wurde auch im Rahmen der *Europäischen Sozialforen* geworben. Die Trotz-kisten wiesen auf diese Weise auf ihren Anhang in der Roma-Bevölkerung hin und versuchten, daraus für den Kampf gegen den Kapitalismus Nutzen zu ziehen.

Das anarchistische Spektrum ist in der Slowakei stabiler als das trotzkistische. Hier engagieren sich viele jungen Aktivisten, die sich in Deutschland vermutlich den „Autonomen“ angeschlossen hätten. Die Entwicklung des slowakischen Anarchismus ist eng mit dem Tschechiens verbunden. Die erste Organisation nach der Wende – die *Tschechoslowakische anarchistische Versammlung* (*Československé anarchistické združenie* – ČAS) – entstand auf föderaler Basis. Auch nach dem Zerfall der Föderation blieben die Szenen beider Staaten verflochten. Die wichtigsten Aktivitäten der slowakischen Anarchisten drehten sich Mitte der 90er Jahre um das Thema Antifaschismus. Die aktivste Gruppe stellte der *Radikale Antifaschistische Widerstand* (*Skupina radikálneho protifašistického odboja* – SRPO). Neue Impulse gingen von der Ausdehnung der *Tschechischen Anarchistischen Föderation* auf slowakisches Gebiet (1997) und ihrer Umbenennung in *Tschechoslowakische anarchistische Föderation* (*Československá anarchistická federácia* – ČSAF) aus. ⁴⁹ 1999 wurde die Sektion *Tschechoslowakische anarchistische Föderation – Slowakei* (*ČSAF – Slovensko*) gegründet. Die ČSAF ist Mitglied der Internationale der anarchistischen Föderationen (IFA).

1999 gründete man auch die *Antifaschistische Aktion Slowakei* (*Antifašistická akcia Slovensko* – AFA), die ähnlich wie die AFA in Tschechien meist anarchokommunistisch orientiert ist. Im April 2000 entstand die Organisation *Direkte Aktion* (*Priama Akcia* – PA) als slowakische Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation (IWA). Die PA ist auch mit dem anarchistischen Verlag *Bruchpunkt* (*Bod zlomu*) und der politischen Musikgruppe *Železná kolona* verbunden.

Die slowakischen Aktivisten der ČSAF sowie der PA beteiligten sich an massiven Protesten gegen das Treffen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Prag vom September 2000. Die wichtigsten Aktivitäten waren die alljährlichen *Street Parties* in Bratislava, Proteste gegen den Irak-Krieg von 2003 und das Gipfeltreffen Bush-Putin in Bratislava vom Februar 2005. Ein bedeutendes Aktionsfeld blieb der Antifaschismus. So wurde 2006 in der Slowakei die Kampagne „We will rock you“ gegen – angebliche – Nazi-Kleidung gestartet.

Neben ČSAF, PA und AFA waren oder sind auch kleinere anarchistische Gruppierungen aktiv. Es gibt eine slowakische Sektion der Organisation *Anarchist Black Cross* (slowakisch *Čierny Križ*), die verfolgte Aktivisten unterstützt. Seit 2001 existiert in der Slowakei auch das *Kollektiv des 9. November* (*Kolektív 9. Novembra*). Ein wichtiges

⁴⁸ Siehe <http://www.freemario.org>.

⁴⁹ Vgl. Martin Bastl, *Radikální levice v České republice. Devadesátá léta dvacátého století*, Brno 2001, S. 42.

Szene-Organ stellt die Zeitschrift *Bieda Ducha* dar. 2006 entstand in Bratislava eine unabhängige Gruppe mit einem Infoshop namens *Info-@-Police*. Die slowakischen Anarchisten sind auch in der Vereinigung *Abolishing the Borders from Below* tätig, die in Berlin die gleichnamige Zeitschrift mit dem Untertitel „Anarchist Journal from Eastern Europe“ herausgibt. Einzelne slowakische Anarchisten arbeiten auch im Wiener *Ernst Kirchweyer Haus* (EKH), einem Zentrum linker Subkulturen.

In der Slowakei sind Anarchisten zudem in der Organisation/Kampagne *Food not Bombs* aktiv. Dort wurden auch slowakische Materialien der *Animal Liberation Front* (ALF) verbreitet. Überdies gibt es unorganisierte Anarchopunks sowie einzelne *Red and Anarchist Skinheads* (RASH). In den letzten Jahren waren anarchistischen Einflüsse auch in der slowakischen „Free-techno“-Szene erkennbar.

Der slowakische Anarchismus ist – ähnlich wie der tschechische – überwiegend stark antibolschewistisch. Slowakische Anarchisten griffen in manchen Fällen Leninisten oder Trotzlisten offen an. Deshalb existiert in der Slowakei auch keine dauernde gemeinsame „Linke Front“ von Kommunisten und Anarchisten.

1.5. *Ethnischer Extremismus in der Slowakei nach 1989*

Der ethnische Extremismus in der Slowakei ist ein schillerndes Phänomen. Mindestens zwei ethnische Gruppen entwickelten Bestrebungen, die nicht ganz in den Rahmen der traditionellen demokratischen Politik einzuordnen sind: ein kleiner Teil der ungarischen Minderheit und der Roma Bevölkerung. Im ungarischen Fall geht es besonders um „Filialen“ rechtsextremer Organisationen aus Ungarn, im Fall der Roma eher um eine schlecht organisierte militante Selbstverteidigung und um sozial-ethnische Unruhe als um ideologisch gefestigten Extremismus.

In der Slowakei leben etwa 600.000 Ungarn, was einem Bevölkerungsanteil von 11,5 Prozent entspricht.⁵⁰ Viele Angelegenheiten, die mit dieser Minderheit zusammenhängen, sind in der slowakischen Politik hochsensible Themen. Viele slowakische Politiker kritisieren oft Äußerungen des radikalen Flügels des Hauptrepräsentanten der slowakischen Ungarn, der *Partei der Ungarischen Koalition* (Strana maďarskej koalície – SMK), derer Anführer Miklos Duray ist. Es handelt sich besonders um Kritik am Trianon-Vertrag, an der Entwicklung einer gesamtungarischen Konzeption auf politischer Ebene oder an (relativ seltenen) Forderungen nach ungarischer Autonomie in der Slowakei. Doch die große Mehrheit der ungarischen Politiker in der Slowakei (dies gilt auch für den Duray-Flügel) respektiert die demokratischen Werte und Spielregeln, will ihre Ziele demokratisch erreichen und durchsetzen.

Nur sehr kleine Gruppierungen sind mit rechtsextremistischen Organisationen in Ungarn verbunden. Das gilt besonders für die *Jugendbewegung der Vierundsechzig Gaue* (*Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom* – HVIM) in der Südslowakei. Diese

⁵⁰ Vgl. Irmanová (FN 11), S. 254.

Bewegung wurde 2001 in Ungarn gegründet; sie hat aber auch in den ungarischen Minderheiten im Ausland Anhänger. Die HVIM will die Erneuerung Ungarns innerhalb der vor 1918 geltenden Grenzen (damals hatte Ungarn 64 Gaue) und bewertet auch die ungarischen rechtsextremen Traditionen positiv. Sie organisierte im September 2006 eine antislowakische Demonstration⁵¹ in Budapest, auf der Plakate mit dem SNS-Vorsitzenden Slota verbrannt wurden. Die Bewegung wollte 2006 auch eine Demonstration in Bratislava organisieren, doch wurde die Kundgebung von den Stadtorganen verboten. Nur der Vorsitzende der Bewegung, László Toroczkai, kam aus Ungarn nach Bratislava, wo er für kurze Zeit festgenommen und später des Landes verwiesen wurde. In der Südslowakei sind auch ungarische rechtsextreme Skinheads und Hooligans tätig, besonders in Verbindung mit der Fußballmannschaft FC DAC Dunajská Streda.⁵²

In der Slowakei gibt es etwa 320.000 Roma.⁵³ Diese leben zumeist unter schwierigen sozialen Bedingungen und werden oft Opfer rassistischer Diskriminierung. Die politische Vertretung der Roma ist zersplittert und oft nicht sehr effektiv. Roma-Politiker treten nicht selten mit radikalen Äußerungen hervor. Nach einzelnen rassistischen Anti-Roma-Vorfällen gründeten die Roma spontan die Roma-Heimwehr zur Bekämpfung gewalttätiger Rechtsextremisten. Der bekannteste Fall war die Heimwehr in Handlová und Prievidza (1997), wo es nach dem Mord an einer Roma auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Die Einheiten bestanden jedoch immer nur für kurze Zeit.

Im Februar und März 2004 erlebte die Slowakei die bisher größten Unruhen. Die Verschärfung der staatlichen Sozialpolitik, die viele arme Roma-Familien traf, löste den ethnisch-sozialen Konflikt aus. Roma plünderten Supermärkte und Lebensmittelgeschäfte in der Ostslowakei.⁵⁴ Manche Roma-Organisationen verschärfen die Situation mit radikalen Äußerungen, andere, einschließlich vieler Roma-Lokalautoritäten, suchten den Konflikt zu entschärfen.

Laut Informationen des Slowakischen Informationsdienstes spielte der Protest gegen „Wucherer“ eine zentrale Rolle.⁵⁵ Diese hätten Profit aus dem Geschäft mit den Roma gezogen und befürchtet, durch die Sozialkürzungen für Roma eine lukrative Geldquelle

51 Auf dieser Demonstration wurde Partei für die slowakische Ungarin Hedviga Malinová ergriffen. Diese 21-Jährige Studentin behauptete, sie sei von slowakischen Skinheads in Nitra wegen ihrer ungarischen Herkunft brutal verprügelt worden. Die ungarischen Demonstranten forderten die slowakischen Behörden ultimativ auf, die Täter zu bestrafen, sonst werde man zur Selbstjustiz greifen. Doch nach einigen Tagen bekannte Malinová, sie habe die ganze Geschichte erfunden. Der Fall belastete die slowakisch-ungarischen Beziehungen.

52 Vgl. Miroslav Mareš/Josef Smolík/Marek Suchánek, Fotbaloví chuligáni. Evropská dimenze subkultury, Brno 2004, S. 103.

53 Vgl. Vláda Slovenskej republiky, List faktov. K sociografickému mapovaniu rómskych osídlení na Slovensku, 2006, unter: http://www.government.gov.sk/romovia/list_faktov.php.

54 Vgl. Karel Vodicka, Slowakei, arm und arbeitslos, in: Amnesty Journal, Mai 2004, unter: <http://www2.amnesty.de>.

55 Vgl. Slovak Information Service, Report on SIS Activities, Bratislava 2005, unter: http://www.sis.gov.sk/index_sis_en.html.

zu verlieren. Die slowakische Regierung setzte gegen den „Roma-Aufstand“ starke Polizei-Kräfte und die Armee ein, so daß die Ordnung nach wenigen Tagen wiederhergestellt war. Trotz der schwierigen Situation vieler slowakischer Roma ist eine Wiederholung der Unruhen nach dem Mißerfolg von 2004 unwahrscheinlich. Ultralinke Gruppierungen (besonders die trotzkistische L5I) versuchten, die Roma zu revolutionärer Militanz anzustacheln,⁵⁶ blieben bislang jedoch erfolglos.

1.6. Islamismus und Ausländerextremismus in der Slowakei nach 1989

Studenten aus verschiedensten ultralinken und linksnationalistischen Bewegungen und Regimen der dritten Welt fanden in der kommunistischen Tschechoslowakei eine lohnende Aktionsbasis. Nach der Wende blieben einzelne auf slowakischem Gebiet, doch in der Mehrzahl der Fälle brachen die Beziehungen ab. Wegen der mitteleuropäischen Lage der Slowakei diente das Land verschiedensten ausländischen extremistischen Gruppierungen als kurzfristige Heimstätte oder Transitland (z.B. Mitglieder der kurdischen KADEK). Darüber hinaus zogen verschiedene internationale Aktionen auf slowakischem Gebiet ausländische Extremisten und Terroristen an.⁵⁷

Der Islamismus blieb bislang eine seltene Randerscheinung. Der Großteil der in der Slowakei lebenden ca. 5.000 Muslime (darunter etwa 500 ethnische Slowaken⁵⁸) ist gemäßigt orientiert. Meistens handelt es sich Emigranten aus Balkan-Ländern oder um ehemalige Studenten und Arbeiter nahöstlicher Herkunft, von denen viele bereits während der kommunistischen Ära in die Tschechoslowakei gekommen waren.

Die lange Zeit dominante Organisation der slowakischen Muslime, die *Islamische Stiftung in der Slowakei* (*Islámská nadácia na Slovensku* – INS), die 1999 gegründet wurde, verfolgt eine moderate Politik in einem relativ islamophoben Umfeld. Das gilt auch für die kulturell orientierte *Gemeinschaft der Freunde der islamischen Literatur* (*Združenia priateľov islamskej literatúry* – ZPIL), die 1992 gegründet wurde. Allerdings vertreten manche slowakischen Muslime radikalere Ansichten als ihre öffentlichen Repräsentanten.⁵⁹ Die Beziehungen verschlechterten sich Anfang 2007, als der

56 Vgl. Michael Gatter, *Základné črty revolučné stratégie na Slovensku*, *Revoluční marxismus Speciál*, Sonderausgabe 2001, S. 1-9, hier S. 7 f.

57 Am 27. Mai 2004 wurden in Bratislava zwei Bomben in der Nähe von Gebäude gefunden, wo in denen die Tagung der Nordatlantischen Versammlung stattfand. Der Sprengstoff war jugoslawischer Herkunft, was den Verdacht auf mögliche serbische Täter lenkte. Identität und Motive der Täter sind jedoch bis heute unklar. Es existieren auch verschwörungstheoretische Erklärungen, die den Slowakischen Informationsdienst (SIS) verantwortlich machen. Der SIS habe mit der Inszenierung des geplanten Attentates seinen Haushalt aufbessern wollen. Siehe dazu kritisch Oldřich Krulik, *Opatření České republiky v boji proti terorismu. Pohled zevnitř*, in: Emil Souleimanov (Hrsg.), *Terorismus Válka proti státu*, Praha 2006, S. 341-366, hier S. 363 f.

58 Vgl. Györgi Lederer, *Countering Islamist Radicals in Eastern Europe*, in: Anne Aldis/Grame P. Herd (Hrsg.), *The Ideological War on Terror*, London/New York 2007, S. 213-227, hier S. 227.

59 Vgl. Slovenská informačná služba, *Správa o činnosti slovenskej informačnej služby v roku 2005*, Bratislava 2006, unter: http://www.sis.gov.sk/index_sis.html.

slowakische Nationalrat die Bedingungen für die Registrierung der religiösen Gemeinschaften verschärfte. Das geschah just zu der Zeit, als die 2006 als eingetragener Verein konstituierte *Gemeinde der Muslime in der Slowakei* (*Komunita Muslimov na Slovensku* – KMS) Unterschriften für eine Registrierung sammelte. Doch fiel die Reaktion der KMS gemäßigt-kritisch aus.⁶⁰

Die Tätigkeit extremistischer islamischer Gruppierungen beschränkt ist auf einzelne Aktivisten, die oft nur kurzzeitig auf slowakischem Gebiet tätig sind. In den 80er Jahren gab es besonders an der Universität Zilina Mitglieder der Muslimbruderschaft. Diese wirkte geheim in Kreise der ausländischen Studenten, da das kommunistische Regime nur links-säkulare Ausländerorganisationen duldete.⁶¹

In den letzten Jahren wurden in der Slowakei Mitglieder oder Sympathisanten islamischer extremistischer Organisationen beobachtet, die das Staatsgebiet als Transitraum oder für Finanzoperationen nutzten. Es handelte sich um die *Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf* (GSPC), *Hamas*, *Hizbollah* und *Hizb at-Tahir*.⁶² Trotz der Drohungen militanter Islamisten gegen die Slowakei wurde bislang kein Anschlag mit islamistischem Hintergrund verübt. Auch wegen des Abzugs der slowakischen Soldaten aus dem Irak (Februar 2007) zählt die Slowakei nicht zu den bevorzugten Zielen des islamischen Terrorismus; allerdings diente sie einzelnen Djihaad-Kämpfern als Hinterland.

2. Würdigung

Die extremistischen politischen Kräfte sind in der Slowakei deutlich bemerkbar. Das gilt besonders für die SNS. Diese Partei konnte nach zeitweiligem Verlust der Mandate erneut in den Nationalrat einziehen und sogar Regierungsmacht gewinnen. Das ist auch im postkommunistischen Raum eine Besonderheit. Jedoch ist die SNS nicht in der Lage, die demokratische politische Ordnung ernsthaft zu gefährden. Die Europäisierung der Slowakei ist so weit fortgeschritten, daß antidemokratische Übergriffe wie in der Mečiar-Ära kaum zu realisieren sind. Sympathie-Erklärungen slowakischer Politiker oder kirchlicher Repräsentanten für das slowakische Kriegsregime oder dessen Präsident Tiso stellen keine klaren Beweise für die Unterstützung des Klerikalfaschismus oder Antisemitismus in der gegenwärtigen Slowakei dar. Eher handelt es sich um Bestrebungen zur Verbesserung des nationalen Geschichtsbildes. Für die junge Generation (mit Ausnahme der organisierten rechtsextremen Szene) spielt der Streit um die Geschichte und entsprechende Ausstellungen keine wesentliche Rolle.⁶³

60 Vgl. Komunita Muslimov na Slovensku, Podpisová inicitíva – Vyhlásenie prípravného výboru, Bratislava 2007, unter: <http://www.muslim.sk>.

61 Vgl. Mareš (FN 14), S. 252.

62 Vgl. Slovenská informačná služba, Správa o činnosti slovenskej informačnej služby v roku 2003, Bratislava 2004, unter: http://www.sis.gov.sk/index_sis.html.

63 Vgl. Luboš Palata, Mezi Tisem a Castrem, in: Reflex, Nr. 17 vom 26. April 2007, S. 14.

An die Stelle des Linksextremismus ist in der Slowakei ein starker Sozialpopulismus eines Großteils des politischen Spektrums getreten. Die slowakische politische Kultur hat sich erst seit kurzer Zeit entwickelt, so daß die politische Verankerung der meisten Menschen schwach und fluktuierend ist. Dies erleichtert die Entstehung kurioser Koalitionen, die in Westeuropa unvorstellbar sind. Ein Umsturz des demokratischen Regimes erscheint dennoch unwahrscheinlich. Hauptprobleme slowakischer Politik sind eher organisierte Kriminalität und Korruption.

Gewaltbereite politische Extremisten, besonders die slowakischen militanten Nationalisten und Neonazis, stellen auf lokaler Ebene ein Problem für die innere Sicherheit dar. Gewalttaten (vom Mord bis zu symbolischen Sachbeschädigung) können zu Ausbrüchen interethnischer (Slowaken gegen Roma oder gegen Ungarn) oder jugendsubkultureller („Antifa“ gegen „Nazis“) Konflikte führen.

Die slowakischen Staatsorgane und ein Teil der Zivilgesellschaft bekämpfen den militanten Extremismus in den letzten Jahren mit hoher Intensität. Die staatlichen Organe, u.a. die spezialisierten antiextremistischen Einheiten der slowakischen Polizei oder der *Slowakische Informationsdienst* (SIS), streben eine symmetrische Bekämpfung der verschiedenen Varianten des Extremismus an.⁶⁴ Die Kriminalisierung verbaler und visueller Taten richtet sich jedoch in erster Linie gegen Rechtsextremismus.

Nichtstaatliche Organisationen sind meist auf eine Variante des Extremismus spezialisiert. *Menschen gegen Rassismus* (*Ludia proti Rasizmu* – LPR) heißt die bekannteste zivilgesellschaftliche Gruppe, die in der Slowakei gegen Rechtsextremismus eintritt. Sie ist in das RAXEN (*European Racism and Xenophobia Information Network*) integriert. Die antirassistische Politik wird auch von der *Friedrich Ebert Stiftung* Bratislava unterstützt.

Antikommunistische Gruppierungen gibt es vor allem in Gestalt der Interessenvertretungen von Opfern des Kommunismus. Sie prangern vor allem die historischen Verbrechen des Kommunismus an. Die Bekämpfung des gegenwärtigen Kommunismus oder anderer Varianten des Linksextremismus spielt wegen ihrer relativen Schwäche so gut wie keine Rolle.

3. Literatur

Es gibt bislang keine ausführliche Darstellung zum slowakischen Extremismus nach 1989 aus der Sicht der Extremismusforschung. Doch gibt es eine Anzahl von Publikationen zu bestimmten Organisationen und Teilaspekten des Phänomens.⁶⁵ Der slo-

64 Das gilt auch für den öffentlichen Umgang mit den nicht-demokratischen Traditionen der Slowakei. Das Institut für das Gedächtnis der Nation (*Ústav pamäti národa* – ÚPN) erforscht die faschistische sowie kommunistische Epoche der slowakischen Geschichte.

65 Die Literatur zur Geschichte des slowakischen Extremismus vor 1989 (besonders zum Slowakischen Staat der Jahre 1939 bis 1945 und des Kommunismus in der Slowakei der Jahre 1948 bis 1989) ist sehr

wakische Extremismus war darüber hinaus Gegenstand vergleichender Untersuchungen.⁶⁶

Zwei umfassende Studien zur modernen slowakischen Politik (einschließlich der extremistischen Strömungen) stammen von dem tschechischen Politikwissenschaftler Lubomír Kopeček (beide nur in tschechischer Sprache). Die erste aus dem Jahr 2006 trägt den Titel „Demokratien, Diktaturen und politisches Parteiwesen in der Slowakei“. Kopeček analysiert die Entwicklung der slowakischen Politik vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart besonders aus der Sicht der „Cleavage-Theorie“ und der Theorie der nicht-demokratischen Regime.⁶⁷ Das zweite Buch Kopečeks („Politische Parteien in der Slowakei 1989-2006“) beleuchtet die slowakischen politischen Parteien aus der Perspektive des Konzepts der Parteienfamilien. In diesem Zusammenhang behandelt er auch SNS und KSS ausführlich.⁶⁸

Relativ gut ist der slowakische Rechtsextremismus erforscht. Einführenden Studien zum postkommunistischen slowakischen Rechtsextremismus wurden 1998 in einem Sammelband der Friedrich Ebert Stiftung Bratislava („Rechtsextremismus in Deutschland und in der Slowakei“) veröffentlicht.⁶⁹ Die Friedrich Ebert Stiftung gab 2004 auch ein Buch von Daniel Miľo von der Organisation *Menschen gegen Rassismus* (LPR) zum „Rassistischen Extremismus in der Slowakei“ heraus.⁷⁰ Ein Jahr später erschien ein Beitrag Miľos in dem von Cas Mudde inaugurierten Band „Racist Extremism in Central and Eastern Europe“. ⁷¹ Weitere Untersuchungen der extremen Rechten in der Slowakei stammen von Darina Malová⁷², Frank Cibulka⁷³ und Karel Zetocha/Miroslav Konečný.⁷⁴ Die Situation in der Slowakei ist zudem Gegenstand vergleichender Studien.⁷⁵

umfassend. Deren Beschreibung würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

66 Vgl. nur Tom Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Osteuropa. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007.

67 Vgl. Kopeček (FN 9).

68 Vgl. Kopeček (FN 20).

69 Vgl. Martin Krno, Podoby pravicového extremismu na Slovensku dnes, in: Pravicový extrémizmus na Slovensku a v Nemecku, Bratislava 1998, S. 19-22; Martin Vitko, Pravicový extrémizmus slovenskej mládeže, in: Ebd., S. 29-32; Igboanusi Columbus, Extrémni pravičiarci a problémy Romov na Slovensku, in: Ebd., S. 33-38.

70 Vgl. Miľo (FN 29).

71 Vgl. Miľo (FN 39).

72 Vgl. Malová (FN 16).

73 Vgl. Frank Cibulka, The Radical Right in Slovakia, in: Sabrina Ramet (Hrsg.), The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989, Pennsylvania 1999, S. 109-132.

74 Vgl. Zetocha/Konečný (FN 21).

75 Vgl. u.a. Michael Minkenberg, Die europäische Rechtsradikalismus heute – Profile in West und Ost und der Vergleich des Unvergleichbaren, in: Ders./Dagmar Sucker/Agnieszka Wenninger (Hrsg.), Radikale Rechte und Fremdfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und Europäische Perspektiven, Bonn 2006, S. 14-36; Dieter Segert, Zur Lage des rechten Extremismus in Osteuropa und den Bedingungen seines zukünftigen Erfolgs. Ein Überblick, in: Ebd., S. 60-73.

Der slowakische Linksextremismus nach 1989 ist weit weniger intensiv als der Rechtsextremismus behandelt worden. Es erschienen lediglich einzelne Artikel über die KSS.⁷⁶ Bisher fehlen Gesamtdarstellungen des Linksextremismus in der Slowakei ebenso wie Spezialstudien zum slowakischen Trotzismus und Anarchismus. Der ethnische Extremismus, der Ausländerextremismus sowie der islamische Extremismus in der Slowakei wurden bisher nicht ausführlich untersucht. Dieser Beitrag stellt eine erste kurze Einführung in die Problematik dar.⁷⁷

76 Vgl. Anna Gryzmala-Busse, Reform Efforts in the Czech and Slovak Communist Parties and their Successors 1988-1993, in: *East European Politics and Societies* 12 (1998), S. 442-471; Tim Haughton/Marek Rybar, The Communist Party of Slovakia. Electoral Performance, Parliamentary Experience and Policy Choice, in: *Sociologia* 36 (2004), S. 545-559; Lubomír Kopeček, Radikální levice ve slovenské politice (Komunistická strana a Sdružení dělníků Slovenska), in: *Politologický časopis* 7 (2000), S. 440-460.

77 Der vorliegende Beitrag wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Politische Parteien und Interessenvertretungen in den europäischen Demokratien der Gegenwart“ (Code MSM0021622407) erarbeitet.

Zeitschriftenporträt: *Criticón*

Von Sebastian Dittrich

1. Darstellung

Am 23. Juni 2007 feierte *Caspar Schrenck-Notzing* seinen achtzigsten Geburtstag. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und die „Junge Freiheit“¹ gratulierten, die FAZ erklärte ihn gar zur „Legende“.² Er war die zentrale Person hinter einem Medium, das über 30 Jahre hinweg als eines der wichtigsten Diskussionsforen der konservativen Rechten in der Bundesrepublik fungierte. Die Rede ist von der Zeitschrift „*Criticón*“.³ Als Schrenck-Notzing sie 1970 gründete, war sie lediglich als politisch-kulturelles Buchbesprechungsorgan konzipiert und erschien in technisch einfacher Art sowie im geringen Umfang von 12 Seiten. *Criticón* sollte der konservativen Intelligenz relevante neue Literatur erschließen und ihr so ermöglichen, sich besser gegen die als übermächtig wahrgenommene „Neue Linke“ zu behaupten. Schon nach wenigen Ausgaben wurde dieser Rahmen erweitert. Regelmäßige Artikel über konservative Denker, politische Grundfragen konservativer Theorie, kulturelle und historische Themen oder auch tagespolitische Probleme kamen nun hinzu. Noch im Jahre 1971 wuchs die Seitenzahl auf rund 40, während die zweimonatliche Erscheinungsweise und das DIN A4-Format der ersten Ausgaben erhalten blieben.

Hinter dieser Erweiterung stand eine neue Aufgabe: *Criticón* sollte nun die intellektuelle Neuformierung des 1969 entmachteten konservativen Lagers in Deutschland fördern. Wie Schrenck-Notzing später schrieb, beschränkte sich der „alte“ Konservatismus auf Nostalgie – „Plädoyers für das Altmodische wurden gehalten, dem Mönch in seiner Zelle, dem Grafen auf seinem Schloße zugewinkt“.⁴ Er hatte sich darum als unfähig erwiesen, gegen die linke Herausforderung zu bestehen. Die Schaffung eines neuen, kämpferischen Konservatismus wurde als zentrale Voraussetzung dafür angesehen, die Folgen der „Kulturrevolution“ der 68er-Studentenrevolte umzukehren oder zumindest einzudämmen und so die zunehmende Marginalisierung der konservativen Kräfte aufzuhalten. *Criticón* sollte in diesem Rahmen als publizistische Heimstatt dienen und den fruchtbaren Austausch zwischen verschiedensten, dezidiert nicht-linken Politikansätzen ermöglichen.

1 Karlheinz Weißmann, Im Getümmel der Zeit, in: *Junge Freiheit* vom 22. Juni 2007.

2 Lorenz Jäger, C wie Konservativ, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. Juni 2007, S. 36.

3 Der Name „*Criticón*“ bezieht sich auf das Werk „*El Criticón*“ des spanischen Jesuiten Balthasar Gracián (1601-1658). Schrenck-Notzing wählte den Namen der Hauptfigur – „*Critilo*“ (= der Kritische, Vernünftige) – als Pseudonym für die Editorials der Zeitschrift. Vgl. *Criticón* 38 (1976), S. 256-258.

4 *Criticón* 72-73 (1982), S. 139.

Der intellektuelle Zuschnitt und die hohe Qualität der Beiträge prädestinierten Criticón nicht für eine Karriere als Massenblatt. Die Zeitschrift richtete sich an geistige Multiplikatoren – etwa Lehrer, Unternehmer, Universitätsangehörige oder Studenten. 1972 wechselte Criticón zu einem professionelleren, über lange Zeit hinweg konstanten Layout und wuchs auf einen durchschnittlichen Umfang von 50 bis 60 Seiten. Die Ausgaben wurden nun in der Regel von einem aktuellen Kommentar Schrenck-Notzings eingeleitet. Dem folgten einige meist zwei- bis dreiseitige Aufsätze, ein Autorenporträt und schließlich der Rezensionsteil.

Dieser Aufbau blieb erhalten, bis die Zeitschrift 1980 anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens leicht modernisiert wurde. Die größeren Artikel wurden auf die Bereiche „Aufsätze“ und „Kolumnen“ verteilt, die kleineren Beiträge auf die Bereiche „Glossen und Materialien“, „Berichte und Notizen“ sowie „Buchbericht“. Die Coverfarbe blieb von nun an konstant türkis. Anfang 1981 fusionierte Criticón mit der protestantischen Zeitschrift „konservativ heute“. Deren Autorenstamm platzierte künftig auch zahlreiche christliche Themen in den Heften. Wohl nicht zu Unrecht erhoffte man sich damit eine Verbreiterung der Leserschaft. 1994 wurde die Erscheinungsweise umgestellt. Criticón erschien nunmehr vierteljährlich im leicht gewachsenen Umfang von durchschnittlich 60 bis 70 Seiten. Die Auflage wird für diese Zeit auf etwa 8000 Stück geschätzt.⁵ Mitte 1998 zog sich Caspar Schrenck-Notzing aus der Herausgeberschaft der Zeitschrift zurück. Sein Nachfolger, Gunnar Sohn, verschaffte Criticón ab der zweiten Jahreshälfte 1999 ein neues Layout und zugleich eine inhaltliche Neuausrichtung. Im Laufe der folgenden Jahre wandelte sich die Zeitschrift zu einem immer stärker ökonomisch und weniger politisch ausgerichteten Blatt. Lautete der Untertitel 1999 „Das Magazin für Politik und Kultur“, so war man 2002 bei „Das Magazin für Mittelstand, Marktwirtschaft und Freiheit“ angelangt. 2005 schließlich wurde die Zeitschrift nach 35 Jahren und 185 Ausgaben eingestellt. Sohn startete das noch stärker ökonomisch ausgerichtete Nachfolgeprojekt „Neue Nachricht“, das bis heute erscheint.

Das Verfassen eines Porträts über Criticón stellt ein vergleichsweise schwieriges Unterfangen dar. Die Zeitschrift war schließlich keine Parteipostille und kein privates Hausblatt mit klar umrissener, übersichtlicher Linie, sondern das glatte Gegenteil. Annähernd 750 Autoren ideologisch weit ausdifferenzierter – wenngleich nichtlinker – Orientierung schrieben im Laufe der Jahre für Criticón. Deshalb war die politische Einstufung der Zeitschrift immer wieder umstritten. Internetrecherchen fördern bis heute eine Unzahl von Kategorisierungen zu Tage, die bei „konservativ“ und „rechtsintellektuell“ beginnen, sich mit „rechtskonservativ“ oder „nationalkonservativ“ fortsetzen und mit „extrem rechts“, „neurechts“, „rechtsradikal“ und schließlich gar „rechtsextrem“ und „neofaschistisch“ enden. Im Folgenden soll darum nicht der Versuch unternommen werden, die Zeitschrift anhand von verschiedenen Zeitphasen und verallge-

5 Armin Pfahl-Traugher, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 204.

meinerten politischen Charakterisierungen zu beschreiben. Statt dessen sollen acht der für das Erscheinungsbild von Criticón relevanteren Autoren anhand ihrer Beiträge vorgestellt werden, um so zu einem Eindruck von der politischen Spannweite der in der Zeitschrift vertretenen Positionen zu gelangen. Im einzelnen sollen die Positionen von Caspar Schrenck-Notzing, Armin Mohler, Klaus Motschmann, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Klaus Hornung, Hans-Dietrich Sander sowie von Gunnar Sohn und Ansgar Lange dargestellt werden. Besonderes Gewicht wird dabei auf Schrenck-Notzing gelegt.

Aus dessen Sicht befand sich die Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren ganz unter dem Einfluß der „europäische[n] Malaise der Dekadenz“⁶: dominierende Linkskräfte in Politik, Kultur und Medien, anwachsende Stärke der verschiedenen kommunistischen und sozialistischen Strömungen in Europa, eine in der politischen Mitte grassierende Unterschätzung dieser Gefahr und Neigung zur Öffnung nach links, eine untätig oder zu weiche rechte Mitte und eine konservative Rechte, die von den Massenmedien ausgeschlossen bleibt und marginalisiert am Rand steht. Damit sind auch die thematischen Schwerpunkte der Editorials Schrenck-Notzings in dieser Zeit umschrieben: Kritik der demokratischen Linken, Warnung vor der kommunistischen Gefahr, Kritik der an Nachgiebigkeit der Union und Kritik am manipulativen linksliberalen „Medienkartell“ in der Bundesrepublik.

Schrenck-Notzings Sorge vor einer Übermacht der Linken zeigt sich etwa Anfang 1978, als er fürchtete, das Jahr werde „den kommunistischen Parteien den seit 30 Jahren entbehrten Stamplatz in den Regierungen Westeuropas“ wiedergeben. Satirisch zeichnete er vor, wie die linke Zukunft der Bundesrepublik aussehen könnte: „Der Redaktionsrat des ZDF wird sich von Gerhard Löwenthal trennen, weil dieser nachweislich eine Komsomolzin provozierte“ und „die Professoren Bossle und Rohrmoser finden auf Antrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft künftig beim Einbringen der Ernte Verwendung“.⁷ Die Ostverträge kritisiert er scharf. Mit der Ratifizierung habe der bundesdeutsche Staat seine Entscheidungsfreiheit aufgehoben und sich „als geistige Gestalt“ abgeräumt. Am Tag der Schlußabstimmung sei eine Bahn betreten worden, auf der „politisches Handeln zu Gezänk in den Vorzimmern der Residenten der Großmächte degenerieren“ werde. Die Russen hätten ihre Interessen durchgesetzt, die Haut der Bürger sei „verhökert“ worden. Für Schrenck-Notzing wurden beide Volksparteien zu Verantwortlichen einer „Kapitulation von Bonn“.⁸

Zur Union heißt es vor diesem Hintergrund, die „mangelnde Standfestigkeit der CDU-Wohlstandspolitiker“ sei Ausdruck eines „nicht korrigierbaren geistigen Defizits“.⁹ Die CDU sei während 1960er Jahre in eine Immobilität verfallen, die die „ideelle Korruption nicht nur der Partei, sondern fast des gesamten bürgerlichen Bevöl-

6 Criticón 37 (1976), S. 203.

7 Criticón 45 (1978), S. 3.

8 Criticón 11 (1972), S. 95.

9 Ebd.

kerungsteiles“ zur Folge gehabt habe.¹⁰ Erhebliche Hoffnungen knüpfte Schrenck-Notzing dagegen an die unter dem Titel „vierte Partei“ erörterte Option der CSU, künftig bundesweit anzutreten. Als dieses Projekt ad acta gelegt wurde, klagte er, daß die CDU den Ansatz vereitelt, weil sie um „ihre Erbhöfe fürchtete“ und daß Franz Josef Strauß sich damit begnügt habe, den Ansatz als Hebel zu nutzen, um das Vordringen der „christlich-sozialen“ Richtung in der Union aufzuhalten.¹¹ 1977 hieß es resignierend, „F. J. Strauß bringt es nicht“. Die „CSU minus Strauß“, benehme sich wie die „fingerhakelnde Variante eines durchschnittlichen CDU-Landesverbands“ und „der rechte Flügel der CDU“ sei die „Neuaufgabe der berühmten Schweigenden [...] Mehrheit“.¹²

Trotz aller Kritik blieb die Union ein Bezugspunkt und sollte als potentielle Heimstatt erhalten bleiben. So erklärte es Schrenck-Notzing zur „staatspolitische[n] Aufgabe“, die „Etikettierung als ‚Reaktionär‘, ‚Faschist‘, ‚Volksfeind‘ [...] zu durchkreuzen“, da sie „letztendlich auf die bekannte Salomitaktik der scheibchenweisen Ausschaltung nichtkommunistischer Kräfte hinausläuft“. Das Gegenteil erreiche allerdings, wer nur die eigene Partei von solchen Etikettierungen ausnehmen wolle – womit offenkundig die Politik der Abgrenzung der Union nach rechts angesprochen war.¹³ Die Distanzierung der Union von rechtskonservativen Zusammenhängen war für Schrenck-Notzing das Werk abgehobener „Funktionärszirkel“, die gemeinsam mit den Parteigegnern darangingen, das Vorfeld der Partei „abzuräumen“ und die Partei zu „skelettieren“.¹⁴

Anläßlich des fünfundzwanzigsten Geburtstags des Grundgesetzes verdeutlichte Schrenck-Notzing seine strategischen Vorstellungen. Das „Abrutschen der Bundesrepublik“ sei nicht „irgendwelchen Mängeln der Verfassung“, sondern dem „Fehlen einer, wie auch immer gearteten, Führungsschicht“ geschuldet. Die Bundesrepublik habe geglaubt, auf Elitenbildung verzichten zu können. Darum sei als „Elite durch die Hintertür“ die „Gegenelite der Spiegelredakteure und Quizmaster, der Fernsehmoderatoren und Gesellschaftstheoretiker“ aufgetreten. Demgegenüber müßten die Konservativen lernen, daß ihre wichtigste Aufgabe in der Bildung einer neuen Elite liege, die „weder an eine bestehende, noch an eine vergangene“ anknüpfen könne.¹⁵ 1979 betonte er die Relevanz „kultureller Macht“. Obwohl in der Bundesrepublik eine „bis in die kleinsten Verästelungen durchorganisierte Gegenkultur“ blühe und eine „publizistische Gleichschaltung“ dabei sei, „noch bestehende konservative Widerstandsnester“ auszuschalten, sei der Glaube verbreitet, es komme auf parteipolitische Mehrheiten an und auf sonst nichts.¹⁶ Einige Ausgaben später hieß es, die 1960 voll entbrannte linke „Kulturrevolu-

10 Criticón 17 (1973), S. 103.

11 Criticón 32 (1975), S. 239.

12 Criticón 39 (1977), S. 3.

13 Criticón 28 (1975), S. 47.

14 Criticón 25 (1974), S. 191.

15 Criticón 23 (1974), S. 95.

16 Criticón 56 (1979), S. 259.

tion“ wolle das „normativ geltende Bewußtsein auflösen“ und die „bisherigen Lebensmaßstäbe zerstören“. Criticón habe sich stets als „Organ des kämpferischen Konservatismus“ verstanden, dessen Hauptgegner diese „Kulturrevolution“ sei. Wie der Theoretiker der „kulturellen Hegemonie“, Antonio Gramsci, sei man der Meinung, daß die „ideologische Mehrheit wichtiger ist als die parlamentarische“. ¹⁷

Als größtes Hindernis auf dem Weg zur Erringung „kultureller Macht“ sah der Criticón-Herausgeber die Marginalisierung konservativer Bestrebungen in den Medien. Als Ursache dafür machte er eine neue Variante der Zensur aus. Die Zensur nach der Art Metternichs sei zwar verschwunden, als moderner Ersatz fungierten jedoch die Massenmedien, die „kraft ihrer technischen Überlegenheit“ bestimmten, „welche Themen ‚relevant‘ sind und welche nicht“. Wer von diesen Medien ausgeschlossen sei, könne Bücher veröffentlichen oder Leserbriefe schreiben, falle aber trotzdem der „Technik des Totschweigens“ zum Opfer. Man gewähre solchen Personen lediglich einige „Spielwiesen“ außerhalb der audiovisuellen Medien, „damit die sich auf ihnen Tummelnden deutlich markiert und in die ewige ‚Ecke‘ verbannt werden können“. ¹⁸ 1980 hieß es, die Medien würden das Meinungsklima bestimmen, indem sie „durch ihren Lichtstrahl Ereignisse, Personen, Ideen aus der Nacht“ heraushöben. In einem Klima der Anpassung und Gleichschaltung werde die konservative Rechte an den „Rand unserer Öffentlichkeit“ oder gar darüber hinaus gedrängt. ¹⁹

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Verleihung des Frankfurter Goethepreises an Ernst Jünger kritisierte Schrenck-Notzing die Distanz der Unionskonservativen und fragte, ob nicht gerade sie froh darüber sein müßten, wenn „konservatives Denken in einer vertieften Form den ihm gebührenden Platz“ erhalte. Die Ursache der Distanz vermutete er darin, daß man eine Konkurrenz für das „Partei-Establishment“ fürchte und glaube, „nur Gedankenlosigkeit“ könne „die Geschlossenheit der Union garantieren“. Demgegenüber zeige das amerikanische Beispiel, daß eine „konservative Bewegung“ nicht auf Parteipolitiker warten müsse. Dort habe es mit Büchern einiger Außenseiter begonnen, dann sei es „um Zeitschriften und Verbände herum zur Gruppenbildung“ gekommen und schließlich sei ein „engmaschiges und technisch hoch entwickeltes Organisationsnetz“ entstanden. Erst „ganz zum Schluß“ folgte mit der Wahl Ronald Reagans der Sieg eines konservativen Präsidenten. ²⁰ Diese Vorbildfunktion der amerikanischen Konservativen zeigte sich auch 1983. Schrenck-Notzing diagnostizierte einen verbreiteten „antiamerikanischen Affekt“ und erwähnte dabei insbesondere die französische „Nouvelle Droite“. Er gestand zu, die „deutsche Ideologie des Schuldigseins“ sei ohne den „Mißbrauch der Atlantikbrücke“ kaum vorstellbar, fragte aber, ob man deshalb „gleich in Antiamerikanismus verfallen“ müsse. Die Fronten zwi-

17 Criticón 59 (1980), S. 107.

18 Criticón 51 (1979), S. 3.

19 Criticón 58 (1980), S. 55.

20 Criticón 72-73 (1982), S. 139.

schen Konservativen und Progressiven verliefen in den USA kaum anders als in Deutschland. Die konservative Literatur dort habe einen enormen Umfang angenommen. Da sich dies von der deutschen konservativen Literatur nicht sagen lasse, gelte es, die Atlantikbrücke zu nutzen.²¹

Ende 1984 kulminierte die Kritik Schrenck-Notzings am Parteienstaat in der Behauptung, die Parteien steuerten vom partiellen auf den „absoluten Parteienstaat“ zu. Darin dringe das Machtstreben der Parteien in alle Lebens- und Handlungsbereiche ein. Mit Bezug auf Ernst Rudolf Hubers „Deutsche Verfassungsgeschichte“ führte er aus, nur die Vielfalt der Parteien stelle noch eine Garantie gegen den qualitativen Umschlag in den ‚totalen Staat‘ dar. Im Zuge dieser Entwicklung habe die CDU den „vorpolitischen Raum“ planiert“. Was da „kreuchte und fleuchte“, wurde entweder „in die direkte Abhängigkeit der Partei gezwungen oder finanziell ausgetrocknet“. ²²

Die 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes geführte Diskussion um die Stellung des 8. Mai veranlaßte Schrenck-Notzing zur Kritik am dadurch verursachten „Tohuwabowu aus Schuld, Scham, Haftung, Befreiung, Verdrängung, Bewältigung“. Diese „höchst überflüssige Nervenkrise“ sei hausgemacht. Es habe schon „der ganzen Grazie des Hans Hucklebein aus Oggersheim“ bedurft, um „in das ominöse Nichtereignis voll hineinzugrätschen“. Das Fehlen „geistiger Führung“ sei der „auffallendste Schwachpunkt“ der Regierung Kohl.²³ Anläßlich des Mauerfalls 1989 sann Schrenck-Notzing darüber nach, daß auf Revolutionen gemeinhin die Restauration folge. Die Restauration setze aber ordnende Prinzipien voraus, die wiederum eine Trägerschaft, eine Elite benötigten. Diese sei in Deutschland von den Kommunisten systematisch ausgemerzt, von den „Demokraten zugunsten des ‚Mittellaßes‘ nicht minder systematisch verdrängt“ worden.²⁴

In den 1990er Jahren wurde der Ton Schrenck-Notzings gegenüber den USA kritischer. So schrieb er 1991: Wenn nach dem Ende des Kommunismus nur eine Supermacht übrig bleibe und ihr „Wertekanon von Freiheit, (Parteien-)Demokratie und Kapitalismus“ für alle gültig werde, dann seien „Polizeiaktionen zur Durchsetzung der ‚Neuen Weltordnung‘ (G. Bush) die sichere Folge“. Doch noch sei nicht sicher, „ob uns eine neue Weltordnung droht“. ²⁵ Im darauffolgenden Jahr argumentierte er, nach dem Wegfall der Relevanz der „Sowjetologie“ sei nichts „dringlicher herbeizuwünschen“ als eine „Amerikanologie“, die sich mit dem US-amerikanischen Sendungsanspruch und „seiner globalen Realisierung“ beschäftigen müsse. Diese fehle allerdings, nicht zuletzt deshalb, weil „in den politischen Wissenschaften der amerikanische Einfluß weltweit so groß ist wie kaum sonstwo“. In Anknüpfung an frühere Ausführungen zur ameri-

21 Criticón 75 (1983), S. 3.

22 Criticón 86 (1984), S. 239.

23 Criticón 87 (1985), S. 3.

24 Criticón 116 (1989), S. 259.

25 Criticón 128 (1991), S. 263.

kanischen „re-education“ in Deutschland definierte er „die Umerziehung der Deutschen“ als „sozialwissenschaftliches Experiment“.²⁶

Angesichts des Versagens der DSU bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen und des für die Union diagnostizierten Verschwindens der „letzten Reste“ der etwa durch Hans Graf Huyn repräsentierten rechtskonservativen Strömung wandte sich Schrenck-Notzing von der Strategie der „kulturellen Hegemonie“ ab. Er fragte, ob „sich eine politisch-kulturelle Position ohne das Spalier einer Partei“ im Parteienstaat halten könne. Die Wiedervereinigung sei nicht durch „kulturelle Hegemonie“, sondern „durch den ‚wind of change‘“ im Ostblock zustande gekommen. Die konservative Rechte habe „nun zumindest die Chance, aus gemachten Fehlern zu lernen und die Verachtung jedweder Organisation abzulegen“.²⁷ 1992 knüpfte er daran an. Damit eine verbreitete Stimmung oder eine ausformulierte Richtung „politische Existenz“ gewinne, seien „drei Dinge von Nöten: Organisation, Organisation und Organisation“.²⁸

Das zentrale Thema der Editorials Schrenck-Notzings in dieser Zeit blieb die Kritik des Mediensystems und des Parteienstaates. Er konstatierte zwar: „Wir leben in einer repräsentativen und rechtsstaatlichen Demokratie.“²⁹ Dennoch beklagte er, daß sich die Medienöffentlichkeit „der Bevölkerung gegenüber genauso abgeschottet [habe] wie der Parteienstaat“. Die Öffentlichkeit lasse sich gegen den „neuen Absolutismus“ nicht in Stellung bringen, weil „Medienöffentlichkeit und herrschende Machtelite ja eins sind“. Ein „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ habe den „Übergang von der Meinungsbildung von unten nach oben zur Meinungssteuerung von oben nach unten“ zum Inhalt gehabt.³⁰ 1993 heißt es, die „Probe auf die Pressefreiheit“ sei nicht die Existenz einer staatlichen Vorzensur, sondern die Frage, „ob geistige Traditionen und von nennenswerten Teilen der Bevölkerung getragene Positionen an der Öffentlichkeit teilhaben können oder nicht“. Wenn dies nicht der Fall sei, dann könne „man sicher sein, daß Zensur nicht ausgeübt“ werde, sondern „sich bereits erfolgreich durchgesetzt“ habe.³¹ 1995 schrieb er, die Listen von Grundmerkmalen des Totalitarismus müßten überarbeitet werden. Der Totalitarismus trete „uns“ nicht als „allumfassendes System“ gegenüber, sondern als „eine Tendenz“, die „sich schrittweise und partiell durchsetzt“. Es handle sich um „das allmähliche Erlöschen der Lichter der Freiheit, der Kultur, der Wahrheit, des Rechts und der Würde des Menschen“. Zwei Elemente der „früheren Totalitarismusvorstellung“ scheinen ihm „entbehrlich: der totalitäre Staat und die physische Gewalt“. Der „heutige Totalitarismus“ gehe davon aus, „alles zu kontrollieren, jedoch nicht selbst zu administrieren“. Er müsse auch nicht mit Gewalt verknüpft sein. Schrenck-Notzing zitierte aus George Orwells „1984“: „Wer die Vergangenheit be-

26 *Criticón* 129 (1992), S. 3.

27 *Criticón* 122 (1990), S. 259.

28 *Criticón* 131 (1992), S. 103.

29 *Criticón* 130 (1992), S. 51.

30 *Criticón* 143 (1994), S. 131.

31 *Criticón* 138 (1993), S. 155.

herrscht, beherrscht die Zukunft, und wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit.“ Vor dem Hintergrund des 50. Jahrestages des Kriegsendes fragte er: „Wer wüßte wohl ein besseres Motto für das laufende Gedenkjahr?“³²

Armin Mohler sah sich selbst in der Tradition von Carl Schmitt, Ernst Jünger und Oswald Spengler. Seine Abneigung galt dem „Gärtnerkonservatismus“ derjenigen, die sich mit dem „Status quo“ angefreundet hätten.³³ Besondere Verachtung brachte er der Vergangenheitsbewältigung entgegen: Sie habe die Deutschen zu einem „völlig durch-neurotisierten Volk“ gemacht. Durch sie sei die deutsche Rechte in einen Topf mit dem Nationalsozialismus geworfen worden. Die etablierte deutsche Rechte richte ihre Politik deshalb nicht danach aus, was die Wirklichkeit von ihr fordere: „Was sie tat und dachte, hatte vielmehr den einzigen Zweck, die behauptete Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zu widerlegen.“³⁴ Aus seiner Sicht mußte die konservative Publizistik in der Bundesrepublik den Konservatismus „unter Verzicht auf englische, amerikanische und christliche Krücken sozusagen aus der Natur des Menschen“ begründen.³⁵ Insbesondere der Kampf gegen die „zähe Amerikahörigkeit“³⁶ der Konservativen war ihm dabei ein Anliegen. Die „USA [seien] genauso unser Feind“ wie die UdSSR. Die Zange, in der Deutschland stecke, habe zwei Backen: „eine rote *und* eine amerikanische“.³⁷

Heftige Gegnerschaft Mohlers traf auch den Liberalismus. Als sich 1974 vermehrt Liberale dem Konservatismus zuwandten, verspottete Mohler sie als „Kerenskis der Kulturrevolution“. Liberale bereiteten immerzu den Boden für die Linke. Der Liberalismus sei „ein Luxus, den man sich in windstillen Perioden oder auf Inseln wie der Schweiz leisten“ könne. In der „deutschen Bürgerkriegslandschaft“ habe „jede liberale Parole ihre unerbittliche linke Konsequenz“. Diese Argumentation bezog sich keineswegs nur auf den Liberalismus als politische Strömung. Mohler lehnte den Ansatz ab, „vom Liberalismus nur die Ideologien über Bord zu werfen, seine Institutionen aber herüberzuretten“. Denn den „spezifisch liberalen Institutionen – angefangen bei der Schaffung einer ‚Repräsentanten‘-Schicht, die jede Verbindung zum Volk verloren hat – verdanken wir doch gerade den Schlamassel, in dem wir stecken“.³⁸ Die Analyse „dieser Institutionen durch Carl Schmitt und seine Schule“ seien „zwar unbequem, aber sie dürften kaum zu widerlegen sein“. Linken „Überläufern“ könne man jederzeit das Tor weit öffnen. Der Liberale jedoch schleppe nur „Bazillen und Unbelehrbarkeiten“ ein. Mit Arthur Moeller van den Bruck meinte er: „Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde.“³⁹ Die CDU stehe den Konservativen keineswegs von Natur aus näher als

32 Criticón 145 (1995), S. 3.

33 Vgl. Criticón 4 (1971), S. 73; Criticón 12 (1972), S. 153.

34 Criticón 12 (1972), S. 151.

35 Ebd., S. 153.

36 Ebd., S. 154.

37 Criticón 44 (1977), S. 323 (Hervorhebung im Original).

38 Criticón 21 (1974), S. 24.

39 Ebd., S. 24.

die SPD. „Sie kann ihnen höchstens in bestimmten politischen Situationen näher stehen. Daß wir heute eine solche Situation haben – das bezweifeln wir.“⁴⁰ 1979 kritisierte Mohler den „Holocaust-“ und „Bewältigungsrummel“ und verwies auf die etwa in Frankreich geführten Diskussionen um eine Revision des Geschichtsbildes. Deutsche könnten sich über derartige Fragen kein objektives Urteil bilden: „Würden wir hier über die Inhalte der Revisions-Debatten sprechen, nur über sie referieren, so gäbe die Strafgesetzgebung jedem Richter mit brauner Vergangenheit die Möglichkeit, sich auf unsere Kosten eine weiße Weste zu verschaffen.“ Mohler begnügt sich damit, das vom Shoah-Leugner Wilhelm Stäglich veröffentlichte Buch über den „Auschwitz-Mythos“ zu empfehlen.⁴¹ Die französische *Nouvelle Droite* um Alain de Benoist sah Mohler in der Tradition der „Konservativen Revolution“ und als Vorbild für den deutschen Konservatismus.⁴²

Neben dem immer stärkeren Geschichtsrevisionismus radikalisierte sich vor allem Mohlers vom Standpunkt des Antiliberalismus und der identitären Demokratietheorie geäußerte Kritik am politischen System der Bundesrepublik zusehends. 1991 kritisiert Mohler etwa die Bezeichnung des politischen Systems der Bundesrepublik als „Freiheitlich-Demokratische Grund-Ordnung“. Die Bundesrepublik sei ein „liberaler Repräsentativstaat“, der sich erstens dadurch auszeichne, daß die Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen fast völlig eingeschränkt sei, zweitens dadurch, daß die politische Entscheidung beim Parlamentarier liege, der sich allein nach seinem Gewissen und nicht nach dem Wählerwillen zu richten habe und schließlich auch dadurch, daß sich das Gewissen wiederum am Grundgesetz orientiere.⁴³ In Anlehnung an den Philosophen Panajotis Kondylis interpretierte er die Bundesrepublik 1993 als „extremen Sonderfall der Geschichte“, der sich „mit dem Mauerfall erledigt“ habe. Die Westdeutschen hätten vier Jahrzehnte lang in einem „keimfreien Brutkasten“ gelebt.⁴⁴ Die Bundesrepublik habe zwar ihren Charme gehabt, lasse sich unter den neuen Bedingungen aber „weder aufrechterhalten noch fortsetzen“ noch „rekonstruieren“. Wer den „in manchen Weltgegenden noch feststellbaren Wunderglauben an die BRD“ unterstütze, der sei ein „Utopist“ und handle „unverantwortlich“. In Zukunft werde es viel nostalgische Literatur über die Bundesrepublik geben. Diese werde „ihren Unterhaltungswert haben wie Bücher über den Jugendstil oder das Rokoko“.⁴⁵

In den folgenden Jahren widmeten sich Mohlers Beiträge ausschließlich kulturellen Themen – etwa dem „amerikanischen Realismus in der Malerei“ oder der „Berliner Bildhauerschule“.⁴⁶ Erst 1997 meldete er sich mit einem dreiteiligen Porträt über

40 *Criticón* 26 (1974), S. 249.

41 *Criticón* 52 (1979), S. 58 f.

42 Vgl. *Criticón* 54 (1979), S. 171-175.

43 *Criticón* 125 (1991), S. 137.

44 *Criticón* 136 (1993), S. 86.

45 Ebd., S. 87.

46 *Criticón* 145 (1995), S. 45; *Criticón* 146 (1995), S. 98.

Georges Sorel zu Wort. Er beschrieb den französischen Theoretiker und Vordenker des italienischen Faschismus darin zutreffend als „Kreuzung eines Revolutionärs mit einem gigantischen Reaktionär“⁴⁷, als den „unerbittlichste[n] und konsequenteste[n] anti-liberale[n] Denker“, den das 19. und das 20. Jahrhundert hervorgebracht hätten.⁴⁸ Kritische Worte fanden sich dabei nicht – was allerdings auch nicht überrascht angesichts der Tatsache, daß Mohler sich bereits 1995 selbst zum Faschisten erklärt hatte.⁴⁹

Klaus Motschmann war der Herausgeber der protestantischen Zeitschrift „Konservativ heute“. Nachdem diese 1980 mit *Criticón* vereinigt worden war, gehörte er dort lange Jahre zum festen Autorenstamm. Zunächst widmete er sich vor allem kirchlichen Themen. Im Editorial der *Criticón*-Ausgabe 65 klagte er etwa über „Zeitgeistiges aus der evangelischen Kirche“ und fürchtete, die Kirchen insgesamt könnten auf ihre Selbstaufgabe zusteuern, indem sie statt des Evangeliums immer mehr „politische Trivialitäten“ verkünden.⁵⁰ Anlässlich einer Debatte, die Helmut Schmidt mit der These auslöste, die Kirchen hätten die „Demokratie noch nicht in ihr Herz aufgenommen“, analysierte er das „Verhältnis von Christentum und Demokratie“. Motschmann konstatierte eine „Übereinstimmung des Bundeskanzlers mit den Ergebnissen zeitgenössischer Forschung“.⁵¹ Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg sei „mit einigem Recht“ darauf hingewiesen worden, daß sich die „lutherischen Kirchen nicht entschieden genug den demokratisch-progressiven Kräften [...] zur Verfügung gestellt hätten“. Besonders kritikwürdig erschienen ihm die calvinistisch inspirierten Auffassungen des Schweizer Theologen Karl Barth, für den „der rechte Staat“ in der „rechten Kirche sein [...] Vorbild haben“ müsse.⁵² Diese Auffassungen seien „mit dem Selbstverständnis der modernen parlamentarischen Demokratie unvereinbar“. Christliche Politik müsse sich in einem Rahmen vollziehen, der „die pluralistische Struktur unserer Gesellschaft zu berücksichtigen hat“.⁵³

Diese Kritik an antipluralistischen Positionen innerhalb der evangelischen Kirche kehrte häufig wieder. Über die 1985 veröffentlichten Demokratie-Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands schrieb er etwa, man könne zwar an mehreren Stellen „ein ‚Ja‘ zur freiheitlichen Demokratie herauslesen“; er fragte sich allerdings, ob das „wirklich ein ‚klares‘ Ja“ sei.⁵⁴ Zugleich beklagte er, in der evangelischen Kirche sei der Prozeß der „systematischen Ausgrenzung konservativer Positionen“ inzwischen „nahezu abgeschlossen“.⁵⁵ Als Ursprung unheilvoller innerkirchlicher Entwicklungen verstand er 1987 einmal mehr die Positionen Barths, für den die politische Urteils- und

47 *Criticón* 156 (1997), S. 200.

48 Ebd., S. 203.

49 Zitiert nach Pfahl-Traugher (FN 5), S. 169.

50 *Criticón* 65 (1981), S. 107.

51 Ebd., S. 127.

52 Ebd., S. 128.

53 Ebd., S. 129.

54 *Criticón* 92 (1985), S. 267.

55 Ebd., S. 269.

Willensbildung der Christen „eine ganz bestimmte Richtung“ haben sollte. Darin sah Motschmann handfeste antipluralistische und antiparlamentarische Positionen: Wenn „die Christengemeinde ihre Verantwortung nur in eine ‚ganz bestimmte Richtung‘ wahrnehme, werde sie ‚allem widersprechen, was dieser Richtung nicht entspricht – und notfalls nicht nur widersprechen, sondern widerstehen“. Dieser Widerspruch richte sich „vor allem gegen die Parteien; nicht gegen bestimmte Parteien, sondern gegen Parteien an sich, weil sie institutionalisierter Ausdruck sehr unterschiedlicher Richtungen und allein durch ihre Existenz ‚einer bestimmten Richtung‘ widersprechen“. Sie würden als „krankhafte, sekundäre Erscheinungen“ verstanden. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien und zur Anerkennung ihrer Entscheidungen werde durch derartige Positionen „nicht eben gefördert“. Motschmann sah hier die Quelle für von ihm abgelehnte basisdemokratische Tendenzen in der evangelischen Kirche.⁵⁶

In den 1990er Jahren befaßte sich Motschmann auch mit dem Marxismus. 1990 schrieb er etwa über Friedrich Engels, dieser habe „den Vorstellungen einer Symbiose von demokratischem Rechtsstaat und sozialistischer Gesellschaft und Wirtschaftsordnung unmißverständlich widersprochen“ und „auf diese Weise die Stichworte einer Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Sowjetunion geliefert“. 1994 widmete er sich der „Gründung des Deutschen Reiches von 1871 im Urteil von Marx und Engels“ und erklärte, in einer „neudeutschen Linkspartei“ müßten Marx und Engels wegen ihres „positiven Verhältnisses zum deutschen Nationalstaat“ mit dem Ausschluß rechnen.⁵⁷

1998 verteidigte er die Entscheidung katholischer Bischöfe, keine Beratungsscheine im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung mehr auszugeben. Er beklagte einen allgemeinen Einflußverlust christlicher Positionen. Diskussionen wie die um die Sterbehilfe seien aufgrund des Nationalsozialismus in Deutschland tabuisiert, doch fragte er sich, wie lange dies in Zeiten „systematischer Tabuzerstörung“ anhalten werde.⁵⁸ Die DDR habe der Bundesrepublik nicht zuletzt „ein atheistisch geprägtes Menschen- und Gesellschaftsverständnis“ hinterlassen.⁶⁰

Erik von Kuehnelt-Leddihn repräsentiert eine ausgefallene Mischung von radikalem Christentum, Liberalismus und antidemokratischem Monarchismus. 1972 schrieb er, Demokratie und Liberalismus gehörten gänzlich verschiedenen Kategorien an: Während die Demokratie die Frage beantworte, *wer* zu regieren habe, beschäftige sich der Liberalismus mit dem Problem, *wie* regiert werden solle. Die Demokratie habe „an und für sich keine Beziehung zur Freiheitlichkeit“⁶¹, sie könne liberal oder illiberal sein. Im Umkehrschluß gilt Selbiges für antidemokratische Regimes: Die absoluten Monarchien

56 Criticón 100-101 (1987), S. 102.

57 Criticón 117 (1990), S. 12.

58 Criticón 141 (1994), S. 39.

59 Criticón 157 (1998), S. 8.

60 Ebd., S. 9.

61 Criticón 11 (1972), S. 100.

des 17. und 18. Jahrhunderts erschienen ihm „mit modernen Augen betrachtet“ als „recht liberal“.⁶² 1973 machte er die „Indifferenz“ Kerenskis für den Ausgang der russischen Revolution verantwortlich. Seine Republik und die „knochenlose“ Mitte seien durch die „ideologisch viel härteren Bolschewiki hinweggefeht“ worden. „Monarchisten und ‚rechtsextreme‘ Elemente“ hätten jedoch „heroisch zwei Jahre hindurch“ gekämpft. Man sterbe „eben nicht für ein Fragezeichen“, sondern für eine „totale Überzeugung“. Der Mann der Mitte werde den Westen deshalb kaum gegen die Tyrannis verteidigen: „Widerstand zu leisten überläßt er den ‚Extremisten‘“. Es hätten „auch bei uns nicht die Liberalen und Demokraten nach 1933 gegen das braune Übel gekämpft und gelitten“, sondern „seine Konkurrenten von der extremen Linken und seine Feinde auf der Rechten“. Auf die selbstgestellte Frage, ob man sich also einem Extremismus ausliefern solle, antwortete er: „Sicherlich. Auch das Christentum ist einer.“⁶³

Zur Demokratie positionierte er sich eindeutig. Für Vielvölkerstaaten etwa schien sie ihm ganz und gar untauglich. So hieß es 1987: „Wäre Südafrika eine absolute Monarchie oder ein Ständestaat, gäbe es auch die gegenwärtige Problematik nicht.“ Aber das „Ende der ‚Meritokratie‘ und der im Westen so allgemeine One Man-One Vote-Wahn“ erschwerten die Lage „ganz außerordentlich“.⁶⁴ 1993 widmete er sich dem „Dilemma der christlichen Demokratie in katholischer Sicht“. Mit offenkundiger Wehmut berichtete er von den bis 1917/1918 bestehenden Monarchien: „Da war noch Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der König als Vater des Volkes und der Vater König in der Familie.“ Danach folgte „ein Horizontalismus, der auf Wahlen, d.h. auf Ziffern und Zahlen beruhte“. Zustimmend zitierte er den Dichter Jorge Luis Borges, der bekannte, er glaube nicht an die Demokratie, weil sie ein „kurioser Mißbrauch der Statistik“ sei.⁶⁵ Schon Papst Pius der XII. habe dagegen wiederholt „auf den Unsinn des ‚Ein-Mann-eine-Stimme‘-Dogmas“ und „auf die Irrationalität des Zahlenspiels“ hingewiesen.⁶⁶ Man müsse sich „vor Augen halten, daß das ganze parlamentarische Getriebe einen zutiefst ‚unchristlichen‘ Charakter“ trage, der sich in „Indifferenz der Wahrheit gegenüber“ zeige. Es sei das „Geheimrezept der Demokratie, in geheimen Wahlen einer 19jährigen Prostituierten dieselbe ‚Stimmkraft‘ zuzuerkennen wie dem 60jährigen Geheimrat mit juridischer Laufbahn“. Der „Marxist menschewikischer oder bolschewikischer Richtung, der Rechtsliberale, der Christdemokrat, der Konservative, der Grüne haben alle dieselben legalen Ansprüche.“ In der christlichen Lehre dagegen seien „Wahrheit, Irrtum und Lüge eben nicht gleichberechtigt“.⁶⁷

Klaus Hornung gehörte wie Motschmann und Mohler zu den Stammautoren. 1974 äußerte er sich unter der Überschrift „Ideologischer Dogmatismus oder offene Gesell-

62 Ebd., S. 101.

63 Criticón 17 (1973), S. 123.

64 Criticón 103 (1987), S. 216.

65 Criticón 139 (1993), S. 231.

66 Ebd., S. 232.

67 Ebd., S. 233.

schaft?“ über den schulischen Politikunterricht. Er kritisierte eine links gefärbte Didaktik, die „wieder einmal das ‚richtige‘ politische Wissen und Verhalten als Ziel politischer Erziehung postuliert“ und der „Gewißheit des Denkens und Sicherheit des Tuns“ wichtiger erscheine als „kritische und zweifelnde Prüfung“.⁶⁸ Dagegen gelte es, „auch die manipulativen Gefahren zu erkennen, die einer politischen Bildung drohen, welche einseitig als Oppositionspädagogik und Institutionenkritik verstanden wird“. Der Politikunterricht in der freiheitlich-demokratischen, offenen Gesellschaft müsse „Anpassungs- und Emanzipationspädagogik“ zusammenführen.⁶⁹

1975 reagierte Hornung auf Mohlers CDU-Kritik. Zunächst billigte er zu, in der Union finde sich tatsächlich ein „weitverbreiteter geistloser Pragmatismus“ und eine Neigung „zum prinzipienlosen Juste Milieu einer sozialliberalen Wirtschaftspartei“. Daneben seien Mohlers Ausführung jedoch von einem „erstaunlich zählebigen antikatholischen Affekt durchzogen“. Hornung fragte, was „Invektiven an deutschnationalen Kaminen“ gegen Katholiken bezwecken sollten.⁷⁰ Man könne nicht bestreiten, daß „es nun einmal wesentliche Kräfte in der CDU/CSU waren und sind“, die sich „immer wieder der vorherrschenden bundesrepublikanischen Geisteshaltung und Politik des totalen Anspruchs nach innen und des totalen Verzichts nach außen entgegengestellt haben“.⁷¹

1984 veröffentlichte er einen „Umriß freiheitlich-konservativer Politik in den achtziger Jahren“. Er betonte vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sei zwar nicht alles, aber „ohne sie ist alles nichts“.⁷² Die Deutschlandpolitik dürfe nicht im „Sinne leisetretischer Selbst-Relativierung unseres Staates als eines der ‚beiden deutschen Staaten‘“ fortgesetzt werden, sondern mit „nationalem Selbstbewußtsein und in nationaler Würde“.⁷³ Hornung warb für ein „Europa der Vaterländer“, für eine Politik, die den Kontinent zu „einer starken weltpolitischen Kraft im Konzert der Großmächte“ mache, mit einer „unverwechselbaren kulturellen und politische Identität“. So werde Europa von einer „Schutzzone der USA“ zu deren „vollwertigem Partner“, zur „diesseitigen Säule des atlantischen Bündnisses“.⁷⁴

1990 rezensierte Hornung das Buch „Sturm auf Europa“ von Manfred Ritter. Er warnte in Anlehnung an den Autor, der „fortdauernde, noch stetig anschwellende Zustrom der Einwanderungs- und Asylantenbewegung aus der ‚Dritten Welt‘ werde unterschätzt. Ohne „klare Entscheidung“ in dieser Frage werde es „weder eine deutsche noch eine europäische Zukunft überhaupt“ geben. Weitere 10 Millionen Türken etwa säßen auf „gepackten Koffern“, um nach Deutschland einzuwandern. Die derzeitige Asylbewegung sei nur die „Vorhut einer möglicherweise gigantischen globalen Völker-

68 Criticón 23 (1974), S. 119.

69 Ebd., S. 124.

70 Criticón 27 (1975), S. 19.

71 Ebd., S. 20.

72 Criticón 74 (1982), S. 233.

73 Ebd., S. 234.

74 Ebd., S. 236.

wanderung“.⁷⁵ Man könne Ritter nur beipflichten: Ohne einen Wechsel „von einem kurzsichtigen, unpolitischen und scheinheiligen Humanitarismus zur politischen und ökonomischen Vernunft [ist] der Untergang Europas programmiert“.⁷⁶

1993 interpretierte er die als Reaktion auf den Brandanschlag von Mölln und die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen entstandene Kampagne gegen Rechtsextremismus als zweiten Teil einer linken „Kulturrevolution“. Die „Ausschreitungen kleiner, vor allem jugendlicher Gangs“, die noch keine „Halteanker“ und „Vorbilder“ gefunden hätten, würden von interessierter Seite mißbraucht, um „den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit zu verallgemeinern und gar zu einem angeblich wieder aufsteigenden ‚Faschismus‘ zuzuspitzen“. Die „wachsende und berechtigte Kritik unserer Bevölkerung gegen den anschwellenden Asylantenstrom“ werde „verdreht zu Fremdenhaß, Rassismus, neuem Antisemitismus und ‚Faschismus‘“.⁷⁷ Demgegenüber gebe es Kräfte, die „das Ziel der multikulturellen Gesellschaft“ mit der Absicht verfolgen, „jenes revolutionäre Potential heranzubilden, mit dem sie eines nicht allzu fernen Tages die „bürgerliche Gesellschaft“ im gehaßten wiedervereinigten Deutschland in die Luft zu sprengen können hoffen“.⁷⁸

2001 skizzierte Hornung „Neun Eckpunkte für einen freiheitlichen Konservatismus“. Es gelte etwa, „die Freiheit des Einzelnen wie die von Staat und Gesellschaft vor blinden Marktkräften und angeblichen technologischen Zwängen [...] zu schützen“. Man müsse die Frage beantworten, was eine liberale Gesellschaft zusammenhalte und wieviel Gemeinsinn sie brauche. Die liberale Demokratie sei „eine zerbrechliche Ordnung“ und „unser rein individualistisches Freiheitsverständnis der ‚Selbstverwirklichung‘“ stelle eine „offene Flanke der offenen Gesellschaft“ dar. Nötig seien Bürgertugenden wie Vernunft, Weitsicht, Verlässlichkeit, Mut, Toleranz, Gesetzestreue.⁷⁹ Skeptisch stand er Tendenzen der Globalisierung hin zur „Uniformität der One World und eines Global Village“ gegenüber. Wichtig sei die „Einsicht in die Unersetzbarkeit einer kulturell, geistig und politisch pluralen Welt“, der „gegenseitigen Achtung der Kulturen und auch ihres politischen Gleichgewichts“. In diesem Rahmen habe auch die „Wahrnehmung der Interessen des eigenen Staates und Volkes“ mit dem „Respekt der Gegenseitigkeit“ eine „hohe Priorität“, die heute allerdings „nicht selten mißachtet“ werde.⁸⁰

Hans-Dietrich Sander engagierte sich ursprünglich im Umfeld Bertolt Brechts in Ostberlin, floh 1957 allerdings in die Bundesrepublik. In *Criticón* berichtete er häufig über interne Diskussionen der Linken, die DDR und kulturelle Fragen. Bereits 1970 veröffentlichte er etwa „Macchiavellistisches über die SPD“. Die nationale Frage scheine mit dem Machtantritt der sozialliberalen Regierung kaum noch zu existieren.

75 *Criticón* 118 (1990), S. 85.

76 Ebd., S. 87.

77 *Criticón* 137 (1993), S. 125.

78 Ebd., S. 127.

79 *Criticón* 169 (2001), S. 59.

80 Ebd., S. 60.

Verantwortlich dafür sei, daß Männer wie Willy Brandt und Herbert Wehner „wegen ihrer Emigrantenzzeit offensichtlich primär nicht mehr deutsch reagieren“. Mit der Vergangenheitsbewältigung habe Willy Brandt „alte Wunden“ wieder aufgerissen und die „außenpolitische Erpreßbarkeit der Bundesrepublik“ potenziert.⁸¹

Allgemeinere politische Aussagen fanden sich eher in kleineren Beiträgen. Seine Orientierung an Carl Schmitt zeigte sich 1972, als er bekannte, daß er die „deutsche Parlamentarismuskritik der zwanziger und frühen dreißiger Jahre“ trotz des „Dritte[n] Reich[es] und seine[r] Katastrophen“ noch „keineswegs [für] abgegolten“ halte.⁸² Anlässlich einer Rezension der Neuauflage der Mohler-Buches über die „Konservative Revolution“ erklärte Sander 1973, das Werk habe nicht zuletzt wegen des Verfassers „unverhohlene[r] Abneigung gegen Liberalismus und parlamentarische Demokratie“ Kritik auf sich gezogen. Diese „formierte Gesellschaft“ sei unter der „Souveränitätsglocke der amerikanischen ‚Schutzmacht‘“ kräftig gediehen, habe aber keine „eigene Potenz“ entwickelt und statt dessen „nur Zutreiberdienste für die Linke geleistet“.⁸³

Wie Mohler lehnte Sander 1974 die liberalen Institutionen ab. Diese würden aus „ihrem Selbstverständnis heraus meistens den Anfängen“ nicht wehren, während dann später ihre Mittel nicht mehr ausreichten, um „unheilvolle Prozesse einzudämmen oder umzukehren“. Für Konservative seien Institutionen „welcher Couleur auch immer“ nicht von „primärem Rang“.⁸⁴ Nur die „Ideologen“ würden das „Glück eines Volkes mit einer Verfassung identifizieren und es aus diesem Grunde oft verspielen“. Demgegenüber hätten Institutionen für Konservative „nur den Zweck, das Wohl des Ganzen zu erhalten und zu fördern“, ihre Haltung zu speziellen Formen hänge deshalb lediglich von deren Leistungsfähigkeit ab. Konservative verfügten in diesem Sinne sogar über eine größere „Flexibilität als Sozialisten, Demokraten und andere Institutionsfetischisten“. Über „persönliche Freiheit“ hieß es im gleichen Zusammenhang deutlich: „Heute in der BRD für politische und persönliche Freiheit einzutreten, bedeutet, endgültig auf den Kampf gegen die Urheber und Exekutoren der latenten Diktatur zu verzichten, die sich in dieser Freiheit einnisten konnten.“ Wer um seine Freiheit besorgt sei, der solle „um Freiheit streiten, aber um seine eigene, die erst wieder ins Werk gesetzt werden kann, wenn den anderen, die sie ihm nahmen, ihrerseits die Freiheit des Handelns genommen wird“. Das gehe nicht mehr „ohne Kampf, nicht mehr ohne Unerbittlichkeit und auch nicht mehr ohne die vielberufenen schmutzigen Hände“.⁸⁵

Sander radikalisierte sich in den folgenden Jahren und begann Anfang der 1980er Jahre mit der Propagierung eines „vierten Reiches“. Ab 1982 erschienen keine größeren Beiträge mehr von ihm in Criticón. 1989 wurde allerdings Sanders Rezension der Neuauflage der „Konservativen Revolution in Deutschland“ veröffentlicht. Darin lobte er

81 Criticón 7 (1970), S. 147.

82 Criticón 11 (1972), S. 129.

83 Criticón 15 (1973), S. 45.

84 Criticón 22 (1974), S. 75.

85 Ebd., S. 76.

das Buch als Stück des Widerstands gegen die „Verwestlichung des deutschen Geistes“⁸⁶ und erklärte: „Die Konservative Revolution umschreibt das weite Feld, auf dem der Nationalsozialismus zu jäh und zu eng gefaßt hochschob, um überdauern zu können. Es ist das Feld, das auf neue Bestellung wartet, wenn mit dem Zerbröckeln der amerikanisch-russischen Doppelhegemonie über Europa die Überlagerungsdominanten zu Staub zerfallen.“⁸⁷

Gunnar Sohn begann 1989 mit der Publikation größerer Beiträge in *Criticón*. In seinen „Gedanken zur Parteienkrise“ klagte er, die Parteien würden sich „andauernd und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zum Vormund der Nation“ machen.⁸⁸ 1993 diagnostizierte er die „Diktatur des Parteienstaates“, eine „Herrschaft der Mittelmäßigen“ und kritisierte „den egalisierenden Zugriff auf das Individuum“. In der „verwalteten und durchorganisierten Tyrannei“ gebe es zwar die „Entbindung von der Daseinsvorsorge“, aber nur um den Preis der „schleichenden Kollektivierung“. Der Parteienstaat entspreche dem von Orwell entwickelten Bild vom „Großen Bruder“. Diese Herrschaft könne schwerlich mit neuen Parteien gebrochen werden. Der „Anarch, Partisan oder Dandy“ sei das „einzig effektive Gegenbild zum Bürokraten, Apparatschik, Funktionär und Despoten“.⁸⁹ Dem „moralisierenden Dauerton des FDGO-AOK-CDU-CSU-SPD-FDP-Staates“ könne man nur mit Subversion begegnen.⁹⁰

Später startete Sohn einen Frontalangriff auf die Anhänger der „Konservativen Revolution“. Nicht die „Gesellschaft selbstverantwortlicher und selbständiger einzelner“, sondern die „naturwüchsige oder historische Gemeinschaft“ scheine das Idealbild vieler Konservativer zu sein. Dafür könne die „Renaissance der Konservativen Revolution in unseren Tagen“ als Indikator gelten. Nicht die „Sicherung der Freiheit des einzelnen durch Institutionen und Regelsysteme“, sondern das „Aufgehen des Individuums in der Schicksalsgemeinschaft Nation“ sei der „Leitfaden dieser Philosophie“. Dabei bedrohe die Gesellschaft „nicht einfach ein Zusammenbruch der Ordnung oder die Machtergreifung durch einen mächtigen einzelnen“, sondern die „Tyrannei der Mittelmäßigkeit“. Es formiere sich eine „Gesellschaftsordnung, die sich langsam, aber sicher auf einen Zustand der Knechtschaft“ zubewege, den man zwar Demokratie nenne, der aber „in Wirklichkeit ein neuer Absolutismus“ sei. Freiheit und Individualität blieben dabei auf der Strecke.⁹¹ Er kritisiert den „Hochsteuerstaat“, der eine „kalte Ausbeutung in Gang setze“, die zu einer „irreversiblen Demontage der Freiheitsrechte“ führe und eine „heimlich kollektivierte Gesellschaft hinterlasse“. Sohn fragte, was vor diesem Hintergrund „die antikapitalistischen, antiwestlichen, antifreiheitlichen Affekte konservativer Geistesgrößen“ noch für einen Sinn hätten. Die „diffuse Kultur- und Kapitalismuskritik

86 *Criticón* 112 (1989), S. 94.

87 Ebd., S. 95.

88 *Criticón* 111 (1989), S. 38.

89 *Criticón* 137 (1993), S. 128.

90 Ebd., S. 129.

91 *Criticón* 139 (1993), S. 246.

der konservativen Revolution“ habe „keine politische Philosophie gefördert, die heutzutage noch Orientierungsmaßstäbe setzen könnte“. Der Konservatismus werde in Deutschland erst dann wieder Bedeutung erlangen, „wenn er sich für die Partei der Freiheit“ ausspricht.⁹²

Eines der zentralen Themen Sohns blieb die Ökologiekritik. 1996 etwa kritisiert er „Antimodernismus und Naturromantik“.⁹³ Er argumentierte, das Beste, was die „Industrienation Deutschland für sich selbst und für die Umwelt tun könne“, sei bei der technologischen Entwicklung „vorne mit dabei zu sein“. Die „Betroffenheitsklagelieder der romantisierenden Antimodernisten“ führten eher „zu ökologischem Rückschritt“. Die „Pseudoökologen“ wollten die Natur durch die Demontage der modernen Welt schützen. In Wahrheit ruinierten sie die wissenschaftlich-technische Potenz und damit „vermutlich die einzigen Chancen, die der Naturschutz hat“.⁹⁴

Zwei Jahre später übernahm Gunnar Sohn die Criticón-Herausgeberschaft von Caspar Schrenck-Notzing. Ein Jahr darauf begann er, der Zeitschrift seinen Stempel aufzudrücken. Sein eigenes politisches Profil, charakterisiert durch radikal zugespitzte Orientierung auf das Individuum, ausgesprochene Wirtschaftsfreundlichkeit und Abneigung gegen die Ökologiebewegung, formte Criticón in den folgenden Jahren immer stärker. Dies gilt insbesondere auch für seine Ablehnung der „Konservativen Revolution“. Im Frühjahr 2000 hieß es etwa in Zuge einer Debatte unter dem Titel „Wie zeitgemäß ist der Konservatismus?“, „metaphysische Höhenflüge“, „ethische Diskurse oder historische Raritäten“ führten realpolitisch ins Abseits. Probleme wie die „demographische Zeitbombe“, der „Etikettenschwindel mit Namen Generationenvertrag“, die „steuerliche Ausbeutung des Mittelstandes“ oder der „Niedergang der Familien“ ließen sich nicht „mit Rezepten der Konservativen Revolution lösen oder mit der Freund-Feind-Theorie bewältigen“.⁹⁵

Ansgar Lange fungierte nach der Umgestaltung Criticóns durch Sohn als Chefredakteur der Zeitschrift. Er teilt Sohns Ablehnung der Traditionslinie der „Konservativen Revolution“. 2003 etwa zitierte er in einem Artikel über „Konservatismus 2003“ zunächst Mohler, für den die Konservativen sich nach dem Krieg „aus Furcht, von neuem in die faschistische Umarmung zu geraten“ „ängstlich der Klärung von Grundsatzfragen“ enthalten hätten. Anschließend argumentierte Lange, die ängstliche Haltung der Nachkriegskonservativen sei verständlich gewesen: „Wie hätte sich zum Beispiel nach 1945 eine genuin konservative Partei bilden können? Von der unmittelbaren Vergangenheit gab es ja nicht viel zu bewahren.“ Es habe im Sinne der Konservativen sein müssen, „das ab 1949 Erreichte zu erhalten“, während „heroische Posen“ oder gar „eine ‚konservative Revolution‘ nicht gefragt gewesen seien“.⁹⁶ Moderne Konservative

92 Ebd., S. 246.

93 Criticón 151 (1996), S. 143.

94 Ebd., S. 146.

95 Criticón 165 (2000), S. 17.

96 Criticón 178-179 (2003), S. 53.

müßten sich „endlich von Affekten gegenüber der Globalisierung, weltweiten Modernisierungstendenzen, den Vereinigten Staaten und der freien, pardon, sozialen Marktwirtschaft lösen“. ⁹⁷ Der „schleichenden Sozialdemokratisierung“ könne nur Einheit gebieten, wer sich selbst engagiere. Von der „Neugründung konservativer Splitterparteien sollte man wegen der mangelnden Erfolgsaussichten Abstand nehmen“. ⁹⁸

2002 schrieb er zur Veröffentlichung der politischen Aufsätze des bis dahin in *Criticón* meist verehrten Ernst Jünger, dieser erscheine in den Texten als ein „politischer Extremist, der den Liberalismus und das Bürgertum verabscheut und die Idee der Nation zum Evangelium erhebt“. ⁹⁹ Nach Mohlers Tod im Jahr 2003 verfaßte Lange dessen Nachruf. Darin würdigte er den langjährigen *Criticón*-Stammaptor zwar für sein „Leben wider den Zeitgeist“ und als „Querdenker“, räumte aber ein, dessen „Begeisterung“ für die französische „Neue Rechte“ um Alain de Benoist und sein Selbstbekenntnis als Faschist könnten „sicherlich nicht als vorbildhaft gelten“. ¹⁰⁰

2004 veröffentlicht er eine beißende Polemik gegen die Zeitschrift „Sezession“ und die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Er interpretierte Dieter Stein, Götz Kubitschek u.a. als Vertreter eines „weinerlichen Defensiv-Konservatismus“, der „sich im Bewußtsein der eigenen Ausgrenzung“ suhle und sich „nur um die eigenen Märtyrer“ schare. Ihm schien es, „als schaffe sich ein bestimmter Teil der Rechten in Deutschland ein paar bequeme Feindbilder – die USA, die linke Presse, die 68er –, um sich den Problemen der aktuellen Politik“ nicht stellen zu müssen. ¹⁰¹

2. Würdigung

Offensichtlich gibt es gute Gründe für die Strittigkeit der politischen Einstufung von *Criticón*. In der Zeitschrift finden sich vielfältige, einander häufig widersprechende Positionen. Neben dem ausgesprochenen Nicht-Christen Armin Mohler schrieb der christliche Fundamentalist Erik von Kuehnelt-Leddihn und neben diesem wiederum der um die demokratisch-pluralistische Verlässlichkeit der Kirchen besorgte Protestant Klaus Motschmann. Mohler als zunehmend von der Union distanzierter und unentwegt gegen die „Amerika-Hörigkeit“ der deutschen Konservativen wetternder Neutralist stand neben dem Unionsmann und Transatlantiker Klaus Hornung. Als entschiedener Antiliberaler und engagierter Verbreiter des Denkens der „Konservativen Revolution“ fand Mohler seinen Gegenpart etwa in Gunnar Sohn, der konservativ-revolutionäre Traditionsbezüge aus libertärer Sicht fundamental ablehnte.

⁹⁷ Ebd., S. 54.

⁹⁸ Ebd., S. 55.

⁹⁹ *Criticón* 173 (2002), S. 68.

¹⁰⁰ *Criticón* 178-179 (2003), S. 72.

¹⁰¹ *Criticón* 182-183 (2004), S. 5 ff.

Über all dem waltete Caspar Schrenck-Notzing, der sich weitgehend aus diesen Streitfragen heraushielt – ausgenommen am ehesten seine Positionierung gegen prinzipiellen Antiamerikanismus.¹⁰² Schrenck-Notzing selbst schrieb anlässlich des Erscheinens der 100. Ausgabe im Jahr 1987, die Zeitschrift sei nicht zuletzt deshalb zum „Schnittpunkt der Konservativen unterschiedlicher Färbung“ geworden, weil „'Criticón' niemanden auf ein alleingültiges Glaubensbekenntnis einzuschwören versuchte“.¹⁰³ Ebenfalls in der Jubiläumsausgabe schrieb Armin Mohler zu Schrenck-Notzings zurückhaltendem Auftreten, er könne keinen Text nennen, dem wörtlich zu entnehmen wäre, „von welchen Axiomen Schrenck ausgeht und was er sich etwa als ‚idealen Staat‘ vorstellt“. Man könne das nur „indirekt an dem ablesen, wogegen er sich wehrt“.¹⁰⁴

Schrenck-Notzings Bemühen um Ausgleich zwischen verschiedenen Flügeln der Autorenschaft zeigte sich etwa, als in den 1970er Jahren eine Criticón-Ausgabe mit einer Fülle von „liberalen Themen“ erschien – mit Artikeln über Ayn Rand, den Werdegang der FDP, die Mont Pelerin Society und dem Nachdruck eines Textes von Milton Friedman¹⁰⁵ – und die Tageszeitung „Die Welt“ daraufhin schrieb, Criticón habe „ja“ zu einer „liberalkonservativen Ehe“ gesagt. Bereits in der Folgeausgabe ließ die Redaktion verlauten, wenn dem so wäre, „könnte ‚Criticón‘ demnächst auch der Vorwurf der Bigamie gemacht werden“. Die Zeitschrift habe von Anfang an versucht, „konservative Aspekte sehr verschiedener Provenienz zusammenzutragen“, was die „denkbar schlechteste Basis für eine Einehe“ sei. Im Kontrast zur Liberalismus-Nummer folgte darum „die Darstellung durchaus antiliberaler Gedankenrichtungen“ mit Artikeln über den Ständestaatstheoretiker Othmar Spann, die „Konservative Revolution“ sowie einem Beitrag von Henning Eichberg.¹⁰⁶

In seinen Editorials machte Schrenck-Notzing vor allem auf die gemeinsamen Gegner und Probleme der in Criticón versammelten Strömungen aufmerksam. Sein Ziel war offensichtlich die Zusammenführung möglichst vieler entschieden nicht-linker Kräfte. Spaltungen galt es zu verhindern. Dies bedeutete zugleich starke Zurückhaltung bei der Abgrenzung zum rechten Rand des politischen Spektrums. Bemühungen in diese Richtung galten ihm als Erfolg der kommunistischen „Salami-Taktik“, der „scheibchenweisen“ Ausschaltung nichtkommunistischer Kräfte.¹⁰⁷

So erklärt sich der auffälligste Aspekt der Autorenviefalt in der Zeitschrift: In der Tradition der konservativ-revolutionären Parlamentarismus- und Liberalismusfeindschaft argumentierende und mit der Zeit extremistisch auftretende Autoren wie Mohler und Sander oder der prinzipielle Gegner des „One Man-One Vote-Wahns“ Erik von Kuehnelt-Leddihn veröffentlichten neben einer Vielzahl von Angehörigen des rechten

102 Criticón 75 (1983), S. 3.

103 Criticón 100-101 (1987), S. 47.

104 Ebd., S. 54.

105 Gemeint ist Criticón 11 (1972).

106 Criticón 12 (1972), S. 164 ff.

107 Criticón 72-73 (1983), S. 139.

Unionsflügels. Autoren wie Klaus Hornung zeigten allerdings auch deutlich, wo die Verbindungsstellen zwischen beiden Seiten lagen. Wer den Untergang Europas und Deutschlands durch Masseneinfall von Armenhorden aus der Dritten Welt an die Wand malte und nicht lange nach den pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda von den Taten „kleiner, vor allem jugendlicher Gangs“ sprach, die noch keinen „Halteanker“¹⁰⁸ gefunden hätten, der mußte bei aller Sorge um die demokratische Grundordnung wissen, daß er der extremen Rechten damit Handreichungen lieferte.

Schrenck-Notzing selbst stand in dieser Hinsicht gewissermaßen zwischen den Fronten. Wie viele Vertreter politischer Randgruppen neigte er dazu, die Marginalisierung der eigenen Strömung vor allem auf fremdes Wirken zurückzuführen. Als primäre Wurzel des Problems vermutete er nicht den eigenen Mangel an vorzeigbarem Personal, die organisatorische Zersplitterung oder die erfolgreichere Ansprache des eigenen Potentials durch andere Akteure. Erst recht kam nicht der Gedanke auf, man vertrete womöglich schlicht Positionen, die wirklich nur marginal seien und in der Gesellschaft keinen breiteren Rückhalt fänden. Statt dessen waren immer „die anderen“ schuld – die Medien, der Staat oder der politische Gegner. Man gerierte sich als Bauchredner der Nichtwähler, die eigentlich nur darauf warteten, die eigene Alternative zu den Etablierten zu wählen, wenn sie nicht manipuliert und desinformiert würden. Von der Anti-Parteienstaats- und Anti-Medienkartelle-Rhetorik Schrenck-Notzings – die den Staat von wuchernden Parteien usurpiert und deformiert, die Volksmeinung systematisch von Medienkartellen gesteuert wähnte, einen „neuen Absolutismus“ unterstellte und gar einen „neuen Totalitarismus“ heranziehen sah – war es nicht weit zur Anti-Systemrhetorik, die das Problem nicht mehr in einer Deformation, sondern im demokratischen Staat selbst erkannte. In ihrer das politische System delegitimierenden Wirkung glichen sie sich beide ohnehin. Für Schrenck-Notzings bereits in seinem Buch „Charakterwäsche“¹⁰⁹ artikulierte und in *Criticón* immer wieder erneuerte Ablehnung der als Wurzel allen Übels verstandenen „re-education“-Politik der Alliierten galt dies ebenso. Die aggressive Kritik an diesen – erstmals breitere Akzeptanz für die Demokratie in Deutschland schaffenden – Maßnahmen bot direkten Anschluß an rechtsextreme Vorstellungen, nach denen die westlichen Demokratien den Deutschen im Grunde wesensmäßig fremd, Grundgesetz und Bundesrepublik lediglich oktroyierte, illegitime Konstruktionen seien.

Die Darstellung der Autoren ließe sich beliebig um weitere – weniger häufig auftretende – Personen erweitern. Die demokratische Seite in *Criticón* wurde u.a. durch Namen wie Enno von Loewenstern, Alexander Gauland, Gerhard Löwenthal, Hans Graf Huyn oder Günter Rohrmoser repräsentiert. Zugleich veröffentlichten auch Nationalrevolutionäre wie Henning Eichberg (Anfang der 1970er Jahre) und Wolfgang Strauß

108 *Criticón* 137 (1993), S. 125.

109 Caspar Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart 1965.

(Mitte der 1970er bis Ende der 1980er Jahre) eine Reihe von Beiträgen. Alain de Benoist, Günter Maschke, Andreas Molau und Reinhold Oberlercher brachten wenige, zum Teil nur einzelne Artikel in Criticón unter. Letztere gehören zur mehr als 600 Personen umfassenden Gruppe derjenigen Autoren, die insgesamt weniger als fünf größere Beiträge in Criticón veröffentlichten und somit durchaus den „nicht-linken Pluralismus“ der Zeitschrift erweiterten, aber kaum ihre Linie bestimmten. Darunter fallen selbst besonders ausgefallene Erscheinungen wie die „Anarchokapitalisten“ André F. Lichtschlag und Guido Hülsmann. Der ausgewiesene „Libertarian“ Andreas K. Winterberger veröffentlichte von 1979 an immerhin 21 größere Beiträge in Criticón und zählte damit zu den wichtigeren Autoren.

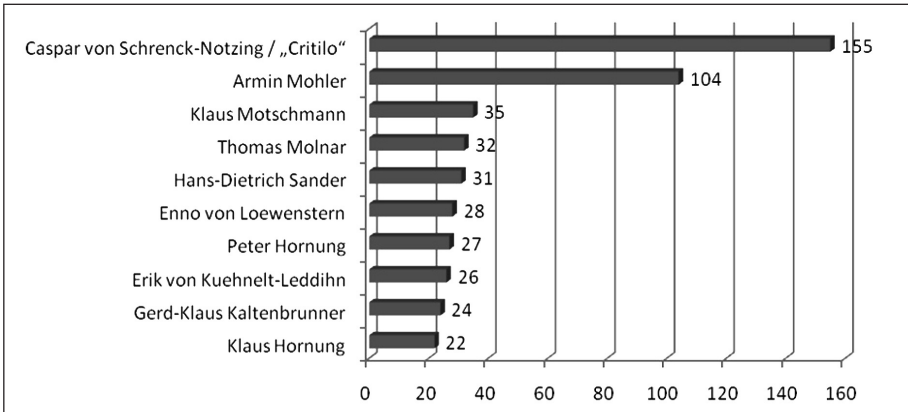
Vor diesem Hintergrund wird klar, warum der Versuch der politischen Einstufung der Zeitschrift immer wieder zu derart verschiedenen Ergebnissen geführt hat. Wer Criticón als rechtskonservatives Blatt interpretieren mochte, fand dafür genug Belege. Ebenso wurde fündig, wer die Zeitschrift als Heimstatt rechtsextremer Autoren verstand. Criticón war den Großteil der Zeit weder ein rein demokratisches noch ein rein rechtsextremes Blatt, sondern stand dazwischen. Armin Pfahl-Traughber hat mit seinem Konzept des „Brückenspektrums“ versucht, derartige Erscheinungen begrifflich zu fassen. Das rechte „Brückenspektrum“ in der Bundesrepublik entstand durch „das Phänomen einer Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischem Konservatismus und extremistischer Rechter“¹¹⁰ und wird weniger durch politische Organisationen als durch Orte politischer Begegnung und Kooperation von Vertretern dieser beiden Lager repräsentiert. Criticón nennt Pfahl-Traughber beispielhaft.¹¹¹

Auf der Basis einer Auswertung sämtlicher Nummern der Zeitschrift mit Blick auf die Zahl der von den jeweiligen Autoren verfaßten größeren Beiträge lassen sich Aussagen darüber machen, in welchem Maße antidemokratische und demokratische Autoren die Linie Criticóns jeweils bestimmt haben. Einbezogen wurden Artikel, die in den Bereichen „Aufsätze“ und „Kolumnen“ oder zuvor im thematischen Bereich erschienen. Für den Zeitraum von 1970 bis 1989 – die Zeit der alten Bundesrepublik – prägte die folgende „Spitzengruppe“ der Autoren das Profil von Criticón:

110 Armin Pfahl-Traughber, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schröder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsstand, Opladen 1994, S. 169.

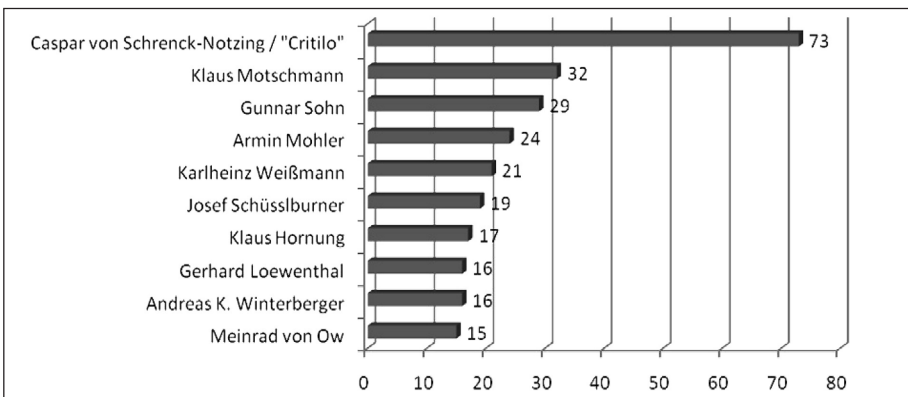
111 Ebd., S. 163.

Abb. 1: *Criticón*-Autoren 1970-1989



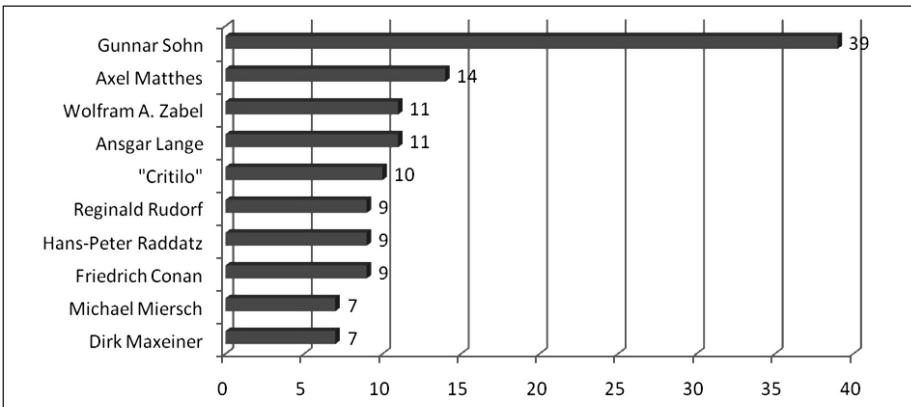
Caspar Schrenck-Notzing war – wenig überraschend – der zentrale Autor der Zeitschrift. An zweiter Stelle steht Armin Mohler, der *Criticón* lange Zeit als primären Publikationsort nutzte. Erst mit erheblichem Abstand folgen Klaus Motschmann oder der ehemalige „Welt“-Chefredakteur Enno von Loewenstern, ebenso Hans-Dietrich Sander und Erik von Kuehnelt-Leddihn. Vor allem in dieser Zeit stellten Antidemokraten einen bedeutenden Anteil der Autorenschaft von *Criticón*. Im Laufe der 1980er Jahre zeichnete sich eine Veränderung ab: Hans-Dietrich Sander schied 1982 aus, viele der sich nur sporadisch äussernden Rechtsextremisten verschwanden nach und nach. Teilt man die Autoren der Zeitschrift in grobe Richtungen ein und schätzt ihre Stärkenverhältnisse, so erscheint die der CDU und der CSU nahestehende Gruppe als die größte, direkt gefolgt von den Anhängern der „Konservativen Revolution“. Eine geringere Rolle spielen Varianten der sich ultraliberal gebärdenden Demokratieskepsis bis Demokratiefeindlichkeit.

Abb. 2: *Criticón*-Autoren 1990-1999 (erste Jahreshälfte)



Im ersten Jahrzehnt nach 1990 ändert sich das Bild ein wenig. Die zentrale Rolle von Caspar Schrenck-Notzing blieb unverändert. Armin Mohler verlor jedoch deutlich an Einfluß. Statt dessen erlangten mit Gunnar Sohn und Andreas K. Winterberger „libertäre“, demokratieskeptisch bis „anarchokapitalistisch“ ausgerichtete Autoren größeren Stellenwert. Die Gruppe der Anhänger der „Konservativen Revolution“ ist neben Mohler nun durch Karlheinz Weißmann vertreten. Weißmann repräsentiert eine gegenüber Mohler deutlich gemäßigte Variante dieser Strömung, bezieht sich jedoch ebenfalls auf den Antidemokraten Moeller van den Bruck.¹¹² Erik von Kuehnelt-Leddihn folgt mit 14 größeren Beiträgen direkt auf Meinrad von Ow. Er stellte 1995 als 86-jähriger die Veröffentlichungen ein. Als er 1999 starb, wurde er in einem Nachruf als einer der „wichtigsten Intellektuellen einer Demokratiekritik aus liberalem Geiste“ gewürdigt.¹¹³ Insgesamt war die der CDU und der CSU nahestehende Gruppe die stärkste. Die Gruppen der Anhänger der Konservativen Revolution und der „Libertären“ lassen sich auf etwa gleiche Stärke schätzen. Der Rang antidemokratischer Positionen ging insgesamt eher zurück.

Abb. 3: Criticón-Autoren 1999 (zweite Jahreshälfte)-2005



In der Zeit nach dem Wechsel der Herausgeberschaft trat ein deutlicher Wandel ein. Gunnar Sohn übernahm in dieser Zeit die Rolle Schrenck-Notzings, der nur gelegentlich seine Rubrik „Critilos Reisen“ veröffentlichte. Sonst blieb vom „alten“ Autorenstamm wenig erhalten – lediglich Klaus Motschmann folgte mit sechs Beiträgen direkt nach dem Ökologiekritiker Dirk Maxeiner. Die in der Tradition der „Konservativen Revolution“ stehenden Autoren verschwanden praktisch vollkommen aus der Zeitschrift. Dieser Wandel zeigte sich nicht zuletzt im Verhältnis zur Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Galten JF und Criticón in der Zeit Schrenck-Notzings gewissermaßen als

¹¹² Vgl. dazu und zu Weißmann allgemein: Pfahl-Traugher (FN 5), S. 173-179.

¹¹³ Criticón 161 (1999), S. 42.

politische „Geschwister“, so änderte sich dies in der Zeit Sohns radikal. Die zitierte Polemik Ansgar Langes gegen die „Junge Freiheit“ und ihr Umfeld war deutlich genug. Dieter Stein erklärte 2005, die neuen Herausgeber hätten Criticón „in den letzten Jahren systematisch politisch entkernt“ und „heruntergewirtschaftet zu einem skurrilen Mitteilungsblatt für PR-Leute mit Spezialbereich Abfallwirtschaft“!¹¹⁴ Die Gründung der Zeitschrift „Sezession“ wurde in der JF mit der durch die Wandlung Criticóns entstandenen „Lücke“ begründet.¹¹⁵ Im Zuge dieser Entwicklung verlor Criticón seinen Charakter als Organ des „Brückenspektrums“ zwischen demokratischen Konservatismus und Rechtsextremismus.

3. Literatur

Die Zeitschrift hat aufgrund ihrer besonderen Stellung im politischen Spektrum zumindest einige Aufmerksamkeit erfahren. Die VVN-BdA-Aktivistin Margret Feit beschrieb Criticón als eine die „verschiedenen Strömungen des Konservatismus und – in zunehmendem Maße – die Neue Rechte zusammenführende und zur Diskussion und Zusammenarbeit anregende Zeitschrift“. Als Beleg für deren Relevanz für die „Neue Rechte“ betont sie Armin Mohler, führte aber auch einige Autoren an, die lediglich einzelne Beiträge verfaßt haben.¹¹⁶ Die Journalisten Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz sagten Criticón eine rechte Stichwortgeberfunktion im Bereich der „nationalen Identität“ und der „Vergangenheitsbewältigung“ nach.¹¹⁷ Anton Maegerle, ebenfalls Journalist, interpretierte Criticón als „Junge Freiheit“ im Zeitschriftenformat und als „rechtsintellektuelles Strategieorgan“. Er legte großes Gewicht auf die organisatorische und publizistische Vernetzung der Autoren der Zeitschrift, etwa mit der „Jungen Freiheit“.¹¹⁸ Der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traugher behandelte Criticón in seinen bereits erwähnten Arbeiten als Organ des „Brückenspektrums“.¹¹⁹ Das von Jens Mecklenburg 1996 herausgegebene „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“ widmete der Zeitschrift einen kurzen Artikel. Der „Antiliberalismus“ wurde dabei zur ideologischen Basis erklärt, was in dieser pauschalen Form nicht zutrifft.¹²⁰

¹¹⁴ Dieter Stein, Jedem Ende wohnt ein Zauber inne, in: Junge Freiheit vom 28. Oktober 2005. „Abfallwirtschaft“ bezieht sich u.a. auf die zahlreichen kritischen Beiträge, die die Zeitschrift über den „Grünen Punkt Deutschland“ veröffentlichte. Sohn hatte dort zuvor als Pressesprecher gearbeitet.

¹¹⁵ Matthias Seegrün, Tagespolitik links liegenlassen, in: Junge Freiheit vom 2. Juli 2004.

¹¹⁶ Margret Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt a.M./New York 1987, S. 62-69, hier S. 66.

¹¹⁷ Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990, S. 60 f.

¹¹⁸ Anton Maegerle, Criticón – die Junge Freiheit im Zeitschriftenformat, in: Helmut Kellershohn (Hrsg.), Das Plagiat: Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S. 117-131.

¹¹⁹ Siehe Pfahl-Traugher (FN 5; FN 110).

¹²⁰ Jens Bauerschmidt u.a., Criticón, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 401.

In seiner 2001 veröffentlichten Dissertation arbeitete der Kommunikationswissenschaftler Friedemann Schmidt das „Wechselspiel zwischen dem neu-rechten Projekt und den Entwicklungen der Mehrheitsgesellschaft“ in der Berliner Republik heraus. Als Grundlage diente ihm die „Untersuchung der neu-rechten Strategiedebatte in der Münchner Zeitschrift Criticón zu Beginn der 90er Jahre“.¹²¹ Die Arbeit leidet unter der politischen Engagiertheit des Autors, der nicht immer treffsicher argumentiert – so weist er die bereits von Pfahl-Traugher für die 1990er Jahre diagnostizierte Abnahme eindeutig rechtsextremer Positionen in Criticón mit der Begründung zurück, von einer ideologischen Mäßigung könne keine Rede sein, da etwa Gunnar Sohns Beiträge „eine scharf neoliberale Ausrichtung aufweisen und diese mit heftigen Attacks auf den politischen Gegner, etwa die Grünen und die Ökologiebewegung, verbinden“.¹²² Eine 2003 vom nordrhein-westfälischen Innenministerium herausgegebene Studie des Politikwissenschaftlers Thomas Pfeiffer stufte Criticón als von der „Neuen Rechten“ beeinflusstes Periodikum ein. Die Zeitschrift könnte „neurechte“ Ideologeme „in den wertkonservativen Diskurs transportieren“ und dazu beitragen, die „normativen Koordinaten dieses Spektrums zu verschieben“.¹²³ Eine erst 2005 erschienene Broschüre des SPD-Parteivorstands nannte Criticón in einem Atemzug mit der „Jungen Freiheit“ und empfahl, beiden Publikationen keinesfalls Interviews zu geben. Der in dreißig Jahren aufgebaute Ruf der Zeitschrift wirkte offensichtlich noch nach. Das Ende von Criticón und der Start der „Neuen Nachricht“ folgten bald nach dieser Veröffentlichung und standen damit vermutlich in direktem Zusammenhang.¹²⁴

121 Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001, S. 16.

122 Ebd., S. 324.

123 Thomas Pfeiffer, Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf 2003, S. 106.

124 SPD-Parteivorstand, Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts, Berlin 2005, S. 10.

Literatur

Literaturbericht:

Revolution gegen den Kommunismus – das Krisenjahr 1956

Von Ilko-Sascha Kowalczyk

- Krisenjahr 1956**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17-18/2006, 24. April 2006 (*Bundeszentrale für politische Bildung Bonn*), 38 S.
- Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006**, Berlin 2006 (*Aufbau-Verlag*), 480 S.
- Nicolas Werth**, Die Insel der Kannibalen. Stalins vergessener Gulag, Aus dem Französischen von Enrico Heine-mann und Norbert Juraschitz, München 2006 (*Siedler Verlag*), 221 S.
- Stefan Plaggenborg**, Experiment Moderne. Der sowjetische Weg, Frankfurt a.M./New York 2006 (*Campus Ver-lag*), 401 S.
- Carole Fink/Frank Hadler/Tomasz Schramm** (Hrsg.), 1956. European and Global Perspectives, Leipzig 2006 (*Leipziger Universitätsverlag*), 354 S.
- Paul Lendvai**, Der Ungarnaufstand 1956. Die Revolution und ihre Folgen, München 2006 (*C. Bertelsmann*), 318 S.
- Charles Gati**, Failed Illusions. Moscow, Washington, Budapest, and the 1956 Hungarian Revolt, Washington/Stanford 2006 (*Woodrow Wilson Center Press & Stanford University Press*), XV + 264 S.
- György Dalos**, 1956. Der Aufstand in Ungarn, München 2006 (*Verlag C. H. Beck*), 246 S.
- Victor Sebestyen**, Twelve Days. Revolution 1956. How the Hungarians Tried to Topple their Soviet Masters, London 2006 (*Weidenfeld & Nicolson*), XXVII + 340 S.
- Bob Dent**, Budapest 1956. Locations of Drama, Budapest 2006 (*Európa Könyvkiadó*), 431 S.
- Erich Lessing**, Budapest 1956. Die ungarische Revolution, Wien 2006 (*Brandstätter Verlag*), 249 S.
- Katalin Jalsovszky**, Versteckt, beschlagnahmt, als Beweismaterial beigelegt. Bilder der ungarischen Revolution 1956, Budapest/Berlin 2006 (*Ungarisches Nationalmuseum & Collegium Hungaricum*), 74 S.
- Thomas von Ahn/Holger Fischer**, Die ungarische Revolution 1956, Erfurt 2006 (*Landeszentrale für politische Bildung & Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*), 76 S.
- Rüdiger Kipke** (Hrsg.), Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 211 S.
- Peter Eppel/Béla Rásky/Werner Michael Schwarz** (Hrsg.), Flucht nach Wien. Ungarn 1956, Wien 2006 (*Czer-nin Verlag*), 88 S.
- Ibolya Murber/Zoltán Fónagy** (Hrsg.), Die ungarische Revolution und Österreich 1956, Wien 2006 (*Czernin Verlag*), 544 S.
- George Zabratzky** (Hrsg.), Flucht in die Schweiz. Ungarische Flüchtlinge in der Schweiz, Zürich 2006 (*orell füssli Verlag*), 206 S.
- János Paál**, Von Kobolden gejagt. Vierzig ungarische Jahre, 1916-1956, Norderstedt 2006 (*Books on Demand*), 147 S.
- János M. Rainer**, Imre Nagy. Vom Parteisoldaten zum Märtyrer des ungarischen Volksaufstandes. Eine politische Biographie 1896-1958, Paderborn u.a. 2006 (*Schöningh Verlag*), 282 S.
- Roger Gough**, A Good Comrade. János Kádár, Communism and Hungary, London/New York 2006 (*I. B. Tauris & Co*), XII + 323 S.
- Árpád von Klimó**, Ungarn seit 1945, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 256 S.
- Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte**, hrsg. von Peter Fischer u.a., Osnabrück 2006 (*fibre Verlag*), 304 S.
- Karl Eimermacher/Astrid Volpert unter Mitarbeit von Gennadij Bordjugow** (Hrsg.), Tauwetter, Eiszeit und gelenkte Dialoge. Russen und Deutsche nach 1945, München 2006 (*Wilhelm Fink Verlag*), 1306 S.
- Guntolf Herzberg**, Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 728 S.
- Siegfried Prokop**, 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006 (*Kai Homilius Verlag*), 378 S.

- Siegfried Prokop** (Hrsg.), Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006 (*Kai Homilius Verlag*), 385 S.
- Werner Fritsch/Werner Nöckel**, Vergebliche Hoffnung auf einen politischen Frühling. Opposition und Repression an der Universität Jena 1956-1968. Eine Dokumentation, Berlin 2006 (*Verlag Jena 1800*), 432 S.
- Dietrich Garstka**, Das schweigende Klassenzimmer. Eine wahre Geschichte über Mut, Zusammenhalt und den Kalten Krieg, Berlin 2006 (*Ullstein*), 256 S.
- Sándor Fekete**, Eine sträfliche Satire, Budapest/Wien 2006 (*Kortina*), 204 S.
- István Kerékgyártó**, Engelsfürz, Budapest/Wien 2006 (*Kortina*), 323 S.
- István Eörsi**, Im geschlossenen Raum, Frankfurt a.M. 2006 (*Suhrkamp Verlag*), 322 S.
- Joseph Pozsgai**, Der Preis der Wende. Gorbatschows Masterplan für den Systemwechsel, München 2006 (*Olzog Verlag*), 246 S.
- Helmut Altrichter** (Hrsg.), GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), XXII + 326 S.

1. Einleitende Bemerkungen

Der ehemalige Staatspräsident Ungarns, Árpád Göncz, selbst ein 56er-Akteur, mahnte: „Jeder hat das Recht, 1956 zu interpretieren. Aber keiner hat das Recht, sich 1956 einzuverleiben.“¹ Im Herbst 2006 zeigte sich in Budapest, was abstrakt als die „Aktualität von Geschichte“ bezeichnet wird. Regierung und Regierungsgegner instrumentalisierten die ungarische Revolution von 1956 für ihre politischen Zwecke. Die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag blieben davon nicht verschont, unversöhnlich standen sich die Lager gegenüber. Ungarn 2006 ist ein Beispiel dafür, daß über die Beseitigung des Staatskommunismus hinaus die Ideen von Freiheit und Demokratie, die 1956 im Zentrum der Ereignisse standen, noch nicht hinreichend Fuß fassen konnten. Das gilt nicht nur für Ungarn, sondern für die meisten postkommunistischen Staaten. Die Aufarbeitung der Vergangenheit steckt in den Anfängen fest. Links- und rechtsextreme Positionen erweisen sich nicht selten als fest verwurzelte Bestandteile der politischen Kultur. In vielen Staaten erleben wir einen nachholenden Prozeß der *nation building*, der Irritationen und Abwehrreflexe im Westen hervorruft.

„1956“ steht in der historischen Erinnerung als Chiffre für das geteilte Europa, für europäische Freiheitsbewegungen, für kommunistische Entstalinisierungsversuche und nicht zuletzt für antikoloniale Freiheitsbewegungen.² Es wundert daher nicht, daß die Literatur zu „1956“ selbst für Fachleute kaum noch zu überschauen ist. 2006 ist diese Literatur erneut angewachsen. Der folgende Überblick konzentriert sich auf die Vorgänge im Ostblock und nimmt die ungarische Revolution besonders in den Blick.

1 Zitiert nach Walter Mayr, Eine Wand aus Hass, in: Der Spiegel 40 (2006), S. 126.

2 Vgl. Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hrsg.), Das Internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999.

2. „1956“ im 20. Jahrhundert

Eric Hobsbawm hat die Ereignisse von 1956 pointiert zusammengefaßt: „die Oktoberrevolution schuf eine weltkommunistische Bewegung, der XX. Parteitag zerstörte sie.“³ Die „kommunistische Weltbewegung“ erhielt sichtbare Risse. Die Ereignisse in Polen und Ungarn wenige Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU haben nicht nur die Machtbereiche dort erschüttert, wo Kommunisten die Macht ausübten, sondern auch „die Krisen innerhalb der Kommunistischen Parteien“ verschärft, „die in ihren Ländern nicht in der Regierung saßen“.⁴

Die Autoren neuerer Überblicksdarstellungen sind sich ebenso darin einig wie sie Synthesen aus den letzten Jahren und Jahrzehnten in der These bestätigen, daß dem Jahr 1956 eine Schlüsselbedeutung in der Geschichte des Kalten Krieges, des Kommunismus und – allerdings abgeschwächt – des antikolonialen Befreiungskampfes zufällt. Bernd Stöver weist darauf hin, daß die Aufstände von 1953 und 1956 in machtpolitischer Perspektive ähnliche Vorgeschichten aufwiesen.⁵ John Lewis Gaddis wiederum zeigt den engen Zusammenhang zwischen Moskauer Macht- und Unterdrückungspolitik und Maos staatsterroristischem „Großem Sprung nach vorn“ auf.⁶ Gerhard Besier skizziert zudem knapp die Auswirkungen des XX. Parteitages und der Aufstände auf oft in diesem Zusammenhang wenig beachtete Staaten wie Rumänien, Bulgarien und Albanien.⁷ Auch der italienische Althistoriker Luciano Canfora sieht in „1956“ ein Schlüsseljahr. Er sieht einen „Niedergang der ‚Volksdemokratien‘“⁸, klärt seine Leserschaft allerdings nicht darüber auf, vor welchem historischen Hintergrund er den „Niedergang“ konstatiert. Vielmehr suggeriert er, „Massaker an Kommunisten und die Lynchjustiz“⁹ hätten in Ungarn den Sowjets keine andere Möglichkeit gelassen, als militärisch einzugreifen. Aber nicht etwa Moskaus Politik oder die gesellschaftliche Verhältnisse im Ostblock waren für Canfora aufstandsauslösend. Vielmehr sei die Befreiungspolitik der USA, die permanent via „Radio Free Europe“ „hämmernd“ verkündet worden sei, verantwortlich zu machen. „Die Politik des ‚Roll back‘ war in diesem Fall zynisch, wenn nicht kriminell.“ Zugleich habe diese Politik „Früchte getragen, die alle

3 Eric Hobsbawm, *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert*, München/Wien 2003, S. 234.

4 Ebd., S. 237.

5 Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007, S. 123.

6 Vgl. John Lewis Gaddis, *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007, S. 139-142.

7 Vgl. Gerhard Besier, *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*. München 2006, S. 431, S. 442 f., S. 482-486, S. 504-510, S. 583 f., S. 616-618, S. 630-632.

8 Luciano Canfora, *Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union*, Köln 2006, S. 295. Vgl. dazu Jörg Baberowski, *Stalinismus als Demokratie? Anmerkungen zu Luciano Canfora*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32 (2006), S. 385-397; sowie Luciano Canfora, *Auge des Zeus. Deutsche Geschichtsschreibung zwischen Dummheit und Demagogie. Antwort an meine Kritiker*, Hamburg 2006.

9 Ebd., S. 297.

Erwartungen übertrafen.“¹⁰ Canfora geht nicht nur „großzügig“ mit historischen Fakten um, der Althistoriker scheint auch nicht der neueren Forschungsliteratur zum Kalten Krieg und zur Außenpolitik der USA unvoreingenommen gegenüberzustehen. Stöver und Gaddis etwa, den seit langem gesicherten Forschungsstand aufgreifend, betonen wie Tony Judt, daß die Befreiungspolitik der US-Regierung nach dem „17. Juni 1953“ sich in Rhetorik erschöpfte, praktisch aber auf „Nichteinmischung“¹¹ beruhte. Auch wenn der CIA mit bescheidenen materiellen Mitteln den Aufstand in Ungarn unterstützt haben soll¹², so sind die durch die US-amerikanische Befreiungsrhetorik geweckten Erwartungen nicht einmal ansatzweise erfüllt worden. In seiner beeindruckenden Geschichte der Außenpolitik der USA zeigt Klaus Schwabe, daß die „Roll back-Politik“ der USA sich zwar im kommunistischen Teil Europas auf politische Mittel und die ausgewählte „finanzielle Förderung oppositioneller Untergrundgruppen, ohne Gewaltakte auszulösen“¹³, beschränkte. Zugleich aber gab es „erfolgreiche“ Unternehmungen, den Kommunismus „zurückzurollen“. Als zwei der bekanntesten Beispiele führt Schwabe den Iran und Guatemala an.¹⁴

Ungeachtet dieser außenpolitischen Aspekte blieb der XX. Parteitag mit seinen Eingeständnissen der zentrale Ausgangspunkt für die offene Krise im Moskauer Machtbereich. Ähnlich wie 1953 brachen die Aufstände in jenem Moment los, in dem die Kommunisten begangene Fehler – bei Chruschtschow verübte Verbrechen – eingestanden. „Eine Tatsache an sich ist für Millionen keine Tatsache. Sie wird es erst dadurch, daß man sie offiziell ausspricht.“¹⁵ Im weitesten Sinne hat Chruschtschows Geheimrede 1956 genau diese Wirkung erzielt – sowie 1953 die Verkündung des Neuen Kurses. Eine augenblickliche Schwäche des Regimes, verbunden mit einem Machtvakuum, ließ die Gesellschaften aus ihrem Zwangsschlaf erwachen und zum handelnden Subjekt werden. Selbst die mehrtägigen Unruhen Anfang März 1956 in Georgien, mit Hunderten Toten allein in Tiflis, entstanden in einer solchen Situation. Die georgische Führung war zwischen Nationalstolz und Parteigehorsam gegenüber Moskau hin und her gerissen, erwies sich als nicht handlungsfähig und konnte den Aufstand *für* Stalin zunächst nicht unterbinden.¹⁶

10 Canfora (FN 8), S. 296 und 298.

11 Tony Judt, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München/Wien 2006, S. 356.

12 Stöver (FN 5), S. 126 f.; ders., Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991, Köln u.a. 2002, S. 517-519 und S. 775 (die angeführten Belege dafür sind aber unbefriedigend).

13 Klaus Schwabe, Weltmacht und Weltpolitik. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte, 2. Aufl., Paderborn u.a. 2007, S. 246.

14 Vgl. ebd., S. 246-253.

15 Alexander Weißberg-Cybulski, Im Verhör. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet, Wien 1993, S. 155.

16 Vgl. Vladimir A. Kozlov, Mass Uprisings in the USSR. Protest and Rebellion in the Post-Stalin Years, Armon u.a. 2002, S. 112-135.

„Der bedeutsamsten Rede des Kommunismus“, wie Wolfgang Leonhard Chruschtschows Geheimrede in einem persönlich gehaltenen Beitrag innerhalb der Themenausgabe *Krisenjahr 1956* charakterisierte, war eine Entwicklung seit Stalins Tod 1953 vorausgegangen, die für Leonhard die Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU schon damals nicht so überraschend erscheinen ließ. Das „Tauwetter“¹⁷ begann nicht erst 1956, sondern, so Leonhard in einem Gespräch mit Ralph Giordano im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2006¹⁸, bereits 1953.¹⁹

In den letzten Jahren hat die Forschung rekonstruieren können, wie es zu dieser Geheimrede kam. Auch wenn Chruschtschows innerparteiliche Gegenspieler anfangs versuchten, eine Debatte über Stalin zu unterbinden, so beugten sie sich doch letztlich kurz vor Beginn des Parteitages dem Willen des Lagers um Chruschtschow. Allen war die Bedeutung dieser Einlassungen von vornherein bewußt und alle wußten, daß sie sich als Gefährten Stalins vielen unangenehmen Fragen aussetzen würden. Sie waren alle unmittelbar an den Massenverbrechen beteiligt gewesen. Der Kommissionsbericht von Anfang Februar 1956, der der Chruschtschow-Rede zugrunde lag, war genauer und weitreichender als die Ausführungen, die der Parteichef tatsächlich vortrug. Stalin wurde zwar als einer der größten Verbrecher aller Zeiten hingestellt, aber zugleich nahm Chruschtschow alle lebenden Personen von einer Kritik aus, und er sprach auch nur über die kommunistischen Opfer, d.h. über eine Minderheit. Im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2006 legt Michail Prozumenschikow drei Dokumente vor, die erstmals auf Deutsch verfügbar sind (Ereignisse die die kommunistische Welt erschütterten. Zum 50. Jahrestag des XX. Parteitages der KPdSU, S. 49-65). Sie spiegeln die innere Zerrissenheit der KP-Führung, einerseits die Gruppe um Chruschtschow, die durch eine gelenkte Offenheit ihre Macht stabilisieren wollte, andererseits die Gruppe um Molotow, die durch die Anprangerung Stalins befürchtete, die Macht könnte dauerhaft verloren gehen. Daß beide Gruppen ähnliche Befürchtungen hegten, nur unterschiedliche Handlungsoptionen wählten, zeigen exemplarisch Zitate vom 9. Februar 1956, als Mitglieder des Präsidium des ZK der KPdSU – Chruschtschow-Anhänger – etwa meinten: „Jetzt darf das ZK nicht schweigen, sonst überläßt man der Straße das Sprechen“ (S. 63). Oder: „Die Wahrheit sagen, sagen, daß die Partei nicht so ist, daß Millionen geschleift werden mußten, daß unser Staat nicht so ist, daß Hunderttausende auf das Schafott geschickt werden mußten“ (S. 63). Und: „Wir wollten einen Gott schaffen, und ein Teufel kam heraus“ (S. 62). Die Dokumente belegen auch, daß offenbar bis zuletzt unklar blieb, wer das Referat in welchem Rahmen vortragen würde (S. 63). Prozumenschikow weist

17 Der Begriff „Tauwetter“ geht auf den gleichnamigen Roman von Ilja Ehrenburg zurück, der 1954/55 in Fortsetzungen erschien.

18 Das von Ulrich Mähler moderierte Gespräch ist auf der DVD „Die SED, ihr MfS und das Krisenjahr 1956. Dokumentation einer Veranstaltung“, Berlin 2006, hrsg. von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 120 Minuten, dokumentiert, auch der einleitende Vortrag des Autors sowie Beiträge von Hans Ottomeyer, Rainer Eppelmann und Marianne Birthler.

19 Vgl. dazu früh Wolfgang Leonhard, *Kreml ohne Stalin*, Köln 1959.

darauf hin, daß am Geheimreferat bis unmittelbar vor der Verlesung gearbeitet und immer wieder Veränderungen vorgenommen worden seien (S. 52 f.)

Die Wirkungsgeschichte dieser Rede kann kaum hoch genug veranschlagt werden. Prozumenschikow geht darauf ein und zeigt zugleich, daß sich die sowjetische Führung dessen vorher bewußt war und dementsprechend mit ganz verschiedenen Strategien die Rezeption beeinflussen wollte, was ihr letztlich nicht gelang. Innerhalb der Sowjetunion und den Kommunistischen Parteien ist sie in unterschiedlichen Varianten bekannt gegeben worden, westliche KP-Funktionäre konnten sie teilweise in sowjetischen Botschaften lesen. Die Geheimrede blieb nur wenige Tage geheim, am 16. März ist sie erstmals in New York teilweise und am 20. März in Jugoslawien komplett veröffentlicht worden. Die Nachrichtenagenturen auf der gesamten Welt verbreiteten die Sensationsmeldung. Am 4. Juni 1956 ist sie dann komplett in New York publiziert worden, Chruschtschow selbst sprach am 20. März 1956 auf dem Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Dort behauptete er sogar, ohne Stalin hätte es eventuell keinen Krieg mit Deutschland gegeben. Chruschtschow sagte auch: „Stalin war ein Revolutionär, aber er hatte eine Verfolgungsmanie, eine Spionenmanie, und in dieser Sache machte er vor nichts halt, er hat sogar seine Verwandten erschossen“ (S. 65). Nur ein Jahr später wird sich Chruschtschow in einem Interview als „begeisterter Stalinist“ bezeichnen – er blieb so halbherzig wie seine berühmte Rede selbst.²⁰ Stalins einbalsamierter Leichnam ist erst 1961 aus dem Moskauer Mausoleum entfernt worden, auch die meisten Stalin-Denkmäler sind erst in Folge des XXII. Parteitages der KPdSU geschleift worden.

Die „Enthüllungen“ Chruschtschows haben die Kommunistischen Parteien in schweren Krisen gestürzt – die Bevölkerung im Ostblock ist davon insgesamt aber weit weniger überrascht worden als immer unterstellt wird. Ihr gesammeltes Erfahrungswissen stand einem gesellschaftlichen breiten Schock entgegen. Millionen Menschen waren seit Ende der zwanziger Jahre zunächst in der UdSSR, ab Mitte der vierziger Jahre in vielen weiteren Staaten Osteuropas vom kommunistischen Terror direkt betroffen. Der französische Historiker Nicolas Werth hat in seinem Buch *Die Insel der Kannibalen* exemplarisch die Brutalität, den Massenterror und die historischen Hintergründe der kommunistischen Politik Anfang der dreißiger Jahre analysiert und meisterlich erzählt. Vor dem Hintergrund der Massendeportationen von sogenannten Kulaken 1930 bis 1933 zeigt er die konkreten Umstände, wie Millionen Bauern, sozial deklassierte und politisch ungenehme Menschen in den Fernen Osten der UdSSR verfrachtet wurden. Im Mittelpunkt stehen dabei die staatliche Willkür einerseits und die Unorganisiertheit der staatlichen Maßnahmen andererseits. Die Kollektivierung der Landwirtschaft führte zu einer riesigen Hungersnot mit Millionen Toten, der Versuch, die großen Städte Rußlands „zu säubern“, wurde zugleich benutzt, um den unwirtlichen Osten des riesigen

20 Vgl. Jerzy Holzer, *Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem*, Frankfurt a.M. 1998; Martin Malia, *Vollstreckter Wahn. Rußland 1917-1991*, Stuttgart 1994; François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München/Zürich 1996.

Landes zu erschließen. Kinder und Hundertjährige waren vom Terror ebenso betroffen wie sich „aus Versehen“ kommunistische Funktionäre, denen nicht einmal die Geheimpolizei etwas anlasten konnte, kurzerhand in Sibirien wieder fanden und dort meist, sofern sie überhaupt an ihren Bestimmungsort gelangten, schnell verstarben. Werth geht ausführlich auf die wechselseitige Gewalt ein. Nicht nur Polizisten und Geheimpolizisten führten sich brutal und gewalttätig auf, auch viele Deportierte versuchten mit brutalen Mitteln ihr Überleben zu sichern. Mord und Totschlag gehörte zum Alltag, so wie es in völlig vergessenen Gegenden unter den Zwangsevakuierten auch zu Fällen barbarischer Mißhandlungen bis hin zu Formen von Kannibalismus kam. Werth veranschaulicht, daß das kommunistische Gesellschaftsprojekt, auf den Reißbrettern der Machthabenden entworfen, an der Peripherie über viele unkontrollierbare Räume verfügte. Das eindrucksvolle Buch zeigt zudem, warum Chruschtschows „Enthüllungen“ halbherzig blieben. Er sprach vor allem über die kommunistischen Opfer, so etwa ausführlich über Robert Eiche, einem Vertreter der ersten Bolschewiki-Generation, der 1940 erschossen wurde. Anhand von Eiche ging Chruschtschow stellvertretend auf die Folter ein. Er „vergaß“ allerdings zu erwähnen, daß Eiche für Zwangskollektivierung, „Entkulakisierung“ und Massendeportationen und demzufolge für millionenfaches Leid mitverantwortlich war (S. 42-45) – dafür ist er nicht hingerichtet worden.

Der Marburger Osteuropahistoriker Stefan Plaggenborg, der in seinem anregenden Buch *Experiment Moderne* die sowjetische Geschichte als realen Vollzug der Moderne analysiert, legt keine UdSSR-Geschichte vor, die einen schnellen Einblick oder Überblick verschafft. Vielmehr hat er eine problemorientierte Synthese unter der Fragestellung verfaßt, inwiefern die sowjetische Geschichte Ausdruck und Teil der Moderne sei. „Geschichte verfügt über eine Veto-Macht gegenüber dem Diskurs der imaginierten Moderne“ (S. 14). Plaggenborg kritisiert, daß die Moderne-Debatte zumeist jene historischen Potentiale ausklammert, die das, was gemeinhin als Moderne apostrophiert, zu zerstören in der Lage sind. Zugleich übt er Kritik daran, daß die meisten Soziologen ihre Modernetheorie-Diskussion an der Geschichte vorbei führen, während viele Historiker wiederum ihre historischen Befunde in theoretisch eher unbedarften Räumen belassen. Er versuche, Geschichte und Theorie zusammen zu denken. Dabei betritt er nicht nur theoretisches Neuland (er versucht, Bauman aufgreifend „zu überwinden“), sondern kommt auch in seiner empirischen Erklärung zu historischen Zusammenhängen, die in dieser Konsequenz neu sind. Gerade weil er das Gewaltprinzip im Kommunismus nicht als Gegenprinzip der Moderne analysiert, sondern als immanenten historischen Bestandteil (S. 122), überwindet dieser Ansatz eine romantisierende Moderne-Vorstellung, die eben nicht die Ambivalenzen betont, wie Bauman, sondern die prekären, aber zusammengehörigen Bestandteile der Moderne als historische Einheit begreift. Zwar kann auch Plaggenborg kein theoretisches Konzept für die Gewalt im Kommunismus/Stalinismus vorlegen. Aber er zeigt wiederum, daß die scheinbare Abkehr von der Massengewalt nach Stalins Tod 1953 ebenso willkürlichen Entscheidungen folgte wie die Gewaltanwendung. „Einen dokumentarischen Nachweis für die Gründe des Wandels gibt es nicht“ (S. 176). Gerade weil Gewalt in einem bislang kaum

gekannten Ausmaß Staat und Gesellschaft prägte, sieht Plaggenborg in ihr das Mittel der „Kommunikation“ (S. 337). „Ihr Charakter war also ein anderer als von der Soziologie gemeinhin beschrieben, das heißt als Zwangscharakter und als Mittel zur letzten Durchsetzung von Politik. Das war sie auch. Aber unter den Bedingungen der stalinistischen Wirklichkeit wuchs der Gewalt eine integrierende Rolle zu“ (S. 337). Das hört sich abstrakter an, als es gemeint ist. Weil Gewalt in allen gesellschaftlichen und staatlichen Beziehungen eine Rolle spielte, fällt dieser Interpretation eine Plausibilität zu, die jene Konzepte, die allein auf die Durchsetzung von Politik setzen, vermissen lassen. Denn sie können in der Regel nicht erklären, warum Gewalt auch bei Abwesenheit der sichtbaren Gewalt omnipräsent blieb. Stefan Plaggenborgs Buch, an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft und Soziologie entstanden, stellt nicht nur einen eindrucksvollen Beitrag zur Geschichte des Kommunismus, sondern darüber hinaus auch zur Debatte um die ewige Frage „Was ist die Moderne?“ dar.

Plaggenborg geht auch auf die Frage ein, warum die Moskauer Machthaber etwa 1956 in Ungarn einmarschierten. Sie wußten, daß die USA, anders als von Moskau immer wieder behauptet, Ungarn militärisch nicht zu Hilfe kommen würden. Aber es bestand die akute Gefahr, daß ein Ausscheren auch nur eines osteuropäischen Satellitenstaates das gesamte Imperium zum Einsturz bringen könnte (S. 278).

Der von Carole Fink, Frank Hadler und Tomasz Schramm herausgegebene Sammelband *1956. European and Global Perspectives* verdeutlicht diesen Zusammenhang ebenfalls. Zugleich zeigen die insgesamt 14 Beiträge in konzentrierter Form, wie einzelne Ereignisse kontinental und global vernetzt sind. Die Doppelkrise von 1956 hatte aber nicht nur einen gemeinsamen historischen Rahmen, zugleich erwiesen sich die realen Hintergründe der osteuropäischen Ereignisse und jener im Nahen Osten als grundverschieden und eher zufällig zeitlich parallel. Der Band, dessen einzelne Beiträge mal stärker Handbuchcharakter, mal stärker neue Forschungsergebnisse präsentieren, veranschaulicht, wie stark die osteuropäischen Vorgänge in globalen Zusammenhängen gedacht und analysiert werden können. Er wirft Forschungsperspektiven auf, die nicht erstmals formuliert wurden, die aber immer noch umgesetzt werden müssen. Insofern gehen von ihm wissenschaftliche Impulse aus, die anzeigen, daß „1956“ noch längst nicht als „überforscht“ gelten kann.

3. Die Revolution in Ungarn

Die Ereignisse in Ungarn 1956 sind bereits oft und ausführlich beschrieben und analysiert worden. Neben Dokumentationen²¹ und wissenschaftlichen Abhandlungen

21 Von den Dokumentationen ist insbes. hinzuweisen auf: Csaba Békés/Malcolm Byrne/János M. Rainer (Hrsg.), *The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents*. Budapest, New York 2002; Jenő Györkei/Miklós Horváth (Hrsg.), *Soviet Military Intervention in Hungary 1956*, Budapest 1999; Paul E. Zinner (Hrsg.), *National Communism and Popular Revolt in Eastern Europe. A Selection of Documents*. Budapest 1999.

gen²² existieren zudem viele Zeitzeugenberichte, die die Ereignisse manchmal plastisch vor dem geistigen Auge des Lesers entfalten, mal pathetisch, mal nüchtern, mal ideologisch oder auch mal ironisch verfaßt.²³ Das zeigt, unabhängig vom Realitätsgehalt, die damaligen Wahrnehmungen ebenso wie – in einem weitaus höheren Maße – spätere Erinnerungsmuster. György Konrád etwa erinnert sich in seiner Autobiographie eher ironisch und distanziert, ohne dabei die Ernsthaftigkeit der Ereignisse zu bezweifeln.²⁴ Die vier Jahre ältere Ágnes Heller (geb. 1929) berichtet hingegen in einem Stil, der die damalige Betriebsamkeit, Aufgeregtheit und letztlich die Tragödie einzufangen versucht.²⁵

Seit Jahren, nicht zuletzt seit Öffnung der Archive, sind die wichtigsten Zusammenhänge und Umstände des ungarischen Jahres 1956 bekannt.²⁶ Im Jubiläumsjahr 2006 ist eine Reihe neuer Gesamtdarstellungen publiziert worden. Sechs Monographien sind besonders erwähnenswert. Alle eint ein nüchterner Blick auf die Ereignisse. Die Autoren sind durchweg bemüht, die gescheiterte Revolution von 1956 zu entmystifizieren, sparen nicht mit kritischen Analysen am Verhalten der Aufständischen und zeigen sich ebenso kritisch in der Beurteilung der Politik Budapests, Moskaus, Washingtons oder anderer Mächte. Der zweitälteste Autor, Paul Lendvai (geb. 1929), war als ungarischer

ments on Events in Poland and Hungary, February-November 1956, New York 1956; Die ungarische Revolution. Rundfunk-Dokumente, München 1957; Die ungarische Revolution. Ost-westliche Presse-schau, München 1957; Der Volksaufstand in Ungarn. Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen. Untersuchungen, Dokumente, Schlußfolgerungen, Bonn 1957; Melvin J. Lasky, Die ungari-sche Revolution. Die Geschichte des Oktober-Aufstandes nach Dokumenten, Meldungen, Augenzeu-genberichten und dem Echo der Weltöffentlichkeit, Berlin 1958.

- 22 Vgl. z.B.: György Litván/János M. Bak (Hrsg.), Die ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung, Wien 1994; Géza Alföldy, Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf, Heidel-berg 1997; Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Pader-born u.a. 2001; Hans Lemberg (Hrsg.), Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956-1970, Marburg 1993; Dietrich Beyrau/Ivo Bock (Hrsg.), Das Tauwetter und die Folgen. Kultur und Politik in Osteuropa nach 1956, Bremen 1988; für die Vorgeschichte: Martin Mevius, Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism 1941-1953, Oxford 2005; László Borhi, Hungary in the Cold War 1945-1956. Between the United States and the Soviet Union, Budapest/New York 2004.
- 23 Vgl. exemplarisch: Tibor Meray, 13 Tage, die den Kreml erschütterten. Imre Nagy und die ungarische Revolution, München 1961; Sándor Kopácsi, Die ungarische Tragödie. Wie der Aufstand von 1956 liquidiert wurde, Frankfurt a.M. u.a. 1981; Peter Gosztony (Hrsg.), Der Ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1966; Laszlo Beke, Tagebuch eines ungarischen Studenten. Buda-pest 16. Oktober - 1. November 1956, Bern u.a. 1957; Béla Lipták, A Testament of Revolution. Texas A&M University Press 2001. Als Beispiel einer kommunistischen „Zeitzeugenschaft“ vgl. den Bericht der österreichischen Journalistin: Eva Priester, Was war in Ungarn wirklich los? Bericht einer Augen-zeugin, Berlin (Ost) 1957.
- 24 Vgl. György Konrád, Sonnenfinsternis auf dem Berg, Frankfurt a.M. 2005, S. 139-181.
- 25 Vgl. Ágnes Heller, Der Affe auf dem Fahrrad, Berlin/Wien 1999, S. 170-197.
- 26 Als schneller Überblick geeignet: Peter Gosztony, Der Volksaufstand in Ungarn 1956. Eine Nation wehrt sich gegen die sowjetische Diktatur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/1996, S. 3-14.

Journalist Zeitzeuge der Ereignisse in Budapest und floh Anfang 1957 nach Österreich. Wie viele andere verschlief Lendvai, wie er in *Ungarnaufstand 1956* schildert, buchstäblich „den Anfang vom Ende des Regimes“ (S. 32). Nach einer heftigen Diskussion ging er nach Hause, legte sich ins Bett und bekam von den Unruhen am Abend des 23. Oktober 1956 in Budapest nichts mit. Dieses Eingeständnis ist nicht uninteressant, weil auch führende Reformen bis zu dem unentschlossenen Imre Nagy den ersten Revolutionstag verschliefen. Das zeigt plastisch, daß eine Revolution von Akteuren und Zeitzeugen noch lange nicht und schon gar nicht sofort als Revolution wahrgenommen werden muß. Dieses „Eingeständnis“ ist auch deshalb aufschlußreich, weil es den Stil des hervorragenden Buches kennzeichnet: unaufgeregt, sachlich, kritisch und dabei fesselnd und packend geschrieben. Das Buch behandelt in zwanzig Kapiteln nebst einer Einleitung und einem Epilog alles, was der interessierte Leser über die Vorgeschichte, die Geschichte und die bis 1989 reichende Nachgeschichte der ungarischen Revolution von einem solchen Buch erwarten kann. Der Zeitzeuge Lendvai tritt in der Darstellung kaum auf. Der Autor Lendvai läßt sein Buch auf der Forschungs- und Erinnerungsliteratur basieren, wobei die ungarische Literatur die zentrale Säule bildet. Zunächst schildert Lendvai sehr anschaulich die Ereignisse vom 23. Oktober. Es „war ein politisches Naturereignis ohne Zentrum, ohne Konzept und ohne koordinierende Führung“ (S. 16). Aus der geforderten Reform des Systems wurde binnen weniger Stunden ein Revolutionsversuch, der das System beseitigen wollte, ohne daß bei den handelnden Akteuren Übereinstimmung herrschte, was nach dem Systemsturz folgen sollte. Die Einigkeit bestand in der Frage, was beseitigt, nicht darin, was errichtet werden sollte.

Lendvais Verdienst ist es, die vielen Gesichter der rühmlichen Tage ungarischer Revolutionsgeschichte eingefangen zu haben. Der Autor erklärt erzählend und läßt seiner Leserschaft genügend Raum, eigene Thesen zu entwickeln. Dabei ist das Buch eine (wohltuend) parteiische Geschichte insofern, als der Autor deutlich, aber weder überzogen noch aufdringlich, die Revolution als inmitten der Gesellschaft angelegt schildert und sie nicht als eine Abfolge von Haupt- und Staatsaktionen beschreibt. Diese kommen nicht zu kurz und sind für den historischen Hintergrund unerlässlich. Anders als in vielen anderen Geschichtsdarstellungen aber vollzieht sich bei Lendvai Geschichte nicht in Regierungspalästen und in diplomatischen Verhandlungen, vielmehr analysiert er die staatlichen, internationalen und gesellschaftlichen Vorgänge als miteinander eng verwoben. Er spart nicht mit Kritik am zögerlichen Handeln Nagys, an der Kompromiß- und später blutigen Abrechnungsbereitschaft Kádárs, an der unbarmherzigen Politik Moskaus, an der Scheinpolitik Washington, an der Wankelmütigkeit Titos, an der Machtpolitik Bukarests, an der zweifelhaften Position Gomulkas, aber auch nicht an vereinzelt Racheakten einiger Revolutionäre. Zugleich ist Lendvai souverän genug, Nagys umstrittene Haltung historisch zu erklären und differenziert darzustellen. Auch Kádárs Politik nach 1956 weiß er trotz der blutigen Abrechnungsphase bis Mitte 1962 historisch zu würdigen, so daß nicht nur ein Bluthund im Gedächtnis der Leser zurückbleibt, sondern wahrnehmbar wird, wie eng die Spielräume ungarischer Politik 1956/60 waren und daß der „Gulaschkommunismus“ auf dem stillen Gesellschaftskonsens ba-

sierte, alles zu beschweigen. Schließlich lebt das Buch von einer Fülle historischer Miniaturen, seien es Ereignisdarstellungen (etwa der „zweiten Revolution“ vom 4. November 1956 bis Mitte Januar 1957) ergreifender Art, seien es bewegende biographische Porträts (etwa solcher hingerichteter Akteure, die gegen Gewalt auf beiden Seiten eintraten). Gerade diese klug komponierte Mixtur läßt ein Revolutionskaleidoskop entstehen, das die Entstehung der Revolution ebenso nachvollziehbar werden läßt wie ihre systemlogische Niederschlagung. Das wird um so eindringlicher deutlich, da Lendvai auch die internationalen Rahmenbedingungen skizziert und die Rhetorik Washingtons als fatal für die ungarische Gesellschaft analysiert, weil fast alle Ungarn und Ungarinnen auf direkte Hilfen der USA hofften. Das schlechte Gewissen des Westens wurde versucht zu kompensieren durch die auch materiell großzügige Aufnahme von etwa 200.000 ungarischen Exilanten. Er bedient nicht die Legende, der Suezkrieg hätte Moskau die Militärintervention erleichtert. Diese war bereits beschlossen, als im Nahen Osten der Krieg begann. Paul Lendvais Plädoyer, die ungarische Revolution als Freiheitsgeschichte zu begreifen, schließt ein, sie zu entideologisieren. Sein Buch ist ein hervorstechendes Beispiel dafür, wie eine unideologische, aber leidenschaftliche, eine sachliche, aber packende, eine aus den Quellen geschriebene, aber stilistisch moderne Geschichtsschreibung aussehen kann.

Auch Charles Gati ist nach der Niederschlagung aus Ungarn geflohen. Er ist fünf Jahre jünger als Lendvai, war 1956 22 Jahre alt und arbeitete ebenfalls in Ungarn als Journalist (S. 7). Mit mehreren Publikationen hat er sich als Kenner des sowjetkommunistischen Beziehungssystems im Kalten Krieg profiliert. Mit *Failed Illusions. Moscow, Washington, Budapest, and the 1956 Hungarian Revolt* hat er einen gewichtigen Beitrag zu den internationalen Rahmenbedingungen der ungarischen Revolution vorgelegt.

Am 23. Oktober befand Gati sich unter den Tausenden demonstrierenden Studenten. Als die ersten Schüsse fielen, war er irritiert. Er fragte sich: Woher kamen *diese* Menschen auf einmal? Woher hatten sie die Waffen? Ähnlich wie Lendvai war er auf Reformen orientiert und von der Revolution völlig überrascht. Die ersten drei Novembertage erlebte er als Höhepunkt: „We lived in a dream world during the first three days of November“ (S. 15). Die sowjetischen Panzer am 4. November haben ihn überrascht, weil er wie viele andere damit nicht mehr gerechnet hatte. Mitte November verließ er Ungarn, ging zunächst wie die meisten Flüchtlinge nach Österreich und einige Wochen später in die USA. Sein Buch folgt nach diesen persönlichen Erklärungen wissenschaftlichen Mustern. Es basiert auf der vorliegenden Literatur und zugänglichen Archiven in Rußland, den USA und Ungarn. Anders als Lendvai interessieren ihn eher die Haupt- und Staatsaktionen, er fragt nach den Vorgängen hinter den geschlossenen Türen der Macht- und Regierungszentren. Dabei ist sein Ansatz im besten Sinne aufklärerisch, weil er den Menschen in Ungarn, Rußland und den USA ihre historischen Illusionen nehmen will. Imre Nagy, so Gati, wurde von Moskau vor 1956 wider Willen zum kommenden ungeeigneten Führer der unvermeidlichen Revolution gemacht. Lag jedoch Moskaus Politik noch im Bereich dessen, was als systemlogisch angesehen werden kann, so klaffte in der offiziellen US-Politik ein erheblicher Widerspruch zwischen Be-

freiungsrhetorik und Realpolitik. Die USA waren entgegen ihrer verkündeten Politik immer dann abwesend, wenn im Ostblock passierte, was sie herbeiredeten: bei anti-kommunistischen Aufständen. Gati analysiert und rechnet zugleich mit der US-amerikanischen liberation policy ab. Die Katastrophe bestand darin, daß für die meisten Ungarn die Sendungen von Radio Free Europe die Politik der US-Regierung symbolisierten und sie ihre Hoffnungen auf US-amerikanische Unterstützung aus den weitverbreiteten Sendungen dieses in München stationierten Radiosenders bezogen. „[...] for most Hungarians, RFE, was the United States and the United States was RFE“ (S. 96). Detaillierter als in Studien anderer Autoren zeigt Gati den klaffenden Widerspruch zwischen Befreiungsrhetorik und Realpolitik der USA auf. Letztlich war die US-Administration von der ungarischen Revolution genauso überrascht wie andere Regierungszentralen (S. 108). Kritisch analysiert er, daß die US-Regierung ebenso wie Radio Free Europe nicht einmal analytisch verarbeiteten, was sich ab dem 23. Oktober in Ungarn ereignete. Imre Nagy blieb für diese Analysten ein moskautreuer Kommunist, womit sie weder die Entwicklung Nagys noch die gesellschaftlichen Prozesse in Ungarn adäquat erfaßten. Auch wenn Gati interessante Einzelaspekte zu den Vorgängen in Budapest und Moskau hinzufügt, das Verdienst dieser Studie besteht vor allem in der kritischen Analyse der US-Politik und des in Osteuropa überaus einflußreichen Senders Radio Free Europe. Ob allerdings seine scharfe Abrechnung mit der US-Politik der praktischen Nichteinmischung, die der von ihr vertretenen Befreiungsrhetorik diametral gegenüberstand, wissenschaftlich Bestand haben wird, muß sich noch erweisen. Ihm ist gewiß zuzustimmen, daß der Widerspruch zwischen Realpolitik und den Verlautbarungen von Radio Free Europe problematisch war. Aber ob den USA tatsächlich eine Mitschuld an Ausbruch und Niederschlagung der Revolution anzulasten sei, bedarf weiterer Diskussionen. Denn dabei kommt doch eines zu kurz: Die Revolution war hausgemacht und ist nicht – durch wen auch immer – herbeigeredet worden. Daß die Mehrheit der Ungarn Illusionen bezüglich eines praktischen Engagements der USA hegten, scheint unumstritten. Aber sie erhoben sich nicht gegen die Kommunisten wegen vermeintlicher Illusionen, sondern wegen ihrer unmittelbaren Lebensumstände.

Der Autor des Buches *1956. Der Aufstand in Ungarn*, György Dalos, ist 1943 in Budapest geboren worden und erlebte als Schulkind die Ereignisse. Er erinnert sich zunächst einleitend, daß er die berühmten Forderungen der Budapester Studierenden in einem Schaufenster hängen sah. Hunderte Passanten stauten sich vor dem hektographiertem Aufruf, ein Mann las zur Freude der Menge das Papier laut vor – „dreihundert Meter entfernt das Gebäude der Geheimpolizei“ (S. 19). Vom 24. Oktober bis Anfang Dezember blieben die Schulen in Budapest geschlossen, ein normaler Lehrbetrieb begann erst Anfang Januar wieder. Dalos räumt ein, daß er in den vergangenen Jahrzehnten „die unterschiedlichsten, ja einander kraß widersprechenden Ansichten“ (S. 20) über den Aufstand vertrat. Im März 1968 ist er nach seiner eigenen Verhaftung von einem Offizier der Geheimpolizei verhört worden, „der zehn Jahre zuvor in demselben Gebäude vor Imre Nagys Todeszelle Wache gestanden [...] hatte. Einige Monate später saß mir [...] im Verhandlungssaal [...] ein Volksgeschworener gegenüber, der am Todes-

urteil 1958 beteiligt gewesen war“ (S. 21). In seinem Buch bezieht sich Dalos, ein erfolgreicher Schriftsteller und Sachbuchautor, auf publizierte Dokumentationen, Erinnerungen und Analysen. Es ähnelt dem von Paul Lendvai, ist aber nicht so ausführlich. Auch er geht auf die Vorgeschichte ein, stellt die internationalen Rahmenbedingungen dar, zeigt die Ereignisabläufe, wobei er sich anders als Lendvai vor allem auf den Oktober und November konzentriert, skizziert die Abrechnung des Kádár-Regimes und zieht wie alle anderen Autoren einen Bogen zu 1989. In diesen prinzipiellen Ausführungen ähneln sich die Bücher, auch die Angaben zu Toten, Verletzten, Hingerichteten, Verhafteten, Verurteilten oder Geflüchteten gleichen sich. György Dalos' Buch nimmt eine besondere Position ein, weil der studierte Historiker mit der Gabe eines begnadeten Schriftstellers ein atmosphärisch dichtes Bild der Revolutionszeit entwirft. In seine Komposition hat er viele Quellenzitate unterschiedlichster Provenienzen eingefügt, immer wieder zitiert er Radiobeiträge – das wichtigste Medium der Zeit. So kann er ein Gefühl von der Dramatik und den schnellen, sehr schnellen Änderungen in dieser kurzen Revolutionszeit erzeugen. Dalos porträtiert ebenfalls Aufstandsteilnehmer, womit er seine These untermauert, daß sich im Aufstand eine Vielzahl von Interessen und Absichten artikulierten und es kein gemeinsames Zieldogma gab, abgesehen von dem Wunsch, das existierende System zu beseitigen und das Land aus der Vormundschaft Moskaus zu befreien. Er scheut sich auch nicht, die häßlichen Seiten einer Revolution anzusprechen. „Je später, um so häufiger erschienen bei den Freischärlern die in jeder Revolution unvermeidlichen kriminellen und sozial depravierten Elemente. Nachweislich versuchten einzelne Aufständische, unter dem Vorwand der Requisition oder Hausdurchsuchung bei führenden Funktionären in die eigene Tasche zu arbeiten“ (S. 90). Die Aufständischen waren „schlaflose Menschen, und das war das einzige, was sie mit ihren Gegnern gemein hatten. Revolutionen sind für deren aktive Teilnehmer Zeiten der Schlaflosigkeit. Zeit zählt zum teuersten Gut, Verschlafen zur höchsten Gefahr. Kaffee, Centedrin und Koffein wurden in diesen Tagen in rauen Mengen verbraucht. Die außergewöhnliche Nervenanspannung löste eine an Paranoia grenzende Besessenheit aus. Viele erzählten später von einer Art tragischen Glückszustands und gaben zu, daß sie schlicht und einfach durchgedreht waren. Ansonsten ähnelten sie ihrem Aufstand und konnten sein wie dieser: mild und brutal, argwöhnisch und naiv, dumm und klug, kühl rechnerisch und verträumt, großartig und verkitscht.“ (S. 98)

György Dalos' Darstellung besticht gerade wegen solcher Beschreibungen, die letztlich immer bemüht sind, den handelnden Akteuren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und sie in ihrer Komplexität differenziert einzufangen. Das gilt nicht nur für „Namenlose“, sondern auch für die Nagys, Kádárs oder Bibós. Das Buch ist einer engagierten Historiographie verbunden, die Stellung bezieht, ohne dabei mit volkspädagogischen Weisheiten zu nerven. Daß Dalos dabei sein Buch auch als Beitrag zur ungarischen Mentalitätsgeschichte konzipierte, scheint immer wieder durch. „Keine Frage, die USA hatten die Befreiung der kleinen sozialistischen Satellitenstaaten seit eh und je versprochen, und der Münchner Sender Freies Europa hatte jahrelang in dieselbe Kerbe geschlagen. Wir Ungarn hingen am Weltempfänger, ließen uns von dem magischen grü-

nen Auge verzaubern und erwarteten von den Radiowellen jenseits aller Störsender nicht einfach nur Nachrichten, sondern Trost, Erlösung und Rettung. Wir wurden betrogen, aber wir haben uns auch selbst betrogen. Wir waren enttäuscht, aber wir erwarteten vielleicht auch nichts anderes. Wie sagte der Nationaldichter Petöfi: ‚Mit wirren Haaren, aus der Stirne blutend/ steht in dem Sturm der Ungar ganz allein.‘ Das war das Unreife, Halbgebare, Romantische unseres damaligen Bewußtseinsstands“ (S. 196). Zur Darstellung der Ereignisse gehört auch Dalos’ Hinweis auf die 669 Toten und 1541 Verwundeten auf Seiten der Roten Armee, die, anders als die ungarischen Opfer, im historischen Gedächtnis gesichts- und namenlos geblieben sind. „Arme, vergessene, totgeschwiegene junge Männer“ (S. 186).

Die britische Journalist Victor Sebestyen kam 1955 in Budapest zur Welt, noch als Kind floh er mit seinen Eltern in den Westen. Sein Buch *Twelve Days. Revolution 1956* basiert auch auf der Auswertung umfangreicher Zeitzeugeninterviews, die unmittelbar nach der Revolution mit Emigranten in den USA geführt wurden, sowie auf Zeitzeugengesprächen, die er in den letzten Jahren mit nach 1956 Geflüchteten selbst in London führte. Wie Paul Lendvai behandelt er ausführlich alle nationalen und internationalen Aspekte, die für die Vorgeschichte, die Geschichte und die Nachwirkungen der ungarischen Revolution relevant sind. Die Besonderheit dieses Bandes liegt in der strikten chronologischen Struktur. Sebestyen gliederte sein Werk in drei Kapitel (Prelude, Revolution, Aftermath), die er wiederum in insgesamt 34 Abschnitte unterteilte. Im ersten Kapitel schildert er anhand von 18 ausgewählten Tagen seit 1944 die Vorgeschichte der Revolution. Daran schließt eine genaue Schilderung der zwölf Revolutionstage 1956 an, während er in einem knappen Abschlußkapitel die Folgen und die Rache der vermeintlichen Sieger beschreibt. Sebestyen geht in den einzelnen Abschnitten jeweils auf ungarische Vorgänge ein, blickt nach Moskau, Washington und andere Macht- und Ereignisorte, so daß seine Darstellung komplex gerät. Aber nicht nur dieser Zugriff, auch die dichten atmosphärischen Beschreibungen, die die Handschrift des erfahrenen Journalisten verraten, zeichnen diesen Band aus. Allerdings kommen die Folgen und Nachwirkungen der Revolution zu kurz.

Das ungewöhnlichste Buch stammt vom britischen Autor Bob Dent, der seit 1986 in Budapest lebt. Sein Band *Budapest 1956* ist eine Art Reiseführer durch Budapest zu 48 Orten, die die Revolution in Budapest 1956 symbolisieren. János M. Rainer, einer der besten Kenner der ungarischen Zeitgeschichte, schreibt in seinem Vorwort, daß er, als er das Manuskript zum Lesen erhielt, Zweifel hegte, ob die Revolutionsgeschichte in einer Art *Baedeker* gespiegelt werden könne. Nach dem Lesen war er sich sicher, daß diese originelle Publikation einen besonderen Platz in der Revolutionsbibliothek einnehmen würde. Ungarn wie Nichtungarn könnten aus diesem Buch viel lernen und neue Einsichten in die Revolutionsgeschichte gewinnen. Tatsächlich, diese Topographie der Revolution in Budapest stellt einen Glanzpunkt unter den neuen Publikationen dar. Dent nimmt den Leser als Reisenden zu den wichtigsten Ereignisorten Budapests mit und erzählt außerordentlich kenntnisreich, was sich dort warum ereignete. Auf diese Weise entsteht eine Revolutionsgeschichte eigener Art, die sowohl die Dramatik als auch die

Vielschichtigkeit und zuweilen Unübersichtlichkeit der Ereignisse plastisch vor dem Auge der Leserschaft entstehen läßt. Im Sinne von Reiseführern bleibt der Autor dabei sachlich, ohne zu vergessen, die je eigene Besonderheit des Erinnerungsortes so zu würdigen, daß man tatsächlich gespannt ist, den Ort aufzusuchen. Nicht nur viele eindrucksvolle Fotos machen aus dem Buch einen prächtigen Band, auch viele nützliche Tips tragen dazu bei, etwa wie man dorthin gelangt oder was dort nach 1956 bzw. nach 1989 geschah. Eine Karte mit den wichtigsten Orten, ein Register sowie eine Übersicht über die Veränderungen bei Straßen- und Platznamen runden den glänzenden Band ab. Für Historiker und historisch Interessierte stellt dieser Band eine Fundgrube dar.

Der sechste hervorstechende Band stammt vom ältesten Autor, Jahrgang 1923, dem berühmten österreichischen Fotografen Erich Lessing. Sein Buch ist ein Prachtband im doppelten Sinne des Wortes. Er fällt auf wegen der editorischen Sorgfalt, der großformatigen Edition und der – wie bei Dent – hervorragenden Papierqualität. Diese Verlagsleistung freilich erscheint angemessen, denn Lessing ist einer *der* Fotografen des Kalten Krieges. Das Buch zeigt, warum.

In einem einleitenden Essay erzählt Lessing, wie er 1956 nach Ungarn (und Polen) kam. Beiträge von François Fejtő, György Konrád und Nicolas Bauquet schildern knapp und aus verschiedenen Perspektiven Grundzüge der ungarischen Revolution. In einem ersten Kapitel („Das kommunistische Ungarn“) dokumentieren Fotos den Alltag vor der Revolution. In einem Interview antwortete Lessing auf die Frage, wie er das vorrevolutionäre Budapest erlebt habe: „Oberflächlich betrachtet, glich das tägliche Leben in Budapest einer nicht sehr reichen, aber auch nicht verarmten Stadt. In den Kaffeehäusern der Donau gab es Five-O-Clock-Tea. Das, was an Unfreiheit und fehlender politischer Partizipation vorhanden war, das sah man nicht, sondern konnte allenfalls in Texten beschrieben werden.“²⁷ Lessings Bilder dokumentieren die Alltäglichkeit in der Diktatur und einer Diktatur. Etwa wenn der Eisernen Vorhang, der in Ungarn als Drahtverhau sichtbar war, in seiner die Menschen gnadenlos teilenden Wirklichkeit fotografiert wurde. Auch der Abriß im Frühjahr und Sommer 1956 durch ungarische Soldaten spiegelt die Diktaturrealität. Bewegend sind Fotos von den Diskussionen des Petöfi-Kreises, die nicht nur die Ernsthaftigkeit der Debatten erahnen lassen. Das berühmte Foto vom 27. Juni 1956, als der Petöfi-Kreis 600 Teilnehmer erwartete und statt dessen 6000 erschienen, läßt die vorrevolutionäre Stimmung sichtbar werden. Es fehlen weder Fotos von den ungarischen Spitzenpolitikern, darunter auch Aufnahmen von Nagy in dessen Privathaus, noch vom ungarischen Idol des Jahrzehnts – Ferenc Puskás. Die Fotografien zeigen auch, daß Ungarn Mitte der fünfziger Jahre ein relativ armes Land war, ein großes Stadt-Land-Gefälle existierte, der sozialistische Wettbewerbswahn die ungarische Gesellschaft erfaßt hatte und zugleich die Religion eine wichtige Rolle spielte. Die kommunistische Propaganda war allorten sichtbar, der rote Stern als Symbol der Knechtschaft, Fremdherrschaft und der kommunistischen Macht war omnipräsent.

27 Die Photographie braucht das Drama (Interview), in: Der Tagesspiegel vom 23. Oktober 2006, S. 24.

Das zweite Kapitel („Die Revolution“) dokumentiert die Entschlossenheit der Aufständischen. Die ungarische Nationalfahne wird den kommunistischen Symbolen entgegengehalten. Überhaupt ist sichtbar, wie stark diese Revolution symbolisch agierte. Rote Sterne, Hammer und Sichel – die Insignien der Macht – werden entfernt. Vor einer Buchhandlung – auch das Coverfoto – werden kommunistische Propagandatitel verbrannt, im zerstörten Schaufenster steht ein Mann und deklamiert Petöfis Freiheitsgedichte. Die gestürzte Stalinstatue wird durch die Stadt geschleift, auf dem Sockel, wo einst die Statue stand, sind nur noch die riesigen Bronzestiefel verblieben. Die Fotos fangen die kämpferische Atmosphäre ebenso ein wie sie die Lynchmorde an Mitarbeitern der Geheimpolizei am 30. Oktober dokumentieren. Der berühmte Revolutionär mit dem Holzbein ist ebenso zu sehen wie erbeutete sowjetische Panzer oder ein einzelkämpfender Maler, der durch die Stadt bewaffnet mit seinem Malkoffer zog und auf erbeutete sowjetische Fahrzeuge, Panzer und Geschütze das Kossuth-Wappen von 1848/49 bzw. 1946-49 malte.

Das dritte Kapitel („Der Rückschlag“) veranschaulicht mehr als jedes Wort, daß die Niederschlagung der Revolution einen kurzen, aber heftigen Krieg bedeutete. Tote auf den Straßen, ausgebrannte Militärfahrzeuge, massive Straßenbarrieren und zerschossene Wohnhäuser oder zerstörte Straßenzüge zeugen davon. Erich Lessings Fotos – 16 Lessing-Bilder illustrieren auch das Buch von György Dalos – sind mehr als Revolutionsdokumente. Sie stehen wie ein Denkmal. Und wie jedes Denkmal können sie nur begrenzt die Wirklichkeit erfassen, nur in kleinen Ausschnitten, aber die haben es in sich.

Das gilt auch für die kleine Dokumentation von Katalin Jalsovszky. Anders als die Fotos von Erich Lessing stammen die meisten von Amateurfotografen, von aktiven Teilnehmern. Der historische Wert besteht nicht nur in der Aufnahme selbst, sondern ebenso in der Fotogeschichte. Viele Fotos sind jahrzehntelang auf Dachböden, in Türrahmen, in Kellern oder anderswo versteckt (und manchmal vergessen) worden. Die ungarischen Behörden haben nach der Niederschlagung der Revolution, ähnlich wie in der DDR nach dem „17. Juni 1953“, 28 Fotos, derer sie habhaft werden konnten, beschlagnahmt und diese zur Identifizierung von Aufständischen benutzt. Hohe Haftstrafen bis hin zu Todesurteilen waren die Folgen. Ein Foto zeigt zum Beispiel Nándor Motzer (geb. 1930), ein Leutnant der ungarischen Armee, der sich am Aufstand beteiligte. Im November flüchtete er, studierte in der Bundesrepublik und erhielt 1957 die deutsche Staatsbürgerschaft. „Im April 1958 ging er illegal auf das Territorium der DDR. Dort wurde er gefangen genommen und an die ungarischen Behörden überstellt. Die gegen ihn erhobenen Hauptanklagepunkte waren: Landesverrat, Untreue und Aufwiegelung. Für letzteres dienten 18 Fotografien, die man in seinem Koffer gefunden hatte, als Beweis. „Das Militärgericht stellte zu Lasten des Angeklagten auch die Straftat der Aufwiegelung fest,

28 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003, S. 21. Zum Forschungsstand siehe ders., Die gescheiterte Revolution – „17. Juni 1953“. Forschungsstand, Forschungskontroversen und Forschungsperspektiven, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 606-664.

die der Angeklagte damit beging, dass er Fotografien, die in seinen Besitz gelangten und konterrevolutionäre Kämpfe darstellten, auf der Rückseite mit aufwiegenden Anmerkungen versehen hat.' – war in der Urteilsbegründung zu lesen" (S. 58). Auf der Rückseite des abgebildeten Fotos hatte er geschrieben: „Wir verteidigen unsere liebe Heimat“. Nándor Motzer wurde am 13. April 1959 hingerichtet.

Die beiden Hungarologen Thomas von Ahn und Holger Fischer legten eine Broschüre vor, die sich vor allem an jene wendet, die schnell einen Überblick über die Vorgeschichte, Geschichte und Folgen der Revolution erhalten möchten. Diese Publikation ist für die politische Bildung und den Schulunterricht empfehlenswert. Ein abgedrucktes Dokument, das ohne den historischen Hintergrund fast kitschig wirken könnte, ist besonders bewegend. Es handelt sich um einen Weihnachtswunschzettel eines Mädchens von 1956, der neben vier ungarischen Fahnen und dem Kossuth-Wappen folgenden Text enthält: „Mein lieber Jesus! Ich bitte Dich herzlich, bringe mir und anderen armen Kindern einen schönen Weihnachtsbaum, ein Märchenbuch: Titel: Das Schloß, das an einer goldenen Kette hing, und der Titel des anderen Buches lautet Der Bewegliche Zoo! Bitte bring mir ein Gesellschaftsspiel mit! Bring mit einen Schal mit und Freiheit, Unabhängigkeit für das starke Ungarn. Es küßt dich vielfach Mariann: UNABHÄNGIGKEIT FÜR UNGARN" (S. 69).²⁹

Der Siegener Politologe Rüdiger Kipke gab das Buch *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung* heraus. Dieser Band, überwiegend von ungarischen Autoren verfaßt, behandelt Einzelaspekte der ungarischen Vorgänge auf der Grundlage neuester ungarischer Forschungsergebnisse. Eine kommentierte Bibliographie mit 200 Titeln faßt die wichtigsten Literaturtitel zusammen. Tibor Dömötörfi behandelt die „Akteure des Aufstands“. Er stellt einleitend fest, daß eine Soziologie des Aufstands bislang nicht existiere. Am Aufstand hätten 1,4 bis 1,8 Millionen der insgesamt etwa 7 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen Ungarns direkt und aktiv teilgenommen (S. 50). Allein diese Zahl verweist auf die politisch, sozial und kulturell heterogene Zusammensetzung der Akteure. Frauen waren zwar an den Ereignissen beteiligt, zahlreiche Fotos haben aber einen Mythos gezeichnet (S. 50-51). Denn die Gesellschaft war extrem patriarchalisch, so daß Frauen auch in der Revolution vorwiegend ihre Rollen zugeschrieben bekamen und sie diese auch „traditionell“ so annahmen.³⁰ Die katholische Kirche hat sich „eher passiv, besser gesagt mäßigend“ (S. 51) verhalten. Sie versuchte Gewalteskalationen beider Seiten zu verhindern. Auch Aristokraten und „führenden Persönlichkeiten der Zwischenkriegszeit“, was von der kommunistischen Propaganda stets entgegengesetzt betont worden ist, haben „sich wegen ihrer furchtbaren

29 Vgl. auch Benedikt Erenz/Volker Ulrich (Hrsg.), *Freiheit! Herbst 1956: Wie der Aufstand der Ungarn die Welt bewegte*, Hamburg 2006 (= DIE ZEIT Geschichte, Heft 3, 2006), u.a. mit Beiträgen von Heinrich August Winkler, Timothy Garton Ash, Paul Lendvai, György Dalos, Fotos von Erich Lessing sowie Erinnerungen von György Kónrad und Péter Esterházy.

30 Deutlicher noch ist das Interview mit der ungarischen Historikerin Borbala Juhasz, *Das weibliche Antlitz der Revolution*, in: Frankfurter Rundschau vom 18. Oktober 2006, S. 24.

Erfahrungen [vor 1956] – bis auf wenige Ausnahmen – von den Ereignissen fern“ (S. 52) gehalten. „Die Zahl der bewaffneten Kämpfer betrug etwa 10.000 bis 15.000 Personen“ (S. 53). Auffallend viele Jugendliche und junge Erwachsene befanden sich darunter, überwiegend aus ärmeren Schichten kommend. Viele kämpfende Aufständische hatten aus politischen Gründen Haftstrafen ertragen müssen. Fünf Sechstel kamen aus Arbeiter- und Bauernmilieus, etwa 80 Prozent verfügten über einen Grundschulabschluß. In den nationalen und revolutionären Komitees wiederum, die insgesamt 60.000 bis 80.000 Mitglieder aufwiesen, waren die Vorsitzenden Männer, die mehrheitlich älter als 40 Jahre alt, verheiratet waren und zwei bis drei Kinder hatten. Hier dominierten höhere Bildungsabschlüsse und selbstständig arbeitende Bevölkerungsgruppen. In den Arbeiterräten,³¹ die etwa 80.000 bis 100.000 gewählte Mitglieder aufwiesen, fanden sich überproportional viele Angehörige der Intelligenz, aber auch Facharbeiter, „Arbeiter mit sozialdemokratischen Hintergrund und Produktionsleiter mittleren Alters“ (S. 58). Die Statistik der Verurteilten zeigt, daß verlässliche Zahlen über diejenigen, die nach der Niederschlagung der Revolution verfolgt worden sind, kaum rekonstruierbar sind. Ähnlich wie nach dem „17. Juni“ hat die sowjetische Besatzungsmacht eine unbekannte Anzahl von Ungarn und Ungarinnen festgenommen, verurteilt und/oder deportiert. Die Mehrheit der Verurteilten war jünger als 30 Jahre und ihrem sozialen Status nach Arbeiter. Frauen stellten etwa 10 Prozent aller Verurteilten, unter den Hingerichteten befanden sich sechs Frauen. Unter den etwa 2.500 Gefallen befanden sich aber 557 Frauen, bei den etwa 20.000 Verletzten betrug deren Anteil knapp 14 Prozent.

Éva Ständeisky beschäftigt sich mit einem Thema, das in den meisten Darstellungen gar nicht berührt oder nur mit wenigen Sätzen abgetan wird: „Antisemitismus in Ungarn zur Zeit der Revolution“. Ihr Forschungsfazit: „Es wäre in der Tat nicht korrekt, die Volkserhebung des Jahres 1956 mit dem Antisemitismus zu diskreditieren, ebenso aber widerspräche die Verharmlosung der Judenfeindlichkeit während der Revolution den Tatsachen“ (S. 98). Eine Fülle bedrückender Beispiele antisemitischer Übergriffe bis hin zu Mord werfen Schlaglichter auf die ungarische Nachkriegsgesellschaft. Ständeisky sieht einerseits einen tief verwurzelten Antisemitismus in Ungarn, andererseits kam als „Element das mit dem Holocaust im Zusammenhang stehende Schuldbewußtsein hinzu, das sich in erster Linie in der Suche nach einem Sündenbock offenbarte“ (S. 112). Dafür macht sie eine fehlende Aufarbeitung der Geschichte Ungarns mitverantwortlich, ebenso die antikapitalistische Propaganda der Kommunisten, die antisemitische Töne bediente. In weiten Teilen der Gesellschaft wiederum trat der Antikommunismus gepaart mit Antisemitismus auf, was während der Revolution jenen, die sich gegen Antisemitismus auflehnten, ihre Position erheblich erschwerte und sie nicht selten in existenzbedrohende Situationen brachte. Nach der Revolution gingen die

31 Vgl. dazu Márkus Keller, Hoffnung und Ignoranz. Die ungarischen Arbeiterräte in den wissenschaftlichen Diskursen, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 1048-1052.

Kommunisten nicht gegen den grassierenden Antisemitismus vor, weil sie befürchteten, antikommunistische Reflexe in der Gesellschaft wachzurufen.

Die Debatte um die richtige Begrifflichkeit für das, was sich zwischen Oktober 1956 und Anfang 1957 in Ungarn zutrug, begann während der Ereignisse. „Konterrevolution“ gebrauchten erst Kommunisten, später dann Antikommunisten, um das Kádár-System zu charakterisieren. Viele weitere Begrifflichkeiten kamen noch im Herbst 1956 auf, am unumstrittensten gilt „Volksaufstand“; Hannah Arendt, Raymond Aron oder Claude Lefort sprechen von der „antitotalitären Revolution“, um auf einen neuen Typus von Revolution zu verweisen. Neuere Revolutionstheorien gehen davon aus, daß „neuen Revolutionen“, wie sie etwa 1989/90 im kommunistischen Machtbereich stattfanden, weder ein „universalistischer Fortschrittsanspruch“ noch eine „philosophische Fundierung“³² inhärent ist. Sie erstrebten nicht etwas prinzipiell Neues, sondern wollten eine offene Gesellschaft, wie sie in den westlichen Demokratien zu existieren schien. Das galt aber nicht nur für 1989, sondern ebenso für die Revolutionsversuche zuvor, am sichtbarsten 1956 in Ungarn. Entscheidend sei der Wille zur Freiheit gewesen.³³ In ihrem zweiten Aufsatz (Ideen und Ideale der ungarischen Revolution) sieht Éva Ständeisky diesen Aspekt als revolutionsauslösend und als kleinsten gemeinsamen Nenner der Aufständischen. Gleichwohl sei es schwierig, danach zu schürfen, was die Revolutionäre wollten. Nur die Reformkommunisten hätten in der Öffentlichkeit sichtbar ihre Ideen debattieren können, die anderen waren von diesem Diskurs ausgeschlossen. Neben Freiheit sieht Ständeisky als weitere Konsenspunkte das Streben nach nationaler Unabhängigkeit sowie ein Wahrheitsstreben, dem allerdings neue Lügen innewohnten. Die Demokratieauffassungen erwiesen sich als außerordentlich divergierend und reichten vom „nationalen Kommunismus“ über den „demokratischen Sozialismus“ und den „Dritten Weg“ bis hin zu sozialdemokratischen, konservativen und religiösen Demokratievorstellungen, die eng an der „parlamentarischen Demokratie“ orientiert waren. Allen gemein war ein „Pathos der gesellschaftlichen Gerechtigkeit“ (S. 84). Für weitere Debatten interessant ist ihr Hinweis, daß das „Spannungsverhältnis zwischen der Präsenz demokratischer Ideen und dem Mangel an demokratischen Institutionen [...] eine Bürgerkriegssituation“ (S. 93) verlängert habe. Ständeisky spricht von „Revolution“, andere versuchen unterschiedliche Entwicklungsetappen der Ereignisse auch verschiedenartig begrifflich zu fassen.³⁴

32 Ulrich Weiß, Revolutionen/Revolutionstheorien, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze/Suzanne S. Schüttemeyer (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe, München 1998, S. 564.

33 Vgl. Hannah Arendt, Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München 1958, S. 12. Revolution basiere, so Arendt, auf der Gründung von Freiheit (vgl. dies., Über die Revolution, München 1974, S. 184). Vgl. auch Stefan Auer, Der verlorene Schatz der Revolution. Hannah Arendt und die Revolutionen 1956, 1968 und 1989, in: Osteuropa 56 (2006), S. 85-97.

34 Vgl. als Einstieg in die Debatte verschiedene Beiträge bei: Karlheinz Mack (Hrsg.), Revolutionen in Ostmitteleuropa, 1789-1989. Schwerpunkt Ungarn, Wien/München 1995; sowie den Aufsatz eines der wichtigsten 56er-Historikers: Péter Kende, Ungarn 1956. Sozialistischer Volksaufstand – nationaler Befreiungskampf – oder antitotalitäre Revolution?, in: Südosteuropa 54 (2006), S. 498-507.

Der Militärhistoriker Sándor M. Kiss untersucht die bewaffneten Auseinandersetzungen. Dabei kommt er zu neuen Ergebnissen in Bezug auf die Anzahl der Festgenommenen, weil er mehrere Tausend von sowjetischen Diensten Verhaftete in seinen Überlegungen einbezieht. Genaue Zahlenangaben kann er aufgrund der Quellenlage nicht geben, aber dieser Hinweis verweist auf offene Forschungsfragen und den Einfluss der sowjetischen Besatzer, die mehrere Wochen lang die einzige funktionierende Staatsmacht in Ungarn stellten. Kiss spricht auch nicht, wie zumeist üblich, von „Kampfhandlungen“ vor dem 4. November, sondern von „Repression, „denn bei den von uns aufgeführten Fällen standen den bewaffneten Kräften ausnahmslos ohne Waffen demonstrierende Massen gegenüber. Bewußt sprechen wir in diesem Zusammenhang nicht von bewaffneten Zusammenstößen“ (S. 127).

Zu den Folgen der Revolution gehörte die Flucht von etwa 200.000 Ungarn und Ungarinnen. Die Nachwirkungen dieses Massenexodus für die ungarische Gesellschaft sind bis heute kaum erforscht. Österreich als Nachbarland und mit Ungarn traditionell eng verbunden, war die erste Anlaufstation für etwa 180.000 Flüchtlinge, etwa 15.000 bis 30.000 blieben dauerhaft in der Alpenrepublik,³⁵ die meisten anderen zogen weiter in die Bundesrepublik, die Schweiz, nach England, Frankreich, Skandinavien oder nach Übersee. Nur eine Minderheit (etwa 4.000), oft mit dramatischen Folgen verbunden, kehrte nach Ungarn zurück. Österreich war für Ungarn auch deshalb ein besonderes Land, weil nach zehnjähriger Besatzung 1955 der Staatsvertrag abgeschlossen worden war und Ende Oktober 1955 die letzten Besatzungstruppen das Land verlassen hatten. Viele Ungarn glaubten darin ein untrügliches Zeichen erkennen zu können, daß auch die Besatzungsherrschaft über ihr Land beendet werden könne.

Der von Peter Eppel, Béla Rásky und Werner Michael Schwarz herausgegebene Katalog dokumentiert eine Wiener Ausstellung und zeigt, dass die Aufnahme der Flüchtlinge „inzwischen zum fixen Bestandteil des kollektiven österreichischen Gedächtnisses“ gehört und „eine tragende Säule des Selbstverständnisses der Zweiten Republik als Asylland“ (S. 8) ist. Dabei sparte die Ausstellung nicht aus, was in Festtagsreden oft ungesagt bleibt: Die Aufnahme der Flüchtlinge erwies sich weder als problemlos noch als spannungsfrei, Neidgefühle bei Österreichern über die – angebliche – materielle Bevorzugung der Ungarn gehörten ebenso dazu wie ablehnende Haltungen so mancher Exilanten gegenüber ihrem Aufnahmeland. Noch bis 1960 hausten Flüchtlinge in unzureichenden Auffanglagern, die Integration erfolgte alles andere als gradlinig. Daß daraus letztlich dennoch eine Erfolgsgeschichte wurde, hing vor allem mit dem folgenden Umstand zusammen: Im Laufe der Jahre assimilierten sich die etwa 15.000 Ungarn und Ungarinnen immer stärker in Österreich, ohne dabei ihre Herkunft zu verleugnen. Als 1989 das ungarische Regime fiel, kehrte nur eine Minderheit nach Ungarn zurück.

35 Vgl. Ibolya Murber, *Flucht in den Westen 1956. Ungarnflüchtlinge in Österreich (Vorarlberg) und Liechtenstein*, Feldkirch 2002; Edda Engelke, *Einem besseren Leben entgegen? Ungarische Flüchtlinge 1956 in der Steiermark*, Innsbruck 2006.

Anlässlich dieser Ausstellung erschien der Sammelband der beiden ungarischen Historiker Ibolya Murber und Zoltán Fónagy. Paul Lendvai verfaßte ein Vorwort, die beiden ungarischen Historiker, deren beeindruckende Kompetenz in vielen Publikationen 2006 gefragt war, Rainer M. János und Csaba Békés steuerten instruktive Beiträge über die Abläufe der Revolution und die internationalen Rahmenbedingungen³⁶ bei. In den zwei folgenden Hauptteilen geht es um die „Folgen der Ungarischen Revolution in Österreich“ sowie um „Ungarische Flüchtlinge in Österreich“. Die Souveränitätserklärung Österreich 1955 war mit einer Neutralitätsverpflichtung gekoppelt worden. Die Ereignisse von 1956 haben die Neutralität Österreichs nicht unberührt gelassen, der Ostblock hat jahrelang nach 1956 Österreich der aktiven Unterstützung der „Konterrevolution“ bezichtigt, was reine Propagandaerfindungen waren, und der Westen hatte vor Augen geführt bekommen, daß die österreichische Republik trotz ihrer Neutralität politisch als verlässlich gelten könne. Nach Erwin A. Schmidl wurde in Österreich die Kriegsgefahr als real wahrgenommen und die schwache Armee in der Nacht zum 6. November bezog Verteidigungsstellen an der ungarischen Grenze, um eventuellen sowjetischen Angriffen zu begegnen. „Im Ernstfall war die Chance eines Abwehrerfolges praktisch Null“ (S. 101). Die Sowjets achteten genau darauf, die Staatsgrenze nicht zu verletzen, um keine Zwischenfälle zu provozieren. Dennoch kam es am 23. November zu einem tödlichen Zwischenfall. Drei sowjetische Soldaten verfolgten ungarische Flüchtlinge, gerieten auf österreichisches Territorium und wurden nach mehrmaliger Aufforderung, stehen zu bleiben, beschossen. Ein Rotarmist erlag seinen Verwundungen.

Georg Kastner stellt die Hilfsaktionen der UNO für Ungarn dar, für die Österreich ein wichtiger Ausgangspunkt war. „Die Hilfslieferungen in der zweiten Novemberhälfte wurden praktisch ausschließlich von erfahrenen NGOs organisiert“ (S. 191). Andreas Gémes geht auf die schon betonte problematische Rolle von Radio Free Europe ein. In Österreich gab es vier Zweigstellen, aber keine Sendestationen. Ein in Ungarn tätiger CIA-Mitarbeiter wird mit den Worten zitiert: „Sure, we never said rise up und revolt but there was a lot of propaganda that led Hungarians to believe that we would help“ (S. 215). Ob allerdings Gémes' Einschätzung, Radio Free Europe habe „eine quasi-nachrichtendienstliche Tätigkeit entfaltet“, zutrifft, bedarf weiterer Erörterungen, denn sein Aufsatz belegt diese These nicht. Auch seine Ausführungen zur Rolle der CIA, der er keine aktive Unterstützung unterstellt, zur Rekrutierung von Flüchtlingen durch den CIA sowie zur Aktivität ungarischer Geheimpolizeimitarbeiter in Österreich bieten bestenfalls erste Forschungsansätze. Im zweiten Hauptteil geht es um die Flüchtlinge. Hervorzuheben ist vor allem der Aufsatz von Ibolya Murber, die das Thema umfassend und komplex behandelt. Daneben kommen einige Spezialabhandlungen zum Abdruck, wobei vor allem die „Fluchtgeschichten von 1956er Jugendlichen“ von András Lénárt und der Beitrag über das 1956 gegründete und 2001 aufgelöste „Flüchtlingsorchester“

36 Vgl. dazu Csaba Békés, The 1956 Hungarian Revolution and the Declaration of Neutrality, in: Cold War History 6 (2006), S. 477-500.

beeindrucken. Wie Murber zeigt, zogen die ungarischen Flüchtlinge aus Österreich in 36 Staaten weiter. Detaillierte Zahlen, auch sozialstrukturelle Analysen oder die Thematisierung von Integrationsproblemen belegen, wie umfassend dieser Komplex von der Autorin untersucht worden ist. Sie erwähnt im übrigen auch, daß bis zum 3. November, dem Vorabend der zweiten sowjetischen Invasion, etwa 1.000 Ungarn nach Österreich flüchteten, darunter „zahlreiche kommunistische Parteifunktionäre und ca. 120 Staatssicherheitsbeamte“ (S. 337).

Prozentual gemessen am Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl hat neben Österreich die Schweiz die meisten ungarischen Flüchtlinge aufgenommen. Der ebenfalls 1956 geflüchtete George Zabratzky hat ein Buch zusammengestellt, das die Geschichte diese Personengruppe in drei Perspektiven in den Blick nimmt. Es kommen Schweizer Akteure zu Wort, vier ungarische Emigranten erinnern sich an Ungarn 1956, ihre Flucht und ihre Integration in die Schweiz und schließlich werden unter ungarischen Flüchtlingen und Schweizer Zeitzeugen erhobene Umfragen zur Integration der Flüchtlinge ausgewertet.

Die Schweiz war 1954 für viele Ungarn zum Trauma geworden – ihre als unschlagbar geltende Wundermannschaft hatte das Endspiel um die Fußballweltmeisterschaft mit 2:3 gegen die bundesdeutsche Auswahl verloren. Nach der Niederlage kam es zu Massendemonstrationen in Budapest und anderswo.³⁷ Für etwa 14.000 Ungarn und Ungarinnen wurde die Schweiz nach 1956 zur Heimat. Nicht zufällig erinnern die Autoren immer wieder an die Ereignisse vom „17. Juni“, war doch gerade in der Schweiz die Erinnerung an den ostdeutschen Aufstand besonders wach geblieben.³⁸ Der Bericht des Flüchtlings László Alföldi (Jahrgang 1930) ist besonders erwähnenswert, weil er gemeinsam mit 80 Studenten eine Widerstandsgruppe bildete, um den Kommunismus zu beseitigen. Am 5. April 1951 zum Tode verurteilt, wurde er im Oktober 1951 zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Zwei seiner Freunde wurden wenig später hingerichtet. Ende Oktober 1956 floh er dann aus einem Gefängnis, am 5. November ging er nach Österreich, wenig später in die Schweiz.

Die Fragebögen, die nicht repräsentativ sind und insgesamt 210 Flüchtlinge erfassen, darunter 34 Frauen, zeigen, daß die Hälfte der Emigranten aus Furcht vor Repressalien wegen aktiver Teilnahme am Aufstand Ungarn verließ. Die Hälfte sieht im Systemwechsel von 1989 eine „großartige Leistung“ (S. 157), viele sind allerdings skeptisch, weil ihrer Meinung nach immer noch „gewendete“ Kommunisten das Sagen

37 Vgl. György Dalos, Die ungarische Fußballkatastrophe von 1954, in: Ders., Ungarn – Vom Roten Stern zur Stephanskronen, Frankfurt a.M. 1997, S. 17-30; Rudolf Oswald, Emotionale „Volksgemeinschaften“. Das „Wunder von Bern“ 1954 als Rundfunkereignis in Ungarn und Deutschland, in: Frank Bösch/Manuel Borutta (Hrsg.), Die Massen bewegen. Medien und Emotionen in der Moderne, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 369-386; Peter Kasza, 1954 – Fußball spielt Geschichte. Das Wunder von Bern, Bonn 2004.

38 Vgl. Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ehrhart Neubert, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni in der deutschen Geschichte, Bremen 2004, S. 435 f.

hätten. Weitere Fragen, die kritische Perspektiven auf die neue Heimat zeigen, zeigen letztlich, daß knapp 89 Prozent der Befragten wieder die Schweiz als Fluchtland wählen würden.

Wie das Buch veranschaulicht, verbergen sich hinter großen historischen Ereignissen individuelle Lebensgeschichten, Erinnerungen und Wahrnehmungsmuster, die nicht selten einander widersprechen.³⁹ Viele Erinnerungen und Biographien sind seit 1956 publiziert worden, auch 2006 kamen einige hinzu. János Paál etwa, ein 1916 in Budapest geborener Jude, berichtet in von einem aufregenden Leben; Erinnerungen an die Horthy-Zeit, die Besetzung durch die Deutschen, die Pfeilkreuzer, Vergewaltigungen der Freundin durch die sowjetischen „Befreier“ und schließlich eine Involvierung in den Rajk-Prozeß 1949⁴⁰ und eine anschließende Haftzeit seiner Ehefrau ebenso wie die 56er-Revolution. Die Brutalität und Herzlosigkeit der kommunistischen Machthaber schildert der Psychoanalytiker Paál in wenigen Worten. Nach vier Jahren erhielt er als erstes Lebenszeichen seiner Ehefrau einen Anruf. Eine ihm unbekannte Stimme teilte mit, „ich könnte meine Frau am kommenden Sonntag Vormittag in der zentralen Sammelhaftanstalt besuchen. Keine Uhrzeit, keine weiteren Angaben, der Anrufer legte sofort wieder auf. Sonntag früh fuhr ich schon in die Gyűjtő [...] Als ich dem Wachposten erklärte, weshalb ich gekommen bin, schickte er mich auf die andere Straßenseite, dort solle ich warten. Es vergingen Stunden in glühender Hitze Schließlich kam ein Mann in Uniform auf mich zu und forderte mich auf, ihm zu folgen“ (S. 140). Das Gespräch mit seiner Ehefrau, die weit von ihm entfernt saß, dauerte zehn Minuten. Seine Frau verhielt sich souverän, als „wäre sie der Besucher aus der Freiheit“ (S. 140). Nach dem Einmarsch der Russen verließen sie beide Budapest und Ungarn – seine Ehefrau gehörte zum Umfeld von Imre Nagy.

Der bereits mehrfach erwähnte ungarische Historiker und Direktor des Budapester Instituts für die Geschichte Ungarischen Revolution von 1956, János M. Rainer, legte 1996/99 eine zweibändige Biographie Imre Nagys vor, die als verdichtete populäre Zusammenfassung 2002 erneut herauskam (und die anschließend auch auf polnisch, russisch und 2006 auf deutsch). Diese packend geschriebene politische Biographie Nagys zeichnet anschaulich den Lebensweg des Kommunisten der ersten Stunde zum unfreiwilligen Märtyrer der Revolution nach. Sie ist mehr als eine Lebensbeschreibung. Das Buch ist ein ergreifender Beitrag zur Geschichte des europäischen Kommunismus. Rainer erhellt die Biographie mit allen verfügbaren Quellen ungarischer, rumänischer und russischer Provenienzen. Im Ersten Weltkrieg in russische Gefangenschaft geraten, wurde Nagy 1920 Mitglied der Bolschewiki, kam 1921 nach Ungarn zurück und flüchtete 1930 erneut für 15 Jahre nach Rußland. Dort wurde er 1936 – im selben Jahr erhielt

39 Als oral history-Beitrag besonders hervorzuheben: Zsuzsanna Kőrösi/Adrienne Molnár, *Mit einem Geheimnis leben. Die Schicksale der Kinder der Verurteilten von 1956*, Herne 2005.

40 Siehe dazu auch als neuere, außerordentlich wichtige Dokumentation Bernd-Rainer Barth/Werner Schweizer (Hrsg.), *Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa*, Bd. 1: Gefängnisjahre 1949-1954, Berlin 2005, Bd. 2: Asyl in Ungarn 1954-1957, Berlin 2007.

er die sowjetische Staatsbürgerschaft – aus der Partei ausgeschlossen, überstand aber die „Säuberungen“ unbeschadet und erwarb 1939 erneut die Parteimitgliedschaft. Wie „wohl ausnahmslos“ (S. 52) alle Parteiemigranten arbeitete er für die sowjetische Geheimpolizei. Ein vom KGB erstelltes „Wolodja-Dossier“ „wurde dagegen mit Sicherheit erst nach 1989 zusammengestellt – eindeutig in der Absicht, die Symbolgestalt der ungarischen demokratischen Wende zu desavouieren“ (S. 52).

Imre Nagys schneller politischer Aufstieg ab 1944/45 war dem Umstand geschuldet, daß die als verlässlich geltende kommunistische Kaderriege in Ungarn nur wenige hundert Personen umfaßte. Sein Nimbus in der ungarischen Gesellschaft hing mit dem Umstand zusammen, daß er ab Sommer 1953 als Gegenspieler des ungarischen Stalin Mátyás Rákosi in Erscheinung trat. In Nagys erster Amtszeit als Ministerpräsident kam es zur Überprüfung der kommunistischen Terrorurteile bis 1953, ebenso setzte eine allmähliche Verbesserung der soziale Lebenswirklichkeit ein.⁴¹ 1955 ist Nagy nochmals von Rákosi und dessen Getreuen gestürzt worden. „Es war der Augenblick, in dem der Parteioptionelle Imre Nagy ‚geboren wurde‘“ (S. 110). Nagys von der Bevölkerung 1956 geforderte Inthronisierung erwies sich zunächst als herbe Enttäuschung. Er blieb den Parteifloksen treu und redete an den Massen vorbei. Die Revolution begann am 23. Oktober, erst ab dem 28. Oktober sagte Nagy, was das Volk begehrte. „Jetzt betrug sein Rückstand hinter der wechselnden öffentlichen Stimmung ‚nur noch‘ einige Stunden“ (S. 143). Am Morgen des 4. November wandte er sich via Radioansprache ein letztes Mal an die Ungarn und bezeichnete das Vorgehen Moskaus als „Angriff auf unsere Hauptstadt“ (S. 158). Sein Biograph zeichnet diese rasante Entwicklung des Kommunisten zum Reformkommunisten und schließlich Verfechter der ungarischen Unabhängigkeit eindrucksvoll nach. Er vergißt auch nicht die Rückschläge in dieser Entwicklung. Als Nagy am 4. November in die jugoslawische Botschaft flüchtet, nimmt er nur Kommunisten und deren Familien mit. Die Nichtkommunisten in seiner Regierung und seinem Umfeld „vergißt“ er. „Es war nicht Imre Nagy, der 1956 das revolutionäre Ungarn gestaltet hat, sondern er wurde diesem in einem langsamen Prozeß immer ähnlicher, bis beide tatsächlich zu Synonymen wurden“ (S. 163). Nicht zuletzt deshalb mußte er sterben. Die Hinrichtung am 16. Juni 1958 folgte nicht den Direktiven Moskaus, dort hätte man mit anderen Lösungen leben können. János Kádár, der Ungarns Gesckicke von der Niederschlagung der Revolution an bis 1988 als mächtigster Mann in der Hand hatte, befand über den Ausgang des Geheimprozesses (S. 174). Nach der Urteilsverkündung am 15. Juni 1958 gegen 17 Uhr bekam Imre Nagy vom Richter die Frage gestellt, ob er um Gnade bitten wolle. Nagy erklärte: „Ich glaube, die Zeit wird kommen, daß in diesen Fragen [...] Recht gesprochen werden kann. Ich glaube, daß ich

41 Vgl. auch János M. Rainer, Der „Neue Kurs“ in Ungarn 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u.a. 1999, S. 71-92; ders., Ungarn 1953-1956. Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung, in: András B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000, S. 137-217.

das Opfer eines schwerwiegenden Irrtums, eines Justizirrtums bin. Ich möchte nicht um Gnade bitten“ (S. 189).

Der Systemsturz in Ungarn 1989 hing mit der Erinnerung an Imre Nagy eng zusammen, eine Erinnerung, die nicht ohne Mythenbildungen auskam. In fast allen Büchern wird auf den Kádárismus eingegangen, der sich zunächst bis 1963 in einer harten Vergeltungspolitik zeigte, dann im so genannten „Gulaschkommunismus“ mündete und Ungarn zur „fröhlichsten Baracke im Ostblock“ werden ließ. In seinem Aufsatz „Ungarn im Schatten der Sowjetunion 1944 bis 1990: Determinanten und Spielräume“ im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2006 bezeichnet János M. Rainer János Kádár als „Archetyp des idealen Partners für die poststalinistische Führung der Sowjetunion“ (S. 85) Wichtig schien allein der Umstand, daß es nicht noch einmal zu „1956“ käme und Ungarn dem Warschauer Pakt treu bleibe. Andreas Schmidt-Schweizer arbeitet in seinem Aufsatz „Der Kádárismus – das lange ‚Nachspiel‘ des ungarischen Volksaufstandes“ in dem Sammelband *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung* (S. 161-187) diesen ambivalenten Prozeß heraus und sieht in der ungarischen Entwicklung bis 1989 eine permanente Antwort auf die Revolution von 1956.

Nicht wegen 1956, sondern wegen der Phase ab 1963 gilt János Kádár noch heute in Ungarn vielen als wichtigster Politiker des 20. Jahrhunderts. Wie tief die Gesellschaft gespalten ist, zeigte sich Anfang Mai 2007, als rechtsradikale Vandalen das Grab von Kádár und seiner Ehefrau schändeten und die sterblichen Überreste des Ehepaares entwendeten. Um eine sachliche, abwägende, die Widersprüche der Biographie offen legende Darstellung bemüht sich der Biograph Roger Gough in seinem die ungarische Zeitgeschichte gleichsam umspannenden Werk *A Good Comrade*. Es analysiert, wie Kádár Kommunist wurde, sich als stalinistischer Politiker mit Blut befleckte (Rajk-Prozeß), selbst ins Räderwerk der kommunistischen Verfolgungsmaschinerie geriet, 1956 schwankte, zum unbarmherzigen Gegenspieler Nagys avancierte und schließlich ab Mitte der 1960er Jahre, wenn auch aktiv an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ beteiligt, vorsichtige und halbherzige Reformen zuließ und initiierte, die Ungarn farbenfroher als andere Ostblockstaaten erschienen ließen.

Árpád von Klimó hat in seinem Einführungswerk die ungarische Zeitgeschichte einer systematischen Analyse unterzogen. Dieses Buch könnte schnell zum Referenzwerk avancieren, nicht nur, weil es ein auf deutscher Sprache kaum vergleichbare Publikationen gibt, sondern auch deshalb weil es in einem anschaulichen Stil Ungarns kommunistische Gesellschaftsgeschichte aus der nationalen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert ebenso erklärt, wie der Autor die ungarische Gegenwart mit ihren aus der Vergangenheit herrührenden Hypothesen in den Blick nimmt. In Klimós bemerkenswertem Buch nimmt die Revolution von 1956 jenen Fixpunkt ein, ohne den die ungarische Entwicklung bis 1989 und darüber hinaus weder erklärbar noch verständlich ist.

4. Das Krisenjahr in Polen und der DDR

Auch in anderen kommunistischen Staaten hatte die Krise seit 1953 und die Eingeständnisse auf dem XX. KPdSU-Parteitag zu Erschütterungen geführt.⁴² Direkt in die ungarischen Vorgänge involviert waren – mit je eigenen Akzentsetzungen – Rumänien, Jugoslawien und auch China. Relativ unberührt blieb das Regime in der ČSSR, was sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre rächen sollte. Der „Prager Frühling“ war eine späte Antwort auf die poststalinistische Krise. Noch anders lagen die Dinge in Polen. Dort kam es 1968-70 zu einer offenen Gesellschaftskrise, aber die Unruhen im Juni 1956 in Posen und der polnische Oktober mit der gegen den Willen Moskaus erfolgten, aber auf einem relativ breiten gesellschaftlichen Konsens beruhenden Inthronisierung Władysław Gomułkas als Parteichef war eine Voraussetzung für den Ausbruch der ungarischen Revolution.⁴³ Erinnert sei daran, daß die erste Demonstration der Budapester Studierenden nicht nur innenpolitische Forderungen erhob, sondern zunächst als Solidaritätsmanifestation für die polnischen Reformbestrebungen angelegt war. János Tischler geht in seinem Beitrag „Warschau – Budapest 1956“ in *Krisenjahr 1956* darauf ein und zeigt, wie die polnische Gesellschaft Anteil an den Vorgängen in Ungarn nahm und wie zugleich Gomułka als Machtpolitiker agierte. Immer wieder trat er für die ungarischen Reformbestrebungen ein, setzte sich aber ab dem 4. November den von sowjetischen Panzern geschaffenen Tatsachen nicht entgegen und versuchte so, den „polnischen Weg“ zu verteidigen. Der Mord an Nagy durch das Kádár-Regime ist intern vom polnischen Politbüro scharf abgelehnt worden, öffentlich vertrat auch Gomułka den offiziellen ungarischen Standpunkt. Paweł Machcewicz zeichnet in dem Studienband *1956. European and Global Perspectives* in seinem Beitrag „The Polish 1956“ (S. 141-165) in klaren Linien die polnische Entwicklung 1956 nach und betont, daß die 56er Ereignisse in Polen von der Bedeutung und Nachhaltigkeit nur mit den 1980 einsetzenden Entwicklungen vergleichbar seien. In den Posener Unruhen im Juni 1956, bei denen mindestens 73 Menschen ums Leben kamen (S. 149), sieht er einen sozialen Protest, der sich zugleich gegen die sowjetische Vorherrschaft und für die Freiheit Polens erhob. Die Ablehnung des Kommunismus basierte auch in Polen auf harten Repressionserfahrungen. Bis 1955 sind über 8.000 Menschen zum Tode verurteilt worden, weitere 20.000 Menschen verstarben in Haft und Arbeitslagern. Auf dem Höhepunkt des Terrors in Polen, 1952, waren etwa 50.000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert (S. 154). Nach 1956 entschärfte sich der Terror, die Geheimpolizei ist verkleinert

42 Vgl. etwa zu Rumänien: Vladimir Tismaneanu, *Stalinism In All Seasons. A Political History of Romanian Communism*, Berkely u.a. 2003, S. 107-167; oder zu Bulgarien: R. J. Crampton, *Bulgaria*, Oxford 2007, S. 327-351.

43 Zu den Debatten im polnischen Politbüro siehe auch: Gerd Kaiser, Aleksander Kochański, „Mit dieser Masche kommt ihr nicht durch [...]“ Die gesellschaftliche Krise 1956 – nach Sitzungsprotokollen des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, September 2006, S. 125-146.

worden (S. 156).⁴⁴ Ein Fazit von Machcewicz lautet: „Despite the differences of opinion among historians, it is unquestionable that 1956 marks the end of the phase of large-scale mass terror and ideological mobilization in Poland“ (S. 163). Mit Chalmers Johnson sieht er für die nachfolgende Entwicklungsphase eine „modification of ideology by reality“ (S. 163).

Michał Głowiński schildert in seinem Beitrag „Der Oktober 1956 – Die große Öffnung“, abgedruckt in *Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte* (2006, S. 119-131), in persönlich gehaltenen Reflexionen, wie dynamisch das polnische Jahr 1956 war, und daß für ihn und viele andere „1956“ bedeutete, der Kommunismus sei nicht zu verbessern, „habe, wenn du ein anständiger Mensch sein willst, nichts mit ihm zu tun“ (S. 128)! Daß der 56er Gomułka bald von „1956“ nichts mehr wissen wollte und eine andere Politik vertrat, überraschte den Autor nicht. Die Entfremdung zwischen kommunistischen Machtpolitikern und polnischer Gesellschaft setzte sich nach 1956 fort, so wie sie vor 1956 bestanden habe.

Im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2006 schreibt Łukasz Kamiński über „Das Jahr 1956 in Niederschlesien“ (S. 140-152). Exemplarisch zeigt er die aufwühlende Atmosphäre auf, die aus polnischer Sicht an die Vorgeschichte und Geschichte des „17. Juni 1953“ erinnert. Polen war „nur einen Schritt von einer antikommunistischen Revolution entfernt“ (S. 151). Obwohl eine antikommunistische Grundstimmung in der Gesellschaft vorherrschend war, blieb eine Revolution aus. Es habe an Institutionen und Führungspersonlichkeiten gefehlt. Gomułka ging es lediglich um „eine Korrektur der kommunistischen Machtausübung. Er mißbrauchte somit das Vertrauen der Gesellschaft zur allmählichen Befriedung der Situation“ (S. 152). Kardinal Wyszyński, der 1953 inhaftiert worden war und im Oktober 1956 frei kam, habe anders als Kardinal Mindszenty zur Ruhe aufgerufen, wodurch die Revolution ausgeblieben sei. Das scheint eine überzogene These, weil der tatsächliche Einfluß Mindszentys auf die ungarischen Ereignisse begrenzt blieb und eine andere Position Wyszyńskis wiederum nur im spekulativen Raum Platz für Interpretationen läßt.

Der Polonist Heinrich Olschowsky⁴⁵ erinnert in *Inter Finitimos* unter der Überschrift „Gemeinsame Erinnerung an 1956“ (S. 132-141) daran, daß auch für die DDR „1956“ ein bedeutungsvolles, zäsursetzendes Jahr bedeutete. Es zeige, wie eng die Geschichte der kommunistischen Staaten Europas zusammenhänge. Weil die SED-Führung im Gegensatz zu anderen Ostblockstaaten ihrer Politik nach dem XX. Parteitag prinzipiell treu blieb, war 1956 die Gefahr, daß Walter Ulbricht seinen Posten verlieren oder gar einer neuer Aufstand die SED-Diktatur beseitigen würde, relativ gering. Der Prozeß der „inneren Staatsgründung“ ist 1956 kaum gefährdet, in der Folge von 1956 hingegen

44 Vgl. dazu v.a. Antoni Dudek/Andrzej Paczkowski, Poland, in: Krzysztof Persak/Łukasz Kamiński (Hrsg.), *A Handbook of the Communist Security Apparatus in East Central Europe, 1944-1989*, Warschau 2005, S. 221-283.

45 Vgl. auch Hans Henning Hahn/Heinrich Olschowsky (Hrsg.), *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*, Berlin 1996.

verstärkt und intensiviert worden.⁴⁶ Dabei war die Situation kompliziert genug, auch in der DDR schien die Gesellschaftskrise mit den Händen greifbar, zumal sich die soziale Notlage und die permanent schlechte Versorgung als Ausgangspunkte politischer Unruhen eigneten.⁴⁷

Der von Karl Eimermacher und Astrid Volpert herausgegebene voluminöse Studienband zeigt in 40 Beiträgen, daß die ostdeutsche Geschichte ohne die Berücksichtigung der sowjetischen Politik nur unzureichend verstanden werden könnte. Dieses Buch stellt für die Forschung eine wahre Fundgrube dar, lädt vielfach zu Debatten ein, hebt unbekannte Details aus den Archiven und analysiert das ostdeutsch-sowjetische Beziehungsgeflecht auf ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen. Herausgekommen ist ein buntes und spannendes Kaleidoskop einer spezifischen, weithin singulären kommunistischen Beziehungsgeschichte. Jörg-Uwe Fischer zeigt in seinem Beitrag „Der Tod Stalins. Trauer und Gedenken im Programm des DDR-Fernsehens 1953-1956“, welche absonderlichen Früchte der Stalin-Kult in der DDR trug. Mit dem XX. KPdSU-Parteitag war auch in der DDR der Kult beendet, gleichwohl fand bis zum Ende des SED-Regimes keine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Stalins statt. Die harsche Ablehnung des Films „Die Reue“ 1987, wie Fischer betont, und das Verbot einiger Ausgaben sowjetischer Zeitschriften 1988/89 zeugen davon.

Die bedeutendste Neuerscheinung, die sich mit den Wirkungen des XX. Parteitages der KPdSU, den Vorgängen in Polen und der ungarischen Revolution auf die DDR-Gesellschaft beschäftigt, hat Guntolf Herzberg vorgelegt. In seinem voluminösen Buch hat er kenntnis- und materialreich die als „Revisionismus“ gebrandmarkten innerparteilichen Auseinandersetzungen 1956/58 analysiert. Es ist nicht so sehr ein neuer Befund, der dieses Buch heraushebt, sondern die Gesamtschau auf Vorgänge, die zumindest die Partei und ihre internen Kritiker bis zum Untergang des SED-Staates wesentlich prägten und beeinflussten. Es geht bei Herzberg um Staatsfeinde wider Willen, ob sie nun Harich, Janka oder Loest⁴⁸, Havemann, Vieweg, Bloch⁴⁹, Behrens oder Crüger hießen. Auch wenn sich Herzberg ausschließlich auf die Parteiintelligenz konzentriert, erfaßt er damit dennoch eine zentrale Säule gesellschaftlicher Debatten in der DDR 1956/58.

46 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Die innere Staatsgründung. Von der gescheiterten Revolution 1953 zur verhinderten Revolution 1961, in: Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, Berlin 2005, S. 341-378.

47 Vgl. dazu ders., Zwischen Hoffnungen und Krisen: Das Jahr 1956 und seine Rückwirkungen auf die DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S. 15-33; sowie ders., Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, S. 167-215.

48 Vgl. Erich Loest, Prozeßkosten. Bericht. Göttingen 2007; sowie: „Sie haben uns ins Messer laufen lassen.“ Interview mit Erich Loest, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 431-436.

49 Vgl. auch Jürgen Jahn, Ernst Bloch im Visier der Staatssicherheit. Der Operative Vorgang „Wild“, in: Francesca Vidal (Hrsg.), Heimat in vernetzten Welten. Bloch-Jahrbuch 2006, Mössingen-Talheim 2006, S. 153-206.

Die parteiinternen Kritiker seien weder objektiv noch subjektiv Feinde des SED-Staates gewesen, sie strebten gesellschaftliche Veränderungen im kommunistischen Rahmen an und hätten nicht versucht, ihr Denken in Handeln umzusetzen. Ihre Kritik war von Nicht-Handeln geprägt, die SED habe sich „ihre“ Opposition selbst geschaffen, der Sozialismus war 1956 nicht in Gefahr, auch Ulbrichts Herrschaft nicht.⁵⁰ Leider hat Herzberg die Prozeß- und MfS-Akten nicht ausgewertet, denn diese parteiinternen Kritiker erhielten ihre historische Bedeutung nicht zuletzt durch die drakonischen Haftstrafen des Regimes. So bleibt eine genaue wissenschaftliche Analyse dieser „Revisionisten-Prozesse“ nach wie vor ein Desideratum der Forschung.⁵¹

Siegfried Prokop, anders als der einstige Bürgerrechtler Herzberg bis zum Untergang des SED-Staates diesem als Professor für DDR-Geschichte eng verbunden, stellt in seinem materialreichen Buch *1956 – DDR am Scheideweg* ebenfalls die gesellschaftskritischen Debatten innerhalb der Intelligenz dar. Das Buch verdient Beachtung, weil Prokop eine Fülle Details insbesondere zur so genannten Harich-Gruppe zusammentrug und so ein erheblich genaueres Bild zu zeichnen vermag als bislang bekannt. Prokop sieht in den parteiinternen Kritikern Oppositionelle, ohne sich – anders als Herzberg – mit diesem in der Forschung viel diskutierten Begriff auseinander zu setzen. In Prokops Lesart gab es 1956 reale Möglichkeiten, den Ulbricht-Sozialismus zu reformieren und so einen „demokratischen Sozialismus“ in der DDR zu etablieren. Der Autor überträgt seine ideologische Weltsicht in die Geschichtsanalyse und versucht zu suggerieren, wenn damals ein demokratischer Kommunismus möglich gewesen sei, so müsse dies für die Zukunft ebenso gelten.⁵²

Auch ein zweites Buch, das Siegfried Prokop herausgab, ist dieser Ideologie verpflichtet. In *Zwischen Aufbruch und Abbruch* kommen insgesamt 18 Autoren zu Wort, die – bis auf eine Ausnahme – dem SED-Geschichtsbild verpflichtet waren und es in Lehre und Forschung mitformulierten. Die Aufsätze widmen sich einzelnen Aspekten der DDR-Gesellschaft, wobei Fragen aus dem Umkreis der Hochschulen, der Wirtschaft und des Rechts dominieren. Obwohl im einzelnen interessante empirische Befunde angeboten werden, dominiert eine Wagenburgmentalität, so daß dieses Buch mehr über die gegenwärtigen Standorte der Autoren aussagt als über die historischen Sachverhalte. Das kann man bereits daran erkennen, daß die Autoren – wie Prokop in

50 Anders hingegen Johanna Granville, Ulbricht in October 1956: Survival of the Spitzbart during Destalinization, in: *Journal of Contemporary History* 41 (2006), S. 477-502.

51 Allein der Harich-Janka-u.a.-Prozeß und der Lucht-Loest-Schroeder-Kossuth-u.a.-Prozeß umfassen jeweils über 80 Bände Ermittlungs- und Prozeßakten. Insgesamt kommen etwa 20 sogenannte Revisionisten-Prozesse für eine historische Analyse in Frage. Zum historischen Hintergrund siehe Karl Wilhelm Fricke, DDR-Unrechtsjustiz im „politischen Tauwetter“. Zur Manipulation politischer Strafprozesse nach der 3. Parteikonferenz der SED, in: *Deutschland Archiv* 40 (2007), S. 40-49.

52 Mit dieser vergleichsweise moderaten These unterscheidet er sich erheblich, geradezu wohltuend von einigen seiner früheren Kollegen (wie Kurt Gossweiler), die immer noch in der ungarischen Revolution einen „faschistischen Putschversuch“ sehen. Vgl. Der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn 1956, in: *offen-siv. Zeitschrift für Sozialismus und Frieden*, November/Dezember 2006, S. 51-81.

seiner Monographie – vorrangig Autoren aus dem eigenen politischen Umkreis zitieren bzw. sich auf deren Arbeiten berufen und so eine eigene Art von Zitierkartell bedienen. Günter Wirth, der über Kirchen- und CDU-Politik schreibt, stellt eine Ausnahme dar.

Von anderer Qualität ist die Dokumentation von Werner Fritsch und Werner Nöckel, die beide Mitte der 1950er Jahre in Jena Geschichte studierten. Sie drucken 200 Dokumente ab, davon behandeln knapp drei Viertel die Ereignisse und Folgen von 1956 an der Universität Jena. Hinzu kommt eine 100seitige informative Einführung durch Fritsch sowie ein ausführlicher Erinnerungsbericht von Nöckel, der 1958 zu 3,5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Publikation spiegelt exemplarisch die damaligen politischen Debatten an der Universität Jena, sie zeigt unterschiedliche Reformbestrebungen und zugleich die Abwehrmechanismen von SED und MfS. Diese Dokumentation bekräftigt Herzbergs These, daß die Reformer keine Staatsfeinde waren, sondern von SED und MfS zu diesen gemacht wurden. Das Buch stellt eine sinnvolle Ergänzung zu einem voluminösen Sammelwerk zur Geschichte der Universität in der DDR.⁵³

Wie unterschiedlich die Reaktionen 1956 in der DDR ausfielen, schildert bewegend Dietrich Garstka. Er berichtet von einer 12. Klasse in Storkow, die in Gedenken der getöteten ungarischen Freiheitskämpfer zweimal den Unterricht mit Schweigeminuten beginnen läßt. Die gesamte Klasse beteiligt sich daran. Unerwartet fallen die heftigen Reaktionen des Staates aus. Nicht nur die örtlichen Funktionäre und das MfS schalten sich ein, auch der Volksbildungsminister Fritz Lange übernimmt in dem Drohszenarium eine entscheidende Rolle. Die Schulklass, kurz vor dem Abitur stehend, wird kurzerhand aufgelöst. Die Suche nach den „Rädelsführern“ bleibt erfolglos, weil die Klasse auf eine bewundernswerte Weise zusammenhält. Mit Zunahme des Drucks flüchten 16 von 20 Schülern in den Westen. Später folgen einige Lehrer und Eltern. Dieses Buch erzählt von einer Diktaturwirklichkeit und einem Diktaturalltag, der in den großen Erzählungen viel zu oft zu kurz kommt. Es ist ein lebendiges Erinnerungsbuch, das weit mehr über die Diktaturrealität aussagt als viele gelehrte Abhandlungen, die sich in Theorien und Abstraktionen verlieren. Es zeigt auf eine mikrokosmische Art, daß die Rede von der „Bedeutungslosigkeit des Jahres 1956“ für die DDR, das politische System, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die politische Kultur und nicht zuletzt für die Bevölkerung theoretisch verfehlt und empirisch grundlos ist.⁵⁴

5. Die gescheiterte Revolution in der siegreichen Revolution: 1956-1989

Der Umbruch im kommunistischen Europa 1989/91 war mit dem „Wiederbeginn der Geschichte“ (Ralf Dahrendorf) und der „Rückkehr der Geschichte“ eng verbunden.

53 Vgl. Uwe Hoßfeld/Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hrsg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Universität Jena (1945-1990), 2 Bde., Köln u.a. 2007.

54 Vgl. Mary Fulbrook, „Entstalinisierung“ in der DDR. Die Bedeutung(slosigkeit) des Jahres 1956, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 35-42.

Symbolisch wie kaum ein anderes Datum steht dafür der 16. Juni 1989. Acht Jahre zuvor hatten Agnes Heller und Ferenc Fehér in ihrem Buch über die ungarische Revolution geschrieben: „Wer wollte mit Sicherheit voraussagen, daß es nicht doch einmal ein Staatsbegräbnis für Imre Nagy in Budapest geben wird? Und sollte die Stadt es erleben und ihr Ministerpräsident findet letztlich Ruhe an einem Ehrenplatz, dann können kaum mehr Zweifel bestehen, welche Parolen auf den Transparenten des Volkes stehen werden, das ihn begleitet.“⁵⁵ 1989 geschah das Unmögliche – der Zusammenbruch des Kommunismus hatte eine weitere symbolische Zäsur erfahren. Der Biograph von Imre Nagy, der Historiker János M. Rainer, war es übrigens, der die Liste der Hingerichteten recherchiert hatte, die am 16. Juni 1989 vor 200.000 Kundgebungsteilnehmern in Budapest verlesen wurde.

Es existiert eine Vielzahl von Ereignissen, die in der Gesellschaft lebendig blieben und nach 1989 öffentlich revitalisiert wurden. Beispiele aus der Sportgeschichte spielen dabei eine besondere Rolle. Die zwei Siege des ČSSR-Teams gegen UdSSR bei der Eishockey-Weltmeisterschaft 1969 in Schweden gehören in Tschechien etwa dazu. In der DDR spielt das legendäre Fußballspiel zwischen Wismut Karl-Marx-Stadt und dem 1. FC Kaiserslautern mit Fritz Walters Jahrhunderttor am 6. Oktober 1956 im Leipziger Zentralstadion eine besondere Rolle. Dieses Spiel hat aber nie die fast mythische Verehrung des Spiels der ungarischen Wasserballer bei den Olympischen Spielen in Melbourne gegen die sowjetische Auswahl erfahren. Sie symbolisierten geradezu alles, was das Jahr 1956 charakterisiert hatte: Boykotte, martialische Gebärden, Unversöhnlichkeiten, Solidarität, Vergebung. Barbara Keys analysiert in dem Sammelband *1956. European and Global Perspectives* anschaulich diese „Olympiade“ als Abbild des Jahres 1956. Auch die ungarischen Wasserballer von 1956 werden im Kampf um die Deutung der Vergangenheit und die Hoheit über die Gegenwart von verschiedenen politischen Seiten instrumentalisiert.⁵⁶

Die Aktualität des Jahres 1956 zeigt sich auch in der Literatur. Viele Romane, Erzählungen und Gedichte haben literarisch die Ereignisse verarbeitet. Drei unterschiedliche Beispiele mögen dies belegen. Da wäre zunächst *Eine sträflische Satire* von Sándor Fekete (1927-2001), ein Zeitdokument von besonderem Rang. Der Autor hat sie 1957-58 verfaßt, ist 1959 u.a. wegen dieses unveröffentlichten Manuskriptes zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt worden und hat das Buch komplett erstmals 1995 publiziert. Die Satire ist von einem fiktiven sowjetischen Berater Iwan Grosnyi (Iwan der Schreckliche) verfaßt worden in Form eines Nachschlagewerkes. Dieses Buch ist nicht nur vergnüglich und aufklärerisch, es fängt auch den damaligen Zeitgeist trefflich ein.⁵⁷

55 Agnes Heller/Ferenc Fehér, Ungarn '56. Geschichte einer antistalinistischen Revolution, Hamburg 1982, S. 187.

56 Vgl. Peter Kasza, Volksaufstand im Schwimmbad, in: Der Tagesspiegel vom 23. Oktober 2006, S. 3; ders., Der Mythos vom Blutspiel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Dezember 2006, S. 34.

57 Das viel später verfaßte Buch von Péter Zihaly erinnert an Feketes Band, vgl. Péter Zihaly, Die letzte Fenstergiraffe. Ein Revolutions-Alphabet, Berlin/Frankfurt a.M. 2004.

Eine Kostprobe, der Begriff „Absolute Wahrheit“: „Eine selbstverständliche Wahrheit, die so offensichtlich ist, daß sie nicht bewiesen werden muß.“ Als Beispiel führt der Autor ein Zitat aus einer ungarischen Tageszeitung vom 16. Juni 1957 an, in der der Präsident der Akademie der Wissenschaften mit folgenden Worten zitiert wird: „Die Sache der ungarisch-sowjetischen Freundschaft war in der Tat auch bisher Sache des ungarischen Volkes. Die konterrevolutionären Ereignisse 1956 haben dies auch all jenen bewiesen, für die es bisher noch nicht offensichtlich war.“ Diese ätzende Satire läßt das Lachen oft genug im Halse stecken bleiben, etwa wenn der „Gürtel“ in seinen verschiedenen Funktionen beschrieben wird, darunter auch als Folterinstrument, oder „Sand“ als besonders geeigneter Untergrund in Umerziehungslagern charakterisiert wird. Dieses Buch ist für das Zeitverständnis unentbehrlich. Der Roman *Engelsfuz* von István Kerékgyártó (geb. 1953) ist auch eine Satire. Darin wird die kommunistische Zeit mit den Augen eines Kindes betrachtet. Das geschieht mit großer Gelassenheit. Gerade diese verleiht dem Buch eine hohe Authentizität, denn der Autor rechnet nicht ab, sondern beschreibt einen Alltag, der seine eigene Endlichkeit demonstriert. Kerékgyártó gelingt das Kunststück, eine Normalität zu zeichnen, die sich nicht in Beliebigkeit auflöst und den Raum der Handlung nicht austauschbar erscheinen läßt. Das dritte Beispiel stammt von István Eörsi (1931-2005). Sein Roman *Im geschlossenen Raum* schließt an die „Erinnerungen an die schönen alten Zeiten“ (1991) an. Eörsi, der nach der Revolution zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat sich in seinem essayistischen Werk kritisch mit dem Umgang des Revolutionserbes nach 1989 auseinandergesetzt.⁵⁸ *Im geschlossenen Raum* geht es um die ungarische Gesellschaft im Kommunismus. Die Kraft des Buches besteht darin, die vielen Seiten vom Leben in einer kommunistischen Gesellschaft aufzuzeigen und dabei das eine wie das andere, etwa das Widerstehen wie das Mitmachen, als zwei Seiten der selben Medaille nahe zu bringen. Es ist ein Buch, das einen nicht mehr losläßt.

Die drei Beispiele zeigen exemplarisch, die Beschäftigung mit Vergangenheit ist kein exklusives Thema einer bestimmten Profession. Historische Debatten sind oft Auseinandersetzungen mit Gegenwartsbezügen. Historische Re-Konstruktionen haben von ihrer Profession her zwar vor allem Historiker zum Hauptgegenstand ihrer Arbeit gemacht, aber tatsächlich kommt von ihnen nur ein Teil, wahrscheinlich sogar nur ein sehr geringer, dessen, was Gesellschaften zur Selbstvergewisserung als Geschichte, als Geschichtsbilder annehmen, verteidigen, verwerfen und immer wieder aufs Neue diskutieren.

Der Untergang des Kommunismus, der sich unterschiedlich zutrug, aber als Ganzes gesehen revolutionär beseitigt wurde, stand in allen kommunistischen Staaten in einem engen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Wiederaneignung der eigenen Vergangenheit als Ausgangspunkt einer antiutopischen Revolution zum Zwecke der Wieder-

58 Vgl. István Eörsi, Die Beerdigung der Revolution, in: Ders., Der rätselhafte Charme der Freiheit, Frankfurt a.M. 2003, S. 70-77.

herstellung der bürgerlichen Gesellschaft und einer selbstverwalteten Vergangenheit.⁵⁹ Die Überwindung der kommunistischen Geschichtsbilder und -interpretationen war mit einer Neubewertung zentraler historischer Ereignisse verbunden, die nunmehr, nach 1989, als zentral für das nationale (und oft auch europäische) Geschichts- und Selbstverständnis aufgewertet wurden.⁶⁰ Im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2006 zeigt Árpád von Klimó in einem anregenden und die Geschichtskultur kritisch beleuchtenden Beitrag „1956‘ – Nationale Geschichtskultur, Erinnerungspolitik und private Erinnerung während Ungarns ‚Systemwechsel‘ 1989“ sehr genau auf, welche Rolle „1956“ beim Systemumbruch spielte und wie seither unterschiedliche politische Kräfte miteinander ringen, als *wahre* Sachverwalter der ungarischen Revolution anerkannt zu werden.

Der Journalist Joseph Pozsgai geht in seinem Essay *Der Preis der Wende. Gorbatschows Masterplan für den Systemwechsel* auf die Aufstände gegen den Kommunismus ein und verbindet Vergangenheit, Geschichte und Gegenwart in einem Interpretationsgeflecht, das man nicht teilen muß, das aber durchaus interessante Details enthält. Seine zentrale These lautet, daß außerhalb Deutschlands eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht einfach ausblieb, sondern staatlich regelrecht unterdrückt wurde, damit die alten kommunistischen Eliten das Wirtschaftsvermögen der jeweiligen Staaten ungehindert unter sich aufteilen konnten. Das fiel ihnen wiederum leicht, weil dieser Raub unter Duldung und Teilnahme der westlichen Mächte, allen voran den USA, geschah. Knapp zusammengefaßt sei dies *Gorbatschows Masterplan* gewesen. Diese These ist überzogen, aber daß in vielen postkommunistischen Staaten eine dubiose Aufteilung der Volkswirtschaft erfolgte und niemand recht erklären kann, wie es dazu eigentlich kam, ist wiederum weithin unumstritten.⁶¹

In einem großangelegten Aufriß gehen 18 Autoren der Frage nach, welche Rolle „Geschichte“ im Transformationsprozeß spielt. In dem von Helmut Altrichter herausgegebenen Band *GegenErinnerung* werden dazu Länderstudien zu etwa 15 Staaten vorgestellt.⁶² Ungarns geschichtspolitischer Weg war kein singulärer, sondern ein spezi-

59 Vgl. dazu Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas. 1980-1990, München/Wien 1990.

60 Vgl. exemplarisch Krzysztof Ruchniewicz, Juni und Oktober 1956 im Geschichtsbild der polnischen Gesellschaft, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 406-414; Stefan Troebst, Am Anfang des GULag-Gedächtnisses. Das Jahr 1956 und Europas aktuelle Erinnerungskonflikte, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 19-26; Andreas Pribersky/Berthold Unfried (Hrsg.), Symbole und Rituale des Politischen. Ost- und Westeuropa im Vergleich, Frankfurt a.M. 1999 (u.a. mit drei Beiträgen zu Ungarn sowie je einem zu Slowenien und Tschechien/Slowakei, S. 137-205); Ilko-Sascha Kowalczyk, Qualmende Vergangenheit. Zur Debatte um die SED-Diktatur, in: Vorgänge 45 (2006) 176, S. 108-125.

61 Differenzierter die ungarische Entwicklung darstellend Ignác Romsics, Es war einmal ... Ungarns Aufbruch zur Demokratie, Herne 2006.

62 Als Ergänzung zu diesem Werk sei auf folgenden, ebenso beeindruckenden Band hingewiesen: Alojz Ivanišević/Andreas Kappeler/Walter Lukan/Arnold Suppan (Hrsg.), Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, Wien/Frankfurt a.M. 2002.

fischer.⁶³ Die informativen Beiträge zeigen dies anschaulich auf. Mit einem Gedanken aus Helmut Altrichters Einführung soll dieser Literaturessay enden, weil er prägnant die Bedeutung von Vergangenheit und Geschichte beim Untergang des europäischen Kommunismus zusammenfaßt, womit zugleich die Beschäftigung mit „1956“ charakterisiert ist und fast alle vorgestellten Publikationen – direkt oder indirekt – zum Ausdruck bringen: „Obwohl der Anteil der Geschichte, von Gegenerinnerungen, von konkurrierenden Geschichtsbildern unterschiedlich ausfiel, eine quantité négligeable waren sie nirgends. Das konnte bei Regimen, die sich selbst ‚historisch‘, mit dem Verweis auf die ‚Weltgeschichte‘ legitimierten und zudem allesamt eine bewegte Geschichte hinter sich hatten, kaum anders sein. Ihre Beseitigung verlangte zudem nach einer historischen Neupositionierung, die der neugewonnenen Unabhängigkeit und nationalen Selbstbestimmung Ausdruck und Begründung gab“ (S. XVII).

63 Vgl. auch Mathias Richter/Inka Thunecke (Hrsg.), *Metamorphosen der Utopie. Rückblicke und Ausblicke nach Europa, Mössingen-Talheim 2005* (mit Beiträgen zu Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn aus der Sicht von einstigen Dissidenten).

Sammelrezension:

Rechtsextremismus in Deutschland und Europa

Von Thomas Grumke

Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006 (*Hamburger Edition*), 344 S.

Frank Lauenburg, *Skinheads und die Gesellschaftliche Rechte*, Marburg 2006 (*Tectum*), 110 S.

Georg Christoph Berger Waldenegg/Francisca Loetz (Hrsg.), *Führer der extremen Rechten*, Zürich 2006 (*Chronos*), 198 S.

Ronald Wintrobe, *Rational Extremism. The Political Economy of Radicalism*, Cambridge 2006 (*Cambridge University Press*), 286 S.

Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.), *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Berlin 2006 (*Karl Dietz*), 225 S.

Eine Sammelrezension ist dann eine undankbare Aufgabe, wenn sich herausstellt, daß die alle vom gleichen Thema handelnden Bücher tatsächlich nur wenig miteinander gemein haben: im Anspruch, im Ansatz, in der Qualität und im Selbstverständnis. Aus diesem Grund erfolgt eine asymmetrische Sammelrezension, zumindest was den Umfang und die Würdigung der einzelnen Bücher angeht.

Der von dem Soziologen Andreas Klärner und dem Politikwissenschaftler Michael Kohlstruck 2006 herausgegebene Band vereint elf Beiträge mehr oder weniger junger Wissenschaftler – oder besser: Personen, die (noch) nicht zur wissenschaftlichen C- (bzw. W-) Besoldungs-Schickeria gehören – zum Themenbereich Rechtsextremismus. Die Abhandlungen sind aus einem Symposium am Hamburger Institut für Sozialforschung vom August 2003 hervorgegangen.¹ In ihrer ausführlichen Einleitung geben die beiden Herausgeber den obligatorischen kurzen Überblick über Begriffe und Forschungsentwicklung. Klärner und Kohlstruck sehen das Phänomen Rechtsextremismus auf zwei Ebenen: „einmal als diskursive Konstruktion und zum anderen als soziale bzw. politische Praxis“ (S. 14). Positiv fällt an dieser Stelle auf, daß die Herausgeber sich gegen ein „Primat der Verhinderung“ aussprechen und statt eines undifferenzierten „Kampfes gegen rechts“ ein wertaktives Eintreten für Demokratie und freiheitliche Gesellschaft fordern. Sie gelangen ferner zu der mittlerweile als Standard geltenden Beschreibung des Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung und tragen damit der Komplexität und Modernität des Phänomens Rechnung.

Der Hauptteil fächert sich in drei thematische Kapitel mit jeweils drei oder vier Artikeln: Bewegung und Gegenbewegung; Strategien, Akteure und Parteien; Szenezu-

¹ Siehe auch den Tagungsbericht von Janina Söhn, unter: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-04/1-04tagung-soehn-d.htm>.

gang, Selbst- und Rollenbilder. Den Anfang macht Klärner mit einer dichten Beschreibung der rechtsextremen Bewegung in einer ostdeutschen Mittelstadt. In dieser Lokalstudie – ein Ausschnitt aus Klärners soeben abgeschlossener Dissertation – werden die „Transformation der Aktionsformen der rechtsextremen Szene und die politischen Bewußtseinsformen der Szeneangehörigen“ (S. 47) untersucht. Der Autor arbeitet eine Erweiterung des Repertoires der Aktionsformen in den 1990er Jahren heraus. Im Lichte zunehmender Gegenmobilisierung zur Jahrtausendwende fand ein Schwenk von intensivem Galthandeln hin zu einer „taktischen Zivilisierung“ statt. Für den Rechtsextremismus neue, bewegungsförmige und zivile Aktions- und Protestformen (Demonstrationen, Mahnwachen, Initiativen) werden immer professioneller genutzt, um die soziale Ächtung, der Rechtsextremismus nach wie vor in Deutschland unterworfen ist, zu überwinden. Klärner macht überzeugend deutlich, daß hierdurch ein Spannungsfeld zwischen „Milanz und Bürgerlichkeit“ geschaffen wurde, das die rechtsextreme Szene, die nach wie vor mit Drohungen und dem Umsturzversprechen operiert, nicht auflösen kann. Ebenso wichtig ist die Feststellung, daß mit einer Zivilisierung der Formen keineswegs eine Entradikalisierung der Ideologie verbunden ist: Feindbilder und politische Ziele bleiben davon unberührt. Ob die taktische Zivilisierung deshalb nur eine Episode bleibt? Die Stärke von Klärners Text liegt darin, daß es ihm gelingt, Befunde aus seiner akribischen Lokalstudie überzeugend zu verallgemeinern und so Erkenntnisse zur Modernisierung des Rechtsextremismus insgesamt zu gewinnen. Weitere Studien dieser Art wären eine Bereicherung für das Forschungsfeld.

Der Marburger Soziologe Fabian Virchow widmet sich der für die rechtsextreme Szene bedeutsamen Demonstrationspolitik. Virchow gelingt es, dieses zentrale Element der Bewegungsförmigkeit des deutschen Rechtsextremismus zu erhellen. Seine detaillierte Analyse von Demonstrationen zwischen 1997 und 2003 zeigt, daß die stetig steigende Anzahl von Aufmärschen eine intendierte Wirkung nach innen und nach außen hat: Es geht zum einen darum, ein „Emotionskollektiv“ des nationalen Widerstandes zu schaffen und zum anderen darum, die fundamentale Opposition zum politischen System und zum politischen Gegner öffentlich zur Schau zu stellen. Anhand des Fallbeispiels „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel arbeitet der Autor schön die von der extremen Rechten etablierte Tradition eigener Erinnerung heraus. Des Weiteren ist Virchows Analyse darin überzeugend, daß sich die nicht selten von fremdenfeindlichen Ressentiments geprägte Alltagskultur in verschiedenen deutschen Landstrichen zu dem rechtsextremen Bewegungsmilieu verhält, wie „die sichtbare Spitze eines Eisbergs zu ihrem unter Wasser liegenden Rest“ (S. 100). Einziger Wermutstropfen dieses ansonsten hervorragenden Beitrags ist die unsystematische Verwendung der Begriffe Neofaschismus, Rechtsextremismus und Neonazismus, die wahllos durcheinander gebraucht werden. Warum dies so ist, bleibt das Geheimnis Virchows und der Herausgeber.

Henning Flad, Politikwissenschaftler von der Europa-Universität Viadrina, befaßt sich mit der Bedeutung des Handels mit Musik im Rechtsextremismus. Er sieht Musik als wichtigstes Mittel zur Verbreitung rechtsextremer Ideologie, was er aber nicht weiter empirisch erhärtet. Sehr kenntnisreich gibt Flad Einblicke in die rechtsextreme Ökono-

mie. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß diese zwar eine wichtige Stellung als Knotenpunkte innerhalb der rechtsextremen Bewegung zukommt, mit dem Vertrieb von Musik aber keine nennenswerten Gewinne erzielt werden können. Auch diese Einschätzung ist umstritten. Sie belegt Flad nur mit wenigen offenen Quellen – ein Umstand, der nicht dem Autor anzulasten ist, ihn aber von letztgültigen Aussagen abhalten sollte.

Jana Klemm, Rainer Strobl und Stefanie Würtz stellen zur Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur die Ergebnisse einer von ihnen an der Universität Bielefeld in den Jahren 2000 bis 2002 durchgeführten Studie vor.² Die Autoren reflektieren die Erfahrungen von zwei ostdeutschen Kleinstädten im Umgang mit Rechtsextremismus und zeigen, welche zentrale Rolle der Rahmung (framing) des Problems und der lokalen politischen Kultur zukommt. Um es deutlich zu sagen: Diese sehr verdienstvolle systematische Untersuchung zu den Bedingungen erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Handelns für eine demokratische Stadtkultur gehört auf den Tisch politisch Verantwortlicher aller Ebenen. Eine erfolgreiche Aktivierung erfordert, so die Autoren, eine an die Bürger anschließfähige Rahmung und ein moderierendes Vorgehen der Vorreiter in der Kommune. Die politische Kultur ist dabei ein zentraler Kontextfaktor für den Verlauf des Rahmungsprozesses und nur das Modell einer pluralistischen Gesellschaft.

Im ersten Beitrag des zweiten Teils untersucht Rainer Erb, Soziologe am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, den Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers am Beispiel des Neo-NS-Urgesteins und Dauerdemonstranten Christian Worch. In dem ihm eigenen hemdsärmlichen Stil, aber auch in der ihm eigenen hohen Sachkenntnis, ermöglicht Erb einen nüchternen – und aus Sicht von Worch ernüchternden – Blick auf das Phänomen des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, wenn er diesen einen „Anführer von Verlierern“ nennt, „denen er in keiner Weise helfen kann“ (S. 176). Im Vordergrund stehe der Selbstbezug und die Selbstinszenierung, zu der immer neuer Nachwuchs rekrutiert werden muß. Leider bleibt die Frage, ob diese Selbstreflexivität für den rechtsextremen Bewegungsunternehmer per se typisch ist, ebenso unbeantwortet wie die Frage, was dieser Befund nun für die rechtsextreme Bewegung insgesamt bedeutet. Muß man sich mit diesen „Losern“ denn überhaupt beschäftigen? Doch weist Erb auf einen relevanten Sachverhalt hin, wonach die rechtsextreme Jugendszene bis heute kein Modell des Alterns entwickelt habe. Was macht ein rechtsextremer Skinhead, wenn er die 30 überschritten hat? Hierzu wäre eigene Forschung angezeigt.

Die Politikwissenschaftlerin Uta Döring analysiert den Begriff der „national befreiten Zone“ und kommt zu dem Ergebnis, daß diesem von außen wesentlich höhere konzeptionelle und reale Substanz zugeschrieben wird als von der rechtsextremen Szene selbst. Nach einer akribischen Untersuchung der Begriffsrezeption und der internationalen Bezugspunkte gelangt Döring zu dem Schluß, daß der Begriff zwar medienwirk-

2 Vgl. Rainer Strobl/Stefanie Würtz/Jana Klemm, Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Weinheim/München 2003.

sam, analytisch jedoch unfruchtbar sei. Sie weist sogar nach, daß nach einem Erlahmen der szeninternen Debatte über „national befreite Zonen“ Mitte der 1990er Jahre diese erst durch die externe Berichterstattung wieder in Gang kam. Döring unterscheidet sehr zu recht zwischen der rechtsextremen Strategiedebatte und tatsächlich existierenden Angstzonen, die nur im konkreten lokalen Kontext begriffen und bearbeitet werden können. Die Lektüre dieses Textes hätte einer Reihe von Kommentatoren während der im Frühjahr 2006 nach entsprechenden Äußerungen von Karsten-Uwe Heye zum Teil hysterisch geführten Debatte gut zu Gesicht gestanden.

Die Bielefelder Soziologin Sonja Kock referiert in ihrem Beitrag über die gesellschaftlichen Ursachen der Wahlerfolge der Republikaner anhand von zwei Hochburgen in Baden-Württemberg die Ergebnisse ihrer im Jahre 2002 fertiggestellten Magisterarbeit. Obwohl der Studie nach dem völligen Einbruch der Republikaner in den letzten Jahren ein eher historischer Charakter anhaftet, kommt der geneigte Leser auch im Jahre 2006 noch auf seine Kosten. So weist Kock überzeugend nach, daß sozioökonomische Krisen und Strukturveränderungen keine hinreichende Erklärung für rechtsextreme Wahlerfolge bieten. Da die Republikaner sowohl in strukturell starken wie schwachen Regionen Wahlerfolge erzielen konnten, erlaubt erst ein Blick auf die Parteienlandschaft, die lokal dominierenden Milieus und die politische Kultur eine tiefergehende Ursachenanalyse. Kock benennt die Existenz eines Arbeitermilieus ohne Bindung an die Sozialdemokratie und die Furcht, den erreichten Wohlstand wieder zu verlieren (also relative Deprivation) als wichtige Komponenten für einen Wahlerfolg der Republikaner. Wie Kock zu Recht anmerkt, ist ein Merkmal-Katalog von rechtsextremen Hochburgen notwendig, um ihre Befunde über den Fallstudiencharakter hinaus fruchtbar zu machen. Zwischen der Hochburg der Republikaner im ländlichen Baden-Württemberg und zum Beispiel der NPD-Hochburg in Sachsen bestehen gravierende Unterschiede, die hervorragenden Stoff für eine vergleichende Studie bieten würden.

Den dritten Abschnitt eröffnet die Jenaer Pädagogin Christine Wiezorek mit einem Beitrag zur Biographieanalyse. Wiezorek kann anhand einer konkreten Biographie einerseits zeigen, wie identitätsstiftend Gewalthandeln und rassistische Ideologie wirken. Andererseits wird die Wichtigkeit von Gelegenheitsstrukturen einer rechtsextremistischen Szene deutlich, die den übergeordneten Sinnzusammenhang bereit stellt. Biographieforschung ist somit das ergänzende Pendant der Bewegungsforschung und ermöglicht es, die Hinwendung zur rechtsextremistischen Szene nicht allein als Kette von bewußten Entscheidungen zu begreifen. Vielmehr – und darauf hatte schon Erb hingewiesen – werden von Rechtsextremisten nicht selten eigene Unzulänglichkeiten („Leerstellen in der Identitätsentwicklung“) verarbeitet. Doch dieser Befund hinterläßt Ratlosigkeit und die Frage, was wohl zu tun bzw. wie und womit diese „Leerstellen“ freiheitlich-demokratisch zu füllen seien. Ebenfalls biographieanalytisch nähert sich Michaela Köttig dem Thema Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus. Der Soziologin von der Universität Göttingen geht es vorrangig um die Entwicklungen, die junge Frauen sich der rechtsextremistischen Szene zuwenden lassen und um die Erfahrungen, die sie hier machen. Auf der beindruckenden Basis von knapp 40 narrativ-biographischen In-

terviews von rechtsextremistischen Mädchen und jungen Frauen zwischen 13 und 22 Jahren kommt Köttig zu dem Ergebnis, die Ausdifferenzierung weiblicher Rollenmodelle oder die frauenspezifische Umsetzung kollektiver Grundmuster seien kein leitendes Motiv für die Hinwendung zum Rechtsextremismus. Vielmehr fällt nach Köttig – da die Eltern zumeist nicht als verlässliche Bezugspersonen angesehen werden – der Wahrnehmung der Großeltern eine zentrale Rolle zu. So werden die Aktivitäten der Großmütter entpolitisiert, die politischen Funktionen der Großväter als Orientierung gewählt und die Großeltern im nachhinein von ihren Enkelinnen als NS-Helden verherrlicht. Ein komplexes Forschungsfeld, das die Autorin in dem Artikel leider nicht in adäquater Breite darstellen kann.³

Oliver Geden, Kulturwissenschaftler von der HU Berlin, widmet sich in seinem Beitrag der Thematisierung von Männlichkeit in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Geden stellt die relevante Frage, warum gerade rechtsextremistische und -populistische Parteien für Männer eine so hohe Anziehungskraft haben. Auf der Basis von Analysen zweier parteinaher Zeitungen und Gruppendiskussionen mit Funktionären des Rings Freiheitlicher Jugend stellt Geden fest, daß Parteien wie die FPÖ in der Lage sind, im Zuge von gesellschaftlichen Modernisierungen für Männer auftretende Verunsicherungen (Stichwort „Krise des Mannes“) aufzugreifen und diese durch eine spezifische Männlichkeitskonstruktion zu nutzen. Es ist Gedens Verdienst, die Instrumente der Gender-Forschung für die Rechtsextremismusforschung nutzbar gemacht zu haben. Obgleich er mit seiner Studie ein neues Forschungsfeld öffnet, erliegt Geden nicht der Versuchung, daraus den Schluß zu ziehen, in seiner Arbeit den Grund per se für die Attraktivität rechtsextremistischer Parteien für Männer herausgearbeitet zu haben.⁴

Den Band beschließt ein Beitrag von Michael Kohlstruck und Anna Verena Münch (Ethnologin am Berliner Wissenschaftszentrum) zum Phänomen rechtsextremistischer Jugendgewalt. Die Autoren untersuchen am Beispiel des Mordes an Marinus Schöberl die Bedeutung einer „Kultur der Männlichkeit“ und die Glorifizierung von Gewalt und Alkohol in der maskulinen Szene der jugendlichen Täter. Die Frage wird aufgeworfen, inwieweit überhaupt ideologische oder politische Motive bei derartigen Gewalttaten eine Rolle spielen und eine polizeiliche Registrierung als „politisch motivierte Gewalttat rechts“ dem Sachverhalt gerecht wird. Kohlstruck und Münch fordern von Sozialwissenschaftlern, die staatliche Kategorisierung als „rechtsextremistisch“ nicht ungeprüft zu übernehmen, sondern die Taten nach ihrer Handlungslogik zu differenzieren. Insbesondere sei zu fragen, ob zielgerichtetes politisches Handeln vorliege oder eher situatives vom (maskulinen) Machtdrang ausgehendes Handeln. Im Fall Schöberl liege ein ausgrenzender und grausamer „Extremismus im Sozialverhalten“ vor, jedoch keine politische Tat. Deshalb wird von den Autoren gefordert, „Kriterien und Begründungen

3 Vgl. dazu aber Köttigs Dissertation: Michaela Köttig, Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen, Gießen 2004.

4 Vgl. auch Oliver Geden, Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung, Opladen 2004.

zu entwickeln“, die „die Sozialwissenschaften in eigener Autonomie verantworten“ (S. 336). Dieser Ausarbeitung kann mit großer Spannung entgegen gesehen werden.

„Moderner Rechtsextremismus in Deutschland“ ist ein Beispiel dafür, daß die Heterogenität der Beiträge auch eine Stärke sein kann. In diesem Fall zeigt sich die hervorragende Breite und Interdisziplinarität der Rechtsextremismusforschung. Eine Reihe von Autoren hat mittlerweile Qualifizierungsarbeiten zum Thema Rechtsextremismus veröffentlicht oder bereitet diese vor. In diesem Zusammenhang wird bei der Durchsicht des Bandes nicht zuletzt augenfällig, daß der Qualität und Quantität der Rechtsextremismusforschung in Deutschland keine adäquate Struktur gegenübersteht. So existiert nach wie vor keine Professur für Rechtsextremismusforschung, von einem interdisziplinären Institut ganz zu schweigen, das dem Forschungsgegenstand angemessen wäre. So wird ein Teil der in diesem Band versammelten jungen Wissenschaftler in Ermangelung angemessener Forschungs- bzw. Arbeitsplätze mittelfristig der Rechtsextremismusforschung verlorengehen. In Zeiten, wo viel von „Leuchttürmen“ und „Clusters of Excellence“ die Rede ist, muß konstatiert werden, daß schon vorhandene Exzellenz, wie sie in diesem Sammelband zutage tritt, keinen zentralen institutionellen Platz in der deutschen Wissenschaft hat. Bleibt zu hoffen, daß zumindest Symposien wie das Hamburger eine regelmäßige Einrichtung werden.

Während ein junges Lebensalter und gute Rechtsextremismusforschung sich – wie gezeigt – nicht ausschließen, ist es umgekehrt auch keine Garantie dafür. Letzteres gilt leider für das vom 23jährigen Frank Lautenberg vorgelegten Bändchen „Skinheads und die Gesellschaftliche Rechte“. Auch nach der Lektüre der 110 Seiten bleibt unklar, worauf der Autor mit seiner Publikation hinauswill. Das Buch krankt schon daran, daß Lautenberg wichtige Standardwerke zum Thema Skinheads einfach ignoriert und sich auch nicht die Mühe macht, zentrale Begriffe zu klären. So spricht er von einer nebulös bleibenden „Rechten“. Der von ihm neu eingeführte Begriff der „gesellschaftlichen Rechten“ beliebt vollkommen unscharf und wird auch nicht konsequent angewandt. Insgesamt hätte der Veröffentlichung eine genaue Durchsicht gut getan; und sei es nur, um die Rechtschreibfehler und die immer wieder entnervenden Bandwurmsätze zu beseitigen. Als Fazit gedachte Sätze wie: „Wenn die Rechte kein Interesse mehr daran zeigt, Skinhead sein zu wollen, dann können die wahren Skinheads wieder freier atmen“ (S. 101) bringen leider, wie das gesamte Buch, keine neuen Erkenntnisse.

Der von G. C. Berger Waldenegg und Francisca Loetz herausgegebene (und wohl aus einer Tagung hervorgegangene) Band soll prüfen, wie Führerfiguren des autoritären Nationalismus in der Nachkriegshistoriographie ihrer jeweiligen Länder dargestellt werden. Diese Leitfrage ist insofern für die Rechtsextremismusforschung interessant, als sich nicht selten Rechtsextremisten auch heute noch auf diese Personen bzw. ihre Schriften beziehen oder sogar einen Personenkult betreiben. Besonderen Reiz bekommt das Buch, da hier nicht nur sattsam erforschte „Größen“ wie Hitler und Mussolini berücksichtigt werden, sondern auch weniger bekannte Männer (und es sind – wenig überraschend – durchweg Männer) wie der Norweger Vidkun Quisling und der Niederländer Anton Adriaan Mussert.

Nach einer Einführung in die Probleme der Biographik (Lutz Niethammer) wird die Figur Adolf Hitlers in der Historiographie der DDR (Pia Nordblom) und Österreichs (G. C. Berger Waldenegg) untersucht. Es stellt sich heraus, daß in beiden Fällen Hitler kaum als Teil der eigenen Geschichte begriffen wird. Während der „Führer“ in der DDR eher als Marionette des Großkapitals und daher als Problem des kapitalistischen Westdeutschlands galt, wurde das Landeskind in Österreich weitgehend als „Produkt Deutschlands“ gesehen, mit dem man sich deshalb nicht im Rahmen der eigenen Geschichte beschäftigen muß.

Wie Lutz Klinkhammer beschreibt, liegt der Fall Mussolini in Italien anders. Hier steht eine sich der antifaschistischen Linken verpflichtet fühlende Historiographie einer Geschichtsschreibung gegenüber, die versucht, den „Duce“ aus dem Schatten Hitlers – und damit des Holocaust – zu führen und so als großen Italiener retten zu können. Denn, wie Jörn Leonard in seinem Beitrag über Pétain richtig schreibt, die Biographik dieser nationalistischen Führer ist immer auch mit der Auseinandersetzung mit der Rolle des eigenen Landes im Zweiten Weltkrieg verknüpft. Und so bedurfte es auch in Frankreich der Stimulation von ausländischen Forschern, um eine kritische Sicht auf Pétain als Teil der französischen Geschichte anzustoßen. Demgegenüber stehen Rehabilitationsversuche des Lagers um den Front National, die zu einer neuen Pétain-Apologik, „welche die Frage nach Ausmaß und Charakter der individuellen Verstrickung in ein Unrechtsregime auszublenden suchte“ (S. 125), beitrugen.

Eine solche Entwicklung vollzog sich in Großbritannien in der Rezeption Oswald Mosleys nicht. Wie Sandra Schiller zeigt, galt Mosley nach dem Zweiten Weltkrieg als Verräter, der einer unbritischen politischen Idee anhing und mit dem die Beschäftigung kaum lohnt: eine „historische Marginalexistenz“ (S. 151). Sogar Mosleys Sohn Nicholas erklärte in einem Interview: „I see clearly that while the right hand dealt with grandiose ideas and glory, the left hand let the rats out of the sewer“ (S. 159, FN 113). Noch vernichtender fällt das Urteil der Historiographie über die beiden letzten Männer aus: Anton Adriaan Mussert (Christoph Strupp) und Vidkun Quisling (Ralph Tuchtenhagen). Strupp sieht als einziger Autor eine neue Biographie seines Forschungsgegenstands nicht als Desiderat der Forschung, da die weitere Beleuchtung der Person des 1946 als Hochverräter hingerichteten Führers der „Nationaal-Socialistische Beweging“ trotz erkennbarer biographischer Defizite keinen weiteren Erkenntnisgewinn verspreche. Wie Ralph Tuchtenhagen anhand des ebenfalls nach dem Krieg als Hochverräter hingerichteten Quisling zeigt, kann auch eine an sich unbeeindruckende und politisch marginale Figur dann historiographisch interessant sein, wenn anhand ihrer Biographie gezeigt wird, daß der jeweilige „Führer“ gar nicht so isoliert von der jeweiligen Bevölkerung war. Und Quisling war nicht so unnorwegisch, wie es viele Norweger nach dem Krieg gerne dargestellt hatten.

Einen vollkommen anderen, wenngleich nicht weniger spannenden Ansatz, vertritt Ronald Wintrobe. Der Professor für Ökonomie an der University of Western Ontario will sich dem Phänomen des Extremismus aus der Sicht der modernen politischen Ökonomie nähern. Er geht davon aus, daß Extremisten mitnichten emotional und irrational,

sondern eindeutig rational handeln, Führer wie Anhänger. Unter Extremismus versteht der Autor allerdings: „a person or a group that uses extremist methods, such as violence or terrorism, to achieve its goals“ (S. 6). Auf diese Weise ist Wintrobe in der Lage, in seinem Buch divergente Phänomene von Ultrationalismus bis zum Jihad in seine Studie einzubeziehen. Obwohl das Buch – an der public choice-Theorie orientiert – mit schwer verdaulichen mathematischen Formeln und Graphen gespickt ist, ist auch denjenigen, die nicht daran glauben, daß soziale Aktion bzw. Interaktion schlüssig in Formeln ausgedrückt werden kann, die Lektüre des Buches empfohlen. Allein das Aufbrechen des vordergründig gegensätzlichen Paares Extremismus und Konformität ist sehr interessant, denn Wintrobe zeigt, daß sich die dezidiert nonkonforme Haltung der Extremisten nach außen in die Gruppe selbst hin zu einer extremen Konformität hin wandelt.

Der Autor geht von folgenden Prämissen aus: Das Verlangen nach Gruppensolidarität und sozialer Interaktion entspricht einem fundamentalen Verlangen des Menschen. Solidarität kann erzeugt und erhalten werden durch Hürden des Einstiegs (entry) und des Ausstiegs (exit) sowie gemeinsamer Überzeugungen. Teilnahme in einer Gruppe ändert immer das Verhalten von Individuen. Wenn Menschen einer extremistischen Gruppe auf der Suche nach Solidarität beitreten, sind diese sehr weitgehend bereit, sich den Überzeugungen der Gruppe anzupassen. Wenn Personen also rigide Ansichten nur übernehmen, weil andere in der Gruppe sie haben, tendieren sie sogar dazu, diese Ansichten dann noch rigider zu vertreten. Und diese Überzeugungen werden dann nicht durch rationale Argumente veränderbar, sondern nur, wenn die Personen, wegen der die rigiden Ansichten anfangs übernommen wurden, diese auch ändern. Wintrobe erklärt hieraus, daß Globalisierung Extremismus geradezu reproduziert, da es unter heutigen Bedingungen immer schwieriger ist, Solidarität über Hürden des Einstiegs und des Ausstiegs sowie gemeinsamer Überzeugungen herzustellen.

Als Gegenstrategie empfiehlt der Autor die „carrott and stick“-Methode. Während diese Ansätze bislang zumeist isoliert angewandt wurden („carrott“ = der Blick auf die Ursachen des Extremismus und das Bemühen, Extremisten eine Alternative zu bieten; „stick“ = Verfolgung, Bestrafung), sollen nach Wintrobe die „Karotten“ den Anhängern angeboten werden und der „Stock“ den Anführern vorbehalten sein. Es ist also nicht notwendig, die „true believers“ anzusprechen, sondern es reicht, die Anhänger aus den Gruppen herauszubrechen. Hier sieht Wintrobe den Staat in der Pflicht, Solidarität zu „produzieren“ und so den Kern des Extremismus, die unteilbare interne Konformität und Solidarität, anzugreifen: „to make the indivisible divisible“ (S. 255). Konkret empfiehlt der Autor das Vorhalten von Sozialprogrammen sowie die Stärkung von Menschen- und Bürgerrechten. Dies erinnert an den überzeugenden Ansatz von Wilhelm Heitmeyer, der ähnlich von Anerkennungsbilanzen spricht.⁵

5 Vgl. nur Kirsten Endrikat/Dagmar Schäfer/Jürgen Mansel/Wilhelm Heitmeyer, Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 37-58.

In der Tat bekommt jede Gesellschaft erhebliche Probleme, wenn Extremisten die größten Anbieter von Solidarität werden. Da, wie Wintrobe schön zeigt, vor allem Tyrannen keine Solidarität erwarten können, sind hier die Gelegenheitsstrukturen von Extremisten bereits sehr gut. Daß nun Staaten, die sich im „Kampf gegen den Terror“ besonders hervortun, gerade tyrannische Regime unterstützen, ist in diesem Zusammenhang – gelinde gesagt – kontraproduktiv.

Der von Peter Bathke und Susanne Spindler herausgegebene Band „Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa“ ist aus einer u.a. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament organisierten Konferenz hervorgegangen. Wie bei Sammel- und Konferenzbänden leider nicht unüblich, divergiert die Qualität und auch die Stoßrichtung der Beiträge erheblich. Deskriptive Äußerungen stehen neben wissenschaftlichen Berichten auf der Höhe der aktuellen Forschung, auf die ich mich an dieser Stelle vor allem konzentriere. Der Ton (der ja bekanntlich die Musik macht) wird gleich beim ersten Satz des Vorworts gesetzt, wo es heißt: „Der Neoliberalismus vollzieht seit Jahrzehnten als aktuelle Entwicklungsphase des Kapitalismus einen Siegeszug, der nicht nur die fortgeschrittenen Industriegesellschaften betrifft, sondern im Begriff ist, den letzten Winkel der Erde seiner zerstörerischen Marktradikalität zu unterwerfen“ (S. 9). Dies Sorge nicht nur für ein „gesellschaftliches Klima [...], woran rechtsextremes Gedankengut anschlussfähig“ sei. Es wird vermutet, daß die „politischen und gesellschaftlichen Eliten“ dazu bereit seien, Rechtsextremisten zu tolerieren, „da diese in der Lage scheinen, sozial Schwache und Deklassierte in Schach zu halten und deren Ängste politisch zu kanalisieren. Der Rechtsextremismus könnte dem Neoliberalismus so als Spielart der Politik des Kapitals nutzen, vorerst noch als ein ‚Schmuddelkind‘, für das man sich in der Öffentlichkeit schämt, ohne die Verwandtschaft wirklich leugnen zu können“ (S. 9). Ab hier wird der Begriff Neoliberalismus nicht mehr weiter definiert und es bleibt offen, ob diese Auslassungen von den einzelnen Autoren geteilt werden. Eine Definition des Begriffs Rechtsextremismus sucht der geneigte Leser an dieser Stelle vergebens.

Im ersten Beitrag führt Christoph Butterwegge statt dessen neue Begriffsdefinitionen von „alter“ und „neuer“ Rechter ein. Für ihn gibt es heute eine „alte Rechte“, die sich auf den völkischen Nationalismus stützt, „neurechts“ wären dagegen „Strömungen im Rechtsextremismus selbst wie auch politisch-ideologischen Grenzland zwischen diesem und dem Neoliberalismus zu bezeichnen, die Marktradikalismus mit Standortnationalismus kombinieren“ (S. 27). Statt fremder Länder, wie die „alte Rechte“, will die „neue Rechte“ also neue Absatzmärkte erobern. Leider verrät Butterwegge nicht, wer denn die Akteure dieser „neuen“ Rechten nun sind, womit dieser Begriff vollkommen im Nebel bleibt. Wenn Butterwegge ernsthaft die, wie er es nennt, „rechte Wertetrias“ verschoben sieht weg von „Führer, Volk und Vaterland“, hin zu „Markt, Leistung und Konkurrenzfähigkeit“ (S. 28), so verliert er sich entweder in Floskeln, oder er dehnt seinen Rechts(extremismus)begriff auf einen Großteil der Bevölkerung aus.

Auch Jean-Yves Camus konstatiert, der „Neofaschismus ist so gut wie tot“ (S. 35). Er konzentriert sich auf ein neues „national-liberales Modell“, das er im Sinne von Her-

bert Kitschelt versteht. Dessen Konzept einer „winning formula“ moderner Rechtsparteien besteht darin, daß diese in ihrer Programmatik neoliberale Elemente mit ethnozentristischen und autoritären Versatzstücken verbinden. Dadurch gelänge es ihnen, sowohl im Segment der niedriggebildeten, einfachen Arbeiterschaft als auch in Teilen des Mittelstandes Stimmen zu gewinnen.⁶ Nun hat gerade der oft als Paradebeispiel für diese These präsentierte Front National seine Programmatik weg von einer marktliberalen Position hin zu einer sozialprotektionistischen Politik verändert⁷, was Camus gar nicht berücksichtigt. Zu einer vertieften Analyse kommt er leider nicht.

Herbert Schui macht sich in seinem Beitrag dankenswerterweise die Mühe, den Begriff des Neoliberalismus anhand der Theorie Hayeks zu umreißen. Er geht der Frage nach, ob und wie sich der Neoliberalismus – und hier nennt auch Schui keine konkreten Akteure – Rechtsextremismus zunutze machen. Gemeinsamkeiten sieht der emeritierte Professor für Volkswirtschaftslehre und MdB der Linkspartei vor allem in einer Idee der „Aussiebung und Auslese“ (S. 52) und der „Unterwerfung“ (S. 54). Vor allem in Zeiten der Krise würde der Neoliberalismus eine Klebmasse benötigen, die Opposition verhindern soll und die dann notwendig sei, „wenn Tausch alleine nicht genug Integrationskraft hat“. An dieser Stelle würden sich die biologistischen Kategorien des Rechtsextremismus als eine solche Klebmasse anbieten: Apelle an Volk, Vaterland, Heimat, Standort Deutschland usw. Doch gerade wenn es in der Argumentation Schuis spannend wird und der Leser wenigstens von diesem ausgewiesenen Autoren eine tiefergehende Analyse erhofft, bricht der Beitrag abrupt ab.

Christina Kaindl sieht in westlichen Demokratien eine Krise der Repräsentation (nach Gramsci), die der extremistischen Rechten Lücken lassen würde, in die sie stoßen könne. Und obwohl in Deutschland Rechtsextremisten gegen Globalisierung und Hartz IV demonstrieren, würden sie den „neoliberalen Subjektanforderungen“ voll genügen und dessen „Formen der Ausgrenzung, Brutalisierung und Mobilisierung“, gerichtet gegen die „gesellschaftlich Marginalisierten“ (S. 73), voll mittragen können. Es ist Kaindl anzurechnen, daß sie sehr wohl erkennt, daß auch die Linkspartei von dieser Krise der Repräsentation profitiert. So fordert sie u.a. von dieser Partei, den Versuch zu unterlassen, das Nationale besetzen zu wollen oder für die „völlig aussichtslose Verteidigung des Nationalstaates gegen die Globalisierung“ einzutreten; denn dann „spielt sie [die Linke] in der Hälfte der modernen Nazis und bleibt immer in der Defensive“ (S. 74). Im Gegensatz zu Kaindl sieht Gerd Wiegelt, Referent der Linksfraktion in Bundestag, in Deutschland zutreffend die Bilanz einer „um neoliberale Elemente modernisierten extremen Rechten“ (S. 77) als äußerst mager. Wohltuend nüchtern konstatiert er, daß die neoliberale Form der Globalisierung einen Teil der Erfolgsbedingungen für Rechtsextremismus heute schafft; er verzichtet aber im Gegensatz zu anderen Autoren darauf,

6 Vgl. Herbert Kitschelt in collaboration with Anthony J. McGann, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995.

7 Vgl. Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich*, Wiesbaden 1996, S. 279 f.

Rechtsextremismus als willfähiges Werkzeug eines nicht weiter identifizierten Neoliberalismus darzustellen.

Nach kurzen Länderbeiträgen zu Österreich, Frankreich, Belgien und den Niederlanden folgt ein Text von Loic Wacquant, der sich um ein „neues“ liberal-paternalistisches System dreht, in dem die Armut bestraft würde, aber nicht um Rechtsextremismus. Zur Lektüre ausdrücklich empfohlen sind die nächsten drei Texte, die zu der Kategorie der wissenschaftlich fundierten gehören. Gudrun Hentges und Jörg Flecker stellen ihre im Rahmen der SIREN-Studie⁸ erlangten Ergebnisse vor. Leitfrage ist: Unter welchen Voraussetzungen können negative Erfahrungen in der Arbeitswelt dazu führen, daß die Beschäftigten mit ideologischen Angeboten der extremen Rechten sympathisieren? Die Autoren beantworten diese Frage überzeugend mit ja, obwohl kein direkter unmittelbarer Zusammenhang zwischen der sozialen Marginalisierung bzw. Arbeitslosigkeit einerseits und der Hinwendung zu Rechtsextremismus andererseits besteht (S. 143).

Klaus Dörre widmet sich der Frage, ob die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft eine rechtspopulistische Reaktion hervorruft. In Anlehnung an Robert Castels, den Dörre nur teilweise bestätigt, kommt der Autor zu drei Schlußfolgerungen: 1. Rechtspopulistisches Potential speist sich aus höchst unterschiedlichen Motiven und Interessenslagen. 2. Es besteht nur vereinzelt ein Zusammenhang zwischen Prekarisierung und Rechtspopulismus. 3. Nur eine Überanpassung an die Normen der Arbeitsgesellschaft bringt ausgrenzende Vorstellungen hervor. Bemerkenswert sind neben der konzisen Analyse die politischen Schlußfolgerungen. So schreibt er der Linken ins Stammbuch, diese solle nicht hinter der zum Beispiel von Eric Hobsbawm formulierten Erkenntnis zurückfallen, daß „die demokratische gegenüber der sozialen Frage einen Eigenwert besitzt“. Und weiter: „Die Tendenz zur Überanpassung an hegemoniale Normen läßt sich nicht dadurch außer Kraft setzen, daß man die Überanpassung an Gegennormen proklamiert!“ (S. 165). Dem ist nichts hinzuzufügen.

Nach einer Darstellung der weithin publizierten Ergebnisse der wegweisenden Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ durch Fichter, Stöss und Zeuner⁹ folgt auf die drei inhaltlichen Höhepunkte der Tiefpunkt mit der unwissenschaftlichen Tirade des Düsseldorfer Fachhochschulprofessors Wolfgang Dreßen. In Form eines Essays gelingt Dreßen auf wenigen Seiten ein totaler Rundumschlag gegen Staat, Gesellschaft und – natürlich – Ökonomie, der in dem Vorwurf gipfelt, Rechtsextremismus werde an keiner Stelle in Deutschland ernsthaft bekämpft, sondern nur medial verurteilt, wenn „man sich auf internationaler Ebene bei den Geschäften gestört fühlt“ (S. 185). Denn die Rechtsextremisten werden noch gebraucht, und zwar als „Kanonenfutter“ des Kapitalismus, der die Massen daran hindert „auf falsche Ideen zu kommen“ (S. 185), während neue Märkte erschlossen werden. Es ist erstaunlich, daß der Autor so viele Jahre auf einem von diesem – von ihm als unmenschlich und allen ethischen und moralischen

⁸ Vgl. www.siren.at.

⁹ Ich möchte an dieser Stelle auf die zahlreichen Reporte und die Studie selbst verweisen, unter: http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/_downl.htm.

Standards entledigt skizzierten – System finanzierten Lehrstuhl ausgehalten hat. Interessant wäre auch zu erfahren, was die Autoren (Frykman und Schell) des folgenden Beitrags über ihre hervorragende Arbeit bei der Opferberatung Brandenburg zu der Dif-famierung Dreßens zu sagen hätten. Sind auch sie nur Teil der Beruhigungsstrategie des neoliberalen Monsters, um so zu tun, als ob etwas gegen Rechtsextremismus unternommen werde, während es darum gehe, ungestört weiter neue Märkte zu erschließen?

Die Darstellung einer Großen Anfrage der Linksfraktion rundet den Band ebenso ab wie die Dokumentation einer Podiumsdiskussion und der Abdruck einer Resolution der neuen „Europäischen Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“.¹⁰ Insgesamt ist das von Bathke/Spindler herausgegebene Buch so heterogen wie die Masse der hier rezensierten Titel insgesamt. Neben der schon zitierten Mahnung von Dörre fällt die Bemerkung von Hentges/Flecker ins Auge, daß einer Ethnisierung sozialer Beziehungen und soziale Verwerfungen allgemein mit Appellen an die politische Korrektheit nicht beizukommen ist. Aber gerade daran krankt ein Teil des Bandes. Rechtsextremismus wird von den meisten Autoren dezidiert *nicht* als fundamentaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus einerseits und Global Governance andererseits gesehen,¹¹ sondern als Werkzeug eines immer nebulös und gesichtslos bleibenden Neoliberalismus, der zu allem fähig und zu allem bereit ist, seine allumfassende Machstellung zu erhalten und auszubauen. Schließlich ist nicht klar, was der Band sein soll: politische Kampfschrift, Selbstvergewisserung oder ein Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte.

10 Es ist unklar, ob die Initiative zu diesem Zeitpunkt (Juli 2007) noch existiert, da die angegebene Webseite (www.eiar.org) geradewegs auf die Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung führt.

11 Siehe aber Thomas Greven/Thomas Grumke, Globalisierter Rechtsextremismus? Rechtsextremismus in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006.

»Kontrovers besprochen«:

Die veränderte Republik

Von Lothar Bisky und Konstanze Kriesie (1)

Klaus Schroeder, Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Stamsried 2006 (*Ernst Vögel Verlag*), 767 S.

Wer sich tatsächlich durch die mehrere hundert Seiten Text gearbeitet hat, findet Anregungen aus zahlreichen Daten und verschiedenen Sichten – für Zustimmung wie Kritik im Detail und im Ganzen. Der enzyklopädische Anspruch läßt kaum ein Thema aus und behandelt auch keines hinreichend differenziert. Das zugrundeliegende politikwissenschaftliche Verständnis verläßt das historische Stadium der Sammler und Jäger selten. „Das vereinte Deutschland kann seine Kraft aus politischer und kultureller Vielfalt ziehen“ (S. 17), heißt es richtig. Selbst wenn man mit der Lupe liest, findet man das jedoch nicht belegt oder im Zusammenhang begründet. Man gewinnt den Eindruck, daß der Autor gelegentlich durch die Fülle des Materials, das sein Opus bewältigen soll, in die Knie gezwungen wird.

Das wiedervereinigte Deutschland hat die Geschichte *beider* Nachkriegsdeutschlands geerbt. Durch die einseitige Betrachtung vom gescheiterten Ende der DDR her, tappt der Autor bereitwillig in eine Denkfalle, die wir an einem kleinen Beispiel mit großen Folgen illustrieren. Im Kapitel „Zwischenfazit. Deutschland am Vorabend der Wiedervereinigung“ (S. 117-128) heißt es: „Während der westdeutsche Sozialstaat [...] am Solidar- und Äquivalenzprinzip orientiert war, Hilfe zur Selbsthilfe bieten sollte und viele Leistungen auf den Einzelfall, das Individuum bezog, zielte die SED-Sozialpolitik durch allgemeine Subventionierungen und institutionelle Arrangements auf das Kollektiv, indem die Menschen gemeinsam sozialisiert werden sollten. Eine besondere Rolle kam dabei den Betrieben zu, die von der Kinderbetreuung über ärztliche Versorgung, Feriendienst bis hin zur gemeinsamen Freizeitgestaltung der Belegschaft als Rundumfürsorgestelle fungierten“ (S. 120).

Ein Blick in die Geschichte der europäischen Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert würde dem Autor viel Aufschlußreiches über Betriebskindergärten, über das regionale Engagement von Unternehmen in Kultur und Sport, über Vergünstigungen für Betriebsangehörige und ihre Familien (Deputat, Siedlungsbau, Pensionskassen) erzählen. Bis heute formen die Hausbanken der süd- und westdeutschen Automobilindustrie Lebensmodelle des familiären Nestbaus und könnten demnach gleichfalls als Erzeuger recht uniformierter kollektiver Lebensweisen gelten. Früher wie heute ging und geht es um unternehmerische Bindungsstrategien gegenüber Fachpersonal. Auch in den Agenturen der digitalen Welt kann man neuartige kollektive Arrangements, extreme Vermischungen von Arbeiten, Wohnen und Freizeit kennen lernen.

Die Bindungsstrategien hatten mit absichtvoller Kollektivität nichts zu tun, obwohl starke Betriebsbindungen die Folge waren. Erst mit wachsender Mobilität und Freizeit nahmen die Bindungsstrategien um die Jahre 1965-1970 in Ost und West ab. Untersuchungen zu Berufsbiographien belegen überdies, daß im Osten mehr Brüche, mehr Wechsel, mehr berufliche Neuanfänge normal waren als im Westen.

Der verfolgte Fokus auf die behauptete kollektive Uniformität des DDR-Lebens verführt den Autor ferner dazu, eine kritische Bilanz des westdeutschen Sozialstaats auszuklammern. Bis heute ist der Rheinische Sozialstaat auf ein Familienmodell, welches an den Realitäten von Individualisierung und anderen Lebensmodellen als der männlichen Alleinverdienerehe orientiert ist, vorbeiorganisiert. Ein Blick nach Skandinavien oder aufs aktuelle Elterngeld der Bundesrepublik würde manch sozialpolitische Maßnahme der DDR anders beleuchten. „Bis zum ersten Geburtstag des Kindes wurde ein Mutterchaftsgeld in Höhe von 70 % des Gehaltes gewährt“ (S. 69), erfahren wir; auch daß die Berufstätigkeit der Frauen in der DDR politisch gewollt, weil wirtschaftlich notwendig war. Die Hauptlast der Kindererziehung lag trotzdem bei den Frauen. Richtig. Von egalitären Verhältnissen zwischen den Geschlechtern im Sinne von Chancengleichheit im Beruf und gesellschaftlicher Mitbestimmung konnte keine Rede sein. Auch die DDR war eine patriarchale Gesellschaft. Doch das Babyjahr war gar kein Mütterjahr, sondern erst ab 1976 ab dem zweiten Kind geltend, gesetzlich geschlechtsneutral formuliert worden, weshalb der Fall eines Professors, der sein Kind betreute, eine heiße Debatte in einigen Wochenzeitschriften auslöste. Immerhin.

Ostdeutsche Frauen, die nach 1991 Mutter wurden, staunten wiederum nicht schlecht, als sie – so sie unverheiratet waren – nicht automatisch rechtsfähig für ihre Kinder waren, sondern dies gegenüber dem Jugendamt erklären mußten, da ansonsten die staatliche Vormundschaft die Rechte des Kindes vertrat. Die Vormundschaftsarbeit hat viel Wertvolles hervorgebracht, dies wollen wir hier nicht weiter ausführen. Doch diese Sonderregelung des Einigungsvertrages für ostdeutsche Mütter löste schlichtweg Befremden bei selbstbewußten ostdeutschen Frauen aus. Das sozialstaatliche Patriarchat West schlug durch alle Antragsformulare. Die mündige Staatsbürgerin aus dem Osten wurde permanent darauf gestoßen, daß sie als Haushaltsvorstand mit eigenem Konto im Leben der Formulare nicht vorgesehen war. Wir schrieben 1991 und nicht 1891.

Es wäre demnach auch viel zur Geschichte des westdeutschen Sozialsystems und seinem Reformbedarf, abgesehen von Globalisierung und Demographie, zu sagen gewesen. Moderne Sozialreformen, die tatsächlich aufs Individuum orientiert sein müssen, bedeuten nicht Abbau, wie es die Debatten um eine Wertschöpfungsabgabe, gerechtere Steuerpolitik oder Rentensysteme, in die alle Erwerbsarten einbezogen sind, zeigen. Soziale Gerechtigkeit müßte demnach nicht als altbackene unbezahlbare Kuschelkollektivität weginterpretiert werden.

Die heutige deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beginnt nicht mit dem Kalten Krieg, sondern in vielem bei Bismarck. Unsere gemeinsame Geschichte endet nicht mit einer geteilten Aufarbeitung des Faschismus. Deshalb legen wir dem Autor die

durchaus provokanten Thesen von ungeahnten Ähnlichkeiten beider Deutschlands¹ und von der Avantgarde der Ostdeutschen,² wenn es um Problemlösungen geht, die sich aus einer traditionellen arbeiterlichen Gesellschaft finden, nochmals in ihrem heuristischen Wert ans Herz. Die Probleme des Ostens, die ost- und mitteleuropäischen Transformationen und Integrationsprobleme, die Globalisierung, demographische, Wachstums- und Klimaentwicklungen sind seit 17 Jahren die Probleme der ganzen Republik. Deshalb ist die Einordnung der Thesen ostdeutscher Essayistinnen und Soziologen als Gipfel linker Demagogie nicht wirklich hilfreich. Sie sind aus einer europäischen Perspektive geschrieben.

Man wünschte dem Forschungsansatz Klaus Schroeders gegenüber der Geschichte der DDR eine produktive Konfrontation mit dem Sammelband von Evemarie Badstübner.³ Dort erfährt man über säkulare Kollektivität in der DDR bestimmt mehr als einem lieb ist, ob in der Geschichte Eisenhüttenstadts, die ohne Kirchenbauten begann, im Kleingarten oder bei der Polizei. Statt fertigen Thesen, Material zuzuordnen, bleibt die Entdeckerfreude allerdings oberstes Auseinandersetzungsgebot der historischen Aufarbeitung. Auch Peter Benders Versuch, die Geschichte beider deutscher Teilgesellschaften zusammen zu denken,⁴ deutet neben stets strittigen Thesen ein Konzept an, das über die Reproduktion der Muster des Kalten Krieges hinausweist.

Die eingangs beschriebene Denkfalle wird vom Autor mehrfach zelebriert. Dabei steht materialreichen Differenzierungen eine Voreingenommenheit im Wege, bei der alle wissenschaftlichen Bemühungen schlichtweg Schaden nehmen. So begegnen wir unentwegt der SED-Führung und ihren „Untertanen“ (S. 41) oder „tiefsitzenden Prägungen einer sozialistischen Untertanenkultur“ (S. 128). Wenn es um Erziehungsstile in der DDR, angeführt von der „Kommandopädagogik der SED“ (S. 385) geht, dann stoßen wir auf die „sozialistische Untertanenproduktion“ (S. 386 und S. 406). Die Steigerung dieses Motivs wird im Kapitel sechs („Der Umgang mit zwei Diktaturen“) erreicht, indem ein antikapitalistischer Antifaschismus im Westen bei den 68ern „über das Ziel hinausschoß“ und im Osten „zum Teil an bestimmte Mechanismen [anknüpfte] und [...] den nationalsozialistischen in den realsozialistischen Untertan [transformierte]“ (S. 309).

Über Herrschaftsstrukturen, die Untergrabung von Demokratie und die Verdunklung libertärer Wurzeln selbst des Marxismus in der DDR-Gesellschaft zu forschen, ist ein lohnendes Unterfangen. In literarischer Form hat dies Volker Braun⁵ angearbeitet, der unerschrocken nach den psychologischen Vorteilen von Knechtschaft fragte. Doch nicht nur solch avancierte Subversion ist in der Schroederschen Diktaturforschung ausgeblen-

1 Vgl. Daniela Dahn, Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Reinbek 1997.

2 Vgl. Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002.

3 Vgl. Evemarie Badstübner, Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000.

4 Vgl. Peter Bender, Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990, Stuttgart 2007.

5 Vgl. Volker Braun, Hinze-Kunze-Roman, Frankfurt a.M. 1988.

det. Mit der Bildenden Kunst der DDR hatte der Autor schon abgerechnet.⁶ Rock und Punk, ein weltbeachtetes Theater, Alternativkulturen in Kirchen und Jugendklubs, Proteste beim Abriß der Leipziger Uni-Kirche, die Jenaer Friedensbewegung, Unterschriftenaktionen für das „Neue Forum“ bleiben unbeleuchtet oder werden gar nicht erwähnt. Statt dessen trafen die weltgeschichtlichen Ereignisse von 1989 „die Menschen völlig unvorbereitet“ (S. 117), während an anderer Stelle – dazu im Widerspruch – von den nicht mehr abreißenden Massendemonstrationen Ende Oktober 1989 gesprochen wird. „Selbst in Ost-Berlin versammelten sich am 4. November etwa eine halbe Million Menschen, die ‚wirkliche Reformen‘ in der DDR wollten“ (S. 138). Komisches Untertanenvolk.

Die widersprüchlichen Artefakte halten den Autor nicht davon ab, sich permanent über irrende Zeitgenossen zu erheben. In den Zusammenfassungen weiß man 2006 offenbar einiges besser „[...] so jedenfalls erscheint es im Nachhinein“ (S. 43) und selbst Helmut Kohl wußte „im Nachhinein“ (S. 133) einiges besser. Geirrt haben sich hingegen alle, die am runden Tisch über Reformen in der DDR nachdachten, Bürgerrechtler, Menschen, die den Verrat an sozialistischen Idealen in einem demokratisch-sozialistischen Neuanfang aufarbeiten wollten, Linksintellektuelle in Ost und West, Kritiker der schnellen Währungsunion, und alle, die ein entmilitarisiertes Deutschland in der europäischen Integration erstrebenswert fanden.

Wir wüßten gern, wie sich der Autor den nach der Jahrtausendwende wachsenden „Irrtum“ der Westdeutschen erklärt, die den „Sozialismus für eine gute Idee [halten], die nur schlecht ausgeführt wurde“ (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16. Juli 2007, S. 5). Die Frage wird inzwischen von 45 Prozent der Bürger in den westlichen Bundesländern positiv beantwortet und von 27 Prozent abgelehnt.

Was hat sich nun in der Republik nach 1989 verändert? Wir erfahren: „Plakativ und zugespitzt formuliert: Eine Mehrheit der Westdeutschen hätte gut auf die Vereinigung verzichten können, die Masse der Ostdeutschen indes nicht“ (S. 117 f.). In der veränderten Republik wurde einiges dafür getan, daß sich daran nie etwas ändern möge. Der Autor umreißt beispielsweise eine politische Geschichte der Bundesrepublik bis 1989, in der weder das Gründungsverständnis der CDU in den Gefängnissen von Tegel, noch das KPD-Verbot, der 2. Juni 1967, die Anti-AKW-Bewegung noch die Gründungszeit der Grünen eine Erwähnung oder angemessene Debatte wert sind.

Für die Zeit nach 1989 ist es nicht erhellend, Rechtsextremismus als Jugendproblem, zu verharmlosen und als ostdeutsches Phänomen zu verkürzen. Man hätte das erforschte Zusammenkommen der westdeutschen Partei- und der ostdeutschen Szenestrukturen zum Ausgangspunkt der Überlegungen machen können. Doch für Schroeder kommt Rechtsextremismus weder aus der Mitte der Gesellschaft (S. 462) – noch hat er – außer wenn es um seine Wurzel in der DDR geht – offenbar überhaupt eine nennenswerte Geschichte vor 1989. Rechtsextremismus rekrutiert sich nach Schroeder aus sozialen

6 Vgl. Hannelore Offner/Klaus Schroeder (Hrsg.), *Eingegrenzt – Ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961-1989*, Berlin 2000.

Randschichten, die es an anderer Stelle aber kaum gibt (vgl. S. 286 ff.). So schreibt der Autor zusammenfassend: „Der in Westdeutschland seit den sechziger Jahren vorhandene breite Konsens über die politische und gesellschaftliche Ordnung ist seit der Vereinigung im Westen geschrumpft und im Osten mehrheitlich weiterhin nicht vorhanden. An den sozialen und politischen Rändern der Gesellschaft erleben fundamentalistische politische und religiöse Strömungen einen Aufschwung, der die gesellschaftliche Ordnung langfristig bedrohen könnte. Die Zivilgesellschaft gerät mancherorts in die Defensive. Der weit überdurchschnittliche Anteil von jugendlichen Gewalttättern aus Immigrantenfamilien sowie die hohe Gewaltbereitschaft in einigen ostdeutschen Regionen signalisierten zudem das Aufbegehren von zumeist geringer gebildeten und qualifizierten Jugendlichen, die für sich keine Chance zur Integration in der Gesellschaft, geschweige denn zum sozialen Aufstieg sehen [...] Deutschland hat zwar den ‚langen Weg nach Westen‘ [...] mit der Vereinigung abgeschlossen, es jedoch nicht vermocht, den neu hinzugekommenen Staatsbürgern die Werte einer liberalen westlichen Gesellschaft überzeugend zu vermitteln“ (S. 637 f.). Abgesehen davon, daß die Zustimmungswerte zur Demokratie in Ost und West unvermindert hoch sind, nur das kritische Verhältnis zum realen Zustand divergiert (vgl. Datenreporte), bleibt abschließend anzumerken: Mit einer Erziehungsgesellschaft haben Ostdeutsche reiche Erfahrungen. Daß nun eine neue Kommandopädagogik keinen willigen Adressaten findet, sollte den Autor eigentlich freuen. Es wird Zeit, den kritischen Geist aus Ost und West in die Perspektive Deutschlands aufzunehmen und zu verstehen, daß die sechziger Jahre nicht nur im östlichen, sondern auch im westlichen Deutschland Geschichte sind und daß man Geschichte nicht beschließen kann. Die von den Denkschablonen des Kalten Krieges befreite historische Aufarbeitung steht aber offenbar immer noch am Anfang.

Von Franziska Brech (2)

Klaus Schroeder hat sich mit seiner neuesten Publikation einer Herkulesaufgabe gestellt: Er analysiert den Riß, der durch die deutsche Seele geht. Der Soziologe und Politikwissenschaftler – Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin – beschreibt die Lage Deutschlands sechzehn Jahre nach der Wiedervereinigung. Er zeigt, wie sich das Leben nach dem Systemwechsel besonders für Ostdeutsche grundlegend geändert hat. Unkonventionelle Analysen und zahlreiche Tabellen wie Graphiken lassen die 642 Seiten zwar nicht als eine leichte, immerhin aber als eine leicht zu lesende – wenn auch umfangreiche – Kost erscheinen. Die Studie basiert auf Ergebnissen zahlreicher Forschungsprojekte zur deutschen Geschichte und zum Einigungsprozeß. Sie beleuchtet die Entwicklung nach der Wiedervereinigung vor dem Hintergrund der Erwartungen und Befindlichkeiten der Betroffenen. Die Studie war als eine Aktualisierung des im Jahre 2000 erschienenen Buches „Der Preis der Einheit. Eine Bilanz“ geplant. Stärker als im ursprünglichen Buch werden in der erweiterten Fassung die unterschiedlichen Erfahrungen in entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen und ihre

Nachwirkungen herausgearbeitet, zugleich Veränderungen der letzten Jahre erörtert und in den Kontext des Einigungsprozesses gestellt.

Schroeder versucht die Frage zu beantworten, warum auch sechzehn Jahre nach der Vereinigung nicht zusammenwachsen will, was zusammen gehört, warum das Unbehagen an der deutschen Einheit in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen wächst, obwohl gewaltige Finanztransfers von West nach Ost geflossen sind. Ostdeutsche, so Schroeder, halten das Geschaffene für selbstverständlich. Westdeutsche entwickelten angesichts der hohen Vereinigungskosten Zweifel an der Einheit. Die westdeutschen Sozialkassen seien durch die deutsche Einheit ins Trudeln geraten. Er macht zugleich deutlich, daß die Vereinigung die Mängel der Bundesrepublik lediglich schneller offen gelegt hat. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Neu ist, daß die unterschiedlichen Motive für das Unbehagen an der Einheit in Ost und West untersucht werden. Obwohl große Teile in den alten und den neuen Bundesländern inzwischen über annähernd gleiche materielle Ressourcen verfügen, seien sich Ost und West fremd geblieben. Es mangle an Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensläufe und Einstellungen, am Verständnis sozialer Strukturen, der Mentalitäten, der Geschichtsbilder und von Politik und Gesellschaft.

Der Autor geht u.a. auf die Bevölkerungsstruktur ein, die sich seit 1989/1990 nicht nur durch den Einigungsprozeß, sondern auch durch millionenfache Zuwanderung von Ausländern geändert hat. Die Integrationsleistung, die vor allem Westdeutschland erbringen mußte, ist enorm. Er übergeht allerdings in seiner Analyse – bis auf eine knappe Darstellung in wenigen Sätzen – die dramatische Bevölkerungsveränderung in Ostdeutschland, die für die Beurteilung der Stimmung in den neuen Bundesländern bestimmend zu sein scheint. Der starke Rückgang der Geburtenzahlen nach 1989/1990 und die immer noch andauernde Abwanderung junger qualifizierter Ostdeutscher, vor allem Frauen im gebärfähigen Alter, gen Westen führen zum Ausbluten weiter Landstriche im Osten der Republik. Der Westen profitiert davon und kann den eigenen Bevölkerungsschwund für eine gewisse Zeit abfedern. Zwar haben sich große Städte in Ostdeutschland wie Dresden oder Leipzig in der Zwischenzeit gefangen, in weiten Teilen der neuen Bundesländer aber herrscht Perspektivlosigkeit. Die Folgen des demographischen Wandels sind für viele hautnah zu spüren: Schulen, Banken und Einkaufsmöglichkeiten werden geschlossen, ganze Landstriche veröden. Alte Menschen dominieren das Straßenbild vieler Orte. Diese Situation fördert (n)ostalgisches Wunschdenken.

Ein besonderes Kapitel widmet der Autor dem Rechtsextremismus und der Jugendgewalt. Der Autor sieht entgegen weitverbreiteter Ansichten Ideologie und Realität des SED-Staates als eine Quelle der rechtsextremen und ausländerfeindlichen Einstellungen (in Ostdeutschland). Schade ist allerdings, daß die Rolle der PDS nicht ebenso umfangreich beleuchtet wird. Immerhin handelt es sich hier um zwei Seiten der gleichen Medaille: Beide Strömungen wenden sich im Grunde gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Zwar wird weder die bisherige Kultivierung des Ost-West-Gegensatzes noch die Verklärung der DDR noch ihre Rolle als Transporteur von Klagen und Nörgeleien der Ostdeutschen in den öffentlichen Raum ausgelassen, doch hätte Schroeder stärker die systemkritische Haltung der PDS herausstellen können.

Weit ausgeholt hat der Autor bei seinen historischen Vorüberlegungen. Die fast ein Drittel einnehmende Hinführung zum eigentlichen Thema ist viel zu umfangreich. Gleichwohl erklären die Ausführungen die Einstellungsmuster der Menschen in Ost- und Westdeutschland; sie tragen so zum besseren Verständnis der unterschiedlichen Ansichten bei. Spezifika Westdeutschlands kommen in der Analyse relativ kurz. Das ist deshalb schade, weil der größte Teil der Deutschen in den alten Bundesländern lebt. Wer also von einer veränderten Republik spricht, muß auf die „Befindlichkeiten“ der Westdeutschen stärker eingehen. Der Autor spürt dagegen den Gründen nach, wieso in den neuen Bundesländern die Stimmung schlechter als die Lage ist. Das macht die Studie aber ostlastig – zuweilen werden gute Analysen vom Bild des „Jammer-Ossis“ überlagert. Schroeder kann sich hier – als Wissenschaftler – den erhobenen Zeigefinger sparen, wenn er daran interessiert ist, die Kluft zwischen Ost und West nicht noch weiter zu vertiefen. Wer schreibt, daß die ostdeutsche Gesellschaft in ihrem Kern nach wie vor postsozialistisch ist und nicht differenziert, betreibt Schwarz-Weiß-Malerei und spielt westdeutschen Kritikern der deutschen Einheit in die Hände.

Die Schlußfolgerung des Autors – finanzielle Solidarität sei zwar notwendig, aber keine hinreichende Voraussetzung für das Zusammenwachsen der Deutschen – ist richtig. Er mahnt die politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen zum Handeln: Der fehlgeschlagene Aufbau Ost erzwingt die längst überfällige grundlegende Reform des Sozialstaates. Erst wenn diese von Politik und Gesellschaft überzeugend begonnen wird, fallen Diskussionen über den Vereinigungsweg weg. Der Blick auf das Erreichte wäre nicht mehr durch negative Folgen der Politik getrübt. Insgesamt gilt aber: Das Werk ist keine Pioniersstudie zum Thema „Deutschland nach der Wiedervereinigung“ geworden.

Von Siegmund Faust (3)

Klaus Schroeder legt eine fundamentale Studie zur Situation Deutschlands nach der „Wiedervereinigung“ vor. Er widersteht jeder Polemik, Zuspitzung und Übertreibung, und dennoch ist nichts ausgelassen, was nach 17 Jahren Einheit gesagt werden muß: Die Deutschen in Ost und West sind sich noch weitgehend fremd. In der Mentalität, dem Selbstverständnis und der sozialen Struktur unterscheiden sich die „beiden Teilsellschaften“ nach wie vor deutlich. Es fehle an der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensläufe. Noch immer sei der Kern der mitteldeutschen Gesellschaft „postsozialistisch“. Bei größeren Teilen der mitteldeutschen Gesellschaft gehe eine grundsätzliche Kritik an Vereinigung und politischer Ordnung mit einer Aufwertung und Verharmlosung der SED-Diktatur einher. Die Zustimmung der ehemaligen DDR-Bewohner zur parlamentarischen Demokratie sei nur schwach ausgeprägt, dennoch wünsche sich nur eine Minderheit zurück in die DDR-Verhältnisse. Noch immer hallt die Parole der ersten Stunden nach der Vereinigung nach: „Leben wie bei Helmut, arbeiten wie bei Erich.“ In der Analyse des Vereinigungsprozesses heißt es nüchtern, Unbehagen an der Einheit sei unter den Ost- und Westdeutschen gleichermaßen vorhanden. Viele Hörer

und Fernsehzuschauer im Bereich des Mitteldeutschen Rundfunks hielten die Finanztransfers für selbstverständlich, während sich unter Westdeutschen angesichts einiger Wohlstandseinbußen Zweifel an der Einheit entwickelten.

Freilich: Wo jahrzehntelang das nationale Band eines Volkes schlechtgeredet, das Nationale als solches schon dem Faschismus-Verdacht ausgeliefert und die Zweite Diktatur auf deutschem Boden zum Teil schönegeredet wurde, mußte ja im westdeutschen Michel der Eindruck entstehen, „daß die DDR eigentlich eine Art Bundesrepublik sei: nicht ganz so demokratisch, nicht ganz so freiheitlich, nicht ganz so liberal, aber eigentlich ganz okay“ (Alexander Schuller). Die deutsche Leitkultur wurde von jenen geprägt, die als Verdrängungskünstler und Moralapostel wie Walter Jens oder Günter Grass Auschwitz zum Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland stilisierten und im Antikommunismus mit Thomas Manns Halbzitat eine Grundtorheit des Jahrhunderts erkennen wollten. Dementsprechend darf es nicht verwundern, daß Kommunisten, die bis 1989 fast ein Drittel der Welt wirtschaftlich, kulturell und religiös ruinierten, zu ihrer Herrschaftssicherung den monströsesten Geheimpolizei-Apparat der Welt aufbauten und ohne Scham auf Leichenbergen von mindestens 80 Millionen Menschenopfern ihrer marxistischen Utopie ruhen können, heute in unseren Parlamenten sitzen. Aus der Analyse Klaus Schroeders läßt sich viel herausdeuten, weil er selber am Ende des Buches trotz seiner harten Tatsachen, die er nirgendwo verschweigt, zu versöhnlichen Aussichten neigt, doch insgesamt dürfte jedem Leser klar werden, daß Deutschland auf Abwege geraten ist, auch wenn immer wieder beschworen wird, Berlin sei nicht Bonn, aber auch nicht Weimar.

Diejenigen, die einst Widerstand gegen das kommunistische Regime leisteten und zum Opfer wurden, werden in dieser Berliner Republik am meisten gedemütigt. DDR-Systemträgern geht es im Vergleich zu den Opfern des SED-Regimes wesentlich besser, kritisieren die Opfer zu Recht. Dies beruht auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, die jene durch den Gesetzgeber für die privilegierten staatsnahen Personengruppen vorgenommenen Rentenkappungen aufgehoben haben, die von der letzten und einzig frei gewählten Volkskammer im Osten Berlins noch beschlossen worden war. Für die Systemnahen, also die Funktionäre, Feindbilddienstleister und Handlanger des Unrechtsstaates, haben sich dadurch erhebliche Verbesserungen im Versorgungs- und Rentenrecht ergeben. Die SED-Opferrente sollte darauf die längst überfällige Antwort geben. Dem Rechtsausschuß des Bundestages lagen im Frühjahr 2007, also 17 Jahre nach dem Zusammenbruch der Diktatur, zwei Gesetzentwürfe vor, einer von CDU/CSU und SPD, einer von der Linkspartei, zudem Anträge von FDP und Grünen.

Die Fronten wirken seltsam verkehrt. Der Koalitionsentwurf sah Leistungen vor, die von den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft lediglich als zusätzliche Verhöhnung empfunden werden konnte: maximal 250 Euro monatlich für jene, die mindestens ein halbes Jahr in Haft saßen, doch dies auch nur, wenn soziale Bedürftigkeit vorliegt. Ausgerechnet der Gesetzentwurf der PDS kam den Vorstellungen der Opfer am nächsten. Danach soll jedes „Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet“ unabhängig von eventueller Bedürftigkeit und Haftdauer eine monatliche Zahlung von 511

Euro bekommen, ohne eine Anrechnung auf andere Leistungen und zudem einkommensteuerfrei. Diese Opferrente stelle eine angemessene Entschädigung dar, „die auch der moralischen Verantwortung der Bundesrepublik gerecht wird“. Da wird sogar die Moral bemüht, von jener Partei, die auf den Schultern der SED steht und jene Verbrechen zu verantworten hat, deren Folgen hier gelindert werden sollen. Vielen Opfern erscheint es unerträglich, daß sich die Koalition ausgerechnet von den Sozialisten/Kommunisten überholen läßt. Bisher hatte sich die umgenannte SED lediglich erfolgreich dafür eingesetzt, daß der bundesdeutsche Steuer- und Rentenkassenzahler die früheren Angehörigen der „bewaffneten Organe“ wie NVA, Volkspolizei und Stasi pro Jahr mit drei Milliarden Euro – bei steigender Tendenz – an Sonderrenten bezuschussen darf, da ihr SED-Staat, den sie noch heute verherrlichen und verharmlosen, ihre Rentenbeiträge veruntreut hatte. Wer meint, hier wären „Fehler“ gemacht worden, über den muß man sich schon wundern. Solche Absurditäten drücken genau den Zustand dieser Gesellschaft aus, die ihren antitotalitären Konsens zugunsten eines antifaschistischen Ansatzes verspielt hat. Kritik wird von den Nach-Denkern der Frankfurter Schule, wenn überhaupt, lediglich an der „Umsetzung“ der linkstotalitären Ideologie geübt, nicht aber ohne zugleich den marxistischen Schergen „gute Absichten“ zu unterstellen.

Dank der westlichen Alliierten konnte nach dem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch der ersten totalitären Diktatur eine Entnazifizierung beginnen, die trotz einiger Pannen insgesamt erfolgreich verlief und eine Demokratisierung und Modernisierung der Gesellschaft bewirkte. Eine „Entkommunisierung“ fand nicht statt. Das wird ebenfalls seine Auswirkungen haben, die schon jene spüren, die sich dafür eingesetzt haben. Nicht aus dem Blick geraten darf allerdings, daß schon die alte Bundesrepublik reformbedürftig war. Als Kardinalfehler des Vereinigungsprozesses schätzt Schroeder den Verzicht auf eine umfassende Modernisierung Deutschlands ein; damit seien Probleme verschleppt und vertieft worden. Auch sei der Finanzierungsweg zur Einheit falsch gewesen: „Zur Verschleierung des gewaltigen Transferbedarfs erfolgte die Finanzierung der Einheit zu großen Teilen über die Sozialversicherungen.“ Nach Schätzungen des Wissenschaftlers belaufen sich die Vereinigungskosten von 1990 bis Ende 2006 auf einen Nettobetrag von etwa 1,4 Billionen Euro. Mit solchen Zahlen läßt sich trefflich jonglieren. Schwerwiegender dürfte sein, was der selber von links kommende Klaus Schroeder heute vermißt: ein „auf patriotischen Einstellungen basierendes Nationalbewußtsein“. „Eine Mehrheit der politischen Klasse und der Funktionseliten hat es versäumt, das Selbstverständnis der deutschen Republik, das auf abendländisch-christlichen Werten basiert, offensiv zu vertreten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen, denn genau das ist die Wurzel der Misere: Man raubte Gott die Ehre. Und das wird sich rächen.

Von Kristina Köhler (4)

Deutschland ist eine Baustelle. Siebzehn Jahre nach der Wiedervereinigung kennen wir die neuen Länder vor allem als „Jammertal“, als „Milliardengrab“, als „wirtschaftliche

Steppe“, die im besten Fall zur „Chefsache“ erklärt wird. Um so mehr überrascht es, daß Klaus Schroeder in seiner umfassenden und detailreichen Vereinigungsbilanz ohne den larmoyanten Unterton auskommt, der solche Analysen oft begleitet. Auch den sonst üblichen Defätismus sucht man in dieser Bestandsaufnahme vergeblich.

Schroeder setzt der verbreiteten Auffassung, wonach der Vereinigungsweg weitgehend gescheitert sei, die über viele Jahre zusammen getragenen Ergebnisse zahlreicher Forschungsprojekte zur Teilungsgeschichte und zum Vereinigungsprozeß entgegen und kommt zum Ergebnis, daß die negative Bewertung der Wiedervereinigungsbilanz vor allem auf Ideologie, Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen beruht. Materiell sei die „innere Einheit“ erreicht, so Schroeder: Bei Einkommen und Vermögen habe sich eine Angleichung vollzogen; von zunehmender Armut oder gar einer Umverteilung von unten nach oben könne keine Rede sein. Wer gegen das diffuse und von linken Politikern gebetsmühlenhaft beschworene Gefühl der sozialen Kälte argumentativ ankommen will, wird Klaus Schroeder dankbar sein für zahlreiche empirische Belege und auch seine fundierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Methoden zur Ermittlung von Armut.

Daß Schroeders Vereinigungsbilanz dennoch zwiespältig ausfällt, hat weniger mit der wirtschaftlichen Entwicklung als vielmehr mit einer verbreiteten „Demokratiedistanz“ (S. 12) vor allem in den neuen Ländern zu tun. So schlage sich die Wohlstandsexplosion im Osten Deutschlands nach der Wiedervereinigung zwar „in einer relativ hohen, individuellen Zufriedenheit mit den materiellen Bedingungen nieder, aber kaum in einer steigenden Akzeptanz des gesellschaftlichen und vor allem des wirtschaftlichen und politischen Systems“ (S. 534). Im Gegenteil: Die Verklärung der DDR ist mittlerweile ein zentrales Hindernis der inneren Einheit. Selbstverständnis, Mentalität, die Einstellung zu Demokratie und Marktwirtschaft, aber auch der Blick auf die deutsche Geschichte und die beiden Diktaturen – hier unterscheiden sich Ost und West gravierend: „Ost und West trennt mehrheitlich nicht nur die unterschiedliche Gewichtung der Verbrechen beider totalitärer Regime, sondern – was schwerer wiegt – das Fehlen eines gemeinsamen normativen Bezugspunkts für die Einordnung. [...] Für die meisten Westdeutschen ist dieser Bezugspunkt eine freiheitlich-demokratische, zivile Gesellschaft und ihre Werteordnung [...]. Eine Mehrheit der Ostdeutschen dagegen, die sich mit der Akzeptanz der Gesellschaftsordnung des vereinten Deutschland schwer tut, greift bei der Bewertung oftmals auf alte, in der DDR übliche Muster zurück“ (S. 310).

Am Beispiel des Rechtsextremismus und seiner unterschiedlichen Entwicklung in Ost und West wird deutlich, wie die unterschiedlichen Prägungen der beiden Teilstaaten nachwirken. Schroeder weist nach, daß das Problem des Rechtsextremismus trotz der unterschiedlichen sozioökonomischen Grundlagen sowohl in der BRD als auch in der DDR existierte. Die aus bestimmten politischen Lagern gern bemühte Erklärung, die moderne Gesellschaft und ihr kapitalistisches System machten die Menschen empfänglich für rechtsextremistisches Gedankengut, greift damit nachweislich zu kurz. In der DDR waren es unter anderem Ideologie und Lebenswirklichkeit des SED-Staats, die bei bestimmten Gruppen eine rechtsextremistische Gesinnung förderten. Schroeder be-

fürwortet daher konsequenterweise einen multifaktoriellen Ansatz zur Erklärung der Entstehung von Rechtsextremismus und lehnt monokausale Erklärungsweisen ab. Gleichzeitig hebt er die Gemeinsamkeit des Rechtsextremismus mit dem Linksextremismus deutlich hervor: „In der antiwestlichen Grundeinstellung, die sich in der Ablehnung der freiheitlichen Demokratie und sozialer, politischer und kultureller Vielfalt äußert, treffen sich die sonst so gegensätzlichen extremistischen Lager“ (S. 591).

Diese Einschätzung ist leider alles andere als selbstverständlich. Die Extremismus-Debatte in Deutschland leidet – das ist meine persönliche Erfahrung als Politikerin – bisher vor allem darunter, daß nicht die Gegner unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung am Pranger stehen, sondern die „bürgerliche Mitte der Gesellschaft“, in der der Rechtsextremismus angeblich angekommen sei. Das beginnt schon mit der Terminologie: Immer wieder ist statt vom Kampf gegen Rechtsextremisten vom „Kampf gegen Rechts“ die Rede, was je nach politischem Standort des jeweiligen Redners auch eine bürgerliche Volkspartei wie die CDU mit einschließen kann. Das sorgt nicht gerade für Einigkeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen. Was aber noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß im „Kampf gegen Rechts“ häufig linksradikale oder gar linksextremistische Organisationen als Verbündete akzeptiert werden, denen selbst – genau wie rechtsextremen Vereinigungen – in erster Linie an der Schwächung unserer demokratischen Institutionen gelegen ist. Die Folge: Politische Auseinandersetzungen über den Rechtsextremismus waren in der Vergangenheit oft kontraproduktiv, weil wir es zugelassen haben, daß dabei unser demokratisches System diskreditiert wurde.

Wer unsere Demokratie stärken und den Rechtsextremen das Wasser abgraben will, muß gegen jede Form des Extremismus – also auch gegen Linksextremisten und Islamisten – vorgehen. Es ist bezeichnend, daß eine solche, fast banale These hierzulande immer wieder einen Aufschrei auslöst, gefolgt von einer Debatte über die angebliche Verharmlosung des Rechtsextremismus. Mit seiner fundierten und detailreichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus leistet Schroeder einen wichtigen Beitrag zur dringend notwendigen Versachlichung der öffentlichen Diskussion. Gefahr droht, das wird in seiner Analyse deutlich, „derzeit weniger von der Ausbreitung einer tradierten rechtsextremen Ideologie als von antizivilen und nichtzivilen Einstellungen, die unter orientierungslosen Jugendlichen Anklang finden“ (S. 468). Denn im Osten, so Schroeder, seien rechtsextremistische Einstellungen heute nicht nur deutlich stärker ausgeprägt, sondern auch weniger gesellschaftlich geächtet als im Westen. Es sei daher an der Zeit, „daß sich Politik und Gesellschaft wieder stärker ihres freiheitlichen, demokratischen Fundaments vergewissern und sich nicht auf eine kurzfristig angelegte Abwehr manifest gewordener Gefahren beschränken“ (S. 468).

Was in diesem Plädoyer anklingt – der Appell, unsere Demokratie und unsere gemeinsamen Werte zu stärken –, zieht sich wie ein roter Faden durch Schroeders Wiedervereinigungsbilanz. „Die veränderte Republik“ ist mehr als nur eine Bestandsaufnahme und bietet auch deshalb viel Stoff für politische Diskussionen: Fast in jedem Kapitel klingt die Frage nach dem „inneren kulturellen Kitt einer Gesellschaft“ (S. 315) an – die Frage also, was eine moderne, pluralistische Gesellschaft im Allgemeinen und das wie-

dervereinte Deutschland im Besonderen zusammenhält. Schroeder deutet schon im Vorwort an, zu welchem Ergebnis ihn seine jahrelange Forschungsarbeit geführt hat: „Das vereinte Deutschland kann seine Kraft aus politischer und kultureller Vielfalt bei institutioneller Einheit ziehen. Hierzu gehören allerdings auch eine im Kern gemeinsame Identität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl; insbesondere an diesen substantiellen Grundlagen scheint es Deutschland zu mangeln“ (S. 17). Die zahlreichen Ursachen, die Schroeder dafür nennt, geben einen Einblick in die „Gemütsverfassung“ unseres Landes.

Und dennoch bleibt eine wichtige Frage offen – die selbstverständlich im Rahmen einer empirischen Studie auch nicht beantwortet werden kann, weil es sich um eine *politische* Frage handelt: Es ist die Frage, was wir unter der in den letzten Jahren immer wieder herbei geflehten „inneren Einheit“ verstehen wollen. Wie viel Einheit und Gemeinsamkeit brauchen wir jenseits der bereits erfolgten ökonomischen Angleichung, um die Wiedervereinigung insgesamt als geglückt betrachten zu können? Die Überwindung der von Schroeder nachgewiesenen „Demokratiedistanz“ im Osten ist dafür auf jeden Fall zentral. Das mangelnde Vertrauen vieler Menschen in demokratische Institutionen und in unser marktwirtschaftliches System weist auf Defizite im notwendigen Grundkonsens hin.

Aus der Tatsache, daß die materielle Angleichung der Lebensverhältnisse die „innere Einheit“ nicht beflügelt hat, sollte allerdings nicht der Schluß gezogen werden, daß gesellschaftliche Integration nichts mit individueller Besserstellung zu tun hat. Was Klaus Schroeders Bestandsaufnahme zeigt, ist: Der Versuch, Demokratievertrauen mit finanziellen Zuwendungen aufzubauen und den Mangel an Perspektiven mit staatlichen Transferleistungen zu kompensieren, ist gescheitert. Schroeder vertritt vor diesem Hintergrund die These, daß die Gesellschaft demokratiefeindlichen Tendenzen nur begegnen kann, „wenn sie eine entsprechende Kultur stiftet und den Individuen die notwendigen Werte von klein auf vermittelt und für Transparenz und Akzeptanz gesellschaftlicher (Ungleichheits-)Strukturen sorgt“ (S. 468). All das sind aus meiner Sicht notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen. Erst wenn wir den Menschen im Osten wieder persönliche Perspektiven und Vertrauen in sich selbst und den eigenen Erfolg bieten können – und nicht nur soziale Transferleistungen auf West-Niveau –, werden sie für sich selbst die Vorteile von Demokratie und Marktwirtschaft sehen. Das dauert leider viel länger als gedacht. Und doch zeigt Schroeders Analyse, daß wir schon ein gewaltiges Stück des Weges bewältigt haben. Wenn nun der Blick auf das, was hinter uns liegt, uns Mut machte für das, was noch vor uns liegt, dann könnte vielleicht endlich Schluß sein mit der lähmenden Klage über die angeblich gescheiterte Wiedervereinigung.

Von Werner J. Patzelt (5)

Gar nicht wenigen wird Klaus Schroeders Analyse unserer „veränderten Republik“, nämlich von Deutschland nach der Wiedervereinigung, nicht gefallen. Jene werden das sein, denen, wenn schon nicht die ganze Richtung, dann doch der von Helmut Kohl

damals eingeschlagene Kurs nicht paßte, und die darum mit immer wieder klammheimlicher Freude davon hören, jenes Unterfangen, das ihrer Ansicht nach doch gar nicht gutgehen konnte, sei auch wirklich nicht gut ausgegangen. Gerne werden hingegen in diesem Buch alle jene lesen, die sowohl über den Kurs der Wiedervereinigung glücklich waren als auch zufrieden zur Kenntnis nehmen, wie tiefgreifend und meist klar zum Besseren sich jener Landesteil verändert hat, der einst die DDR war. Schroeder läßt nämlich keinen Zweifel daran, daß der Niedergang der DDR gut, deren Ende für Deutschland vorteilhaft und Ostdeutschlands Umbauprozess nach der Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte war. Das tut aus höchst plausiblen Gründen denen gut, die lange als politisch rückständig galten, und jenen weh, deren Fortschrittlichkeit der Fortschritt dann selbst überholte.

An solcher Spaltung der Leserschaft wird auch nichts ändern, daß Schroeders Band eine Fundgrube für wertvolles Material aller Art ist. Auf nicht weniger als 765 Seiten wird mit Hunderten von Tabellen, Abbildungen und Übersichten die deutsche Geschichte – nicht nur – nach der Wiedervereinigung dokumentiert. Da geht es um die ökonomischen und sozialen Folgen der Vereinigung sowie ihrer Finanzierung, um die Gewinner und Verlierer der Wiedervereinigung sowie um deren Identitäten und Lebensweisen, da geht es um Rechtsextremismus und Jugendgewalt, um die politische sowie mentale Spaltung des Landes, um die so kontrovers beurteilte Vereinigungsbilanz sowie um die Frage, ob und wie lange noch im gleichen Staat wohl zwei Gesellschaften lebten. Vorgeschaltet sind alledem schwergewichtige und höchst aufschlußreiche Kapitel zur Teilungsgeschichte Deutschlands sowie zum nationalsozialistischen Erben beider Teilstaaten, zum innerdeutschen Verhältnis und – besonders wertvoll – zum wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch der DDR als Voraussetzung der Wiedervereinigung. Das alles ist überdies gut geschrieben und hält eine angenehme Balance zwischen faktenorientiertem Positivismus und Freude an gerade auch bewertender Geschichtserzählung. Allein schon von Tabelle zu Tabelle, von Abbildung zu Abbildung zu blättern stiftet Erkenntnisprozesse, und eben die sollten auch hilfreich sein bei der Wiedervereinigung jener Geister, die der auch für sich gut lesbare Text gewiß scheiden wird.

Nicht zuletzt die folgenden Abschnitte dürften für die politische Bildungsarbeit – derentwillen die Bayerische Landeszentrale für politische Bildung die Drucklegung dieses Buches finanzierte – sehr wertvoll sein: die Zersetzungsaktivitäten der DDR in Westdeutschland; die Agonie des nicht sanierbaren SED-Staates; der Kampf von SED und MfS um die Wahrung biographischer und materieller Interessen angesichts des unabwendbar gewordenen Systemzusammenbruchs; die Darstellung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Maßnahmen ostdeutscher Systemtransformation nach dem Ende der SED-Herrschaft samt Analyse der vorteilhaften – von Detlev Rohwedder aber sehr teuer bezahlten – Sündenbockrolle der Treuhandanstalt; das zumal in Westdeutschland so asymmetrische Verhältnis zu den beiden deutschen Diktaturen inklusive der Blindstellen westdeutscher DDR-Forschung sowie der nach 1990 einsetzenden „Verklärung der DDR“ (S. 303-352; vgl. hierzu auch auf S. 539-560 zur ostdeutschen Kritik der Wiedervereinigung, die ihrerseits mit der auf S. 403-408 schön beschriebenen „ost-

deutschen Abgrenzungsidentität“ zusammenhängt); die Abhandlung von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in der DDR, die gemeinsam mit der Untersuchung von „Ideologie und Realität des SED-Staates als Quelle rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen“ gute Schlüssel zum aktuellen Phänomen des vergleichsweise starken ostdeutschen Rechtsradikalismus bietet; und ganz gewiß auch die Analyse des zwischen West- und Ostdeutschland so gespaltenen Blicks auf die – nicht nur deutsche – Demokratie sowie der nachwirkenden Verursachung des so andersartigen Blicks vieler Ostdeutscher durch ihre Sozialisation in der DDR. Höchst nützlich sind auch die Ausführungen über „Maßstäbe zur Beurteilung des Vereinigungsprozesses“, wirkt das doch der seit langem vorwaltenden Haltung entgegen, Werturteile gleichsam begründungslos – irgendwie „aus dem Bauch“ – abgeben zu wollen, also ohne Rekurse auf ihrerseits dann rational erörterbare Maßstäbe des Urteils. Eine ausführliche Bibliographie sowie eine reichhaltige Zusammenstellung vieler weiterer Tabellen und Grafiken im Anhang runden den Band ab.

Mitunter kommt es bei diesen Grafiken, bisweilen auch im Text selbst, zur – freilich nicht manipulativen – *Informationsinszenierung*. Auf S. 742 f. stellen die Abbildungen A10 und A11 für das Jahr 2003 quer über das ganze Bundesgebiet die Beitragseinnahmen der Rentenversicherungen je Einwohner den Rentenzahlungen je Einwohner gegen. Dergestalt erweist sich auf einen Blick, daß in Rentensachen der (Süd-)Westen zwar nicht allein, sehr klar aber eben auch, den Osten im Umlageverfahren finanziert. Faktenvermittlung solcher Art, nämlich mal dem einen, mal dem anderen unangenehm, und das jeweils aus ganz unterschiedlichen Gründen, durchzieht im übrigen das ganze Buch. Eben daß dies so ist, daß also viel mehr durch Daten als durch rein diskursiv eingelöste Behauptungen an vielerlei wunde Punkte und schmerzende Bewertungen gerührt wird: Das ist das politisch-bildnerische Erfolgsrezept dieses Buches. Es geht auf. Schroeders Band sind darum möglichst viele Leser und Benutzer zu wünschen – und zwar gerade solche, die an seinen Aussagen Anstoß nehmen: Zurechtzurücken, was da falsch liegt, ist nämlich sein gar nicht so stark verborgenes Anliegen.

Dieses geht über eine Rückschau auf das, was die Republik veränderte, obendrein weit hinaus und richtet sich nach vorne, nämlich auf das, was da noch weiter zu verändern ist. In dem Rezensenten sehr gefallender Weise formuliert der – darstellerisch immer besonders wichtige – letzte Absatz des Bandes genau das, worum es nun innen- wie kulturpolitisch wirklich gehen sollte. Nur wenige jener Sätze seien zitiert: „Die Deutschen in Ost und West sind aufgerufen, gemeinsam mit den Eingewanderten, die dauerhaft hier leben werden, eine Ordnung und Gesellschaft zu gestalten, auf die sie mit Recht stolz sein können. Ein darauf gründender Patriotismus [...] würde die zivilen Kräfte im Land stärken. [...] Wenn es gelingen sollte, die Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement und zu höherer individueller Leistungsbereitschaft anstelle von leistungsunabhängigem Anspruchs- und Besitzstandsdenken stärker zu verankern, [...] kann der ‚deutsche Traum‘ vom Leben in einer friedlichen, wohlhabenden und gegen Existenzrisiken abgesicherten, aber dennoch freien und nicht paternalistischen Gesellschaft verwirklicht werden.“ Wie wahr – und wie sehr, leider, wohl ebenfalls umstritten!

Die Mogelpackung besteht vorab schon einmal darin, daß ein Drittel dieses dicken Wälzers weitgehend überflüssige Texte enthält: am Anfang viel zu weitgreifende, daher oberflächlich bleibende politisch-wirtschaftliche Gegenüberstellungen der beiden Teilstaaten und ihrer „innerdeutschen“ Verhältnisse (fast 130 Seiten) – am Ende ein endloser Tabellenanhang (165 Seiten). Das kommt davon, wenn man einen ganzen Mitarbeiterstab zur Verfügung hat. Die verbleibenden 500 Seiten müßten ausführlicher besprochen werden, als es hier möglich ist. Ich konzentriere mich daher auf die entscheidende Frage: Wie ernsthaft und gründlich geht der Autor auf das Große Dilemma dieser Wiedervereinigung ein – auf ihr so weitgehendes Scheitern, das sich in dem seit vielen Jahren wenig veränderten, erschütternden repräsentativen Votum der großen Mehrheit der ostdeutschen Bürger ausspricht, sich als „Bürger 2. Klasse“ in diesem Vereinigungsprozeß zu fühlen. Um es gleich vorweg zu sagen: Schroeder geht dieser Schicksalsfrage aus dem Weg – schon der Titel seines Buches zeigt es an. Denn daß wir nach 20 Jahren in einer veränderten Republik leben, ist nichtssagend, ein Gemeinplatz, der über die dramatischen Fehlleistungen nichts aussagt, die hier beim Namen genannt werden müßten. Von Schuldzusammenhängen ganz zu schweigen.

Der Hauptvorwurf gegen das Schroedersche Kompendium betrifft dessen weitgehende Unterschlagung der wissenschaftlichen Kritik, die seit 1990 an der deutschen Vereinigungspolitik geübt worden ist. Schroeder hätte sie, wenn er sie nicht aufgrund seiner CSU-nahen ostpolitischen Vorurteile a priori verdrängt hätte, in nächster Nähe vorfinden können: Wir haben diese Kritik in einem „Forschungsprojekt Kritische Analyse der Vereinigungspolitik“ am Otto-Suhr-Institut der FU unter drei thematische Schwerpunkte subsumiert: 1. politische Unterordnung, 2. ökonomische Kolonialisierung und 3. sozial-kulturelle Liquidation.

Zum ersten Punkt: Anstelle eines selbstbestimmten Prozesses der demokratischen Neuorientierung mußten die Bündnisparteien der SED (CDU bzw. LDPD), bei Strafe des Untergangs, einen zwanghaften Prozeß der Unterordnung unter die programmatischen und organisatorischen Strukturen der dominierenden Westparteien vollziehen. Die – zweifelsfreie – Option der ostdeutschen Mehrheit für den westdeutschen Wohlstands- und Freiheitsstandard wurde von den konservativen politischen Akteuren durch illusionäre Wahlversprechungen in ihrem Sinne manipuliert und als Blankoscheck für eine Übertragung sämtlicher wirtschafts-, sozial-, verwaltungs-, bildungs-, medien-, gesundheits- und sonstiger politischer Strukturen mißbraucht – bei gleichzeitiger Liquidation der – in freiheitlicher Form – erhaltenswerten sozialpolitischen Strukturen der DDR. Ferner: Durch die Verhinderung der im westdeutschen Grundgesetz ausdrücklich vorgesehenen Abstimmung über eine gesamtdeutsche Verfassung wurde die gleichberechtigte Mitwirkung der Ostdeutschen an der Konstitution eines vereinigten Deutschland vereitelt. Statt dessen wurde die umstandslose, auch verfassungsrechtliche Eingliederung der Bürger der DDR in das politische System der westdeutschen Republik vollzogen. Weiter: Die Ostdeutschen werden in wesentlichen Bereichen ihres sozialen Lebens von West-

deutschen fremdbestimmt. Kaum mehr als die Hälfte der Führungskräfte kommen aus Ostdeutschland – und in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen sind es noch weitaus weniger. 72 Prozent der ostdeutschen Wissenschaftler wurden entlassen, und „von den 50 neuen Lehrstühlen im Osten für Sozialwissenschaften (sind) 47 von westdeutschen Kollegen besetzt worden [...] Der Wissenschaftsrat meinte, daß wenigstens der Mittelbau aus den neuen Ländern zu kommen habe: 75 Prozent des Personals kommen *nicht* aus den neuen Ländern. Die dritte Generation [...] fühlt sich ausgeschlossen“ (Rolf Reißig). Nimmt man diese – für alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche entsprechend zu dokumentierenden – Fakten eines weitreichenden westdeutschen „Elitenimports“ als Ganzes, so zeigt sich, daß die Rede von der kolonialistischen Vereinnahmung der ehemaligen DDR keine substanzlose Polemik, sondern die adäquate Beschreibung eines soziologischen Tatbestands ist. Die von konservativen Elitenforschern wie Hans-Ulrich Derlien für die Verdrängung der Ostdeutschen und den massenhaften westdeutschen „Elitenimport“ vorgeschobene und von Schroeder nachgebetete Behauptung der Inkompetenz der Ostdeutschen ist empirisch widerlegt. Christian Welzel hat die Existenz eines beachtlichen ostdeutschen Gegen-Eliten-Potentials nachgewiesen.

Zum zweiten Punkt: Infolge der – politisch-wahltaktisch und nicht ökonomisch motivierten – überstürzten Währungsunion ohne flankierende Stützungsmaßnahmen für die ostdeutsche Wirtschaft wurde deren finanzielle, wettbewerbs- und insbesondere exportpolitische Basis weitgehend zerstört und damit die Deindustrialisierung Ostdeutschlands eingeleitet. Die ökonomisch unverantwortliche Sturzgeburt der Währungsunion, der Mangel einer flankierenden Industriepolitik und der daraus resultierende ökonomische Absturz in Ostdeutschland – diese Linie der weitreichenden wirtschaftsliberalen Fehlleistungen und ökonomischen Negativentwicklungen setzte sich seit 1990 fort. Das Ergebnis war eine „Deindustrialisierung“ Ostdeutschlands. Die Massenarbeitslosigkeit ist im Osten seit Jahren doppelt so hoch wie im Westen. Überhaupt haben die Bürger Westdeutschlands zwar Solidaritätsoffer für die Einheit gebracht, zugleich aber erhebliche Arbeitsplatzgewinne verbuchen können; und die Kapitalbesitzer in der Alt-BRD haben weit überproportionale Gewinne erzielt durch die Verwandlung der DDR in einen Absatzmarkt und dadurch wesentlich gesteigertes Wirtschaftswachstum.

Die Treuhandanstalt – von Schroeder völlig unzureichend und unkritisch behandelt – brachte es fertig, die ostdeutsche Wirtschaft (Substanzwert laut Rohwedder: 600 Mrd.), statt sie, wie im THA-Gesetz vorgesehen, zuvor zu sanieren, zum Ramschwert zu verschleudern, soweit sie die Unternehmen nicht liquidierte. Ca. 40 Mrd. DM nahm sie dafür ein, 1999 betrugen ihre Verluste 254 Mrd. DM. Natürlich waren die schwerwiegenden Defizite der DDR-Wirtschaft eine der wesentlichen Ursachen ihres Absturzes. Zur Unwahrheit, nämlich zur marktradikalen Rechtfertigungsideologie wird das Mängelargument bei Schroeder, wenn es verabsolutiert wird. Der Mythos von der total maroden DDR-Wirtschaft als Begründung des DDR-Zusammenbruchs wie auch als Rechtfertigung des ausgebliebenen Aufschwungs Ost wird durch die empirischen Erkenntnisse über deren gleichwohl nachweisbare Leistungs- und Modernisierungsfähigkeit unhaltbar. Für den bislang weitgehend mißlungenen Aufschwung gibt es gravie-

rende *reale* Gründe, die Schroeder verschweigt. Sie bestehen – neben der destruktiven Währungsunion – in der Interessenpolitik des deutschen Kapitals: Da die ökonomische Machtelite in Westdeutschland ein vitales Interesse an Ostdeutschland als gewaltigem Markt hatte und daher ein vitales Desinteresse am Aufbau bzw. der Modernisierung einer leistungsfähigen ostdeutschen Wirtschaft, hielt die Regierung an der offensichtlich wirkungslosen Ideologie der „Selbstheilungskräfte des Marktes“ fest, beließ es bei punktuellen Fördermaßnahmen und verhinderte durch deren Inkonsistenz einen systematischen Aufschwung. Realistische alternative Wirtschaftskonzepte, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland gesichert hätten, wurden verworfen. Die von Schroeder breit dokumentierten gewaltigen Transferzahlungen nach Ostdeutschland flossen weitgehend als Konsum-Nachfrage an westdeutsche Unternehmen zurück; nur etwa ein Viertel diente investiven Zwecken, und zwar überwiegend infrastrukturellem, nicht industriellem Aufbau.

Zum dritten Punkt: Durch Leugnung oder Herabwürdigung wissenschaftlicher, literarischer, künstlerischer, pädagogischer, gesundheits- und sportpolitischer wie – nicht zuletzt – sozialpolitischer Leistungen, die es in der DDR trotz der inhumanen Strukturen der SED-Herrschaft auch gab, wurde von westdeutschen Machteliten und Ideologen eine systematische Nichtachtung des sozial-kulturellen Engagements vieler Bürger der DDR betrieben, die bei Millionen zu nachhaltiger Beeinträchtigung ihres Selbstbewußtseins führte und eine wesentliche Ursache der Distanz und Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschen ist. Im Banne seiner durchgängigen dogmatisch-antikommunistischen „Delegitimierungs“-Ideologie der DDR bleibt Schroeder blind gegenüber den sozialen und kulturellen Leistungen, die in der DDR geschaffen wurden – im Einvernehmen oder in Auseinandersetzung mit staatlichen Instanzen¹. Mit Recht hat daher der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Reinhard Höppner eine ernsthaftere Beachtung substantieller Elemente der DDR-Sozialgeschichte gefordert und zugleich die Einäugigkeit vieler Sozialwissenschaftler beklagt. Schroeders Bild der DDR-Realität stammt aus Vor-Bildern des Kalten Krieges: Wie viele andere Struktur-Konservative betreibt er eine „Geschichtspolitik“, die einer undifferenzierten Negativdarstellung der DDR dient.

1 Prototypisch kommt die Unfähigkeit Schroeders, ein differenziertes Bild der DDR-Realität zu sehen, in dem von ihm mitherausgegebenen Sammelband über die DDR-Kunst zum Ausdruck (Eckart Gillen, Hannelore Offner, Klaus Schroeder, eingegrenzt – ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961-1989, Berlin 2000). Das Buch verdient vor allem Beachtung, weil seine Darstellungen – gegen Schroeders Absicht – zeigen, daß genau seine Grundthese der totalen Gleichschaltung sich nicht bestätigen läßt. Dies kommt deutlich zum Ausdruck, wenn Schroeder in der Einleitung einerseits von „einem nahezu allmächtigen Generalsekretär“ an der Spitze der SED spricht, andererseits im selben Zusammenhang eine in den 70er Jahren erfolgte „Aufweichung des totalitären Systems, [...] ein gewisses ideologisches Zurückweichen“ (S. 11) konzedieren muß. Die von Schroeder behauptete Besetzung der „Leitungsfunktionen mit loyalen Funktionären“ gelang im Kunstbetrieb gerade nicht. Der prominente Maler Willi Sitte kann sich als Verbandspräsident von 1974-1988 halten, obwohl er „zeitweise wegen modernistischer Tendenzen gescholten“ und von der SED versucht wurde, „Willi Sitte nicht mehr in die neue Verbandsleitung zu wählen“ (S. 112). Mit ihm wird – entgegen der Behauptung Schroeders – eine weitgehend liberale Kunstpolitik realisiert.

Nach diesem sehr kritischen Resümee des von Schroeder vorgetragenen Vereinigungsprozesses, der jeglicher wissenschaftlich-kritischer Analyse ermangelt, soll eine allgemeine Einschätzung gegeben werden, was denn nun in den ca. 500 „wichtigen Seiten“ über die ostdeutsche Entwicklung mitgeteilt wird. Denn das Buch ist leider auch insofern eine Mogelpackung, als es darin keineswegs um „die“ veränderte Republik geht, sondern fast ausschließlich um die veränderte *Ost*-Republik. Auf den vielen Seiten gibt es leider verzweifelt wenig Sachinformationen. Als Ausnahmen seien Passagen genannt über „Alltagsverhalten und Mediennutzung“, „ostdeutsches Befinden“ (wohl ein Versuch, das unschöne neudeutsche Wort „Befindlichkeit“ durch ein anderes, aber ebenso unklares zu ersetzen), „Selbstzuschreibungen und Abgrenzungen“, „Bevölkerung und Familie“, „Selbsttötungen, Krankheitsbilder und Gesundheitswesen“. Danach folgen, nach einem Aufguß des bereits 2004 erschienenen Buches des Autors über Rechtsextremismus und Jugendgewalt einige teilweise sachhaltige Aussagen über „die Wahlergebnisse im Ost-West-Vergleich“, den „ostdeutschen Einfluß in den Parteien“, „die Transformation der Institutionen“, das „freiwillige Engagement“, „der gesplante Blick auf die deutsche Demokratie“ und „die gesplante Bewertung von Wirtschaft und Gesellschaft“.

Nach dem Hinweis auf diese knapp 100 Seiten relativ informativer, wenn auch immer polemisch durchmischter Aussagen bleibt die Frage, was wir auf den restlichen ca. 400 Seiten finden. Leider lautet die bedrückende Antwort: Neben vielen meist kurzen, oft eher journalistisch als wissenschaftlich geschriebenen Texten über alles Mögliche, eine Folge von Abrechnungen mit vielen linken Autoren, die Klaus Schroeders Kalten Kriegsblick auf Ostdeutschland nicht teilen mögen. Genannt seien nur, neben einem erbosten Kommentar über die Tendenz der Ostdeutschen, die DDR „als Teil der Erinnerungskultur“ zu erklären, die Abrechnung mit Wolfgang Engler, Christoph Kleßmann, Martin Sabrow, Rolf Reißig, Daniela Dahn, die Verfasser der Erfurter Erklärung (v.a. Günter Grass, Egon Bahr und Friedrich Schorlemmer), Reinhard Höppner. Schroeders boshafte Kommentare zu „Linksintellektuellen“ wie Oskar Lafontaine und Günter Grass seien nur am Rande erwähnt. Sie gehören aber zum Gesamtbild dieses umfangreichen, weder qualifizierten noch vorurteilsfreien Bandes, der wenig abgewogene und systematisch geordnete Information bietet, viel zu viel Eifern eines „Rechtsintellektuellen“ gegen alle, die Schroeders „Linie“ nicht folgen.

Rezensionsessay:

Friedrich Ebert – Sozialdemokrat, Republikaner, Patriot

Von Peter März

Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871 bis 1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 1046 S.

Eine wirklich detailgetreue, intensiv aus den Quellen geschöpfte Ebert-Biographie war auch geschichtspolitisch über Jahrzehnte ein publizistisches Desiderat, von ihrer unmittelbaren historiographischen Notwendigkeit ganz abgesehen. Walter Mühlhausens Opus ist es, trotz über 1.000 Seiten, in vollem Sinne zwar nicht geworden, denn der Familienvater, Sattler, Gastwirt, SPD-Funktionär wie Redakteur und vom 20. September 1913 an, neben Hugo Haase, amtierende Parteivorsitzende stellt für die detaillierte Schilderung der letzten knapp sechs Lebensjahre Eberts nur so etwas wie eine knappe Exposition dar. Es geht im Schwerpunkt um Ebert als Chef der ersten republikanischen Regierung in Deutschland, des Rates der Volksbeauftragten, wie um seine Zeit als erstes republikanisches Staatsoberhaupt, von der Wahl durch die in Weimar tagende Nationalversammlung am 11. Februar 1919 bis zum Tod im Amt am 28. Februar 1925.

Die minutiöse Rekonstruktion des Regierungsgeschehens in besonders dramatisch verdichteten Phasen, etwa beim Zusammenprall von Militär und linksextremen Aufständischen nach der Jahreswende 1918/19 oder beim drohenden Kollaps der Weimarer Republik im Herbst 1923, mag von manchem heutigem Leser als schwer zumutbare Rezipientenkost verstanden werden. Sie ist es aber keineswegs, läßt man sich nur einmal auf die unmittelbare Widerspiegelung politischer Führungsanstrengungen in unnormalen Zeiten ein, in Zeiten, in denen vielfach am Abgrund balanciert werden mußte. Es sind so auch die Tatsachen selbst, welche alte Pauschalurteile, wie etwa das von den Arbeiterverrättern in der sozialdemokratischen Führung der Jahre 1918/19 oder auch das von den verspielten Chancen auf ein parlamentarisch-rätedemokratisches Mischsystem, einmal mehr ad absurdum führen. Die seit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 so unerhört drängenden Probleme wie an erster Stelle das buchstäbliche Überleben der eigenen Bevölkerung angesichts eines drohenden Zusammenbruchs der Ernährung und der physischen Schwächung von Millionen durch die in Europa herrschende Grippe-Epidemie, ferner der zu regelnde Rückmarsch der deutschen Armeen und die anstehende Demobilisierung von Millionen Soldaten, schließlich die Wahrung der nationalstaatlichen Einheit und die Aufrechterhaltung eines einigermaßen geregelten administrativen und wirtschaftlichen Lebens waren für Ebert wohl nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung, sondern auch tatsächlich derart bedrängend, ja überwältigend, daß ihm irgendwelche sozialistische Abenteuer gänzlich absurd erscheinen mußten. Wo es noch gefestigte Strukturen gab, griff er zu und nutzte sie. Gewiß hat ihn

dabei aber auch eine legalistisch-konservative Grundhaltung inspiriert, tief in einem klassisch deutschen Pflichtenethos verwurzelt. Sie scheint bei Mühlhausen auf, ohne von ihm allerdings als persönliche Disposition Eberts wirklich erschöpfend untersucht zu werden.

Sicher war Ebert nicht konservativ in einem unmittelbar politischen Sinne, was für die Weimarer Republik etwa eine Nähe zu den Deutschnationalen bedeutet hätte. Aber er war konservativ in einer Haltung des unter allen Umständen die Zähne Zusammenbeißen, tatsächliche oder imaginierte Pflichten bis zum Äußersten zu erfüllen, sich dabei sehr wenig Lebensfreude zu gestatten und, auch das kann hier nur vermutet werden, eher zu verdrängen als sich auf die existentiellen Probleme und auch Brüche der eigenen Entwicklung wirklich einzulassen: Zwei von Eberts drei Söhnen fielen während des Ersten Weltkrieges. Als man ihm daraufhin zuriet, seine Kontakte spielen zu lassen, um seinen letzten überlebenden Sohn Friedrich aus dem unmittelbaren, stetig lebensgefährlichen Fronteinsatz zurückzuziehen, hielt er das gerade als sozialdemokratische Führungsfigur für gänzlich inakzeptabel. Es bedurfte hinter seinem Rücken der Fürsprache führender SPD-Genossen bei den Militärs, damit der letzte Sohn in Etappenstellungen gelangen konnte.¹

Ein klassisches Moment der Verdrängung scheint Eberts Verhältnis zu Religion und konfessioneller Bindung gewesen zu sein. Ebert war als junger Mann und Sozialdemokrat aus der katholischen Kirche ausgetreten. Zugleich deutet manches darauf hin, daß er dies eben nicht aus ganz persönlicher Motivation getan hatte, sondern weil ihm dieser Schritt in einer weitgehend noch materialistischen Weltanschauungspartei, die den Transzendenzbezug des Menschen für falsche Ideologie hielt, sozusagen funktional angebracht erschien. Auf der politischen Ebene allerdings hat er sich in den zwanziger Jahren wohl mit keiner Partei, von seiner Sozialdemokratie abgesehen und auch hier wohl mit Abstrichen, wohl so gut verstanden wie mit dem katholischen Zentrum. Und bei seiner Beisetzung am 5. März 1925 auf dem Heidelberger Bergfriedhof sprach auf ausdrücklichen Wunsch der Familie der evangelische Pastor Hermann Maas – ihn sollte seine Kirche freilich im Nachhinein dafür rügen. Die für die Weimarer Republik insgesamt so prekäre Abschottung jener festgefügtten Milieus, die die linke und rechte Mitte in Deutschland repräsentierten und die doch politisch-kulturell nie wirklich zueinander fanden, wird bei diesem Ereignis auch auf andere Weise deutlich: Der Münchener Kardinal Faulhaber erläuterte den Pfarrämtern seiner Erzdiözese, warum er zum Tod Eberts und damit des Staatsoberhauptes kein Trauergeläut anordnen könne.

Ebert besaß, das macht Mühlhausen deutlich, für die Gestaltung der politischen Landschaft in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg durchaus eine Konzeption. Er betrieb keineswegs nur Krisenmanagement im Reichspräsidentenpalais, nur erlaubte ihm

1 Friedrich Ebert gehörte nach 1945 zu jenen führenden Exponenten der SPD in der sowjetischen Besatzungszone, die bereitwillig den Weg der Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED mitgingen. Er war dann über Jahrzehnte das letzte verbliebene Mitglied der früheren SPD im Politbüro der SED und zugleich Oberbürgermeister Ostberlins.

wie auch anderen Exponenten – an erster Stelle Gustav Stresemann – die permanente Abfolge existentieller Krisen in den frühen zwanziger Jahren nicht, dieses Konzept zu Entwicklung und Reife zu bringen. Ebert war, das wird in der Darstellung erkennbar, zwar zumindest über lange Zeit Marxist in jenem formal-veräußerlichten Sinne, wie sich dies für die SPD-Funktionäre des ausgehenden Kaiserreiches nun einmal gehörte. Aber es ist schwer vorstellbar, daß er das marxistische Gemälde vom Untergang der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft und vom revolutionären Umschwung in eine nivellierte, zugleich von Abhängigkeiten und Entfremdungen freie sozialistische Ordnung, ob blutig erzwungen oder unblutig per Akklamation herbeigeführt, je wirklich innerlich angenommen hat. Er hat aber auch nicht wie der sozialdemokratische Revisionismus theoretisch fundiert gegen dieses Krisengemälde Stellung genommen, sondern es eher buchstäblich links liegen gelassen. Ebert war, das wird nach rund 1.000 Seiten Lektüre der Mühlhausen-Biografie einmal mehr klar, Sozialdemokrat im ganz unmittelbaren Wortsinn, dazu der Republik verpflichtet, nachdem und weil die Monarchie sich im Herbst 1918 selbst preisgegeben hatte, und patriotisch in der Tradition der Revolutionäre von 1848 – d.h. in der idealistischen Utopie von damals demokratisch, großdeutsch und zugleich auf internationale Verständigung bedacht. Für die von ihm gewünschte politische Tektonik der Weimarer Republik bedeutete dies, daß es ihm auf die Entwicklung zweier starker, breite Schichten integrierender und zugleich im Grundkonsens stehender großer Formationen ankam:

Einmal eine in der linken Mitte positionierte Sozialdemokratie und zum anderen eine republikanisch verlässliche bürgerliche Formation etwa von der DDP (Deutsche Demokratische Partei) bis zum linken Flügel der DNVP sollten sich hier Gedanken von Vernunft und Mäßigung durchsetzen. Eberts Spiel mit einer Großen Koalition von SPD bis DVP unter informeller Mitwirkung des rechten Flügels der alten USPD wie des linken Flügels der DNVP in den Jahren 1921 und 1922 diente, von allen situativen Erfordernissen abgesehen, genau dem Zweck, hier zu einer Plattform für national verantwortbare Politik zu gelangen. Dahinter stand auch das Gebot eines gesellschaftspolitischen Konsenses, gepaart mit dem erstaunlichen Vertrauen des ehemaligen sozialdemokratischen Funktionärs Friedrich Ebert in die politischen Macherqualitäten von Wirtschaftsführern. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ernennung des diplomatisch gewandten Generaldirektors der HAPAG Wilhelm Cuno am 21. November 1922 zum Reichskanzler an der Spitze eines Kabinetts sogenannter Fachleute zu sehen, die freilich überwiegend doch in deutlicher Anbindung an die Parteien der bürgerlichen Mitte standen. Vielleicht gerade weil die alte Sozialdemokratie des Kaiserreiches in so deutlicher Distanz zu den Unternehmensführungen und deren gesellschaftlichem Umfeld gestanden hatte, hatte sich in ihr – eher wohl unbewußt – mehr Respekt vor der Kompetenz in diesen Bereichen angesammelt, als angebracht gewesen wäre. Cunos Kanzlerschaft kollabierte im übrigen nach dem französischen und belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet vom Januar 1923 im weiteren Verlauf des Jahres. An Cunos Stelle trat das erste Kabinett einer Großen Koalition in der deutschen Parlamentsgeschichte mit dem DVP-Vorsitzenden (Deutsche Volkspartei) Gustav Stresemann als Reichskanzler.

Stresemann und Ebert erscheinen zwar im Nachhinein als die tragenden Figuren der Weimarer Mitte, jeweils von rechts bzw. links kommend, aber ihr persönliches Verhältnis zueinander war durchaus nicht komplikationslos oder spannungsfrei. Ebert war 1919 von der Weimarer Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt worden – die von der Verfassung vorgesehene Volkswahl sollte dann möglichst bald nachgeholt werden. Ebert selbst lag außerordentlich an einer derartigen Stärkung seiner Legitimation und eben diese verhinderte Stresemann, indem er 1922 eine letztmalige Verlängerung der Amtszeit des Staatsoberhauptes ohne Plebiszit durch einen auf drei Jahre befristeten Beschluß des Reichstages mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit arrangieren half.

Am 12. August 1923 erteilte Ebert Stresemann den Auftrag zur Bildung einer Regierung. Die Schilderung der folgenden Monate gerät zu den vielleicht dichtesten Abschnitten in Mühlhausens Werk. Das freilich ist eben nicht nur dem dramaturgischen Geschick des Autors zu danken, sondern mindestens ebenso auch den vielfältigen, existentiellen und so eng vertakteten Konfliktlagen, die bis Ende November Tag für Tag und Stunde für Stunde das Geschehen in Deutschland bestimmten. Die folgenden Abstimmungsprozesse und Konflikte spielten sich vor allem im Viereck zwischen Reichspräsident, eigener Partei SPD, Reichswehr und den entgegengesetzten extremistischen Entwicklungen in Sachsen und Thüringen einerseits, Bayern andererseits ab. Hinzunehmen muß man den Druck von außen, der auf dieses interne Konfrontationsgeschehen wirkte, nämlich das französische Vorgehen gegen die Weimarer Republik. Dessen strategische Zielrichtung begnügte sich nicht mit der Besetzung des Ruhrgebietes. Es ging darum, das Rheinland von Preußen (wie die Pfalz von Bayern) zu lösen, möglichst sogar dem Reichsverband zu entfremden, wie darüber hinaus die deutsche Nationalstaatlichkeit insgesamt zur Erosion zu bringen. Das zweite krisenverschärfende Moment war der durch den zeitweiligen passiven Widerstand gegen die französische Präsenz im Ruhrgebiet beschleunigte Verfall der Währung. Um ein Resümee dieser Monate vorwegzunehmen: Ebert blieb Demokrat, aber er war nicht in der Lage, während dieser Zeitspanne durchweg demokratisch zu agieren. Durch Notverordnung nach Art. 48 der Reichsverfassung vom 26. September 1923 ging die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über. In den Folgemonaten wurde fast nur noch außerparlamentarisch regiert. Notverordnungen schufen zum einen, etwa durch massivste Sparmaßnahmen bei den Staatsausgaben (Entlassung von Beamten), die Voraussetzungen zur Währungsstabilisierung.

Die eigentlichen Konflikte spielten sich aber im Dreieck Berlin, München, Dresden ab. Der Konflikt zwischen Ebert und seiner eigenen Partei, wohl der schwerste während seiner gesamten Amtszeit, Ende Oktober und Anfang November 1923, resultierte weniger aus den brachialen Maßnahmen, die verfügt wurden, um eine neue Währung, zunächst in Form der Rentenmark, nicht wieder auf Treibsand zu bauen. Gewiß setzte sich bei der Konzipierung der Währungsreform im Ergebnis der den Deutschnationalen angehörende Finanzsachverständige Karl Helfferich gegen den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding durch – letzterer einer der großen sozialdemokratischen Intellektuellen in der Zwischenkriegszeit. Zum Konflikt bis an den Rand des

dauerhaften Bruchs kam es hingegen, als die Regierung Stresemann, gedeckt durch den Reichspräsidenten, das Regierungsbündnis aus Sozialdemokraten und Kommunisten in Dresden seines Amtes enthob, nicht aber gleich rigide gegen die rechtsextremen Entwicklungen in Bayern vorging: Dort galt die Autorität des Reiches nichts mehr, war die im Freistaat stationierte siebte Division der Reichswehr auf die Bayerische Regierung vereidigt worden und drohte man unverhohlen mit einem Marsch auf Berlin.

Ebert handelte in dieser Lage verantwortungs-, nicht gesinnungsethisch. Gewiß war er ungehalten gegen Stresemann, weil dieser nach Erhalt der vom Reichspräsidenten unterzeichneten einschlägigen Notverordnung am 29. Oktober 1923 unverzüglich und ohne weitere Konsultationen in demonstrativer Form die sächsische Regierung insgesamt, also nicht nur beide kommunistische Minister, „mit Musik und aufgefahrenen Maschinengewehren“ absetzen ließ. Wenige Tage später, aber noch vor dem „Hitler-Putsch“ in München vom 9. November 1923, zog sich die SPD aus der Reichsregierung zurück. Sie sprengte damit die erste „Große Koalition“ in Deutschland, was der Reichspräsident selbst schlicht als „Dummheit“ bezeichnete. Daß damit zugleich sein Konzept, zwei konsensfähige große parteipolitische Lager in Deutschland installieren zu helfen, zunächst und weitgehend gescheitert war, lag aber auch an den Ambivalenzen, die die Entwicklung der Arbeiterbewegung während der Zwischenkriegszeit insgesamt betrafen und Ebert selbst mit einer nahezu ausgewogenen Aporie konfrontierten:

Als Sozialdemokraten mußte ihm die Einheit wenigsten der demokratischen Teile der Arbeiterbewegung ein Herzensanliegen sein. 1917 hatte sich in Gestalt der USPD jener Flügel von der SPD getrennt, der die haushaltsmäßige Billigung und weitgehende Tolerierung der deutschen Regierungspolitik während des Ersten Weltkrieges durch die Sozialdemokratie nicht mehr mittragen mochte. Die USPD, neben DVP und DNVP auf der Rechten, der große Sieger bei der Reichstagswahl 1920, konnte sich freilich auf Dauer nicht als eigenständige Größe, mit eigenständigem soziokulturellem Milieu, zwischen KPD und SPD behaupten. Ihr rechter Flügel, in dem vor allem die parlamentarische Komponente der Partei stark verankert war, kehrte auf dem gemeinsamen Nürnberger Parteitag vom 24. September 1922 wieder in den Mutterschoß der alten SPD zurück. Das aber bedeutete naturgemäß eine gewisse Linksschwenkung der Gesamtpartei, die auch bald programmatisch fühlbar wurde und deren Fernwirkungen auch zum Ausscheiden der SPD aus der Großen Koalition Anfang November 1923 beitrugen. Für Ebert aber hieß dies, daß er eben nicht beides haben konnte: Eine patriotische Volkspartei SPD der linken Mitte und zugleich die Einheit der deutschen Linken mit Ausnahme der Kommunisten. Die SPD selbst sah sich als parlamentarisch-demokratische Treuhänderin der Republik und blieb zugleich – verstärkt durch das Heidelberger Programm von 1925 – sozialistischen Doktrinen verhaftet. Die Wertschätzung von Demokratie und Pluralität als Werten und Errungenschaften an sich war damit auch in ihren Reihen vielfach nicht so ausgeprägt, wie dann nach den Diktaturerfahrungen von 1933 bis 1945 in der Ordnung der Bundesrepublik – auch hier lag ein Moment republikanischer Schwäche in den Weimarer Jahren.

Die Entscheidung zur Reichsexekution gegen die sächsische Regierung muß freilich auch im Blick auf die politische Verortung der deutschen Politik insgesamt gesehen werden. Die Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit stand fast zur Gänze im „westlichen“ Lager. In besonderer Weise galt dies für Ebert. Die Auslöschung der in sozialdemokratischer Tradition stehenden Menschewiki im bolschewistischen Rußland, der brutale Kampf der KPD gegen die SPD, die des Arbeiterverrats bezichtigt wurde, ein kosmopolitisches Friedensdenken im Blick auf die westlichen Demokratien wie die Wiederherstellung der sozialdemokratisch-sozialistische Internationale – all diese Faktoren sorgten dafür, daß die Idee rein machtpolitischer Absprachen mit Sowjetrußland gegen die Ordnung des Versailler Vertrages im Deutschland der Zwischenkriegszeit bei den Sozialdemokraten keine Anhänger fand. Sehr viel anders verhielt es sich aber bei der politischen Rechten, insbesondere bei den Deutschnationalen und der Reichswehr. Ebert selbst war für diesen Zusammenhang insbesondere dadurch sensibilisiert, daß er beim Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen der Weimarer Republik und Sowjetrußland von Reichskanzler Wirth wie Teilen des auswärtigen Apparates überspielt worden war. Dem Buchstaben nach harmlos, implizierte der Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 nach seinem Geist eben doch die Option eines deutsch-sowjetischen Zusammengehens gegen Frankreich wie gegen den, in der Diktion der damaligen Rechten, „Saisonstaat“ Polen. Das Mißtrauen gegen eine Ostorientierung der deutschen Politik war freilich nicht nur in der Sorge begründet, damit die Westmächte zu provozieren – Ebert mußte sich in seinen einschlägigen Bedenken durch den französischen und belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet ein dreiviertel Jahr nach dem Abschluß des Rapallo-Vertrages bestätigt sehen. Die eigentliche Schizophrenie lag vielmehr darin, daß Kommunisten wie die deutsche Rechte jenseits der DVP bereit waren, in Gestalt Sowjetrußlands mit einem Staat zu paktieren, der zugleich auf eine innerdeutsche Revolutionierung und damit auf die blutige Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft im Land drängte. Letztmals und noch einmal mit voller Wucht geschah dies im Herbst 1923 beim Hamburger Aufstand der KPD wie beim „roten Oktober“ in Sachsen, wo „proletarische Hundertschaften“ zum Bürgerkrieg gegen Polizei und Reichswehr mobilisiert wurden, und eben dagegen richtete sich, wenn auch vielleicht in der Durchführung „überschießend“, die Reichsexekution in Dresden.

Wie kompliziert freilich die Dinge damals lagen, erhellt Mühlhausens Ebert-Biographie beispielhaft an der Person des Chefs der Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt. Seeckt kommt, gerade was die Interaktion mit Ebert betrifft, in diesem Werk nicht so negativ weg, wie in vielen bisherigen Portraits seiner Person. Gewiß stand Seeckt weit rechts, war er alles andere als ein Musterrepublikaner und im übrigen außenpolitisch ganz Anhänger einer antipolnischen Kooperation mit Rußland. Trotzdem gab es so etwas wie eine tragende Verbindung zu Ebert. Diese bestand einmal in menschlicher Sympathie. Seeckt ließ es sich nicht nehmen, nach dem Tode Eberts den Trauerzug in Berlin vom Reichstagsgebäude bis zum Potsdamer Bahnhof zu begleiten, und er machte einen, wie die Zeitgenossen überlieferten, erschütterten Eindruck. Legalist, der er war, gehörte er keineswegs zu jenen Staatsstreich- und Putschfanatikern, die die ersten Jahre

der Weimarer Republik so zahlreich begleiteten. Gewiß strebte er im Herbst 1923 nach Ausnahmevollmachten, einem Direktorium mit ihm an der Spitze oder einer Art Diktatur, aber dies stets nach einer formal korrekten Übertragung der Vollmachten an ihn. Da ein solcher Schritt aber zu keinem Zeitpunkt erfolgte, kam es auch nie zu einer Diktatur Seeckt. Als der Reichspräsident ihm am 9. November 1923, dem Tag des Hitler-Putsches in München, die vollziehende Gewalt übertrug, war, wie Mühlhausen durchaus plausibel darlegt, die Gefahr einer Diktatur des Chefs der Heeresleitung bereits gebannt. Denn diese besondere Kompetenz war eng an die Person des Staatsoberhauptes gebunden und gegen diesen zu putschen lag Seeckt eben nach seinem ganzen Naturell fern. So war er selbst schon bald nach der Jahreswende 1923/24 bestrebt, wieder zu normalen konstitutiven Verhältnissen zurückzukehren.

Über dem Ende des ersten Reichspräsidenten liegt jene Düsternis, die sich als Metapher für die gesamte Geschichte der Weimarer Republik eignen würde. Eberts letzte Lebensphase erstreckt sich zwischen dem berüchtigten, am 23. Dezember 1924 in Magdeburg gegen den Journalisten Erwin Rothardt ergangenen Urteil und seinem Tod am 28. Februar 1925. Rothardt war der verantwortliche Redakteur der „Mitteldeutsche Presse“ in Staßfurt bei Magdeburg. Dieses Blatt hatte in einem Artikel vom 23. Februar 1924 den Vorwurf des Landesverrats gegen Ebert erhoben. Kampagnenartig wurde dieser Vorwurf damals verbreitet. Er bezog sich auf Eberts Eintritt in die Streikleitung bei einem Arbeitskampf vom Januar 1918, der als „Munitionsarbeiterstreik“ vor dem Hintergrund von Kriegsmüdigkeit und allgemeiner Erschöpfung Publizität erlangt hatte. Ebert war es damals nur darum zu tun gewesen, durch geschicktes Crisis-Management ein baldiges Ende dieser Auseinandersetzung herbeizuführen. Diese politisch unbestreitbare Intention interessierte aber in dem mit aller Infamie geführten Rechtsstreit nicht. Das Urteil in dem Beleidigungsprozeß gegen Rothardt kam in seiner Begründung zu der Feststellung, Ebert habe „durch seine Beteiligung an dem Berliner Massenstreik im Januar 1918 [...] objektiv und subjektiv“ den Tatbestand des Landesverrats erfüllt. Die Darstellung der weiteren Entwicklung bei Ebert, der Verschlingung von politischer Auseinandersetzung, Trauer und Erregung mit Verdrängung des eigenen physischen Befindens, gehört zu den stärksten Passagen in Mühlhausens Biographie. Und hier zeigt sich paradigmatisch, wie sehr die Schilderung eines bedeutenden Einzelschicksals Auskunft über die politische und moralische Verfaßtheit von Zeitläufen geben kann. Ebert, seit den Kriegszeiten physisch und psychisch über die Maßen belastet, dazu nie wirklich gesund, offenkundig auch stets gezwungen, Gleichmut zu zeigen, wo er aufs Tiefste herausgefordert und verwundet war, verdrängte in der zweiten Februarhälfte 1925 sich verstärkende Anzeichen einer schweren Erkrankung. Ein verschleppter Blinddarmdurchbruch bedeutete trotz schließlich doch vorgenommener Operation das Todesurteil für den ersten Reichspräsidenten.

Erst der verstorbene Ebert fand – wieder – Eingang in die Seele der sozialdemokratischen Familie. Zuvor hatte er sich stets im Spagat zwischen republikanisch-sozialdemokratischen Wurzeln und Offenheit im Staatsamt gegenüber den Kräften der bürgerlichen Mitte wie Rechten erschöpft; die hier zu leistende notwendige Koordinierungs-

aufgabe hatte vielfach zur Konsequenz, daß er weder hier noch da volle Akzeptanz fand. Diese im klassischen Wortsinn tragische Situation erhellt paradigmatisch aus Mühlhausens Untersuchung und sie weist zugleich über den Menschen Ebert und die historische Konstellationen der ersten Hälfte der 20er Jahr hinaus: Denn hier wird deutlich, daß Demokratien am Ende zerbrechen können, wenn sie ihren Akteuren Leistungen abverlangen, die das Menschenmögliche übersteigen. Im Grunde geht es dabei um die ebenso einfachen wie existentiellen Fragen nach der Konsensfähigkeit von Lagern und Milieus in politischen Systemen und nach dem unabdingbaren Minimum an Fairneß und Integrität in der politischen Interaktion.

»Wieder gelesen«:

Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland

Von Henning Hansen

Otto Büsch/Peter Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), Berlin 1957 (*Verlag Franz Vahlen*), 309 S.

„1. Die Sozialistische Reichspartei ist verfassungswidrig. 2. Die Sozialistische Reichspartei wird aufgelöst. 3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Sozialistische Reichspartei zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.“¹ Mit dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei nach Art. 21 Abs. 2 GG verboten. Das Gericht sah in der Sozialistischen Reichspartei (SRP) eine Nachfolgeorganisation der NSDAP. Der kometenhafte Aufstieg der rechtsextremen SRP fand durch das Urteil ein abruptes Ende und ließ die Partei nach nur drei Jahren Existenz zu einer Randnotiz der deutschen Nachkriegsgeschichte werden. Dennoch vermochte sie durch ihre Propaganda – die in weiten Teilen auf nationalsozialistischen Parolen aufbaute – und zwei Wahlerfolgen auf Landesebene, die noch junge Bundesrepublik in erhebliche Turbulenzen zu versetzen und im mißtrauischen Ausland fassungsloses Kopfschütteln hervorzurufen. Erinnerungen an die Krisenjahre der Weimarer Republik wurden geweckt und fügten der Reputation des jungen Staates erheblichen Schaden zu.

Das propagandistische Getrommel der SRP war kaum verklungen, als sich mit Otto Büsch und Peter Furth zwei Wissenschaftler der Partei annahmen und ein frühes Standardwerk zu deren Geschichte verfaßten. Von besonderer Bedeutung erwies sich für die beiden, daß sie ohne Einschränkung auf die Parteiunterlagen, die im Januar 1952 durch das Bundesverfassungsgericht bei der SRP beschlagnahmt und während der Verhandlung als Beweismaterial herangezogen wurden, zurückgreifen konnten. Aus diesem Konvolut schöpften die beiden Autoren ihre Erkenntnisse. Sie zeichneten ein plastisches Bild vom Aufstieg und Niedergang der SRP.

Das Buch ist in zwei voneinander getrennte Bereiche aufgeteilt; der erste ist von Otto Büsch erstellt und umfaßt den organisatorischen Aufbau sowie das politische Erscheinungsbild der SRP. Der zweite Teil beinhaltet eine ideologiekritische Analyse der SRP-Propagandakonzeptionen. Dieses eher ungewöhnliche Vorgehen wurde gewählt, damit der Leser „so schnell wie möglich zur geistigen Quintessenz vordringen“ (S. IX) kann.

¹ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. II, S. 2, Tübingen 1953.

Bei Otto Büsch basiert jene „geistige Quintessenz“ vor allem auf seinen Aussagen zur Vorgeschichte der Partei, der Mitgliederstärke, der SRP-Führungsriege sowie deren Wahlkämpfen und damit verbunden dem Einzug in die Länderparlamente von Niedersachsen und Bremen. Noch bis vor kurzem wurde die SRP-Mitgliederstärke bei rund 10.000 gesehen, wie sie Büsch (S. 91) geschätzt hatte.² Obwohl nach heutigem Ermessen die Zahl um gut 1.000 Personen höher gelegen haben dürfte, kam die Arbeit von Büsch der Wahrheit schon erstaunlich nahe. Sie förderte grundlegende Erkenntnisse zu Tage.³ Gleiches gilt für die Beschreibung der zahlreichen SRP-Nebenorganisationen und ihrer tatsächlich eher dürftigen Relevanz, vor allem der maßlos überschätzten „Reichsfront“, die „nicht mehr als eine Fiktion gewesen ist.“⁴ Mit Einschränkungen gilt Ähnliches für Büschs Ergebnisse bei der Sozialstruktur der SRP-Mitgliederschaft. Zwar lag er richtig, wenn er die Partei als überaus junge, männliche Partei beschrieb und ihr ein erhebliches Maß an Arbeitslosigkeit zuschrieb. Allerdings war der Arbeitslosenanteil so beträchtlich, daß die Einschätzung von Büsch, die SRP sei eine Partei aller beruflichen Schichten gewesen, nicht mehr haltbar ist.⁵

Der von Peter Furth bearbeitete Teil des Buches versucht die Kernthesen der SRP-Propaganda als schlecht getarnten Versuch zu demaskieren, altbekannte NSDAP-thesen neu aufleben zu lassen. Ein Vorgehen, das sich unschwer bewerkstelligen ließ, wie ein Ausspruch eines damaligen politischen Beobachters beweist, der der SRP attestierte, „den alten längst vergorenen NS-Most in neue Schläuche füllen zu wollen.“⁶ Zur Untermauerung seiner Annahmen, greift Peter Furth auf ausgedehnte Zitate von SRP-Vertretern zurück. Damit dies nicht zu einer bloßen Aneinanderreihung gerät und auch die eigenständigen Teile der SRP-Agitation sichtbar werden, trifft der Beitrag eine Gliederung nach einem negativen und positiven Aspekt der SRP-Propaganda. Innerhalb des negativen Bereichs werden die stetigen Verdächtigungen der Bundesrepublik und die generelle Ablehnung der Demokratie beschrieben, unter dem positiven Aspekt die Wertvorstellungen und Ziele der SRP gefaßt, die sie für eine künftige Gesellschaftsordnung anstrebte. Dies waren die „Dialektik von ‚Gemeinschaft‘ und ‚Führung‘“, die Errichtung einer „Führungsdemokratie“, die Vorstellung von einem „deutschen Sozialismus“ oder die zentrale Vorstellung der sogenannten „Reichsidee“, hinter der sich die Forderung nach einer sofortigen Wiederherstellung des Deutschen Reiches verbarg.

2 Da keine zusammenhängenden Mitgliederlisten der SRP überliefert sind, basierten die Zahlen von Büsch auf Schätzungen.

3 Vgl. Henning Hansen, Die Sozialistische Reichspartei. Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2006.

4 BArch-Koblenz, B 104/68, S. 9. Diese Aussage findet sich im internen SRP-Schriftverkehr.

5 Grundlegend für die Sozialstruktur der SRP Oliver Gnad, SRP, Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Marie-Luise Recker/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien, Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 444.

6 Christ und Welt vom 17. Mai 1951.

Wer nach den Stärken und Schwächen der beiden Arbeiten gefragt, muß vor allem der ihren Charakter als Grundlagenwerte anerkennen. Neben dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts wird die SRP-Geschichte erstmalig in einen systematischen Zusammenhang gebracht und in ihren einzelnen Facetten dargestellt. Insbesondere die zahlreichen Zitate vermitteln einen nachhaltigen Eindruck über Ausrichtung und Politikverständnis der SRP. Immer wieder wird durch die Zitierung maßgeblicher SRP-Politiker deren fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik und der sie repräsentierenden Politiker sichtbar. Gleiches gilt für die ostentative Scheu der SRP-Führung, sich namentlich zum Grundgesetz zu bekennen. Das Credo der Partei lautete statt dessen: „Die SRP steht bedingungslos auf dem Boden der demokratischen Staatsordnung im rechtsstaatlichen Sinne und lehnt jede Staatsform ab, die nicht vom Willen des Volkes getragen wird.“⁷ Ob solcher Erkenntnisse stand für Otto Büsch und Peter Furth außer Frage, daß es sich bei der SRP um eine Partei handelte, die die NSDAP als Vorbild hatte und dementsprechend verboten werden mußte. Sie entsprachen mit dieser Einschätzung einer damals weitverbreiteten Auffassung, wiewohl es auch nicht wenige gab, die das spätere Verbotverfahren lieber vermieden hätten: sei es aus falsch verstandener Toleranz, sei es aus der Befürchtung heraus, der Partei damit zuviel Aufmerksamkeit zu verleihen und möglicherweise eine Reihe von Märtyrern zu schaffen, die fortan mehr Unheil hätten anrichten können, als es der SRP je möglich gewesen wäre.

Genau an diesem Punkt hat die Kritik an der Arbeit, vor allem an der von Otto Büsch, anzusetzen. So geht der Autor mit keinem Wort auf das teilweise ambivalente Verhalten ein, das vornehmlich Teile des demokratischen Parteienspektrums an den Tag legten. Hierbei sei nur an die Versuche der Niederdeutschen Union (NU) erinnert, ein Zusammenschluß von DP und CDU in Niedersachsen, die nach der Landtagswahl ernsthaft mit dem Gedanken spielten, die SRP in eine Koalition einzubinden, um so die verhaßte SPD-Regierung unter Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf zu stürzen.⁸ Auf der anderen Seite war es die SPD, die nach dem Verbot hinter den Kulissen versuchte, ihre schützende Hand über eine SRP-Nachfolgeorganisation zu halten, damit bei der Bundestagswahl 1953 eine ähnliche Zersplitterung des bürgerlichen Lagers erfolgte, wie sie bereits bei der Niedersachsenwahl sichtbar geworden war.⁹

Statt dieses Verhalten einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, sieht Büsch eine geschlossene demokratische Abwehrfront am Werke, für die es „nie in Frage [stand], daß die Ausschaltung der SRP als eines Feindes der Demokratie wünschenswert und möglich war“ (S. 176). Neben den bereits geschilderten Vorgängen widerspricht dieser

7 BArch-Koblenz, ZSg. 1-86/8, in: Reichszeitung vom 3. Juni 1951. Diese Aussage erfolgte kurz vor der Niedersachsenwahl und sollte helfen, den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit zu entkräften.

8 Vgl. Götz Roth, *Fraktion und Regierungsbildung. Eine monographische Darstellung der Regierungsbildung in Niedersachsen im Jahre 1951*, Meisenheim am Glan 1954, S. 91 f. Insbesondere der DP-Parteivorsitzende Heinrich Hellwege erwies sich bei den Bemühungen um die SRP als treibende Kraft.

9 Vgl. Hansen (FN 3). Eine Darstellung der Kontakte zwischen SPD und dem ehemaligen SRP-Vorsitzenden Fritz Dorls findet sich im Kapitel Tarn- und Wiederbelebungsversuche.

Einschätzung zudem die Verbotsdiskussion innerhalb der Bundesregierung. Auf dieser Ebene erwies sich lediglich der Bundesinnenminister Lehr von Anfang an als klarer Befürworter des SRP-Verbots. Sein Amtskollege aus dem Bundesjustizministerium, Thomas Dehler, stand dem angestrebten Verbotsverfahren sehr skeptisch gegenüber und hätte lieber ein Vorgehen nach Art. 18 GG gegen einzelne SRP-Funktionäre gesehen. Einem solchen räumte er mehr Aussichten auf Erfolg ein, da „die Beweislage [...] in diesem Verfahren wesentlich einfacher [ist].“¹⁰

Wie sehr sich Dehler und andere Kollegen aus der Regierungskoalition scheuten, einen Verbotsantrag gegen die SRP einzuleiten, zeigt deren Forderung, diesem nur zustimmen zu wollen, wenn zugleich einer gegen die KPD eingeleitet würde. Dehler erblickte darin „eine weitere psychologische Erleichterung für das Bundesverfassungsgericht“, um ein Verbot der SRP auszusprechen.¹¹ Wo nicht einmal Beweise für einen Antrag gegen die KPD vorlagen, weist Norbert Frei zurecht darauf hin, daß der Antrag lediglich als „Therapeutikum“ für den Teil der Koalition gedacht war, der sich bisher geziert hatte, energisch gegen die SRP vorzugehen.¹² Eine Beurteilung, die man bei Büsch/Furth vergeblich sucht.

Ein anderes Manko, vor allem der Arbeit von Otto Büsch, ist die wenig kritische Analyse des Verbotsantrages der Bundesregierung, der durch einige Schwächen auffiel und erst durch Einsichtnahme in die beschlagnahmten SRP-Akten seine endgültige Fassung erfuhr. Ähnliches gilt für die Frage der geheimdienstlichen Arbeit gegen die SRP, die bei Einsicht der Ermittlungsakten offen zu Tage trat. Immerhin befand sich inmitten des SRP-Parteivorstandes ein Gewährsmann des Verfassungsschutzes.¹³ Daß dies bei Büsch nicht weiter problematisiert wird, ist vermutlich dem zeitnahen Entstehen der Studie geschuldet. Im Jahre 1957 war das Problembewußtsein für die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz offenbar noch nicht so ausgeprägt wie im Zuge des gescheiterten Verbotsverfahrens gegen die NPD 2001 bis 2003.

Gleiches trifft für die kaum gewürdigte Rolle der Besatzungsmächte und des kritischen Auslandes zu, die als ein treibender Faktor, wenn nicht gar als der entscheidende für die Einleitung des Verbotsverfahren gelten können. So gaben die Vertreter der Besatzungsmächte dem deutschen Bundeskanzler unmißverständlich zu verstehen, daß sie bereit seien, gegen die SRP vorzugehen, falls die Bundesregierung nicht dazu in der Lage sein sollte.¹⁴ Vor dem Hintergrund einer nach Souveränität strebenden Bundesrepublik sowie der Gespräche um einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag (innerhalb der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft) scheute die Bundesregierung nichts so sehr, wie ein solches Vorgehen der Alliierten, hätte es doch das Bild der eigenen Hand-

10 BArch-Koblenz, B 106/15532, S. 20.

11 Ebd.

12 Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 345.

13 Vgl. Hansen (FN 3).

14 Vgl. Frei (FN 12), S. 339.

lungsunfähigkeit gezeichnet. Um diesem Eindruck entgegenzuwirken, blieb ihr gar nichts anderes übrig, als mit dem scharfen Schwert des Parteiverbots gegen die SRP vorzugehen: „Man drängte aus außenpolitischen Gründen auf das Verbot, obwohl eine wirkliche Gefahr für die junge Republik von der SRP schwerlich ausging.“¹⁵

Mehr als nur einmal sticht in der Arbeit von Büsch/Furth die wenig kritische Analyse gegenüber den handelnden Personen in der Bundesregierung und dem teilweise ambivalenten Verhalten der demokratischen Parteien hervor. Daß sich wenige Jahre nach dem von Deutschland verschuldeten Kriege eine Partei erdreistete, die Methoden der NSDAP in neuer Form aufleben zu lassen, trübte offenbar den Blick der beiden Autoren so nachhaltig, daß für die kritischen Aspekte des Vorgehens gegen die SRP und des späteren Verbotsverfahrens nur wenig Raum blieb. Wie sonst läßt es sich erklären, daß Otto Büsch das Verbot der SRP allein schon deswegen für gerechtfertigt hielt, um die „Fehler der jüngsten Vergangenheit wiedergutzumachen [sowie] eine unselige Epoche der deutschen Geschichte abzuurteilen und die politische Wandlung in Deutschland der demokratischen Welt glaubhaft zu machen“ (S. 192). Diese Aussage erweckt den irrigen Eindruck, als könnte ein Verbotsverfahren gegen die drittklassige SRP die monströsen Verbrechen der Nationalsozialisten ungeschehen machen und das Gericht gleichsam die Rolle einer verspäteten Widerstandsbewegung einnehmen. Es liegt an solchen Sätzen oder dem Bestreben, „eine so charakterbestimmende Angelegenheit (wie die SRP) der deutschen politischen Wirklichkeit vor das Tribunal der Wissenschaft“ (S. VII) zu ziehen, daß die Studie phasenweise den Eindruck vermittelt, eine Fortsetzung des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht mit anderen Mitteln zu sein. Nach Norbert Frei leidet die Arbeit von Büsch/Furth daher unter einem „formalisierte[n] Ansatz“ sowie einer „penetrante[n] Idealisierung der demokratischen Gegenwehr“.¹⁶

Trotz der Defizite in der Arbeit von Büsch/Furth muß deren Pioniercharakter hervorgehoben werden. Durch die frühe Auswertung der Gerichtsakten leisteten sie grundlegende Vorarbeiten; sie schufen damit ein frühes Standardwerk zur Geschichte der SRP, das auch heute derjenige noch heranziehen sollte, der sich eingehender mit der Geschichte des westdeutschen Rechtsextremismus und dem ersten Parteiverbot in der noch jungen Bundesrepublik befassen will.

15 Gotthard Jasper, Wiedergutmachung und Westintegration. Die halbherzige justizielle Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945-1955, München 1986, S. 184.

16 Frei (FN 12), S. 326.

Literatur aus der „Szene“:

Ein Handbuch zu rechtsextremistischen Ideologieelementen aus rechtsextremistischer Perspektive

Von Armin Pfahl-Traughber

Guillaume Faye, Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas, Kassel 2006 (*Verlag für Forschung und Studien der indoeuropäischen Kultur, Philosophie, Wissenschaften und Metapolitik*), 287 S.

In den letzten Jahren erschien von deutschen Rechtsextremisten kein programmatisches Buch mehr.¹ Derartiges muß man sich offenbar aus dem Ausland besorgen. So legte 2006 die „Thule Bibliothek“ die deutsche Übersetzung eines Werkes von Guillaume Faye vor. Der Autor (Jahrgang 1949) gehörte früher zu den bedeutendsten Vertretern der intellektuellen französischen Neuen Rechten², überwarf sich aber mit deren Chefideologen Alain de Benoist. Fayes neueste Veröffentlichung in deutscher Sprache³ trägt den Titel „Wofür wir kämpfen“ und den Untertitel „Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturelle Revolution zur Neugeburt Europas“. Hier artikulieren sich bereits Absicht und Struktur: Das Buch will zum einen ein politisches Manifest sein, zum anderen Stellungnahmen zu zentralen politischen Begriffen liefern. Somit dient es den Anhängern der rechtsextremistischen Strömungen zur inhaltlichen Orientierung.

Die deutsche Übersetzung enthält ein Vorwort von Pierre Krebs wie von Andreas Molau. Dieser ist Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender der rechtsextremistischen Kulturorganisation „Gesellschaft für freie Publizistik“. Pierre Krebs leitet (mit wenig Erfolg) die rechtsextremistische Intellektuellenorganisation „Thule-Seminar“ und referiert ab und an auf NPD-Veranstaltungen.⁴ Die organisato-

1 Allenfalls können diesen Anspruch zwei Publikationen von Jürgen Schwab, der zeitweise im Umfeld der NPD eine Intellektualisierung vorantreiben wollte, erfüllen. Vgl. ders., *Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik*, Stuttgart 1999; ders., *Volksstaat statt Weltherrschaft. Das Volk – Maß aller Dinge*, Tübingen 2002. Zu dieser Studie siehe Armin Pfahl-Traughber, Ein „Anti-Globalisierungsbuch“ aus etatistisch-völkischer Sicht, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 15, Baden-Baden 2003, S. 320-324.

2 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998, S. 129-152; Matthias Weber, Prototyp der Neuen Rechten. Alain de Benoist und die Nouvelle Droite in Frankreich, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), *Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?*, Wiesbaden 2004, S. 145-162.

3 Zuvor erschien als Monographie in deutscher Sprache lediglich: Guillaume Faye, *Rede an die europäische Nation. Ein Appell gegen die Bevormundung Europas*, Tübingen 1991.

4 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2004*, Berlin 2005, S. 116 f.; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2005*, Berlin 2006, S. 130.

rische Zugehörigkeit beider macht deutlich, in welchem inner-rechtsextremistischen Kontext die Veröffentlichung von Fayes Buch in Deutschland zu sehen ist. Die Aussagen im Vorwort verdeutlichen die beabsichtigte Funktion der Publikation für die deutsche Szene. Molau bemerkt: „Wer die Begriffe bestimmt, bestimmt das Denken“ (S. 9). Und Krebs schreibt: „Jetzt erst versteht man besser, weshalb die Neu-Eroberung der Ideen von der Neu-Eroberung der Begriffe und von der Rück-Aneignung ihrer Bedeutungen abhängig ist“ (S. 14). Es geht also um die Aneignung bzw. Umdeutung politischer Termini im rechtsextremistischen Sinne. Damit folgt man der seinerzeit von der französischen Neuen Rechten ausgegebenen Maxime eines „Kampfes um die kulturelle Hegemonie“, womit die geistige Dominanz als Voraussetzung für die politische Herrschaft erlangt werden soll.⁵

Auch Faye will in diesem Sinne „eine gemeinsame weltanschauliche Zielvorgabe und Plattform“ (S. 25) schaffen. Sie soll sich gegen die „egalitaristischen, individualistischen Ideen“ richten, sei doch die europäische Kultur durch sie vom „westlichen, kosmopolitischen System vergiftet“ (S. 31). Als „Hauptfeind Europas“ gilt der „Süden“ unter dem Banner des Islam“, der „eine Kolonialisierung ‚von unten‘ herauf“ (S. 45) unternehme. „Hauptgegner“ seien die USA, die eine „kulturelle und strategische Vorherrschaft und Vormundschaft“ (S. 74) gegenüber Europa beabsichtigten. Angesichts dieser Gefahren bedürfe es einer „ideologischen Neugründung“ (S. 19) zur geistigen Einleitung „einer ‚europäischen Revolution‘“ (S. 46). Als deren Basis präsentiert Faye im Kern seines Buches eine Ansammlung von Begriffen und Schlüsselworten, die er als „Synthese unserer Weltanschauung“ (S. 71) ansieht. Hierbei nimmt der Autor eine Diffamierung bzw. Umdeutung von Bestandteilen des Selbstverständnisses demokratischer Verfassungsstaaten und offener Gesellschaften vor. Darüber hinaus bejaht Faye politische Forderungen nach einer elitären Aristokratie unter der Herrschaft einer Führungsfigur auf Basis einer völkischen Gemeinschaftsordnung.

Faye wendet sich gegen die westlichen Demokratien: „Denn der Demokratismus ist zum weltumspannenden Dogma geworden. Tatsächlich ist er aber nur die Bemäntelung einer Scheindemokratie, in der das Interesse des Volkes nicht berücksichtigt wird. In der Tat sind die westlichen Demokratien Oligokratien“ (S. 92). Es handele sich allenfalls um „Plutokratien“; und der „Demokratismus“ verstoße gegen demokratische Prinzipien. Insofern meint der Autor, er sei selbst gar nicht antidemokratisch und trete für eine „organische Demokratie“⁶ ein: „Es gilt vielmehr, sich auf die europäischen Quellen der organischen Demokratie zu besinnen. Und diese organische Demokratie, die in

5 Vgl. Alain de Benoist, Die kulturelle Macht, in: Ders., Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985, S. 39-52. Zur Anwendung im deutschen Kontext siehe: Armin Pfahla-Traugher, Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteil einer Strategie der „Kulturrevolution“. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle, in: Gessenharter/Pfeiffer (FN 2), S. 73-94.

6 Dafür plädierte auch Benoist in einer Schrift zum Thema. Vgl. Alain de Benoist, Demokratie. Das Problem, Tübingen 1986, S. 109-117. Hier wird ein identitäres gegen ein pluralistisches Demokratiekonzept argumentativ ausgespielt.

der politischen Philosophie der griechischen Antike wurzelt, ist erst in einem homogenen Volk möglich“ (S. 94). Auch wenn er hier namentlich nicht genannt wird, spielt diese Auffassung unverkennbar auf die Demokratie-Definition des Staatsrechtlers Carl Schmitt an: „Zur Demokratie gehört [...] notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen.“⁷ Nach Faye soll die Bevölkerung ethnisch einheitlich sein, heißt es doch: „Eine multirassische, multi-konfessionelle Gesellschaft kann unmöglich demokratisch sein“ (S. 94). Er geht in seiner Forderung nach ethnischer Homogenität sogar noch weiter und bedient sich selbst der im traditionellen Rassismus enthaltenen Agitation gegen „Blutvermischung“: „Schließlich muß man betonen – und dies ist wiederum eine Bemerkung, die im heutigen Europa tabu ist, nicht jedoch in der übrigen Welt, wo sie als völlig normal gilt –, daß die Blutvermischung schon auf kurze, besonders aber auf lange Sicht ein tödliches Gift für die Erbllichkeit eines Volkes und für die Fortsetzung seiner Kultur ist“ (S. 110). Darüber hinaus benennt der Autor als ein weiteres notwendiges Strukturmerkmal seiner Demokratievorstellung: „Neben der Homogenität muß die organische Demokratie das aristokratische Prinzip einschließen, mit anderen Worten: die ‚Auslese der Besten als Führer‘.“ Denn: „Die organische Demokratie ist keineswegs egalitaristisch. Sie braucht Führerpersönlichkeiten“ (S. 95). Sie müßten dem Volk dienen, nicht sich selbst. Weiter heißt es: „Zusammenfassend kann man sagen, daß organische Demokratie auf folgenden Begriffen fußt, die scheinbar widersprüchlich sind, in Wirklichkeit aber einander ergänzen: Grundsatz der völkischen Homogenität, Grundsatz des Vorrangs des Volkswillens, Grundsatz der aristokratischen Auslese (Meritokratie), Grundsatz des historischen Schicksals“ (S. 95).

Die Bedeutung der „Führerpersönlichkeit“ greift Faye etwas später noch einmal auf. Welche herausragende Bedeutung sie für sein Weltbild hat, ergibt sich aus folgender Aussage: „Die Geschichte ist die Befruchtung der passiven Seele der Völker durch die aktive Seele der geborenen Führer“ (S. 126). Die Problematik einer fehlenden Kontrolle durch den Mangel an Gewaltenteilung erkennt der Autor zwar, sieht sie aber als völlig unerheblich an: „Der geborene Führer birgt die Gefahr des Despotismus, doch das Schicksal ist nun einmal so, es ist nicht bestimmbar“ (S. 127). Damit verbundene Folgen deutet Faye positiv um: „Der geborene Führer trägt also diktatorische Züge, doch im positiven Sinne des Wortes: Der Diktator ist kein unterdrückender Tyrann, sondern buchstäblich derjenige, der ‚diktiert‘, d.h. rasch entscheidet und in Notsituationen rettet“ (S. 127). In diesem Kontext findet sich ein dezidiert Bezug auf die Auffassungen von Carl Schmitt, der als „Befürworter des geborenen Führers“ (S. 127) vorgestellt wird.

Angesichts der erwähnten Bejahung einer „organischen Demokratie“ auf Basis einer ethnischen Homogenität stehen bei Faye die Begriffe „Gemeinschaft“ und „Volksge-

7 Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923/25), 6. Aufl., Berlin 1991, S. 14. Vgl. dazu Armin Pfahl-Traughber, Identitäres Demokratieverständnis als Legitimation von Diktatur. Zur Parlamentarismuskritik von Carl Schmitt, in: Mut (1994) 320, S. 14-21.

meinschaft“⁸ in hohem Kurs. Sie definiert er wie folgt: „eine durch organische Bande zusammengeschweißte Gruppe, die beseelt ist vom Gefühl einer gemeinsamen Zusammengehörigkeit, eines gemeinsamen Erbes, einer gemeinsam völkisch-kulturellen Herkunft, eines Zusammenlebenwollens und eines gemeinsamen Schicksals“ (S. 133). Solche Modelle artikulierten sich etwa in der „Nation als Volksgemeinschaft“ oder „der Bruderschaft [...] als Kampfgemeinschaft“ (S. 134). Angesichts der Homogenität bilde diese Auffassung auch einen Gegenpol zu dem vorherrschenden Verhältnis von Einzelnem und Gruppe: „Das gemeinschaftliche Modell ist dem egalitaristischen, individualistischen Modell der Gesellschaft radikal entgegengesetzt“ (S. 134). Er strebt demgegenüber eine „Volksgemeinschaft aus organisch integrierten Gemeinschaften“ (S. 134) an.

In ihr dürfen dann individuelle Menschenrechte als konstitutives Prinzip des sozialen Miteinanders keinen Platz mehr finden, heißt es doch über sie schlicht: „Hauptwerkzeug im Arsenal der modernen Ideologie des ‚Fortschritts‘ und des individualistischen Gleichheitsdenkens, zugleich Mittel zur Einführung einer Gedankenpolizei in der Gesellschaft sowie zur Zerstörung der Rechte der Völker“ (S. 192). Es handele sich bei diesem „Menschismus“ (S. 192) um eine Ideologie, welche auf den „Schwindeleien“ (S. 192) der Freiheit und Menschenliebe beruhe, denn, so Faye: „Der ‚Mensch‘ (ein schon an sich verschwommener Begriff) besitzt keine ‚Rechte‘, die unveränderlich und universal im Äther schweben würden, sondern nur solche, die sich aus jedem einzelnen Kulturkreis, aus jeder einzelnen Tradition ergeben und aus ihr erklärbar sind“ (S. 192). Menschenrechte gelten in dieser Perspektive nur als strategisches Mittel gegen die europäischen Völker: „Die Ideologie der ‚Menschenrechte‘ ist heute die Hauptwaffe zur Zerstörung der Identität der Völker und zur Kolonisation Europas durch Fremde“ (S. 193).

Die Bejahung der identitären Demokratie und die Frontstellung gegen die individuellen Menschenrechte teilt Faye mit seinem früheren Mitstreiter Benoist.⁹ Bei dessen Plädoyer für „Ethnopluralismus“, der eine formale Ablehnung des Rassismus behauptet und auf die Koexistenz als gleichwertig geltender ethnischer Gruppe in allerdings getrennten Räumen hinausläuft¹⁰, formuliert der Autor von „Wofür wir kämpfen“ aber Widerspruch: „Man sollte auch nicht den landläufigen Irrtum begehen, in den sogenannte ‚ethnopluralistische‘ Intellektuelle verfallen, die in Wirklichkeit egalitaristisch denken, die Idee der Ungleichheit auf die bloße Bejahung der ‚Vielfalt‘ zu beschränken, sondern man muß verstehen, daß die Ungleichheit der Lebensformen implizit die Be-

8 Vgl. Michael Stolleis, Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 16-38; Hans Ulrich Thamer, Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie, in: Jörg-Dieter Gauger/Klaus Weigelt (Hrsg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 112-127.

9 Vgl. Alain de Benoist, Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen, Berlin 2004.

10 Vgl. Alain de Benoist, Wider den Rassismus, in: Ders. (FN 5), S. 53-68.

griffe von Überlegenheit und Qualität einschließt“ (S. 250). Als einzigen Maßstab dafür benennt Faye ganz im Sinne eines traditionellen sozialdarwinistischen Denkens¹¹ „die Fähigkeit, fortzubestehen und zu überleben, das alleinige Fundament aller Herrschaft“ (S. 250).

Im Kern geht es Faye um die Gegenüberstellung zweier Weltanschauungen: „Die eine, gegenwärtig vorherrschende, ist aus dem Judäochristentum hervorgegangen; sie kann als egalitär, individualistisch und kosmopolitisch bezeichnet werden. Die andere, heute mehr oder weniger amtlich verboten, rührt aus dem altertümlichen Heidentum Europas her; sie kann als inegalitär, gemeinschaftsorientiert und völkisch bezeichnet werden“ (S. 262). Demnach stellt der Autor den Normen der offenen Gesellschaften und demokratischen Verfassungsstaaten Gleichheit, Individualität und Universalität die Prinzipien geschlossener Gesellschaften und autoritärer Systeme Ethnizität, Homogenität und Ungleichheit gegenüber. Mit im intellektuellen Rechtsextremismus eher seltener Deutlichkeit formuliert er damit seine rigorose Ablehnung der Normen pluralistischer und repräsentativer Demokratien zugunsten eines autoritären bis totalitären Systems.

Wie die zahlreichen Zitate schon veranschaulichten, ist Fayes Werk in einem elitären und martialischen Tonfall gehalten: „In der Geschichte siegen immer die kämpfenden Minderheiten gegen die träge Masse“ (S. 18). „Das kommende Jahrhundert wird ein Jahrhundert aus Eisen und Stahl sein“ (S. 28). Oder: „Die europäische Revolution – diese Lunte gilt es nun, anzuzünden“ (S. 46). Faye ahmt Stil und Technik von Julius Evola¹², der sich als Kulturphilosoph im Umfeld des italienischen Faschismus bewegte, nach. Er dürfte damit rechtsextremistische Intellektuelle in ihrem avantgardistischen und kämpferischen Selbstverständnis ansprechen. Pathos und Positionen liefern indessen keine Grundlage für die erfolgreiche Agitation einer modernen rechtsextremistischen Partei: Eine solche müßte weitaus stärker auf den öffentlichen Diskurs reagieren und dürfte durch die Beschwörung des Mythos archaischer Kämpfer wenig Stimmengewinne verbuchen.¹³ Gleichwohl verdient es Interesse, die Rezeption und Verbreitung von Fayes Werk als Gradmesser für ideologische und strategische Überlegungen im deutschen Rechtsextremismus zu beobachten.

11 Vgl. Peter Emil Becker, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart/New York 1990; Hans Joachim W. Koch, Der Sozialdarwinismus. Seine Genese und sein Einfluß auf das imperialistische Denken, München 1973.

12 Vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Julius Evola, in: Ders. (Hrsg.), Europa. Seine geistigen Quellen in Porträts aus zwei Jahrtausenden, Bde. II, Heroldsberg 1982, S. 405-413; Pfahl-Traugher (FN 2), S. 117-122.

13 Beachtung verdienen noch folgende Ausführungen Fayes zum Vorgehen: „[...] die Taktik des flexiblen und solidarischen Netzwerkes ist monolithischen und unter sich zerstrittenen doktrinären Gruppen bei weitem vorzuziehen. Das Wichtigste ist, verdeckt zu handeln und sich untereinander abzustimmen“ (S. 282).

Hauptbesprechungen

Genozid im 20. Jahrhundert

Von Hans Fenske

Boris Barth, Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte – Theorie – Kontroversen, München 2006 (Verlag C.H. Beck), 271 S.

Während der 5. Internationalen Konferenz über die Vereinheitlichung des Strafrechts in Madrid trat der junge polnisch-jüdische Jurist Raffael Lemkin 1933 unter dem Eindruck des Massenmords an den Armeniern im Osmanischen Reich und im türkisch besetzten Russisch-Armenien von 1915 bis 1919 dafür ein, die Zerstörung rassischer, religiöser und sozialer Kollektive als Verbrechen zu definieren. In seinem Buch über die Herrschaftspraxis der Achsenmächte während des Zweiten Weltkriegs nannte er derlei Handlungen 1944 Genozid und prägte damit einen Begriff, der schnell in vielen Staaten aufgenommen wurde.

Bereits im Dezember 1946 erklärte die Vollversammlung der Vereinten Nationen Genozid die „Leugnung des Existenzrechts einzelner Menschengruppen“ in einer Resolution zum Verbrechen. Sie verabschiedete fast genau zwei Jahre später, am 11. Dezember 1948, die Genozid-Konvention und lud die Staatenwelt zum Beitritt ein. Die Vertragspartner bezeichneten Genozid als Verbrechen gemäß internationalem Recht und verpflichteten sich zu dessen Verhütung und Bestrafung. Als Handlungen im Sinne der Konvention galten die Tötung von Mitgliedern nationaler, rassischer, ethnischer und religiöser Gruppen, die Verursachung schweren körperlichen und seelischen Leids bei deren Angehörigen, die vorsätzliche Herbeiführung von Lebensbedingungen für derlei Gruppen, die geeignet sind, deren völlige oder teilweise Zerstörung zu bewirken, ferner die Behinderung der Fortpflanzung innerhalb solcher Kollektive und die gewaltsame Überführung von Kindern aus den genannten in andere Gruppen. Da der Text auf mancherlei Bedenken Rücksicht nehmen mußte, konnte die Definition nur unscharf sein. Was war beispielsweise unter „teilweise“ zu verstehen? Jeder Beitrittsstaat mußte die Konvention in eigenes Recht umsetzen. Die Bundesrepublik Deutschland tat das 1954 durch die Einfügung eines Paragraphen über Völkermord in das Strafgesetzbuch.

Jahrzehntelang blieb die Konvention Papier und wurde auch in der Wissenschaft nicht sonderlich erörtert. Erst unter dem Eindruck der blutigen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien ab 1991 und des Massenmords an Tutsi und opponierenden Hutu in Ruanda 1994 errichteten die Vereinten Nationen 1993 und 1994 Strafgerichtshöfe zur Verfolgung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts für das ehemalige Jugoslawien respektive für Ruanda; sie haben ihren Sitz in Den Haag bzw. Arusha. Seit März 2003 besteht zudem in Den Haag der Internationale Strafgerichtshof zur Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression.

Das in erheblichem Umfang gelungene Bemühen des nationalsozialistischen Deutschland um Ausrottung des europäischen Judentums hat seit 1945 eine intensive publizistische und wissenschaftliche Beachtung erfahren. Andere Massenverbrechen wurden hingegen sehr viel weniger erörtert. Erst in jüngerer Zeit hat sich eine lebhaftere Diskussion über das Problem des Völkermords generell entwickelt. Die inzwischen vorliegende Literatur sucht Barth in seiner relativ schmalen Schrift zusammenzufassen und kritisch zu würdigen. Er gliedert den umfangreichen Stoff in fünf Kapitel. Zunächst beschäftigt er sich mit der Definition von Genozid, mit einigen in der Forschung kontroversen Fragen und mit dem Problem des Vergleichs. Sodann behandelt er die Fälle von eindeutigem Völkermord, nämlich die Verfolgung der Armenier, die nationalsozialistischen Genozide an Juden und Zigeunern und den Massenmord in Ruanda. Das dritte Kapitel ist Fällen mit Genozid-Verdacht gewidmet. Dabei geht es um den Feldzug gegen die Herero in Deutsch-Südwestafrika 1904, um die stalinistischen Verfolgungen, um das Blutbad, das die Roten Khmer 1975 und 1979 in Kambodscha anrichteten, und, jeweils sehr kurz, um weitere Fälle. Besprochen werden die Verfolgung von Kommunisten in Indonesien 1965/66, das Vorgehen Indonesiens in Ost-Timor Mitte der 70er Jahre, die Diktatur Macías in Äquatorial-Afrika bis 1979, Chinas Auftreten in Tibet und das Geschehen im ehemaligen Jugoslawien ab 1991. Des weiteren fragt Barth nach dem Verhältnis von Gesellschaftsstruktur und Genozid. Im sehr kurzen Schlußkapitel geht es darum, ob ein Völkermord schon in der Vorbereitungsphase erkannt und mithin verhindert werden kann; eine realistische Möglichkeit dafür sieht der Autor nicht.

Barth vertritt eine sehr enge Genozid-Definition. Für ihn ist Völkermord ein Phänomen ausschließlich des 20. Jahrhunderts. Ganz wesentliche Bedingungen dafür sind ihm ein hochgradiger Nationalismus und die Biologisierung der Sozialbeziehungen. Kategorisch erklärt er, Rassismus sei eine notwendige Voraussetzung jeden Völkermordes. Da Nationalismus und Rassismus durch den Ersten Weltkrieg eine nachhaltige Steigerung erfuhren, waren die Jahre 1914 bis 1918 die entscheidende Zäsur, ab der Genozide möglich wurden; der Autor unterstreicht die Bedeutung dieser Zeitspanne nachdrücklich – dazu brachte ihn vermutlich auch seine Beschäftigung mit dem Trauma der deutschen Niederlage 1918, deren Ergebnis er 2003 vorlegte. Überhaupt hat der Fall Deutschland großes Gewicht für sein Verständnis von Völkermord. Wenn Rassismus unabdingbar für Genozid ist, können die Massenmorde kommunistischer Staaten nicht in diese Kategorie aufgenommen werden, sind sie besonders zu rubrizieren. Auch die meisten der sonstigen „Verdachtsfälle“ gelten Barths Ansicht nach nicht oder nur partiell als Völkermord.

Angesichts dieser engen Definition müssen auch die frühen Armenier-Greuel sich qualitativ von dem unterscheiden haben, was ab 1915 geschah. Das ist für Barth selbstverständlich. Indessen wird man es doch für einen Aufruf zum Völkermord halten müssen, als es 1895 in einer Proklamation von Behörden in Anatolien hieß: „Alle Kinder Mohammeds müssen jetzt ihre Pflicht tun, alle Armenier töten, ihre Häuser plündern und niederbrennen. Nicht ein einziger Armenier darf geschont werden. Das ist Befehl

des Sultans!¹ Was 1895 in den armenischen Provinzen des Osmanischen Reiches geschah, war nicht der einzige Fall von Völkermord vor 1914. Zweifellos war das Vorgehen der französischen Truppen bei der Niederwerfung des Aufstandes in der Vendée 1793 eine wohlüberlegte, systematisch durchgeführte Vernichtung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, also Genozid. Und auch beim Umgang der Amerikaner mit den Indianern im 19. Jahrhundert werden genozidale Züge sichtbar.

Für Barth ist es indessen unzweifelhaft, daß Völkermorde nur von totalitären oder diktatorischen Regimen begangen werden, und zwar in Kriegen. Er bestreitet nicht, daß auch demokratische Staaten Massaker veranstalten können und belegt das mit dem Vorgehen Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Kolonialkriegen, aber derlei Geschehnisse gehören für ihn in eine andere Kategorie. Auf das Palästina-Problem geht er nicht ein, wiewohl die Ziffern II a - c der Konvention von 1948 die Frage nach einem dortigen Völkermord durchaus nahelegen. Insgesamt überzeugen seine Zuordnungen nicht. Warum Ruanda ein Völkermord war, Kambodscha aber nur sehr bedingt, bleibt beispielsweise unklar.

Auch sonst begegnen viele Unschärfen, Irrtümer und Widersprüche. Dazu seien nur drei Hinweise gegeben. Die Auseinandersetzung des Autors mit dem Komplex der ethnischen Säuberungen gegen Schluß des Buches ist allzu kursorisch und gelegentlich fehlerhaft. Mit Überraschung liest man an anderer Stelle, daß der Kommunismus wie der Nationalsozialismus ein Produkt des Ersten Weltkriegs war – Lenin, Trotzki und Stalin kommen vor, Marx und das Kommunistische Manifest dagegen nicht. Im Abschnitt über den Völkermord an den Juden datiert Barth die wesentlichen Entscheidungen auf den Herbst 1941 und verweist darauf, daß bis dahin an eine massenhafte Umsiedlung gedacht war; genannt sei nur der Madagaskar-Plan, der, wäre er verwirklicht worden, sicher genozidale Züge gehabt hätte. Ganz am Ende des Buches stellt Barth fest, „alle internationalen Zeitgenossen hätten [...] vor 1939 aus ihrer damaligen Perspektive die Vernichtung des ganzen europäischen Judentums für nicht vorstellbar und für technisch unmöglich gehalten.“ Zwei Seiten weiter verwendet er im Gegensatz dazu viel Platz auf die Darlegung, daß jeder Völkermord eine lange Eskalationsphase habe; im deutschen Falle nennt er als Ausgangspunkt die Schlußphase des Ersten Weltkrieges. blieb den Zeitgenossen die Eskalation verborgen? Dann wäre sie ein Konstrukt. – Genug der Anmerkungen – es ließen sich noch etliche anführen. Die durch den Titel des Buches geweckten Erwartungen werden – leider – nur mit Einschränkungen erfüllt.

1 Zitiert nach Fridtjof Nansen, *Betrogenes Volk. Eine Studienreise nach Georgien und Armenien als Oberkommissar des Völkerbundes*, Leipzig 1928, S. 397.

Kontrolle und Repression in der DDR

Von Werner Müller

Babett Bauer, Kontrolle und Repression. Individuelle Erfahrungen in der DDR 1971-1989. Historische Studie und methodischer Beitrag zur Oral History, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 492 S.

Ausführliche methodische Darlegungen zum Komplex des historischen Erinnerungsgeschehens, biographische Annäherungen an die Opfer der Repressionen durch das MfS in der Ära Honecker und Schritte zu einer Typologie des Opfer-Verhaltens bilden die (höchst unterschiedlich ausgeprägten) Kerninhalte dieser voluminösen aus einer Augsburger Dissertation hervorgegangenen Studie. Um ein Fazit vorwegzunehmen: Die Ausführlichkeit bewirkt über manche Passagen hinweg auch Unübersichtlichkeit im Verein mit Längen. Der Umfang der Zitate aus den knapp 30 der Arbeit als Material zugrunde liegenden lebensgeschichtlichen Befragungen führt zu Redundanzen und läßt den Text phasenweise noch parallel zur Darstellung als Materialsammlung erscheinen. Erschwert wird die Lektüre zusätzlich dadurch, daß die Verfasserin (nicht ohne Akribie) versucht hat, die Transskripte der Befragungen auch noch durch phonetische Merkmale zu kennzeichnen, also Momente wie Zögern, Nachdenklichkeit, Lautstärke, Distanz, Gefühle oder Stimmungsschwankungen und anderes deutlich werden zu lassen: Insgesamt also keine einfache oder eingängige Lektüre; der analytische „rote Faden“ ist mitunter arg gewunden.

Generell hingegen ist das Anliegen der Verfasserin selbstverständlich berechtigt. Die Wahrnehmung der Betroffenen, der Opfer der gewandelten Stasi-Strategie seit dem Beginn der siebziger Jahre hin zu Unterminierung, Verunsicherung, Irritationen, Isolation, Selbstzweifeln und Veränderungen der Persönlichkeiten ins Negative ist ein weitgehendes Desiderat der Forschung und kann kaum aus der Perspektive der Täter, der Akten des Staatssicherheitsdienstes, erschlossen werden. Dieses Feld der Forschung ist naturgemäß ein genuines der Oral History und – soweit es der Rezensent überblicken kann – leider immer noch für die Geschichte der DDR stark unterrepräsentiert. Die Befragten – der älteste ist 1933, der jüngste 1968 geboren – wurden ausnahmslos im Jugendalter in der DDR sozialisiert. Die Berufsfelder sind weit gestreut, wenn auch unfreiwillig, da Partei und Staat mitunter rigide in die Berufsausbildung eingriffen.

Über das lebens- und erfahrungsgeschichtliche Moment hinaus erweckt selbstverständlich die Typologie der Persönlichkeitsmuster und Verhaltensweisen der Betroffenen besonderes Interesse. Es werden fünf Typen (in z.T. komplizierter Diktion) unterschieden: zum ersten die konsequente Systemablehnung im familiären Rahmen, häufig durch Herkunft und Erziehung vorgeprägt. Das mündete in der Regel in Flucht- oder Hafterfahrung, als „Aussetzung der biographischen Selbstbestimmung“ beschrieben. Das schließt das Erleben von Ausgrenzung, Überwachung, Haft, Verhören, Strafvollzug

sowie deren gesundheitlichen und psychischen Folgen ein. Der zweite ist wie folgt überschrieben: „Individuelle Resistenz zu Erlangung persönlicher Selbstbehauptung und kollektive Systemopposition im Hinblick auf gesellschaftliche Reform.“ Dieser Typus umfaßt diejenigen Persönlichkeiten, die sich dem Anpassungsdruck widersetzen, oft durch Verzicht auf höhere, insbesondere akademische, Ausbildung, den Ausweg entweder in kollektive Verweigerung oder individuelle Resistenz suchten. Die Lebenswege mündeten häufig im Mittelpunkt kirchlichen Umfeldes oder oppositioneller und alternativer Gruppen. Selbstbestimmte Lebenswege in der DDR und das Hoffen auf eine grundsätzliche Reformfähigkeit der Gesellschaft trafen zusammen und wirkten als Motor für die Stabilisierung der Persönlichkeiten. Die drei übrigen Verhaltenstypen fallen näher besehen aus dem eigentlichen Themenbereich „Kontrolle und Repression“ heraus, da sie Mechanismen von Anpassung und Pragmatismus erfassen. Der dritte von der Verfasserin gebildete Typus behandelt das unpolitische Dasein und die mehr oder weniger stark erzwungene Hinnahme von Kompromissen. Das schließt aber bei einzelnen Interviewpartnern Lebensschicksale ein, die durch Sippenhaft oder das (vom MfS organisierte) Scheitern beruflicher Karrieren geprägt sind. Der vierte Typus spiegelt die DDR-eigentümlichen Denk- und Verhaltensmuster von Zustimmung zum Prinzip Sozialismus auf der einen und pragmatischem „laissez-faire“ im Alltag wider. Gleichwohl wurde die mitunter geäußerte Vision eines „besseren“ Sozialismus zum Ansatzpunkt von Stasi-Überwachung. Der letzte Typus, eine distanzierte Grundeinstellung zum Staat, die nicht von Handlungen begleitet war und die alltägliche mentale „Auswanderung“ aus der DDR, insbesondere durch die Anschaulichkeit der westlichen Medien, dürfte vermutlich den größten Anteil unter den DDR-Bürgern ausgemacht haben.

Verhältniszahlen oder Gruppengrößen sind nicht das Anliegen der Verfasserin. Einer Repräsentativität ihrer Gruppen gilt ihr Augenmerk ausdrücklich nicht. Auch die Zahl der lebensgeschichtlichen Befragungen will diesem Kriterium nicht entsprechen – es wurden so lange Interviews geführt, bis die genannten fünf Persönlichkeitsgruppen klare Konturen aufwiesen. Das kommt nicht zuletzt im Schlußkapitel der Arbeit zum Ausdruck, in dem die Verfasserin Erfahrungsmuster kontrastierend gegenüberstellt und wesentliche Charakteristika ihrer Typologie erneut herausarbeitet. Letztlich geht es nicht um Personen, sondern um „Muster“ der Bewältigung. Die Befragten bleiben anonym, so weit, daß sogar Orts- und geographische Namen unkenntlich gemacht werden.

Letztlich verwundert nicht, wenn der den einzelnen Gruppen gewidmete Raum geradezu degressive Maße aufweist. Werden für die erste Kategorie von Lebensläufen, die mit extremen Brüchen verbunden sind (Flucht oder Fluchtversuch), mehr als 50 Druckseiten benötigt, für die zweite, der Weg in die eigene Welt, sogar noch mehr, knapp 80 Seiten, so müssen sich die drei übrigen Kategorien mit einer Darstellung im Umfang zwischen zehn und 30 Seiten begnügen. Überall stehen die Biographien im Mittelpunkt, also auch der Blick auf Herkunft und Werdegang. Für die beiden ersten Fallgruppen ist dabei ein bürgerlich-gebildetes Herkunftsmilieu charakteristisch, die Ablehnung von Staat und Gesellschaft der DDR ein die Erziehung mit begleitendes Motiv. Während die „Mittelgruppe“ letztlich von einer unpolitischen Grundhaltung geprägt ist und nur

aus Zufall in der Kreis der Observierten geriet, sind bei den beiden letzten Gruppen wiederum politische Motive im engeren Sinne erkennbar. Sie spiegeln zum einen den Verlust der Utopie und den sie begleitenden Prozeß der Ernüchterung wider, zum anderen weitergehend den aus der Ablehnung der Realität ausgelösten Rückzug aus dem Alltag und die Zuflucht in eine imaginäre, mediale Welt. Erstaunlich ist für alle Biographien (bis auf die „Mittelgruppe“) die frühzeitige Prägung in Jugend und Erziehung. Das Konfliktpotential bahnte sich überwiegend schon im familiären Kontext an, in der Schule und der Ausbildung: sei es, daß die soziale Prägung des Elternhauses den DDR-Maximen entgegenstand, sei es, daß die Kinder der „FDJ-Generation“ den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der DDR über Jahre hinweg hautnah erlebten oder die autoritären Strukturen in Staat und Gesellschaft zum Stein des Anstoßes wurden.

Indes: Die Verfasserin will über den Weg der Biographien unterschiedliche Verarbeitungsmuster der Stasi-Konfrontation durch die Betroffenen exemplifizieren. Die Vermittlung individueller Raster ist nur durch eine gewisse Typologisierung und Schematisierung möglich. Das Spannungsverhältnis von individueller Biographie, Gruppenzuschreibung und Repräsentativität ist letztlich schwer aufhebbar. Auch wenn letzteres gar nicht und eine Typologie nur beiläufig intendiert waren, erscheint die Zuordnung von Biographien und Verhaltensmustern als Reaktion auf die Eingriffe der Staatssicherheit in die jeweiligen Lebensläufe plausibel und aussagekräftig. Die Anonymisierung erfordert geradezu die Typologisierung.

Ohne Zweifel muß auf dem von der Verfasserin vorgezeichneten Weg intensiv weiter geforscht werden. Wenn das Gesamturteil über die Arbeit gleichwohl zwiespältig ausfällt, ist dieses neben der oben genannten Umständlichkeit und Redundanz-Anfälligkeit auch der Darstellungsweise geschuldet. Sprachliche Übersichtlichkeit und Klarheit sind keinesfalls ihre Stärken. Was soll man von einem Passus wie diesem halten: „Die Präsentation der Ergebnisse ist in intersubjektiver Form angelegt. Das heißt, die Aussagevielfalt und Vielgestaltigkeit der einzelnen Lebensgeschichten innerhalb ihrer Erfahrungsschwerpunkte wird gebündelt und in eine individuelle Struktur gesetzt, die entsprechend der Übereinstimmung vergleichbarer Wahrnehmungen und Erfahrungen eine zielführende Auswertung ermöglicht“ (S. 94). – Alles klar – oder doch nur banal?

Auf dem Weg zu einer vergleichenden Diktaturgeschichte Europas

Von Arnd Bauerkämper

Gerhard Besier (unter Mitarbeit von Katarzyna Stokłosa), *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2006 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 879 S.

Die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur gilt als Signum des „kurzen“ 20. Jahrhunderts.¹ Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten sich neue diktatorische Systeme heraus, die nicht mehr nur auf die Erhaltung des Status quo zielten, sondern auch eine umfassende gesellschaftliche Erneuerung propagierten und betrieben. Diese Diktaturen setzten die Erfahrung der Demokratie voraus, die sie nicht mehr zurücknehmen konnten. Sie waren deshalb durch Formen populistischer Mobilisierung und Strategien plebiszitärer Legitimation gekennzeichnet. Die neuen Diktaturen sind in der Literatur deshalb als „modern“ oder „totalitär“ bezeichnet worden. Ausgehend von den frühen Studien Eric Voegelins haben Politik- und Geschichtswissenschaftler seit den neunziger Jahren auch das Konzept der „politischen Religion“ aufgegriffen, um den umfassenden Herrschaftsanspruch der neuen Diktaturen und ihre alltagsweltliche Prägekraft zu kennzeichnen. Nachdem der Aufstieg des Faschismus die Zwischenkriegszeit geprägt hatte, verschärfte der Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg die Konfrontation zwischen den demokratischen Staaten West- und Mitteleuropas und den kommunistischen Diktaturen, die ab 1947/48 in Osteuropa etabliert wurden. Der Zusammenbruch dieser Regimes 1989-91 scheint zumindest in Europa die Epoche der Diktaturen beendet zu haben.²

Obleich die zukünftige Entwicklung nicht vorhergesehen werden kann, wagt Gerhard Besier mit seiner umfassenden Gesamtdarstellung eine vorläufige Bilanz der Dynamik faschistischer und kommunistischer Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Dabei weist der Autor dem Nationalsozialismus zu Recht einen besonderen Stellenwert

1 Vgl. z.B. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1999; Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999; Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000; Hans-Peter Schwarz, *Fragen an das 20. Jahrhundert*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000), S. 1-36, bes. S. 6, 10.

2 Hans Maier, „Totalitarismus“ und „politische Religionen“. Konzepte des Diktaturenvergleichs, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 387-405; ders., *Deutungen totalitärer Herrschaft 1919-1989*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 50 (2002), S. 349-366; ders. (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Paderborn 1996; Eckhard Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, 2. Aufl., Baden-Baden 1999. Grundlegend: Eric Voegelin, *Die politischen Religionen*, hrsg. v. Peter J. Opitz, München 1993 (Erstausgabe: *Die politischen Religionen*, Wien 1938).

zu. Überdies bezieht er auch autoritäre Diktaturen in seinen Überblick ein. Der Darstellung liegt eine chronologische Gliederung zugrunde, die zwischen den Epochen von 1917/18 bis 1945 einerseits und den Jahren vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen andererseits unterscheidet. In diesen beiden großen Teilen werden jeweils die Entwicklung und Merkmale der diktatorischen Systeme in den einzelnen Staaten behandelt. Damit soll die Erklärungskraft der erwähnten Konzepte und Untersuchungsansätze vergleichender Diktaturforschung gezeigt werden.

Überzeugend führt Besier die Herausbildung der neuen Diktaturen auf den Ersten Weltkrieg zurück. Ausgehend von der spezifischen Konstellation einer tiefgreifenden Brutalisierung des Krieges und der Militarisierung der europäischen Gesellschaften, bildeten sich nach 1918 vor allem in den Verliererstaaten neue Bewegungen heraus, die sich einerseits kompromißlos gegen den Sozialismus und die 1917 in Rußland siegreichen Bolschewisten wandten, andererseits aber auch die liberalen Reformkonzepte und die konservative Politik ablehnten, den Status quo zu sichern. Auch wenn Besier diese Dynamik mit dem Prozeß einer „Autokratisierung Europas“ (S. 11) zu allgemein kennzeichnet und die Auswirkungen des Krisenbewußtseins im *fin de siècle* unterschätzt, wird man die Wurzeln der neuen Diktaturen in der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) suchen müssen. Außer „konstitutionellen“ Diktaturen wurden bald auch „autoritäre“ Regimes bzw. (in Südosteuropa) „Königsdiktaturen“ errichtet. Demgegenüber beanspruchten „totalitäre“ Diktaturen eine umfassende gesellschaftliche und kulturell-mentale Erneuerung. Diese Deutung, die Besier eng auf das Konzept der „politischen Religion“ bezieht, schließt unmittelbar an Interpretationen des Faschismus als Erneuerungsideologie, besonders als „palingenetischer Ultrationalismus“, in der jüngeren anglo-amerikanischen Forschung an.³ Jedoch verzichtet Besier in dem systematisierenden Kapitel über „Wellen der Diktaturerrichtung in Europa“ auf eine eingehende Auseinandersetzung mit den skizzierten Konzepten und Interpretationen der Diktaturen, die sich in Europa von 1917 an herausbildeten.

Im ersten Teil des Buches wird besonders die Herausforderung deutlich, die von der Russischen Oktoberrevolution ausging. Im Anschluß entfaltet Besier ein breites, bedrückendes Panorama der Etablierung unterschiedlicher Regimes in Europa vom italienischen Faschismus über die autoritären Diktaturen Marschall Józef Piłsudskis, Francisco Francos und António de Oliveira Salazars bis zum austro-faschistischen Ständestaat und dem Dritten Reich Adolf Hitlers. Die detaillierte Darstellung zeigt aber, daß der Aufstieg der Diktatoren nicht nur – wie die Gliederung suggeriert – auf die Durchsetzung des Kommunismus (in seinen leninistischen und stalinistischen Varianten) in

3 Roger Griffin (Hrsg.), Introduction, in: ders. (Hrsg.), *International Fascism. Theories, Causes and the New Consensus*, London 1998, S. 1-20, hier S. 13. Vgl. auch ders., *The Nature of Fascism*, London 1991, S. 26, 44; ders., *The Primacy of Culture: The Current Growth (or Manufacture) of Consensus within Fascist Studies*, in: *Journal of Contemporary History* 37 (2002), S. 21-43, hier S. 24 (Anm. 15). Dazu auch: Arnd Bauerkämper, *Der Faschismus in Europa 1919-1945*, Stuttgart 2006, S. 18, 29.

der UdSSR zurückzuführen ist, sondern vorrangig auf z.T. eklatante Entwicklungsdisparitäten und deren Deutungen in den betreffenden Staaten selber. So hatte die ungleiche Verteilung des Landbesitzes in Spanien und Portugal im frühen 20. Jahrhundert jeweils Forderungen nach einer Bodenreform radikalisiert. Salazar und Franco konnten ihre Unterstützung der Großgrundbesitzer deshalb als Schutz vor gesellschaftlicher Desintegration und politischem Chaos ausgeben. Insgesamt ist die Darstellung im ersten Teil des Buches jedoch durchweg informativ und von der umfassenden Sachkenntnis des Verfassers geprägt, wenngleich sie gelegentlich zu detailliert ist, etwa bei den Ausführungen zum Aufstieg Ahmed Bey Zogus zum König der Albaner. Auch vermittelt der Autor Informationen wie den Hinweis auf den Dauerskandal um die Geliebte des rumänischen Königs Carol II. (S. 276), deren Relevanz für das Themenfeld nicht unmittelbar einleuchtet.

Der zweite Teil der Monographie ist der Durchsetzung kommunistischer Diktaturen in den osteuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet. Detailliert und kenntnisreich zeichnet Besier die Unterwerfung Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR nach. Einleuchtend wird die Sonderrolle Jugoslawiens und Albaniens konturiert. In der umfassenden und eingehenden Darstellung tritt die politische Durchdringung der jeweiligen Gesellschaften ebenso hervor wie das Ausmaß des politischen Terrors, mit dem die Gegner der Kommunisten rigoros unterdrückt wurden. Auch wird das Ausmaß der wirtschaftlichen Ausbeutung der osteuropäischen Staaten durch die sowjetische Hegemonialmacht deutlich. Nicht zuletzt hebt Besier zu Recht hervor, daß die Ziele, Strategien, Mittel und Stadien der kommunistischen Machtdurchsetzung in Osteuropa nach 1945 durchaus ähnlich waren. Jedoch greift die Deutung dieser Prozesse als „Zwangsexport“ (S. 309) durch die UdSSR zu kurz. Erstens werden damit die endogenen Wurzeln der kommunistischen Diktaturen und ihre Anhänger in Osteuropa unterschätzt. So gesteht Besier nur den tschechoslowakischen Kommunisten einen „starken Rückhalt in der Bevölkerung“ (S. 321) zu. Zweitens verdeckt die Deutung als sowjetischer Modellexport die spezifische Selektivität der Übertragung und Aneignung des Stalinismus in den osteuropäischen Staaten. Taktische Konzessionen, die Besier betont, aber auch die Rücksichtnahme auf national- und regionalspezifische Unterschiede mündeten in Anpassungsformen, die der kommunistischen Diktatur erst ihre beträchtliche gesellschaftlich-kulturelle Wirkung verlieh. Deshalb konnten Prozesse wie die Kollektivierung keineswegs einfach nach „sowjetischer Schablone“ (S. 383) durchgesetzt werden, wie der Autor in seiner detaillierten Beschreibung der Umwälzungen selber zeigt. Auch die Interpretation, daß sich in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 weitgehend unmittelbar ein „Systemwechsel“ (S. 326) vollzogen habe, wirkt unnötig reduktionistisch. Nicht nur in der SBZ, wo sich bis 1947/48 zumindest „demokratische Ansätze“⁴

4 Hermann Weber, Die Geschichte der DDR. Versuch einer vorläufigen Bilanz, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), S. 195-203, hier S. 196.

herausbildeten, sondern auch in osteuropäischen Staaten wie Ungarn und der Tschechoslowakei war der Weg zur kommunistischen Einparteiherrschaft keineswegs durchweg linear und auch nicht weitgehend vorherbestimmt. Die Fixierung auf die „Übergänge von den faschistischen bzw. faschisierten Regimes zu kommunistischen Staaten nach dem Modell der Sowjetunion“ (S. 12) wird der Komplexität dieser Nachkriegskonstellation in den einzelnen Staaten trotz der unbestreitbaren Hegemonie der UdSSR insgesamt nicht gerecht. Abgesehen von diesen Einwänden gegen die ihr zu Grunde liegenden Deutungskategorien und Interpretationen überzeugt die Studie durch die Spannbreite der Themenbereiche.

Insgesamt bleibt die Darstellung aber vorrangig der präzisen Rekonstruktion verhaftet, während die Analyse zurücktritt. Vor allem jedoch werden die Befunde vielfach nicht unmittelbar auf die Deutungskategorien und Konzepte bezogen, wie besonders das letzte Kapitel verdeutlicht. Hier vermittelt Besier einen instruktiven Überblick über die Forschungsdiskussion zu den Konzepten des „Totalitarismus“, der „modernen Diktatur“ und der „politischen Religion“. Zudem gelingt ihm eine typologische Einordnung der behandelten Diktaturen, indem er besonders Erkenntnisse der neueren politik- und sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung einbezieht. Jedoch bleibt dabei eine beträchtliche Kluft zwischen diesem abstrakten Überblick und der eingehenden, konkreten Darstellung der Diktaturen.

Gerhard Besiers Buch ist ein wichtiges Kompendium zur vergleichenden Diktaturgeschichte in Europa im 20. Jahrhundert, dessen Nutzen das unübersichtliche Literaturverzeichnis allerdings beeinträchtigt. Die Darstellung bietet einen umfassenden Überblick über die Errichtung, Konsolidierung und Überwindung der diktatorischen Herrschaftssysteme, die sich nach 1917/18 herausbildeten. Auch werden die Kennzeichen, Träger und Folgen dieser Diktaturen klar herausgearbeitet. Jedoch konzentriert sich die Darstellung eindeutig auf die Politikgeschichte. Demgegenüber bleibt der Hinweis auf die „alltagsgeschichtliche Sicht“ ebenso weitgehend folgenlos wie die Frage nach den Auswirkungen der diktatorischen Herrschaft „auf lebensweltlicher Ebene“ (S. 334). Weitere Arbeiten zu den sozial- und kulturgeschichtlichen Prägekraft der faschistischen, autoritären und kommunistischen Diktaturen werden nicht nur an die bereits veröffentlichten Detailstudien und Synthesen zu einzelnen Staaten, sondern auch an Besiers umfassenden Überblick anknüpfen können.

Populismus als nützliches Korrektiv?

Von Steffen Schoon

Frank Decker (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 254 S.

Die Politikwissenschaft setzte sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Populismus auseinander. Der inhaltlich zweigeteilte Sammelband von Frank Decker, in dem vor allem die Frage nach den Wirkungen populistischer Parteien im Mittelpunkt steht, führt diese Debatte fort. Die ersten Beiträge des Buches beschäftigen sich in allgemein-theoretischer Perspektive mit dem Phänomen Populismus. Im zweiten Teil folgen vergleichende Länderstudien zu einzelnen populistischen Parteien in Europa.

Frank Decker entwirft vor dem Hintergrund der definitorischen Schwierigkeiten des Begriffs ein Forschungsprogramm zum Rechtspopulismus, das die verschiedenen Dimensionen des Phänomens angemessen berücksichtigt und der Debatte eine gewisse Struktur und Klarheit gibt. Er unterscheidet dabei zwischen den Aspekten Entstehungshintergrund/Ursachen, Ideologie, Auftreten/Organisation und Wirkung, die jeweils auf der ökonomischen, kulturellen oder politischen Ebene angesiedelt sein können. Hiermit gibt er im Prinzip den Rahmen für eine Typenbildung mit Blick auf die populistischen Parteien vor. Decker beschränkt sich jedoch nicht auf die momentan dominierenden rechtspopulistischen Parteien, sondern schließt konzeptionell auch die Linkspopulisten mit ein.

Tim Spier thematisiert mit Blick auf dieses Forschungsprogramm die Ursachen der Entstehung von populistischen Parteien anhand von Modernisierungsprozessen. Er ordnet diese in den historischen Kontext ein und stellt die Etablierung populistischer Parteien in den USA und in Rußland im 19. Jahrhundert dar. Der theoretische Ansatz, Wähler rechtspopulistischer Parteien als Modernisierungsverlierer zu begreifen, erscheint durchaus sinnvoll. Die empirische Überprüfung bestätigt zwar die These, offenbart jedoch auch die fehlende Komplexität dieses Ansatzes, der für eine Erklärung sicher zu kurz greift. Dies ist dem Autor gleichwohl bewußt, wie er im Fazit klarmacht.

Eine kluge Analyse liefert Lars Rensmann in seinem Beitrag zur ideologischen Orientierung des Rechtspopulismus. Er sieht gerade in der Verknüpfung von vertikaler (das „Volk“ gegen „die da oben“) und horizontaler Abgrenzung (gegen Fremde, gegen die EU usw.) das Erfolgsrezept des Populismus. Rensmann trifft darüber hinaus eine analytische Unterscheidung zwischen extremistischen und populistischen Parteien. Gleichwohl attestiert er der populistischen Ideologie eine „innere Neigung [...] zum Extremismus“ (S. 69), die wesentlich auf den anti-pluralistischen und anti-konstitutionellen Orientierungen der Führerfiguren der populistischen Parteien beruht. Eine andere Perspektive wählt Thomas Meyer, der den „eingebauten Populismus“ unserer Medienlandschaft untersucht. Die Logik der Mediendemokratie mit immer stärkeren inhalt-

lichen Verkürzungen und dem Hype nach immer zahlreicheren „Knalleffekten“ biete hervorragende Bedingungen für Populisten und fördere den Populismus der etablierten politischen Akteure. Am Schluß überwiegt bei Meyer der Pessimismus: Mit Blick auf die zentrale Frage des Bandes seien die Risiken populistischer Politik für die politische Kultur größer als die Chancen, die sich zum Beispiel durch die Funktion des Seismographen für inhaltliche Defizite der etablierten Politik ergeben.

In der ersten Fallstudie untersuchen Günther Pallaver und Reinhold Gärtner vor allem am Beispiel Italiens und Österreichs die populistischen Parteien, die an Regierungen beteiligt waren. Im Vergleich wird deutlich, daß die Regierungsverantwortung auf nationaler Ebene durchweg problematisch für die populistischen Parteien ist. Der Spagat zwischen praktischer Regierungspolitik und populistischer Überzeugung brachte oftmals Abspaltungen mit sich. Die einseitige Ausrichtung der Parteien zu ihrem Parteiführer wiederum führte zu erheblichen Defiziten beim Spitzenpersonal. Allein die FPÖ verschleiß nach der Regierungsübernahme 1999 in kürzester Zeit vier Minister. Letztlich mußten alle populistischen Parteien der Regierungsbeteiligung bei Wahlen in hohem Maße Tribut zollen. Gänzlich anders verhält es sich beim Vlaams Blok und dem Front National in Belgien und Frankreich, wie dies Gilles Ivaldi und Marc Swyngedouw nachweisen. Beide populistischen Parteien besitzen im Gegensatz beispielsweise zur FPÖ ein festes ideologisches Fundament, das sehr deutlich als rechtsextrem zu charakterisieren ist. Die konsequente „Anti“-Haltung zur etablierten politischen Klasse sowie die starke Ausgrenzung durch die anderen Parteien begünstigen eine seit Jahren auf hohem Niveau zu verzeichnende Wählerschaft. Dies versetzt beide Parteien in die Lage, die Kräfteverhältnisse in den Parteiensystemen zu beeinflussen. Insofern ist der starke Abgrenzungskurs gegenüber den etablierten Parteien nach wie vor von Erfolg gekrönt.

Susanne Frölich-Steffen bestätigt im Prinzip die Einschätzungen der vorhergehenden Beiträge: „Je näher die Populisten der Macht kommen, um so geringer wird ihr Anreiz, das System, dem sie den Aufstieg verdanken, tatsächlich zu verändern“ (S. 161). Anhand der Beschäftigung mit den rechtspopulistischen Parteien in den konkordanzdemokratischen Regierungssystemen Österreichs, der Niederlande und der Schweiz zeigt sie, daß FPÖ, Schweizer Volkspartei und die Liste Pim Fortuyn weniger Auslöser als Nutznießer von Legitimations- und Repräsentationskrisen sind. Im identitätspolitischen Bereich können die Populisten jedoch auch inhaltliche Erfolge vorweisen, da sie als Agendasetter und teilweise als Gestalter auftreten. Die Autorin sieht hierin jedoch weniger eine wünschenswerte Korrekturfunktion der populistischen Parteien, sondern mit Blick auf deren homogenes Identitätsverständnis vielmehr eine schleichende Gefährdung der Demokratie.

Jens Rydgren vergleicht in seinem aufschlußreichen Text die rechtspopulistischen Parteien Dänemarks und Schwedens. Er kommt zum Ergebnis, daß es markante Unterschiede zwischen beiden skandinavischen Ländern gibt. Der Autor analysiert auf Basis des bekannten Cleavage-Modells zur Entstehung von Parteien, was sich als vorteilhaft erweist und möglicherweise auch für andere Beiträge des Bandes ergiebig gewesen wäre. So kann er zeigen, daß die erfolgreiche Dänische Volkspartei und die kaum reüssierenden Schwedischen Demokraten unterschiedliche Voraussetzungen bei der Partei-

gründung hatten. Außerordentlich wichtig für den Erfolg der Rechtspopulisten sind die Ausprägungen der gesellschaftlichen Konfliktlinien und daraus folgend die Chancen für die Politisierung neuer Konflikte. Dies determiniert letztlich entscheidend den Grad an Abgrenzung bzw. Nichtabgrenzung durch die demokratischen Parteien.

Frank Decker und Florian Hartleb sehen die Erfolgchancen der rechtspopulistischen Parteien in Deutschland sinken. Das schnelle Verblassen des Charismas der Parteiführer (Beispiel Ronald Schill), das Versagen der innerparteilichen Konfliktaustragung und die immanente Anziehungskraft für rechtsextreme Gruppen sind Gründe hierfür. Mit denselben Problemen hätte nach Ansicht der Autoren eine neue rechtspopulistische Partei von Jürgen W. Möllemann zu kämpfen gehabt. Deutlich größere Chancen räumen Decker und Hartleb dagegen einer künftigen Linkspartei ein. Diese hätte keine Schwierigkeiten mit einer Stigmatisierung, weise charismatische Parteiführer vor und verfüge über eine ordentliche Organisationsbasis. Während man beim ersten und dritten Punkt für Westdeutschland Fragezeichen setzen könnte, erscheint vor allem die grundsätzliche Einordnung der Linkspartei.PDS als populistische Partei nicht unproblematisch. Ungeachtet der „Populismen“ in der Partei, ist diese in erster Linie eine fest verankerte Milieu-Partei, die zudem bei Regierungsbeteiligungen auf Landesebene nahezu ohne Populismus auskam.

Klaus Bachmann untersucht populistische Parteien und Bewegungen in Polen, Ungarn und der Slowakei. Dort gibt es Faktoren, die den Erfolg von Populisten stark begünstigen: ein äußerst niedriges Vertrauen in die Institutionen, schwach ausgebildete, politisch relevante Sozialstrukturen und somit eine hohe Wählervolatilität sowie die Dominanz materialistischer Werte. So wichtig die Einbeziehung dieser neuen EU-Staaten in die Analyse ist, es drängt sich jedoch die Frage auf, ob man gerade in Polen, angesichts eines sehr instabilen Parteiensystems, überhaupt populistische Parteien und deren Wirkungen von den „normalen“ Parteien unterscheiden kann. Hier böten vermutlich grundlegende Analysen zum Parteiensystem, zum Beispiel mit dem Cleavage-Ansatz, größeren Erkenntnisgewinn.

In dem abschließenden Aufsatz widmet sich Uwe Jun dem Populismus als Regierungsstil in Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Er beschreibt dabei überzeugend die Zwänge, die zur Übernahme populistischer Stilmittel durch die Regierungen und Regierungsparteien führen. Insofern unterstützt Jun die These Frank Deckers vom „eingebauten Populismus“ (S. 251) in den Wettbewerbsdemokratien. Ob dies negative oder eher positive Wirkungen auf diese hat, läßt der Autor am Ende mit Verweis auf weitere Forschungen leider offen.

Der Band bietet insgesamt einen großen Informationsgewinn. Dies liegt u.a. am Gesamtkonzept des Buches, das eine gute Systematisierung aufweist. Die Beantwortung der Ausgangsfrage kann abschließend nur mit *Jein* erfolgen. Ob populistische Parteien oder Populisten eine Gefahr für die Demokratie bedeuten oder doch eher eine Korrektivfunktion erfüllen, hängt offensichtlich maßgeblich von den Rahmenbedingungen ab, die von den unterschiedlichen politischen Systemen bereitgestellt werden und die insbesondere durch Struktur und Ausprägung des Parteienwettbewerbs vorgegeben sind. Für beide Möglichkeiten lassen sich in den europäischen Staaten Beispiele finden.

Die Weltkriege als Epoche extremer Gewalt

Von Wilfried von Bredow

Niall Ferguson, Krieg der Welt. Was ging schief im 20. Jahrhundert?, Berlin 2006 (*Propyläen Verlag*), 987 S.

Der Schotte Niall (ausgesprochen: Niil) Ferguson gehört zu der kleinen Gruppe Historiker, deren Bücher gleich nach Erscheinen in mehrere Sprachen übersetzt und in fast jeder ein Bestseller zu werden pflegen. Außerdem ist er vergleichsweise ziemlich jung – nicht einmal Mitte vierzig. Ganz offensichtlich verfügt er über eine Art siebten Sinn, der ihm hilft, politisch aktuelle Themen aufzuspüren und sie durch die Art und Weise seiner Behandlung weiter zu aktualisieren. Ob es sich um eine intellektuelle Runderneuerung des Imperiums-Konzept handelt oder ein überaus anregendes Durchprüfen der Erkenntnismöglichkeit einer „virtuellen Geschichtsbetrachtung“ – Ferguson erweist sich als ein Meister der spannend geschriebenen historischen Erzählung und vermag die Leser seiner Bücher unversehens in seinen Bann zu ziehen. In seinem bisher besten Buch¹ hat er sich für die These stark gemacht, der Erste Weltkrieg habe nicht etwa in einem geplanten Expansionismus des Deutschen Reiches seine Ursache, er sei vielmehr auch von der nicht sehr klugen britischen Diplomatie geschürt worden. Für die Briten, meinte Ferguson kaltschnäuzig, wäre es besser gewesen, wenn sie sich aus den kontinentaleuropäischen Konflikten herausgehalten und die Deutschen den militärischen Sieg über Rußland und Frankreich erlaubt hätten. Diese letzte Aussage besonders hat ihm eine Menge Kopfschütteln seitens deutscher Historiker eingetragen, die den leicht spielerischen Halbernst solcher Thesen nicht ertragen können. Denn hierzulande hat man sich eingeprägt, die Ursachen für so gut wie alle politischen Verfehlungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in und an Deutschland festzumachen. Kluge Briten hatten es da immer schon etwas leichter, und in dieser Hinsicht tritt Ferguson in die Fußstapfen von A. J. P. Taylor, mit dem er sich hier zuweilen auch auf luzide Weise auseinandersetzt (etwa mit Blick auf die Appeasement-Politik Großbritanniens 1938). Taylors Studie über die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs stieß hierzulande seinerzeit auf eisige Hilflosigkeit.²

Von Hause aus ist Ferguson, der einen Lehrstuhl in Harvard und am Jesus College in Oxford innehat, Wirtschaftshistoriker. Aus dieser Perspektive kann er an einigen Stellen seines jüngsten Werkes durchaus überraschende Einblicke in die Geschehnisse gebe. Eine der hier präsentierten Überraschungen ist etwa der Hinweis auf das Verhalten wichtiger international agierender Wirtschaftsakteure: Die waren wie etwa das Haus Rothschild noch bis fast ganz unmittelbar vor dem Kriegsausbruch 1914 felsenfest der Überzeugung, daß es *nicht* zu einem europäischen Krieg kommen werde. Den Rothschilds ist diese Fehleinschätzung teuer zu stehen gekommen.

1 Niall Ferguson, Der falsche Krieg. Der erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, München 2001.

2 Vgl. A.J.P. Taylor/Dieter Werner, Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, München 1962.

Dennoch ist „Krieg der Welt“ ein Produkt genuin politischer Geschichtsschreibung. Aber ihr kommen die Kenntnisse des Autors von den ökonomischen Zusammenhängen sehr zugute. Und noch eine Kategorie historischer Quellen kann Ferguson überaus geschickt für seine Zwecke nutzbar machen: die Romanliteratur verschiedener Sprachkulturen. Er verweist nicht nur nebenbei, sondern in der meist auch gelungenen Absicht, seine Thesen und Betrachtungsweisen zu illustrieren oder substantiell zu erhärten, auf Autoren wie Musil, Gorki, Kipling, Bulgakow, Joseph Roth oder Grass – auch der Titel des Buches spielt auf einen berühmten Roman an, den „Krieg der Welten“ von H. G. Wells.

Trotz seines riesigen Umfangs (in der deutschen Ausgabe: 800 Seiten Text, 80 Seiten engbedruckte Anmerkungen, 55 Seiten engbedruckte Bibliographie) ist dieses Buch eigentlich „nur“ als Folgeprodukt einer Fernsehserie im britischen *Channel Four* geschrieben worden. Allerdings ist das überhaupt kein Grund, die Nase zu rümpfen. Der weite Horizont des Autors in Kombination mit seinem professionellen Schreib-Organisations-Talent und seinem blendenden Stil machen es zu einer originellen und höchst anregenden, in Teilen gewiß auch kontroversen Studie über die Frage, warum die Gewalt im 20. Jahrhundert sich dermaßen ausgedehnt hat. Zur Erklärung dieses Sachverhalts verweist Ferguson auf das Zusammentreffen dreier Entwicklungen: ethnische Konflikte, wirtschaftliche Unsicherheit und die nachlassende Ordnungskraft imperialer Macht. Mit letzterer ist vor allem der Zerfall der multinationalen Kolonialreiche Europas gemeint. Insgesamt läuft dieser Zerfallsprozeß für ihn auf den „Niedergang des Westens“ (S. 19) hinaus. Es ist wohl hauptsächlich diese These, die Fergusons Buch eine geradezu enthusiastische Besprechung aus der Feder von Paul Kennedy in der *New York Review of Books* eingebracht hat – schließlich hat sich Paul Kennedy als Oberhaupt der „Niedergangs-Schule“ in der anglophonen Historiographie profiliert.³

Eine befriedigende Erklärung für das, was „im 20. Jahrhundert schief ging“ (der deutsche Untertitel ist auf etwas fahrlässige Weise salopp und wird hier nur mit Mißbilligung zitiert), ist das noch nicht. Denn man muß sich ja fragen, warum die ethnischen, rassischen oder auf sonstigen rigiden Ein- und Ausschlussregeln beruhenden Feindschaften zwischen Kollektiven sich in vielen, in viel zu vielen Fällen derart intensivieren konnten, wohingegen sie in anderen Fällen gewaltfrei blieben oder allenfalls moderate Gewalt freisetzen. Ähnliches gilt im Fall ökonomischer Unsicherheit – häufig setzt sie eine enorme individuelle und kollektive Energie frei, die in ganz verschiedene Kanäle fließen kann und keineswegs immer nur in höhere Gewaltbereitschaft mündet.

Trotzdem bilden diese drei Erklärungs-Elemente ein einigermaßen tragfähiges Fundament für Fergusons Erzählung von den beiden Weltkriegen als einer in sich zusammenhängenden Epoche. Er läßt sie übrigens 1904 beginnen, mit dem japanisch-russischen Krieg. Ein deutscher Rezensent hat dazu kritisch bemerkt, der Autor unterließe es an dieser Stelle, auch die deutschen Kolonialgreuel in Deutsch-Südwestafrika gegen

3 Vgl. Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 2000 sowie ders., *Aufstieg und Verfall der britischen Seemacht*, Bonn 1978.

den Stamm der Herero zu erwähnen. Auch dies ist ein Fall von deutschland-zentrischem Provinzialismus, der sich um eine systematische globalhistorische Betrachtungsweise nicht kümmern möchte.

Die Stärke des Buches ist gerade der weite welthistorische Horizont, den die Lektüre eröffnet. Auf unserem Kontinent ist man es gewohnt, die Weltkriege trotz ihrer asiatischen Dimension und trotz des amerikanischen Eingreifens vorwiegend von Europa aus zu deuten. Das ist in diesem Fall gar nicht einmal besonders kritisch gemeint, denn historische Analysen bleiben unvermeidlich zeit- und standortbeeinflusst. Davon kann sich niemand, auch Ferguson nicht, freimachen. Aber was man dennoch kann, ist, die außer-europäischen Akteure und Ereignisse genauer in den Blick zu nehmen. Darum hat sich Ferguson sehr erfolgreich bemüht – mit dem Ergebnis, daß dem Leser ein paar drastische Lektionen über die japanische Politik und den eigentümlich brutalen und fatalistischen japanischen Militarismus und Rassismus nicht erspart bleiben.

Ähnlich eindringlich werden die Greuel des Stalinismus behandelt. Einen Vorwurf kann man Ferguson aber dennoch keinesfalls machen, nämlich daß er wegen seines panoramischen Blicks auf die vielfältigen Erscheinungsformen extremer Gewalt im 20. Jahrhundert die deutschen Vernichtungsaktionen verharmlosen würde. Der Zweite Weltkrieg wurde, schreibt er, in Deutschland „von hochgebildeten Menschen organisiert, die aus einem der – zumindest bis 1933 – fortgeschrittensten Bildungssysteme der Welt hervorgegangen waren. Er fand statt unter der Führung eines Mannes, der mit mehr oder weniger demokratischen Mitteln an die Macht gekommen war. Die Todesmaschinerie der Nazis arbeitete ökonomisch, wissenschaftlich und mit euphemistischen Parolen – kurz, sie war äußerst modern“ (S. 637). Genau so war es, und jede Erklärung des Nationalsozialismus und seiner damaligen Attraktivität für eine Mehrheit von Zeitgenossen in Deutschland, die von dieser tödlichen Modernität absieht, wirkt letztlich verharmlosend. Daß die Deutschen selbst in den letzten Kriegsmonaten, mit zunehmender Verzweiflung, aber noch immer hoch-effizient, die Kriegs- und die Todesmaschinerien bedienten, ist historisch vielfach belegt. Warum sie es taten, ist eine offene Frage. Jedenfalls bewirkten die Flächenbombardierungen der Alliierten, die Ferguson ausführlich beschreibt, nicht ein Abbröckeln der Loyalität der Deutschen gegenüber dem Repressionsregime der Nationalsozialisten.

Eigentlich hätte das Buch mit dem Jahr 1945 enden können. Die Epoche der Weltkriege ist vorbei; die sich anbahnende Phase des nuklear unterfütterten Kalten Krieges im Ost-West-Konflikt bedeutet zunächst eine Zweiteilung der Welt. Mit der sich beschleunigenden Entkolonialisierung entsteht zwar langsam eine „dritte“ Welt, aber deren Protagonisten profitieren erst einmal von der Konkurrenz der Weltordnungsmodelle westlichen und sowjetischen Zuschnitts. Für diese Entwicklung hat Ferguson wenig Raum reserviert. Die Zähmung der Gewalt im nuklearen Patt des Ost-West-Konflikts und ihre Re-Formulierung in post-bipolaren Turbulenzen (Kambodscha, Ruanda, Balkan, Kaukasus, Naher Osten) werden knapp in einem etwas atemlos gehaltenen Epilog behandelt. Etwas atemlos bleibt auch der Leser nach diesem langen Text zurück. Fergusons Buch ist ein luzider Beitrag zur Erkenntnis des Gewalt-Charakters des vorigen Jahrhunderts.

Systemwechsel in Deutschland

Von Aurel Croissant

Alexander Gallus (Hrsg.), Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln u.a. 2006 (Böhlau Verlag), 336 S.

Untersuchungen zu den deutschen Diktaturen und Demokratien sind Legion. An breiter angelegten Arbeiten, die verschiedene autokratische Regime und demokratische Ordnungen aus komparativer Perspektive betrachten, mangelt es jedoch. In diese Lücke will offenbar der von Alexander Gallus herausgegebene Sammelband „Deutsche Zäsuren“ hineinstoßen. Mehr noch: Im Untertitel beansprucht der Band die zeitgeschichtliche Forschung mit der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung zu verbinden, in dem der Blick auf die deutschen „Systemwechsel seit 1806“ gelegt wird. Es geht in dem Sammelband also weniger um eine Analyse autokratischer und demokratischer Herrschaftsordnungen an sich, sondern, spezifischer, um die Untersuchung der Regimeübergänge.

Freilich sollen in diesem Band nicht nur die Systemwechsel – vom alten zum neuen Kaiserreich, vom Kaiserreich zur Weimarer Demokratie, von der ersten deutschen Demokratie zur totalitären Ordnung des Nationalsozialismus, von der „deutschen Katastrophe“ zur westdeutschen Demokratie und der ostdeutschen Autokratie sowie der Weg in die gesamtdeutsche Demokratie – beschrieben werden. Vielmehr beansprucht die Publikation „Geschichtswissenschaft mit politikwissenschaftlicher Analyse von Systemwechseln zu verbinden, um so die Auflösung alter und den Aufbau neuer Herrschaftsstrukturen im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts besser zu verstehen sowie Elemente der Kontinuität und des Wandels im Übergang der verschiedenen staatlichen Ordnungen herauszuarbeiten“ (S. 9). Die geschichtliche Darstellungen sollen also ergänzt werden um eine Einordnung der jeweiligen Entwicklungen in die von der politikwissenschaftlichen Forschung entfalteten Forschungsheuristik zu Verlaufsformen von Transformationsprozessen, der Rolle von Teileliten in diesen Prozessen, den Rückkoppelungseffekten von Regimeerfahrungen und Transitionsmodi auf Prozesse der Konsolidierung junger Demokratien (und Autokratien!) sowie einer Betrachtung der entscheidenden politischen Weggabelungen – im Fachjargon der angelsächsischen Forschung: den *conjunctures* und *trajectories*. Schließlich beansprucht der Band, die zeitgeschichtliche Analyse der sozialen, ökonomischen, kulturellen und institutionellen Entwicklungen in den einzelnen Etappen der Herrschaftsentwicklung in Deutschland an die vergleichend historische Demokratisierungs- und Konsolidierungsforschung rückzubinden.

Das Werk umfaßt insgesamt neun Einzelbeiträge. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die Autoren Historiker, die meisten davon Zeitgeschichtler und Kenner der Materie. Der Band beginnt mit der von Peter März vergleichend angelegten Betrachtung

tung der Einschnitte und Spezifika, ebenso der Kontinuitäten und verallgemeinerbaren Entwicklungstrends der deutschen Geschichte. Der folgende Beitrag von Hans-Christof Kraus setzt 1806 ein und beschreibt das Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation und den deutschen Weg ins 19. Jahrhundert. Dieser eher evolutionär, gleichsam „auf Raten“ verlaufende Systemwandel markierte eine der großen Zäsuren deutscher Geschichte. Ein demokratischer Systemwechsel, wie ihn die politikwissenschaftliche Forschung vor allem beleuchtete, war es jedoch nicht. Der deutsche Weg ins und im 19. Jahrhundert führte in den (verspäteten) Nationalstaat, nicht zur Demokratie. Das deutsche Kaiserreich von 1871 wies viele Elemente von parlamentarischer Monarchie und Rechtsstaat auf. Mit dem allgemeinen und (auf nationaler Ebene) gleichen Männerwahlrecht war es freizügiger mit der Gewährung politischer Rechte für seine männlichen Bürger als viele andere Staaten seiner Zeit. Doch dem stehen zahlreiche Ein- und Beschränkungen oder „Defekte“ der Demokratie gegenüber, aufgrund derer sich das politische System des Kaiserreichs allenfalls als ein Regimehybrid, eine zwischen Demokratie und Autokratie verortete Anokratie klassifizieren läßt.

Hieran knüpft Wolfram Siemann in seinem Beitrag zur Schaffung des ersten deutschen Nationalstaats 1871 an. Siemann spricht nicht von einem Systemwechsel, sondern von einem Systemwandel, der 1870/71 stattgefunden habe und dessen unterschiedliche Ursachen, Konsequenzen und Facetten einer Revolution von oben und des evolutionären Wandels beleuchtet werden. So recht mag sich der Autor für keine der beiden Charakterisierungen entscheiden. Anders als etwa der Soziologe Barrington Moore (prägend für den strukturalistischen Ansatz in der Transformationsforschung), sieht Siemann eher die Brüche und Diskontinuitäten der (gleichwohl seiner Ansicht nach bereits im Wiener Kongreß angelegten) Entwicklung vom altem Reich zum neuem Nationalstaat. Die Stärke dieses Beitrags ist die präzise Nachzeichnung des Erreichten wie des Nichterreichten in dem doppelten Prozeß der inneren und äußeren Reichsgründung, im Aufzeigen der Divergenzen und Konvergenzen gesellschaftlicher Entwicklung sowie der historischen Mythenbildung im Kaiserreich. Siemanns Ausführungen bringen überhaupt eine der Eigenheiten dieses Bandes zum Ausdruck. Die Beiträge heben sich wohlthuend von monokausalen Determinismusthesen und ermüdenden Verweisen auf die Singularität historischer Entwicklungen ab, wie sie in so manch anderer Darstellung des Gegenstands durchschimmert. Dieser Beitrag verweist jedoch auch auf eine fast durchgängige Schwäche des Sammelbandes, zumindest gemessen an dem in der Einleitung formulierten Anspruch. Die Verknüpfung von historischer Darstellung und historisch-vergleichender Systemwechselforschung gelingt nicht wirklich. So werden durchaus exemplarisch für den Band auch von Siemann die sich bietenden Bezugspunkte zur Systemwechselforschung nicht oder nur sehr indirekt aufgegriffen.

Der Herausgeber des Bandes hingegen unternimmt den Versuch einer von den Forschungsheuristiken der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung angeleiteten Analyse des Regimeumbruchs 1918/19 – im Rückgriff auf die in der Demokratisierungsforschung gängige Klassifikation von Regimeübergängen sowie das Vierebenenmodell demokratischer Konsolidierung von Wolfgang Merkel. Dabei gelingt es dem

Autor anschaulich, die Defizite der Stabilisierung und Verankerung der demokratischen Institutionen auf der Ebene des Verhaltens der politischen Eliten sowie in der politischen Kultur der deutschen Bevölkerung nachzuzeichnen. Die Ausführungen von Gallus lassen sich in zwei Aussagen bündeln. Erstens war der Transitionsmodus der extern (durch Kriegsniederlage) angestoßenen Demokratisierung geprägt durch eine Mischung von Elementen der Transition „von oben“, der Aushandlung des Übergangs zwischen Anhängern und Vertretern des alten Regimes sowie der Opposition sowie Elemente einer Transformation „von unten“ (quasi-revolutionäre Massenmobilisierung). Zweitens gelang der Weimarer Republik weder die „negative“ Konsolidierung (Demokratie als einzig akzeptables „game in town“) noch die positive Konsolidierung, also die Verankerung demokratischer Verfahren in der politischen Kultur von Eliten und Bürgern. Ursächlich für die gescheiterte Konsolidierung war ein Faktorensatz, u.a. die problematische Wirkung des Transitionsmodus, institutionelle Einfallstore für Versuche der Re-Autoritarisierung auf der Ebene des Verfassungssystems, ein der Konsolidierung abträgliches Parteiensystem, die tiefe gesellschaftliche Polarisierung und nationale Konfliktlinien, die Demokratiefürer breiter Segmente in Militär, Politik, Bürokratie und Wirtschaft sowie die Kumulation von de-konsolidierenden Effekten auf der Ebene des Wirtschaftssystems.

Den von Gallus geknüpften Faden zur sozialwissenschaftlichen Transitionsforschung im weiteren Sinne, die sich eben auch mit Fragen des „breakdown of democracy“ (Juan Linz) und der Etablierung post-demokratischer Autokratien beschäftigt, greift Hans-Ulrich Thamer in seiner Untersuchung der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 nicht auf. Seine Analyse der Begründung der totalitären Diktatur überzeugt als Fallstudie zur Errichtung einer Diktatur und ihrer Entfaltung in den frühen Formierungs- und Durchsetzungsphasen totalitärer Herrschaft. Sie bleibt jedoch im Rahmen der konventionellen Geschichtsforschung. Die Reihe der historischen Untersuchungen wird abgerundet von Udo Wengsts Analyse der doppelten und erneut – wie bereits die Regimegründungen von 1870/71 und 1918/19, durch Krieg und externe Faktoren forcierten, Regimegründung in Ost- und Westdeutschland sowie die Ausführungen von Werner Müller zur Kumulation der von ihm konstatierten Dauerkrise des kommunistischen Einparteiensystems der DDR in der Regimekrise vom Herbst 1989. Den geschichtlichen Tatbestand und die Einzelanalysen nimmt der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse im abschließenden Beitrag des Bandes zum Anlaß für eine vergleichende Gegenüberstellung der fünf politischen Regime.

Alles in allem beeindruckt die Beiträge durch die dichte historische Darstellung. Die Autoren erweisen sich durchweg als ausgezeichnete Kenner und Analytiker des Geschehens. Gleichwohl kommen die Schilderungen und Analysen zu den fünf politischen Regimen in Deutschland und den sechs „Systemwechseln“ überwiegend nicht über das Konventionelle hinaus. Hier wäre es vorteilhaft gewesen, hätten sich die Einzelbeiträge stärker auf das in der Einleitung aufgezeigte Bezugnehmen zur vergleichenden Politikwissenschaft eingelassen. Auch ein differenzierter ausgearbeitetes Analyseraster für die Einzelbeiträge wäre hilfreich gewesen. Überhaupt bleiben die Beiträ-

ge einer stark historischen und auf die einzelnen Zäsuren oder „Systemwechsel“ bezogenen Perspektive verbunden. Selbst im letzten Kapitel referiert der ausgewiesene Totalitarismusforscher Eckhard Jesse meist eher die Geschehnisse, ohne sich selbst ausführlicher zu positionieren. Bei der theoretischen Analyse hängt der Band etwas in der Luft, findet doch keine nähere Verkopplung mit der historischen Darstellung statt. So liefert er zwar interessante Analysen, kann den eigenen Anspruch aber nicht völlig einlösen. Aufgrund der ausgezeichneten Einzelfallanalysen und der historischen Darstellungen verdient der Band dennoch Aufmerksamkeit.

Is small beautiful?

Von Christoph Strünck

Uwe Jun/Henry Kreikenbohm/Viola Neu (Hrsg.), *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt a. M./New York 2006 (*Campus Verlag*), 320 S.

Macht es wirklich Sinn, in Zeiten großer Koalitionen auf Bundes- und Landesebene davon zu sprechen, daß „kleine Parteien im Aufwind“ seien? So lautet der Titel des zu besprechenden Bandes, und er macht durchaus Sinn. Denn letztlich sind große Koalitionen ein sichtbares Zeichen dafür, daß die Volksparteien schon seit längerer Zeit in einer Krise sind. Ein Teil der Wählerschaft mag verprellt zuhause sitzen bleiben, doch ein wachsender Teil wendet sich den kleinen Parteien zu. Das Buch bringt ein Thema auf die Agenda, das vernachlässigt, teilweise sogar verwahrlost ist. Möglicherweise hat sich die Politikwissenschaft genau wie der Rest des Landes zu lange auf das relativ stabile, konzentrierte Parteiensystem fixiert, das trotz Verhältniswahlrecht die Bundesrepublik geprägt hat. Außerdem schweift der wissenschaftliche Blick zuweilen vielleicht einmal in die Bundesländer, kaum aber in die Kommunen.

Uwe Jun und Henry Kreikenbohm betonen einleitend, daß es ihnen sowohl um nicht-etablierte wie auch um etablierte Kleinparteien geht, die für Koalitionen zur Verfügung stehen und damit unmittelbare Bedeutung für den Parteienwettbewerb haben. Sie sehen jedoch „mehr trennende als gemeinsame Punkte“ (S. 21) zwischen diesen beiden Varianten kleiner Parteien. Entsprechend finden sich im Band sowohl Beiträge zur FDP, zu Bündnis90/Grüne und zur PDS – die allesamt den etablierten Kleinparteien zugerechnet werden können – als auch Analysen zu extremistischen Parteien, zu Wählergemeinschaften oder zur Ökologisch-Demokratischen Partei als Splitterpartei. Ihnen allen ist aber zumindest gemeinsam, daß sie „über eine begrenzte oder auch nur kleine Mitgliederzahl verfügen, sie nur auf ein eingeschränktes Wählerpotential zurückgreifen können, welches in der Regel nur einzelne gesellschaftliche Gruppen umfaßt und sie daher im Kampf um Wählerstimmen Sperrklauseln eine besondere Beachtung schenken“ (S. 22).

Die Funktionen kleiner Parteien werden im einleitenden Beitrag wie folgt definiert: Wettbewerbsbelebung, Agenda-Setting, Legitimation, aber auch eine Vitalisierung innerparteilicher Demokratie in Großparteien. Hinzu kommt, daß kleine Parteien sich eher direktdemokratischer Instrumente bedienen, um zu mobilisieren und damit eine Art Trägerfunktion erfüllen.

Im ersten, systematisch-theoretischen Teil des Bandes macht Jan Köhler den Aufschlag, indem er sich vor allem der rechtlichen Situation nicht-etablierter Kleinparteien widmet. Er kritisiert das Konzept des Parteiensystems, das nur auf etablierte Parteien gemünzt sei und moniert, daß noch nicht gegründete Parteien als potentielle Konkurrenten als „schlafende Wettbewerber“ (S. 49) ebenfalls berücksichtigt werden müßten. Das geltende Parteienrecht ist laut Köhler stark auf etablierte Parteien zugeschnitten (die es ja auch „in eigener Sache“ maßgeblich geprägt haben). Hans-Jörg Dietsche geht

davon aus, daß kleine Parteien in verschiedene „Marktlücken“ vorstoßen, die im Parteienwettbewerb klaffen. Dabei unterscheidet er zwischen den Typen der Flügelpartei, der Scharnierpartei sowie der Regionalpartei. Seiner Meinung nach bleiben kleine Parteien in der Regel allerdings auch in diesen Lücken stecken und expandieren nicht zu Großparteien. Wer gibt eigentlich den Ton in kleinen Parteien an? Heiko Biehl stellt die These an den Beginn seines Beitrags, daß bei schrumpfenden Parteimitgliedschaften generell der Anteil der ressourcenstarken Mitglieder wachse. Dieser Anteil müßte also in Kleinparteien besonders groß sein. Anhand von Daten der Potsdamer Mitgliederstudie weist Biehl nach, daß dies nicht per se der Fall ist. Allerdings sieht er einen deutlichen Trend zur Akademisierung, insbesondere auch in den Kleinparteien. Die Grünen greift Martin Dolezal heraus, um zu illustrieren, wie kleine Parteien neue Konfliktlinien prägen können. In Bezug auf die Globalisierung befürworten Wählerschaft wie Parteiführung eher eine stärkere Abgrenzung. Dolezal demonstriert damit, daß sich die Grünen in der ökonomischen Dimension weiterhin signifikant von der FDP unterscheiden. In dem mit Tabellen gespickten Beitrag von *Viola Neu* zum Ergebnis der letzten Bundestagswahl wird deutlich, wie stark im Grunde die kleinen Parteien waren und wie schwach die beiden großen. Auch die neue Linkspartei hat den beiden Volksparteien Wunden in ihre Wählerschaft geschlagen.

Sebastian Götte und Selina Recke weisen zu Beginn des zweiten Teils des Buches darauf hin, daß die Freien Demokraten weiterhin ein „extrem niedriges Stammwählerpotential“ (S. 157) hätten. Außerdem habe die FDP bislang hauptsächlich durch Leihstimmen überleben können, auch wenn der Zweitstimmenüberhang in den letzten Wahlen teilweise sehr niedrig war. Dennoch sehen sie trotz des stabileren Fundaments der Grünen eine größere Flexibilität und damit bessere Zukunftsaussichten für die FDP. Florian Hartleb und Franz Egon Rode können trotz vieler Wahlerfolge keine „Erfolgsgeschichte“ der Linkspartei.PDS erkennen. Für diese Erfolge habe sie ein Teil ihres Profils opfern müssen; sie riskiere damit ihre Stammwählerschaft. Sie sehen deutliche Zeichen von Populismus in der Programmatik der PDS, die jedoch kaum links-libertäre Züge trage und damit keineswegs in größerem Maße Ideen der Grünen übernommen habe. Die Situation einer großen Koalition eröffne der Linkspartei.PDS hingegen neue Möglichkeiten. In einem weiteren Beitrag zur Linkspartei.PDS schauen sich Michael Koß und Dan Hough an, wie sich die Partei in den Bundesländern entwickelt hat. Aufgrund ihrer Analyse kommen sie zu dem Schluß, daß die Linkspartei.PDS „keine genuin populistische Partei“ (S. 196) sei. Insbesondere die Strategien der Landesverbände in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin belegten dies. Melanie Haas erinnert daran, daß die Grünen in den letzten Jahren eine tiefe Talsohle durchschritten haben: „17 Niederlagen in Folge bei Landtagswahlen zwischen 1998 und Herbst 2001 und das Ausscheiden aus zwei Landesregierungen in dieser Zeit waren der deutlichste Ausdruck für die prekäre Lage der Partei“ (S. 202). Sie hebt hervor, daß trotz der starken Orientierung auf bürgerliche Schichten die Grünen weiterhin im linken Spektrum des Parteiensystems zu verorten seien. Allerdings seien sich ihre Anhänger ziemlich uneinig über Koalitionsstrategien. Lagerwahlkämpfe seien daher in Zukunft kaum noch zu erwarten. In der NPD erblickt Lazaros Miliopoulos

einen Machtfaktor im Parteiensystem. Die Partei habe inzwischen „effektive Vorfeldorganisationen“ (S. 233) an der Hand. Vor allem aber erwiesen sich die Institutionen der wehrhaften Demokratie und die Haltungen etablierter Parteien als förderlich für die gewandelten Rechtsextremisten. Miliopoulos empfiehlt den etablierten Parteien – insbesondere der CDU –, die Patriotismus-Debatte aktiv zu führen.

Im letzten Teil des Bandes steht die lokale Politik im Vordergrund. Geradezu Pionierarbeit leisten Lars Holtkamp und Thomas R. Eimer mit ihrer Analyse freier Wählergemeinschaften. Ihrer Meinung nach ist es nicht nur eine spezifische politische Kultur, die den Wählergemeinschaften gerade in Bayern und Baden-Württemberg großen Zulauf beschert. Der besonders hohe Anteil von Kommunen mit maximal 5000 Einwohnern erklärt, warum diese Alternativen zu etablierten Parteien hier besonders populär sind. Sie weisen auf die Bedeutung der Gebietsreformen hin und unterstützen die These, daß es einen Strukturwandel der Wählergemeinschaften gegeben habe. Zumindest trügen neue Wählergemeinschaften verstärkt links-alternative Züge. Allerdings sehen Holtkamp und Eimer ihre Rolle klar auf die lokale Politik beschränkt und sehen nur wenige Expansionsmöglichkeiten. Auch Marion Reiser bestätigt in ihrem verdienstvollen Vergleich einiger Bundesländer, daß es einen Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Erfolgen freier Wählergemeinschaften gibt, wogegen es auf den Regionstyp nicht ankomme. Ihr Vergleich zeigt auch, wie wichtig Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens sind, wenn freie Wählergemeinschaften Stimmen holen wollen. Sie hat außerdem eine eher ungewöhnliche Konkurrenz für etablierte Parteien entdeckt: In Thüringen kandidieren in vielen Kleinstgemeinden in erster Linie Personen, die auf Listen der Freiwilligen Feuerwehr oder Sportvereinen stehen. Im abschließenden Beitrag fragt sich Uwe Kranenpohl, ob die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) eine bedeutungslose Splitterpartei sei. Tatsächlich sind ihre bescheidenen Wahlerfolge im Wesentlichen auf Bayern beschränkt. Dort jedoch sieht Kranenpohl eine spezifische Funktion der ÖDP. Sie mobilisierte erfolgreich für einige Volksbegehren, konnte diese Erfolge allerdings nicht in Wählerstimmen für sich umsetzen. In regionalen Nischen könne sie überleben, doch in erster Linie sei sie daran beteiligt, daß die direktdemokratischen Instrumente in Bayern bewußt bleiben. Damit schließt der Beitrag an die Beobachtung in der Einleitung an, daß kleine Parteien nicht nur innerhalb des existierenden Parteiensystems wichtige Funktionen erfüllen.

Wie bei jedem Sammelband muß man bei der Systematik Kompromisse machen. Es scheint etwas überdimensioniert, wenn über die etablierte und durchaus gut erforschte Linkspartei.PDS gleich zwei Beiträge im Band vertreten sind, ebenso über die Grünen. Denn die eigentliche Forschungslücke klappt ja nicht generell bei kleinen Parteien, sondern eher bei den nicht-etablierten Kleinstparteien. Eine kurze Zusammenschau der wichtigsten Kleinstparteien wie etwa den Grauen Panthern wäre beispielsweise wünschenswert gewesen. Insgesamt sendet dieses Sammelwerk ein wichtiges Signal an die Politikwissenschaft und darüber hinaus. Wer die Defizite der etablierten Parteien wirklich ernst nimmt, muß der Forschungsagenda der Autoren folgen. Es ist daher sehr zu wünschen, daß das Buch einen Auftakt in der Parteienforschung markiert.

Inszenierung und Mobilisierung in totalitären Staaten

Von Gerhard Besier

Árpád von Klimó/Malte Rolf (Hrsg.), Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen, Frankfurt a.M./New York 2006 (*Campus Verlag*), 324 S.

Das Buch beginnt mit einer ausführlichen Einleitung der beiden Herausgeber. Sie verweisen auf das Phänomen, daß Beteiligte wie Beobachter Erregungszustände im Zusammenhang mit politischen Massenbewegungen und modernen Diktaturen als „Rausch“-Zustände beschrieben. Diese Zustände bezeichnen Entgrenzungs- und Kontrollverlust-Erlebnisse angesichts einer überschießenden Begeisterung. Seit langem schon befaßt sich die Historiographie mit der Bedeutung von Emotionen für menschliches Handeln. Gefühle bilden immer einen wesentlichen Faktor für Werturteile, ebenso für „rationale“ Entscheidungen; sie sind nur sehr bedingt steuerbar. In Diktaturen, so die Verfasser, geht es um die emotionale Affirmation der Verhältnisse durch die Bevölkerung, um den Versuch, Emotionen zu lenken. Darum betrieb man eine aufwendige Propaganda, etwa in Gestalt von Masseninszenierungen, um die „richtige“ Gefühlslage zu evozieren. In gleichgerichteten Gemeinschaftserfahrungen sollten kollektive Emotionen erlebbar werden, die alsdann verbal – etwa als Dankbarkeit gegenüber dem „Führer“ – zum Ausdruck kamen. Solche Gefühle sanktionierten gewissermaßen das Regime auf emotionaler Ebene. Die „Emotionspolitik“ diktatorischer Regime zielte nicht nur auf die Erzeugung von Begeisterung und Hingabe für die eigene Sache, sondern auch auf die Produktion von Feindbildern und Haß mit Blick auf den Gegner. Schließlich erzeugte das diktatorische System durch Terror das Gefühl der Angst. Auch in Diktaturen besteht eine Pluralität emotionaler Kulturen fort, so daß deren Hierarchisierung im Interesse der Führung durchgesetzt werden mußte.

Den Begriff „Rausch“ könnte man als Extremvariante emotionaler Erregung begreifen. Allerdings legten die Diktaturen Wert auf eine Kanalisierung bzw. Limitierung solcher Zustände des „Außer-Sich-Seins“. Die Verfasser wollen den „Rausch“-Begriff freilich von dem der Emotionen emanzipieren, ihm eine gewisse Eigenständigkeit und eigenes Gewicht geben. „Trotz der Nähe von Rausch und Gefühlen bleibt deren Verhältnis prekär. [...] Wahrscheinlich ist es gerade die Radikalisierung von einzelnen Gefühlsmomenten, bei ebenso radikaler Unterdrückung anderer, die das Rauscherlebnis ausmachen“ (S. 22). Dem „Rausch“ werden mimische, gestische und verbale Ausdrucksformen als „kulturgebundene Codierungen“ zugeordnet. Dennoch leuchtet der Versuch, mit Hilfe des „Rausch“-Begriffs eine Emotion zu spezifizieren, nicht ganz ein. Erregungszustände als psychophysiologische Phänomene sind an sich neutral und erhalten erst durch ihre kulturelle Einbettung eine spezifische Deutung.

Natürlich können sich die Verfasser darauf berufen, daß „Rausch“ ein Wort aus dem „Sprachhaushalt des Nationalsozialismus“ ist und erst in dieser Zeit wieder eine positive Konnotation erhalten hat. Wie in anderen Bereichen der NS-Ideologie erfolgte hier ein Rückgriff auf das 19. Jahrhundert, vornehmlich auf die Romantik. Günter Schödl geht der Bedeutungs- und Wirkungsgeschichte des Begriffs im 19. Jahrhundert nach. Auch zeitgenössische Philosophen, Psychologen und Historiker, die in Opposition zum Nationalsozialismus standen, gebrauchten im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus den Begriff „Rausch“ – freilich im Sinne einer irrationalen, verführerischen Gefühlsverwirrung.

In manchen Darstellungen erscheint „Rausch“ im Zusammenhang mit einem pseudoreligiösen Erweckungserlebnis. Alle möglichen Varianten begeisterter Führerverehrer und eines „fanatisch“ an ihn als den „Retter“ glaubenden „Volkes“ lenken den Blick auf das Deutungsmuster der „politischen Religion“. Doch den Nationalsozialismus als „politische Religion“ verstehen zu wollen, lehnen die Verfasser als „sehr problematische Versuche“ (S. 31, Anm. 66) ab. Sie sehen darin letztlich das Bemühen, den Nationalsozialismus als irrationales Phänomen zu interpretieren, dem man sich mit rationalen Mitteln nicht habe entziehen können. Vollkommen im Einklang mit neurobiologischen Erkenntnissen unterstreichen sie, daß die scharfe Unterscheidung zwischen rationalen und irrationalen Handlungen nicht den menschlichen Funktionsmechanismen entspricht. Allerdings scheint ihr Verständnis von Religion eher der irrationalen Seite zuzuneigen – einer Sichtweise, der etwa durch Papst Benedikt XVI. heftig widersprochen würde. In dem nachträglichen Versuch, die Begeisterung für den Nationalsozialismus als „Rausch“ zu bezeichnen, der das kritische Denken paralyisiert habe, sehen die Herausgeber eine „Tendenz, eigene Verantwortung zu relativieren beziehungsweise zu sozialisieren“ (S. 32).

Schließlich vergleichen die Herausgeber den Gebrauch des „Rausch“-Begriffs und seiner Derivate in der Sowjetunion mit dem im Nationalsozialismus. Auch die Sprache des Stalinismus kennt durchaus gesteigerte Emotionalität, rauschhafte Gefühle, emotionalisierte „Massen“ und verehrte „Führer“. Doch trotz unbestreitbarer Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus waren die Unterschiede markanter: „Die ‚enthusiasmisierte Masse‘ in der Sowjetunion konnte nur als disziplinierte Formation erscheinen [...]“ (S. 37). Sowjetische Beobachter sahen als Folge der nationalsozialistischen Emotionspolitik „Chaos“ und rasende „Hysterie“, die den Menschen nicht zur Besinnung kommen lasse. In der Sowjetunion dagegen blieb die geforderte Begeisterung diszipliniert, der „Rausch“ war kein Ziel an sich, sondern diente der auf das ideologische Ziel gerichteten, kanalisierten Arbeit. „Der Parteistaatspaternalismus in der Sowjetunion war eine Erziehungsdiktatur, die stalinistischen Kampagnen hatten einen didaktischen Grundzug“ (S. 39). Dem einleitenden, das Forschungsfeld absteckenden Beitrag folgen Aufsätze, die vertiefend einzelne Sachfragen behandeln. Alf Lüdtke befaßt sich mit der historisch wirksamen Produktivkraft von Emotionen und weist auf deren „Eigendynamik“ hin. Tatsächlich kann auch erzwungene emotionale Zustimmung mit entsprechenden Verhaltenssequenzen zu Einstellungsveränderungen führen (Stockholm-Syn-

drom). Lütke thematisiert die „Selbst-Dynamisierung der Vielen“, die sich ohne unmittelbaren Druck dem Regime und seinen Feindbildern affirmierten und sich damit Erleichterung beim Mitmachen verschafften.

Im zweiten Abschnitt des Buches geht Günther Schödl rauschhaften Vorstellungen in den antimodernistischen politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts seit der Romantik nach, Nitzan Lebowicz schließt mit den Künstler- und Intellektuellenkreisen der 20er Jahre an, u.a. der Schwabinger Bohème um Ludwig Klages. Dabei bleiben die politischen Implikationen dieser Bewegungen stets im Blickfeld. Im dritten Abschnitt wird im Zusammenhang mit Tanz und Musik den damit einhergehenden Rausch-Ideen mit Blick auf die Körpererziehung der „Massen“ nachgegangen. Natalia Stüdemann untersucht die Bewegungsmodelle des Dionysischen bei der Tänzerin Isadora Duncan, die in der frühen Sowjetunion mit ihren Vorstellungen zur Versöhnung von Natur und Moderne beitragen und die allgemeine „Tanzwut“ kanalisieren wollte. Eine ähnliche Funktion konstatiert Michael John für den Einsatz von Musik bei sowjetischen Massenaufmärschen und musikalischen Großveranstaltungen. In mehreren Schritten wird die Menge durch Musik emotional kollektiviert; sie lernt dann durch kollektive Handlungen neue Bedeutungszusammenhänge. Ideologie wird so psychophysiologisch erfahrbar gemacht. Margarete Vöhringer schildert die Theorien Aleksander Bogdanovs, der durch Bluttransfusionsexperimente – gewissermaßen Rauschmittel – die Transformation der Sowjetbürger auf ihrem Weg zu „Neuen Menschen“ körperlich unterstützen wollte. Der physiologische Kollektivismus durch Blutaustausch sollte einen neuen Glückszustand herbeiführen.

Der vierte Teil des Buches ist der Inszenierung von Rausch im italienischen Faschismus und im Nationalsozialismus gewidmet. Ulrike Brockhaus akzentuiert das aktive Mitsein der Bevölkerung bei der Mitgestaltung berauscher Anlässe. Dabei konnten Dispositionen durch entsprechende Angebote des Regimes aufgenommen und verstärkt werden. Ähnlich wie die „Volksgemeinschaft“ habe das Rauschangebot „kollektive Größenphantasien“ befördert und „Machtgelüste“ – etwa gegenüber Juden – befriedigt. Bei den Massenveranstaltungen erlebten sich die Teilnehmer als aktiv Handelnde und den „Führer“ als „Exekutor“ ihrer „ganz persönlichen Wünsche“ (S. 175). Christoph Kühberger zeigt im Kontext der Mechanismen von Gefühlsmobilisierung, wie die sexualisierte Beziehung zwischen „Führer“ und „Gefolgschaft“ entstand, wie Fahnen, Feuer und Lichtdome einen Gefühlsrausch evozieren konnten. Stefan Schwarzkopf untersucht den Konsumrausch im Nationalsozialismus und die damit einhergehenden Phantasien auf der emotionalen Skala zwischen Verheißungen und Ängsten. Im fünften Abschnitt wenden sich die Autoren den Rausch-Phänomenen der Nachkriegszeit zu. Todd Weir analysiert die Selbstberauschung der Funktionäre am inszenierten revolutionären Enthusiasmus in der stalinistischen Phase der DDR. Die gesellschaftlichen Kollektivierungsprozesse sollten als dynamische, enthusiastische und gleichwohl kontrollierte Bewegungen erscheinen. Jan C. Behrends und Matthias Schwartz schildern in ihren Beiträgen Fluchtbewegungen in den Rausch als ein Phänomen des Niedergangs der sozialistischen Utopie. Alkohol und sozialistische Science Fiction erscheinen als Hilfs-

und Herrschaftsmittel; sie sollten die pessimistische Grundstimmung in der Bevölkerung vertreiben, wurden aber zum sichtbaren Symbol des sozialen Verfalls.

Die Herausgeber benennen Desiderate, die weiterer Forschungsanstrengungen bedürfen: die Dimension des Blutrausches im Terror und Krieg etwa oder der Aspekt des „Rausch“-Transfers zwischen den Regimes. Hinzufügen könnte man etwa den Vergleich zwischen „Rausch-Gefühlen“ in demokratischen Verfassungsstaaten und Diktaturen sowie eine stärkere Einbeziehung der neurobiologischen Forschungsergebnisse zu dem in Rede stehenden Themenkomplex.

„Manche sind besser als andere“

Von Klaus Schroeder

Sandrine Kott/Emanuel Droit (Hrsg.), *Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive*, Berlin 2006 (Ch. Links Verlag), 299 S.

Wer dieses Buch lesen möchte, um zu erfahren, was die ostdeutsche Gesellschaft vor und nach 1990 ausmachte, wird es, sollte er einige Beiträge trotz des bisweilen verquasten Schreibstils zu Ende gelesen haben, enttäuscht beiseite legen. Es finden sich weder Analysen zur Sozialstruktur, zu den Dimensionen sozialer Ungleichheit oder zur Gleichförmigkeit von Lebensverhältnissen in der DDR noch zu den Wandlungsprozessen im Zuge des vereinigungsbedingten Transformationsprozesses. Statt dessen bieten die einzelnen, von französischen Wissenschaftlern geschriebenen Aufsätze Beschreibungen von nicht systematisch zusammenhängenden Teilbereichen der ostdeutschen Gesellschaft aus mikroanalytischer Perspektive. Die Beiträge des Sammelbandes gehen auf eine Tagung u.a. des Centre Marc Bloch und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zurück.

Etienne François testiert in seinem Vorwort den Autoren: „Bei allen fällt auf, daß sie einen unverkrampften, unvergangenen, oft unkonventionellen, nicht normativen und meist mit einer starken Sympathie für die Person verbundenen Umgang mit der DDR-Geschichte pflegen“ (S. 11). Mit dieser Einschätzung mag er richtig liegen, geht es in den meisten Beiträgen doch darum, die DDR-Gesellschaft als eine weitgehend von Normalität und Individualität geprägte darzustellen. Im Gegensatz zu totalitarismustheoretisch geleiteten Darstellungen der DDR beziehen sich alle Autoren dabei auf den sogenannten „Socio-Histoire du Politique-Ansatz“, der dem deutschen Ansatz der „Herrschaft als soziale Praxis“ bzw. in einem weiteren Sinne dem sozialgeschichtlichen Forschungsansatz ähnelt.

Sandrine Kott ordnet die französische DDR-Forschung vor 1990 im linken, kommunistisch geprägten wissenschaftlichen Umfeld Frankreichs ein. Nicht wenige aus diesem Umfeld betrachteten die DDR als das „bessere Deutschland“, während sie die Bundesrepublik oftmals in eine Linie mit dem Nationalsozialismus stellten. Dieser sanfte Blick auf die SED-Diktatur findet sich, allerdings nur indirekt, auch in vielen Beiträgen dieses Buches. Laut Sandrine Kott sollen die Forschungsprojekte, aus denen die meisten Beiträge resultieren, „dazu beitragen, die DDR und Ostdeutschland zu ‚entnationalisieren‘“ (S. 23). Ziel sei es, „die DDR erneut in die westliche Moderne einzuschreiben“ (S. 23). Ob und inwieweit die DDR eine moderne Gesellschaft im westlichen Sinne war, wird freilich in keinem Beitrag ausgeführt.

Unter Bezugnahme auf Pierre Bourdieu begreift Jay Rowell die „Socio-Histoire der Herrschaft“ als einen Versuch, den erwähnten französischen Ansatz auf den historischen

Kontext des Staatssozialismus zu übertragen. Die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft stünden dabei im Vordergrund. Einen Aufsatz, der das für die DDR typische Verhältnis der Monopolpartei SED zum Staat und die herausragende Bedeutung des zentralen Parteiparates als Lenker und Kontrolleur des Staatsapparates ins Blickfeld rückt, enthält der Band leider nicht. So bleibt offen, wer die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der DDR gestaltete. Emanuel Droit nimmt sich der Beziehung zwischen den Schulen und Betrieben in der DDR an und kommt zu dem Ergebnis, diese Beziehung sei ein „wichtiger Pfeiler des sozialistischen Bildungswesens“ (S. 52) gewesen. Woraus jedoch dieser enge Zusammenhang resultiert, erklärt er nicht. Die Konsequenzen einer Erziehungsdiktatur erschließen sich diesem Ansatz anscheinend nicht. Die Beiträge zu Säuberungsprozessen in der SED und zu einigen Charakteristika der Repressionspolitik von Michel Christian und Agnès Bensussan gehen über einschlägige Studien deutscher Autoren nicht hinaus, im Gegenteil: Durch ihre mikroanalytische Sichtweise können sie die jeweiligen Folgen für die Gesellschaft nicht hinreichend darstellen. So verbleibt es bei dem Allgemeinplatz, es lasse sich „einfach nicht immer oder nicht eindeutig rekonstruieren, wer genau, wo welche Macht ausgeübt hat“ (S. 86).

Die Beiträge zur Vergangenheitsbewältigung und zu den Transformationsprozessen tragen ebenfalls wenig zur Analyse der ostdeutschen Gesellschaft nach der Vereinigung bei. Jenseits der Banalität, daß Vergangenheit und Tradition immer auch eine Ressource des gegenwärtigen Handelns von Menschen sind und auch die Menschen in Ostdeutschland keine leicht zu steuernden Roboter waren und sind, erfährt der Leser in den nachfolgenden Beiträgen zur ostdeutschen Transformationsgesellschaft wenig. Es versteht sich von selbst, daß in der Kommunalpolitik ostdeutsche Politiker, die dort schon vor 1989 tätig waren, ihre Auffassungen und Eigenheiten zumindest zum Teil in den neuen Staat mit einbringen. Gleiches gilt für die Jugendweihe, die sich weiterhin, unter allerdings veränderten Vorzeichen, hoher Beliebtheit in Ostdeutschland erfreut. Die spannende Frage, warum die Entchristianisierung gerade in Ostdeutschland von der kommunistischen Partei mit so durchschlagendem und anhaltendem Erfolg betrieben werden konnte, wird nicht einmal gestellt. Die Erkenntnis von Marina Chauiac, die heutige Jugendweihe sei „als eine Rekonstruktion der eigenen Geschichte“ (S. 213) und damit wohl als ein Element von Ostidentität zu werten, fällt ebenso banal wie richtig aus.

Die Aufsätze der französischen Wissenschaftler werden von deutschen Zeithistorikern, die am Potsdamer Zentrum für zeithistorische Forschung arbeiten oder sich ihrem Ansatz verbunden fühlen, wohlwollend kommentiert. Dies kann nicht weiter verwundern, wird dort doch auch eine Betrachtung der DDR gepflegt, die den „Eigensinn“ der Gesellschaft betont und die Alltagsgeschichte in den Vordergrund rückt. Der im Potsdamer Zentrum für zeithistorische Forschung beschäftigte Thomas Lindenberger begreift die von ihm zu kommentierenden Beiträge als Analyse und Beschreibung „von Ereignissen und Strukturen der DDR und in der DDR. Sie zeigen aber zugleich auch, wie sich in diesem historischen Kosmos Dinge entwickelt haben, die ihrer sozialen Logik nach nicht zur DDR gehörten und mit ihr im Konflikt lagen, die folgerichtig auch mit

Konzepten zu erschließen sind, mit deren Hilfe sich unabhängig von der DDR Untersuchungsgegenstände begründen lassen“ (S. 182 f.). Für ihn stellen sich weiterhin Fragen nach dem sozialen Ensemble der DDR und warum sie scheiterte. Wie die meisten anderen Vertreter dieses Ansatzes will er nicht wahrhaben, daß die DDR bis 1989 letztlich auf Gewalt oder Gewaltandrohung beruhte und in dem Moment zusammenbrach, als diese Bedrohung entfiel.

Ralph Jessen behauptet ebenfalls, es hätte schon frühzeitig „Indizien dafür [gegeben], daß die Wirklichkeit komplizierter und widersprüchlicher war“ (S. 269), weil der Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit in Deutschland nicht radikaler und gründlicher ausgefallen wäre als in anderen postsozialistischen Ländern. Wer indes die schlichte Annahme vertritt, allein der Institutionentransfer würde schon eine neue Gesellschaft begründen, erfährt der Leser nicht. Selbstverständlich sind Gesellschaften nach revolutionären Umbrüchen immer von Kontinuität und Bruch geprägt. Seine Behauptung, ob die nachwirkenden Mentalitäten der DDR-Gesellschaft eher konservativ und retardierend oder erleichternd beim Institutionentransfer wirken, läßt sich nicht ohne weiteres nachvollziehen, da sich genügend Nachweise für den blockierenden Charakter dieser Einstellungen finden lassen.

Vorgehensweise und Ergebnisse der in diesem Buch in den verschiedenen Beiträgen vorgestellten Forschungsprojekte erinnern stark an die alte systemimmanente DDR-Forschung in Westdeutschland. Auch sie propagierte Wertneutralität und verzichtete auf normative Bezugspunkte. Ihre Fehleinschätzungen zu Stabilität und Zukunft der DDR sollten Autoren, die sich einem sozialgeschichtlichen Ansatz verpflichtet fühlen, Warnung sein, diesen Ansatz in modifizierter Weise fortzusetzen. Offensichtlich schimmert die politische Motivation dieser Forschungsrichtungen durch, wie die meisten Aufsätze des Sammelbandes verdeutlichen. Die größte Schwäche liegt darin begründet, daß sie sich mit andern Einschätzungen nicht auseinandersetzen, sondern nur artverwandte Studien berücksichtigen und zitieren.

Alle Autoren verstehen die DDR nicht als eine totalitär verfaßte, sondern als eine, die – ebenso wie westliche – durch widersprüchliche Handlungslinien von Staat und Gesellschaft geprägt war. Damit eröffnet sich ihrer Auffassung nach der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung ein weites Feld: Schließlich sei die DDR-Gesellschaft komplexer und komplizierter gewesen als in totalitarismustheoretischen Studien unterstellt. Mit diesem Sammelband haben die Kritiker des Totalitarismusansatzes freilich wenig zur Plausibilität ihres Forschungsansatzes beigetragen. So kann man Mary Fulbrook darin getrost zustimmen, daß nicht „alle Ansätze und Modelle gleich sind: Manche sind besser als andere“ (S. 285).

Standardwerk zur RAF

Von Alfons Söllner

Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bde., Hamburg 2006 (*Hamburger Edition*), 1415 S.

Diese Mammutpublikation über einen Gegenstand der Zeitgeschichte, der in Deutschland erkaltet scheint, aber international so heiß gehandelt wird wie noch nie, wird lange Zeit ein maßgeblicher Forschungsbericht und ein Maßstab der historischen Bewertung bleiben. Dafür garantieren schon der Herausgeber und das Hamburger Institut für Sozialforschung; denn Wolfgang Kraushaar hat sich durch eine Fülle von Publikationen als der wohl solideste Chronist nicht nur der 68er-Bewegung, sondern der Protestkultur der Bundesrepublik insgesamt erwiesen, ebenso wie das von ihm betreute Hamburger Archiv die wohl größte, von den jüngeren der Mitautoren der Bände auch ausgiebig genutzte Quellen- und Dokumentensammlung über „1968“ ist. Jetzt öffnet sich dieses zuverlässige Teilgedächtnis der Bundesrepublik von neuem, um eines der skandalösesten Phänomene der 70er bis 90er Jahre freizugeben, die RAF und ihre Nachgeburt.

Sorgfältig wird hier jede Mythenbildung vermieden, kein unfruchtbarer Streit zwischen Historikern und „Veteranen“! Die RAF wird energisch historisiert und sozialwissenschaftlich analysiert. Der Entzauberung bedarf es auch, um einer gefährlichen Versuchung der endemisch gewordenen Erinnerungskultur entgegenzuwirken, an der die RAF für ihren Teil mitgestrickt hatte: der Skandalisierung und damit der medialen Vergrößerung des politischen Verbrechens; schließlich war die RAF dasjenige Spalt- und Zerfallsprodukt der legendären Studentenbewegung, das auch den gänzlich desinteressierten Zeitgenossen noch in Form der teilweise „ausgeixten“ Fahndungsplakate in der lokalen Bahnhofshalle in Erinnerung ist, das den „klammheimlichen“ Sympathisanten einst wohlige Erinnerungsschauer über den Rücken gejagt hatte, während es ihren Gegnern zu einem nicht enden wollenden Exorzismus gegenüber dem Teufelspakt mit der „Emanzipation“ verhalf.

Im zweibändigen Großformat werden auf über 1.400 Seiten mehr als 60 lange und längere Aufsätze versammelt, die sämtliche denkbaren Aspekte des Linksterrorismus im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts abhandeln. Aus der methodischen Prämisse, daß nur ein multiperspektivisches und interdisziplinäres Vorgehen mit diesem Thema verantwortlich umgehen kann, ergibt sich ein überaus komplexes und vielschichtiges Bild. Ein kursorischer Überblick läßt elf inhaltsschwere Kapitel deutscher Zeitgeschichte erkennen, die sich sehr viel dröger lesen würden, hätte der Herausgeber nicht den großen internationalen Kontext hereingeholt und damit einem sehr deutschen Polit-Drama eine größere Rahmenhandlung verliehen.

Den Anfang machen vier Experten, jüngere, aber auch erfahrene wie Friedhelm Neidhardt und Herfried Münkler, die den politischen Terrorismus definitorisch erfassen

wollen und doch nur wenig über den Versuch hinaus kommen, den berühmten Pudding an die Wand verschiedener Disziplinen zu nageln. Aber schon das zweite große Kapitel begibt sich dazu in einen konstruktiven Widerspruch, wenn in acht weiteren Beiträgen – teilweise wiederum in Rückgriff auf ältere Autoren (Sebastian Haffner über Mao Tse-tung) oder mittels mißverständlicher „Wahlverwandtschaften“ (Irving Wohlfaht über Walter Benjamin) – mehr oder weniger unisono verdeutlicht wird, daß die fixe Idee der RAF vor allem im Konzept der „Stadtguerilla“ bestand, und das bedeutete die Usurpation einer Kampffigur des weltweiten Antikolonialismus und deren Übertragung aus der Dritten in die „Metropolen“ der Ersten Welt.

Der dritte Abschnitt ist vielleicht der konventionellste Teil dieses großen Forschungsberichts, gerade deswegen aber auch sein deprimierendster; denn so sensibel diese Physiognomien der ersten RAF-Generation (wie z.B. von Jürgen Seifert über Ulrike Meinhof oder von Karin Wieland über Andreas Baader) bzw. die Gruppenbilder der zweiten und dritten Generation auch geschrieben sind – es bleibt bei dem Mißverhältnis, das bereits 1981 die erste wissenschaftliche RAF-Anthologie des damaligen Innenministers durchblicken ließ, wie wenig nämlich Psychologie und Soziologie letztlich zur Aufhellung der aufdringlichen Präsenz der RAF beitragen konnten. Nimmt man die im vierten Kapitel dargestellten „anderen bewaffneten Gruppierungen“ wie die „Bewegung 2. Juni“ (Tobias Wunschik) hinzu, so wird dieses Mißverhältnis nur noch peinlicher, und man beginnt sich allen Ernstes zu fragen, ob derartige pseudopolitische Kleingruppen in ihrem abwegigen Größenwahn die Mühe der soliden Recherche überhaupt verdienen.

Doch schon im fünften, dem abschließenden Kapitel des ersten Folianten wird einem solcher Ausreißversuch versperrt; denn die „Faktoren und Dimensionen“, in die sich die RAF bereits in der ersten Generation verstrickt findet, sind nichts weniger als spektakulär: Sie reichen von der Ausschachtung des Vietnamkriegs (Martin Klimke und Wilfried Mausbach) über den keineswegs nur impliziten Antisemitismus, der in den Camps der militanten Palästinenserorganisationen trainiert wurde (Wolfgang Kraushaar), bis hin zu den schändlichen Machenschaften der Stasi, die einem beachtlichen Teil der RAF-Aktivisten Unterschlupf in der DDR gewährten. Bemerkenswert ist auch die Prominenz von Frauen im ansonsten macho-dominierten Alltag des Untergrundkampfes (Gisela Diewald-Kerkmann).

Die vielleicht originellste Perspektive ergibt sich aus der erstaunlichen internationalen Vernetzung der RAF; dies verleiht dieser primär historischen Aufsatzsammlung zudem ihre aktuelle Bedeutung. Die verschiedenen Kontakt- und Parallelorganisationen können wiederum nur aufgezählt werden: Bekannt sind die Vorbildwirkung der lateinamerikanischen „Tupamaros“ (Thomas Fischer), die Mythologisierung des „Vietcong“ (Wolfgang Kraushaar) und die Kontakte zur „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (Thomas Shelton Robinson), aber auch die nordamerikanischen „Weathermen“ (Ingo Juchler), die italienischen „Brigadi Rossi“ (Michaela Wunderle) und sogar die „Japanische Rote Armee“ (Claudia Derichs) standen Gewehr bei Fuß. Schon die RAF zeigt also drei Generationen hindurch jene dynamische Internationalisierung, die dem heutigen Terrorismus seine Ungreifbarkeit wie seine unheimliche Schlagkraft verleiht (Christopher Daase).

Das siebte Kapitel befaßt sich ausführlich mit den Gegenreaktionen des Staates, besonders der Polizei und der Justiz und betritt damit wiederum eher vertrautes Terrain, weil die blutige Epiphanie der RAF im Jahre 1977 bekanntlich zu einem breiten und erregten Diskurs in der Öffentlichkeit führte, in dem auch die staatliche Seite sehr deutlich wurde, nicht ohne ihrerseits der Verschwörungstheorie beschuldigt zu werden. Das immer noch düstere Szenario des „deutschen Herbstes“ wird vor allem an zwei neuralgischen Punkten richtiggestellt: durch genauere Analysen zur ebenso riskanten wie bisweilen mehr als zweideutigen Rolle der „linken Anwälte“ (Stefan Reinecke, Klaus Eschen) und durch die endgültige Entzauberung des „Phantasmas von der Vernichtungshaft“ (Martin Jander, Gerd Koenen), was nicht bedeutet, daß an der Strafverfolgung und Verurteilung der Terroristen nicht auch peinliche Fehler und Mißgriffe der Behörden zu konstatieren waren (Uwe Wesel).

Kapitel acht und neun gilt einem ebenfalls aktuellen Aspekt, nämlich der nicht zu unterschätzenden Geschicklichkeit der RAF im Umgang mit den Medien, aber auch ihrer Inszenierung durch die zeitgenössische und die spätere Medienöffentlichkeit, die ihrerseits ein politischer Wirkfaktor ersten Ranges wurde, wie denn der politische Terrorismus insgesamt, damals wie heute, unverständlich bleiben muß, wenn nicht die Mythenbildung, sein produktiver „Phantomcharakter“ (Wolfgang Kraushaar) in Rechnung gestellt wird: „Phantastisch“ und gerade darum höchst effektiv wirkte auf der Seite der Verschwörer die Fiktion vom allpräsenten „kapitalistischen Schweinesystem“, und zwar sowohl für die Selbstmobilisierung als auch für die Vernebelung der Sympathisanten-szene, aber auch die staatliche Seite kannte die „Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand“ (Herfried Münkler), und sei es nur, um den Spielraum der legalen „Informationsbeschaffung“ zu erweitern.

Von den abschließenden Beiträgen werde ich ziemlich willkürlich diejenigen herausgreifen, die für das Anliegen einer „Historisierung“ des deutschen Linksterrorismus besonders anregend sein hätten können, es aber leider nicht sind. Dazu gehört das lange Interview mit dem Schriftsteller Hans-Magnus Enzensberger: Es ist einfach nur ärgerlich, einen der findigsten und einflußreichsten Stichwortgeber der 60er Jahre über seine „Hochzeit“ mit der Kulturrevolution so flapsig, wenn nicht gar zynisch orakeln zu hören, noch dazu in vorhersehbarer Reaktion auf Fragen, die wie aus einem Libretto über „1968“ herausouffliert sind! Zweifel melden sich auch, wenn man den sensiblen psychohistorischen Fingerzeigen von Heinz Bude und Jan-Philipp Reemtsma folgt: „Das antiautoritäre Bewußtsein war von Anfang an durchsetzt vom Phantasma des Terrors“ (Bude, S. 1346) – „Man versteht nichts von der Geschichte der RAF, wenn man nicht insbesondere die Gewaltlockung erkennt, die in der Idee eines nicht entfremdeten, authentischen Lebens liegt“ (Reemtsma, S. 1368). Was für eine linguistische Analyse der Gewalttexte der sog. RAF-Kassiber sicherlich höchst anregend ist, sollte man nicht unbesehen in eine politische Kulturgeschichte der Bundesrepublik ausbuchstabieren, liefere dies doch auf die Wiederholung des allzu einfachen ABCs der „Tendenzwende“ hinaus, die den „deutschen Herbst“ bekanntlich mit vorbereitet hat: „Wer Gesellschaftskritik sagt, meint Gewalt!“

Damit bin ich bei einer gewiß unbeabsichtigten Schlagseite dieser ansonsten höchst verdienstreichen Großpublikation des Hamburger Instituts für Sozialforschung angekommen: Ist die RAF tatsächlich die eigentliche „Erbschaft dieser Zeit“ (Bude)? Erhält die sprichwörtliche „kriminelle Vereinigung“ durch solche Geniestreiche der Zeitdiagnostik nicht eine posthume Aufwertung, die etwas anderes ist als die Vergrößerung zum Zweck der mikroskopischen Analyse. Sicherlich muß man dem politischen Terrorismus die Maske der hehren politischen Zielsetzung herunterreißen. Nur so wird als sein „Geheimnis“ die pure Faszination der Gewalt aufgedeckt, aber „erklären“ subtile Analogien zu Dostojewskji tatsächlich die Dämonologie der deutschen Nachkriegsgeschichte (Reemtsma)?

Vielleicht war die RAF damals schon – und bei konsequenter Historisierung heute erst recht – weniger ein politisches oder ein moralisches Problem, sondern vor allem eines der Perspektivierung: Wie schafft man es, ein Politikum von so abstoßender „Monstrosität“ nicht nur auf seine Banalität (Hannah Arendt), sondern auf seine Marginalität in der deutschen Zeitgeschichte schrumpfen zu lassen? Wie kann man das erreichen, ohne die damaligen Opfer zu verhöhnen oder den gegenwärtigen Terrorismus zu verharmlosen? Wenn der Scheinriese Tur Tur aus Michael Endes „Jim Knopf“ zum Vorbild für die historische Urteilsbildung nicht taugt, weil er beim Näherkommen zur Harmlosigkeit schrumpft, so kann vielleicht die Festlegung auf einen prinzipiellen Maßstab nützen: daß radikale Gesellschaftskritik und politischer Mord doch zwei grundsätzlich verschiedene Dinge waren und sind.

Läßt man unter diesem Gesichtspunkt die lange Einleitung des Herausgebers Revue passieren und fügt die einzelnen Beiträge hinzu, die er zu jedem der Sachgebiete beisteuert, dann wird man der Möglichkeit gewahr, die RAF in die richtige historische Perspektive zu rücken. So sieht Wolfgang Kraushaar bei aller Internationalität sehr wohl die Differenzen, die zwischen der Usurpation sozialrevolutionärer Ziele durch den damaligen Linksterrorismus und dem gewalttätigen Islamismus von heute bestehen, der auf der Mobilisierung eines religiösen Radikalismus beruht. Und auch seine anderweitig bereits heftig diskutierten Enthüllungen über Rudi Dutschkes ganz unpazifistische Gewaltphantasien, die noch vor dem eigentlichen Beginn des „bewaffneten Kampfes“ lagen, verführen ihn nicht dazu, eine direkte Kausalitätsbeziehung von der RAF zurück zur antiautoritären Bewegung zu konstruieren. Die RAF ist und bleibt für ihn vor allem ein „Produkt ihrer Zerfalls- und Transformationsgeschichte“ (S. 23).

Eine solide politische Kulturgeschichte der Bundesrepublik ist überfällig. Diese verdienstvolle Publikation des Hamburger Instituts für Sozialforschung darf nicht zu dem Mißverständnis führen, als sei die RAF einer ihrer maßgeblichen Wendepunkte gewesen. Sie war höchstens das böse Erwachen aus einem moralisierenden Tagtraum, der ein seltsames Zwischending aus traumatisierter Jugendbewegung und der Ahnung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation war und der gerade in dieser Zweideutigkeit für eine junge oder auch pubertäre Demokratiekultur zum zögerlich angenommenen, aber langfristig erfolgreichen Sozialisationsfaktor werden konnte.

Rechtsintellektuelle Sehnsucht nach Akzeptanz

Von Elmar Vieregge

Götz Kubitschek, 20 Jahre Junge Freiheit – Idee und Geschichte einer Zeitung, Schnellroda 2006 (*Edition Antaios*), 304 S.

1986 gründete der damalige Schüler Dieter Stein im Raum Freiburg mit einigen Gleichgesinnten aus dem Spektrum der rechts der CDU/CSU stehenden Kleinparteien die *Junge Freiheit* (JF) als zweimonatlich erscheinende Zeitung mit einer Startauflage von 400 Exemplaren. Das Blatt zog in den neunziger Jahren über Potsdam nach Berlin und entwickelte sich zu einer Wochenschrift, deren Macher sie als national-konservatives, dennoch demokratisches Periodikum betrachten. Kritiker sahen in ihr jedoch aufgrund antiegalitärer Vorstellungen und einer positiven Bezugnahme auf demokratiefeinde oder gar -feindliche Denker der Zeit zwischen den Weltkriegen ein rechtsextremistisches Organ der „Neuen Rechten“. Dies führte nicht nur zu einer ablehnenden Haltung der Medien, sondern auch zu mehreren Gewalttaten sich als „antifaschistisch“ bezeichnender Linksextremisten. Ungeachtet langjähriger Beobachtung durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz konnte sich die JF etablieren. Sie blickte 2006 auf eine zwanzigjährige Entwicklung zurück.

Aus diesem Anlaß legte mit Götz Kubitschek ein ehemaliger Redakteur der JF einen Überblick über „20 Jahre Junge Freiheit“ in seinem Verlag *Edition Antaios* vor. Zusammen mit Karlheinz Weißmann betreibt er das *Institut für Staatspolitik* (IfS); er ist Redakteur der von dieser Einrichtung herausgegebenen Zeitschrift *Sezession*. Als Leitlinie seines Handelns nannte er in einem in der Januar-Ausgabe 2007 des NPD-Organs *Deutsche Stimme* abgedruckten Interview die Absicht, „junge Rechtsintellektuelle zu sammeln“. „20 Jahre Junge Freiheit“ gliedert sich in drei Hauptteile, einen Abschnitt über die Redaktion sowie eine Chronik. Die Hauptteile bestehen aus der Darstellung der Situation des Jahres 1994, einem Zwiegespräch mit Dieter Stein sowie einer Betrachtung wichtiger Debatten innerhalb der Mitarbeiterschaft. Die 304 Buchseiten enthalten zur Hälfte Abbildungen.

Kubitschek beschreibt die JF durchweg positiv als ein zu Unrecht bekämpftes „Zeitungsprojekt von unten“ (S. 26), dessen wirtschaftliche Existenz lange Jahre gefährdet gewesen sei und nur aufgrund des persönlichen Einsatzes seiner Mitarbeiter überlebt habe (S. 32, 38). Er vertritt die Auffassung, daß „seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland [...] kein Zeitungsprojekt stärker behindert, verleumdet, zersetzt worden“ sei (S. 10) und bewertet 1994 als das „Achsenjahr“ für die Existenz der Zeitung. Die JF sei zum Ziel linksextremistischer Gewalttäter geworden. Sie griffen Zeitschriftenhändler an, überfielen die von der JF beauftragte Druckerei und verübten zudem einen Brandanschlag auf die Druckstätte. Darüber hinaus schädeten zwei andere Entwicklungen der JF erheblich. Es war einerseits die mit der jährlichen Nennung im Abschnitt Rechtsextremismus des Berichts des NRW-Verfassungsschutzes einhergehende Stigmatisierung und andererseits die distanzierte Haltung der Medien, die kaum über die An-

griffe berichteten. Kubitschek sieht darin eine mangelnde Solidarität der etablierten Journalisten mit einer aus seiner Sicht in der Ausübung der Pressefreiheit bedrohten Zeitung sowie eine „Mauer aus Kautschuk“ (S. 10). Mitte der neunziger Jahre befand sich Steins Projekt zudem in einer wirtschaftlich angespannten Lage. Es mußte den Verlust der beiden sich radikalisierenden Stammautoren Armin Mohler und Andreas Molau verkraften. Kubitschek betont die langjährig prekäre Lage und sieht eine deutliche Verbesserung der Situation erst ab dem Jahr 2000. Fünf Jahre später gewann die JF ihren Rechtsstreit gegen die Nennung im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht. Sie soll mittlerweile in einer beträchtlichen Auflage erscheinen und eine expandierende Wochenzeitung sein.

Der zweite Hauptteil bot dem Zeitungsrgründer und Chefredakteur Dieter Stein die Möglichkeit, sich in einem vom Verfasser unkritisch geführten Gespräch zu präsentieren. Darin legt er seine politischen Überzeugungen dar und äußert sich über seine Motivation und Ziele. Danach bedrückte ihn bereits zu Jugendzeiten neben der Teilung Deutschlands eine von ihm empfundene Dominanz der 68er und eine zu wenig konservative Ausrichtung der CDU/CSU. Zu seinen Vorbildern zählt er einerseits die Aufständischen des 20. Juli 1944 und andererseits den ehemaligen Freikorpskämpfer Ernst von Salomon. Er bewertet die gegenwärtige Gesellschaft als „links“ geprägt und will mit „verbundene[n] Verlage[n] und publizistische[n] Projekte[n]“ „das politische Klima in Deutschland grundlegend verändern“ sowie „die Gewichte [...] nach ‚rechts‘ verschieben“ (S. 152).

Der Debattenteil beschäftigt sich mit einigen für die Entwicklung und Ausrichtung der JF zentralen Themen. Er thematisiert die Bedeutung des Ressorts Kultur, das die Hälfte der Zeitungsseiten umfaßt und damit gleichberechtigt neben dem Politikteil steht. Im Rahmen der Betrachtung kultureller Aspekte behauptet Kubitschek, daß das Blatt trotz einer intensiven Beschäftigung mit dem französischen Theoretiker Alain de Benoist keine metapolitische Ausrichtung habe und keine „kulturelle Hegemonie“ ersehne (S. 182-187). Bei der Beschreibung der Debatten verdeutlichen sich einige die redaktionelle Linie prägende Positionen. Darunter sind der Wunsch nach einer selbstbewußteren Nation, eine Orientierung an den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 sowie eine Bewunderung für den hoch dekorierten Soldaten des Ersten Weltkrieges und Schriftsteller Ernst Jünger.

Ein chronologischer Überblick über die zwanzigjährige Zeitungsgeschichte sowie Informationen über Redaktionsmitglieder runden das Buch ab, wobei der für die Interviews zuständige Moritz Schwarz ausführlicher vorgestellt wird. Dessen herausgehobene Position begründet sich durch die Bedeutung der Interviews als einem Kernelement der JF, die permanent bemüht war, über die Gewinnung prominenter Gesprächspartner an Ansehen zu gewinnen und in das ersehnte Blickfeld der sie kaum beachtenden Medien zu gelangen. Unvorteilhaft für eine nähere Beschäftigung mit der JF ist der Verzicht auf ein Personenregister, einen Sachindex und eine Literaturliste. Die Literatur zum Periodikum beachtet Kubitschek im Debatten-Teil nur in den Fällen, in denen er Veröffentlichungen, die die JF als rechtsextremistisch bewerten, in knapper Form als unwissenschaftlich und als mit Unterstellungen behaftet beschreibt.

Aufgrund einer einseitig positiven Haltung Kubitscheks unterbleibt eine kritische Betrachtung der JF. Sie erscheint ganz im Sinn ihres Gründers Dieter Stein lediglich als nonkonformistische, rechtsintellektuelle Zeitung, die seit ihrer Gründung nicht nur unter linksextremistischen Gewalttaten, sondern auch unter einer Diffamierung staatlicher Stellen sowie Unterstellungen politischer Gegner und einer Nichtbeachtung durch die Medien leidet. Dieser Mangel an kritischer Distanz überrascht nicht, da der einstige JF-Redakteur Kubitschek der Zeitung weiterhin verbunden ist. So verwundert es auch nicht, daß er eine eingehende Untersuchung des vielleicht interessantesten Aspekts vermied. Es ist die Frage, ob es sich bei der Publikation noch um ein demokratisches oder schon um ein rechtsextremistisches Organ handelt oder ob sie sich in einem schwer definierbaren Zwischenbereich befindet. Diese Unterlassung wiegt jedoch um so schwerer, als der Verfasser selber die Attacken der unterschiedlichen Gegner auf die Zeitung beklagt und behauptet, daß sie eine inhaltliche Auseinandersetzung vermieden haben sollen.

Wegen der einseitigen Betrachtungsweise ziehen sich zwar die Klagen über Diffamierungen und eine Einschränkung der Pressefreiheit durch das Buch, die gegen die JF erhobenen Vorwürfe werden hingegen kaum näher betrachtet. Das geschieht nur im Fall Armin Mohlers, der die Redaktion 1994 nach einer Kontroverse verließ, die der „rechte Vordenker“ (S. 192) durch einen mit der Holocaustleugnung sympathisierenden Artikel ausgelöst hatte. Kubitschek stellt die Trennung zwar als Zeichen für eine Distanz zu einer derartigen Haltung heraus, erörtert aber nicht, warum ein bekennender Faschist wie Mohler überhaupt eine wichtige Position bei der JF erlangen konnte. Ebenso untersucht er nicht, ob das Klima innerhalb der Redaktion zur Radikalisierung des einstigen Ressortleiters Andreas Molau beigetragen haben könnte, bevor dieser 1994 entlassen wurde und sich danach für die NPD engagierte oder inwieweit der an der Ermordung Walther Rathenaus beteiligte Ernst von Salomon sich als Vorbild für einen sich demokratisch gebenden Publizisten eignet.

„20 Jahre Junge Freiheit“ ist keine distanzierte Untersuchung der Zeitung, sondern eine derart wohlwollende Darstellung, daß sie auch in Form einer Jubiläumsschrift von Dieter Stein hätte geschrieben werden können. Trägt man diesem Umstand Rechnung, so hat Kubitschek ein faktenreiches, aber unkritisches Porträt der JF erstellt. Dabei versetzten ihn sein gutes persönliches Verhältnis zum Gründer und der damit verbundene Zugang zum Zeitungsarchiv in die Lage, sein Werk großzügig mit Photographien und Faksimileabdrucken wichtiger Texte auszustatten und eine lebendige Beschreibung der Entwicklung der JF im Sinn ihrer Verantwortlichen zu verfassen. Die Verbindung des Verfassers zur Zeitung zeigt sich auch darin, daß er ihr die Aufgabe zuweist, „die Normalität rechtsintellektuellen Denkens durchzusetzen“ (S. 98). Damit verdeutlicht Götz Kubitschek, daß die von Dieter Stein geleitete *Junge Freiheit* und das von ihm mit Karlheinz Weißmann als Sammlungsstelle für „junge Rechtsintellektuelle“ betriebene *Institut für Staatspolitik* mit der Zeitschrift *Sezession* und dem Verlag *Edition Antaios* derselben Sache dienen – der grundlegenden Veränderung des politischen Klimas in Deutschland nach „rechts“.

Hitlers vielgelesenes Buch?

Von Barbara Zehnpfennig

Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922-1945, München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), 632 S.

Ob Hitlers „Mein Kampf“ tatsächlich das einzige Buch ist, „das durch seine Unwirksamkeit wirkte“, wie Dietrich Schwanitz es einmal formulierte, ist schwer zu entscheiden; daß es häufiger zitiert als gelesen wurde, läßt sich aber zu Recht behaupten. Othmar Plöckinger, Gymnasiallehrer aus Salzburg, will mit seiner umfang- und quellenreichen Studie die These vom ungelesenen Buch Hitlers als Mythos entlarven. Zumindest ist dies eine der Intentionen seiner vom Institut für Zeitgeschichte in München herausgegebenen Arbeit. Die allgemeine Absicht ist offenbar, das Schicksal des Buches insgesamt nachzuzeichnen, und so interessiert sich der Autor nicht nur für dessen Nach-, sondern auch für dessen Vorgeschichte.

Folgerichtig ist Plöckingers Untersuchung in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil behandelt der Autor die überaus verwickelte Entstehungsgeschichte von „Mein Kampf“, der zweite Teil befaßt sich mit der nicht weniger komplizierten Publikationsgeschichte, und der dritte, bei weitem ausgiebigste Teil, informiert über die Rezeptionsgeschichte innerhalb und außerhalb Deutschlands, wobei das Kriegsende in der Regel das Ende des analysierten Rezeptionszeitraums markiert. Alle drei Teile zeugen von immensem Quellenstudium, und da Plöckinger sich vorgenommen hat, Mythen zu zerstören – z.B. wer angeblich alles an Hitlers Buch mitgearbeitet hat –, werden dem Leser immer wieder durchaus neue Einblicke in einen vermeintlich bekannten Sachverhalt vermittelt. Warum bleibt nach der Lektüre dennoch ein zwiespältiger Eindruck?

Das hat wohl zwei Gründe: zum einen die begrenzten Möglichkeiten historischer Forschung, wenn man es mit einer schwierigen Quellenlage zu tun hat – was im vorliegenden Fall z.B. darauf beruht, daß Hitler alle persönlichen Unterlagen vernichten ließ, die seinen Nimbus hätten gefährden können; zum anderen die Tatsache, daß Plöckinger ständig einen inhaltlichen Bezug zu „Mein Kampf“ suggeriert, der faktisch unausgefüllt bleibt – wenn er z.B. den selektiven Umgang mit dem Text in der Rezeption beklagt, aber selbst niemals seine Rede von dem „weitgehend geschlossen ideologischen System“ (S. 2) in „Mein Kampf“ verifiziert. Beide Punkte seien näher beleuchtet:

Erstens: Historische Arbeit ist oftmals Detektivarbeit, Indizien müssen zu einem schlüssigen Gesamtbild zusammengefügt werden. Dazu verwendet man öffentliche Dokumente, Zeugnisse von Zeitgenossen, Briefe, im Fall Hitler auch noch Reden, andere Schriftstücke etc. All dies muß kritisch gelesen werden: Was besagt ein öffentliches Dokument? Wie verläßlich sind die Zeitzeugen? In welchem Kontext entstand ein Brief? Schon hier ist vieles Interpretation, noch viel mehr ist Interpretation aber dort gefragt, wo Lücken geschlossen werden müssen; das geschieht oft spekulativ, wenn die

Spekulation sich auch aus Kenntnis des Gesamtumfelds speist. Allgemeine Aussagen, die auf dieser Basis gewonnen werden, müssen vorsichtig formuliert sein. Zwar weist Plöckinger immer wieder auf diese Schwierigkeiten hin. Doch bisweilen entsteht der Eindruck, daß seine Schlußfolgerungen dennoch die erforderliche Vorsicht vermissen lassen. Seine sehr interessanten und detailreichen Ausführungen zu der wechselhaften Entstehungsgeschichte von „Mein Kampf“ verführen ihn z.B. zu dem Urteil, daß diese Entstehungsgeschichte „in ihrer chaotischen Banalität und in ihrer Abhängigkeit von der aktuellen Tagespolitik ein Spiegelbild der Ideologiebildung Hitlers“ (S. 29) sei. Das ist eine gewagte These, weil sie nahelegt, Hitlers Ideologie sei eher zufällig entstanden – was ihr kaum jene Kohärenz verleihen könnte, die der Autor doch andernorts bereits festgestellt hatte. Ähnliches gilt für die These, bei Hitlers Buch handle es sich nicht um ein ungelesenes, sondern um ein vielgelesenes Werk. Tatsächlich weiß der Autor zahlreiche zeitgenössische Stellungnahmen aufzuführen, z.B. aus der christlichen, jüdischen und völkischen Publizistik, ebenso aus der NS-Szene, von anderen politischen Parteien, von der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Doch wie repräsentativ sind die aus dem entsprechenden Umfeld je einzeln aufgeführten Stimmen? Hier hätte man mehr an historischem Faktenmaterial erwartet, Statistiken etwa, die über die Verbreitung der Publikationsorgane und die Häufigkeit gleichartiger Stellungnahmen innerhalb des untersuchten Umfelds Auskunft geben. Zudem bezieht sich eine Reihe der zitierten Quellen gar nicht speziell auf „Mein Kampf“, sondern allgemein auf die NS-Bewegung. Und schließlich stellt Plöckinger immer wieder fest, daß die genannten Autoren sehr selektiv verfahren und meist nur einzelne Aspekte aus „Mein Kampf“ herausgreifen. Vielleicht haben sie das Buch auch im Ganzen gelesen? All dies sind Unsicherheiten, die Allgemeinaussagen problematisch werden lassen.

Zweitens: Wer wie Plöckinger ein Buch in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen stellt, erzeugt die Erwartung, daß in irgendeiner Weise eine inhaltliche Auseinandersetzung damit erfolgt. Denn wer an der Rezeption die Selektivität der besprochenen Themen bemängelt, legt selbst offenbar einen größeren Zusammenhang zugrunde, den der jeweils besprochene Rezipient verfehlt hat. Von diesem Zusammenhang ist aber nie die Rede. Ihn zu kennen, eröffnet jedoch überhaupt erst die Möglichkeit, die Bedeutung der Rezeption richtig einzuschätzen: Hat beispielsweise die christliche Publizistik Wesentliches versäumt, wenn sie sich, wie Plöckinger darlegt, auf das Verhältnis des Nationalsozialismus zur Religion und zum Problem des Antisemitismus konzentrierte? Welchen Stellenwert hatten bei Hitler wirtschaftspolitische Themen, und wie ist die Rezeption seitens der Wirtschaft zu bewerten? Ist dem Nationalsozialismus, wie SPD und KPD – folgt man Plöckingers Ausführungen – meinten, der Ideologiestatus generell abzusprechen, so daß die laut Plöckinger vorherrschende jüdische Reaktion eigentlich die angemessene war, nämlich „Mein Kampf“ weitgehend zu ignorieren: „Keiner von uns kaufte ihn, keiner von uns las es“ (S. 326)?

Es wäre auch denkbar, das Thema formal abzuhandeln, sich z.B. auf die Darstellung der verschiedenen Entstehungsschichten des Buches, die Auflistung der Ausgaben und Auflagen, die Häufigkeit der Nennung in der Publizistik etc. zu beschränken. Doch

Plöckinger will mehr. Dadurch ergibt sich eine Gemengelage, eine Vermischung von Formalem und Inhaltlichem, die den Ertrag dieses Buches leider etwas schmälert. Zumindest die eigenen Prämissen deutlicher offenzulegen, hätte geholfen, so daß man z.B. erfahren hätte, nach welchen Gesichtspunkten der Autor die jeweils kurz dargestellten Positionen innerhalb der Rezeption ausgewählt hat – und ob er seinerseits nur einzelne Aspekte aus dem jeweiligen Artikel bzw. Buch herausgreift oder ob es sich um eine komprimierte Gesamtdarstellung handelt.

Die angedeuteten Schwierigkeiten sind um so bedauerlicher, als Plöckingers Buch in der Tat eine staunenswerte Fülle an Material bietet, das zusammenzutragen es wahrlich eines hohen Aufwandes bedurfte. Es gelingt dem Autor auch, viele interessante Fakten anzuführen, die demjenigen, der sich intensiver mit „Mein Kampf“ befassen möchte, neue Einblicke ermöglichen – z.B. welche äußeren Bedingungen Hitler zur Aufnahme bestimmter Themen motiviert haben könnten. Bei den weitergehenden Schlußfolgerungen ist allerdings Vorsicht geboten, und hier sollte man die Ebenen klar nennen: Wie immer „Mein Kampf“ zustande kam – zunächst ist es als Text in sich zu verstehen, denn das Zustandekommen sagt wenig aus über die Kohärenz der Gedanken. Und wie immer der Text rezipiert wurde – er selbst muß den Maßstab der Angemessenheit jeder Rezeption bilden, und nur so ist eine Einschätzung des Rezipienten möglich.

Es mag nach wie vor schwer sein, Hitlers Buch als ein Buch wie jedes andere zu behandeln, dem man eine sachliche Auseinandersetzung schuldet. Doch Verstehen ist nun einmal an Sachlichkeit gebunden. Den historischen Kontext zu kennen, ist wichtig; es ersetzt aber nicht die inhaltliche Arbeit am Text selbst. Letztere war mit Plöckingers Buch auch nicht intendiert. Seine Stärke liegt in der Erhellung des Umfeldes von „Mein Kampf“, dessen Bedeutung lange unterschätzt wurde und wohl noch immer nicht richtig gewürdigt wird. Wenn Plöckingers Buch in dieser Hinsicht etwas veränderte, wäre das zu begrüßen.

Macht Kommunismus Spaß?

Von Eckhard Jesse

Bettina Röhl, So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte KONKRET, Hamburg 2006 (*Europäische Verlagsanstalt*), 677 S.

Die Autorin, Tochter von Ulrike Meinhof, ist vor allem mit Veröffentlichungen über die wenig rühmliche politische Vergangenheit von Joschka Fischer einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Endlich ist nun ihr schon lange angekündigter und immer wieder verschobener Band über Ulrike Meinhof (und nicht nur über sie) auf dem Buchmarkt (mit Vorabdrucken u.a. im „Spiegel“). Wer eine wissenschaftlich distanzierte Meinhof-Biographie¹ erwartet, kommt nicht auf seine Kosten; wer hingegen eine atmosphärisch dichte, subjektiv geprägte Erzählung über Politik und Publizistik ihrer Eltern in den fünfziger Jahren sucht, dürfte die Lektüre nicht bereuen. Der (linke) Zeitgeist eines spezifischen Milieus in einer antikommunistischen Zeit wird anschaulich eingefangen.

Die opulent bebilderte Studie besteht aus zwei rund dreihundertseitigen Teilen, die in je vier Kapitel untergliedert sind. Der erste Teil betrifft die Zeit bis Ende der fünfziger Jahre und endet mit der Verlobung: „Klaus Röhl gefällt die gemeinsame Zeit mit Ulrike Meinhof ‚dermaßen gut‘, daß er, als sie einmal abends zusammen in ihrer Stammkneipe bei Krögers saßen, plötzlich und überwiegend ernst gemeint zu ihr sagte: ‚Rikibaby, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, willst du dich mit mir verloben?‘ Und als sie ja sagte, da rief er: ‚He, alle mal zuhören! Wir geben eine Lokalrunde aus, wir haben uns soeben verlobt! So! Top!‘“ (S. 313 f.). Der zweite Teil endet mit der Trennung der beiden im Jahr 1968: „Dann eines Tages kam Mami mit ihrem neuen blauen R 4 und holte uns ab. Sie sagte: ‚Wir wohnen jetzt in Berlin. Das wird euch gefallen!‘“ (S. 603). Die Chronologie wird anfangs nicht eingehalten: Bettina Röhl schildert die Geburt der Zwillinge – also auch ihre – im Jahr 1962. Der Strauß roter Rosen auf dem Tisch stammt von den „Genossen“, denn Meinhof und Röhl sind Mitglieder der verbotenen KPD. Ulrike Meinhof übersteht eine schwere Kopfoperation kurz nach der Geburt, ist aber monatelang außer Gefecht gesetzt.

Bettina Röhl hat 1998 im Bundesarchiv die „Akte konkret“ aufgetrieben. Aus ihr geht hervor, wie „konkret“ durch Kommunisten gegründet und (bis 1964) finanziert wurde, wie die Zusammenarbeit aussah. Was dezidierte Antikommunisten behauptet hatten, war richtig: Die Kommunisten tricksten und taktierten. Die Zahl der einschlägigen Dokumente, die die Autorin aufischt, ist Legion. Zwar ist Vieles bereits durch

¹ Vgl. jetzt Kristin Wesemann, Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin. Eine politische Biographie, Baden-Baden 2007.

Klaus Rainer Röhls Buch bekannt, doch sie breitet weitere Materialien genüßlich aus. Die Art der lockeren Präsentation des bunten Kaleidoskops gefällt. Das pralle, gut recherchierte Buch ist zwar nicht aus einem Guß geschrieben, aber das schadet seinem Gehalt keineswegs. Die Dokumente – z.B. Auszüge aus den Unterlagen der SED oder Briefe von Ulrike Meinhof aus ihrem Nachlaß – machen Röhls Familienchronik (sie ist mehr als das!) lebendig. Der Leser ermüdet nie. Immer wieder kommt Klatsch und Tratsch zur Sprache, auch in den vielen Interviews (u.a. mit Stefan Aust, Bahman Nirumand, Fritz J. Raddatz und Johannes Rau), doch stets mit Substanz. Der Titel, mit dem Bettina Röhl offenkundig auf die Haltung schicker Linker anspielt (links – für den Osten – reden, rechts – im Westen – leben), paßt nicht ganz auf den Tenor des Buches², denn die Hauptperson – Ulrike Meinhof – repräsentierte mit ihrer oft ernsten Art im Gegensatz zum spielerisch-zynisch wirkenden Ehemann, einem Bohemien, eben nicht die Linksschickeria.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das Buch die These, die Kommunisten hätten viele Initiativen, Aktionen und linke Zeitschriften gesteuert. Meinhof und Röhl, selber Mitglieder der verbotenen KPD (Meinhof blieb es bis zu ihrem Tod), suchten mit „konkret“, einem von der DDR finanzierten Organ³, auf gutgläubige Linke einzuwirken. Was Bettina Röhl alles zusammenträgt, stimmt durchaus. Es wird ihr etwa von Meinhofs und Röhls „Führungsoffizier“ Manfred Kapluck bestätigt, einem mächtigen Mann der KPD, der Meinhof und Röhl gut gekannt hatte. Aber: Kapluck geriert sich als Erfolgstyp: „Ich habe nach dem Verbot der FDJ die circa 100 illegalen Kader, die wir im Westen hatten, undercover in der legalen Massenarbeit eingesetzt. Wir schickten unsere Leute zu den Naturfreunden, zu den Jusos und zu den Falken. Das Ziel war, diese Verbände ideologisch mehr und mehr zu beeinflussen. Ich habe an der Organisation der großen Friedenskongresse in Warschau, Prag und Moskau, zu denen ich deinen Vater eingeladen habe, mitgewirkt. Riesenerfolge, die uns Hunderte von neuen Parteimitgliedern einbrachten, die dann wieder als Illegale für uns arbeiteten. Und das alles in einer Zeit, in der die FDJ und die ganze Jugendarbeit der Kommunisten bereits fast tot waren. Selbst die Ostermarschbewegung ist komplett von uns inszeniert worden“ (S. 81). Hier wird der Eindruck einer kommunistischen Allmacht erweckt. Intention und Auswirkung müssen sich nicht decken. Die These von der suggerierten Unterwanderung intellektueller Milieus ist so nicht stimmig. Bettina Röhl berücksichtigt zu wenig diejenigen linken Kräfte, die sich von der DDR und ihren „Ablegern“ im Westen nicht ver-

2 Allerdings wohnt dem Titel eine weitere Konnotation inne. Die Autorin verwendet den Satz im Zusammenhang mit Manfred Kapluck, der ihr voller Begeisterung von seinem Kampf für den Kommunismus vor vierzig Jahren berichtet hat: „Kapluck beeindruckt mich. Er erzählt seine Erfolgsgeschichte so fröhlich und überzeugend, daß der Esprit von damals noch nach 40 Jahren wach und spritzig rückkommt“ (S. 82).

3 Klaus Rainer Röhl hatte dies bereits 1974 öffentlich gemacht. Vgl. ders., *Fünf Finger sind keine Faust. Eine Abrechnung* (1974), 3. vollständig durchgesehene und kommentierte Aufl., München 1998. Siehe auch Alexander Gallus, Zeitschriftenporträt: konkret, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 227-249.

einnahmen lassen wollten – und sich nicht vereinnahmen ließen. Es gab im linken Milieu eben keineswegs nur Kollaboration, auch nicht beim „Kampf dem Atomtod“.

Der Schriftsteller Peter Rühmkorf, der Klaus Rainer Röhl von der Schule kannte und der mit ihm und Ulrike Meinhof lange befreundet war, hat ein fabelhaft formuliertes Vorwort beigezeichnet. In ihm beteuert er, nichts von der kommunistischen Finanzierung der Zeitschrift „konkret“ gewußt zu haben. Rühmkorf führt Meinhofs Weg in den Terrorismus ein wenig simpel auf „verschmähte Liebe“ (S. 14) zurück. Sein Titel „Die heilige Johanna und der Schuft“ bringt gut die damalige Einschätzung in der linken Öffentlichkeit zum Ausdruck. Daß Klaus Rainer Röhl nicht (bloß) der „Kotzbrocken“ (Reinhard Baumgart) war und Ulrike Meinhof nicht (nur) die „Heilige“, macht Bettina Röhl deutlich. Sie interpretiert kaum, erzählt und dokumentiert mehr – in sympathisch ungeordneter Form. Gleichwohl zeigt sie Flagge, wenn sie vehement die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates hochhält.

Die Autorin ist keine Systematikerin, keine Analytikerin, keine Wissenschaftlerin. Der Rezensent würde sich gleichwohl über eine ebenso herzerfrischende Schilderung der Zeit nach 1968 aus ihrer Sicht freuen. Bettina Röhl bezieht Stellung (bisweilen etwa gegen Renate Riemeck, Ulrike Meinhofs Ziehmutter), offen, ohne jeden Anflug von Häme. Was sie im Epilog auf knapp 40 Seiten bietet, ist arg gedrängt und verdiente eine ausführlichere Schilderung: Ulrike Meinhofs Leben im politisch erhitzten Berlin; ihren Weg in den politischen Untergrund als Mitbegründerin der „Roten Armee Fraktion“; den Kampf um die Rettung der in Sizilien versteckten Röhl-Zwillinge durch Stefan Aust⁴; Meinhofs Rechtfertigung der Aktion des „Schwarzen September“ bei den Olympischen Spielen 1972; ihr Selbstmord, den viele Sympathisanten als solchen nicht wahrhaben wollten; das Ende der Zeitschrift „konkret“ unter Klaus Rainer Röhl; dessen Entwicklung zu einem mehr oder weniger liberalen Konservativen.⁵ All das – und noch mehr – gibt Stoff für Bettina Röhl. Möge sie ihren leicht ironisch-humervollen Schreibstil beibehalten. So macht Lesen Spaß!

4 Bettina und Regine Röhl sollten nach Jordanien in ein Palästinenserlager gebracht werden. „Das von Meinhof und Proll ausgesuchte Waisenlager in Jordanien wurde wenige Wochen nach der geplanten Verbringung der Kinder vollständig zerbombt, kein Kind überlebte“ (S. 611).

5 Seine Promotion schrieb er im Alter von 65 bei Ernst Nolte: Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt a.M. 1994; siehe zuletzt ders., Du bist Deutschland. Satiren aus der europäischen Provinz, München 2007.

Facetten der Demokratie

Von Sigrid Mratschek

Axel Rüdiger/Eva-Maria Seng (Hrsg.), Dimensionen der Politik: Aufklärung – Utopie – Demokratie. Festschrift für Richard Saage zum 65. Geburtstag, Berlin 2006 (*Duncker & Humblot*), 599 S.

Die Festschrift für Richard Saage, der an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Politische Theorie und Ideengeschichte lehrte, orientiert sich an drei wissenschaftlichen Schwerpunkten des Geehrten: *Aufklärung*, *Utopie* und *Demokratie*. Auf den ersten Blick macht sie einen heterogenen Eindruck. Die Themen sind ebenso breit gefächert wie die Forschungsfelder der Freunde Richard Saages, die von der Politikwissenschaft und der Geschichte der sozialen oder demokratischen Bewegungen bis zur Philosophie, Ideen- und Literaturgeschichte reichen, ja sogar einen Blick zurück auf die Geschichte des antiken Athen zulassen. Das ist auch die Intention der Herausgeber: In dem Sammelband sind – wie im Werk Richard Saages – Politik, Gesellschaft und Geschichte zu einem praktischen und multidimensionalen Politikbegriff vereint. Den hieraus resultierenden Wechselwirkungen wird durch die interdisziplinäre Perspektive Rechnung getragen, die Saages wissenschaftliche Interessen von der bürgerlichen Emanzipationsbewegung zwischen Revolution und Aufklärung bis hin zur modernen Utopietradition widerspiegelt. Was die Festschrift zusammenhält, ist die Dynamik der politischen Ideen und Normen liberaler Gesellschaften und demokratisch-verantwortlichen Handelns.

Der erste Teil widmet sich der Epoche der *Aufklärung*, seine Binnenstruktur ist chronologisch. Er setzt mit den Levellers ein, einer Gruppe hochbegabter Pamphletisten und politischer Aktivisten, die vier Jahre lang (1645-49) das traditionelle Mittel der Petition nutzten, um in der englischen Revolution Einfluß auf die Öffentlichkeit im Parlament und in der Armee auszuüben. Er endet mit Thierry Maulnier, dem jugendlichen Verfechter der „Nationalen Revolution“ an der Seite der christlich orientierten Simone Weil, der sich vom Herausgeber der Zeitschrift *Combat* (1936) zum gut bezahlten Herausgeber des *Figaro* und angepaßten Kulturkritiker mit einem Sitz in der Académie française (1964) wandelt. Unterschiedliche Deutungen der Herrschaftssysteme und der Kolonien aus verschiedenen Ländern, England, China, Deutschland, evozieren ein ungewöhnlich buntes Bild der politischen Ideen. Hobbes' Titel *Leviathan* und (somit seine Staatstheorie) wird durch die ikonographische Tradition im alten Orient, Judentum und Christentum neu interpretiert: Als Metapher steht sie – wie Rousseaus *bellum omnium contra omnes* – für den permanenten existentiellen, aber stets unentschiedenen Kampf der Staaten in Gestalt zweier von Menschen geschaffenen künstlichen Ungeheuern. Zwei Autoren setzten sich mit Kants Auffassung in der Politik und der Ökonomie auseinander: Nach dem Prinzip der *prima occupatio* gebührt Eigentum bei Immanuel Kant den Ureinwohnern der Kolonien; er stellt sechs Kriterien auf, nach denen der „verhan-

delte Friede“ dauerhaft und ohne *reservatio mentalis* einvernehmlich geregelt werden kann. Der Privatdozent von Halle und Publizist Christian Daniel Voß (1761-1821) antwortet auf die Fragen der Französischen Revolution und des preußischen Reformprozesses, indem er die Idee der Demokratie als Täuschung erweist und sie selbst nur als Gesellschaftsform, nicht als Staats- oder Regierungsform anerkennt.

Das in dem nicht-historischen, ideengeschichtlichen zweiten Teil mit dem Titel *Utopie* vorherrschende Ordnungsprinzip erschließt sich dem Leser weniger leicht. Er beginnt mit Blochs Sentenz *ubi Lenin, ibi Jerusalem*, die von der Utopie einer idealen sozialistischen Gesellschaft ausgeht, und beschreibt in der Folge die Utopien seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Verschiedene Orte und Zeiten werden aufgezeigt, wo und wann Utopien entstehen. Das kann eine Naturkatastrophe wie das Erdbeben in Lissabon im Jahre 1755 sein, das zum Auslöser einer deistischen Vernunftreligion und religiöser Toleranz wird, in die – als Novum – neben dem Judentum und Christentum auch Islam Gleichberechtigung erfährt. Zum allgemeinen Verständnis der Diversität und Pluralität der Utopien wäre es sinnvoller gewesen, Herfried Münklers Beitrag über *Atlantis*, die Utopie seit Platon schlechthin, und Kurt Lenks Begriffsdefinitionen von *Utopie* und *Mythos* diesem Sammelsurium für sich im einzelnen interessanter, aber insgesamt ganz unterschiedlicher Utopien voranzustellen. Bei der Differenzierung der Begrifflichkeit spielen zeitliche Dimensionen eine entscheidende Rolle: Während die Utopie ihre Sehnsüchte nach grundsätzlich Neuem, noch nie in der Geschichte Dagewesenem auf die Zukunft richtet, ist im Mythos die Hoffnung auf eine Sinngebung durch eine oft fiktive Vergangenheit gerichtet. Münklers Suche nach der versunkenen Insel Atlantis ist deshalb so faszinierend, weil sie überall und nirgendwo zu entdecken ist: in dem Vulkanausbruch der Kykladeninsel Santorin, im Schatt el Djerid oder bei den Säulen des Herakles, dem heutigen Gibraltar; das Goldland Indien wird ebenso damit identifiziert wie das Paradies der Bibel und die Insel Thule im Arier-Mythos oder die utopischen Gemeinwesen eines Thomas Morus und Francis Bacon. Die Selbstidentifikation mit dem den Blicken der Welt entzogenen Atlantis diente zur Durchsetzung imperialer Machtansprüche und Herkunftsmythen, bei den Spaniern nach Kolumbus' Entdeckung, in Schweden im 17., in Italien im 18. Jahrhundert und in der Sowjetunion vor 30 Jahren, nicht zu vergessen die amerikanische Raumfähre *Atlantis*. Das degenerierte Atlantis, einst der Archetyp eines gerechten Staates, wurde sogar dem idealen Ur-Athen vorgezogen – weil es in einer einzigen Nacht durch eine Katastrophe vernichtet wurde oder weil es als Idee des Besseren abseits der Welt eine paradiesische Alternative zu den realen politischen Systemen der Geschichte bietet.

Der dritte Teil behandelt die *Demokratie*, einen Begriff, der erstmals um 460 v. Chr. auf Münzen in Athen auftauchte.¹ Darstellungen über die Demokratie haben angesichts des Zusammenbruchs kommunistischer Diktaturen wie der ehemaligen DDR gegen-

1 Kurt A. Raaflaub, The Breakthrough of Demokratia in Mid-Fifth-Century Athens, in: Ders./J. Ober/Robert W. Wallace (Hrsg.), *Origins of Democracy in Ancient Greece*, Berkeley 2007, S. 105-154.

wärtig Konjunktur. Richard Saages „Demokratietheorien“ gaben 2005 einen positiven Impuls.² Die verschiedenartigen Facetten der Demokratie werden in oft sehr knappen, disparaten Beiträgen ziemlich wahllos im dritten Teil der Festschrift präsentiert. Dabei hätten sie sich leicht unter Kategorien wie *historische Persönlichkeiten* als Paradigmen demokratischen und anti-demokratischen Denkens einerseits, *Stärken und Schwächen der Demokratie* andererseits einordnen lassen: Zu den Wegbereitern der Demokratie und Vordenkern für unseren Weg in die Wissensgesellschaft zählen der in der Neo-Pluralismusdebatte bislang wenig beachtete Harold Laski und der von Helga Grebing präsentierte Sozialdemokrat Waldemar von Knoeringen (1906-71). Für den ersten sind Freiheit (inklusive der Freiheit der Persönlichkeiten) und Gleichheit die Kehrseiten derselben Medaille, für den „roten Baron“ war Demokratie „ein Wert an sich“, und er sah seine Hauptaufgabe darin, die Industriegesellschaft in eine „Bildungsgesellschaft“ umzuwandeln. Auf der Gegenseite stehen im Wiener Fin-de-Siècle Karl Lueger, der Erfinder des politischen Populismus, der dem christlich-sozialen Antisemitismus zu einer Massenbewegung des Kleinbürgertums und des Mittelstandes den Weg bereitete, und, stellvertretend für manche Professoren der Rechtswissenschaft, Ernst Forsthoff, der sich in der NS-Zeit durch seinen „totalen Staat“ in den Dienst diktatorischer Machthaber stellte und zur Legitimierung ihres Systems beitrug. Andreas Mehl entwirft ein Bild von der athenischen Demokratie, die die Gleichheit der Bürger in Privatangelegenheiten gesetzlich fest schrieb, als das Gegenteil eines totalitären Zustandes. Verfassung und Lebensform waren so eng verbunden, daß Sklaven und Bürgerfrauen weniger unter Restriktionen und Geringschätzung zu leiden hatten als in anderen Poleis, obwohl ihnen jede Art von Mitbestimmung verwehrt war. Überhaupt spielt – wie schon bei von Knoeringen – neben der Repräsentativverfassung einer politischen Demokratie das Postulat einer „wirtschaftlichen Demokratie“ bei den Stärken und Schwächen der Demokratie im 20. Jahrhundert eine herausragende Rolle: „Moralismus“ (S. 395) ist im Zeitalter der Heuschrecke zur Sanierung Deutschland unabdingbar. Denn Chancengleichheit erweist sich angesichts sozioökonomischer Ungleichheiten, z.B. durch das Nord-Süd-Gefälle in der Welt, als Fiktion und Mittel zur Ausgrenzung der Armen. Am Ende zeigt uns Peter Steinbach auf beeindruckende Weise, daß „die (historische) Wahrheit schon lange nicht mehr in den Akten liegt“ (S. 574). Neben Presse, Film und Fernsehen wäre die Meinungsforschung zu ergänzen. Massenmedien sind im 20. Jahrhundert die wichtigsten Quellen für die Geschichte ihrer Zeit. Sie beeinflussen die Wahrnehmungen einer breiten Öffentlichkeit, pflanzen ein bestimmtes Bild von der Vergangenheit in die Köpfe der Zeitgenossen, eröffnen den Zugang zu Stimmungen; der Zuschauer wird durch das mediale Bild zum Beteiligten. Aber sie können auch aufklärend wirken, „Gegenöffentlichkeit“ zur Politik schaffen oder ein Zeit- und Ereignisverständnis entüllen, das den historischen Ausgang von Handlungen und Entscheidungen noch nicht

2 Richard Saage, *Demokratietheorien. Historischer Prozeß – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen*. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.

kennt. Symptomatisch hierfür ist der Rollenwechsel zwischen dem Journalisten und Historiker, entscheidend die Offenheit der pluralistischen Gesellschaft. Geschichte wird dadurch zum Objekt fortgesetzter Selbstreflexion, deren Deutungshorizont sich durch lebensgeschichtliche Erfahrungen erweitert.

Die Zusammenstellung historischer, politischer und ethischer Perspektiven ergibt, daß – wie in der Antike – nur ein Kern normgebender Werte und wirtschaftliche Autarkie die Entfaltung der Persönlichkeit, Partizipation und Repräsentation sowie die Transparenz der Politik zu garantieren vermögen, während die Formen und Konzeptionen der Demokratie einem permanenten Wandel unterworfen sind. Was fehlt, ist die kulturelle Dimension der Demokratie, die „Festkultur“ des antiken Griechenland, die der Gemeinschaft der Bürger im Theater und bei religiösen Zeremonien eine Regeneration der emotionalen Kräfte („Katharsis“) erlaubte³; diese Funktion wird in anderer Form heute von den modernen Massenmedien übernommen. Die Festschrift für Richard Saage gleicht ein wenig seinem Arbeitszimmer, wo über der Deklaration der Menschenrechte die Göttinnen der Freiheit und Vernunft schweben und eine Luther-Reproduktion auf den gekreuzigten Jesus und Vassily Kandinskys utopische Vision „Im Blau“ trifft (S. 9 f.). Es ist eine *lanx satura*, in der der geneigte Leser viel Wissenswertes für sich finden kann, wenn er es finden will. Beim Lesen des Buches eröffnen sich ihm schlaglichtartig immer neue, oft überraschende Einblicke in die verschiedensten, miteinander konkurrierenden und kontrastierenden Welten der Geschichte politischer Ideen und politischer Praxis, die weit über die Schwerpunkte *Aufklärung*, *Utopie* und *Demokratie* hinausgehen.

3 Siehe Christian Meier, Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte, München 1995 und 2004, S. 368-371 (Theater), S. 458-461 (Feste und Prozessionen); zuletzt Joachim Küpper, Verschwiegene Illusion. Zum Tragödiensatz der Aristotelischen *Poetik*, in: *Poetica* 38 (2006), S. 1-30.

Politikwissenschaft und die Überwindung des Islamismus

Von Michael Blume

Johannes Urban, Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 400 S.

Der gewaltbereite Flügel des Islamismus agiert aus dezentralen Netzwerken heraus. Er arbeitet international und mit gleichzeitigen Angriffen auf verschiedene Säulen der Freiheit wie das Schüren von Angst und Bürgerkriegen, der Instrumentalisierung wie auch Einschüchterung von Medien und der Ausübung von Gewalt gegen Frauen, Kinder und Dissidenten zur Aufrechterhaltung geschlossener Milieus. Die abwehrenden Staaten agieren dagegen auf Basis oft schwerfälliger Hierarchien, das Gewaltmonopol liegt bei Nationalstaaten, und staatliche Maßnahmen werden durch rechtsstaatliche Satzungen beschränkt. Das ist die Situation, der sich der Politikwissenschaftler Johannes Urban in seiner Dissertation stellt. Ihm geht es darum, aus politikwissenschaftlicher Warte und im internationalen Vergleich die deutsche Situation zu analysieren und dabei schließlich „strategische und nicht taktische Empfehlungen zu erarbeiten“ (S. 115).

Schon in seiner Einleitung kann der Autor gebotene Skepsis in Faszination verwandeln: Er erspart uns jede apokalyptische Effekthascherei und jede Emotionalisierung, sondern definiert die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus als Strategieziel, dem er analytisch und strukturiert begegnen wird. Leser, die von Islamophobie und Verschwörungstheorien nicht genug bekommen können, werden nicht bedient. Dafür gewinnt das Buch für diejenigen an Faszination, zu deren Lebensrealität auch das Miteinander mit Muslimen gehört und die über Sicherheitsfragen oberhalb von Stammtischniveau reflektieren wollen. Diese transparente, analytische Schärfe hält Urban durch. Er differenziert zwischen Islam und Islamismus, definiert die Akteure des Geschehens auf politikwissenschaftlicher Höhe, reflektiert normative Grundlagen der Bekämpfung des Islamismus auf nationaler wie internationaler Ebene und unterscheidet schließlich verschiedene Dimensionen, ebenso auch Ziele der Terrorismusbekämpfung.

Diese Herkulesarbeit auf allein rund 100 Seiten wird an keiner Stelle langweilig. Denn der Autor greift die Fülle der „wabernden“ Mythen und Argumente rund um den Islamismus auf, klärt und zwingt sie in eine begriffliche und logische Struktur. Und dies weckt fruchtbaren Widerspruch, da er damit die Zusammenhänge, wie sie jeder von uns vor sich hinkonstruiert hat, in Frage stellt. Noch einmal gilt: Wer nur bestehende Perspektiven bestätigt bekommen möchte, dem dient sich Urban nicht an. Auch dreht er keine Pirouetten, um Andersdenkende „mitzunehmen“ oder seine Gelehrsamkeit zu demonstrieren. Vielmehr arbeitet er präzise auf sein Ergebnis hin: ein „Ziele-Strategien-Modell als Analyseinstrument“, eine Matrix, in der Ziele der Terrorismusbekämpfung und (mögliche) Strategien aufeinander bezogen werden.

In gewisser Hinsicht bündeln sich in diesem Modell die Stärken dieser Arbeit auch aus der Perspektive von Menschen, die der Sicherheitspolitik unserer Staaten zunehmend kritisch gegenüberstehen: Statt einer Fülle oft halbgarer und wenig abgestimmter Vorschläge wird eine direkte Verzahnung und Bewertung von Maßnahmen möglich. Während Urban selbst für eine Fülle neuer Aktionen und Gesetzesänderungen plädiert, erlaubt es sein Konzept, kritische Fragen nach Nutzen und Schaden zu stellen. Der Autor will die Sicherheit verteidigen, dabei aber die Nerven nicht verlieren – und das gelingt ihm wohlthuend. Es sei an dieser Stelle nur ein Beispiel genannt, das den Wert der Politikwissenschaft für die politische Praxis unterstreicht: In der Analyse strategischer und nicht zuletzt finanzieller Ressourcen stößt Urban auch auf den Drogenhandel, der den Aufbau demokratischer Strukturen nicht nur in Afghanistan untergräbt und Islamisten als zentrale, direkte und indirekte Finanzquelle dient. Daher wirbt Urban nicht nur um eine entschiedene Bekämpfung des Drogenkonsums, sondern auch um eine Überwindung des repressiven Schemas. Er plädiert dafür die Angebotsseite wie auf die Nachfrageseite (etwa der Therapie bereits Süchtiger) anzusetzen und bei der Drogenbekämpfung europaweit Erfahrungen auszutauschen. Dem Leser wird bewußt: Wenn wir es schaffen, mit einer modernen und lernfähigen Politik den kriminellen Gewinn der Drogenkartelle in unseren eigenen Städten abzuschneiden, dann schwächen wir damit nachhaltig Extremisten und Terroristen nicht etwa in Afghanistan. Mit solchen Hinweisen zeigt Urban auf, wie vernetzt die Wissenschaft denken und damit den nach Ressorts gegliederten Politikbetrieb befruchten kann. Gibt es also überhaupt nichts zu kritisieren? Oh doch – und dies verdankt sich gerade der Tatsache, daß der Autor präzise definiert und analysiert. So werden zwei zentrale Schwachpunkte deutlich.

Erstens: Urban steht noch erkennbar auf Basis des säkularen Eurozentrismus, nach dem Europa Vorreiter sei in der Überwindung des Religiösen. Religionsfreiheit wird daher zwar pflichtschuldig verteidigt, aber kaum emphatisch verstanden. Religiosität gilt als irrational und nur dann als ertragbar, solange sie öffentlich nicht auffällt. Der Aufstieg religiöser und religiös-politischer Bewegungen nicht nur in der islamischen Welt, sondern auch in Indien, China, Israel, Südkorea, Nord- und Südamerika usw. bleibt unerschlossen. Wofür ist Religion da? Warum wird sie gerade Menschen wichtig, die migrieren, Halt suchen, aufsteigen? Warum wird Europa vielerorts (einschließlich der USA) als dekadent und sterbend erörtert? Wie und warum entwickeln sich Religionsgemeinschaften, handeln Widersprüche aus, erblühen oder gehen fehl? Warum werden eben nicht nur arme Arbeitslose, sondern auch aufstrebende Studenten mit besten Zukunftsaussichten zu Extremisten? Urban erkennt diese Fragen durchaus, wagt sich aber nicht an ihre Vertiefung. Er „duldet“ Religiosität zwar, aber analytisch bleibt sie ihm fremd. Den Kirchen kommt bei ihm kaum eine Rolle zu, und mit Ausnahme von Bassam Tibi tauchen Muslime und deren Verbände fast nur dann auf, wenn sie des Islamismus verdächtigt werden. Hier könnte die europäische Politikwissenschaft ihre Perspektive prüfen und erweitern.

Zweitens: Der Autor hat ein großes Vertrauen in den Staat. Daß Verfassungen nicht nur zur Verteidigung gegen äußere Feinde, sondern gerade auch zur Einhegung staatli-

cher Macht errungen wurden, gerät so aus dem Blick. Am Ende seiner Abwägungen steht daher fast ausnahmslos der Ruf nach Ausweitung staatlicher Kompetenzen, bis hin zu Notstandsgesetzen. Äußerungen staatlicher Instanzen wird ebenso grundsätzlich Glauben geschenkt wie islamischen Verbänden mißtraut. Nicht erst nach überzogenen und mißbrauchten Geheimdiensterkenntnissen, nach Guantanamo und Abu Ghraib, und nachdem Gerichte, Parlamente und Medien in nahezu allen westlichen Demokratien damit beginnen mußten, manche staatlichen Übergriffe und Falschmeldungen wieder mühsam zu korrigieren, wirkt diese Perspektive zu wenig wissenschaftlich distanziert. Augenfällig kulminieren diese Punkte in Urbans Diskussion des „interkulturellen Dialoges“. In diesem tauchen Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Akteure fast überhaupt nicht auf. Statt dessen werden Programme deutscher Ministerien und staatsnaher Institute mit beeindruckender Detailkenntnis bewertet. Wo muslimische Teilnehmer ihre (streitige) Sicht der Dinge darlegen können oder gar westliche Dialogpartner (christliche kommen kaum vor) Selbstkritik üben, stößt dies auf Urbans entschiedene Kritik – es diene dann nicht der „Delegitimierung islamistischer Ideologien“. Als lobenswert erscheinen ihm dagegen Vorführungen übersetzter Erich-Kästner-Filme, Popkonzerte und Radiosendungen in islamischen Ländern. Statt einem gerne auch kritischen Gespräch auf breitester Basis und auf gleicher Augenhöhe hat man hier unwillkürlich das Bild möglichst demütiger Muslime vor Augen, deren Beiträge gegenüber deutschen Beamten sich auf Dankesworte zu beschränken haben. Abgesehen davon, daß hier der Staat zum dominanten Kultur- und Religionsvermittler mutiert, hat das nichts mehr mit einem ehrlichen Dialog zu tun, in dem es zunächst eben nicht um eine Belehrung des je anderen, sondern um gegenseitiges Verstehen, beidseitiges Befragen und gemeinsames Problemlösen geht. Daß gerade ein selbstbewußter, europäischer Islam Islamisten bis tief in die islamische Welt hinein nicht nur delegitimieren, sondern lebenspraktisch widerlegen könnten, fällt so leider völlig aus der Betrachtung. An diesem Punkt sind Politik und Wissenschaft in den USA weiter.

Und doch: Daß diese kritischen Stellen so deutlich zu Tage treten, ist wiederum der analytischen Klarheit des Buches zu verdanken. Auch wer Urban an vielen Stellen nicht zustimmt – die Qualität seiner Argumentation besticht. An offenen Fragen sollte der Autor auf gleichem Niveau weiterforschen. Warum kehrt Religion (immer) wieder? Und wie lassen sich Sicherheitsorgane so gestalten, daß die darin Beteiligten nicht unter Druck und Dauerstreß in Gruppendynamiken aus Verschwörungstheorien und Grenzüberschreitungen verfallen? Mit seiner Arbeit hat Urban den Beweis angetreten, daß die Politikwissenschaft sich vor schwierigen Fragen nicht zu scheuen braucht.

Extremismus in Daten und Trends

Von Lazaros Miliopoulos

Verfassungsschutzbericht 2005, hrsg. vom Bundesinnenministerium des Innern, Berlin 2006 (*Bezugsadresse: <http://www.verfassungsschutz.de>*), 405 S.

Der terroristische Islamismus ist seit einigen Jahren als die größte Sicherheitsbedrohung Deutschlands anzusehen. Nach den Erkenntnissen des Bundesministeriums des Inneren hatte sich auch im Jahre 2005 nichts an dieser Tatsache geändert. Erstmals wird der Islamismus im entsprechenden Verfassungsschutzbericht (VS-Bericht) des „Bundesamtes für Verfassungsschutz“ (BfV) nicht mehr in die Rubrik „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern und Verdachtsfälle“ eingeordnet, sondern gesondert unter dem Kapitel „Islamistische/Islamistisch-terroristische Bestrebungen und Verdachtsfälle“ aufgeführt. Das Ausländerkapitel wurde mit dem Zusatz „(ohne Islamismus)“ versehen.

Die Zahl der Anhänger islamistischer Organisationen in Deutschland war nach den Erkenntnissen des BfV 2005 auf etwa 32.100 geringfügig angestiegen, die Zahl islamistischer Organisationen von 24 auf 28. Trotz der „nachhaltig dämpfenden Wirkung“ der seit 2001 gegen den „Kalifatsstaat“ und insgesamt 36 Teilorganisationen erlassenen Vereinsverbote sowie zahlreichen polizeilichen Exekutivmaßnahmen, die schließlich mit der Abschiebung des Anführers des „Kalifatstaates“ Metin Kaplan in die Türkei (Oktober 2004) ihren Abschluß fanden, konnte 2005 (wie heute auch) von einer Entwarnung nicht die Rede sein. Die repressiven Maßnahmen vermochten zwar die Gefahren, die vom „Kalifatsstaat“ ausgingen, weitgehend zu neutralisieren, doch bleibt das Problem bestehen, daß das Gefahrenpotential, welches aus der radikal antiwestlichen Ausrichtung anderer, zahlreicher Gruppen aus dem Bereich des international agierenden terroristischen Islamismus resultiert, Deutschland ebenso unmittelbar betrifft wie andere Staaten Westeuropas und die USA.

Erschwert wird die Sicherheitslage – nicht nur in Deutschland – bis heute durch den Sachverhalt, daß gerade über die Anhänger terroristischer Gruppen wie Al Qaida, der algerischen GIA (Groupe Islamique Armé), der Salafiya-Gruppe oder der Gruppe „Ansar al Islam“ aufgrund der atomisierten und somit kaum erfassbaren konspirativen Strukturen keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen. Auch der VS-Bericht 2005 gibt hiervon Zeugnis: Erst die im Bericht ausdrücklich erwähnten Strafverfahren gegen Anhänger dieser Terrorvereinigungen (z.B. Motassadeq) können die Bedrohung – gleichsam im „Nachhinein“ – veranschaulichen.

Unter den nicht-terroristischen Islamisten stellt die türkische Bewegung Milli Görüs mit Abstand die größte Gruppe dar. Milli Görüs betrieb nach den Angaben im VS-Bericht etwa 2.200 Einrichtungen wie Moscheegemeinden, Frauen-, Jugend- und Sport-

vereine in Deutschland. Im Kern handelt es sich bei der Vereinigung, die 2005 etwa 26.500 Mitglieder zählte und inzwischen über den „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“ am neu geschaffenen „Koordinierungsrat der Muslime“ mittelbar beteiligt ist, um den verlängerten Arm der türkischen „Saadet Partisi“ („Partei der Glückseligkeit“) in Deutschland. Die „Saadet Partisi“ ist die Nachfolgeorganisation der in der Türkei verbotenen Parteien Necmettin Erbakans, also der „Refah Partisi“ (Gerechtigkeitspartei) und der „Fazilet Partisi“ (Tugendpartei). Weit abgeschlagen hinter der Milli Görüs folgen die arabischen Gruppen: Die aus Ägypten stammende „Muslimbruderschaft“ zählte 2005 in Deutschland 1.300, die libanesische, iranfreundliche Hizbullah („Partei Gottes“) 900 und die palästinensisch geprägte Hamas 300 Mitglieder.

Mit Blick auf den Rechts- und Linksextremismus fällt im VS-Bericht insbesondere der starke Anstieg linksextrem motivierter Gewalttaten auf. Dieses Faktum wurde in den Medien in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen. Zwar haben die entsprechenden Zahlen 2006 wieder geringfügig abgenommen, doch könnte sich in langfristiger Hinsicht das Jahr 2005 als das Ende einer etwa dreijährigen Phase relativer Ruhe im linksextremen Spektrum entpuppen. Während in der Tat rechtsextrem motivierte Straftaten (ohne Gewalttaten) um 27 Prozent und die Gewalttaten (physische Gewalt, Landfriedensbruch, Verkehrsgefährdung, Widerstandsdelikte) um 23 Prozent (von 776 auf 958, darunter zwei versuchte Tötungsdelikte) schon relativ stark anstiegen, betrug der entsprechende Anstieg bei den linksextrem motivierten Straftaten 39 und bei den Gewalttaten sogar 57 Prozent (von 521 auf 896, darunter ein versuchtes Tötungsdelikt). Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble konstatiert anhand der Zahlen in der Einleitung des VS-Berichtes eine „Umkehrung des Verhältnisses in den Vorjahren“ insofern, als der Anstieg linksextrem motivierter Gewalttaten 2005 „auch in absoluten Zahlen die politisch rechts motivierten Gewalttaten“ übertraf. Gemessen an der Einwohnerzahl der Bundesländer, wurden 2005 in Berlin die meisten linksextrem motivierten Gewalttaten verübt. In konzentrierter Form wurden insbesondere am 29. Oktober 2005 Strafdelikte in Göttingen begangen, als sich ca. 700 Angehörige der gewaltbereiten linksextremistischen Szene an Protestaktionen von insgesamt bis zu 5.000 Personen gegen einen Aufmarsch des NPD-Landesverbands Niedersachsen beteiligten.

Bei den Straftaten ohne Gewalt überwiegen die linksextrem motivierten Delikte – ohne die massenhafte Anzahl rechtsextrem motivierter Propagandadelikte und Volksverhetzungstatbestände. Werden unter dieser Voraussetzung die vom Verfassungsschutz gelisteten Straftatbestände herangezogen (i.e. Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Störung der Totenruhe), ergibt sich ein Verhältnis von 755 linksextrem motivierten Straftaten gegenüber 559 rechtsextrem motivierten Straftaten. Erst durch Hinzufügung aller weiteren Straftaten, insbesondere also der Volksverhetzung und der ganzen Palette an „Propagandadelikten“, zeigt sich ein völlig anderes Bild: Plötzlich stehen 1.409 linksextrem motivierten Straftaten 14.403 rechtsextrem motivierte gegenüber. Es ist das altbekannte Problem, daß im internationalen Strafrechtsvergleich bestimmte Konzentrationen politisch motivierter Straftaten in Deutschland mit einer für das hiesige Strafrecht auf besondere Weise sehr „typischen“ politischen Gesinnungsaffinität

bestimmter Straftatbestände im Zusammenhang stehen. Das Problem liegt darin, daß sich daraus ergebende Asymmetrien leicht politisch instrumentalisieren lassen.

Konzeptionell scheint in der linksextremistischen Szene die „antideutsche“ Ausrichtung eine neue Virulenz gewonnen zu haben – gleichsam im subversiven Widerspruch zum Aufkommen eines neuen deutschen Patriotismus in der Mitte der Gesellschaft. Es scheint, als würden bestimmte linksextreme Gruppierungen den jahrelang auch im linksdemokratischen Kulturmilieu gepflegten nationalen Selbsthaß um so mehr zum politisch-extremistischen Leitbild erheben, je stärker ihn die etablierte, demokratische Linke abzustreifen beginnt. Der politische Dreh- und Angelpunkt der „Antideutschen“ ist nach den Worten im VS-Bericht die „kompromißlose Ablehnung der Existenzberechtigung einer deutschen Nation und daraus resultierend der Kampf um die Abschaffung des deutschen Staates. [...] Oberstes Gebot zur Vermeidung eines neuerlichen Holocaust sei daher die Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft.“

Entsprechend scharf fallen inzwischen die Kontroversen innerhalb des linksextremistischen Spektrums aus; sie tragen somit zu einer weitergehenden Verschärfung der konzeptionellen Schwäche des gesamten Linksextremismus bei. „Die Auseinandersetzungen vor allem in einschlägigen Internet-Portalen sind häufig haßerfüllt. In der Praxis führte dieser Konflikt bereits zur Auflösung auch langjährig bestehender Gruppenzusammenhänge bis hin zu tätlichen Übergriffen bei Veranstaltungen und Demonstrationen.“ Es ist in der Tat nicht gleich ersichtlich, was an der antideutschen Hetze eigentlich noch „links“ sein soll, besonders da sich der Fokus der entsprechenden politischen Weltanschauung scheinbar in der Vernichtung alles Deutschen zu erschöpfen scheint, und damit einen „Antifaschismus“ ablöst, dessen eigentliche Stoßrichtung „immerhin“ die als reiner „Überbau“ kapitalistischer Klassenverhältnisse interpretierte „freiheitlich verfaßte demokratische Gesellschaftsordnung“ darstellt, „die überwunden werden soll“, während die „Antideutschen“ dem Glauben aufsitzen, eine freiheitliche Ordnung verträge sich mit dem Fortbestand deutscher Nationalstaatlichkeit überhaupt nicht.

Dem traditionellen Linksextremismus sind insbesondere jene Kräfte zuzuordnen, deren programmatischer, personeller und pragmatischer Einfluß in der „Linkspartei.PDS“ dazu Anlaß bietet, weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen im Sinne des Bundesverfassungsschutzgesetzes in der Partei festzustellen, wie es auch im VS-Bericht 2005 unverändert geschieht. Im Rahmen der „Linkspartei.PDS“ wirkten in diesem Sinne insbesondere die „Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS“ (KPF), das „Marxistische Forum der PDS“ (MF), der „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ (GD/SD), die Organisationen des „Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften“ (ehemals „Bund Westdeutscher Kommunisten“ – BWK) und die „Arbeitsgemeinschaft Junger GenossInnen in und bei der PDS“ (AGJG). Gegenwärtig zeichnet es sich schon ab, daß auch nach der Fusion der im VS-Bericht 2005 noch als komplett „nicht-extremistisch“ gekennzeichneten WASG und der „Linkspartei.PDS“ zur im Juni 2007 neu gegründeten Partei „Die Linke“ die Strukturen und die program-

matischen Aussagen, welche stets zur Erwähnung der „Linkspartei.PDS“ in den VS-Berichten beigetragen haben, weiterhin von Bestand sein werden. Die dogmatischen Zusammenschlüsse bekräftigten schon 2005 mehrfach, intensiver zusammenzuarbeiten, was inzwischen in der im März 2006 formierten „Antikapitalistischen Linken“ unter Einschluß von Strömungen in der WASG unter der Führung des WASG-Bundesvorstandsmitglieds Thies Gleiss, der hier mit Sahra Wagenknecht und Ulla Jelpke (beide von der PDS) zusammenarbeitet, auch der Fall zu sein scheint.

Im Falle des Rechtsextremismus fielen 2005 insbesondere die Zunahme der NPD-Mitgliederzahlen (von 5.300 auf 6.000) zu Lasten der DVU (von 11.000 auf 9.000) und der (im Gegensatz zum VS-Bericht 2006) noch erwähnten „Republikaner“ (von 7.500 auf 6.500) auf, was – zunächst nur in kurzfristiger Perspektive – auf einen Erfolg der nationaldemokratischen „Volksfrontstrategie“ schließen läßt. Im Gegensatz dazu hält das BfV fest, daß die Intellektualisierungsbemühungen der NPD ohne wirkliche Relevanz geblieben sind. Die Zahl der Neonationalsozialisten stieg von etwa 3.800 auf geschätzte 4.100. Zudem hat die Zahl der Skinheadkonzerte stark zugenommen. Nur selten gelang es der Polizei, Skinheadkonzerte während ihres Verlaufs aufzulösen. Der Schwerpunkt der rechtsextremistischen Szene lag 2005 weiterhin eindeutig in den östlichen Bundesländern. Wird die Anzahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten an der Einwohnerzahl gemessen, belegten in der daraus sich ergebenden Länderreihenfolge (nach Häufigkeit der Delikte), die fünf neuen Bundesländer zusammen mit Schleswig-Holstein (Rang 5) die ersten sechs Plätze (mit Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen an der Spitze). Das entspricht dem beunruhigenden Befund, daß die rechts-extremistische Ideologie bei einem erheblichen Teil der 18- bis 24jährigen Männer im Osten der Republik auf fruchtbaren Boden fällt, wie das sich nun schon seit einigen Jahren insbesondere auch anhand der Ergebnisse in den Bundestags- und Landtagswahlen dort zeigen läßt. Im VS-Bericht 2005 wurden naturgemäß die Ergebnisse der Bundestagswahlen hervorgehoben: Mehr als fünf Prozent bundesweit und in den neuen Bundesländern sogar fast zehn Prozent der Männer dieses Alters haben demnach bei der Bundestagswahl im Herbst der NPD ihre Stimme gegeben.

Beiläufig scheinen drei weitere Aspekte des VS-Berichtes 2005 erwähnenswert zu sein: zum ersten die nachvollziehbare Einstellung jeglicher Erwähnung der rechtskonservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“; zum zweiten die Schlappe, welche das Bundesinnenministerium durch dessen rabiates Vorgehen gegen die in Deutschland erscheinende, pro-kurdische Tageszeitung „Özgür Politika“ im September 2005 hinnehmen mußte; zum dritten die nachrichtendienstlichen Informationen des BfV über die Verstärkung diverser Spionageaktivitäten des russischen Geheimdienstes in Deutschland.

Linksterrorismus auf dem Abstellgleis

Von Alexander Straßner

Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt a.M. 2006 (*Campus Verlag*), 408 S.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Linksterrorismus droht der Vergessenheit anheim zu fallen. Angesichts tatsächlicher und perzipierter globaler Herausforderungen wie durch das Al-Qaida-Netzwerk versank der Linksterrorismus in der Bundesrepublik von spätestens 2001 an in der Bedeutungslosigkeit. Neue Publikationen gab es fast nur noch von ehemaligen Kadern oder nachrangigen Mitgliedern; neuerdings hat sich auch die Tendenz durchgesetzt, daß Familienangehörige ohne Kontakt zu terroristischen Kreisen eine biographische Aufarbeitung des Lebens eines Angehörigen betreiben, mit meist wenig durchschaubarer Relevanz. Seit 1998, dem Jahr der Selbstauflösung der Roten Armee Fraktion (RAF), ist gleichwohl eine abschließende Gesamtbetrachtung des Phänomens möglich, der sich allerdings nur verkürzt-formaljuristisch (Klaus Pflieger) oder aber reißerisch-populärwissenschaftlich (Butz Peters) angenommen wurde. Allein im Jahr 2006 war mit dem durch das Hamburger Institut für Sozialforschung herausgegebenen, voluminösen zweibändigen Kompendium zum RAF-Terrorismus ein wissenschaftlicher Meilenstein gesetzt, der, nicht nur eine historische und politikwissenschaftliche Aufarbeitung des Linksterrorismus in der Bundesrepublik zu leisten versuchte, sondern zugleich Nachbarbereiche und -organisationen mit einzubeziehen. Die Tatsache, daß sich der „deutsche Herbst“ im Jahr 2007 zum dreißigsten Male jährt, mag dafür nicht wenig ausschlaggebend gewesen sein.

In dem von Bielefeldern Historikern herausgegebenen Sammelband zum Linksterrorismus in der Bundesrepublik zeigt sich eine ganz ähnliche Stoßrichtung, wenngleich der Untersuchungsgegenstand mehr unter politisch-kulturellen Gesichtspunkten analysiert wird. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht nicht so sehr der terroristische Aktivismus und seine Entstehung, sondern die „Randbezirke“ terroristischen Handelns, gesellschaftliche Submilieus, die prägend waren für das Entstehen terroristischer Gruppierungen, und die, der neueren zeithistorischen Forschung folgend, bereits vor der Studentenbewegung existiert hatten. Daneben haben es sich die Herausgeber zum Ziel gesetzt, auch die staatlichen Sanktionsmechanismen, Reaktionen auf die terroristische Herausforderung und die Verarbeitung in den Medien zu analysieren. Die einleitenden Betrachtungen zur Problematik des Terrorismus allgemein dienen erkennbar dem Zweck, zielgerichtet den folgenden, sehr speziellen Ausführungen den Boden zu bereiten. Insofern werden in den ersten Artikeln die „klassischen“ Fragen den Terrorismus betreffend abgearbeitet, um sich in den folgenden Einzeldarstellungen den eigentlichen Schwerpunkten zu widmen. Insofern ist der Sammelband in drei Überpunkte unterteilt.

Im ersten Teil werden die Subkulturen und Entstehungsmilieus untersucht. Besonders im ersten Artikel wird deutlich, wie sehr die Subkulturen der sechziger Jahre (die Kommune I etwa) sich nicht nur durch eine intrinsische Motivation speisten, sondern ihre Lebensorganisation auch ganz bewußt als Distinktionsmerkmal begriffen, mittels welchen sie sich von den übrigen Teilen der (kritisierten) Gesellschaft unterscheiden konnten. Waren die ersten Aktionen eines Fritz Teufel oder Rainer Langhans mit erheblichem ironischen Flair unterfüttert, begannen sich erste militante Strömungen zu etablieren, die sich letztlich in der Frankfurter Kaufhausbrandstiftung durch Andreas Baader, Thorwald Proll, Horst Söhnlein und Gudrun Ensslin Bahn brachen. Ebenso wurden dialektische Motive ins Feld geführt, denen sich regional begrenzte Gruppierungen in den deutschen Großstädten verschrieben hatten. Die Auseinandersetzungen zwischen den „Tupamaros München“, einfachen Demonstranten und der Polizei wie etwa im Rahmen der „Schwabinger Krawalle“ waren nicht nur für Andreas Baader ein Schlüsselerlebnis in der politischen Sozialisierung. Ein weiterer Artikel widmet sich dem „Sozialistischen Patientenkollektiv“ (SPK) in Heidelberg. Gemäß der Maxime „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ wurden psychische Störungen und Defekte als Konsequenz aus der Repression des Systems begriffen. Nicht von ungefähr führte der Lebensweg zahlreicher späterer terroristischer Aktivisten über das SPK. Besonders in diesem Kapitel werden zweideutige Stellungnahmen deutlich. Zwar ist es zutreffend, daß besonders in den Medien vielfach die Befürchtung thematisiert wurde, die Studentenbewegung könnte auf einen unpolitischen Raum wie die Krankenhäuser und Kliniken übergreifen, die Behauptung, daß das Verhältnis zwischen Arzt und Patient und die Organisation von Kliniken „eminente politische Angelegenheiten“ (S. 151) sind, ist allerdings zumindest zweifelhaft.

Der zweite Teil des Sammelbandes beschäftigt sich mit den staatlichen Reaktionen auf die terroristische Herausforderung. Die Strafverfolgungsbehörden, allen voran das BKA, aber auch die Exekutive, standen, vor allem während des Jahres 1977 und während der Schleyer-Entführung, im Verdacht, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die das rechtsstaatliche Fundament ausgehöhlt hätten. Befremdlich erschien der erhebliche Ausbau des Beamtenapparates und die Beschneidung von Gefangenenrechten („Kontaktsperregesetz“, § 129 StGB) vor allem deshalb, da die rechtsstaatliche Ordnung niemals durch den Terrorismus in ihren Grundfesten bedroht war. Auch wenn Parlamentarier wie Hans-Christian Ströbele noch heute insistieren, die Grenzen des Rechtsstaates seien im Kampf gegen die RAF übertreten worden, so muß doch stets auf das Dilemma staatlicher Institutionen hingewiesen werden, die nicht nur situationsadäquat auf terroristische Herausforderungen reagieren und ihr Bedrohungspotential erkennen, sondern zeitgleich auch auf die Schutzfunktion gegenüber den Bürgern bestehen müssen. Insofern enthält sich der Artikel von Stephan Scheiper richtigerweise einer endgültigen Beantwortung. Weitaus kritischer ist hingegen der Umgang der Justiz mit der terroristischen Herausforderung bei der Interpretation von Entstehungsumständen und Individualbiographien. Wie Gisela Diewald-Kerkmann in akribischer Kleinarbeit nachweist, folgte die Justiz bei der Beurteilung von Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni“ wie der

RAF „gängige[n] und stereotype[n] Muster[n] von Kriminalität“ (S. 240). In unterschiedlichen Unterkategorien wurden zwei Grobschablonen entworfen, die der „abhängig Verführten“ und der „fanatischen Rädelsführer“. Jenseits der Feststellung, daß diese Betrachtungsweise erheblich unterkomplex ist, degradiert sie die terroristischen Akteure zu bloßen Befehlsempfängern, entweder der „äußeren Umstände“ oder der Meinungsführer im sozialen Zusammenhang. Die weiteren Artikel dieses Grobkomplexes beschäftigen sich mit Details polizeilicher Arbeit und Organisation. Besonders erwähnenswert ist der Aufsatz von Klaus Weinbauer zu der versuchten „Mobilmachung der Bürger“ (S. 254) im Rahmen der Terrorismusbekämpfung, der den Wandel der polizeilichen Arbeit mit dem Wandel der polizeilichen Soziostruktur in Beziehung setzt, wobei er den Bedeutungswandel der Instrumentarien (Rasterfahndung) in seine Analyse mit einbezieht. Bis heute im Mittelpunkt der Diskussionen um den Terrorismus der 70er Jahre stehen die Anwälte Klaus Croissant, Otto Schily und Hans-Christian Ströbele. Während im Büro Croissants tatsächlich spätere RAF-Kader (Elisabeth van Dyck) tätig waren und Ströbele auch heute noch zumindest in dieser Hinsicht fragwürdige Publikationen durch ebensolche Vorworte unterstützt, konnte Otto Schily gegenüber den Stammheimer Häftlingen, besonders gegenüber dem Dominanzstreben Andreas Baaders, seine Unabhängigkeit behaupten.

Im dritten Teil des Sammelbandes geht es um die Verarbeitung der terroristischen Herausforderung durch die Medien. Daß Terrorismus und Medien ohnehin eine „symbiotische Beziehung“ (Peter Waldmann) zueinander eingegangen sind, ist mittlerweile unbestritten. Im ersten Beitrag schildert Andreas Musloff die Tatsache, daß der Kampf gegen den Terrorismus (dem heutigen Engagement der USA gegen das Al-Qaida-Netzwerk nicht unähnlich) als „Kriegsgeschehen“ (S. 314) interpretiert worden ist. Der Kriegszustand war dabei durch beide Seiten aufrecht erhalten worden: Die RAF bezeichnete sich selbst als „Guerilla“, der Staat reagierte mit entschiedener Härte, flexible Methoden der Terrorismusbekämpfung hielten erst in Phasen relativer RAF-Schwäche Einzug. Von erheblicher Tragweite war außerdem die Diskussion um die sogenannten „Sympathisanten“, die es sich vorstellen konnten, RAF-Mitgliedern bei der Lösung logistischer Probleme behilflich zu sein, selbst aber nicht untertauchen oder gar an terroristischen Aktionen teilnehmen wollten. Die Einführung eines Vierebenen-Modells, das die RAF als Gesamtkonstrukt sowohl aus aktiven Mitgliedern als auch passiven Unterstützern begriff, kriminalisierte die unteren Segmente der terroristischen Organisation. Seinen unweigerlichen Kulminationspunkt erlebte das Wechselspiel zwischen Medien und Terroristen im Rahmen der Schleyer-Entführung. Über sechs Wochen hinweg kommunizierten Terroristen und Krisenstab der Politik über Anwaltsbüros, ebenso über Massenmedien. Bilder des entführten Schleyer im „Volksgefängnis“ der RAF wurden in der „Bild“-Zeitung veröffentlicht, Verlautbarungen des Krisenstabes und taktische Verzögerungen – an die Terroristen gerichtet – in der Tagesschau verlesen. Wie Martin Steinseifer schlüssig nahe legt, ist hier allerdings die Rechnung der RAF-Mitglieder nicht aufgegangen. Die Bilder von Schleyer sollten als symbolische Manifestation der terroristischen Macht interpretiert werden, statt dessen solidarisierte sich die Öffent-

lichkeit mit dem Entführten und selbst prinzipiell den Motiven der Aktivisten nahestehende Teile der Öffentlichkeit begannen sich angesichts der zur Schau gestellten Verrohung von der RAF abzuwenden. Im letzten Beitrag widmet sich Walter Uka der filmischen Aufarbeitung, die in verschiedenen Fernsehspielen (Heinrich Breloer, Andreas Veiel) detailgetreu, in anderen Spielfilmen künstlerisch und historisch verfremdet betrieben wurde. Neben die Tatsache, daß durch die Übernahme von RAF-Konterfeis und Symbolen aus der Baader-Meinhof-Bande die „Prada-Meinhof-Bande“ wurde, gesellt sich somit der künstlerisch-filmische Umgang mit einem Phänomen, das angesichts aktueller Entwicklungen im internationalen Terrorismus aber mehr und mehr an gesellschaftlicher Prägekraft verliert.

Den Herausgebern ist es gelungen, einen spezifischen Ausschnitt aus dem Gesamtfeld Terrorismus in der Bundesrepublik herauszulösen und konzeptionell schlüssig und detailliert aufzuarbeiten. Schade ist dagegen, daß ein resümierender Beitrag am Ende ausbleibt und die Ergebnisse ein wenig „in der Luft hängen“. Ohne Zweifel liegt hiermit eine ergiebige und vollständige Bearbeitung der untersuchten Zusammenhänge vor, die im Gegensatz zu vielen (auto-)biographischen Verlautbarungen der letzten Jahre zu empfehlen ist.

Kurzbesprechungen

Marwan Abou-Taam/Ruth Bigalke (Hrsg.), *Die Reden des Osama bin Laden*, München 2006 (*Diederichs*), 255 S.

Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), *Al-Qaida. Texte des Terrors*, München/Zürich 2006 (*Piper*), 516 S.

Mit den beiden Editionen liegen gleich zwei Sammlungen von Al-Qaida-Texten in deutscher Sprache vor. Sie weisen jedoch erhebliche Unterschiede auf, so daß keine die andere ersetzen kann. Die von Marwan Abou-Taam und Ruth Bigalke erstellte Edition beschränkt sich weitgehend auf Äußerungen bin Ladens und ist in dieser Hinsicht umfassender als der von Gilles Kepel und Jean-Pierre Milelli herausgegebene Band. Vollständig ist sie jedoch nicht, denn in der „Al-Qaida-Kollektion“ finden sich bin Laden-Zeugnisse, die im anderen Band fehlen, so etwa Auszüge aus einem Buch eines afghanischen Weggefährten ägyptischer Herkunft, Issam Diras, der bin Laden mit Berichten zum Kampf um die Stadt Dschalalabad zu Wort kommen läßt. Erstaunlicherweise enthalten beide Editionen jeweils eine auf den 23. August 1996 datierte bin Laden-„Fatwa“ mit einer Kriegserklärung an die US-Soldaten, die arabische Zeitungen aus dem Hindu-kusch erhielten. Doch sind die beiden Texte völlig unterschiedlich. Wie dies zu erklären ist, bleibt dem Leser verschlossen. Immerhin weist Gilles Kepel in seiner Einführung („Der Kern von Al-Qaida“) darauf hin, daß im Internet zahlreiche Texte kursieren, die bin Laden/Al-Qaida zugesprochen werden, deren Authentizität jedoch nicht gesichert ist.

Wo es ansonsten Überschneidungen zwischen beiden Bänden gibt, weist die sprachliche Wiedergabe nicht unerhebliche Abweichungen auf, was darauf zurückzuführen ist, daß Abou-Taam/Bigalke direkt aus dem Arabischen übersetzt haben, während der zuerst in Frankreich erschienene Band von Kepel/Milelli auf der Übersetzung Milellis ins Französische basiert. Die Edition von Abou-Taam/Bigalke ist somit dichter an den Originalvorlagen. Die edierten Texte werden in beiden Bänden von ausgewiesenen Kennern der islamischen Welt eingeordnet und ausführlich kommentiert. Wer sich vor allem für bin Ladens Weltbild interessiert, findet bei Abou-Taam/Bigalke die ausführlicheren Informationen. Sie eröffnen den Reigen mit zwei aufschlußreichen Briefen an den saudi-arabischen Großmufti (1994) und König Fahd (1995), mit denen der saudi-arabische Millionärssohn den höchsten Funktionsträgern im geistlichen und weltlichen Bereich den Fehdehandschuh ins Gesicht schlägt. Die folgenden Dokumente spiegeln bin Ladens „Feldzug“ bis ins Jahr 2006. Er schließt mit organisatorisch-technischen Unterweisungen (wie dem „Al-Qaida-Handbuch“), die nicht von bin Laden selbst, wohl aber unter seinem Einfluß verfaßt worden sind. Der Band von Kepel/Milelli ist breiter angelegt. Neben bin Laden kommen der palästinensische Religionsgelehrte Abdullah Azzam, führender Theoretiker und Organisator der arabischen Beteiligung am Afghankrieg der 80er Jahre, der ägyptische Dschihadist und Al-Qaida-Chefideologe Ay-

man al-Zawahiri und Abu Mus'ab al-Zarqawi, der Organisator des Dschihad im Zweistromland, zu Wort. Drei junge Wissenschaftler vom Pariser Institut d'Études Politiques, Thomas Hegghammer, Stéphane Lacroix und Omar Saghi, sowie der Übersetzer, Jean-Pierre Milelli, haben zu den Hauptprotagonisten kenntnisreiche biographische Einführungen und ausführliche Text-Kommentare verfaßt. Dabei werden Unterschiede sichtbar: Bin Laden ist zwar zur medialen Zentralgestalt des Netzwerkes avanciert, wird aber von den Ideologen Azzam und al-Zawahiri intellektuell bei weitem in den Schatten gestellt. Der eine Generation jüngere Al-Zarqawi erweist sich als treuer bin Laden-Gefolgsmann, setzt aber mit seiner scharf antischiitischen, von den Kämpfen im Irak geprägten Position neue, mit dem Panislamismus kontrastierende Akzente. Insgesamt bietet der Band eine solide Grundlage für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der politischen Vorstellungswelt des Al-Qaida-Terrorismus.

Uwe Backes

Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 268 S.

Hiltrud Naßmacher, Baustelle Stadt. Effizienz und Bürgernähe ohne Demokratie und Nachhaltigkeit, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 172 S.

Auf der kommunalen Ebene in Deutschland sind seit den 1990er Jahren vielfältige Veränderungen und Reformen zu konstatieren, die sich in zwei zentrale Entwicklungstrends zusammenfassen lassen: Zum einen zeigt sich ein Trend zur Effizienzsteigerung – z.B. durch die Einführung der Neuen Steuerungsmodelle und Privatisierungstendenzen –, zum anderen ist ein Trend zu stärkeren Partizipationsmöglichkeiten der Bürger sichtbar – z.B. durch Reformen der Kommunalverfassungen mit der Direktwahl der Bürgermeister und der Einführung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Trends stehen im Zentrum der Bücher von Naßmacher und Bogumil/Holtkamp. Beide wollen somit eine aktuelle politikwissenschaftliche Bestandsaufnahme der Kommunalpolitik und Verwaltung vorlegen. Dabei unterscheiden sich jedoch Herangehensweise und Fokus stark: Bei der Publikation von Bogumil und Holtkamp handelt es sich um ein Lehrbuch, in dem diese aktuellen Entwicklungen mit einem policyorientierten Zugang analysiert und in eine allgemeine Einführung in die Kommunalpolitik integriert werden.

Naßmacher hingegen konzentriert sich ausschließlich auf diese aktuellen Trends auf lokaler Ebene, die sie „kritisch unter die Lupe“ (S. 10) nehmen will. Ziel ist somit die Bilanzierung der Reformen und die Frage, wie die Akteure auf diese Herausforderungen reagieren. Insgesamt kommt sie zu dem Ergebnis, daß die neuen Impulse nur langsam die vorhandenen Verhaltensweisen der Akteure verändern. Der Band enthält zwölf eigenständige Beiträge, die unabhängig voneinander entstanden und fast ausnahmslos bereits veröffentlicht wurden. Die Beiträge sind in drei Teile zusammengefaßt: Mit der zunehmenden Bürgerbeteiligung beschäftigt sich der erste Teil „Akteure in der Kom-

munalpolitik“. Dabei kommen so unterschiedliche Aspekte wie die Einführung der Direktwahl der Bürgermeister, das lokale Parteiensystem sowie die Chancen des Internet für die kommunale Demokratie zur Sprache. Der zweite Teil behandelt die Entwicklungen in der „Stadtentwicklungspolitik“, der dritte Teil mit den neuen Herausforderungen für die „Kommunen im Mehrebenensystem“. Während die einzelnen Beiträge über eine klare Argumentation verfügen, gelingt die Vereinigung in dem Band nicht überzeugend. Die Einzelbeiträge stehen etwas unvermittelt nebeneinander, die Auswahl der betrachteten Aspekte erscheint unsystematisch.

Das Lehrbuch von Bogumil und Holtkamp gliedert sich ebenfalls in drei Teile: Der erste Teil beinhaltet eine historische Analyse der kommunalen Selbstverwaltung und die institutionellen Rahmenbedingungen kommunalen Handelns und damit eine grundlegende Einführung in die Kommunalpolitik und -verwaltung. Im zweiten Teil werden die in den 1990er Jahren einsetzenden Ökonomisierungs- und Partizipationstendenzen und ihre Auswirkungen auf das kommunale Entscheidungssystem erörtert. Ausgehend von der Feststellung, daß die Analyse einzelner kommunaler Politikfelder in Bänden zur Kommunalpolitik bisher „stiefmütterlich“ (S. 126) behandelt wird, liegt der Schwerpunkt des Lehrbuches auf dem dritten Teil, der anhand von drei kommunalen Politikfeldern – der Haushaltspolitik, der Jugendpolitik sowie der Abfallpolitik – diese Trends und Wirkungen mit einem einheitlichen Analyseraster untersucht. Die Aussagekraft ist jedoch aufgrund der Beschränkung auf Daten aus Nordrhein-Westfalen begrenzt. Insgesamt überzeugt das Lehrbuch durch eine verständliche Argumentation und die übersichtliche Darstellung der Ergebnisse.

Marion Reiser

Jutta Braun/Hans Joachim Teichler (Hrsg.), Sportstadt Berlin im Kalten Krieg. Prestigekämpfe und Systemwettstreit, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 432 S.

Uta Andrea Balbier, Kalter Krieg auf der Aschenbahn: Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte, Paderborn 2006 (*Schöningh Verlag*), 277 S.

Zwei Titel aus der Zeitgeschichte des Sports behandeln den Kalten Krieg und seine Auswirkungen in Ost und West. Jutta Braun und Hans Joachim Teichler sind Herausgeber eines Sammelbandes, der Ostberlin als die „wichtigste Schaltstelle des DDR-Sports“ näher beleuchtet. Die verschiedenen Aufsätze haben drei Schwerpunktthemen: Zum einen analysiert der Potsdamer Sporthistoriker Teichler die bis dahin noch unzureichend erforschte Frühphase der organisatorischen Entwicklung des DDR-Sports, ergänzt um eine Abhandlung Kristin Rybickis zur Westarbeit des Deutschen Sportausschusses in den fünfziger Jahren. Der zweite Schwerpunkt ist das Thema des Bandes, die geteilte Hauptstadt und die sportlichen Besonderheiten Berlins. Die Ursache hierfür lag in der Drei-Staaten-Theorie der DDR, was de facto bedeutete, daß die DDR immer wieder versuchte, West-Berlin bei jeder Form von innerdeutschen Sportkontakten zu boykottieren und entsprechend zu isolieren. Jutta Braun gibt einen Überblick über den

Sport in der Inselstadt, der durch einige Fallstudien im Bereich Handball, Radsport und Journalismus komplettiert wird. Einen Bogen von der geteilten Stadt zur Fußballweltmeisterschaft 2006 schlagen die Betrachtungen über Fußball in Berlin. René Wiese widmet sich so nicht nur dem lokalen Sport in den fünfziger Jahren, sondern beschreibt auch die Geschichte des Vereins Herta BSC, der in Ost- und Westberlin seine Fans hatte.

Die Dissertation von Uta Andrea Balbier präsentiert neue Forschungsergebnisse zum Thema der deutsch-deutschen Sportbeziehungen im Zeitraum von 1950 bis 1972. Sie gibt einen Überblick über die sportliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten, die gemeinsamen Sportkontakte und die politischen Aspekte der deutschen Olympiateilnahmen. Balbier zeigt, wie sich der Sport in der Bundesrepublik unpolitisch gab und so versuchte, einen Kontrapunkt zur NS-Zeit zu setzen, während er in der DDR ein von höchster Stelle gelenktes politisches Instrument war. Hier galt es nicht nur, ideologische Überlegenheit durch bessere Leistungen zu demonstrieren, sondern zugleich auch für die eigenstaatliche Anerkennung zu kämpfen. Sie weist schlüssig nach, daß die Sportfolge der DDR die Bundesrepublik im Rahmen der Systemkonkurrenz herausforderten und im Laufe der sechziger Jahre zu einem Umdenken führten. So erhielt der westdeutsche Leistungssport mehr gesellschaftliche Akzeptanz, während die Sportführung strukturelle Mechanismen und Ideen aus der DDR übernahm. Im Bereich Nachwuchsförderung, Trainerfinanzierung und langfristigen Planung von Spitzenleistungen stand das sozialistische Modell gewisser Weise Pate. – Beide Werke stellen aufgrund ihrer Untersuchungsgegenstände und verwerteten Aktenbestände wertvolle Ergänzungen sowohl im Bereich der Zeitgeschichte als auch in der Sportgeschichtsforschung dar.

Juliane Lanz

Ralf Dahrendorf, Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung, München 2006 (*Verlag C.H. Beck*), 239 S.

Es gibt stärkere Bücher Dahrendorfs, kein Zweifel. In die Länge gezogene Betrachtungen, die dann beeindrucken, wenn „die väterlichen Freunde“ persönlich gekannt werden und Dahrendorf sich mit ihnen konstruktiv-kritisch auseinandersetzt, tauchen auf. So etwa lehnt er nachvollziehbar den Begriff „negative Freiheit“ von Isaiah Berlin ab. Sie sei als Freiheit von Zwang ein überaus positiver Wert. Er umfasse „jene konstitutionellen Freiheiten, die uns die Chance geben, möglichst weitgehend wir selbst zu sein“ (S. 52). Später kommt Dahrendorf auf Tugenden zu sprechen, nicht nur auf Werte. Insbesondere die Kardinaltugenden Mut, Gerechtigkeit, Besonnenheit und Weisheit seien unverändert gültig. „Tugenden sind gleichsam allgemeine Werte plus individuelle Mühe“ (S. 57). Eine „Tugendlehre der Freiheit“ wird bereits im Vorwort als sinnvoll angesehen, geht es dem großen Liberalen doch um „eine Erkundungsreise zu den Quellen des liberalen Geistes“, wie es im ersten Satz des Bandes heißt. Am Ende steht eine *Societas Erasmiana*, eine Gesellschaft von Erasmiern, also von Persönlichkeiten, die

das Erbe des Erasmus von Rotterdam weitertragen – und verdient haben, sozusagen in einer *hall of fame* geadelt zu werden als große Freunde der Freiheit. Auf Seite 219 wird die Kohorte der Jahrgänge 1900 bis 1910 aufgeführt – nach Mitgliedern, Kandidaten, auswärtigen Mitgliedern und anderen unterschieden! Als „abgewiesene Kandidaten“ gelten u.a. Jean Paul Sartre und Robert Havemann. Havemanns „eigentümliche Weltanschauung“ habe zwar zu richtigen Prognosen geführt – „Freiheit ist die Krankheit, an der der Stalinismus sterben wird“ –, aber zugleich gab er sich mit der DDR zufrieden; er hielt sie „für den besten deutschen Staat“ (S. 189).

Die Porträts der Erasmier stehen als Vertreter von liberalem Geist für sich. Kann jedoch der Liberale seinen Feind richtig charakterisieren? Zweifel rühren aus der mangelnden Erklärungskraft Dahrendorfs für totalitäre Ideologien. Der Ansatz ist und bleibt zunächst spannend, wenn die Versuchbarkeit von Intellektuellen im Zentrum stehen soll – und zwar von *movers and shakers*, von solchen also, die in ihrer Zeit stark für Bewegung und Unruhe und Aufsehen gesorgt haben. Die Erklärbarkeit der Versuchung enttäuscht allerdings etwas. Wenn, mit Fritz Stern, „Hitler als Erlöser“ charakterisiert, wenn von „Elementen der Verklärung“ gesprochen, das Wort Wunder (in Anführungszeichen) ins Spiel gebracht wird, könnte man bestenfalls von Politischer Religion sprechen. Daß Bindung das Kernelement gewesen sein soll, was Rechtsintellektuelle im Nationalsozialismus suchten, daß sie endlich eine Führung gefunden haben sollen – all das ist blaß. Der NS-Geist – oder Ungeist – bleibt dem liberalen Geist Dahrendorf ein Stück weit unerklärlich, hat man den Eindruck. Der Faschismus soll eine Gegenwarts-ideologie gewesen sein, der Kommunismus eine der Zukunft: Wo bleibt da der im Italienischen Faschismus propagierte Futurismus? Nein, hier hat uns Dahrendorf nichts Erhellendes zu sagen. Die – bekannte – Beschreibung der Faszination des Kommunismus im Sinne einer moralischen, geschichtlichen Überlegenheit kann eher die Sache treffen. – Aber im Zentrum stehen, wie gesagt, unversuchbare Persönlichkeiten vom Schlage Popper, Aron, Berlin etwa, auch von Arendt, Eschenburg, Sperber, Koestler ist die Rede. Es sind faszinierende Skizzen und Erkenntnisse, die denn doch die Lektüre des Bandes reizvoll machen. Aber zu viel erwarten darf man nicht.

Tilman Mayer

Denise Estel, Bundesstaatsprinzip und direkte Demokratie im Grundgesetz, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 323 S.

In vielen modernen Demokratien gehören Plebiszite zum guten Ton und treffen den basisdemokratischen Geschmack des weltoffen-aufgeklärten Citoyens vortrefflich. In der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik tritt diese Form der Partizipation zunächst hinter die Ausprägungen der repräsentativen Demokratie zurück. Immer wieder wurde aber auch in Deutschland die Einführung direktdemokratischer Varianten gefordert, in jüngster Vergangenheit im Zug einer möglichen Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Wahlvolk. Bisher unberücksichtigt geblieben ist die Problematik, die

sich aus der Ausweitung direktdemokratischer Elemente dergestalt stellt, daß die Mechanismen bundesstaatlicher Mitbestimmung, die Beteiligung der Länder, ausgehöhlt werden können.

Die Arbeit selbst vom renommierten Staatsrechtler Christoph Degenhart an der Universität Leipzig betreut, untersucht dabei dieses Spannungsverhältnis zwischen direkter Demokratie und dem Bundesstaatsprinzip, welches in der Verfassungswirklichkeit in der Mitwirkung des Bundesrates seinen Ausdruck in der Beteiligung der Länderexekutive an der Bundeslegislative gefunden hat: Läßt sich diese Spielart der demokratischen Partizipation mit den grundsätzlichen Erfordernissen eines föderalen Staates vereinbaren? Denise Estel hebt dabei hervor, daß die bisherige Diskussion stets um die Fragen der rechtlichen Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes sowie der politischen Opportunitätsbewertung kreiste, wohingegen mögliche Interferenzen der direkten Demokratie mit dem föderalen Prinzip des Grundgesetzes weitgehend unberücksichtigt geblieben sind.

Der derzeitige Meinungsstand ist schnell resümiert: Während die Mehrheit in der Einführung von Volksentscheiden eine unzulässige Beschneidung der grundgesetzlich verankerten Bundesstaatlichkeit sieht, bejaht die Minderheit die grundsätzliche Vereinbarkeit unter Hinzuziehung der empirischer Argumentationshilfen: Das Schweizerische Ständemehr aus Art. 142 Abs. 2-4 BV als „Föderalquorum“ sieht dabei eine doppelte Mehrheit vor: Mehrheit der Stimmenden und Mehrheit der Stände, die sich nach dem jeweiligen Ergebnis in einem Kanton bestimmen. Ausgehend vom Primat des Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz als föderales Grundgebot stellt die Untersuchung zunächst auf mögliche Auswirkungen plebiszitärer Erscheinungsformen ab, um dann in extenso diverse Lösungsmodelle des Konflikts vorzuschlagen. Die Autorin referiert über bislang erwähnte Lösungsmodelle, stellt die Rechtslage anderer föderaler Modelle dar, wirft die Abschaffung des Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz auf und untersucht die Beteiligung der Landesbevölkerungen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Prüfung des „Föderalquorums“, welches die Autorin über 100 Seiten umfang- und lehrreich schildert.

Die Dissertation liefert einen wichtigen Beitrag in der aktuellen Bundesstaatsdiskussion. Wohltuend stellt die Autorin dabei auf Aspekte ab, die in der heute geführten Debatte bislang unberücksichtigt geblieben sind.

Bence Bauer

Svenja Falk/Andrea Römmele/Dieter Rehfeld/Martin Thunert (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 630 S.

„Der Begriff Politikberatung droht zu einem Allerweltsbegriff zu verkommen.“ Diese nüchterne und zutreffende Feststellung steht gleich am Anfang des von den Sprechern der „Ad-hoc Gruppe Politikberatung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft herausgegebenen Handbuchs Politikberatung. Die Autoren wollen dieser Entwicklung Einhalt gebieten und den „schillernden Begriff“ der Politikberatung systema-

tisieren und einordnen. Das Ansinnen ist so begrüßenswert wie überfällig, fehlt es doch an einer umfassenden Bestandsaufnahme der Formen und Akteure der Politikberatung in Deutschland. Wie schwierig dieses Unterfangen ist, zeigt der Blick in das Inhaltsverzeichnis. Als Politikberatung firmiert der Rat von Experten, die Arbeit von Kommissionen und Gremien, die strategische Beratung im Wahlkampf, das Lobbying, der persönliche Rat von Vertrauten usw. Insofern ist dieser lesenswerte, fast durchgängig von Experten aus Wissenschaft und Praxis verfaßte und mit seinen 53 Aufsätzen umfangreiche Sammelband ein strukturiertes Abbild der Unübersichtlichkeit.

Das Werk besteht aus vier Teilen, die sich den theoretischen Grundlagen, den Ressourcen und Akteuren, den Beratungsprozessen auf verschiedenen Handlungsebenen in verschiedenen Politikfeldern und der internationalen Politikberatung widmen. Im theoretischen Einführungsteil geht Klaus Lompe detailliert auf die traditionellen Modelle der Politikberatung ein (dezisionistisches, technokratisches und pragmatisches Modell). Als Gegenentwurf zur klassischen Beratung durch Experten wird die deliberative bzw. partizipative, die Bürger und Laien beteiligende und auf Argumente und Abwägen fokussierte Politikberatung ausführlich beschrieben (C. Leggewie, R. Martinsen). Ferner folgen Darstellungen zu Legitimität (U. Jens) und Öffentlichkeit (M. Glaab, A. Metz) sowie über die Politikberatung aus der Sicht der Soziologie (u.a. P. Weingart), der Wirtschaftswissenschaft (S. Cassel), der Rechtswissenschaft (B. Rebe), der Kommunikationswissenschaft (M.G. Müller) und der Natur- und Ingenieurwissenschaft (B. Verworn, B. Hausberg). Im zweiten Teil wird der Blick auf die einzelnen Akteure und Ressourcen der internen und externen Politikberatung gelenkt. Erfreulich ist die Bandbreite der beschriebenen Akteure, denen eine beratenden Rolle zugesprochen wird: Neben den Hartz- (S. T. Siefken) und Rürup-Kommissionen (B. Rürup, H. Tiemann), den Verbänden (M. Mai) und Lobbyisten (P. Lösche), den Think Tanks (J. Braml) und wissenschaftlichen Diensten im Deutschen Bundestag (T. v. Winter) finden erstaunlicherweise die privaten Stiftungen (C. Welzel), Unternehmensberatungen (H. Bill und S. Falk) und die Parteien (F. Priess) Erwähnung. Parteien fristen in der einschlägigen Literatur bislang ein Schattendasein. Warum die politischen Stiftungen nur marginal erwähnt werden (U. Jens), leuchtet nicht ein; zudem wäre die Aufnahme der (nicht nur) für Wahlkämpfe relevanten Werbeagenturen in den Kreis der etablierten Berater wünschenswert gewesen.

Die Aufsätze des Handbuchs sind zumeist solide verfaßt und geben den Wissensstand über Politikberatung wieder. So ist das gesamte Buch durchaus eine Art Nachschlagewerk. Die Fähigkeit zur selbstkritischen Reflexion zeugt von einer pragmatischen Sicht über die Wirksamkeit der Beratung. Schmunzelnd und ein wenig ratlos läßt Andrea Beck („Die zweite Reihe im Zentrum der Macht“) den Leser zurück, da sie beharrlich von „Fraktionsreferentinnen“ spricht, aber nur „Mitarbeiter“ von Abgeordneten kennt. Wer in die Welt der Politikberatung eindringen will, sollte auf dieses Buch nicht verzichten.

Clemens Kuhne

Joachim Fest, Ich nicht. Erinnerungen an eine Jugend und Kindheit, Hamburg 2006 (*Rowohlt Verlag*), 367 S.

Joachim Fests Vermächtnis zu lesen, tut nach der selbstanklagenden Enthüllung eines Günter Grass mehr als wohl: Man muß den Glauben an das Gute in den Deutschen nicht verlieren, nicht jeder ließ sich von den Nationalsozialisten verführen oder gleichschalten. „Im Ganzen hält man weniger fest, wie es eigentlich gewesen, sondern wie man wurde, wie man ist“ (S. 366). Und genau davon erzählt das Buch: von Fests Werden zum „Skeptiker“ und von seinem „Widerwillen gegen Zeitgeist und Mitläufer“ (S. 360). Das zeichnete den Autor zeitlebens aus, ließ ihn für viele Zeitgenossen zum unangenehmen Kritiker werden, der keine Scheu zeigte, „groß gewordene Pimpfe“ (S. 360) an ihre Vergangenheit zu erinnern, deren neue Fassaden in Frage zu stellen, ihnen die Rolle als moralische Instanz abzusprechen. Woher rührte diese Standhaftigkeit? Sein letztes Buch gibt Antwort. Dem Leser begegnet ein mit fast privater Freimütigkeit erzählender Joachim Fest: einer, der Einblicke in sein Seelenleben gestattet.

Die Erinnerungen beginnen in der heilen Welt der Hentigstraße in Berlin Karlshorst. Wolfgang, der ältere Bruder, ist in den Jahren der unbeschwerten Kindheit sein treuer Freund und Vorbild. Sie wachsen mit drei jüngeren Geschwistern in einem liebevollen Elternhaus auf. Besonders der Vater, bekennender Bildungsbürger, wird Joachim im Denken wie Handeln prägen. Preußentum, eine tiefe republikanische Gesinnung und Katholizismus vermischen sich in diesem Mann, was zu Widersprüchen führt, von denen die Familienharmonie nicht unberührt bleibt. Am Tag nach dem Reichstagsbrand fährt Johannes Fest mit den Söhnen zur schwelenden Ruine. Er will ihnen den „Ernst der Stunde“ klar machen! Die schlimmsten Vorahnungen bestätigen sich: Die „Pakete“ (S. 51), gemeint sind die Nationalsozialisten, räumt mit politischen Gegenrednern auf. Der Rektor Johannes Fest wird bereits im April 1933 außer Dienst gestellt. Die Mutter gerät außer sich vor Sorge. Wovon sollen sie leben? Vaters Starrsinn würde sie alle ruinieren. Die Eröffnung des „zweiten Abendtisches“ fordert Wolfgang und Joachim als verständige „Mitverschwörer“. Der Vater schafft in politischen Gesprächen einen Raum der Offenheit: einen Ort, der verordneter Heuchelei Parole bietet. Indessen naht der Krieg. Die Schulzeit im Leibnitz-Gymnasium bringt ihm außer der Freundschaft des mit allen Wassern gewaschenen Gerd Donner die Erfahrung, auch unter seinen Lehrern gibt es solche und solche. Oberstes Gebot bleibt: Nichts Politisches äußern! Wach nehmen sie alles auf: die wachsende Bedrängnis der jüdischen Bekannten, die verschärfte Kontrolle durch angepaßte Nachbarn und Übereifrige, die Meldungen der „Feindsender“ über deutsche Greueltaten in Osteuropa.

Es gelingt, beide Jungen der HJ fern zu halten. Zwei HJ-Führer, die bei Fests auftauchen, um der „Drückebergerei“ ein Ende zu bereiten, wirft der Vater kurzerhand hinaus. Die Brüder wechseln in ein katholisches Internat nach Freiburg. Der Abschied fällt schwer. Im streng reglementierten Internatsleben fällt der Widerspenstige auf, verschlingt ein Buch nach dem anderen, vorzugsweise über die italienische Renaissance, nutzt jede Gelegenheit für den Opern-Besuch. Dann folgt die Grundausbildung für die Flugabwehr: der Beginn des Soldatenlebens. Der Krieg erfaßt die Familie. Die Ereignisse überstürzen

sich: Der Vater wird einberufen, Wolfgang stirbt im Lazarett. Er selbst gerät in Kriegsgefangenschaft. Nach dem Desaster wird es doch das „Gossenthema“ Hitler sein, das ihn ein Leben lang beschäftigt, nicht das „Renaissance-Buch“. Doch da ist eine Zufriedenheit mit dem Erreichten – aber noch immer die Frage: „Warum die Deutschen?“ – die Lektüre liefert die Erkenntnis, es gab sie: die Anständigen. Nicht zuletzt, weil es hilfreich war, dem Rat des Vaters: „Ertrage die Clowns!“ (S. 337) zu folgen.

Dorit Seichter

Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 246 S.

Everhard Holtmann/Adrienne Krappidel/Sebastian Rehse (Hrsg.), Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 178 S.

Im Rahmen einer breiter werdenden Forschung setzen sich diese beiden neueren Werke mit den Argumentationsmustern bzw. Diskursstrategien der Vertreter des modernen Populismus auseinander. Im ersten Fall treten drei Autoren an, um den Leser durch eine erhellende Kritik an den Deutungsmustern populistischer Politikvermittler von der „Droge Populismus“ zu entwöhnen. Diese Kur vollzieht sich in neun Abschnitten, wobei die „Einleitung: Tut ‚Volksmund‘ die Wahrheit kund?“ sich bemüht, den schillernden Begriff des Populismus im Kontext der Begriffe „Protest und Extremismus“ einzuordnen sowie rechte und linke Spielarten des Phänomens zu unterscheiden. Für die Schaffung einer theoretischen Grundlage wird der proportional größte Umfang eingeräumt. Dieses Kapitel schließt mit einer Auswahl von nicht exakt belegten Leserzuschriften ausschließlich an die „Mitteldeutsche Zeitung“, welche die in der bundesdeutschen Bevölkerung verbreitete Empfänglichkeit für vereinfachende Politikvermittlung dokumentieren soll. Die folgenden, den Autoren nicht namentlich zugeordneten acht Kapitel des 180-seitigen Bandes präsentieren unter markigen Überschriften eine Reihe populistischer Stereotype, welche zunächst dargestellt und in einem zweiten Schritt als nicht haltbar entlarvt werden sollen.

Oliver Geden hingegen beschränkt sich auf lediglich zwei Themenkomplexe (Einwanderungs- und Geschlechterpolitik), um die Deutungsangebote und Einflußnahmen auf die Diskursproduktion zweier Akteure (FPÖ in Österreich und SVP in der Schweiz) zu analysieren. Daß eine vollständige Entkräftung populistischer bzw. polemischer Vorhaltungen in manchen Fällen nicht gelingt, ist der Natur dieser Vorwürfe anzulasten, was Geden sehr anschaulich belegt, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Deutungsangebote des Rechtspopulismus diskursstrategisch den Vorteil aufwiesen, weitgehend im Ungefähren bleiben zu können.

Wenn im erstgenannten Band „Der Generalverdacht persönlicher und parteipolitischer Vorteilsnahme“ thematisiert wird, liegt es in der Natur eines solchen Verdachtes, daß empirische Nachweise für seine Unbegründetheit schwer zu finden sein werden. Die Selbstauskünfte von Politikern sind – das müssen auch die Verfasser eingestehen

– nicht sehr hilfreich. Wenig überzeugend nehmen sich auch Passagen aus, in denen der Kritik an Abgeordnetenbezügen begegnet werden soll: Den Zahlen des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern zu den monatlichen Diäten von Landes-, Bundes- und Europaabgeordneten stellen die Verfasser kaum Vergleichsdaten aus anderen Branchen gegenüber. Eine Aussage, „daß das Finanzgebaren der deutschen Parteien zu den weltweit transparentesten gehört“ (S. 102), hätte dabei ebenso einen Beleg verdient wie die auf der gleichen Seite geäußerte Behauptung, daß sich der Gesetzgeber den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes eher unwillig anpasse. So wechseln in diesem Band schwächere und gehaltvollere Passagen einander ab. Zu den letzteren zählen die Kapitel sieben und acht, welche auf die Problemkomplexe Kriminalität und Sozialstaatlichkeit eingehen.

Der von Holtmann, Krappidel und Rehse verfaßte Band verzichtet auf ein zusammenfassendes Schlußkapitel und reißt auf Seite 163 f. mit einer bis auf einen Gliedsatz exakten Wiederholung einer Passage des vorhergehenden Unterkapitels ab. Die Positionen der Verzeichnisse am Ende des Buches stimmen nicht mit dem Inhaltsverzeichnis überein. Es bleibt der Eindruck, als hätte die in diesem Buch aufgegriffene wichtige Thematik an einigen Stellen mehr analytische Tiefe und vor allem mehr handwerkliche Sorgfalt verdient.

Harald Schmidt

Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 227 S.

Gibt es eine „globalisierte Anti-Globalisierungsbewegung der extremistischen Rechten“? Mit dieser Frage setzen sich die Aufsätze des Bandes auseinander. Thomas Greven charakterisiert die rechtsextreme Globalisierungsgegnerschaft als völkischen Gegenentwurf zu Neoliberalismus und „Global Governance“. Rechtsextremisten beklagen den Verlust der Souveränität der Nationalstaaten (politische Dimension), die Auflösung von Homogenität (kulturelle Dimension) und den Vormarsch des Freihandels (ökonomische Dimension). Ihre Antwort sind Wohlfahrtschauvinismus und Partikularismus. Die von Greven aufgezeigten Unterschiede in der Globalisierungskritik von links- und rechtsaußen werden durch Armin Pfahl-Traughber vertiefend behandelt. Er zeigt, daß zwar oberflächliche Ähnlichkeiten und teils gemeinsame Feindbilder („Amerika“, „Raubtierkapitalismus“ usw.) bestehen, die grundsätzliche Ausrichtung aber verschieden, ja gegensätzlich ist. Drei weitere Autoren liefern Beiträge zum ersten Teil des Bandes, der sich der Ideologie des „Globalisierten Rechtsextremismus“ widmet. Mark Weitzman sieht Antisemitismus und Holocaust-Leugnung als „permanente Elemente des globalen Rechtsextremismus“, Albert Scharenberg erörtert die Zuwanderungsproblematik als Kernanliegen von Rechtsaußenparteien, und Mikhail Sokolov beschreibt die „lokalen Entstehungsbedingungen für die globale Ausbreitung der Intellektuellen Neuen Rechten“ am Beispiel Rußland.

Die vier Aufsätze des zweiten Teils sollen die Struktur des „Globalisierten Rechtsextremismus“ ausleuchten. Dabei wird anhand der Artikel von Thomas Grumke, Thomas Pfeiffer und Michael Whine deutlich, daß diese Struktur vor allem im World Wide Web bzw. zwischen Splittergruppen existiert. Der vierte Aufsatz (Brigitte Brück) hat wenig mit internationalen Strukturen der extremen Rechten, um so mehr aber dem Selbstverständnis von „Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien“ zu tun. Leider neigen die Autoren einiger Beiträge zu Übertreibungen und Einseitigkeiten. So schreibt Mark Weitzman: „Für den heutigen Rechtsextremisten kommt dem Antisemitismus eine – wenn das überhaupt möglich ist – noch größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit“ (S. 52). Will uns der Autor damit sagen, daß wir in der jetzigen extremen Rechten größere Judenhasser finden als in der NSDAP? In eine ähnliche Richtung geht folgende Aussage im Aufsatz von Thomas Grumke: „Die Idee von der sogenannten ‚Zionistisch Okkupierten Regierung‘ (ZOG) dominiert mittlerweile den rechtsextremen Diskurs“ (S. 157).

Die „panarische Internationale“ (S. 132) dürfte eine dem Internet entsprungene Chimäre sein. Hier, im Virtuellen, liegt vielleicht der Ursprung mancher der zu kritisierenden überspitzten Resümées. Der Einsatz von Computertechnik und die Nutzung des Internet haben für Rechtsextremisten heute eine hohe Bedeutung; Thomas Pfeiffer kann dies überzeugend nachweisen. Aber der reale Einfluß, zum Beispiel der im Internet großspurig daherkommenden „European National Front“, ist bescheiden. Keine der starken und erfolgreichen europäischen Rechtsaußenparteien konnte für dieses Projekt gewonnen werden. Die Globalisierungs- und Modernisierungsprozesse eröffnen Mobilisierungspotentiale für die extreme Rechte. Durch die Schwerpunktsetzung des Sammelbandes werden diese allerdings nur unzureichend deutlich. Welche Rechtsextremisten werden in unseren Großstädten wohl auf mehr Resonanz stoßen: Diese, die sich mit islamistischen Fanatikern gegen eine „jüdisch-amerikanische Weltverschwörung“ verbünden wollen oder jene, die gegen den Bau von Moscheen und Zuwanderung von Muslimen agitieren sowie die sozialen Verwerfungen der postindustriellen Gesellschaft anprangern?

Henrik Steglich

Ralf Grünke, Geheiligte Mittel? Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 364 S.

Wie sollen CDU/CSU und SPD mit Parteien wie den Republikanern (REP) umgehen? Welchen Umgang pflegen bzw. pflegten sie mit der rechtsextremen Partei? Inwieweit „stigmatisierten“ bzw. „verharmlosten“ CDU/CSU und SPD die REP? Inwieweit suchten beide Volksparteien die Nähe der REP oder hielten Distanz zu ihnen (aus innerer Überzeugung, aus Machtkalkül oder einer Mischung aus beidem; aus praktischen und moralischen Gründen)? Für politische Wettbewerbsvorteile die eigene Seele ver-

kaufen? Diese spannenden, selten systematisch beantworteten Fragen rückt Ralf Grünke ins Zentrum seiner Dissertation.

Darin präsentiert er diverse Äußerungen von Spitzenkräften der CDU/CSU und SPD darüber, wie beide Parteien mit den REP umgehen sollten. Kaum kümmert er sich hingegen um das Verhältnis von CDU/CSU und SPD (beide gerade auch in Hitlers Kerkern entstanden bzw. wieder gegründet) zu den REP in der politischen Praxis, vor allem in Parlamenten. Über weite Strecken referiert er lediglich, wer sich wann, wo und wie über die REP äußerte. Nur beiläufig, ohne nähere Analyse und Bewertung, erwähnt er eine politische Situation, in der die CDU sogar durch politisches Handeln (statt nur durch Worte) besser als in jeder anderen politischen Situation zeigen konnte und gezeigt hat, was ihr Antiextremismus wert ist: die konsequente Weigerung Erwin Teufels, nach der Landtagswahl 1992 mit den REP auch nur zu verhandeln (obwohl CDU und REP über eine rechnerische Mehrheit verfügten), weshalb die CDU keine kleine Koalition bilden konnte, sondern eine Große Koalition eingehen mußte, wobei eine Volkspartei ja gegen kleine Partner personalpolitische und programmatische Ziele meist besser durchsetzen kann als gegen große Partner. Mit den Grünen hingegen verhandelte der damalige Ministerpräsident kurz.

Wenn Grünke wertet, legt er die politisch-moralische Latte oft so hoch, daß viele „Normalpolitiker“ nur darunter herlaufen können. So ist zu fragen, ob Politiker die REP bereits verharmlosen, wenn sie sich bis Anfang der 90er Jahre weigerten, die Partei verfassungsfeindlich zu nennen (also bis zu einem Zeitpunkt, als auch der Verfassungsschutz noch sehr vorsichtig damit blieb, die REP als extremistisch zu etikettieren, weil er dafür erst genügend Anhaltspunkte sammelt wollte. Ist es wirklich stigmatisierend, den Autor von „Ich war dabei“ als „Waffen-SS-Schönhuber“ zu bezeichnen (Juden nannte er „Stinker“; an anderer Stelle erklärte Schönhuber, Hitler habe sich in den Zweiten Weltkrieg treiben lassen)? Obwohl Überzeichnungen bzw. Stigmatisierungen sogar zur Verharmlosung beitragen können: Nicht jede politische Polemik stigmatisiert. Politik ist ja kein Kindergeburtstag oder Ponyhof. Peter Glotz, dem Grünke Verharmlosung vorhält, äußerte mit guten Gründen, er halte den trickreichen Schönhuber sogar für gefährlicher als hundertprozentige Neonationalsozialisten. Im übertragenen Sinne schüttelt Grünke seine Frisur zuweilen so lange über der Suppe, bis er ein Haar darin findet.

Der Autor bilanziert etwas streng: „Weder den Unionsparteien noch der SPD läßt sich ein Zeugnis mit dem Prädikat sehr gut für den Umgang mit den REP ausstellen.“ Stärker als die Unionsparteien nutzte die SPD die REP, um sich zu profilieren und politische Mitbewerber verbal zu attackieren. Auch wenn eine politische Partei neben unverrückbaren Grundsätzen üblicherweise politische Mehrheiten braucht, um eigene Ideale und Ziele zumindest teilweise zu verwirklichen: Gegenüber den REP, die im Vergleich zu rechtsextremen Parteien im Ausland nie besonders erfolgreich waren, gab und gibt es keine „Erosion der Abgrenzung“ (Wolfgang Rudzio). Abgesehen von geringen „Ausreißern“ hielten und halten beide Volksparteien insgesamt glasklare Distanz zumindest zu rechtsextremen Parteien.

Harald Bergsdorf

Waltraud Häupl, Die ermordeten Kinder vom Spiegelgrund. Gedenkdocumentation für die Opfer der NS-Kindereuthanasie in Wien, Wien u.a. 2006 (*Böhlau Verlag*), 666 S.

Ralf Forsbach (Hrsg.), Medizin im „Dritten Reich“. Humanexperimente, „Euthanasie“ und die Debatten der Gegenwart, Hamburg 2006 (*Lit Verlag*), 202 S.

„Gesicht nicht unhübsch, netter Ausdruck [...] es handelt sich um ein körperlich leicht unterentwickeltes Kind mit hochgradigem motorischen u. geistigen Rückstand [...] es spricht sehr viel, doch ganz undeutlich“ (S. 187). Anderthalb Monate nach dieser Diagnose verstirbt die 10jährige Irmgard im September 1943 – an Lungenentzündung. Diese – von den Ärzten bewußt herbeigeführte – Todesursache findet sich bei fast allen Opfern der Kinderfachabteilung „Am Spiegelgrund“ Wien, so auch 1942 bei der 4jährigen Annemarie. Deren Schicksal veranlaßte Waltraud Häupl, Annemaries Schwester, zur Dokumentation über 541 Opfer der NS-Euthanasiepolitik.

Die Klinik „Am Spiegelgrund“ war die zweitgrößte Tötungsanstalt ihrer Art im Dritten Reich. Kinder, die im Sinne der NS-Ideologie als „nutzlos“ für das deutsche Volk sowie als „nicht arbeitsfähig“ galten, mußten an den „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“ gemeldet werden. In den Kinderfachabteilungen entschieden Mediziner über das weitere Vorgehen, wobei „Behandlung“ eine Beschleunigung des Todes bedeutete, „Untersuchung“ hingegen „noch zu warten“. Freilich konzentriert sich Häupl auf das Geschehen in Wien und zieht nur wenige Parallelen zu anderen Kinderkliniken im Reich. Somit ist nicht herauszulesen, ob die beschriebenen Mordmethoden charakteristisch für den „Spiegelgrund“ waren oder gängige Praxis während der NS-Diktatur.

Daß die dokumentierten Mord-Praktiken keineswegs ausschließlich in Wien angewandt wurden, zeigt der Beitrag von Susanne Zimmermann im von Ralf Forsbach herausgegebenen Sammelband. Die Autorin weist nach, daß der Jenaer Kinderarzt Jussuf Ibrahim als „lebensunwert“ betrachtete Kinder in die Kinderfachabteilung Stadtroda überwies und somit in den sicheren Tod schickte: „Offensichtlich aussichtslose Zukunft. [...] Vielleicht könnte er bei Ihnen eine nähere Beobachtung und Beurteilung finden. Euth.“ (S. 91)? findet sich etwa 1944 beim Befund eines Jungen, der fünf Monate nach der ersten Untersuchung durch Ibrahim starb.

Dem Sammelband über Verbrechen von Ärzten während der NS-Diktatur fehlt allerdings ein roter Faden, denn die Beiträge beziehen sich nicht aufeinander und betrachten unterschiedliche Formen des Mißbrauchs der Medizin, z.B. Experimente an Häftlingen (Volker Roelcke). Der Aufsatz des Herausgebers schlägt die Brücke zu aktuellen Debatten über Ethik in der Wissenschaft, während Udo Benzenhöfer die Planungen zur Euthanasie darstellt. Ausführlich referiert der Frankfurter Medizinhistoriker die Identifizierung des ersten Opfers der Kindereuthanasie („Kind K.“), wenngleich die genauen Abläufe bis zur Planung des Massenmordes spekulativ bleiben.

Andreas Schulze

Ben Hecht, *Revolution im Wasserglas*. Geschichten aus Deutschland 1919, Berlin 2006 (*Berenberg*), 112 S.

Was haben der oscargekrönte Drehbuchautor Ben Hecht und der (zu) wenig berühmte deutsche Erzähler Oskar Maria Graf gemeinsam? Beide geraten im frühen Alter von 24 Jahren mehr oder minder zufällig in Deutschlands Revolutionswirren von 1918/19 und legen darüber Zeugnis ab. Während Grafs aufrichtiger wie unambitionierter Bericht *Wir sind Gefangene* bereits im Jahr 1926 erscheint, werden die Erinnerungen Hechts an die *Revolution im Wasserglas* dem deutschen Leser erst achtzig Jahre später zugänglich. Sie sind Bestandteil seiner Autobiographie *A child of the Century*, die in der Heimat des Hollywood-Autors 1954 auf den Markt kommt. Der im jüdischen Ghetto geborene Ben Hecht trifft im November 1918 als Berichterstatter für die *Chicago Daily News* im umstürzenden Berlin ein. Er kommt ohne Kenntnisse der deutschen Sprache und ausgestattet mit dem Auftrag, über ein Land, das den Ersten Weltkrieg mit anstiftete und verlor, zu berichten – so aufregend als möglich. Nachdem er im Hotel Adlon abgestiegen und über wesentliche Fragen wie „Wer ist Karl Liebknecht?“ informiert ist, stürzt er sich halbwissend ins Revolutionsgetümmel und gewinnt dabei ein gesundes Mißtrauen gegenüber dem, was er erlebt. Die Revolution nimmt er als Lüge wahr, als „fixe Idee der alliierten Welt, teilweise injiziert von einer deutschen Spritze und teilweise durch die dem Kapitalismus eigene Furcht vor den marxistischen Buhmännern, die über seinen Profiten schwebten“. Mit dem Geschichtswissen aus dem Jahre 1953 konstruiert Hecht seine Geschichte der Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg so, daß der Zweite Weltkrieg als Zwangsläufigkeit erscheint – Oskar Maria Graf hatte die Erfahrungen des Dritten Reiches zur Zeit der Niederschrift noch vor sich.

Das ablehnende Verhältnis Hechts zur Revolution in Deutschland öffnet ihm die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit den Gestaltern des politischen Geschehens dieser Zeit oder jenen, die es werden wollten. An ihnen läßt er in seinen Erinnerungen selten ein gutes Haar: Einen „harmlosen Ebert“ trifft er, den „geschwätzigen Scheidemann“, den „glitzeräugigen Levien“, den „rastlosen“ Gustav Landauer, dessen Eigenwilligkeit ihn immerhin faszinierte, und nicht zuletzt Erich Mühsam, den Hecht als den Verrücktesten aller Revolutionäre einstuft. Mühsams Aktivitäten übermittelt Hecht in seiner Berichterstattung für Amerika als „Komische-Opern-Revolté“. Über weite Strecken liest sich Hechts Revolutionsbericht wie ein gutes Drehbuch, und es bleibt unklar, an welcher Stelle es sich um eine wahre und wann um eine fiktive Geschichte handelt. Schließlich vernachlässigt der Autor durch seine ironische Distanz, daß am Ende der „Revolution als Komische Oper“ kein Applaus donnerte, sondern Gewehrfeuer. Die Ermordung Landauers und seiner Gefährten als Finale der angeblichen Inszenierung findet in den Zeilen Hechts keinen Platz. Erwärmt wird der kühle Bericht allein, wenn ein Name zu lesen ist: George Grosz. Hecht bietet seinem „Lieblings-Don-Quichote“ und dessen Frau Eva gebührenden Platz in den Erinnerungen. „Viele Jahre hatte ich nur zwei gute Worte über die Deutschen zu sagen – George und Eva“ lautet der letzte Satz des Buches. Hier schreibt der Geschichtenerzähler Ben Hecht wohl die Wahrheit.

Hanka Kliese

Kurzbesprechungen

Heidi Hein-Kircher/Hans Henning Hahn (Hrsg.), Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa, Marburg 2006 (*Verlag Herder-Institut*), 431 S.

Mariana Hausleitner/Harald Roth (Hrsg.), Der Einfluß von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa, München 2006 (*IKGS Verlag*), 360 S.

Totalitäre und autoritäre Regime haben in Ostmittel- und Südosteuropa tiefe Spuren hinterlassen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit schreitet hingegen nur langsam voran – sei es, daß international renommierten Forschern Sprach- und Detailkenntnisse fehlen, sei es, daß den Ländern selbst der Umgang mit der eigenen Vergangenheit immer noch schwer fällt. So spricht in Ungarn jede neu gewählte Regierung seit dem Systemwechsel in großem Pathos davon, endlich den Kádárismus „abzuschließen“, doch ist dieser nach wie vor in den Köpfen präsent. Zwei Sammelbände nehmen sich theoretisch und empirisch einem Teil dieser Problemkomplexe an.

Der erste Band setzt sich mit Lücken in der Faschismusforschung auseinander. Wie Daniel Ursprung in seiner breit angelegten Einleitung herausstreicht, war der Begriff des Faschismus durch seine Bezeichnung für sämtliche nicht-kommunistische Bewegungen bis in die jüngere Vergangenheit stark ideologisch beeinflusst. Genauer geht es darum, inwiefern die faschistischen Bewegungen bei den mannigfaltigen Minderheiten Anklang fanden. Der Faschismus in Ostmittel- und Südosteuropa ist keineswegs als bloßes Anhängsel des deutschen Nationalsozialismus zu sehen. Generell verband sich dort mit dem Dritten Reich auch für die Minderheiten die Hoffnung, die ungeliebte Nachkriegsordnung zu beseitigen. József Vonyó und Norbert Spannenberger belegen, daß die Entstehung faschistischer Gruppen in Ungarn eher als eine Reaktion auf innerungarische Verhältnisse gedeutet werden kann. Die sozialrevolutionäre Komponente wirkte ihnen zufolge viel mehr auf die deutschen Bevölkerungsgruppen Ungarns als auf die etablierten politischen Eliten: „Hierbei ging es aber weniger um eine Weltanschauung, geschweige denn eine ‚Ersatzreligion‘ [...], sondern um ethnische Identitätsbekundung auf der verbalen wie auf der symbolischen Ebene“ (S. 251).

Im Mittelpunkt der zweiten Schrift stehen politische Mythen, von der Rezeption des „Nibelungenlieds“ über den Mythos „Vertreibung“ bis zum gegenwärtigen polnischen Euroskeptizismus. János M. Bak stellt in seinem Beitrag über Geschichtsmythen in Ungarn die offen bleibende Frage, ob sich der Begriff „historische Mythen“ mit der „Gesta Hungarorum“ bis in das Mittelalter zurückverfolgen läßt. Erst am Ende des heterogenen Bandes reflektiert Heidi Hein-Kircher über eine Typologisierung. Mit dem Verweis auf den „Puddingcharakter“ von Mythen (S. 404) läßt sie den Leser etwas ratlos zurück.

Summa summarum: zwei Bücher, die teilweise noch sehr bruchstückhaft in die richtige Richtung weisen und einige Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen mit Blick auf Ostmittel- und Südosteuropa bieten. Vielleicht lassen sich die zwei Ansätze miteinander verbinden, da die faschistischen wie die kommunistischen Diktaturen selbst stark althergebrachte Mythen pflegten und instrumentalisierten.

Melani Barlai

Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 bis 1982*, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 273 S.

Uta A. Balbier/Christiane Rösch (Hrsg.), *Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zu den USA*, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 279 S.

Mit der weltweiten Anerkennung der DDR und dem Helsinki-Prozeß schien „Normalisierung“ in die Ost-West-Beziehungen einzukehren. Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage und des neuen Wettrüstens taten sich jedoch bald tiefe „Risse im Bruderbund“ mit der Sowjetunion auf, während die offiziellen Beziehungen mit Staaten des Westens stagnierten.

In den von Hertle und Jarausch umsichtig kommentierten Dokumenten über die Treffen zwischen Leonid Breshnew und Erich Honecker in Moskau bzw. auf der Krim wird deutlich, wie sehr die von der SED beschworene „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ auf Alimentierung durch Westkredite beruhte. Breshnew warf dem SED-Chef vor, die Ostdeutschen lieferten sich den Kapitalisten aus, während Honecker über ausbleibende Rohstoffe klagte. Nicht selten wurden die Lieferungen aus den „Bruderländern“ gegen Devisen auf dem Weltmarkt veräußert. Die Krise in Polen diente Breshnew als Drohkulisse, Honecker wiederum erhob schwere Vorwürfe gegen dessen Auftritt auf der Krim 1980: „70 Prozent von dem, was (er) vorgelesen hat, ist eine Verzerrung der Politik der DDR [...]. Auf Böswilligkeit, Lüge und Verleumdung ist alles aufgebaut“ (S. 195). Der „Bruderbund“ war lange vor dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow zerrüttet.

Die diplomatischen Beziehungen zu den USA waren durch die Weigerung der DDR, Wiedergutmachung an Israel zu leisten, stark beeinträchtigt. Weder ein Kultur- noch ein Handelsabkommen kamen zustande. Die Beiträge eines Workshops, der vom Heidelberg Center for American Studies veranstaltet wurde, untersuchen vor allem kulturelle Aspekte des ostdeutsch-amerikanischen Verhältnisses, etwa Kontakte von Wissenschaftlern (Jens Niederhut) oder von Vertretern der Herrnhuter Brüdergemeine (Hedwig Richter). Victor Grossman, einst Lektor bei „Seven Seas Books“ und Mitarbeiter John Peets beim „Democratic German Report“, berichtet über seine Eindrücke beim Leipziger Dokumentarfilmfestival. Weitere lesenswerte Abhandlungen befassen sich mit Amerikabildern in der DDR bzw. bei der DEFA (Dorothee Wierling und Peter Ulrich Weiß). Die willkürlich anmutende Auswahlbibliographie ist voller Fehler (z.B. Horwarth statt Howarth, Ash statt Garton Ash). Zudem irritieren Stilblüten, etwa im Text von Stefan Meinung über die Wiedergutmachungsfrage: Honecker galt als „Dreh- und Angelpunkt“, „gleichzeitig begannen sich Amerikas Juden neu zu erinnern“ (S. 59, S. 65).

Leider bleiben zentrale Fragen, die Konrad Jarausch aufwirft, unbeantwortet: Inwiefern kann man tatsächlich von einer „stillen Amerikanisierung“ (S. 29) der DDR-Gesellschaft als Gegenpol zur forcierten Sowjetisierung sprechen? Während der „American Way of Life“ auf viele in der DDR große Faszination ausübte, blieb in den USA das Interesse am ostdeutschen Teilstaat sehr gering. Der Anerkennungslobbyismus, den Ost-Berlin vor 1974 betrieben hatte (Philipp Matthes), war verpufft. Offenkundig war

das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis entgegen der These von Balbier und Rösch *nicht* „mehr als eine Fußnote“ (S. 11) in der Systemauseinandersetzung.

Hans-Georg Golz

Gangolf Hübinger, Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 255 S.

Wohl kaum eine soziale Gruppe hat im 20. Jahrhundert so viel Analyse, Kritik, Ablehnung und Anerkennung gefunden wie die der Intellektuellen. Noch immer wird über Standort, über Erfolg, Versagen, ja sogar Verrat gestritten. Ein neues Werk zu dieser Thematik muß also bei dem interessierten Publikum naturgemäß ein besonderes Interesse finden. Das Buch von Gangolf Hübinger scheint aber nur auf den ersten Blick den vielen Arbeiten über die Intellektuellen eine neue hinzuzufügen, denn schon im ersten Kapitel wird ausdrücklich betont, daß es um eine deutsche Intellektuellengeschichte geht, die sich sehr wohl substantiell von der französischen oder der angelsächsischen unterscheidet. Die Differenz beruht, das wird eindeutig herausgearbeitet, auf einer für Deutschland typischen Haltung, der zu Folge der Gebildete schon durch seine Position einen geachteten Status in der Gesellschaft erreichen kann, während in Frankreich (bis heute) die kritische Intervention und die Orientierung an überpositiven Werten wie den Menschenrechten und im angelsächsischen Raum die Streitkultur, die Macht des geschriebenen und gesprochenen Wortes den Intellektuellen charakterisiert, eine Person also, deren Wert und Einfluß damit offenbar mehr in ihrer gesellschaftlichen Interventionsmacht liegt.

In der deutschen Kulturtradition, so Hübinger, führt eine Besonderheit die Figur des Intellektuellen mit dem Gelehrten zusammen, die religiös imprägnierte Hochschätzung von Wissenschaft und wissenschaftlicher Bildung für die Gestaltung eines freien Gemeinwesens. Daher ist es folgerichtig, daß sich Hübinger auf die Figur des „Gelehrten-Intellektuellen“ konzentriert und diese mit sieben wissenschaftlichen und politischen Biographien illustriert, nämlich denen von Georg Gottfried Gervinus, Theodor Mommsen, Max Weber, Ernst Troeltsch, Rudolf Hilferding und Gustav Radbruch, wobei jeweils die politischen und wissenschaftlichen Kontroversen in fast 100 Jahren deutscher Geschichte, nämlich von 1848 bis 1930, analysiert werden. Von diesen Einzelanalysen wird dann auch der Frage nachgegangen, ob der von Jürgen Habermas beschriebene Strukturwandel der Öffentlichkeit eine Funktionsverschiebung für die Intellektuellen bedeutete. Hübinger kommt zu dem Schluß, daß die Gelehrten- Intellektuellen zwar individuell engagiert sind, ihre Bedeutung aber mehr und mehr darin besteht, als Experten in Gutachter- und Beraterstäben zu wirken.

Wer sich jemals mit jenem singulären deutschen Phänomen, nämlich der „Konservativen Revolution“ beschäftigt und die Kontroversen um ihre Bedeutung zur Kenntnis genommen hat, der wird das von der ansonsten biographisch angelegte Arbeit abweichende Kapitel über „völkische Bewegungen“ und „konservative Revolution“

(S. 161-177) zu schätzen wissen. Hier wird der kenntnisreiche und prägnante Nachweis geführt, daß die „konservative Revolution“ entgegen den Tendenzen, sie zu unterschätzen und, wie am Beispiel Oswald Spenglers gezeigt wird, vor allem Identifikationsbilder und festes Orientierungswissen lieferte. Damit gewann sie entscheidenden Einfluß auf ein bestimmtes politisches Milieu und die Formierung antirepublikanischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit. Mit der detaillierten Charakterisierung herausragender deutscher Gelehrten- Intellektuellen liefert Hübinger einen unverzichtbaren Beitrag zur Rolle und Geschichte der Intellektuellen überhaupt. Überdies: Wer sich für die Ideen- und Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts interessiert, dem muß dieses Buch unbedingt empfohlen werden.

Werner Abel

Youngok Kang-Bohr, Stalinismus in der ländlichen Provinz. Das Gebiet Voronez 1934-1943, Essen 2006 (*Klartext Verlag*), 301 S.

Brigitte Studer/Heiko Haumann (Hrsg.), Stalinistische Subjekte. Individuum und System in der Sowjetunion und der Komintern, 1929-1953, Zürich 2006 (*Chronos Verlag*), 555 S.

Peter Marx/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur, Köln/Weimar/Berlin 2006 (*Böhlau Verlag*), 269 S.

Den Stalinismus der dreißiger Jahre in einer landwirtschaftlich geprägten Region wie Voronez versucht Youngok Kang-Bohr in seiner Promotion zu rekonstruieren. Er beschreibt die Parteisäuberungen 1933-36, die Reaktionen der Opfer, die große Säuberung im Gebiet Voronez, das Schicksal obdachloser Kinder und Hinterbliebene der als „Volksfreunde“ gebrandmarkt Opfer (1934-39). Erschütternd ist, mit welcher Willkür (S. 250) vorgegangen wurde.

Brigitte Studer, bereits ausgewiesen durch eine Arbeit über „stalinistische Parteikader“ und „Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreißiger Jahre“, und Heiko Haumann vereinen in dem deutsch-französisch-englischen Aufsatzband 22 Beiträge zum Stalinismus der zwanziger und dreißiger Jahre. Schwerpunkte sind die gesellschaftliche Mobilisierung und individuelle Reaktionen, die Partei und der Terror, die Führungsmechanismen des Parteiapparates, Repräsentanten der Macht und Gewalterfahrungen. In der Summe gelangen die Autoren zu dem Schluß, der Stalinismus habe trotz allem die Subjektivität der Menschen mobilisiert und die Aneignung der Werte und Normen des Systems gefördert. Die Herausgeber versuchen mit diesem Band einen Paradigmenwechsel: weg von der Täter-Opferperspektive hin zu der Perspektive, den Stalinismus als Subjekt- und Identitätsmaschine zu begreifen.

Das vierte Symposium der Stiftung Ettersberg (Weimar) zum Thema „Der Kommunismus im Museum“ ist in dem Band „Woran erinnern?“ dokumentiert. Er vereint 16 Beiträge, die sich mit den Erinnerungen an die kommunistischen Diktaturen befassen. Dazu gehört das Kommunismusbild in der Bundesrepublik (Horst Möller), die Auseinandersetzung mit dem 17. Juni 1953 und dem Mauerbau (Bernd Faulenbach), das Bild

vom Nationalsozialismus in der Bundesrepublik (Hans-Ulrich Thamer), in der DDR (Günther Heydemann) und die Gedenkstätte in Buchenwald (Volkhard Knigge), aber auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die den größten Teil des Bandes ausmacht (mit Beiträgen von Günter Nooke, Marianne Birthler, Peter Maser, Rainer Eckert, Silke Klewin, Ehrhart Neubert und Joachim Gauck); aus ungarischer Perspektive kommen Mária Schmidt, aus polnischer Włodzisław Borodziej zu Wort. Auf der abschließenden Podiumsdiskussion, die gleichfalls dokumentiert ist, bilanziert Marianne Birthler den Zwischenstand der Kommunismus- und Stalinismus-Aufarbeitung. Danach weist im internationalen Vergleich „kaum ein anderes Land auf der Welt“ (S. 227) einen solchen guten Forschungsstand und eine solche öffentliche Wahrnehmung auf wie die in Deutschland.

Helmut Müller-Enbergs

Patrick Köllner/Matthias Basedau/Gero Erdmann (Hrsg.), Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionalismus im internationalen Vergleich, Frankfurt a. M. 2006 (*Campus Verlag*), 364 S.

Die Erforschung von parteiinternen Willensbildungsprozessen erfolgt in der deutschsprachigen wie internationalen Parteiensoziologie meist entlang des etablierten Schemas von Richard S. Katz und Peter Mair, das die Organisation von Parteien in die drei Parteiarenen öffentliche Ämter, Parteiführung und Mitgliederorganisation unterscheidet. Neben den parteilichen Satzungsregimes, dem territorialen Aufbau der Parteien sowie den Regelungen zur Parteienfinanzierung stehen allerdings nur selten programmatisch oder personenorientierte Gruppierungen und Strömungen als Faktoren der Willensbildung in Parteiorganisationen im Fokus der Betrachtungen. Dies verwundert um so mehr, als die Existenz von unterschiedlichen Faktionen in Parteien zum gängigen Alltagswissen gehört und beispielsweise gerade in Deutschland in Zeiten der Großen Koalition deren innerparteiliche Machtressourcen vermehrt offenbar werden. Lassen sich auf der Ebene von Einzelfallstudien inzwischen einige Untersuchungen innerparteilicher Faktionen finden (für Deutschland vor allem zu Bündnis 90/Die Grünen), so sind vergleichende Analysen des Phänomens bislang allerdings Mangelware.

Genau in diese Lücke stößt der äußerst lohnenswerte Band „Innerparteiliche Machtgruppen“ von Patrick Köllner, Matthias Basedau und Gero Erdmann. Dabei beschränken sich die Herausgeber nicht auf eine vergleichende Betrachtung faktionaler Erscheinungen in deutschen Parteien oder innerhalb der westlichen Parteiensysteme; sie stellen den Einzelfallstudien aus (West-)Europa (Conservative und Labour Party in Großbritannien, Democrazia Cristiana in Italien, CDU und Grüne in Deutschland) Beiträge über den Faktionalismus in afrikanischen (ANC in Südafrika, Parteiensysteme in Sambia und Malawi), asiatischen (Liberaldemokratische Partei in Japan, Parteiensystem in Indien) und einem lateinamerikanischen Parteiensystem (Uruguay) an die Seite. Gerade der Blick über den sonst in der Parteienforschung üblichen Tellerrand der westlichen Industrienationen eröffnet einen Analysezugang, der verallgemeinerbare Erkenntnisse

über den Fiktionalismus als „weltweites Phänomen“ verspricht. Mit dem in der sehr hilfreichen, systematischen Einleitung formulierten Anspruch, mit Hilfe eines von Köllner und Basedau entwickelten „einheitlichen Analyserasters verschiedene Erscheinungsformen, Funktionen, Ursachen und Auswirkungen des Fiktionalismus“ zu erfassen, ist zugleich die Struktur der einzelnen Beiträge bestimmt. Das durch das Analyseraster vorgegebene stringente Konzept des Bandes wird durch ein die empirischen Ergebnisse der Einzelbeiträge zusammenfassendes Kapitel am Ende konsequent abgeschlossen. Darin wird allerdings deutlich, daß innerparteiliche Faktionen zwar in allen Erdteilen und unabhängig vom Stabilitätsgrad des demokratischen Systems existieren, jedoch „ein recht ambivalentes Phänomen“ darstellen, das sowohl bezogen auf seine Ursachen wie auf die Auswirkungen stark kontextabhängig erscheint und deshalb verallgemeinerbare Aussagen darüber kaum möglich sind. Inwieweit sich Fiktionalismus daher als Gegenstand vergleichender Analysen überhaupt eignet, muß nach diesem lehrreichen und in seiner Fallauswahl Pionierarbeit leistenden Band somit bezweifelt werden.

Melanie Haas

Christopher Kopper, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2006 (*Hanser Verlag*), 432 S.

Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 327 S.

Unterordnung war nicht die Sache Hjalmar Schachts. Beim Lesen von Christopher Koppers Biographie des mächtigsten Reichsbankpräsidenten aller Zeiten staunt man über die Offenheit, mit der Schacht NS-Größen einschließlich Hitler kritisierte. Zugleich frappiert die Selbstüberschätzung des „Dr. Faustus“ (S. 272): Schacht glaubte noch 1941, in eigener Mission die Amerikaner auf Neutralitätskurs halten zu können. Woher kam das souveräne Auftreten? Gewandt beschreibt Kopper die unsicheren Familienverhältnisse, die anglophile Stimmung, den Willen zum Aufstieg (den ersten Job erhielt Schacht als „einziger Bewerber im Smoking“, S. 20) und die Kontakte, die Schachts Karriere beförderten – er wurde mit 32 Jahren Bankdirektor.

Was bei Kopper wie eine Vorgeschichte zum Dienst bei Hitler anmutet, ist in Wirklichkeit der erste von zwei Höhepunkten von Schachts Karriere: Schacht gilt zu Recht als Stabilisator des Weimarer Finanzsystems (ohne dass er selbst die Rentenmark erfunden hätte). Seine Maximen: Währungsstabilität, ausgeglichene Zahlungsbilanz und restriktive Kreditpolitik führten zur Verschnaufpause für die Weimarer Demokratie 1924-1929. Er nahm an allen Reparationskonferenzen teil, gewann beim Dawes-Plan Zeit für Deutschland und verlor beim Young-Plan die Nerven: Zwischen dem in Amerika verschuldeten Frankreich und der zunehmend nationalistischen deutschen Öffentlichkeit lavierte er erfolglos. 1930 trat er als Reichsbankpräsident zurück. Kritisch zeichnet Kopper die Annäherung Schachts an die NSDAP nach, die in Schachts zweiter

Amtszeit (1933-1939) gipfelte. In dieser Zeit finanzierte Schacht Hitlers Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung. Kopper zeigt den Zwiespalt: Schacht schützte jüdische Bankiers und Unternehmer, profitierte aber von der „Arisierung“ eines Münchner Kunsthandels. Konspiration mit dem Widerstand brachte ihn ins KZ; die Anklage in Nürnberg endete mit Freispruch. Kopper liefert einen Baustein zur Frage, inwieweit Freiheit im totalen Staat von persönlichem Mut abhängt. Joseph Goebbels hielt Schacht nicht für einen „wirklichen Nationalsozialisten“ (S. 307), nachdem Schacht vor der Reichswirtschaftskammer Sachsen erklärt hatte: „Ob mein Nachbar, der Jude, tüchtiger und billiger verkauft, das hat mit der Rassenfrage nichts zu tun“ (S. 286).

Unterordnung unter die Gemeinschaft ist der „Kitt“ der Kameradschaft, die Thomas Kühne beschreibt. So wie Kopper zur Personengeschichte des Dritten Reiches beiträgt, schließt Kühne mit der Analyse des soldatischen Lebens eine Lücke in der Mentalitätsgeschichte der NS-Zeit. Genauer: des I. und II. Weltkrieges, denn wie bei Kopper ist der Titel bei Kühne irreführend. Kühne skizziert die Radikalisierung des Begriffs „Kameradschaft“ von der Jugendbewegung, dem I. Weltkrieg und den Veteranenvereinen über die Idee der Volksgemeinschaft bis hin zum Vernichtungskrieg 1939-1945. Nach dem Zweiten Weltkrieg macht Kühne zunächst eine „Privatisierung“ (S. 209), dann eine „Stigmatisierung“ (S. 263) von Kameradschaft aus. In geschliffener Sprache entwickelt Kühne seine Kernthese: durch Kameradschaft wurde Gewalt vergesellschaftet, sie machte das Töten erträglich, weil sie die Schuld der abstrakten „Gruppe“ zuschiebt. Gemeinschaft entstand für ihn durch Normbruch. Fraglich ist, ob die fehlende individuelle Verantwortung einer vollkommenen Aufgabe des „Ich“ gleichkam. Gruppenzwang und persönliche Freiheit standen im Widerstreit. Kühne überschätzt den „christlichen Opfermythos“ (S. 28) und Kameradschaft als Ersatz für Ehe und Familie; er räumt ein, dass sich Soldaten nach Hause sehnten, und Frauen sie eben als Soldaten bewunderten.

Sebastian Liebold

Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewußt!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2006 (*Siedler Verlag*), 448 S.

Frank Bajohr/Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006 (*Verlag C.H. Beck*), 156 S.

In den vergangenen Jahren unternahm die zeitgeschichtlichen Forschung mehrfach den Versuch, Antworten auf die Frage zu finden: Was haben die Deutschen über die Verfolgung und Ermordung während der NS-Zeit gewußt? Sollten sich Peter Longerichs Argumente durchsetzen, hätte dies erheblichen Einfluß auf den Aussagewert der Quellen. Ungeschminkt konnten die Berichte deshalb nicht sein, weil das Regime nicht Einstellungen – also Grundüberzeugungen der Bevölkerung –, sondern Verhaltensweisen erhob. Die Berichte registrierten lediglich, was sich unter den Bedingungen der repressiven Diktatur als abweichendes Verhalten äußerte. In dem Maße, in dem sich die NS-

Herrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzte, wagten es immer weniger Menschen, sich offen und öffentlich zu äußern. War der Kritiker unvorsichtig und hatte sich aus Leichtsinn zu einer abfälligen Äußerung hinreißen lassen oder sprach er als Repräsentant eines Milieus oder einer Schicht – kirchengebundener Kreise, bürgerlicher Intellektueller? Zustimmung zu jüdenfeindlichen Maßnahmen konnten hingegen offen und ungefährdet geäußert werden. Ebenso unbekannt ist, in welchem Umfang die Menschen lernten, sich in einer Form zu äußern, die aus Sicht des Regimes gerade noch akzeptabel erschien. War das Motiv der Klage über die Zerschlagung von „volkswirtschaftlichen Werten“ während der Kurfürstendamm-Krawalle eine indirekte Mitleidsäußerung für die Juden oder materieller Egoismus?

Longerich kommt zu der gut begründeten These, daß die Berichte auch insofern „ideologisch“ waren, als sie dazu dienten, die nationalsozialistisch dominierte Öffentlichkeit nach der Volksgemeinschaftsideologie des Regimes auszurichten. Demnach war „Volksmeinung“ ein dynamischer Prozeß hin zu einer Ganzheit, an dem noch kleine, irrende oder „wesensfremde“ Gruppen zweifelten, aber dessen einheitliche Herstellung nicht zu bezweifeln war. Die Berichte warnten das Regime vor negativem Verhalten der Bevölkerung (etwa vor kleinen Gesten gegenüber den Juden), das dann sofort abgestellt werden mußte. Konsequenter interpretiert der Autor die Berichte nicht als Erhebungsinstrumente von authentischen Meinungen in der sozial vielfach zergliederten deutschen Gesellschaft, sondern als Manipulationstechniken zur Lenkung der öffentlichen Meinung im Sinne der sich radikalisierenden Judenpolitik des Regimes. Folglich gab es einen steigenden Grad an Übereinstimmung der „Volksgeossen“ mit dem Regime.

Die Frage nach dem Wissen der Deutschen vom Holocaust steht ausdrücklich nicht im Mittelpunkt des Beitrags von Frank Bajohr, weil er nicht Haltungen, sondern Handlungen im Kontext der sozialen Praxis der NS-Herrschaft untersucht. Dazu arbeitet er vier Determinanten heraus, die für das Verhalten der Deutschen bestimmend waren: den gesellschaftlichen und den politischen Antisemitismus, die Anpassung der Bevölkerung an die vom NS verlangte Norm, die persönlichen Vorteile durch Vertreibung und Bereicherung und letztlich die wachsende Zustimmung zur „erfolgreichen“ Führung Hitlers, welche die Akzeptanz der „Judenpolitik“ des Regimes zunehmend einschloß. In der Analyse des Verhaltens und seiner Periodisierung bis zur Kriegswende 1943 kommt Bajohr zu ähnlichen Ergebnissen wie Longerich. Die sich abzeichnende militärische Niederlage ließ kritische Stimmen gegen den Massenmord an den Juden zu Wort kommen, die Angst vor Bestrafung und schlechtem Gewissen offenbarten. Dieter Pohl schlussfolgert, daß die Rückwirkung der alliierten Androhung der Bestrafung der Tatbeteiligten auf die Entscheidungen der deutschen Führung relativ gering war. Allerdings ist von deutschen Verantwortlichen für die Kriegs- und Genozidverbrechen in Partei, Wehrmacht, SS und in den Ministerien vielfach ihre persönliche Angst vor einer drohenden Strafe durch die Alliierten überliefert. Diese Studie zeigt erste Wechselwirkungen von Schuld und Vergeltungsangst.

Rainer Erb

Oliver Marchart/Rupert Weinzierl (Hrsg.), *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme*, Münster 2006 (*Verlag Westfälisches Dampfboot*), 211 S.

Der Band ging, wie die Herausgeber eingangs schreiben, aus einem Workshop im Dezember 2004 im Rahmen eines Forschungsprojektes „zum Demokratisierungspotential neuer Protestformationen“ hervor. Dies mag die teils sehr spezifischen Fragestellungen der einzelnen Beiträge zu erklären. Grundlegende Fragestellungen werden am ehesten im ersten Teil („Zum Stand der Bewegung“) behandelt. Was die Herausgeber in ihrem Vorwort mit Stichworten wie „Gegen-Hegemonie“ oder einem Verständnis von der Antiglobalisierungsbewegung als „emanzipatorischem Protest“ zu erkennen geben, wird im zweiten Teil des Bandes („Protest und radikale Demokratie“) noch deutlicher. Unter den zwei Hauptströmungen der Bewegung, der „reformistischen“ und der radikalen, auf „eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft“ hin orientierten (Joachim Hirsch, S. 96), neigt das Buch in seiner Gesamtheit dem letzteren Spektrum zu. Von daher ist eine ideologische Einseitigkeit des Buches unverkennbar.

Es fällt auf, daß der Aspekt der Gewalt, daß die gewaltsamen Proteste gegen die Gipfeltreffen der G8-Staaten, die es eigentlich waren, die die Bewegung in den Blickpunkt der Medien und damit der Öffentlichkeit rückten, keine Erwähnung finden. In ihrer Einführung schreiben Marchart und Weinzierl lapidar, daß über „eine Reihe von spektakulären Protestereignissen – beginnend spätestens mit Seattle 1999 – [...] es dieser Bewegung gelungen“ sei, „sich massenmediale Aufmerksamkeit zu sichern“ (S. 7).

Die überwiegend sehr spezifischen Fragestellungen des dritten Teiles („Theorie und Kritik der Bewegung“) lassen erkennen, daß die Beiträge nicht für Laien geschrieben sind. Das Buch scheint sich insgesamt an mit der Materie vertraute Sympathisanten der Protestbewegungen zu wenden und dabei offenkundig besondere Kenntnisse vorauszusetzen, wie die Verwendung nicht erklärter Abkürzungen und Begriffe zeigt; was ist für den politisch interessierten Normalbürger „indymedia.uk“? Zudem macht ein typisch linksintellektueller Schreibstil verschiedene Beiträge schwer lesbar: „Kritik wirkt erst dann, wenn sie sich in der ontischen Nichtung des Kritisierten finalisiert und so seine im Ausgang von jenem gegründete Zurück-Verwiesenheit auf es nachhaltig verunmöglicht“ (Beitrag von Jens Badura, S. 150).

Das Buch ist ein Beitrag von Insidern für Insider. Trotz auch kritischer Anmerkungen setzen die Autoren mit der Antiglobalisierungsbewegung auf eine Zukunft und Chancen für „emanzipatorische“ Entwicklungen. Ob dieser – ungeachtet unbestreitbarer und wesentlicher Unterschiede zu bisherigen sozialen Bewegungen – das typische Schicksal von Aufschwung, Höhepunkt und Niedergang erspart bleiben wird, ist noch keineswegs ausgemacht.

Bettina Blank

Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Peter Thiery, Defekte Demokratie, Bd. 2: Regionalanalysen, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 485 S.

Im Jahr 2003 veröffentlichte die Heidelberger Forschergruppe um den Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel mit ihrer theoretischen Konzeption defekter Demokratien den bisher gelungensten Versuch zur systematischen Einordnung politischer Systeme zwischen funktionierenden Demokratien und Diktaturen. Die fünf zentralen Merkmale demokratischer Herrschaft – Wahlen, politische Freiheit, Gewaltenverschränkung, bürgerliche Freiheit und effektive Regierungsgewalt – wurden darin umfassend operationalisiert und – je nach Stärke und Schwäche der einzelnen Defekte – den verschiedenen Typen defekt-demokratischer Staaten zugeordnet (exklusive, delegative, illiberale und Enklaven-Demokratien).

Die großen Erwartungen an den im Mai 2006 erschienen zweiten Band mit Fallbeispielen für defekte Demokratien in verschiedenen Weltregionen wurden gleichermaßen erfüllt und enttäuscht. Statt einen Überblick zur Verfaßtheit aller defekt-demokratischen Staaten zu geben, untersuchen die Autoren jeweils drei unterschiedlich entwickelte Staaten Lateinamerikas, Ostasiens und Osteuropas. Die empirischen Analysen über Ursachen, Erscheinungen und Entwicklungen in diesen Staaten wurden aufwendig recherchiert und detailreich beschrieben. Doch unter der qualitativen Tiefe leiden zwangsläufig die quantitativen Ergebnisse – beispielsweise welcher defekt-demokratische Regimetyp in bestimmten Regionen vorherrschend ist. Auch die Auswahl der Fallbeispiele scheint fragwürdig. Für Osteuropa wurden mit der Weltmacht Rußland, der erst seit 1993 unabhängigen Slowakei sowie Albanien drei zweifellos interessante, aber wenig idealtypische Staaten untersucht. Der Gesamtheit an Ausprägungen von defekten Demokratien im Allgemeinen und in den ehemaligen Sowjetrepubliken im Speziellen wird die Methode des *most different systems design* nur ansatzweise gerecht.

Ferner wird die im Theorieband vorgelegte Skalierung für defekte Demokratien bei den einzelnen Länderstudien kommentarlos vernachlässigt. Jeder Teilbereich von Demokratie wurde – je nach Schwere des Defektes – in Kategorien von 0 (Teilregime nicht wirksam), 1, 2, 3 (starker, mittlerer oder leichter Defekt) bis 4 (kein Defekt) eingestuft. Im Praxistest verzichten die Autoren auf diese Differenzierung, unterscheiden in den Einzelkategorien lediglich signifikant vorhandene von nicht vorhandenen Einschränkungen. Das ist für die Beantwortung der Frage nach dem Ausmaß der demokratischen Defekte eines Staates äußerst bedauerlich.

Zudem vermochten es die Autoren nicht, das bereits in Band 1 aufgetauchte Hauptproblem ihrer Theorie im Praxistest auszuräumen: Sie betrachten Staaten als geschlossene Systeme und vernachlässigen somit äußere Einflußfaktoren. Doch die demokratischen Defekte in den ehemaligen Sowjetrepubliken entstanden gerade deshalb, weil Rußland die dortigen Machthaber wirtschaftlich, militärisch und finanziell protegierte, statt das Risiko demokratischer Machtverschiebung einzugehen und dadurch mit weniger hilfreichen Partnern auskommen zu müssen. Solange dieses theoretische Defizit bleibt, kann das Buch lediglich als Zwischenschritt zum standardisierten Entwurf für

die Bestimmung und Messung defekter Demokratien gelten. Nur unter Berücksichtigung der internationalen Verflechtungen, auf einer breiteren empirischen Grundlage von mehr Länderstudien und längerfristig vergleichenden Ergebnissen zur Untersuchung von demokratischen bzw. undemokratischen Entwicklungstendenzen in den einzelnen Staaten, wird der Heidelberger Ansatz Leistungsfähigkeit beweisen und die Konzeption einen festen Platz in der empirischen Demokratieforschung finden können.

Tom Thieme

Herfried Münkler, Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Göttingen 2006 (*Verlag Velbrück Wissenschaft*), 397 S.

Mit seinem Bestseller „Die Neuen Kriege“ gab Herfried Münkler 2001 Orientierung in einer von Verunsicherung geprägten Zeit. In der Aufsatzsammlung „Der Wandel des Krieges“ verdichtet der Autor nun seine Beobachtungen asymmetrischer Konflikte zu Gesetzmäßigkeiten. Zur „Verteidigung und Präzisierung des Theorems der ‚neuen Kriege‘“ sucht Münkler die Auseinandersetzung mit Martin van Creveld, der 1991 mit „The Transformation of War“ die „radikalste Neuinterpretation bewaffneter Konflikte seit Clausewitz“ (Untertitel) vorzulegen trachtete. Münkler sieht Carl von Clausewitz’ „Vom Kriege“ mißverstanden. Ausgehend von dessen Konzepten und Begrifflichkeiten entwickelt Münkler deshalb eine eigene Theorie vom Kriege, genauer gesagt, vom asymmetrischen Krieg. Sie ist zugleich eine Antwort auf Clausewitz, auf Crevelds Kritik an Clausewitz und auf die Kritik an Münklers „Die Neuen Kriege“.

Deshalb kehrt Münkler zum Ausgangspunkt früherer Überlegungen zurück: Entstehung und Geschichte des Staatenkriegs. Clausewitz’ Maßstäbe werden anhand eines Fallbeispiels verdeutlicht. Zielpunkt dieser „Kleinen Geschichte des klassischen Krieges“ ist indes die Frage nach der Abschaffbarkeit des Krieges, dieser Hoffnung nach einem „Ende der Geschichte“. Die Integration der Atombombe in das Arsenal moderner Armeen sei der ultimative Beweis für Wandel, nicht Abschaffung des Krieges. Seiner Vision der „Kriege des 21. Jahrhunderts“ schickt Münkler einschränkende Bemerkungen über die Prognostizierbarkeit von Perception und daraus folgendem Akteursverhalten voraus. Analytische Beschreibungen und Plausibilitätsannahmen erlaubten dennoch, den Maßstab der Asymmetrie zu entwickeln und als prägend für das Konfliktgeschehen in Gegenwart und Zukunft anzusehen.

Münkler wäre nicht Münkler, bliebe er stehen bei der Theorie. Während die Abschnitte eins („Symmetrische Kriege“) und zwei („Asymmetrische Kriege“) die Merkmale des eben nicht – wie noch 2001 im Titel „Die Neuen Kriege“ behauptet – neuen asymmetrischen Konflikts beschreiben, beleuchtet Münkler im Abschnitt drei „Handlungsoptionen für eine Deutsche und Europäische Sicherheitspolitik“. Diese Dreiteilung, beschreibe jene „Denkbewegung, die eine umsichtige Friedens- und Kriegsforschung prinzipiell zu vollziehen hat“. Münklers Radius reicht von moralphiloso-

phischen Betrachtungen über den „gerechten Krieg“ über die Folgen asymmetrischer Kriegführung für die innere Verfaßtheit von Gesellschaften bis hin zur Frage, ob unsere „postheroischen“ westlichen Gesellschaften überhaupt im Stande sind, die asymmetrische Herausforderung durch heroische Gemeinschaften zu bestehen.

Die praktischen Folgen für sicherheitspolitische Institutionen streift Münkler nur; die Überschrift („Handlungsoptionen“) wird Abschnitt drei kaum gerecht. Auch die Rückverweise auf Clausewitz'sche Konzepte sind, oftmals merklich dünn. Der Autor legt keine geschlossene Lehre „Vom asymmetrischen Kriege“ vor, wohl aber eine äußerst bedenkenswerte Sammlung von Einsichten in das Konfliktgeschehen unserer Zeit. Münkler zeigt kompetent Konstellationen, Bruchlinien und deren Wirkungen auf, ohne Antworten zu geben. Es bleibt das immense Verdienst, prägnanter als etwa Creveld Faktoren für Erfolg und Mißerfolg in der Auseinandersetzung mit asymmetrischen Akteuren beschrieben zu haben.

Johannes Urban

Yassin Musharbash, Die neue Al-Qaida. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerks, Köln 2006 (*Kiepenheuer & Witsch*), 299 S.

„Al Qaida“ war vor dem 11. September 2001 den meisten Menschen in Deutschland unbekannt. Die Anschläge in New York und Washington markierten eine Zäsur in der Wahrnehmung eines Phänomens, das außerhalb der westlichen Welt längst tausende Tote Menschen verursachte. Folgeanschläge, Bundeswehreinätze, versuchte Anschläge in Deutschland und die Aussagen der Sicherheitsbehörden, Deutschland gehöre zu einem weltweiten Gefahrenraum, konkretisieren auf einer dramatischen Art jene abstrakte Idee, die in den Bergen Afghanistans unter der Überschrift „Islamistische Weltfront gegen Juden und Kreuzfahrer“ entstand. Die Menschen im Westen konnten und können diese Entwicklung nicht verstehen, so daß sich verschwörungstheoretische Abhandlungen einen unerschöpflichen Absatzmarkt sicherten. Das Buch von Yassin Musharbash wirkt dem aus vielerlei Hinsichten entgegen. Es liefert einen bedeutsamen Einblick in laufende wissenschaftliche Diskussionen über den Islamismus, begnügt sich jedoch nicht damit. Es ist mit der Feder eines Journalisten geschrieben, der es weiß, seine Leser zu binden und ihnen gut portionierte Informationen zu liefern, die das Erschließen eines komplizierten Sachverhaltes ermöglichen.

Als Kenner des Nahen und Mittleren Ostens und vor allem der islamischen Psyche erläutert Yassin Musharbash in einem Drei-Phasen-Model die Entwicklungsgeschichte von Al-Qaida, um den Blick auf die dritte Generation zu lenken. Jene Generation besteht aus jungen Islamisten, „die nie in irgendeinem Al-Qaida-Camp gewesen waren.“ Sie bekommen ihre Ausbildung in virtuelle Trainingscamps, betätigen sich ehrenamtlich in einem Netzwerk, und tragen dadurch dazu bei, daß sich dieses Netzwerk kreativ entwickelt. Die Cyberwelt bietet ihnen jene Kommunikationsebene, die ihre übergeord-

nete kollektive Identität als „Instant-Mudschahidin“ im globalen Kampf für die Umma gegen den Weltunglauben festigt. Al-Qaida nutzt das Internet nicht nur als weltweites Werkzeug zur Verbreitung ihrer Ideologie, vielmehr simuliert das Internet durch Chatforen und E-Publikationen eine geschlossene Welt gleichgesinnter Gläubiger, die sich gegenseitig in ihrem Hass hochschaukeln. Junge Menschen werden aus ihrem Umfeld herausgelöst und darauf eingeschworen, für ihren Glauben zu kämpfen. Der Schritt zum Fanal ist nur noch eine Frage des Machbaren, eine individuelle Entscheidung im Geiste von Al-Qaida. Das verdeutlicht Musharbash durch die Schilderung von Islamisten-Lebensläufen aus Europa, Afghanistan und der arabischen Welt. Diese baut er gekonnt in seine Analyse ein, um die richtige Schlußfolgerung zu treffen, wonach die Frage, wer oder was Al-Qaida sein wird, von Sympathisanten im Internet und nicht von Bin Laden entschieden wird. In seinen sechs Kapiteln liefert das Buch auf knapp 300 Seiten eine gelungene Analyse und trägt dazu bei, Rahmenbedingungen und Mechanismen, die zum Erstarken von Al-Qaida führen, zu verstehen.

Marwan Abou-Taam

Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 581 S.

Jürgen Mittag (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation*, Essen 2006 (*Klartext Verlag*), 810 S.

Schreitet die inhaltliche und strukturelle Angleichung europäischer Parteien voran? Dieser Thematik nehmen sich zwei voluminöse Sammelbände an. Der aus einer Konferenz des Arbeitskreises für Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft hervorgegangene Band über die Parteiensysteme Westeuropas glänzt durch die Einheitlichkeit und Systematik seiner detaillierten Beiträge. Fragen nach Konzentrations- und Zersplitterungstendenzen, Koalitionsfähigkeit und Legitimität sowie nach Veränderungen der Parteimitgliedschaften werden einzeln für alle ehemaligen EU-15-Staaten sowie die wichtigen Nicht-EU-Mitglieder Island, Norwegen und die Schweiz beantwortet. Das kleine Liechtenstein fand durch Wilfried Marxer Berücksichtigung, für die parlamentarischen Demokratien Andorras, Malta, San Marino und Zypern konnten hingegen keine geeigneten Länderexperten gefunden werden.

Nach den Länderstudien geht es um das Parteiensystem der Europäischen Union im Ganzen (Torsten Oppelland), die Kabinettsstabilität in Westeuropa von 1945 bis 1999 (Thomas Saalfeld) und die Parteifinanzierung (Hiltrud Naßmacher). Am Ende behandelt Richard Stöss die rechtsextremistischen Parteien in Westeuropa unter dem Blickwinkel der Typenbildung, der Einstellungen sowie der ideologischen Intensität. Eigens untersucht er die prinzipielle Erfolgslosigkeit rechtsextremistischer Parteien in Deutschland. Kontinuität und Stabilität herrsche im Parteiensystem vor, u.a. deshalb, weil das etablierte Parteienangebot von links bis rechts ein breites ideologisches Spektrum abdecke: „Der Bedarf an rechtsextremen Parteien ist gering. Aber auch der Rechtsextre-

mismus selbst erfüllt nicht die für Westeuropa gültigen Erfolgskriterien. [...] Die NPD hat wegen ihrer neonazistischen Prägung und ihrer Vernetzung mit den gewaltbereiten Subkulturen schon gar keine Chance, die Repräsentationshürde auf der nationalen Ebene zu überwinden“ (S. 557).

Das von Jürgen Mittag herausgegebene Buch widmet sich stärker den grenzüberschreitenden Interaktionen politischer Parteien und ist insofern ergänzend. Nach breiten politikwissenschaftlichen und historischen Herleitungen liegt der Schwerpunkt auf der Etablierungsphase transnationaler Parteienkooperation sowie die als solche unterstellte Professionalisierungsphase zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Janosch Steuwer arbeitet in seinem Beitrag mit der Problemstellung „Rechtsextremismus und Europa – verkehrte Welten?“ die Entwicklung des europäischen Rechtsextremismus seit 1945 heraus. Die Euro-Rechte charakterisiert sich weniger durch eine gemeinsame Programmatik als vielmehr durch gemeinsame Anti-Haltungen. Folglich blieb ihre Verbindlichkeit der transnationalen Zusammenarbeit gering und wird es wohl auch weiter bleiben.

Florian Hartleb

Elisabeth Noelle-Neumann, Die Erinnerungen, München 2006 (*Herbig Verlag*), 319 S.

Die „Pythia vom Bodensee“ hat in ihrem neunzigsten Lebensjahr Erinnerungen vorgelegt. Elisabeth Noelle-Neumann, die bereits vor über 50 Jahren (1953 und 1957) zweimal auf dem „Spiegel“-Titelbild verewigt wurde, kommt das Verdienst zu, die Meinungsforschung in der Bundesrepublik maßgeblich geprägt zu haben. Bereits 1940 wurde sie mit einer Arbeit über „Amerikanische Massenbefragungen für Politik und Presse“ unter der Ägide von Emil Dovifat promoviert, nachdem sie bei einem Aufenthalt in den USA von den Repräsentativumfragen George Gallups fasziniert war. 1947 gründete sie mit Erich Peter Neumann das Institut für Demoskopie Allensbach, ab 1964 lehrte sie in Mainz Publizistik.

Elisabeth Noelle-Neumann war keine Widerstandskämpferin, aber wahrlich auch keine Nationalsozialistin. Mehrfach empört sie sich in den Memoiren über die nicht nachlassenden Anwürfe, zumal aus den USA. Dabei macht sie keinen Hehl aus ihrer Auffassung, sie sei bei ihrem einzigen Treffen mit Hitler von seinem Charisma angetan gewesen. „Man kann den Aufstieg Hitlers, die Geschichte des Dritten Reiches und die Treue von Hitlers Gefolgschaft bis zum Ende nicht verstehen, wenn man diese Doppelseichtigkeit des Diktators ausblendet, diese verführerische Mischung aus scheinbar Gutem und Bösen“ (S. 35). Die selbstbewußte Autorin, die im Dritten Reich Journalistin war (u.a. bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, beim „Reich“ und bei der „Frankfurter Zeitung“), schreibt durchweg kurzweilig. Sie nimmt kein Blatt vor den Mund. Im Gegensatz zu vielen Memoirenschreibern ist sie nicht auf Harmonie bedacht, beschreibt auch höchst unangenehme Dinge. Sie schildert etwa, wie ihr erster Mann Erich Peter Neumann „vollkommen betrunken“ (S. 242) im Fernsehen auftrat. Aber das ist so erzählt, daß beim Leser nicht das Gefühl aufkommt, Häme sei Ihr Motiv.

Den Erinnerungen merkt man den Enthusiasmus der Autorin für die Demoskopie an. Immer wieder stellt sie deren Bedeutung heraus. So heißt es, die Umfragen in den siebziger und achtziger Jahren hätten gezeigt, daß die Westdeutschen weiterhin für die deutsche Einheit waren – trotz einer eher anders ausgerichteten öffentlichen Meinung. Ihre Theorie von der „Schweigespirale“ kommt in den Memoiren ausgiebig zur Sprache: Da Menschen soziale Isolation fürchten, halten sie sich mit bestimmten Äußerungen zurück, wenn sie Widerspruch spüren. Hingegen vertreten jene besonders lautstark ihre Position, die das Gefühl haben, dadurch Anerkennung zu finden. So führt die Entwicklung zu einem Spiralprozeß – jedenfalls bei moralisch aufgeladenen Themen. Im Jahre 1980 kam die erste einschlägige Buchveröffentlichung heraus. Wie Noelle-Neumann zeigt, rief die Theorie der Schweigespirale in Deutschland heftige Reaktionen hervor – zumeist negative. Noelle-Neumann hatte den Einfluß der Medien für die knappe Wahlniederlage der Union 1976 verantwortlich gemacht. In ihrem Buch führt sie als Beleg der Richtigkeit der Schweigespirale auch die Studentenunruhen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre an. Eine aktive Minderheit hatte größeren Einfluß als eine schweigende Mehrheit. Die Studentenbewegung nimmt Noelle-Neumann zum Anlaß, um die These aufzustellen, daß die Kampagnen gegen sie zum Teil von der DDR gesteuert waren. Die Belege, die sie dafür anführt, sind allerdings dürftig. Die Empirikerin argumentiert hier recht empiriefremd, wie überhaupt auffällt, daß sie – den Memoiren zufolge – oft auf ihre Eingebungen hört, weniger empirischen Befunden Glauben schenkt. Gleichwohl handelt es sich um aufschlußreiche Erinnerungen, die viel über die Gefährdungen der Demokratie aussagen und nicht nur um die eigene Person kreisen.

Eckhard Jesse

Ernst Nolte, Die Weimarer Republik. Demokratie zwischen Lenin und Hitler, München 2006 (*Herbig Verlag*), 427 S.

In vier Kapiteln wird Verlauf und Scheitern der Weimarer Republik abgehandelt. Das geschieht weitgehend ohne Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Forschung. Dem Autor kommt es vielmehr auf den Gesamtzusammenhang an, den banale Details nur verstellen können. Er leuchtet ihn zu Beginn in den „Präfigurationen“ aus, später in der „engagierten Reflexion“ auf mehr als hundert Seiten Text. Die Vorgeschichte der Republik mit Weltkrieg und Niederlage und dem Ergebnis der „Zusammenbruchsrevolution“ ist für Nolte kein adäquater Auftakt. Die wirkliche Vorgeschichte sieht er in der Kommune von 1871 und der Oktoberrevolution von 1917 mit all ihren Bestialitäten. Ein entschiedenes Urteil von Sebastian Haffner aus Apo-Zeiten bestärkt ihn in seiner Haltung: „Der wirkliche Rächer der Kommune heißt Lenin“ (S. 385). Das Geschehen in Rußland bedeute die zentrale Weichenstellung in der Geschichte Europas. Denn dort entwickelte sich der „Kampf zweier Absolutismen“, nämlich zwischen dem des Kapitalismus und dem „neuartigen“ Absolutismus „der Vernichtung der Juden“. Dies he-

rauszuarbeiten sei wichtiger als die „Herausstellung von bloß-politischen Ereignissen“ (S. 48). Die „engagierte Reflexion“ empfiehlt er nur für die „anspruchsvollen“ Leser. Damit ist eine „prononcierte Reflexion“ gemeint, die der intellektuellen Wandlungsfähigkeit der von ihm zitierten Autoren Rechnung trägt. Was kommt dabei heraus? Nichts anderes, als daß Rathenaus Wort von den Juden als „asiatischer Horde auf märkischem Sand“ wieder hervorgeholt oder eine extrem judenfeindliche Tagebuch-Notiz von Thomas Mann zitiert wird, die einen Stamplatz im „Stürmer“ erhalten hätte, wenn sie schon damals bekannt gewesen wäre.

Zum Schluß vernehmen wir das Diktum, die Weimarer Republik sei „zwischen Lenin und Hitler zerrieben“ worden. Das ist ebenso schief wie die Erkenntnis, daß Hitlers Nationalismus „eine potentiell internationale Rassenkonzeption“ gewesen sei, während „Lenins Internationalismus [...] gegen die Welttendenz Stellung nahm, die heute ‚Globalisierung‘ genannt wird“ (S. 350). Die Kontrahenten Hitler und Thälmann „stellten das Verhältnis zu dem von Lenin gegründeten Ideologiestaat Sowjetrußland in die Mitte ihres Denkens und ihrer Empfindungen“ (S. 223). Das trifft für Hitler mit Sicherheit nicht zu. Das Buch zeigt, daß die ideologisch fixierte Sicht Noltes keine neuen Erkenntnisse zur Weimarer Republik vermitteln kann.

Henning Köhler

Robert O. Paxton, Anatomie des Faschismus, München 2006 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 433 S.

„Zum Thema Faschismus sind Sturzbäche von Tinte geflossen“ (S. 322). Daher stellt sich sogleich die Frage, welchen neuartigen Gesichtspunkt Paxton in seiner Monographie beleuchten möchte. Ziel des Essays sei es, einen schlüssigen Faschismusbegriff herzuleiten. Nicht die programmatischen Aussagen, sondern das Handeln der Faschisten solle im Vordergrund der Analyse stehen, da der Faschismus im Gegensatz zu allen anderen politischen Strömungen „nicht explizit auf einem elaborierten philosophischen System“, sondern „auf populären Gefühlen“ (S. 30) beruht habe. Der einzige universelle Wert des Faschismus sei der „Erfolg auserwählter Völker in einem darwinistischen Kampf um die Vorherrschaft“ (S. 36) gewesen. Paxton löst die offenbaren Widersprüche zwischen der Programmatik und dem Handeln der Faschisten zu Gunsten des Letzteren auf. Es ist aber fraglich, ob aus den phasenweise vorhandenen Verstößen der Faschisten gegen eigene programmatische Grundsätze auf eine generelle philosophische Gehaltlosigkeit des Faschismus geschlossen werden kann. Hitler und Mussolini waren nach ihrer Machtübernahme zu taktischen Rücksichtsmaßnahmen auf die Gruppen der alten Führungsschicht gezwungen. Daß Hitler, wenn er frei von diesen institutionellen und gesellschaftlichen Widerständen agieren konnte, sehr wohl fähig und willens war, seine Programmatik in die Tat umzusetzen, beweist nicht zuletzt die geschilderte Vernichtungspolitik Hitlers in den besetzten osteuropäischen Ländern.

Ein großes Verdienst der Studie Paxtons liegt in der empirischen, länderübergreifenden Betrachtung des Faschismus „in Aktion“. Auch die Unterteilung der Analyse in

fünf Entwicklungsphasen (Entstehen einer faschistischen Bewegung, Verwurzelung im politischen System, Übernahme der Macht, Machtausübung, langfristige Entwicklung) ist plausibel. Gemäß dieser Unterteilung kommen in den folgenden Kapiteln die geistigen Wurzeln und das politische Handeln des Faschismus zwischen den beiden Weltkriegen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Italien, Spanien und Ungarn zur Sprache. Dabei konzentriert sich Paxton zunehmend auf Deutschland und Italien, weil nur in diesen beiden Staaten genuin faschistische Regime an die Macht gelangt seien. Die spanische Diktatur Francos und das Regime Horthys in Ungarn werden dagegen als autoritäre Diktaturen eingestuft, da sie im Gegensatz zu den faschistischen Diktaturen nicht das Ziel verfolgten, „die Privatsphäre ihrer Untertanen auf Null zu reduzieren“ (S. 316). Das Verdienst dieser Monographie besteht darin, den Forschungsstand für die europäischen Länder in der Zwischenkriegszeit übersichtlich dargestellt zu haben. Neue, eigene Forschungsergebnisse lassen sich kaum ausfindig machen, vielmehr wird Bestehendes neu akzentuiert. Bei der Machterlangung der Faschisten seien „konservative Komplizenschaften“ (S. 147) entscheidend gewesen: Die „konservativen Führungsfiguren“ hätten den Faschisten fahrlässig die Macht im Staat in die Hände gespielt. Die schuldhaftige Verstrickung der Konservativen wird als besonders gravierend empfunden, da eine faschistische Partei sonst nicht an die Macht gelangt wäre. Jedoch sind totalitäre Diktatoren im 20. Jahrhundert auch gegen den Willen der herrschenden Elite an die Macht gekommen, ja sie haben diese sogar vernichtet, so etwa die Kommunisten während der russischen Oktoberrevolution 1917. Warum sollte ein solcher Weg für eine faschistische Partei überhaupt nicht gangbar sein? Paxton bleibt eine Erklärung dafür schuldig.

In einem weiteren, knapp fünfzig Seiten umfassenden Kapitel wird in einer Tour d'Horizon die weltweite Entwicklung der faschistischen Parteien und Bewegungen in der Zeit nach 1945 geschildert. Tatsächlich würden in vielen Demokratien Formen des Faschismus in einem ersten Stadium existieren, also rechtsextreme Parteien. Insgesamt gibt Paxtons „Anatomie des Faschismus“ einen guten vergleichenden Überblick über die Entwicklung des Faschismus im 20. Jahrhundert, mehr nicht.

Franz Egon Rode

Tim Peters, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 230 S.

Die Dissertation von Tim Peters, für diese Publikation aktualisiert, stellt ohne Zweifel eine gründliche und bedenkenswerte Arbeit dar, die auch und insbesondere für Kritikerinnen und Kritiker seiner extremismustheoretischen Methode und seiner Schlußfolgerungen eine wichtige Grundlage konstruktiver Auseinandersetzungen mit der Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Politik sein kann. Die wissenschaftliche, theoretische und politische Basis der Studie ist erklärtermaßen eindeutig: Extremismustheorie,

Totalitarismuskonzept, klare, zum Teil apologetische Dominanz der Quellen aus diesen Bereichen sowie des Umfelds seines Doktorvaters Eckhard Jesse, der Adenauerstiftung und anderer PDS-kritischer Institutionen und Wissenschaftler. Die empirische Analyse von Primärquellen kommt dagegen zu kurz. Aber Tim Peters gelangt dennoch zu einer differenzierten und auch aus meiner Sicht weitgehend seriösen Analyse. Die Extremismustheorie verengt zwar den Blick auf die gemeinsamen Züge, Wesensmerkmale und Erscheinungen von Links- und Rechtsextremismus und ignoriert oder relativiert zwangsläufig die grundsätzlichen Differenzen, sie hat aber den Vorzug, die tatsächlichen Defizite und Gefahren eines unreflektierten, undemokratischen und antifreiheitlichen Antifaschismus um so kenntlicher zu machen. Das gelingt dem Autor. In dieser Hinsicht, obwohl natürlich nicht für die PDS geschrieben, wäre sein Buch eine notwendige Anregung für die weiterhin erforderliche Auseinandersetzung der PDS bzw. der neuen Linkspartei mit ihrer Geschichte, für die Diskussion ihrer aktuellen politischen Strategie und ihr Verhältnis zu den anderen demokratischen Parteien. So jedenfalls habe ich dieses Buch mit Gewinn gelesen.

Ich will aber auch nicht verhehlen, daß ich einige Analysen und Schlußfolgerungen für prinzipiell falsch halte. So wird meiner Meinung nach die Definition des politischen Extremismus als Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat zwar wesentlichen Merkmalen auch eines linken Extremismus gerecht, blendet aber den für die meisten rechten extremistischen Strömungen verbindlichen Nationalismus aus. Der Autor fordert zu Recht klare Unterscheidungen zwischen faschistischen, rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien und Positionen, differenziert überzeugend zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und beispielsweise dem italienischen Faschismus, bezeichnet dann aber den „linksextremistischen Antifaschismus“ als „Linksfaschismus“. Angesichts der auch im demokratischen deutschen Parteienspektrum nicht seltenen Vorliebe, politische Gegner in eine faschistische oder nationalsozialistische Tradition zu stellen, sind solche Definitionen alles andere als hilfreich. Mein wichtigster Kritikpunkt betrifft jedoch die zentrale Feststellung, die Ablehnung des „Neoliberalismus“ bzw. „Wirtschaftsradikalismus“ durch die PDS sei ein Angriff auf die soziale Marktwirtschaft. So recht Peters hat, wenn er Einseitigkeit und Fundamentalismus in manchen PDS-Dokumenten kritisiert, Neoliberalismus wird in der PDS primär und eindeutig als Abkehr vom Konzept der sozialen Marktwirtschaft verstanden. Die PDS will sicherlich über die soziale Marktwirtschaft hinausgehen und orientiert sich eher am Sozialstaatskonzept, aber aktuell versteht sie sich als Partei, die sich gezwungen sieht, den sozialen und demokratischen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft zu verteidigen. Alles in allem: ein streitbares Buch, über das demokratisch gestritten werden sollte – auch und gerade in der PDS.

André Brie

Kurzbesprechungen

Boris Reitschuster, Putins Demokratie. Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt, Berlin 2006 (*Econ*), 332 S.

Anna Politkovskaja, In Putins Rußland, Köln 2006 (*Dumont Literatur und Kunst Verlag*), 314 S.

Selten hat man die Gelegenheit, zwei Bücher zu einem Thema zu lesen, die von den Autoren mit solch unterschiedlichen Schicksalen, kulturellen Hintergründen und weltanschaulichen Überzeugungssystemen verfaßt wurden, wie es bei Anna Politkovskaja und Boris Reitschuster der Fall ist. Die Texte wurden für den „Westen“ geschrieben. Zwar schildern sie sehr ähnliche Entwicklungen, unterscheiden sich aber in Schreibweise und Argumentationsmustern. *Putins Demokratie* und *(In) Putins Rußland* sind geprägt von den totalitären Zügen und Geheimdienstmethoden, von politischer Unberechenbarkeit, Korruption, Intoleranz zu Andersdenkenden, Machtmißbrauch, Terror und Propaganda. Die Kernthese beider Texte lautet: Rußland marschiert zurück in die autoritäre Vergangenheit.

Es ist die Stärke des Buches von Reitschuster, einen für die europäischen Medien nicht selbstverständlichen Standpunkt- und Perspektivenwechsel zu machen, indem die Behauptung widerlegt wird, Jelzin habe Rußland auf den demokratischen Weg gebracht, sowie die These als naiv bezeichnet wird, erst ein böser Wladimir Putin habe die Kehrtwende in Richtung eines autoritären Regimes vollzogen. Putins restaurative Politik sei die logische Konsequenz des von Jelzin eingeschlagenen Kurses, so die Einschätzung des Autors. Zu den Hauptnachteilen von *Putins Demokratie* könnte man Einseitigkeit und ein partielles Evidenz-Defizit zählen, das an die Vermittlung einer Scheinwelt grenzt. Viel zu oft werden Vorwürfe des Autors durch kommentierende Passagen „begründet“ wie: „Zu belegen sind solche Vorwürfe nicht, es gibt lediglich Indizien“ (S. 68). Oder: „Es wäre Verleumdung, die Wurzeln dieser Entwicklungen in Moskau zu suchen“ (S. 275) – das schreibt der Autor mit Blick auf die Machtzunahme der Geheimdienste und die Einschränkung der Grundrechte im Kampf gegen den Terrorismus. Trotzdem kann der Leser den Eindruck nicht loswerden, der Kreml sei der einzig wahre Drahtzieher und Nutznießer, der sein Volk ausplündert und seine Partner im Westen kaltblütig manipuliert, erpreßt und ausnutzt. Dieser Eindruck ist vom Autor kalkuliert und sogar gewünscht. Der Leiter des Moskauer „Focus“-Büros bewegt sich zwischen der kalkulierten Verleumdung und dem Anspruch auf Exklusivität.

Politkovskaja kritisiert in Putins Rußland Defizite, denen sie als Tschetschenien-, Armee- und Korruptionsexpertin nachgeht und die sie dem „Westen“ vor Augen führen will. Sie beschreibt kriminelle Praktiken von Oligarchen und Machthabern (etwa im Kapitel „Provinzgeschichten oder wie Staatsorgane helfen, staatliches Eigentum kriminell umzuverteilen“) und schildert eine universale menschliche Tragödie, plastisch exemplifiziert anhand mehrerer persönlicher Tragödien. In *Putins Rußland* konfrontiert den Leser mit einer menschenverachtenden Staatsmaschinerie, für die Bürger nur Nummern sind. Die Autorin tritt zwar als Chronistin auf, verschleiert aber nicht ihre Position. Ihr Buch enthält „lediglich emotionale Randnotizen“ (S. 11). Die besondere Aufmerksamkeit der Autorin richtet sich auf den Tschetschenienkrieg, seine Folgen und auf

die seitens des russischen Militärs begangenen Kriegsverbrechen. Der Terrorismusbekämpfung als politischem Regierungshandeln schreibt sie ein glattes Versagen zu. Die „Anti-Terror-Operation“ in Tschetschenien sei durch den „staatlichen Terror“ gegen die tschetschenische und inguschetische Bevölkerung gekennzeichnet. Sowohl der emotionale Ton als auch die tiefe Kenntnis der einheimischen Spezifika und deren ausführliche Darlegung könnten dem Buch von Politkovskaja zu einem Erfolg verhelfen.

Michail Logvinov

Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984, Paderborn u.a. 2006 (*Schöningh Verlag*), 396 S.

Um die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist es nach dem Zusammenbruch der SED ruhig geworden. Michael Roik, langjähriger Berater von Kanzler Helmut Kohl und heute Referatsleiter beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, legt eine Dissertation zur DKP zwischen 1968, dem Gründungsjahr der Partei, und 1984 vor, dem Jahr der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Roik untersucht vor allem zwei zentrale Fragen: Welchen Einfluß hatte die DKP seinerzeit, und wie verhielten sich die demokratischen Parteien gegenüber dieser von Ostberlin in jeder Hinsicht abhängigen Kraft? Die beim Bonner Politikwissenschaftler Manfred Funke angefertigte Studie besteht aus drei größeren Teilen: den Rahmenbedingungen der Parteiarbeit (u.a. streitbare Demokratie; DKP-Gründung; Finanzierung), den außen- und deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen zum NATO-Doppelbeschluß 1979-1984 (u.a. Positionen der demokratischen Parteien) sowie dem Zusammenwirken der Friedensbewegung 1979-1984 mit der DKP (u.a. Positionen der demokratischen Parteien gegenüber den einschlägigen Aktivitäten der DKP). Die Komposition des Bandes ist insofern nicht einheitlich, als das erste Kapitel, das sich auf die DKP bezieht, die Zeit von 1968 bis 1984 umfaßt, das zweite und dritte hingegen nur die Zeit von 1979 bis 1984. Die ausufernde Anlage des ersten Kapitels (über 150 Seiten) war nicht notwendig, zumal der Leser hier wenig Neues über den „Interventionsapparat der SED-Westarbeit“ (S. 82) erfährt. Die Passagen über die streitbare Demokratie sind richtig, jedoch nicht sonderlich weiterführend.

Die Charakterisierung der DKP als eine von der SED gesteuerte Partei ist überaus zutreffend, freilich nicht neu. Und der Verfasser hat auch damit Recht, daß dies in einer Zeit des Anti-Antikommunismus nicht deutlich zur Sprache gekommen war. Erst in dem Moment, in dem die Einflußstrategien der DKP stiegen, änderte sich das teilweise. Die DKP, die bei Bundestagswahlen niemals mehr als 0,3 Prozent der Stimmen zu erreichen vermochte, gewann in der Friedensbewegung, die den NATO-Doppelbeschluß verhindern wollte, beträchtliche Geltung. Roik macht plausibel, warum dies der DKP gelingen konnte. Die Kommunisten „waren zwar Minderheit in der Bewegung, aber Mehrheit in den entscheidenden Gremien (S. 372). Der Führung der SPD fiel es schwer, die Zusammenarbeit ihres linken Flügels mit der DKP zu unterbinden, zumal dann, als

die Partei in die Opposition geriet und den NATO-Doppelbeschluss ablehnte. Der anti-totalitäre Konsens geriet in Vergessenheit. Die Grünen wirkten ebenso mit der DKP zusammen, auch wenn Teile von ihnen den Kommunisten Unglaubwürdigkeit vorwarfen. Die Entspannungspolitik sollte um keinen Preis gefährdet werden. Das Urteil über die SPD und die Grünen fällt nicht positiv aus: „Während die SPD im Fall der Abgrenzung zur DKP ‚Verzichtspolitik‘ betrieb, lebten und verordneten sich die Grünen einem Dualismus von Abgrenzung und Duldung gegenüber dem kommunistischen Spektrum“ (S. 373). Die folgende These ist richtig mit Blick auf den Linksextremismus, jedoch nicht mit Blick auf den Rechtsextremismus. „So wurde der Umgang mit extremistischen Parteien für einen Großteil der deutschen Politik mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit im politischen Alltag denn eine Frage normativer Bewertungen“ (S. 368). Roik hat überzeugend die „Erosion der Abgrenzung“ (Wolfgang Rudzio) gegenüber linksaußen nachgewiesen. Ist sie nur ein Phänomen der Vergangenheit?

Eckhard Jesse

Matthias Rößler (Hrsg.), im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Einigkeit und Recht und Freiheit. Deutscher Patriotismus in Europa, Freiburg im Breisgau u.a. 2006 (*Herder Verlag*), 280 S.

Die kulturelle und emotionale Verwurzelung in der eigenen Nation kann man weder herbeireden noch verordnen. Wenn heute gleichwohl an den Wegrändern unseres „schwierigen Vaterlands“ (Gustav Heinemann) verblüffend patriotische Pflänzchen aufkeimen, sollten „Politiker, Publizisten, Wissenschaftler und Theologen“ (S. 8) innehalten, diese analysieren, kontextualisieren, gegebenenfalls problematisieren und um öffentliche Aufmerksamkeit werben – so geschehen in einem von Matthias Rößler vorgelegten Sammelband, der sich des sensiblen Themas in unterschiedlichsten Beiträgen annimmt.

Ausgehend von den drei „Tiefenströmungen“ (S. 13) Werterenaissance, Renationalisierung und Erosion der Deutungsmonopole widmet sich Jörg-Dieter Gauger zitatentreich dem Zusammenhang von Patriotismus und Identität. Der Herausgeber selbst ruft in einem mitunter arg setzkastenartigen Text die historisch begründeten „deutschen Probleme“ (S. 39) in Erinnerung und plädiert etwas plakativ für eine neue Fahnen- und Hymnenkultur. Erfrischend differenziert liest sich hingegen der Beitrag Werner J. Patzelt, in dem der Politikwissenschaftler den Mythos des deutschen „Sonderweges“ in eine „postnationale Republik“ nach 1945 dekonstruiert (S. 55), um anschließend konkrete „Inhalte eines aufgeklärten deutschen Patriotismus“ (S. 65) zu definieren. Werner Schulz macht sich auf die Suche nach „Zutaten zu unserem Glück“ (S. 93) und verblüfft mit seiner Forderung nach „Nationalkultur“ statt „Leitkultur“ (S. 90). Richard Schröder geht der spannenden Frage nach, warum wir uns überhaupt als eine Nation verstehen sollen und stellt mit seinem Konzept der „Wir-Identität“ (S. 106) einen bedenkenswerten Ansatz vor.

Nach einem luziden Vergleich der Relevanz eines deutschen Patriotismus bei den Fußballweltmeisterschaften von 1954, 1974, 1990 und 2006 formuliert Eckhard Jesse zehn pointierte „Thesen zum Patriotismus“ (S. 121); er deutet im Ergebnis die Situation in Deutschland heute als „Weg der Normalisierung“ (S. 128). Während Christoph Jestaedt und Volker Kronenberg – der letzte in einem auffallend unredigierten Text – der Genese und zweifelhaften Zukunftsfähigkeit des von Dolf Sternberger in die Debatte eingebrachten und von Jürgen Habermas modifizierten Begriffs „Verfassungspatriotismus“ nachspüren, widmen sich die beiden Historiker Brigitte Seebacher und Johann Michael Möller in provokanten und düsteren Tönen dem Zusammenhang von Globalisierung und Patriotismus. Gerd Koenen richtet seinen kritischen Blick nach links, benennt die „vielfachen Überkreuzungen“ (S. 224) zwischen der APO auf der Linken und der NPD auf der Rechten und konstatiert mit Recht, die politischen Erben der 68er-Bewegung seien auf den „großen Umbruch“ (S. 233) der Jahre 1989/90 schlecht vorbereitet gewesen. Landesbischof Jochen Bohl wagt „eine eher persönliche denn abstrakte Annäherung an den Begriff Patriotismus und seinen Bezug zum Christsein“ (S. 249). Arnulf Baring beklagt den deutschen „Kleinmut“ (S. 261) in der aktuellen Leitkulturdebatte und plädiert mit György Konrád für eine Kenntnisnahme der ganzen deutschen Geschichte, „die mehr als ein Jahrtausend umfaßt“ (S. 260).

Auch wenn der Band bei näherem Hinsehen wenig Neues enthält, stellt er doch eine verdienstvolle Momentaufnahme des Patriotismuskurses der vergangenen zwei Jahre dar, die zur wichtigen Grundlage für weiterführende künftige Debatten dienen könnte. Darüber hinaus liest er sich als erfrischend parteiübergreifendes Plädoyer an die Deutschen, die Chance der Normalität zu ergreifen.

Philipp W. Hildmann

Gian E. Rusconi/Hans Woller (Hrsg.), *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000*, Berlin 2006 (Duncker & Humblot), 574 S.

Wenn von paralleler Geschichte zwischen Italien und Deutschland die Rede ist, so endet die Betrachtung meist 1945. Offensichtlich und vielfach geschildert sind die ähnlichen Entwicklungswege der „verspäteten Nationen“. Auch das Abgleiten in Diktaturen legt den Gedanken der Parallele nahe. Doch schienen die Weichen für die beiden Länder am Ende des Krieges gänzlich unterschiedlich gestellt. Können die Parallelen auch nach 1945 weiter gezogen werden? Um diese Frage kreist der vorliegende Sammelband, der aus historischer Perspektive die Jahre 1945 bis 2000 behandelt – eine abgeschlossene Periode, folgt man dem Urteil eines der beiden Herausgeber, Gian Enrico Rusconi.

Bevor sich der Sammelband in fünf Schwerpunkten Einzelaspekten nähert, legt ein sehr instruktiver Einführungsteil die Grundlage. Hans Woller hebt die Unterschiede hervor, die einem Vergleich entgegen stehen, während Charles S. Maier Parallelen offenlegt, die den Vergleich geradezu aufdrängen. Jens Petersen geht beiderseitigen Vor-

urteilen und Stereotypen der Völker diesseits und jenseits der Alpen nach – Ressentiments, die zum größten Teil noch unüberwunden sind und dringend der Überwindung bedürften.

Der Beginn des Betrachtungszeitraums 1945 macht es unausweichlich, daß sich ein erster Schwerpunkt mit der Aufarbeitung der Diktaturerfahrungen in beiden Ländern beschäftigt. So wendet sich Filippo Focardi gegen die in Italien existierende Tendenz, durch den Hinweis auf den deutschen Nationalsozialismus den eigenen italienischen Faschismus zu verharmlosen. Im zweiten Schwerpunkt „Akteure und Weltbilder“ werden Katholizismus, Christdemokratie und die beiden prägenden Figuren der Nachkriegsgeschichte, Adenauer und De Gasperi behandelt. Die Orientierung beider Länder nach Europa ist das Thema des dritten Schwerpunktes, in dem aber auch parteipolitische Entwicklungen und Verfassungsfragen erläutert werden. Der vierte Teil befaßt sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit – in beiden Ländern als Wirtschaftswunder zu charakterisieren. Schließlich wird unter der Überschrift „1989 und die Folgen“ der Bogen zum Ende des 20. Jahrhunderts gespannt, wobei der Schwerpunkt auf den deutschen Entwicklungen liegt und sich ein Beitrag mit italienischen Ängsten vor dem erstarkten Deutschland beschäftigt.

Bei dem breiten thematischen Spektrum des Bandes liegt es in der Natur der Dinge, daß die insgesamt 25 Einzelbeiträge in Zuschnitt, Reichweite, Herangehensweise und auch Qualität gewisse Unterschiede aufweisen, die in der Kürze einer Rezension jedoch nicht detailliert gewürdigt werden können. Grob lassen sich die Beiträge in zwei Schubladen einsortieren: Das Gros (16 an der Zahl) stellen dabei Abhandlungen zur Geschichte eines der beiden Länder dar, während der zweite Typ, nämlich vergleichende Beiträge, nur mit sechs Exemplaren vertreten ist. Auch wenn mehr Aufsätze dieses letzteren Typs wünschenswert wären, ist der Band doch insgesamt rund komponiert und versammelt eine hochkarätige Autorenschaft. Das erfreulichste an dem Werk ist jedoch, daß damit ein weiterer Mosaikstein in der sonst so defizitären deutschsprachigen Italienforschung gesetzt wird.

Stefan Köppl

Raphael Samuel, *The Lost World of British Communism*, New York/London 2006 (*Verso*), 244 S.

Ronald Kowalski, *European Communism*, Houndsmills 2006 (*Palgrave Macmillan*), 288 S.

Beide Publikationen befassen sich mit den Gründen für das Scheitern des Kommunismus in Großbritannien bzw. in Europa: Raphael Samuel war einer der bekanntesten englischen marxistischen Historiker. Der Sohn kommunistischer Eltern gehörte bis 1956 der britischen KP an, war Mitglied in deren Historikerkommission und lehrte an der University of East London Geschichte. Als führender Verfechter der „Geschichte von unten“ publizierte er zahlreiche politische und philosophische Beiträge, die im Anhang des Buches aufgelistet sind. „*The Lost World of British Communism*“ ist eine Art

intellektuelles Testament, eine Autopsie des britischen Kommunismus. Samuel hatte Zugriff auf die Parteiarhive, kannte alle Akteure und war bis zu seinem Tod ein intellektueller Begleiter der kommunistischen Bewegung. Deshalb könnte man eine kreative Kritik des britischen Kommunismus erwarten, der bis in die 1960er Jahre eine der mächtigsten Parteien in ganz Europa stellte. Doch davon ist keine Rede. Tatsächlich ist der Autor von der Kraft des britischen Kommunismus der 1930er Jahre fasziniert, von einer Organisation von Berufsrevolutionären, die sich hinter der Person Stalins sammelten und in der Lage waren, Massen von Arbeitern und Intellektuellen anzuziehen. Er betont die Bedeutung der Familientradition – Vater, Mutter und Sohn waren Kommunisten –, aber auch die Fähigkeit der KP, sich in der Gesellschaft ihrer Zeit mit Hilfe der Gewerkschaftsarbeit und des Antifaschismus zu verwurzeln. Samuels abschließende Diagnose scheint begründet, aber auf den strategischen Aspekt reduziert: Das zunehmende Sektierertum und die Fixierung auf den Syndikalismus der Nachkriegszeit seien die Ursachen für das Scheitern des britischen Kommunismus und sein derzeitiges Quasi-Verschwinden. Die Gründe für den weltweiten Niedergang des Kommunismus (das Scheitern des sowjetischen Versuchs, das Terrorsystem, die Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaften und erstarkende Orientierungsmuster, etwa der Individualismus) fehlen weitgehend.

Ronald Kowalski ist viel systematischer. In zehn sehr dichten und solide geschriebenen Kapiteln gibt er einen Überblick über die Geschichte des europäischen Kommunismus. Er spannt den Bogen vom Gründungsvater Marx bis zu Gorbatschow und dem Zerfall der sowjetischen Welt. Das Buch selbst vermittelt keine neuen historischen oder politischen Einsichten. Seine Wirkungsabsicht ist eine andere: Der Verfasser versucht, Marx und einen Teil des Marxismus in das 21. Jahrhundert herüber zu retten. „Karl“ und „Rosa“ werden von der Erbsünde rein gewaschen, die geistigen Eltern Lenins und Stalins, Dserschinskis und Mielkes zu sein. Der Terror als Mittel der Politik firmiert als von Marx nicht gewollte Abweichung. So gesehen, bezieht das Buch eine Gegenposition zum „Schwarzbuch des Kommunismus“. Das sowjetische System, das sich 1945 nur dank seines Sieges über den Nationalsozialismus ausbreiten konnte, wird vom Autor zwar kritisiert und den Lesern erklärt, weshalb keine KP in Westeuropa jemals auf legalem Weg die Macht erringen konnte. Aber Kowalski verläßt in seiner Zusammenfassung das Feld der historischen Analyse. Er geht zu Recht davon aus, daß der sowjetische Kommunismus und das Modell der Avantgardepartei definitiv ausgedient haben und der Vergangenheit angehören. Auf dieser Basis will er Marx seinen Platz in der Politik zurückgeben. Er entdeckt Antonio Negri als neuen Propheten des Antikapitalismus. Die marxistisch inspirierte altermondialistische Bewegung sieht er als Trägerin einer strahlenden Zukunft, in der eine vom Untergang der Sowjetunion erholte marxistische Linke ohne Komplexe erneut zum Sturm auf die kapitalistische Festung ansetzen wird.

Patrick Moreau

Kurzbesprechungen

Helmuth Schmidt/Heinz Weischer, Zorn und Trauer. Als politischer Gefangener in Zuchthäusern der DDR, Essen 2006 (*Klartext Verlag*), 230 S.

In seinem mit Hilfe von Heinz Weischer verfaßten Erinnerungsbuch hat der heute 75-jährige ehemalige Häftling der Staatssicherheit Helmuth Schmidt seine Lebensgeschichte aufgezeichnet. Schmidt, 1932 in Hamm geboren und im Ruhrgebiet aufgewachsen, wird mit 19 Jahren aus Idealismus Mitglied der westdeutschen FDJ, reist in die DDR, verliebt sich dort und siedelt im Herbst 1953 zum ersten Mal in den anderen deutschen Staat über. Mit wie viel Mißtrauen er in seiner neuen Umgebung von Anfang an beobachtet wird, spürt er erst, als er sich im Februar 1958 entschließt, dauernd in der DDR zu leben. „Das war ja das Teuflische: Jeder im Wohnungsumkreis, jeder am Arbeitsplatz, jeder im Sportverein, im Gesangsverein konnte IM sein“ (S. 76). 1962 gründet der gelernte Zimmerer „in der schönen alten Stadt Parchim“ in Mecklenburg eine Familie und ist als „Investbauleiter“ an der dortigen Kreispoliklinik tätig. Die im November 1976 erfolgte Ausbürgerung Wolf Biermanns veranlaßt Schmidt zu einem öffentlichen, aber anonymen Protest. Er verfaßt vier regimekritische Flugblätter, wird nach einigen Tagen verhaftet und wegen „staatsfeindlicher Hetze“ vor Gericht gestellt.

Sehr instruktiv ist die Beschreibung der hektischen Bemühungen der Stasi, des Urhebers der Flugblattaktion habhaft zu werden. In den 159 Tagen seiner Untersuchungshaft erfährt Schmidt die entwürdigenden Praktiken der Handlanger des Unterdrückungsapparates und die Rechtlosigkeit derer, die ihm ausgeliefert sind. Der Hauptteil des Buches liest sich wie eine Handreichung für das angemessene Verhalten in den Haftanstalten der ehemaligen DDR, die dort üblichen alltäglichen Schikanen und die kärglichen Freiräume, zu denen unter anderem die (freilich unerlaubte) Kommunikation per Klopfzeichen von Zelle zu Zelle gehört. Im Wortlaut abgedruckt werden die „Hausordnung der Haftanstalten des MfS“ (S. 110 f.) sowie ein „Plan für den Tagesablauf und die Arbeitsorganisation im Zellenhaus“ (S. 117 ff.). Helmuth Schmidt wird für seine kritische Meinungsäußerung zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die in der Berufungsinstanz auf drei Jahre verkürzt werden. Er sitzt die Hälfte dieser Zeit in den Zuchthäusern Cottbus und Brandenburg ab, wo er in der Gefängnistischlerei arbeitet. Dann wird er von der Bundesregierung freigekauft. Dazu heißt es bei Wolf Biermann in seinem ausführlichen Vorwort: „Der totalitäre Staat brauchte Devisen und immer auch Platz in den überfüllten Zuchthäusern für neue Häftlinge.“

Wer sich über den repressiven Charakter der DDR und ihrer drakonischen Justizpraxis noch immer Täuschungen hingibt, kann sich hier unaufdringlich und detailliert eines Schlechteren belehren lassen. Auch die reportierten Gespräche mit Zellengenossen, die wegen versuchter Republikflucht hinter Gitter gekommen sind, tragen dazu bei, das Bild über die Abgründe einer Diktatur zu runden, die vier Jahrzehnte lang den ursprünglich fast im Übermaß vorhandenen Idealismus vieler jugendlicher Sozialisten mißbraucht hat.

Hartmut Jäckel

Gotthold Schramm (Hrsg.), *Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten*. Mit einem Geleitwort von Markus Wolf und Werner Großmann, Berlin 2006 (*edition ost*), 219 S.

Peter Pfütze, *Besuchszeit. Westdiplomaten in besonderer Mission*, Berlin 2006 (*edition ost*), 220 S.

Die beiden Editionen sind im Kontext jener Bestrebungen zu sehen, mit denen ehemalige Generale und Obristen des Ministeriums für Staatssicherheit seit einigen Jahren schon das Geschichtsbild ihres Überwachungs-, Unterdrückungs- und Spionageapparates zu retuschieren und zu verklären suchen. Das deutet sich schon in dem von Wolf und Großmann, den ehemaligen Chefs der Hauptverwaltung Aufklärung im MfS, gemeinsam verfaßten Geleitwort an, wenn darin jedwede „schwere Straftaten wie Terrorismus, Folter und Mord“ im Zuge ihrer dienstlichen Tätigkeit bestritten werden und behauptet wird: „Im Vordergrund standen bei uns immer der Mensch und seine persönliche Sicherheit und Integrität“ (S. 6). Ein Gegenbeweis wäre für das MfS unschwer zu erbringen. Wurde Wolf, der im Jahre 2006 verstarb, 1997 nicht rechtskräftig wegen Menschenraubs zu zwei Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt?

Der Herausgeber war von 1952 bis 1990 hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS in der Spionageabwehr und danach in der Aufklärung. Der von ihm edierte Band vereinigt in sich 39 Beiträge ehemaliger inoffizieller und hauptamtlicher Mitarbeiter der DDR-Spionage – „Kundschafter an der unsichtbaren Front“ im Westen und ihrer Führungsoffiziere im Osten sowie höchster Spitzenkader der HV A wie Ex-Generalleutnant Horst Jänicke oder Ex-Oberst Kurt Gailat. Konkretes aus der Praxis der Spionage ist kaum zu erfahren. Manches war schon anderweitig zu lesen – z.B. über die „Staragentin“ Gabriele Gast. Interessant ist das „Outing“ von Prof. Herbert Bertsch, einst im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) tätig, als Agent und Emissär der HV A. Vieles ist anekdotisch, was kolportiert wird – eben „Agentengeschichten“ voller Sentimentalität und elitärer Selbstverklärung. Erpressung? Hat es nie gegeben. Geld? Ist kaum geflossen. Alle IMs handelten aus hehren Motiven, verdeckte Friedenskämpfer sozusagen.

Der Verfasser des zweiten Buches diente sich im MfS ebenfalls bis zum Oberst hoch. Obwohl es hundertfach belegbar wäre, daß politische Häftlinge in den Gefängnissen der Staatssicherheit menschenunwürdig behandelt wurden, Psychoterror ausgesetzt und nicht selten jahrelang in Einzelhaft gehalten, bestreitet er das mit Vehemenz. „In wenigen Ausnahmen wurden Häftlinge einzeln verwahrt, doch nie länger als acht Tage. Mir ist nicht ein einziger Fall bekannt, wo dieses Limit überschritten worden wäre“ (S. 59). Lüge oder Ignoranz? Ab 1974 betreute Pfütze Mitarbeiter der Ständigen Bonner Vertretung und ausländischer Botschaften in Ost-Berlin bei deren gelegentlichen Besuchen von in DDR-Gefängnissen inhaftierten Westbürgern und Ausländern, was in den siebziger und achtziger Jahren möglich geworden war. Wie Pfütze an seine Aufgabe herangegangen ist, verrät nachstehender Passus, der sich auf das Jahr 1977 bezieht: „Zu jener Zeit waren 35 Mitarbeiter der Ständigen Vertretung für Besuche angemeldet. Ich sprach kämpferisch von 35 Spionen im Diplomatensack, auf die wir uns einzustellen hätten“ (S. 134). Drei Jahrzehnte später sieht er das offenbar noch immer so. Pfützes Elaborat

schließt mit dem Satz „Was wir taten, war rechtens“ (S. 221). Damit vertritt er kongenial die geschichtspolitische Tendenz, die auch dem erstgenannten Buch innewohnt.
Karl Wilhelm Fricke

Gerhard Schröder, Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006 (*Hoffmann und Campe*), 543 S.

Anders als britische Politikererinnerungen erlauben die Memoiren deutscher Politiker nur selten Einblicke in den „Maschinenraum“ der Politik. Wer hat wo mit welchen Überzeugungen gekämpft, welche der Öffentlichkeit verborgen gebliebenen Machtkonstellationen waren am Werk, wo wurde die Politik „betriebsblind“? Deutsche Politiker schreiben Erinnerungen gerne, um möglichst frühzeitig zu einem Geschichtsbild ihrer Regierungszeit beizutragen, von dem sie sich wünschen, es würde für die Nachwelt verbindlich. Die Erinnerungen von Gerhard Schröder bilden hier keine Ausnahme.

Der frühere Bundeskanzler verteilt Lob und Tadel, er erinnert sich selektiv und entwickelt bei einigen Themen ein klares Feindbild. Die Illoyalität seiner Partei zwang ihn zu Neuwahlen 2005, und die Gewerkschaften schürten unberechtigterweise den Widerstand gegen sein wichtigstes innenpolitisches Reformprojekt, die Agenda 2010. Die Erinnerungen vermitteln über das Zeitungswissen hinaus keine neuen Informationen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, eine bestimmte Sichtweise der Ereignisse zu transportieren. Sie lesen sich eher so, als kommentiere ein Außenstehender die Regierungsjahre Schröder und nicht die entscheidende Persönlichkeit. Ein Beispiel: Gerhard Schröder schreibt (S. 424), es sei „keine gute Idee“ gewesen, Andrea Fischer als Gesundheitsministerin zu berufen. Weil sie vom kleineren Koalitionspartner kam, „fehlte dadurch einfach ein Teil der Durchsetzungskraft.“ Hier wäre schon zu fragen, warum der Kanzler, wenn er, wie er schreibt, Frau Fischer so schätzte, sich nicht mindestens so mächtig hinter sie wie hinter den „Außenseiter“ Peter Hartz stellte.

Interessant ist, was diesem Rückblick fehlt. Es ist viel vom Sozialstaat die Rede, nie von Freiheitsrechten. Dem Kanzler war anscheinend in seiner ganzen Amtszeit nicht bewußt, daß die gesetzlich geregelte Umverteilung gesellschaftlichen Vermögens zur Finanzierung des Sozialstaats ein Eingriff in individuelle Lebensleistungen bedeutet, daß es also Aufgabe der Politik ist, eine Balance zwischen Freiheit und Solidarität in einer Gesellschaft zu finden. Dies deutet auf Grundsätzlicheres hin, das in den Erinnerungen nicht zu finden ist. Gerhard Schröder bestätigt, daß er im Grunde ohne konzeptionellen Kompaß nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum regierte. An keiner Stelle bemüht er sich, sich zu vergewissern, was konkret Regieren im 21. Jahrhundert bedeuten könnte. Zwar wird das Ende des Ost-West-Konflikts erwähnt und der Niedergang des Rheinischen Kapitalismus. Die Vielzahl der von Gerhard Schröder in seiner Regierungszeit selbst geprägten Begriffe, wie die „Politik der ruhigen Hand“ oder der „deutsche Weg“, erweisen sich aber als Momenteinfälle, an die er sich nicht erinnern muß. Wenn Gerhard Schröder ein wichtiges Problem aufspürt, wie die „Krise der Parteien“,

scheut er leider die weiterführende Analyse. Zu lesen ist nur: „Wer glaubt, diese Schwäche der Volksparteien sei ein eher zufälliges und vorübergehendes Ereignis, dem empfehle ich nachdrücklich, darüber noch einmal nachzudenken“ (S. 274). Das Scheitern Gerhard Schröders als Bundeskanzler mag viele Ursachen haben. Er selbst sieht im Gestalten von Politik nicht die größte Erfüllung: „Für mich“, so schreibt er, „ist der Wahlkampf die interessanteste Zeit im Politikerdasein“ (S. 496).

Roland Sturm

Martin Sebaldt/Alexander Straßner (Hrsg.), *Klassiker der Verbändeforschung*, Wiesbaden 2006 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 337 S.

Juristische Überprüfungen und soziologisches Erkenntnisinteresse lassen sich auf dem weiten Feld der Verbändeforschung ebenso finden wie wirtschaftliche Ansätze oder eben verschiedene politikwissenschaftliche Fragestellungen. Interessengruppen sind nicht nur Gegenstand unterschiedlichster wissenschaftlicher Herangehensweisen, sie verändern sich durch eine Vielzahl an äußeren und inneren Einflüssen, so daß aufgrund der wissenschaftlichen und empirisch beobachtbaren Vielfalt eine systematische Bestandsaufnahme schwer fällt. Gerade dieser Herausforderung stellen sich Martin Sebaldt und Alexander Straßner.

In fünf große Abschnitte teilen die Herausgeber die Verbändetheorien ein. Jeweils drei Vertreter eines jeden Bereichs werden von den Autoren näher behandelt. Für Pluralismus, Neue Politische Ökonomie, Konflikttheorie, Organisationssoziologie und Korporatismus werden bekannte Vertreter des Fachs mit Leben und Werk vorgestellt. Anhand dreier Aspekte bemessen Sebaldt und Straßner die Auswahl, nämlich erstens, ob die Autoren die Forschung bis heute entscheidend geprägt haben. Zweitens ist ein „theoretischer Mehrwert“ (S. 10) in Bezug auf den behandelten Untersuchungsgegenstand ausschlaggebend und drittens wird die zeitliche Grenze vor 1980 gezogen, um der Altdimension des Begriffs „Klassiker“ gerecht zu werden.

Sebaldt, Straßner und die Autoren schaffen es in ihrem neuen Buch, Leben und Werk der „Klassiker“ trotz der gebotenen Kürze übersichtlich und zusammenhängend darzustellen. Die Einführung gibt den Beiträgen eine thematische Klammer. Sie zeigt Entwicklungslinien der verschiedenen Forschungsansätze auf. Die der anschließenden Schilderung des Werkes vorangestellten wissenschaftlichen Werdegängen stellen einen passenden Rahmen zur zeitlichen Einordnung dar. Eine daran anschließende Charakterisierung des Gesamtwerkes hilft, streiflichtartig die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte der „Klassiker“ zu identifizieren. Auf diese Weise kann eine eventuelle Wandlung innerhalb der jeweiligen Verbändetheorie anschaulich nachvollzogen werden.

Das Hauptwerk wird dann in seinen zentralen Thesen beschrieben sowie die Argumentationslinien nachgezeichnet, wobei trotz der gebotenen Kürze der Zusammenhang für den Leser deutlich gegeben ist. Als weiteres Kapitel schließen sich daran stets Re-

zeption und Kritik an, worin die gravierenden Einwendungen anderer Autoren vorgestellt werden. Praktischerweise lassen sich viele Tadler an einer anderen Stelle des Buches wieder finden, da sie selbst zu Klassikern geworden sind.

Vielleicht richten die Herausgeber in einem späteren Werk ihr Augenmerk auf den „Nachwuchs“ der Verbändeforschung nach 1980. Vielleicht entwickeln sich weitere Auflagen in Richtung eines Kompendiums. Beides täte dem Forschungsbereich gut. Gerade angesichts dieser Notwendigkeit bleibt das Buch, was es ist: die Systematisierung eines von vielen Forschungsansätzen durchzogenen Wissenschaftsbereiches, das es vor einer weiteren Vertiefung in die Materie heranzuziehen lohnt.

Matthias Bendl

Wolfgang Seiffert, *Selbstbestimmt – Ein Leben im Spannungsfeld vom geteilten Deutschland und russischer Politik*, Graz 2006 (*Ares Verlag*), 216 S.

Am Ende seiner Erinnerungen glaubt Wolfgang Seiffert, er habe sein Leben vielleicht nur geträumt. Es ist eine unglaubliche Biographie. Sie hat viele Brüche, zeigt einige Umwege, präsentiert sich aber in einer letztlich erstaunlichen Geradlinigkeit. Denn Seifferts Leben ist von zwei Eckpunkten bestimmt: ein ständiges Eintreten für die deutsche Einheit (unter wechselnden Vorzeichen) und eine ungebrochene Freundschaft zur Sowjetunion bzw. Rußland. Folgerichtig eckte der FDJ-Funktionär, SED-Professor und Politikberater häufig an, blieb jedoch immer irgendwie „wichtig“, ganz gleich ob als Akteur, Mahner oder Publizist.

Ein Unrechtsurteil der bundesdeutschen Justiz der 1950er Jahre machte Seiffert zum kommunistischen Märtyrer. Er floh aus dem Gefängnis, im Osten trugen fortan Arbeiterbrigaden und Erholungslager seinen Namen. Dann studierte Seiffert Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität. Das war zu einer Zeit, in der dieses Studium noch als ein wissenschaftliches gelten konnte. Promotion und Habilitation folgten, und der nach wie vor in Ost und West Aktive engagierte sich als Politikberater. Für das KoKo-Imperium gründete er Firmen im kapitalistischen Ausland, mit Politbüro-Mitgliedern debattierte er juristische Fragen. Das Ehepaar Honecker scheint durchaus Wert auf seinen Rat gelegt zu haben, auch wenn der alte FDJ-Mitstreiter auf Distanz gehalten wurde. 1978 wechselte Seiffert in die Bundesrepublik; er wurde wieder zum Gutachter, Berater und Gesprächsanbahner. In den 1990er Jahren – auch noch deutlich – arbeitete er als Juraprofessor (und Politikberater) in Rußland. Seifferts Memoiren hätten also spannend sein können.

Aber sein Erinnerungsbuch ist leider ausgesprochen knapp gehalten. Ein solches Leben benötigt wohl mehr als die 180 Textseiten; angehängte Fußnoten und Dokumente können das nicht kompensieren. Daher kommt zu kurz, was wirklich interessiert hätte: das Anekdotische. Denn Seiffert kannte ja einen guten Teil des politischen Personals in Ost und West persönlich. Immerhin präsentiert er einige Aussagen zu Ulbricht als Verfassungspolitiker und zu einstigen Juristenkollegen, etwa Michael Benjamin und

Uwe-Jens Heuer. Und siehe da, auch diese, Extremismusforschern als Exponenten von Kommunistischer Plattform und Marxistischem Forum bestens vertraut, hatten Brüche in ihrer Biographie. Davon hätte man gern mehr gelesen. Statt dessen präsentiert Seiffert eine Geschichte des 20. Jahrhunderts, gegliedert in seine Wohnorte Breslau, Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Moskau. Kleinlich widerlegt er dabei ungenaue Darstellungen seines Lebens durch andere. Die Vermutung bleibt bestehen, daß manches auch ganz anders gewesen sein könnte. Recht karg fällt etwa die Passage seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik aus. Und zu dem Vorwurf, HVA-Agent oder gar Doppelagent, gewesen zu sein, äußert sich Wolfgang Seiffert ebensowenig wie zu den Details seiner doch wohl recht innigen Beziehungen zu sowjetischen und russischen Politikern. Das ist zu wenig für eine Biographie, die zeigen will, wie man im totalitären 20. Jahrhundert „selbstbestimmt“ leben konnte.

Henrik Eberle

Frank Oliver Sobich, „Schwarze Bestien, rote Gefahr“. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a.M./New York 2006 (*Campus Verlag*), 424 S.

Die Geschichte des Kaiserreichs steckt voller „Fragen“. Zeitgenössisch jeweils breit diskutiert, gewähren sie Einblicke in den Zustand, das Selbstverständnis, die Hoffnungen und Erwartungen, die Phantasmen und Projektionsbedürfnisse der Gesellschaft, der Klassen und Milieus. Die „Arbeiterfrage“, überhaupt die „soziale Frage“ gehören dazu, die „Frauenfrage“, natürlich die „Judenfrage“, um 1900 auch die „Negerfrage“: beide eingebettet in anschwellende Debatten über Rassen, Rassenhygiene, Eugenik. Zu letzterer äußert sich 1907 ein Mediziner, Karl Oetker, der über die für zivilisatorische Leistungen nicht geschaffene „Neger-Seele“ spekuliert. Im selben Jahr noch hält dem ein Missionar entgegen, daß die Schwarzen sehr wohl zu einer in die Zukunft gerichteten Entwicklung fähig seien, dazu allerdings der Erziehung bedürften. Dem müsse schon aus „nüchternem Selbstinteresse“ die Politik der kolonisierenden Nationen Europas, Deutschlands zumal, Aufmerksamkeit schenken und Rechnung tragen.

Ausgezogen bis hin zu den sogenannten „Rheinland-Bastarden“, den nach dem Ersten Weltkrieg von farbigen Besatzungssoldaten mit deutschen Frauen gezeugten Kindern, findet sich diese Episode in Frank Oliver Sobichs Buch, einer Bremer Dissertation. Im Anhang stoßen wir auf eine imponierende Liste von 30 Archiven, bei näherem Hinschauen indes folgt die Studie über weite Strecken der älteren und neueren Literatur, schreitet erheblich weniger Neuland ab, als im Resümee behauptet. Im Kern geht es um die Reichstagswahlen von 1907, von August Bebel abschätzig als „Hottentottenwahlen“ etikettiert. Deren Anlaß, die Debatte über die Kosten des genozidalen Kolonialkriegs gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwest-Afrika und die Abstimmungsniederlage des Kanzlers Bülow im Parlament, ist ebenso geläufig wie der Wahlkampf, geprägt von Agitationsvereinen und erfolgreicher, von oben gesteuerter Mobilisierung im Zeichen nationalistischer Parolen, in denen sich ein doppeltes Feindbild offenbarte:

Zum einen der „Neger“ als „schwarze Bestie“, der in den überseeischen Territorien deutschen Frauen, Kindern und Männern nach dem Leben trachtet, zum andern der „vaterlandslose“ Sozialdemokrat, der auf Umsturz sinnt und nach dem Eigentum der Bürger greift. Wirklich neue Erkenntnisse erwachsen aus den vielen in diesen Abschnitten präsentierten Flugblättern jedoch nicht, zumal diese recht unterschiedslos über einen Leisten geschlagen werden. Das freilich hat durchaus Methode, glaubt der Verfasser doch zu wissen, daß mit dem Bülow-Block alle Parteien jenseits der Sozialdemokratie in einen wie immer gearteten nationalen, antisozialistischen, zum Teil auch rassistisch gefärbten Konsens eingeschwenkt seien. Das nun ist eine gewaltige Verzeichnung dessen, was der Bülow-Block tatsächlich gewesen ist: jenes sehr temporäre, von Anfang an fragile Bündnis von Konservativen und Liberalen, mit dem der Kanzler versuchte, die Zentrumsparterie aus ihrer parlamentarischen Schlüsselstellung zu drängen und den bis dahin oppositionellen Freisinn in die Front der Regierungspolitik einzubinden. Daß die Liberalen damit jeden Elan verloren hätten, die Verfassungsverhältnisse im Reich und in Preußen zu ändern, vermag nur zu behaupten, wer nicht genau hinschaut oder aber historische Analyse mit Vorurteilen verwechselt. Dies alles wird auch nicht dadurch plausibler, daß ein verquerer Begriff wie „Klassen-Rassismus“ bemüht wird, mit dem die herrschenden Eliten der Sozialdemokratie begegnet seien. Der Eindruck, den Sobichs Buch hinterläßt, ist, um es positiv zu sagen, ambivalent. Es ist akzeptabel, wo es die bisherige Forschung referiert, aber da, wo es zu Kontexten und eigenen Urteilen vordringen möchte, ufert es aus, schweift es ab, stellt die Geduld des Lesers auf harte Proben.

Jens Flemming

Alfons Söllner, Fluchtpunkte. Studien zur politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 351 S.

Alfons Söllner ist der beste Kenner der politikwissenschaftlichen Emigration aus Deutschland während der dreißiger und vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Dieser Band versammelt 15 Beiträge aus den letzten zehn Jahren, die sich unter anderem mit Leo Strauss, Otto Kirchheimer, Franz L. Neumann, Hannah Arendt, Sigmund Neumann, Arnold Brecht, Ernst Fraenkel, Theodor W. Adorno und Arnold Bergstraesser beschäftigen. Der Reiz dieser Zusammenstellung besteht nicht nur darin, die bislang an verschiedenen Stellen verstreut veröffentlichten Aufsätze jetzt kompakt in einem Band zu finden, sondern auch und vor allem in dem Gesamtbild, das sich aus der Zusammensetzung des Aufsatzpuzzles ergibt.

Denn zum einen macht die Aufsatzsammlung deutlich, daß die Erfahrungswelt der Emigranten in der Auseinandersetzung mit den totalitären Regimes ihrer Zeit einen wesentlichen Baustein für das Verständnis einer politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts liefert. Die politikwissenschaftlichen Emigranten waren ein bestimmter Typus von Intellektuellen ihrer Zeit, für die Söllner die von Franz L. Neumann geprägte Be-

zeichnung des „political scholar“ (S. 24) verwendet. Die Emigranten schrieben ihre Bücher, Artikel und Gutachten zwar zu ganz unterschiedlichen Anlässen – aber immer mit dem nervösen Blick auf die sich dramatisch verändernde politische Realität, saugten neue weltanschauliche Einflüsse förmlich auf und sahen sich dabei vielfach zu gravierenden Revisionen der eigenen Überzeugungen veranlaßt. Heute, wo die demokratische Euphorie der ersten Jahre nach 1989 von den Stimmen übertönt wird, die sich Sorgen um die Zukunft der Demokratie machen, sind dieses Mißtrauen und auch die Reflexion auf die Grundlagen freiheitlicher demokratischer Ordnungen von neuer Aktualität.

Die Zusammenstellung läßt auch erkennen, wie weit sich die anglo-amerikanische Totalitarismustheorie der fünfziger Jahre mit ihren diversen Kriterienkatalogen bereits vom erfahrungsgesättigten Blick der Emigranten auf Phänomene „totalitärer Herrschaft“ entfernt hatte. Vor allem am Beispiel von Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“ aus dem Jahre 1942 stellt Söllner die Differenzierungspotentiale damaliger vergleichender Studien heraus. Ihren heutigen Wert sieht er nicht zuletzt darin, daß sie „nicht zu der Annahme verleiten, die in der späteren Diskussion besonders der Bundesrepublik so penetrant behauptet wurde, daß nämlich Faschismus- und Totalitarismustheorien sich gegenseitig notwendigerweise ausschließen müßten“ (S. 141). Zugleich insistiert Söllner mit Blick auf aktuelle Debatten darauf, sich den Blick auf die Realitäten der damaligen DDR nicht durch die Optik der Totalitarismustheorie trüben zu lassen.

Drittens schließlich fragen die Aufsätze nach den Auswirkungen der Emigrationserfahrung für die politische Kultur Deutschlands nach 1945, die Söllner auf die schöne Formel der „normativen Verwestlichung“ (S. 181) bringt. Doch wie schwer es selbst solchen Emigranten fiel, die in den USA überleben konnten, den Weg der normativen Verwestlichung zu gehen, illustriert der Vergleich seiner Studien über Adorno, Bergstraesser und Fraenkel. Daß sich angesichts dieser Lage die Aneignung der „Demokratie als Lernprozess“ (S. 296) als Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik noch schwieriger gestalten mußte, liegt auf der Hand.

Das Buch ist für alle, die sich für die politische Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts interessieren, eine unabdingbare Interpretationshilfe, weil es schlaglichtartig an die existentiellen Erfahrungen erinnert, aus denen sich das demokratische Denken gespeist hat. Zudem ist die Lektüre streckenweise ein Genuß, denn Alfons Söllner erweist sich in dem Buch erneut als Meister der Textanalyse und der neue Möglichkeiten auslotenden Deutung.

Hubertus Buchstein

Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006 (*J.H.W.Dietz Nachf.*), 520 S.

Das Thema lag seit langem auf der Straße. Daniel Friedrich Sturm hat es aufgegriffen und eine Doktorarbeit daraus gemacht. Der Ausgangspunkt ist klar: Die SPD hat mehrheitlich die Zeichen der Zeit verkannt. Die Ausführung ist unklar, ja verwirrend. Sturm

feht zunächst durch die Nachkriegszeit und die achtziger Jahre, mal hier und mal da innehaltend und ohne daß jenes Tableau entfaltet würde, das nötig ist, um die Akteure verstehen und einordnen zu können. Auch Sturm weist Willy Brandt eine tragende positive Rolle zu. Dessen Haltung aber gründete nicht in einer realpolitischen Anwendung, sondern in dem Deutschland-Bild seiner antinationalsozialistischen Jahre. Davon ahnt Sturm nicht einmal etwas. Statt dessen gewährt er Einblick in Brandts Eheleben – frei nach dem Motto „Herr Lehrer, ich weiß was“. Die Gegenspieler des Ehrenvorsitzenden, Lafontaine vorneweg, werden gleichfalls nicht verortet. Woher ihre Abwehr? Gab es jenseits taktischer Erwägungen ernsthafte Beweggründe oder gerade nicht? Wenn nein, was hieße das für die Lebenskraft der Sozialdemokratie?

Hans-Jochen Vogel hatte das Pech, der Partei in einer Zeit vorzustehen, die genau das verlangte, was ein solcher Bürokrat nicht haben konnte – Führungskraft. Am Ende des Buches kommt Vogel so gut weg, wie es im Hauptteil nirgends nahegelegt wird. Sturm bringt nichts und niemanden auf den Kern. Auch Egon Bahr nicht, der breiten Raum einnimmt. Die Kunst der Verdrängung hat Bahr zu höchster Blüte gebracht und sich zu einem Zeitzeugen stilisiert, wie es keinen zweiten gibt. Deshalb ist dankens- und lobenswert, daß Sturm mit vielen Zitaten, wenn auch leider an zu vielen Stellen, belegt, wie sehr Bahr tatsächlich den Gang der Ereignisse aufzuhalten versucht hat. Aber warum? Hatte er nicht immer als „deutsch-national“ gegolten, und hatte er sich nicht auch selbst so gesehen? Wollte vielleicht auch er nur die Kohlsche Einheit nicht? Die Frage nach der Weggenossenschaft mit Willy Brandt drängt sich doch geradezu auf. Warum standen sie auf verschiedenen Seiten der Barrikade, als der Ernstfall eintrat? Diese Frage ist eine der spannendsten, die der Antwort durch die Zeitgeschichtsschreibung harren. Sturm kommt sie nicht in den Sinn. Wie überhaupt das Buch aller Leitgedanken entbehrt. Es wird nichts hergeleitet und nichts erklärt, aber alles mitgeteilt, was an Wortmeldungen irgend mitzuteilen ist. Auch Leute, deren Namen sich selbst beste Kenner des sozialdemokratischen Innenlebens nicht gemerkt haben, werden bemüht. Schwierig bis unmöglich wird die Lektüre vor allem durch eine Art thematischer Gliederung; im zeitlichen Ablauf springt man immer aufs Neue vor und zurück. Wesentliche Ereignisse finden immer wieder statt und verlieren Bedeutung und Dramatik.

Sturm ist ein fleißiger Aktenleser und ein umtriebiger Interviewer. Sinn für die Wirkungsmächte in der Geschichte aber geht ihm ab. Wie sonst könnte er am Ende seines Buches das Resümee eines „negativen Nationalismus“ ziehen und die Einheitsgegner von 1989/90 mit den heutigen Anhängern der Globalisierung und „des ungezügelten Kapitalismus“ (S. 474) vergleichen?

Brigitte Seebacher

Stefan Vogt, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945, Bonn 2006 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 502 S.

Die Weimarer Intellektuellengeschichte lag lange Zeit brach. Zudem konzentrierte sich ihre Erforschung fast ausschließlich auf das rechte politische Spektrum und insbesondere die „Konservative Revolution“, die in mancherlei Hinsicht dem Nationalsozialismus ideell entgegenarbeitete. Seit einigen Jahren indes finden mehr und mehr einerseits das linke Intellektuellenmilieu, andererseits Übergänge und sogenannte Austauschdiskurse zwischen links und rechts die Aufmerksamkeit der Weimar-Historiker. In diesen Trend fügt sich Stefan Vogts Untersuchung der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ ein, die vom Januar 1930 bis zum Juni 1933 erschienen. Die Herausgeber waren der Theologe Paul Tillich, der Nationalökonom Eduard Heimann und der Pädagoge Fritz Klatt. Die Schriftleitung lag in den Händen August Rathmanns, einem ehemaligen Mitglied der Jungsozialisten des Hofgeismarkkreises. Zu den Stammautoren der Zeitschrift zählten daneben Theodor Haubach, Hermann Heller, Carlo Mierendorff und Gustav Radbruch. Der Autor unterzieht die „Neuen Blätter“ und ihren „Kreis“ einer breit angelegten ideologiekritischen Analyse, ohne allerdings ihre Wirkungsmacht und Bedeutung innerhalb der politischen Arbeit der organisierten Sozialdemokratie immer präzise darlegen zu können. Indem Vogt die Spannungsfelder „zwischen Ideologie und Politik, zwischen Sozialdemokratie und Konservativer Revolution sowie zwischen bürgerlicher Demokratie und Nationalsozialismus“ vermischt, liefert er eine „intellectual history“ im engeren Sinne, ohne zu einer Sozialgeschichte der Ideen im weiteren Sinne vorzudringen.

Mit Konzepten eines nationalen Sozialismus befanden sich viele „Blätter“-Autoren laut Vogt in großer Nähe zu neokonservativen Ideologien. Er erkennt in diesen Vorstellungen, die sich vom klassenkämpferischen Marxismus verabschiedeten und nationalistische Ideen wie autoritäre Elemente beinhalteten, keineswegs versäumte Chancen im Ringen um den Erhalt der Republik, sondern vielmehr selbst einen Bestandteil des allgemeinen Zersetzungsprozesses am Beginn der dreißiger Jahre. Der „Blätter“-Zirkel habe eine Zwischenposition zwischen Konservativer Revolution und Sozialdemokratie bezogen und sei zeitweise „in gefährliche Nähe zum Nationalsozialismus“ geraten. Dies ist schon insofern eine provozierende These, als ein großer Teil der „Jungen Rechten“, wie Vogt die Gruppe begrifflich zu fassen versucht, später zum Widerstand im Dritten Reich zählte. Dies zeige erneut, wie wenig prinzipieller Antifaschismus und Widerstand gegen den Nationalsozialismus übereinstimmen mußten. Es mutet schon etwas merkwürdig an, wenn der Autor – statt den todesmutigen Einsatz der Widerstandskämpfer zu würdigen – vor allem bedauert, daß durch diese „rechten“ Sozialdemokraten (und als solche verstanden sie sich zuallererst, unabhängig von politischen Richtungspfeilen wie rechts oder links) dem „Kreisauer Kreis“ keine „emanzipatorische Perspektive“ eröffnet worden sei, „die über die Grenzen der deutschen Ideologie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinausgewiesen hätte“. Argumentiert der Autor über weite Strecken nüchtern und beruht seine Darstellung auf einer umfassenden Auswer-

tung von Literatur und (Archiv-)Quellen, so mag man sein normatives Urteil nicht nachvollziehen. Hier trägt die Studie fast teleologische Züge; sie läuft auf einen Schuldanspruch für die Mitarbeiter der „Neuen Blätter“ hinaus. Manche Kontroverse oder wenigstens Ambivalenz, von der Vogt zur Erschließung des Intellektuellendiskurses selbst gerne spricht, droht dann innerhalb der „Blätter“, die eben keine programmatisch oder sonstwie geschlossene „Junge Rechte“ publizistisch beherbergten, aus dem Blick zu geraten.

Alexander Gallus

Michelle Hale Williams, *The Impact of Radical Right-Wing Parties in West European Democracies*, New York 2006 (*Palgrave Macmillan*), 236 S.

Häufig wird von einem Aufstieg der extremen Rechten in Europa und zunehmenden Erfolgen dieser Parteienfamilie gesprochen. Worin besteht dieser Erfolg oder Bedeutungszuwachs? Als erfolgreiche Rechtsaußenparteien werden gemeinhin jene angesehen, die hohe Wahlergebnisse erringen und Parlamentarier, Regierungsmitglieder und/oder Bürgermeister stellen. Daher beurteilen wir die Formationen in Belgien, Dänemark oder Österreich als stark, in Deutschland, Großbritannien oder Spanien als eher schwach. Erfassen wir das Phänomen mit einer solchen Herangehensweise (Erfolg = Erfolg in der Wahlarena) optimal? Michelle Williams vertritt die These, Rechtsaußenparteien übten in Westeuropa einen meßbaren Einfluß aus, der nicht unbedingt mit den von ihr erreichten Parlamentssitzen oder Regierungsbeteiligungen korreliere. Dieser Ansatz hat seine Berechtigung. Die extreme Rechte hat bisher äußerst selten direkt Macht ausgeübt. Dennoch wird immer wieder ihre Fähigkeit zur Beeinflussung von politischen Diskursen, vor allem in Fragen der Zuwanderungspolitik, thematisiert. Die große Schwierigkeit besteht nun darin, diesen indirekten Einfluß zu messen. Im Gegensatz zu Stimmanteilen bei Wahlen oder Mandaten in Vertretungskörperschaften ist „Einfluß“ keine direkt beobachtbare und quantifizierbare Größe.

Die zentrale These der Studie Williams' lautet: Rechtsaußenparteien versuchen, Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Kriminalität mit der Zuwanderungsfrage zu verknüpfen, dadurch Bedrohungsszenarien zu konstruieren und eine Nachfrage nach neuen Inhalten (nämlich einer rigideren Politik gegenüber Ausländern) hervorzurufen. Diese Strategie setzt auf drei Ebenen an: der des politischen Diskurses und der öffentlichen Meinung, der des Parteiensystems und schließlich der Gesetzgebung. Die hauptsächlich an den Fallbeispielen Frankreich (Front national), Deutschland (NPD, REP, DVU) und Österreich (FPÖ) orientierte Studie kommt zum Ergebnis, Rechtsaußenparteien übten auf indirekte Weise Einfluß aus. So hätten sie bei der Zuwanderungsfrage ein Klima der Angst erzeugt und die Parteien der Mitte gezwungen, ihre Position zumindest zeitweise nach rechts zu verschieben.

Die Messung des Einflusses von Rechtsaußenparteien erfolgt z.B. anhand der Häufigkeit, in der das Thema Zuwanderung in wichtigen Tageszeitungen auftaucht, und der

Anzahl von Gesetzesinitiativen zu diesem Gegenstand. Für Williams ist eine wachsende Präsenz der Zuwanderungsfrage in den Medien auf deren erfolgreiche Politisierung durch die extreme Rechte zurückzuführen. Über diese Argumentation kann man streiten. Wie läßt sich z.B. nachweisen, daß die Verabschiedung eines Anti-Zuwanderungsgesetzes auf Druck der extremen Rechten zustande gekommen ist? Trotz der nicht immer überzeugenden Operationalisierung des Phänomens kommt die Studie zu wertvollen Ergebnissen und kann der Forschung wichtige Impulse geben. Die Verbesserung der angewendeten Konzepte und Instrumente und ihre Umsetzung in Fallstudien sollten unser Verständnis über die Wirkung von Rechtsaußenparteien auf Politik und Gesellschaft voranbringen. Der Gesamteindruck wird leider durch Ungenauigkeiten und Fehler getrübt, die in einer wissenschaftlichen Arbeit nicht vorkommen dürfen. Beispielsweise: Die Werte, die Williams auf Seite 62 (Tabelle 4.2) den österreichischen Bundesländern unter „Right vote“ zuweist, stellen sich nach einigem Rechercheaufwand als die FPÖ-Stimmanteile bei der Nationalratswahl 1999 heraus – allerdings sind die Zahlen nicht richtig zugeordnet. Bei einer Fallstudie zur extremen Rechten in Österreich hätte der Autorin schon auffallen sollen, daß die von ihr benannten – angeblichen – FPÖ-Hochburgen eher die Problemregionen der Partei sind.

Henrik Steglich

Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006 (*Klett-Cotta Verlag*), 694 S.

Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2006 (*Verlag C.H. Beck*), 540 S.

Die Bundesrepublik Deutschland – eine geglückte Demokratie? Ja, sagt der Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum, der seine Geschichte der Bundesrepublik unter diesem Titel vorlegt. Behandelt wird der Zeitraum vom Ende des Krieges bis zum „Desaster-sieg“ Angela Merkels bei der Bundestagswahl 2005. Das Buch ist chronologisch aufgebaut. Die Besatzungszeit 1945 bis 1949, das Gründungsjahrzehnts 1949 bis 1959, die Ära neuer Dynamik und Liberalisierung 1959/60 bis 1973, die Epoche neuer Probleme und Globalisierung 1974 bis 1989 und schließlich die Zeit ab 1990 mit dem Übergang von der Bonner zur Berliner Republik bilden je eigene Kapitel. Die Gliederung ist sinnvoll und nachvollziehbar, einzig die Verwendung des Begriffs Globalisierung für die Zeit von 1974 bis 1989 könnte zu Fehlinterpretationen führen – die Globalisierung erfuhr gerade nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und mit dem jüngsten Aufstieg Chinas neue Dynamik. Innerhalb der einzelnen Epochen werden mit Innenpolitik, Außenpolitik und Sozialkultur verschiedene Ansätze gefunden, innerhalb derer Wolfrum den Weg von der Diktatur zur stabilen Demokratie, von totaler Zerstörung zum Exportweltmeister in angenehm unaufgeregtem Ton beschreibt, wobei insbesondere die gesellschaftlich-kulturellen Teile zur guten Lesbarkeit beitragen und die Themenkomplexe abrunden. Mit seiner „geglückten Demokratie“ hat Edgar Wolfrum eine moderne, per-

spektivenreiche Darstellung der insgesamt in der Tat geglückten Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland geschaffen.

Weniger optimistisch formuliert der emeritierte Münchener Professor für Neuere und Neueste Geschichte Gerhard A. Ritter im Rahmen seine Untersuchung der Zeit von Ende 1989 bis zur Bundestagswahl im Oktober 1994, die die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates behandelt. Wie die Gesamtdarstellung Wolfrums ist die Detailbetrachtung Ritters chronologisch sinnvoll gegliedert: Zunächst stand die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf der sozialpolitischen Agenda ganz oben, gefolgt von der Übertragung des westdeutschen Sozialstaats auf die neuen Bundesländer und der Zeit steigender Staatsverschuldung und zunehmender Arbeitslosigkeit. Zahlreiche, zum Teil bis in die Arbeitsebene reichende Quellen aus Regierung, Parlament, Parteien und Verbänden machen das Werk zu einem anspruchsvollen und packenden Stück der jüngeren Zeitgeschichte. Der weitgehend auf Konsens beruhende deutsche Sozialstaat war innerhalb seiner Systemgrenzen bisher durchaus reformfähig. Ob er auch so gewaltige Herausforderungen wie die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung oder den Wandel der traditionellen Arbeitsgesellschaft meistert, ist offen. Ritters Analyse läßt keinen Zweifel: Ohne weitere, tiefgreifende Reformen wird dies nicht gelingen.

Roland Kerschhackl

Sönke Zankel, Die Weiße Rose war nur der Anfang. Geschichte eines Widerstandskreises, Köln-Weimar-Berlin 2006 (Böhlau Verlag), 215 S.

Das Buch, Extrakt einer Münchner Dissertation, beansprucht, „ein kritischeres Bild“ über den Widerstandskreis der „Weißen Rose“ zu vermitteln als das in der „deutschen Erinnerungskultur“ bislang gepflegte. Es ist ein Beispiel dafür, wie selbst umfangreiche Archivarbeit das Ziel historischen Erkenntnisgewinns verfehlt. Das maßgeblich von Inge Scholl (1952) geprägte Idealbild ist längst in einer von Zankel nicht zitierten Schrift einer Korrektur unterworfen worden (Die Ulmer „Trabanten“).

Darin gewannen die Lebenswege der Scholls deutlichere Konturen. Ungeachtet christlicher Erziehung und eines NS-gegnerischen Vaters waren die Geschwister anfangs vom „nationalen Aufbruch“ begeistert. Hans Scholl, bis dahin Mitglied des CVJM, trat am 1. Mai 1933 der Hitler Jugend bei. Im Jungvolk lernte er die spezifisch jugendbewegten Traditionen der „d.j. 1.11“ kennen. Noch als strammer, antikatholischer Fähnleinführer knüpfte er 1935 erste Kontakte zum katholischen „Quickborn“. Ende 1937 wurde Scholl wegen „bündischer Umtriebe“ verhaftet, im Juni 1938 u.a. wegen homosexuellen Vergehens gegen §175 verurteilt, aber amnestiert. Nach dem Prozeß stieß Otl Aicher zum Scholl-Kreis an und brachte ihm reformkatholische Ideen nahe. In jenen Jahren pflegte die Familie Scholl enge Kontakte zum Nationalkommunisten Richard Scheringer. Über Aicher gelangte Scholl 1941 in den katholischen Intellektuellenkreis um Carl Muth („Hochland“) und den Konvertiten Theodor Haecker.

Einer Arbeit über die „Weiße Rose“ wäre es angemessen, die Wege und Umwege in die Widerständigkeit, die Quellen jugendlichen Nonkonformismus, die geistigen Suchbewegungen im Kontext der kurzen Jahre des NS-Regimes herauszuarbeiten. Statt dessen wartet der Autor ständig mit Werturteilen auf, die in summa der „Weißen Rose“ ein schlechtes demokratisches Führungszeugnis ausstellen. Ihm mißfällt Scholls elitäres Selbstverständnis, wie es etwa in einem Tagebucheintrag aufscheint: „Die ‚Masse‘ der Menschen wird hier als formbar dargestellt. Der emanzipierte, politisch mündige Bürger befand sich für Scholl wie auch für Schmorell jenseits ihrer Vorstellungen von einem Gemeinwesen“ (S. 71). Scholl habe erst im fünften Flugblatt („An alle Deutsche!“) den „Kurswechsel“ vom verengten Nationalpatriotismus hin „zur Demokratie“ (S. 95) vollzogen. Der einer Moskauer Emigrantenfamilie entstammende Alexander Schmorell war „russophil“ und unterschied zwischen guten und schlechten Nationalsozialisten, der katholisch jugendbewegte Willy Graf hatte einen NSDAP-Vorkämpfer des Saarland-Anschlusses zum Vater, Haecker hing einem christlichen Antijudaismus an und gebrauchte die Kategorien „Christ und Antichrist. Das bedeutete, daß derjenige, der nach seinem Verständnis nicht christlich war, zumindest nicht weit davon entfernt war, Antichrist zu sein“ (S. 61). Kurt Hubers NS-Feindschaft entsprang u.a. gescheiterten Karriereabsichten, sein Nationalismus, Antibolschewismus und (angeblicher) Antisemitismus machen ihn suspekt. Seitenweise spekuliert der Autor über den Gebrauch von Opiaten im Scholl-Kreis bis hin zur Morphinumabhängigkeit Hans Scholls. Das Resümee: „eine ‚schwere‘ Sucht [ist] äußerst unwahrscheinlich“ (S. 124).

In der Erfüllung politisch korrekter Vorgaben leistet der Autor ein Übersoll. In einem Punkt, die Kriegserfahrung der Freunde 1942 betreffend, kommt er zu unkonventioneller Erkenntnis. Es sei zu „konstatieren, daß in dem Einsatzgebiet der Studenten in Rußland und in dem hier relevanten Zeitraum kein Vernichtungskrieg stattgefunden hat. Daß dieser dennoch von der Wehrmacht insgesamt geführt wurde, soll damit freilich nicht bestritten werden“ (S. 80).

Herbert Ammon

Kommentierte Bibliographie

- Abromeit, Heidrun/Michael Stoiber**, Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme, Wiesbaden 2006 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 286 S. – Anspruchsvolle und überaus breit angelegte Studie, die keine „Einführung“ ist. Im Vordergrund steht eine modifizierte Vetospieler-Theorie.
- Ademoglu, Daron/James A. Robinson**, Economic Origins of Dictatorship and Democracy, New York 2006 (*Cambridge University Press*), 416 S. – In ihrer ökonomischen Theorie demokratischer Transformation und Konsolidierung gehen die Autoren von der Annahme aus, Machteliten seien – im Unterschied zu breiten Bevölkerung – grundsätzlich nicht an Demokratisierung interessiert. Möglicherweise hat die Fallauswahl (Großbritannien, Argentinien, Singapur, Südafrika) diese problematische Prämisse bedingt.
- Agentur der Europäischen Union für Grundrechte** (Hrsg.), Muslime in der Europäischen Union. Diskriminierung und Islamophobie, Wien 2006 (*Bezugsadresse: http://fra.europa.eu/fra/material/pub/muslim/Manifestations_DE.pdf*), 138 S. – Der Bericht vermittelt grundlegende Informationen zur Situation der muslimischen Gemeinschaften in den EU-Mitgliedstaaten und ihrer Beeinträchtigung durch islamophobe Gesinnungen und Bestrebungen.
- Ágh, Attila**, Eastern Enlargement and the future of the EU27: EU foreign policy in a global world, Budapest 2006 (*Hungarian Academy of Science*), 381 S. – Für den ungarischen Politikwissenschaftler Attila Ágh bildet die EU den Gegenstand aktueller kontroverser Debatten in den Medien und Parlamenten. Es gebe einen Wettbewerb zwischen Unterstützern und Skeptikern – mit Blick auf die weiteren institutionellen Vorkehrungen sowie die EU als Ganzes.
- Algemene Inlichtingen – en Veiligheidsdienst** (Hrsg.), Jaarverslag 2005, Den Haag 2006 (*Bezugsadresse: http://www.aivd.nl/actueel-publicaties/aivd-publicaties/jaarverslag-aivd_0*), 116 S. – Der Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes vermittelt einen Überblick zur Situation des Terrorismus sowie des Links- und Rechtsextremismus und informiert über „Radikalisierungsprozesse“ in verschiedenen ethno-kulturellen Gemeinschaften.
- Amirpur, Katajun/Ludwig Ammann** (Hrsg.), Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion, Freiburg i. Br. u.a. 2006 (*Herder Verlag*), 219 S. – Im Vergleich zu vielen anderen Studien, die die Gefahren des Islam angesichts mannigfacher Herausforderungen betonen, werden hier die Chancen für einen Dialog hervorgehoben.
- Amos, Heike**, Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1946-1949. Darstellung und Dokumentation, Münster 2006 (*Lit Verlag*), 534 S. – Mit dieser kenntnis- und materialreichen Arbeit wird eine Forschungslücke beseitigt. Die wissenschaftlich untermauerten Ergebnisse (Hegemonie der SED) sind allerdings nicht überraschend.
- Anders, Freia/Ingrid Gilcher-Holtey** (Hrsg.), Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols. Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./New York 2006 (*Campus Verlag*), 280 S. – Die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols ist eine Errungenschaft des demokratischen Verfassungsstaates. Einschlägige wissenschaftliche Diskussionen zum Gewaltbegriff und zu seiner Entgrenzung werden eingefangen.
- Anne-Frank-Stichting** (Hrsg.), Monitor Racisme & Extremisme. Zevende Rapportage, Redactie Jaap van Donseelaar/Peter R. Rodrigues, Amsterdam 2006 (*Bezugsadresse: <http://www.annefrank.org/upload/downloads/monitor2006-7.pdf>*), 256 S. – Der Bericht gibt eine Lageanalyse (Stand: Ende 2005) zum Rechtsextremismus und Antisemitismus in den Niederlanden, informiert über Radikalisierungsprozesse in muslimischen Jugendmilieus und erörtert mögliche Deradikalisierungsstrategien.
- Apitz, Tessa**, Personen im Wahlkampf – Garantie für den Erfolg? Analyse der SPD-Wahlkämpfe auf Bundesebene 2002 und auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen 2005, Saarbrücken 2006 (*VDM Verlag*), 129 S. – Wahlkämpfe werden seit den letzten Bundes- und Landtagswahlen, dem Beispiel Amerikas folgend, zunehmend von den zur Wahl stehenden Spitzenkandidaten bestimmt. Die Autorin erörtert anhand zweier Wahlkämpfe die neue Rolle der Kandidaten innerhalb der Kampagnen und beleuchtet deren vielfältige Auswirkungen auf die Politik.
- Arnim, Hans Herbert von**, Das Europa-Komplott. Wie EU-Funktionäre unsere Demokratie verscherbeln, München/Wien 2006 (*Carl Hanser Verlag*), 442 S. – Der prominente Staatsrechtler und Parteienkritiker nimmt in

Literatur

- diesem Buch einmal mehr die „Eurokraten“ aus Brüssel ins Visier. Er kritisiert schonungslos, fachkundig, wie-wohl mit Hang zur Polemik und fordert ein Ende der „Privilegienrittererei“.
- Arnswald, Ulrich/Ulrich Bongertmann/Ulrich Mähler** (Hrsg.), DDR-Geschichte im Unterricht. Schulbuch-analyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum, Berlin 2006 (*Metropol Verlag*), 235 S. – Die dreiteilige Publi-kation analysiert Lehrbücher wie eine bundesweite Schülerbefragung und bietet obendrein ein Methodencurri-culum an. Das Wissen – oder Nichtwissen – von Fakten wie Zusammenhängen über DDR-Geschichte bildet den Schwerpunkt der hochinteressanten Untersuchung: eine Pflichtlektüre für alle Pädagogen gesellschaftswis-senschaftlicher Fächer.
- Atwan, Abdel Bari**, *The Secret History of al-Qa’ida*, London 2006 (*Saqi*), 256 S. – Der Herausgeber der in Lon-don erscheinenden Zeitung „al-Quds al-Arabi“ hat Osama Bin Laden bereits 1996 in Afghanistan interviewt und Informationen von einigen Familienmitgliedern erhalten.
- Baberowski, Jörg** (Hrsg.), *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 205 S. – Die Autoren des Bandes betten die Gewaltgeschichte der Sowjetunion und des Stalinismus in diejenige des zaristischen Rußland ein.
- Bachmeier, Andreas**, *Wirtschaftspopulismus. Die Instrumentalisierung von Arbeitslosigkeit in Wahlkämpfen*, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 173 S. – Unter Vernachlässigung jeglicher einschlägiger Literatur zum Thema Populismus, erst recht zum Thema Wirtschaftspopulismus, bestätigt der Münchner Poli-tikwissenschaftler anhand der Wahlkämpfe 1994 bis 2002 seine zentrale These: „Die deutschen Volksparteien agieren in Bundestagswahlkämpfen wirtschaftspopulistisch.“
- Backes, Uwe**, *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttin-gen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 310 S. – Die Begriffsgeschichte ist aus den Quellen rekonstruiert. Die Studie spannt den historischen Bogen von der voraristotelischen Tradition bis zur unmittelbaren Gegenwart.
- Backes, Uwe/Eckhard Jesse** (Hrsg.), *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttin-gen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 592 S. – Die Sammlung von Abhandlungen zum Rechts- und Linksextre-mismus steht in der Tradition der Vergleichenden Extremismusforschung.
- Balzer, Friedrich-Martin** (Hrsg.), *Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Frie-densbewegung im Düsseldorfer Prozeß 1959/60*, Köln 2006 (*PapyRossa Verlag*), 380 S. – Wie immer man die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland bewerten mag: Eine Kriminalisierung der „westdeutschen Friedensbewegung“ hat es nicht gegeben.
- Barth, Boris**, *Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte – Theorien – Kontroversen*, München 2006 (*Verlag C.H. Beck*), 271 S. – Nach einer sorgfältigen Bestimmung des Genozid-Begriffs behandelt der in Kon-stanz lehrende Historiker nacheinander „Fälle von eindeutigen Völkermord“ (Armenier, NS-Genozide, Ruan-da) sowie „Fälle mit Genozidverdacht“ (Deutsch-Südwestafrika, stalinistisches Regime, Rote Khmer) und be-leuchtet den Zusammenhang zwischen Gesellschaftsstruktur und Genoziden.
- Bauerkämper, Arnd**, *Der Faschismus in Europa 1918-1945*, Stuttgart 2006 (*Philipp Reclam jun.*), 211 S. – In diesem Buch finden die wichtigsten Theorien zum Faschismus Eingang. Erfolge und Mißerfolge der Faschisten hingen sehr von ihrem nationalstaatlichen Kontext ab.
- Baumgarten, Helga**, *Hamas. Der politische Islam in Palästina*, München 2006 (*Diederichs*), 256 S. – Die an der Universität Birzeit (Palästina) lehrende Politikwissenschaftlerin und Nahost-Expertin zeichnet die Entwicklung der Hamas von den Hamasbrüdern bis in die Gegenwart nach. Ihre zentrale These, der Westen komme an der Hamas als Verhandlungspartner nicht vorbei, dürfte gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 2007 hochgradig kontrovers sein.
- Behnke, Joachim/Thomas Gschwend/Delia Schindler/Kai-Uwe Schnapp**, *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 364 S. – Das Buch vereint qualitative und quantitative Verfahren zur Datenanalyse, die sich in ihrem Theorie-, Kausal- und Zeitbezug voneinander unterscheiden. Beispiele hierfür sind Diskurs-, Mehrebenen-, Panel- oder Sequenzanalysen.
- Beier, Katharina u.a.**, *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*, Greifswald 2006 (*Steinbecker Verlag*), 194 S. – Detaillierte empirische Studie zum (nicht sonderlich aktiven) Verhalten von NPD-Mitgliedern in Kommunalparlamenten von Mecklenburg-Vorpommern.
- Bellers, Jürgen/Mario Petri/Ulrich Schnier** (Hrsg.), *Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und au-toritären Regime der Gegenwart*, Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 548 S. – Die Beiträge sind in der Regel informativ geraten. Der Titel „Handbuch“ wird wegen mangelnder Systematik verfehlt.
- Besier, Gerhard/Gerhard Lindemann**, *Im Namen der Freiheit. Die amerikanische Mission*, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 415 S. – Der Freiheitsbegriff hat Konjunktur. Was sind die Voraussetzungen von Freiheit, und wodurch wird sie bedroht? Besier und Lindemann gehen den angloamerikanischen Freiheitsvor-

Kommentierte Bibliographie

stellungen von den Anfängen bis in die jüngere Gegenwart nach und beschreiben die Ambivalenz des amerikanischen Freiheitsmythos.

- Biermann, Rafael**, Lehrjahre im Kosovo. Das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch, Paderborn u.a. 2006 (*Schöningh Verlag*), 664 S. – Dem Autor hat eine mit vielen Quellen belegte tief-schürfende Analyse über den Kosovo-Krieg vorgelegt, die mit einem Appell zur frühzeitigen Krisenprävention abschließt.
- Bilak, Vasil**, Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten, hrsg. von Klaus Kukuk, Berlin 200 (*Edition Ost*), 288 S. – Bilak, der 1968 die Sowjetunion um „Bruderhilfe“ gerufen hatte, ist ein unverbesserlicher Kommunist. Das belegt diese Schrift.
- Blasius, Dirk/Wilfried Loth** (Hrsg.), Tage deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 143 S. – Acht wichtige Daten aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts werden herausgegriffen, ohne eine verbindende Geschichte zu präsentieren.
- Blehoa, Beata**, Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei, Münster u.a. 2006 (*Lit Verlag*), 272 S. – Die Dissertation fördert wichtiges neues Material zutage. Ist allerdings die These richtig, die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ habe den Niedergang des „realen Sozialismus“ beschleunigt?
- Blinkhorn, Martin**, Mussolini and Fascist Italy, 3. Aufl., London/New York 2006 (*Routledge*), 95 S. – Der an der Lancaster University lehrende Zeithistoriker hat eine solide, ausgewogene Einführungsdarstellung zum italienischen Faschismus verfaßt.
- Blum, Harald/Jürgen Gehardt** (Hrsg.), Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 266 S. – In Überblicksartikeln und Einzelstudien spiegelt der Sammelband den Forschungsstand der politischen Ideengeschichte des zurückliegenden Jahrhunderts wider und bietet so eine gute Bestandsaufnahme des gesamten Gebietes, das Historiker, Philosophen und Politikwissenschaftler im methodischen Mit- und Gegeneinander beackern.
- Bock, Siegfried/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau** (Hrsg.), Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II), Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 257 S. – Wie im ersten Band kommen ehemalige hochrangige Repräsentanten zu Wort. Die Diplomatie trug stets Prinzipien wie Antifaschismus, Antiimperialismus und Friedenssicherung Rechnung und behielt den anderen deutschen Staat im Fokus. Für den Historiker attraktiv: etliche Fakten und Kenntnisse über diplomatisches Klima der 70er und 80er Jahre, die sich in keinem Archiv finden, Erfolgsgeschichten wie eingestandene Fehlritte.
- Bos, Ellen/Antje Helmerich** (Hrsg.), Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa, Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 279 S. – Im Mittelpunkt der Beiträge des Sammelbandes steht die Frage, ob die institutionelle Anlage des Präsidentenamts, das Amtsverständnis und die Persönlichkeit des Präsidenten Einfluß auf den Erfolg der Demokratisierungsprozesse in Osteuropa hatten und haben.
- Botsch, Gideon**, „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940-1945, Paderborn u.a. 2006 (*Schöningh Verlag*), 362 S. – Die politikwissenschaftliche Dissertation ist indirekt ein Beitrag zur Politikwissenschaft nach 1945, die gerne als „Demokratiwissenschaft“ firmiert.
- Bourseiller, Christophe**, Extrêmes gauches: la tentation de la réforme, Paris 2006 (*Les éditions Textuel*), 108 S. – In Interview-Form antwortet der Extremismus-Kenner auf Fragen zur Entwicklung der französischen extremen Linken, vor allem des bei Wahlen zeitweise erfolgreichen Trotzkismus und der Versuche einer intellektuellen Modernisierung in der globalisierungskritischen Strömung.
- Brandenberger David/Kevin M. F.Platt** (Hrsg.), Epic Revisionism. Russian History and Literature as Stalinist Propaganda, Madison/London 2006 (*The University of Wisconsin Press*), 355 S. – Die Autoren des Bandes zeigen, wie nach der bolschewistischen Revolution in Rußland zeitweilig geächtete Persönlichkeiten der russischen Geschichte (Peter der Große, Iwan der Schreckliche, Alexander Puschkin, Leo Tolstoi, Michail Lermontow) während der Stalin-Ära wieder zu geachteten Größen aufgestiegen sind.
- Bredow, Wilfried von**, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2006 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 299 S. – Das übersichtliche Studienbuch behandelt die Außenpolitik der Bundesrepublik, die Grundlinien und Schwerpunkte, die wichtigsten Institutionen und Akteure, die entscheidenden Zäsuren von ihrer Gründung an sowie die Einbindung in den europäischen und atlantischen Kontext. Ein eigener Abschnitt widmet sich gegenwärtigen Herausforderungen.
- Brenner, Wolfgang**, Walther Rathenau. Deutscher und Jude, 2. Aufl., München/Zürich 2006 (*Piper*), 520 S. – Walther Rathenau wurde bekanntlich von Rechtsextremisten ermordet. Wie es dazu kam, schildert der Autor akribisch. Die reichlich plakativ gehaltene Biographie ist gleichwohl informativ.
- Brown, Deborah A./Tun-Jen Cheng** (Hrsg.), Religions Organizations and Democratization. Case Studies from Contemporary Asia, Armonk/London 2006 (*M.E. Sharpe*), 306 S. – Die Autoren des Bandes beleuchten die Rol-

- le religiöser Organisationen (Falun Gong, Buddhismus, Presbyterianische Kirche, Katholische Kirche, Islam) auf Demokratisierungsprozesse in Hongkong, Indonesien, Japan, Malaysia, Südkorea, Taiwan und Thailand.
- Brückner, Peter,** Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse. Mit Texten von Ulrike Marie Meinhof, einem Vorwort von Ulrike K. Preuß und einem Nachwort von Klaus Wagenbach, Neuausgabe, Berlin 2006 (*Wagenbach Verlag*), 207 S. – Das mehrfach aufgelegte Buch ist durch das (neue) Vorwort und das (alte) Nachwort mindestens so interessant wie durch den Text von Peter Brückner, der die gesuchte Ulrike Meinhof vorübergehend beherbergt hatte.
- Brümmer, Ulrich H.,** Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990 – 2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 291 S. – Der Verfasser analysiert in einer sehr gut lesbaren Dissertation neben quantitativen und strukturellen Parteiensystemeigenschaften vor allem Wahlkampf, Wahlergebnis und Parteienverhalten in vier sächsischen Landtagswahlen. Durch den Einzug der NPD in das Landesparlament 2004 hat sich einiges verändert.
- Buckley, Mary/Rovert Singh** (Hrsg.), The Bush Doctrine and the War on Terrorism. Global Responses, Global Consequences, London/New York 2006 (*Routledge*), 226 S. – Die Autoren des Bandes untersuchen die internationalen Auswirkungen der Außenpolitik der Bush-Administration nach dem 11. September – insbesondere Fragen der globalen Sicherheit, der Weltwirtschaft, der Rolle der Vereinten Nationen, des Völkerrechts und des Multilateralismus.
- Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv** (Hrsg.), bearbeitet von Monika Kaiser, Daniel Hofmann, Hans-Heinrich Jansen, Dokumente zur Deutschlandpolitik 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1974, München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), 1040 S. – Der 3. Band spiegelt die innerdeutschen Beziehungen und die vielfältigen Entscheidungsprozesse der Jahre 1973/1974 und beleuchtet somit zentrale Ereignisse der deutsch-deutschen Geschichte – wie die Ratifizierung des Grundlagenvertrages sowie den Rücktritt Willy Brandts.
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz** (Hrsg.), Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006 (*Bezugsadresse: www.bmi.bund.de*), 696 S. – Eingebettet in die allgemeine Kriminalitätsentwicklung behandelt der material- wie inhaltsreiche Bericht ausführlich die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität und des Terrorismus.
- Bundesministerium für Inneres** (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Wien 2006 (*Bezugsadresse: Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Postfach 100, 1014 Wien*), 125 S. – Der Bericht konzentriert sich wie in den Vorjahren auf organisierte Formen des politischen Extremismus mit strafrechtlicher Relevanz.
- Česká Republika/Ministerstvo Vnitra** (Hrsg.), Informace o problematice extremismu na území České republiky v roce 2005, Prag 2006 (*Bezugsadresse: <http://www.mvcr.cz/dokument/2006/extrem05.pdf>*), 49 S. – Der tschechische Verfassungsschutzbericht informiert umfassend über die Situation des Links- und Rechtsextremismus im Jahr 2005.
- Ciesla, Burkhard,** Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln u.a. 2006 (*Böhlau Verlag*), 356 S. – Die Potsdamer Habilitationsschrift geht der politisch interessanten Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin nach. Die Studie ist allerdings nicht so flott geschrieben wie der Haupttitel suggeriert.
- Collovald, Annie/Brigitte Gaïti** (Hrsg.), La Démocratie aux extrêmes. Sur la radicalisation politique, Paris 2006 (*La Dispute/SNÉDIT*), 339 S. – Die Autoren beleuchten ein breites Spektrum religiöser, sozialer und politischer Radikalisierungsprozesse von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart.
- Conrads, Norbert** (Hrsg.), Cohn Willy. Kein Recht nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, Köln 2006 (*Böhlau Verlag*), 1121 S. – Im Tagebuch des Breslauer Gymnasiallehrers und Historikers Willy Cohn begegnet dem Leser ein überaus bewegendes Zeugnis über die Repression, Verfolgung und Vernichtung der Breslauer Juden. Die bis zum 17. November 1941 geführten Aufzeichnungen dokumentieren – neben dem Alltag und dem Untergang der eigenen Familie – innere Zerrissenheit: Die Liebe zu Deutschland und zur deutschen Kultur hielt ihn in Schlesien zurück – bis es zu spät war. Am 25. November 1941 erfolgte die Deportation.
- Coppa, Frank J.** (Hrsg.), Encyclopedia of Modern Dictators. From Napoleon to the Present, New York u.a. 2006 (*Peter Lang*), 344 S. – Der Band bietet eine Vielzahl biographischer Kurzporträts über Autokraten des 19. und vor allem 20. Jahrhunderts.
- Crépon, Sylvain,** La nouvelle extrême droite. Enquête sur les jeunes militants du Front National, Paris 2006 (*L'Harmattan*), 300 S. – Der in Paris und Brüssel lehrende Soziologe hat 48 Aktivisten der Front national-Jugendorganisation interviewt, um deren politische Vorstellungswelt zu erkunden. Auf diese Weise werden geistige Entwicklungen sichtbar, die das innerparteiliche Selbstverständnis verändert haben.

Kommentierte Bibliographie

- Crespo, Juanma**, *Memorias de un ultra. La historia secreta de la extrema derecha española*, Madrid 2006 (*Ediciones Temas de Hoy*), 388 S. – Der Autor trat 1979 der „Fuerza Nueva“ bei und durchlief eine rechtsextreme Karriere, die ihn in Kontakt zu vielen Aktivisten der Szene (Tejero, Milans, Blas Piñar, Varela, Ynestrillas, Degrelle) brachte. Entsprechend aufschlußreich ist das Selbstzeugnis des treuen Anhängers der Ideen José Antonios.
- Cristin, Renato** (Hrsg.), *Memento Gulag, Zum Gedenken an die Opfer totalitärer Regime*, Berlin 2006 (*Duncker & Humblot*), 108 S. – In dem Werk, dessen Name auf das sowjetische Straflagersystem der Jahre 1928 bis 1954 zurückgeht, liefern verschiedene Autoren wichtige Beiträge zum Gedenken an die Millionen von Menschen, die dem kommunistischen Regime der Sowjetunion zum Opfer fielen. Die Beiträge beziehen sich zum einen auf die Aufarbeitung totalitärer Vergangenheit und zum anderen auf den Umgang mit dem historischen Erbe totalitärer Systeme.
- Croissant, Aurel/Sascha Kneip/Beate Martin** (Hrsg.), *The Politics of Death. Political Violence in Southeast Asia*, Münster 2006 (*Lit Verlag*), 382 S. – Im Zentrum des Bandes stehen ethno-religiöse Konflikte und Gewalt in Indonesien, Kambodscha, Malaysia, Thailand und auf den Philippinen
- Croitorn, Joseph**, *Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats*, München 2006 (*Deutscher Taschenbuch Verlag*), 299 S. – Der FAZ-Journalist beleuchtet die historischen, kulturellen und psychologischen Hintergründe des Selbstmordattentats von den Anfängen in Japan (Shinto-Glaube, Samurai-Kodex, Kamikaze) bis zum Terrorismus der Dschihadisten.
- Crome, Erhard**, *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft*, Berlin 2006 (*Karl Dietz Verlag*), 228 S. – Der Analytiker des internationalen Zeitgeschehens zieht in zwölf Essays eine nüchterne Bilanz aus der Entwicklung des 20. Jahrhunderts. Crome stellt die These auf, daß der Sozialismus wieder auf der Tagesordnung steht. Dabei will er keine Anleitung zur nächsten Weltrevolution geben, sondern zum Nachdenken anregen.
- D’Arcangelis, Andrew**, *Die Jenischen – verfolgt im NS-Staat 1934-1944. Eine sozio-linguistische und historische Studie*, Hamburg 2006 (*Verlag Dr. Kovac*), 444 S. – Der erste Teil des Buches befaßt sich mit dem deutschsprachigen Argot und stellt heraus, daß Rotwelsch, genau wie die anderen Sondersprachen, ein Produkt der sozialen Lage der allerniedrigsten Gesellschaftsschichten ist. Im zweiten historischen Abschnitt steht die Verfolgung der Jenischen im NS-Staat im Mittelpunkt, eingeleitet durch die deutschen „Rassenhygieniker“ in den Jahren 1934-1944.
- Daniel, Uta** (Hrsg.), *Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert*, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 264 S. – Der Band präsentiert in neun Fallstudien den Wandel der Kriegsberichterstattung in den letzten 250 Jahren. Propaganda spielte früher eine ähnliche Rolle wie heute.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler**, unter Mitarbeit von Norman Geißler, *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflußfaktoren in Deutschland*, Berlin 2006 (*Friedrich-Ebert-Stiftung*), 184 S. – Hierbei handelt es sich um eine umstrittene Studie, die darauf hinausläuft, daß rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Die empirischen Belege dafür sind dünn.
- Degen, Hans Jürgen/Jochen Knoblauch**, *Anarchismus. Eine Einführung*, Stuttgart 2006 (*Schmetterling Verlag*), 213 S. – Beide Autoren betonen die Aktualität des Anarchismus und koppeln ihn an marxistisch-leninistische Theorien. Im Widerspruch dazu stellen sie sechs Umbruchssituationen von der Französischen Revolution bis zum Spanischen Bürgerkrieg dar.
- Derichs, Claudia/Thomas Heberer** (Hrsg.), *Wahlssysteme und Wahltypen. Politische Systeme und regionale Kontexte im Vergleich*, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 331 S. – Die Autoren bieten solide Informationen zu Wahlssystemen im Vergleich. Allerdings wird die demokratietheoretische Dimension etwas vernachlässigt.
- Dershowitz, Alan M.**, *Preemption. A Knife that Cuts both Ways*, New York/London 2006 (*W.W. Norton & Company*), 348 S. – Der an der Harvard Law School tätige Rechtswissenschaftler beleuchtet Gefahren und Dilemmata einer präventiv-antizipierenden Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung, die bereits vor dem 11. September in den USA auf dem Vormarsch gewesen sei.
- Dietl, Wilhelm/Kai Hirschmann/Rolf Tophoven**, *Das Terrorismus-Lexikon. Täter, Opfer, Hintergründe*, Frankfurt a.M. 2006 (*Eichborn Verlag*), 455 S. – Im Vordergrund des Lexikons stehen Islamismus und Dschihadismus. Der Band bietet solide (Grund-)Informationen – nicht mehr, nicht weniger.
- Dissent! Network of Resistance Against the G8** (Hrsg.), *Einblicke in das Innenleben einer Mobilisierung. Reflexionen und Diskussionen aus dem Dissent!-Spektrum*, Berlin 2006 (*Bezugsadresse: Carlo Giuliani, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin*), 92 S. – Die Broschüre enthält Selbstreflexionen, Kampagnenbeiträge und Positionspapiere von Gruppen (nicht nur) des Dissent!-Spektrums, das als deutscher Ableger des von militant orientierten

- tierten britischen Globalisierungskritikern zur Planung von Protesten gegen das G8-Treffen 2005 in Gleneagles (Schottland) gegründeten Netzwerks entstanden ist.
- Doering-Manteuffel, Anselm** unter Mitarbeit von **Elisabeth Müller-Luckner** (Hrsg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), 273 S. – Gegliedert in die drei Abschnitte „Herrschaft und Politik“, „Wirtschaft und Gesellschaft“ sowie „Transformation von Kulturmustern und ideellen Orientierungen“ arbeitet der Jahresband des Münchner Historischen Kollegs durchweg auf hohem Niveau Strukturmerkmale der deutschen Zeitgeschichte heraus. Er bietet damit gleichermaßen Orientierung und Anregung für weitere Detailforschungen.
- Druck, Szilvia**, Die Aufarbeitung des Kommunismus in Ungarn nach 1989. Eine systematische und kommentierte Bibliographie, mit einem Beitrag von Anna Dévényi und Detlef W. Stein, Nr. 42, Berlin 2006 (*Bezugsadresse: <http://www.osteuropa-zentrum.de/bibliothek>*), 60 S. – Bibliographie mit zum Teil ausführlichen Kommentaren.
- Duffy, Helen**, The 'War on Terror' and the Framework of International Law, reprint, Cambridge u.a. 2006 (*Cambridge University Press*), 488 S. – Die Autorin untersucht den rechtlichen Hintergrund der Anschläge des 11. September ebenso wie den juristischen Rahmen des anschließend ausgerufenen Antiterror-Feldzugs.
- Egg, Rudolf** (Hrsg.), Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006 (*Eigenverlag Kriminologische Zentralstelle e.V.*), 270 S. – Seit mehreren Jahren richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit verstärkt auf Formen der Kriminalität, die durch Ideologien oder Vorurteile bestimmt sind. Dieser Band dokumentiert die Ergebnisse einer interdisziplinären Fachtagung. Die Schriftfassungen der Referate werden dabei ergänzt durch eine „Bibliographie zur extremistischen Kriminalität“, die das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit der Bibliotheken des Bundeskriminalamtes und der Kriminologische Zentralstelle ist.
- Egle, Christoph/Christian Henkes/Wolfgang Merkel/Tobias Ostheim/Alexander Petring**, Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 506 S. – Eine Vielzahl von Fallstudien (u.a. Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien) untersucht die Frage nach der Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Deren Wirtschafts- und Sozialpolitik steht im Vordergrund.
- Eik, Jan**, Besondere Vorkommnisse. Politische Affären und Attentate in der DDR, mit einem Beitrag von Klaus Behling, 3. Aufl., Berlin 2006 (*Das Neue Berlin*), 255 S. – In Akten, Archiven und durch Befragungen gewann Jan Eik z.T. überraschende Erkenntnisse, etwa über den Hubschrauberabsturz des Honecker-Kronprinzen Lamberz oder den Selbstmord des Film- und Fernsehstars Dean Reed. Ein spannender Kriminalreport, der auch ein Stück DDR-Geschichte aufrollt.
- Elbaum, Max**, Revolution in the Air. Sixties Radicals turn to Lenin, Mao and Che, London/New York (*Verso*), 380 S. – Kenntnisreich und mit kritischer Sympathie zeichnet der Autor die wechselhafte Geschichte der Neuen Linken nach. Er faßt die Lektionen zusammen, die die heutige Linke im Negativen wie Positiven daraus lernen kann.
- Enders, Walter/Todd Sandler**, The Political Economy of Terrorism, Cambridge u.a. 2006 (*Cambridge University Press*), 278 S. – Die Autoren versuchen, wirtschaftswissenschaftliche Methoden für die Analyse der Wirkungen und strategischen Kalküle terroristischer Gruppierungen nutzbar zu machen.
- Erstling, Tino**, Versuch über den europäischen Totalitarismus. Mit einem Seitenblick auf die SED-Herrschaft in der Honecker-Ära, Göttingen 2006 (*Cuvillier Verlag*), 201 S. – Der Autor identifiziert den „totalitären Willen“ als Primärphänomen des Totalitarismus und hält die DDR unter Honecker für eine „souveräne Diktatur“ (Carl Schmitt), nicht jedoch für „totalitär“ oder „posttotalitär“.
- Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen** (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2006. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Band 7, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 683 S. – Das seit 2000 erscheinende Jahrbuch behandelt diesmal schwerpunkthaft die Diskussionen um den deutschen Föderalismus. Ein Beitrag von Michael W. Bauer und Diana Pitschel konstatiert ein begrenztes Erklärungspotential der Europäisierungsdebatte für Regionalisierungs- und Dezentralisierungssphänomene in Mittel- und Osteuropa.
- European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia** (Hrsg.), Antisemitism. Summary Overview of the Situation in the European Union 2001-2005, updated version, Wien 2006 (*Bezugsadresse: http://fra.europa.eu/fra/material/pub/AS/Antisemitism_Overview_December_2006_en.pdf*), 22 S. – Die Herausgebende Körperschaft des aktualisierten Berichts ist inzwischen in der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte/European Union Agency for Fundamental Rights (Wien) aufgegangen.
- European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia** (Hrsg.), The Annual Report on the Situation Regarding Racism and Xenophobia in the Member States of the EU, Wien 2006 (*Bezugsadresse: <http://fra.europa.eu/fra/material/pub/ar06/AR06-P2-EN.pdf>*), 138 S. – Der Bericht informiert nicht nur über rassistische Beein-

Kommentierte Bibliographie

- trachtungen und (kriminelle) Übergriffe in verschiedenen Lebensbereichen (Familien, Schule, Arbeitsplatz, Öffentlichkeit), sondern zugleich auch über die in den Mitgliedsstaaten ergriffenen Gegenmaßnahmen.
- Fischer, Karsten**, Moralkommunikation der Macht. Politische Konstruktion sozialer Kohäsion im Wohlfahrtsstaat, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 234 S. – Ergiebige Habilitationsschrift zum Komplex „Kohäsionskrisen“. Fünf Fallstudien zu den wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen befassen sich u.a. mit der Reformrhetorik der Regierung Schröder und dem „Compassionate Conservatism“ von George W. Bush.
- Foertsch, Volker/Klaus Lange** (Hrsg.), Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel, hrsg. von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen/Hanns Seidel Stiftung, München 2006 (*Bezugsadresse: www.hss.de*), 154 S. – Der Band enthält die Referate einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung und des Gesprächskreises Nachrichtendienste in Deutschland e.V. vom Januar 2006.
- Frei, Norbert** (Hrsg.), Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts?, Göttingen 2006 (*Wallstein*), 240 S. – Der Band dokumentiert die Eröffnungsfeier des „Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts“, das durch eine großzügige private Spende ins Leben gerufen werden konnte. Der Band geht indes über eine „Firmen“-Jubelschrift deutlich hinaus und vermischt verschiedene Forschungsfelder der Zeitgeschichte, fragt beispielsweise nach Chancen und Risiken der Kulturgeschichte, zeigt Perspektiven der „Neuen Politikgeschichte“ auf oder skizziert das 20. Jahrhundert als Zeitalter der Medialisierung.
- Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank** (Hrsg.), Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt a.M. 2006 (*Campus Verlag*), 377 S. – Das Jahrbuch zeigt, daß es sich bei der Judenfeindschaft keineswegs um eine historische Erscheinung handelt, sondern daß sich auch in der Gegenwart antisemitische Tendenzen ausmachen lassen. So analysieren die einzelnen Aufsätze heutige Formen des Antisemitismus.
- Fuentes, Noberto**, Die Autobiographie des Fidel Castro, München 2006 (*Verlag C.H. Beck*), 757 S. – Diese Studie konzentriert sich stark auf die Frühphase. Fuentes war lange ein Anhänger Castros.
- Gall, Lothar**, Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München 2006 (*Verlag C.H. Beck*), 526 S. – Herausragende Studie zu einem herausragenden Bankier im Schnittpunkt von Wirtschaft und Politik. Abs war zwischen 1933 und 1945 kein Widerstandskämpfer.
- Galli, Matteo/Heinz-Peter Preusser** (Hrsg.), Mythos Terrorismus. Vom Deutschen Herbst zum 11. September, Heidelberg 2006 (*Universitätsverlag*), 219 S. – Der interdisziplinäre Band schlägt eine Brücke vom Herbst 1988 bis zur gegenwärtigen „Globalisierung des Terrors“. Die mediale Präsentation des Terrors führe zu einer Mythenbildung.
- Gandhi, Leela**, Affective Communities. Anticolonial Thought, Fin-de-Siècle Radicalism, and the Politics of Friendship, Durham/London 2006 (*Duke University Press*), 254 S. – Die Autorin untersucht das Denken und Wirken radikaler antikolonialer Gemeinschaften in England, die sich von vielfältigen Quellen (Anarchismus, Kommunismus, Theosophie, Ästhetizismus) inspirieren ließen.
- Gassert, Philipp**, Kurt Georg Kiesinger, 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 895 S. – Der Autor entlarvt in dieser überaus gründlichen Biographie zahlreiche Mythen: Kiesinger war weder „Nazi“ noch Widerstandskämpfer.
- Gellner, Winand/Martin Reichinger** (Hrsg.), Deutschland nach der Bundestagswahl 2005: Fit für die globalen Aufgaben der erweiterten EU?, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 243 S. – Verschiedene Experten behandeln das Spannungsverhältnis zwischen Reformstau und Neuorientierung in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Herausforderungen für die EU. Einigendes Band seien Ungewißheit und Richtungslosigkeit – zumindest für die nahe Zukunft.
- Georgieva, Christina**, Charisma, Theoretische und politisch-kulturelle Aspekte der „Außeralltäglichkeit“, Bonn 2006 (*Bouvier*), 182 S. – Die Autorin versucht mit ihrer komplexen Auffassung eines Charisma-Bildes die Forschungslücke um den Begriff ein Stück weit zu schließen. Sie vertritt die These einer Interdependenz zwischen charismatischen Erscheinungen sowie politisch-kulturellen Besonderheiten und untersucht den Charisma-Begriff mit Blick auf substantielle politikwissenschaftliche Fragen.
- Gieseke, Jens**, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, München 2006 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 319 S. – In dieser erweiterten Neuauflage des Standardwerkes zur Geschichte der Staatssicherheit der DDR untersucht Gieseke die Entwicklung des MfS, die Triebkräfte seiner Expansion sowie die Rückwirkungen seines Wirkens auf das Alltagsleben und die Staatsgeschäfte.
- Giro, Helmut-Dieter**, Die Remilitarisierung des Rheinlandes 1936. Hitlers Weg in den Krieg?, Essen 2006 (*Klartext Verlag*), 302 S. – Der 7. März 1936 stellte die Weichen neu: Richtung Krieg. Der Band erinnert an den bedeutungsschweren Tag und rekonstruiert die Hintergründe der französischen Defensivhaltung. Wäre Hitler zu diesem Zeitpunkt zu stoppen gewesen? Seine Friedensbekundungen wie Aggressionsakte verwirrten die Fran-

- zosen und ihre Bündnispartner gleichermaßen, ließen sie vorübergehend erstarren. Der Autor beschreibt die innenpolitische Situation Frankreichs ebenso wie die fatale Ohnmacht des Völkerbundes.
- Gockel, Hans-Hermann**, Deutschland. Die überstrapazierte Nation, Gräfeling 2006 (*Resch Verlag*), 203 S. – Der Autor, ein Fernsehjournalist, zeichnet ein düsteres Bild Deutschlands – nicht frei von Polemik. Den Politikern gehe es nur um sich selbst.
- Goecken-Haidl, Ulrike**, Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006 (*Klartext Verlag*), 573 S. – Die Autorin befaßt sich mit der Rückführung sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter in den Jahren 1944 und 1945 und blickt dabei auch auf die Verhältnisse in der Zeit nach ihrer Heimkehr. Insbesondere das umfangreiche Archivmaterial, das als Grundlage des Buches diente, verleiht ihrem Werk eine wissenschaftliche und inhaltliche Tiefe.
- Grigat, Stephen** (Hrsg.), Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, Freiburg i. Br. 2006 (*Ça ira*), 312 S. – Sammelband mit stark sympathisierender Tendenz für die Kritische Theorie. Zuweilen überwiegt Polemik.
- Grunenberg, Antonia**, Hannah Arendt und Martin Heidegger. Geschichte einer Liebe, München/Zürich 2006 (*Piper*), 469 S. – Gut geschriebene Doppelbiographie, die mehr als die „Geschichte einer Liebe“ ist.
- Günther, Klaus**, Politik des Kompromisses. Dissensmanagement in pluralistischen Demokratien, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 306 S. – Theoretisch anspruchsvolle und empirisch fundierte Studie über den Kompromiß, der für die freiheitliche Demokratie ein wesentliches Element ist.
- Hacke, Jens**, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 323 S. – Die Dissertation bei Herfried Münkler analysiert differenziert die einflußreichen „liberalkonservativen Philosophen“ im Umkreis von Joachim Ritter (u.a. Hermann Lübbe, Udo Marquard und Robert Spaemann).
- Hagen, Bernhard**, Trends in der internationalen Asylpolitik. EU und USA im Vergleich, Saarbrücken 2006 (*VDM Verlag Dr. Müller*), 230 S. – Der junge Autor widmet sich umfassend und detailliert dem polarisierenden Thema der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Herausgekommen ist ein hochaktueller und spannender Vergleich der Asylregime in den USA und Europa.
- Hecken, Thomas**, Avantgarde und Terrorismus. Rhetorik der Intensität und Programme der Revolte von den Futuristen bis zur RAF, Bielefeld 2006 (*transcript Verlag*), 160 S. – Die Studie geht anhand von reichem Material der möglichen Nähe von historischer Avantgarde (Futurismus, Dadaismus, Surrealismus) und terroristischen Kadem (RAF, Weatherman, Tupamaros) nach. Heckens Untersuchung macht dabei die Kontinuitäten der Avantgarde mit ihrer Rhetorik der Gewalt und Zerstörung deutlich.
- Hentilä, Seppo**, Neutral zwischen den beiden deutschen Staaten. Finnland und Deutschland im Kalten Krieg, Berlin 2006 (*Berliner Wissenschafts-Verlag*), 252 S. – Der finnische Autor erinnert mit seinem spannenden Beitrag daran, daß das gut nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Finnland und Deutschland nicht immer so selbstverständlich war wie heute. Er schildert die im Jahre 1973 einsetzende Aufnahme diplomatischer Beziehungen Finnlands zur Bundesrepublik wie zur DDR und beschreibt den steinigten Weg zur Normalisierung der Beziehungen.
- Herrmann, Hajo** (Hrsg.), „Supersoldiers“. Die Wehrmacht im Urteil ausländischer Experten, München 2006 (*FZ-Verlag*), 159 S. – Die von Herrmann herausgegebene Buchdokumentation will dem Leser aus der Sicht ausländischer Autoren mit ihrem reißerischen Titel einen tieferen Einblick in die deutsche Armee.
- Hilger, Andreas/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals** (Hrsg.), Sowjetisierung oder Neutralität?, Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 574 S. – Die sowjetische Besatzungspolitik in Österreich und im Osten Deutschlands verlief grundlegend anders. Der Sammelband analysiert die Gründe dafür.
- Hodenberg, Christina von/Detlef Siegfried** (Hrsg.), Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 205 S. – Zahlreiche Fallstudien zu „68“ zeigen das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität. Die Autoren schildern vor allem die positiven Seiten der „68er“.
- Hosfeld, Rolf/Hermann Pölkling**, Die Deutschen 1945 bis 1972. Leben im doppelten Wirtschaftswunderland, München/Zürich 2006 (*Piper*), 511 S. – Rolf Hosfeld erzählt in diesem Buch aus den Quellen heraus, läßt Zeitzeugen sprechen und erschließt Zusammenhänge, die erlebbar machen, was in jenen Jahren geschah; eine opulent bebilderte, fundierte und anschauliche Darstellung der Jahre 1945 bis 1972. Gespräche mit Peter Graf Kielmansegg, Martin Sabrow und Peter Steinbach runden diese spannende Zeitreise ab.
- Hürter, Johannes**, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), 719 S. – Über die Wehrmacht in der NS-Diktatur gegen die Sowjetunion

gab es bereits unzählige Publikationen. Neu ist in Hürters Auseinandersetzung die Akzentuierung auf die höchsten Generäle, deren Denken und Handeln als militärische Elite nachgezeichnet und in einen Zusammenhang zum Vernichtungskrieg gesetzt wird.

Immerfall, Stefan, Europa – politisches Einigungswerk und gesellschaftliche Entwicklung. Eine Einführung, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 128 S. – Der Autor analysiert die Wechselwirkungen zwischen den Verhaltensorientierungen der europäischen Öffentlichkeit und der europäischen Institutionenbildung. Die politischen Konfliktstrukturen bildeten sich nach wie vor weitgehend aus den Nationalstaaten.

Intriligator, Michael D./Peter Katona/John P. Sullivan (Hrsg.), Countering Terrorism and WMD. Creating a global counter-terrorism network, London/New York 2006 (*Routledge*), 300 S. – Die Autoren plädieren für die Etablierung eines informellen globalen Netzwerks zur Bekämpfung von Terrorismus und “Weapons of Mass Destruction” (WMD). Sie zeigen Wege auf, wie ein solches Netzwerk gebildet werden könnte und wo es ansetzen müßte.

Jahn, Detlef, Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 547 S. – Das Buch ist entgegen dem Titel kein Einführungsbuch, sondern eine höchst komplexe Auseinandersetzung mit zentralen Gegenstandsbereichen der Politikwissenschaft. Ziel des Autors ist eine methodenorientierte vergleichende Sozialwissenschaft nach amerikanischem Vorbild. Eigens wird die Bedeutung von Fallstudien herausgestellt.

Jennerjahn, Miro, Neue Rechte und Heidentum. Zur Funktionalität eines ideologischen Konstrukts, Frankfurt a.M. u.a. 2006 (*Peter Lang*), 130 S. – Eine weitere Studie zur „Neuen Rechten“. Diese hat in der Literatur eine größere Bedeutung als in der Realität.

Keil, Lars-Broder/Sven Felix Kellerhoff, Gerüchte machen Geschichte. Folgenreiche Falschmeldungen im 20. Jahrhundert, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 320 S. – An elf Beispielen (von deutschen Kriegsverbrechen in Belgien 1914 bis zum „Hufeisenplan“ im Kosovo-Krieg 1999) zeigen die Autoren Gerüchte und ihre zum Teil schwerwiegenden Folgen. Besonders gelungen ist das Kapitel über „Isolationsfolter und Vernichtungshaft“. Für die RAF traf dies jedenfalls nicht zu.

Kermani, Navid, Strategie der Eskalation. Der Nahe Osten und die Politik des Westens, Göttingen 2005 (*Wallstein*), 93 S. – Der deutsch-iranische Schriftsteller und Orientalist will zeigen, daß seit dem 11. September der Westen – allen voran die USA – genauso wie der internationale Terrorismus eine verhängnisvolle Strategie der Eskalation verfolgt. In seinem Statement gegen Gewalt und für Politik spart er nicht mit Kritik auch an den unentschlossenen Europäern.

Kevenhörster, Paul, Politikwissenschaft. Band 2: Ergebnisse und Wirkungen der Politik, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 392 S. – In diesem Lehrbuch geht es um eine Evaluierung von Politik. Politische Wirkungsbilanzen werden in den Bereichen Wirtschaft, Entwicklung, Haushalt, Energie, Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik gezogen.

Kießling, Simon, Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne, Köln u.a. 2006 (*Böhlau Verlag*), 314 S. – Die vor allem philosophische Studie zur antiautoritären Richtung innerhalb der Studentenbewegung wartet mit Thesen auf, die nicht gängiger Natur sind.

Kitchen, Martin, Kurze Geschichte des Dritten Reiches, Darmstadt 2006 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 197 S. – Der Historiker Martin Kitchen gibt einen knappen, aber guten Überblick über die Geschichte des Dritten Reiches und beantwortet die wichtigsten Fragen: Wie kam Hitler an die Macht? Wie wurde die nationalsozialistische Diktatur etabliert? Wie konnte es geschehen, daß die Grundlagen des Rechts nahezu widerstandslos außer Kraft gesetzt wurden? Wo liegen die Gründe für Hitlers außerordentliche Popularität? Was führte zum Holocaust? Was ist das „Erbe“ des Nationalsozialismus?

Klandermands, Bert/Nonna Mayer (Hrsg.), Extreme Right Activists in Europe. Through the Magnifying Glass, Abingdon/New York 2006 (*Routledge*), 309 S. – Das Titelbild mit den haßerfüllten Mienen Kahlgeschorener führt insofern in die Irre, als sich die Autoren des Bandes überwiegend mit den nicht-militanten, parteiförmig organisierten Formen auseinandersetzen. Dabei geht es hauptsächlich um die Orientierungsmuster und politischen Einstellungen der Aktivisten.

Kießmann, Christoph (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 9: 1961-1971: Deutsche Demokratische Republik. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), XII, 934 S. – Wie der Band zur Sozialpolitik in der DDR der sechziger Jahre zeigt, war die zweite Diktatur auf deutschem Boden bereits seinerzeit durch größere Sozialleistungen stabilisiert und destabilisiert worden zugleich.

- Kluge, Ulrich**, Die Weimarer Republik, Paderborn u.a. 2006 (*Schöningh Verlag*), 502 S. – Eine informierte, gut lesbare Darstellung zur Geschichte der ersten deutschen Demokratie. Sie ist auf dem neuesten Forschungsstand, ohne diesen allerdings explizit zu machen, da das Einführungswerk vollständig auf Fußnoten verzichtet.
- Knop, Ingmar**, Mit der EU in den Abgrund. Ist Deutschland noch zu retten?, München 2006 (*FZ-Verlag*), 157 S. – Der Prozeß der Europäischen Integration schreitet zunehmend fort. Ingmar Knop, Vorsitzender der DVU von Sachsen-Anhalt wehrt sich dagegen.
- Knuth, Rebecca**, Burning Books and Leveling Libraries. Extremist Violence and Cultural Destruction, Westport/London 2006 (*Praeger*), 234 S. – Die Autorin, Bibliothekarin an der University of Hawaii, beschäftigt sich in ihrem Buch nicht nur mit extremistischen Bücherverbrennern, sondern auch mit den kulturellen Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs.
- Koch-Baumgarten, Sigrid/Peter Rütters** (Hrsg.), Pluralismus und Demokratie. Interessenverbände – Länderparlamentarismus – Föderalismus – Widerstand. Siegfried Mielke zum 65. Geburtstag, Köln 2006 (*Bund-Verlag*), 372 S. – Die Festschrift weist einen gewissen Schwerpunkt bei der Gewerkschaftspolitik auf. Hervorhebenswert ist der Beitrag von Gerhard Göhler zur Demokratiekonzeption von Ernst Fraenkel, dem Begründer der Theorie des Neopluralismus in Deutschland.
- Köhler, Jan**, Parteien im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbschancen nicht-etablierter politischer Parteien im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 242 S. – Die Ergebnisse führen zum eindeutigen Schluß, daß das Parteienrecht ganz auf die etablierten Vertreter ausgerichtet ist
- Kohser-Spohn, Christiane/Frank Renken** (Hrsg.), Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts, Frankfurt a.M. u.a. 2006 (*Campus Verlag*), 350 S. – Wie erinnert man sich in Frankreich und in Algerien an den Unabhängigkeitskrieg? Diese Kernfrage liegt dem Reader zugrunde, ergänzt um die Frage, wie der Konflikt in den beiden deutschen Staaten wahrgenommen wurde.
- Korn, David**, Wem dient Merkel wirklich?, München 2006 (*FZ-Verlag*), 127 S. – Dieses Buch behauptet einen Blick. Verschwörungstheorie dominiert.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha/Tom Sello** (Hrsg.), Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006 (*Robert-Havemann-Gesellschaft*), 404 S. – 73 Lebensbilder von DDR-Oppositionellen werden anschaulich porträtiert. Das großformatige Werk ist in jeder Hinsicht gelungen.
- Kreiner, Maria**, Amt auf Zeit. Eine Verbleibsstudie über ehemalige Bundestagsabgeordnete, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 176 S. – Die empirische Studie untersucht, was die ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten nach ihrer parlamentarischen Tätigkeit machen. Für manche ist der Verlust des Amtes ein Schock.
- Kutter, Amelie/Trappmann, Vera** (Hrsg.), Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 389 S. – Der Sammelband prüft die Folgen des Beitritts zur Europäischen Union in den postkommunistischen mittel- und osteuropäischen Gesellschaften. Im Mittelpunkt stehen das Verhältnis zwischen Transformation und Europäisierung sowie der schwer zu messende Einfluß dieser Prozesse auf die kollektive Identitätsstiftung in den Ländern.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen** (Hrsg.), Rechtsextremistische Jugendszenen im Freistaat Sachsen. Kameradschaften und Skinheads, Dresden 2006 (*Bezugsadresse: www.sachsen.de/verfassungsschutz*), 24 S. – Die Broschüre informiert über die Aktivitäten der „Szene“ und gibt Handlungsempfehlungen für alle pädagogisch Engagierten.
- Landkammer, Joachim/Thomas Noetzel/Walter Ch. Zimmerli** (Hrsg.), Erinnerungsmanagement, Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, München 2006 (*Wilhelm Fink Verlag*), 287 S. – Nach dem Zusammenbruch von Diktaturen stellt sich die Frage der „Vergangenheitsbewältigung“. Wie zahlreiche Fallstudien verdeutlichen, fällt die Art und Weise höchst unterschiedlich aus. Die Verwendung des Begriffs „Erinnerungsmanagement“ überzeugt nicht.
- Lang, Jack**, Nelson Mandela. Ein Leben für Freiheit und Versöhnung, Düsseldorf 2006 (*Artemis & Winkler*), 229 S. – In „fünf Akten“, einem antiken Drama gleich, wird das Leben Nelson Mandelas erzählt. Die Studie des früheren französischen Ministers ist nicht frei von Heroisierung.
- Laroui, Fouad**, De l'islamisme. Une réfutation personnelle du totalitarisme religieux, Paris 2006 (*Robert Laffont*), 189 S. – Der Autor entlarvt die „Denaturierung“ des islamischen Glauben durch den Islamismus.
- Le Blanc, Paul**, Marx, Lenin, and the Revolutionary Experience. Studies of Communism and Radicalism in the Age of Globalization, New York/London 2006 (*Routledge*), 337 S. – Mit viel Sympathie unternimmt der Autor eine Bestandsaufnahme der „Licht- und Schattenseiten“ der revolutionären Tradition und fragt nach ihrer Relevanz für die weltweiten „Kämpfe“ der Gegenwart.

Kommentierte Bibliographie

- Lehmann, Walter**, Die Bundesrepublik und Franco-Spanien in den 50er Jahren. NS-Vergangenheit als Bürde? München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), 247 S. – Die Spanienpolitik der Bundesrepublik in den 50er Jahre, geprägt durch die gemeinsame Vergangenheit während der NS-Zeit, steht im Blickfeld dieser Arbeit. Lehmann analysiert neben den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und militärpolitischen Beziehungen die europäischen und atlantischen Verflechtungen der Bonner Außenpolitik. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der deutsch-spanischen Vergangenheitspolitik.
- Liedhegener, Antonius**, Macht, Moral und Mehrheit. Der katholische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 509 S. – Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat sich der politische Katholizismus in vielen Ländern in beachtlicher Art und Weise verändert. Der Politikwissenschaftler geht den Fragen nach, was man unter politischen Katholizismus versteht und ob er heute noch eine Rolle spielt. Aufgrund seiner Ergebnisse entwickelt er ein Modell, unter welchen Bedingungen religiöse Akteure in Demokratien erfolgreich Einfluß nehmen können.
- Lindenberger, Thomas** (Hrsg.), Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen. Zeithistorische Studien, Köln u.a. 2006 (*Böhlau Verlag*), 286 S. – Die einzelnen Beiträge sind besser als der Band. Das wichtige Thema verdient eine monographische Behandlung.
- Machtan, Lothar**, Der Kaisersohn bei Hitler, Hamburg 2006 (*Hoffmann und Campe*), 464 S. – Die Lebensgeschichte des Kaisersohns Prinz August Wilhelm ist keine rühmliche Geschichte – nicht zuletzt deshalb, weil er sich auf Hitler eingelassen hatte.
- Mallmann, Klaus-Michael/Jürgen Matthäus** (Hrsg.), Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart, Darmstadt 2006 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 340 S. – Der Titel täuscht. Der Band bietet mehr oder wenig interessante Spezialstudien für Wissenschaftler.
- Maurer, Ulrich/Hans Modrow** (Hrsg.), Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung, Berlin 2006 (*edition ost*), 256 S. – Exponenten der neu gegründeten Partei „Die Linke“ versuchen, diese Entwicklung wissenschaftlich zu fundieren. Am Ende steht ein Aufruf gegen den „Neoliberalismus“.
- Mayo, Peter**, Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire. Perspektiven einer verändernden Praxis, Hamburg 2006 (*Argument Verlag*), 224 S. – Mayo unternimmt den Versuch einer Synthese der politischen Bildungsansätze des italienischen Marxisten Gramsci und des Brasilianers Freire. Vor dem Hintergrund der politischen und sozialen Unterbrüche des Neoliberalismus erörtert er gegenwartsbezogen die sich eröffnenden Perspektiven politischer Bildung und Erziehung.
- Ménasse, Robert**, Die Zerstörung der Welt als Wille und Vorstellung, Frankfurt a.M. 2006 (*Suhrkamp Verlag*), 142 S. – Das Buch beinhaltet fünf Vorträge des Autors aus seiner Poetikvorlesung vom Frühjahr 2005. In seinen politischen Brandreden ist vom Zustand der Welt die Rede, die weder den globalen Kapitalismus, die EU-Verfassung, noch Krieg und Terror auslassen. Doch statt eine Poetik vorzutragen, spricht er von einem bürgerlichen Rückentwicklungsroman.
- Mertens, Lothar** (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses, Berlin 2006 (*Duncker & Humblot*), 156 S. – Der Sammelband liefert aktuelle Beiträge renommierter Autoren zur Transformation der ehemaligen DDR und zum deutschen Vereinigungsprozeß. Die Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatssicherheit, der demographischen Entwicklung in den neuen Bundesländern sowie die Bilanz des deutschen Vereinigungsprozesses aus volkswirtschaftlicher und ost- und südosteuropäischer Sicht bilden dabei die inhaltlichen Schwerpunkte.
- Mertens, Lothar** (Hrsg.), Deutschland und Israel. Ausgewählte Aspekte eines schwierigen Verhältnisses, Berlin 2006 (*Duncker & Humblot*), 218 S. – Das Buch schlägt einen weiten Bogen: von den Jerusalem-Ovationen jiddischsprachiger Dichterinnen über die ernüchternden Erfahrungen dreier Emigranten bis zu den Folgen der osteuropäischen Zuwanderungswelle nach Israel und Deutschland. Neben der Würdigung des Beitrags deutsch-jüdischer Wissenschaftler beim Aufbau Israels widmen sich die Autoren dem Nichtverhältnis zwischen der DDR und Israel wie der Alpträumwirkung Israels auf die bundesdeutschen Linken.
- Mertens, Lothar**, Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, München 2006 (*K. G. Saur*), 675 S. – Der 2006 verstorbene Autor hat sich mit dieser bio-bibliographischen Aufarbeitung große Verdienste erworben.
- Meyer, Thomas** (Hrsg.), Praxis der sozialen Demokratie, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 504 S. – Meyer präsentiert aktuelle qualitative Länderstudien zur Theorie von Sozialer Demokratie in Schweden, den Niederlanden, Japan, Deutschland, Großbritannien und in den USA. In diesem Sammelband analysieren Experten des Gebiets den Gesamtzusammenhang aller für die Soziale Demokratie entscheidender Gesellschaftsbereiche, von der politischen Kultur und über das Bildungssystem und dem Sozialstaat bis zur Politische Ökonomie.

- Molau Andreas u.a.**, Sturm auf Europa, Oberboihingen 2006 (*Gesellschaft für Freie Publizistik*), 191 S. – Der 22. „Kongreß-Report“ der einschlägigen Gesellschaft widmet sich der „Überfremdungs-“ Thematik. Die „Hutten-Medaille“ wurde Wjatscheslaw Daschtschew zuerkannt.
- Morgenstern, Andreas**, Extremistische und radikale Parteien 1990-2005. DVU, REP, DKP und PDS im Vergleich, Berlin 2006 (*WVB*), 302 S. – Umfassende Übersichtsdarstellung zu vier Flügelparteien, von denen zwei als extremistisch gelten (DVU, DKP) und zwei als radikal (REP, PDS).
- Mosse, George L.**, Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt a.M. 2006 (*Fischer Taschenbuch Verlag*), 279 S. – Das Buch, bereits 1978 erstmals aufgelegt, rückt die Geschichte des Rassismus in den Mittelpunkt und stellt sie in Verbindung mit der europäischen Geschichte. Gezielt beschreibt der Autor dabei einzelne Entwicklungsschritte. Er untersucht die Auswirkungen des Rassismus auf verschiedenste gesellschaftliche Bereiche.
- Mosser, Alfred** (Hrsg.), Politische Kultur in Südosteuropa. Identitäten, Loyalitäten, Solidaritäten, Frankfurt a.M. u.a. 2006 (*Peter Lang*), 246 S. – Der Sammelband wirft die Frage auf, inwiefern die politischen Verhältnisse in einzelnen Ländern das Resultat politisch-kultureller Faktoren sind. Es geht in den Beiträgen um die Strukturierung von Identitätsbildung und die Beziehung von historischer Erfahrung und politischem Handeln.
- Müller-Enbergs, Helmut/Jan Wielgoß/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst/Olaf W. Reimann** (Hrsg.), Wer war in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 4. Aufl., 2 Bde., Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 1235 S. – Das Lexikon wird immer besser. Ist es allerdings sinnvoll, auch Personen aufzunehmen, die erst nach 1990 öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen haben?
- Neunatz, Dietmar/Volker Zimmermann** (Hrsg.), Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte, Essen 2006 (*Klartext Verlag*), 394 S. – Die Festschrift für den Osteuropahistoriker Detlef Brandes bündelt in sieben Themenblöcken zwanzig Beiträge, die vor allem drei Forschungsfelder berühren: die Kriegs- und Nachkriegszeit in Ostmitteleuropa, die deutschen Bevölkerungsgruppen in Rußland und die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts.
- Niemetz, Daniel**, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 345 S. – Die geschichtswissenschaftliche Dissertation belegt gut den Einfluß des „feldgrauen Erbes“ in der Nationalen Volksarmee. Das ist eine überraschende, oft übersehene Erkenntnis.
- Norman, Lars**, Deutsche Sicherheitsstrukturen im 21. Jahrhundert. Streitbare Demokratie und ihre institutionelle Umsetzung durch den Verfassungsschutz, München/Ravensburg 2006 (*GRIN Verlag*), 139 S. – Der Autor analysiert in seiner Schrift die deutschen Sicherheitsstrukturen mit Blick auf die Herausforderung durch den Islamismus.
- Nowak, Jürgen**, Leitkultur und Parallelgesellschaft – Argumente wider einen deutschen Mythos, Frankfurt a.M. 2006 (*Brandes & Apsel*), 175 S. – Der Autor lehnt die Formel von der (deutschen oder europäischen) Leitkultur ab. Die These von der „Parallelgesellschaft“ leugnet er entschieden.
- Ortag, Peter**, Islamische Kultur und Geschichte, Ein Überblick, Potsdam 2006 (*Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung*), 155 S. – Vor dem Hintergrund von Terror und islamischem Fundamentalismus gewinnt die islamische Kultur und Geschichte zunehmend an Bedeutung. Der Autor greift diese Thematik auf und bietet den Lesern die Möglichkeit, durch fundiertes Wissen über den Islam mehr Gelassenheit im Umgang mit ihm zu entwickeln.
- Overton, Spencer**, Stealing Democracy. The New Politics of Voter Suppression, New York/London 2006 (*W.W. Norton & Company*), 224 S. – Der Autor, Rechtswissenschaftler an der George Washington University Law School, legt subtile Formen tatsächlicher/vermeintlicher Wahlmanipulation in den USA offen.
- Pedahzur, Ami** (Hrsg.), Root Causes of Suicide Terrorism. The Globalization of Martyrdom, London/New York 2006 (*Routledge*), 202 S. – Kenner untersuchen die Charakteristika, Motivationen, Botschaften und Entstehungsbedingungen des Selbstmord-Terrorismus. Ausführlich wird die weltweite Bedeutung Al Qaidas beleuchtet.
- Plug Konrad/Peter I. Trummer** (Hrsg.), Die Brüder Stauffenberg und der deutsche Widerstand. Eine Bestandsaufnahme aus der Sicht der historisch-politischen Bildung, Stuttgart 2006 (*Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*), 145 S. – Dem Autor gelingt es, den Menschen Claus Schenk Graf von Stauffenberg wie die Verschwörung des 20. Juli auf spannende und ergreifende Weise darzustellen. Dabei verbindet sein Werk Wissenschaftlichkeit mit spannender Erzählkunst.
- Pickel, Gerd/Susanne Pickel**, Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 313 S. – Das anspruchsvolle Buch versucht, die auf Gabriel Almond und Sidney Verba zurückgehende politische Kulturforschung systematisch-methodisch in der empirischen Demokratieforschung zu verankern. Verschiedene Modelle von Demokratiemesung finden darin Anwendung.

Kommentierte Bibliographie

- Pickel, Gert u.a.** (Hrsg.), Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg zur Demokratie, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 182 S. – Mit Hilfe von repräsentativen Umfragen fragen die Autoren nach der Stabilität der neuen Demokratien Osteuropas 15 Jahre nach dem Umbruch. Die Antworten fallen vielschichtig aus.
- Pinxten, Rik/Ellen Preckler** (Hrsg.), Racism in Metropolitan Areas, New York/Oxford 2006 (*Berghahn Books*), 190 S. – Die Autoren des Bandes, überwiegend Anthropologen, untersuchen die Bedingungen der Entstehung und Persistenz rassistischer Einstellungen und Verhaltensmuster in großstädtischen Metropolen auf vier Kontinenten.
- Platen-Hallermund, Alice**, Die Tötung Geisteskranker in Deutschland, Frankfurt a.M. 2006 (*Mabuse Verlag*), 141 S. – Die Dokumentation über den sogenannten Ärzte-Prozess vor dem Nürnberger Militärgericht von 1946 wurde lange tot geschwiegen. Die Autorin bricht das Schweigen und appelliert darüber hinaus an ein Verständnis von Ärzten für körperlich und geistig Behinderte.
- Plöhn, Jürgen** (Hrsg.), Sozialer Perspektiven auf Deutschland und Europa, Studien zu Wirtschaft, Politik, Geschichte, Medien und Kultur, Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 229 S. – Nachdem Bulgariens Integration in die europäische Staaten- und Kulturgemeinschaft unmittelbar vor dem Abschluß steht, erörtern deutsche und bulgarische Autoren Entwicklungsprozesse rund um das Beitrittsland, Deutschland und Europa. Der Sammelband sensibilisiert für ein Bewußtsein gegenüber Bulgarien im deutschsprachigen Bereich.
- Poeve, Karla**, New Religions and the Nazis, New York/London 2006 (*Routledge*), 218 S. – Im Mittelpunkt des Bandes steht das Wirken Jakob Wilhelm Hauers, des Gründers der "Deutschen Glaubensbewegung" und sein Einfluß in der NS-Bewegung.
- Pufendorf, Astrid von**, Die Plancks, Eine Familie zwischen Patriotismus und Widerstand, Berlin 2006 (*Propyläen*), 512 S. – Die Autorin zeichnet das bewegende Familienporträt der Plancks nach und stellt das Vater-Sohn-Verhältnis in den Mittelpunkt. Pufendorf wertet den bisher unbekannten umfangreichen Briefwechsel zwischen Max und Erwin Planck aus, bietet somit erstmals einen sehr privaten Einblick in die Familie und veranschaulicht darüber hinaus, wie eng dieses Einzelschicksal mit den dramatischen Umbrüchen vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zur NS-Diktatur verbunden war.
- Pulido, Laura**, Black, Brown, Yellow, and Left. Radical Activism in Los Angeles, Berkeley/Los Angeles/London 2006 (*University of California Press*), 346 S. – Die an der University of Southern California lehrende Autorin vergleicht das ideologische Profil verschiedener Gruppierungen des südkalifornischen Dritte-Welt-Extremismus der 1960er und 1970er Jahre.
- Reckert, Wilfried**, Kommunismus-Erfahrung. Zwanzig Jahre als DKP-Funktionär. Analytische Reflexionen, Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 162 S. – Erst 1990, als der „reale Sozialismus“ zusammengebrochen war, kehrte Wilfried Reckert der „Partei der Arbeiterklasse“ den Rücken zu. In der Schrift geht der Verfasser den Ursachen nach, wieso er so lange der DKP angehört hat. Das Ergebnis ist für Reckert nicht schmeichelhaft.
- Reeve, Simon**, Ein Tag im September. Die Geschichte des Geiseldramas bei den Olympischen Spielen in München 1972, München 2006 (*Wilhelm Heyne Verlag*), 446 S. – Der „Schwarze September“, militanter Zweig der AL-Fatah, sorgte mit seiner Geiselnahme bei den Olympischen Spielen 1972 für einen schlimmen Zwischenfall. Der israelische Geheimdienst tötete später fast jeden der am Überfall beteiligten Palästinenser. Das Buch ist eine gut dokumentierte Reportage.
- Reichel, Peter**, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Gewalt und Faszination des deutschen Faschismus, Hamburg 2006 (*Ellert & Richter Verlag*), 560 S. – Diese Neuausgabe ist eine Analyse der Verführbarkeit des Menschen durch das Bündnis von Macht, Gewalt und Schönheit, die Kitsch zu nennen eine verhängnisvolle Banalisierung bedeute. Reichel macht deutlich, daß das NS-Regime der Dämonisierung entzogen werden muß, damit es wirklich begriffen werden kann.
- Reiser, Marion**, Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 284 S. – Die Autorin untersucht, welche individuellen Strategien Ratsmitglieder anwenden, um Beruf und Mandat vereinbaren zu können und ob der dazu benötigte Zeitaufwand zu einer schlechenden Professionalisierung der Kommunalpolitik führt. Dies zeigt sie am Beispiel der vier deutschen Großstädte Frankfurt am Main, Hannover, Nürnberg und Stuttgart.
- Riesz, Janos**, Léopold Sédar Senghor und der afrikanische Aufbruch im 20. Jahrhundert, Wuppertal 2006 (*Peter Hammer Verlag*), 349 S. – Der Romanist Riesz legt eine Analyse des „afrikanischen Aufbruchs“ vor allem bis zur Unabhängigkeit Senegals vor. Senghors Konzept der „Negritude“ wird näher erläutert.
- Riklin, Alois**, Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung, Darmstadt 2006 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 456 S. – Der Sankt Galler Politikwissenschaftler legt eine imponierende Summe jahrelanger minutiöser Forschungen vor. Für jeden, der sich mit der Ideen- und Realgeschichte des Verfassungsstaates auseinandersetzt, ist der Band, der ein Standardwerk zu werden verspricht, Pflichtlektüre.

- Roberts, David D.**, *The Totalitarian Experiment in Twentieth-Century Europe. Understanding the poverty of great politics*, New York/London 2006 (*Routledge*), 579 S. – Der Autor legt eine theoretisch reflektierte Geschichte der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts vor.
- Rodden, John**, *Schoolbooks, Ideology, and Eastern German Identity*, University Park, Pennsylvania 2006 (*The Pennsylvania State University*), 443 S. – Der Autor untersucht die ideologische Prägung der DDR-Schulbücher und deren Nachwirkungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs.
- Roy, Olivier**, *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*, München 2006 (*Pantheon*), 368 S. – Der Islamkenner zeigt in seinem Buch, daß die widersprüchlichen Tendenzen der islamischen Welt, die er als „Radikalismus“, „Neofundamentalismus“ und „Liberalismus“ kennzeichnet, nur unterschiedliche Antworten auf eine Herausforderung darstellen: die umfassende Globalisierung und Verwestlichung.
- Ruhl, Kathrin/Jan Schneider/Jutta Träger/Claudia Wiesner** (Hrsg.), *Demokratisches Regieren und politische Kultur. Post-staatlich, post-parlamentarisch, post-patriarchal?*, Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 306 S. – Der Band hinterfragt die zunehmenden post-patriarchalen, post-parlamentarischen und poststaatlichen Züge beim demokratischen Regieren und der politischen Kultur. Anhand von Einzelbeispielen analysieren die Autoren die Problemfelder, die mit diesen Entwicklungen einhergehen.
- Rydgren, Jens**, *From Tax Populism to Ethnic Nationalism. Radical Right-Wing Populism in Sweden*, New York/Oxford 2006 (*Bergahn Books*), 138 S. – Der Autor kehrt die Leitfrage der meisten Studien zu ähnlichen Parteien in anderen europäischen Ländern um: Warum blieb der schwedische „radical right-wing populism“ (etwa in Gestalt der „Ny Demokrati“) weitgehend erfolglos?
- Saage, Richard**, *Utopisches Denken im historischen Prozeß. Materialien zur Utopieforschung*, Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 291 S. – Als einer der profiliertesten deutschsprachigen Utopieforscher der Gegenwart erörtert Saage den Utopiebegriff im klassischen Sinne von Thomas Morus und stellt ihn in den Zusammenhang von Aufklärung und Politik. Schließlich weist er nach, daß die westliche Zivilisation als dynamisches Ferment stark durch utopisches Denken geprägt wurde.
- Salaris, Claudia**, *À la fête de la révolution. Artistes et libertaires avec D'Annunzio à Fiume*, Monaco 2006 (*Éditions du Rocher*), 381 S. – Die Autorin beschreibt auf breiter Quellengrundlage das Fiume-Abenteuer Gabriele d'Annunzios, dessen „Kultur der Revolte“ rechts- wie linksextreme Strömungen beeinflusste.
- Schaeffen, Annette**, *Schwieriges Erinnern: Der Völkermord an den Armeniern*, Berlin 2006 (*Metropol Verlag*), 200 S. – Die Autorin befaßt sich mit dem schwierigen, 90 Jahre lang tabuisierten Thema des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich und in der Türkei. Dabei bilden die Rezeption der Armenier-Frage in der deutschen Presse, Literatur und Politik sowie die Haltung der deutschen Öffentlichkeit, vom Ersten Weltkrieg bis heute, den Schwerpunkt.
- Schale, Frank**, *Zwischen Engagement und Skepsis. Eine Studie zu den Schriften von Otto Kirchheimer*, Baden-Baden 2006 (*Nomos*), 388 S. – Der Band stellt die erste große Gesamtanalyse des Werkes Otto Kirchheimers dar. Er stützt sich auf eine umfassende Auswertung der Archive des Geheimdienstes OSS sowie des Department of State und interpretiert Kirchheimers breites Werk aus den Bereichen Rechtswissenschaft, Kriminologie, Politikwissenschaft und Soziologie.
- Schauff, Frank**, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Göttingen 2006 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 208 S. – Diese Darstellung berücksichtigt die innen- wie außenpolitischen Aspekte des Spanischen Bürgerkrieges. Die Vielschichtigkeit der Konfliktlinien wird deutlich herausgearbeitet.
- Schenk, Dieter**, *Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur*, Frankfurt a.M. 2006 (*S. Fischer*), 486 S. – Die Biographie macht Hans Frank trotz neuen Materials nicht sonderlich „verstehbarer“.
- Schlingensiepen, Ferdinand**, *Dietrich Bonhoeffer 1906-1945. Eine Biographie*, 3. Aufl., München 2006 (*Verlag C.H. Beck*), 432 S. – Pünktlich zum 100. Geburtstag der Lichtgestalt des protestantischen Widerstandes gegen Hitler veröffentlichte der Bonhoeffer-Forscher ein neues Standardwerk zum Leben des Theologen. Er schildert anschaulich und auf der Grundlage neuer Quellen den ungewöhnlichen und mutigen Lebensweg Dietrich Bonhoeffers. Dabei versteht er es, den Menschen, Schriftsteller, Theologen und lebendig werden zu lassen.
- Schmidt, Manfred G./Reimut Zohlnhöfer** (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden 2006 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 531 S. – Das Buch gibt einen umfassenden Überblick über die Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Regierens in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949. Behandelt werden alle Politikfelder von der Agrarpolitik bis zur Verfassungspolitik. Dabei wird neben den Wirkungen des Parteienwettbewerbs auch die internationale Dimension der deutschen Politik, vor allem die Bedeutung der europäischen Integration, berücksichtigt.

Kommentierte Bibliographie

- Schmitz, David F.**, *The United States and Right-Wing Dictatorships*, Cambridge u.a. 2006 (*Cambridge University Press*), 263 S. – Der Autor zeichnet die Geschichte der US-Unterstützung für autoritäre Regime von den 60er Jahren bis zum Ende des Kalten Krieges nach und zeigt auf, in welchem Maße überkommene Vorstellungsmuster von der relativen Stabilität antikommunistisch-kapitalistischer Diktaturen nachwirken.
- Schneider, Herbert/Hans-Georg Wehling** (Hrsg.), *Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder*, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 335 S. – Das Buch gibt einen umfassenden Überblick über die Landespolitik in Deutschland, einschließlich der gegenwärtigen Reformdiskussion. Der Blick auf die Landesebene werde noch immer vernachlässigt.
- Scholl-Latour, Peter**, *Rußland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam*, Berlin 2006 (*Propyläen*), 426 S. – Scholl-Latour ist unermüdlich. Diesmal berichtet der über Achtzigjährige aus eigener Anschauung über die russischen Grenzgebiete, authentisch und spannend, reportagehaft.
- Schulte-Varendorff, Uwe**, *Kolonialheld für Kaiser und Führer. General Lettow-Vorbeck – Mythos und Wirklichkeit*, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 217 S. – Der „Löwe von Afrika“ (1870-1964) soll in diesem Band entmythologisiert werden: als „Kolonialoffizier“, als „Kriegsheld“, als „Putschist“, als „Kolonialrevisionist“.
- Schuppener, Henriette**, *„Nichts war umsonst“. Harald Poelchau und der deutsche Widerstand*, Berlin 2006 (*Lit Verlag*), 208 S. – Die Biographie macht die bedeutende Rolle des Gefängnispfarrers im Widerstand des Dritten Reiches deutlich.
- Scobell, Andrew**, *Kim Jong Il and North Korea: The Leader and the System*, Washington D.C. 2006 (*Strategic Studies Institute*), 50 S. – Der Autor behandelt das politische System Nordkoreas geradezu schulmäßig als weitgehende Entsprechung des totalitären Typus.
- Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz** (Hrsg.), *Islamismus*, 2. Aufl., Berlin 2006 (*Bezugsadresse: www.verfassungsschutz-berlin.de*), 42 S. – Die Broschüre vermittelt eine allgemeine Orientierung zum Thema und stellt die wichtigsten militanten Gruppierungen vor.
- Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz** (Hrsg.), *Wählerbewegungen im extremistischen Spektrum in Berlin*, Berlin 2006 (*Bezugsadresse: www.verfassungsschutz-berlin.de*), 20 S. – Im Mittelpunkt der Broschüre stehen die Wahlergebnisse der NPD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen.
- Siedler, Wolf Jobst**, *Wider den Strich gedacht*, München 2006 (*Siedler Verlag*), 256 S. – Der Band des Verlegers, Publizisten, Essayisten enthält eine Reihe ausgewählter und glänzend formulierter Beiträge aus den Jahren 1951 bis 2000. Unerfindlich ist der Abdruck von Briefen bekannter Autoren an Siedler. Dieses Renommiergehabe stört.
- Sigmund, Anna Maria**, *Diktator, Dämon, Demagoge. Fragen und Antworten zu Adolf Hitler*, München 2006 (*Deutscher Taschenbuch Verlag*), 260 S. – Der Band ist besser (weil informativ), als der etwas reißerische Titel vermuten läßt.
- Simowitsch, Solveig**, „... Werden als Wortbrüchige in die Geschichte der SPD eingehen ...“. Sozialdemokratische Konvertiten. Wilhelm Höcker, Carl Moltmann, Otto Buchwitz und Heinrich Hoffmann, Berlin 2006 (*Wissenschaftlicher Verlag*), 360 S. – Die Untersuchung geht der Frage nach, warum sich bestimmte Sozialdemokraten der kommunistischen Versuchung nicht entziehen konnten. Die Parallelbiographie ist aufschlußreich.
- Sonntag, Christian**, *Medienkarrieren. Biographische Studien über Hamburger Nachkriegsjournalisten 1946-1949*, München 2006 (*Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung*), 376 S. – Die aus einer Hamburger Dissertation hervorgegangene Arbeit widmet sich der britischen Pressepolitik, zeichnet die Geschichte verschiedener hanseatischer Blätter nach und schreibt, zum Teil unter Auswertung neuer Quellen, die (Kollektiv-)Biographie von Hamburger Journalisten der ersten Nachkriegsjahre. Insgesamt ist Christian Sonntag eine ebenso solide wie lesenswerte Medienstudie gelungen.
- Stahel, Albert A.**, *Widerstand der Besiegten – Guerrillakrieg oder Knechtschaft. Von der Antike zur Al-Kaida*, Zürich 2006 (*vdf Hochschulverlag*), 212 S. – Der schweizerische Militärhistoriker analysiert Guerrillakriege, „Operationen militärischer oder paramilitärischer Gruppen“. Sie seien keine neuen Erscheinungen und stellten „keine neuen Kriege“ dar.
- Steininger, Rolf**, *Der vergessene Krieg. Korea 1950-1953*, München 2006 (*Olzog Verlag*), 247 S. – Dies ist die erste deutsche Gesamtdarstellung zum Korea-Krieg (mit einer umfassenden Photodokumentation). Dieser spielte für die Entwicklung des Kalten Krieges eine große Rolle.
- Strizek, Helmut**, *Geschenkte Kolonien. Ruanda und Burundi unter deutscher Herrschaft*, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 224 S. – Das Buch behandelt eine Episode deutscher Kolonialherrschaft und spannt einen Bogen vom Ende der Kolonialzeit bis in die Gegenwart. Ruanda und Burundi waren gleichsam „geschenkte Kolonien“; sie

- sind den Deutschen im Zuge der Aufteilung Afrikas in europäische Einflußgebiete während der Berliner „Kongo-Konferenz“ 1884/85 per Strich über eine unvollkommene Afrikakarte zugefallen.
- Stürmer, Michael**, Welt ohne Weltordnung. Wer wird die Erde erben?, Hamburg 2006 (*Murmann Verlag*), 255 S. – Ein besonders lesenswertes Werk: ein faktenreicher Exkurs durch die Krisengeschichte ab 1945 bis in die Gegenwart. Es skizziert das ernüchternde Bild des verlorenen Gleichgewichts zwischen den Großmächten wie die fatalen Folgen und ist Ursachenforschung und Prognose zugleich. Auf die Frage, wer die Erde erben wird, bietet der Autor mehrere Antworten – und er weckt Hoffnung.
- Stykov, Petra**, Staat und Wirtschaft in Rußland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 338 S. – Die Rußlandexpertin untersucht die grundlegende Neugestaltung der Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft in einer postkommunistischen Gesellschaft. Putins Strategie der „autoritären Modernisierung“ habe noch kein stabiles Muster in diesem Gefüge hervorgebracht.
- Svašek, Maruška**, Postsocialism. Politics and Emotions in Central and Eastern Europe, New York/Oxford 2006 (*Berghahn Books*), 234 S. – Auf der Grundlage ethnographischer Fallstudien aus Russland, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Tschechien und Polen erkunden die Autoren die Rolle der Emotionen in den Transformationsprozessen postkommunistischer Staaten.
- The Steven Roth Institute for the Study of Antisemitism and Racism** (Hrsg.), Antisemitism Worldwide 2004, Tel Aviv 2006 (*Bezugsadresse: <http://antisemitism.tau.ac.il/publications.htm>*), 146 S. – Der Bericht dokumentiert weltweit antisemitische Vorfälle.
- Thoß, Bruno**, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952-1960, München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), 774 S. – Unter Nutzung einer Vielzahl von Quellen beschreibt der Autor abschließend den Aufbau der Bundeswehr im Kontext der NATO-Strategien „Massive Retaliation“ und „Flexible Response“. Dieser erste Band einer ganzen Reihe über den Aufbau der bundesdeutschen Sicherheitspolitik ist geprägt von seiner schieren Detailflut.
- Tiemann, Guido**, Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 377 S. – Mit einer methodischen ausgefeilten Untersuchung zeigt Guido Tiemann, daß gleiche Wahlsysteme unter verschiedenen Rahmenbedingungen ganz unterschiedliche Auswirkungen etwa auf die Fragmentierung des Parteiensystems haben können.
- Twickel, Christoph**, Hugo Chavez. Eine Biographie, Hamburg 2006 (*Edition Nautilus*), 349 S. – Der Autor macht aus seinem starken Sympathien mit dem „Phänomen Chavez“ keinen Hehl. Seine allzu deutliche Absicht ist, das westliche Bild des Staatsmannes zu korrigieren.
- U.S. White House** (Hrsg.), National Strategy for Combating Terrorism, Washington D.C. 2006 (*Bezugsadresse: <http://www.fas.org/irp/threat/nsc12006.pdf>*), 29 S. – Die Anti-Terror-Strategie sieht kurz- und langfristige Maßnahmen vor. Die langfristigen bestehen in der Förderung „effektiver Demokratie“ weltweit, die kurzfristigen in der Prävention terroristischer Anschläge, dem Entzug staatlicher Unterstützung für terroristische Gruppen und der Unterbindung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen in den Händen von „Schurkenstaaten“.
- Ueberschär, Gerd R.**, Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933-1945, Frankfurt a.M. 2006 (*Fischer Taschenbuch Verlag*), 400 S. – Wer auf dem neuesten Stand eine solide Studie zu diesem Thema sucht, ist mit der Lektüre des Bandes gut beraten.
- United States Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism** (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2005, Washington D.C. 2006 (*Bezugsadresse: www.state.gov*), 262 S. – Der Bericht vermittelt ein Lagebild des internationalen Terrorismus aus der Sicht der US-Regierung. Die Statistik weist für das Jahr 2005 11.111 terroristische Anschläge weltweit aus.
- Vidino, Lorenzo**, Al Queda in Europe. The New Battleground of International Jihad, Amherst 2006 (*Prometheus Books*), 403 S. – Auf neuestem Kenntnisstand beleuchtet der in Washington tätige Antiterror-Experte die djihadistischen Netzwerke in Europa.
- Voegelin, Eric**, Hitler und die Deutschen, hrsg. von Manfred Henningsen, München 2006 (*Wilhelm Fink Verlag*), 320 S. – Die an der Münchner Universität im Sommersemester 1964 gehaltenen Vorlesungen Voegelins beziehen unverhohlen kritisch Stellung zur Situation der schweigenden Bevölkerungsmehrheit der Bundesrepublik Anfang der 1960er Jahre in puncto Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur.
- Vowinkel, Annette**, Grundwissen Philosophie: Hannah Arendt, Leipzig 2006 (*Reclam Verlag*), 129 S. – Weithin referierende Einführung in das philosophische und politische Denken Arendts, das für die Extremismusforschung nicht nur in den Arbeiten zum Totalitarismus und zur Revolution von großer Bedeutung ist.

Kommentierte Bibliographie

- Walter, Franz**, Die ziellose Republik. Gezeitenwechsel in Gesellschaft, Köln 2006 (*Kiepenheuer & Witsch*), 293 S. – Der Göttinger Politikwissenschaftler erreicht mit seinen pointierten Beiträgen in diversen Print- und Onlinemedien eine große Öffentlichkeit. Hier finden sich 32 Beiträge zwischen 2004 und 2006 zur deutschen Politik, insbesondere zu den Parteien.
- Weber Hermann u.a.** (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, Berlin 2006 (*Aufbau Verlag*), 480 S. – Zum 50. Jahrestag stehen die polnische Krise und die ungarische Revolution im Mittelpunkt. Besonders lesenswert sind die Beiträge von Janos M. Rainer und Árpád von Klimó.
- Weber, Hermann/Gerda Weber**, Leben nach dem „Prinzip links“. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006 (*Ch. Links Verlag*), 480 S. – Der Nestor der bundesdeutschen Kommunismusforschung schildert mit seiner Frau in diesem biographischen Fortsetzungsband nach „Damals, als ich Wunderlich hieß“ (2002) die Lösung von der KPD und die Hinwendung zu einem demokratischen Sozialismus.
- Weber-Fas, Rudolf**, Epochen deutscher Staatlichkeit. Vom Reich der Franken bis zur Bundesrepublik, Stuttgart u.a. 2006 (*Verlag W. Kohlhammer*), 283 S. – Verfassungsgeschichtlich geprägter Überblick von der Vergangenheit bis zur Gegenwart. Er ist eine Einführung, mehr nicht.
- Wehler, Hans-Ulrich**, Eine lebhafte Kampfsituation, Ein Gespräch mit Manfred Hettling und Cornelius Torp, München 2006 (*C.H. Beck Verlag*), 224 S. – In dem Interviewband verbindet der bekannte Historiker den Rückblick auf das eigene Leben mit einer Diskussion über Geschichte, Geschichtswissenschaft und politischer Kultur. Er beurteilt dabei pointiert aktuelle Tendenzen seines Faches.
- Weichlein, Siegfried**, Nationalbewegungen und Nationalismus in Europa, Darmstadt 2006 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 152 S. – Der in der Reihe „Geschichte kompakt“ erschienene Band wird diesem Titel gerecht. Der Leser erfährt sachkundige Informationen über die Entstehung des modernen Nationalismus.
- Weißmann, Karlheinz**, Das Hakenkreuz. Symbol eines Jahrhunderts, Schnellroda 2006 (*Edition Antaios*), 192 S. – Das Buch, bereits 1978 erstmals aufgelegt, rückt die Geschichte des Rassismus in den Mittelpunkt und stellt sie in Verbindung mit der europäischen Geschichte. Gezielt beschreibt der Autor dabei einzelne Entwicklungsschritte. Er untersucht die Auswirkungen des Rassismus auf verschiedenste gesellschaftliche Bereiche.
- Wien, Peter**, Iraqi Arab Nationalism. Authoritarian, totalitarian, and pro-fascist inclinations, 1932-1941, London/New York 2006 (*Routledge*), 162 S. – Der Autor ermittelt ein breites Spektrum politischer Diskurse irakisch-arabischer Nationalisten im Umgang mit Faschismus, autoritären und totalitären Regimen in Europa. Die Perzeptionen reichen von Totalablehnung bis zur begeisterten Zustimmung.
- Wiesendahl, Elmar**, Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 196 S. – Die Frage im Titel wird keineswegs bejaht. Parteien sind ein wesentliches Element der Demokratie. Vielleicht gehören auch „Mitgliederparteien“ dazu.
- Wilke, Manfred**, Der SED-Staat. Geschichte und Nachwirkungen. Gesammelte Schriften. Zu seinem 65. Geburtstag zusammengestellt und hrsg. von Hans-Joachim Veen, Köln u.a. 2006 (*Böhlau Verlag*), IX, 339 S. – Der Band enthält aufschlußreiche Aufsätze von Manfred Wilke aus den letzten fünfzehn Jahren, vor allem zum Kommunismus und zur DDR. Der Weg vom Troztkisten zum CDU-Mitglied war lang.
- Wilkinson, Paul**, Terrorism versus Democracy. The Liberal State Response, 2. Aufl., London/New York 2006 (*Routledge*), 254 S. – Einer der besten Kenner der Materie bietet eine Bilanz zur Entwicklung des internationalen Terrorismus. Er beleuchtet die Erfolge und Fehlentwicklungen im Kampf gegen den Terror.
- Wirsching, Andreas**, Abschied vom Provisorium. 1982-1990, Stuttgart 2006 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 847 S. – Voluminöse Studie, die die fünf Bände zur Geschichte der „alten“ Bundesrepublik (1981-1987) abschließend ergänzt. Auch die Herausforderung durch den Extremismus kommt zur Sprache. Die Arbeit ist überaus gelungen.
- Zarusky, Jürgen** (Hrsg.), Stalin und die Deutschen. Neuere Beiträge der Forschung, München 2006 (*Oldenbourg Verlag*), 276 S. – Zahlreiche Experten beleuchten Aspekte der Beziehungsgeschichte zwischen Stalin und den Deutschen. Es folgen Essays über die Probleme eines Vergleichs der beiden Diktatoren Stalin und Hitler, u.a. von Leonid Luks über ihre Herrschaftslogik und vom Herausgeber über ihren Herrschaftsstil.
- Zellhuber, Andreas**, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu...“ Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945, Samsried 2006 (*Verlag Ernst Vögel*), 413 S. – Dieses Reichsministerium war bisher noch nicht wissenschaftlich untersucht worden. Zu Recht hebt der Autor hervor, daß das Scheitern des Ministeriums weniger an der Person Alfred Rosenbergs lag als an strukturellen Bedingtheiten des NS-Systems.
- Zibell, Stephanie**, Politische Bildung und demokratische Verfassung. Ludwig Bergsträsser (1883-1960), Bonn 2006 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 402 S. – Die mit viel Sympathie für den Porträtierten geschriebene Biographie er-

Literatur

hellte den Werdegang eines Menschen, der sich nach 1945 große Verdienste erworben hat – in der Politik, der politischen Bildung und der Politikwissenschaft.

Zimmermann, Clemens (Hrsg.), Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006 (*Jan Thorbecke Verlag*), 247 S. – Der Saarbrücker Kultur- und Medienhistoriker Clemens Zimmermann hat einen richtungsweisenden Band zum Verhältnis von öffentlicher Meinung, Medien und Politik in der neuesten – vor allem deutschen – Geschichte herausgegeben. Das Themenspektrum reicht von einer Inventur des Habermasschen Konzepts einer bürgerlichen Öffentlichkeit bis zu Analysen der bundesdeutschen Wahlkampfkultur ab den 1960er Jahren.

Zeitschriftenauslese

- Backes, Uwe**, Limits of Political Freedom in Democratic Constitutional States – A Comparative Study on Germany, France and the USA, in: *Totalitarismus und Demokratie* 3 (2006), H. 2, S. 265-283. – Art, Ausmaß und Bedingungen der Begrenzung politischer Grundrechte spiegeln das Freiheitsverständnis demokratischer Verfassungsstaaten. Trotz aller Gemeinsamkeiten in den „fundamentals“ finden in rechtlichen Freiheitsbegrenzungen und der jeweiligen Freiheitsbegrenzungspraxis spezifische Erfahrungen ihren Niederschlag, die eine unterschiedliche Wertschätzung von Freiheiten und divergierende Bedrohungsperzeptionen erklären. Der Beitrag vergleicht anhand von Beispielen die Demokratieschutzkonzepte und -praktiken in Deutschland, Frankreich und den USA mit Blick auf die spezifische Art der Begrenzung von Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Nach einem historischen Abriss zur Entstehung und rechtlichen Ausformung der Demokratieschutzkonzepte folgt ein Blick auf die jeweilige Praxis seit 1945. Abschließend wird versucht, aus dem Vergleich der Demokratieschutzkonzepte und -praktiken Rückschlüsse auf das ihnen zugrunde liegende Freiheitsverständnis zu ziehen.
- Buschfort, Wolfgang**, Vom KPD-Verbot zur Gründung der DFU. Kommunistische Aktivitäten in der Bundesrepublik 1956-1961, in: *Deutschland Archiv* 39 (2006), H. 4, S. 643-650. – Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) setzte in den Bundesländern verstärkt eine Verbotspolitik gegen kommunistische Gruppierungen ein, etwa gegen die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN). Allerdings lief die Entwicklung von Land zu Land unterschiedlich. Der schnell kommunistisch unterwanderte „Bund der Deutschen“ (BdD) wurde nicht verboten. Die verschiedensten Parteigründungsbestrebungen – entweder in Form einer linkssozialistischen Gruppierung oder einer sozialistischen Sammlungspartei – verliefen zunächst im Sande. So scheiterte ein Projekt des Wirtschaftswissenschaftlers Viktor Agartz, der 1958 aus der SED ausgeschlossen worden war. Die 1960 gegründete „Vereinigung unabhängiger Sozialisten“ (VUS) konstituierte sich nicht als Partei. Ende 1960 entstand die erfolglose, ebenfalls stark von der KPD beeinflusste „Deutsche Friedensunion“ (DFU). Der Verfassungsschutz war über die kommunistischen Aktivitäten in jener Zeit gut informiert.
- Koß, Michael/Dan Hough**, Landesparteien in vergleichender Perspektive: Die Linkspartei.PDS zwischen Regierungsverantwortung und Opposition, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006), H. 2, S. 312-334. – Hat sich das Verhältnis der PDS in der Frage einer potentiellen Regierungsbeteiligung grundsätzlich gewandelt? Begünstigte der Eintritt in Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Veränderungen an der Basis der Landesverbände in Richtung auf einen pragmatischeren Kurs? Die Autoren vergleichen vier Landesverbände mit (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern) und ohne (Brandenburg, Sachsen) Regierungsbeteiligung und kommen zu dem Ergebnis, daß der These, die PDS habe sich vom Verständnis einer grundsätzlich oppositionellen Partei verabschiedet, nur bedingt zugestimmt werden kann. In allen vier Landesverbänden bestehen Strömungen fort, die eine Regierungsbeteiligung prinzipiell ablehnen. Zudem wäre es verfehlt anzunehmen, die Befürworter von Regierungsbeteiligungen seien generell durch ein pragmatisches Politikverständnis gekennzeichnet: „Paradoxerweise sichern gerade in vordemokratischer Zeit eingetübte Verhaltensweisen der Mehrzahl der traditionalistischen PDS-Mitglieder Reformern an der Parteispitze ihren Spielraum.“
- Niedermayer, Oskar**, Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleichbleibender Positionierung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006), H. 3, S. 523-538. – Die Erfolge der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005 gehen vor allem auf den sozialstrukturellen Wandel ihrer Wählerschaft zurück. Die Partei gewann überproportional bei Arbeitslosen und Arbeitern. Bei den „Modernisierungsverlierern“ ist der Anteil der PDS-Wählerschaft mehr als doppelt so hoch. Die Partei wurde vor allem durch ihre Wahlerfolge im Westen auch zu einer Partei der sozial Schwachen. Allerdings hat sich die politische Positionierung der Wählerschaft nicht geändert. 83 Prozent ordnen sich als „links“ ein, 17 Prozent rechnen sich zur Mitte. Bei der sozioökonomischen Konfliktdimension repräsentiert die Wählerschaft der PDS (wie die der NPD) den sozialstaatlichen Pol, bei der politisch-kulturellen Konfliktdimension eher die libertäre Seite (im Gegensatz zur NPD). Im Vergleich zu früher ist hier kein Wandel erkennbar. Was die Einstellungen zur politischen Ordnung betreffen, so überwiegt ebenso Kontinuität. Die Wähler lassen eine schwächere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie erkennen. Auch die Akzeptanz der geltenden Demokratie ist – wie zuvor – geringer als bei der Wählerschaft der anderen Parlamentsparteien. Die Linkspartei.PDS muß keinen Spagat vollbringen, um die alten und die neuen Wähler zu behalten. Sie hat daher künftig große Chancen.

Neubert, Ehrhart, Revolution und Revisionismus in Sprache, Geschichte und Recht, in: Totalitarismus und Demokratie 3 (2006), H. 1, S. 47-77. – Die Revolution von 1989 ermöglichte einen vereinten deutschen Nationalstaat in Europa. Doch bis in die Gegenwart hat weder der Westen noch Osten dies akzeptiert. Im Osten dominierte die revisionistische Sprache von Postkommunisten, im Westen ist eine politisch-korrekte Sprache verbreitet, die als Ausfluß einer „Auschwitz-Identität“ entstand und auf der Selbstanerkennung des westlichen Teilstaates beruht. In der akademischen Sphäre haben DDR-Themen an Bedeutung eingebüßt. Nicht selten wird der diktatorische Charakter der DDR geleugnet. Die bundesdeutsche Justiz trägt den politischen Aspekten der Revolution nicht Rechnung. In der politischen Kultur gibt es kaum Spuren des Fundamentes, auf dem das vereinte Deutschland ruht: der Revolution von 1989.

Steinbach, Peter, Diktaturen im 20. Jahrhundert – Kategorien, Vergleiche, Probleme, in: Der Bürger im Staat 56 (2006), H. 3, S. 140-147. – „Die Zäsur von 1989 und damit das Ende der Geschichte der Konfrontation zweier grundsätzlich verschiedener politischer Systeme – des liberalen Verfassungsstaats und der zentralistisch gelenkten Diktatur – haben einen vorläufigen Schlußpunkt unter das ‚Jahrhundert der Diktaturen‘ gesetzt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist geprägt von Versuchen, mit diktatorischen Mitteln neue Gesellschaften schaffen zu wollen. In all ihren kennzeichnenden Grundzügen sind Diktaturen ein erklärtes Gegenmodell des liberalen Verfassungsstaates. Diktatorische Systeme zentralisieren politische Herrschaft und Macht, etablieren den Einparteiensstaat, heben die Gewaltenteilung auf, wollen die öffentliche Meinung und das Denken durch Propaganda lenken und lösen durch eine radikale Forcierung des gesellschaftlichen Wandels letztlich den Einzelnen aus vertrauten sozialen Bindungen und Milieus. Die Aufhebung der Trennung der Sphären von Individuum, Familie, Gesellschaft und Staat ist der Kern der Durchherrschung und Politisierung der Gesellschaft.“
U.B./E.J.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Abou-Taam, Marwan/Ruth Bigalke (Hrsg.), Die Reden des Osama bin Laden – 431
 Abromeit, Heidrun/Michael Stoiber, Demokratien im Vergleich – 483
 Ademoglu, Daron/James A. Robinson, Economic Origins of Dictatorship and Democracy – 483
 Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (Hrsg.), Muslime in der Europäischen Union – 483
 Ágh, Attila, Eastern Enlargement and the future of the EU27 – 483
 Ahn, Thomas von /Holger Fischer, Die ungarische Revolution 1956 – 291
 Allgemeine Inlichtingen – en Veiligheidsdienst (Hrsg.), Jaarverslag 2005 – 484
 Altrichter, Helmut (Hrsg.), GegenErinnerung – 292
 Amirpur, Katajun/Ludwig Ammann (Hrsg.), Der Islam am Wendepunkt – 483
 Amos, Heike, Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR – 483
 Anders, Freia/Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols – 483
 Anne-Frank-Stichting (Hrsg.), Monitor Racisme & Extremisme – 483
 Apitz, Tessa, Personen im Wahlkampf – 483
 Arnim, Hans Herbert von, Das Europa-Komplott – 483
 Arnswald, Ulrich/Ulrich Bongertmann/Ulrich Mählert (Hrsg.), DDR-Geschichte im Unterricht – 484
 Atwan, Abdel Bari, The Secret History of al-Qa'ida – 484
- Baberowski, Jörg (Hrsg.), Moderne Zeiten – 484
 Bachmeier, Andreas, Wirtschaftspopulismus – 484
 Backes, Uwe, Politische Extreme – 484
 Backes, Uwe/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit – 484
 Bajohr, Frank/Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis – 451
 Balbier, Uta A./Christiane Rösch (Hrsg.), Umworbener Klassenfeind – 446
 Balbier, Uta Andrea, Kalter Krieg auf der Aschenbahn – 483
 Balzer, Friedrich-Martin (Hrsg.), Justizunrecht im Kalten Krieg – 484
 Barth, Boris, Genozid – 373
 Bathke, Peter/Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa – 325
 Bauer, Babett, Kontrolle und Repression – 376
 Bauerkämper, Arnd, Der Faschismus in Europa – 484
 Baumgarten, Helga, Hamas – 484
 Behnke, Joachim/Thomas Gschwend/Delia Schindler/Kai-Uwe Schnapp, Methoden der Politikwissenschaft – 484
 Beier, Katharina u.a., Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns – 484
 Bellers, Jürgen/Mario Petri/Ulrich Schnier (Hrsg.), Handbuch der transitorischen Systeme – 484
 Besier, Gerhard, Das Europa der Diktaturen – 379
 Besier, Gerhard/Gerhard Lindemann, Im Namen der Freiheit – 484
 Biermann, Rafael, Lehrjahre im Kosovo – 485
 Bilak, Vasil, Wir riefen Moskau zu Hilfe – 485
 Blasius, Dirk/Wilfried Loth (Hrsg.), Tage deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert – 485
 Blehova, Beata, Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei – 485
 Blinkhorn, Martin, Mussolini and Fascist Italy – 485
 Blum, Harald/Jürgen Gehardt (Hrsg.), Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert – 485
 Bock, Siegfried/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hrsg.), Alternative deutsche Außenpolitik – 485
 Bogumil, Jörg/Lars Holtkamp, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung – 432
 Bos, Ellen/Antje Helmerich (Hrsg.), Zwischen Diktatur und Demokratie – 485
 Botsch, Gideon, „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg – 485
 Bourseiller, Christophe, Extrêmes gauches – 485
 Brandenberger, David/Kevin M. F. Platt (Hrsg.), Epic Revisionism. Russian History and Literature as Stalinist Propaganda – 485
 Braun, Jutta/Hans Joachim Teichler (Hrsg.), Sportstadt Berlin im Kalten Krieg – 433

Literatur

- Bredow, Wilfried von, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – 485
Brenner, Wolfgang, Walther Rathenau – 485
Brown, Deborah A./Tun-Jen Cheng (Hrsg.), Religions Organizations and Democratization – 485
Brückner, Peter, Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse – 486
Brümmer, Ulrich H., Parteiensystem und Wahlen in Sachsen – 486
Buckley, Mary/Rovert Singh (Hrsg.), The Bush Doctrine and the War on Terrorism – 486
Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik – 486
Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht – 486
Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005 – 423
Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006 – 486
Büsch, Otto/Peter Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland – 363
- Česká Republika/Ministerstvo Vnitra (Hrsg.), Informace o problematice extremismu na území České republiky v roce 2005 – 486
Ciesla, Burkhard, Als der Osten durch den Westen fuhr – 486
Collovald, Annie/Brigitte Gaiti (Hrsg.), La Démocratie aux extrêmes – 486
Conrads, Norbert (Hrsg.), Cohn Willy – 486
Coppa, Frank J. (Hrsg.), Encyclopedia of Modern Dictators – 486
Crépon, Sylvain, La nouvelle extrême droite – 486
Crespo, Juanma, Memorias de un ultra – 487
Cristin, Renato (Hrsg.), Memento Gulag – 487
Croissant, Aurel/Sascha Kneip/Beate Martin (Hrsg.), The Politics of Death. Political Violence in Southeast Asia – 487
Croitoru, Joseph, Der Märtyrer als Waffe – 487
Crome, Erhard, Sozialismus im 21. Jahrhundert – 487
- D'Arcangelis, Andrew, Die Jenischen – 487
Dahrendorf, Ralf, Versuchungen der Unfreiheit – 434
Dalos, György, 1956. Der Aufstand in Ungarn – 291
Daniel, Uta (Hrsg.), Augenzeugen – 487
Decker, Frank (Hrsg.), Populismus – 383
Decker, Oliver/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte – 487
Degen, Hans Jürgen/Jochen Knoblauch, Anarchismus – 487
Dent, Bob, Budapest 1956 – 291
Derichs, Claudia/Thomas Heberer (Hrsg.), Wahlsysteme und Wahltypen – 487
Dershowitz, Alan M., Preemption – 487
Dietl, Wilhelm/Kai Hirschmann/Rolf Tophoven, Das Terrorismus-Lexikon – 487
Dissent! Network of Resistance Against the G8 (Hrsg.), Einblicke in das Innenleben einer Mobilisierung – 487
Doering-Manteuffel, Anselm (Hrsg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts – 488
Druck, Szilvia, Die Aufarbeitung des Kommunismus in Ungarn nach 1989 – 488
Duffy, Helen, The 'War on Terror' and the Framework of International Law – 488
- Egg, Rudolf (Hrsg.), Extremistische Kriminalität – 488
Egle, Christoph/Christian Henkes/Wolfgang Merkel/Tobias Ostheim/Alexander Petring, Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie – 488
Eik, Jan, Besondere Vorkommnisse – 488
Eimermacher, Karl/Astrid Volpert (Hrsg.), Tauwetter – 291
Elbaum, Max, Revolution in the Air – 488
Enders, Walter/Todd Sandler, The Political Economy of Terrorism – 488
Eörsi, István, Im geschlossenen Raum – 292
Eppel, Peter/Béla Rásky/Werner Michael Schwarz (Hrsg.), Flucht nach Wien – 291
Erstling, Tino, Versuch über den europäischen Totalitarismus – 488
Estel, Denise, Bundesstaatsprinzip und direkte Demokratie im Grundgesetz – 435
Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2006 – 488

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Hrsg.), Antisemitism – 488
European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Hrsg.), The Annual Report on the Situation Regarding Racism and Xenophobia in the Member States of the EU – 488
- Falk, Svenja/Andrea Römmele/Dieter Rehfeld/Martin Thunert (Hrsg.), Handbuch Politikberatung – 436
Faye, Guillaume, Wofür wir kämpfen – 368
Fekete, Sándor, Eine sträfliche Satire – 292
Ferguson, Niall, Krieg der Welt – 386
Fest, Joachim, Ich nicht – 438
Fink, Carole/Frank Hadler/Tomasz Schramm (Hrsg.), 1956 – 291
Fischer, Karsten, Moralkommunikation der Macht – 489
Foertsch, Volker/Klaus Lange (Hrsg.), Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel – 489
Forsbach, Ralf (Hrsg.), Medizin im „Dritten Reich“ – 443
Frei, Norbert (Hrsg.), Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts – 489
Fritsch, Werner/Werner Nöckel, Vergebliche Hoffnung auf einen politischen Frühling – 292
Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Neue Judenfeindschaft – 489
Fuentes, Noberto, Die Autobiographie des Fidel Castro – 489
- Gall, Lothar, Der Bankier Hermann Josef Abs – 489
Galli, Matteo/Heinz-Peter Preusser (Hrsg.), Mythos Terrorismus – 489
Gallus, Alexander (Hrsg.), Deutsche Zäsuren – 389
Gandhi, Leela, Affective Communities – 489
Garstka, Dietrich, Das schweigende Klassenzimmer – 292
Gassert, Philipp, Kurt Georg Kiesinger – 489
Gati, Charles, Failed Illusions – 291
Geden, Oliver, Diskursstrategien im Rechtspopulismus – 439
Gellner, Winand/Martin Reichinger (Hrsg.), Deutschland nach der Bundestagswahl 2005 – 489
Georgieva, Christina, Charisma, Theoretische und politisch-kulturelle Aspekte der „Außeralltäglichkeit“ – 489
Gieseke, Jens, Der Mielke-Konzern – 489
Giro, Helmut-Dieter, Die Remilitarisierung des Rheinlandes 1936 – 489
Gockel, Hans-Hermann, Deutschland – 490
Goecken-Haidl, Ulrike, Der Weg zurück – 490
Gough, Roger, A Good Comrade – 291
Grevén, Thomas/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus – 440
Grigat, Stephen (Hrsg.), Feindaufklärung und Reeducation – 490
Grunenberg, Antonia, Hannah Arendt und Martin Heidegger – 490
Grünke, Ralf, Geheilte Mittel – 441
Günther, Klaus, Politik des Kompromisses – 490
- Hacke, Jens, Philosophie der Bürgerlichkeit – 490
Hagen, Bernhard, Trends in der internationalen Asylpolitik – 490
Häupl, Waltraud, Die ermordeten Kinder vom Spiegelgrund – 443
Hausleitner, Mariana/Harald Roth (Hrsg.), Der Einfluß von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa – 445
Hecht, Ben, Revolution im Wasserglas – 444
Hecken, Thomas, Avantgarde und Terrorismus – 490
Hein-Kircher, Heidi/Hans Henning Hahn (Hrsg.), Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa – 445
Hentilä, Seppo, Neutral zwischen den beiden deutschen Staaten – 490
Herrmann, Hajo (Hrsg.), Supersoldiers – 490
Hertle, Hans-Hermann/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Risse im Bruderbund – 446
Herzberg, Guntolf, Anpassung und Aufbegehren – 291
Hilger, Andreas/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Sowjetisierung oder Neutralität – 490
Hodenberg, Christina von/Detlef Siegfried (Hrsg.), Wo „1968“ liegt – 490
Holtmann, Everhard/Adrienne Krappidel/Sebastian Rehse (Hrsg.), Die Droge Populismus – 439

Literatur

- Hosfeld, Rolf/Hermann Pölking, Die Deutschen 1945 bis 1972 – 490
Hübinger, Gangolf, Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit – 447
Hürter, Johannes, Hitlers Heerführer – 490
- Immerfall, Stefan, Europa – 491
Inter Finitimos, Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte – 291
Intriligator, Michael D./Peter Katona/John P. Sullivan (Hrsg.), Countering Terrorism and WMD – 491
- Jahn, Detlef, Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft – 491
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006 – 291
Jalovszky, Katalin, Versteckt, beschlagnahmt, als Beweismaterial beigelegt – 291
Jennerjahn, Miro, Neue Rechte und Heidentum – 491
Jun, Uwe/Henry Kreikenbohm/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind – 393
- Kang-Bohr, Youngok, Stalinismus in der ländlichen Provinz – 448
Keil, Lars-Broder/Sven Felix Kellerhoff, Gerüchte machen Geschichte – 491
Kepel, Gilles/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida – 431
Kerékgyártó, István, Engelsfurz – 292
Kermani, Navid, Strategie der Eskalation – 491
Kevenhörster, Paul, Politikwissenschaft – 491
Kießling, Simon, Die antiautoritäre Revolte der 68er – 491
Kipke, Rüdiger (Hrsg.), Ungarn 1956 – 291
Kitchen, Martin, Kurze Geschichte des Dritten Reiches – 491
Klandermans, Bert/Nonna Mayer (Hrsg.), Extreme Right Activists in Europe – 491
Klärner, Andreas/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland – 325
Kleßmann, Christoph (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 – 491
Klimó, Árpád von, Ungarn seit 1945 – 291
Klimó, Árpád von/Malte Rolf (Hrsg.), Rausch und Diktatur – 396
Kluge, Ulrich, Die Weimarer Republik – 492
Knop, Ingmar, Mit der EU in den Abgrund – 492
Knuth, Rebecca, Burning Books and Leveling Libraries – 492
Koch-Baumgarten, Sigrid/Peter Rütters (Hrsg.), Pluralismus und Demokratie – 492
Köhler, Jan, Parteien im Wettbewerb – 492
Kohser-Spohn, Christiane/Frank Renken (Hrsg.), Trauma Algerienkrieg – 492
Köllner, Patrick/Matthias Basedau/Gero Erdmann (Hrsg.), Innerparteiliche Machtgruppen – 449
Kopper, Christopher, Hjalmar Schacht – 450
Korn, David, Wem dient Merkel wirklich – 492
Kott, Sandrine/Emanuel Droit (Hrsg.), Die ostdeutsche Gesellschaft – 400
Kowalczyk, Ilko-Sascha/Tom Sello (Hrsg.), Für ein freies Land mit freien Menschen – 482
Kowalski, Ronald, European Communism – 467
Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus – 403
Kreiner, Maria, Amt auf Zeit – 492
Krisenjahr 1956 – 291
Kubitschek, Götz, 20 Jahre Junge Freiheit – 407
Kühne, Thomas, Kameradschaft – 450
Kutter, Amelie/Vera Trappmann (Hrsg.), Das Erbe des Beitritts – 482
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Rechtsextremistische Jugend Szenen im Freistaat Sachsen – 492
Landkammer, Joachim/Thomas Noetzel/Walther Ch. Zimmerli (Hrsg.), Erinnerungsmanagement – 492
Lang, Jack, Nelson Mandela – 492
Laroui, Fouad, De l'islamisme – 492
Lauenburg, Frank, Skinheads und die Gesellschaftliche Rechte – 325
Le Blanc, Paul, Marx, Lenin, and the Revolutionary Experience – 492
Lehmann, Walter, Die Bundesrepublik und Franco-Spanien in den 50er Jahren – 493

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Lendvai, Paul, Der Ungarnaufstand 1956 – 291
 Lessing, Erich, Budapest 1956 – 291
 Liedhegener, Antonius, Macht, Moral und Mehrheit – 493
 Lindenberger, Thomas (Hrsg.), Massenmedien im Kalten Krieg – 493
 Longerich, Peter, Davon haben wir nichts gewußt – 451
- Machtan, Lothar, Der Kaisersohn bei Hitler – 493
 Mallmann, Klaus-Michael/Jürgen Matthäus (Hrsg.), Deutsche, Juden, Völkermord – 493
 Marchart, Oliver/Rupert Weinzierl (Hrsg.), Stand der Bewegung – 453
 Marx, Peter/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Woran erinnern – 448
 Maurer, Ulrich/Hans Modrow (Hrsg.), Links oder lahm – 493
 Mayo, Peter, Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire – 493
 Menasse, Robert, Die Zerstörung der Welt als Wille und Vorstellung – 454
 Merkel, Wolfgang/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Peter Thiery, Defekte Demokratie – 493
 Mertens, Lothar (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses – 493
 Mertens, Lothar (Hrsg.), Deutschland und Israel – 493
 Mertens, Lothar, Lexikon der DDR-Historiker – 493
 Meyer, Thomas (Hrsg.), Praxis der sozialen Demokratie – 493
 Mittag, Jürgen (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration – 457
 Molau Andreas u.a., Sturm auf Europa – 494
 Morgenstern, Andreas, Extremistische und radikale Parteien 1990-2005 – 494
 Mosse, George L., Die Geschichte des Rassismus in Europa – 494
 Mosser, Alfred (Hrsg.), Politische Kultur in Südosteuropa – 494
 Mühlhausen, Walter, Friedrich Ebert 1871 bis 1925 – 355
 Müller-Enbergs, Helmut/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst/Olaf W. Reimann (Hrsg.), Wer war in der DDR? – 494
 Münkler, Herfried, Der Wandel des Krieges – 455
 Murber, Ibolya/Zoltán Fónagy (Hrsg.), Die ungarische Revolution und Österreich 1956 – 291
 Musharbash, Yassin, Die neue Al-Qaida – 456
- Naßmacher, Hiltrud, Baustelle Stadt – 432
 Neunatz, Dietmar/Volker Zimmermann (Hrsg.), Die Deutschen und das östliche Europa – 494
 Niedermayer, Oskar/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas – 457
 Niemetz, Daniel, Das feldgraue Erbe – 494
 Noelle-Neumann, Elisabeth, Die Erinnerungen – 458
 Nolte, Ernst, Die Weimarer Republik – 459
 Norman, Lars, Deutsche Sicherheitsstrukturen im 21. Jahrhundert – 494
 Nowak, Jürgen, Leitkultur und Parallelgesellschaft – 494
- Ortag, Peter, Islamische Kultur und Geschichte – 494
 Overton, Spencer, Stealing Democracy – 494
- Paál, János, Von Kobolden gejagt – 291
 Paxton, Robert O., Anatomie des Faschismus – 460
 Pedahzur, Ami (Hrsg.), Root Causes of Suicide Terrorism – 494
 Peters, Tim, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht – 461
 Pflug Konrad/Peter I. Trummer (Hrsg.), Die Brüder Stauffenberg und der deutsche Widerstand – 494
 Pflütze, Peter, Besuchszeit – 470
 Pickel, Gerd/Susanne Pickel, Politische Kultur- und Demokratieforschung – 494
 Pickel, Gert u.a. (Hrsg.), Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg zur Demokratie – 495
 Pinxten, Rik/Ellen Preckler (Hrsg.), Racism in Metropolitan Areas – 495
 Plaggenborg, Stefan, Experiment Moderne – 291
 Platen-Hallermund, Alice, Die Tötung Geisteskranker in Deutschland – 495
 Plöckinger, Othmar, Geschichte eines Buches – 410
 Plöhn, Jürgen (Hrsg.), Sofioter Perspektiven auf Deutschland und Europa – 495

Literatur

- Poewe, Karla, New Religions and the Nazis – 495
 Politkovskaja, Anna, In Putins Rußland – 463
 Pozsgai, Joseph, Der Preis der Wende – 292
 Prokop, Siegfried (Hrsg.), Zwischen Aufbruch und Abbruch – 292
 Prokop, Siegfried, 1956 – 291
 Pufendorf, Astrid von, Die Plancks – 495
 Pulido, Laura, Black, Brown, Yellow, and Left – 495
- Rainer, János M., Imre Nagy – 291
 Reckert, Wilfried, Kommunismus-Erfahrung – 495
 Reeve, Simon, Ein Tag im September – 495
 Reichel, Peter, Der schöne Schein des Dritten Reiches – 495
 Reiser, Marion, Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik – 495
 Reitschuster, Boris, Putins Demokratie – 463
 Riesz, Janos, Léopold Sédar Senghor und der afrikanische Aufbruch im 20. Jahrhundert – 495
 Riklin, Alois, Machtteilung – 495
 Ritter, Gerhard A., Der Preis der deutschen Einheit – 480
 Roberts, David D., The Totalitarian Experiment in Twentieth-Century Europe – 496
 Rodden, John, Schoolbooks, Ideology, and Eastern German Identity – 496
 Röhl, Bettina, So macht Kommunismus Spaß – 413
 Roik, Michael, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984 – 464
 Röbler, Matthias (Hrsg.), Einigkeit und Recht und Freiheit – 465
 Roy, Olivier, Der islamische Weg nach Westen – 496
 Rüdiger, Axel/Eva-Maria Seng (Hrsg.), Dimensionen der Politik – 416
 Ruhl, Kathrin/Jan Schneider/Jutta Träger/Claudia Wiesner (Hrsg.), Demokratisches Regieren und politische Kultur – 496
 Rusconi, Gian E./Hans Woller (Hrsg.), Parallele Geschichte – 466
 Rydgren, Jens, From Tax Populism to Ethnic Nationalism – 496
- Saage, Richard, Utopisches Denken im historischen Prozeß – 496
 Salaris, Claudia, À la fête de la révolution – 496
 Samuel, Raphael, The Lost World of British Communism – 467
 Schaefgen, Annette, Schwieriges Erinnern – 496
 Schale, Frank, Zwischen Engagement und Skepsis – 496
 Schauff, Frank, Der Spanische Bürgerkrieg – 496
 Schenk, Dieter, Hans Frank – 496
 Schlingensiepen, Ferdinand, Dietrich Bonhoeffer 1906-1945 – 496
 Schmidt, Helmuth/Heinz Weischer, Zorn und Trauer – 469
 Schmidt, Manfred G./Reimut Zohnhöfer (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik Deutschland – 496
 Schmitz, David F., The United States and Right-Wing Dictatorships – 497
 Schneider, Herbert/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Landespolitik in Deutschland – 497
 Scholl-Latour, Peter, Rußland im Zangengriff – 497
 Schramm, Gotthold (Hrsg.), Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten – 470
 Schröder, Gerhard, Entscheidungen – 471
 Schroeder, Klaus, Die veränderte Republik – 337
 Schulte-Varendorff, Uwe, Kolonialheld für Kaiser und Führer – 497
 Schuppener, Henriette, Nichts war umsonst – 497
 Scobell, Andrew, Kim Jong Il and North Korea – 497
 Sebaldt, Martin/Alexander Straßner (Hrsg.), Klassiker der Verbändeforschung – 472
 Sebestyen, Victor, Twelve Days – 291
 Seiffert, Wolfgang, Selbstbestimmt – 473
 Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Islamismus – 497
 Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Wählerbewegungen im extremistischen Spektrum in Berlin – 497
 Siedler, Wolf Jobst, Wider den Strich gedacht – 497

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Sigmund, Anna Maria, Diktator, Dämon, Demagoge – 497
 Simowitsch, Solveig, Werden als Wortbrüchige in die Geschichte der SPD eingehen – 497
 Sobich, Frank Oliver, Schwarze Bestien, rote Gefahr – 474
 Söllner, Alfons, Fluchtpunkte – 475
 Sonntag, Christian, Medienkarrieren – 497
 Stahel, Albert A., Widerstand der Besiegten – 497
 Steininger, Rolf, Der vergessene Krieg – 497
 Strizek, Helmut, Geschenkte Kolonien – 497
 Studer, Brigitte/Heiko Haumann (Hrsg.), Stalinistische Subjekte – 448
 Sturm, Daniel Friedrich, Uneinig in die Einheit – 476
 Stürmer, Michael, Welt ohne Weltordnung – 498
 Stykow, Petra, Staat und Wirtschaft in Rußland – 498
 Svašek, Maruška, Postsocialism – 498
- The Steven Roth Institute for the Study of Antisemitism and Racism (Hrsg.), Antisemitism Worldwide 2004 – 498
 Thoß, Bruno, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung – 498
 Tiemann, Guido, Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa – 498
 Twickel, Christoph, Hugo Chavez – 498
- U.S. White House (Hrsg.), National Strategy for Combating Terrorism – 498
 Ueberschär, Gerd R., Für ein anderes Deutschland – 498
 United States Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2005 – 498
 Urban, Johannes, Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus – 420
- Vidino, Lorenzo, Al Qaeda in Europe – 498
 Voegelin, Eric, Hitler und die Deutschen – 498
 Vogt, Stefan, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie – 478
 Vowinckel, Annette, Grundwissen Philosophie – 498
- Waldenegg, Georg Christoph Berger/Francisca Loetz (Hrsg.), Führer der extremen Rechten – 325
 Walter, Franz, Die ziellose Republik – 499
 Weber Hermann u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006 – 499
 Weber, Hermann/Gerda Weber, Leben nach dem „Prinzip links“ – 499
 Weber-Fas, Rudolf, Epochen deutscher Staatlichkeit – 499
 Wehler, Hans-Ulrich, Eine lebhaftige Kampfsituation – 499
 Weichlein, Siegfried, Nationalbewegungen und Nationalismus in Europa – 499
 Weinbauer, Klaus/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik – 427
 Weißmann, Karlheinz, Das Hakenkreuz – 499
 Werth, Nicolas, Die Insel der Kannibalen – 291
 Wien, Peter, Iraqi Arab Nationalism – 499
 Wiesendahl, Elmar, Mitgliederparteien am Ende – 499
 Wilke, Manfred, Der SED-Staat – 499
 Wilkinson, Paul, Terrorism versus Democracy – 499
 Williams, Michelle Hale, The Impact of Radical Right-Wing Parties in West European Democracies – 479
 Wintrobe, Ronald, Rational Extremism – 325
 Wirsching, Andreas, Abschied vom Provisorium – 499
 Wolfrum, Edgar, Die gescheiterte Demokratie – 480
- Zabratzky, George (Hrsg.), Flucht in die Schweiz – 291
 Zankel, Sönke, Die Weiße Rose war nur der Anfang – 481
 Zarusky, Jürgen (Hrsg.), Stalin und die Deutschen – 499
 Zellhuber, Andreas, Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu – 499
 Zibell, Stephanie, Politische Bildung und demokratische Verfassung – 499
 Zimmermann, Clemens (Hrsg.), Politischer Journalismus – 500

Mitteilungen und Hinweise

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Als Verbandsblatt existiert das vom Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) herausgegebene Periodikum seit fünfzig Jahren. Doch erst im neuen Jahrhundert mit dem deutlicheren Disput über die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Erscheinungsformen der „Antidemokratie“ (Bernd Faulenbach) sowie einer distanzierteren, doch keineswegs unkritischeren Betrachtung des „Jahrhunderts der Diktaturen“ (Karl Dietrich Bracher) gelingt ein erster Schritt über die Grenzen der eingetragenen Mitgliedschaft hinaus in eine interessierte Öffentlichkeit und vor allem in die junge Generation. Da in den nachwachsenden Jahrgängen (1989 Geborene stehen heute kurz vor dem Abitur) größere Distanz zum damaligen Geschehen besteht, herrscht hier am allerwenigsten Verständnis für die Tabuisierung der Ähnlichkeiten der beiden Diktaturen auf deutschem Boden und schon gar nicht gegenüber dem giftigen Versuch, die beiden Hauptgruppen der Diktaturoppfer gegeneinander aufzuwiegen. Der von der PDS weiter gepflegte „Antifaschismus-Mythos der SED“ (vgl. Hermann Weber, in: FREIHEIT UND RECHT, 1/2005) und sein finanzkräftiger organisatorischer Arm, die VVN/BdA (vgl. Heinrich Potthoff, Schein und Sein der VVN, in: FREIHEIT UND RECHT, 3/1998), verlieren – trotz allen Aufbäumens im beginnenden Untergang – allmählich an Boden. Die beachtlichen Anstrengungen politischer Bildungsarbeit seit den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Peter Steinbach, Das Ende des Dritten Reiches: Ein neuer Anfang, in: FREIHEIT UND RECHT, 2/2005) tragen mit großer zeitlicher Verzögerung ihre Früchte.

Diese Art der Auseinandersetzung mit der Diktaturvergangenheit und mit dem aktuellen Extremismus beruht auf der Einsicht, daß effektiver Anti-Extremismus der Nachhaltigkeit eines immer wieder überdachten streitbaren Demokratiebegriffs und des stetigen Bemühens bedarf, „Antennen in die Zukunft“ (Waldemar von Knoeringen) zu richten.

Ein kostenfreier Bezug der Vierteljahresschrift steht allen Interessierten offen. Kontakt: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) e.V., Postfach 120617, 53048 Bonn. Redaktion: Telefon 089/1576813. Jürgen Maruhn ist der verantwortliche Redakteur.

Die historisch-politische Zeitschrift „Gerbergasse 18“ erscheint seit 1996. Herausgeber des regelmäßig am Quartalsende erscheinenden Blattes sind der Verein Geschichtswerkstatt Jena (gegründet am 17. Juni 1995) und die Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Ideelle und materielle Unterstützung erfahren die Herausgeber dabei von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Der ungewöhnliche Titel der Zeitschrift bezieht sich auf die ehemalige Adresse der Jenaer Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit. Außerdem hatte die Geschichtswerkstatt Jena e.V. hier zwischen 1996 und 2006 ihre Geschäftsräume. Obwohl nur als Arbeitstitel gedacht, wurde „Gerbergasse 18“ mangels besserer Vorschläge schließlich beibehalten. Der Name „Gerbergasse 18“ ist zugleich Programm, steht die Arbeit der Geschichtswerkstatt doch ganz im Zeichen der außeruniversitären Aufarbeitung der SED-Diktatur im allgemeinen, der Aufarbeitung der MfS-Geschichte in all ihren Facetten im besonderen. Dazu gehört auch – gerade mit Blick auf die notorisch unruhige Stadt Jena – das weite Feld der Oppositionsgeschichte und ihrer Akteure. So veranstaltete der Verein etwa in Zusammenarbeit mit dem Collegium Europaeum Jenense im Jahre 2000 ein dreitägiges Jürgen-Fuchs-Symposium, dessen Beiträge schließlich in einer Sonderausgabe der „Gerbergasse 18“ veröffentlicht wurden.

Die Themenpalette der Zeitschrift ist trotz ihres mehrheitlich lokalen bzw. regionalen Fokus breit gefächert. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildeten viele Jahre die Karrieren von Inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit in der DDR – und später im vereinigten Deutschland. Ferner wurden und werden Themen wie Zwangsaussiedlung, Justizwillkür, der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, widerständiges Verhalten von Einzelnen oder Gruppen oder (Zwangs-)Doping mit immer neuen Aspekten und Details präsentiert. Hinzu kommen regelmäßig Rezensionen neuerer Literatur zur DDR-Geschichte und die Vorstellung von Mahn- und Gedenkstätten oder aktuellen Ausstellungen. Beharrlichen legen Verein und Zeitschrift den Finger in die offene Wunde, die die kommunistische Diktatur geschlagen hat. „Erinnerung als Auftrag“ könnte man das Leitmotiv der „Gerbergasse 18“ nennen. Die mit vielen Photographien und Faksimiles aufwartende Zeitschrift richtet sich dabei vor allem an den historisch interessierten Laien. Autoren des Blattes sind neben Mitgliedern des Vereins freie Publizisten, Journalisten, Schriftsteller, Wissenschaftler, Studenten und – wiederum – interessierte Laien.

Die „Gerbergasse 18“ wurde maßgeblich vom Jenaer Journalisten Heinz Voigt geprägt, der zehn Jahre lang als verantwortlicher Redakteur arbeitete und eine Vielzahl von Artikeln und Rezensionen schrieb. Seinen Platz übernahm im April 2006 der Historiker Michael Ploenus, der einen behutsamen (und noch nicht abgeschlossenen) Profilwandel einleitete. So änderte sich etwa der Untertitel der Zeitschrift von „Forum für Geschichte und Kultur“ programmatisch in „Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik“. Das Blatt hat seitdem viele neue, vor allem junge Autoren ge-

wonnen. Es ist bemüht, stärker auf aktuelle Diskussionen einzugehen und die Themenpalette zu erweitern. Von Oktober 2007 an liegt die Redaktion in den Händen des Historikers Henning Pietzsch.

Die „Gerbergasse 18“ hat eine Auflage von 1.500 Exemplaren. Bislang sind 45 Hefte erschienen (Stand August 2007). Jede Ausgabe hat einen Umfang von mindestens 32 Seiten. Der Preis des einzelnen Heftes beträgt 2,50 Euro. Ältere Hefte, soweit nicht vergriffen, gibt der Verein stark verbilligt ab. Eine Übersicht zu den Inhalten aller bisher erschienenen Ausgaben (einschließlich Suchfunktion) ist auf der Webseite des Vereins zu finden.

Kontakt: Geschichtswerkstatt Jena e.V., Unterlauengasse 9, 07743 Jena; Tel./Fax: 03641/ 82 12 35; E-Mail: geschichtswerkstatt.jena@t-online.de; Internetpräsentation: www.geschichtswerkstatt-jena.de.

Personenverzeichnis

- Abel, Werner 448
 Abidin-Algan Emel 123
 Abou-Taam, Marwan 431, 457
 Abromeit, Heidrun 483
 Abs, Hermann Josef 489
 Adams, Willi Paul 41, 43
 Ademoglu, Daron 483
 Adenauer, Konrad 44, 467
 Adorno, Theodor W. 38, 60, 63, 475 f.
 Adrian, Matthias 233
 Agartz, Victor 501
 Agh, Attila 483
 Ahn, Thomas von 291, 307
 Aicher, Otl 481
 Al-Banna, Hasan 121
 Albertin, Lothar 51
 Aldis, Anne 258
 Alföldi, László 312
 Alföldy, Géza 299
 Aller, Jan 58
 Al-Mawdudi, Abu l-Ala 120
 Almirante, Giorgio 91, 94, 98, 100-102
 Almond, Gabriel 494
 Al-Qaradawi, Yusuf 123
 Altrichter, Helmut 292, 323 f., 483
 Aly, Götz 82
 Al-Zarqawi, Abu Mus'ab 173, 432
 Al-Zawahiri, Ayman 173, 432
 Amirpur, Katajun 483
 Amm, Aron 164
 Ammann, Ludwig 483
 Ammon, Herbert 48, 482
 Amos, Heike 483
 Anders, Freia 483
 Anderson, Sherwood 56
 Anfuso, Filippo 94
 Angermann, Erich 56
 Apfel, Holger 5, 7, 154, 157, 168, 226-236
 Apitz, Tessa 483
 Arendt, Dirk 188
 Arendt, Hannah 38, 77, 81, 309, 406, 435, 475, 490, 498
 Arndt, Hans-Joachim 46
 Arnim, Hans Herbert von 483
 Arnsperger, Malte 190
 Arnswald, Ulrich 484
 Aron, Raymond 9, 64, 66 f., 77, 79, 80-88, 309, 435
 Ashford, Douglas E. 43
 Assheuer, Thomas 286
 Atwan, Abdel Bari 484
 Atwood, Margret 64
 Auer, Stefan 309
 Aust, Stefan 414 f.
 Aversch, Sigrid 177
 Azzam, Abdullah 431
 Baader, Andreas 404, 428, 430
 Babbitt, Irving 56
 Baberowski, Jörg 293, 484
 Babic, Safet 143, 192
 Bachmann, Klaus 385
 Bachmann, Kurt 201
 Bachmeier, Andreas 484
 Backes, Uwe 5, 7, 9, 14, 33, 141 f., 159, 161, 168 f., 176, 212, 368, 414, 432, 484, 501
 Bacon, Francis 417
 Bade, Klaus J. 130
 Badstübner, Evemarie 339
 Badura, Jens 453
 Bahr, Egon 354, 477
 Baier, Klaus 235
 Bajohr, Frank 451 f.
 Bak, János M. 299, 445
 Balážová, Anastazia 252
 Balbier, Uta A. 433 f., 446 f.
 Baldoni, Adalberto 91-98
 Ballestrem, Karl Graf 49, 56
 Balzer, Friedrich-Martin 484
 Bango, Eduard 254
 Bango, Mario 254 f.
 Baring, Arnulf 48
 Barlai, Melanie 445
 Baron, Udo 200 f., 203
 Barth, Bernd-Rainer 313
 Barth, Boris 6, 373-375
 Barth, Klaus 272
 Bartsch, Matthias 187
 Basedau, Matthias 449 f.
 Bastl, Martin 255
 Bathke, Peter 325, 333, 336
 Baudrillard, Jean 65
 Bauer, Babett 6, 376
 Bauer, Bence 436
 Bauer, Michael 488
 Bauerkämper, Arnd 6, 379 f., 484
 Bauerschmidt, Jens 286
 Bauman, Zygmunt 297
 Baumgart, Reinhard 415
 Baumgarten, Helga 484
 Bauquet, Nicolas 305
 Beard, Charles A. 44, 55

Personenverzeichnis

- Beard, Mary R. 44, 55
 Bebel, August 149, 210
 Beck, Andrea 437
 Beck, Kurt 145
 Becker, Carl 40
 Becker, Peter Emil 372
 Beckstein, Günther 19, 218
 Behling, Klaus 488
 Behnke, Joachim 484
 Behrends, Jan C. 398
 Behrens, Fritz 318
 Behrens, Mathias 86
 Beier, Katharina 154, 484
 Beier, Klaus 183, 231, 235
 Beismann, Volker 46
 Beke, Laszlo 299
 Békés, Csaba 298, 311
 Bellah, Robert N. 64
 Bellers, Jürgen 484
 Bell, Daniel 65
 Bender, Peter 339
 Bendl, Matthias 473
 Benjamin, Michael 473
 Benjamin, Walter 404
 Benn, Gottfried 57
 Benoist, Alain de 62 f., 271, 283, 368 f., 371, 408
 Bensussan, Agnès 401
 Benzhöfer, Udo 443
 Bercovitch, Sacvan 53
 Berg, Peter 36
 Bergsdorf, Harald 442
 Bergstraesser, Arnold 475 f.
 Bergsträsser, Ludwig 499
 Berlin, Isaiah 434 f.
 Berlusconi, Silvio 89, 106, 110
 Bertoncini, Marco 99
 Bertsch, Herbert 470
 Besier, Gerhard 6, 88, 379-382, 396
 Beyme, Klaus von 45
 Beyrau, Dietrich 299
 Bibó, István 303
 Biehl, Heiko 393
 Biermann, Rafael 485
 Biermann, Wolf 469
 Bigalke, Ruth 431
 Bilak, Vasil 485
 Bill, Holger 437
 Bin Laden, Osama 54, 135, 173, 431 f., 457, 484
 Birkenkämper, Axel 51
 Birthler, Marianne 295, 449
 Bisky, Lothar 5, 9, 162, 337
 Bismarck, Otto von 338
 Blaise, Pierre 89
 Blank, Bettina 201, 453
 Blasius, Dirk 485
 Blehova, Beata 485
 Blinkhorn, Martin 485
 Bloch, Ernst 318, 417
 Bloch, Marc 400
 Bloom, Allan 41, 64
 Blum, Harald 485
 Blume, Michael 6, 420
 Bobbio, Norberto 52
 Bock, Ivo 299
 Bock, Siegfried 485
 Bogdanov, Aleksander 398
 Bogumil, Jörg 432 f.
 Bohl, Jochen 466
 Böhmer, Wolfgang 150
 Bohrer, Karl Heinz 59
 Bommers, Michael 130, 132
 Bonald, Louis-Gabriel-Ambroise de 54, 108
 Bongertmann, Ulrich 484
 Bonhart, Otto 39
 Bonhoeffer, Dietrich 496
 Boorstin, Daniel J. 45, 49, 52
 Borchardt, Rudolf 58
 Bordin, Norman 171
 Borges, Jorge Luis 274
 Borhi, László 299
 Borodziej, Włodzinierz 449
 Borutta, Manuel 312
 Bos, Ellen 485
 Bösch, Frank 312
 Bosshart, David 82, 86
 Bossle, Lothar 265
 Botsch, Gideon 485
 Boumann, Pieter Jan 40
 Bourdieu, Pierre 400
 Bourseiller, Christophe 485
 Brabant, Marion 200
 Bracher, Karl Dietrich 49, 58, 510
 Brähler, Elmar 487
 Braml, Josef 437
 Brandenberger, David 485
 Brandes, Detlef 494
 Brandt, Peter 48
 Brandt, Willy 149, 277, 477, 486
 Braun, Jutta 433
 Braun, Volker 339
 Braune, Sven 169
 Bräuninger, Eckart 171
 Brech, Franziska 5, 9, 341
 Brecht, Arnold 475
 Brecht, Bertold 276
 Bredow, Wilfried von 6, 386, 485
 Breloer, Heinrich 430
 Brenner, Wolfgang 485
 Breshnew, Leonid 208, 446
 Brie, André 462

Personenverzeichnis

- Brockhaus, Ulrike 398
 Brombacher, Ellen 163
 Brown, Deborah A. 485
 Brück, Brigitte 441
 Bruck, Moeller van den 42, 57, 285
 Brückner, Peter 486
 Brümmer, Ulrich H. 486
 Buchheim, Thomas 65
 Buchstein, Hubertus 476
 Buchwitz, Otto 497
 Buckley, Mary 486
 Bude, Heinz 405 f.
 Bulgakow, Michail Afanasjewitsch 387
 Bulling-Schröter, Eva 199
 Bülow, Bernhard von 474 f.
 Bultmann, Rudolf 77
 Burger, Reiner 169
 Büsch, Otto 6, 8, 363-367
 Buschfort, Wolfgang 501
 Bush, George sen. 268
 Bush, George W. 35, 51, 53, 179, 489
 Butt, Hassan 120
 Butterwege, Christoph 333
 Butzlaff, Felix 163
 Byrne, Malcolm 298

 Çakır, Elif 130
 Calleo, David 41
 Camus, Albert 81
 Camus, Jean-Yves 333 f.
 Canfora, Luciano 293 f.
 Caprettini, Alessandro 101
 Carioti, Antonio 99
 Cartier, Raymond 65
 Cassel, Susanne 437
 Castel, Robert 335
 Castro, Fidel 489
 Černák, Ludovít 246
 Chauliac, Marina 401
 Chavez, Hugo 498
 Che Guevara 488
 Cheng, Tun-Jen 485
 Chiarini, Roberto 95, 100, 102, 112
 Christian, Michel 401
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 294-297
 Churchill, Winston 44
 Cibulka, Frank 261
 Ciesla, Burkhard 486
 Clausewitz, Carl von 455, 456
 Clemens, Björn 170
 Cohn, Norman 81
 Cohn, Willy 486
 Collovald, Annie 486
 Columbus, Igboanusi 261
 Commager, Henry Steele 56

 Conan, Friedrich 285
 Conant, Charles A. 39
 Conrads, Norbert 486
 Coppa, Frank J. 486
 Corte, Mario 100, 106, 111
 Crampton, R. J. 316
 Crépon, Sylvain 486
 Crespo, Juanmar 487
 Crèvecoeur, Michel Guillaume Jean de 41, 45
 Creveld, Martin van 455 f.
 Cristin, Renato 487
 Croce, Benedetto 108
 Croissant, Aurel 6, 389, 487, 493
 Croissant, Klaus 429
 Croitoru, Joseph 487
 Crome, Erhard 487
 Crosti, Massimo 104
 Crüger, Herbert 318
 Cummings, Edward Estling 56
 Cuno, Wilhelm 357

 D'Annunzio, Gabriele 108
 D'Arcangelis, Andrew 487
 Daase, Christopher 404
 Dagdelen, Sevim 198
 Dahm, Helmut 78 f.
 Dahn, Daniela 339, 354
 Dahrendorf, Ralf 64, 320, 434 f., 487
 Dalos, György 291, 302-304, 306 f., 312
 Daniel, Uta 487
 Dankbar, Joachim 190 f.
 Daschtschew, Wjatscheslaw 494
 De Gasperi, Acide 467
 De Marsanich, Augusto 93 f., 97, 958
 De Siervo, Ugo 96
 Decker, Frank 6, 141, 159, 200, 383, 385
 Decker, Oliver 487
 Deckert, Günter 227 f., 230, 234
 Degen, Hans Jürgen 487
 Degenhardt, Franz Josef 199
 Degenhart, Christoph 436
 Dehler, Thomas 366
 Delfino, Raffaele 99
 Delle, Alexander 235
 Dempf, Alois 77
 Dent, Bob 291, 304 f.
 Depkat, Volker 45, 54
 Derichs, Claudia 404, 487
 Derlien, Hans-Ulrich 352
 Derrida, Jacques 50
 Dershowitz, Alan M. 487
 Despang, Rene 235
 Deutschle, Ulrich 147
 Dévényi, Anna 488
 Diamanti, Ilvo 105

Personenverzeichnis

- Dieckmann, Götz 164 f.
Diedrich, Torsten 318
Dietl, Wilhelm 487
Dietsche, Hans-Jörg 393
Diewald-Kerkmann, Gisela 404, 428
Diner, Dan 37
Distler, Jürgen 228, 235
Dittrich, Sebastian 5, 8, 263
Doering-Manteuffel, Anselm 488
Dolezal, Martin 393
Dömötörfi, Tibor 307
Donner, Gerd 438
Donselaar, Jaap van 483
Döring, Osam 173
Döring, Uta 327 f.
Dörre, Klaus 335
Dostojewski, Fjodor Michailowitsch 78, 406
Dovifat, Emil 458
Droit, Emanuel 6, 400
Druck, Szilvia 488
Dserschinski, Felix Edmundowitsch 468
Dubček, Alexander 242
Dubet, François 129
Dudek, Antoni 317
Duffy, Helen 488
Dugin, Alexander 63
Duncan, Isadora 398
Duray, Miklos 256
Durkheim, Emile 86
Dutschke, Rudi 406
- Eberle, Henrik 474
Ebert, Friedrich 6, 9, 149, 355-362, 444
Echeverria, Durand 45, 54
Echnaton 74
Eckert, Rainer 449
Eco, Umberto 50
Egg, Rudolf 488
Egle, Christoph 488
Ehrenburg, Ilja 295
Ehrhard, Ludwig 44
Eichberg, Henning 281 f.
Eiche, Robert 297
Eigenfeld, Ulrich 183
Eik, Jan 488
Eilfort, Michael 147
Eimer, Thomas R. 395
Eimermacher, Karl 291, 318
Eisenfeld, Bernd 312
Elbaum, Max 488
Elsner, Gisela 199
Ende, Michael 406
Enders, Walter 488
Endrikat Kirsten 332
Engel, Stefan 165
- Engel-Janosi, Friedrich 77
Engelke, Edda 310
Engels, Friedrich 164 f., 178, 200, 205, 212, 273
Engler, Wolfgang 339, 354
Ensslin, Gudrun 428
Enzensberger, Hans-Magnus 405
Eörsi, István 292, 322
Eppel, Peter 291, 310
Eppelmann, Rainer 295
Erb, Rainer 327 f., 452
Erbakan, Necmettin 117 f., 123 f., 130, 135, 138, 173
Erdmann, Gero 449
Erenz, Benedikt 307
Ersoy, Arif 125
Erstling, Tino 488
Eschen, Klaus 405
Eschenburg, Theodor 435
Estel, Denise 435, 436
Esterházy, Péter 307
Evola, Julius 59, 92, 108, 372
- Falk, Svenja 436 f.
Faulenbach, Bernd 448, 510
Faurisson, Robert 24
Faust, Siegmars 5, 9, 343
Faye, Guillaume 6, 368-372
Fehér, Ferenc 321
Feit, Margret 286
Fejtő, François 305
Fekete, Sándor 292, 321
Feldbauer, Gerhard 108
Fenske, Hans 6, 373
Ferguson, Niall 6, 386-388
Ferraris, Luigi Vittorio Graf 89, 103, 106
Ferrazzoli, Marco 113
Fest, Joachim 438
Fiala, Petr 248, 251
Fichter, Michael 335
Fichtner, Nikolai 188
Fico, Robert 244, 253
Fiedler, Hans-Michael 226 f., 234
Field, Noel 313
Fini, Gianfranco 101 f., 104-113
Fink, Carole 291, 298
Fischer, Andrea 471
Fischer, Holger 307, 483
Fischer, Jörg 233
Fischer, Jörg-Uwe 318
Fischer, Joschka 233, 413
Fischer, Karsten 489
Fischer, Peter 291
Fischer, Thomas 404
Fischella, Domenico 104
Fitzgerald, F. Scott 56

Personenverzeichnis

- Fix, Elisabeth 95, 103, 106
 Flad, Henning 326 f.
 Flechtheim, Ossip K. 200
 Flecker, Jörg 335 f.
 Flemming, Jens 475
 Flores, Joachim von 74, 77 f.
 Focardi, Filippo 467
 Foertsch, Volker 489
 Foitzik, Jan 299
 Fónagy, Zoltán 291, 311
 Forsbach, Ralf 443
 Förster, Andreas 183
 Forster, Ralf 201
 Forsthoff, Ernst 418
 Fraenkel, Ernst 53-55, 475 f., 492
 Franco, Francisco 380
 Frank, Hans 496
 František, Mezihorák 240
 Franz, Otmar 55
 Frei, Norbert 366 f., 489
 Freire, Paulo 493
 Frey, Gerhard 148, 234
 Freyer, Hans 55, 57
 Freymond, Jacques 44
 Fricke, Karl Wilhelm 319, 471
 Friedman, Michel 196
 Friedmann, Milton 281
 Fritsch, Werner 292, 320
 Fröhlingsdorf, Michael 187
 Frölich-Steffen, Susanne 384
 Fröschl, Thomas 60
 Frykman, Jonas 336
 Fuchs, Gerd 199
 Fuentes, Noberto 489
 Fülberth, Georg 199
 Fulbrook, Mary 320, 402
 Furet, François 296
 Furth, Peter 6, 8, 363-367

 Gabriel, Oskar W. 141, 145
 Gaddis, John Lewis 293 f.
 Gailat, Kurt 470
 Gaiiti, Brigitte 486
 Gall, Lothar 489
 Gallert, Wulf 150
 Galli, Matteo 489
 Gallup, George 458
 Gallus, Alexander 6, 389, 391, 414, 479
 Gandhi, Leela 489
 Gansel, Jürgen 157, 232 f., 235
 Gantry, Elmar 64
 Garstka, Dietrich 292, 320
 Gärtner, Reinhold 384
 Garton Ash, Timothy 307, 323, 446
 Gašparovič, Ivan 247

 Gassert, Philipp 64, 489
 Gati, Charles 291, 301 f.
 Gatter, Michael 258
 Gauck, Joachim 449
 Gauger, Jörg-Dieter 371, 465
 Gauland, Alexander 282
 Gebhardt, Jürgen 76, 485
 Geden, Oliver 329, 439
 Gehrcke, Wolfgang 199
 Geil, Rudi 25
 Geisler, Astrid 188 f.
 Geißler, Norman 487
 Gellner, Winand 489
 Gémes, Andreas 311
 Gensing, Patrick 185, 192
 Gentile, Emilio 66
 Gentile, Giovanni 92, 108
 Gentz, Friedrich von 45 f., 54
 Gentz, Manfred 176
 George, Stefan 57 f.
 Georgieva, Christina 489
 Gerhard, Dietrich 41
 Gerhardt, Volker 49, 55 f.
 Germinarlo, Francesco 92
 Gerns, Willi 203 f.
 Gervinus, Georg Gottfried 447
 Gess, Brigitte 81
 Gessenharter, Wolfgang 22, 368 f.
 Gibowski, Wolfgang 176
 Gieseke, Jens 489
 Gilcher-Holtey, Ingrid 483
 Gillen, Eckart 353
 Giordano, Ralph 295
 Giro, Helmut-Dieter 489
 Glaab, Manuela 437
 Gleiss, Thies 426
 Gleumes, Hermann 200
 Glogowski, Gerhard 19
 Glotz, Peter 442
 Głowiński, Michał 317
 Gockel, Hans-Hermann 490
 Goebbels, Joseph 222
 Goecken-Haidl, Ulrike 490
 Göhler, Gerhard 492
 Golkowski, Frank 194
 Goll, Karsten 5, 7, 226
 Golz, Hans-Georg 447
 Gomułka, Władysław 300, 316 f.
 Göncz, Árpád 292
 Gorbatschow, Michail 203, 208, 446, 468
 Gorki, Maxim 387
 Gosswiler, Kurt 206, 319
 Gosztony, Peter 299
 Gothe, Heiko 142, 145
 Götte, Sebastian 394

Personenverzeichnis

- Gottwald, Klement 241
 Gough, Roger 291, 315
 Graf, Oskar Maria 444
 Graf, Willy 482
 Gramsci, Antonio 108, 267, 334, 493
 Granville, Johanna 319
 Grass, Günter 344, 354, 387, 438
 Gray, John N. 65
 Grebing, Helga 418
 Greß, Franz 41, 65
 Greven, Thomas 36, 336, 440
 Griffin, Roger 380
 Grigat, Stephen 490
 Gronchi, Giovanni 98
 Grosnyi, Iwan 321
 Großheim, Michael 58
 Grossman, Victor 446
 Großmann, Werner 470
 Grosz, George 444
 Grumke, Thomas 5, 7, 36, 188, 325, 336, 440 f.
 Grunenberg, Antonia 490
 Grünke, Ralf 441 f.
 Grünwald, Andreas 204
 Gryzmała-Busse, Anna 262
 Gschwend, Thomas 484
 Guerot, Ulrike 51
 Gundolf, Friedrich 58
 Günther, Klaus 490
 Gunther, Richard 90
 Gurian, Waldemar 81
 Gutman, Israel 240
 Györke, Jenői 298
 Gysi, Gregor 163
- Haas, Melanie 96, 394, 450, 457
 Haase, Hugo 355
 Habermas, Jürgen 50 f., 447, 466
 Hacke, Jens 490
 Hadler, Frank 291, 298
 Haecker, Theodor 481 f.
 Haffner, Sebastian 404, 459
 Hagen, Bernhard 490
 Hager, Nina 203-205
 Hahn, Hans Henning 317, 445
 Hainzinger, Christina 187
 Halévy, Elie 80
 Halfeld, Adolf 57
 Hamilton, Alexander 45
 Hamilton, Daniel S. 62
 Hanfeld, Michael 126 f.
 Hansen, Henning 6, 8, 363-366
 Harich, Wolfgang 318 f.
 Hartleb, Florian 37, 51, 144, 147, 385, 394, 458
 Hartz, Peter 471
 Hasselmann, Wilfried 18
- Hatipoglu, Yasin 125
 Haubach, Theodor 478
 Haucke, Kai 56
 Hauer, Jakob Wilhelm 495
 Haughton, Tim 253, 262
 Haumann, Heiko 448
 Häupl, Waltraud 443
 Haupt, Heinz-Gerhard 6, 427
 Hausberg, Bernhard 437
 Hausleitner, Mariana 445
 Havemann, Robert 318, 435
 Hayek, Friedrich August von 334
 Heberer, Thomas 487
 Hecht, Ben 444
 Heckelmann, Erich 23
 Hecken, Thomas 490
 Hegedüs, András B. 314
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 43, 60, 63
 Hegghammer, Thomas 432
 Heidegger, Martin 490
 Heim, Heinrich 72
 Heimann, Eduard 478
 Heimann, Siegfried 200
 Heine, Heinrich 55
 Heinemann, Enrico 291
 Heinemann, Gustav 465
 Heinemann, Winfried 292
 Hein-Kircher, Heidi 445
 Heinrich, Gudrun 153
 Heise, Thorsten 214
 Heitmeyer, Wilhelm 332
 Helfferich, Karl 358
 Heller, Ágnes 299, 321
 Heller, Hermann 478
 Helmerich, Antje 485
 Hemingway, Ernest 56
 Henkes, Christian 488
 Henningsen, Manfred 39-42, 498
 Hentges, Gudrun 335 f.
 Herbst, Andreas 494
 Herbst, Ludolf 367
 Herburger, Günter 199
 Herd, Grame P. 258
 Hermenau, Antje 231
 Herrmann, Hajo 490
 Hertle, Hans-Hermann 446
 Herz, Dietmar 78
 Herzberg, Guntolf 291, 318-320
 Herzinger, Richard 37
 Heß, Rudolf 190 f., 196, 326
 Hettling, Manfred 499
 Heuer, Jens-Uwe 474
 Heuß, Alfred 44
 Heydemann, Günther 67, 449
 Heye, Karsten-Uwe 328

Personenverzeichnis

- Hildmann, Philipp W. 466
 Hilferding, Rudolf 358, 447
 Hilger, Andreas 490
 Hirsch, Joachim 453
 Hirscher, Gerhard 200 f., 212
 Hirschmann, Kai 487
 Hitler, Adolf 69, 71 f., 82-85, 88, 169, 196, 239,
 330 f., 361, 380, 410-412, 435, 439, 442,
 450-452, 458-460, 481, 489-491, 493, 497-499
 Hobbes, Thomas 77, 416
 Hobsbawm, Eric 293, 335, 379
 Höcker, Wilhelm 497
 Hodenberg, Christina von 490
 Hoffmann, Dieter 494
 Hoffmann, Heinrich 497
 Hoffmannsthal, Hugo von 58
 Hofmann, Daniel 486
 Höhn, Matthias 150
 Höhne, Roland 9, 89, 100, 105, 110
 Hollander, A. N. J. den 64
 Holtkamp, Lars 395, 432 f., 485
 Holtmann, Everhard 148, 439 f.
 Holz, Hans Heinz 203, 205
 Holzer, Jerzy 296
 Honecker, Erich 376, 446, 473, 488
 Honnigfort, Bernhard 149
 Höppner, Reinhard 353 f.
 Hornung, Klaus 265, 274-276, 280, 282, 284
 Hornung, Peter 284
 Horthy, Miklós 239, 313, 461
 Horváth, Miklós 298
 Hosfeld, Rolf 490
 Hoßfeld, Uwe 320
 Hough, Dan 394, 501
 Huber, Ernst Rudolf 268
 Huber, Kurt 482
 Hübinger, Gangolf 447 f.
 Hückebein, Hans 268
 Hülsmann, Guido 283
 Hupka, Steffen 184 f., 235
 Hürter, Johannes 490 f.
 Husák, Gustáv 242
 Huttner, Markus 67 f.
 Huyn, Hans Graf 269, 282

 Ibrahim, Jussuf 443
 Ignazi, Piero 89, 91, 95, 97-102, 104, 111
 Ilten, Erich 232 f.
 Immerfall, Stefan 491
 Intriligator, Michael D. 491
 Irmanová, Eva 241, 256
 Irving, David 24
 Ivaldi, Gilles 384
 Ivanišević, Alojz 323
 Iwan der Schreckliche 485

 Jäckel, Hartmut 469
 Jäger, Josef 187
 Jäger, Lorenz 263
 Jahn, Detlef 491
 Jahn, Jürgen 318
 Jalsovszky, Katalin 291, 306
 Jander, Martin 405
 Jänicke, Horst 470
 Janka, Walter 318
 János, Rainer M. 311, 499
 Jansen, Hans-Heinrich 486
 Jansen, Klaus 201
 Jarausch, Konrad H. 446
 Jasper, Gotthard 367
 Jašurek, Igor 239
 Jelpke, Ulla 184, 198, 426
 Jelzin, Boris 463
 Jennerjahn, Miro 491
 Jens, Uwe 437
 Jens, Walter 344
 Jesse, Eckhard 5-9, 13-16, 30 f., 33, 38, 67, 141,
 159, 164 f., 168, 176, 199 f., 202, 212, 368,
 379, 391 f., 413 f., 459, 462, 465 f., 484
 Jessen, Ralph 402
 Jestaedt, Christoph 466
 Jochmann, Werner 72
 John, Michael 398
 Johnson, Chalmers 317
 Juchler, Ingo 404
 Judt, Tony 294
 Juhasz, Borbala 307
 Jun, Uwe 6, 385, 393
 Jung, Thomas 55
 Jünger, Ernst 57, 267, 270, 280
 Jünger, Friedrich Georg 58
 Juraschitz, Norbert 291
 Jürgens, Wolfgang 185
 Jurk, Thomas 231

 Kaase, Max 52
 Kádár, János 291, 300, 303, 309, 314 f.
 Kailitz, Steffen 38
 Kaindl, Christina 334
 Kaiser, Gerd 316
 Kaiser, Karl 62
 Kaiser, Monika 486
 Kaiser, Tobias 320
 Kaltefleiter, Werner 52, 63
 Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 43, 284, 372
 Kamiński, Łukasz 317
 Kandinsky, Wassily 419
 Kang-Bohr, Youngok 448
 Kant, Immanuel 416
 Kaplan, Metin 174, 423
 Kapluck, Manfred 414

Personenverzeichnis

- Kappeler, Andreas 323
 Karahan, Yavuz Celik 118
 Kastner, Georg 311
 Kasza, Peter 312, 321
 Katona, Peter 491
 Katz, Richard S. 449
 Keil, Lars-Broder 491
 Keller, Márkus 308
 Kellerhoff, Sven Felix 491
 Kellershohn, Helmut 286
 Kemmesies, Uwe 128
 Kende, Péter 309
 Kennan, George F. 380
 Kennedy, Paul 387
 Kepel, Gilles 431
 Kepp, Norbert 144
 Kerékgyártó, István 292, 322
 Kerenski, Aleksander F. 274
 Kermani, Navid 491
 Kerschhackl, Roland 481
 Kershaw, Ian 82
 Kevenhörster, Paul 491
 Keys, Barbara 321
 Kielmansegg, Peter Graf 490
 Kiesinger, Kurt Georg 489
 Kießling, Simon 491
 Kim Jong Il 497
 Kipke, Rüdiger 291, 307
 Kipling, Joseph Rudyard 387
 Kirchheimer, Otto 475
 Kireevskij, Ivan Vasil'evic 79
 Kirschstein, Gisela 193
 Kiss, Sándor M. 310
 Kitchen, Martin 491
 Kitschelt, Herbert 334
 Klages, Ludwig 57, 395
 Klandermans, Bert 491
 Klärner, Andreas 325 f.
 Klatt, Fritz 477
 Klein, Markus Josef 46
 Klemm, Jana 327
 Kleßmann, Christoph 314, 354, 491
 Klewin, Silke 449
 Kliese, Hanka 444
 Klimke, Martin 404
 Klimó, Árpád von 6, 291, 315, 323, 396, 499
 Klinkhammer, Lutz 90, 331
 Kluge, Ulrich 492
 Kluncker, Karlhans 58
 Knake-Werner, Heidi 199
 Kneip, Sascha 487
 Knigge, Volker 449
 Knoblauch, Jochen 487
 Knoeringen, Waldemar von 510
 Knop, Ingmar 148, 492
 Knuth, Rebecca 492
 Knüttter, Hans-Helmuth 32
 Koch, Hans Joachim W. 372
 Kochański, Aleksander 316
 Koch-Baumgarten, Sigrid 492
 Kock, Sonja 328
 Koelble, Thomas A. 90
 Koenen, Gerd 405
 Koestler, Arthur 435
 Kohl, Helmut 340, 348, 464
 Köhler, Axel Ayyub 121
 Köhler, Henning 460
 Köhler, Jan 393, 492
 Köhler, Kristina 5, 9, 345
 Kohlstruck, Michael 325, 329
 Kohser-Spohn, Christiane 492
 Kolakowski, Leszek 81
 Köllner, Patrick 449, 550
 Kolumbus, Christopher 417
 Kondylis, Panajotis 46, 271
 Konečný, Miroslav 245, 261
 Konrád, György 299, 305, 307, 466
 Kopácsi, Sándor 299
 Kopeček, Lubomír 241, 243, 245, 247, 254, 261 f.
 Kopecký, Petr 244
 Kopf, Hinrich Wilhelm 365
 Kopietz, Andreas 213, 220
 Kopper, Christopher 450, 451
 Köppl, Stefan 95, 467
 Korn, David 492
 Korte, Jan 184
 Koß, Michael 163, 394, 501
 Kössler, Till 199
 Köster, Stefan 153
 Kotleba Marian 248
 Kott, Sandrine 6, 400
 Köttig, Michaela 329
 Kowalczuk, Ilko-Sascha 5, 9, 291, 306, 312, 318, 323, 492
 Kowalski, Ronald 467 f.
 Kowalsky, Wolfgang 283
 Kozlov, Vladimir A. 294
 Kranenpohl, Uwe 395
 Krappidel, Adrienne 439 f.
 Kraus, Hans-Christof 390
 Kraushaar, Wolfgang 6, 403-406
 Krebs, Pierre 368 f.
 Kreikenbom, Henry 6, 393
 Kreiner, Maria 492
 Kriesche, Konstanze 5, 9, 337
 Krno, Martin 261
 Kroetz, Franz Xaver 199
 Kronenberg, Volker 466
 Kubitschek, Götz 6, 280, 407-409
 Kuenelt-Leddihn, Erik von 265, 273, 280 f., 284 f.

Personenverzeichnis

- Kühberger, Christoph 398
 Kuhne, Andreas 437
 Kühne, Thomas 450 f.
 Kukuk, Klaus 485
 Küpper, Joachim 419
 Kürnberger, Ferdinand 55
 Kutter, Amelie 492
- La Russa, Ignazio 113
 Lacroix, Stéphane 432
 Lafontaine, Oskar 144, 354, 477
 Lagarde, Paul de 42
 Lalli, Roberto Philipp 106
 Lambsdorff, Otto Graf 176
 Landauer, Gustav 444
 Landkammer, Joachim 492
 Landwehrmann, Peter 193
 Lang, Jack 492
 Lang, Jürgen P. 163, 200, 212
 Langbehn, Julius 42
 Lange, Ansgar 265, 279, 285 f.
 Lange, Klaus 489
 Langer, Jasmin 234
 Languth, Gerd 51
 Langhans, Rainer 428
 Lanz, Juliane 434
 Lapeyronnie, Didier 129
 Laroui, Fouad 492
 Lasch, Christopher 64
 Laski, Harold 418
 Lasky, Melvin J. 299
 Laššák, Michal 249
 Lauenburg, Frank 325, 330
 Laus, Martin 20
 Lauterbach, Brigitte 231
 Lazar, Marc 200
 Le Blanc, Paul 492
 Le Pen, Jean-Marie 248
 Lebowic, Nitzan 398
 Lederer, Györgi 258
 Lederer, Klaus 158
 Lefort, Claude 309
 Leggewie, Claus 17, 60, 437
 Lehmann, Arne 153
 Lehmann, Walter 493
 Leichsenring, Uwe 169, 232, 235
 Lemberg, Hans 299
 Lemkin, Raffael 373
 Lénárt, András 311
 Lendvai, Paul 291, 299-301, 303 f., 307, 311
 Lenin, Wladimir Iljitsch 42, 69, 164 f., 201, 205 f.,
 212, 375, 459, 468, 488, 492
 Lenk, Kurt 417
 Lenz, Günter H. 65
 Leonard, Jörg 331
- Leonhard, Wolfgang 295
 Lermontow, Michail 485
 Lessing, Erich 291, 305-307
 Lettau, Reinhard 51
 Lewis, Sinclair 64
 Lichtschlag, André F. 283
 Lieberam, Ekkehard 212
 Liebknecht, Karl 210, 444
 Liebknecht, Wilhelm 210
 Liebold, Sebastian 451
 Liedhegener, Antonius 493
 Lier, Axel 213
 Lindemann, Gerhard 484
 Lindenberger, Thomas 401, 493
 Linguet, Simon 54
 Link, Werner 51, 61
 Lipset, Seymour Martin 41
 Lipták, Béla 299
 Lison, Elke 148
 Litván, György 299
 Löblich, Eberhard 149
 Locatelli, Goffredo 101
 Loest, Erich 318
 Loetz, Francisca 325, 330
 Logvinov, Michail 464
 Lompe, Klaus 437
 Longerich, Peter 451 f.
 Lorenz, Sebastian 37
 Lösche, Peter 437
 Loth, Wilfried 485
 Löttsch, Gesine 198
 Löw, Reinhard 65
 Löwenstern, Enno von 282, 284
 Löwenthal, Gerhard 265, 282, 284
 Lübke, Hermann 490
 Lüdtke, Alf 397 f.
 Lueger, Karl 418
 Lukan, Walter 323
 Luks, Leonid 499
 Lutz, Friedrich A. 64
 Luxemburg, Rosa 210
- Maas, Hermann 356
 Mach, Alexander 240
 Machcewicz, Paweł 316 f.
 Machiavelli, Niccolò 80, 83 f.
 Machill, Marcel 37
 Machtan, Lothar 493
 Mack, Karlheinz 309
 Maegerle, Anton 286
 Mähler, Ulrich 295, 484
 Mahner, Sebastian 90, 109
 Mai, Manfred 437
 Maier, Charles S. 466
 Maier, Hans 66, 73, 78, 82, 86, 379

Personenverzeichnis

- Mair, Peter 449
 Maistre, Joseph-Marie de 54, 108
 Malgieri, Gennaro 113
 Malia, Martin 296
 Malíková, Anna 246-248
 Malinová, Hedviga 257
 Malíř, Jiří 239
 Mallmann, Klaus-Michael 493
 Malová, Dana 244 f.
 Malová, Darina 261
 Mandela, Nelson 492
 Mandt, Hella 73, 80
 Mann, Golo 44, 52, 63
 Mann, Thomas 55, 58, 344
 Mannheimer, Renato 105
 Mansel, Jürgen 332
 Mansen, Richard 64
 Mao Tse-tung 293, 404, 488
 Maraffi, Marco 100, 102, 112
 March, James G. 90
 Marchart, Oliver 453
 Marek, Petr 239
 Marek, Rybar 262
 Mareš, Miroslav 5, 8, 237, 243 f., 248 f., 257, 259
 Marinetti, Filippo Tommaso 108
 Marnette, Werner 179
 Marquard, Udo 490
 Martin, Beate 487
 Martini, Daniele 101
 Martinsen, Renate 437
 Maruhn, Jürgen 510
 Marx, Karl 41-43, 81, 164 f., 178, 201, 205, 212, 273, 375, 468, 492
 Marx, Peter 143 f., 168 f., 448
 Marxer, Wilfried 457
 März, Peter 6, 9, 355, 389
 Maschke, Günter 283
 Maser, Peter 449
 Mathiopoulos, Margarita 45
 Matthäus, Jürgen 493
 Matthes, Axel 285
 Matthes, Philipp 446
 Matthias, Leo L. 51
 Matthias, Micus 163
 Maull, Hanns W. 62
 Maulnier, Thierry 416
 Maurer, Ulrich 147, 493
 Maurras, Charles 108
 Mausbach, Wilfried 404
 Maxeiner, Dirk 285
 Mayer, Leo 203, 206
 Mayer, Nonna 491
 Mayer, Tilman 435
 Mayo, Peter 493
 Mayr, Walter 292
 Mazel, Michal 251
 Mazower, Mark 379
 McGann, Anthony J. 334
 Mechttersheimer, Alfred 48
 Mečiar, Vladimír 243 f., 246, 259
 Mecklenburg, Jens 286
 Meenen, Uwe 184-187, 191 f., 197
 Mehl, Andreas 418
 Mehring, Franz 210
 Meier, Christian 419
 Meier, Horst 17, 18
 Meinhof, Ulrike 404, 413-415, 430, 486
 Meining, Stefan 446
 Mekhennet, Souad 126, 127
 Menasse, Robert 454
 Menhorn, Christian 5, 7, 172, 213
 Menzel, Klaus-Jürgen 169, 235
 Meray, Tibor 299
 Mergel, Günter 189
 Merkel, Angela 141, 480, 492
 Merkel, Wolfgang 390, 488, 493
 Mertens, Lothar 493
 Mertes, Michael 47
 Mestrup, Heinz 320
 Methling, Wolfgang 155
 Metternich, Klemenz Wenzel 267
 Metz, Almut 437
 Metzger, Albrecht 5, 9, 115 f., 138
 Mevius, Martin 299
 Meyer, Thomas 383 f., 493
 Michaelis, Axel 235
 Michaelis, Lars Oliver 16, 32
 Michelini, Arturo 94, 97 f.
 Mielke, Erich 468
 Mielke, Friedrich 35, 51
 Mielke, Siegfried 492
 Mierendorff, Carlo 478
 Miersch, Michael 285
 Mies, Herbert 199
 Migliori, Riccardo 109
 Milbradt, Georg 231
 Millesi, Jean-Pierre 431, 432
 Miliopoulos, Lazaros 5 f., 9, 35, 38, 51, 394 f., 423
 Miľo, Daniel 248, 250, 261
 Mindszenty, József 317
 Minkenberg, Michael 261, 334
 Mittag, Jürgen 457 f.
 Modrow, Hans 493
 Moeller, Arthur 270
 Mohan, Alfred Th., 39
 Mohler, Armin 265, 270 f., 274 f., 277, 280 f., 284 f., 408 f.
 Molau, Andreas 184, 196, 283, 368 f., 408, 494
 Möllemann, Jürgen W. 385
 Möller, Horst 448

Personenverzeichnis

- Möller, Johann Michael 466
 Molnár, Adrienne 313
 Molnar, Thomas 284
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 295
 Moltmann, Carl 497
 Moltmann, Günter 55
 Mommsen, Theodor 447
 Moore, Barrington 390
 Moore, Michael 37
 Moore, Paul Elmer 56
 Moreau, Patrick 89, 200, 468
 Morgenstern, Andreas 494
 Moritz, Viťazoslav 245
 Morus, Thomas 77, 417, 496
 Mosca, Gaetano 42
 Moscardini, Cristiana 110
 Mosley, Nicholas 331
 Mosley, Oswald 331
 Mosse, George L. 494
 Mosser, Alfred 494
 Motschmann, Klaus 265, 272-274, 280, 284 f.
 Motte, Jan 129
 Motzer, Nándor 306 f.
 Moussaoui, Abd Samad 126
 Moussaoui, Zacarias 126
 Mratschek, Sigrid 6, 416
 Mudde, Cas 244, 261
 Mühlhausen, Walter 6, 355-358, 360-362
 Mühsam, Erich 444
 Müller, Adam 54
 Müller, Hans-Peter 200
 Müller, Herbert L. 5, 9, 115, 119, 138
 Müller, Johannes 235
 Müller, Marion G. 437
 Müller, Werner 6, 376, 391
 Müller-Enbergs, Helmut 449, 494
 Münch, Anna Verena 329
 Münkler, Herfried 77, 403, 405, 417, 455 f., 490
 Müntefering, Franz 47
 Münz, Rainer 130
 Murber, Ibolya 291, 310 f.
 Murswiek, Dietrich 136
 Muschg, Adolf 50
 Musharbash, Yassin 456
 Musil, Robert 387
 Musloff, Andreas 429
 Mussert, Anton Adriaan 330 f.
 Mussolini, Alessandra 104, 108, 114
 Mussolini, Benito 104, 108, 121, 330 f., 460, 485
 Muth, Carl 481
 Muth, Ingrid 485
 Nagy, Imre 291, 300-303, 305, 313-315, 321
 Naninga, Hauke 168
 Naßmacher, Hiltrud 432, 457
 Negri, Antonio 468
 Neidhardt, Friedhelm 403
 Nekonečný, Milan 239
 Neu, Viola 6, 141, 151, 159, 200, 212, 393 f.
 Neubert, Ehrhart 312, 449, 502
 Neumann, Erich Peter 85, 458
 Neumann, Franz L. 475
 Neumann, Sigmund 475 f.
 Neunatz, Dietmar 494
 Niederhut, Jens 446
 Niedermayer, Oskar 96, 141, 156, 158, 457, 501
 Niemetz, Daniel 494
 Niethammer, Lutz 331
 Nietzsche, Friedrich 42, 55
 Nirumand, Bahman 414
 Nitschke, August 44
 Noack, Ulrich 47 f.
 Nöckel, Werner 292, 320
 Noelle-Neumann, Elisabeth 85, 458 f.
 Noetzel, Thomas 492
 Nohlen, Dieter 309
 Nolte, Ernst 42, 58, 63, 415, 459 f.
 Nooke, Günter 449
 Nordblom, Pia 331
 Norman, Lars 494
 Nowak, Jürgen 494
 Oakeshott, Michael 65
 Ober, Josiah 417
 Oberlercher, Reinhold 283
 Oetker, Karl 474
 Oettinger, Günther 145
 Offner, Hannelore 340, 353
 Ohliger, Rainer 129
 Oldrich, Krulík 258
 Olschowsky, Heinrich 317
 Olsen, Johan P. 90
 Ondrášik, Braňo 252
 Opitz, Peter J. 79, 379
 Oppelland, Torsten 457
 Ortag, Peter 494
 Orwell, George 269, 278
 Osterhammel, Jürgen 44
 Ostheim, Tobias 488
 Oswald, Rudolf 312
 Ottmann, Henning 49, 56
 Ottomeyer, Hans 295
 Overton, Spencer 494
 Ow, Meinrad von 284 f.
 Paál, János 291, 313
 Paczkowski, Andrzej 317
 Padellaro, Antonio 110
 Palata, Lubomír 247, 259

Personenverzeichnis

- Palau, Stella 157
 Pallaver, Günther 384
 Panis, Stanislav 248
 Pannwitz, Rudolf 58
 Paoli, Guillaume 63
 Pareto, Vilfredo 42, 108
 Passos, John Dos 56
 Pastors, Udo 153
 Patzelt, Werner J. 5, 9, 348, 465
 Pau, Petra 184, 198
 Paul, André 192, 197
 Paul, Matthias 169, 232, 235
 Pavel, Pečínka 254
 Paxton, Robert O. 460 f.
 Pedahzur, Ami 494
 Peets, John 446
 Pétain, Henri Philippe 331
 Peter der Große 485
 Peters, Butz 427
 Peters, Freia 193
 Peters, Tim 461 f.
 Petöfi, Sándor 304-306
 Petri, Mario 484
 Petring, Alexander 488
 Petzold, Winfried 231 f.
 Pfahl-Traugbber, Armin 6, 8, 36, 38, 62,
 200 f., 211 f., 264, 272, 283, 285-287, 368-
 370, 372, 440
 Pfeiffer, Thomas 22, 287, 368 f., 441
 Pflieger, Klaus 423
 Pflug, Konrad 494
 Pfütze, Peter 470
 Pickel, Gert 494 f.
 Pickel, Susanne 494
 Pieck, Wilhelm 210
 Pietzsch, Henning 512
 Pilsudski, Józef 380
 Pino, Romualdi 91 f.
 Pinxten, Rik 495
 Pitschel, Diana 488
 Pius XII. 274
 Plaggenborg, Stefan 291, 297 f.
 Planck, Erwin 495
 Planck, Max 495
 Platen-Hallermund, Alice 495
 Platt, Kevin M. F. 485
 Plessner, Helmuth 56
 Plöckinger, Othmar 6, 410-412
 Ploenus, Michael 511
 Plöhn, Jürgen 495
 Poelchau, Harald 497
 Poewe, Karla 495
 Politkovskaja, Anna 463 f.
 Pölking, Hermann 490
 Popper, Karl 435
 Porsch, Peter 231
 Pöss, Ondrej 239
 Potthoff, Heinrich 510
 Pozsgai, Joseph 292, 323
 Preckler, Ellen 495
 Preuß, Ulrike K. 486
 Preusser, Heinz-Peter
 Pribersky, Andreas 323
 Priemer, Rolf 203, 212
 Priess, Frank 437
 Priester, Eva 299
 Prokeš, Josef 246
 Prokop, Siegfried 291 f., 319
 Proll, Thorwald 415, 428
 Prozumenschikow, Michail 296
 Pufendorf, Astrid von 495
 Puhle, Hans-Jürgen 493
 Pühse, Jens 235
 Pulido, Laura 495
 Puschkin, Alexander 485
 Puschnerat, Tania 128
 Puskás, Ferenc 305
 Putin, Wladimir 463, 497

 Quisling, Vidkun 330 f.
 Qutb, Sayyid 120

 Raaflaub, Kurt A. 417
 Radbruch, Gustav 447, 478
 Raddatz, Fritz J. 414
 Raddatz, Hans-Peter 285
 Rainer, János M. 291, 298, 304, 313-315, 321
 Rákosi, Mátyás 314
 Ramet, Sabrina 261
 Rammstedt, Otthein 55
 Rand, Ayn 281
 Rásky, Béla 291, 310
 Rathenau, Walther 460, 485
 Rathmann, August 478
 Rau, Johannes 414
 Rauschning, Hermann 83
 Rauti, Pino 100, 102, 107
 Rebe, Bernd 437
 Recke, Selina 394
 Recker, Marie-Luise 364
 Reckert, Wilfried 199, 495
 Redler, Lucy 158, 164
 Reed, Dean 488
 Reemtsma, Jan-Philipp 405 f.
 Reeve, Simon 495
 Regensburger, Hermann 19
 Rehfeld, Dieter 436
 Rehse, Sebastian 439 f.
 Reichel, Peter 495
 Reichinger, Martin 489

Personenverzeichnis

- Reimann, Max 210
 Reimann, Olaf W. 494
 Reimers, Frithjof 155
 Reinecke, Stefan 405
 Reiser, Marion 395, 433, 495
 Reißig, Rolf 352, 354
 Reitschuster, Boris 463
 Renken, Frank 492
 Rensmann, Lars 383
 Rente, Dolores 150
 Requate, Jörg 6, 427
 Revelli, Marco 99
 Richter, Hedwig 446
 Richter, Mathias 324
 Riedel, Manfred 58
 Rieger, Anne 32
 Rieger, Jürgen 188-191, 195, 197
 Riemeck, Renate 415
 Riesz, Janos 495
 Rifkin, Jeremy 50, 64
 Riklin, Alois 495
 Rill, Bernd 89, 110
 Ringstorff, Harald 155
 Rissmann, Michael 85
 Ritter, Gerhard A. 480 f.
 Ritter, Joachim 490
 Ritter, Manfred 275 f.
 Röbel, Sven 197
 Roberts, David D. 496
 Robinson, James A. 483
 Robinson, Thomas Shelton 404
 Rodden, John 496
 Rode, Franz Egon 394, 461
 Rodrigues, Peter R. 483
 Roelcke, Volker 443
 Röhl, Bettina 6, 413-415
 Röhl, Klaus Rainer 413-415
 Rohmoser, Günter 265, 282
 Rohwedder, Detlev 349
 Roik, Michael 200, 464 f.
 Rolf, Malte 6, 396
 Römmele, Andrea 436
 Romsics, Ignác 323
 Romualdi, Adriano 92
 Roosevelt, Franklin D. 44
 Rorty, Richard 50
 Rösch, Christiane 446 f.
 Rosenberg, Alfred 59, 499
 Rößler, Matthias 465
 Roßmüller, Sascha 168, 235
 Roth, Götz 365
 Roth, Harald 445
 Roth, Joseph 387
 Rothardt, Erwin 361
 Rotterdam, Erasmus von 435
 Rousseau, Jean-Jacques 416
 Rowell, Jay 400
 Roy, Olivier 496
 Ruchniewicz, Krzysztof 317, 323
 Rüdiger, Axel 6, 416
 Rudolf, Reginald 285
 Rudzio, Wolfgang 200, 442, 465
 Ruhl, Kathrin 496
 Rühmkorf, Peter 415
 Rürup, Bert 437
 Rusconi, Gian E. 466
 Russell, Kirk 56
 Rütters, Peter 492
 Rutz, Michael 65
 Rybicki, Kristin 433
 Rychlik, Jan 242
 Rydgren, Jens 384, 496
 Saage, Richard 416, 418 f., 496
 Saalfeld, Thomas 457
 Sabrow, Martin 354, 490
 Saghi, Omar 432
 Salaris, Claudia 496
 Salazar, António de Oliveira 380
 Salomon, Ernst von 408
 Salvater, Fernando 50
 Samuel, Raphael 467 f.
 Sander, Hans-Dietrich 265, 276 f., 284
 Sander, Ulrich 32, 281
 Sandler, Todd 488
 Sani, Giacomo 90
 Santayana, George 56
 Sarkowicz, Hans 286
 Sartre, Jean-Paul 435
 Sautter, Claudia 126 f.
 Sauvigny, Guillaume de Bertier de 41
 Schabert, Tilo 40
 Schacht, Hjalmar 450 f.
 Schaeffgen, Annette 496
 Schäfer, Dagmar 332
 Schäfer, Michael 66, 82, 86
 Schale, Frank 496
 Scharenberg, Albert 440
 Schäuble, Thomas 22
 Schauff, Frank 496
 Scheele, Christopher 155
 Scheidemann, Philipp 444
 Scheiper, Stephan 428
 Schell, Olga 336
 Schenk, Dieter 496
 Scheringer, Richard 481
 Schiffauer, Werner 5, 9, 115, 126, 128, 130, 132, 135, 138, 173
 Schill, Ronald 23 f., 385
 Schiller, Sandra 331

Personenverzeichnis

- Schily, Otto 429
Schimmer, Arne 196
Schindler, Delia 484
Schindler, Jörg 197
Schirmmacher, Frank 154
Schlegel, Friedrich 54
Schlegel, Matthias 198
Schleyer, Hanns Martin 428, 429
Schlierer, Rolf 30, 147, 157 f., 170
Schlingensiepen, Ferdinand 496
Schmeitzner, Mike 490
Schmid, Josef 144, 147
Schmidl, Erwin A. 311
Schmidt, Alexander 56
Schmidt, Christel 144
Schmidt, Friedmann 287
Schmidt, Harald 440
Schmidt, Helmut 37, 272
Schmidt, Helmuth 469
Schmidt, Manfred G. 496
Schmidt, Mária 449
Schmidt, Mirko 235
Schmidt-Schweizer, Andreas 315
Schmitt, Carl 108, 270, 277, 370, 488
Schmitz, David F. 497
Schmitz, Hans-Gerd 49
Schmorell, Alexander 482
Schnapp, Kai-Uwe 484
Schneider, Herbert 497
Schneider, Jan 496
Schnier, Ulrich 484
Schöberl, Marinus 329
Schödl, Günter 397 f.
Scholl, Hans 481, 482
Scholl, Inge 481
Scholl-Latour, Peter 497
Schön, Jürgen 23, 235
Schönberger, Rolf 65
Schönbohm, Jörg 27
Schönhuber, Franz 442
Schoon, Steffen 6, 151-155, 383
Schorlemmer, Friedrich 354
Schramm, Gotthold 470
Schramm, Tomasz 291
Schrenck-Notzing, Caspar von 8, 263-269, 279, 281 f., 284 f.
Schröder, Gerhard 141, 471 f.
Schröder, Jürgen 57
Schröder, Richard 465
Schröder, Wolfgang 283
Schroeder, Klaus 5 f., 9, 337, 339-349, 351-354, 400
Schubert, Katina 155
Schui, Herbert 334
Schuller, Alexander 344
Schulte-Varendorff, Uwe 497
Schultze, Rainer-Olaf 309
Schulz, Werner 465
Schulze, Andreas 443
Schulze, Hagen 43
Schumacher, Kurt 149
Schuppener, Henriette 497
Schüßlbrenner, Josef 32, 284
Schübler, Gitta Andrea 235
Schuster, Franz 24
Schütt, Peter 199
Schüttmeyer, Suzanne S. 309
Schützinger, Jürgen 147
Schwaabe, Christian 38, 48
Schwab, Jürgen 184, 368
Schwabe, Klaus 37, 46, 294
Schwan, Gesine 36, 60
Schwartz, Matthias 398
Schwarz, Hans-Peter 79
Schwarz, Moritz 408
Schwarz, Werner Michael 291, 310
Schwarzkopf, Stefan 398
Schweidler, Walter 65
Schweizer, Werner 313
Schwiesau, Hermann 485
Scobell, Andrew 497
Sebaldt, Martin 472
Sebestyen, Victor 291, 304
Seebacher, Brigitte 466, 477
Seeckt, Johannes Friedrich Leopold von 360 f.
Seegrün, Matthias 286
Segert, Dieter 261
Segni, Antonio 98
Seichter, Dorit 439
Seidel, Jürgen 155
Seifert, Jürgen 404
Seiffert, Wolfgang 473
Sello, Tom 492
Seng, Eva-Maria 6, 416
Senghor, Léopold Sédar 495
Seubert, Harald 82, 86
Seydewitz, Rolf 193
Shabad, Goldie 90
Shell, Kurt L. 41, 65
Siedler, Wolf Jobst 497
Siefken, Sven T. 437
Siegfried, Detlef 490
Siemann, Wolfram 390
Sigmund, Anna Maria 497
Simmel, Georg 55
Simon, Armin 189 f.
Simonis, Heide 159
Simowitsch, Solveig 497
Singh, Róbert 486
Sitte, Willi 353
Slota, Jan 246 f.

Personenverzeichnis

- Smolík, Josef 257
 Sobich, Frank Oliver 474
 Sohn, Gunnar 264 f., 278-280, 284 f., 287
 Söhn, Janina 325
 Söhnlein, Horst 428
 Sokol, Petr 248
 Sokolov, Mikhail 440
 Söllner, Alfons 6, 83, 403, 475 f.
 Sombart, Werner 55
 Sonntag, Christian 497
 Sorel, George 42, 272
 Souleimanov, Emil 258
 Spaemann, Robert 65, 490
 Spann, Othmar 281
 Spannberger, Norbert 445
 Spengler, Oswald 42, 48, 55, 57, 81, 108, 270, 448
 Sperber, Manès 435
 Spier, Tim 163, 383
 Spindler, Susanne 325, 333, 336
 Spreuk, Jan 221 f.
 Stahel, Albert A. 497
 Stalin, Josef 83, 208, 294-297, 314, 318, 468, 485, 499
 Standeisky, Éva 308
 Stark, Joachim 83, 84
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 494
 Stead, William Thomas 64
 Steglich, Henrik 159, 169, 230, 441, 480
 Stehr, Heinz 199, 202 f.
 Stein, Detlef W. 488
 Stein, Dieter 22, 280, 286, 407-409
 Stein, Hannes 37
 Steinbach, Peter 418, 490, 502, 510
 Steininger, Rolf 497
 Steinseifer, Martin 429
 Stern, Fritz 435
 Sternberger, Dolf 466
 Steuckers, Robert 62
 Steuwer, Janosch 458
 Stoiber, Michael 483
 Stolleis, Michael 371
 Stolz, Rolf 48
 Storace, Francesco 113
 Storr, Andreas 226-228
 Stöss, Richard 141, 156, 158, 200, 335, 457
 Stöver, Bernd 293 f., 314
 Strasdeit, Bernhard 148
 Straßner, Alexander 6, 427, 472
 Strauss, Leo 475
 Strauß, Franz Josef 266
 Strauß, Wolfgang 282
 Stresemann, Gustav 357-359
 Strizek, Helmut 497
 Ströbele, Hans-Christian 428 f.
 Strobl, Rainer 327
 Strong, Josiah 39
 Struck, Karin 199
 Strünck, Christoph 6, 393
 Strupp Christoph 331
 Stüdemann, Natalia 398
 Studer, Brigitte 448
 Sturm, Daniel Friedrich 476
 Sturm, Roland 16, 141, 472, 477
 Stürmer, Michael 498
 Stykow, Petra 498
 Suchánek, Marek 257
 Sucker, Dagmar 261
 Sullivan, John P. 491
 Sullivan, William M. 64
 Suppan, Arnold 323
 Süverkrüp, Dieter 199
 Svašek, Maruška 498
 Swidler, Ann 64
 Swyngedouw, Marc 384
 Talmon, Jacob L. 81
 Tambroni, Fernando 98
 Tarchi, Marco 91, 99, 101 f., 105, 112, 114
 Tartarella, Giuseppe 106
 Taube, Arne 204
 Taubes, Jacob 81
 Taylor, Alan J. P. 386
 Tegethoff, Ralph 214
 Teichler, Hans Joachim 433
 Tenfelde Klaus 364
 Terkessidis, Mark 49
 Teufel, Erwin 442
 Teufel, Fritz 428
 Thälmann, Ernst 210, 460
 Thamer, Hans-Ulrich 371, 391, 449
 Theimer, Walter 43
 Thiel, Markus 16
 Thieme, Tom 261, 455
 Thiery, Peter 493
 Thompson, Martyn T. 49, 56
 Thoß, Bruno 498
 Thuncke, Inka 324
 Thunert, Martin 436
 Tibi, Bassam 62, 421
 Tiemann, Guido 498
 Tiemann, Heinrich 437
 Tietjen, Wilhelm 188
 Tillich, Paul 73, 478
 Timm, Uwe 199
 Tipton, Steven M. 64
 Tischler, János 316
 Tismaneanu, Vladimir 316
 Tiso, Josef 239-242
 Tito, Josip Broz 300
 Tizck, Rudolf 20

Personenverzeichnis

- Tolstoi, Leo 485
 Tomáš, Jakl 241
 Tomasz, Schramm 298
 Tönnies, Sibylle 49
 Tophoven, Rolf 487
 Toroczkaí, László 257
 Torp, Cornelius 499
 Toynbee, Arnold J. 81
 Träger, Jutta 496
 Trappmann, Vera 492
 Trautmann, Günter 89, 103, 106
 Troebst, Stefan 323
 Troeltsch, Ernst 447
 Trotzki, Leo 375
 Trummer, Peter I. 494
 Tuchtenhagen, Ralph 331
 Tuka, Vojtech 240
 Tupý, Daniel 252
 Turchi, Franz 110
 Twickel, Christoph 498
- Ücücü, Oguz 118
 Ueberschär, Gerd R. 498
 Uka, Walter 430
 Ulbricht, Walter 317, 319, 473
 Ullrich, Hartmut 96, 103, 106
 Ulrich, Alexander 145
 Ulrich, Volker 307
 Unfried, Berthold 323
 Urban, Johannes 6, 420 f., 423, 456
 Urso, Adolfo 105
 Ursprung, Daniel 445
 Uthmann, Jörg von 64
- Vattimo, Gianni 50
 Veen, Hans-Joachim 448 f.
 Veiel, Andreas 430
 Veneziani, Marcello 113
 Verba, Sidney 494
 Verworm, Birgit 437
 Vidal, Francesca 318
 Vidino, Lorenzo 498
 Vieregge, Elmar 5-7, 170, 182, 407
 Vieweg, Kurt 318
 Vilmar, Fritz 5, 9, 200, 351
 Virchow, Fabian 326
 Vitko, Martin 261
 Vodicka, Karel 257
 Voegelin, Eric 9, 38-40, 42, 66 f., 73-79, 81, 86-88, 379, 498
 Vogel, Hans-Jochen 477
 Vogt, Stefan 478
 Vöhringer, Margarete 398
 Voigt, Frederick 9, 66-72, 81, 84, 86-88
 Voigt, Heinz 511
- Voigt, Udo 143, 157, 183, 194-196, 226, 228, 230, 234
 Völkel, Evelyn 5, 9
 Völkel, Kerstin 145
 Vollnhals, Clemens 490
 Vollrath, Ernst 49
 Volpert, Astrid 291, 318
 Vonyó, János 445
 Vorländer, Hans 41, 65
 Voß, Christian Daniel 417
 Vossler, Otto 42
 Vowinckel, Annette 498
- Waas, Lothar R. 49
 Wacquant, Loic 335
 Wader, Hannes 199
 Wagenbach, Klaus 486
 Wagenknecht, Sahra 426
 Wagner, Bernd 188
 Wagner, Fritz 53
 Wagner, Sascha 193
 Walde, Peter 150
 Waldenegg, Georg Christoph Berger 325, 330 f.
 Waldmann, Peter 429
 Walkenhaus, Ralf 83
 Wallace, Robert W. 417
 Walter, Franz 163, 499
 Walter, Fritz 321
 Wassermann, Andreas 197
 Weber, Alfred 55
 Weber, Gerda 499
 Weber, Hermann 201, 381, 499, 510
 Weber, Matthias 368
 Weber, Max 86, 92, 447
 Weber-Fas, Rudolf 499
 Weede, Erich 52
 Wegener Franz 59
 Wehler, Hans-Ulrich 499
 Wehling, Hans-Georg 497
 Wehner, Herbert 277
 Weichlein, Siegfried 499
 Weigelt, Klaus 371
 Weingart, Peter 437
 Weinbauer, Klaus 6, 427 f.
 Weinzierl, Rupert 453
 Weir, Todd 398
 Weischer, Heinz 469
 Weiß, Peter 252
 Weiß, Peter Ulrich 446
 Weiß, Ulrich 309
 Weißberg-Cybulski, Alexander 294
 Weißmann, Karlheinz 263, 284 f., 407, 409, 499
 Weitzmann, Mark 440 f.
 Welzel, Christian 352, 437
 Wengst, Udo 391

Personenverzeichnis

- Wenninger, Agnieszka 261
Werner, Dieter 386
Werth, Christoph H. 57
Werth, Nicolas 291, 296 f.
Werz, Nikolaus 151-155
Wesel, Uwe 405
Wesemann, Kristin 413
Whine, Michael 441
Widmann, Marc 187
Wiegel, Gerd 334
Wieland, Karin 83, 404
Wielgohs, Jan 494
Wien, Peter 499
Wierling, Dorothee 446
Wiese, René 434
Wiesendahl, Elmar 499
Wiesner, Claudia 496
Wiezorek, Christine 328
Wiggershaus, Norbert 292
Wilke, Manfred 200, 203, 314, 499
Wilkinson, Paul 499
Williams, Michelle Hale 479, 480
Winkler, Heinrich August 307
Winter, Rolf 48
Winter, Thomas von 437
Winterberger, Andreas K. 283-285
Wintrobe, Ronald 325, 331-333
Wirsching, Andreas 499
Wirth, Günter 320
Wittenbrink, Ulrich 187
Wohlfahrt, Irving 404
Wolf, Markus 470
Wolfrum, Edgar 480, 481
Wöll, Marcel 171
Woller, Hans 466
Worch, Christian 213-216, 220 f., 327
Wowereit, Klaus 156, 159
Wulff, Thomas 190 f., 214, 220
Wümpfer, Klaus 188
Wunderle, Michaela 404
Wunschik, Tobias 404
Würtz, Stefanie 327
Wyszyński, Stefan 317
Yeneroglu, Mustafa 5, 9, 115, 132
Zabel, Wolfram 285
Zabratzky, George 291, 312
Zankel, Sönke 481
Zarusky, Jürgen 499
Zastrow, Holger 231
Zehnpfennig, Barbara 6, 410
Zeller, Eberhard 58
Zellhuber, Andreas 499
Zetkin, Clara 50, 210
Zetocha, Karel 245, 261
Zeuner, Bodo 335
Zibell, Stephanie 499
Ziel, Alwin 27
Zihaly, Péter 321
Zimmerli, Walther Ch. 492
Zimmermann, Clemens 500
Zimmermann, Volker 494
Zinner, Paul E. 298
Zogus, Ahmed Bey 381
Zohlhüfer, Reimut 96, 102, 497
Zoli, Adone 98
Zolleis, Udo 144, 147
Zoratto, Bruno 107
Zündel, Ernst 19

Autorenverzeichnis

- Dr. Werner Abel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
Dr. Marwan Abou-Taam, Lehrbeauftragter, Rheinallee 109, 55116 Mainz.
Dr. Herbert Ammon, Björnsonstraße 15, 12163 Berlin.
Dr. Uwe Backes, apl. Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.
Melani Barlai, B.A., Hajnóczy u. 27/b, 7633 Pécs, Ungarn.
Dr. Bence Bauer, Publizist, Hausdorffstraße 35-53, 53129 Bonn.
Dr. Arnd Bauerkämper, PD, Freie Universität Berlin, Koserstraße 20, 14195 Berlin.
Matthias Bendl, M.A., General-Hopf-Straße 5, 84048 Mainburg-Sandelzhausen.
Dr. Harald Bergsdorf, Konstantinstraße 18, 53179 Bonn.
Dr. Dr. Gerhard Besier, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstraße 13, 01062 Dresden.
Dr. Lothar Bisky, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik, 11011 Berlin.
Dr. Bettina Blank, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Postfach 50 07 00, 70337 Stuttgart.
Dr. Michael Blume, Staatsministerium Baden-Württemberg, Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart.
Franziska Brech, Diplom-Politologin, An der Dreikönigskirche 5, 01097 Dresden.
Dr. Wilfried von Bredow, Prof., Universität Marburg, Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block G, 35032 Marburg.
André Brie, Mitglied des Europäischen Parlaments, Martinstraße 1/1 A, 19053 Schwerin.
Dr. Hubertus Buchstein, Prof., Universität Greifswald, Politikwissenschaft, Baderstraße 6/7, 17489 Greifswald.
Dr. Aurel Croissant, Prof., Universität Heidelberg, Politikwissenschaft, Marstallstraße 15, 69117 Heidelberg.
Sebastian Dittrich, Dipl.-Politik-Wissenschaftler, Doktorand, Askaniering 52A, 13585 Berlin.
Dr. Henrik Eberle, Publizist, Händel-Straße 27, 06114 Halle/Saale.
Dr. Rainer Erb, PD, Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin.
Siegmar Faust, Publizist, Bergstraße 8, 97234 Lindflur.
Dr. Hans Fenske, Prof. i.R., Universität Freiburg, Geschichtswissenschaft, 79085 Freiburg.
Dr. Jens Flemming, Prof., Gesamthochschule Kassel, Geschichtswissenschaft, Mönchebergstraße 19, 34109 Kassel.
Dr. Karl Wilhelm Fricke, Publizist, Drausdorferstraße 32, 50968 Köln.
Dr. Alexander Gallus, Juniorprofessor, Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Straße 28, 18051 Rostock.
Karsten Goll, M.A., Goethestr. 1a, 01109 Dresden.
Dr. Hans-Georg Golz, Bundeszentrale für politische Bildung, Meerssener Straße 12, 52074 Aachen.
Dr. Thomas Grumke, Wissenschaftlicher Referent, Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf.
Dr. Melanie Haas, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Freie Universität Berlin, Politikwissenschaft, Ihnstraße 26, 14195 Berlin.
Dr. Henning Hansen, c/o Roth, Jungwirthstraße 3, 80802 München.
Dr. Florian Hartleb, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
Dr. Philipp W. Hildmann, Wissenschaftlicher Referent, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München.
Dr. Roland Höhne, Prof., Universität Kassel, Georg-Förster-Str. 3, 34125 Kassel.
Dr. Hartmut Jäckel, Prof. i.R., Freie Universität Berlin, Politikwissenschaft, Limastraße 30 C, 14163 Berlin.
Dr. Eckhard Jesse, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
Roland Kerschhackl, Schneeheideanger 11, 80937 München.
Hanka Kliese, M.A., Doktorandin, Strassmannstraße 3, 10249 Berlin.
Dr. Henning Köhler, Prof. i.R., Freie Universität Berlin, Geschichtswissenschaft, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin.
Kristina Köhler, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Autorenverzeichnis

- Stefan Köppl, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Akademie für Politische Bildung Tutzing, Buchensee 1, 82323 Tutzing.
- Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienste der ehemaligen DDR – Fachbereichsleiter, Abt. Bildung und Forschung, Otto-Braun-Straße 70-72, 10178 Berlin.
- Konstanze Kriese, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
- Dr. Clemens Kuhne, Gardeschützenweg 90, 12203 Berlin.
- Juliane Lanz, M.A., Doktorandin, Platz der Freundschaft 7, 18059 Rostock.
- Sebastian Liebold, M.A., Doktorand, Lindenastraße 24, 09126 Chemnitz.
- Dr. Mikhail Logvinov, Publizist, Vettiersstraße 54/617, 09126 Chemnitz.
- Dr. Miroslav Mareš, Masaryk Universität, Politikwissenschaft, Joštova 10, 60200 Brunn, Tschechien.
- Dr. Peter März, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, Briener Straße 41, 80333 München.
- Dr. Tilman Mayer, Prof., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.
- Christian Menhorn, Viersener Straße 3, 50733 Köln.
- Albrecht Metzger, Islamwissenschaftler und Publizist, Unzerstr. 4, 22767 Hamburg.
- Dr. Lazaros Miliopoulos, Wissenschaftler Mitarbeiter, Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.
- Dr. Patrick Moreau, Prof., 22 bis, rue d'Annam, 75020 Paris, Frankreich.
- Dr. Sigrd Mratschek, Prof., Universität Rostock, Altertumswissenschaften, 18051 Rostock.
- Dr. Herbert L. Müller, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Taubenheimstr. 85A, 70372 Stuttgart.
- Dr. Werner Müller, Prof., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Straße 28, 18051 Rostock.
- Dr. Helmut Müller-Enbergs, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Abt. Bildung und Forschung, Otto-Braun-Straße 70-72, 10178 Berlin.
- Dr. Werner J. Patzelt, Prof., TU Dresden, Politikwissenschaft, 01062 Dresden.
- Dr. Armin Pfahl-Traugher, Prof., Fachhochschule des Bundes, Außenstelle BMI-Schule 1, Gabrielweg 4, 53913 Swisttal.
- Dr. Marion Reiser, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Politikwissenschaft, Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg, 06099 Halle/Saale.
- Franz Egon Rode, Büchelbergstraße 2, 76229 Karlsruhe-Grötzingen.
- Dr. Werner Schiffauer, Prof., Europa-Universität Viadrina, Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie, Postfach 1786, 15207 Frankfurt/Oder.
- Harald Schmidt, M.A., Katholische Universität Eichstätt, Politikwissenschaft, Universitätsallee 1, 85071 Eichstätt.
- Dr. Steffen Schoon, Universität Rostock, Politik- und Verwaltungswissenschaften, 18051 Rostock.
- Dr. Klaus Schroeder, Prof., Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, Koserstraße 21, 14195 Berlin.
- Dr. Andreas Schulze, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Schobersmühlenweg 19, 99089 Erfurt.
- Dr. Brigitte Seebacher, Publizistin und Lehrbeauftragte, Himburg 9, 56459 Rothenbach.
- Dorit Seichter, Freiligrathstr. 33a, 08058 Zwickau.
- Dr. Alfons Söllner, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Henrik Steglich, M.A., Doktorand, Adolfsallee 24, 65185 Wiesbaden.
- Dr. Alexander Straßner, Universität Regensburg, Politikwissenschaft, 93040 Regensburg.
- Dr. Christoph Strünek, PD, Universität Duisburg-Essen, Politikwissenschaft, Lotharstraße 65, 47057 Duisburg.
- Dr. Roland Sturm, Prof., Universität Erlangen, Politikwissenschaft, Kochstraße 4, 91054 Erlangen.
- Dr. Tom Thieme, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Johannes Urban, Lehrbeauftragter, Universität Chemnitz, Weimarer Straße 37, 10625 Berlin.
- Elmar Vieregge, M.A., Pionierstraße 23, 50735 Köln.
- Dr. Fritz Vilmar, Prof. i.R., Winterfeldtstr. 90, 10777 Berlin.
- Evelyn Völkel, M.A., Doktorandin, Hauptstraße 491, 53639 Königswinter.
- Mustafa Yeneroglu, Merheimer Str. 229, 50733 Köln.
- Dr. Barbara Zehnpfennig, Prof., Universität Passau, Politikwissenschaft, Innstraße 25, 94032 Passau.

Inhalt Band 16/2004

Editorial

Analysen

Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremismen im Vergleich
Armin Pfahl-Traugher, Klassische Totalitarismuskonzepte auf dem Prüfstand
Patrick Horst, Das amerikanische Notstandsregime nach dem 11. September 2001
Susanne Katzorke, Gewaltfrage: Frankfurter Schule, Studentenbewegung, Terrorismus

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2003
Uwe Backes, Organisationen 2003
Uwe Backes/Eckhard Jesse, Dokumentation 2003
Lars Flemming, Die NPD nach dem gescheiterten Verbotsverfahren
Viola Neu, Das neue Parteiprogramm der PDS
Johannes Urban, Innere Sicherheit
André Gottschling, Biographisches Porträt: Andreas Baader
Lukas Novotny, Länderporträt: Tschechien
Sebastian Dittrich, Zeitschriftenporträt: Bahamas

Literatur

Literaturbericht:

Thomas Meyer, Fundamentalismus, Islamismus, Terrorismus

Sammelrezension:

Eckhard Jesse, Der 17. Juni nach 50 Jahren

»Kontrovers besprochen«:

Udo Ulfkotte, *Islamismus in Deutschland* (Hans-Gerd Jaschke, Peter Schütt,
Rudolf Wassermann)

Rezensionsessay:

Klaus Schroeder, Rechtsextremismus (Kai Arzheimer)

»Wieder gelesen«:

Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und Demokratie (Alexander Gallus)

Literatur aus der „Szene“:

A. G. Grauacke, Autonome in Bewegung (Armin Pfahl-Traugher)

Hauptbesprechungen:

Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien (Wolfgang Gessenharter)
Rudi Beckert, Max Fechner (Karl Wilhelm Fricke)
Nicolas Berg, Holocaust und Historiker (Peter Pulzer)
Norman Birnbaum, Nach dem Fortschritt (Gerhard Besier)
Christopher Browning, Entfesselung der „Endlösung“ (Bernd Jürgen Wendt)
Fuchs/Lamneck/Wiederer, Querschläger (Max Kaase)
Friedrich A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft (Manfred Funke)
Piero Ignazi, Extreme Right Parties (Michael Minkenberg)
Andreas Klump, Neuer politischer Extremismus? (Stefan Braun)
Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader (Wolfgang Kraushaar)
Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? (Hubertus Knabe)
Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen (Buchstein/Fietz)
Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau (Eckhard Jesse)
Alexander Straßner, Die dritte Generation der RAF (Tobias Wunschik)
William A. Schabas, Genozid im Völkerrecht (Immanuel Geiss)
Verfassungsschutzbericht 2002 (Alexander Straßner)
Weber/Bayerlein, Der Thälmann-Skandal (Ilko-Sascha Kowalczyk)
Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Iring Fetscher)
Massimo F. Zumbini, Die Wurzeln des Bösen (Klaus-Georg Riegel)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Personenverzeichnis

Autorenverzeichnis

Inhalt Band 17/2005

Editorial

Analysen

Backes/Jesse, Sind „dritte Wege“ demokratische Wege?

Frank Decker, Parlamentarisches Regieren. Entscheidungsblockaden und populistische Reaktion

Tom Thiem, Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus

Andreas Kühn, „Neue Revisionisten und Sozialimperialisten“

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2004

Uwe Backes, Organisationen 2004

Uwe Backes, Dokumentation 2004

Henrik Steglich, Die sächsische NPD

Udo Baron, Das globalisierungskritische Netzwerk „Attac“

Doll/Homoth-Kuhs, „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“

Alexander Straßner, Biographisches Porträt: Wolfgang Grams

Sophie Guggenberger, Länderporträt: Schweiz

Florian Hartleb, Zeitschriftenporträt: Deutsche Stimme

Literatur

Literaturbericht:

Johannes Urban, Islamistischer Terrorismus versus liberale Demokratie

Sammelrezension:

Andre Gottschling, RAF - und kein Ende?!

„Kontrovers besprochen“:

Reinhard Müller, Herbert Wehner-Moskau 1937 (Stephan Hilsberg, Christoph

Meyer, Brigitte Seebacher)

Rezensionsessay:

Klaus Schönhoven, Wendejahre (Peter März)

„Wieder gelesen“:

Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik (Hanna Kliese)

Literatur aus der „Szene“:

Europa gegen Amerika (Eckhard Jesse)

Hauptbesprechungen:

BMI (Hrsg.), Extremismus in Deutschland (Jürgen P. Lang)

Philippe Bunin, Warum die Deutschen? (Iring Fetscher)

Stephane Courtois u. a., Schwarzbuch des Kommunismus 2 (Ehrhart Neubert)

Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus (Florian Hartleb)

Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert, Die verdrängte Revolution (Karl Wilhelm Fricke)

John Gray, Geburt al-Qaidas aus dem Geist der Moderne (Wilfried von Bredow)

Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus (Lazaros Miliopoulos)

Jörg Jacobs, Tücken der Demokratie (Max Kaase)

Konrad Jarausch, Die Umkehr (Jost Dülffer)

Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in Deutschland (Hans-Gerd Jaschke)

Paul Kirchhof, Der Staat als Garant und Gegner der Freiheit (Hans Fenske)

Hans-Joachim Lang, Die Namen der Nummern (Immanuel Geiss)

Viola Neu, Das Janusgesicht der PDS (Ulrich Eith)

Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild (Werner Bergmann)

Jeremy Varon, Bringing the War Home (Ingo Jitlicler)

Verfassungsschutzbericht 2003 (Helmut Müller-Enbergs)

Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten (Stefan Wolle)

Uwe Wesel, Der Gang nach Karlsruhe (Ernst Benda)

Bernhard C. Wintzek (Hrsg.), Denkfalle Zeitgeist (Rainer Eckert)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Personenverzeichnis

Autorenverzeichnis

Inhalt Band 18/2006

Editorial

Analysen

Uwe Backes, Etymologie des Extremismus-Begriffs

Steffen Kailitz, Parlamentarische und präsidentielle Demokratie im Vergleich

Peter Graf Kielmansegg, Über die Demokratie

Hans Jörg Hennecke, Totalitarismus und Extremismus als wirtschaftlicher Kollektivismus

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2005

Uwe Backes, Organisationen 2005

Eckhard Jesse, Dokumentation 2005

Stefan Mayer, Die DVU in Brandenburg

Jürgen Lang, Eine neue Linke?

Armin Pfahl-Traughber, Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten

Tom Thieme, Länderporträt: Rußland

Elmar Vieregge, Zeitschriftenporträt: Deutsche Geschichte

Literatur

Literaturbericht:

Mike Schmeitzner, Die Deutschen im Jahr 1945

Sammelrezension:

Alexander Straßner, Terrorismus

»Kontrovers besprochen«:

Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit (Karsten Fischer, Burkhard Hirsch, Peter

Graf Kielmansegg, Volker Kronenberg, Matthias Rößler)

Rezensionssessay:

Matthias N. Lorenz, Judendarstellung bei Walser (Helmuth Kiesel)

»Wieder gelesen«:

Arthur Koestler u.a., Ein Gott, der keiner war (Armin Pfahl-Traughber)

Literatur aus der „Szene“:

Antonio Negri, The Politics of Subversion (Patrick Moreau)

Hauptbesprechungen:

Götz Aly, Hitlers Volksstaat (Ernst Nolte)

Bauer/Huber/Sommerrmann (Hrsg.), Demokratie in Europa (Roland Sturm)

Ricardo Bavaj, Von links gegen Weimar (Klaus Schönhoven)

Stefan Breuer, Nationalismus und Faschismus (Michael Minkenberg)

Giovanni Capoccia, Defending Democracy (Claudia Günther)

Chang/Halliday, Mao (Joachim Glaubitz)

Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren (Wolfgang Rudzio)

Thomas L. Friedmann, The world is flat (Brigitte Seebacher)

Christof Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg (Ralf Altenhof)

Jarauschk/Geyer, Zerbrochener Spiegel (Ilko-Sascha Kowalczyk)

Gerd Koenen, Der Rußland-Komplex (Bernd Bonwetsch)

Till Kössler, Abschied von der Revolution (Wolfgang Kraushaar)

Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne (Sebastian Ditttrich)

Herfried Münkler, Imperien (Wilfried von Bredow)

Ernst Piper, Alfred Rosenberg (Bernd Jürgen Wendt)

Roginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky (Hrsg.), „Erschossen in Moskau“ (Karl Wilhelm Fricke)

Toralf Staud, Moderne Nazis (Manfred Funke)

Verfassungsschutzbericht 2004 (Udo Baron)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Personenverzeichnis

Autorenverzeichnis

